Redebuch

2008

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze
164. 165. 166. 167.
168. 169. 170. 171.
172. 173. 174. 175.
176. 177. 178. 179.
180. 181. 182.
183. 184. 185. 186. 187.
188. 189. 190. 191.
192. 193. 194. 195.
196. 197. 198. 199. 200.
201. 202. 203. 204.
205. 206. 207. 208.
209. 210. 211. 212.
Statistik Kontakt
Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

164. Bremer Montagsdemo am 07. 01. 2008

Weg mit Armut, weg mit Hartz IV, darum stehen wir alle hier!

Na, dann auf ein Neues, wie gehabt, ischa Wahlkrampf! Von Handeln oder Behandeln der Probleme kann eigentlich nicht die Rede sein: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, die Kinderarmut nimmt noch zu, und von den Löhnen kann keiner mehr existieren, geschweige denn seine Familie ernähren. Diese Klage kommt mir doch irgendwie bekannt vor? Ja, das sagen wir hier schon lange!

Haben sie es endlich gemerkt, wollen sie jetzt wirklich gegensteuern, oder ist das mal wieder Wahlkrampfgetöse? Denn es stehen ja drei Urnengänge an. Ach, wie schade, dann wird es wohl wieder nichts mit der Bekämpfung der Armut! Und ich hatte mich schon so gefreut. Alles für die Katz! Immerhin ist auch die nächste Bundestagswahl nicht mehr allzu fern. Bis dahin müssen wir verstärkt darauf aufmerksam machen, dass es so nicht weitergehen kann. Es tut sonst keiner außer dem Bürger selbst!

Was wir von unseren jetzigen Politikern zu halten haben, wissen wir schon lange, und wir sagen es dank unserer Meinungsfreiheit jeden Montag hier. Was mich aber enttäuscht, ist die Tatsache, dass die meisten Menschen sich kaum um die Zustände in diesem Land kümmern und es zulassen, dass sie so unfair behandelt werden! Wer nichts gegen Ungerechtigkeit tut, lässt sie zu. Ich jedenfalls werde mich schlaumachen und höre auch der anderen Seite zu.

Würden unsere Politiker der anderen Seite mal richtig zuhören, hätten sie schon längst gehandelt. Was ist hier eigentlich los, warum hört die Politik nicht mal auf ihre eigenen Experten? Jüngstes Beispiel: Jugendgewalt. Die CDU will das Strafrecht verschärfen und die Auswirkungen, nicht aber die Ursachen bekämpfen. Die SPD will das Bestehende nicht so recht anwenden, hat vielerlei Bedenken und diskutiert bis zum Umfallen. Die Grünen träumen von der heilen Welt, und die FDP lacht sich ins Fäustchen.

Das aber ist nur scheinbar so, denn da ist noch der Wähler, der angeblich nicht mehr weiß, wen er wählen soll. Kurzum: alles beim Alten. Doch der Krug geht so lange zu Brunnen, bis er bricht. Ihr lieben Politiker, lasst das nicht zu, sondern fangt jetzt endlich an zu handeln! Weg mit Armut, weg mit Hartz IV, darum stehen wir alle hier!

Udo Riedel (parteilos)

So werden wir regiert: Bundestag fachsimpelt über Hartz IV *(Plenarprotokoll)*

„Gute Schulen sind die besten Erziehungscamps“

1. Ein neues Kalenderjahr hat begonnen, und Hartz IV ist noch immer nicht zerronnen! Drei Jahre nachdem die **Arbeitsmarktreform** in Kraft trat, beginnt die Politik von ihrem eigenen Werk abzurücken. Die Kritiker nennen erschreckende Zahlen: Mehr als sieben Millionen Bundesbürger hängen am Tropf von Hartz IV – Arbeitslose, ihre Ehepartner und Kinder, aber zunehmend auch Berufstätige, die zwar einen Job haben, aber keinen Lohn, der zum Leben reicht. Rund 1,3 Millionen Menschen gehen arbeiten und beziehen trotzdem Arbeitslosengeld II.

Die Gegner der Reform sehen sich in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Hartz IV bringt die Menschen nicht in anständige Arbeit, sondern nur in Not. Seit der Reform müssen Arbeitslose praktisch jeden Job annehmen. „Der Hauptgrund für die bescheidene Lohnentwicklung ist immer noch Hartz IV“, sagt Oskar Lafontaine, Fraktionschef der Linken. Selbst der „Aufschwung“ scheint an den Opfern der Reform vorbeizugehen. Es sei ein „problematischer Trend“, warnt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach, „dass vom Konjunkturaufschwung fast ausschließlich Kurzzeitarbeitslose profitieren“. Nur wenige ALG-II-Empfänger würden in reguläre Arbeit vermittelt. Die „Spaltung“ des Arbeitsmarktes sei „besorgniserregend“.

Am deutlichsten scheint das Phänomen der „Aufstocker“ dafür zu sprechen, dass Hartz IV Arbeitslose und Arbeitnehmer zur Billigarbeit drängt. Sie arbeiten dann für Geld unter der „Hartz-Grenze“ und bekommen die Differenz vom Staat aufgestockt. Hartz IV reicht einfach nicht zum Leben! Der Regelsatz wird zum Problem, wenn besondere Ausgaben anfallen, etwa eine neue Waschmaschine

gekauft werden muss. In der Sozialhilfe gab es die Möglichkeit, Geld für größere Anschaffungen zu bekommen. Bei Hartz IV ist das so gut wie nicht vorgesehen. Das Amt kann eine Art Kredit gewähren, aber grundsätzlich wird von den Arbeitslosen erwartet, dass sie durch Sparen für solche Fälle vorsorgen. Das funktioniert nicht, von dem wenigen Geld kann niemand etwas beiseite legen!

Nach Ansicht des Wissenschaftlers Christoph Butterwegge ist der Anstieg der Kinderarmut eine direkte Folge der Hartz-Reformen und damit von der Politik billigend in Kauf genommen worden. 14 Prozent aller Kinder in Deutschland gelten offiziell als arm, mehr als 2,5 Millionen Kinder leben auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Laut „Kinderreport 2007“ des „Deutschen Kinderhilfswerks“ hat sich seit Einführung des ALG II am 1. Januar 2005 die Zahl der auf Sozialhilfe oder Sozialgeld angewiesenen Kinder verdoppelt. Schätzungen zufolge leben in Deutschland inzwischen mehr als 2,5 Millionen Kinder auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Eine wahrlich tolle Leistung „unserer“ Politiker, von denen wir nicht vertreten werden!

Die Verarmung weiter Bevölkerungsschichten und der zu ihr gehörenden Kinder führt in unserem überholten, unsozialen dreigliedrigen Schulsystem zu noch weiterer Ausgrenzung, durch den Ausschluss von weiterführender Ausbildung und entsprechender Förderung. Ausgrenzung macht auch krank, weil falsch gegessen wird, eben nur billig und nicht gesund. Außerdem sind Sport- und andere Vereine absolut unbezahlbar geworden. So gibt es kaum Außenkontakte für alle Familienmitglieder.

2. Hessens Ministerpräsident Roland Koch hat die Diskussion über gewaltbereite Jugendliche angeheizt. Es gebe zu viele kriminelle junge Ausländer, sagte Koch der „Blöd“-Zeitung. Hintergrund ist der brutale Überfall auf einen Rentner in der Münchner U-Bahn. Als einen der Gründe nannte der CDU-Politiker eine seiner Ansicht nach verfehlte Integrationspolitik. Bestandteil der Integration müsse der Grundsatz „Null Toleranz gegen Gewalt“ sein. Nun stellt sich auch Unionsfraktionschef Volker Kauder hinter die umstrittenen Aussagen des hessischen Ministerpräsidenten und fordert für jugendliche Straftäter Warnarrests und geschlossene Erziehungscamps. Als Hardliner behauptet er einfach: „Kriminelle Jugendliche brauchen kein Multikultigesäusel, sondern einen Warnschuss vor den Bug!“

Ich teile mit diesen Hardlinern lediglich die Empörung über die brutale Gewalt, mit der manche zuschlagen. Doch in der Forderung nach härteren Gesetzen sehe ich primär eine Wahlkampfprofilierung, denn in Hessen wird in wenigen Wochen gewählt! So bietet man außerdem ausländerfeindlichen Parolen eine neue Plattform. Obwohl 1998 im Strafgesetzbuch die Strafandrohung für Köperverletzungsdelikte deutlich angehoben wurde, sind die betreffenden Fallzahlen für 21- bis 25-Jährige weiter stark angestiegen. Die **Jugendgewalt** ist nicht durchweg nach oben gegangen. Tötungsdelikte und Raubtaten sind seit 1996 pro Hunderttausend 14- bis 21-Jährige um 30 beziehungsweise 20 Prozent zurückgegangen. Die schweren Körperverletzungsdelikte haben in der polizeilichen Kriminalstatis-

tik für diese Altersgruppe auch deshalb um knapp 60 Prozent zugenommen, weil erheblich mehr angezeigt wird.

Leider wächst besonders bei den männlichen Jugendlichen die Zahl derer, die sich in unserer Gesellschaft ausgegrenzt und benachteiligt fühlen, zum Beispiel nach einem Schulabbruch keine Chance auf einen Ausbildungsplatz mehr sehen und sich zu den Verlierern zählen. Daraus entsteht natürlich leicht eine Riesenwut. Sie betäuben ihren Frust und ihre Langeweile mit Alkohol, nehmen Drogen und gehen auf Leute los, die sie als privilegierter einschätzen als sich selbst oder die ihnen irgendwie in die Quere kommen. Außerdem gibt es einen Zusammenhang zwischen Gewalt und gewaltverherrlichendem Medienkonsum ebenso wie zwischen dieser Art Medienkonsum und dem Bildungsstand der Eltern.

Hat ein Elternteil Abitur und studiert, besitzen nur elf Prozent der Zehnjährigen eine Playstation. Dagegen besitzen 43 Prozent der Kinder von Hauptschülern ein solches Gerät. Ähnlich verhält es sich mit dem Fernsehkonsum. Bei Eltern mit hohem Bildungsniveau steht nur bei 16 Prozent der Viertklässler ein Fernseher im Kinderzimmer. In den sogenannten bildungsfernen Haushalten können sich 57 Prozent der Kinder mit einer eigenen Flimmerkiste betäuben. Die Statistik weist leider auch aus, dass ausländische Jugendliche weitaus häufiger in Schlägereien verwickelt sind, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Obwohl Ausländerkinder keineswegs dümmer sind, verlassen von den männlichen jungen Migranten circa 22 Prozent die Schule ohne ein Abschlusszeugnis. Ein zentraler Faktor ist also die gravierende Bildungsbenachteiligung der jungen Ausländer.

Junge Migranten erleiden doppelt so oft wie junge Deutsche Misshandlungen durch Eltern, und sie spielen schon als Zehnjährige dreimal so oft brutale Computerspiele. Beides zusammen fördert bei den Jungen nachhaltig die Orientierung an Werten und Verhaltensweisen der Macho-Kultur. So laufen sie dann einem falschen Konzept nach. Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Gregor Gysi, hat sich gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts ausgesprochen und stattdessen bessere Schulen gefordert. „Gute Schulen sind die besten Erziehungscamps“, so Gysi in einer Erklärung. Die vor Wahlkämpfen immer wieder auftauchenden Vorschläge von CDU-Politikern zur Verschärfung des Jugendstrafrechts würden nur davon ablenken, dass Forderungen nach guten Schulen und gute Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der beste Weg sind, Jugendkriminalität zu verhindern. Er postulierte, dass es sinnvoller sei, mehr Lehrer einzustellen, als in den Strafvollzug zu investieren.

Die Regierung Koch in Hessen hat eine verfehlte Schulpolitik aufzuweisen, die zu kürzeren Schulzeiten und überfrachteten Lehrplänen geführt hat. Mehr Angleichung bei den Bildungschancen ist als Politbarometer eigentlich angesagt. Denn es gibt deutliche Zusammenhänge zwischen gewalttätigem häuslichen Umfeld, ebensolchen Computerspielen, Bildungsarmut der Eltern und Armut überhaupt. Ausgrenzung erzeugt Wut, gegen sich selbst oder gegen andere. Wenn sich diese Mischung mit Machokult paart, wird sie hochexplosiv! Die Forderung nach Erziehungscamps für Jugendliche weckt starke Erinnerungen an die parami-

litärischen, entindividualisierenden, menschenunwürdigen „Bootcamps“ in Amerika, deren Brutalität und Forderung nach sklavischer Unterordnung leider nicht alle Probanden überlebt haben. Dort geht es nur um die Ausschaltung des eigenen Willens, der angeblich nach seiner Zerstörung später wieder „richtig“ aufgebaut werden könnte.

Dass es keinerlei Empathie für die Probleme, ihr Entstehen und die Aufarbeitung der subjektiven Schicksale gibt, zeichnet diese amerikanischen Gulags aus! So etwas darf sich in Deutschland auf keinen Fall etablieren. Schon gar nicht als Déjà-vu-Erlebnis in Anbetracht der ehemaligen deutschen Konzentrationslager! „Es kann doch nicht sein, dass eine Minderheit von Menschen in unserem Land einer Mehrheit von Menschen Angst macht“, sagte Frau Merkel. Damit meint sie etwas anderes als ich. Denn *ich* habe vor einer Politikerkaste Angst, die entgegengesetzt zum Willen des Volkes regiert! Aber da müsste ich jetzt ganz weit ausholen, zur „Verteidigung der deutschen Sicherheit am Hindukusch“ beispielsweise.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Keine Rüstungshochburg Bremen!

Seit einiger Zeit organisiert die „DFG/VK-Gruppe“ zusammen mit dem „Friedensforum“ Protestaktionen gegen die höchst aktiven Waffenschmieden in der „Rüstungshochburg Bremen“. In diesem Rahmen findet am **18. Januar 2008** um **13 Uhr** eine **Mahnwache** vor dem „Kapitel 8“ an der **Domsheide** in Sachen **Lürssen-Werft** statt. Dazu hier eine Kurzbiographie des Betriebes.

Die Friedrich-Lürssen-Werft an der Lesummündung besteht seit 130 Jahren und gilt als die „Wiege der deutschen Schnellboote“. Schon für die Kaiserliche Marine baute Lürssen Schnellboote, und für Hitlers faschistische Wehrmacht wurden zwischen 1939 und 1945 weit über 200 solcher schwimmenden Mordwerkzeuge mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 45 Knoten (das sind circa 83 km/h) auf Kiel gelegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg verboten die Alliierten zunächst den Bau von Kriegsschiffen. Nach einer mehrjährigen „Schamfrist“ produzierte die Werft erneut Schnellboote, diesmal für die Bundesmarine. Heute rüstet sie mit zahlreichen Korvetten und Fregatten die deutschen Seestreitkräfte auf.

Besonders „dick drin“ ist sie im Exportgeschäft mit Schnellbooten, Patrouillenbooten, Korvetten und der Baubeteiligung an U-Booten. In den letzten Jahrzehnten hat Lürssen über 300 verschiedene Kriegsschiffstypen ins Ausland geliefert, darunter auch an die Türkei, nach Israel, an die arabischen Golfstaaten

Kuwait und Bahrein, sowie nach Nigeria, Thailand und Singapur. 70 Prozent ihrer Schiffe gehen in den Export.

Am 20. Juni 2007 hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages einen Großauftrag für vier Fregatten des Typs F 125 abgesegnet – Kostenpunkt 2,27 Milliarden Euro! Aktuell baut Lürssen für die Bundeswehr fünf Korvetten der Klasse K 130. Dies sind schwimmende Plattformen für Einsätze von Kampfhubschraubern und Abschussrampen für Präzisionswaffen, die ausschließlich für Landziele vorgesehen sind.

Alle derzeitigen und künftigen Projekte wurden kürzlich in einer „Gemeinsamen Erklärung“ des Berliner Rüstungsministeriums mit dem „Bundesverband der deutschen Industrie“ festgeklopft. Federführend: Marine-Chef Friedrich Lürßen! Was da an Kriegsschiffen „vom Feinsten“ vom Stapel gelassen wird, ist also wahrlich nicht dazu angetan, unserer Welt mehr Sicherheit und Frieden zu bringen.

Bereits für **Freitag**, den **11. Januar 2008**, rufen das „Bremer Friedensforum“ und der „DFG/VK-Gruppe Bremen“ auf zur Aktion „Keine Bundeswehr in aller Welt, auch nicht im **Rathaus**!“ um **10:15 Uhr** vor dessen **Eingang**. Anlass ist der **Neujahrsempfang** der Streitkräfte. **Bundeswehr** buten un binnen? Nein danke!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Bahn-Angebote reichen weiterhin nicht aus: GDL droht erneut mit Scheitern der Verhandlungen *(„Spiegel-Online“)*

Gräfin Emma lässt grüßen

1. Am 19. Oktober 2007 hatten wir von der Gruppe „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“ eine Mahnwache mit Redebeiträgen vor dem „Kapitel 8“ an der Domsheide inszeniert, um auf Sozialabbau und die Folgen der Obdachlosigkeit aufmerksam zu machen. Wir hatten dabei einen ganz besonderen Gast unter uns, denn eine Teilnehmerin hatte sich in „Gräfin Emma“ verwandelt. Der echten Gräfin hatten die Bremer seinerzeit ihre Bürgerweide zu verdanken. Was hat die Wohltäterin der Armen dazu veranlasst, nach 1.000 Jahren aus ihrer Ruhestätte zu uns zu kommen?

Es ist das schreiende Unrecht, das in Bremen und anderswo herrscht! Die Profitgier der Konzerne, die Regierungen negativ beeinflusst, führt zu Hartz-Gesetzen. Sie führt dazu, dass in Bremen in einigen Stadtteilen zwei Drittel der Kinder von Sozialleistungen abhängig sind. Immer mehr Menschen verlieren ih-

ren Arbeitsplatz. Durch zu hohe Mieten werden sie obdachlos, und manch eine Frau wird in die Zwangsprostitution getrieben.

Gräfin Emma weilte unter uns, um sich mit uns zu solidarisieren. Sie wollte mit uns zusammen einen persönlichen Brief an den „König von Bremen“, Jens Böhrnsen, und an seine „Hofdame“, Karoline Linnert, überbringen. Doch im Rathaus wurden wir nicht von ihnen empfangen, sondern uns wurde gesagt, sie befänden sich zur Zeit in Berlin. Ob dies der Wahrheit entsprach, wissen wir nicht. Jedenfalls hatten wir den Eindruck, dass der „König“ und seine „Hofdame“ uns nicht gerade überschwänglich empfangen hätten. Wahrscheinlich hätten sie sich auch nicht im Namen der Stadt bei Gräfin Emma für die Bürgerweide bedankt!

Die Medien verweigerten durch ihr Nichterscheinen der „Gräfin Emma“ die Hofberichterstattung. Als Lady Diana sich sozial engagierte, wurde in aller Welt darüber berichtet! Wieso wurde Gräfin Emma nicht diese Ehrerbietung entgegengebracht? – Eine Frau, die selbst von Obdachlosigkeit betroffen ist, war so mutig, ins gewerkschaftliche Megafon zu sprechen und auf ihre Situation hinzuweisen. Wir möchten uns bei „Gräfin Emma“, beim DGB und bei den Leuten von der Montagsdemo aufs Herzlichste für ihre tatkräftige Unterstützung bedanken!

2. Die Gruppe „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“ setzt sich gegen die soziale Ungerechtigkeit ein, die seit Einführung der Hartz-Gesetze im Jahr 2004 permanent zunimmt. Insbesondere engagieren wir uns für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht oder schon obdachlos sind. Mit unserer Aktion am 19. Dezember 2007 wollten wir in der Vorweihnachtszeit darauf hinweisen, dass immer mehr Menschen in unserem Land verarmen. Die Gräfin Emma sorgte

durch ihr Handeln dafür, dass den Menschen zu ihrer Zeit geholfen wurde. Unser Wunsch ist es, dass sich die rot-grüne Landesregierung daran ein Beispiel nimmt!

Die neue Bremer Regierung kündigte in ihrem Koalitionsvertrag an, dass sie Dumpinglöhne durch eine Bundesratsinitiative zur bundesweiten Einführung von Mindestlöhnen bekämpfen will. Bei der Arbeitsmarktpolitik will sie „so viele Ein-Euro-Jobs wie möglich durch befristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen“ (Seite 42). Das ist schwammig formuliert und bleibt unverbindlich. Die „Entgeltvariante“ und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen führen nicht aus der Armut heraus, deswegen sind sie abzulehnen!

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge macht in erster Linie die Folgen der Globalisierung beziehungsweise die neoliberale Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche dafür verantwortlich, dass die Armut immer mehr zunimmt. Dass sich die rot-grüne Regierung aus der Arbeitsmarktpolitik herausziehen und 3,3 Millionen Euro an Landesmitteln hierfür einsparen will, ist abzulehnen! Die „Solidarische Hilfe“ fordert einen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Das ist unterstützenswert!

Das „Kinderhilfswerk“ stellte fest, dass 2,5 Millionen Kinder *arm* und weitere 2,5 Millionen *von Armut bedroht* sind. Die rot-grüne Landesregierung will die Hilfe für Kinder ausweiten, aber gleichzeitig Gelder in der Jugend- und Kinderhilfe streichen. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz! Auch geraten durch die Hartz-Gesetze immer mehr Menschen in die Schuldenfalle. Damit sie aus ihr herausfinden, ist es wichtig, die Betroffenen zu beraten, bevor sie ihre Wohnung verlieren! Besonders Frauen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind oder sich darin befinden, benötigen Hilfe, damit sie nicht in Zwangsprostitution geraten. Wird eine Frau vergewaltigt, hat sie das Recht, sich an den Notruf zu wenden, um fachliche Hilfe zu erhalten!

Der Hartz-Regelsatz sieht nur 347 Euro in Monat vor; davon sollen regelmäig 45 Euro zurückgelegt werden, um beispielsweise für die Anschaffung eines Kühlschranks zu sparen. Aus dem Bericht „Armut in Bremen 2006“ der „Arbeitnehmerkammer“ geht hervor: „Die Bundesregierung hat sich bei der Feststellung des im SGB II geregelten Bedarfsniveaus nicht den Werten angeschlossen, die von der EU für die von ihr ermittelten, relativen Armutsschwelle zugrunde gelegt werden. Gemessen am EU-Standard ist das in Deutschland festgelegte Bedarfsniveau also bereits im Ausgangspunkt nicht armutsfest.“

Darum ist zum Sachleistungsprinzip zurückzukehren, denn es ist unmöglich, monatlich 45 Euro zurückzulegen, um Geld für Möbel oder Haushaltsgeräte anzusparen! Schon die Preiserhöhungen verhindern dies. Die Regelsätze und alle unteren Einkommen gehören angehoben! Menschen, die materielle Hilfe benötigen, sodass sie etwa ihre Wohnung renovieren können, sollen diese kostendeckend erhalten!

Wir fordern: Kein Platzverweis für Obdachlose und von Armut betroffene Menschen an öffentlichen Plätzen! Menschlicher Umgang mit Obdachlosen, mehr und bessere Wohnprojekte für sie! Aktive soziale Hilfe für von Obdachlosigkeit be-

drohte Menschen! Mehr kostenlose Toiletten und Waschgelegenheiten in der Innenstadt! Förderung des sozialen Wohnungsbaus! Erhöhung der Mietobergrenzen der Bagis! Senkung der Mieten, denn Wohnraum muss erschwinglich bleiben oder werden! Menschenwürdige Grundsicherung für alle ohne Repressalien durch Behörden! Verstaatlichung von Großkonzernen einschließlich der Banken und Versicherungen, wenn sie Menschen entlassen, obwohl Gewinne erwirtschaftet werden (nach Artikel 14 Absatz 2 und 3 sowie nach Artikel 15 Grundgesetz)! Stoppt die Privatisierung staatlicher Unternehmen!

Bettina Fenzel (parteilos)

„Wie wenn tot“: Telekom will 9.000 überzählige Beamte an die Arbeitsagentur verschieben *(„Spiegel-Online“)*

Auf Grundsicherung angerechnet: Riester-Rente löst sich in Luft auf *(„Spiegel-Online“)*

Jede(r) Dritte sieht sich in schlechter wirtschaftlicher Lage

1. Wir werden auch im Jahre 2008 weitermachen mit unserem Protest gegen Hartz IV, Agenda 2010 und den Rattenschwanz passender Gesetze! Die Regierung freut sich über die sinkenden Erwerbslosenzahlen, weiß aber ganz genau, dass keine vollwertigen Arbeitsplätze entstehen, sondern Teilzeit- und Minijobs sowie ungesicherte Beschäftigung bei Leihfirmen. 32 Prozent der Befragten einer Umfrage von Allensbach bezeichnen ihre persönlich wirtschaftliche Lage als schlecht. Vor fünf Jahren waren es nur 20 Prozent.

VW/Porsche-Chef Wiedeking streicht dagegen 56 Millionen Eiro Jahressalär ein. Die Merkel-Regierung lässt alles ins Kraut schießen! Vor Weihnachten wurde diese kapitalistische Entwicklung zur moralischen „Neiddebatte“ stilisiert. Mindestlohn ja oder nein, Höhe der Managergehälter, alles soll sich zwischen den Betroffenen selber regulieren. In Neujahrsansprachen und auf Parteitagen säuselt Frau Merkel, dass sie sich zum Handeln angespornt fühle, weil die Erträge beim Kapital schneller

wachsen als die Lohneinkommen. Aber beim Kapital soll's bleiben, darum will sie mit der SPD über „Investivlohn" reden. Das sind alles Spielchen, von denen die große Masse der Arbeitenden gar nichts hat! Du bist eher gefeuert oder hast gar nur einen Zeitvertrag im Minijob, als dass je einer davon etwas hätte!

Nein, die Realität sieht anders aus. Der vielgepriesene „Aufschwung" findet nur bei den Exportfirmen statt, die in boomende Märkte wie China und Indien liefern. Bei der großen Masse kommt der „Aufschwung" nicht an. Der Jahresumsatz im Einzelhandel hat die Werte von 2006 nicht erreicht. Schlecht bezahlte Arbeit und Minijobs, das wollen sie uns für die Zukunft als Dauerlösung anbieten! Keine Zukunft zu haben, wollen die Menschen aber nicht. Darum rate ich, immer mehr nachzudenken, wie wir gemeinsam unsere Zukunft gestalten können, ohne den Kapitalismus!

2. Heute Morgen fand der Prozess gegen zwei Teilnehmer der **Montagsdemo in Hannover** seinen vorläufigen Abschluss. Eigentlich hätte alles bereits am 19. Dezember letzten Jahres erledigt sein können, aber der Hauptbelastungszeuge der Polizei hatte sich in Urlaub abgemeldet. Die Aussagen der übrigen Polizeibeamten waren so sehr von Einschränkungen wie „daran kann ich mich nicht mehr erinnern" oder „das habe ich nicht gesehen" gekennzeichnet, dass selbst der Staatsanwalt unruhig wurde. Um die Verurteilung zu erreichen, blieb nur eine Vertagung übrig.

Wenige Tage vorher hatte das Verwaltungsgericht Hannover bereits die Klage gegen die Auflage abgeschmettert, die Anwesenheit von 50 Teilnehmern zur Voraussetzung für den Betrieb der Lautsprecheranlage zu machen. „Wir wollen es so", sagt die Stadtverwaltung Hannover in Eintracht mit der Polizeidirektion. Auch die Polizisten wissen bei ihren „Zählungen" ganz genau Bescheid, wie sie *nicht* auf 50 Teilnehmer oder mehr kommen: Nur wer eng beieinander steht und miteinander redet, gehört zur Montagsdemo, während jene, die nur stehen bleiben oder gar mit dem Kopf schütteln, nicht hinzugehören.

Demokratische Willensbildung hin oder her: Die Polizisten sind politisch ausgerichtet und wissen, wie sie zu zählen haben. An dem ominösen Februartag letzten Jahres hatten sie auch einen „Zusätzlichen" dabei, einen Angehörigen der Bundespolizei als „Hospitanten", wie das so schön heißt. Man kann vermuten, dass dieser Tag eben für den Einsatz gegen die Montagsdemo und die Konfiszierung der Lautsprecheranlage bewusst festgelegt wurde.

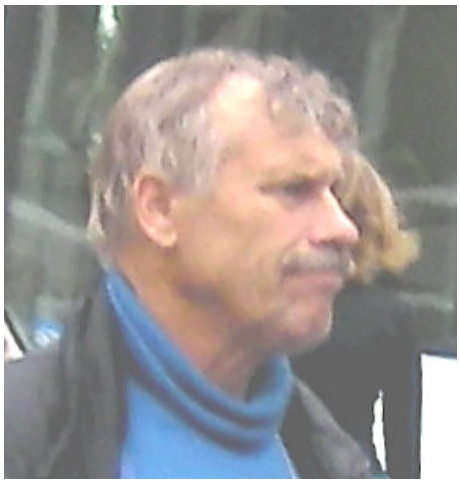
Nun wurde mir bekannt, dass nach 174 Montagsdemos auch der Stadtverwaltung Wilhelmshaven einfällt, dass sie die „50er-Regelung" in Einsatz bringen könnte. Die Wilhelmshavener Montagsdemonstranten werden dagegen protestieren. Aber eines kann man jetzt schon sagen: Die Regierenden werden versuchen wollen, die ja weitgehend überall geringere Beteiligung bei den Montagsdemos auszunutzen, um die Resonanz und die Wirkung und Ausstrahlung der Montagsdemos weiter einzuschränken und kaputtzumachen.

Es ist an der Zeit, dass alle politischen Kräfte, die an einer Ausweitung der demokratischen Rechte auf antifaschistischer Grundlage und an einer Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert sind, sich zusammenschließen und gegen diese gemeinsam etwas unternehmen! Inzwischen ist das Lautsprecherverbot in Hagen aufgehoben worden. Widerstand lohnt sich eben doch!

Jobst Roselius

Geldstrafe zu hoch: Tagessatz für Hartz-IV-Betroffenen von zehn auf sieben Euro reduziert *(„Tacheles-Sozialhilfe“)*

Das Schweigen, die Aufregung und die Leute, auf denen man rumtrampelt



Unser politisches Personal steht auf demselben Niveau wie vor der französischen Revolution die Könige! Die merkten auch nicht mehr, dass sie ihre Karre an die Wand gefahren haben. Ebensowenig merken unsere heutigen Senatoren, die die Stadt Bremen managen, was sie gemacht haben, und wie sie uns an die Wand fahren! Es ist hier angesprochen worden, dass die Hartz-IV-Gesetzgebung oder die dazugehörigen Verordnungen nicht mehr eingehalten werden. Viele Bürger werden an den Rand gedrängt und gehen unter, durch Verschuldung! Es kommt auch zu immer mehr Gewalttaten der Bürger untereinander.

Wir haben Polizisten, die sich schon mal einen Spaß daraus machen, mitzuhelfen bei Übergriffen gegen Bürger. Obwohl die Polizisten selbst auf die Straße gehen und um ihre Gehälter streiten müssen, beteiligen sie sich an Pogromen gegen die Bürger, wie in Scheinheiligendamm. In Bremen stand ein hoher Beamter vierzig Jahre lang im Polizeidienst und wurde nie strafrechtlich verfolgt, der über 1.000 Zivilisten in Italien hat ermorden lassen, zu Zeiten des Dritten Reiches. Der wurde hier nicht vor Gericht gestellt! Er lebt in Ehren bei guter Pension dahin und verzehrt sein Altersbrot.

Angeprangert werden wir, die keine Chance mehr am Leben sehen, die belogen und beschissen worden sind, deren Kinder verluderte, dreckige Schulen besuchen müssen, von Pilz verseucht, wo es durchregnet, mit verwüsteten Spielgärten. Die Jugendlichen sehen keine Existenz mehr: Darauf wird herumgetrampelt

bis hin zu einer Frau Merkel. Doch auch sie ist nicht in der Lage, den Verantwortlichen auf die Füße zu treten für das Foltern von Kriegsgefangenen und anderer Leute, die irgendwo im Gefängnis sitzen, einschließlich Deutscher, die irgendwo auf Kuba inhaftiert waren. Da bringt Frau Merkel den Mund nicht auf! Es werden Leute aufgehangen, an den Armen hinterm Rücken, denen wird ein Hemd über den Kopf gezogen, und es wird Wasser rübergegossen, bis die Leute das Gefühl haben, sie müssen ersticken oder ertrinken. Da wird nichts getan!

Und hier regt man sich auf, wenn irgendein Rentner zusammengeschlagen und -getreten wird, was bestimmt nicht schön ist. Warum? Wer macht das? Am Ende müssen wir Hartz-IV-Empfänger uns vorhalten lassen, wie viel Geld wir im Monat bekommen, obwohl nicht einmal die Mieten und Stromkosten ausreichen. Es fehlt überall Geld, es werden die Verordnungen nicht eingehalten, doch unsere Herren Senatoren, gerade zwei Jahre im Amt, haben hinterher noch eine Altersversorgung von 2.400 Euro im Monat! Das sind unsere Volksvertreter?

Peter Kubiak (parteilos)

Das riecht nach Streik: Bahn will Einstiegsgrundgehalt der Lokführer von 1.970 auf 1.884 Euro absenken *(„Spiegel-Online“)*

Zum Leben brauchen wir alle zehn Euro Mindestlohn

Die Regierung brüstet sich mit der „gesunkenen Arbeitslosigkeit“: Es gebe 600.000 Erwerbslose weniger als vor einem Jahr, das „beste Ergebnis seit 1995“. Dies müssen wir etwas näher betrachten: Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist Ergebnis der Ausdehnung des Niedriglohnsektors, in dem sich heute bereits 21 Prozent der Beschäftigten befinden, also eine Folge der Hartz-Gesetze!

Laut DGB brauchen 33 Prozent der Vollzeit-Beschäftigten ergänzendes ALG II, sie können also von ihrem Lohn nicht leben! Die Zunahme von 1,3 Millionen betroffenen Menschen entspricht einer Steigerung um 39 Prozent von 2005 auf 2007. Mehr Leute haben also Arbeit, können aber nicht davon leben, zumal die Preise steigen: jetzt wieder für Öl, Gas, Benzin, die Straßenbahn, aber auch für Lebensmittel!

Nun kommt selbst die SPD mit „Mindestlohn“ daher – aber was für einem? Sieben Euro pro Stunde entsprechen bei einer 35-Stunden-Woche 1.065 Euro brutto im Monat. Soll davon eine Familie leben und ihre Miete bezahlen können? Der berühmt-berüchtigte Herr Rürup fordert sogar nur 4,50 Euro pro Stunde, 685 Euro pro Monat! Die CDU will stattdessen einen „Kombilohn“. Den haben wir freilich heute schon, nämlich als Niedrigstlohn mit ergänzendem ALG II. Die Unternehmer bedanken sich!

Natürlich brauchen wir einen Mindestlohn, aber er muss so hoch sein, dass man davon leben kann! Nach europäischer Sozialcharta entspricht das 60 Prozent des Durchschnittslohns. Das wären 1.600 Euro im Monat oder zehn Euro pro Stunde. Auch davon kann man noch nicht reich werden! Deswegen gilt es, den Kampf gegen die Hartz-Gesetze in diesem Jahr weiterzuführen und den Kampf um zehn Euro Mindestlohn für alle aufzunehmen! In Polen haben die Bergarbeiter jetzt gezeigt, wie das geht. Sie haben 15 Prozent Lohnerhöhung und Zulagen erstreikt! Herzlichen Glückwunsch!

Wolfgang Lange (MLPD)

Mehdorn knickt ein: Elf Prozent mehr Lohn für Lokführer – und die Arbeitszeit wird verkürzt *(„Spiegel-Online“)*

Immer wieder kommen Fragen nach Hilfe

Nasskaltes und windiges Januarwetter bot den Rahmen für unsere 164. Montagsdemo, der ersten in diesem Jahr, am 7. Januar 2008. Trotz erst nur geringer Zahl fanden sich dann wieder über 30 Teilnehmer und Zuhörer ein. Nach Wünschen für ein frohes neues Jahr standen die wirtschaftlichen Ergebnisse, die Kämpfe und Lebensverhältnisse der Menschen im Mittelpunkt der Beiträge.

Es wurde von der „Gräfin-Emma-Aktion“ gegen die offizielle Obdachlosen-Politik berichtet und vom Verlauf und den Hintergründen des Prozesses gegen Teilnehmer der hannoverschen Montagsdemo anlässlich der Konfiszierung der Lautsprecheranlage. Die ausländerfeindliche Wahlkampfpolitik Roland

Kochs und anderer CDU-Häuptlinge wird weiter zu beobachten und zu kommentieren sein.

Aber es kommen auch heute immer wieder Menschen, die Rat suchen, in grundsätzlichen und speziellen Fragen, die kein Vertrauen und keine Lust mehr dazu haben, sich von der Bagis und anderen Behörden „vergackeiern“ zu lassen. Schon weil diese Menschen kommen, ist die Montagsdemo so wichtig!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Branchen-Mindestlohn ist Augenwischerei: Durch Umbenennung der Tätigkeit müssen Beschäftigte weiterhin für Hungerlohn schuften *(„Spiegel-Online“)*

Seehofer faselt von „fairen Preisen“: Nicht die Bauern, sondern die Konzerne verdienen an teuren Lebensmitteln *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

165. Bremer Montagsdemo am 14. 01. 2008

Die Wahrheit steht zwischen den Zeilen

Ich habe schon früh gelernt, mit dieser Technik umzugehen. Wie gut! Jüngstes Beispiel: die Lohnforderung von acht Prozent der Gewerkschaft Verdi. Wie sagte doch eine Dame in der Talkshow: „Machen wir uns nichts vor, normalerweise müsste Verdi 20 Prozent Lohnerhöhung fordern, um acht Prozent zu kriegen! Darum wird der Kompromiss nur bei vier Prozent liegen. Davon werden aber drei Prozent von der Inflation aufgefressen!“ Eigentlich hatte man jetzt einen Aufschrei der Politiker hören müssen, doch es herrschte Stillweigen, man ging zum nächsten Thema über.

Was ist das? Da sagt jemand etwas, das eigentlich keinem recht sein kann, und es erfolgt keine Gegenwehr, nicht einmal ein Kommentar der Moderatorin? Das macht mich aber stutzig, wenn jemand acht Prozent verlangt und nur ein Prozent Zuwachs herauskommt! Was bekommt dann derjenige, der bescheidene zwei Prozent mehr fordert? Wenn er nur die Hälfte des Geforderten erhielte, wär es immerhin ein Prozent, doch bei der Inflationsrate von drei Prozent sind es im Endeffekt minus zwei Prozent!

Ja, genau das werdet ihr lieben Rentner bekommen: Wir werden wieder einmal, trotz einer fiktiven Rentenerhöhung von zwei Prozent, ein reales Minus haben. Wenn das kein Grund zum Aufschrei ist! Leider können die meisten scheinbar nicht zwischen den Zeilen lesen. Holt euch Bücher, macht euch schlau! Mein Vater sagte immer: „Man wird alt wie eine Kuh und lernt, wenn man will, jeden Tag dazu.“ Ein Unwissender gerät mit Sicherheit immer ins Hintertreffen!

Als mein Enkelkind mal ein Phase der Lernunwilligkeit hatte und seine Mutter mir das erzählte, sagte ich: „Mein liebes Kind, ich verstehe, dass du manchmal keine Lust hast zu lernen, aber wenn du nicht lernen möchtest, sind die anderen bald schlauer als du und werden dir dein Taschengeld irgendwie aus der Nase ziehen!“ Heute ist der Junge sehr aufmerksam beim Lernen und fragt seinen Opa:

„Was macht ihr eigentlich bei der Montagsdemo?“ Unser Enkelkind, acht Jahre jung, ist eines von fünfen. Wie gut, dass sie einen Opa haben, der zwischen den Zeilen lesen kann!

Udo Riedel (parteilos)

„Expertentipp“: Wer seine Ersparnisse vor der Riester-Verrechnung schützen will, kann sie vorher verfrühstücken *(„Spiegel-Online“)*

Bremen fordert die Förderer und fördert die Forderer

Um den **Sendesaal** ist es in letzter Zeit still geworden. Das vorläufig letzte Konzert ist verklungen, doch Bausenator Loske hat noch nicht den Daumen gesenkt. Inzwischen gibt es einen neuen Hoffnungsschimmer, denn jetzt ist auch Klaus Hübotter – der Retter zahlreicher bremischer Kulturgüter – im Spiel. Er sei von verschiedener, auch politischer Seite darum gebeten worden, sich „ernsthaft Gedanken“ zu machen, und er sei „dankbar“ dafür, so der „Weser-Kurier“ vom 29. Dezember 2007.

Auch von „Radio Bremen“ sind inzwischen etwas andere Töne zu vernehmen. Danach hat der Sender den Immobilienkäufern überraschend ein Rücktrittsrecht vom Vertrag bis Ende 2008 eingeräumt. Es ist also alles wieder offen!

Im Sendesaal spielten weltberühmte Jazz- und Popmusikgrößen, traten die Liedermacher Ulrich Roski, Franz-Josef Degenhardt, Hans-Dieter Hüsch und Udo Lindenberg auf, gastierte die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“. Platten- oder CD-Aufnahmen machten unter anderem Nicolaus Harnoncourt mit dem „Concentus Musicus“ Wien, die „Musica antiqua“ Köln oder der „Monteverdi-Chor“ Hamburg. Die Reihe ließe sich unendlich fortsetzen, und sie muss auch unbedingt fortgesetzt werden!

Vielleicht täuscht die äußerliche Stille, die gegenwärtig herrscht, und es wird hinter den Kulissen intensiv um den Erhalt des Saales gerungen. Ich habe in letzter Zeit verschiedentlich das Gelände besucht und keinerlei Abrissvorbereitungen feststellen können. Lasst uns dem Sendesaal von ganzem Herzen diese positive Zukunft wünschen!

Vom Kulturförderer Klaus Hübotter jetzt zu einem Kapitaleigner ganz anderer Art: **BDA-Präsident Dieter Hundt** will bekanntlich beim „**Eiswette**“-Festschmaus

eine Rede schwingen. Worüber der Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern am Schulterband diesmal wieder reden wird, dürfte nicht schwer zu erraten sein, gehören zu seinen unverschämten Forderungen doch die Zahlung von fünf Euro pro Arztbesuch für jeden Bürger, die „Anpassung der Hinterbliebenenrente an den tatsächlichen Bedarf“ sowie gar die Abschaffung des Streikrechts! Das lassen wir uns nicht bieten! Wir wollen ihm am **Samstag**, dem **19. Januar 2008**, einen heißen **Empfang** bereiten: um **13:30 Uhr** am **Hotel Maritim**. –

Seit Anfang Januar gibt es im Internet einen bemerkenswerten **Friedensaufruf**. Er stammt zwar vom SPD-nahen „Willy-Brandt-Kreis“, gibt aber in den meisten Passagen die Positionen der Friedensbewegung recht gut wieder. In diesem Sinne kann er durchaus als Mahnung und zugleich als Appell an die in Berlin mitregierenden Genossen verstanden werden, sich endlich für ein deutlich sichtbares Versöhnungs- und Friedenszeichen vor allem in Richtung Osteuropa einzusetzen. Die Bundesregierung plant bekanntlich ein heftig umstrittenes „Zentrum gegen Vertreibung“ und bedient damit die reaktionärsten Kräfte in der Union und den „Vertriebenverbänden“ – sehr zur Freude der alten und neuen Nazis. Eine ungeheuerliche Provokation!

Die Initiatoren des Aufrufs schreiben unter anderem: „Wir brauchen kein Zentrum gegen Vertreibung. Wir brauchen ein Zentrum gegen Krieg – das den Jüngeren veranschaulicht, weshalb Krieg geächtet und künftig zu meiden ist. Jede Art Kriegsleiden könnte hier einen Raum bekommen, nicht nur die, die heute noch entschädigungsrelevant sind. Am Eingang wäre eine Warnung von Bertolt Brecht von 1952 denkbar: ‚Das Gedächtnis der Menschheit für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungskraft für kommende Leiden ist fast noch geringer.‘“ Wer möchte, kann sich diesem Aufruf noch anschließen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Schockwelle mit Vorankündigung: US-Hypothekenkrise erfasst Frankfurter Börse *(„Spiegel-Online“)*

Angst vor der Jugend?

Müssen wir Angst vor „der“ Jugend haben? Müssen wir um unser Leben fürchten, wenn wir beim Gassigehen Jugendlichen begegnen? Sind unsere Kinder wandelnde Zeitbomben, die sich Gewaltphantasien hingeben und sie womöglich auch ausleben? Wenn wir bürgerlichen Politikern vom Schlage eines Roland Koch Glauben schenken, so ist das der Fall, und Jugendliche sollte man vielleicht schon im zarten Alter von zehn oder elf rein prophylaktisch in ein hartes Erziehungscamp stecken!

Natürlich hat niemand Verständnis für die jüngsten Gewalttaten von Jugendlichen. Aber wir müssen uns zwei Fragen stellen. Erstens: Hat die Jugendkriminalität eine neue Quantität und Qualität angenommen? Zweitens: Warum wird eine ganze Generation als so verbrechensanfällig an den Pranger gestellt? Daraus ergibt sich die dritte, ganz schlichte Frage: Was tun? Es sind durchaus keine neuen Zustände eingetreten, im Gegenteil: Führende Wissenschaftler wie der Direktor des „Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens“, Professor Pfeiffer, haben sogar herausgefunden, dass die Jugendkriminalität insgesamt rückläufig ist. So sind Tötungsdelikte von 14- bis 21-Jährigen in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent zurückgegangen, Raubdelikte um ein Fünftel.

Trotzdem versuchen bürgerliche Politiker, die Jugend insgesamt unter Generalverdacht zu stellen, was sich zum Beispiel im Hessen-Wahlkampf zu einer reaktionären Kampagne steigert. Allerdings müssen wir feststellen, dass es nicht Wahlkampfgetöse ist, sondern ein Teil der fortschreitenden Faschisierung des Staatsapparates und des Abbaus bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten! Die Monopole und ihre Regierungen wissen, dass die Akzeptanz in breiten Kreisen der Bevölkerung für ihren Faschisierungskurs immer weiter sinkt. Also muss jetzt die Jugend herhalten, neue, noch schärfere Gesetze herauszubringen!

Der Loslösungsprozess von den bürgerlichen Parteien, dem bürgerlichen Parlamentarismus und seinen Institutionen ist besonders stark unter der Jugend. Die Monopole treibt die Angst um, dass die Rebellion der Jugend in einen bewussten Kampf für eine gesellschaftliche Perspektive umschlägt. Das kapitalistische System bietet der Jugend keine Zukunft! Es gibt immer weniger betriebliche Lehrstellen, Studiengebühren werden eingeführt, Freizeiteinrichtungen privatisiert oder geschlossen, Kinder von Hartz-IV-Betroffenen müssen – in einem der reichsten Länder der Erde – hungrig zur Schule gehen und können vom Satz für ihre Ernährung auch nicht gesund ernährt werden: Das ist der jugendfeindliche Kurs dieses Staates der Monopole. Und die Jugend begehrt auf dagegen! Sie setzt sich in zahlreichen Kämpfen und Volksbewegungen mit ihrem Elan und ihrem Enthusiasmus an die Spitze, ja, sie ist am meisten offen für die Perspektive einer befreiten Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, den echten Sozialismus. Die Jugend steht links!

Das ist keine leere Phrase. Ich spreche hier für die MLPD, die mit ihrem Jugendverband „Rebell“ und ihrer Kinderorganisation „Rotfüchse“ sowie einer umfassenden Jugendarbeit Verantwortung übernimmt für die Zukunft der Jugend. Dabei kommen wir zu ganz anderen Schlussfolgerungen als die bürgerlichen Parteien! Wir betrachten die Jugend als am meisten aufgeschlossen für eine gesellschaftliche Perspektive. Natürlich ist sie auch unerfahren und anfällig für die bür-

gerliche und kleinbürgerliche Denkweise, die auf sie über tausend Kanäle und eine allseitige Meinungsmanipulation einwirkt. Und doch hat die MLPD in über 25 Jahren Parteiaufbau festgestellt, dass unser Vertrauen in die Jugend gerechtfertigt ist. Auch hier in Bremen wollen wir als MLPD in unserer Kleinarbeit einen besonderen Schwerpunkt in der Jugendarbeit setzen. Wir werden eine Initiativgruppe für den Parteiaufbau gründen, in der sich jeder beteiligen kann, der in Wort und Tat die Jugendarbeit unterstützen will. Vielleicht ist ja der eine oder andere unter euch, der da mitmachen will. Und wir müssen uns auch als Montagsdemo immer wieder etwas einfallen lassen, um die Jugend zu gewinnen!

Matthias Feilke (MLPD)

Kleinbürgerliches Denken: Statt um Transparenz, Aufrichtigkeit und Volksnähe bemüht sich die Bremer „Linke“ um „Professionalisierung“ *(„Spiegel-Online“)*

„Offenes Mikrofon gefährdet öffentliche Sicherheit“: Wilhelmshavener Stadtverwaltung versucht, kritische Meinungsäußerung zu unterdrücken *(„RF-News“)*

Wutanfall: Rumpelstilzchen benutzt Abschluss mit der GDL als Erklärung für ohnehin geplante Rationalisierungsmaßnahmen *(„Spiegel-Online“)*

Der Warnschuss für Koch und die Verpuffung von Riester

1. Schöner hausen mit Hartz IV? Das „Bauhaus“ sucht in einem Wettbewerb nach der „Wohnung für das Existenzminimum“. Erlaubt ist vieles: „Retro“ oder Futuristisches, Cooles und auch Kuscheliges, obwohl das „Cocooning“ als ein wenig überholt gilt. Die Frage, wie man wohnt, wird furchtbar ernst genommen, denn sie verrät viel über den Geschmack, aber eben auch über den Status einer Person.

Fast schon provozierend mutet bei all den ästhetischen Stilübungen eine Initiative an, die von der ostdeutschen Provinz ausgehen und die ganze Welt erreichen soll: Die „Stiftung Bauhaus Dessau“ sucht seit Anfang Januar im Rahmen eines Wettbewerbs die „Wohnung für das Existenzminimum von heute“. Hübscher wohnen für Hartz-IV-Empfänger und die Bedürftigen in den Slums? Die Gruppe derer, die von den Vorschlägen profitieren sollen, ist groß: Arbeitslose, Obdachlose, Rentner, Allein-

erziehende, kinderreiche Familien. Es lassen sich viele Daseinsformen am Existenzminimum finden, denn überall, auch in Europa, nimmt die Armut zu.

Es gehört schon eine große Portion an Menschenverachtung dazu, auf welche Art sich hier Gedanken um uns gemacht werden! Ganz dreist wird zugegeben, dass die Armut überall zunimmt, geschrieben mit der größten Selbstverständlichkeit, als sei es völlig normal oder handele sich um eine unvermeidbare Naturkatastrophe! Die in Frankfurt versammelte Avantgarde hatte sich bereits auf die Idee der „**Minimalwohnung**“ eingeschworen. In einer Ausstellung und später in einem Buch wurden 100 Grundrisse präsentiert, etwa die 23-Quadratmeter-Wohnung „für eine erwerbstätige Frau“. Einer Familie wurde das Zusammenleben auf 48 Quadratmetern zugemutet.

Le Corbusier hielt Vier-Quadratmeter-Schlafkammern für ausreichend. Für eine kurze Zeit des Lebens, wie zum Beispiel das Studium, halte ich diese Größe noch für angemessen, aber zum Leben, insbesondere wenn man arbeitslos ist und den ganzen Tag zu Hause verbringt, sind Wohnungen unter 45 Quadratmetern zu klein. Offenbar gilt es nun, europaweit einen neuen Markt aufzuteilen. Dafür müssen wohl ganze Stadtteile umgestaltet werden. Ob eine Mauer darum herumgebaut wird oder nur Stacheldraht? Werden die Angehörigen der Unterschicht dorthin zwangsdeportiert? Dürfen sie nur einen oder sogar zwei Koffer mitnehmen?

Ich ärgere mich auch über den gehässigen Sprachstil des „Spiegel“-Artikels, er hat für mich etwas Diskriminierendes. Aber es scheint nun zum guten Ton zu gehören, dezent abfällig über Angehörige des „Prekariats“ zu lästern! Wenn ich lese, dass ich nicht mehr wohne, sondern „hause“, dann lebe ich auch nicht mehr, sondern „vegetiere“ nur noch vor mich hin. Dass ein Reporter vom „Spiegel“ so eine menschenverachtende Überschrift bringt, zeigt, auf welches Niveau dieses Blatt inzwischen abgetaucht ist.

Auch der „Stern“ trägt in einer Reklame seinen Teil dazu bei: „Porsche *Small SUV* – Der *Cayenne* für die Armen. Hartz IV wird vermutlich nicht ausreichen, aber auch im Hause Porsche muss der Kompakt-SUV billiger werden als das große Modell.“ Die Ausgrenzung und selbstverständliche Diskriminierung weiter Bevölkerungsteile scheint sich als gesellschaftsfähig entpuppt und etabliert zu haben. Ganz normal eben!

2. Als ob es nicht schon genügen würde, dass Hessens Ministerpräsident Koch sogenannte Erziehungscamps für – vor allem ausländische – Jugendliche gefordert hat, überspannt er jetzt absolut den Bogen mit seiner Forderung, bereits Kinder unter 14 Jahren ins Gefängnis zu stecken! Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ sich peinlicherweise vor Kochs Wahlkampfkarren spannen: Sie sprach sich für eine Erhöhung der Höchststrafe auf 15 Jahre, beschleunigte Gerichtsverfahren und den „Warnschussarrest“ aus. Auch sollten Überachtzehnjährige nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt und ausländische Gesetzesbrecher schneller abgeschoben werden.

Es ist bedenklich, dass ausgerechnet der Ministerpräsident desjenigen Landes die Debatte anheizt, in dem die Verurteilung eines Täters nach einer Straftat im bundesweiten Vergleich am längsten dauert. Eigentlich bedarf es nicht viel Kenntnis von Pädagogik, um zu wissen, dass perspektivlose Jugendliche, je härter mit ihnen umgegangen wird, desto verzweifelter und roher werden. Inzwischen wandte sich auch die „Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen“ gegen ein hartes Vorgehen gegen Jugendkriminalität. Dieses stehe „im Widerspruch zu sämtlichen Ergebnissen der Forschung“, heißt es in einer Resolution, die rund tausend Jugendrichter und Kriminologen unterzeichneten.

Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass härtere Sanktionen oder längere Strafen die Rückfallquote reduzieren. Man kann sich leicht die Finger dabei verbrennen, wenn man mit den Ängsten der Leute spielt, statt sie ernst zu nehmen! Der Grünen-Politiker Kai Gehring brachte es auf den Punkt, indem er sich für mehr präventive Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendkriminalität aussprach: „Gewaltkarrieren dürfen gar nicht erst entstehen, Prävention geht vor Repression, das ist wirksamer.“ Vielschichtige Ursachen erforderten vielschichtige Präventionsansätze. Statt „Kochs Wahlkampfgetöse à la Kinderstrafrecht“ sei auch eine bessere Erziehung nötig. Dazu gehört natürlich eine vernünftige Ausbildung für alle!

Andererseits braucht das Finanzkapital Kochs Rassismus, denn die Arbeitskraft von Migrantenkindern wird immer weniger gebraucht. Die CDU will daher von der sozialen Frage ablenken: **Rassismus** soll als Kitt einer illusionären Volksgemeinschaft zwischen Reichen und der wachsenden Zahl der Armen dienen! Die überproportionale Jugendkriminalität von Ausländern ist vor allem ein soziales Problem: Einwanderer sind überwiegend Arbeiter, doch die Arbeitskraft ihrer Kinder wird immer weniger gebraucht. Nur noch ein Viertel der ausländischen 18- bis 21-Jährigen hat eine Berufsausbildung absolviert. Viele haben keinen Job oder sind schlecht bezahlt in prekären Arbeitsverhältnissen. Daraus Selbstbewusstsein zu ziehen, ist schwierig. Wer diese Verhältnisse aufrechterhält, fördert damit auch Jugendkriminalität!

3. Der Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“, Oskar Lafontaine, fordert die Bundesregierung auf, „sofort alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit der **Riester-Betrug** gestoppt wird, der in Zukunft Millionen Arbeitnehmer mit geringen Einkommen und durch Arbeitslosigkeit unterbrochenen Beitragszeiten treffen kann“. Renten-Experten haben festgestellt, dass sich die zusätzliche Altersvorsorge für viele künftige Rentnerinnen und Rentner aufgrund der Gesetzeslage in Luft auflöst. „Das ist doppelter Betrug: Erst kürzen Union und SPD die gesetzliche Rente soweit, dass viele nur noch eine Grundsicherung oder weniger bekommen, und dann wird den Betroffenen auch noch die Riester-Rente weggenommen, deren Beiträge sie sich oft vom Munde abgespart haben“, so Lanfontaine.

Die Riester-Rente ist von Anfang an nur ein riesiges Subventionierungsprogramm für Banken und Versicherungskonzerne, die prächtig daran verdienen. An

denen, die sowieso nicht sparen können, weil sie ihr gesamtes Einkommen verkonsumieren müssen, geht das Konzept total vorbei – abgesehen davon, dass sie steuerlich die Besserverdienenden subventionieren, die sich eine private Vorsorge leisten können.

Eigentlich müsste dieses Problem doch allen Sozialpolitikern in den Bundestagsparteien ebenso klar sein wie den Experten für die Altersvorsorge! Uneigentlich wird die Sachlage geleugnet, heißen sämtliche Parlamentarier plötzlich Hase mit Familiennamen: Sie tun so, als ob gering verdienende Verkäuferinnen oder Frisöre von der Riester-Rente profitieren könnten. Mit dem „kleinen Mann“ oder der „kleinen Frau“ meint man es machen zu können: Neben permanenter Diskriminierung erfolgt auch noch andauernder Beschiss!

4. Menschenverachtende Brutalität kennt keine Grenzen mehr! Vorgestern wurde ein wehrloser **Obdachloser** zweimal angegriffen und mit Messerstichen schwer verletzt. Der Mann musste ins Krankenhaus, die Polizei ermittelt wegen versuchten Mordes. Nach Polizeiangaben hatte der 50-Jährige in einem Hauseingang in der Sankt-Pauli-Straße geschlafen, als gegen drei Uhr morgens ein Unbekannter zunächst Bier verlangte. Anschließend prügelte und trat er auf den Obdachlosen ein. Nachdem ein Anwohner dem Mann zu Hilfe kam, ergriff der Angreifer die Flucht.

Doch nur 20 Minuten später wurde der 50-Jährige, der bereits wieder eingedöst war, von einem Mann an der Kleidung gepackt und mit Messerstichen am ganzen Körper verletzt. Die Polizei schließt nicht aus, dass es sich beide Male um denselben Täter handelt, da sich beide Personenbeschreibungen (etwa 1,80 Meter groß, kräftig, 25 bis 40 Jahre alt, kurze dunkelblonde Haare) ähneln. Die Staatsanwaltschaft hat für Hinweise eine Belohnung von 2.000 Euro ausgesetzt. Demnach scheint es sich nicht um einen Ausländer zu handeln! So wird sich Herr Koch nicht für diese Meldung interessieren.

5. Nach Angaben des Vereins „Frauenwürde“ hat der zu knapp bemessene Regelsatz bei Hartz IV zu mehr ungewollten Schwangerschaften geführt. Wie der in der Schwangerenkonfliktberatung tätige christliche Verein am Montag in Köln mitteilte, gaben die betroffenen Frauen an, von ihrem knapp bemessenen Geld keine sicheren **Verhütungsmittel** bezahlen zu können. „Das Geld für die ‚Pille‘ brauche ich, um für meinen Mann und meine zwei Kinder eine halbe Woche fürs Frühstück einzukaufen“, sagte eine Betroffene ihrer Beraterin.

Verhütungsmittel sind nicht zu finanzieren, wenn der Regelsatz 311 Euro pro erwachsene Person bei Verheirateten und Zusammenlebenden oder 345 Euro für Alleinstehende beträgt, denn davon sollen Ernährung, Kleidung, Hygieneartikel und mehr bezahlt werden, berichtete „Frauenwürde“-Vorsitzende Annegret Laakmann. Die ‚Pille‘ kostet etwa zehn Euro monatlich, eine ‚Spirale‘ hingegen 150 Euro. Der Verein „Frauenwürde“ will bis zur hoffentlich bald eintretenden Gesetzesänderung die Schaffung von kommunalen oder privaten Hilfsfonds vorantrei-

ben, an die sich Frauen mit wenig Geld zur Deckung der Kosten für Verhütungsmittel wenden können. Es ist sicher nicht im Sinne „staatlich erwünschter Menschenproduktion“, wenn hier die „Überflüssigen“ noch mehr Kinder bekommen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Gewaltkultur: „In keinem Genre verdichten sich soziales Elend und seine Übersetzung in Kunst und Kriminalität derart wie im Rap“ *(„Spiegel-Online“)*

Jugend einlagern statt ausbilden?

Die CDU und ihre reaktionären Vorreiter wie Roland Koch haben die sogenannte Jugendkriminalität zum Wahlkampfthema gemacht, um am rechten Rand zu fischen und dumpfe Gefühle wachzurufen. Wissenschaftliche Institute haben dargelegt, dass die Gewaltkriminalität im Gegenteil in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Um aber die Unzulänglichkeiten im eigenen Land zu vertuschen, klopft Koch reaktionäre Sprüche – es gibt weder das Forschen nach den Ursachen noch die Überlegung, welche Perspektive die Jugend denn hat. Nein: Selbst in Schmiergeldaffären bis in die Kohl-Zeit verwickelt, macht sich die CDU als Zutreiber zur NPD verdient!

Aber die SPD ist nicht viel besser. Sie nimmt zwar nicht so eine extreme Position ein, aber speziell aus ihrer Politik, der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen, ist die Perspektivlosigkeit gespeist: mit immer weniger Angeboten an die Jugend und dem Zu-Tode-Sparen in Ländern und Kommunen, während das Kapital noch und noch hofiert wird. Jede Gewalt unter Jugendlichen und gegen Minderheiten, Alte, Kranke oder Obdachlose ist prinzipiell abzulehnen. Aber wer der Jugend keine positive Zukunft bieten kann und mit wie auch immer bezeichneten Erziehungslagern das Genick brechen will, der treibt nichts anderes als die Faschisierung immer weiterer Lebensbereiche voran!

Der Bahnvorstand hat sich endlich bequemt, der GDL einen eigenen Tarifvertrag zuzugestehen. Die Lokführer-Kollegen müssen jetzt prüfen, ob ihnen das Angebot reicht. Die nächste Tarifrunde bei Verdi steht vor der Tür, und die Acht-Prozent-Forderung findet bei einer Umfrage von „Infratest“ breite Unterstützung: 55 Prozent unterstützen die Forderung, vier Prozent finden sie noch zu niedrig,

nur 37 Prozent zu hoch. Wir können ein heißes Frühjahr erwarten! Auch in Polen und Russland müssen die Arbeiter und Angestellten harte Auseinandersetzungen führen: Die polnischen Bergleute der Zeche Budryk konnten ihre Forderung voll durchsetzen, und die Ford-Autoarbeiter bei Sankt Petersburg lassen sich von Betrugsmanövern, wie sie bei uns der Bahnvorstand versuchte, nicht einschüchtern.

Bei uns müssen auch noch andere Themen immer wieder auf den Tisch, etwa die Situation der Hartz-IV-Betroffenen oder der Rentner. Gerade erweist sich die sogenannte Riester-Rente mal wieder als Flop für Gering- und Normal-Niedrigverdiener. Irgendwo im Kleingedruckten der Gesetzestexte steht, dass in diesen Fällen eine Verrechnung mit der „Grundsicherung im Alter“ vorgenommen werden wird. Wer also sind die Abkassierer? All jene, die sich sowieso gut absichern können! Auch das muss alles geändert werden.

Unseren Protest zeigen wir beim „**Eiswette-Essen**“ am **19. Januar 2007** um **13:30 Uhr** vor dem „**Hotel Maritim**“ und dem Kongresszentrum. Mit dem „Bremer Friedensforum“ zusammen wollen wir gegen die Politik des „Arbeitgeberverbandes“ und seines Präsidenten **Dieter Hundt** demonstrieren. Mit immer schärferen Forderungen gegen Arbeitende und Arbeitslose wollen sie die Rechte von immer mehr Menschen einschränken – und sich selbst die Taschen füllen, um den Konkurrenzkampf weiter anzuheizen und um ihren Krieg gegen die ganze Welt durchzuführen. Kommt zahlreich!

Jobst Roselius

Plumpsklo selber ausheben und Holzhacken bei minus 55 Grad: Hessen schickt Böse-Wicht nach Sibirien in den Kinder-Gulag *(„Bild“-Zeitung)*

Parteischädigung: Ex-Wirtschaftsminister Clement setzt frühere Führungsrolle in der SPD als bezahlter Lobbyist in klingende Münze um *(„Spiegel-Online“)*

Wir fordern einen Freibetrag bei Anrechnung von Riester-Renten!

1. Um die Riester-Rente gibt es derzeit großen Wirbel, aber Betrug liegt nicht vor. Bei der Grundsicherung werden wie beim ALG II alle anderen Einkünfte überwiegend angerechnet: Wer „Hartz IV“ beantragt und eine Rente erhält, zum Beispiel aus Nießbrauchverkauf, bekommt entsprechend weniger ALG II. Genauso wird mit jeder anderen Rente verfahren, auch mit **Riester-Auszahlungen**. Der augenblickliche Protest und der Druck der Versicherungswirtschaft wird aber eventuell einen Freibetrag bei der Anrechnung von Riester-Auszahlungen erreichen. Lasst

uns gemeinsam die Daumen drücken! Diesen Freibetrag können dann auch alle anderen für vergleichbare Renten einforden.

Bei der Grundsicherung gibt es wie beim ALG II einen Freibetrag für Vermögen, allerdings ist er wesentlich geringer: Zurzeit liegt er bei 2.301 Euro. Aufgezehrt durch Anrechnung wird somit die laufende Riester-Auszahlung. Eine Kündigung des Vertrages führt zur Rückforderung der bisherigen Fördermittel, daher ist eventuell eine Ruhendstellung besser. Die Nachfrage nach dem „Was-wäre-wenn“ weckt den Versicherer auf!

Das Grundsicherungsproblem haben aber nicht nur Geringverdiener, denn die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug, wie „Plus-Minus“ meldet: „Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des ‚Paritätischen Wohlfahrtsverbandes‘ prognostiziert: ‚Dass wir wieder eine ganz erhebliche Altersarmut bekommen werden, ist unausweichlich. Wir haben jetzt eine sehr geringe Altersarmut, lediglich 2,5 Prozent der älteren Bevölkerung gelten als arm. Wir müssen uns in 15 bis 20 Jahren wieder an Quoten von 10, 15, 20 Prozent gewöhnen, wenn wir nicht massiv politisch gegensteuern.‘ Berechnungen des ‚Paritätischen Wohlfahrtverbandes‘ zeigen: Schon in 14 Jahren, also 2022, wird, bei Berücksichtigung der Inflation, die Durchschnittsrente auf das Niveau der Grundsicherung absinken. Das würde bedeuten, dass gut zwei Millionen Rentner auf Sozialhilfe-Niveau leben.

Ab wann rechnet sich die private Vorsorge? Ab welchem Einkommen lohnt sich private Altersvorsorge nach dem Status quo überhaupt? Andreas Bickert verdient als Gepäckfahrer am Frankfurter Flughafen 1.900 Euro brutto im Monat. Zahlt er 35 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung ein, kommt er einmal auf rund 700 Euro Rente, exakt die Höhe der Grundsicherung. Bickert liegt damit genau an der Grenze. Was er zusätzlich spart, gibt es später für ihn komplett obendrauf. Allen, die weniger als 1.900 Euro brutto verdienen, drohen aber Abschläge bei der privaten Altersvorsorge.“

Soweit diese Sendung. Die Wirklichkeit sieht noch weit schlechter aus, weil davon auszugehen ist, dass vor dem Übergang in Rente oder Grundsicherung ein ALG-II-Bezug liegt. Bereits heute stellen nur circa 20 Prozent aller Rentner aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung heraus den Rentenantrag. Bei ALG I werden 90 Prozent des zu berücksichtigen Einkommens für die Zahlung der Rentenbeiträge zugrunde gelegt, bei ALG II 205 Euro. Bei Sozialgeld werden keine Rentenbeiträge gezahlt. Die Rentenhochrechnungen der Deutschen Rentenversicherung berücksichtigen dieses Risiko nicht, sie lauten inzwischen auf das Rentenalter 67 Jahre!

Die Haushaltsplanungen der Deutschen Rentenversicherung berücksichtigen daher nicht die tatsächlichen Beitragsmindereinnahmen durch Verringerung der ALG-I-Bezugsdauer, Verwehrung von ALG I durch höhere Zugangsvorausetzungen und Anstieg der Zahl von ALG-II-Betroffenen. Besonders hart ist, dass Menschen, die durch das soziale Netz fallen, auch keine Beiträge zahlen. Diese Variante wurde überhaupt noch nicht von der Rentenversicherung entdeckt! Außerdem werden die Zahlen der Arbeitslosenstatistik einfach geglaubt.

Die Warnung des „Paritätischen Wohlfahrtverbandes“ stammt vom November 2006, zeigt aber hochaktuell diese Entwicklung auf. Nur die Gesamtzahl der auf Grundsichrung angewiesenen Rentner(innen) wird leider noch wesentlich höher sein, wenn die Sozialpolitik beim „aktivierenden Sozialstaat“ bleibt! So wie viele Hartz-IV-Betroffene „über Riester“ sauer sind, ärgern sich viele Arbeitnehmer(innen) über die Beiträge zur Rentenversicherung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. ALG I wird demnächst für ältere Arbeitslose wieder länger gezahlt. Dies erfolgt rückwirkend ab 1. Januar 2008, aber was gilt zwischenzeitlich? Wer unter diese Regelung fällt, sollte gegen den Aufhebungsbescheid für **Arbeitslosengeld I** Widerspruch einlegen und sich weiterhin bei der Bundesagentur arbeitssuchend melden. Er sollte auch den Antrag auf ALG II stellen, sich allerdings vorher informieren. Die kleinste Übung besteht darin, die Lebensversicherungen „Hartz-IV-fest“ zu machen.

Wessen ALG I ausläuft oder wer trotz Beitragszahlung noch keinen Anspruch auf ALG I erworben hat, sollte gegen die Aufhebung oder Ablehnung ebenfalls Widerspruch einlegen. Das politische Personal ist aktiv geworden, weil Klagen gegen die Änderung der Bezugsdauer von ALG I Aussicht auf Erfolg haben. –

Ansonsten will Ursula von der Leyen mehr Geld, so der „Weser-Kurier“ vom 5. Januar 2008: 100 Millionen für das Eltern-, 30 für das **Erziehungsgeld**. Bereits im Dezember hat von der Leyen 130 Millionen für das Eltern- und 70 für das Erziehungsgeld zusätzlich beantragt. Wie wurden dabei eigentlich die (zugegebenen) 60 Millionen Euro für Werbemaßnahmen und positive Darstellung des Elterngeldes verbucht? Wieso kann Frau von der Leyen bei der Bedarfsermittlung so daneben liegen? Sind weitere Werbeaktionen geplant?

Das Millionengrab **Gesundheitsfonds** wurde von Frau Merkel verteidigt. Er soll dazu beitragen, den Wettbewerb der Gesetzlichen Krankenkassen untereinander zu stärken. Begründet hat Frau Merkel diese Behauptung nicht. Der Gesundheitsfonds führt erst einmal zu einem einheitlichem Beitragssatz für alle gesetzlichen Krankenkassen. Wieso soll dass ein verstärkter Wettbewerb sein? Die Kasse, die mit diesem Beitrag nicht auskommt, kann von ihren Versicherten nachträglich rückwirkend einen Zusatzbeitrag einfordern. Der Versicherte hat ein außerordentliches Kündigungsrecht, zahlen muss er trotzdem. Die Arbeitgeber bleiben von einer solchen Nachforderung ausdrücklich verschont. Nachtigall, ick hör dir „merkeln“! (Zur „Gesundheitsreform“ siehe auch 111., 114., 116. und 117. Bremer Montagsdemo).

3. Wir kommen jetzt auf den Hundt, genauer: auf den *Besuch* vom **Arbeitgeberpräsident Hundt** zur Eiswette zu sprechen, bei dem es sich um einen Vertreter der „Ziege“ handelt. Er hat die Einführung von ALG II im Zuge von Hartz IV und Agenda 2010 als „bei weitem nicht ausreichend“ kommentiert. Herr Schröder hat uns nämlich nicht nur die Hartz-Gesetze eingebrockt, sondern auch die „Heuschrecken“ ins Land gelassen und für volle Kriegskassen bei den Konzernen gesorgt!

„Die rot-grüne Regierung hat vor allem den Banken und Versicherungen ein Milliardengeschenk gemacht: die Steuerbefreiung von Gewinnen aus Verkäufen inländischer Unternehmensbeteiligungen. Man munkelt, die Allianz wäre auch mit einem Steuersatz von 20 Prozent zufrieden gewesen“, schreibt „Brand eins“.

Die Kriegskassen konnten durch die Verkäufe von Beteiligungen an anderen Unternehmen gefüllt werden. Herr Schröder hat diese Veraufserlöse von jeglicher Steuerbelastung befreit und obendrauf noch die nachträgliche, zehn Jahre rückwirkende Steuerersparnis durch die verunglückte **Unternehmenssteuerreform**. Die Konzerne haben dieses Geld für weitere Konzentrationen und Aktionen zur Personalverminderung investiert. Die Folgen daraus, die Kosten der Arbeitslosigkeit, trägt die öffentliche Hand! Damals hat der Arbeitgeberverband erklärt: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem noch weitere folgen müssen.“

BDI-Präsident Thumann hat erklärt, er folge dem Leitbild des ehrbaren Kaufmanns. Ein solcher ist keine „Ziege“! Thumann sagt: „Lassen Sie uns gemeinsam klarmachen, wer in Deutschland Wohlstand und Wachstum erwirtschaftet: die vielen ausgezeichneten Unternehmen mit ihren hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern!“ Wer mag dem widersprechen? Doch wieso sind die Unternehmensgewinne um über 40 Prozent gestiegen, die Erwerbseinkommen aus Lohn und Gehalt hingegen um über fünf Prozent gesunken?

Die EU-Kommission hat 2007 3,3 Milliarden Euro an Bußgeldern eingenommen. Von ehrbaren Kaufleuten? Ein Konzern macht Werbung: „Siemens hat Lösungen, seit 160 Jahren!“ Doch zu Herkunft und Verbleib des Schwarzgeldes fällt Siemens nur Nebel und Verschleierung ein!

4. Der **Tarifvertrag** der GDL ist auf der Zielgeraden. Gemessen an der Entwicklung der Gehälter von Herrn Mehdorn und seinen Mitstreitern liegt der Abschluss an der untersten Grenze, denn die Steigerung beim Vorstand beträgt 300 Prozent! Jetzt haben der öffentliche Dienst und der Marburger Bund ihre Tarifforderungen bekannt gemacht.

Bereits im Vorfeld wurde jede Tariferhöhung über zwei Prozent als „schädlich für den Aufschwung“ verteufelt, allerdings wie immer ohne Begründung. Nun liegt die amtliche Statistik vor, nicht die der Bundesagentur, sondern die des Statistischen Landesamtes. Den Mutmaßungen über den privaten Konsum steht nun eine amtliche Zahl gegenüber: Demnach ist der **Umsatz des Einzelhandels** 2007 preisbereinigt **um 1,5 bis 1,8 Prozent gesunken**.

Dies ist das schlechteste Jahr seit 2002 für den Einzelhandel! Der „Hauptverband des Deutschen Einzelhandels“ rechnet für 2008 mit minimal zwei Prozent Umsatzplus. Diese Statistik sagt aber nur etwas über den Umsatz aus, nicht über die Ertragslage der Unternehmen. Die Preisunterbietungen waren flächendeckend und erstreckten sich über das gesamte Sortiment. Die Bilanzen werden es zeigen, die Börse hat schon reagiert.

5. Stiefeltern müssen nun auch nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Bremen keinen **Unterhalt** zahlen. Diese ist gleichlautend mit anderen Gerichten. Die Bagis will sich aber weiterhin an die gesetzliche Regelung halten und alle anderen Stiefeltern zur Kasse bitten. Da hilft Widerspruch und notfalls Klage, rückwirkend ab der ersten unterstellten Zahlung und für die Zukunft (ab Widerspruch oder Klage) als Eilverfahren! Wie dies geht? Wir gehen mit! –

Die erhöhten **Mietobergrenzen** werden von der Bagis ab 01.11.2007 anerkannt, weil die Verwaltungsanweisung ab 1. November 2007 gültig ist. Aber selbst im „Gewos“-Bericht steht, dass sich die Verhältnisse in Bremen nicht geändert haben. Warum also ein Stichtag 1. November 2007? Wir fordern die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten rückwirkend ab 1. Januar 2005! Wie das geht? Wir gehen mit! –

Der Prozess gegen den Ziehvater von **Kevin** läuft. Die Verfahren gegen den Amtsvormund und den Bagis-Mitarbeiter sind Ende 2007 eingeleitet worden, nach über einem Jahr, aber genau rechtzeitig, um beide von einer Aussage im Schwurgerichtsprozess zu befreien! Ein Zufall? –

Hier noch ein Witz, wenn er nicht so traurig wäre: Der „Weser-Kurier“ wird uns Herrn Bürgermeister Böhrnsen künftig als Kaiser von China vorstellen, wenn es seinen Journalisten so erzählt wird. Oder warum stellt Arno Schupp in seinem Artikel über die „Bremer Bringer“ die „bras“ als Bremer Arbeitslosenselbsthilfe dar? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Jede „Einladung“ der Bagis oder Arge enthält folgende Unwahrheit: „**Fahrtkosten** unter sechs Euro werden nicht übernommen.“ Das Bundessozialgericht sieht dies anders (Aktenzeichen B 14/7b AS 50/06 R):

„Die Revision der beklagten Arge wurde zurückgewiesen. Das LSG hat die Beklagte zu Recht verpflichtet, über die Erstattung der dem Kläger entstandenen Fahrtkosten erneut zu entscheiden. Das LSG ist zwar ohne weiteres davon ausgegangen, dass die Kosten bei der Wahrnehmung von Beratungsterminen im Rahmen der Meldepflicht nach § 59 SGB II in Verbindung mit § 309 SGB III angefallen sind, während hier die Wahrnehmung eines Beratungsangebots im Sinne des § 16 Absatz 1 Satz 1 SGB II in Verbindung mit §§ 29, 30 SGB III näher liegt. In beiden Fällen hätte die Beklagte aber über die Übernahme der Reisekosten eine ermessensfehlerfreie Entscheidung treffen müssen; dem werden die angefochtenen Entscheidungen nicht gerecht. Hier hätte die Beklagte vor allem die

durch das ALG II vorgezeichneten finanziellen Möglichkeiten in Rechnung stellen müssen."

Eines ist klar: Ohne Antrag wird die Arge oder Bagis keine Fahrtkosten auszahlen, daher einfach bei der nächste Einladung dieses Thema ansprechen! Wer möchte, kann die Fahrtkosten rückwirkend ab 1. Januar 2005 beantragen, und zwar nicht nur für die „Einladungstermine", sondern auch für die sonstigen Besuche bei der Arge, zum Beispiel um Anträge zu stellen, Unterlagen abzugeben oder etwas nachzufragen. Diese Termine sind aus den Akten der Arge (Leistungsakte und Vermittlungsakte) ersichtlich.

Gegen die eventuelle Ablehnung der Arge ist Widerspruch möglich, gegen den Widerspruchsbescheid die Klage. Wie dies geht? Wir gehen mit! Es gibt aber auch Argen, die diesen Streit nicht wollen und den Anträgen entsprechend die Fahrtkosten übernehmen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

7. Der **Eingliederungszuschuss** ist ein lang erprobtes Zubrot für Arbeitgeber, die Arbeitnehmer mit „Vermittlungshemmnissen" einstellen. Dieser EGZ wird neu belebt: Die Arge kann jetzt Beschäftigungsverhältnisse für ältere Arbeitssuchende bis zum Rentenanspruch fördern, mit bis zu 75 Prozent des Bruttoverdienstes einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. *Noch* muss es sich um „zusätzliche" Arbeitsstellen handeln, doch bereits zum 1. April 2008 fällt diese Einschränkung weg. Dann ist *jede* Arbeitsaufnahme mit dem EGZ von 75 Prozent förderbar.

Wer etwas älter ist oder jünger als 25 Jahre, kann diese Unterstützung einfordern. Bei solchen Förderbedingungen hatten bereits erste Kontakte der Argen zu Arbeitgebern vollen Erfolg! Das Interesse der Wirtschaft ist groß. Wer die 58er-Regelung unterschrieben hat, kann diese Förderung trotzdem einfordern; dies steht auch so im Kleingedruckten. Der Nachteil für alle anderen liegt auf der Hand: Bei dem vielen Fördergeld wird jeder Arbeitgeber bemüht sein, die optimale Förderung mitzunehmen.

Für die Langzeitarbeitslosen ist das Konzept eine gute Sache, aber für die Gesamtwirtschaft wäre es förderlicher, die Beschäftigung von Mitarbeiter(innen) *grundsätzlich* zu fördern, indem sich – bei zur Gegenfinanzierung insgesamt erhöhten Unternehmenssteuersätzen – die gezahlten Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung *steuermindernd* auswirken. So kann die Bereitstellung von Arbeitsplätzen zum Unternehmensziel werden. Anzumerken ist noch, dass inzwischen die Arbeitslosenversicherung vom Bundeshaushalt abgekoppelt wurde. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Wahlvolk angewidert: Schmiergeld-Koch schmiert ab *(„Spiegel-Online")*

Man glaubt, Menschen Feuer unterm Arsch machen zu dürfen

Ich bin selbst im Gefängnis gewesen und habe die Hölle dort erlebt. Ich habe erfahren, dass gerade Gefangene oftmals ein besseres Sozialverhalten haben und menschlicher sind als viele unserer Politiker. Ich verweise nur auf die Herren Kanther und Filbinger!

Wir haben eine menschliche Evolution von etwa fünf, sechs Millionen Jahren und eine Zivilisierung von rund 70.000 Jahren. Man kann natürlich nicht erwarten, dass ein Wesen, das fünf, sechs Millionen Jahre nur durch Gewalt, durch Nehmen und Eroberung, überlebt hat, sich innerhalb von 70.000 Jahren zum perfekten Menschen entwickelt! Zwar wird, je weiter wir kommen, der Mensch weniger gewaltbereit, und umso mehr entwickelt sich sein Sozialverhalten. Doch es gibt natürlich Ausnahmen, die immer wieder durchbrechen, wie wir vor einigen Jahren im Balkan erlebt haben und wie wir es heute in einigen anderen Ländern sehen, zum Beispiel in Afrika. Aber Europa ist auch nicht frei davon. Das betrifft jeden einzelnen: Wie können wir überleben?

Hier einfach zu sagen, die Jugend sei besonders kriminell, ist nicht wahr, denn die Jugend hat nur etwas mehr Energie. Was mir viel mehr Sorge macht und was ich besonders im Gefängnis kennengelernt habe, ist die organisierte Intelligenzkriminalität der Älteren. Je älter diese Leute werden, desto gefährlicher sind sie. Das ist mir besonders aufgefallen bei Juristen und Polizisten, die im Laufe ihrer Berufszeit hochgradig asozial und regelrecht gemeingefährlich werden. Ich habe selbst „studiert“, dass etwa zehn bis zwölf Prozent aller Verurteilten unschuldig im Gefängnis sitzen!

Ich habe heute wieder drei Stunden lang versucht, einen Rechtsirrtum klarzustellen. Durch den Irrtum einer Dame im Gericht ist mir zufälligerweise ein vertrauliches Dokument in den Briefkasten zugestellt worden. Es ging um einen Termin, der von einem Verurteilten nicht eingehalten werden konnte. Es ist ein schwerer Bruch unseres Datenschutzgesetzes, dass ein vertrauliches Dokument in den Briefkasten eines Fremden gelangt! Doch nun stellt sich die Post hin, dass irgendein Angestellter sagt: „Wenn ich das Dokument durch den Briefschlitz geworfen habe, dann ist es zugestellt!“ Kommt das in falsche Hände, ist die Katastrophe perfekt: Ein Urteil wird rechtskräftig, und jemand sitzt unschuldig im Gefängnis. Das ist unser Staat!

Und da stellen sich dumme Leute hin wie ein gewisser Politiker Koch, der wirklich, an der Grenze des Schwachsinns, überhaupt nicht mehr weiß, worüber

er redet. Er macht Polemik in Unfähigkeit und Unwissenheit! Ich hatte mit solchen Menschen jahrelang zu tun, ich war selbst im Jugendgefängnis und habe furchtbare Sachen erlebt, vor allem im Umgang *mit* Jugendlichen! Ich muss auf meine damalige Genossin verweisen, mit der ich zu tun hatte, auf Ulrike Meinhof, die als Journalistin recherchiert hat, wie man mit jungen Leuten umgeht und was am Ende bleibt.

Ein weiterer Freund von mir übernahm damals den „Ellener Hof“, nachdem sich dort vier Jungen aufgehängt hatten, die von ihren sogenannten Pflegern oder Betreuern *in den Arsch gefickt* worden waren. Da sind junge Menschen kaputtgemacht worden, die von uns allen – heute bin ich erwachsen! – abhängig sind. Ich habe erlebt, wie ein Pflegekind in einem Schweinestall von einem Eber zerrissen worden ist, weil die Bauern billige Arbeitssklaven brauchten! Wir müssen mal darüber nachdenken, worüber solche dummen Politiker, gerade von der CDU, reden!

Letzte Woche, in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, wurde wieder einmal mein Haus angezündet. Ich weiß nicht, ob die Polizei etwas findet, denn es geht hier um die Korruptionsspekulation des Senats in einer Sache, die sich seit ungefähr vierzig Jahren in Bremen abspielt: um die Kleingartengebiete, in denen man das Eigentum der Parzellenbesitzer, vor allem deren Häuser, wegkriegen will. Hinzu kommt die Trunkenheit bestimmter Leute, dieser ausgewachsene Alkoholismus, der sich dann meist in verbalem Rassismus entlädt, in sexuellen Angriffen auf Frauen und in Antisemitismus.

In bin in diesen zwei Jahren viermal Opfer von Brandstiftungen gewesen! Wie oft bei mir eingebrochen und geklaut wurde, kann ich nicht mehr zählen. Ich bin persönlich auf das Massivste beschimpft und beleidigt und um mein Leben bedroht worden. Da sind Sprüche gefallen wie: „Jetzt machen wir dem Kubiak den Garten platt, dann machen wir dem Kubiak sein Haus platt, und dann machen wir den Kubiak platt!“ Ich möchte mich bei solchen Bürgern bedanken!

Peter Kubiak (parteilos)

Das ist hartes Brot, was du uns da bietest, Peter! Es ist sehr ernst, was du vorbringst, aber eine Schwierigkeit haben wir damit, weil diese Darstellungen *so* zu allgemein sind. Wir haben auch schon einmal bei der Nachbesprechung darüber geredet. Um dich unterstützen zu können, ist es notwendig, dass du bestimmte weitere Sachverhalte am Tisch vorträgst – nicht hier auf dem Platz, das funktioniert nicht.

Anmerkung von Jobst Roselius

Koch noch fieser: Hessen-CDU warnt erst vor „kriminellen Ausländern“, dann vor „Ypsilanti, Al-Wazir und den Kommunisten“ *(„Spiegel-Online“)*

Struck fordert Parteiausschluss: War Hartz-IV-Vollstrecker Clement nur ein Büttel der Monopole? *(„Spiegel-Online“)*

Wir sagen Nein zur reaktionären Jugendpolitik

Mit zwei Liedern zur Gitarre wurde eingeheizt: Zur 165. Montagsdemo am 14. Januar 2008 um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz kamen über 40 Menschen zusammen. Auch im Dunkeln, ohne sonstige Ablenkung, fanden die Beiträge viel Anklang. Das bewusste reaktionäre Hochspielen einer sogenannten Jugendkriminalität stand im Mittelpunkt der Kritik, teils mit sehr derben Vergleichen und Rückgriffen auf die Verhältnisse in Gefängnissen und Erziehungseinrichtungen.

Dass sich die ganze Perspektivlosigkeit der Jugend aus der aktuellen Regierungspolitik und der Degradierung aller Bereiche zur Ware herleitet, was die Masse der Bevölkerung ablehnt, ist nur allzu deutlich. Beifall bekam daher gerade der Beitrag, der aufzeigte, dass die Jugend in diesem System keine Zukunft hat und darum der echte Sozialismus von besonderer Anziehungskraft und Wichtigkeit ist. Aber auch andere Themen wie die Finanzsituation Bremens und bestimmte Tricksereien oder die aktuelle Lage um den erhaltenswerten alten Sendesaal von „Radio Bremen“ kamen zur Sprache.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Mit US-Hypotheken verspekuliert: WestLB will jeden dritten Arbeitsplatz streichen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

166. Bremer Montagsdemo am 21. 01. 2008

Der Sturz in den Brunnen

Die OECD warnt vor Altersarmut! Toll, das haben wir schon lange gesagt. Nur gut, dass dies jetzt auch die OECD so lautstark tut! Manchmal frage ich mich wirklich, wie lange Menschen brauchen, um zu begreifen. Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen: Ein Kind sitzt am Brunnenrand. Jemand sieht es, läuft hin und rettet es vor dem Fall. Zweites Beispiel: Viele Leute stehen um einen Brunnen, schauen über den Rand und sehen das Kind hilflos im Brunnen. Das ist genau der Unterschied zwischen uns, den Montagsdemonstranten, und der Politik!

Das erste Beispiel sind wir, das zweite die Menschen, die erst handeln, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Was ist besser für das Kind? Die Antwort wird sicher bei allen lauten: Das Kind darf gar nicht erst in den Brunnen fallen! Genau deshalb stehen wir hier. Wir sagen rechtzeitig Bescheid, und das sollte auch jeden freuen, man sollte uns sogar dankbar sein. Aber das Gegenteil ist der Fall: „Ach, die schon wieder!“, heißt es.

Dabei sind uns die Politiker tatsächlich dankbar, denn ohne uns, die alles vor Ort und am eigenen Leibe erfahren, wüssten sie gar nicht, was den Menschen bedrückt. Was mich aber am meisten stört, ist die Tatsache, dass Politiker sich nach Jahren dafür feiern lassen, weil sie etwas gegen die Probleme unternommen hätten, wir aber immer noch diejenigen sind, die Sorgen und Schwierigkeit haben. Darum brauchen wir alle eure Unterstützung, liebe Mitbürger, dass so schnell wie möglich gehandelt wird! Sonst gehen solche Meldungen wieder ungehört unter.

Jeder vierte hat Angst um den Arbeitsplatz. Ich zitiere aus unseren Anfängen vor über drei Jahren: Angst macht Stress, Stress macht krank, und Krankheit erzeugt Folgekosten für das Gesundheits- und Rentensystem. Ja, die Politiker sind uns dankbar, aber sagen dürfen oder wollen sie es nicht. Eigentlich schade, denn ein Umdenken würde uns allen viel Ungerechtigkeiten und Kosten ersparen!

Udo Riedel (parteilos)

Der arme Schneider bricht ins Eis

Etwas nach der Eiszeit, aber noch vor dem Umschlag in die Klimakatastrophe begingen die „ehrbaren" Bremer Kaufleute seit 1829 die „Eiswette", ob die Weser denn zugefroren oder offen sei. Heute, da man auch im Winter fast bei jedem Wetter angenehm „lauwarmes" Wasser vorfindet, wird die Eiswette lieber bei „vaterländischem" Braunkohl und Pinkel abgehalten. Am 6. Januar 2008 wurde nach altem Zeremoniell mit Steinen die „Eisprobe" gemacht, und ein „Schneiderlein" von 99 Pfund musste trockenen Fußes die Weser queren, was nur mit einem Seenot-Rettungskreuzer ging. Am letzten Samstag folgte das Essen. Als Gast hielt BDA-Präsident Hundt die Hauptrede. Da sagten sich Leute von der Bremer Montagsdemo und dem „Friedensforum", das sei doch ein Auftreten wert und stellten sich in Positur. Selbst Josef Ackermann, ein weiterer der vielen Gäste, konnte sich ein freundliches Grinsen nicht verkneifen.

Jobst Roselius (Transparent: Udo Riedel)

Schwarzer Montag: Deutscher Aktienindex erleidet nach weltweiten Panikverkäufen den größten Punktverlust seiner Geschichte *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Sieben-Tage-Verfolgungsbetreuung und Sozialtraining mit Plumpsklo

1. Familien mit wenigen Kindern nannte man früher kinderarm. Kinderreichtum war die Segnung mit vielen Kindern. **Kinderarmut** war nicht die Armut *von* Kindern, sondern die Armut *an* Kindern. Demnach wäre Deutschland insgesamt ein Land der Kinderarmut, mit seiner Geburtenrate von 1,3! Doch der Begriff steht nun für *arme Kinder.* Diese leben in armen Familien. Arm ist, wer wenig Geld hat. Die statistische Armutsgrenze liegt in Deutschland bei 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens. Mittlerweile sind 2,5 Millionen Jungen und Mädchen auf Sozialhilfegeld angewiesen. Nach Angaben des Kinderhilfswerks Unicef wächst die Armut von Kindern in Deutschland stärker als in anderen Industrieländern. So weit, so gut – ist der „FAZ“-Artikel in Ordnung.

Aber nun schlägt er in die übliche Hetze gegen uns um: Kinder würden keine Schulden machen, nicht auf Raten kaufen, schon gar keine Flachbildschirme. Sie würden auch nicht entscheiden, ob sie in der Sandkiste oder vor der Glotze aufwachsen. Kinder seien finanziell von ihren Eltern abhängig, egal ob diese staatliche Transferleistungen beziehen oder nicht. Es sei unsinnig, die Armut der Kinder gesondert zu betrachten, weil es doch die Eltern seien, die Miete, Windeln und Kindergarten bezahlten. Schließlich haue kein Kleinkind sein Kindergeld für Gummibärchen auf den Kopf, statt Pampers und Karotten zu kaufen.

Der (angebliche) Aufschwung und der (scheinbare) Rückgang der Arbeitslosigkeit gingen an den Bezirken, in denen ein Viertel bis ein Drittel der Einwohner von staatlichen Leistungen lebt, spurlos vorbei! Klar, etwas nicht Vorhandenes kann auch keine Spuren hinterlassen. Unverschämterweise kommt nun die Überschrift, dass Arbeit zu finden Disziplin voraussetze. Begründet wird dies mit den braven polnischen Spargelstechern, die ordentlich ihr Arbeitspensum verrichten, wohingegen deutsche Arbeitslose nichts aushielten und die Tätigkeit abbrechen würden. Eine Arbeit zu finden und zu behalten setze hauptsächlich Disziplin voraus. Menschen, die freilich in der zweiten oder dritten Generation erlebten, dass man auch ohne Arbeit überleben kann, lernten diese Selbstdisziplin nicht.

Dann ist die Rede von „Wohlfahrtsdynastien“, wo eben nicht eingeübt werde, was auf dem Arbeitsmarkt gefragt sei. Angeblich werde in diesen Familien weniger mit den Kindern gesungen und gespielt, sodass die armen Kinder nicht finanziell, sondern kulturell arm seien. Sie werden auch überhaupt nicht ausgegrenzt, schließlich können sie sich zum Beispiel gar keinen Vereinsbeitritt leisten! Laut dem blöden „FAZ“-Artikel ziehen die Eltern ein „Premiere“-Abo und den Anruf bei „Call-a-Pizza“ einem Nachmittag auf dem Spielplatz oder einer Stunde mit dem Kind auf dem Schoß und einem Bilderbuch dazu vor. Was sich von Transferleistungen so alles bezahlen lassen soll!

Eine schlecht bezahlte Arbeit zu finden, ist nun wirklich nicht für jeden ein Problem. Aber bringt das die Familien aus der Armut und Perspektivlosigkeit heraus? Nein! Und wie nun weiter? Darauf hat der Schreiberling sicher keine Antwort. Brauchen wir vielleicht noch ein paar „Aufstocker“ dazu, damit die Unternehmer sich goldene Nasen verdienen können, weil sie sich ihren unberechtigten Gewinn auf Kosten der Steuerzahler erarbeiten lassen?

2. Während der hessische Ministerpräsident Roland Koch weiter für einen strengeren Umgang mit **jugendlichen Gewalttätern** wirbt, wird nun bekannt, welch harte Maßnahmen in seinem Bundesland bereits möglich sind: Das Jugendamt des Landkreises Gießen hat einen 16-jährigen Schüler nach Sibirien geschickt. Der Jugendliche war zuvor immer wieder durch Gewalttaten auffällig geworden. Nun soll er ein Dreivierteljahr unter extremen Bedingungen in Sibirien leben. Es handelt sich hierbei um eine sogenannte Eins-zu-ein-Maßnahme, wo der Junge gemeinsam mit einem Betreuer zusammenlebt.

Dort steht dem Jungen kein fließendes Wasser zur Verfügung, und er musste sich sogar ein behelfsmäßiges Klo selber bauen. Ich bezweifle, dass ein Leben nach dem Standard von vor 40 Jahren und das Fehlen der Reizüberflutung den jugendlichen Delinquenten auf eine gewaltfreie, sinnvoll zu lebende Zukunft mit beruflicher Perspektive vorbereiten wird! Sozialtraining auf dem Plumpsklo? Empathie und Reflexion beim Schleppen von Wassereimern aus dem Brunnen?

3. Die arge Arge in Delmenhorst will die junge Klientel „noch gezielter ansprechen“: Eine „**Sieben-Tage-Betreuung**“ wird „angedacht“, um Arbeitslosen eine „Perspektive“ aufzubauen. Die Geschäftsführung zieht Bilanz für 2007: „Wir haben Kunden, die wir auch mit Sanktionen zu 100 Prozent nicht erreichen können.“ 5.807 Empfänger von ALG II betreute die Arge im Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres, durchschnittlich 373 davon waren unter 25 Jahre alt. Die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 8,34 Millionen Euro wurden zu 96 Prozent abgerufen: Für so einen absoluten Mist wie Ein-Euro-Jobs und Ähnliches!

Ich kann mir gut vorstellen, dass es in Delmenhorst eine große Zahl von Menschen gibt, die vom Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt weit entfernt sind, denn dieser hält keine Arbeit bereit, außer den nicht die Existenz sichernden Jobs zu Hungerlöhnen. Im Dezember betreute die Arge allein 80 Unterfünfundzwanzigjährige

ohne Schulabschluss. Da viele Jüngere aus der Arge-Klientel kaum „Durchhaltevermögen“ bewiesen, müssten sie künftig „noch gezielter an die Hand genommen werden“. Die Arge möchte deshalb im laufenden Jahr auch „bezahlbare Wege neuer Art beschreiten“: Angeblich brauchten einige Jugendliche eine Betreuung von montags bis sonntags. Konzepte hierfür sollen die Bildungsträger erarbeiten.

Doch wenn jemand in Kauf nimmt, zu 100 Prozent sanktioniert zu werden, legt er ganz sicher keinen Wert auf eine Rundumbetreuung der Arge! Mir macht dieser Vorstoß Angst vor dem, was in besagten Köpfen noch so herumspukt. Wenn er ernst gemeint ist, könnte sich die Verfolgungsbetreuung bis hin zur „Lagerhaltung“ auswachsen – selbstverständlich „zum Wohle“ derer ohne Schulabschluss. Da gibt es jetzt aber wohl noch keine Handhabe, wenn jemand zwar unter 25, aber volljährig ist und kein ALG-II-Bezug vorliegt.

4. Die **Altersarmut** wird in Deutschland zunehmen, prognostiziert die „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“. Zur Zeit sei die Lage „noch solide“, sagte OECD-Rentenexpertin Monika Queisser der „Frankfurter Rundschau“. Weniger gut stehe es jedoch in Zukunft um die Versorgung der Geringverdiener sowie der zunehmenden Zahl von Menschen, die nicht durchgehend Rentenbeiträge gezahlt hätten. Heute sei die Armutsquote von Ruheständlern zwar noch vergleichsweise niedrig; dies werde sich jedoch in 30 bis 40 Jahren ändern. „Darüber macht sich die OECD Sorgen“, sagte Queisser.

Für diese Gruppe fehle in Deutschland eine „automatische Altersabsicherung“. Queisser empfiehlt der Bundesregierung, „andere Wege“ zu gehen und sich am Vorbild der Schweiz zu orientieren: Das eidgenössische „Drei-Säulen-Modell“ von staatlicher Sockelrente sowie einer Pflicht zur zusätzlichen betrieblichen und privaten Altersvorsorge habe den Vorteil, dass es alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit einbeziehe und die Abhängigkeit von sozialpflichtiger Beschäftigung vermindert werde. Derzeit liege der Anteil der Menschen, die im Rentenalter von Grundsicherung lebten müssen, bei rund 2,5 Prozent. Aber spätestens im Jahr 2030 werden zehn Prozent der Rentner betroffen sein!

5. „Wer als Parteimitglied dazu aufruft, die SPD nicht mehr zu wählen, verdient ein Ausschlussverfahren“: SPD-Fraktionschef Peter Struck fordert Wolfgang Clements Rausschmiss. Auch die hessischen Sozialdemokraten werfen Clement vor, mit seinem indirekten CDU-Wahlaufruf die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti zu beschädigen und im Auftrag der Energiewirtschaft zu sprechen.

„Herr Clement steht auf der Gehaltsliste eines großen Energiekonzerns“, sagte Parteisprecher Frank Steibli. Die SPD wolle die hessischen Atommeiler Biblis A und B abschalten – und „das stört RWE. Deswegen mobilisiert der Konzern jetzt Herrn Clement“, sagte Steibli. Der frühere Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens entpuppe sich so „als **Lobbyist** der Wirtschaft“. Diese angeblichen Volksvertreter werden immer dreister! Doch damit wird auch leichter durchschaubar, welcher Politiker mit welchem Unternehmen eng als Lobbyist verbandelt ist.

Deswegen ist Clement vormals auch Wirtschaftsminister gewesen. Das war zwar anders gedacht, aber ihm persönlich scheint es zum Vorteil gereicht zu haben. Dem deutschen Volke auch? Da dürften die Meinungen wohl auseinandergehen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Jede Gewalt ist zu verurteilen!

1. Diese Jugend! Dieser Koch! Vor vier Jahren hat er seine Wiederwahl mit dem Thema Ausländer erreicht. Daher kommen erneut diese Anfeindungen gegen die ausländischen Mitbürger! Es wäre ein guter Tag für Deutschland, wenn bei der Wahlauswertung festgestellt würde: Herr Koch hat verloren, weil er die Jugendlichen mit Migrationshintergrund verleugnet hat!

Für jeden Unruheherd in der Welt gilt: „Wir müssen den Menschen dort eine verlässliche Perspektive schaffen, dann schaffen wir Frieden und alles andere. Als nächstes müssen wir den Menschen Bildung verschaffen, damit der Frieden dauerhaft bleibt.“ Und was ist in Deutschland geschehen?

Wir haben die Integrationshilfen für **Migranten** abgeschafft und den Zugang zu Kindergärten verschlossen, denn für die Kinder aller Menschen ohne Arbeit gibt dort keinen Platz. Wir haben die Förderkurse für lernschwache Kinder oder Kinder mit Handicap stark eingeschränkt. Wir haben die Hauptschule weiter bestehen lassen, obwohl deren Abschluss nicht zu einen Ausbildungsplatz führt. Bei der Besetzung der zur Verfügung stehenden Plätze in Gymnasium, Real- und Hauptschule wehren sich die Eltern mit Migrationshintergrund am wenigsten gegen den Verbleib ihrer Kinder auf letzterer.

Wir schränken die Freizeitförderung für Jugendliche erheblich ein durch Abschaffung der Jugendzentren. Jetzt beginnt sogar der „Rückbau“ von Kinderspielplätzen, wie von Frau Rosenkötter für Hemelingen gefordert. Wir schränken die Förderung von Jugendlichen zur Findung und zum Erhalt einer Ausbildungsstelle im ersten Arbeitsmarkt erheblich ein. Wir wissen: Das beste Mittel gegen „Sozialhilfekarieren“ ist die rechtzeitige Lösung vom Elternhaus, wenn die Eltern von der „Stütze“ leben. Trotzdem verweigern wir Jugendlichen unter 25 Jahren den Auszug in eine eigene Wohnung: Dieser muss erst erstritten werden!

Wir widersprechen nicht, wenn Politiker so tun, als ob jeder Jugendliche ohne Ausbildungsplatz selbst schuld an seiner Lage sei. Wir widersprechen der Han-

delskammer nicht, wenn der „Ausbildungspakt“ gelobt wird, weil jeder „ausbildungsfähige“ Jugendliche versorgt werde, obwohl dies auch eine „Schleifenmaßnahme“ ist. In der Veranstaltung „Nacht der Jugend“ haben die Jugendlichen eine Statistik zerlegt: „Das umfangreiche Forschungsprojekt der Schülerinnen und Schüler ergab, dass nach drei Jahren tatsächlich nur 56 Prozent der Schulabgänger des Jahrgangs 2002/2003 einen Ausbildungsplatz haben und nicht 96 Prozent, wie von der Handelskammer schöngerechnet und verbreitet wurde.“

Wir haben es hingenommen, dass die Möglichkeiten der Erwachsenenschule stark eingeschränkt wurden und der damals verantwortliche Senator Willi Lemke sagen durfte: „Wer es im ersten Anlauf nicht schafft, muss es sein lassen!“ Wir sehen zu, wie die Studienplätze abgebaut werden und das Geld für die Universität gekürzt, aber gleichzeitig die Privatuni auch mit Steuergeld überdurchschnittlich gefördert wird. Wir werden diese Politiker bei der nächsten Wahl wegkreuzen!

Wie viele Jugendliche geben bereits während der Hauptschulzeit auf! Sie verweigern sich dem Unterricht und mindern damit die eigenen Chancen. Die Lehrer stehen dem ziemlich hilflos gegenüber. Wie fühlt sich ein junger Mensch, der voller Schwung beginnen wollte, nach 400 Absagen auf seine Bewerbungen?

Diese Aufzählung ist unvollständig. 17,5 Prozent aller 15- bis 24-Jährigen im Bundesland Bremen sind auf ALG II angewiesen; dies sind aber nur die Arbeitssuchenden gemäß Statistik und ohne die Jugendlichen mit ALG-I-Anspruch. Eine traurige Zahl! Vor 2005 musste die Bundesagentur für Arbeit jedem Arbeitssuchenden unter 25 Jahren innerhalb von drei Monaten einen Arbeitsplatz anbieten. 23,9 Prozent aller Kinder von Einwanderern erhalten unmittelbar im Anschluss an die Schule ALG II. Die Weichen wurden vom politischem Personal gestellt, die Leidtragenden sind die Jugendlichen, die doch unsere Rente finanzieren sollen. Bildung ist unser einziger Rohstoff!

Liebe Mitbürger mit Migrationshintergrund, bitte nehmt die Äußerungen von Herrn Koch als Wahlkampfgetöse! Falls es ein Trost sein kann: Dies ist nicht die einzige Verleumdungskampagne. Die Diakonie hat es veröffentlicht: „**Es gibt weder Sozialmissbrauch noch Leistungsexplosion**“! Die Diakonie hat sich geärgert über die Vorwürfe von Politikern, verbreitet durch die Medien und von vielen nachgeplappert! Arbeitsminister Clement hatte veröffentlicht: „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“. Auf der Bremer Montagsdemo haben sich viele Redner mit diesen angeblichen Stecknadeln im Heuhaufen beschäftigt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Wir waren letzten Samstag beim Treffen der bundesweiten Montagsdemo. Wir haben am **19. April 2008** die **Delegiertenversammlung aller Montagsdemos**. Teilnehmen können auch die neuen Montagsdemos und jene, die sich nicht der bundesweiten Organisation angeschlossen haben. Auf deren Homepage stehen die Teilnahme- und Wahlbedingungen. Die Delegiertenwahl der Bremer Montagsdemo werden wir für März vorbereiten.

Ein wichtiger Beschluss wurde gefällt: Für den **8. November 2008** wird zum **Sternmarsch in Berlin** aufgerufen, als nunmehr fünfter bundesweiter Herbstdemonstration unserer Bewegung. Natürlich haben wir auch eine Unterstützungsnote für die Nokia-Mitarbeiter(innen) verabschiedet und über vieles andere gesprochen. Am **23. Februar 2008** wollen wir in **Bremen** ein **Treffen der norddeutschen Montagsdemos** durchführen.

3. Nur weil es in der Zeitung steht, muss es noch lange nicht richtig und vollständig sein! „Wenig Entgegenkommen“, meldet der „Weser-Kurier“ vom 19. Januar 2008: Die Policen alter Häuser würden schneller gekündigt. Besitzer von Altimmobilien müssten zunehmend damit rechnen, schon nach dem ersten Schadensfall von ihrer **Gebäudeversicherung** eine Kündigung zu erhalten. Das Entgegenkommen vor allem nach Leitungswasserschäden werde nach Beobachtung von Experten geringer. So weit, so gut!

Aber in diesem Artikel steht nicht, dass langjährige Verträge Bestandsschutz haben. In diesem Fall berechtigt auch ein Schaden die Versicherungsgesellschaft nicht zur Kündigung. Am bekanntesten sind entsprechende Urteile gegen die Rechtschutzversicherer geworden. Fazit: Auch gegen eine solche Kündigung kann der Mensch sich wehren. Und wer hat schon gerne einen Versicherungsschaden!

Noch ein Beispiel für den Eingangssatz dieses Abschnitts: „Bei **Siemens** steigt die Nervosität“, lautet eine andere Überschrift in derselben Ausgabe. Es gebe viele neue Hinweise im Schmiergeldskandal, die Entlastung des Vorstands werde verschoben. Dazu komme ein neues Desaster für den Konzern: Kurz vor der Hauptversammlung an diesem Donnerstag seien weitere Spitzenmanager in Verdacht geraten, in den Schmiergeldsumpf verwickelt zu sein. Die Unternehmensspitze habe sich zu der „Empfehlung“ durchgerungen, die Entlastung des gesamten Vorstandes mit Ausnahme des neuen Vorsitzenden Peter Löscher zu verschieben.

Dabei gehe es eigentlich nur um Symbolisches, denn direkte juristische Auswirkungen habe die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat nach dem deutschen Aktiengesetz nicht. Weder Aktionäre noch das Unternehmen selbst seien gehindert, gegenüber entlasteten Vorständen Schadenersatzforderungen zu erheben. Es gehe letztlich darum, ob man jemandem sein Vertrauen ausspreche, so Danielea Bergdolt von der „Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz“. Das Schmiergeld-Volumen von rund 400 Millionen Euro habe sich inzwischen mehr als verdreifacht. Dazu kämen über ein Milliarde Euro für Strafen, Anwaltshonorare und andere Kosten. Noch wisse man nicht, was die US-Börsenaufsicht SEC an Sanktionen verhängen werde. Denkbar sei eine Geldbuße von 1,3 Milliarden Euro. So weit, so gut!

Peter Löscher ist neu im Siemens-Konzern. Wenn die Entlastung so nebensächlich ist, warum verzichtet er nicht darauf? Natürlich hat die Entlastung einen *hohen* Stellenwert: Es fällt schwer, einen Vorstand oder Aufsichtsrat zur Rechen-

schaft zu ziehen für Fehlleistungen, die *vor* der Entlastung bereits bekannt waren. Siemens insgesamt hat einfach sehr viel Dreck angehäufelt! Bei neuen Tatbeständen oder neuem Wissen ist die erfolgte Entlastung kein Thema. Die Regressforderungen werden wohl trotzdem nicht erhoben, wegen der Rückkopplung!

4. Die „bras“ baut Bollerwagen mit Ein-Euro-Mitarbeitern, meldet der „Weser-Kurier“ vom 19. Januar 2008. Diese Aufträge hätte bestimmt auch ein Handwerksbetrieb gerne ausgeführt! Die Tätigkeit von Ein-Euro-Mitarbeitern muss zusätzlich und gemeinnützig sein. Hier liegt beides *nicht* vor! Diese **Ein-Euro-Mitarbeiter** haben einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch auf Tariflohn gegen die Bagis. Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Handwerksbetriebe wiederum haben einen Schadenersatzanspruch für den vorenthaltenen Auftrag. Schweigt unsere Handwerkskammer zu diesem Regelverstoß erneut? –

Bloß nicht krank werden! Mitarbeiter(innen) müssen ihre Ausbildung für eine Arbeitsaufnahme in Irland selbst zahlen, dazu ihre Arbeitskleidung. Sie bekommen nur die Flugzeit bezahlt, keine Bereitschaft und auch nicht die Nebentätigkeiten wie Kabine säubern. Ein Rückfall ins Mittelalter! Für Angestellte bei dieser irischen **Zeitarbeitsfirma** soll das alles rechtens sein? Der Ratschlag des Arbeitsministeriums Rheinland-Pfalz lautet, die Mitarbeiter(innen) sollten Klage erheben, damit Klarheit geschaffen werden kann. Hier tut eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft gut. Wer mag sonst Klage führen?

Die Betroffenen haben sich verschuldet durch den Kauf der Uniformen und durch die Gebühren für das Einweisungsseminar zu einem lediglich befristeten Arbeitsverhältnis. Der Arbeitsrichter würde sich all dieser Probleme annehmen und gewiss zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer(innen) regeln. Auch den Arbeitsplatz kann das Arbeitsgericht erhalten, aber es gehört viel Rückenstärke dazu, diese Tätigkeit weiterhin auszuüben. Ohne ein solches Verfahren wird diese Praxis wohl nicht beendet! Es gibt zu viele Menschen ohne Arbeit.

5. Die **Krankenkassen** müssen nun den Kapitalstock für ihre Beamten bilden. Die AOK hatte sich mit Aktionen und Aufklärung über den geplanten Gesundheitsfonds hervorgetan. Die Politik hat flugs alle Krankenkassen per Begleitgesetz zu dieser „Gesundheitsreform“ verpflichtet, für ihre Beamten Pensionsrückstellungen in ausreichender Höhe zu bilden. Dies muss genauso wie die Entschuldung vor dem Start des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 erledigt sein. Obwohl dieses Gesetz allgemeingültig ist, werden damit vor allem die AOKs getroffen, denn überwiegend *sie* haben hoheitliche Aufgaben übernommen und dazu Beamte benötigt. Nun muss über einen eventuell höheren Beitrag diesem Gesetz Folge geleistet werden, und diese führen zu einem Mitgliederschwund. Die AOKs wehren sich. Wie alles bei dieser „Gesundheitsreform“ ist auch dieses Gesetz nicht „wasserdicht“. Die Richter werden das letzte Wort haben, wenn Frau Merkel weiterhin den Rachefeldzug führt! –

Abgeordnete des Deutschen Bundestages können korrupt sein: Die CDU verweigert beharrlich ein **Anti-Korruptionsgesetz**! Warum? Dies erinnert mich an Helmut Kohls „Schwarze Koffer“, an Laurenz Meyers Billigstrom oder an Dr. Lammert und die verweigerte beziehungsweise verwässerte Offenlegung von Einkünften. Frau Merkel, jetzt sind Sie vollkommen unglaubwürdig: In anderen Ländern prangern Sie die Korruption an, doch vor der eigenen Haustür wollen Sie nicht kehren! –

Die OECD hat eine „Lösung“ für das Problem der **Altersarmut**: Nein, nicht etwa vernünftige Beitragszahlungen für ALG-II-Betroffene soll es geben, sondern wie in der Schweiz eine abgesenkte Grundversorgung, die durch Eigenvorsorge aufgestockt werden kann. Allerdings fehlt die Auskunft, wovon Geringverdiener diese bezahlen sollen. Der Regelsatz für ALG II wurde schließlich nach Kassenlage entschieden! –

Die Regulierungsbehörde kürzt die **Strom-Netzentgelte**, aber solange Netze und Zähler in der Hand der Monopole sind, kommt kein echter Wettbewerb auf. Die heutigen Mitanbieter sind oft die gleichen Anteilseigner hinter anderen Namen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Wie kann aus deutscher **Entwicklungshilfe** für China chinesisches Eigenkapital bei der Citi Group New York oder einer anderen Bank in Amerika werden? Deutschland zahlt unvermindert Entwicklungshilfe an China. Die amerikanischen Banken sind sehr um Eigenkapital verlegen, denn die Verluste aus den Immobiliengeschäften sind so nachhaltig, dass die amerikanische Regierung die Beteiligung asiatischer Staatsfonds an amerikanischen Banken genehmigt hat. Diesen sind so über 30 Milliarden Euro als Kapitalaufstockung zugeflossen.

Die Geldgeber sind Miteigentümer der jeweiligen Bank geworden. Wie groß der Druck ist, ergibt sich schon daraus, dass Amerika bisher jede ausländische Beteiligung an der Infrastruktur des Landes strikt abgelehnt hat, zuletzt die Beteiligung an einer amerikanischen Hafengesellschaft mit Geldern aus dem Nahen Osten.

Vor einiger Zeit wurden die Wertpapierfonds und ihr Anlageverhalten getestet. Dabei war der Hauptkritikpunkt folgender: Die Entscheidung über Kauf oder Verkauf wird durch eine Software getroffen. Dadurch kann bei ungünstigen Börsenverlauf eine Talfahrt wesentlich beschleunigt werden. Wer kann diese Ursache erkennen und gegensteuern? Hoffentlich wurde aus diesem Testlauf gelernt!

Bei den bisherigen „**Wertberichtigungen**“ fällt mir immer wieder die Schätzung eines holländischen Experten ein, wonach es einen „Berichtigungsbedarf“ von 1,2 Billionen Euro gebe. Doch die Banken trauen sich noch immer nicht. Ein Geldhandel zwischen ihnen findet kaum statt, er läuft hauptsächlich über die Landeszentralbanken. Das Risiko trägt der Steuerzahler. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

7. Eine Million Jobs gingen verloren, wenn der **Mindestlohn** eingeführt werde, hat „Ifo“-Chef Hans-Werner Sinn festgestellt. Woher weiß er das? Herr Sinn hat erstmals im letzten Jahr eine amtliche Statistik zur Lohnverteilung erhalten. Deshalb weiß er jetzt, dass zum Beispiel elf Prozent der Arbeitnehmer in den westlichen und 25 Prozent in den neuen Bundesländern weniger als 7,50 Euro pro Stunde verdienen. Davon wird ein Teil arbeitslos. Nach vorsichtiger Hochrechnung ergeben sich 1,1 Millionen Betroffene.

Der „Weser-Kurier“ hat diese Statistik nicht weiter hinterfragt. Das Statistische Landesamt erhebt diese Daten jedoch schon seit vielen Jahren. Herr Sinn hätte bereits 1970 diese detaillierten Zahlen einsehen können. Er kann durch den Blick in die Statistiken der letzten Jahre sehr deutlich den Abwärtstrend in der Lohnhöhe nachvollziehen. Ohne Mindestlohn ist diese Talfahrt nicht zu stoppen! Wie hat Herr Sinn es nur vermieden, früher mit dieser amtlichen Statistik in Berührung zu kommen?

Auf der Homepage des Bundesamtes finden sich Anmerkungen zu dieser großen Erhebung. Daraus ergibt sich, dass diese amtliche Statistik bereits 1951 durchgeführt wurde, in der Vergangenheit unregelmäßig (1951, 1957, 1962, 1966, 1972, 1978, 1990, 1992 (neue Bundesländer), 1995, 2001), zukünftig alle vier Jahre. Darüber hinaus gibt es Quartalsauswertungen für die unterschiedlichen Berufsfelder nach Produktion oder Dienstleistung.

Früher war dies viel Schreibarbeit. Heute ist es ein Nebeneffekt der Lohnabrechnung. Jeder Arbeitgeberverband hat diese Zahlen in die regelmäßigen Informationsschreiben integriert. Herr Sinn wurde nicht informiert? Es wurde ihm nicht vorgelegt? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

8. Der BDI, ein Vertreter der „Ziege“ („Wovon sollte ich satt sein?“) fordert weitere **Steuersenkungen**. Die Industrie erwartet 2008 ein Wirtschaftswachstum von nur noch bis zu zwei Prozent. Die Bundesregierung müsse dringend mehr sparen und spätestens 2010 einen Haushalt ohne Schulden erreichen, sagte der neue Hauptgeschäftsführer des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“, Werner Schnappauf. Wenn es Spielräume gebe, sollten schnellstmöglich Steuern gesenkt werden, dann könne Deutschland auch bei Konjunkturrisiken wieder Exportweltmeister werden.

Gefährlich seien auch ein Stopp oder eine Kehrtwende in der „Reformpolitik“. Schnappauf forderte Steueranreize für Firmen, die viel Geld in die Forschung stecken. Die Wirtschaft investiere mehr als doppelt so viel wie der Staat. Deshalb müssten Unternehmen künftig zehn Prozent ihrer Forschungsausgaben zusätzlich von der Steuerschuld abziehen können. Am Schluss also noch eine neue Forderung.

Was passiert eigentlich mit den Forschungsausgaben? Sie können von der Steuer abgesetzt werden und vermindern den zu versteuernden Gewinn. Allerdings gilt dies nur für Forschungsausgaben, die nicht sowieso vom Staat als Zu-

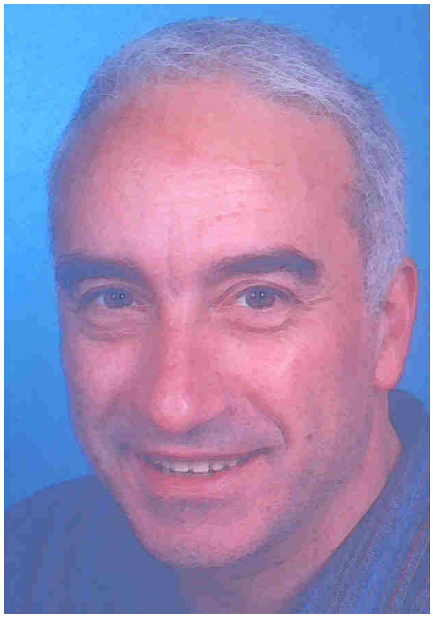
schüsse an die Unternehmen gesponsert werden, wie zum Beispiel bei Airbus. Hat Herr Schnappauf etwa die „Fraunhofer-Gesellschaft“ und das „Max-Plank-Institut“ gleich der Wirtschaft zugeordnet und bei der Forschung vergessen, die staatlichen Fördermittel abzuziehen?

Wo war Herr Schnappauf eigentlich im Jahr 2007? Die Unternehmenssteuerreform 2008 reicht den kompletten Mehrerlös aus der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 an die großen Unternehmen weiter! Sollte Herr Schnappauf dies nicht mitbekommen haben, oder geht es nur um die typische Reaktion der „Ziege“? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Der „Aufschwung“ ist vorbei: 2008 werden keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen, sondern eher welche wegfallen *(„Berliner Zeitung“)*

Ein wichtiger Erfolg im Kampf um demokratische Rechte



Die Stadt Wilhelmshaven musste einen Rückzieher machen: Kläglich gescheitert ist ihr Versuch, der Montagsdemonstration die Nutzung einer Lautsprecheranlage zu verbieten, wenn weniger als 50 Bürger an der Kundgebung teilnehmen. Die Argumentation für dieses Verbot war fadenscheinig und unverschämt: Wenn die Montagsdemo dieses Recht erhalte, müsse es auch Rechtsradikalen zugebilligt werden. Es ist ein Skandal, dass die Faschisten auf eine Stufe mit den Montagsdemonstranten gestellt werden!

Wie kann die Hetze und der Terror der neuen Nazis gegen Migranten, Behinderte, Andersdenkende – insbesondere gegenüber Sozialisten und Antifaschisten – verglichen werden mit der Völkerfreundschaft der Montagsdemonstration? Bei uns wird eine direkte Demokratie praktiziert: Jeder außer den Neonazis kann am offenen Mikrofon seine Meinung vorbringen, bei uns wird alles demokratisch beraten und entschieden.

Die Stadtbürokratie in Wilhelmshaven und die Landesregierung von Niedersachsen kennen diese grundlegenden Unterschiede zwischen den Faschisten und der kämpferischen Montagsdemonstrationsbewegung ganz genau. Und die

Bevölkerung kennt sie auch und stellt sich auf die Seite der Demokratie und des Protests gegen Hartz IV und den ganzen Sozialabbau!

In Wilhelmshaven ist ein breites Bündnis des Protestes entstanden, das bis hinein in die Redaktion der „Wilhelmshavener Zeitung“ reichte. Es entstand zum Beispiel auch eine Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative, die gegen den Bau der vier geplanten Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven aktiv ist. Durch den breiten Protest der Bevölkerung konnte die undemokratische Behinderung zu Fall gebracht werden. Dieser Erfolg zeigt wieder einmal, dass der Widerstand viel bewegen kann, wenn wir gemeinsam stark sind!

Harald Braun

Provokation: Arbeitgeber im öffentlichen Dienst wollen durch Arbeitszeitverlängerung die Gehälter bis 2009 um 3,75 Prozent senken *(„Spiegel-Online“)*

Längst wäre ein Generalstreik nötig

Unsere Demokratie ist ganz schön auf den Hund(t) gekommen! Immerhin hat der Ehrengast und Hauptredner beim Bremer „Eiswette-Essen“ einen nicht unwesentlichen Anteil daran: Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt ist es schließlich, der im Wechsel mit einem gewissen Herrn Thumann aus dem Lager der Konzerne Schröders Agenda 2010 beständig scharf rechts überholt. Völlig auf der Strecke bleiben als „Kollateralschäden“ ihres erbarmungslosen Neoliberalismus Bürger(innen)rechte, Menschenwürde und Sozialstaatsgebot.

Schützenhilfe leisten jüngsten Meldungen zufolge die Geheimdienste, die ihre Kompetenzen erheblich ausgeweitet sehen wollen. Sie fordern neuerdings neben anderen verschärften Kontrollmaßnahmen sogar eine Ausweispflicht für Benutzer von Internetcafés. Dann ist da noch der Hesse Roland „Rambo“ Koch, der schon seit Tagen mit verbalem Draufhauen, übelster Stimmungsmache und rechtsradikalen Hasstiraden das gesellschaftliche Klima vergiftet. Und neue Atomkraftwerke will er auch noch!

Im Fall Nokia ist erfreulich, dass sich neben vielen Organisationen und anderen Betrieben die IG Metall mit den Beschäftigten solidarisch engagiert. Aber wo bleibt die Stimme des Großen Vorsitzenden im DGB, warum schweigt Herr Sommer so beharrlich? An der gegenwärtigen Jahreszeit kann es wohl kaum liegen. Also warum wird seitens der DGB-Spitze nicht endlich zu bundesweiten, flächendeckenden Solidaritätsstreiks aufgerufen? Gegen die neoliberale Brutalität und

Verachtung, gegen das massenhafte Wegwerfen der „Ware Mensch“ wäre längst ein Generalstreik nötig, und der ist politisch einzufordern!

In Bremen gibt eine groteske Einmaligkeit, die ebenfalls kaum mit guter demokratischer Gesittung in Übereinstimmung zu bringen ist: Wo sonst ist es möglich und seit Jahren üblich, dass die Bundeswehr vorübergehend ein Rathaus „okkupieren“ darf, um dort mit dem stillschweigenden Segen weltlicher und kirchlicher Stellen ihren Neujahrsempfang abzuhalten? Als wir vom „Bremer Friedensforum“ vor dem Eingang mit zwanzig Demonstrant(inn)en unter Inanspruchnahme eines noch existierenden Grundrechts dagegen protestierten, wollte uns die Polizei sofort klarmachen, dass wir dort nicht erwünscht sind. Nach teilweise heftigem Wortwechsel fand sie sich schließlich doch dazu bereit, uns gewähren zu lassen, zumal wir eine offizielle schriftliche Erlaubnis des Stadtamtes für unsere Aktion vorweisen konnten.

Noch ist Karnevalszeit. Und wer vom ganzjährigen Schreckens-Karneval in Parlamenten und Regierungen die Nase richtig voll hat und sich den Frust von der Seele lachen will, der besuche am **1. Februar 2008** die „**Prunk- und Stunksitzung**“ des Kabarettisten Urdrü. Sie findet um **20 Uhr** in der Festhalle des BSV-Vereinsheims „**Sportklause**“ in Bremen-Walle, Vegesacker Straße, statt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Subventionsbetrug: Nokia hat in seinem Werk in Bochum weniger Arbeitsplätze geschaffen als vereinbart *(„Stern“)*

Unbefristet streiken, solange das Nokia-Werk noch gebraucht wird!

Die Hartz-Gesetze müssen weg! 5,1 Millionen Menschen in Deutschland erhalten Arbeitslosengeld II, weitere 1,9 Millionen Sozialhilfe – aber nur jeder zweite dieser insgesamt sieben Millionen Menschen wird in der Statistik als arbeitslos gezählt. Es gibt 1,1 Millionen „Aufstocker“, die mit ihrer Arbeit nicht einmal ihr Existenzminimum sichern können. 5,5 Millionen Beschäftigte erhalten einen Bruttolohn unter 7,50 Euro pro Stunde; 4,7 Millionen müssen sich als Zeitarbeiter verdingen. Die zwangsläufige Folge dieser Niedriglöhne ist Altersarmut! All das sind die gezielt herbeigeführten Auswirkungen der Hartz-Gesetze: Hartz I erlaubt unbefristete Leiharbeit, mit Hartz IV wurde der Niedrigstlohnsektor geschaffen, durch Zwangsarbeit, indem die Regierung jede Arbeit für zumutbar erklärt und den Menschen ihr Erspartes gestohlen hat. Über eine Million regulärer Arbeitsverhältnisse wurden seit 2000 durch Leiharbeit ersetzt, bei 50 Prozent weniger Lohn!

Derzeit gilt es, bei Nokia in Bochum um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, denn mit Leiharbeitern und Zulieferern sollen dort 4.000 Arbeitsplätze verschwinden! Zig Millionen an Subventionen hat diese „Heuschrecke“ kassiert – jetzt zieht sie weiter nach Rumänien, wo sich die Regierung schon überschlägt beim Bereitstellen von Subventionen. Wie hilflos ist der Aufruf zum Boykott von Nokia-Handys! Sollen wir vielleicht Mobiltelefone von Benq-Siemens oder Motorola kaufen, die alle Arbeitsplätze in Kamp-Lintford und Flensburg vernichtet haben? Die IG-Metall-Führung wiegelt ab und strebt nur noch die „teuerste Werksschließung“ an, „die Nordrhein-Westfalen je erlebt hat“. Es geht aber um die Arbeitsplätze und nicht um eine sozialverträgliche Abwicklung! Deshalb gibt es am **Dienstag** dieser Woche eine **Großdemonstration** in **Bochum**, beginnend um **11:30 Uhr** am Werkstor von **Nokia**. Nur der konsequente Kampf, der unbefristete Streik, hilft weiter!

Der frühere Wirtschaftsminister und berühmt-berüchtigte Durchpeitscher der Hartz-Gesetze, Wolfgang Clement, ist heute Aufsichtsrat bei RWE, und als Lobbyist für Atomstrom und Kohlekraftwerke warnt er neuerdings davor, seine Partei, die SPD, zu wählen. Sein einstiger Chef Gerhard Schröder, inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender der Gasprom-Pipeline-Gesellschaft, möchte das nicht kommentieren. An den Genossen der Bosse zeigt sich, wie der staatsmonopolistische Kapitalismus funktioniert: Die Monopole haben sich den Staat vollständig untergeordnet und ihre Organe miteinander verschmolzen. Manager wie Peter Hartz schreiben Gesetzesvorlagen, „Genossen“ wie Schröder oder Clement vertreten als Regierungsmitglieder die Interessen der Großkonzerne und werden anschließend direkter Teil der Organe des Monopolkapitals.

Unterdessen geht der Amoklauf der Innenminister weiter. Wolfgang Schäuble will jetzt auch noch Pfarrer, Abgeordnete und Rechtsanwälte abhören, also Beichtstühle, Büros und Kanzleien verwanzen lassen. Er weigert sich auch, die Buback-Akte des Verfassungsschutzes herauszugeben. Warum wohl? Stand vielleicht der Todesschütze auf dessen Gehaltsliste? Um seinen Namen preiszugeben, sollen die Ex-RAFler in „Beugehaft“! Der Bremer Innensenator Willi Lemke stattet die Polizei mit mörderischen Metall- statt Gummiknüppeln aus und ignoriert dafür die Personalnot des Stadtamts, das jetzt schon trotz zahlreicher Überstunden längst nicht mehr alle seiner gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben wahrnehmen kann. Den Brandbrief des Amtsleiters wolle er nicht in den Senat bringen, so Lemke. Dann sollte er selbst aus dem Senat gehen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Verhöhnung: Bochumer Nokianer können für Billiglohn in Rumänien arbeiten *(„Spiegel-Online“)*

„Riesiges rotes Fahnenmeer“: „Neben den Logos der IG Metall und der MLPD ist auch das der Grünen zu sehen“ *(„Stern“)*

Solidarität mit den Beschäftigten des Nokia-Werkes in Bochum

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bremer Montagsdemo übermittelt euch herzliche Solidaritätsgrüße in eurem Kampf um den Erhalt eurer Arbeitsplätze und die unserer Jugend. Wir haben von den Plänen des Nokia-Konzerns gehört und verurteilen diese Arbeitsplatzvernichtung auf das Schärfste. Gerade die weltgrößten Konzerne versuchen, mit immer frecheren Angriffen auf die Arbeitenden in ihren Betrieben und bei den vielen Zulieferern ihre Gewinne zu steigern. Die Regierenden in den jeweiligen Ländern, die mit Subventionen und Finanzgesetzen diese Konzerne hofieren, geben mit heuchlerischen Aussagen den Monopolkonzernen Schützenhilfe.

Wir in der Bremer Montagsdemo, die seit August 2004 aktiv sind im Kampf gegen die Hartz-Gesetzgebung und die Agenda 2010 der Schröder- und heute gegen die Politik der Merkel-Regierung, haben am eigenen Leib erlebt, wie sehr die allgemeine kapitalistische Politik unsere Lebenslage verschlechtert. Aber sie steigert auch unsere Empörung und Entschlossenheit!

Wir haben schon einige Kämpfe unterstützt, so den der Karstadt-Kollegen, die Aktionen bei Airbus und zuletzt den Streik der Lokführer der GDL. Wir versuchen, wo immer es geht, unsere Meinung auch außerhalb der Montagsdemo kundzutun

und zu zeigen, dass es eine lebendige Kultur gibt, die für den Erhalt und die Erweiterung unserer sozialen Lebenslage und unserer demokratischen Rechte kämpft. So sind am letzten Samstag Vertreter der Bremer Montagsdemo beim „Eiswette-Essen“, zu dem der Präsident des BDA, Dieter Hundt, als Hauptredner eingeladen war, mit einem Transparent aufgetreten.

Initiative Bremer Montagsdemo

„Wirtschaften aus dem Irrenhaus“: Tausende Gewerkschafter, Schüler und Arbeiter aus ganz Deutschland protestieren gegen den „Wildwestkapitalismus“ des Nokia-Konzerns *(„Spiegel-Online“)*

Spieltrieb: Französischer Banker verzockt 4,9 Milliarden Euro *(„Spiegel“)*

Geilheit: Heiratet Hochdruck-Sarkotzy eine Stripperin? *(„Stern“)*

Zivilcourage: Schmidt-Schnauze raucht in der Öffentlichkeit *(„Bild“-Zeitung)*

Fast jeder Vierte legt Rechtsmittel ein: Die Zahl der Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide stieg 2007 um 41,8 Prozent auf 99.200 *(„Stern“)*

„Bremer Filz“ auch unter dem neuen Senat

Die meisten Bremer hatten nach der Bildung des neuen Senats die Hoffnung, dass die festgefahrene Politik sich ändert. Doch wenn sich auch vieles zum Besseren gewendet hat, der „Bremer Filz“ bleibt. Dazu gibt es zwei aktuelle Fälle, die jedem Bremer bekannt sein müssten, da die Medien häufig davon berichten. Aber die Hintergründe und die Strippenzieher bleiben im Dunklen, davon erfährt die Öffentlichkeit nichts. Nach den Motto „Was man nicht weiß, macht keinen heiß“, geht das politische Geschäft in Bremen seinen Gang. Eines dieser Großvorhaben ist die Wiederbelebung des ehemaligen „Space Parks“, der nun „**Waterfront**“ heißen soll. Es handelt sich um

eine Investitionsruine, die seit Herbst 2004 leersteht. Nur ein Kino konnte sich mehr recht als schlecht dort halten.

In diesem aufgeblasenen Betonsarg mit seinen vier Hektar Leerstand an Verkaufsfläche soll nach mehreren erfolglosen Versuchen nun ein weiterer Neustart beginnen. Je länger dieses spekulative Objekt leersteht, desto mehr wird sein Sinn hinterfragt. War es nicht von Anfang an ein riskantes Spiel mit erlogenen Erwartungen und falschen Zahlen? Einen Untersuchungsausschuss gab es dazu nicht. Jetzt fließen weitere 80 Millionen Euro in das neue Projekt. Der Standort befindet sich in Gröpelingen, einem der ärmsten Stadtteile Bremens, bundesweit bekannt geworden auch durch den „Fall Kevin“. Der zuständige Senator, Reinhard Loske, hat dieses Projekt bewilligt. Er sagte nur unter den Bedingungen zu, dass Bremen nichts dazugibt und die Geschäftsfläche begrenzt bleiben soll: So bietet sich der Öffentlichkeit das Bild der „Waterfront“. Doch die Wirtschaft ist auf Gewinn aus und verhält sich deswegen sehr rational. Schon der gesunde Menschenverstand traut diesem Megageschäft nicht über den Weg.

Man muss wissen, dass Bremen bereits 500 Millionen Euro für das zuerst geplante Projekt „**Space Park**“ zahlte. Diesen Betrag nannte Bürgermeister Jens Böhrnsen jetzt der „Bild“-Zeitung. Die Wirtschaft redete dem damaligen Senat die Sache schön. Doch das Konzept ging wegen der erschlagenden Größe nicht auf. Dieses Projekt war reine Wirtschaftkriminalität. Die Verantwortlichen zogen sich entweder zurück oder machen weiter Politik oder Lobbyarbeit. Verurteilt wurde keiner. Die Stadt muss nun für den Weiterbestand dieses Betonmonsters zahlen, da ein Abriss noch ruinöser wäre. Der Senat lockt also geldstarke Investoren an, damit ein Weiterbetrieb erfolgen kann, doch die Vorzeichen stehen schlecht. Somit bleibt die entscheidende Frage: Inwiefern köderte Reinhard Loske den neuen Investor? Es liegt nahe, dass ein hohes Maß an Korruption und versteckten Startinvestitionen in der „Waterfront“ stecken. Loske ist eigentlich verpflichtet, die Verträge um die „Waterfront“ zu veröffentlichen. Da das bisher noch nicht geschah und wohl auch nicht geschehen wird, kann man Senator Loske Amtsmissbrauch vorwerfen.

Während sich die Umsetzung des „Waterfront“-Projektes vor unserer Haustür abspielt, ist es beim „**Jade-Weser-Port**“ viel diffuser. Der JWP ist ein Containerhafen, der in Wilhelmshaven entsteht. Die Planung für den JWP begann schon Anfang 2000. Die damaligen Lenker aus der Politik sind heute entweder in anderen Positionen oder in Pension. Herausragende Personen sind Sigmar Gabriel, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, und Henning Scherf, ehedem Bürgermeister von Bremen. Da bei der Auftragsvergabe mehrere Ungereimtheiten auftraten, hat die Opposition im niedersächsischen Landtag einen Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen. Der zunehmende Boom im Containerhandel und die drohende Überlastung bei den norddeutschen Häfen führten zum Konzept des „Jade-Weser-Ports“. Bremen und Niedersachsen sind die Auftraggeber und Eigentümer. Hamburg stieg schon kurz nach Beginn der Planung aus, nicht nur aus Kostengründen, sondern auch weil Hamburg die Containerschiffe selber ent-

laden möchte. Der Auftrag umfasst Gesamtkosten von einer Milliarde Euro. Der Bau des Terminals kostet allein 480 Millionen.

Um die nicht rechtens verlaufene Ausschreibung geht es im **Untersuchungsausschuss**. Der Bauauftrag sollte zuerst an Hochtief gehen. Dagegen klagte die Baufirma Johann Bunte erfolgreich. Das Landesgericht Celle gab Bunte recht, ein besseres Angebot vorgelegt zu haben. Daraufhin nahm der Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf. Die Gesellschaft Eurogate ist nicht nur Betreiber des Hafens in Wilhelmshaven, sondern betreibt auch den Bremer und den Hamburger Hafen. Zwischen Eurogate und Hochtief gibt es schon längere Geschäftsbeziehungen. Bereits des Öfteren verschaffte man dem anderen einen Auftrag. Aktuelles Beispiel ist die „Kaiserschleuse“ in Bremerhaven, die von Hochtief für über 200 Millionen Euro erneuert wird. Weil aber der Auftrag einen festen Kostenrahmen hatte, der letztlich unter den Kosten von Hochtief lag, versprach man Hochtief einen weiteren großen Auftrag, um die Verluste bei der „Kaiserschleuse“ aufzufangen: den „Jade-Weser-Port“. Doch bekanntlich platzte diese Blase. Noch während der Untersuchungsausschuss arbeitete, hat Eurogate die Politik aufgefordert, mit den Bau zu beginnen. Ansonsten wolle man die Politik in Regress nehmen.

Die Betreibergesellschaft des JWP bestand an der Spitze aus einem Niedersachsen und einem Bremer, Jürgen Holtermann, der gleichzeitig Chef der Hafengesellschaft Bremenports ist. Er hat sich einseitig für Hochtief stark gemacht und war auch schon vorgeladen, dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zu stehen. Gerade Obleute der Grünen werfen Holtermann vor, Druck auf den unabhängigen Vergabeausschuss ausgeübt zu haben. Hätte Bunte nicht geklagt und Recht bekommen, wäre die Vorteilsnahme für Hochtief nicht herausgekommen. Als die Kritik gegen Holtermann nicht verstummte, räumte er seinen Posten und ging in den Aufsichtsrat. Sein Kollege aus Niedersachsen, Hartmut Werner, tat es ihm gleich. Beide sind vermutlich nicht gegangen, weil sie Reue zeigen, sondern weil sie den JWP aus den Schlagzeilen reißen wollen: Das Auffliegen von faulen Geschäften während eines Wahlkampfes macht sich nicht gut. Die beiden sind das Bauernopfer. Die Regierung in **Niedersachsen** möchte den Untersuchungsausschuss noch vor der Wahl am 27. Januar 2008 beenden. Sie gestand Fehler bei der Auftragsvergabe ein, meint aber, das Weiterbohren schade dem Projekt. Sie will eine Schlussdebatte im Parlament, während die Opposition möchte, dass der Ausschuss weiterarbeitet. Neu hinzugekommen ist, dass die Staatsanwaltschaft in Osnabrück dazu ermittelt.

Korruption ist nicht nur in Bremen ein Problem. Bundesweit greifen **Subventionsbetrug** und Lobbyarbeit tief in die Republik hinein. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung haben in Deutschland eine Größe von jährlich über 300 Milliarden Euro erreicht. Das ist mehr als der Bundesetat, der im letzten Jahr 270,5 Milliarden betrug. Steuerbetrug und falsche Buchhaltung in der Industrie werden begünstigt, da der Staat weniger Geld zur Steuerprüfung bereitstellt. Mit weniger Prüfern wird auch weniger geprüft. Ein aktuelles Beispiel ist Siemens.

Aber auch vermehrte Lobbyarbeit in der Politik hinterlässt Spuren. Nach einer Studie von „Transparency International“ ist die Politik genauso bestechlich wie die Wirtschaft: Bei einen Index von null bis fünf liegen beide bei 3,7.

Hinzu kommen noch europäische Subventionen, die „**Europäischen Strukturprogramme**“ in einer Höhe von vier Milliarden Euro. Nach Bremen sind im letzten Jahr über 100 Millionen geflossen. Diese ESP sind für strukturschwache Regionen gedacht. Auch in den Bremer Häfen stecken ESP-Gelder. Nach Wilhelmshaven, zum JPW, sind offiziell 50 Millionen gegangen. Vermutlich sind es viel mehr. In Spanien hat man Häfen und Autobahnen durch die ESP finanziert, die nach Fertigstellung kaum genutzt werden. Also hat man die Objekte eigentlich gar nicht gebraucht. Falsche Zahlen und Statistiken rechtfertigten die Anforderung der ESP-Gelder. Mitunter werden Projekte zu 85 Prozent gegenfinanziert. Nach dem offensichtlichen Betrug sagte man aber, es sei ja auch Arbeit geschaffen worden. Genau dies passiert nun beim „Jade-Weser-Port“.

Jens Schnitker (parteilos)

Mithäftling bestätigt Vorwürfe: Murat Kurnaz wurde von deutschen Soldaten misshandelt *(„Focus“)*

Sympathie-Höhenflug: Andrea Ypsilanti gewann Glaubwürdigkeit durch milde, aber beständige Gegnerschaft zur Agenda 2010 *(„Spiegel-Online“)*

Wird 2008 das Superjahr der Rausschmisse?

1. In nicht einmal drei Wochen haben die „Herren“ schon beschlossen, über 5.000 Menschen auf die Straße zu werfen: Erst **Nokia** mit 3.000 und gleich hinterher die Westdeutsche Landesbank, die auch 2.000 Mitarbeiter weghaben will. Die Manager müssen immer höhere Profite einfahren – Nokia steigerte den Reingewinn um 67 Prozent – sonst sind sie selber weg. Bei der **West LB** haben sich die „Herren“ verspekuliert, weil sie nicht wussten, wohin mit dem vielen Geld. Die Gefahr einer Finanzkrise in den USA wurde ausgeblendet. Damit die Rendite weiter stimmt, müssen jetzt Leute weg. Das war schon bei **Airbus** das angepeilte Allheilmittel. Aber unter den gegebenen Bedingungen werden sich immer mehr Menschen gegen dieses Kapital und gegen die seine Machenschaften deckende Politik zur Wehr setzen!

Am Sonntag sind nun **Wahlen in Niedersachsen und Hessen**. Weil der Verdruss so vieler Menschen riesengroß ist, muss die Konfrontation zwischen den Parteien auf Teufel komm raus her. Die CDU und ihr reaktionärer Vorreiter Roland Koch haben die sogenannte Jugendkriminalität zum Wahlkampfthema gemacht, um am rechten Rand zu fischen und dumpfe Gefühle wachzurufen. Die SPD bejammert die niedrigen Löhne und fordert als „Wohltäterin“ einen „Mindestlohn“, obwohl gerade sie es ist, die die Hartz-Gesetze gemacht hat, mit der Freigabe der Leiharbeit über alle Grenzen hinweg zugunsten der Monopolkonzerne. Jetzt meldet sich auch noch Wolfgang Clement als Lobbyist der Atom- und Kohlebranche zu Wort. Nein Danke zu alledem!

2008 wird auch das Jahr der Tarifrunden in vielen Bereichen. Die Menschen, die Kollegen haben sich aufs Kämpfen eingestellt! Ich fände es richtig, wenn wir alle gemeinsam für die Verbesserung der Lebenslage und der demokratischen Rechte kämpfen: die Gewerkschaften als organisierte Arbeitnehmerbewegung wie auch die aktive Montagsdemobewegung, die zum Salz in der Suppe geworden ist. Sie gehören zusammen! Auch wenn ich kein Bergmann bin: Glück auf!

2. Ich habe noch die Ergebnisse des Prozesses gegen Teilnehmer der **Montagsdemo in Hannover** nachzutragen: Es gab einen Freispruch und eine weitere Geldstrafe über 400 Euro. An der misslichen „50er-Regelung“ für den Betrieb der **Lautsprecheranlage** hat sich nichts geändert. Ehe ein womöglich kämpferisches Jahr 2008 beginnt, wollte man mal sehen, ob die Montagsdemos nicht endlich totzukriegen sind. Seit dem Spätsommer 2004 gibt es ja die „Lagezentren“ bei den Innenministerien beziehungsweise beim Kanzleramt, in denen sich die Ober- und Unterschnüffler und die Totengräber einer aktiven und lebendigen Demokratie zu-

sammenfinden, um alles Freie und Lebendige zu ersticken. Vermutlich aus diesen Lagezentren kommt die Idee, dass mindestens 50 aktive Teilnehmer anwesend sein müssen, ehe eine Lautsprecheranlage in Betrieb genommen werden dürfe, weil sonst eine „öffentliche Gefahr“ bestehe oder eine „Umweltverschmutzung“ stattfinde.

Diese hirnrissige Begründung führte nun auch die Stadt **Wilhelmshaven** ins Feld, um die Montagsdemo abzuwürgen. Unsere dortigen Mitstreiter sind zum Rathaus marschiert, haben nachgefragt und Erklärungen verlangt und sind nicht gegangen, ehe eine nutzbare Vereinbarung zustande gekommen war. In einer neu herausgegeben Genehmigung für die Montagsdemo in Wilhelmshaven wird zwar formal an der „50er-Regelung“ festgehalten, aber ausdrücklich schriftlich estgestellt, dass für die Montagsdemo eine Ausnahme zugelassen wird und sie die Lautsprecheranlage auch bei weniger Personen betreiben kann. Ich gratuliere unseren Mitstreitern in Wilhelmshaven zu ihrem Erfolg!

Jobst Roselius

Dumpfeste Gefühle gegen heuchlerischste Argumente

Schon in alten Zeiten boten die Arkaden des Bremer Rathauses manchem Volk Schutz bei Unbill des Wetters und der Obrigkeit. Wegen des Dauerregens mussten wir dort „unterkriechen“ bei unserer 166. Montagsdemo am 21. Januar 2008 um 17:30 Uhr. Wetterbedingt waren wir auch nur etwa 25 Teilnehmer, „bewacht“ von unserem Hund(t-Transparent), mit dem wir am letzten Sonnabend beim „Eiswette-Essen“ vor dem Kongresszentrum aufgetreten waren.

Die Arbeitsplatz-Vernichtungspläne bei Nokia in Bochum und die immer frechere Gewinn-Rechtfertigungskampagne waren die Hauptthemen. Wir beschlossen, eine Solidaritätserklärung an die Kolleginnen und Kollegen bei Nokia zu schreiben. Der sogenannte „Wahlkampf“, besser: die Schlammschlacht der dumpfesten Gefühle der CDU-Rechten mit den heuchlerischsten Argumenten der SPD um die Verdrossenheit der Menschen war weiteres Thema. Dazu gehört auch, dass der zuständige Innensenator Lemke die Klagen seiner Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, in Stadtamt und Polizei, die ihre Aufgaben nicht mehr bewältigen können, überhaupt nicht zur Kenntnis

nimmt. Solche anmaßenden Gestalten sollten besser sofort verschwinden und nicht noch bei der UN als Sportmissionar die Jugend verderben!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Überprüfungsversprechen zum Hartz-IV-Regelsatz gebrochen: Fixierung auf Mindestlohndebatte macht die SPD blind für Sozialpolitik zugunsten der Schwächsten *(„Erwerbslosenforum“)*

Absturz der SPD in Niedersachsen: Doppel-Äff ist netter als Schnauzel-Jüttner, und für soziale Gerechtigkeit steht „Die Linke“ *(„Die Welt“)*

Was sollen da erst die Migranten sagen: Wahlverlierer Koch beklagt sich über „Diffamierungskampagne“ *(„Spiegel-Online“)*

Absturz der CDU in Hessen: Rassistische Hetze führt in Deutschland nicht mehr zu guten Wahlergebnissen *(„Spiegel-Online“)*

Durchbruch: Zum ersten Mal hat die Linkspartei auch in westdeutschen Flächenländern die Fünf-Prozent-Hürde geknackt *(„Focus“)*

FDP lehnt „Ampel“ ab: Ypsilanti kann Koch nur ablösen, wenn sie sich auch von den „Linken“ wählen lässt *(„Spiegel-Online“)*

Adieu, Agenda 2010: Der Bundestagswahlkampf hat begonnen *(„Focus“)*

Verunsichert: Schmidt-Nase jetzt auf Schnupftabak *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

167. Bremer Montagsdemo am 28. 01. 2008

Wer mit dem Feuer spielt

Am Sonntag haben wir mal wieder eine Bestätigung dafür bekommen: Wer mit dem Feuer spielt, verbrennt sich die Finger. Es gab lange Gesichter in Hessen! Aber keine Angst, ich bin nicht schadenfroh, nein, das liegt mir nicht. Was euch aber auffallen müsste, liebe Politiker, ist die Tatsache, dass es doch nicht so leicht ist, die Bevölkerung zu verunsichern, denn es kommt anders, als man denkt!

Und ihr lieben Wähler, seid euch eurer Macht bewusst und nehmt das demokratische Recht der Wahl in Anspruch, denn nur damit könnt ihr etwas ändern! Bitte verschanzt euch nicht hinter der Annahme, die machten sowieso, was sie wollen! Das können sie nur, wenn wir es zulassen. Wenn euch also die Politik nicht gefällt, dann tut etwas dagegen: Wählt sie ab, die euch nicht passen und euch das Leben erschweren mit Hartz IV und Agenda 2010!

Auch dass „Die Linke“ gleich zweimal Erfolg hatte, dürfte wohl ein ganz klares Zeichen dafür sein, dass die Bevölkerung eine sozialere Politik haben möchte. Dass sie auch in den niedersächsischen Landtag einzieht, sollte Herrn Wulff zu denken geben. Die Menschen wollen eine sozialere Politik, und „Die Linke“ wird hoffentlich auf der Hut sein: Was für die eine Seite gilt, das gilt nämlich auch für die andere! Wenn ihr von der „Linken“ euch nicht genug für die Menschen einsetzt, werdet auch ihr vom Wähler abgestraft. Also strengt euch an, holt möglichst viel für uns Mitmenschen heraus!

Fazit: Der Wähler hat mehr Macht, als er glaubt. Wenn er von seinem Recht keinen Gebrauch machen will, ist das nicht die Schuld der Politiker, sondern die Gleichgültigkeit derjenigen, die nicht wählen wollen. Wollt ihr also den Politikern einen Denkzettel verpassen, geht bitte zur nächsten Wahl und wählt sie ab! Das ist unser aller Recht.

Wenn ihr mit Hartz IV und Agenda 2010 nicht einverstanden seid, dann helft uns, und das Problem löst sich von selbst! Im Übrigen helft ihr nicht uns, sondern euch selbst, das solltet ihr mal bedenken. Also, dann bis zum nächsten Montag

um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz! Wir warten auf euch! Beschwert euch nicht, sondern ändert es!

Udo Riedel (parteilos)

Absturz der CDU in Niedersachsen um 25 Prozent: Doppel-Äff erhielt am Sonntag 470.000 Wählerstimmen weniger als vor fünf Jahren *(„FAZ“)*

Letzter Ausweg Neuwahl: Hessische Chaos-Politiker verweigern sich jeder Möglichkeit einer Regierungsbildung *(„Die Welt“)*

Hochmut kommt vor dem Fall

Zu dünn war das Eis aus Arroganz, Ignoranz und Ausländerfeindlichkeit, auf dem der Hassprediger Koch einen haushohen Wahlsieg zu bauen gedachte. „Koch bricht ein“, konstatiert denn auch der „Tagesspiegel“ aus Berlin, und sogar das nicht gerade CDU-feindliche „Handelsblatt“ bemerkt: „Hessen strafen Roland Koch ab“. So dumm und verhetzt sind die Wähler(innen) nun auch nicht, dass sie trotz massiver Schützenhilfe der „Blöd“-Zeitung millionenfach auf die überhebliche und rassistische Stimmungsmache des Herrn Koch hereingefallen wären. Einen schweren Denkzettel verdienen aber auch die Kanzlerin, die Bundes-CDU und ihr dummschwätziger Fraktionssprecher Pofalla, weil sie den hemmungslosen Demagogen ohne Skrupel wochenlang unterstützt haben.

Dass die Niederlage des Herrn Koch allerdings einen „Sieg für die demokratische Kultur“ darstellt, wie die „Tageszeitung“ meint, ist zu bezweifeln. Koch ist auch nur eine austauschbare Figur! 36 der 56 Prozent, die überhaupt zur Wahl gegangen sind, stimmten nach wie vor für den neoliberalen Kurs dieser Partei. „Demokratische Kultur“ ist eher denjenigen zu bescheinigen, die sich in Hessen und Niedersachsen auch nicht für die anderen sogenannten „Volksparteien“, sondern für „Die Linke“ entschieden haben. Dass diese Partei es in die beiden Landesparlamente geschafft hat, ist erfreulich! Wir gratulieren! Von dieser Stelle sei ihr zugerufen: Unterstützt auch weiterhin die Streiks, die außerparlamentarischen Kräfte, die Friedensbewegung, und unterstützt überall die Montagsdemos!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Promille-Koch will weiterregieren: Nachdem die Wahlcomputer über Nacht in Privatwohnungen von Parteimitgliedern gelagert wurden, hat er 3.595 Stimmen mehr als Ypsilanti *(„Focus“)*

Was für ein Paukenschlag!

Der reaktionäre Roland Koch wurde regelrecht abgewatscht von den hessischen Wählern. Besonders bei der Jugend hat die CDU noch nie eine so klare Absage kassiert. In Niedersachsen, wo sich Christian Wulff brüstet, „souverän“ gewonnen zu haben, wird einfach unter den Teppich gekehrt, dass auch dort die CDU einen Verlust von fast 25 Prozent bei den absoluten Stimmenzahlen zu verbuchen hatte.

Der nächste Abgewatschte ist immer wieder der Gerhard Schröder und sein Agenda-2010-Völkchen. Wolfgang Jüttner und seine Leute in Niedersachsen erkennen in ihrer Selbstzufriedenheit nicht die wahre Lage im Land. Das Hofieren der SPD durch den „Weser-Kurier“ hat sich nicht ausgezahlt und zeigt einmal mehr, was von so einer parteiischen Berichterstattung zu halten ist. In Hessen, wo sich die SPD ganz vorsichtig vom Schröder-Kurs zu befreien versuchte und gegen Koch zumindest ein Patt erreichen konnte, wird die sie noch beweisen müssen, welchen Kurs – gegen oder für die breite Bevölkerung – sie nun beschreiten will.

Nein, die alten Verhältnisse wollen die Menschen nicht mehr haben! „Die Linke“ darf sich zu Recht in beiden Ländern als Wahlsieger fühlen. Sie wurde zum Beispiel in Wilhelmshaven mit elf Prozent auf Anhieb drittstärkste Partei. Wenn sie es schafft, konsequente Politik *für* die Menschen zu machen, kann sie auf weitere Unterstützung rechnen! In Bremen, wo „Die Linke“ schon seit Mai 2007 in der Bürgerschaft sitzt, ist das Arbeitsergebnis noch eher mäßig, wie selbst Klaus-Rainer Rupp im Interview mit dem „Bremer Anzeiger“ zugeben musste.

Ich meine, wir von der Montagsdemo können „Die Linke“ nur weiter auffordern, von internem Gerangel abzulassen und sich den Problemen der Menschen offensiv zuzuwenden, sich mit der Montagsdemo und anderen wirklich auch praktisch zu verbinden, um gemeinsam eine kämpferische Opposition in Bremen zu bilden und dann auch Forderungen durchzusetzen. Aufgaben gibt es genug!

Das beherrschende Thema aber ist und bleibt Nokia. Als ich am Dienstag unsere Solidaritätsgrüße zur Post brachte, sagte eine Kollegin, die beim Blick

auf die Adresse die Worte „Betriebsrat und Vertrauensleute“ las: „Das finde ich gut, da hätte ich auch unterschrieben!“ Der aktive Kampf der Kollegen um ihre Arbeitsplätze und die der Jugend findet breiteste Unterstützung, das haben wir schon beim Streik der Lokführer gemerkt.

Das Bremsen und vorauseilende Aufgeben, das die offizielle Politik von Merkel über die CDU- und SPD-Fürsten bis hin zu den speziellen Gewerkschaftsführern verbreiten will, zieht bei den Menschen immer weniger. Opel oder jetzt Nokia zeigen, dass breite Solidarität noch mehr Unterstützung erzeugt. Darum kreischten am Morgen nach der Wahl auch gleich die Unternehmerverbände auf und warnten vor einem Linksruck, der die Investitionen in Deutschland gefährde.

Nein, Heuschrecken und Superkonzerne, die sich hintereinander verstecken und die Fäden ziehen, um nur noch rumänische Löhne zu zahlen und ihre Gewinne auf 20 oder 30 Prozent zu treiben, die wollen wir nicht! Nicht nur eine „andere Welt“ ist „möglich“ und notwendig, sondern wir alle zusammen werden sie auch schaffen, über Konzern- und Ländergrenzen hinweg! Hoch die internationale Solidarität!

Jobst Roselius

Kollektive Gesprächsverweigerung: Die größten Dogmatiker und Ideologen sitzen in den bürgerlichen Parteien *(„Spiegel-Online“)*

Auf dem Weg in den Gottesstaat: Van-der-Leyen-Ministerium will Kinderbuch mit Kritik am „Volksopium“ verbieten *(„Tageszeitung“)*

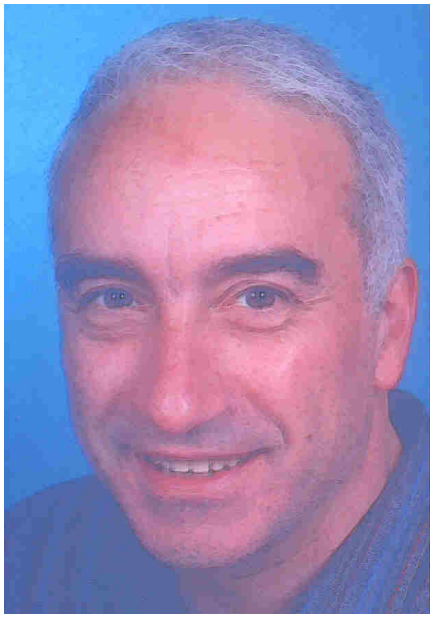
Nokia, der Kampf geht weiter!

Darin waren sich die 2.000 Kollegen von Nokia am Sonntag bei der Betriebsversammlung in Bochum einig. Mit großer Mehrheit wurden Verhandlungen über einen Sozialplan abgelehnt und der Kampf gegen die Stilllegung des Werkes beschlossen. Drei Stunden lang haben die Beschäftigten diskutiert. Über 100 Kolleginnen und Kollegen meldeten sich zu Wort.

„Es ist nicht einzusehen, das Spiel kurz nach dem Anpfiff verloren zu geben“, so ein Redner, und ein anderer sagte: „Ein entschlossener, unbefristeter und selbständiger Streik wird Nokia richtig am Profit treffen. Politisch wird er in ganz Deutschland und weit darüber hinaus Furore machen und Unterstützung und Solidarität bekommen!“

Das ganze Ruhrgebiet hat auf der Großdemonstration am 22. Januar 2008 seine Solidarität gezeigt. Solidaritätsstreiks gab es bei Opel, Johnson Controls und Thyssen-Krupp in Bochum. Insgesamt waren über 15.000 Menschen gekommen: 400 Kollegen von Ford in Köln, 250 VW-Arbeiter aus Wolfsburg, 1.500 Ope-

laner, Bergleute aus dem ganzen Revier, Schulklassen, Künstler, Geschäftsleute, Gewerkschafter von IG Metall, Verdi, IG BCE und viele mehr.



Manch eine(r) denkt: „Bochum ist weit weg! Was geht mich das an?“ Aber Nokia ist kein Einzelfall, sondern ein Musterbeispiel für den Kapitalismus in der heutigen Zeit. Hochmoderne Fabriken werden einfach dichtgemacht, wenn der Höchstprofit gesteigert und die Spitzenposition auf dem Weltmarkt ausgebaut werden kann. 7,2 Milliarden Euro Gewinn im Jahr 2007 sind für die Konzernspitze von Nokia „zu wenig“. 15 Prozent Rendite in Bochum, was ist das schon, wenn diese Herren in Rumänien 20 Prozent erzielen können – durch niedrigere Löhne, frische Steuergelder und neue Absatzmärkte?

Politiker von SPD und CDU, Teile des Betriebsrats und der Gewerkschaftsspitze sowie die „Bild“-Zeitung tun alles, um einen Streik zu verhindern. Es wird eine Handy-Boykott-Aktion inszeniert, die ins Leere läuft: Sollen wir zu einem Handy von Siemens greifen, wo vor kurzem das Benq-Werk geschlossen wurde, oder vom Motorola-Konzern, der in Flensburg 3.000 Arbeitsplätze vernichtet hat?

„Jetzt ist alles gelaufen“: So wird eine Niederlagenstimmung geschürt. Doch die Belegschaft von Opel hat 2004 gezeigt, dass durch Streik und Werksbesetzung die Schließung verhindert werden kann. Ein Ford-Kollege brachte es bei der Kundgebung auf den Punkt: „Heute ist es Nokia, morgen sind wir dran. Wir müssen alle zusammenhalten!“

Harald Braun

Lokführer enttäuscht: Für ein richtig gutes Ergebnis wurde nicht genug gekämpft *(„Spiegel-Online“)*

Alles andere führt zu Wahlverdruss: Eine linke Mehrheit muss auch eine linke Regierung schaffen *(„Stern“)*

Der Staat hilft, Arbeitskosten zulasten der Allgemeinheit zu drücken

1. Erwerbslosenverbände kritisieren die Untätigkeit der Großen Koalition bei der dringlichen Problematik der steigenden **Kinderarmut**. Dabei ist hier tatsächlich einmal wirksame Hilfe nach Plan nötig, und überflüssige Worthülsen bei immer

denselben, längst bekannten Zahlendokumentationen sowie Bekenntnissen zur vorgeblich geforderten Chancengleichheit, die reichen leider überhaupt nicht aus. Der Vorwurf von Untätigkeit und Scheinheiligkeit scheint hier überaus angemessen. Seit die zunehmende Kinderarmut im Spätherbst 2007 breit öffentlich diskutiert worden sei, habe die Koalition „nur Sprechblasen produziert und keine einzige wirksame Hilfe für Kinder aus Hartz-IV-Haushalten auf den Weg gebracht“, kritisieren die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“, die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“ und der „Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles“ in einer gemeinsamen Erklärung.

Harald Thomé von Tacheles kritisiert, das Auftreten der SPD sei besonders schwer erträglich, wenn sie sich zwar einerseits in den aktuellen Landtagswahlkämpfen als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren suche, andererseits jedoch Hartz-IV-Kindern zusätzliche Leistungen verweigere. Wiederholt habe die SPD-Fraktion im Bundestag entsprechende Anträge von „Bündnis 90/Die Grünen“ und der Fraktion „Die Linke“ mit Verweis auf eigene, bevorstehende Lösungen abgelehnt. Außer Lippenbekenntnissen, folgenlosen Prüfaufträgen und dem Einsetzen einer Kommission hat die SPD nichts getan, so lautet die Kritik. Wenn die Sätze für Kinder aus dem Ausgabeverhalten von alleinstehenden Rentnern abgeleitet werden, bei denen weder Kosten für Kinderschuhe noch für Schulsachen anfallen, dann produziert Hartz IV zwangsläufig Kinderarmut!

Der Handlungsbedarf schreit schon viel zu lange unbeantwortet zum Himmel, sodass keinesfalls noch weitere Monate „geprüft“ werden muss, was unübersehbar auf der Hand liegt! Am ewigen Wiederkäuen von Tatsachen verdienen sich wieder nur die Mittelsmänner der Vetternwirtschaft eine überflüssige goldene Nase. Die Erwerbslosenverbände fordern, die **Regelleistungen** für Kinder völlig neu zu bemessen und an den tatsächlichen Ausgaben zu orientieren. Nach Angaben der BAG-SHI betragen die tatsächlichen, durchschnittlichen Ausgaben ohne Mietanteil für ein Kind unter sechs Jahren 370 Euro, für ein Kind zwischen sechs und zwölf Jahren 438 Euro und für ein Kind ab zwölf Jahren 486 Euro. Das menschenverachtende Hartz IV raubt Kindern hier und heute Bildungs- und Entwicklungschancen, denn mit leerem Magen und ohne Schulsachen lernt es sich bekanntermaßen schlecht!

Bis ein grundlegend neues Bemessungssystem durchgesetzt ist, sind daher schnelle und wirksame Hilfen nötig. Als Sofortmaßnahmen müssen eine zusätzliche Einmalbeihilfe für Schulsachen wie etwa Taschenrechner, Sportschuhe, Stifte und Schulranzen eingeführt und die Hartz-IV-Leistungen für Erwachsene und Kinder in einem ersten Schritt um 20 Prozent angehoben werden. Schließlich lebt mit jedem armen Kind auch mindestens die arme Mutter oder der arme Vater zusam-

men. Wer etwas gegen Kinderarmut tun will, muss auch bei der Einkommensarmut der Eltern ansetzen! Neben einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn ist eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze für alle, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz finden können, dringend notwendig. Um Grundbedürfnisse wie etwa gesunde Ernährung abzudecken sowie eine angemessene Teilhabe an Bildung, Kultur und Sport zu sichern, halten die Erwerbslosenverbände eine Regelleistung von 500 Euro für Alleinstehende für erforderlich. Es sei ein „Armutszeugnis für die Koalition“, dass selbst die für November letzten Jahres versprochene Prüfung, ob die Hartz-IV-Sätze zumindest aufgrund der rasanten Preissteigerung erhöht werden sollten, noch immer ausstehe.

2. Eigentlich sollte das **Elterngeld** vor allem denjenigen helfen, die sich kein Kind „leisten“ können. Anders in Bayern: Im noblen Münchner Vorort Grünwald werden den Millionären unfreiwillig Almosen zugeschanzt, und die Hartz-IV-Betroffenen gehen leer aus. Ein reicher Münchner hatte letztens die schlagzeilenträchtige Idee, jedem Baby bis zur Einschulung 100 Euro zukommen zu lassen. Mit „jedem Baby“ waren allerdings leider ausschließlich die Kinder im reichen Vorort Münchner Grünwald gemeint: ALG-II-Empfänger gingen nach „Stern“-Recherchen leer aus.

Mit ihren Einnahmen hatte die 11.000-Einwohner-Gemeinde noch nie wirkliche Probleme. Haushaltsschulden? Unbekannt. Im letzten Jahre lag der Überschuss bei 6,3 Millionen Euro. Aber „einige Normal- und Geringverdiener haben wir doch“, so Bürgermeister Jan Neusiedl. Auch von „zahlreichen Hartz-IV-Empfängern“ ist die Rede. Schon im Mai letzten Jahres wollte daher der Gemeinderat für Kinderbetreuungseinrichtungen kein Geld mehr verlangen. Bisher kosteten sie 100 Euro pro Kind und Monat. Das sollte den jungen Familien helfen, die hohen Lebenshaltungskosten in dem schicken Vorort bei München zu tragen.

Doch dann kam die große Politik mit ihrer Diskussion um die „Herdprämie“. Der Grünwalder Gemeinderat schwenkte um: Das Geld der Gemeinde sollte nun an *alle* Eltern von Kindern im Vorschulalter gezahlt werden. Nun legte sich das Landratsamt mit rechtlichen Bedenken quer: Förderung der Familien sei ausschließlich Bundessache. Die Gemeinde Grünwald zog mit einer Petition vor den Landtag. Dort erklärte im Dezember 2007 das Bayerische Sozialministerium die Grünwalder Babyprämie für rechtens. Als ein SPD-Abgeordneter nachfragte, ob auch ALG-II-Empfänger davon profitieren würden, sagte man ihm, dass dies Sache der Gemeinde sei.

Die Reichen haben ihre Babyprämie sicher, den Hartz IV-Betroffenen wird sie selbstverständlich auf ihr spärliches Salär angerechnet – eine schön bunte neue Verpackung für die nächste Attacke „Umverteilung von unten nach oben“! So geht es weiter und weiter, gnadenlos, und die Betroffenen schweigen, nehmen es hin und geben auf. Leider!

3. In diesem Land läuft einiges grundfalsch, ja geradezu kontraproduktiv! **Minijobs** haben den Staat im vergangenen Jahr knapp vier Milliarden Euro gekostet. Zu diesem Ergebnis kommt der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen Berechnungen zu den Subventionen für die geringfügige Beschäftigung, wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet. Demnach gingen den Sozialversicherungen durch Minijobs rechnerisch zwischen 2,2 und 2,4 Milliarden Euro an Beiträgen verloren. Die öffentlichen Haushalte verzichteten darüber hinaus auf Steuerzahlungen von einer bis 1,3 Milliarden Euro.

Der DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy kritisierte, dass mit gewaltigen Subventionen für Minijobs der Staat den Arbeitgebern dabei hilft, ihre Arbeitskosten zu Lasten der Allgemeinheit zu drücken. Für die Mini-Jobber hingegen sei die soziale Absicherung völlig unzureichend. Obwohl die Bundesregierung die Förderung Mitte 2006 leicht eingeschränkt habe, breiten sich Minijobs laut DGB weiter aus. So sei ihre Zahl bis Ende Oktober 2007 um gut ein Prozent auf 6,9 Millionen gestiegen. In einigen Branchen sei die geringfügige Beschäftigung zum Regelfall geworden, etwa bei den Gebäudereinigern oder im Gastgewerbe. Auf dem Vormarsch seien vor allem Minijobs, die Arbeitnehmer als Nebenjob zusätzlich zu einer regulären Arbeitsstelle ausüben. Ihr Volumen hat sich gemessen an den Arbeitsstunden laut DGB seit 2002 verdoppelt. Jetzt können wir endlich nachvollziehen, wie, wo und mit wem sich der sogenannte Aufschwung vollzogen hat!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Niedere Töchter: Studiengebühren treiben Student(inn)en in die Prostitution *(„Spiegel-Online“)*

„Schwerwiegendes Glaubwürdigkeitsdefizit“: Kochs Forderung nach härterem Jugendstrafrecht ist für CDU-Wahldebakel verantwortlich *(„Spiegel-Online“)*

Merkel steht hinter Koch: Wie fremdenfeindlich ist die Kanzlerin? *(„Spiegel-Online“)*

„Positive Entwicklung“: Arbeitslosenzahl um eine Viertelmillion gestiegen *(„Spiegel-Online“)*

Mehrere Landesbanken sind faktisch pleite

1. Die Landesbanken haben noch mehr „faule“ Papiere im Tresor! Die West LB hat gerade eine Kapitalerhöhung um zwei Milliarden Euro hinbekommen. In der

Krisensitzung waren sowohl der Leiter der Bundesanstalt für Finanzaufsicht wie auch der Präsident der Deutschen Bundesbank, Axel Weber, anwesend. Vor zwei Wochen wurde für die West LB ein vorläufiger Wertberichtigungsbedarf von 1,2 Milliarden Euro festgestellt. Inzwischen sind die Buchprüfer vorangekommen: Der jetzige Wertberichtigungsbedarf für die West LB liegt bei vier Milliarden Euro – dies ist aber sicher noch nicht die endgültige Zahl! („Weser-Kurier“ vom 27. und 28. Januar 2008)

Das Magazin „Focus“ hat eigene Recherchen angestellt und dabei herausgefunden, dass die Bayern LB, die Landesbank Baden-Württemberg LBBW, die Düsseldorfer West LB und die Hamburger HSJ Nordbank fast **80 Milliarden Euro in Risikopapiere investiert** haben. Diese Banken sind somit faktisch pleite! Als letzter Ausweg vor dem Zusammenbruch der Banken dient eine Kapitalerhöhung durch die öffentliche Hand: Es soll also erst einmal der Steuerzahler ran. Eine überregionale Großbank wird gefordert. Sie soll alle Landesbanken schlucken. Damit ist der Zuschussbedarf, den die öffentliche Hand – also der Steuerzahler – ausgleichen muss, nicht so offensichtlich.

Auch die Einbringung dieser Papiere in einen gemeinsamen Fonds führt zum Risikoübergang auf die öffentliche Hand – den Steuerzahler –, ist diesmal aber klar nachlesbar. Daher wird es wohl zur Großbank und nebenbei zur Zerschlagung des Sparkassenwesens in der jetzigen Art kommen. Leider! Nur haben daran die Sparkassen kräftig mitgewirkt. Den Verkauf von Hypothekendarlehn an „Heuschrecken“ hat der Kunde seiner Sparkasse nun wirklich nicht zugetraut.

Die Sparkasse Bremen gehört nicht zum öffentlich-rechtlichem Sparkassenverbund. Auf Nachfrage des „Weser-Report“ (27. Januar 2007) erklärte Sparkassen-Chef Jürgen Oltmann: „Wer bezahlt, dessen Kredit wird nicht veräußert.“ Heißt dies im Umkehrschluss: Notleidende Kredite werden auch von der Sparkasse Bremen veräußert?

Kein Hartz-IV-Betroffener kann einen **Hypothekenkredit** wie ursprünglich vereinbart bezahlen, denn die Arge übernimmt die Tilgungsbeträge nicht. Dies ist insbesondere wegen der Kreditverkäufe der Banken erneut zu hinterfragen! Bis zur Entscheidung des Gerichts sollte die Arge verpflichtet sein, diese Tilgungsanteile darlehnsweise zu übernehmen, damit das Eigentum erhalten bleibt. Nur kümmern muss sich jeder selber, mit Widerspruch und notfalls Klage! Wir gehen mit!

Wie sind diese notleidenden Hypothekendarlehn entstanden? Sind diese Darlehn überhaupt notleidend? „Ich kann mir eigentlich nur noch einen Strick nehmen“, zitiert der „Weser-Kurier“ vom 23. Januar 2008 einen verheirateten US-Amerikaner mit zwei Kindern, der sein Eigenheim als zweite Einnahmequelle benutzt hat. Es wurde vor 14 Jahren für 115.000 Dollar gekauft. Aufgrund der Immo-

bilienpreiserhöhungen wurde die Hypothekensumme sieben Mal dem Mehrwert des Hauses angepasst. Jetzt ist es mit 320.000 Dollar belastet. Dies entspricht wegen der Preisrückgänge aber nicht mehr dem Gegenwert. Die Bank hat die letzten drei Hypotheken gekündigt.

Der Mensch möchte verkaufen – aber der Verkaufspreis liegt weit unter der Restschuld. Die Bank kann die gesamte Hypothek kündigen, im Fall der Nichtzahlung das Haus räumen lassen und die Zwangsversteigerung durchführen lassen. Die eventuell verbleibende Restschuld muss der Mensch abstottern. Und diese Familie hat noch mehr Probleme: Die älteste Tochter hat studiert, der Studienkredit lautet über 52.000 Dollar. Die Restschuld für die beiden Autos beträgt 19.000 Dollar, für die fünf Kreditkarten 56.000 Dollar.

Bei der Frau wurde Krebs festgestellt. Sie waren davon ausgegangen, dass die Frau bei ihrem Arbeitgeber gegen Krankheit abgesichert ist, doch er hat vor zwei Jahren die Gruppenversicherung (eine private Krankenversicherung für Gruppen oder Belegschaften) gewechselt. In dem neuen Vertrag ist diese Krebserkrankung eine Vorerkrankung und daher nicht versichert. Die Familie hat die Krebsoperation bezahlt. Für die Hypothekenkredite hat das Geld nicht mehr gereicht. Nun werden vom behandelnden Arzt Metastasen vermutet. Für deren Behandlung ist kein Geld mehr in der Familienkasse. „Meine Frau droht jämmerlich einzugehen“, meint der verzweifelte Mensch. Dieses Schicksal ist leider kein Ausnahmefall!

Wollen oder sollen wir trotzdem dem Trend zu mehr privater Vorsorge folgen? „Die gesetzliche Krankenversicherung ist nur noch ein Mindestkatalog“, schreibt der „Weser-Kurier“. Der Rest muss durch einen „**Gesundheits-Riester**“ abgedeckt werden, weil mehr Privatvorsorge im Trend liegt, mittels Riester-Rente der Altersarmut entgegenzuwirken. Die Verpflichtung zu einer privaten Zusatzvorsorge und Reduzierung des Leistungskatalogs sei die Lösung gegen den Kollaps der Pflegekassen, schreibt das Blatt am 24. Januar 2008.

Drei Artikel im „Weser-Kurier“ innerhalb weniger Tage. Jeweils ein Experte für diesen Zweig der gesetzlichen Sozialversicherung warnt vor Unterversorgung, Leistungskürzung oder Altersarmut. Alle sind sich einig: Es hilft nur die private Zusatzvorsorge, um diese Mängel auszugleichen. Woher die Arbeitnehmer das Geld nehmen sollen, davon ist nicht die Rede. Es sind „linientreue“ Artikel! Sonst wäre eine Aufstockung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme in die Überlegungen eingeflossen. Die Beitragserhöhungen hierfür wären zu 50 Prozent von den Arbeitgebern mitzutragen und sicherlich weitaus moderater, weil die Organisation schon steht und kein Gewinn erzielt werden muss.

Nur um diese Arbeitgeberbeteiligung auszuhebeln, werden die Beiträge der Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen von den Arbeitgebern an den Gesundheitsfonds und von diesem an die gesetzlichen Krankenkassen überwiesen. Dies ist sehr kostenintensiv! Die Zeche zahlt der Versicherte. Der Arbeitgeber ist von diesen Folgen befreit und kann aufgrund der Gestaltung nicht an eventuellen Nachzahlungen beteiligt werden. Die Pflichtbeiträge zur Sozialversiche-

rung sind doch die beste Vorsorge! Aber das kurzfristig Beste für die Arbeitgeber ist gewollt: Es gibt sonst keinen Grund, der Versicherungswirtschaft Milliardengewinne zuzuschustern und die sozialen Sicherungssysteme auszutrocknen!

Weitere Probleme sind vorprogrammiert. Allein die Abgrenzung zwischen zwei Leistungserbringern ist sehr schwierig. Wer Pflege- und Krankenversicherung bei zwei verschiedenen Leistungsträgern hat, kann bereits heute ein Klagelied davon singen! Die Leistungsverpflichtung gegeneinander abzugrenzen und die Kosten einvernehmlich zuzuordnen, ist eine Wissenschaft für sich – und bestimmt keine lösbare Aufgabe für einen Kranken oder Pflegebedürftigen. Die zusätzlichen Verwaltungsaufgaben der Kassen schlagen auf die Beitragshöhe durch!

Auch bei einem Wohngebäudeschaden ist die Abgrenzung zwischen Hausrat und Gebäude für viele Versicherer einen Streit wert. Oft erfolgt eine Nichtzahlung, wenn es sich um zwei verschiedene Versicherungsgesellschaften handelt. Manchmal hilft nicht einmal die gleiche Konzernzugehörigkeit. Nur bei vermietetem Wohnraum ist dieser Streit ausgeschlossen. Ansonsten bedeutet Vorsorge hier, für beide Risiken die gleiche Versicherungsgesellschaft zu wählen. Auch dies ist bekannt. Umso unverständlicher, dass solche Rahmenbedingungen geschaffen werden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die **Bundespolizei** soll im „Antiterrorkampf“ mitwirken. Die Pläne von Wolfgang Schäuble sind ein weiter Verstoß gegen das Grundgesetz. Rund 1.000 Bundespolizisten erhalten eigenständige Aufgaben im Kampf gegen „Terror“ und illegale Migration. Eine Aufgabenbeschreibung liegt noch nicht vor. Klar ist: So wird der Aufgabenrahmen für die Bundespolizei durch die Verfassung nicht mehr gedeckt! Eine der neuen Aufgaben ist der Einsatz bei großen Demonstrationen. Die Struktur wird geändert, die Führung zentralisiert. Es gibt 40.000 Bundespolizeibeamte, einige Tausend werden umziehen müssen.

Aus meiner Sicht stellt dies eine weitere Vorbereitung auf Unruhen in Deutschland dar. Es ist doch klar, mit Hartz IV kann keiner auskömmlich leben. Immer mehr Menschen verlieren ihre Rücklagen, und Hartz IV wird unerträglicher. Kleidung und Gebrauchsgegenstände verschleißen. Die vielen anderen „Reformen“ bringen ebenfalls keine Verbesserungen. Immer mehr Jugendliche werden von jeglicher Leistung ausgeschlossen. Der Kessel steht immer mehr unter Druck!

Wir möchten keine Gewalt. Wir rufen nicht zur Gewalt auf. Eine spitze Feder ist schärfer als ein Schwert! Daher zeigt her eure Bescheide! Mit Widerspruch und notfalls Klage erreicht jeder Mensch mehr als mit einer ausgerutschten Faust oder anderen Aktionen. Den jungen Erwachsenen in Hessen muss ich bei dieser Gelegenheit meine Hochachtung aussprechen: Gemeinsam haben sie Herrn Koch nicht gewählt! Sie haben sich nicht in Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund auseinanderdividieren lassen!

Ach ja, Herr Koch hat dies gar nicht als Wahlkampfthema gewollt. Es musste nur einmal angesprochen werden, weiß Herr Kauder heute. Ich glaube, Jugendliche haben ein längeres Gedächtnis! Wie es Herrn Koch gegangen ist, so wird es auch Frau Merkel treffen – die Kreuze werden an ihr vorübergehen. Die nächste Wahl ist schon bald, jedenfalls nach jugendlicher Zeitrechnung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die USA leisten sich sogar eine Dienstleistungsfirma für den „Kampf gegen den Terror", eine **Privatarmee**. In der ARD-Sendung „Titel, These, Temperamente" wurde hierzu am 27. Januar 2008 ein Buch vorgestellt. Die Firma Blackwater hat Mitarbeiter mit Waffenausbildung unter Vertrag. Sie gehen im Auftrag der USA in den Irak und benutzen dort Waffen.

Ein irakischer Zivilist, der hierbei verwundet wurde, schildert ihren Einsatz wie folgt: „Niemand hat sie beschossen, niemand hat sie angegriffen. Sie fingen einfach an, willkürlich auf Menschen zu schießen. Viele starben direkt auf der Straße. Ich bin in mein Auto gesprungen und fuhr los, aber sie schossen einfach weiter." Im Irak haben Blackwaters Milizen nur den Auftrag, amerikanisches Leben zu schützen – das eines einheimischen Zivilisten zählt wenig.

Die USA verstoßen dabei gegen sämtliche Regeln. Die Söldner bleiben straffrei. Verurteilt wird, wer diese Missstände anprangert und in den USA dagegen prostestiert. Das US-Justitzministerium hat dem Kongress mitgeteilt, dass es kein Gesetz gibt, um Blackwater für seine Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, nicht nach militärischem Recht, nicht nach Zivilrecht. Die USA haben es dem Irak vertraglich untersagt, diese Söldner als Mörder anzuklagen. Internationales Recht erkennen die USA nicht an.

Der Wunsch zur Verurteilung besteht aber auch nicht, sonst wäre die Auftragslage für Blackwater nicht so gut. Wie war das noch mal? Die USA sind in den Irak einmarschiert, um uns alle vor dessen „Massenvernichtungswaffen" zu schützen. Die USA wollen dabei diesem Land die „Demokratie" nahebringen. Beides ist gründlich misslungen. Massenvernichtungswaffen sind nicht vorhanden. Inzwischen ist klar, die USA haben sie „erfunden". Noch abschreckender kann Handeln nicht sein! Von dieser „Demokratie" konnte bestimmt nicht *ein* Iraker überzeugt werden, im Gegenteil, die USA haben viele neue Feinde!

Gelungen ist der Zugriff auf die großen Ölvorräte des Landes. Die USA hatten bereits vor Jahren festgestellt, dass die eigenen Vorkommen zur Neige gehen. War dies eventuell der einzige tatsächliche Grund für die Eroberung des Iraks? Die Verteilung der Lizenzen und Ausstattungsaufträge sowie das gewählte Vergabeverfahren spricht ebenfalls dafür. Wenn dann auch noch die veröffentlichten geschäftlichen Interessen der Regierungsmitglieder der USA richtig wiedergegeben wurden, so war dies eine gelungene Einkaufstour! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die Bezugsdauer für ALG I wird ausgeweitet, so der „Weser-Kurier“ vom 26. Januar 2008. Dieser Artikel stellt die Bezugsdauer in den Vordergrund der Änderungen. Die Nachfolgeregelung für die 58er-Regelung liefert die Grundlage für die **Zwangsverrentung**. Die ausgelaufene Regelung hatte die Arbeitslosen über 58 Jahre noch davor bewahrt, nur eine abschlagsfreie Rente musste beantragt werden. Dies ist im Regelfall die Alterrente mit 65 Jahren. Vor 63 kann aufgrund der geänderten Zugangsbestimmungen kaum jemand in Rente gehen. Die Rente mit 60 ist ein Auslaufmodell. Auch diese Zwangsverrentung wird sicherlich die Gerichte beschäftigen.

Eine Änderung steht nicht in diesem Artikel: Wer über 58 Jahre alt ist und innerhalb von zwölf Monaten nach Beginn des Leistungsbezugs keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten bekommen hat, soll nicht mehr als arbeitslos gelten. Die Betroffenen stünden der Arbeitsvermittlung faktisch nicht mehr zur Verfügung und sollen daher aus der **Arbeitslosenstatistik** genommen werden. Dies zeigt erneut, wie wenig Wert der Gesetzgeber auf die Richtigkeit dieser Statistik legt. Warum jetzt? Wer die 58er-Regelung unterschrieben hatte, war aus der Statistik verschwunden. Nun ist die 58er-Regelung ausgelaufen. Die „Alten“ würden also in der Statistik sichtbar werden. Durch diese Gesetzesänderung wird die Statistik erheblich geschönt!

Die **Klageflut gegen Hartz IV** ist im Jahr 2007 um 41,8 Prozent auf 99.200 angestiegen. Die Zahl der Widersprüche ist mit 775.000 und die der Ablehnungen mit 406.000 angegeben, doch diese Zahlen stimmen genauso wenig wie die der Arbeitslosenstatistik, weil bewusst auf bestimmte Sachverhalte hingearbeitet wird. In den Nachrichten wurde das „strenge Hinsehen“ bei den Kosten der Unterkunft und Heizung als Grund für die Klagesteigerung genannt, im „Weser-Kurier“ das „schnellere Arbeitstempo“ bei der Bundesagentur für Arbeit.

Letzteres ist sicher ein Übertragungsfehler, denn die Widersprüche werden ja von den Argen bearbeitet, in Bremen von der Bagis. Diese werden auch beklagt. Das „strengere Hinsehen“ ist eine Vorverurteilung der Betroffenen. „Strenger hinsehen“ bedeutet meiner Meinung nach besseres Einhalten der Vorgaben, aber genau das Gegenteil ist der Fall: Die Vorgaben erzwingen immer weitere Leistungsverweigerungen. Selbst klar verlorene Verfahren werden von der Bagis und den Argen nicht auf die anderen Entscheidungen übertragen. So werden unnötige Klageverfahren erzeugt.

Eine weitere Verfälschung der Statistik der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ hat das „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung“ herausgestellt. Der Trick wurde in Wilhelmshaven ersonnen und von Friesland und Aurich kopiert. Kinder unter 15 Jahren wurden aus der Statistik genommen, wenn es „ausreichende Unterhaltszahlungen“ durch nicht in den Bedarfsgemeinschaften lebende Elternteile gab. Ein Minus von 27 Prozent als Auswirkung in der Statistik war der Lohn. Die Bundesagentur für Arbeit hat angewiesen, diese Zählweise zu unterlassen. Die zurückliegenden, objektiv falschen Statistiken werden aber nicht berichtigt. An der Richtigkeit der folgenden Statistiken wird gearbeitet – mit Hochdruck? Dar-

um Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Berliner Nahverkehr wird bestreikt: Arbeitgeber provozieren mit Scheinangebot, das für die Beschäftigten keine Entgeltverbesserung bringt *(„Spiegel-Online“)*

85.000 Stahlwerker im Streik: Sprudelnde Gewinne gehören auch den Beschäftigten *(„Spiegel-Online“)*

Fruchtbare Zeit: Was die Bremer „Ampel“ an Geld eingenommen hat, konnte die Große Koalition zum Fenster rausschmeißen *(„Spiegel-Online“)*

Grünen-Wähler aufgepasst: Krista Sager hält den Steigbügel für den ollen Beust *(„Spiegel-Online“)*

Freude über den Wahlausgang

Von vier Teilnehmern um 17:30 Uhr wuchs die Zahl der Montagsdemo-Interessierten auf über 40 bei der 167. Montagsdemo in Bremen. Dabei sind auch immer wieder Menschen, oft ältere, die Fragen nach den politischen Zusammenhängen haben oder sich einfach nur bedanken wollen, dass wir so konsequent durchhalten. Das erfreut uns dann und zeigt, wie sehr wir im Blickpunkt vieler Bürger der Stadt und des Umlandes stehen.

Die Wahlen in Hessen und Niedersachsen standen natürlich im Zentrum. Groß war die Freude bei vielen, dass „Die Linke“ es in beiden Ländern ins Parlament geschafft hat – und besonders, dass CDU-Koch seine Quittung bekommen hat und abgestraft wurde. Aber auch der Kampf der Nokianer findet breite Unterstützung. Jetzt ist es die Auseinandersetzung zwischen dem selbständigen Kampf der Kollegen und der auf „geordneten Niederlagen- und Verzichtskurs“ getrimmten Politik von Unternehmern, Regierungen und „kuschelnden Gewerkschaftsfürsten“. Das ist ein Kampf vor allem in den Köpfen.

Ein Mitstreiter aus Verden berichtete, wie manche Unternehmer mit dem Aktivwerden einzelner Beschäftigter als Landtagskandidat umgehen wollen: nämlich mit Rausschmiss. Dagegen ist der Weg in die Öffentlichkeit notwendig, nicht

nur vor das Arbeitsgericht! Solche Willkürmaßnahmen erregen den Unwillen vieler Menschen und fördern die Solidarität. Wir werden weiter darüber berichten.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Schrumpf-Partei Deutschlands: Täglich verliert die SPD 60 Mitglieder – und fällt in zwei Wochen sogar hinter die CDU zurück *(„Spiegel-Online“)*

Begleitet in großer Zahl das Kapital zum Schaffermahl!

Die GEW Bremen ruft insbesondere ihre verbeamteten Mitglieder und Versorgungsempfänger(innen) auf, sich an der gemeinsamen **Aktion** der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am **8. Februar 2008** anlässlich des traditionellen „**Schaffermahls**“ zu beteiligen! Wir fordern: Erhöhung der Besoldung jetzt!

Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollen auch die Modalitäten einer Besoldungserhöhung im Lande Bremen beraten und verhandelt werden. Dies ist unter anderem eine Folge der Föderalismusreform. Unsere Forderung bleibt: Längst überfällige Übernahme des Tarifabschlusses 2006! Der Senat will weit dahinter zurückbleiben: Lediglich um 1,9 Prozent im Oktober 2008 und um ein weiteres Prozent im Oktober 2009 sollen die Besoldungen angehoben werden!

Nach der Großdemonstration im November, nach E-Mail-Protesten an die Abgeordneten und dem Einreichen von über 4.000 Petitionen führt der DGB mit seinen Gewerkschaften des öffentlichen Diestes derzeit Gespräche mit den Fraktionsspitzen von SPD und Grünen. Dabei ist ein erster Teilerfolg gelungen: Die Bürgerschaft hat die Senatsvorlage nicht beschlossen!

Wir werden uns nicht noch weiter abkoppeln lassen! Dies werden wir am 8. Februar gemeinsam mit anderen Kolleg(inn)en des öffentlichen Dienstes deutlich machen! Treffpunkt ist um **12:45 Uhr** am Roland bei den GEW-Fahnen auf dem **Marktplatz**.

Aufruf der GEW Bremen

„Fleischgewordener Teleprompter“: Ypsi-Püppsi wird immer noch total unterschätzt *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

168. Bremer Montagsdemo am 04. 02. 2008

„Ich bin der Staat“

1. Ich bin der Staat, ich bin im Recht! Du, Bürger, bist nur mein Knecht. Ich sage, wo es langgeht! Deine Meinung ist mir nicht recht, denn du bist nur der Bürger, nur mein Knecht!

Dein Geld will ich haben, an deinem Mammon mich laben. Du hast nur eins zu tun: zu spuren, und ist es dir auch nicht recht! Denn ich bin der Staat, und du bist nur der Knecht.

Ich sage, wo es langgeht, und nehme mir dazu das Recht, denn du bist nur der Bürger, nur mein Knecht! – Und so hört man es immer wieder: „Was soll ich tun? Dem Staat ist es gar nicht recht, denn ich bin nur der Bürger, nur der Knecht!“

Leute, wacht endlich auf, wehrt euch, und das mit Recht! Der Staat sind wir alle und nicht nur jene, die uns befehlen wollen! Darum lasst uns zusammenhalten, und ein jeder möge laut sagen, was er nicht mehr erdulden möchte, mehrmals, und dann wird man nicht mehr hören: „Ich bin der Staat, und du bist mein Knecht.“ Dann hat es sich ausgeknechtet!

2. Arme Politiker! Wie las ich doch in der Zeitung: In diesem Jahr werden, so der Fahrplan, in Bremen wieder 50 Millionen Euro *mehr* für laufende Kosten ausgegeben, 17 Millionen *mehr* für Personal und unter anderem auch für ein kostenloses Mittagessen. Bei Investitionen werden 39 Millionen Euro abgeknapst. Fällt euch was auf, Leute? „Wir werden“ wurde gesagt, nicht mehr: „wir wollen“, „wir sollten“, „wir möchten“. Nein: „wir werden“. Bravo, ihr seid ja doch lernfähig! Dann tut es jetzt auch, selbst wenn die Wirtschaft wegen der 39 Millionen klagen wird, tut es zum Wohle der Mitmenschen!

Der Wirtschaft sage ich nur: Ihr habt mit euren Hungerlöhnen mit dafür gesorgt, dass die Regierung jetzt so handelt! Um das Ganze zu finanzieren, schlägt der Senat vor, die eine Hälfte in den Ressorts einzusparen und die andere als Kredit aufzunehmen. Eine Frage aber hätte ich noch. Leute, ich kann es einfach nicht verstehen: Wir haben ein Problem der Finanzierung, wir haben ohne Zwei-

fel weniger Steuereinnahmen, das streite ich nicht ab – aber haben wir nicht unsere Politiker gewählt, dass sie so etwas für uns regeln?

Warum bringt es denn niemand fertig, der Wirtschaft klipp und klar zu sagen: „Auch ihr habt eine Verpflichtung, zahlt vernünftige Löhne, schafft Arbeitsplätze, dann sind unsere Probleme viel leichter zu lösen!“? Woher soll denn der Bürger das Geld nehmen? Schafft Sicherheit für die Lebensplanung der Familien! Wir nähern uns schon der Armutsgrenze. Schließlich seid ihr es auch, die davon profitieren, wenn es unseren Kindern besser geht. Warum könnt ihr euch nicht daran beteiligen? Es ist euer Markt von morgen! Wir alle sind die Gemeinschaft, und ihr seid nun mal diejenigen die mehr haben!

Also, Leute, packen wir es an! Ihr armen Politiker, vom menschlichen Standpunkt her würdet ihr vielleicht gerne so handeln, doch dann sind da noch die Zwänge und allgemeinen Wirtschaftsinteressen. Die passen einigen Politikern nicht ganz ins Konzept! Doch was sie dabei alle vergessen, ist die Tatsache, dass in einer Gemeinschaft alle beteiligt werden müssen, erst recht diejenigen, die schon so viel haben. Ja, solche Worte würden euch Politikern wieder Anerkennung verschaffen! Und nicht: „Wir haben kein Geld mehr, darum müssen wir euch Bürgern immer mehr aufbürden!“

Es geht um unser aller Wohl, es ist unsere Zukunft, die wir verspielen, und das nur, weil niemand es fertigbringt zu sagen: Leute, ihr habt eine Verpflichtung! Jetzt erwarte ich von der Wirtschaft Maßnahmen, die mehr sind als nur Gerede. Eine ganz klare Aussage: „Ja, wir helfen, denn wir profitieren, wir bringen das Geld auf, und ihr alle macht mit!“ Das sagen uns auch die Bremer Stadtmusikanten: „Wenn wir zusammenhalten, lösen wir das Problem!“ Und in Zukunft möchte ich von euch Politikern nicht mehr hören: „Wir haben kein Geld!“, sondern: „Wir investieren in die Zukunft, hören auf zu jammern und lösen unsere Probleme!“

Wenn ihr es nicht könnt, so habe ich auch dafür Verständnis, denn nicht jeder kann alles, doch dann seid bitte so fair und macht Platz für andere, die es sich zutrauen und endlich handeln!

Udo Riedel (parteilos)

Der Staat sind wir: Nokia verweigert Rückzahlung unrechtmäßig abgezockter Subventionen *(„Spiegel-Online“)*

EU-Zentralbank warnt vor Abschwung: „Ungewöhnlich hohe Unsicherheiten über Auswirkungen der Finanzmarktturbulenzen auf die Wirtschaft“ *(„Spiegel“)*

Schönfärberei einer grausamen Wirklichkeit: Das Ergebnis der neoliberalen „Reformen“ sind 8,6 Millionen Erwerbslose *(Montagsdemo Karlsruhe)*

Sparen ohne Rücksicht auf die Kosten: Der Personalabbau in der Betriebsprüfung führt zu massiven Steuerausfällen *(„Die Linke“)*

Auch der neue Haushalt verletzt die Verfassung des Landes Bremen

Ich bin seit dem 8. Juni letzten Jahres Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion „Die Linke“. Sicherlich ist es euch nicht verborgen geblieben, dass wir uns mit der ersten Lesung des Haushalts 2008/2009 in den Verhandlungen um denselben befinden und der Streit ziemlich groß ist, wofür das Geld ausgegeben wird, zumindest vordergründig. Wir haben uns hingesetzt und uns ziemlich lange angeguckt, was da jetzt an Entwürfen auf dem Tisch liegt, und sind zu verschiedenen Schlüssen gekommen, die ich hier kurz erläutern will.

Zunächst einmal haben wir festgestellt: Nimmt man die Bremische Verfassung ernst und liest einmal, was da drinsteht hinsichtlich gleicher Lebensbedingungen, gleicher Rechte, Recht auf Arbeit und vieler anderer Dinge mehr, dann verletzen dieser Haushalt und alle vorangegangenen deutlich die Verfassung des Landes Bremen, weil genau diese Ziele überhaupt nicht erreicht werden.

Das Zweite: Bremen hat mittlerweile unbestritten pro Kopf eine der höchsten Verschuldungen, die es in diesem Bundesstaat gibt. Die Schulden inklusive der Schattenhaushalte liegen mittlerweile bei 14,5 Milliarden Euro. In der Perspektive wird Bremen jedes Jahr, langsam steigend, zwischen 600 und 700 Millionen Euro an Zinsen bezahlen. Dies ist ein Zustand, den man zunächst auch als Linker nicht besonders witzig finden muss, denn es ist natürlich Geld, das den Leuten, die Geld zu verleihen haben, irgendwann zugute kommt. Das ist eine Form der Umverteilung von Reichtum, dagegen muss man auch langfristig auf Bundesebene angehen!

Wir haben aber nun die Situation, hier in Bremen, dass wir einen Haushalt für die nächsten zwei Jahre beraten und nicht auf irgendeine Form von Vermögen- und Erbschaftsteuer warten können. Wir haben es jetzt wissenschaftlich belegt, dass in Bremen ganze Stadtteile nicht nur unter einer Form von Armut leiden, sondern es finden dort, viel schlimmer, mittlerweile sich selbst verstärkende Armutsprozesse statt: Immer mehr Menschen, die vergleichsweise arm sind, sammeln sich in bestimmten Stadtteilen, und Menschen, die weniger arm sind, entziehen sich diesen Stadtteilen. So wird ein Prozess in Gang gebracht, bei dem Menschen, die materiell vergleichsweise arm sind, irgendwann auch arm an Kultur, Bildung, Gesundheitsvorsorge und vielen anderen Dingen mehr sind.

Armut ist nichts Statisches, sondern ein Prozess, der sich mittlerweile in bestimmten Stadtteilen richtig beschleunigt. Vor diesem Hintergrund haben wir ganz deutlich gesagt: Wir müssen gucken, dass dieser Haushalt, so gut es geht, ver-

sucht, diese Armutsprozesse zu bekämpfen und zu stoppen. Daran haben wir uns bemüht, den Entwurf zu messen, und mussten feststellen, dass es weiterhin ein Kürzungshaushalt ist: Die konsumtiven Ausgaben, also letztlich auch diejenigen, die möglicherweise dazu dienen könnten, positiv auf diese Prozesse Einfluss zu nehmen, sind zurückgekämmt worden. Sie sinken unterm Strich.

Der rot-grüne Senat hat zwar für bestimmte Bereiche, unter anderem der Bildung oder Kindervorsorge, mehr Geld in den Haushalt eingestellt. Wenn man aber guckt, wo dieses Geld herkommt, stammt es aus anderen teilweise ebenso sozialen Bereichen. Die Decke wird also von den Füßen zur Nase gezogen, und jetzt gucken die Füße unten raus und sind auch noch kalt. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt und sind dafür richtig gescholten worden: Wir sind jetzt in einer Situation, wo man sagen muss, Schulden in Geld sind nicht schön, aber man kann sie möglicherweise irgendwann bezahlen oder in der Perspektive diesen Umverteilungsvorgang durch eine andere Steuerpolitik wieder umkehren.

Was wir aber jetzt machen, ist sozusagen soziale Schulden anzusammeln: Wir schädigen die demokratische, soziale und kulturelle Substanz dieser Stadt in einer Weise, dass wir so etwas wie soziale Schulden aufbauen. Damit meine ich nicht nur den Mangel an Geld, sondern eben auch, weiter gefasst, an Bildung, Kultur und so weiter. In einer solchen Situation muss es vertretbar sein zu sagen: Die Steuermehreinnahmen, die wir konstatieren, im vergangenen Jahr, in diesem Jahr und 2009, darf man nicht ausschließlich verwenden, um Neuverschuldung zu vermeiden. Wir müssen unter Umständen bei der Abwägung „Nehmen wir mehr soziale Schulden in Kauf, oder machen wir noch ein paar andere Verschuldungen in Geld?“ uns dafür entscheiden, soziale Schulden zu bekämpfen.

Das bedeutet natürlich, auf Kredit jene Dinge tun zu müssen, die den Menschen in dieser Stadt helfen. Das ist unsere Position. Dafür sind wir als Linke mittlerweile auch in der Bürgerschaft schon richtig verhauen worden. Ich finde aber, es ist eine notwendige Position, weil die Bekämpfung von Armut und Armutsprozessen in den nächsten zwei Jahren über weite Strecken erste Aufgabe sein wird. Sonst bekommen wir eine Bugwelle von Problemen, die wir nie wieder bezahlen können. Deswegen sagen wir: Die Steuermehreinnahmen, die es gibt, müssen zumindest zum großen Teil auch für soziale und kulturelle Projekte her, für Bildung, für die Versorgung von armen Kindern und so weiter. Dafür werden wir in der Bürgerschaft, in diesen Haushaltsverhandlungen kämpfen!

Je mehr eine solche Position auch von außen in die Bürgerschaft getragen wird, je mehr Unterstützung wir für eine solche Politik auch „von der Straße“ bekommen, desto mehr gerät der rot-grüne Senat unter Druck, der ja auch viel versprochen hat, teilweise nicht völlig unehrlich, und guten Willens war, aber die Umsetzung nicht schafft. Deswegen ist meine Bitte, meine Aufforderung: Organisiert ein Stück weit Politik in diese Richtung! Es wäre auch gut, wenn ihr während der Bürgerschaftssitzung, wenn über den Haushalt verhandelt wird, auch mal hier vor dem Parlament erscheint. Heute ist niemand mehr da, aber am **19.**, **20.** und **21.**

Februar ist **Bürgerschaftssitzung**, auch Anfang März ist eine, und der Haushalt wird in zweiter Lesung auf der Aprilsitzung beschlossen.

Damit wir als Linke genug Argumente und auch sehr konkrete Beispiele haben, wollen wir öffentliche Anhörungen durchführen, denn wenn man die Blätter des Haushaltsentwurfs aufeinanderlegt, ist der Stapel ungefähr kniehoch, er umfasst Tausende von Positionen, und es ist uns unmöglich, in der kurzen Zeit jede einzelne zu untersuchen. Um uns für diese Verhandlungen zu präparieren, brauchen wir also nicht nur den politischen Druck von außen, sondern auch die unmittelbare konkrete Unterstützung von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die ganz genau sagen können: Passt mal auf, beim Haushaltsposten sowieso werden noch mal 20.000 oder 500.000 Euro gekürzt, dagegen müsst ihr angehen.

Um das rauszukriegen, veranstalten wir drei **Anhörungen**. Dazu haben wir Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen eingeladen. Die nächste machen wir an diesem **Mittwoch**, am **6. Februar 2008**, hier in der **Bürgerschaft**, in Raum 416. Von 10 bis 13:30 Uhr geht es um Soziales, von 15 bis 19 Uhr um den Arbeitsmarkt. Das soll kein Rahmen für politische Proklamationen sein, keine Veranstaltung, bei der wir uns noch einmal gegenseitig erzählen, wie blöde das alles ist, sondern wir müssen gemeinsam arbeiten, uns den Haushaltsentwurf ansehen und ganz deutlich sagen: In Position sowieso auf der und der Seite steht richtig Mist, da wird ganz wenig Geld eingespart, doch dabei bricht ein ganzes Projekt zusammen.

Solche Informationen brauchen wir dringend, um an vielen Stellen immer wieder zu sagen: Da macht ihr etwas kaputt, und dort macht ihr etwas relativ Gutes, aber die Hälfte des Geldes, das ihr dabei mehr ausgebt, ist „für den Arsch“. Solche Dinge müssen wir wissen, damit wir sehr konkret und gezielt in diese Verhandlungen eingreifen können. Deswegen noch einmal meine Einladung, dass ihr daran teilnehmt! Wir machen auch eine zweite Anhörung zu den Themen Stadtentwicklung, Umwelt, Gesundheit und eine dritte zu Bildung, Wissenschaft, Kultur.

Wir fassen die Arbeitsergebnisse natürlich auch zusammen, wir wollen damit selbstverständlich Politik machen. Anfang März gibt es eine große Veranstaltung, bei der wir diesen Haushalt mit Fachleuten öffentlich kritisieren wollen. Dazu seid ihr auch eingeladen! Dann ist der Punkt erreicht, wo wir politisch nach außen wirken wollen. Die ersten drei Anhörungen sind Arbeitssitzungen, bei denen wir uns reinknien in diesen Haushaltsentwurf, um richtig fit zu sein für die Verhandlungen. Ich danke euch!

Klaus-Rainer Rupp („Die Linke“)

Böhrnsen rudert zurück: Die Gelder für öffentliche Einrichtungen in den Bremer Stadtteilen sollen doch nicht um 75 Prozent gekürzt werden *(„Radio Bremen“)*

Links wirkt: Rote, Grüne und Schwarze nach Wahlniederlagen total zernagt *(„Bild“-Zeitung, „Spiegel-Online“)*

Das Buhlen ganzer Staaten um die großen Konzerne

Ich begrüße es sehr, dass Klaus-Rainer Rupp hier als Vertreter der Linkspartei einen so interessanten Beitrag gehalten hat. Sicherlich haben alle Verständnis dafür, dass die dreiminütige Redezeit überschritten wurde, da es ja nicht so oft vorkommt, dass ein Abgeordneter der „Linken“ auf der Montagsdemo spricht.

Ich denke, es ist wichtig, dass alle, die mit der Politik des sozialen Kahlschlags nicht einverstanden sind, gemeinsam kämpfen – sowohl Parlamentarier als auch wir Montagsdemonstranten und die Kollegen in den Betrieben –, und zwar nicht nur gegen Hartz IV, sondern auch gegen die unsoziale Politik des Bremer Senats, der sich ja nicht hinter „Umsetzungszwängen“ verstecken kann. Was die Bagis macht, wie hier die Leute schikaniert werden oder was mit Ein-Euro-Jobs passiert, dafür sind die Bremer Regierungsparteien verantwortlich. Wenn der Druck von der „Straße“, aus den Betrieben und im Parlament zusammenkommt, können wir etwas erreichen!

Eine Anmerkung habe ich allerdings zu Klaus-Rainer Rupps Aussage, es komme darauf an, dass wir – also die Montagsdemo – sie, die Abgeordneten, unterstützen. Ich denke, das ist einseitig! Hauptsächlich geht es um das genaue Gegenteil: Die Politiker, die den sozialen Kahlschlag ablehnen, sollten uns, die Montagsdemo und die anderen Kämpfe unterstützen, dafür werben, dass ihre eigenen Mitglieder kommen, damit der Druck durch Demos und Streiks erhöht wird! Im Parlament können sie dann „unser Sprachrohr“ sein. Alle wirklichen Veränderungen werden durch den Kampf im Betrieb und auf der Straße erreicht – nicht durch Debatten in der Bürgerschaft!

Hierfür gibt es ein aktuelles Beispiel: Die Pläne für einen privaten Neubau des Klinikums Bremen-Mitte sind vom Tisch! Das ist ein Erfolg der Proteste der Beschäftigten. So oder so muss die öffentliche Hand die Risiken tragen, nun aber kann verhindert werden, dass die möglichen Profite nur in private Taschen fließen.

Der Handy-Konzern Nokia hat im letzten Jahr 7,2 Milliarden Euro Reingewinn gemacht. Günter Verheugen und andere werfen jetzt die Frage weiterer Subventionspolitik auf. Ein Witz! Vor 15 oder 20 Jahren hat man eine grüne Wiese bereitgestellt, heute schafft man Sonderindustriezonen, baut eigens neue Flughäfen und Autobahnen. Ganze Staaten buhlen um die Gunst eines Weltmonopolisten!

Die Entwicklung enthüllt immer mehr das tatsächliche Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der ganzen Welt. Seit Jahrzehnten bereiten sich die Regierenden darauf vor, dass ihre Macht in Gefahr geraten könnte und sie nicht mehr in erster Linie mit dem Mittel des Betrugs zu herrschen vermögen. Das ist der Hintergrund des Abbaus demokratischer Rechte weltweit, wie ihn hierzulande vor allem Innenminister Schäuble vorantreibt, begonnen von seinen Vorgängern mit den „Notstandsgesetzen“ von 1968 bis hin zum weltweiten sogenannten Antiterrorkampf seit 2001.

Erst in den letzten Wochen wurden Pläne sowohl von Russlands Regierung als auch vom NATO-Hauptquartier bekannt, die den atomaren Erstschlag beinhalten. Auch hiergegen müssen die Kämpfe der Volksmassen international koordiniert werden, denn die Monopole und ihre Produktion sind ebenfalls weltweit verwoben. Kämpfe wie jetzt bei Nokia haben, wenn sie konsequent geführt werden, eine internationale Ausstrahlung. Unsere Montagsdemos leisten einen Beitrag dazu!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Klinik wird gebaut – ohne Privatinvestor!

1. Bravo! Der „Weser-Kurier“ hat es am 30. Januar 2008 berichtet. Der Widerstand der Belegschaft und des Personalrats haben sicherlich dazu beigetragen. Die Angelegenheit ist reich an Risiken – aber die wollte sich jeder Investor von der Landesregierung abnehmen lassen, durch weitgehende Ergebnisgarantie. Die Gewinne wären privatisiert worden, die Verluste jedoch der öffentlichen Hand geblieben. Das ist, so gesehen, eine ganz normale Entscheidung, eine mit viel Vernunft und zum Wohle der Freien Hansestadt Bremen – aber sie steht gegen den Geist des Lissabonner Vertrages, des neuen wie des alten!

In dem alten Vertrag wurde die Umsetzung der Agenda 2010 (Hartz I bis IV) für alle europäischen Staaten verpflichtend festgelegt. Nur die Ausführung in Länderrecht entsprechend den nationalen Besonderheiten oblag der jeweiligen Landesregierung. Für Deutschland hat Peter Hartz die Umsetzung formuliert, zusammen mit führenden Personalvorständen der Großunternehmen. Immerhin hat Holland sich damals geweigert.

In diesem **Lissabonner Vertrag** ist auch festgelegt, dass alles, was irgend geht, zu privatisieren ist. Die Bremer Entscheidung stemmt sich somit gegen den Strom! – Nun war „Frau Bertelsmann“ im Bremer Rathaus, der „Weser-Kurier“ hat am 31. Januar 2008 dazu berichtet. Die Chronik des Konzerns ist beigefügt. Der Grund des Besuchs war eine Tagung der BLG, der früheren „Bremer Lagerhaus-Gesellschaft“. Hat Liz Mohn auch mit dem Senat über die Klinikentscheidung gesprochen?

Die „Verbundenheit“ von Bertelsmann mit den Hartz-Gesetzen wird in der Chronik geschildert: Der Konzern hat diese Lissabonner Verträge mitgestaltet. Die „Bertelsmann-Stiftung“ ist die „größte und einflussreichste Denkfabrik Deutschlands“, lesen wir, „Kritikern gilt sie als Ideenschmiede des Neoliberalismus“. Deshalb wünschen wir unserem Senat die nötige Standkraft in dieser Frage!

Und, Frau Merkel – von Bremen können Sie lernen! Ändern Sie die Rahmenbedingungen, den Lissabonner Vertrag, damit auch anderswo wieder sinnvolle Entscheidungen möglich sind, ganz besonders auf Bundesebene, in Ihrem Verantwortungsbereich, Frau Kanzlerin! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Auf der 167. Bremer Montagsdemo habe ich aufgezeigt, dass alle Zweige unserer **Sozialversicherung** nicht zukunftsfest sind. Die jeweiligen Experten raten bei Kranken- und Pflegeversicherung zur Abspeckung des Leistungsumfangs plus privater Vorsorge. Auch die Rentenversicherung könne nicht mehr so viel leisten, private Vorsorge sei nötig!

Keiner der jeweiligen Experten hat gesagt, woher der Mensch dieses Geld nehmen soll, weshalb für die private Vorsorge Extraverträge mit anderen Vertragspartnern abgeschlossen werden müssten und warum die bewährten Sozialversicherungsträger nicht grundüberholt werden könnten, um die Beiträge und Leistungen zukunftssicher zu gestalten. Noch haben wir ein Sozialversicherungssystem, um das uns viele beneiden!

Die Anpassung der Beiträge würde bei Arbeitnehmern bedeuten, dass die Unternehmen an den Mehrkosten beteiligt wären; die „Lohnnebenkosten“ würden damit entsprechend steigen. Die Gewerkschaften sehen in der Durchsetzung dieser Forderung auch nicht so die wahre Bedeutung. Langfristig ist das aber der beste Weg, denn der Arbeitnehmer will mehr in der „Lohntüte“ sehen. Geschuldet ist dies auch der negativen Lohnentwicklung: Unternehmergewinne plus 40 Prozent, Arbeitnehmereinkommen minus zehn Prozent!

Die Menschen mit geringem Einkommen hatten noch größere Einschnitte zu verkraften! Dass bei solcher Geldknappheit nur wenige diesen zusätzlichen Vorsorgempfehlungen folgen werden, liegt auf der Hand – daher wird auch schon die Forderung nach *zwangsweiser* Zusatzvorsorge laut. Hier läge der Ansatz für die Gewerkschaft, denn jede Erwerbslosigkeit wird den Gedanken an eine Zusatzvorsorge beenden. Ohne Moos nichts los!

Die Riester-Verträge für eine Altersrente werden mit Bonuszahlungen gefördert. Damit, könnte der Mensch meinen, bringt der Staat zum Ausdruck, dass er Wert auf eine vernünftige Absicherung vor Altersarmut lege. Diese Vermutung ist falsch! Warum sonst ist der Rentenversicherungsbeitrag für Hartz-IV-Betroffene halbiert worden? Diese eingesparten Beiträge können nun als Bonus an Riester-Sparer ausgeschüttet werden! Vor den Unwägbarkeiten von Riester-Verträgen schützt nur die Verbraucherzentrale!

Bleibt noch zu hinterfragen, warum keiner der Experten die Anpassung der bestehenden Sozialversicherungszweige empfohlen hat: Weil es „politisch gewollt“ ist, alles zu privatisieren!

Über die „Weichenstellung“ der Krankenversicherung durch den Gesundheitsfonds und der Arbeitslosenversicherung durch die Abkopplung vom Bundeshaushalt habe ich auf den vorherigen Bremer Montagsdemo gesprochen. Die „Reform“ der Pflegeversicherung ist geplant, die Rentenversicherung ist bereits reformiert und ein Auslaufmodell. All dies lässt sich noch reparieren!

Im Wege steht der Lissabonner Vertrag. Darin ist festgelegt, dass alles soweit wie möglich privaten Unternehmen zu übertragen ist. Die Fehlentwicklungen namens „Reform des deutschen Sozialversicherungssystems“ sind dieser Zielrichtung geschuldet. Es ist Zeit umzusteuern! Wir wollen nicht das System der USA!

Frau Merkel, bis zum Bundestagswahlkampf können Sie die Weichen noch umstellen! Sie, Frau Kanzlerin, meinen es nicht gut mit den Menschen, die nicht viel Geld zur Verfügung haben! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die GEW Bremen ruft insbesondere ihre verbeamteten Mitglieder und Versorgungsempfänger(innen) auf, sich an der gemeinsamen **Aktion** der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am **Freitag**, dem **8. Februar 2008** anlässlich des traditionellen „**Schaffermahls**“ zu beteiligen! Gefordert wird: Erhöhung der Besoldung jetzt! Treffpunkt ist um **12:45 Uhr** am Roland bei den GEW-Fahnen auf dem **Marktplatz**. Auch zahlreiche Vertreter von Montagsdemo und „Friedensforum“ werden anwesend sein, um Ehrengast **Wolfgang Schneiderhan**, den Generalinspekteur der Bundeswehr, „angemessen“ zu begrüßen – zumal weitere Prominente geladen sind, darunter die Ministerpräsidenten **Günther** „Blindfleck“ **Oettinger** („Hans Filbinger war kein Nationalsozialist, im Gegenteil, er war ein Gegner des NS-Regimes“) und „Linken-Entzauberer“ **Klaus** „**Pobereit**“, Produzent arschiger Sprüche wie „Hartz-IV-Empfänger lassen sich vielfach vom Konsum berauschen, statt sich um die notwendigsten Dinge zu kümmern, etwa um Essen für ihre Kinder“. Wer nicht in den Zoo kann, hat hier Gelegenheit, „Pinguine“ zu sehen!

Der Theaterdonner vor dem ausgeweiteten Kampfeinsatz

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ So heißt es in Artikel 26 Absatz 1 des vielgeschundenen Grundgesetzes. Doch weder Gerhard Schröder noch sein sogenannter Verteidigungsminister zu Zeiten des Jugoslawienkrieges, Rudolf „Badehose“ Scharping, oder die Herren Fischer, Struck, Jung oder Frau Merkel scherten sich darum. Sie alle haben aus der Vergangenheit offensichtlich nichts gelernt, und eine Anklage vor einem deutschen Strafgericht müssen sie ebenfalls nicht befürchten.

Jetzt sollen (und wollen) letztgenannte „Friedensengel“ nach dem Einsatz in Jugoslawien auch in Afghanistan auf Geheiß von USA und Nato verschärft Krieg führen. Diese dem Völkerrecht widersprechenden „Friedensmissionen“ sind auch von keinem UN-Mandat gedeckt und weder von der afghanischen noch von der deutschen Bevölkerung gewünscht. Über 60 Prozent lehnen die Bundeswehreinsätze ab. Die Kampfeinsätze sind also extrem rechtswidrig!

Derzeit bereitet Berlin die Entsendung einer „Schnellen Eingreiftruppe“ in den Norden Afghanistans vor – angeblich auf Bitten der Nato. Vorhersehbar war das alles schon, und keineswegs wird die Bundesregierung nur von harschen Briefen aus Washington dazu getrieben. Wie sagte es der frühere Kriegsminister Struck: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Basta! Das Geschimpfe über die US-Forderung durch Jung, Steinmeier und andere sowie der ganze „Streit“ mit der auch ihrem finanziellen Ende entgegenstrebenden Bush-Administration sind ein gespieltes Ablenkungsmanöver. Trotz des lautstarken Theaterdonners ist sich die Bundesregierung insgeheim schon lange mit den Pentagon-Militärs darin einig, die US-Kriegsführung durch verstärkte „Eigenleistung“ zu entlasten.

Hiergegen ist breiter Widerstand angesagt! Beispielsweise mit Leser(innen)briefen an die Presse und Schreiben an die Bremer Bundestagsabgeordneten. Eine hervorragende Gelegenheit zum Protest bietet sich auch auf der **Ostermarschkundgebung** am **22. März 2008** um **12 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Obdachlosigkeit als Sanktion – die Beschränkung der Grundrechte

1. Millionensummen zur **Wiedereingliederung** von Langzeitarbeitslosen werden nach einer Studie des „Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ nicht abgerufen. Demnach haben die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsagenturen 2007 von den verfügbaren knapp 4,8 Milliarden Euro etwa 570 Millionen oder rund zwölf Prozent nicht oder für andere Zwecke ausgegeben.

Das für die Wiedereingliederung von ALG-II-Empfängern vorgesehene Geld sei unmittelbar in Arbeitslosengeld II oder unter Umständen auch in Verwaltungsausgaben geflossen, erklärte Paul Schröder vom Bremer Institut Ende Januar. Zudem waren laut der Studie die Länderunterschiede groß: Während man das Geld in Bremen praktisch komplett für Eingliederung in Arbeit ausgegeben habe, sei es in Hessen nur zu rund 77, in Bayern zu 75 Prozent verbraucht worden.

2. Rund 60.000 Thüringer Kinder leben in Armut. Das beschäftigt zunehmend auch die Tafeln, die bedürftige Schüler künftig mit **Pausenbroten** versorgen wollen. Seit der Einführung von Hartz IV ist der Bedarf in allen Thüringer Ausgabestellen enorm gestiegen. Waren es früher vorwiegend Rentner mit zu niedrigem Einkommen für ausgewogene Ernährung, sind es heute immer mehr Familien. Trotzdem können die 520 Mitarbeiter der Tafeln längst nicht alle armen Kinder erreichen, denn manche der Eltern schämen sich für ihre Bedürftigkeit und kommen einfach nicht. Also kommen die Tafeln – in die Schule.

Seit April vergangenen Jahres schmieren die Mitarbeiter(innen) der Suhler Kindertafel täglich um die 60 Pausenbrote. Obst oder Gemüse komplettieren das Frühstück. Auch im Weimarer Land soll den bedürftigen Kindern so geholfen werden. Diesen Kindern könnte es jedoch schwer fallen, Hilfe anzunehmen, weil sie deswegen möglicherweise gehänselt werden. Darum werden nun Sponsoren gesucht, die Frühstück für alle Schüler bieten. Ein symbolischer Preis von 20 Cent könnte die Bedürftigen von einer möglichen Stigmatisierung befreien. Das wäre diskret und wirkungsvoll zugleich.

3. Die Strompreise schnellen in die Höhe, immer mehr Menschen können ihre Energierechnung nicht bezahlen und sitzen plötzlich in einer dunklen Wohnung. Von den **Versorgungssperren** sind vor allem bedürftige Menschen betroffen. Zu ihnen gehört Frau Demirbas. Sie ist alleinerziehende Mutter und lebt mit ihren drei Kindern von Hartz IV. Fünf Tage blieb die Familie ohne Strom, sie konnte we-

der kochen noch waschen und saß abends im Dunkeln. Die Stadtwerke Lübeck forderten eine Nachzahlung von 1.200 Euro. Dagegen erhob Frau Demirbas Einspruch, der Strom wurde ihr dennoch gesperrt.

So wie ihr ergeht es inzwischen rund 800.000 Haushalten jährlich. Nach Schätzungen von Experten summieren sich die Schulden der Privatkunden bei den Energieversorgern auf mehr als 100 Millionen Euro. Die Unternehmen reagieren mit Mahnbescheiden oder stellen ihre Lieferung ein. In den dafür zuständigen Sozialinstitutionen herrscht kein Problembewusstsein. Wie sonst ist es zu erklären, dass die skandalös hohen Zahlen einfach nicht wahrgenommen werden?

4. Nun ist es offiziell: Hartz IV führt zu Obdachlosigkeit! Was bisher von den bürgerlichen Medien immer wieder in Frage gestellt und als „Panikmache" bezeichnet wurde, was die Politiker von SPD und Grünen wie auch von FDP und CDU/CSU immer wieder bestritten („Niemand braucht wegen Hartz IV zu befürchten, obdachlos zu werden"), ist bereits seit einiger Zeit für manche Realität geworden. Nun wurde auch offiziell von einer Kommune verkündet, dass Hartz IV zu Obdachlosigkeit führt: „**Die Stadt Duisburg erklärt, dass es sanktionierten alleinstehenden ALG-II-Beziehern zuzumuten ist, obdachlos zu werden.**"

Wer nicht jeden der „Arbeitsplätze", die ihm zugewiesen werden – seien es Ein-Euro-Jobs oder „reguläre" Billigarbeit – ausfüllen kann, ohne aus persönlichen Gründen entlassen zu werden oder selbst zu kündigen, bekommt Sanktionen oder Streichung. Damit kann er seinen Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten, muss Rechnungen unbezahlt lassen und geht den ersten Schritt auf dem Weg ins Elend ohne Wiederkehr.

Alle, die glaubten, es genüge der Versuch, einige wenige Veränderungen an Hartz IV zu erreichen, und es dürfe nicht radikal die völlige Abschaffung gefordert werden, sind von der Wirklichkeit widerlegt! Richtig ist das Motto, das die Montagsdemos noch heute verfolgen: „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!" Wie kann man es überhaupt irgendjemandem zumuten, obdachlos zu werden? Das ist menschenverachtend, skandalös, ja kriminell! Das ist dem Absprechen der Menschenwürde, der Grundrechte gleichzusetzen! Aber wen interessiert das in diesem unempathischen Land überhaupt noch? Schließlich hat wieder die weitaus spannendere Bundesliga begonnen – und was sind schon ein paar Obdachlose gegen ein süßes Eisbärenbaby?

Was wird den alleinstehenden, sanktionierten Hartz-IV-Betroffenen als nächstes zugemutet? Erfrieren oder verhungern oder verdursten? Aber eigentlich ist doch alles klar: Wer obdachlos ist, ist auch flexibler. Der muss sich nur in den Zug setzen und kann noch heute am anderen Ende von Deutschland einen Job antreten. Er ist ja nicht ortsgebunden! Billiger ist es außerdem, denn der Staat muss keine Kosten für die Unterkunft übernehmen. Ein dauerhaftes Wohnrecht gibt's nur im Knast, beispielsweise wegen Begehen eines Kapitalverbrechens. Welche Blüten Hartz IV treibt, werden alle Betroffenen noch erleben. Was Menschen an-

deren Menschen anzutun in der Lage sind, dafür ist das „Dritte Reich“ das „beste“ Beispiel.

5. Im letzten Jahr entschied das Bayerische Landessozialgericht, dass ein ALG-II-Empfänger die **Kontoauszüge** der letzten drei Monate vorzulegen habe (Az. L7 AS 190/07). Andernfalls sei die Einstellung der Leistung rechtmäßig. Dieser Richterspruch fügt sich im Grunde völlig unspektakulär in eine Reihe verschiedenster Urteile ein, die je nach Sozialgericht auch ganz anders lauten. So haben das Hessische wie auch das Nordrhein-Westfälische Landessozialgericht entschieden, dass die Kontoauszüge nur bei begründetem Verdacht vorzulegen seien. Daher ist hier mit Spannung auf eine Grundsatzentscheidung des Bundessozialgerichts zu warten.

Was das Urteil aus Bayern dennoch spektakulär macht, ist ein Satz in der Begründung, der da lautet: „**Grundrechte gelten nicht schrankenlos**“. Gelten sie für ALG-II-Empfänger also nur begrenzt? Die Betroffenen wären dann auf Gedeih und Verderb der Willkür der Behörden ausgesetzt. Das Gericht manifestiert mit einem solchen Satz, dass Hartz-IV-Betroffene Menschen zweiter Klasse sind! Wenn das Gericht meint, Grundrechte gälten bei der Auslegung des SGB nur eingeschränkt, dann stellt sich hier die Frage, ob die Richter das Wesen eines Grundrechtes verstanden haben: Es bildet die Grundlage des demokratischen Rechtsstaates und ist *nicht* der Beliebigkeit unterworfen!

Verwundern muss auch der Satz, die Grundrechte seien entweder durch sich selbst oder durch einfache gesetzliche Regelung beschränkt. Im Prinzip sagt das Gericht damit aus, die Grundrechte könnten beliebig durch einfache Gesetzgebung eingeschränkt werden! Wenn die Gültigkeit nur insoweit akut ist, wie sie der jeweiligen Gesetzeslage entspricht, wird das komplette Grundgesetz ad absurdum geführt. Alles Mögliche wäre dann einschränkbar, die Gleichberechtigung, die Religionsfreiheit und vieles andere mehr. Eigentlich dachte ich immer, das Grundgesetz der Bundesrepublik gelte ohne Ansehen der Person für alle in diesem Land lebenden Bürger. Ich scheine mich da ganz gewaltig geirrt zu haben!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Hirnrissig: ARD befragt *Bundesbürger,* wer *Hessen* regieren soll *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Kapitale Müllkippe: Die Strände dieser Welt bestehen teils zu fünf bis zehn Prozent aus Plastik *(„Spiegel-Online“)*

10.000 Stahlwerker im Streik: „Wir verlangen faire Teilhabe an einem beispiellosen Boom!“ *(„Spiegel-Online“)*

Die Verhöhnung der Toten

1. Vor 88 Jahren, am 4. Februar 1919, wurde die **Bremer Räterepublik** – ein erster Versuch der zermarterten Kriegsheimkehrer und der Arbeiterschaft, in Bremen die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern und den Imperialismus abzuschütteln – im Blutbad der einrückenden Soldateska des Freicorps Caspari und der Reichswehr erstickt. Die Übermacht der Reaktion in Berlin – das Bündnis von Kapital, Militär und willfähriger Mehrheits-SPD – in Verbindung mit dem Bremer Großbürgertum haben den isoliert agierenden Kämpfern in Bremen den entscheidenden Stoß versetzt.

Für nachfolgende Kämpfe wurden Lehren gezogen. Eine der wichtigste daraus ist, in enger Verbindung mit den breiten Massen die gesellschaftliche und politische Offensive zu suchen und in immer breiterer Einheit Forderungen aufzustellen und diese politisch zu erkämpfen und auch durchzusetzen. Das wird, wie die Geschichte leider zeigt, auch in Zukunft nicht ohne Gewalt abgehen, weil die Herrschenden sich nicht freiwillig mit ihrer Niederlage abfinden werden. Darauf muss man sich einstellen, ohne Angst zu machen oder zu haben. Im Vorwärtsgehen lernen wir, mit Angst und Verzagtheit, aber auch mit der Unvernunft Einzelner umzugehen. Wer will uns, die Unterdrückten dieser Welt, aufhalten? Wir wollen eine andere Welt – ohne Kriege, Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt und Lebensgrundlage.

Für mich ist es darum mehr als makaber, dass alljährlich der Toten an der Gedenkstätte auf dem Waller Friedhof gedacht wird – und ausgerechnet ehemalige SPD-Senatoren „ehrende Mahnungen“ sprechen oder gar Texte von Peter Weiss („Ästhetik des Widerstands“) lesen, aber keine praktische Verbindung zum wirklichen Leben und den Kämpfen von heute herstellen. Denn es ist gerade die SPD, die früher wie heute die Politik des Kapitals mit aller Härte durchsetzt und täglich aufs Neue die Ideale der Werktätigen weltweit verrät. Die heutige und zukünftige Arbeiterbewegung in Bremen muss und wird sich einen neuen Zugang zu diesem Teil der Bremer Arbeitergeschichte erkämpfen!

2. Hier noch einige Termine: Am **23. Februar 2008** wollen wir in **Bremen** ein **Treffen der norddeutschen Montagsdemos** durchführen und dabei unseren Mitstreitern von Göttingen bis Wilhelmshaven und Hamburg etwas von unserer Stadt zeigen, gemeinsam „Kohl und Pinkel“ essen und einen intensiven Erfahrungsaustausch abhalten.

Am **29. März 2008** findet in **Brandenburg** eine große **Demonstration gegen Hartz IV** statt, zu deren Unterstützung auch wir aufgefordert sind. Wir wollen gemeinsam mit dem Bus hinfahren.

Am **19. April 2008** ist die jährliche **Delegiertenkonferenz** der bundesweiten **Montagsdemo-Bewegung** in **Kassel**. Nach einem demokratischen Schlüssel können wir dazu Delegierte bestimmen und Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe und die Revision der zentralen Kasse vorschlagen. Bremen hat in den letzten Jahren immer aktiv mitgearbeitet. Wir wollen unsere Wahlen auf dem Marktplatz in direkter Demokratie in geheimer Abstimmung durchführen. Die Vorstellung der Kandidaten für Delegation und Koordinierungsgruppe soll am **31. März 2008** erfolgen, die Wahl am **7. April 2008**.

Die bundesweite Koordinierungsgruppe der Montagsdemo ruft für den **8. November 2008** zum **Sternmarsch in Berlin** auf, als nunmehr fünfter bundesweiter Herbstdemonstration unserer Bewegung.

Jobst Roselius

Bürgerliche Parteien erleichtert: Betrügerischer Schatzmeister rettet NPD vor Verbotsverfahren *(„Die Welt“)*

GDL plant Urabstimmung: Lohnerhöhung für Rangierlokführer und in Tochterunternehmen weiterhin umstritten *(„Spiegel-Online“)*

Freundliches Schmähwort: Neoliberalismus bezeichnet heutzutage die Wiederkehr des antisozialen Frühkapitalismus *(„Spiegel-Online“)*

Das ist neoliberal: Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung zwischen 1999 und 2007 um 45 Prozent gestiegen *(„Spiegel-Online“)*

Abbau von 900 Stellen? Lohnraub? Mehrarbeit? Uns reicht’s!

Die Sache mit dem „gestorbenen PPP-Modell“ für einen **Neubau des Klinikums Bremen-Mitte** sehe ich viel differenzierter. Klar, dass dies auf den ersten Blick zunächst mal ein Erfolg ist. Nur wird vergessen, dass der Masterplan auch ohne „Public-Private Partnership“ umgesetzt wird. Das bedeutet einen Abbau von 900 Stellen, wöchentliche Mehrarbeit, Lohnraub und mögliche Privatisierungen von Teilbereichen wie Apotheke oder Dialyse. Andere Bereiche wie Labor, Wäscherei, Reinigungspersonal sind bereits in den letzten 15 Jahren ausgegliedert worden.

Diese Punkte hat Jürgen Finsterbusch, der neue kaufmännische Geschäftsführer am Klinikum Bremen-Mitte, in einer Direktionssitzung erwähnt. Alle eventuellen Neubesetzungen von Stellen gehen über seinen Schreibtisch. Dem Pflegepersonal wird von der Pflegedirektion der Vorschlag gemacht, die Patienten aufgrund personeller Engpässe nur noch alle zwei Tage zu waschen! Und was kommt, wenn das Krankenhaus „modernisiert“ und abgespeckt ist? Eine mögliche Privatisierung! Der Bremer Senat hätte ganz gerne den Masterplan durch eine PPP-Finanzierung umgesetzt, doch ein paar Gründe ließen es nicht zu. Unter anderem wollte der Senat Privatinvestoren keine Garantie von 30 Jahren geben. Es gibt dazu noch sehr viel mehr zu sagen!

Zuschrift von Ariane Müller, Kollegin der unabhängigen Betriebsgruppe „Uns reicht’s“ am Klinikum Bremen-Mitte

Subventionen ausgelaufen: Eine Stadt wird arbeitslos *(„Spiegel-Online“)*

Brötchen, Marmelade, Bratwurst: Berliner SPD-Finanzsenator schreibt Gesundheitskochbuch für Leute mit Hartz-IV-Hintergrund *(„Die Welt“)*

Auspeitschen: Erzbischof fordert Einführung der Scharia *(„Spiegel-Online“)*

Türken fühlen sich im Stich gelassen: Deutsche Medien berichten ungern über das Erstarken extrem rechter Bewegungen *(„Spiegel-Online“)*

Mit Fahnen bewaffnet

Für die Fahrt zur Rosa-Luxemburg-Demonstration in Berlin am 13. Januar 2008 hatte die DKP einen Bus organisiert, der morgens um 4 Uhr am Breitenweg auf uns wartete. In Berlin waren wir um 10 Uhr und beteiligten uns an der Veranstaltung. Ein Demonstrant aus unseren Bus wurde von Polizisten kontrolliert – mit der Begründung, er könne „die Fahne als Waffe benutzen“! Das war eine Schikane der Polizei.

Während des Marsches konnten wir beobachten, wie eine jüngere Frau und ein Mann verhaftet wurden, die sich an der Demonstration beteiligten. In Berlin regiert die SPD zusammen mit der „Linken“. Für uns, die wir Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gedachten, stellte sich die Frage, weshalb die Polizei so schikanös und brutal mit den Menschen umgeht. Ist das von der SPD und der Partei „Die Linke“ gewünscht?

Auf der anderen Seite ist es mit Hin- und Rückfahrt eine beschwerliche Reise, um an der **Luxemburg/Liebknecht/Lenin-Demonstration** teilzunehmen. Menschen, die gesundheitlich eingeschränkt sind oder durch das Alter verursachte körperliche Probleme haben, können an solch einer anstrengenden Demo gar nicht teilnehmen. Junge Menschen sind aufgefordert, sich daran zu beteiligen!

Was haben uns Luxemburg und Liebknecht in unserer Zeit noch zu sagen? In dem Buch „Wofür kämpfte Liebknecht?“ (Band 42 ihrer Gesammelten Werke) schrieb Rosa Luxemburg unter anderem: „Mit einen Wort, Liebknecht verkörperte die *alte* Sozialdemokratie, so wie sie bis zum 4. August 1914 war, wie sie in den Herzen der Massen lebte, stolz, trotzig, rücksichtslos im Kampf gegen die Herrschenden, unerschütterlich in der Treue den Unterdrückten gegenüber. Wie der alte Bebel in Dresden einmal rief: Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft! So war und blieb Liebknecht.“

Da sagt ein Heiner Geißler sinngemäß, dass nur junge Menschen linke politische Positionen vertreten könnten – wenn sie älter sind, sei das nicht mehr möglich! Diese Botschaft Geißlers ist falsch. August Bebel blieb bis ins hohe Alter hinein der „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“. Alle Menschen, die durch die Hartz-Gesetze und die anderen „Reformen“ verarmen, haben genug Gründe, „Todfeind“ dieser bürgerlichen Gesellschaft zu sein, und zwar in jedem Alter!

Für sie standen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und viele andere, da sie für einen Sozialismus, der demokratisch ist, eintraten. Sie wurden am 15. Januar 1919 grausam ermordet, und Hunderttausende durch den Verrat der rechten SPD-Führung ebenfalls. Noske, Scheidemann und Ebert hatten mit dem Einsatz der „Freikorps“ geholfen, die Arbeiter- und Soldaten-Republiken 1918/1919 und die Novemberrevolution blutig niederzuschlagen. So konnten die Faschisten die Macht ergreifen.

Die heute führenden rechten Kräfte der Sozialdemokratie sind im neoliberalen Geist befangen und helfen, den räuberischen Kapitalismus umzusetzen, der sich unter anderem in den Hartz-Gesetzen widerspiegelt. Sie haben Zwangsarbeitsverhältnisse und Ein-Euro-Jobs eingeführt. „Die Linke“, vormals PDS, ist zu fragen, warum sie in Berlin zusammen mit der SPD eine unsoziale Politik betreibt und die Polizei auf Demonstranten knüppeln lässt!

Für uns gibt es genügend Gründe, im Sinne von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und August Bebel „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ zu sein und das neoliberale, kapitalistische System durch eine Globalisierung von unten zu bekämpfen. Darum sind alle Menschen aufgerufen, sich für eine andere Welt einzusetzen, die nötig und möglich ist, und dafür zu kämpfen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Lichterketten reichen nicht: Dienen symbolischen Aktionen der Mobilisierung zum Kampf – oder sollen sie davon ablenken? *(„Rote Fahne News“)*

Gespenstisch: „Polizistendemo“ beim Bremer Schaffermahl von einem „Bullenspalier“ mehrerer Hundertschaften kaum zu unterscheiden *(„Radio Bremen“)*

Auch am Rosenmontag gibt es viele politische Themen

Knapp 35 Teilnehmer kamen ab 17:30 Uhr zur 168. Montagsdemo. Nach Rosenmontag ist in Bremen zwar kaum jemandem zumute. Trotzdem eine kleine Büttenrede gefällig? Aber zwei Lieder zur Gitarre wärmten uns auf.

Ein Vertreter des „Bremer Friedensforums“ appellierte an uns, am Freitag, dem 8. Februar 2008 mittags zum Marktplatz zu kommen, um beim Defilee der Schaffermahlzeitsgäste insbesondere auch gegen den Kriegsausweitungskurs der Bundesregierung in Afghanistan – vertreten durch Wolfgang Schneiderhan, den Generalinspekteur der Bundeswehr – zu protestieren.

Der Senat will die Politik der „Private-Public Partnership“ beim Klinikneubau nicht fortsetzen. Da schreien die Protagonisten des „Alles muss privatisiert werden“ natürlich Verrat! Aus vielen Städten sind Beispiele bekannt, was für ein Betrug diese PPP-Politik ist. Natürlich bedeuten das Selbermachen und Kontrollieren auch Risiken, gerade im heutigen Kapitalismus-Betrieb. Aber es ist vom Senat ein richtiger Ansatz.

Ein Vertreter der „Linken“-Bürgerschaftsfraktion bat um Unterstützung, um die wunden Punkte des Bremer Haushalts herauszufinden und mitzuhelfen, Kritik am Entwurf auszuarbeiten. Das ist natürlich ein wichtiger Ansatz. Wir wollen aber darauf hinweisen, dass die „Linke“ nicht nur aus Bürgerschaftsabgeordneten besteht, sondern auch eine Verantwortung hat, die Aktivitäten der außerparlamentarische Opposition zu stärken! Da spielt sich leider immer noch kaum etwas ab.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

SPD-Abgrenzung unglaubwürdig: Die Forderungen der hessischen „Linken“ sind ihren eigenen zum Verwechseln ähnlich *(„Tageszeitung“)*

Politikwechsel ohne Regierungswechsel: Linke Mehrheit kann geschäftsführenden Ministerpräsidenten zwingen, Studiengebühren abzuschaffen *(„PR-inside“)*

Preisschock: Discounter verteuerten ihre Waren im Dezember 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um zehn Prozent *(„Focus“)*

Wem gehört Deutschland: Das Volksvermögen von neun Billionen Euro ist extrem ungleich verteilt *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

169. Bremer Montagsdemo am 11. 02. 2008

Eine Schande für die Demokratie

Wie abgehoben: „Nein, mit der ‚Linken' arbeiten wir nicht zusammen, mit denen wollen wir nichts zu tun haben!" Und jetzt noch dieses: „Nein, neben der ‚Linken' zu sitzen, das kommt nicht in Frage!" Eine Schande ist das, erstens, weil diese Partei von vielen Bürgern demokratisch gewählt worden ist, und zweitens, weil es wohl ganz klar sein dürfte, dass jeder Mensch in einer Demokratie das Recht hat, seine Meinung zu äußern! Auch mir passt nicht alles in den Kram, doch ich akzeptiere den Willen der Wähler, und das habt ihr gefälligst auch zu tun, ihr anderen demokratisch gewählten Parteien!

Ihr solltet euch im Gegenteil mal fragen, wie es möglich ist, dass ein so großer Teil der Menschen diese Partei gewählt hat. Falls ihr es nicht wissen solltet, lest doch mal rückblickend auf unserer Homepage nach! Ach, das habe ich fast vergessen, das tut ihr ja bereits mit 2.000 bis 3.000 Dateizugriffen bei über 250 Besuchen pro Tag. Was lernen wir daraus? Wir von der Montagsdemo sagen euch hier jede Woche um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz, was nicht mehr stimmt. Deshalb wird klar, dass ihr unsere Argumente gar nicht ernst nehmen *wollt!*

Ja, das ist *Ihr* Problem, meine Damen und Herren von den anderen Parteien! Macht ruhig so weiter, dann braucht „Die Linke" sich gar nicht anzustrengen, denn ihr seid die besten Wahlhelfer für diese Partei. Um es kurz und bündig zusammenzufassen: Mit eurer ungerechten Politik stärkt ihr nur die sogenannten Ränder! Vom angeblichen Aufschwung haben Finanzschwache und Rentner nämlich noch nichts gemerkt, ganz im Gegenteil, und jetzt droht auch noch die Rezession. Tut doch endlich mal was für die Armen und zeigt nicht nur mit den Fingern auf die anderen! Akzeptiert gefälligst, dass es ab jetzt eine Kraft *mehr* gibt!

Wenn ihr das nicht kapiert, muss ich feststellen: Ihr wollt den Willen der Wähler nicht akzeptieren. Dann gibt es nur noch ein Mittel: Überzeugt uns durch gute, gerechte Politik, damit sich das sogenannte Problem wie von selbst löst! Oder wollt ihr uns Bürgern immer noch unterstellen, dass wir nicht wissen, was wir tun – und so lange wählen lassen, bis es euch passt? Aber wir hatten euch doch ge-

wählt, weil wir euch für fähig hielten, die Probleme des Landes zu erkennen und zu lösen! Mit anderen Worten: Ihr seid für uns da, nicht wir für euch. In einer Demokratie entscheidet doch wohl immer noch der Wähler, oder?

Das merkt euch mal für die Zukunft: Jetzt geht es wahrscheinlich nur noch mit der „Linken“. Seid dankbar, dass es sie gibt, sonst würdet ihr den Menschen eines Tages noch ganz vergessen – er ist doch schon heute für euch nichts weiter als ein Kostenfaktor! Noch eine letzte Frage, meine Damen und Herren: Darf man in Zukunft nur noch *euch* wählen, obwohl ihr eine Politik *gegen* den Wähler macht? Das grenzt, ehrlich gesagt, an... na, die Worte erspare ich mir lieber und wähle diejenige Partei, die etwas *für* mich tut, denn das ist mein einziges demokratisches Recht! Oder soll ich lieber der Wahl fernbleiben, weil ich bald politikverdrossen bin? Dann bedenkt aber auch, wohin uns das Ganze geführt hat!

Udo Riedel (parteilos)

„Der ärmste Inder ist fleißiger als der Bettler hier in der Stadt“: Zynischer Ein-Euro-Job-Propagandist hetzt auf der Bremer Montagsdemo *(MP3, 2.356 kB)*

Speisepläne oben und unten

1. Heute möchte ich gerne mal übers Essen reden, weil das in der letzten Zeit so verquer „diskutiert“ wurde. Dabei geht es in erster Linie natürlich um das Drumherum, die klammheimliche oder vermeintliche Überheblichkeit, mittels derer uns mitgeteilt wird, wie wir mit unserem „üppigen“ Geld auskommen könnten – und wie „Höhergestellte“ damit jedoch herumaasen.

Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin „rechnet“ in seinem „**Speiseplan**“ vor, ein Ein-Personen-Haushalt könne mit **knapp vier Euro pro Tag** auskommen. Nach den Vorstellungen des SPD-Politikers gibt es beispielsweise zum Frühstück zwei Brötchen, Marmelade, eine Scheibe Käse, einen Apfel, ein Glas Saft sowie zwei Tassen Tee. Ein bisschen Hetze darf dann auch nicht fehlen: Die Vorraussetzung sei allerdings, dass kein Geld für Alkohol ausgegeben werde. Diese Behauptung soll den Umkehrschluss nahelegen, wer damit nicht auskomme, gebe offensichtlich zu viel Geld für „Sprit“ aus. Dieser Missbrauch wird ja ohnehin gern unterstellt, um aus uns Sündenböcke machen zu können, die ihren Kindern das Geld fürs Essen wegsaufen und -rauchen und die wegen des Suffs arbeitsunfähig sind.

Die Erstellung eines „Speiseplans“ für Menschen mit geringem Hauhaltseinkommen hat einen aktuellen Hintergrund: Der Berliner Finanzsenator befürchtet, dass im Zuge der Diskussion um Kinderarmut mehr Geld für Transferausgaben wie Hartz IV zur Verfügung gestellt werden soll. Von daher weht also der Wind: Deswegen wird mal wieder auf unserem Rücken gelogen und getrickst, was das Zeug hält! Das Verlassen des Sparkurses in Berlin hätte gravierende Folgen für den Haushalt. Nach einem Szenario, das der Finanzsenator entworfen hat, würde eine zweiprozentige Erhöhung der Ausgaben bis 2011 eine Steigerung von 18,2 Milliarden Euro im vergangenen Jahr auf 19,7 Milliarden bedeuten – also Mehrausgaben von 1,5 Milliarden Euro. Doch nicht nur in höheren Transferausgaben, sondern auch in deutlichen Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sieht der Senator eine Gefahr für den „Konsolidierungskurs“.

Wenn wir Herrn Sarrazin mal auf die Finger gucken, dann sieht es in der Praxis – wie nicht anders zu erwarten – völlig anders aus. Da wird eben nicht scheibchenweise Gouda oder Leberkäse verkauft, der halbe Kohlrabi abgewogen und das Sauerkraut grammweise in die Tüte gesteckt. Kein Discounter bietet diese geringen Mengen an, sondern der Kunde wird zum Kauf größerer Mengen gezwungen. Was für Familien noch vorteilhaft sein kann, bedeutet für den Einzelnen das genaue Gegenteil. Darf der Hartz-IV-Empfänger nach Sarrazins Speiseplan eine Bratwurst essen, muss die Packung mit den übrigen fünf Würsten aufbewahrt werden. Die Alternative wäre, dass man sechs Tage hintereinander Bratwurst isst oder nach drei Tagen die Segel streicht und den Rest in den Abfall wirft. Schon hier würde Sarrazins Plan nicht mehr aufgehen, denn die Bratwurst mit veranschlagten 38 Cent würde auf einen Schlag 1,14 Euro kosten.

Würde man die Probe aufs Exempel machen, müsste zunächst der Einkaufswagen gefüllt werden, um den Sarrazin-Menü-Plan für drei Tage zu starten. Außer Tomaten wird es nichts einzeln zu kaufen geben. Wer alles unfreiwillig in fünffacher Menge gekauft hat, mag wohl kaum fünf Tage hintereinander dasselbe essen, nur damit der Kassenbetrag durch fünf geteilt werden kann und die von der Behörde „errechneten“ Lebensmittel statistisch gesehen für diesen Zeitraum „ausreichen“. Aber wer will schon tagelang das gekaufte Einerlei auf dem Teller haben? Zudem werden die Lebensmittel kaum frischer, wenn sie über mehrere Tage hinweg lagern. Gesunde Ernährung sieht anders aus!

2. Am 8. Februar 2008 fand die 464. Bremer **Schaffermahlzeit** in der oberen Rathaushalle statt. Als Schaffer werden jene kaufmännischen Mitglieder der „Stiftung Haus Seefahrt“ bezeichnet, die zwei Jahre nach ihrer Wahl zu Mitgliedern die Schaffermahlzeit ausrichten. Die Teilnahme an dem „Brudermahl“ unterliegt strenger hanseatischer Tradition. Dabei sein dürfen 100 kaufmännische Mitglieder des „Hauses Seefahrt“, die schon „geschafft“, also das Mahl bereits ausgerichtet haben, und rund 100 seemännische Mitglieder. Dazu werden 100 Gäste aus dem In- und Ausland – Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche und Kultur – eingeladen. Teilnehmen kann jeder Gast nur einmal im Leben. In die-

sem Jahr dabei: Thilo Sarrazins Dienstherr, der „Regierende Partymeister“ und „Sparkommissar“ Klaus Wowereit.

Es soll sich bei der Stiftung um die älteste soziale Einrichtung der Welt handeln. Sie unterstützt in Not geratene seemännische Mitglieder und den Seefahrtshof in Bremen-Grohn, wo Kapitäne und deren Witwen ihren Lebensabend verbringen können. Im Gegensatz zu Matrosen und deren Witwen sind Kapitäne im Ruhestand bestimmt den Ärmsten der Armen in unserer Republik anzurechnen! Für die Teilnehmer gilt es nun, mit Prunk und Glorie eine **opulente Mahlzeit in sechs Gängen** aufzutischen, bei der sie „einfache bremische Seemannskost“ genießen dürfen.

Wenn hier von Teilnehmern die Rede ist, dann handelt es sich dabei in edler sexistischer Tradition selbstredend und ausschließlich um Männer. Lediglich eine Simultanübersetzerin durfte der selbsternannten Elite beiwohnen und die ungemein wichtigen Reden ins Englische übertragen, nach deren Ende „Hepp, hepp, hepp, hurra!“ gerufen wird, obwohl es darin – anders als in „de Bütt“ – natürlich keinerlei Kritik an den Herrschenden gibt. Nur ein Zehntel der geladenen Gäste, also 29 Schaffer, dürfen ihre Ehefrauen mitbringen, die dann am Katzentisch im Kaminsaal des Rathauses tafeln und den Reden über Lautsprecher und Videoleinwand folgen dürfen. Darauf, dass ein Kapitän während des Essens eine Rede auf die 29 Damen hält, können sich jene ein Ei pellen!

Wenn in diesem Jahr die drei Schaffer Christoph Weiss, Niels Stolberg und Harald Emigholz alles bezahlen dürfen, dann wüsste ich gerne mal, wie sich die ach so soziale Ausgabenverteilung mit der Selbstbeweihräucherung in der oberen Rathaushalle gegenfinanziert und wer davon wirklich profitiert! Was für ein Brimborium da hinter verschlossenen Türen veranstaltet wurde, konnten wir Normalsterblichen und Ausgegrenzten nur aus zweiter Hand durch die Medien erfahren. Eigentum verpflichtet – deswegen verlange ich durchschaubare und einklagbare Rechte für alle und lehne es ab, nur von Brosamen und Almosen zu leben, die nach Gutsherrenallüren und deren Launen an Bedürftige verschenkt werden, nachdem sich die Geber ausgiebig selbst beweihräuchert und gefeiert haben!

Aus erster Hand konnten wir auf dem Marktplatz jedoch auch ein Ereignis der ganz besonderen Art verfolgen: der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte anlässlich der Schaffermahlzeit in Bremen zu **Protesten des öffentlichen Dienstes** aufgerufen. Zusammen mit anderen Gewerkschaften wollte der DGB damit seiner Forderung nach einer Übertragung des Tarifergebnisses aus dem Jahre 2006 auf den Beamtenbereich Nachdruck verleihen. Mit Protestaktionen auf dem Marktplatz sollten die zum Schaffermahl geladenen Gäste darauf aufmerksam gemacht werden. Wir verfolgten ein merkwürdiges Schauspiel, eine krude Mischung aus seltsam anmutender „Demo“ und Eskorte für die hochherrschaftlichen Gäste, die mehrheitlich wie Pinguine in ihren Fräcken über den Marktplatz defilierten.

Der ganze Marktplatz war voller Polizisten, die in ihren neuen gruselig schwarzen Uniformen leider gar nicht volksnah wirkten. Einerseits trugen sie mit dem Megafon ihre berechtigten Forderungen nach Gehaltserhöhungen vor, anderer-

seits bildeten sie ein Spalier für die so prunkvoll geladenen Gäste, wobei die Polizisten ihre Hände mit Handschellen aneinandergekettet hatten. Sieht so etwa eine Demo aus? Es wirkte auf mich wie eine Verneigung, Unterordnung unter die bestehenden, unglaublich ungerechten Verhältnisse! Zu allem Überfluss hatte die Gewerkschaft beschlossen, dass nicht laut protestiert werden solle, während die Gäste den Marktplatz überschreiten, denn auch ein Schweigen könne sehr beredt sein.

In anderen Situationen mag das der Fall sein – aber hier wirkten wir Zuschauer wie eine die Klappe haltende dumme Menschenmenge. Gut, dass sich nicht alle daran hielten und trotzdem pfiffen oder hupten! Ob es nun deswegen geschah, oder weil es ohnehin geplant war, sei dahingestellt – aber der DGB spielte allen Ernstes den Gefangenenchor aus Verdis „Nabucco“ ab! Es wirkte wie eine große Ehrung der geladenen Gäste, die wir als königliche Untertanen still zu lobpreisen und zu hofieren hätten. Nein, unter einer Demo stelle ich mir etwas anderes vor! Oder sollen wir uns darauf einstellen, dass sich das Heer der Arbeitslosen bald auch in ein Heer von Gefangenen verwandeln „muss“?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Change“: Amerikaner bejubeln nach schwarzen Sportlern und Musikern jetzt auch einen schwarzen Präsidentschaftsbewerber *(„Spiegel-Online“)*

Die Folgen geistiger Brandstiftung

Der Großbrand in Ludwigshafen mit neun toten Frauen und Kindern und 60 Verletzten verursacht große Bestürzung. So etwas könnte auch hier in Bremen passieren! Er löst aber auch Empörung zum Beispiel über die Art der Unterbringung von Migrantenfamilien aus. Dies wirft bohrende Fragen auf. Wurden hier bewusst Familien gettoisiert, um sie vom Rest der Gesellschaft abzusondern? Wurden sie per Mietwucher drangsaliert? Wollte jemand das Haus „warm abbrechen“, um eine hohe Versicherungssumme zu kassieren?

Wer oder was auch immer die Ursache für die Brandkatastrophe war: Fest steht, dass es zumindest auch Indizien für einen neofaschistischen Terroranschlag gibt. Die entsprechenden Beobachtungen von geretteten türkischen Kindern und das mehrfach mit SS-Runen aufgesprühte Wort „Hass“ an der Hausfassade weisen in diese Richtung. Außerdem gab es 2006 schon einmal einen Brandanschlag auf das Haus („Neues Deutschland“ vom 8. und 9./10. Februar 2008) Dann artiku-

lieren immer auch deutsche Spitzenpolitiker(innen) heuchlerisch ihr „Entsetzen“ – entsetzlich!

Niemand sollte jetzt den türkischen Medien einen Vorwurf machen, wenn sie sehr emotional über die Katastrophe berichten, und es sollte auch niemanden verwundern, wenn gerade sie Anschlags-Vermutungen in den Vordergrund stellen. Wobei dann Erdogans Verhalten und seine Kritik in Sachen Medienberichterstattung ein bezeichnendes Licht auf sein seltsames Verständnis von Demokratie und Menschenwürde wirft. Würde er sich auch so empört haben, wenn es sich bei den Opfern um kurdische Bewohner(innen) gehandelt hätte?

Nach weiteren Medienberichten soll es vor dem Einzug der türkischen Familien in dem Gebäude sogar einen Nazi-Treffpunkt gegeben haben. Fest steht in jedem Fall, dass Roland Koch und andere mit ihren ausländerfeindlichen Hetzreden rassistische Stimmungen massiv geschürt und faschistische Terrorbereitschaft angestachelt haben. Geistige Brandstifter waren und sind hier auf jeden Fall am Werk! Nachzutragen bliebe noch, dass gestern eine große Trauerfeier mit mehreren tausend Menschen vor dem Haus in Ludwigshafen stattgefunden hat, an der – traurigerweise – nur wenige Deutsche teilgenommen haben. Da hätte ich mir deutlich mehr aufrichtige Anteilnahme und Solidarität gewünscht!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Arbeit? Ich bin doch nicht blöd!“: Niedrigstlöhne dienen zur Hetze gegen Hartz-IV-Betroffene *(„Bild“-Zeitung)*

Stütze ausgelaufen: Arbeitsloser hungert sich zu Tode *(„Spiegel-Online“)*

Tango Korrupti in Brenapel

Heute erlaube ich mir, eine weitere Folge des Tango Korrupti in Bremen abzuhandeln! Wiederum betrifft es das Parzellengebiet Walle-Findorff. Um an die Grundstücke heranzukommen, hat der Senator für Umweltverwüstung, Bauspekulation und Korruption eine neue Gemeinheit ersonnen: Wie ich erfahren konnte, soll ab 2012 mit dem Abriss der Parzellenanlagen zum Nutzen weiterer Industrieansiedlungen begonnen werden. Obwohl abgesehen davon andernorts noch genügend Freiflächen brachliegen, gäbe es auch bessere Industrienutzflächen, zum Beispiel längs der Autobahnen.

Noch bis dato wird aber den Parzellisten vorgelogen, dieses Gebiet weit über die nächsten zehn Jahre hinaus als Kleingartengebiet unverändert zu erhalten. Was sind schon ein paar Jahre mehr oder weniger? Darauf kommt es nicht an! Hat es in Wahrheit damit zu tun, dass sich hier eine Bodenspekulation mit kriminellsten Aktivitäten hervortut? Wobei hier die Kleingartenvereine besonders aktiv mitspekulieren, um jede erdenkliche Parzelle zu erwerben – selbst wenn Eigentümer, die nicht weggehen wollen, mit Brandstiftung bis hin zu antisemitischem Terror vertrieben werden müssen!

Einer der Hauptübeltäter beim Senat ist eine Frau Diedrichs, die mit Bedrohungen und übelsten Beschimpfungen versucht, die Eigentümer zu vertreiben, die noch auf den Parzellen wohnen. Hierbei schreckt die Senatsbehörde auch nicht davor zurück, Urkunden verschwinden zu lassen oder die Besitzer zu täuschen und zu belügen, um an die Grundstücke heranzukommen. Die Frage stellt sich natürlich: Welchen Beweggrund hat eine Amtsangestellte dafür, die Bewohner und Besitzer von ihrem Grund und Boden zu vertreiben, wenn es sich *nicht* um Korruption handelt? Man sollte meinen, diese Vorgänge seien nur bei der Mafia möglich. Weit gefehlt!

Das Grundgesetz wird einfach außer Kraft gesetzt, und der Schutz des Eigentums besonders finanzschwacher Bürger ist nichts mehr wert. Darin hat Bremen eine lange Vorgeschichte, beginnend beim Betrug zur Anraffung der Industriefläche für die damalige Norddeutsche Hütte bis hin zum systematischen Vertreiben der Parzellisten seit mehr als vierzig Jahren. Oftmals bleiben über Jahre hinweg verwüstete Parzellen zurück, die die Stadt dank ihrer Millionenpleiten und ihrer Misswirtschaft nicht einmal unterhalten kann: wilde Müllkippen und mit Wildkräutern überwucherte Kahlschlagflächen. Da wagt es dieser Senat noch, das Wort Umwelt zu gebrauchen! Welche Umwelt, in einer Stadt voller Bauruinen und falsch geplanter Straßen, die teilweise 50 Jahre zu spät gebaut wurden?

Hier kommt noch eine böse Sache hinzu: Antisemitismus. Wir alle erinnern uns an den „bösen Juden“, dem man alle Schandtaten andichten kann. Darin haben besonders CDU und FDP eine böse Vorgeschichte, seien es nun verschobene Schwarzgelder, Steuerhinterziehung oder Betrug mit sogenannten Parteispenden, beginnend beim bekannten katholischen Antisemitismus schon der Adenauer-Regierung mit ihrem ganzen korrupten Klüngel.

Selbst beim Thema „Stadt und Müll“ werden noch Betrügereien begangen: Die Abrissarbeiten führt ein sogenannter Verein namens Recyclinghof durch, der doch wohl derartige „Bauaktivitäten“ nicht verrichten darf. Dafür werden Arbeitskräfte, sogenannte Harz-IV-Empfänger, zu einem Euro Stundenlohn beschäftigt! Wahllos werden Baumaterialien bis hin zu Gartengeräten und Pflanzen zerstört, in der Absicht, wie zur Erinnerung an die NS-Diktatur verbrannte Erde zu hinterlassen und die Bewohner und Besitzer physisch, sozial und psychisch zu zerstören (siehe „Bild“ Bremen vom 30. Januar 2008, Seite 6).

Hierbei erfolgen noch Drohungen, die Eigentümer mit zehntausenden Euro „Räumungskosten“ zur Rechnung zu ziehen. Ich erlaube mir, der Hansestadt mit Bezug auf die berühmte Mafiahochburg einen neuen Namen zu geben: Brenapel!

Peter Kubiak (parteilos)

Haftbefehl gegen Post-Chef: Hat Multimillionär Zumwinkel Millionen nach Liechtenstein verschoben? *(„Spiegel-Online“)*

Volksverblödung: Hetze mit falschen Zahlen *(„Bild“-Blog)*

Nach Ihnen, bitte: Hochdruck-Sarkotzy will zum Mars *(„Spiegel-Online“)*

Unterworfen, gefoltert, verstrahlt

1. Das **Schaffermahl** lohnt sich für jeden Eingeladenen! Bremen gibt sich viel Mühe: Im Rahmenprogramm ist sogar ein Tänzchen mit „handverlesenen“ jungen Damen für die überwiegend älteren Herren eingeplant, so der „Weser-Kurier“ vom 6. Februar 2008. Zum Glück geht die Tradition nur bis zum Tanz und zum Gedankenaustausch! Eines ist klar: Diese ganzen Männerveranstaltungen sind nicht mehr zeitgemäß, die Öffnung für Frauen als gleichberechtigten Teilnehmerinnen ist überfällig. Nur als Unterhaltungsfaktor zu dienen, dafür sind Frauen zu klug! Dies wäre sicher ein Thema für den Frauentag am 8. März 2008. Was wären die Angehörigen all dieser „Eliten“ ohne die Frauen? Ohne ihre Mütter, ohne ihre Partnerinnen? Und was für Überheblichkeiten verdanken wir solchen Eliten sonst noch?

Der **Lissabonner Vertrag** soll in allen EU-Ländern ratifiziert werden, bevor er in Kraft tritt. 27 Länder gehören der EU an, aber nur in Irland gibt es ein Referendum über diesen Grundlagenvertrag, nur dort dürfen die Wähler(innen) direkt darüber abstimmen. Allein dies zeigt, dass die EU-Grundlagen den Völkern Europas nicht behagen. Wir drücken den Iren die Daumen! Ich hoffe auf eine Ablehnung dieser globalen Zumutungen. Ich bin *für* das geeinte Europa, aber nicht zu diesen Rahmenbedingungen! Ob ein Referendum, eine Volksabstimmung erfolgen soll, kann jedes EU-Land selbst entscheiden. Frankreich hat diesmal sein Volk bereits übergangen!

Wir brauchen mehr Demokratie! Die Wahl in Hamburg ist auch eine Gelegenheit, die Parteien über ihre Einstellung zum Lissabonner Vertrag zu befragen.

Damit ist der Mensch auch schnell bei Bertelsmann, dem Zwang zur Privatisierung aller Bereiche, dem Kriegseinsatz der Bundeswehr – und dem ständigen **Oberbefehl der USA über die Nato**. Diesen übernimmt jetzt der bisherige Chef des umstrittenen Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba, General Bantz Craddock. Er wurde am Bündnissitz im südbelgischen Mons auf seine neue Aufgabe eingeschworen. Er löst US-Kommandeur Jones ab. Der Neue ist wirklich untragbar! Dieser Nato-Oberbefehlshaber entscheidet über die Einsätze und ihre Rahmenbedingungen. Ihm wollen wir „unsere“ Soldaten anvertrauen? Weg mit diesem Oberbefehlshaber!

Für den Einsatz in **Afghanistan** benötigen unsere Truppen eine ABC–Schutzausrüstung! Die „Rote Fahne“ hat nun darauf hingewiesen, dass die Amerikaner dort **uranhaltige Munition** einsetzen. Logisch – bei den vielen Panzern! Die Folgen sind auch bereits zu sehen: an den Neugeborenen! Die Verwendung solcher Munition hat im ehemaligen Jugoslawien und auch im vorherigen Irak-Krieg bleibende Spuren hinterlassen. Über ein Soldatenschicksal durch Verstrahlung unter US-Führung habe ich schon einmal berichtet. Die Menschen und ihre Umwelt werden verstrahlt wie nach einem Reaktorunfall! Die Schäden für die Zivilbevölkerung sind unabschätzbar vernichtend!

„Wir bringen all diesen Menschen die Demokratie“, hieß es, „wir bringen ihnen die Befreiung!“ Na klar! Oder doch nicht? Waren es nur das Öl und die Machtverhältnisse? Stören die Menschen dort nur? Wie damals die Indianer in Amerika? Im Jahre 2008 habe ich ein solches Handeln nicht für möglich gehalten! Es gibt auch heute die Möglichkeit der Befehlsverweigerung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die „IKB Deutsche Industriebank“ ist ein Ableger der staatlichen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“. Die **IKB** hat jetzt einen „erhöhten Wertberichtigungsbedarf“ von zusätzlich zwei Milliarden Euro. Insgesamt besteht ein **Wertberichtigungbedarf** von über **elf Milliarden**. Die IKB ist damit faktisch pleite. Die KfW versucht seit längerem erfolglos, ihren Anteil an der IKB zu verkaufen.

Nun sollen private Banken diesen „Ausrutscher“ der KfW aufzufangen. Offen bleibt, warum die KfW überhaupt die IKB gegründet hat. Die IKB hat, im ersten Durchlauf, dieses Risiko auf höchstens 100 Millionen Euro beziffert. Der Vorstand musste gehen – aber nicht „unehrenhaft“. Die „Begleitmusik“ wurde nicht veröffentlicht – nur, dass der Vorstand nicht in Regress genommen wird.

Die **West LB** soll gerettet sein, auf Kosten der Mitarbeiter. Personalabbau ist wieder einmal das Allheilmittel! Dieser wird jedoch Ertragseinbußen nach sich ziehen. Die nächste Sanierungsrunde ist in den Vereinbarungen ja bereits angedacht. Nur ist Personalabbau der falsche Weg. Mir fehlt bei all diesen Zahlen der Glaube an die richtige Bewertung!

3. Die „**Kindergelderhöhung**“ bringt den ALG-II- und Sozialhilfe-Betroffenen sowie den Asylsuchenden keinen Cent mehr in die Tasche, denn bei den Leistun-

gen der Grundsicherung (ALG II, Sozialhilfe) wird das Kindergeld in voller Höhe gekürzt, und Asylsuchende haben keinen Anspruch auf Kindergeld. Also ist den Menschen am untersten Rand der Einkommensskala damit nicht geholfen. Millionäre erhalten aber ebenfalls Kindergeld für ihren Nachwuchs. Gilt denen die Fürsorge der CDU?

Aber die Arbeitgeber wollen maßhalten? Nein, ich habe mich verlesen: Die Arbeitgeber fordern, die *Arbeitnehmer* sollten maßhalten („Weser-Kurier“ vom 7. Februar 2008). Na klar, zehn Prozent durchschnittlicher Einkommensverlust aus unselbständiger Beschäftigung ist viel zu wenig! Oder? 100 Tarifverträge für acht Millionen Beschäftigte sind fällig. Dieter Hundt meint, „trotz Aufschwungs und sinkender Arbeitslosigkeit“ gebe es weiter „keinen Spielraum für kräftige Tariferhöhungen“, denn die „weltwirtschaftlichen Risiken“ gefährdeten Arbeitsplätze. Aufschwung gab es nur für die Besserverdienenden!

Was die „weltwirtschaftlichen Risiken“ betrifft, so tragen die Arbeitnehmer und Steuerzahler die Zeche für die Spekulationswut der Bankenvorstände. Arbeitsplätze fallen weg, werden verlagert, sobald dadurch eine Ergebnissteigerung zu erzielen ist. Bereits zur Beeinflussung des Börsenkurses werden solche Absichten lanciert. Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir haben ein Buch über das Jahr 1906, in dem steht, die Lohnforderungen der Arbeiter seien „unverschämt“. Natürlich haben die Unternehmer Sorgen: 40 Prozent Einkommenssteigerung sind schwer zu steigern!

4. Die Bagis will jeden „einladen“, der „zu teuer“ wohnt. Begonnen wird mit den mehr als 50-prozentigen Überschreitungen der **Mietobergrenzen**. Über das Gespräch soll ein Protokoll erstellt werden, das zu unterschreiben ist. Soweit dieser Plan.

Gespräche sind immer gut, wenn beide Seiten unvorbelastet hineingehen. Wer Post von der Bagis bekommt, sollte sich jemanden mitnehmen. Wer aus der „Einladung“ nicht erkennen konnte, dass es um die Kosten der Unterkunft geht, sollte das Gespräch beenden und einen neuen Termin vereinbaren. Auch ein Protokoll muss nicht vor Ort, im Amt unterschrieben werden: Mensch kann es mitnehmen, die Eindrücke sacken lassen und eventuelle Änderungen und Ergänzungen anmerken.

Wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz und jeden Dienstag von 16 bis 19 Uhr im „Hibiduri“. Bangemachen gilt nicht – wir gehen mit! Die Mietobergrenzen in Bremen sind nicht den Urteilen des Bundessozialgerichts entsprechend ermittelt worden und damit ungültig. Sie halten keiner gerichtlichen Überprüfung stand! Die Bagis muss im Einzelfall nachweisen, dass es günstigeren Wohnraum gibt, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Bei dieser Gelegenheit ist nochmals anzumerken, dass die neuen Mietobergrenzen ab 1. Januar 2005 eingefordert werden können. Die Beschränkung der Gültigkeit ab Stichtag 1. November 2007 steht zwar in der Verwaltungsanweisung, doch solche Anweisungen sind keine Rechtsquelle! Damit kann diese Beschrän-

kung angefochten werden. Wer darüber hinaus einen Teil der Miete oder Heizung selbst zahlt, kann auch diese Eigenbeteiligung von der Bagis überprüfen lassen, rückwirkend ab 1. Januar 2005 oder späterem Einzug. Leider wird die Bagis wohl erst mit Hilfe des Gerichts zur Zahlung bewegt werden können. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Dokumentation falscher Entscheidungen der Arbeitsgemeinschaften zum ALG II könnte Tag für Tag eine Zeitung füllen, allerdings auch die Berichterstattung über die nach dem SGB II richtigen Entscheidungen. Außerdem gibt es noch die positiven Entscheidungen von Sachbearbeiten, die ihren Spielraum zugunsten der Betroffenen genutzt haben.

Oftmals entsteht durch die Veröffentlichungen der Eindruck, es gebe gegen die Handlungen einer Arge keine Korrekturmöglichkeit. Dies ist falsch. Das ALG II kann die Verwaltung, also die Arge (oder Bagis, wie sie in Bremen heißt), im Wesentlichen nur durch Bescheide umsetzen. Ein weiteres Mittel ist das Gespräch beim Fallmanager. Wie kann ich nun den Stress minimieren und gleichzeitig sicherstellen, dass ich nicht übers Ohr gehauen werde?

Ganz einfach: Erstens nicht allein zur Arge gehen, denn nach § 13 Absatz 4 SGB X darf eine Begleitperson mitgenommen werden. Zweitens jeden Bescheid in einer Beratungsstelle vorlegen. Zeigt her eure Bescheide! Somit wird spätestens halbjährlich überprüft, ob die Leistung in der richtigen Höhe bewilligt wurde.

Reiche Leute machen es so: Der Steuerberater erhält jeden Bescheid des Finanzamtes. Zu wichtigen Gespräche geht kein leitender Angestellter eines Unternehmens allein hin. Verträge werden zwar besprochen, aber nicht sofort unterzeichnet. Für ALG-II-Betroffene ist jedes Gespräch bei der Arge ein wichtiges Gespräch! Die Eingliederungsvereinbarung sollte aus dem gleichen Grund mitgenommen werden. Wird sie unverändert akzeptiert, kann die unterschriebene Ausfertigung bei der Anmeldung abgegeben werden. Die Zweitausfertigung abstempeln lassen! Wir sollten es also den Reichen nachmachen! Das kostet nur ein wenig Energie. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

CDU-Logik: Wer den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordert, ist ein „Taliban-Sprecher“, also ein „Terrorist“ *(„Bild“-Zeitung)*

Einladung zum 3. Regionaltreffen der norddeutschen Montagsdemos am 23. Februar 2008 in Bremen

- Ankunft und Zusammentreffen am Hauptbahnhof in Bremen um 11:45 Uhr (Ankunft mit Regionalexpress aus Hannover 11:39 Uhr, Metronom aus Hamburg 11:29 Uhr, Nordwestbahn aus Wilhelmshaven/Oldenburg 11:27 Uhr, Regionalbahn aus Bremerhaven 11:26 Uhr). Von den Orten in Niedersachsen und Hamburg kann mit bis zu fünf Personen das Niedersachsen-Ticket (für 27 Euro am Automaten) benutzt werden.
- „Kulturelles Vorspiel“: Gemeinsame Fahrt mit der Straßenbahn (12 Uhr mit Linie 4 bis Domsheide, Linie 3 bis Waller Ring) nach Walle mit Schnuppern von etwas „Hafen-Atmosphäre“ (Hafenmuseum, Sintflut-Ausstellung und Holzhafen).
- Circa 13:30 Uhr Fahrt zum Tagungsort in Bremen-Oslebshausen (ab Waller Ring mit Linie 3 bis Gröpelingen und Bus Linie 71 oder 73 bis Dohlenstraße, siehe Karte). Treffen in Oslebshausen circa 14 Uhr (genauer Ort kann telefonisch erfragt werden). „Aufwärmen“, Tagungsraum herrichten, Kaffee, Tee und Butterkuchen.

- Ab 14:30 Uhr Erfahrungsaustausch
  1. Wahl eines Moderatorenteams (15 Minuten)
  2. Erfahrungsaustausch und Diskussion zur Arbeitsweise und zu politischen Erfahrungen an den Orten. Wie gewinnen wir die Menschen, aktiv zu werden (Flugblätter, Homepage, Stadtradio, spezielle Aktionen)? Stärkung der bundesweiten Zusammenarbeit und der zentralen Koordinierungsgruppe, Aktionen an den Orten und bundesweite Demo am 8. November 2008.
  3. Schlusswort (insgesamt etwa zwei Stunden).
  - Rauchen darf man nicht im Hause und auf dem Grundstück. Die Raucher müssen auf der Oslebshauser Heerstraße auf- und abgehen!
  - Kohlessen und geselliges Zusammenwachsen ab 17 Uhr. Zwischendurch und anschließend kulturelle Beiträge, Musik und Tanz, sofern gewünscht. Ende gegen 19:30 Uhr.
  - Rückfahrt mit Bus Linie 71 oder 73 bis Ritterhuder Heerstraße und weiter mit dem Zug ab Bahnhof Oslebshausen nach Bremen-Hauptbahnhof, von dort nach Hamburg (19:55 bis 21:45 Uhr), Hannover (19:35 bis 21:40 Uhr), Wilhelmshaven (19:29 bis 21:20 Uhr beziehungsweise 20:30 bis 22:20).
  - Autofahrer können an beiden Aufenthaltsorten in der Nähe parken, Anreisebeschreibung dann bitte anfordern.

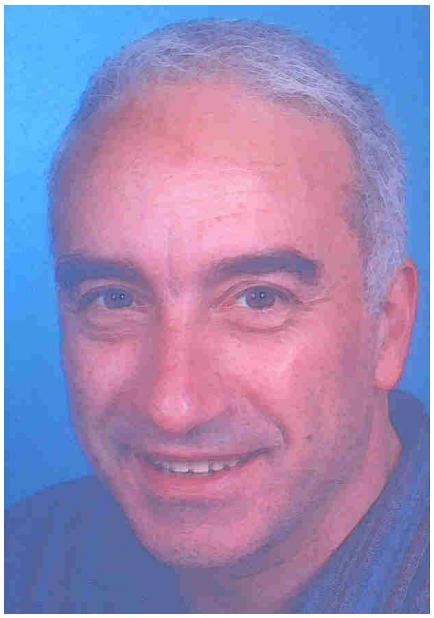
- Für die Unkosten erbitten wir vor Ort eine Spende, auch für das Essen. Wer kein Fleisch essen möchte oder keinen „Kohl mit Pinkel“ mag, gebe uns das bitte vorher bekannt, damit wir auch für ihn oder sie sorgen können. Wegen des Essens, das wir selber kochen wollen, sind Rückmeldungen mit Angabe in etwa realistischer Teilnehmerzahlen bis zum 20. Februar an Jobst Roselius unter Telefon 0421-705 687 oder E-Mail Jobst.Roselius(at)nord-com.net erforderlich.

Jobst Roselius

Preisschock: Getreide 54,6 Prozent teurer *(„Spiegel-Online“)*

Am Monatsende wird gehungert: Die Zahl der „Tafel-Kunden“ hat sich mit Einführung der Hartz-Gesetze schlagartig erhöht *(„Weser-Kurier“)*

Wir müssen aufstehen, statt uns in Demut unserem „Schicksal“ zu ergeben!



Es sind merkwürdige und zynische Vorschläge, die mein Vorredner zum Besten gegeben hat: „Ich würde jedem Obdachlosen einen Euro geben, der bereit ist, sich bei der Polizei einen Besen zu holen und die Straße zu fegen. Aber leider wollte das nur einer machen.“ Du willst uns allen Ernstes weismachen, „dass jeder selbst schuld ist an seiner Armut und an der Arbeitslosigkeit“! Es gibt trotz der großen Armut und einer Millionen-Arbeitslosigkeit immer noch Leute, die behaupten, jeder sei selbst schuld. Doch die große Mehrheit wird arbeitslos, weil die Unternehmen ihren Gewinn immer weiter steigern wollen. Die große Mehrheit läuft sich die Hacken ab, um einen Job zu finden, von dem man leben kann!

Ich selbst habe über 70 Bewerbungen geschrieben und nur Absagen bekommen. Mit 53 Jahren gehörst du zum „alten Eisen“, deine Berufserfahrung ist keinen Pfifferling wert! Für die Unternehmer zählt, wie sie ihre Gewinne steigern und ihre Weltmarktposition ausbauen können – das erleben wir gerade bei Nokia. Dafür gibt es aber auch in Bremen ein aktuelles Beispiel: Die Vorstandsspitze von Arcelor-Mittal jammert über den ersten Warnstreik und die achtprozentige Lohn-

forderung der Stahlwerker. Ganz klein war letzte Woche im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass der Stahlkonzern 2007 einen Reingewinn von 170 Millionen Euro allein in Bremen gemacht hat. Damit hat jeder Kollege pro Monat 4.000 Euro Gewinn für die Großaktionäre erwirtschaftet – doppelt so viel, wie er selbst als Bruttolohn bekommt!

Du rätst uns, „nicht die Ungerechtigkeit der Welt zu beklagen“, sondern uns endlich ein Beispiel an den Menschen in Indien zu nehmen, „die ihr Schicksal in Demut ertragen“. Die Herrschenden dieser Welt freuen sich natürlich über solche Ratgeber wie dich! Aber warum sollen die Völker der Welt die Ungerechtigkeit und Ausbeutung überhaupt akzeptieren? Warum sollen wir hinnehmen, dass die Schere zwischen Arm und Reich überall immer größer wird? Die Menschen in Indien sollen gegen ihre Peiniger aufstehen, und wir wollen es hier tun! Wir kämpfen so lange, bis wir eine Gesellschaft haben, in der die Ungerechtigkeit der Vergangenheit angehört!

Harald Braun

Lichterkette bleibt wirkungslos: Nokia schmettert die devoten Rettungsvorschläge der Bochumer SPD-Betriebsratsspitze ab *(„Spiegel-Online“)*

Republikweite Warnstreiks ab Donnerstag: Verdi erklärt Tarifverhandlungen für gescheitert *(„Spiegel-Online“)*

Gewerkschaftsführer sehen die Kollegen als hilflose Schwachsinnige

1. In immer mehr Bereichen und an immer mehr Orten werden Kollegen aktiv, um ihre Forderungen durchzusetzen. Da ist an erster Stelle Nokia in Bochum zu nennen, wo die Kollegen um den Weg ringen, der die Arbeitsplätze erhalten soll. Ein Mann, der den **Kampf** beim AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg **mit Erfolg zum Scheitern brachte**, ist ausersehen, nun auch bei Nokia den Verzicht durchzusetzen. Die meisten seiner alten Kollegen haben keine Zukunft, sie sind in Leiharbeit oder Hartz IV. Dieser „ehrenwerte“ Vertreter hat seine Karriere in die SPD verlegt und lässt sich zum IG-Metall-Sekretär ausbilden. Er möchte dann bei der Nokia-Schließung seinen „Meister“ machen. Seine Devise lautet abwarten und weiterarbeiten, bis man keinen Trumpf mehr in der Tasche hat. Ich wünsche den Kollegen bei Nokia die Klarheit und Kraft, sich von solchen Sackgassenpredigern nicht irremachen zu lassen!

Die Tarifrunde im Stahlbereich hat auch mit breiter Aktivität angefangen. Bei Arcelor-Mittal Bremen, ehemals Stahlwerke Bremen, wurden pro Beschäftigtem

so hohe Gewinne eingefahren, dass sie das Doppelte des Lohns der Kollegen betragen. Die volle Durchsetzung der acht Prozent Lohnerhöhung muss auch Ansporn für andere Branchen sein: In Bayern und Baden-Württemberg streiken seit Wochen die Kollegen des Einzelhandels. Mit einer **Streikzeit von 39 Stunden** haben die Kollegen der Berliner Verkehrsbetriebe mit U-Bahn, Bus und Straßenbahn dem SPD/PDS-Senat die rote Karte des öffentlichen Dienstes gezeigt. Überall ist die Wut über die Hinhaltetaktik und das Verarschen groß!

Als neue Medienmethode erweist sich die Interwall-Taktik mit neuen Themen: schnell anfahren, hochkochen und wieder in der Versenkung verschwinden lassen. Da kann der Stammtisch glühen und Dampf ablassen, aber alles bleibt doch ganz ruhig – wenn es denn klappt. In der offenen Diskussion oder bei Umfragen kommen doch immer kritische Töne zutage, die zeigen, dass die Menschen in Massenumfang auf der Suche sind und die Überzeugung wächst, sich neu organisieren und aktiv werden zu müssen.

Die Montagsdemo und die sie tragenden Menschen und Kräfte sind dafür ein gutes Beispiel. Am 23. Februar wollen wir mit Mitstreitern aus anderen norddeutschen Montagsdemos zusammen darüber beraten, wie wir Informationen, das Miteinander und den Kampf voranbringen können.

2. Am letzten Freitag haben einige von uns von Ferne dem Defilee der Schaffermahlzeitsgäste beigewohnt. Verdi und DGB meinten, die Gunst der Stunde nutzen zu können und mit „**schweigendem Protest**“ sowie ein paar Plakaten die „Pinguine“ beeindrucken zu können. Mit dem Lautsprecher-Gefangenenchor aus der Oper „Nabucco“ („Steig, Gedanke, auf goldenen Flügeln“) wurde die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder etwas kanalisiert, denn die Trillerpfeife sollte nicht benutzt werden: Man ließ sie Spalier stehen für die hohen Herren. Die Kommentierung dieser Aktion durch den DGB-Vertreter erinnerte eher daran, dass die Gewerkschaftsführung die Kollegen lieber als hilflose Schwachsinnige sieht, die man zum Glück zwingen muss.

Wowereit und Oettinger als Ministerpräsidenten, Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhan und der Prinz von Bayern – ganz ohne Funktion, nur als Seine königliche Hoheit – kamen als „Pinguine“ mit Begleitvolk. Schneiderhan verkündete, man müsse „etwas tun“, weil die Menschen nicht mehr die Bedeutung und Notwendigkeit des Afghanistan-Einsatzes sähen. Wenigstens das hat er richtig wahrgenommen, denn mittlerweile sind 76 Prozent der Bevölkerung für die **Rückkehr der Soldaten aus Afghanistan**. Die deutschen Monopole halten so sehr an der Besetzung des Nordens von Afghanistan fest, weil sie dort die Kontrolle über die Gas- und Ölreserven des Landes haben.

Jetzt gibt es mal wieder Streit ums **Kindergeld**, die SPD will aber einlenken. Die CDU möchte etwas mehr Belohnung für ihre besser betuchte Klientel, sonst käme die vielleicht auch noch auf die Idee, keine Kinder mehr zu zeugen – und wo, bitte, bliebe dann die Elite?

Dann hat sich auch ein Pisa-Gelehrter zu Wort gemeldet: Ein Bremer Normalschüler sei dümmer als ein bayerisches „Migrationshintergrundskind“. Bremen müsse was tun! Er schlug vor, den Sonnabendunterricht wieder einzuführen, nebst Förderunterricht in den Ferien. Ganz besonders müssten die Lehrer an die Kandare genommen werden. Nichts von Kritik an Politik und Schulverwaltung! Aber wer will denn Herrn Lemke noch die letzten Bremer Tage versauen? Der hat als hilflosester Bildungssenator seit Jahrzehnten nur die Pisa-Schlüsse nachgeplappert, die bescheuertsten Entscheidungen gefällt und schließlich auch noch das Stadtamt dermaßen verarscht, dass er eigentlich von allen Mitarbeitern aus dem Amtszimmer gejagt werden müsste. Kollegen, haut solchen Staatsvertretern im Rahmen der Tarifrunde mal gehörig vors Schienbein!

Jobst Roselius

Um 7:12 Uhr klingelte der Staatsanwalt: Doktor Klaus Zumwinkel ist gestorben, obwohl er aufwachte *(„Bild“-Zeitung)*

Steuerfahndung plant hundert weitere Razzien: Werden deutsche Konzerne von Kriminellen geführt? *(„Spiegel-Online“)*

Die wahren Asozialen: Unter Inanspruchnahme einer Beratungsindustrie bereichern sich „Leistungsträger“ auf Kosten der Allgemeinheit *(„Spiegel-Online“)*

Ein kleiner Disput brachte Leben in die Montagsdemo

Auf fast 50 Teilnehmer wuchs die 169. Montagsdemo am 11. Februar 2008 in Bremen an. Die Situation bei Nokia und die Frage, welchen Weg die Kollegen gehen wollen, die Supergewinne bei Arcelor-Mittal in Bremen auf Kosten der Kollegen und die Gewerkschaftshuldigung der „Pinguine“ bei der Schaffermahlzeit anstelle einer aktiven kämpferischen Kundgebung: Das waren die ersten Themen.

Weiter ging es um die Ausweitung der Bundeswehreinsätze in Afghanistan, da nun die Pläne der Imperialisten gescheitert sind. Der Widerstand des Volkes nimmt zu! Die USA wollen den bisherigen Guantánamo-KZ-Direktor zum Nato-Oberbefehlshaber machen, und sie verseuchen Afghanistan mit radioaktiver Munition. Wir müssen wach werden und dagegen kämpfen!

Einem vorbeikommenden Zuhörer passte unsere Denkungsart gar nicht. Er kam zum Mikrofon und lobte die „Fantasie der Inder“: Auch auf dem Subkontinent gebe es Arme und Reiche, aber dort füge sich jeder mit ideenreichem Tun in sein Schicksal. Hier in Bremen habe er die Situation der Obdachlosen „studiert“ und ihnen vorgeschlagen, sich einen Besen zu beschaffen, um die Straßen zu fegen. Er wolle jedem Obdachlosen täglich einen Euro zahlen, wenn er ihn mit einem Besen, den die Polizei ausgeben würde, am Bischofstor oder in der Sögestraße fegen sehe.

Seine Erfahrungen waren nicht so vielversprechend, das musste er zugeben. Er hielt aber an seiner abstrusen Idee fest und forderte alle anderen auf, seinen Gedanken zu folgen. Da gab es natürlich Gegenreden! Schließlich zog er ab, ohne anzuhören, wie wir seine religiös verbrämten massenfeindlichen Ideen diskutierten. Am Schluss spielte Matthias noch ein eigenes Lied zur Kälte des vermeintlich warmen Sozialstaats. Am 23. Februar 2008 gibt es ein Treffen der norddeutschen Montagsdemos in Bremen! Bitte meldet euch an, bei mir gibt es telefonisch auch nähere Informationen (0421-705 687).

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Antikommunismus: Nur diese, nicht aber die „andere“ Gesellschaft darf eine Sicherheitsbehörde haben *(„Junge Welt“)*

Zumwinkel hat sich Feinde gemacht: Warum wird ein Manager abgeschlachtet, der sich für Mindestlöhne ausspricht? *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Reibach mit Hehlerware: Statt Betriebsprüfer und Steuerfahnder einzustellen, inszeniert dieser Staat alle 50 Jahre einen James-Bond-Krimi *(„Focus“)*

„Elite“ hinterzieht vier Milliarden Euro an Steuern: Jetzt sind wir aber gespannt, wer in der nächsten Woche so alles zur Abwechslung mal die Schnauze hält *(„Spiegel-Online“)*

30 Milliarden: Der Gesamtumfang der Steuerhinterziehung liegt in der Größenordnung der Hartz-IV-Kosten *(„Spiegel-Online“)*

CDU stürzt ab: In Hamburg winken „hessische Verhältnisse“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

170. Bremer Montagsdemo am 18. 02. 2008

Nur ein paar Bitten

Liebe Politiker, sorgt endlich wieder für Gerechtigkeit! Liebe Wirtschaftsbosse, schafft endlich mehr Arbeitsplätze! Liebe Gewerkschafter, sorgt dafür, dass endlich wieder Löhne gezahlt werden, von denen der Mensch leben kann! Und liebe Mitbürger, begreift endlich, dass es nicht nur um uns allein geht! Bitte seid endlich wieder fair. Wie sagte doch ein Politiker am Wochenende: Der soziale Frieden ist gefährdet! Wenn es nicht so traurig wäre, wurde ich jetzt laut loslachen. Was glaubt ihr wohl, warum wir Montagsdemonstranten bei Wind und Wetter hier stehen?

Ach ja: Wir sind die Bösen, die Faulen, die Schmarotzer und so weiter. Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Ich selbst bin Rentner und halte es für meine Pflicht, Unrecht mit anzuprangern. Wir dürfen unseren Kindern keine Schulden hinterlassen, heißt es oft so schön. Dürfen wir ihnen eine Welt übergeben, die von Ungerechtigkeiten nur so strotzt? Ich zitiere aus der Presse: Hungerlöhne sind an der Tagesordnung, Arbeitsplätze werden massenhaft vernichtet, die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, neue Kinderarmut wächst in Massen. Und dann reden sie, die wir gewählt haben, von „notwendigen Maßnahmen“!

Es werden die Renten gekürzt, nicht erhöht; steigende Lebensmittelpreise und Energiekosten treiben einen großen Teil der Menschen in Altersarmut. Ja, meine Damen und Herren, genau das werden wir unseren Kindern übergeben! Doch wenn wir das sagen, sind wir die – ach, ich will mich hier nicht wiederholen. Für mich ist es eine Schande, im „Weser-Kurier“ von Menschen lesen zu müssen, denen das Hungern als einzige Alternative zum „Tafel“-Besuch bleibt. Die Bagis kürzt ihre Leistungen immer öfter, das „Wachstum“ kommt bei vielen nicht an. Was glaubt ihr eigentlich, wem wir all das sagen?

Das geht euch doch alle an, oder? Darum meine Bitte: Bleibt hier stehen und zeigt uns, dass ihr solidarisch seid! Es kann doch nicht sein, dass *wir* die Übeltäter all dieser Ungerechtigkeiten sind, während jene, die uns aufgrund ihrer Macht

und ihres Vermögens totschweigen wollen, bloß nicht die Montagsdemo erwähnen! Nicht auszudenken, wenn die CD mit den Liechtensteiner Bankdaten nie ans Licht gekommen wäre! Jetzt denken wohl auch endlich mal ein paar Leute nach, die Macht haben, nämlich die Politiker. Eigentlich hätten wir ja als Montagsdemo einen Orden verdient, denn mit unseren Auftritten sorgen wir dafür, dass wir unseren Kindern eines Tages eine gerechtere Welt hinterlassen!

Udo Riedel (parteilos)

„Experten für große und sehr große Vermögen“: Steuerfahnder filzen Münchener Privatbank *(„Spiegel-Online“)*

Hetze bis in den Tod

In der letzten Woche gab es eine erschütternde Nachricht: Ein 58-jähriger Arbeitsloser aus Northeim hungert sich zu Tode. Nachdem das Arbeitslosengeld ausgelaufen ist, steigt er auf sein Fahrrad, fährt 160 Kilometer bis in den Solling. Auf einem Hochsitz verbringt er noch drei Wochen ohne Nahrung – bis er tot ist. Er sah keinen anderen Ausweg mehr!

Letzte Woche hetzte auch die „Bild“-Zeitung tagelang gegen die „faulen Arbeitslosen“ und „Hartz-IV-Abzocker“. So wurde zum Beispiel vorgerechnet, dass ein Handwerker in Ostdeutschland mit Frau und zwei Kindern nur 20 Euro mehr verdiene als ein Hartz-IV-Empfänger. Bewusst wird von „Bild“ dabei verschwiegen, dass eine Familie von dem Einkommen dieses Handwerkers gar nicht mehr leben kann! Ebenfalls bewusst verschweigt das Blatt, dass es gerade der Zweck jener Hartz-Gesetze war, auf breiter Front Niedriglöhne zu schaffen!

Damit noch nicht genug: In der letzten Woche forderten auch die „Fünf Weisen“ die generelle Senkung von Hartz IV um 30 Prozent – nur wer arbeite, solle auch den vollen Satz bekommen! Dazu passt eine Meldung, die heute im „Weser-Kurier“ steht: Die Zahl der ALG-II-Kürzungen ist im letzten Jahr um 58 Prozent gestiegen! Zynisch auch der Kommentar eines Bagis-Vertreters, viele Arbeitslose hätten Mühe, einen Termin um 9 Uhr einzuhalten, weil sie „Alkoholiker“ seien. Dieser Staat und seine Regierung lässt die Arbeitslosen nicht nur im Stich – er greift sie schamlos an!

Fast zeitgleich kommen diese Meldungen: Arcelor-Mittal macht einen Reingewinn von acht Milliarden Euro im letzten Jahr; bei Daimler sind es sieben, bei Nokia 7,5 Milliarden. Doch bei Postchef Zumwinkel klingelt der Staatsanwalt: Razzia, Verhaftung! Der feine Herr hat Steuern von einer Million hinterzogen, bei einem Jahresgehalt von 5,5 Millionen Euro. Gegen weitere 700 hochkarätige Manager wird ermittelt, 900 Razzien stehen bevor. „Vielen Dank für die Warnung“, werden sich die Herrschaften denken und ihre Reißwölfe Tag und Nacht laufen lassen!

Jetzt fordern Koalitionspolitiker die „volle Ausschöpfung“ des Strafrahmens von zehn Jahren für Steuerbetrüger, andere fordern sogar eine Erhöhung auf 15 Jahre Knast. Ich lache mich gleich tot! Wir haben die Quasi-Freisprüche für der Korruption überführte Politiker und Wirtschaftsführer wie Lambsdorff, Kanther, Ackermann, Esser oder Hartz noch nicht vergessen! Ich gehe jede Wette ein, dass auch Herr Zumwinkel nicht ins Gefängnis geht. Wenn erst einmal die nächste Wahl vorbei ist, gibt es ein bisschen „tätige Reue“, eine kleine Spende, „Peanuts“ eben. Allein beim Verkauf seiner Postaktien vor ein paar Monaten hat Zumwinkel 4,7 Millionen Euro Profit gemacht! Er wusste halt ein bisschen früher, dass die Aktie nach Einführung des Mindestlohns steigen wird, weil die Konkurrenz dann dicht macht.

Hat all das nichts miteinander zu tun? Der eine hungert sich zu Tode, weil man ihm nicht mal mehr sein bisschen Arbeitslosengeld lässt – die anderen leben wie die Maden im Speck! Bei den Wahlen kriegen die Parteien, die sich diesem System verschrieben haben, immer mehr zu spüren: Das Vertrauen der Bürger in solche Parteien und ihr System schrumpft immer schneller. Und das ist gut so! Wenn jetzt Christel Wegner von der DKP, die auf der offenen Liste der „Linken“ in den niedersächsischen Landtag gewählt wurde, sagt: „Es reicht nicht, Reformen zu machen – wir brauchen ein anderes Gesellschaftssystem!“, dann hat sie völlig recht!

Aber wenn sie darunter nur eine neue Stasi-Diktatur mit Mauer und Stacheldraht versteht, liefert sie den angeschlagenen bürgerlichen Parteien genau die Munition, die sie brauchen. In der DDR gab es keinen Sozialismus, sondern es war eine neue kapitalistische Klasse an der Macht. Deswegen hat dieses System auch nichts anderes verdient, als zugrunde zu gehen! Der Tag wird kommen, an dem sich die Unterdrückten auf der ganzen Welt selbst befreien. Dabei tun sie gut daran, die Lehren aus den bisherigen Versuchen zu ziehen, aus Siegen wie aus Niederlagen. Dabei hilft ihnen die MLPD. Dazu ist es wichtig, heute schon, wie wir auf den Montagsdemos, zu lernen, die Geschicke in die eigene Hand zu nehmen und nicht anderen zu überlassen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Führungskräfte müssen Werte vorleben: Ihre Qualität erkennt man erst in der Krise *(„Spiegel-Online“)*

Auch Herr Steinbrück wird seinen Hut nehmen müssen

1. Finanzminister Steinbrück hat beschlossen, der IKB zu helfen, so der „Weser-Kurier“ vom 16. Februar 2008 und den Folgetagen. Eine Milliarde an Steuergeld hat er auf den Tisch gelegt, 500 Millionen sollten die privaten Banken dazulegen – doch die haben kurz „Nee, mehr als 300 Millionen nicht!“ gesagt, und schon hat Herr Steinbrück auf 1,2 Milliarden Euro erhöht. So einfach können Einigungen erzielt werden!

Der Finanzminister hat dies insgesamt als Erfolg vor dem Bundestag verteidigt. Er hat zu den **Landesbanken** und auch zur KfW nichts gesagt. Peer Steinbrück wird wohl wegen Unfähigkeit seinen Hut nehmen müssen, wenn endlich die wahren Zahlen auf dem Tisch liegen – oder mit den entsprechenden Bankern eine neue Legende erfinden, um seine eigene Haut zu retten! Warum sind nur die Regressforderungen gegen die Verantwortlichen in der IKB, der KfW und den Landesbanken kein Thema mehr? Jede Schuldzuweisung an die Bankenvorstände würde auf das politische Personal durchschlagen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Briten haben die Hypothekenbank Northern Rock verstaatlicht, so der „Weser-Kurier“ vom 18. Februar 2008. Die britischen Notenbank hatte bereits einen Notkredit über 33,4 Milliarden Euro an diese Bank gegeben. 33,4 Milliarden Euro Verlust, die jetzt beim Steuerzahler gelandet sind! Hoffentlich hat diese Bank andere Werte, mit denen die Summe gemildert wird. Nur hätten die Kunden *ohne* diesen Kassenkredit vergeblich Schlange gestanden.

Zurück zu den Bundes- und Länderfinanzen! 34 Milliarden Euro gehen jedes Jahr unbemerkt über die Grenzen, heimlich und unversteuert! Dies ist nicht meine Schätzung, sondern ein Sprecher des Finanzministeriums hat diesen Betrag verlautbaren lassen. Ein Vertreter der Arbeitgeber, der „Ziege“, hat sich zu Wort gemeldet, diesmal Herr Jürgen Thumann. Er kündigte eine Ausgrenzung der kriminellen Wirtschaftsführer an: „Wer gegen die **Spielregeln** verstößt, stellt sich gegen die Wirtschaft!“

„Lassen Sie uns gemeinsam klarmachen, wer in Deutschland Wohlstand und Wachstum erwirtschaftet: die vielen ausgezeichneten Unternehmen mit ihren hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“ Mit diesem Zitat stand Herr Thumann am Jahresanfang im „Weser-Kurier“. Herr Thumann, als kriminell gelten nur Verurteilte! Steuerstrafverfahren werden meistens *ohne* Urteil beendet.

Wenn Sie Ihre Meinung umsetzen wollen, warum fangen Sie nicht einfach mit den bekannten Fällen an? Als da wären:

- Siemens-Vorstand und -Aufsichtsrat, bei denen trotz Schmiergeldern und „Schwarzen Kassen“ kein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet, sondern nur eine „Ordnungswidrigkeit“ festgestellt wird;
- Unternehmen, die wegen Preisabsprachen von den Kartellbehörden belangt wurden;
- Unternehmen, die Abgeordnete oder anderes politisches Personal mit Geld bei Laune halten, denn auch Bestechung von Abgeordneten ist in Deutschland erlaubt;
- Unternehmen, die Fördergelder nach dem Wegfall der Voraussetzungen nicht umgehend zurückzahlen, zum Beispiel Nokia;
- Unternehmensvorstände, die sich selbst hohe Prämien oder Gehaltserhöhungen bewilligen, zum Beispiel der Vorstand der Deutschen Bahn um über 300 Prozent;
- Unternehmensvorstände, die ihre Sondervergütungen behalten, obwohl die Geschäftsgrundlage entfallen ist, zum Beispiel durch Wertverlust der Prämienbringer wie gerade jetzt bei KfW, IKB und allen Landesbanken.

Herr Thumann, dies alles ist nach meinem Empfinden gegen die Spielregeln! Hinter jeder dieser Entscheidungen steht mindestens *ein* Kopf. Diese ungesetzlichen Entscheidungen treiben sowohl die aktuellen Vergütungen wie auch die Ablösebedingungen bei einer Vertragsbeendigung nach oben. Betrug macht frei von Skrupeln: Geld schützt die im Unternehmen Hinterbliebenen!

Am besten, Herr Thumann, Sie fangen in Ihrem „Arbeitgeberverband“ an! In diesen Verbänden wird auch bekannt, was der Öffentlichkeit verborgen bleiben wird: die Lösung der Steuerhinterziehung durch Selbstanzeige. Damit ist keine Durchsuchung und kein Haftbefehl mehr nötig. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Der Ruf nach erhöhten Strafen ist eine Farce! Herr **Zumwinkel** ist weiter frei. Eine Million Euro hat er als Sicherheit hinterlegt. Sein geschätztes „Stiftungsvermögen“ in Liechtenstein beträgt über zehn Millionen Euro. Kürzlich, in Zusammenhang mit dem Mindestlohn, hatte Herr Zumwinkel einen außerordentlichen Ertrag von einigen Millionen Euro: Er hat sein Wissen ausgenutzt, dass der Kurs steigen würde, und von seinen Aktien verkauft. Herr Zumwinkel musste sich aber hinterher für sein Verhalten entschuldigen, wird von manchen Journalisten hervorgehoben.

Fazit: Für einmal entschuldigen kann Herr Zumwinkel sich noch mehrfach freikaufen! So wird jeder Ruf nach Strafverschärfung zur Farce. Nur eines möchte ich trotzdem gewahrt wissen: die Aufrechterhaltung der Unschuldsvermutung – auch für Herrn Zumwinkel und die anderen. Die 40-prozentige Gewinnexplosion des Geschäftsjahres 2006/2007 kam ohne diese schwarzen Gelder zustande! Registriert wurde der steuerpflichtige Gewinn bei den Unternehmern. Darum

Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Das politische Personal ist ebenfalls schuldig, denn Nichtstun macht mitschuldig! Die Schätzung, dass der Gesamtumfang der **Steuerhinterziehung** 30 Milliarden Euro beträgt, ist seit langem in Finanzkreisen gefestigt. Obenauf kommen die Möglichkeiten der Steuerschlupflöcher durch das unveränderte Verfahren der Umsatzsteuererstattung – obwohl unbestritten ist, dass hier Milliarden an Steuermitteln verloren gehen. Die vorliegenden Lösungsvorschläge der Betriebsprüfer werden ignoriert!

Die „Heuschrecken“ sind längst angekommen: Die Veräußerungserlöse von Zwangsversteigerungen durch „Heuschrecken“ führen nicht zu einer Steuerschuld in Deutschland, obwohl das Grundstück in Deutschland liegt und die Zwangsversteigerung in einem deutschen Gerichtsgebäude stattfindet. Die „Heuschrecken“ haben „ausgegründet“ und bleiben steuerfrei. Wird so der Fiskus betrogen? In großem Stil gehen jedenfalls dem Fiskus Gelder verloren!

„Heuschrecken“, das hört sich so fern, so exotisch an – doch die „Heuschrecke“, an die ich denke, ist eine Tochter der Deutschen Bank AG; ob direkt oder über die Immobilienbank der Deutschen Bank AG in New York, ist mir allerdings nicht bekannt. Über all diese Punkte gibt es weitere Informationen bei den vorherigen Bremer Montagsdemos. Wie Selbstanzeigen hoffentlich nicht ausgehen sollen, haben wir ebenfalls festgehalten: bei der Betrachtung, was im Fall Flick geschehen ist. Den Flick hatte Herr Thumann vergessen – oder schon vor langer Zeit ausgeschlossen?

Bremen bildet inzwischen wieder Betriebsprüfer aus. Wird die Hansestadt auch die Prüfungsrate bei den vielen Millionären und den etwas weniger vorhandenen Milliardären in Bremen erhöhen? Der Zoll an der Grenze zur Schweiz hatte 2004 sehr interessante Unterlagen beschlagnahmt. Sie sind kostenlos zu haben. Ich hoffe, dass die Bearbeitung nunmehr in Gang kommt. Die Oberfinanzdirektion Karlsruhe hatte diese Beschlagnahme untersagt!

Noch eins an das jetzt so „überraschte“ politische Personal: Es ist bei Firmenansiedlungen durchaus üblich, auf die „schwache Besetzung“ der Betriebsprüfungsstelle hinzuweisen und nach Begründungen für einen steuerlichen Nachteilsausgleich zu suchen. Beispiele: „Dieser Baugrund ist schlechter, der Mehraufwand kann von der Gewerbesteuer abgezogen werden“, „das Baugebiet liegt so unglücklich, da müssen wir Ihnen eine Brücke spendieren“, „die Räumung des Geländes erfolgt durch die Gemeinde, Sie kaufen das bauvorbereitete Grundstück“.

Dabei wird über Steuern und andere Rahmenbedingungen verhandelt, als ob es keine Gesetze gäbe. Die Unternehmen erfahren spätestens jetzt die Biegsamkeit der Rahmenbedingungen. Diese Verhandlungen werden vom politischem Personal geführt und gestaltet! Woher kommt jetzt diese Überraschung? Beugehaft, um eine Aussage über die Herkunft von Geld in Koffern zu erfahren, wäre bei Helmut Kohl angebracht gewesen! Oder war versteuertes Geld in diesen Koffern?

Dann wäre die Nennung der Erleichterten kein Problem. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. An den Pressesprecher des Bundesfinanzministers habe ich folgende Mail geschickt: Sehr geehrter Herr Albig! Ich möchte Sie auf folgende Begebenheit aufmerksam machen: Der Zoll an der Grenze zur Schweiz hat 2004 sehr interessante Unterlagen beschlagnahmt, die hoffentlich noch vorhanden sind. Die Oberfinanzdirektion Karlsruhe hat jedoch die **Beschlagnahme und Verwertung untersagt**.

Es gibt Leute, die zu viel Geld haben und das, was überflüssig ist, in der Schweiz einlagern, insgesamt etwa 150 bis 200 Milliarden Euro. Bei den Grenzkontrollen wurden von den Deutschen Zöllnern im Jahr 2004 Kontoauszüge von Schweizer Banken oder Nachweise anderer Art über circa 1,5 Milliarden Euro gefunden und als Kontrollmitteilung an die entsprechenden deutschen Finanzämter gemeldet. Somit war der Zoll sehr erfolgreich!

Doch per Anweisung der Oberfinanzdirektion Karlsruhe ist jetzt wie folgt zu verfahren: Die Kontrollen dienen dem Aufspüren von Geldwäschern, alle anderen Erkenntnisse sind zu ignorieren, auch wenn diese steuerrechtlich relevant sein könnten! Die Zöllner sind frustriert, von Finanzminister Eichel war keine Stellungnahme zu erhalten. Kein befragtes Mitglied des Bundestages kannte diese Anordnung. Auch für leere Kassen gibt es mehrere Gründe!

Über diese Zöllner und die Verwicklungen wurde zwei Mal im Fernsehen berichtet. Ich hoffe, Sie können die Angelegenheit klären und Steuerprüfungen einleiten! Ich würde die Fortsetzung dieser Geschichte gerne erfahren und erbitte daher Ihre Antwort für die Montagsdemo, denn ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Auch jetzt geht es weiter mit Geld, hohen Beitragszahlungen und einem Verschiebebahnhof mit löchrigen Gleisen: die Umleitung der Krankenkassenbeiträge durch den **Gesundheitsfonds**. Die Missstände wurden nicht beseitigt, alle Bedenken haben sich im Laufe der Monate verfestigt. Frau Merkel hat beschlossen: Es bleibt, wie es ist – der Gesundheitsfonds wird so umgesetzt! Die AOK hat bereits die Planung kritisch mitbegleitet, immer die Finger in die Wunden gelegt und die Ungereimtheiten öffentlich gemacht. Viele Nachbesserungen sind auf die „Kärrnerarbeit“ der AOKs zurückzuführen. Die AOK hat sich auch vom Beamtenpensionsgesetz nicht kleinkriegen lassen!

Auch der jetzige Torso Gesundheitsfonds kostet den Beitragszahler viel Geld. Trotzdem wird die Änderung nunmehr eingeführt, so der „Weser-Kurier“ vom 14. Februar 2008. Die Krankenkassen erhalten für jeden über ALG II Versicherten circa 50 Euro mehr Beitrag pro Monat, dann also etwa 165 Euro, und dies bei ungefähr drei Millionen Betroffenen, denn die AOK hat einen hohen Anteil an Versicherten unter den ALG-II-Empfängern. Die Krankenkassen erhalten durch diese Regelung somit 150 Millionen Euro monatliche Mehreinnahmen.

Dies ist jedoch Geld, dass ihnen über die Begleitgesetze zum ALG II *genommen* wurde! Damit wird auch ersichtlich, wie viel Geld der Rentenversicherung vorenthalten wird! Über den Gesundheitsfonds stehen weitere Infos bei den vorherigen Bremer Montagsdemos. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

7. Es geht weiter mit Geld! Das **Elterngeld** hat nur Vorteile, wenn wir der Werbekampagne von Frau von der Leyen glauben. Eine Ausnahme war aber bereits im Gesetzentwurf fest eingeplant: Auf Seite 5 steht der Finanzierungsplan für das Elterngeld. Daraus sind auch die Unterschiede zum Erziehungsgeld erkennbar: Bei den ALG-II-Betroffenen werden 50 Millionen Euro pro Jahr eingespart! Klarer kann eine Aussage über die Umverteilung nicht sein!

Hier noch ein kleiner Baustein im großen Mosaik: Die Bundespolizei, jene Behörde mit den neuen Aufgabenstellungen, erhält laut „Weser-Kurier“ vom 7. Februar 2008 automatisch die Daten aller Schiffspassagiere, die einen deutschen Hafen ansteuern; somit die Daten von 29 Millionen Menschen jährlich. Dies ist ein weiterer Schritt auf dem von der EU vorgegebenem Weg zum totalen **Überwachungsstaat**! Außerdem steht EU für Hartz IV, geschönte Statistiken und Vorratsdatenspeicherung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

8. Armut macht krank: Das Bremer Gesundheitsamt warnt vor „**Hartz-IV-Schimmel**“! Sehr geehrter Herr Hinrichs, in Ihrem Beitrag „Armut macht die Wohnung kalt“ im „Weser-Kurier“ vom 18. Februar 2008 gehen Sie von der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ der Freien Hansestadt Bremen aus. Diese schreibt eine Heizkostenpauschale vor, doch eine **Verwaltungsanweisung** ist keine Rechtsgrundlage, wie vom Verwaltungs- (Az. S3 V 755/06 vom 26. April 2006) und Oberverwaltungsgericht Bremen (Az. S1 B 182/05 vom 19. Juni 2006) festgestellt wurde. Demnach sind die Heizkosten von der Bagis oder Arge in voller Höhe zu übernehmen, es sei denn, sie kann „unwirtschaftliches Heizen“ der Betroffenen nachweisen.

Damit sind die Pauschalsätze für **Heizkosten** eigentlich bedeutungslos. Diese Urteile wurden vom DGB erstritten. Schon die Daten zeigen, dass die Verwaltungsanweisung (gültig ab 1. November 2007) erst nach diesen Gerichtsentscheidungen erlassen wurde. Frau Rosenkötter, die Senatorin für Soziales, respektiert diese Urteile nicht, und die Bagis setzt die Heizkostenpauschalen durch! Wer höhere Heizkosten hat und diese erstattet bekommen möchte, muss einen Antrag stellen, Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Weil dies nicht ganz so einfach ist, wie es sich liest, gehen wir auch mit zu den Ämtern! Die Übernahme von Energieschulden ist ein Thema für sich. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

9. Der **Armutsbericht 2007** für Bremen liegt vor. Er trägt den Untertitel: „Die soziale Spaltung der Stadt“. Eigentlich bedarf es keines Berichts mehr: Alle Fakten liegen seit Jahren auf dem Tisch. Es sind wiederum die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosengeld-II-Bezug und Schulbesuch, zwischen ALG-II-Bezug und Lebenserwartung und so weiter herauszulesen. Auch die Dynamik der Entwicklung wurde aufgezeigt. Wie in den Vorjahren wurde besonders die Lage der betroffenen Kinder herausgefiltert – und alles aufgrund der ALG-II-Daten!

Veränderungen zum nächsten Armutsbericht sind von der Politik eingeplant. Bereits jetzt werden die Kinder von Studierenden nicht mehr mitgezählt, weil es für diese Kinder Leistungen außerhalb des SGB II gibt. Es ist geplant, den Kinderzuschlag zu erhöhen. Damit hat sich die Armut eventuell ein wenig verringert, aber vor allem die Zahl der Kinder in ALG II wird spürbar zurückgehen. Die nächste Statistik soll damit ihrer Aussagekraft beraubt werden. Diese Zahlen hat Paul Schröder aufbereitet. Er wird auch die Änderungen einfangen. Er lässt sich nicht austricksen!

Dieser Armutsbericht hat die Zuhörer an das Wahlversprechen erinnert. Die BSAG jetzt ebenfalls: Das Sozialticket ist überfällig. Der Bericht zeigt: Die höchste Dichte an ALG-II-Betroffenen gibt es in den Randbezirken, in Tenever, Lüssum oder Huchting (Seiten 90 und 91)! Wie sollen diese Menschen ohne Fahrkarte in die Innenstadt gelangen, oder sollen sie draußen bleiben und so wenig wie möglich außerhalb ihrer Quartiere sichtbar werden?

Bernd Strüßmann hat die Wechselwirkungen der Armut gut herausgearbeitet. Diese Broschüre ist für jeden lesenswert, der sich mit der aktuellen Entwicklung der Gesellschaft beschäftigt. Wer keine Menschen mit Existenznot kennt, weiß weniger über die Problematik des prekären Lebens. Wegschieben, verdrängen, separieren ist keine Lösung: Die Quittung kommt später, aber heftiger! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Am **23. Februar 2008** wollen wir in **Bremen** ein **Treffen der norddeutschen Montagsdemos** durchführen und dabei unseren Mitstreitern von Göttingen bis Wilhelmshaven und Hamburg etwas von unserer Stadt zeigen, gemeinsam „Kohl und Pinkel“ essen und einen intensiven Erfahrungsaustausch abhalten. Treffpunkt ist um **11:45 Uhr** am **Hauptbahnhof** beim „Weg-mit-Hartz-IV“-Transparent.

Sittenwidrig: Fünf Euro Stundenlohn plus Verweis auf Arge *(„Tageszeitung“)*

Sklaverei: Rumänische Nokianer sollen 70 Stunden pro Woche schuften *(„Spiegel-Online“)*

Lokführer-Tarifverhandlungen stehen erneut vor dem Scheitern: Bisheriger Entwurf verstößt gegen Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer *(„Spiegel-Online“)*

Zehntausende streiken für acht Prozent mehr Lohn: Und Berthold Huber fällt ihnen in den Rücken *(„Rote Fahne News“)*

Steueroasenrecht: Übergabe Liechtensteiner Bankdaten an den Bundesnachrichtendienst ist eine „schwere Straftat“, Hinterziehung deutscher Steuern ein „Vergehen“ *(„Spiegel-Online“)*

„Notdienstverpflichtung“: In Berlin verbietet erstmals eine deutsche Landesregierung einen Warnstreik und kassiert vor Gericht eine Klatsche *(„Junge Welt“)*

Bürgerschaftskandidaten besuchen die Hamburger Montagsdemo

Nach über dreieinhalb Jahren war dies eine echte Premiere vor circa 80 länger verweilenden Teilnehmern und circa 150 Passanten, die minutenlang lauschten beziehungsweise sich am Offenen Mikrofon beteiligten. Von CDU, SPD, GAL und „Die Linke“ nahmen auf Einladung der Montagskundgebung Hamburg Bürgerschaftskandidaten unter anderem zu folgenden Fragen Stellung:

1. Wir wollen, dass Hartz IV ersatzlos gestrichen und die unbegrenzte Zahlung des Arbeitslosengeldes wieder eingeführt wird. Wie stehen Sie dazu?
2. Wir unterstützen die Forderung nach einem Sozialticket und fordern, Schluss zu machen mit der Umverteilung der wachsenden Steuereinnahmen in die Taschen der Konzerne wie Airbus beziehungsweise für Projekte wie die Elbphilharmonie und die U4. Wie stehen Sie dazu?
3. Wir fordern eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer auf einen Mindestlohn von 60 Prozent des Durchschnittslohnes, wie es die europäische Sozialcharta auch vorsieht. Das sind heute zehn Euro pro Stunde brutto. Wie stehen Sie dazu?

Schon vorweg: So richtig Positives konnte nicht mal Herr von Frankenberg (CDU) den Hartz-Gesetzen abringen, obwohl er sie tapfer verteidigte. Auch Wolfgang Rose (SPD), Landesbezirksvorsitzender von Verdi, machte geltend, dass er nicht viel von ihnen hält, obwohl er zugeben musste, dass die SPD diese Gesetze verabschiedet hat. Ähnlich nahm Martina Gregersen von der GAL Stellung. Sie betonte, dass sie der „lange Atem der Montagskundgebung“ beeindrucke. Sie vertrat, dass man jetzt die Regelsätze anpassen müsse, weil „auch die Preise gestiegen sind“. Ihre Kritik am SPD-Vertreter war, dass die versprochenen Nachbesserungen nicht eingehalten würden. Von den wählbaren Kandidaten traten einzig

Zaman Masudi und Wolfgang Joithe (beide „Die Linke“) klar für die Abschaffung von Hartz IV ein.

In der anschließenden Runde des Offenen Mikrofon kamen dann die Montagsdemonstranten zu Wort. Eine Vertreterin des „Frauenverbands Courage“ aus Hamburg machte deutlich, dass nicht „schöne Worte“, sondern Taten zählen: „Hartz IV muss weg, gerade weil sich die Armut in den Familien immer weiter ausbreitet. Immer mehr Frauen wissen nicht, wie sie ihre Familie ernähren sollen.“ Das ist ihre unmittelbare Erfahrung als Kindergärtnerin. Sie war sich sicher: „Das Geld ist da und zwar bei den großen Konzernen!“

Diese Auffassung unterstützte ein Sprecher der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, die sich an der Bürgerschaftswahl nicht beteiligt. Er bekräftigte die Auffassung, „dass wir nur Erfolg haben, wenn wir für unsere eigene Zukunft selber kämpfen“. Seiner Meinung nach kann dies nur eine sozialistische Zukunft sein. Mit einem schönen selbstgemachten Transparent („Um unsere Zukunft kämpfen wir!“) meldeten sich die MLPD-Nachwuchsorganisationen „Rotfüchse“ und „Rebell“ zu Wort.

Dass Wirtschaftswachstum an sich für die einfachen Leute keine Zukunftsperspektive ist, betonte ein kämpferischer Eisenbahner: Wenn es einfach danach ginge, hätte sich die Lage der Menschen gerade in den letzten Jahren deutlich verbessern müssen. Aber das Gegenteil ist der Fall, denn seit den siebziger Jahren erleben die Arbeiter einen massiven Lohnverlust. Gerade der Kampf der Lokführer hat gezeigt, dass man für offensive Forderungen erfolgreich kämpfen kann, wenn man sich der Profitlogik nicht unterordnet.

Andere Montagsdemonstranten kritisierten, dass die Parlamentarier sich selbst die Diäten erhöhen und für die Hartz IV-Betroffenen nur zynische „Ernährungsratschläge“ übrig haben, wie aktuell der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin.

Die Unterstützung der Forderung nach einem Mindestlohn durch Wolfgang Rose (SPD) war den Montagsdemonstranten sicher recht. Aber warum blieb er dann in der Höhe so unkonkret? Sorgen machten sich Montagsdemonstranten auch, wohin sich die Gesellschaft noch entwickeln soll, wenn sich die sozialen Gegensätze weiter verschärfen. Ängste vor einem Dritten Weltkrieg oder einem Bürgerkrieg wurden angesprochen.

Dass Wirtschaftswachstum und -förderung gerade auf Kosten der Arbeiter durchgesetzt werden, zeigt sich deutlich am Beispiel des Airbus-Sanierungsprogramms „Power 8“, durch das in Hamburg sogleich eine große Zahl von Leiharbeitern ihren Job verloren haben. Das bekräftigte auch Zaman Masudi („Die Linke“), die auch die drastischen Folgen für die natürlichen Lebensgrundlagen durch die Landebahnerweiterung und das Zuschütten des Mühlenberger Lochs kritisierte.

Insgesamt konnten sich alle ein lebendiges Bild von der durch die Bürgerschaftskandidaten vertretenen Politik machen. Die Montagsdemonstranten beeindruckten als kompetente „neue Politiker“ und Experten in einem breiten Spek-

trum politischer, nicht nur sozialer Fragen. Sie nahmen sich auch die Freiheit, über den Tellerrand des Parlaments hinauszudenken – im Sinne einer echten gesellschaftsverändernden Alternative: für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, mit Elementen der direkten Demokratie, wie sie mit dem Offenen Mikrofon und den Abstimmungen auf der Straße eingeübt werden.

Sogar Herr von Frankenberg (CDU) kam nicht umhin, sich für den solidarischen Umgang miteinander zu bedanken: „Obwohl ich weiß, dass hier viele anderer Meinung sind, hat man mich aussprechen lassen und nicht niedergepfiffen. Das Offene Mikrofon ist sicher eine bedeutende demokratische Einrichtung“, zog er zum Schluss sein Fazit. Darum forderte ihn der Moderator der Montagskundgebung auch auf, sich im Senat für die Beseitigung der Beschränkungen durch die Versammlungsbehörde einzusetzen.

Zuschrift von Jörn Bader (Montagsdemo Hamburg)

Der olle Beust leistet der Steuerhinterziehung Vorschub: Unter seiner Regentschaft wurde die Zahl der Steuerfahnder in Hamburg reduziert *(„Die Welt“)*

Steuerflucht und Uranbomben

Neuerdings ist aus den Prachtvillen der privilegierten Wohngegenden ein seltsames Geräusch zu vernehmen: Das Angstschlottern der Milliardäre vor der Steuerfahndung! Der Staat würde jetzt „hart durchgreifen“, tönt es landauf, landab aus SPD-Zentralen und aus den Medien. So wie bei den Hartz-IV-Betroffenen? Oder wird nun endlich mittels „bundesweiter Zasterfahndung“ den wahren Sozialschmarotzern „die Hölle heiß gemacht“? Das wäre übrigens ein durchaus adäquater Verbannungsort als Strafe für diese Herrschaften! Gut vorgewarnt können sie aber leider in aller Ruhe abwarten, bis sich der Sturm gelegt hat, wohl wissend, dass den Fahndern dank ihrer Steuerflucht erstens Geld und Personal und zweitens auf Dauer der Mut fehlen wird. Ist das Ganze nur eine wohlinszenierte Show, um von ganz anderen Dingen abzulenken? Von neuen Verschärfungen bei Hartz IV beispielsweise, wofür die „Blöd“-Zeitung gerade mit übelster Stimmungsmache den Boden bereitet hat, oder ganz allgemein für einen viel weitergehenden Schlag gegen die demokratischen Grundrechte?

Mit dem Stichwort Hartz IV wären wir bei den Untaten der Schröder-Regierung. Diese hatte zwar 2002 aus wahltaktischen Gründen ihre Teilnahme am

Irak-Krieg lautstark „verweigert“, in Wahrheit jedoch heimlich 60 bis 70 Bundeswehrsoldaten an der Seite von US-Einheiten an Kriegshandlungen mit Uranwaffeneinsatz teilnehmen lassen. Um den Unmut der US-Regierung zu beschwichtigen und gleichzeitig hier die Öffentlichkeit zu täuschen, wurden die Soldaten vorübergehend bei der Bundeswehr ausgemustert mit der angeblichen Zusage, sie nach dem Einsatz wieder „einzumustern“. Wie der Journalist Christoph Hörstel in der Züricher Wochenzeitung „Zeit-Fragen“ berichtet, wurde ein ganzer Infanterie-Zug auf diese Weise als Kanonenfutter der USA im Irak verstrahlt. Nach Aussagen eines erkrankten Unteroffiziers starb die Hälfte der Soldaten nach dem Einsatz an Krebs. Hörstel schreibt weiter, dass es neben dem Vorwurf des politischen Falschspiels einen womöglich noch schwerer wiegenden Gesichtspunkt gebe. Es sei nämlich kaum anzunehmen, dass die Führungsspitzen der beiden Armeen nicht gewusst hätten, welcher Art der Einsatz der „Leihsoldaten“ sein sollte. Mit Sicherheit war er geeignet, so Hörstel, US-Truppenteile von derart verlustreichen militärischen Operationen zu entlasten. Dem Risiko der tödlichen Verstrahlung sei sich damals auch die Bundesregierung bewusst gewesen.

In Afghanistan sind nach Schätzungen von Professor Albert Stahel, Dozent für Strategische Studien an der Uni Zürich, die Hälfte aller eingesetzten US-Bomben Uranbomben – was das Pentagon bestreitet. Die Bundeswehr leistet hier im wahrsten Sinne des Wortes Schützenhilfe durch den Einsatz ihrer Tornado-Aufklärer. Die betroffenen Menschen leiden extrem unter den bekannten Folgewirkungen. Schwer geschädigte Kinder sterben in den Krankenhäusern nur wenige Tage nach der Geburt unter furchtbaren Schmerzen. Wer dies in Afghanistan an die Öffentlichkeit bringt, muss nach Aussagen von Doktor Miraki, Leiter des „Women-Hospital“ in Kabul um sein Leben fürchten. Repressalien verschiedenster Art seien an der Tagesordnung. Daher trauten sich Eltern nicht, ihren und ihrer Kinder Namen zu nennen, Ärzte wollen sich nicht an Untersuchungen beteiligen, und Klinikleitungen wollen die Untersuchungen nicht anordnen. Hörstel stellte fest, dass dies auch ein von Deutschen geführtes und finanziertes Kabuler Krankenhaus bestätigt.

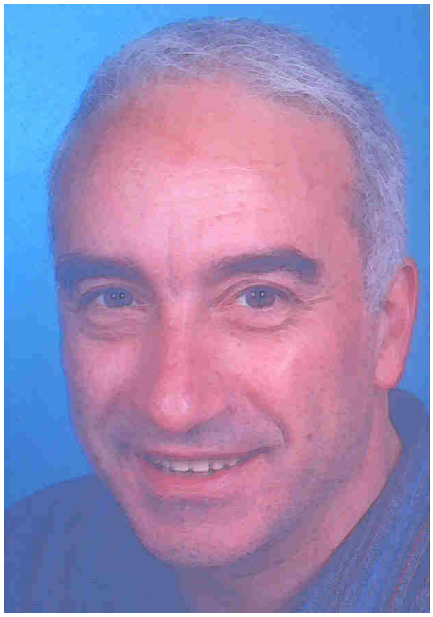
Der Einsatz von Uranwaffen ist ein eklatanter Bruch von Menschen- und Völkerrecht! Die Bundesrepublik macht sich durch ihre Beteiligung mitschuldig an diesem beispiellosen Verbrechen. Daher die dringende Forderung an den Bundestag, einer Verlängerung des Isaf- und Tornadoeinsatzes nicht zuzustimmen, weil dies weitere Uranwaffenverwendung zwangsläufig unterstützt. Die Friedensbewegung wird auch diese Art der Kriegsführung zum Thema machen und auf eine internationale Ächtung von Uranwaffen und Splitterbomben dringen. Darüber hinaus bleibt der vollständige Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan auf der Tagesordnung!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Alle sechs Monate: Nazi-Anschlag auf Bremer Infoladen *(„Tageszeitung“)*

Weg mit der Kürzung bei Frauen-Projekten durch den Bremer Senat!

Letzte Woche war im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass der Bremer Senat massive Kürzungen bei Frauen-Projekten vornehmen will. Betroffen sind so wichtige Einrichtungen wie die Beratungsstelle zum Ausstieg aus der Prostitution, der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, das Krebsregister, die Mütterzentren in Tenever, Vahr, Blockdiek und Huchting und das Mädchenhaus in Bremen. Die Kürzungen sind so massiv – sie gehen teilweise bis zu 50 Prozent der Mittel –, dass die weitere Existenz dieser Frauen-Projekte bedroht ist.



Es sind sowieso die Frauen, die in dieser Gesellschaft besonders benachteiligt werden. Das Grundgesetz sichert ihnen zwar Gleichberechtigung zu, in Wirklichkeit gibt es sie aber nur auf dem Papier: Frauen bekommen für denselben Job 30 Prozent weniger Lohn als Männer, viele Frauen stecken in einer täglichen Zerreißprobe durch die Doppelbelastung von Beruf und Familie. Und durch die Umverteilungspolitik von unten nach oben werden immer mehr soziale Aufgaben auf die Familien abgewälzt, die vor allem von den Frauen getragen werden müssen. Wie ein Hamster im Rad kümmern sie sich um Kindererziehung, häusliche Altenpflege und die Last der Hausarbeit – oftmals mit Mini-Jobs oder Mini-Rente.

Diese Zustände müssen sich ändern – dafür sollten wir gemeinsam kämpfen! Ich schlage vor, dass bei einer der nächsten Montagsdemos die Situation der Frauen und der Kampf um echte Gleichberechtigung und Befreiung zum Thema gemacht wird. Wir könnten zum Beispiel den Internationalen Frauentag am 8.März dazu nutzen. Außerdem sollten wir eine Erklärung der Bremer Montagsdemo herausgeben, in denen wir die Kürzungspläne des Senats ablehnen und die Proteste der betroffenen Frauen-Projekte unterstützen. Und ich möchte euch über die Weltfrauenkonferenz informieren, die von Basisfrauen für 2011 in Venezuela vorbereitet wird. Wer sich dafür interessiert, kann im Internet mehr über dieses begeisternde Experiment erfahren.

Harald Braun

Mit „Deutschem Gruß“: Delmenhorster Musiklehrer lässt Zehntklässler Hitler-Hymne einüben *(„Tageszeitung“)*

Fünfter Anschlag in Folge: Jugendbildungsstätte, die Seminare zum Thema Rechtsextremismus durchführt, mit Steinen beworfen *(„Tageszeitung“)*

Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander

Die Zahlen der Menschen und Familien, die sich bei der „Tafel“ und bei Suppenküchen ihre Lebensmittel und Nahrung holen müssen, wird immer größer. Allein im letzten Jahr ist die Zahl der Nutzer der „Tafeln“ um 300.000 auf über eine Million gestiegen. An manchen Tagen stehen nicht genügend gespendete Lebensmittel zur Verfügung.

Immer mehr Menschen können vom Ertrag ihrer Niedriglohn-Arbeit nicht leben und sind auf Sozialunterstützung angewiesen. Die Arbeitsgemeinschaften – in Bremen Bagis genannt – wenden immer öfter und schärfer ihre Drangsalierungen und Kürzungen an, um die stark ansteigenden Kosten zu drücken. Die Politik stempelt jeden Hartz-IV-Empfänger grundsätzlich zum Alkoholiker ab. Diese Beschimpfung ist nichts anderes als üble Volksverhetzung!

Auf der anderen Seite wird die Zahl derer, die sich wie Post-Manager Zumwinkel verhalten, „um den Hals noch voller zu bekommen“, ebenfalls immer größer. Legale und illegale Wege, Steuern zu umgehen und zu hinterziehen, werden millionenfach beschritten. Ganze Staaten – wie die Schweiz und Liechtenstein – und Dienstleistungsbereiche sorgen dafür, dass das geräuschlos passiert. Die Steuerämter werden gerade da immer mehr ausgedünnt, wo eine Kontrolle am sinnvollsten und leichtesten wäre. So kommen immer mehr Gutverdienende in die Versuchung, „auch ihren Teil zu sichern“.

Die Politik sogt sich, die „Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft“ gerieten „in Gefahr“, und zeigt sich empört über das „Fehlverhalten“ solcher „Vorbild“-Gestalten. Die Medien wollen uns immer noch eine fast heile Welt vorgaukeln, aber der Loslösungsprozess von diesem kapitalistischen System wird bis in die Köpfe der sogenannten Mittelschicht immer größer. „Bei dem Ganzen wird einem immer unwohler“, hörte ich einen ehrlichen Menschen sagen. Aber Wahlen wie am kommenden Sonntag in Hamburg, das weiß jede(r), entscheiden nicht wirklich, wie es weitergeht.

Die arbeitenden Menschen, die gewerkschaftlich aktiv sind, werden die Tarifrunde in der Stahlbranche oder im öffentlichen Dienst schon nutzen, um ihre Forderungen richtig anzubringen. „Nicht lange zappeln“, haben die Kollegen der BVG in Berlin gesagt und zwei Tage gestreikt. Der Berliner Senat aus SPD und PDS war geplättet. Die Sympathie und Solidarität der Bevölkerung waren groß: Spontan haben die Autofahrer an den Haltestellen Wartende aufgenommen und mitgenommen.

Herr Schäuble und die „öffentlichen Arbeitgeber“ sind entrüstet, dass Verdi gleich so „loslegt“: „Fünf Prozent sind doch ein tolles Angebot, und ein Stündchen länger arbeiten in der Woche, das ist doch halb so schlimm!“ Das Arbeitgeberangebot ist nichts als eine Mogelpackung: Über den ganzen Zeitraum mit allen Stufungen von „Erhöhung“ und Arbeitszeitverlängerung kämen in einer bestimmten Gehaltsgruppe bei einem Stundenlohn von 11,77 Euro gerade mal zwei Cent Erhöhung heraus. Herr Schäuble und seine Parlamentskollegen, die sowieso in einer viel höheren Gehaltskategorie sind, haben sich ohne große Diskussion mal eben 9,4 Prozent Diätenerhöhung gegönnt!

Der Kampf der Werktätigen ist für die ganze Gesellschaft da. Unterstützen wir diesen Kampf, wo wir nur können! Ob Rentner oder Arbeitsloser, alle werden mitgerissen, und sie alle können Teil eines neuen Aufschwungs der Kämpfe in großem Umfang werden. Mal sehen, wohin die Reise geht!

Jobst Roselius

Schluss mit dem Reibach mit Ein-Euro-Jobbern: Bremer Senat kürzt Trägerpauschale um 40 Prozent *(„Tageszeitung“)*

Professor Unsinn zu „Blöd“

Es nützt uns nichts, die „Bild“-Zeitung zu zerreißen. Es stellt sich die Frage: Wie können wir verhindern, dass die neoliberalen Lügen die breite Masse der Menschen erreichen? Was für eine Strategie steckt hinter dieser Verleumdungskampagne? Wer sind ihre Drahtzieher?

Die „Bild“-Zeitung gehört zu einem Großkonzern, der das Ziel hat, den Gewinn zu maximieren. Wie kann er dies am allerbesten erreichen? Es wird durch die „Bild“-Zeitung eine Kampagne gestartet, die arbeitslose Menschen diffamiert und in der Öffentlichkeit bloßstellt, um gegen sie Stimmung zu machen – mit der Absicht, sie trotz Armut zum Arbeiten zu zwingen. Wir sollten uns fragen: Wollen wir Arbeit um

jeden Preis? Wie können wir das Leben so gestalten, dass die Arbeit sinnvoll ist, ohne dass die Menschen dadurch zerstört werden und daran zugrunde gehen?

Im Buch „Medienmacht und Widerspruchserfahrung“ ist zu lesen: Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben. Man kann die Lüge so lange behaupten, wie es dem Staat gelingt, die Menschen von den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konsequenzen der Lüge abzuschirmen. Deshalb ist es von lebenswichtiger Bedeutung für den Staat, seine gesamte Macht für die Unterdrückung abweichender Meinungen einzusetzen. Die Wahrheit ist der Todfeind der Lüge, und daher ist die Wahrheit der größte Feind des Staates.“ So dachte Joseph Goebbels, Propagandaminister der Nazis.

Die „Bild“-Zeitung und andere Medien, die den neoliberalen Ungeist verbreiten, belügen und betrügen die breite Bevölkerungsmehrheit in dem Sinne, dass eine kleine Minderheit von Reichen sich weiter bereichern kann. Der Staat vertritt die Interessen der Reichen, gibt uns aber vor, *unsere* Interessen vertreten. Doch er handelt im Gegenteil, indem er den Reichen gibt, in Form von Steuergeschenken, und einseitig die Armen belastet!

Rosa Luxemburg spricht von der „Freiheit der Andersdenkenden“. Diese hat ihre Grenze, wenn Zeitungen neoliberale Lügen verbreiten! Die Studentenbewegung forderte 1968 die Enteignung des „Springer“-Verlages. Wir sind aufgerufen, für diese berechtigte Forderung einzutreten und zu kämpfen! Die Beschäftigten von „Springer“ sind aufgerufen, den Verlag zu übernehmen und eine Presse herauszugeben, die keine Lügen mehr verbreitet!

In der „Bild“-Zeitung vom 12. Februar 2008 ist unter anderem „die große Hartz-IV-Diskussion“ zu lesen: „Arbeiten? Ich bin doch nicht blöd!“ Auf Seite 2 folgt „Die große Job-Diskussion in Deutschland“: „Wozu Arbeiten? Hartz IV reicht doch!“ Experten fordern, Arbeitslose mehr zu fordern. Professor Unsinn zu „Blöd“: Der Staat lässt nur 100 Euro eigenen Verdienst zu. Für jedem Euro, den man mehr verdient, werden 80 Cent vom Hartz IV abgezogen. Wer 5 Euro pro Stunde netto verdienen will, braucht 25 Euro brutto, damit es sich lohnt, denn 20 Euro kassiert der Staat. Aber Jobs für 25 Euro gibt es kaum. Das ist der Hauptgrund für die Arbeitslosigkeit!“

Auch Professor Thomas Sträubhaar, Chef des „Ieh, Weh-Weh, Ha!“-Instituts, sieht Hartz IV als Bremse bei der Jobsuche: Der Abstand zwischen einem Leben mit und ohne Job ist ganz offensichtlich zu gering! Seine Forderung lautet: Dass die enorm hohen Belastungen durch die Lohnnebenkosten einen breiten Keil zwischen Brutto und Netto treibe, müsse sich ändern, indem die beitragsfinanzierten Sozialversicherungssysteme durch steuerfinanzierte Grundsicherungsmodelle ersetzt werden.

Der „Wirtschaftsweisen“-Chef fordert jetzt mehr Druck von den Arbeitsagenturen. Professor Rühr-Up zu „Blöd“: „Im Gesetz steht, dass Hartz-IV-Empfänger jede zumutbare Arbeit annehmen müssen. Diesen Grundsatz in der Praxis durchzusetzen, ist die Aufgabe der Arbeitsvermittler. Zudem machen die Hinzuverdienst-

Regelungen Minijobs im Vergleich zu einer regulären Beschäftigung viel zu attraktiv!“

Die Ausgabe vom 13. Februar 2008 schlagzeilt auf Seite 1: „Job-Vermittler klagen an: Zu viele Arbeitslose drücken sich vor der Arbeit!“ Alle, die sich in der „Blöd“-Zeitung zu Wort melden, sind selbst nicht von den Hartz-Gesetzen direkt betroffen, sondern sie haben geholfen, sie durchzusetzen. Sie profitieren indirekt davon, denn setzt sich der Niedriglohnsektor durch, werden die Profite der Konzerne gesteigert.

Im „Arbeitnehmerkammer“-Bericht „Armut in Bremen – hilfebedürftig trotz Arbeit“ ist zutreffend vermerkt: „Die Bundesregierung hat sich bei der Festlegung des im SGB II geregelten Bedarfsniveaus nicht den Werten angeschlossen, die von der EU für die von ihr ermittelte relative Armutsschwelle zugrunde gelegt werden. Gemessen am EU-Standard ist das in Deutschland festgelegte Bedarfsniveau also bereits im Ausgangspunkt nicht armutsfest. Verlängert man diesen Befund auf die Leistungsbemessung und Zuwendung, dann wird deutlich, dass deutsche Leistungsbezieher(innen) nicht das sozio-ökonomische Existenzminimum erreichen.“

Es ist eigenartig, dass in der öffentlichen Debatten selten die mickrigen Löhne zum Thema gemacht werden. Stattdessen müssen sie immer öfter als Anlass für Debatten über die „Angemessenheit“ der Höhe des staatlich fixierten Versorgungsniveaus herhalten. Die Antwort auf diese Frage kann nur darin bestehen, dass die regierungsamtliche Politik sich bislang wenig am sinkenden Niveau gesellschaftlicher Durchschnittslöhne und Gehälter sowie der einhergehenden Verminderung der Konsumtionskraft der Arbeiternehmer(innen) gestört hat, sondern an der Höhe der Kosten, die für die Deckung des Bedarfs der Hilfebedürftigen zu veranschlagen sind. Insofern liegt der Schluss nahe: Das allgemeine Lamento über den „Leistungsmissbrauch“ dient letztlich nur dazu, den Druck auf die Hilfebedürftigen und mögliche Leistungskürzungen ideologisch vorzubereiten.

Die „Bild“-Zeitung verbreitet hier Lügen in Sinne all derer, die Niedriglöhne wünschen, um ihre Profite zu mehren! Hartz-Gesetze und Agenda 2010 spiegeln die Interessen der Reichen wider. Es stellt sich die Frage: Wenn es laut Aussage von „Bild“ den Menschen mit 347 Euro in Monat zu gut geht, wieso gibt es dann materielle und Bildungsarmut in Deutschland? Für die Arbeitnehmer(innen) bedeutet das kurzfristige Lohnsteigerungen: Sie zahlen keine Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme. Doch was geschieht, wenn sie krank, berufsunfähig, arbeitslos, alt werden? Dann stehen sie mittellos da. Sie können auf der Straße verrecken!

Die Arbeitgeber müssen keine Beiträge mehr einzahlen, und ihre Profite steigern sich auf Kosten der Beschäftigten. Die Arbeitgeber sind für das Alter in der Regel abgesichert. Von ihnen wird vorgeschlagen, aus steuerlichen Mitteln eine Grundsicherung zu bezahlen. Doch die Spitzenverdiener zahlen immer weniger Steuern. Allein durch die Vermögensteuer, die seit 1995 nicht mehr erhoben wird, fehlen Bremen im Jahr 100 Millionen Euro. Das dürfen Behinderte und arme Men-

schen mit massiven Sozialabbau bezahlen, da die Kommunen und Länder immer weniger Geld vom Bund erhalten!

Wer also profitiert von einer aus steuerlichen Mitteln finanzierten Grundsicherung? Das sind die Arbeitgeber, die Reichen, die keine Beiträge mehr in die sozialen Absicherungssysteme entrichten müssen und immer weniger Steuern zahlen! Die Reichen gehören dazu verpflichtet, in die Renten- und Krankenversicherung einzuzahlen und Vermögensteuer für eine Bürgerversicherung zu entrichten, wie es die SPD und der DGB im Bundeswahlkampf 2005 forderten. Nur will die SPD heute nichts mehr davon wissen!

Unsere Aufgabe stellt sich darin: Welche Strategien können wir entwickeln, um den Kampf für die Enteignung des „Springer"-Verlags und privater wie öffentlicher Medien zu entwickeln und eine neoliberale Manipulation und Verbreitung von Lügen im faschistischen Sinne zu verhindern? Um für eine solidarische Gesellschaft zu kämpfen, in der Starke den Schwachen helfen und der Reichtum gerecht verteilt ist?

Die Erwerbsloseninitiativen fordern zehn Euro in der Stunde als Mindestlohn, die Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro in Monat und die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollen Lohn- und Personalausgleich. Wer die Armut bekämpfen will, kämpft für diese Ziele! Für eine gerechte Verteilung des Reichtums!

Bettina Fenzel (parteilos)

Dummer, frecher, alter Mann: Beck's notorische Nichtrasur *(„Spiegel-Online")*

Stigmatisierung: Ein-Euro-Jobs sind was
für Drogenabhängige und Haftentlassene *(„Tageszeitung")*

Nicht ganz sauber: Putzfirma zockt Staat ab *(„Spiegel-Online")*

Vom Sozialstaat zum Almosen- und Suppenküchenstaat

1. In der vergangenen Woche trieben es Gazetten wie die „Blöd"-Zeitung mit der Hetze gegen uns Erwerbslose mal wieder auf die Spitze. Ja, es stimmt, dass viele Arbeitnehmer weniger Geld als Hartz-IV-Empfänger bekommen. Statt zu erkennen, wie groß der Bedarf an einem angemessenen, einheitlichen Mindestlohn ist, um die sich ausbreitende Pest von Dumpinglöhnen endlich einzudämmen, wird gegen uns gehetzt mit: „Da kann man ja gleich im Bett liegen bleiben!" und: „Für immer mehr Beschäftigte lohnt sich die **Arbeit** nicht mehr. Denn mit Hartz IV stehen viele finanziell besser da als mit einem Vollzeitjob."

Es wird behauptet, die Studie des „Instituts für Weltwirtschaft“ enthülle, dass ein Paar mit drei Kindern einen Bruttoarbeitslohn von 2567,89 Euro bekommen müsse, um netto genauso viel zu haben wie eine vergleichbare Hartz-IV-Familie. Die Studie: „Insgesamt sind die benötigten Brutto-Einkommen gerade bei Haushalten mit Kindern so hoch, dass nur bei gut bezahlten Stellen ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme besteht.“ Wer arbeite, sei ein „**Idiot**“. Vor allem für Geringqualifizierte lohne es sich nicht, eine Stelle anzunehmen, weil unterm Strich bei Geringverdienern kaum oder gar nicht mehr Geld rauskomme.

Dabei würden die allermeisten von uns Erwerbslosen ja gerne wieder gegen Entgelt arbeiten, wenn man uns nur ließe. Volksverhetzung als Volkssport! Eine ge„bild“ete Gesellschaft zeigt Härte gegenüber den Schwachen, Armen, Kranken, Behinderten und Alten. Wäre es nicht so traurig, könnten wir über die Klugschwätzer lachen, die nur so lange Faxen machen, wie sie die harte Realität der „sozialen Hängematte“ nie selbst erleben mussten. Das „Schaukeln“ darin ist längst zu einem Drahtseilakt über einer Rasierklinge avanciert, mit links und rechts geifernden Mitbürgern, die uns nicht den Dreck unter dem Fingernagel gönnen möchten.

Heutzutage erschleichen sich vielmehr zahlreiche Unternehmer Sozialleistungen, indem sie permanent die Löhne senken. Insofern ist die Kampagne der „Blöd“-Zeitung beschämend und heuchlerisch zugleich. Gerade der „Springer“-Verlag ist ein Beispiel für den Abbau von Arbeitnehmerrechten und Bezahlung mit Hungerlöhnen. „Springer“ zeigt sich erneut als Sprachrohr von Kreisen, denen auskömmlicher Lohn und Arbeitnehmerrechte ein Dorn im Auge sind. Statt die skandalösen Niedriglöhne und die gleichzeitige Mitnahmementalität vieler Arbeitgeber anzuprangern, werden erneut Menschen vorgeführt, die kaum am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können!

2. Es kommt noch schlimmer: Nach Erkenntnissen des Rechnungshofs erhalten vier von zehn ALG-II-Empfängern „**zu hohe Leistungen**“. Sie liegen im Schnitt angeblich um 119 Euro über dem Satz, der von der jeweiligen Grundsicherungsstelle als „angemessen“ festgelegt wird. Jetzt leben diese Hartz-IV-Empfänger auch noch in zu großen Wohnungen!

Der Bundesrechnungshof hat derlei „gravierende Mängel“ bei der staatlichen Unterstützung von Langzeitarbeitslosen gerügt. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am Freitag unter Berufung auf eine Untersuchung der Bonner Behörde, dass die Zuschüsse für Miete und Heizkosten oft falsch oder sogar rechtswidrig berechnet und ausgezahlt würden. Nach Angaben der CDU verschwendet der Staat dadurch pro Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag. Die Behörden gehen nach Meinung des Rechnungshofes zu zögerlich gegen diese vermeidbaren Ausgaben vor.

Langzeitarbeitslose dürften insgesamt nur sechs Monate lang „unangemessen hohe Kosten“ für die Wohnung oder Heizkosten geltend machen. Nach den Worten des haushaltspolitischen Sprechers der Union, Steffen Kampeter, sei es realistisch, einen hohen dreistelligen Millionenbetrag für die entstandenen Mehrkosten zu veranschlagen. Hartz IV sei zu einer großen, zum Teil rechtswidrigen Ausweitung sozialer Leistungen geworden, sagte er der „Süddeutsche Zeitung“. In vielen Kommunen werde eine stillschweigende „Ausbeutung des Sozialstaates“ betrieben. Das sei den 40 Millionen Arbeitnehmern, die mit ihren Steuergeldern dafür aufkämen, „nicht zuzumuten“.

Wenn aber die **Mietobergrenzen** derartig verantwortungslos unrealistisch zu niedrig angesetzt werden, ist es fast unvermeidlich, sie nicht durch Konfrontation mit der Realität zu „überschreiten“!

3. Die Bremer **Suppenküchen** haben bestimmt einen derartigen Zulauf, weil Hartz IV so „üppig“ ausfällt, denn immer mehr Hilfsbedürftige in Bremen und Niedersachsen nehmen deren Angebote in Anspruch! Nach Angaben der „Diakonie“ in Hannover ist ihre Zahl allein seit vergangenem Dezember um etwa 30 Prozent gestiegen. „Bislang waren es nur die Wohnungslosen, die zu uns gekommen sind“, sagt „Diakonie“-Pastor Hans Martin Joost. Immer häufiger kämen allerdings auch Arbeitslosengeld-II-Empfänger und Menschen *mit* Arbeit, deren Einkommen nicht für ein warmes Essen ausreiche.

Diese Erfahrung haben auch die Verantwortlichen der Begegnungsstätte „Bremer Treff“ gemacht. Ein Sprecher der Einrichtung sagte, es seien im Vergleich zum vergangenen September etwa zehn bis zwanzig Prozent mehr „Gäste“ pro Tag da. Aufgrund der zunehmenden Armut müsse davon ausgegangen werden, dass die Zahl von mehr als 14.000 zubereiteten Essen pro Jahr schon bald nicht mehr ausreicht. Die „Caritas“-Verbände in Bremen und Bremerhaven haben auf diese Entwicklung bereits reagiert: In diesem Jahr wird die speziell für die Wintermonate eingerichtete mobile Essensausgabe in Bremen etwa sechs Wochen länger unterwegs sein als ursprünglich geplant.

Der Bereichsleiter der Wohnungshilfe der „Inneren Mission“ bestätigte diesen Trend. Er sagte, die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander. Vor allem ältere, alleinstehende Frauen griffen immer häufiger auf die sozialen Essensangebote zurück. Die unsoziale Politik der Großen Koalition und die Hartz-Gesetze stehen für die Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung und die Zerschlagung des Sozialstaats – hin zum Almosen- und Suppenküchenstaat.

4. In Bremen wird etwa 5.000 Niedrigverdienern von den Banken ein **Girokonto** verweigert. Kein Konto zu haben erschwert das Leben ungemein. Teuer ist es dazu. Leider ist die Selbstverpflichtung der Banken, allen ein Konto auf Guthabensbasis zu gewähren, nicht mehr als heiße Luft. So müssen viele Hartz-IV-Empfänger pro Überweisung an den Vermieter oder die Stadtwerke um die fünf

Euro bezahlen, was einem Tagessatz gleichkommt, von dem sie eigentlich ihr tägliches Auskommen finden sollen.

Vielen „Klienten“ wird ein Guthabenkonto verweigert, weil sie einen negativen Schufa-Eintrag haben. Das hat für die Betroffenen oft fatale Konsequenzen. Die Banken sperren sich, weil angeblich die Konten von verschuldeten Menschen besonders überwacht werden müssen: Es könne ja etwas gepfändet werden. Welche Gründe auch immer angeführt werden, letztlich geht es um die Profitorientierung der Banken: Mit Hartz-IV-Empfängern lässt sich kein Geld verdienen. Sie nehmen keinen Kredit auf, und weil sie ihr Konto nicht überziehen dürfen, fallen auch sonst keine Zinsen an. Man kann ihnen keine Spar- oder Bausparverträge aufschwatzen. Arme sind als Kunden einfach unattraktiv!

Viele beschaffen sich statt eines Girokontos ein Sparbuch. Allerdings kann ein solches auch unterhalb der Pfändungsgrenze gepfändet werden. Ansonsten bleibt nur, alles in bar auf fremde Konten einzuzahlen – mit den entsprechenden Gebühren, versteht sich.

5. Wird von uns vielleicht eher ein „sozialverträgliches Ableben“ erwartet, ganz nach dem Vorbild eines Erwerbslosen aus Hannover? Seit Oktober 2007 hatte der 58-Jährige kein Arbeitslosengeld mehr erhalten und sich daraufhin wohl zum „freiwilligen Hungertod“ entschlossen.

Er fuhr mit seinem Rad in den Solling, wo er sich auf einem Hochsitz einen Platz zum Sterben auserkoren hatte. Sein langsames Sterben hat er in einem Tagebuch festgehalten. Das geht unter die Haut! Dies ist nun schon der zweite offiziell festgehaltene Hungertod eines Hartz-IV-Empfängers – ich erinnere an den des 20-Jährigen aus Speyer.

Einerseits sind die Sozialbehörden dazu verpflichtet, bei Notlagen unterstützend zu handeln, andererseits macht es die Sanktionspraxis der Asozialgesetzgebung möglich, dass Erwerbslosen bis zu 100 Prozent der Leistungen gekürzt werden, Menschen also verhungern können. Ein Paradoxon! Durch die rigorose Einsparpolitik der Agenda 2010 wurde der Sozialbereich radikal abgebaut, sodass viele Menschen inzwischen durch alle Raster der Hilfsangebote fallen.

6. Während Erwerbslosen jeder Quadratmeter und jeder Euro „zu viel“ missgönnt wird und ihnen bei den Banken ein Guthabenkonto verwehrt bleibt, sieht das bei Managern natürlich ganz anders aus! Trotz offensichtlichen Reichtums kann die geifernde Gier gar nicht heiß genug sein, trotz ihres Einkommens vom Hundertfachen eines normalen kriegen sie den Hals einfach nicht voll! Die Razzia bei Postchef **Zumwinkel** war erst der Anfang: In diesen Tagen gibt es in ganz Deutschland weitere Untersuchungen. Hunderte Verdächtige – darunter weitere Prominente – stehen im Mittelpunkt der Ermittlungen.

Die Kleinen hängt man! Was geschieht mit den Großen? Offenbar gibt es massenhaft Unterlagen aus einer Bank in Liechtenstein, die darauf hinweisen, dass möglicherweise mehrere Millionen Euro am deutschen Fiskus vorbeigeschleust

wurden. Der erste, bei dem Ermittler Haus und Büro filzten, war Klaus Zumwinkel. Er stehe im Verdacht, mittels Geldanlagen in liechtensteinischen „Stiftungen“ Steuern in einer Größenordnung von rund einer Million Euro hinterzogen zu haben, teilte die Staatsanwaltschaft Bochum mit. Gegen den 64-Jährigen wurde Haftbefehl erlassen, aber gegen Kaution außer Vollzug gesetzt.

Berliner Regierungskreisen zufolge werde der Skandal – unabhängig vom Ergebnis der Ermittlungen – Zumwinkel wohl seinen Job kosten, berichtete die „Financial Times Deutschland“ noch am Tage der Razzia. Auch aus Post-Kreisen hieß es dem Bericht zufolge, sei Zumwinkels Ruf ruiniert. Die Steuergewerkschaft schätzt den Ausfall durch Steuerhinterziehung auf circa 30 Milliarden Euro jährlich. Und da reden alle von leeren Kassen!

Ich möchte nicht wissen, wer auf diese Art so alles aus den Löchern kriecht und ungeschoren davonkommt, ohne dass es publik wird. So eine Nachzahlung tut diesen Hochkriminellen schließlich nicht weh! Gefängnis wäre da etwas anderes, und zwar unter ebenfalls hoch Kriminellen, nicht im offenen Kuschelvollzug! Wehe, ein „Hartzer“ kassierte mal zu viel ab, egal ob absichtlich oder unwissend – der kriegt die volle Härte zu spüren, bis hin zum Knast! Ein doppeltes Problem der Maßlosigkeit – unten im Verzichtenmüssen, oben beim hemmungslosen Bereichern – scheint das Bemessen mit zweierlei Maß zu verfestigen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Hamburger SPD geschockt über „passive Zusammenarbeit“: Lässt sich Ypsi-Püppsi von der „Linken“ auf den Hessen-Thron heben? *(„ Spiegel-Online“)*

Was uns passiert, kann nicht normal sein

Ich habe Probleme wie ihr und wie viele, glaube ich, die hier herumlaufen und sich nicht trauen stehenzubleiben, denn auch ich habe nie geglaubt, dass es mir einmal so gehen könnte, wie es mir heute geht, und was mir widerfahren ist. Eines muss ich sagen: Einigkeit macht stark! Wir müssen uns alle noch viel mehr festigen, denn was uns passiert, in der heutigen Welt, das kann nicht normal sein!

Jetzt hat man mir für eine allgemeine Erhöhung 6,15 Euro abgezogen. Ich wollte letzte Woche bei der Bagis vorsprechen. Dort wurde ich verwiesen, sogar mit einem Rausschmiss. Dessen habe ich mich gewehrt, und dann wurde die Dame sehr knallrot und sagte: „Ich habe Sie gar nicht rausgeschmissen!“ Ich glaube, Sie haben alle schon solche negativen Erfahrungen gemacht. Ich bin traurig und verbittert, aber ich möchte mich auch wehren!

Ich war schon so verzweifelt, ich hätte mein Handtuch nehmen können. Aber ich möchte nicht, es lohnt sich nicht! Dieser Staat ist doch traurig, wenn ich überlege, dass man sagt, heutzutage haben wir soundsoviele Arbeitslose weniger, aber wo sind sie denn? Sind das die Ein-Euro-Jobber? Das sind doch die Zähler! In dieser Politik bin ich nicht enthalten, dafür möchte ich mich nicht grademachen, und dafür würde ich auch nicht plädieren!

Wir müssen also irgendetwas Neues schaffen, weil dies nicht wahr sein darf, was wahr ist! Da muss aber jeder versuchen mitzumachen, auch alle Menschen, die vorbeigehen, denn es trifft jeden von uns irgendwann! Ich habe auch nie geglaubt, dass ich mal hier stehen und so reden würde. Ich habe nie geglaubt, dass ich Hartz IV brauchte. Ich habe auch Familie gehabt, immer gearbeitet, drei Kinder großgezogen, und niemand will heute darauf Rücksicht nehmen. Es heißt nur: „Danach müssen wir gehen, das ist der Gesetzgeber!“

Dann frage ich am heutigen Tage: Wer ist der Gesetzgeber? Nein, ich habe das Gesetz nicht gemacht, ich habe immer nur arbeiten dürfen für dieses Land, weil ich Deutsche bin, deutsch geboren, und ich habe für dieses Land meine Steuern bezahlt wie jeder andere auch. Als ich mein erstes Kind bekam, gab es noch kein Kindergeld, erst ab dem zweiten waren es 25 Mark für das erste und 50 für das zweite. Das dritte war dann ein Zählkind, da gab es kein Erziehungsgeld, überhaupt nichts!

Wir fingen mit null an, mein Mann und ich, niemand hat uns geholfen, auch ein Staat nicht. Heute hat sich der Staat aufgebaut, auf den Knochen der arbeitenden Menschen, und man hört immer nur: Diäten, Diäten! Ich brauchte auch mal eine Diät, aber wenn *ich* anfange, werde ich schlanker – wenn *sie* die bekommen, werden sie alle immer fetter, im Portemonnaie! Ist das denn richtig? Das ist doch nicht richtig, schon der Ausdruck ist verkehrt!

Es gibt so viele Sachen, die man heute sagt, die hat man früher überhaupt nicht gekannt, an Redewendungen, die man jetzt benutzt, um den kleinen oder ungebildeten Menschen zu verdummen. Man hat heute keine Einheit, keine Brüderlichkeit mehr, nichts. Und Arbeitsplätze? *Ich* lasse mich nicht verdummen von dieser Politik, und ich hoffe, liebe Freunde, ihr auch nicht! Auch nicht von einer Frau Merkel, dass die Arbeitslosigkeit angeblich gesunken ist: Für Ein-Euro-Jobs braucht man nicht zu zählen! Das geht nicht, wenn die Leut nicht mal ihre Miete bezahlen können und die Kinder in Suppenküchen gehen müssen!

Ich gehe auch einmal pro Woche zur „Tafel“ und stehe an, um ein bisschen Obst und Gemüse zu bekommen, weil ich mir das von den paar Euro nicht erlauben kann! Ich mache euch alle stark, und alle, die vorbeigehen, sollen sich das anhören, aber die meisten schämen sich noch. Es wird der Tag kommen, dann schämen sie sich nicht mehr! Ich wünsche, dass wir Kraft haben, Bessres aus allem zu machen! Alles Gute!

Erika Kujawa (parteilos)

Dieses kapitalistische System bietet keine Zukunft mehr

Wieder über 40 Menschen kamen vorbei oder versammelten sich zur 170. Montagsdemo am 18. Februar 2008 in Bremen. Die Themen waren an Eindeutigkeit kaum noch zu überbieten: Ein Arbeitsloser muss sich im Wald zu Tode hungern. In Hartz-IV-Wohnungen breitet sich immer öfter die Schimmelwildnis aus, weil nicht genug geheizt werden kann. Die sogenannten Wirtschaftsweisen schlagen vor, dass Hartz IV noch weiter gekürzt wird. Ein SPD-Finanzsenator will „nachweisen“, dass man sich mit vier Euro pro Tag „gut ernähren kann, wenn man nur den Alkohol weglässt“. Die Eliten verschieben derweil ihre Millionen nach Liechtenstein und in die Schweiz. Von CDU bis SPD geraten die Herrschaften in Erklärungsnotstand. Wir haben kein Vertrauen mehr in diese „Eliten“ und diesen Staat: Weltweit hat sich der Kapitalismus in ein kriminelles Unterfangen entwickelt!

Die beginnenden Tarifrunden zeigen: Die Kollegen wollen sich nicht mehr ruhigstellen lassen. Die Berliner Bus- und U-Bahnfahrer haben bei ihrem zweitägigen Streik breite Unterstützung und Solidarität erfahren. Schäubles „Tarifangebot“ ist eine pure Mogelpackung. All das wissen diese Herren auch: Die Krise der Banken und der Finanzminister, alles ist faul im kapitalistischen Deutschland! Das System muss weg, dafür müssen wir alle arbeiten! Am 23. Februar 2008 treffen sich die norddeutschen Montagsdemos in Bremen zu einem Erfahrungsaustausch.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Resolution des 3. Regionaltreffens der norddeutschen Montagsdemos in Bremen am 23. Februar 2008

Das 3. Regionaltreffen der Montagsdemonstrationen aus Bremen, Hannover, Hamburg, Lübeck, Oldenburg und Wilhelmshaven mit Unterstützer(inne)n aus Bassum, Bremerhaven, Peine und Verden stellt fest: Wir kämpfen weiter mit unseren Montagsdemos, bis Hartz IV abgeschafft ist!

Wir sind eine demokratische, überparteiliche und antifaschistische Bewegung und haben in unseren Reihen auch Kolleg(inn)en, die in den Bewegungen der Solidarność in Polen oder der Montagsdemonstrationen in der DDR mitgekämpft haben. Umso mehr sind wir darüber empört, dass in Hannover die Benutzung des

Offenen Mikrofons untersagt ist und sogar Teilnehmer(innen) der Montagsdemo vor Gericht gestellt und kriminalisiert werden!

Wir erklären unsere volle Solidarität mit unseren verurteilten Mitstreiter(inne)n und werden sie auch in Zukunft bei ihren Verfahren finanziell unterstützen. Wir fordern die uneingeschränkte Nutzung des Offenen Mikrofons als elementaren Bestandteil des Demonstrations- und Versammlungsrechts sowie die Aufhebung aller Auflagen, mit denen dieses Recht wie in Hannover an eine bestimmte Personenzahl gebunden oder wie in Wilhelmshaven der Montagsdemo nur als Ausnahme zugestanden wird!

Das Offene Mikrofon hat sich über die Montagsdemo-Bewegung hinaus als wesentliches demokratisches Element von Demonstrationen und Streiks durchgesetzt. Ohne Zweifel ist die offene Meinungsäußerung bei der heutigen Lärmbelastung der Straßen und Plätze nur mit diesem Mittel möglich! Inzwischen forderte uns selbst Bundespräsident Köhler bei der 149. Montagskundgebung in Bremen am 10. September 2007 auf, dieses Recht des Protestes weiterhin zu nutzen.

In Hamburg bescheinigte uns der CDU-Vertreter von Frankenberg am 11. Februar 2008 auf einer Montagskundgebung zur Bürgerschaftswahl eine ausgesprochen demokratische Streitkultur am Offenen Mikrofon, die man anderswo oft vermisst. In Wilhelmshaven gelang es der Montagsdemo mit Unterstützung eines FDP-Ratsherren und der örtlichen Presse, wenigstens für sich die Nutzung des Offenen Mikrofons durchzusetzen.

Wir verpflichten uns, die gesamte demokratische Öffentlichkeit über die skandalösen Vorkommnisse in Hannover zu informieren. Wir fordern uneingeschränktes Versammlungsrecht und uneingeschränkte Nutzung des Offenen Mikrofons!

von den 48 Teilnehmer(inne)n per Akklamation beschlossen

Jeder Mauertote ist einer zu viel: Auch die DKP will keine Wiedereinführung der Stasi *(„Spiegel-Online“)*

„Dann hau doch ab, du Idiot!“: Hochdruck-Sarkotzy begrabbelt Leute *(„Spiegel-Online“)*

Stärke 4: Ruhrkohle AG und Landesregierung nutzen schweres Grubenbeben, um den saarländischen Bergbau plattzumachen *(„Rote Fahne News“)*

Oller Beust noch doller abgesackt: Koalitionsverweigerer FDP wird nicht mehr gebraucht *(„Spiegel-Online“)*

„Die Linke“ zieht in das vierte westdeutsche Landesparlament ein: Zwei Drittel der Hamburger sind mit der Sozialpolitik unzufrieden *(„Spiegel-Online“)*

Elbvertiefung olé: Retten „Grüne“ das Bürgertum? *(„Spiegel-Online“)*

Weg mit allen Einschränkungen des Offenen Mikrofons!

Mit dem Transparent „Die Bremer Montagsdemo grüßt den Rest der Welt“ empfingen wir am 23. Februar 2008 gegen 12 Uhr am Hauptbahnhof unsere Freunde und Mitstreiter aus mehreren norddeutschen Städten. Wir erregten hier bei einigen Passanten gleich Aufsehen und Interesse, und es entstanden Diskussionen.

Als kulturelle Einleitung vor dem Erfahrungsaustausch an diesem Tage setzten wir eine kleine „Hafenschnuppertour“. Mit der Straßenbahn ging es zum Hafenmuseum im „Speicher XI“ am ehemaligen Überseehafen. Die großen Veränderungen bis zur heutigen Containerwirtschaft wurden erläutert. Viel Beachtung fand im Museum auch die Sonderausstellung „Vor uns die Sintflut“, die auf die historische Darstellung und die Entwicklungen im Zuge der massiven Klimaveränderungen eingeht. Weiter ging es am Hafen entlang zu unserem Tagungsort.

Bei Kaffee und Kuchen und den Songs unseres improvisierten Musik-Trios begann das 3. Regionaltreffen der nordwestdeutschen Montagsdemos. Es kamen noch weitere Freunde und Mitstreiter dazu, sodass der Saal mit fast 50 Teilnehmern gut gefüllt war. Der Erfahrungsaustausch begann mit Berichten aus den teilnehmenden Orten. Mit viel Engagement und Ideenreichtum treten die Mon-

tagsdemos auf und nehmen neben dem Hauptthema „Weg mit Hartz IV!“ zu einer Vielzahl von Themen und Ereignissen Stellung. Unsere Beharrlichkeit und unser Mut, Woche für Woche Menschen für eine kämpferische „Opposition von unten“ zu gewinnen, macht uns trotz Medienboykotts vielerorts bekannt.

Unsere demokratische Streitkultur am Offenen Mikrofon, die wir immer weiter entwickeln und an denen auch Vertreter der Parlamente und der Gesellschaft nicht vorbeikommen, stößt den Herrschenden und ihrem Verwaltungsapparat auf – und sie versuchen, mit einschränkenden Verordnungen für den Betrieb von Lautsprechern in Niedersachsen und provozierenden Polizeiaktionen und Kriminalisierungen wie in Hannover diese Bewegung mundtot zu machen und zu drangsalieren. Die Diskussion darüber stand im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches. Wir verabschiedeten hierzu eine Resolution, die die Freiheit der Meinungsäußerung mit dem Mittel des Offenen Mikrofons und seiner elektroakustischen Verstärkung bei allen demokratischen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen fordert.

Das Offene Mikrofon ist mittlerweile zu einem Standard geworden für Diskussionen mit großer Teilnehmerzahl bei Streiks, Demonstrationen und großen Protestaktionen, wenn Kollegen eines Betriebes anderen berichten oder wenn Betroffene einem größeren Zuhörerkreis ihre persönliche Lage schildern wollen. Dass die Massen erkennen, dass ein Offenes Mikrofon *ihre* Sache ist, wollen die Herrschenden verhindern! Wir verpflichten uns, an allen Orten für das Offene Mikrofon auf antifaschistischer Grundlage einzutreten und fordern die uneingeschränkte Nutzung! Wir weisen alle Reglementierungen zurück und fordern ihre Aufhebung! Die teilnehmenden Montagsdemos werden auch weiterhin die verurteilten Mitstreiter solidarisch und finanziell unterstützen!

Die große Einigkeit und Zusammengehörigkeit wurde mit einem deftigen Bremer „Baunkohl-und-Pinkel“-Essen, Roter Grütze mit Vanillesoße und einem kleinen „Lütten“ obendrauf bei vielen Gesprächen gefeiert. Als die ersten leider schon wieder auf Heimfahrt gehen mussten, packten die anderen beherzt das Aufräumen an. Die Montagsdemo-Bewegung stärkt sich und stellt sich optimistisch ihren Aufgaben!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Drei Prozent Beck’s-Faktor“: Nicht nur die Hamburger SPD schäumt über die unvermeidliche Diskussion mit der „Linken“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

171. Bremer Montagsdemo

am 25. 02. 2008

Da ist der Wurm drin

Angela will Freiheit wagen und geht den Leuten an den Kragen!
Freiheit für die Großkonzerne sehen Ackermänner gerne.
Die Freiheit, arbeitslos zu sein oder aber superreich zu sein?
In dieser Freiheit ist der Wurm drin, Wurmkur hat da keinen Sinn!

Refrain: Da ist der Wurm drin, da ist der Wurm drin!
Ne Wurmkur hat da keinen Zweck!
Da ist der Wurm drin, da ist der Wurm drin!
Wie kriegen wir den Dreck bloß weg?
Und die Herrn im Nadelstreifen wolln die ganze Welt umgreifen.
Für die Beherrschung dieser Welt brauchen die Herren unser Geld.
Sparen nennt man sowas heute, damit verkohlt man heut die Leute!
Doch guckt man hin, sitzt da ein Wurm drin! Wurmkur hat da keinen Sinn.

Refrain: Da ist der Wurm drin...
Es ist so schwer, heut zu regieren, denn alle kann man ja nicht schmieren!
Die Leute wollen alle Arbeit, wolln gerechte, echte Freiheit.
Sie wollen nicht auf *Sommer* warten und mit Kampfaktionen starten!
Und den dicken, fetten Maden wolln die Leute an den Kragen!
Refrain: Da ist der Wurm drin...

„La Cucaracha“, Text: Karl Nümmes, Berlin, vorgetragen von Matthias Feilke. Auf der Tonaufnahme (MP3, 1.703 kB) folgt im Anschluss die Nachricht von Jobst Roselius, dass unsere beim Regionaltreffen vermisste Mitstreiterin Stefanie am Vorabend in der Straßenbahn niedergeschlagen worden ist

Es kommt anders, als man denkt

Hamburg hat gewählt, und was ist dabei herausgekommen? Zumindest sagt die Bevölkerung: So wie es war, soll es nicht mehr weitergehen. Das ist Demokratie, die Bevölkerung hat entschieden! Nun, ihr lieben Politiker, dann macht mal was daraus! Neue Farbmischungen sind im Gespräch. Warum nicht? Das wäre doch

mal einen Versuch wert! Dazu fällt mir auch Hessen ein: Den Herrn Koch wollen die Wähler nicht mehr, das steht nun mal fest. Für die SPD geht es ohne Partner nicht, und die FDP ist dort noch einmal das Zünglein an der Waage. Sie hätte es in der Hand! Doch wenn es in Hamburg möglich sein soll, neue Farben zu mischen, warum nicht auch in Hessen?

Die Mischung wäre eine Bankrotterklärung der drei alten Parteien: Die CDU wirft der SPD weiterhin Wählerbetrug vor, die SPD möchte regieren und hat sich selbst die Tür verbaut, die FDP spielt die beleidigte Leberwurst. So weit, so gut! Mein Vorschlag für Hessen: Herr Koch zeigt, dass er ein guter Demokrat ist und tritt in Würden ab, CDU und SPD machen ein schwarz-rotes Bündnis, und die FDP geht dahin, wo sie hingehört: ins Abseits. Zusammen mit Grünen und „Linken“ kontrolliert sie das Ganze. Dann könnten die beiden Großen mal beweisen, was sie wirklich für die Wähler tun!

Das Ganze hat nur einen Haken: Die Wahl zum Ministerpräsidenten soll geheim stattfinden. Niemand weiß, wer wen wählt! Man stelle sich nur mal vor, Frau Ypsilanti erhielte *mehr* Stimmen, als SPD, Grüne und „Linke“ haben – was für eine Aufregung! Wer sind die Umfaller? Wer jetzt noch auf seinem Standpunkt besteht, darf eigentlich nicht mehr von Demokratie reden, bei der das Volk entscheidet und jeder Abgeordnete nur seinem Gewissen verantwortlich ist. Wer das nicht will, hat nur ein Ziel: Er will herrschen!

Am Sonnabend hatten wir unser drittes Treffen mit anderen Montagsdemonstranten und -demonstrantinnen aus Norddeutschland. Ich durfte moderieren und war angenehm überrascht über die Disziplin, die dort herrschte. Danken möchte ich allen, die unser Fest – denn das war es ebenfalls! – organisiert und zu seinem Gelingen beigetragen haben. Das gilt auch für die kulturellen Beträge: eine Führung durch das Hafenmuseum von Jobst, die nicht nur bei unseren auswärtigen Gästen sehr großen Anklang fand, und die Live-Musik von Matthias und zwei Besuchern. Das Essen, von Dörte, Marietta, Hannelore und Wolfgang zubereitet, war sowieso spitze!

Was die Organisation betrifft, darf Rolf nicht vergessen werden. Wir haben unsere Standpunkte geklärt und sind zu dem Schluss gekommen: Wir machen weiter und werden den Politikern weiter auf den Geist gehen! Wir haben eine Resolution auf den Weg gebracht und fordern, dass das Offene Mikrofon in jeder Stadt erlaubt sein muss. Das gehört mit zur Demokratie! Neue Anregungen sind gekommen, auch von jungen Leuten. Wir wollen uns eine Ausarbeitung von Marcus zum Ziel nehmen. Ein Applaus an alle, die dabei waren und mitgewirkt haben!

Udo Riedel (parteilos)

„Es wird Zeit, dass wir uns um Politik kümmern“: Bei der „Linken“ wird zu viel über Personen geredet *(„Weser-Kurier“)*

„Macht Lafo Deutschland unregierbar?“

So fragt heute die „Blöd“-Zeitung in süffisant-bösartigem Tonfall. Wen fragt sie das eigentlich, oder richtet sie die Frage an sich selbst? Wenn ja, könnte selbst sie irgendwann darauf kommen, dass nicht „Lafo“ (gemeint ist Oskar Lafontaine), sondern die zerfallenden Kriegs- und Hartz-Parteien dieses Land unregierbar machen: unregierbar, was die Schaffung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit angeht! Wenn sich die Vertreter eben dieser Parteien nach der Hamburger Wahl wieder beruhigt und sich die Gesichtszüge des während der sogenannten Elefantenrunde ständig grinsenden Herrn Pofalla in ihren Normalzustand zurückverwandelt haben, werden wir ja sehen, was passiert: Alle Welt wird feststellen, dass alles beim Alten beziehungsweise bei *den* Alten bleibt. Wie auch immer der Schacher um die Hamburger Pöstchen ausgehen mag, fünf Punkte scheinen unter jedweder Koalition sicher: „Ole“ bleibt, das Sozialticket wird *nicht* eingeführt, die Studiengebühren werden *nicht* rückgängig gemacht, die Elbvertiefung wird durchgezogen und das monströse Kohlekraftwerk am Stadtrand wahrscheinlich gebaut!

Wir sind in Bremen nicht besser dran: Auch hier unter Rot-Grün wird weiter öffentliche Daseinsvorsorge durch Privatisierung zerstört und sozialen Projekten durch Kürzungen und Streichungen das Überleben unmöglich gemacht. Die Reichen werden noch mehr Reichtum anhäufen und noch mehr Steuern hinterziehen, und Rentner, Hartz-IV-Opfer, Kranke, Behinderte, Asylsuchende und so weiter werden wie immer das Nachsehen haben! Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie längst verboten“. Das trifft auf jeden Fall zu! Ein Grund mehr, hier für positive Veränderungen zu kämpfen und weiterhin Montagsdemos zu machen! Zum Beispiel muss das von der Koalition versprochene Sozialticket schnellstens her! Alles könnte finanziert werden durch eine Umkehr der Umverteilung, durch einen Stopp von Steuerflucht und Rüstungswahnsinn. Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan, und die Hartz-Gesetze müssen weg!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Rückfall in die Sklaverei

1. Am letzten Samstag fand das Treffen der norddeutschen Montagsdemos in Bremen statt. Bei herrlichem Sonnenschein, aber eisigem Wind holten wir die meisten unserer Gäste aus Hamburg, Hannover, Oldenburg, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Peine, Verden und Bassum am Bremer Hauptbahnhof ab. Unser erstes Ziel war das Hafenmuseum im Speicher 11, was auch für uns Bremer und Bremerinnen unvermutete Neuigkeiten ans Tageslicht brachte. Viele uns beschlossen, dass wir hierhin noch ein weiteres Mal privat fahren wollen, denn angesichts des geplanten Programms blieb uns zu einer ausführlichen Besichtigung nicht genügend Zeit.

Unser nächstes Ziel war ein Kindertagesheim in Oslebshausen, wo unsere Tagung stattfinden sollte. Der Dank gebührt denjenigen der Bremer Montagsdemo, die sich über viele Stunden hinstellten, um uns allen sowohl Kaffee und Kuchen als auch später noch „Kohl und Pinkel“ oder Gemüsesuppe zu kredenzen. Während die kulinarischen Bedürfnisse abgedeckt wurden, kamen die kulturellen auch nicht zu kurz. Matthias und andere spielten Gitarre, und wir sangen politische Lieder dazu. Außerdem stellten sich die Delegationen der einzelnen Städte vor und brachten ihre Hauptthemen auf den Punkt.

In einigen Städten versuchen die herrschenden Politiker, uns das Offene Mikrofon zu verbieten, indem sie dessen Einsatz an eine bestimmte Mindestteilnehmerzahl knüpfen. In Wilhelmshaven gelang es den Montagsdemonstranten, das **Mikrofonverbot** aufzuheben. Das Untersagen des Lautsprechereinsatzes wurde ausgerechnet damit „gerechtfertigt“, dass es auf diese Weise 30 marschierenden Faschisten verunmöglicht würde, ihre braune Pest per Mikrofon unter die Leute zu bringen. Wie völlig absurd mutet es dann an, ausgerechnet bekennenden Antifaschisten und bunten Demokraten den Einsatz ihres Lautsprechers verbieten zu wollen! Für das Offene Mikrofon erhielt die dortige Montagsdemo dann eine Ausnahmegenehmigung.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover hingegen ging die Staatsmacht mit aller nur möglichen Gewalt gegen die freie Meinungsäußerung auf der Montagsdemo vor und beharrte auf der absurden Forderung, erst ab einer Anzahl von 50 Personen sei die Mikrofonbenutzung erlaubt. Komisch, das Grundgesetz bemisst die Meinungsfreiheit nicht an Teilnehmerzahlen! Aber in Hannover gab es inzwischen fünf Strafverfahren, um die öffentliche Diskussion zu verhin-

dern. Bisher mussten dafür schon 3.000 Euro ver(sch)wendet werden. Zwei Mitdemonstranten wurden zu Geldstrafen wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ verurteilt, einer solle auch noch „gewalttätig“ geworden sein.

Neben diesen Erschwernissen fragten wir uns auch, warum wir eigentlich weitermachen. Mit dem Offenen Mikrofon haben die Montagsdemos ein Faustpfand gewonnen und eine demokratische Streitkultur entwickelt, die sich hören und sehen lassen kann. Sie bildet ein angenehmes Pendant zu Fernsehsendungen, bei denen sich Diskussionsteilnehmer gegenseitig nicht ausreden lassen und chronisch überbrüllen. Wir stellten uns noch die wichtige Frage, wie wir mehr Leute dazu motivieren können, mit uns auf die Straße zu gehen. Klar: Viele sind „kaputt“ oder glauben, ohnehin nichts mehr bewirken zu können. Es wäre sicherlich gut, wenn immer wieder zwischen den einzelnen, ins Detail gehenden Redebeiträgen gesagt würde, wer wir sind, warum wir hier stehen.

Es ist ganz wichtig, der Bevölkerung nahezubringen, dass sie sehr wohl betroffen ist, auch wenn sie *noch* Arbeit hat. Ein Bremer Montagsdemonstrant brachte es auf den Punkt: Wer weiß, dass er gebraucht wird, muss sich nicht die Frage stellen, ob er sich aufraffen kann, zur Montagsdemo zu gehen! Ein Schulterschluss zwischen Erwerbslosen und Noch-Arbeit-Habenden sollte erkämpft werden! Nachbesprechungen sind wichtig und wertvoll, weil sich so die Organisation besser steuern und grundsätzlich auch auf mehrere Schultern verteilen lässt. Zum Schluss wurde eine Resolution verabschiedet, in der wir uns eindeutig auf die Seite der Verurteilten in Hannover schlagen und ihnen alle uns mögliche Unterstützung zusagen!

2. Nach Einschätzung des sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer ist **Kindstötung** für manche ostdeutsche Frau „ein Mittel der Familienplanung“. Der CDU-Politiker sieht die Ursache dafür in einer politischen Entscheidung der siebziger Jahre und führt die häufigen Fälle von Kindstötungen in Ostdeutschland allen Ernstes auf die „DDR-Vergangenheit zurück“. Er „erklärt“ sie sich vor allem mit einer „leichtfertigeren Einstellung zu werdendem Leben“ in den neuen Ländern und stellt sogar die Behauptung auf, dass eine Kindstötung für manche ostdeutsche Frau anscheinend „ein Mittel der Familienplanung“ sei.

Diese Einstellung halte er für eine „Folge der DDR-Abtreibungspolitik“. Dass Frauen dort nach 1972 bis zur zwölften Woche ohne jede Begründung die Schwangerschaft abbrechen konnten, wirke bis heute nach, sagte Böhmer, der bis 1990 Chefarzt der Gynäkologie in Wittenberg war. Er stellt die Behauptung auf, dass viele Ostdeutsche „zu sehr auf den Staat fixiert“ seien und dadurch ihre „individuelle Verantwortung“ aufgäben. Davon fühle er sich „sehr gestört“.

Ach Gott, was für ein (vermeintliches) Seelchen! Jetzt muss wieder der Antikommunismus dafür herhalten, dass in den neuen Bundesländern leider vermehrt Kindstötungen begangen werden. Mit solchen Ammenmärchen drücken sich heutige Politiker davor, die Ergebnisse ihrer unsozialen Politik in Richtung *Pauperismus* genauer zu betrachten.

Kindstötungen hat es immer gegeben, besonders bei überforderten, alleingelassenen, finanziell armen und eben sehr jungen Frauen. Jedoch können gerade letztere – die zumeist ganz jungen, überforderten und oft alleingelassenen Frauen – von der alten DDR schon altersmäßig kaum etwas mitbekommen haben! Herrn Böhmers hetzerische Äußerungen klingen fast wie die abwegige Behauptung, dass Kommunisten ihre Kinder auffressen. Ich mache die unsoziale und kinderfeindliche Politik von CDU und SPD mit ihrer staatlich verordneten Massenarmut für die Kindstötungen verantwortlich!

3. Eine Schweinerei jagt die nächste: Die Bundesagentur für Arbeit geht in ganz Deutschland von geschätzt 400.000 bis 600.000 langzeitarbeitslosen Menschen mit mehr oder weniger großen „Vermittlungshemmnissen“ aus. Mangelnde Qualifizierung, Schulden, ein Alter über fünfzig Jahre, Sucht- oder psychische Erkrankungen, oftmals kombiniert, mindern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Für diese Zielgruppe hat der „Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen“ das Modell „Pro Arbeit“ entwickelt.

Landesgeschäftsführer Reinhard Müller beschreibt die Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wie folgt: „Die Idee von ‚Pro Arbeit‘ ist es, Arbeitnehmer und Arbeitgeber passgenau zusammenzubringen. Bei Langzeitarbeitslosen werden die beruflichen und sozialen Integrationsmöglichkeiten verbessert. Arbeitgeber entlasten vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels ihre personellen Ressourcen und schaffen neue Arbeitsplätze, denn im Fokus stehen einfache Tätigkeiten, derer sich sonst Fachkräfte annehmen müssen.“

Für die Arbeitgeber lohnt sich die Einstellung zudem, da für Hartz-IV-Empfänger jetzt ein **Beschäftigungszuschuss** gezahlt wird, der sich an der Höhe des individuellen „Nachteilsgrades“ orientiert. Der Bundestag hat bei der Schaffung dieses Zuschusses auf maßgebliche Zuarbeiten des „Paritätischen Thüringen“ zurückgegriffen. Mit diesem bundesweit einmaligen Projekt will der Wohlfahrtsverband Langzeitarbeitslose auf dem regulären Arbeitsmarkt dauerhaft integrieren. Zentrales Element des aus Mitteln des „Europäischen Sozialfonds“ geförderten Projektes ist der sogenannte Nachteilsausgleich, mit dem individuelle Schwächen finanziell ausgeglichen werden.

Hier schwächelt die Vollbeschäftigung und nur selten der Einzelne, der dieses gesellschaftliche Problem allein auf seinem Rücken tragen und ausbaden soll!

4. Der Lohn reicht nicht – immer mehr Hessen brauchen trotz Arbeit staatliche Hilfe! Obwohl in Hessen weniger Menschen als vor einem Jahr auf Hartz IV angewiesen sind, ist gleichzeitig die Zahl derjenigen gestiegen, die trotz Arbeit ohne staatliche Hilfe kein Auskommen haben. Erstaunlicherweise spricht Jürgen Spatz von der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit in Frankfurt dennoch davon, man sei drei Jahre nach dem Start der Hartz-IV-Reform nun „so richtig in die Gänge gekommen“. Arge-Sprecher Matthias Schulze-Böing versteigt sich sogar auf die Behauptung, dass die gestiegene Zahl von Menschen mit Arbeit, die

staatliche Hilfe benötigten, auch einen „Ausdruck des Erfolgs“ darstellten, da gerade Langzeitarbeitslose anfangs oft nicht viel verdienten.

Anstatt von der Politik zu verlangen, dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmer ihren Angestellten faire Löhne zahlen müssen – damit diese nicht weiterer staatlicher **Aufstockung** bedürfen, um überhaupt mehr schlecht als recht über die Runden zu kommen –, wollen die Behörden verstärkt an der „besseren Qualifizierung“ von Geringverdienern arbeiten. Da wird das Pferd doch immer wieder neu vom falschen Ende her aufgezäumt! Schulze-Böing hält es für gottgegeben, dass in Wirtschaftsbereichen, Handel, Verkehr oder Sicherheitsdienst grundsätzlich nur sehr geringe Löhne gezahlt werden. Hier zeigt sich immer wieder neu, dass die Hartz-Gesetze ausschließlich dazu dienen, einen flächendeckenden Niedriglohnsektor zu schaffen und allgemeine Arbeitsrechte abzubauen!

5. Der rumänische Gewerkschaftsbund Cartel Alfa hat dem finnischen Handy-Hersteller Nokia vorgeworfen, in seiner neuen Fabrik im rumänischen Jucu die **Arbeitszeit** über das im Lande zulässige Maß hinaus verlängern zu wollen. „Dies wäre eine neue Form der Sklaverei“, sagte letzten Dienstag der Präsident von Cartel Alfa, Bogdan Hossu. An den rumänischen Standort wird die Produktion des Handy-Werks in Bochum verlagert, das im Gegenzug geschlossen wird. Hossu meinte weiterhin, dass Nokia über eine Änderung des rumänischen Arbeitsgesetzes erreichen wolle, dass die Arbeiter in Jucu für 60 bis 70 Stunden pro Woche zur Arbeit verpflichtet werden dürfen! Im Moment sind höchstens 48 Stunden zulässig.

Vor einigen Tagen hatte Rumäniens Arbeitsminister Paul Pacuraru erklärt, Nokia habe bei ihm eine Änderung des Arbeitsgesetzes mit dem Ziel beantragt, es „flexibler“ zu machen. Ob sich der Nokia-Vorstand ausgemalt hat, in einem anderen Land noch hässlichere Vorgehensweisen durchziehen zu können? Es reicht diesem raffgierigen Konzern wohl nicht aus, rumänische Arbeiter für einen Bruchteil vom deutschen Lohn auszubeuten, nein: Sie sollen dafür auch noch fast die doppelte Arbeitszeit absolvieren! Mit wahrlich selbstverständlicher Impertinenz schlägt das Nokia-Imperium vor, für sie das Gesetz zu ändern.

Schöne Aussichten, wenn jetzt also die Konzerne die Gesetze schreiben! Auch hier in Deutschland machen Konzerne beziehungsweise Wirtschaftszweige schon lange Gesetze, aber bisher versuchte das niemand so frech und dazu öffentlich, wie Nokia es anscheinend tut. Das ist wirklich ein Rückfall in die Sklaverei!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Jahresüberschuss um acht Prozent auf 941 Millionen Euro gestiegen:
Henkel will weltweit rund 3.000 Arbeitsplätze streichen *(„Spiegel-Online“)*

3,7 Milliarden Euro Vorsteuergewinn: BMW will 8.100 Stellen abbauen *(„Spiegel-Online“)*

Die Selbstkastration der Politik in Lissabon

1. Das Bremer Sozialticket soll nun doch „grün“ werden. Die Bagis soll dazubezahlen, ziert sich aber wohl. Ihr könnt der Bagis oder Arge bei dieser Entscheidung helfen und einfach bei jeder „Einladung“ die Übernahme der **Fahrtkosten** beantragen. Die Untergrenze von sechs Euro wurde vom Bundessozialgericht kassiert. Schon die Hälfte, somit drei Euro, sind eine Grenzüberschreitung. Antrag, Widerspruch und leider notfalls auch Klage sind nötig, um dieses Geld zu erreichen – wobei letztens bei einer Arge in Niedersachsen auf „erstes Verlangen“, nach mündlichem Antrag, die Fahrtkosten unter sechs Euro übernommen wurden.

Wer dieses Thema für die Vergangenheit abarbeiten möchte, stelle folgenden Antrag: „Ich bitte um eine Überprüfung nach § 44 SGB X und beantrage meine Fahrtkosten von und zur Bagis für alle aus der Akte ersichtlichen Wege. Berücksichtigen Sie bitte auch, dass ich oftmals Unterlagen zur Sicherheit persönlich abgegeben habe.“ Datum und Unterschrift nicht vergessen! Das Urteil (Aktenzeichen B 14/7b AS 50/06) muss nicht angegeben werden, die Bagis kennt die Rechtsprechung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Ich habe gestern der Mitgliederversammlung der Partei „Die Linke“ in Bremen beigewohnt. Ich bin als Revisor gewählt worden. Der „Weser-Kurier“ vom 25. Februar 2008 schreibt: „Inhalte erst im nächsten Anlauf“. Doch sie waren da, bei der Kandidatenvorstellung. Als besonders erfreulich habe ich vernommen, dass es in die Tiefe ging: um den Lissabonner Vertrag und den Bologna-Prozess.

Vielleicht war der „Weser-Kurier“ da noch nicht anwesend? Natürlich kommt bei den Anträgen mehr an Details zur Sprache. Zum Ende der Veranstaltung erhielten Redner(innen) das Wort, die eigentlich zu den Anträgen reden wollten. Nach dem Schluss der Redeliste wurden die Namen der Personen vorgelesen, die noch zu Wort kommen sollen, und damit war die Sache inhaltlich gelaufen.

Heute habe ich im „Deutschlandfunk“ eine Debatte über die Hamburger Wahl und ihre Folgen gehört. Die Politiker können vieles *nicht* ändern, sprach ein Pro-

fessor. Begründen musste er seine Einschätzung nicht, der Diskussionsleiterin war dieser Punkt unangenehm, denn „Die Linke“, das hörte man in der Diskussion, ist die einzige Partei, die im Wahlkampf Kritik am **Lissabonner Vertrag** geübt hat. Der nächste Redner machte daraus eine Anfechtung der „Globalisierung“, von der Hamburg doch besonders profitiere. Lissabon wurde danach nicht wieder aufgegriffen.

Die Politik kann bestimmte Bereiche nicht ändern, weil die Lissabon-Strategie das nicht zulässt! Diese Politiker setzen nur noch die Vorgaben der EU um. Dabei ist auch der Lissabonner Vertrag änderbar, doch seine Weiterentwicklung obliegt einer Expertenkommission *ohne* jegliche parlamentarische Kontrolle. Diese Expertenkommission muss hinterfragt und umgehend einer parlamentarischen Kontrolle unterstellt werden!

Am Sonntag wurde in der Wahlmoderation sogar die Handelskammer zur Lage in Hamburg befragt. Auch dies ist eine (bewusste?) Umsetzung des Lissabonner Vertrags: In der „Metropolregion Oldenburg/Bremen“ sitzen in den Gremien auch Vertreter der Wirtschaft mit vollem Stimmrecht, obwohl sie *keine Legitimation durch den Wähler* haben. Die Schaffung dieser „Metropolregion“ und auch die Einsetzung dieses Regierungsgremiums erfolgt nach Vorgaben der Europäischen Union! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Herr Mehdorn sieht die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Bahn durch die vereinbarten Tariferhöhungen für die **Lokführer** gefährdet, so der „Weser-Kurier“ vom 25. Februar 2008. Nicht durch die Entlohnung des Vorstandes, der seine Bezüge um 300 Prozent erhöht hat? Herr Mehdorn, am besten reduzieren Sie vor einer Sparrunde erst einmal die Vorstandsbezüge auf eine angemessene Vergütungshöhe, bevor auch nur eine(r) Ihrer Mitarbeiter(innen) einen Cent einbüßt!

In der „Tagesschau“ kam zur Meldung, die IG Metall habe eine 5,2-prozentige Tariferhöhung erreicht, der Hinweis, dieser Abschluss werde „schwer zu verkraften“ sein. Die nächste Meldung betraf das Plus im Ergebnis der Allianz-Versicherung von über zwölf Prozent. Dazu kam der Hinweis, man müsse Personal abbauen, um wettbewerbsfähig zu bleiben: 450 Menschen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die Schriftstellervereinigung PEN kritisiert die Wirtschaft, weil sie für die Abschaffung der **Künstlersozialkasse** geworben hat, so der „Weser-Kurier“ am 22. Februar 2008. Die Prüfungen dieser Kasse bei den zahlungsverpflichteten Unternehmen werden als lästig empfunden: Nur freiwillig wird offensichtlich nicht richtig abgerechnet. Nichts hinzuzufügen habe ich dem Satz: „Wer das symbiotische Verhältnis zwischen Kulturschaffenden und den Kulturverwertern aus Gewinnsucht missachtet, gefährdet den Mehrwert der freien Kreativität und betrügt die Gesellschaft.“

Auch in anderen Bereichen wird geprüft: „Fahnder fahren Millionen ein“, schreibt der „Weser-Kurier“ am 20. Februar 2008 über die Aufklärung von **Abrechnungsbetrug** gegenüber den Krankenkassen. Die aufgedeckten Betrugsfälle sind mannigfaltig. Hinzu kommen viele Selbstanzeigen, wenn die Fahnder sich nur angemeldet haben. Damit entgeht der Täter einer strafrechtlichen Würdigung. Die Zahl der Fahnder wird jetzt von zehn auf 15 Köpfe erhöht.

„Bremer noch nicht im Visier der Fahnder“, beruhigt der „Bremer Anzeiger“ vom 24. Februar 2008. Gefragt wurden Herr Albers, Leiter der Abteilung Steuern bei der Finanzsenatorin, somit auch verantwortlich für die Steuerprüfung (oder -nichtprüfung) in Bremen, und Frau Bleiker, Sprecherin des Finanzressorts. Zu erfahren war: „Es hat in der vergangenen Woche einige Selbstanzeigen gegeben, allerdings nicht signifikant mehr als sonst auch eingehen.“

Bremen hat mit 26 Fahndern 2006 sieben und 2007 zwölf Millionen Euro Steuermehreinnahmen durch ihre Ermittlungen veranlagt. Außerdem hat Bremen 135 Betriebsprüfer. Somit werden Großunternehmen alle vier, mittlere Unternehmen alle 13 Jahre geprüft. Es fehlt eine Aussage über den Mehrerlös der Betriebsprüfer und den Umgang mit Millionären. Wie es mit der Steuergerechtigkeit aussieht, erfährt man in einer Zusammenfassung des Bundesrechnungshofes zum Steuervollzug und bei den vorherigen Bremer Montagsdemos. –

Die Banken wurden zu **Hypotheken-Konditionen** getestet – von der „Stiftung Warentest“, meldet der „Deutschlandfunk“. Es wird auch eine Klausel angeboten, mit der die Bank sich verpflichtet, den Kredit nicht zu verkaufen. Diese soll aber nur gelten, wenn die Vereinbarungen eingehalten werden, der Kredit also vereinbarungsgemäß bedient wird. Soweit der Bericht. Doch haben bisher nicht alle Banken betont, sie verkauften nur notleidende Kredite, also die nicht vereinbarungsgemäß bedienten? Das betrifft zum Beispiel Kredite von ALG-II-Betroffenen, weil die Arge sich weigert, diese Tilgungsbeträge zu übernehmen, auch nicht als Darlehn. Hat die „Stiftung Warentest“ dies gleich mitgetestet? Diese Klausel soll extra kosten – für etwas, das sowieso nicht passiert? Ich bin auf die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Test“ gespannt! –

Die Bundesländer und die Gemeinden sollten verpflichtet werden, keine weitere Verschuldung einzugehen – so ungefähr hat Bertelsmann des Volkes Stimme eingefangen. So ähnlich steht es auch im Entwurf der „Föderalismuskommission“. Die Verschuldungsgrenze müsse starr und eng sein, fordert Herr Röwekamp laut „Weser-Kurier“ vom 21. Februar 2008. Das leuchtet ein, oder? Diese Regelung zwingt zur Privatisierung, ganz im Sinne des Lissabonner Vertrags! Weniger Schulden, wer möchte dies nicht? Nur *sinnvolle* Schulden, das wäre richtiger!

Bremen hat für den **Klinikneubau** einen privaten Investor gesucht. Die Privaten wollten eine größtmögliche Bürgschaft der Freien Hansestadt. Gewinne hätte der Investor erhalten, Verluste wären an die Stadt weitergereicht worden. Weil es diese Verschuldensgrenze nicht gibt, kann Bremen den Bau der Klinik selbst durchführen. Wenn sie kommt, kann Bremen solche Projekte nur mit einen pri-

vaten Investor verwirklichen. Investoren werden sich entsprechend teuer verkaufen! Insgesamt werden die Investitionen für die Steuerzahler unwirtschaftlicher, aber die Vorgaben des Lissabonner Vertrages werden umgesetzt: Alles was irgend geht, soll privatisiert werden! Auch dieses kleine Beispiel zeigt, dass der EU-Vertrag unakzeptabel ist! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Die Bagis und andere Argen missachten absichtlich **Gerichtsurteile**. Es könnte sich ja ein Richter finden, der den Fall anders sieht! Erst wenn der Mensch nach einem Widerspruch die Klage einreicht, kommt – oh Wunder – von der Bagis oftmals das Einlenken. Auch die Richter in Bremen mögen nicht gerne eine Sache mehrfach verhandeln. Gespart hat die Bagis an den Menschen, die glauben, von einer Behörde nicht über den Tisch gezogen zu werden, oder die einfach nicht klagen mögen! Warum nur?

Der „Weser-Kurier“ schilderte am 16. Februar 2008 den Fall eines Hartz-IV-Betroffenen, der zur Bagis ging, weil er mit seinem Vermieter Ärger hatte. Ein neuer Mietvertrag wurde vorgezeigt. Diese Wohnung sei „etwas teuer“, hieß es, „da werden Sie wohl etwas zuzahlen müssen!“ Seit dem Umzug muss der Betroffene 115 Euro selbst zahlen. Über 1.000 Euro Schulden haben sich angehäuft.

Wer einen Umzug plant, sollte sich die Kostenübernahme vorher schriftlich von der Bagis gegenlassen. Ein Leserbriefschreiber meint: „Wer so vertrauensvoll mit der Bagis umgegangen ist und dieses Ergebnis verkraften muss, sollte Widerspruch und notfalls Klage erheben.“ Sind vier Wochen vorbei, lässt sich Antrag auf Überprüfung stellen. Die 115 Euro monatliche Eigenbeteiligung rechtfertigen ein einstweiliges Rechtschutzverfahren. Diese Summe ist nicht „etwas zuzahlen“!

In jedem Fall heißt es, schleunigst einen weiteren Umzug anzupeilen Wer keine Küche hatte, kann eine Erstausstattung beantragen. Viele Fakten sind unklar, aber nicht klein beigeben: Hier liegt unzweifelhaft ein Beratungsfehler der Bagis vor. Wie dies geklärt wird? Wir gehen mit! Dies alles passiert nicht, wenn mensch zu zweit zur Bagis geht, aber auch wer allein dort war und das Anliegen nur mündlich besprochen hat, kann die Einhaltung der Zusagen einfordern und das gesprochene Wort ernst nehmen, mit Widerspruch und Klage. Schon mit schriftlicher Wiederholung des mündlichen Antrags lässt sich eventuell viel reparieren. Wer noch vorbeugen kann, sollte nicht allein gehen.Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Beschwerdemöglichkeit im Sozialrecht per Gesetz abgeschafft

Mit der Drucksache 16/7716 vom 11. Januar 2008 hat der Bundestag einen Gesetzesentwurf zur **Änderung des Sozialgerichtsgesetzes** vorgelegt. Hinsichtlich der Möglichkeiten für ALG-II-Betroffene, sich gegen rechtswidrige Bescheide und Handlungsweisen der Argen zu wehren, sind deutliche Verschlechterungen geplant. Mit diesem Beitrag möchte ich mich auf nur zwei davon beschränken:

- Der **Schwellenwert zur Berufung** wird für natürliche Personen von 500 auf **750 Euro** angehoben.
- Die **Beschwerde** wird in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes **ausgeschlossen**, wenn in der Hauptsache die Berufung nicht zulässig wäre. (Bisher ist eine Beschwerde im **Eilverfahren** in jedem Falle zulässig.)

Die Möglichkeiten zur Beschwerde im Eilverfahren so einschneidend zu beschränken, hätte für viele Betroffene bittere Folgen, wie das nachstehende Beispiel aus Bremen zeigt:

> In dem Rechtsstreit Aktenzeichen S2 V338/07 hat das Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen, 2. Kammer für Sozialgerichtssachen, am 15. Februar 2007 beschlossen: Der Antrag vom 12. Februar 2007 wird abgelehnt. Die außergerichtlichen Kosten des Antragstellers sind nicht zu erstatten.
>
> Gründe: Der Antragsteller begehrt, nachdem ihm nach eigenen Angaben die von der Antragsgegnerin ausbezahlte Regelleistung bei einem Überfall abhanden gekommen ist, die darlehensweise Gewährung von Leistungen zur Sicherung seines Lebensunterhalts für den Monat Februar sowie ein weiteres Darlehen, um an der Beerdigung seiner Ehefrau teilnehmen zu können.
>
> Der nach § 86b Absatz 2 SGG statthafte Antrag hat keinen Erfolg. Hinsichtlich des begehrten Darlehens zur Sicherung des Lebensunterhalts hat der Antragsteller das Vorliegen eines Anordnungsanspruchs nicht glaubhaft gemacht. Nach § 23 Absatz 1 SGB II hat die Antragsgegnerin zwar ein Darlehen zu gewähren, wenn ein nach den Umständen unabweisbarer Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts auf andere Weise nicht gedeckt werden kann. Die Voraussetzungen dieser Vorschrift liegen jedoch nicht vor. Dem Antragsteller ist es zuzumuten, seinen Bedarf an Lebensmitteln für den Rest des Februar 2007 bei der „Bremer Tafel e.V.“ zu decken. Seinen Vortrag im Schreiben an die Antragsgegnerin, die „Tafeln“ böten keine Vollverpflegung, hat er nicht konkretisiert.
>
> Dem Antragsteller ist es auch trotz der attestierten Fußverletzung zuzumuten, den Weg zwischen seiner Wohnung und der Ausgabestelle der „Bremer Tafel“ zurückzulegen. Eine länger andauernde schwe-

re Gehbehinderung ist nicht glaubhaft gemacht. Sie kann dem Attest nicht entnommen werden. Auch der Umstand, dass der Antragsteller bereits mehrfach persönlich nach der Ausstellung des Attestes bei der Außenstelle der Antragsgegnerin und auch beim Verwaltungsgericht vorgesprochen hat, spricht gegen eine schwere Gehbehinderung. Der Antragsteller hat im Übrigen selbst gegenüber dem Gericht mündlich mitgeteilt, dass er in der vergangenen Woche schon einmal bei der „Bremer Tafel“ gewesen sei und dort Lebensmittel bekommen habe. Für den sonstigen notwendigen Lebensbedarf, der bei der „Bremer Tafel“ nicht zu erhalten ist, hat die Antragsgegnerin ein Darlehen in Höhe von 30 Euro gewährt. Der Antragsteller hat insoweit nicht glaubhaft gemacht, dass er notwendige Ausgaben hat, die mit diesem Geld nicht bestritten werden können.

Hinsichtlich der geltend gemachten Kosten für eine Fahrt zur Beerdigung seiner Ehefrau fehlt es an einem Anordnungsgrund, denn die Antragsgegnerin hat sich bereit erklärt, diese Fahrtkosten darlehensweise zu übernehmen. Für darüber hinausgehende Aufwendungen für Grabschmuck fehlt es nach Auffassung des Gerichts an einem Anordnungsanspruch. Das Mitbringen eines Gestecks oder eines Kranzes zu einer Beerdigung mag zwar sozial üblich sein, unabweisbar sind Aufwendungen hierfür jedoch nicht.

Sollte der Antragsteller, wie von ihm befürchtet, zu den Bestattungskosten herangezogen werden, kann er sich wegen hieraus in Betracht kommender Ansprüche aus § 74 SGB XII an das Sozialamt wenden. Die Antragsgegnerin ist nicht zur Übernahme von Bestattungskosten verpflichtet. Die Kostenentscheidung beruht auf entsprechender Anwendung von § 193 Absatz 1 Satz 1 SGG. Sie entspricht der Billigkeit, weil der Antrag erfolglos geblieben ist (vergleiche Meyer-Ladewig, SGG, 8. Auflage, § 193 Randnummer 12a).

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde statthaft. Sie ist binnen eines Monats nach Zustellung beim Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen, Am Wall 201, 28195 Bremen (Nachtbriefkasten im Eingangsbereich Ostertor-/Buchtstraße), schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem 0berverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen, Am Wall 201, 28195 Bremen, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt wird. Falls das Verwaltungsgericht der Beschwerde nicht abhilft, wird sie dem Oberverwaltungsgericht vorgelegt.

Der Betroffene konnte sich gegen diesen grausamen Beschluss vor dem Oberverwaltungsgericht Bremen beschweren und bekam Recht:

In dem Rechtsstreit Aktenzeichen S1 B 217/07 (Verwaltungsgericht: S2 V 338/07) hat das Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bre-

men, 1. Senat für Sozialgerichtssachen, am 25. Juni 2007 beschlossen: Die Antragsgegnerin wird unter Abänderung des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Bremen, 2. Kammer für Sozialgerichtssachen, vom 15. Februar 2007 im Wege einer einstweiligen Anordnung verpflichtet, dem Antragsteller ein Darlehen in Höhe von 100 Euro zu gewähren. Im Übrigen wird die Beschwerde zurückgewiesen. Die außergerichtlichen Kosten des Antragstellers sind für beide Instanzen erstattungsfähig.

Gründe: Die Beschwerde ist zulässig. Das vom Antragsteller vorgelegte Original der Zweitschritt seiner Beschwerde ist mit einem Eingangsstempel des Gerichts vom selben Tage versehen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Antragsteller an diesem Tage auch seine Beschwerde bei Gericht eingereicht hatte. Dass die Urschrift des Beschwerdeschreibens nicht zur Gerichtsakte gelangt ist, kann dem Antragsteller nicht angelastet werden. Die Beschwerde ist teilweise begründet.

1.) Darlehen zur Bestreitung der Unterhalts- und Unterkunftskosten für den Monat Februar 2007: Der Antragsteller kann verlangen, dass die Antragsgegnerin ihm zur Bestreitung seiner Unterhalts- und Unterkunftskosten für den Monat Februar 2007 ein Darlehen von 100 Euro gewährt. In diesem Umfang liegen die Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Anordnung vor (vergleiche §§ 86b Absatz 2 SGG, 920 Absatz 2 ZPO).

Der Antragsteller hat glaubhaft gemacht, dass ihm bei einem Raubüberfall die am selben Tage ausgezahlte Leistung nach dem SGB II in Höhe von 600 Euro entwendet worden ist (Vorlage der Strafanzeige beim Polizeirevier und ein ärztliches Attest). Aufgrund dieses Raubes ist er mittellos geworden. Ein Bezieher von Leistungen nach dem SGB II, dem die ausgezahlte monatliche Leistung unverschuldet nicht mehr zur Verfügung steht, kann grundsätzlich verlangen, dass die Behörde ermessensfehlerfrei über ein angemessenes Darlehen zur Überbrückung der objektiven Notlage entscheidet.

Das dem Antragsteller mit Bescheid für den Restmonat gewährte Darlehen in Höhe von 30 Euro ist nicht angemessen. Der Verweis auf die „Bremer Tafel“ ist, berücksichtigt man die unverschuldete Notlage, nicht sachgerecht. Außerdem sind in diesem Betrag die laufenden Unterkunftskosten nicht enthalten.

Der Antragsteller hat glaubhaft gemacht, dass er aufgrund der Weigerung der Antragsgegnerin, ein weitergehendes Darlehen zu gewähren, zur Bestreitung seines Lebensunterhalts ein Privatdarlehn in Höhe von 120 Euro aufgenommen hat, von dem 60 Euro noch nicht getilgt sind. In diesem Umfang kann er ein Darlehen der Antragsgegnerin verlangen, mit dem er das Privatdarlehen ersetzen kann.

Ferner hat der Antragsteller mit seinem Vermieter vereinbart, die Miete für den Monat Februar in Raten von 20 Euro abzutragen. Im Juli

und August 2007 sind insoweit die beiden letzten Raten fällig. Der Antragsteller kann verlangen, dass ihm die Antragsgegnerin in diesem Umfang ebenfalls ein Darlehen gewährt, um seine Verpflichtungen gegenüber dem Vermieter erfüllen zu können.

2.) Darlehen zur Ermöglichung der Teilnahme an der Beisetzung der Ehefrau: Dieses Begehren verfolgt der Antragsteller im Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ersichtlich nicht weiter. Jedenfalls hat er zu den ihm aus diesen Anlass entstandenen Kosten konkret nichts vorgetragen. Für den Erlass einer einstweiligen Anordnung ist deshalb kein Raum.

3.) Übernahme der Mietkaution: Der Antragsteller macht geltend, zur Zahlung einer Mietkaution in Höhe von 365 Euro verpflichtet zu sein. Er begehrt die Übernahme dieser Kaution durch die Antragsgegnerin. Dieses Begehren hat er erst vor dem Oberverwaltungsgericht in das gerichtliche Verfahren eingeführt. Im Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung vom 12. Februar 2007 ist es nicht aufgeführt und dementsprechend ist es auch nicht Gegenstand des angefochtenen Beschlusses vom 15. Februar 2007. Auch liegt diesbezüglich, soweit ersichtlich, noch kein behördlicher Bescheid vor, der sich mit dem Begehren des Antragstellers auseinandersetzen würde. Unter diesen Umständen ist es dem Oberverwaltungsgericht aus prozessualen Gründen verwehrt, dieses Begehren in das vorliegende Beschwerdeverfahren einzubeziehen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 Absatz 1 Satz 1 SGG.

Unter dem neuen, geplanten Sozialgerichtsgesetz würde die Beschwerdemöglichkeit in einem solchen Fall nicht mehr bestehen. Dem Betroffenen bliebe höchstenfalls die Möglichkeit zur Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe – wovon Gebrauch zu machen nur zu raten ist, wenn die Gesetzesänderung in Kraft treten sollte.

Bei dieser Gelegenheit sei meine Anfrage an den Bürgermeister, die Bürgermeisterin, den Senat – insbesondere den Justizsenator – und die Fraktionen der Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen gerichtet, ob ein Richter, der einen derartig grausamen erstinstanzlichen Beschluss fällt, der gegen die der Rechtsordnung immanenten rechtsethischen Werte und Prinzipien verstößt und dem im Grundgesetz verkörperten Wertesystem einschließlich der Sozialstaatsklausel zuwiderläuft, nicht besser aus dem Amt zu entfernen wäre! Diese Frage muss sich jedem aufdrängen, der ein normaldurchschnittliches Rechtsempfinden besitzt.

Ein ALG-II-Betroffener (parteilos)

„Möglich“ reicht nicht: Es muss auch die konkrete Gefahr eines Angriffs auf bestimmbare Personen oder benennbare Grundlagen des Staates bestehen, um Festplatten Verdächtiger auszuspähen *(„Spiegel-Online“)*

„Unzulässige staatliche Beihilfe“: EU-Kommission untersucht Milliarden-Hilfe für deutsche Krisenbanken *(„Spiegel-Online“)*

Warum nicht mit dem ollen Beust: Die Grünen haben schließlich auch schon mit Wolfgang Clement koaliert *(„Spiegel-Online“)*

Stress macht krank: Beck, Wulff, Koch liegen mit Grippe im Bett *(„Stern“)*

Der Senat muss sich für das Behördenunrecht entschuldigen!

Der Bremer Senat ist unmissverständlich aufgefordert, sich für Drangsalierungen und menschenverachtende Praxis, die in seinem Namen durch die Behörden (hier Bagis und andere) und Teile der Gerichtsbarkeit verursacht werden, öffentlich zu entschuldigen und sofort andere Arbeitsanweisungen zu veranlassen! –

Nun hat auch Hamburg gewählt. Das Kapital hat es nicht geschafft, „seine“ Regierung mit CDU und FDP durchzubringen. Wahlgewinner ist trotz geringer Stimmenzahl „Die Linke“ mit 6,4 Prozent. Massiv hatte das Kapital über die Medien versucht, mit der Keule des Antikommunismus „Die Linke“ aus der Bürgerschaft fernzuhalten, um ihr Desaster der sich ausweitenden Steuerhinterziehungsaffären zu übertönen. Aber das hat nicht geklappt! Theoretisch hätten SPD, Grüne und „Linke“ eine Mehrheit und könnten die CDU ablösen. Aber erstens will die SPD das gar nicht, und zweitens sollte sich „Die Linke“ lieber auf eine offensive Oppositionsarbeit konzentrieren und die enge Verbindung mit den gewerkschaftlichen Kämpfen und der außerparlamentarischen Opposition – wie zum Beispiel der Montagsdemo – suchen und festigen. An Hessen und nun auch Hamburg sieht man, das Volk will eine andere Politik: Hartz IV muss weg und viele andere Dinge. Wenn die Herrschenden das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, müssen sie sich eben auf immer mehr Unregierbarkeit einstellen!

Wir haben gerade da die Aufgabe und Chance, immer mehr Menschen zu gewinnen, sich auf die gemeinsamen Interessen als Werktätige – ob arbeitslos oder arbeitend – zu besinnen und solidarisch für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse einzutreten. Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst gehen weiter. Schäuble verharrt auf seiner Mogelpackung: 0,4 Prozent Steigerung will er

als fünf Prozent verkaufen. Dieses faule Angebot erkennen die Kollegen und sind heiß, dass es bald richtig losgeht, mit Urabstimmung und Streik. Bei einem Kindergarten hier in Bremen war beim Warnstreik die ganze Eingangstür mit Solidaritätserklärungen und -grüßen geschmückt. Klar, dass die Eltern sich untereinander halfen: Wir fallen den Kollegen nicht in den Rücken! Der schnelle Abschluss in der Stahlindustrie, zu der auch Arcelor-Mittal Bremen gehört, zeigt, wie viel Angst die Herren Stahlbosse vor kämpfenden Arbeitern haben!

Der Fall Zumwinkel ist nur die Spitze eines Eisbergs der Macht- und Profitgier der größten Monopole. Die sogenannten „leeren Kassen“ sind leer geworden durch die Machenschaften der internationalen Monopole und ihrer Organisationen von Weltbank bis Weltwährungsfonds. Die ganze EU-Politik mit den sogenannten Lissabonner Beschlüssen organisiert diese massive Umverteilung zugunsten der weltgrößten Konzerne. Jede gewerkschaftliche Forderung und jede Streikaktion wird unweigerlich mit den Kapitalinteressen in schärfsten Konflikt kommen und dadurch zunehmend auch politischen Charakter annehmen. Immer mehr Menschen wird die Verlogenheit der bürgerlichen Lebenslügen klar werden, und sie werden Forderungen aufstellen!

Jobst Roselius

Rechtsprechung nach Gutsherrenart

Es bleibt länger hell, man sieht einander besser, und die Montagsdemo ist auch auffälliger. Rund 40 Menschen kamen oder blieben stehen zur 171. Montagsdemo am 25. Februar 2008 in Bremen. Freudig und gestärkt konnten wir vom selbstveranstalteten Regionaltreffen der nordwestdeutschen Montagsdemos berichten und die Resolution für ein uneingeschränkt nutzbares Offenes Mikrofon an allen Orten und zu allen Gelegenheiten vortragen.

Natürlich wurde auch die Hamburger Wahl kommentiert. Der Einzug der „Linken“ bringt die Herrschaften mit ihrem Scheuklappendenken ganz schön durcheinander. Die Ablösung vom bürgerlichen Parlamentarismus schreitet voran. Das ist Aufgabe und Chance für uns, neue Kräfte für eine kämpferische Opposition von unten zu gewinnen.

Was ein Hartz-IV-Betroffener erfahren kann an Versagung, Einschränkung, Willkür, Zynismus, Quälerei und unüberlegtem Sadismus durch Behörden wie die „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ und andere – sowie durch manipulierte bürgerliche Gerichte, in denen das Personal nach Gutsherrenart für die gewünschten Urteile herumgeschoben wird, alles unter Verantwortung des Bremer Senats –, was er da erleben kann und wie er fertiggemacht wird, wurde durch das Verlesen eines Gerichtsurteils auf zweiter Ebene wieder einmal drastisch vor Augen geführt. Der Senat wird unmissverständlich aufgefordert, diese Anweisungen und Verwaltungspraxis sofort zu ändern und sich vor der bremischen Bevölkerung auf dem Marktplatz öffentlich zu entschuldigen!

Jetzt wird das Sozialgesetzbuch auch noch in der Weise geändert, dass die Veränderung des Streitwerts eine Unmenge von Widersprüchen und Klagen scheitern lassen wird. Das alles sind schleichende Bestandteile der fortschreitenden Faschisierung des Staatsapparates und der Entmündigung der Gesellschaft! Wir können nur alle Angestellten und Beamten der Verwaltungen in Bund und Ländern aufrufen: Macht da nicht mit! Werdet aktiv in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes! Zeigt Schäuble und Konsorten, dass ihr den imperialistischen Kurs nach innen und außen nicht mitgehen wollt!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Zwergenaufstand: Michi Naumann will nicht selbst schuld sein an seiner Wahlniederlage *(„Spiegel-Online“)*

Neue Ratschläge für Ypsi-Püppsi: „Wer Ministerpräsidentin des Landes Hessen werden will, sollte wenigstens lesen und begreifen können“ *(„Focus“)*

Linksruck: Koch kritisiert Job-Kahlschlag der Konzerne *(„Spiegel-Online“)*

Statistikwunder: „Jobboom“ trotz Jobvernichtungswelle *(„Rote Fahne News“)*

Sarrazin für Schwarzarbeit: Dann kann der Hartz-IV-Regelsatz schön niedrig bleiben *(„Spiegel-Online“)*

Tränchen im Äuglein: Alle haben Zumwinkel wieder lieb *(„Spiegel-Online“)*

Zwergenaufstand: Matzi-Platzi und Müde-Fering schmieden (kein) neoliberales Komplott gegen ihren Nachfolger *(„Spiegel-Online“)*

Armut im Geiste: So eine Truppe soll in einem anderen Land für Ordnung sorgen? *(„Bild“-Zeitung)*

CSU bei Kommunalwahl abgewatscht: SPD-Bürgermeister

siegen in München und Nürnberg *(„Spiegel-Online“)*

Sturmtief: „Emma“ wütet durch Deutschland *(„Stern“)*

Fünf Prozent für Nürnberger „Linke“: Sieben Monate vor der Landtagswahl scheint die absolute CSU-Mehrheit gefährdet *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

172. Bremer Montagsdemo
am 03. 03. 2008

Stoppt Nazi-Vandalismus!
NPD verbieten!

Seit Beginn dieses Jahres häufen sich Nazi-Anschläge auf Bremer Einrichtungen. Der „Infoladen“ der „Rosa-Luxemburg-Initiative“ wurde schon zwei Mal Ziel von faschistischen Übergriffen. Mitte Februar wurden vier weitere Anschläge bekannt. Zuerst traf es die Jugendbildungsstätte des „Lidice“-Hauses auf dem Stadtwerder. Es folgten Schmierereien und Steinwürfe auf eine Wohngemeinschaft in Bremen-Nord sowie auf die Räume der ehemaligen Jugendbildungsstätte in Bremen-Lesum.

Der Bremer „Infoladen“ in der Sankt-Pauli-Straße, in dem seit Anfang 2002 das „Archiv der sozialen Bewegungen“ untergebracht ist, wurde schon zum wiederholten Mal zum Angriffsziel der faschistischen Steinewerfer, wobei drei große Fensterscheiben zu Bruch gingen. Dabei hinterließen die Nazis ihre Duftmarken in Form von aufgeschmierten Hakenkreuzen, SS-Runen und dem Schriftzug „ C18“. Dies ist eine Chiffre, die für Hitlers Initialen und als Symbol für die Nazi-Organisation “Blood and Honour” steht. Alle Anschläge zeigen mithin eindeutig dieselbe Handschrift.

Dies zeigt erneut, wie dringend ein Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen ist! Die Bremer Montagsdemo verurteilt die Anschläge auf das Schärfste und erklärt sich mit den betroffenen Objekten und Initiativen solidarisch. Wir fordern eine schnelle und konsequente polizeiliche Verfolgung und eine baldige Bestrafung der Täter!

von den 25 Teilnehmer(inne)n der 172. Montagsdemo einstimmig beschlossen

In Sachen Nazi-Anschläge gibt es noch zu berichten, dass im Februar Übergriffe auch in Osterholz-Scharmbeck stattgefunden haben. In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar 2008 wurde zeitgleich mit dem Anschlag auf den Bremer „Infoladen“ in der Sankt-Pauli-Straße das dortige Kulturzentrum angegriffen. Die Täter, die dem Vernehmen nach aus Verden kamen, schlugen zehn Scheiben ein und sprühten an die Vorderfront des Hauses die Worte: „Linke Zentren angreifen“.

In derselben Nacht wurde in der Nachbarstadt auch das Denkmal für die ehemalige jüdische Synagoge mit Hakenkreuzen geschändet! Dies war die zweite faschistische Untat nach einem Brandanschlag am 7. November 2006 gegen das Denkmal. Damals wurde bei dem Anschlag die Plane, die das Denkmal verhüllte, in Brand gesteckt. Dem Bremer „Infoladen“ zufolge stellen die Anschläge keine Einzelfälle dar. Neben Übergriffen bei Fußballspielen und auf linke Veranstaltungen trifft es auch Menschen, die nicht in ihr faschistisches Bild passen (Quelle: „Indymedia“).

Im Januar wurde ein Obdachloser, der im Eingangsbereich des Ladens schlief, zweimal kurz hintereinander von „Unbekannten“ angegriffen und durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt („Weser-Kurier“ vom 16. Januar 2008). Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes, und die Vermutung liegt sehr nahe, dass der oder die Täter nur aus dem genannten Nazi-Umfeld kommen können!

Die Initiative „Bremerinnen und Bremer gegen Obdachlosigkeit“, von deren zahlreichen phantasievollen Aktionen in der Innenstadt schon berichtet wurde, hat sich kurz nach der Tat mit den empörten Anwohner(inne)n in der Sankt-Pauli-Straße in Verbindung gesetzt, um zu beraten, was weiterhin unternommen werden kann.

Die Gleichzeitigkeit der Anschläge gegen linke Einrichtungen an verschiedenen Orten zeigt mit großer Deutlichkeit, dass die Faschisten immer öfter koordiniert vorgehen und ihre Kräfte überregional bündeln. Dieses Phänomen ist schon seit längerer Zeit zu beobachten, und offenbar gelingt ihnen das von Mal zu Mal besser. Ich denke, es wird höchste Zeit, dass auch wir unsere Kräfte überregional besser koordinieren, um der faschistischen Gefahr mit gemeinsamen Protestaktionen noch wirkungsvoller entgegentreten zu können!

Ergänzung von Wieland von Hodenberg
(„Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Odysseus“ Schell droht mit neuen Streiks: Die Kompromiss-Rhetorik verbirgt, dass der Bahn-Konzern der GDL in Kernfragen wie der Autonomie praktisch nicht entgegengekommen ist *(„Spiegel-Online“)*

Das kann niemand verstehen, auch Geißler nicht: Rumpelstilzchen weigert sich (nicht mehr) zu unterschreiben *(„Spiegel-Online“)*

Ab Montag wird gestreikt: Die Bahn hat die Lokführer-Gewerkschaft monatelang getäuscht und in die Irre geführt *(„Spiegel-Online“)*

Riesenprofite – dank Massenentlassungen?

An Arbeitsplätzen, die abgebaut werden sollen, sind letzte Woche dazugekommen: bei BMW 8.000, bei Siemens 7.000, bei Henkel 3.000. All diese Konzerne haben im letzten Jahr hohe Gewinne gemacht: BMW 3,7 Milliarden, Henkel 941 Millionen Euro. So sieht das von Merkel und Konsorten beschworene „Jobwunder“ aus: Für die bisher regulär Beschäftigten ist es ein „blaues Wunder“!

Immer mehr Firmen betreiben „Outsourcing“: Arbeit und Risiko werden Leihfirmen übertragen. Leiharbeiter und Niedriglöhner sind es, die solche Riesenprofite erwirtschaften. Deutschland hat in Europa inzwischen den zweitgrößten Anteil an Niedriglöhnern! Immer mehr Menschen können von ihrem Lohn nicht mehr leben, geschweige denn eine Familie ernähren und versorgen!

Erinnert ihr euch noch an die Vulkan-Pleite? Die meisten früheren Werftarbeiter sind heute „in Hartz IV“. Aber der frühere Vorstandsvorsitzende Hennemann hat jetzt 174.000 Euro Nachzahlung zugesprochen bekommen – als kleine Anpassung seiner Altersbezüge! Oder Nokia-Chef Kallasvuo: Er bekommt pro Jahr zehn Millionen Euro Gehalt, dazu Aktienoptionen und langfristige Vergütungsanteile.

Man muss nicht nur die Steuerhinterzieher wie Zumwinkel sehen: Die ganze kleine, aber fette Oberschicht bereichert sich völlig legal, Tag für Tag und immer dreister auf Kosten der Armen, der Arbeiter und Angestellten! Die Berliner Monopolpolitiker machen dafür die Gesetze. Deshalb weg mit den Hartz-Gesetzen! Für das Verbot von Zeit- und Leiharbeit! Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Wolfgang Lange (MLPD)

Soziale Spaltung dramatischer als angenommen: Unter dem Druck der Globalisierung zerbricht die alte Balance der Bundesrepublik *(„Spiegel-Online“)*

Regierungsvertreter in SPD-Gremien gerüffelt: Fünf Jahre nach Ankündigung der Agenda 2010 geben die Parteilinken den Ton an *(„Spiegel-Online“)*

Dumping- und Mindestlöhne

Was steckt dahinter, dass Politiker(innen) von CDU und SPD uns im neoliberalen Zeitgeist mithilfe der Medien vermitteln wollen, dass „sozial“ sei, „was Arbeit schafft“? Die Mehrheit der Menschen wird bestohlen, indem sie gezwungen sind, Lohnarbeit zu verrichten. Den Mehrwert ihrer Arbeit kassiert der Unternehmer. Im kapitalistischen System gehören der Boden, die Fabriken, die Maschinen nicht den arbeitenden Menschen, sondern ganz wenigen Reichen. Dies stellt den Diebstahl dar. Der Arbeiter und die Arbeiterin bekommen nicht den Wert ihrer Arbeit bezahlt, sondern nur den Erhalt ihrer Arbeitskraft, damit der Mensch weiter arbeiten kann, wie es sich das Kapital wünscht. Die Krisen, die im kapitalistischen System immer wiederkehren, sorgen dafür, dass Menschen entlassen werden. Das verstärkt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Karl Marx sagt in Band I des „Kapitals“: „Die kapitalistische Produktion entwickelt die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, Seiten 529/530)

Die „Bolkenstein-Richtline“ der EU besagt, dass sich die in Europa gezahlten Löhne nach den Löhnen im europäischen „Herkunftsland“ richten sollen. Das bedeutet, dass ein Mensch zum Beispiel aus Polen, der bei uns arbeitet, nur den Mindestlohn aus seinem Herkunftsland erhält und nicht den, der bei uns nach Tarifrecht gezahlt wird. Der Europäische Gerichtshof stimmte dem zu. Das beweist, dass die „Sozialcharta“ nicht das Papier wert ist, auf dem sie steht! Wir haben zum Beispiel nicht das Recht, sie einzuklagen. Offiziell gibt sich die EU sozial, in Wirklichkeit werden nur die Interessen der kleinen Minderheit von Reichen vertreten! Die Aufrüstung wird jährlich mit drei Prozent gefördert, um „humanitäre Kriegseinsätze“ zu führen, die nichts weiter sind als Kriege zur Sicherung von Rohstoffquellen! Für die meisten Menschen ist es schwer, die wahren Hintergründe von Kriegen und Sozialabbau zu durchschauen. Dass die Medien im Sinne des Kapitals die Mehrheit der Bevölkerung über die gesellschaftlichen Ursachen von Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit belügen und betrügen, ist gängige Alltagspraxis.

Die Mehrheit der Menschen bringt jenen gesellschaftlichen Reichtum hervor, den sich die Reichen aneignen. Sie sind hauptsächlich verantwortlich dafür, dass so viele in materieller und Bildungsarmut leben müssen! Die Steuern zahlt die Mehrheit der Bevölkerung. Auch wenn Reiche Steuern zahlen, sind das nicht *ihre* Steuern, sondern sie stammen von der Mehrheit der Bevölkerung. Warum sollen wir mit unseren Steuergeldern die Armut finanzieren, damit einige wenige auf un-

sere Kosten reich sind? Die Konzerne und Banken zahlen immer weniger Steuern! Sie sorgen dafür, dass die Kassen des Bundes, der Länder und Gemeinden leer sind! Gesellschaftlich notwendige Arbeit in Krankenhäusern, Kinderkrippen oder Alteneinrichtungen kann nicht mehr sozial gerecht finanziert werden. Die Gewinne der Konzerne vermehren sich durch weniger Steuereinzahlungen. Die Privatisierung des öffentlichen Dienstes führt dazu, dass Strom, Wasser und Energie, also die öffentliche Daseinsversorgung, immer teurer werden, wie sich am öffentlichen Nah- und Fernverkehr deutlich zeigt.

Die wichtige Erkenntnis, die wir aus alldem ziehen können, lautet, dass der Mehrheit der Bevölkerung der Reichtum gehören muss, und zwar durch eine Umkehr der Umverteilung! Für uns stellt sich die Frage: Wie können wir uns nehmen, was uns zusteht, damit wir nicht in Armut leben müssen, sondern in Würde leben können? Alle von Armut betroffenen und bedrohten Menschen sind aufgerufen, sich zu organisieren und solidarisch zu kämpfen: für eine andere Welt, die nötig ist!

Die „Wohlfahrtsverbände“ haben erst tarifrechtliche Arbeitsplätze vernichtet und ersetzen heute normale Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs. Diese Stellen sind nicht „zusätzlich“ oder „gemeinnützig“: Es handelt sich um Zwangsarbeitsverhältnisse! Auf einer Anhörung der „Linken“ zum Thema Arbeit sagte Uwe Lange von der „Bras“: „Wir brauchen sie, denn die Ein-Euro-Jobs sind billig!“

Das Recht auf Arbeit darf nie eine Zwangsmaßnahme sein! Doch die Hartz-Gesetze zwingen Menschen in Ein-Euro-Jobs hinein: Weigern sie sich, wird ihnen das Existenzrecht genommen! Es geht darum, die gesellschaftlich notwendige Arbeit zu verbilligen, damit das Kapital, das weniger Steuern zahlt, mehr Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit machen kann. Hartz IV geht hauptsächlich auf Kosten von uns Frauen: Wir arbeiten vor allem in Beschäftigungsverhältnissen, die verarmen lassen, und sind meist unterbezahlt. Das führt bei Frauen zu niedrigen Rentenansprüchen. Frauen werden gezwungen zu arbeiten, wenn das Einkommen des Mannes nicht ausreicht. Auf der anderen Seite dürfen sie nicht arbeiten und werden in die Abhängigkeit vom Einkommen des Ehemannes getrieben. Das zeugt von der verlogenen und doppelten Moral der Hartz-Gesetze, die frauenverachtend sind!

Der Hartz-IV-Regelsatz müsste etwa bei 500, nicht bei 347 Euro liegen. Davon sollen auch noch 45 Euro als Pauschale zurückgelegt werden, um für Zahnersatz oder Haushaltsgegenstände ansparen zu können – was unmöglich ist, da kein Mensch von 302 Euro in Monat leben und sich gesund ernähren kann! Die Menschen sollen ganz bewusst gezwungen werden, durch die Arbeitslosigkeit, die das kapitalistische System verursacht, für zu wenig Geld immer länger zu arbeiten. Aus lähmender Angst wehren sich noch viel zu wenige gegen das unmenschliche System, vor allem gegen Hartz IV und die Agenda 2010. Die „Wohlfahrtsverbände“ sind aufgerufen, sich von der Rolle des Helfershelfers und des verlängerten Arms des kapitalistischen Systems zu befreien und ihm nicht länger zu dienen! Sie sind aufgerufen, sich zu fragen: Wie können wir gesellschaftlich

notwendige Arbeit finanzieren, ohne dass die Menschen verarmen, ohne ihnen den Arbeitnehmerstatus zu rauben, ohne sie zu entwürdigen und zu Zwangsarbeitsverhältnissen zu nötigen? Sie sollten sich die Frage stellen: Haben wir wirklich Widerstand gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze organisiert, gegen das System Kapitalismus, das dies alles zu verantworten hat?

Der Satz „Alles, was Arbeit schafft, ist sozial“ ist falsch! Der Billiglohnsektor und die unbezahlte Arbeit führen dazu, dass immer weniger in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt wird. Die Privatisierung und Kapitalisierung des Rentensystems ist abzulehnen, da dies nur die Gewinne der Versicherungsgesellschaften, der Banken und der Börse vermehrt. Es gilt zu kämpfen: Für die Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro, einen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde und die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich! Gegen den Überwachungsstaat und die Aufrüstung von Polizei und Armee zum Schutz der Reichen! Die Reichen verbergen ihre Minderwertigkeitskomplexe hinter einem Luxus, den sie nicht benötigen, und sie verursachen den Tod von Millionen Menschen. Wir brauchen keine Waren, um die Profite von wenigen zu vermehren und die Natur zu zerstören! Was wir dringend brauchen, sind preisgünstige Gebrauchsgüter und eine ökologische und demokratische Wirtschaftsweise! Nehmen wir uns, was uns zusteht! Kämpfen wir für eine Gesellschaft, die aus der Barbarei des Kapitalismus herausführt, die solidarisch ist und in der der Mensch ein Mensch sein kann!

Bettina Fenzel (parteilos)

Volk lässt Dampf ab: Hochdruck-Sarkotzy bei Kommunalwahl eingekocht *(„Spiegel-Online“)*

Junge Menschen früh dem Obdachlosenmilieu zu überlassen, ist zynisch – und teuer

1. Die Bundesregierung muss der EU-Kommission zufolge mehr gegen **Kinderarmut** tun. In Deutschland ist jedes achte Kind – das sind immerhin zwölf Prozent – dem Armutsrisiko ausgesetzt, wie es in dem in Brüssel vorgestellten Sozialbericht der Kommission für 2008 heißt. Bei fast jedem zehnten Kind sind beide Eltern arbeitslos – und das trotz der zuletzt deutlich gesunkenen Arbeitslosenraten. Statistiken fälschen ist eben nicht alles!

Ein Armutsrisiko besteht den Kommissionsexperten zufolge, wenn die Familie der Kinder nur über maximal 60 Prozent des Durchschnittseinkommens ver-

fügt. Aber dank Hartz IV gibt es noch eine Steigerungsmöglichkeit! So wächst die Zahl junger Obdachloser: Ihr Weg führt vom Kinderzimmer aus direkt auf die Straße! Schon wieder bietet sich eine Gelegenheit, die Statistik zu fälschen und von gesunkener Jugendarbeitslosigkeit zu sprechen. Die Zahl der von Obdachlosigkeit bedrohten jungen Erwachsenen steigt: Laut den Zahlen der Hamburger Sozialbehörde wuchs die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen im Vergleich des Jahres 2006 zum Jahr 2007 um fünf Prozent an.

Der Leiter des „Obdachlosenprojektes der Hamburger Jugendhilfe“, Kay Polter, beobachtet den deutlichen Anstieg von Obdachlosigkeit gefährdeter junger Menschen mit Sorge. Er sieht das Phänomen als Folgeerscheinung der Hartz-IV-Reform, weil Unterfünfundzwanzigjährige seither keinen eigenen Wohnraum mehr von den Sozialämtern finanziert bekommen. Die Regelung sieht vor, dass junge Menschen, die finanziell nicht auf eigenen Füßen stehen, bei ihren Eltern wohnen bleiben. Wenn „Überflüssigen“-Familien mit chronischem Geldmangel und einer nicht vorhandenen Zukunft in beengten Wohnverhältnissen vor sich hinvegetieren müssen, ist die Gefahr von Streitereien und Zerwürfnissen größer als bei Familien, die unter menschenwürdigen Bedingungen existieren können. Da werden junge Menschen früh dem Obdachlosenmilieu überlassen, obwohl jeder weiß, dass dies oft der Anfang vom Ende ist!

Es ist unglaublich beschämend, welche „Blüten“ dieses unsäglich menschenverachtende Hartz IV zu treiben vermag, „Kaktusblüten“ sind das wohl eher! Es wird zwar an Sozialwohnungen für Alleinstehende unter 25 Jahren gespart, aber gleichzeitig wird eine Gruppe von Menschen produziert, die sich im späteren Leben als „betreuungsintensive Härtefälle“ entpuppen werden. Und das wird dann richtig teuer, sofern diese Klientel nicht das Portemonnaie der Gesellschaft durch „sozialverträgliches Ableben“ – zum Beispiel Kältetod auf der Straße, Hungertod im Wald - schont! Ist das zynisch! Ist das zum Kotzen!

2. Das Frühjahr ist traditionell die Zeit der Kommunions- und Konfirmationsfeiern sowie Jugendweihen. Sie sind einmalige Feiern im Leben eines Menschen. **Geschenke**, die zu diesem Anlass gemacht werden, auf ALG-II-Leistungen anzurechnen, ist deshalb ein Skandal! Die Hartz-Gesetze verpflichten die Agentur für Arbeit, Geschenke im Wert von über 50 Euro auf die Leistungen zum Lebensunterhalt anzurechnen. Die Kirchen verstehen sich als Glaubensgemeinschaften, deren Lebenspraxis auf dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen, der Nächstenliebe und einer gerechten und solidarischen Güterverteilung basieren. In ihrem Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 haben evangelische und katholische Kirche sehr konkret beschrieben, was diese Prinzipien aus ihrer Sicht für das praktische Leben und Wirt-

schaften heute bedeuten. Die in unserer Gesellschaft existierende Armut mit dem gleichzeitig bestehenden Reichtum dieser Gesellschaft zu bekämpfen, war eine der konkreten Forderungen des Sozialwortes. Die Kirchen sind daher an dieser Stelle gefordert, endlich aktiv zu werden!

In der „Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld“ heißt es in § 1: „Als Einkommen sind nicht zu berücksichtigen: einmalige Einnahmen und Einnahmen, die in größeren als monatlichen Zeitabständen anfallen, wenn sie 50 Euro jährlich nicht übersteigen“. Nach dem Hartz-IV-Gesetz ist bei Einnahmen immer zu prüfen, ob die „Bedürftigkeit“ der Bedarfsgemeinschaft gegeben ist. Das gilt auch für Konfirmations-, Kommunions- und Jugendweihegeschenke. Geschenke bis zu einem Wert von 50 Euro sind kein Problem. Aber alles, was darüber hinausgeht, gilt grundsätzlich als Einnahme. Und diese sind grundsätzlich auf die ALG-II-Leistung anzurechnen. Anderseits haben die Arbeitsagenturen vor Ort Ermessensspielräume, müssen also nicht automatisch alle Geschenke im Wert von über 50 Euro auf die ALG-II-Leistungen anrechnen.

3. Zum 1. März 2008 sind gesetzliche Neuregelungen in Kraft getreten. Zum Beispiel soll es für ältere Langzeitarbeitslose über 58 Jahre in der Regel nur noch **Arbeitsdienste** geben. Nach dem Auslaufen der sogenannten 58er-Regelung zum 31. Dezember 2007 sollen Härten für Empfänger von Arbeitslosengeld II durch folgende Regelungen abgemildert werden: ALG-II-Bezieher ab dem 58. Lebensjahr sollen nunmehr unverzüglich in Arbeit oder in eine Arbeitsgelegenheit vermittelt werden. Gelingt dies nicht, soll im Abstand von jeweils sechs Monaten geprüft werden, welche Maßnahmen zur Eingliederung in eine Beschäftigung erforderlich sind.

Was soll daran „abgemildert“ sein? Der Reichstag steht ja noch, und das andere er„reich“en sie auch noch! Ein Staat, der seine Alten versklavt: Schlimmer geht’s nimmer! Andererseits: Je mehr man sie quält, desto schneller sterben sie an Herzinfarkt, Krebs oder Ähnlichem, etwa den Spätfolgen vom dauernden Stress. Dadurch lassen sich dann später Rentenauszahlungen und Grundsicherung einsparen. Das ist die neue zynische Sparformel! Wie wäre es mit der Alternative, einfach die Überachtundfünfzigjährigen zu bezahlen und sie in Ruhe der Rente entgegendämmern zu lassen – oder es ihnen freizustellen, sich selbst eine für sie sinnvolle Beschäftigung zu suchen? Man kann solche Maßnahmen auf freiwilliger Basis anbieten: Wer es braucht, kann es mitmachen! Mich stört bei diesen ganzen „Maßnahmen“, dass der Zielgruppe dabei jegliche Form von Mitsprache und Einflussnahme vorenthalten bleibt, von den gesetzlichen Regelungen her gesehen!

4. Das „Deutsche Historische Museum“ gewinnt die „Goldenen Raffzähne 2007“! Der Gewinner des vom „Fairwork“-Vereins vergebenen Preises für das dreisteste **Praktikumsangebot** des Jahres ist eine Einrichtung, wo Hochschulabsolventen

nicht nur sechs Monate lang bei einer Wochenarbeitszeit von 39 Stunden unbezahlt beschäftigt werden, sondern dabei auch so gut wie alle Rechte abtreten: Alle durch die Praktikanten verfassten Texte gehen ohne jegliche Vergütung in das alleinige Nutzungsrecht des „Deutschen Historischen Museums“ über.

Außerdem wird dem Praktikanten im vorliegenden Fall der Urlaubsanspruch verwehrt und keine Unfallfürsorge zugestanden. Die Freizeichnung von der Sozialversicherungspflicht ist darüber hinaus gerade für eine auch mit Steuermitteln finanzierte Einrichtung skandalös. „Leider ist das Museum damit ein trauriges Beispiel dafür, dass auch der öffentlich-rechtliche Status kein Garant für faire Praktikumsbedingungen ist“, so Bettina König, Vorsitzende von „Fairwork“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Sie hat das Näslein voll von der Spöttelei: Ypsi-Püppsi will sich nächsten Monat vielleicht zur „Roten Königin“ von Hessen küren lassen *(„Die Welt“)*

Billig bauen, streichen und sanieren mit dem Sozialgesetzbuch

1. Letzten Donnerstag, am 28. Februar 2008, hat die staatliche Bremer Deputation für Arbeit und Gesundheit vormittags eine Sondersitzung eingelegt. Es wurden beschlossen, die Stellen nach § 16 SGB II, die sogenannten Ein-Euro-Jobs, wie in der Vorlage aufgezeigt zu verringern und 300 Stellen nach der „Entgeltvariante“ gemäß § 16a SGB II zu schaffen. Mit diesem Beschluss wurden die Weichen für eine „Vermittlungsglanzleistung“ geschaffen: Alle 300 Stellen gemäß § 16a sind besetzt, oder?

Nachmittags begann die Veranstaltung zum Thema in den Räumen der „Blauen Karawane“. Frau Schön von den Grünen und Staatsrat Schuster von der SPD verkauften diese Umgestaltung als „Erfolg“. Es ist auch ein Erfolg, aber nicht der versprochene Durchbruch. Ist es die Reaktion des politischen Personals auf die Lage der Beschäftigungsträger wegen anstehender Regressforderungen? Diese Ein-Euro-Jobs sind nicht gemeinnützig und waren es auch nie! Die Früchte dieses Handelns gehören den Ein-Euro-Mitarbeiter(inne)n und darüber hinaus in die Kasse der Freien Hansestadt Bremen!

Schon vor einem Jahr war dies in den gleichen Räumen Thema. Es hat sich keiner gefunden, der sagte, die Ein-Euro-Jobs bei ihm oder bei seinem Träger seien gemeinnützig! „Bras“-Geschäftsführer Uwe Lange ist damals früher gegangen und diesmal gar nicht gekommen. Er hat die Umgestaltung der Ein-Euro-Jobs händeringend gefordert und dabei alle Vorzüge des § 16a SGB II geschildert. Zwischendurch kam seine Sorge betreffs der Gemeinnützigkeit zum Ausdruck.

Herr Lange hatte seit Monaten den 1. März 2008 als Fixpunkt für neue Arbeitsverträge angepeilt. Das politische Personal hat dies mit der Sondersitzung abgesichert. Die produktiven Ein-Euro-Mitarbeiter der „Bras“ haben neue Verträge nach § 16a des SGB II erhalten. Uwe Lange hat bei diesen Mitarbeitern künftig kein Problem mit der „Gemeinnützigkeit“ mehr! Die „Zusätzlichkeit“ erfüllt er auch, weil die Ein-Euro-Mitarbeiter beim Vergleich des Personalstandes (zwölf Monate zurück) nicht mitzählen. Herr Lange kann mit seinem Unternehmen gestärkt in die Zukunft gehen: Längere Verweildauer des Personals und keine Dispute mehr mit der Handwerkskammer! Er kann mit den Verträgen nach § 16a SGB II alles streichen und sanieren – und Bollerwagen, Möbel und alles andere bauen.

Und die Mitarbeiter(innen)? Wer einen Ein-Euro-Job hat oder hatte, der in Wirklichkeit gar keiner ist, weil die Gemeinnützigkeit nicht gegeben war, kann dies bei der Bagis „reklamieren“. Wir sollten dies besprechen! Bagis und „bag“ müssen Schadenersatz in Höhe des üblichen Tariflohns an den Betroffenen zahlen. Es besteht ein öffentlich-rechtlicher Schadenersatzanspruch! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Bagis und die „bag“ werden sich dieses Geld von der „Bras“ und den anderen Trägern wiederholen. Dies ist für alle Ein-Euro-Jobs möglich, weil die Verjährungsfrist vier Jahre beträgt. Selbst eine Pleite oder Insolvenz des Trägers hat auf die Durchsetzung der Forderung keinen Einfluss, denn zahlungsverpflichtet ist die Freie Hansestadt Bremen. Sie kann, wenn falsche Angaben im Antrag standen, auch auf das Privatvermögen der Verantwortlichen durchgreifen!

Was haben die Ein-Euro-Mitarbeiter(innen) außerdem davon? Einen längeren Arbeitsvertrag! Aber die neuen Möglichkeiten der „Bras“ und der anderen produktiven Träger werden massiv Arbeitsplätze bei den Handwerksbetrieben in Bremen vernichten und darüber hinaus einen Lohnabsturz verursachen. Die Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz mit tariflicher Entlohnung auf dem ersten Arbeitsmarkt sind damit erheblich gesunken.

Verträge mit 1.200 Euro Bruttolohn sind nicht armutsfest. Hierbei besteht meist weiterhin Anspruch auf ALG II. Beispiel: Ein(e) Alleinstehende(r) mit Regelsatz 347, Miete 300 und Heizung 60 Euro erhält 707 Euro. Der Netto-Arbeitslohn bei 1.200 Euro brutto beträgt circa 900 Euro. Somit besteht ein Anspruch auf ALG II in Höhe von 87 Euro, weil das Einkommen um den Freibetrag (hier 280 Euro) zu mindern ist. Dies ist kein Neuantrag! Der Bagis muss die Arbeitsaufnahme, also das Bestehen eines neuen Arbeitsvertrages mitgeteilt werden. Gleichzeitig kann die Weiterzahlung von ergänzendem ALG II beantragt werden.

Der Brief an die Bagis lautet: „Als Anlage erhalten Sie meinen neuen Arbeitsvertrag. Ich werde Sie über den ersten Zahlungseingang informieren. Ich be-

antrage die Weiterzahlung von ALG II unter Anrechnung meines Arbeitslohns.“ Wenn dieser erst im April eingeht, besteht für März noch der ungekürzte ALG-II-Anspruch! Die neuen Verträge sind richtige Arbeitsverträge. Somit können die Mitarbeiter einen Betriebs- oder Personalrat wählen beziehungsweise stehen voll unter dem Schutz der bestehenden Mitarbeiter(innen)vertretung!

Der Lohn von 1.200 Euro brutto für eine qualifizierte Arbeit ist sittenwidrig! Daher empfiehlt es sich, durch das Arbeitsgericht die Angemessenheit prüfen zu lassen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer keinen neuen Vertrag abbekommen hat und mit der bisherigen Zuweisung weiterhin zu einer unproduktiven Tätigkeit erscheinen soll, kann ebenfalls die Überprüfung verlangen, weil jede Ein-Euro-Tätigkeit über mehr als 20 Stunden wöchentlich anfechtbar ist.

Wer keinen neuen Vertrag erhalten hat und die Tätigkeit einstellen soll, möge beachten, dass dies nur die Bagis verfügen darf. Daher umgehend die Bagis darüber informieren, die eigene Tätigkeit kritisch überdenken und wie vor verfahren! Wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz und am Dienstag ab 16 Uhr im „Hibiduri“, Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Thedinghauser Straße. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die **Arbeitslosenstatistik** wurde veröffentlicht. Die Zahlen sind verändert, aber unverändert falsch. Eigentlich ist es mir egal, denn jeder Politiker, Gewerkschafter, Wirtschaftssachverständige oder Vertreter der „Ziege“, kurz: jede(r) politisch Interessierte weiß dies!

Jeder Reporter ebenfalls? Bereits die Pressemeldung der Bundesagentur für Arbeit ist zielführend unrichtig formuliert. Leider wird sie in den Folgemeldungen überwiegend unkritisch übernommen. Diese Arbeitslosenstatistik sagt nichts über die Zahl der Arbeitslosen aus, auch nichts über die Zahl der *registrierten* Arbeitslosen, sondern sie zeigt auf, wie viel Personen nach den Bestimmungen über die Erstellung dieser Statistik mitzuzählen sind. Mit der tatsächlichen Zahl der Arbeitslosen hat dies nichts zu tun! Nicht einmal die *Entwicklung* der Beschäftigung lässt sich daraus ableiten.

Auch für die Zählung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse wurden die Rahmenbedingungen geändert. Mitgezählt werden jetzt auch die geringfügigen Beschäftigungen. Eigens herausgerechnet werden aus der Statistik die „Saisoneinflüsse“. Die Änderung der Arbeitslosigkeit durch das neu eingeführte Bau-Kurzarbeitergeld wird nicht beziffert, die Auswirkung der öffentlichen Förderprogramme ebenfalls nicht.

Die Europäische Union hatte Deutschland wegen der geringen Beschäftigungsquote bei den älteren Arbeitnehmern gerügt. Das Förderprogramm „50 plus“ in Bremen und anderswo ist eine direkte Folge davon. Erwähnt wurde dieser Effekt in der Statistik nicht. Gelobt wurden der „gute Arbeitsmarkt“ für die älteren Arbeitnehmer und die „Vermittlungserfolge“ der Bundesagentur und der Arbeitsgemeinschaften – von den Menschen, die um diese Ursache wissen!

Leidtragende sind die immer noch Erwerbslosen. „Sie müssen sich intensiver bemühen, der Arbeitsmarkt boomt!“ – das müssen sich die Betroffenen sagen lassen. Der Druck wird erhöht, vielleicht taucht der Mensch ja unter, und es gibt wieder einen weniger! Egal wohin: Es ist ein „Vermittlungserfolg“!

Leidtragend sind auch Menschen, die eine Erwerbsunfähigkeitsrente beantragen. Eine volle derartige Rente wird bei einem „verschlossenen“ Arbeitsmarkt gewährt, auch wenn eigentlich nur die Voraussetzungen für eine kleine Erwerbsunfähigkeitsrente vorliegen. Beurteilt wird die „Verschlossenheit“ des Arbeitsmarktes anhand der Kennzahl aus der Arbeitsmarktstatistik. Wie diese zustande kommt, siehe das Voranstehende und die vorherigen Bremer Montagsdemos! Wer aktuell *keine* volle Erwerbsunfähigkeitsrente zugesprochen bekommt, weil der Arbeitsmarkt „nicht verschlossen“ ist, kann sich wehren! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Arbeitslosenstatistik wird noch lächerlicher: Wer über 58 Jahre jung ist und ein Jahr lang keinen Vermittlungsvorschlag von der Bundesagentur für Arbeit oder der Arge erhalten hat, gilt nicht mehr als arbeitslos im Sinne dieser Statistik! Eigentlich müssten die Akteure der Bundesrepublik Deutschland die Kosten für diese Statistikerstellung erstatten, weil diese Zahlen nicht mehr zur Begründung von politischen Entscheidungen tauglich sind! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Herr Hundt kommentierte die **Entlassungsabsichten** der Großunternehmen (BMW minus 8.000 Menschen, Henkel 3.000, Siemens 7.000, Dresdner Bank 450, Telekom 10.000 jährlich) als „notwendig und zweitrangig“: Die kleinen Betriebe würden es ausgleichen, denn sie könnten nicht weglaufen! Allerdings bemerke niemand die Personaleinstellungen der Kleinen, weil es keine Schlagzeilen gebe.

Herr Hundt, die Entlassungen der Kleinen bemerkt auch keiner! Schlagzeilen gibt es nur im Regionalteil: „Boehm & Leckner wird geschlossen!“ Wer kennt diese Firma? Es gibt einen Sozialplan für 50 Beschäftigte. Was bleibt? Die Auswirkungen dieser Arbeitsplatzvernichtung werden auch durch die Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktstatistik geschönt, denn durch die Mitbewertung der geringfügigen Tätigkeiten wird der Arbeitsplatzverlust überlagert! Ein Zufall?

Bei Nokia geht es inzwischen nur noch um das Wie der Werksschließung. Es gibt eine Kündigung zum Sommer mit XXL-Abfindung. Dabei wollen die Mitarbeiter(innen) den *Erhalt* ihrer Arbeitsplätze, denn eine Abfindung wird bald von Hartz IV vernichtet! In Deutschland kann kein Unternehmer gehindert werden, seinen Betrieb zu schließen. Das muss nicht so bleiben: Wenn ein Betrieb geschlossen werden soll, so ist den Mitarbeiter(inne)n alles zu überlassen – der Unternehmer hat alle Rechte verloren, und die Belegschaft kann den Betrieb weiterführen! Dies als Grundgedanke. Zur Umgestaltung der Beschäftigungsförderung siehe die 51. Bremer Montagsdemo!

Frau Merkel hat Steuersenkungen zugunsten der Wirtschaft abgelehnt, so der „Weser-Kurier“ vom 1. März 2008. „Ich sehe im Augenblick keinen Raum für

Entlastungen“, sagte sie nach einem Gespräch mit den Spitzenverbänden. Nicht erwähnt wurde in dieser Meldung, dass die Unternehmenssteuern gerade erst gesenkt wurden: Die gesamte Mehrwertsteuererhöhung wurde an die Unternehmen weitergereicht! Aber es reicht den Vertretern der „Ziege“ nie!

Die Reichen zahlten am meisten, obwohl sie viele Positionen zur Steuerverminderung ansetzen könnten, so hatten es viele Medien zu vermelden. Na klar: Die Frage, wer „reich“ ist, wurde ja *nach* der Steuererklärung beantwortet! Dass erklärte Steuern bezahlt werden, daran hat keiner in den Medien gezweifelt, obwohl der Bundesrechnungshof die lasche Beitreibung von Steuern mehr als einmal gerügt hat.

Bisher ging es um die **Steuerflucht** durch Transfer von unversteuertem Geld ins Ausland, noch nicht thematisiert wurden die „Stiftungen“ in Deutschland selbst. Jedes Bundesland hat ein ausgefeiltes Stiftungsrecht. Da kann ein Unternehmer schon durch die Auswahl des Bundeslandes für seine „Stiftung“ viel Gestaltungsspielraum gewinnen! Mithilfe einer solchen Einrichtung verschiebt sich die Erbschaftsteuerschuld, die Erbersatzsteuer, auf einen 30-jährigen Zyklus. Wer sich heute in eine Stiftung einbringt, zahlt alle nur 30 Jahre die dann festzusetzende Steuer!

Eine Stiftung zur Förderung der eigenen Familie ist auch in Deutschland möglich. Eine gemeinnützige Stiftung kann bis zu einem Drittel zur Förderung der Familie eingesetzt werden. Auf die Feinheiten will ich hier nicht weiter eingehen. Es ist für reiche Leute eine sehr interessante Möglichkeit! Wie sind denn die Unternehmenserträge der Stiftungen bei der Aussage „Die Reichen zahlen am meisten“ gewertet worden?

Bremer Steuerleute hätten im Haushaltsloch 8,5 Millionen Euro überwiegend „neu gefunden“, so der „Bremer Anzeiger“ vom 2. März 2008. Rechtzeitig zum Internationalen Frauentag am 8. März 2008 wurden die Kürzungsdrohungen gegen die Beratungs- und Unterstützungsstellen wie „Nitribitt“, die Mütterzentren und den Notruf für Frauen zurückgenommen: Sie können weiterbestehen! Von „Die Linke“ durch Anhörung der Betroffenen aufgegriffen und abgewehrt wurde ein „Kürzungsschwerpunkt im weiblichem Bereich“: Links wirkt!

Für die Frauen wäre es eine gute Sache, wenn die Männerbünde in Bremen und anderswo die Frauen gleichberechtigt akzeptieren würden, die Einladungen zum „Schaffermahl“ und zur „Eiswette“ inklusive! Bremen ist eine weltoffene Stadt! Bremen ist und war Vorreiter in vielen Bereichen. Wenn aber die Bremer Männerbünde so weitermachen, gilt die Freie Hansestadt Bremen demnächst als „Stadt der Zurückgebliebenen“ wie im Mittelalter! Die „Handelskammer“ hat die Potentiale und Fähigkeiten der Frauen erkannt und den „Club zu Bremen“ bereits vor Jahren für Frauen gleichberechtigt geöffnet. Wenn die richtige Frau sich dieser Aufgabe annehmen würde, könnte sie viel Schaden von Bremen abwenden!

Noch kurz zu einem weiteren „Überbleibsel“: Die Uno will 500.000 Euro haben, wenn sie „Willi“ nimmt, und zwar jährlich. Bisher ist diese Summe von der CDU nicht bewilligt worden, sehr zum Leidwesen von Peter Struck. Der möch-

te „Willi“ gerne als Uno-Sonderberater für Sport sehen. Die CDU will einlenken. Schade, ich könnte mir eine bessere Verwendung dieser Summe vorstellen, alle Jahre wieder! Zur Erinnerung: Herr Lemke war jener Senator, der zur Einschränkung der Erwachsenenschule sagte: „Wer es im ersten Anlauf nicht schafft, hat Pech gehabt!“

Lemke brauchte weiterhin, um ein Einsparvolumen von jährlich acht Millionen Euro in seinem Ressort zu lokalisieren, eigens eine „Bildungs-GmbH“, die freilich Jahr für Jahr Geld verschlingt und deren Kapital bereits verlorengegangen ist! Die Schulsanierung lief nebenbei, es wurden auch Schulen kurz vor der Schließung saniert. Herr Lemke hat bei der nächsten Möglichkeit das Ressort gewechselt! Ist „Willi“ mit dieser Vorgeschichte empfehlenswert? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Neues von der „Linken“: Sie unterstützt wieder die Montagsdemo *(„Die Linke“ Bremen)*

In der Bevölkerung wächst die Solidarität für Streiks

Nach den Ankündigungen von Arbeitsplatzabbau (bei Siemens 7.000, BMW 7.500 und Henkel 3.000 Stellen) kontern die Arbeitgeber, dies seien strukturelle Notwendigkeiten bei den Weltkonzernen. Der Mittelstand schaffe jedoch laufend neue Arbeitsplätze. Bei genauerer Betrachtung stellt sich dann aber heraus, dass diese nichts anderes sind als überwiegend Arbeitsplätze schon „outgesourcter“ Bereiche der Großkonzerne, die weiter unter dem Diktat der Monopolunternehmen stehen – und dass die Masse dieser Arbeitsplätze dem Billiglohnsektor oder der Leiharbeit zuzuordnen sind!

Dem Kapital geht es weltweit nur um die weitere erhöhte Steigerung der Aktienkurse um der Profitgier der dabei Handelnden willen. Die Zumwinkels machen Frau Merkel Angst und Sorge um die „soziale Marktwirtschaft“! Die Kanzlerin fordert eine „Wertedebatte“, ausgehend von den Großkonzernen. Was Herr von Pierer – der Schmiergeldboss von Siemens und Berater von Schröder wie Merkel –

oder die Herren Piech, Hartz, Gebauer und Konsorten bei VW für eine „Moral“ haben, gewürzt noch von Hunderten von weiteren Zumwinkels, das haben die Menschen erfahren: mit Tausenden von Entlassungen, mit Verelendung und Entrechtung ohnegleichen!

Nein, Frau Merkel, eine Wertedebatte von Ihren oder dieser Konzernherren Gnaden, darauf verzichten wir! Das ständige Absinken der Wahlbeteiligung, zuletzt in Hamburg auf 63 Prozent, ist Ausdruck des Widerspruchs der breiten Massen und der Loslösung von diesem ganzen gesellschaftlichen System. Bis zum Aktivwerden immer breiterer Bevölkerungskreise wird es vielleicht noch etwas dauern, aber punktuell oder schon branchenübergreifend zeigt sich die Entwicklung einer neuen Kampfbegeisterung und -fähigkeit einer neuen Opposition. Bei der BVG in Berlin haben nach den ersten Warnstreiks jetzt 97 Prozent für Streik gestimmt. Verdi fordert eine zwölfprozentige Lohnerhöhung: Das ist bei den steigenden Lebenshaltungskosten – im Januar über 2,8 Prozent – mehr als gerechtfertigt!

Wir brauchen uns mit dem Gejammer der Unternehmer nicht zu beschäftigen. Nokia zeigt hier in Bochum, dass sie dichtmachen, wann sie wollen, um gleichzeitig in Rumänien Löhne an der untersten Grenze der dortigen Lohnskala zu zahlen, aber Arbeitszeiten von 70 bis 80 Stunden in der Woche zu fordern. Nokia möchte in Rumänien das ganze Arbeitsrecht geändert haben! Noch ist es Zeit für aktive Gewerkschafter in allen Branchen, sich zum offensiven Kampf zusammenzuschließen. Die Solidarität dafür wird in der Bevölkerung immer größer!

Jobst Roselius

Schockstarre: Kaum ein Medium berichtet über den am Montag beginnenden unbefristeten Streik der Lokführer im Güter-, Nah- und Fernverkehr *(„GDL“)*

Für den Erhalt der Beschwerdemöglichkeit im Sozialrecht!

An den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages! Ich wende mich in Wahrnehmung des Artikels 17 Grundgesetz (Petitionsrecht) an Sie. Mit der Drucksache 16/7716 vom 11. Januar 2008 hat der Bundestag einen Entwurf zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes vorgelegt. Hinsichtlich der Möglichkeiten für ALG-II-Betroffene, sich gegen rechtswidrige Bescheide und Handlungsweisen der sogenannten Arbeitsgemeinschaften zu wehren, sind meines Erachtens deutliche Verschlechterungen geplant.

Mit dieser Petition möchte ich mich auf nur zwei davon beschränken: Erstens wird der Schwellenwert zur Berufung für natürliche Personen von 500 auf 750

Euro angehoben. Zweitens wird die Beschwerde in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ausgeschlossen, wenn in der Hauptsache die Berufung nicht zulässig wäre.

Die Möglichkeiten zur Beschwerde im Eilverfahren, die bisher in jedem Falle zulässig war, so einschneidend zu beschränken, hätte für viele Betroffene bittere Folgen, wie ein Beispiel aus Bremen zeigt: der Beschluss des hiesigen Verwaltungsgerichts vom 15. Februar 2007 (Aktenzeichen S2 V 338/07). Der Betroffene konnte sich hiergegen beschweren und bekam Recht mit Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes Bremen vom 25. Juni 2007 (Aktenzeichen S1 B 217/07).

Unter dem geplanten neuen Sozialgerichtsgesetz würde die Beschwerdemöglichkeit in einem solchen Fall nicht mehr bestehen. Dem Betroffenen bliebe höchstenfalls die Möglichkeit zur Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe, wovon Gebrauch zu machen nur zu raten ist, wenn die Gesetzesänderung in Kraft treten sollte.

Ein ALG-II-Betroffener (parteilos)

Koch bleibt Geschäftsführer: Wird Ypsi-Püppsi jetzt hessische Wein-Königin der Herzen? *(„Stern“)*

Wann endlich wird das Verbot aller faschistischen Organisationen durchgesetzt?

Wir mussten bei eisigkaltem Schauerwetter wieder unter die Rathausarkaden flüchten, um unsere 172. Montagsdemo am 3. März 2008 in Bremen abzuhalten. Es kamen knapp 30 Teilnehmer. Von der gewaltigen Arbeitsplatzvernichtung der Großkonzerne – zugunsten der Steigerung ihrer Gewinne und Aktienkurse bis ins Maßlose – über die sich entfaltenden Tarifkämpfe und die wachsende Solidarität bis hin zu den Beschlüssen, die Ein-Euro-Jobs in einer Form abzuschaffen, um sie auf andere Art neu zu installieren, wurden Redenbeiträge gehalten.

Am Schluss verabschiedeten wir einstimmig eine Resolution gegen die neofaschistischen Übergriffe und Schmierereien gegen das „Lidice“-Haus und andere antifaschistische Einrichtungen. Das Verbot aller faschistischen Orga-

nisationen und die Bekämpfung des Gedankenguts bleibt eine der wichtigsten Forderungen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Fundamentale Änderung des Regierungssystems“: Ex-Präsident Herzog fordert Wahlrechtsänderung zum Ausschluss der „Linken“ *(„Spiegel-Online“)*

Zersetzung der SPD in vollem Gange: Seit der Ära Schröder hat sich die Parteiorganisation in rasantem Tempo desintegriert *(„Spiegel-Online“)*

Müde-Fering plant Comeback: Beck’s Rücktritt scheint nicht mehr ausgeschlossen *(„Bild“-Zeitung)*

Ypsi-Püppsi vielleicht (doch nicht) gerettet: Königinnenmörder(in) erleidet Schwächeanfall *(„Spiegel-Online“)*

Steinbrück deprimiert: Rot-Rot-Grün ist die einzige Option für die SPD, die Bundesratsmehrheit der Union zu brechen *(„Spiegel-Online“)*

Rekord zum Weltfrauentag: Deutschland liegt bei der Unterbezahlung von Frauen für gleiche Arbeit EU-weit an der Spitze *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

173. Bremer Montagsdemo am 10. 03. 2008

Die Emanzipation am Herde daheim

1. Wendehälse sind Leute, die eine innere Kehrtwende betreiben: Sie erklären etwas für Recht, das Umrecht ist! Wendehälse verteidigen ein kapitalistisches Ausbeutersystem, das übrig geblieben ist nach den Zusammenbruch des Ostblocks.

Die Erkenntnis, dass es dort keinen Sozialismus gab, sondern eine Diktatur im bürgerlichen Sinne mit einen Staatskapitalismus, kann nicht als Begründung dafür dienen, einen Kapitalismus zu verteidigen, der auf dem Fundament des Privateigentums an Produktionsmittel beruht! Das führt nur dazu, dass die Menschen in der ganzen Welt ausgeplündert werden. Dass es keinen Sozialismus gab, heißt noch lange nicht, dass die Idee des Sozialismus und Kommunismus schlecht ist!

Wie sehen Wendehälse heute aus? Sie bieten Ein-Euro-Jobs an und behalten die Gewinne für sich, wie bei der „Bras“. Sie beuten Ein-Euro-Jobs aus: Einige wenige führen ein gutes Leben auf Kosten der Menschen in den Betrieben! Nur ganz wenige versuchen, mit Ein-Euro-Jobs nicht so zu handeln wie die „Bras“. Das ändert nichts daran, dass objektiv Menschen mit Ein-Euro-Jobs ausgebeutet und auf diese Weise die Kosten der gesellschaftlich notwendigen Arbeit verbilligt werden.

Wendehälse haben sich in System Kapitalismus eingerichtet. Sie denken nur an ihre Vorteile und vergessen die menschliche Solidarität. Sie verbreiten einen Sozialdarwinismus, der im Gewand der Gewinner und Verlierer der „Globalisierung“ daherkommt. Er beraubt Menschen ihrer sozialen und kulturellen Würde und will ihnen das Existenzrecht nehmen. Wer lässt Waffen bauen, aus welchem Grund? Es geht darum, mit Militär und Polizei einige wenige Reiche zu schützen, die um des Profits willen Menschen und Rohstoffe ausbeuten und auf Kosten der Allgemeinheit leben!

Wendehälse geben antikapitalistische Positionen auf und kämpfen nicht für eine andere Welt, die nötig und möglich ist und die auf einem ökologischen, sozialistischen und demokratischen Fundament besteht, das die Voraussetzung ist, den Frieden zu sichern, um aus der Barbarei des Kapitalismus herauszuführen!

Wendehälse verraten das, wofür sie einstmals selber standen. Sie üben keine Kritik am Zusammenbruch des Ostblocks, die doch berechtigt wäre. Sie wollen nicht erkennen, dass weder das kapitalistische Privateigentum an gesellschaftlich notwendigen Produktionsmitteln noch der Staatskapitalismus zu verteidigen sind! Wer ist ein Wendehals und will es sein?

2. Am 9. März 2008 fand um 15 Uhr im „Nachbarschaftshaus Ohlenhof“ eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Unter anderem wurde ein Kabarettstück von Laien inszeniert, denen hiermit für ihren gelungenen Auftritt gedankt sei! Leider fand keine Diskussion statt. Die Satire handelte davon, dass die Familienministerin und die Kanzlerin zu Wort kamen: Sie wollten uns den patriarchalen Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung als „Emanzipation der Geschlechter“ verkaufen.

Wir sollten froh darüber sein, dass Frauen in der Bundeswehr dienen könnten, diese verteidige die „**Rechte der Frauen**“. Die Familienministerin erklärte es für richtig, dass eine Gemeinde ab 20.000 Einwohnerinnen nicht verpflichtet ist, hauptamtliche Frauenbeauftragte einzustellen: Schließlich leiste sie bereits deren Aufgaben, obwohl sie Mutter von sieben Kindern sei. Auch das „Mehrgenerationenhaus“ pries sie als Fortschritt an: Frauen müssten sich ihrer „Eigenverantwortung“ bewusst sein. Zurück zum Herd, das sei die „Emanzipation“ der Frauen! Die Kanzlerin behauptete, der massive Sozialabbau sei keine „Grausamkeit“, sondern „Notwendigkeit“. „Auch die Sicherheitsgesetze von Herrn Schäuble sind richtig, sie schützten vor Terrorismus“, so Merkel im Kabarett.

Wir Frauen und Männer sind dazu aufgerufen, uns die Befreiung aus patriarchalisch-kapitalistischen Verhältnissen zum Ziel zu setzen und über die Versklavung von Frauen und Männern nachzudenken, die im Gewand des Feminismus daherkommt! Dazu kann ich als Frau nur sagen: Das patriarchale Kapital wünscht, dass wir Frauen Kinder gebären, um durch Kriege zu billigen Rohstoffen zu gelangen. Die Ware Arbeitskraft soll dem Kapital billig zur Verfügung stehen, um dessen Profite zu vermehren!

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan für die „Rechte von Frauen“ führt zu Vergewaltigung durch Angehörige der Streitkräfte, die auch an Zwangsprostitution und Frauenhandel mitverdienen. Frauen, die vergewaltigt oder in Zwangsprostitution getrieben wurden, sind von „Ehrenmorden“ ihrer Ehemänner und Familien bedroht und werden vertrieben! So sieht der Einsatz der Bundeswehr für die „Rechte der Frauen in Afghanistan“ aus! USA und Nato haben dort den Einsatz von Uranwaffen zu verantworten. Deren Strahlung ist für Missbildungen bei Säuglingen verantwortlich. Sie und auch Erwachsene sterben qualvoll an Krebs! Wer stellt die Verantwortlichen vor ein Kriegsverbrechertribunal?

Ja, die Familienministerin hat genügend Geld, um ihre sieben Kinder qualifiziert ausbilden und betreuen zu lassen! Mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 sorgt sie mit Kanzlerin Frau Merkel für die Grausamkeit, dass Frauen in der patriarchal-kapitalistischen Falle gefangen sind: Sie werden in der Abhängigkeit

vom Einkommen des Mannes gehalten. Reicht dieses nicht, werden sie gezwungen, im Niedriglohnsektor zu arbeiten, als Teilzeitkraft oder Ein-Euro-Jobberin. Wer kann sich da eine teuere Bildung und qualifizierte Betreuung für seine Kinder leisten? Nur wer heute ein Abitur vorweisen kann, hat gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt!

Und das „Mehrgenerationenhaus“ hat zum Ziel, dem Kapital die Kosten für gesellschaftlich notwendige Arbeit zu senken. Frauen sollen „eigenverantwortlich“ unentgeltliche oder gering bezahlte Arbeit leisten, damit das Kapital seine Profite mehren kann. Das soll uns als „Emanzipation“ verkauft werden. Es ist nur eine Mogelpackung! Für Frauen und Männer ist es wichtig zu erkennen, dass es die Befreiung der Geschlechter im patriarchal-kapitalistischen System nicht geben kann. Uns stellt sich die Frage: Wie können wir aus den vorgegebenen Rollenbildern ausbrechen?

Bettina Fenzel (parteilos)

Statistik sagt nur die halbe Wahrheit: 3,2 Millionen Arbeitslose gelten nicht als arbeitslos *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Endlich Karriere dank Geschlechtsumwandlung

1. Zum 97. Mal jährte sich vergangenen Samstag der **Weltfrauentag**. Immer wieder komme ich aus dem Staunen nicht heraus: Da spricht sich die EU-Kommissarin Viviane Reding für die *Abschaffung* des Internationalen Frauentages aus! „Solange wir einen Frauentag feiern müssen, bedeutet das, dass wir keine Gleichberechtigung haben“, verlautbarte sie am Donnerstag in Brüssel. Immer wieder höre ich, dass gerade junge Frauen glauben, sie wären bereits emanzipiert. Wenn die wüssten – aber offenbar wissen sie noch nicht!

Für einige wenige mag es so sein, dass sie zum Beispiel ein ebenso hohes Gehalt bekommen wie ihre männlichen Kollegen. Bankkauffrauen könnten ihr monatliches Einkommen durch eine Geschlechtsumwandlung um etwa 700 Euro erhöhen. Solch ein operativer Eingriff würde auch Großhandelskauffrauen rund 500 Euro mehr Gehalt bringen. Obwohl der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen kontinuierlich sinkt, liegt er europaweit nach wie vor bei 15 Prozent. Im konservativen Deutschland sind es sogar 22 Prozent. Auf den Stundenlohn

gerechnet bekommen sie sogar bis zu 26 Prozent weniger als Männer mit vergleichbaren Arbeitsplätzen. Damit liegt Deutschland in der Europäischen Union auf dem letzten Platz!

2006 erhielten in Hamburg weibliche Angestellte im Handel, Kredit- und Versicherungswesen 3.159 Euro brutto, ihre männlichen Kollegen kamen hingegen auf 4.259 Euro. Im produzierenden Gewerbe verdienen in der Hansestadt Arbeiterinnen sogar 700 Euro weniger als Männer in der gleichen Position. Deswegen forderte der Deutsche Gewerkschaftsbund zum diesjährigen Frauentag mal wieder oder immer noch: „Ich bin mehr wert“, nämlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit! In Deutschland ist das leider keineswegs selbstverständlich. Frauen werden von vornherein niedriger eingruppiert und erhalten seltener Leistungszulagen. Nachzuweisen und sogar gerichtlich anzufechten ist eine solche subtile Diskriminierung nur schwer, da Vergleichsdaten häufig fehlen.

Oft wird dieser selbstherrliche „Pimmelbonus“ in Form von geringerer Bezahlung von Frauen mit den unterschiedlichen Erwerbsbiografien „begründet“. So einfach kann man(n) sich das machen: Männer zeugen Kinder, und Frauen ziehen sie dann groß. Daran hat das die Besserbetuchten bevorzugende Elterngeld leider herzlich wenig geändert: Väter nehmen nach wie vor nur sehr selten die Elternzeit in Anspruch. Aber das liegt eigentlich auf der Hand, denn mit dem Auszahlen von bis zu 68 Prozent des Vatergehaltes würde ein noch größeres Loch in die Haushaltskasse gerissen, als wenn nur Mutters Verdienst geringer ausfiele!

Wenn mehr Männer in Elternzeit gingen und selber merken würden, welche Schwierigkeiten sie bei einem beruflichen Wiedereinstieg meistern müssten, würde das Thema längst mehr diskutiert werden. Obwohl Frauen die besseren Schul- und Ausbildungsabschlüsse absolviert haben, sind sie in den Chefetagen so schwer zu finden wie eine Nadel im Heuhaufen. Frauen werden lieber als Mütter und Dazuverdienerinnen angesehen! Für eine befriedigende Berufsausübung mit erfolgreicher Karriere stellt die Mutterrolle ein messbares Hindernis da.

Gleichwohl könnten Unternehmen von Müttern in Leitungspositionen profitieren, denn sie zeichnen sich oft durch Gelassenheit, Organisationstalent und Pragmatismus aus. Mehr arbeitende Frauen brächten uns zudem einen Wandel der ökonomischen Struktur der Gesellschaft. Wer selbst kaum zu Hause ist, bezahlt eher eine Tagesmutter oder eine Putzfrau. Frauen sind regelrechte Multiplikatoren, was das Wirtschaftswachstum angeht! Tatsächlich sorgen sie vor allem dafür, dass bislang unbezahlt geleistete Arbeit in Geld fassbar wird und in die offiziellen Zahlen eingeht. Dass die neuen Arbeitsplätze auch angemessen bezahlt werden und so auch insgesamt zu mehr Wohlstand führen, ist allerdings längst nicht gesagt.

Seit der Einführung des menschenverachtenden Hartz IV wurden die Hilfen für Wiedereinsteigerinnen gegen null gefahren. Außerdem haben langzeitarbeitslose verheiratete Frauen kaum noch Anspruch an Leistungen aus der Arbeitsförderung, weil das Einkommen ihrer Männer zu oft die niedrige Bedarfsgrenze übersteigen würde. Da haben Frauen nun jahrelang den Spagat zwischen Kindern,

Haushalt und Beruf hingekriegt, brav in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt – und wenn sie dann langzeitarbeitslos werden, gehen sie leer aus! Dann gibt es noch die sogenannten Frauenberufe, zu denen vor allem soziale und dienstleisterische Tätigkeiten gehören. Diese werden traditionell schlechter bezahlt.

Es gibt noch etliches mehr zu bemängeln. Darum ist der 8. März für mich ein Mahnmal, eine Erinnerung daran, dass wir uns für die Umsetzung eines Menschenbildes einsetzen, das Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer Herkunft gleiche Rechte und Pflichten einräumt. Wir Frauen haben damit begonnen, uns zu vervollständigen, indem wir unsere unterdrückten Qualitäten nicht mehr an die Männer delegieren, sondern nun selber entwickeln. Es ist an der Zeit, dass auch die Männer anfangen, ihre sogenannten weiblichen Eigenschaften nicht mehr nur auf uns Frauen zu projizieren. Fürsorglichkeit, Empathie und Bindungsfähigkeit dürfen nicht länger als Schwäche oder Minderwertigkeit bewertet werden, sondern müssen endlich als die gemeinnützigen Fähigkeiten für eine menschliche Gesellschaft anerkannt werden, die sie sind!

Umgekehrt könnten wir Frauen uns auch ein wenig mehr Konkurrenzfähigkeit bei den Männern abgucken und bei Bedarf die Hände zu Fäusten ballen. So hat sich angesichts untätiger Behörden eine Gruppe von Frauen im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh zusammengetan, um selber gegen die ausufernden gesellschaftlichen Missstände vorzugehen. Seitdem setzt sich die „Pink Gang“ – notfalls auch mit Gewalt – für die Machtlosen der Region ein. Zu spüren bekamen dies nicht nur gewaltbereite Ehemänner, auch tatenlose Polizisten und korrupte Beamte machten bereits Bekanntschaft mit der stets in Pink gekleideten Selbsthilfegruppe. Um die Rechte eines Unberührbaren durchzusetzen, wurde dabei auch vor der Erstürmung einer lokalen Polizeistation nicht Halt gemacht.

„Niemand kam uns zu Hilfe“, deshalb sei man gezwungen gewesen zu handeln, so Sampat Pal Devi, die vor mehr als zwei Jahren die „Pink Gang“ ins Leben rief. Damals entschied Pal Devi, dass der Ehemann ihrer Schwester am eigenen Leib spüren sollte, was er dieser zuvor angetan hatte, und sie erteilte diesen zusammen mit einer Gruppe von Frauen – bewaffnet mit Holzstöcken, Eisenstangen und Cricketschlägern – in einem Zuckerrohrfeld nahe der Ortschaft Attara eine „Lektion“. Der einzige Weg, der Diskriminierung von Frauen in der männerdominierten Gesellschaft von Banda entgegenzutreten sei laut Pal Devi, die Männer das Fürchten zu lehren. Bei dem Versuch, sich Respekt zu verschaffen, gibt es also verschiedene Möglichkeiten. Dabei will ich selbstverständlich nicht zu Gewalt aufrufen. Aber manchmal sind Denkzettel als Anstoß unvermeidlich. Mädels, krempelt die Ärmel hoch: Es gibt noch unendlich viel zu tun!

2. Das „Straubinger Tagblatt“ berichtete von einer Frau, die wegen **Diebstahls von Lebensmitteln** im Wert von drei Euro zu sechs Monaten Haft auf Bewährung mit einer Bewährungszeit von drei Jahren und Meldepflicht bei einem Bewährungshelfer sowie hundert Sozialstunden verurteilt wurde. Weil ihr das Arbeitslosengeld II gleich für drei Monate gesperrt worden war, lebte sie in dieser

Zeit von „nichts“. Als der Hunger zu groß wurde, steckte sie in einem Kaufhaus ein Paket Nudeln und eine Büchse Würstchen in ihre Stofftasche und wollte das Kaufhaus damit verlassen. Zu ihrem Pech wurde der Diebstahl von einer Detektivin beobachtet und verfolgt. Vor dem Kaufhaus kam es zum Gerangel zwischen den beiden, wobei die Detektivin an der Hand gekratzt wurde und aus der Kratzwunde Blut sickerte. Damit wurde aus dem kleinen Diebstahl die schwere Straftat des „räuberischen Diebstahls“, und die Mühlen der Justiz begannen zu mahlen.

Wir erinnern uns an den ersten Fall im letzten Jahr: In Speyer verhungerte ein junger Mann in seiner Wohnung, die Mutter konnte gerade noch gerettet werden. Auch diesen beiden wurde das Arbeitslosengeld „auf null gekürzt“. Der zweite Fall ereignete sich in Niedersachsen: Ein 58-jähriger Hannoveraner hungerte sich auf einem Hochsitz zu Tode, als er im Oktober kein Arbeitslosengeld mehr erhielt. Dazu kam diese Woche auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ die Mitteilung der Bundesregierung, dass es 2007 einen „signifikanten Anstieg der Sanktionen gegen Arbeitslose“ gegeben habe, nämlich um 66 Prozent beim ALG II und um 21 Prozent beim ALG I. Dabei war erwiesenermaßen ein großer Teil der verhängten Sanktionen unberechtigt!

Diese Enteignung und Entwürdigung von Millionen Menschen durch die Ämter muss endlich gestoppt werden! Ich kann einfach nicht verstehen, wie von jemandem rechtskonformes Verhalten erwartet werden kann, dem zuvor die Lebensgrundlage entzogen wurde und den man nun hungern lässt! Vor der neoliberalen Ökonomisierung der Gesellschaft gab es mal einen Paragrafen, der solcherlei Mundraub nicht unter Strafe stellte. Aber der Aufschwung ist ja da: Die Mittelschicht schrumpft, beim Wachsen der Wirtschaft fallen die realen Nettolöhne ins Bodenlose. Und dann ist ganz Deutschland auch noch im „Überstundenfieber“ – unbezahlt, versteht sich selbstredend!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Geschönte Statistik: Deswegen musste 2002 der Chef der Bundesanstalt für Arbeit Jagoda zurücktreten *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Wie neulich eine Linke niedergemacht wurde

Sündenböcke finden sich immer, und der Zweck heiligt stets die Mittel, wenn es darum geht, vom eigenen Desaster abzulenken. So war es auch am Sonntagabend bei der Sendung von Anne Will, wo die Talk-Gäste von SPD, CDU und CSU mal wieder kräftig auf die antikommunistische Pauke droschen. Gerade so, als wären nicht besagte Parteien mit ihrem Kriegs- und Sozialkahlschlagskurs an

Wählerschwund und eigenem Verfall schuld, sondern „Die Linke“ und die DKP. „Panorama“ hatte am 14. Februar 2008 entscheidende Passagen aus einem Interview mit Christel Wegner grob verfälscht wiedergegeben und ihr die Worte „Stasi“ und „Mauer“ einfach untergeschoben. Dies haben die bei Anne Will anwesenden Parteienvertreter natürlich genüsslich ausgeschlachtet. Übrigens hat die „Panorama“-Sendeleitung die verlogene Manipulation bis heute nicht korrigiert.

In einer persönlichen Erklärung („Unsere Zeit“ vom 22. Februar 2008) stellte Christel Wegner klar, sie habe in dem Interview lediglich gesagt, dass jeder Staat einen Geheimdienst besitze und dies auch für einen sozialistischen Staat gelte. Es sei doch klar, dass es ihr nicht darum gehe, die Stasi wiederzubeleben, die Mauer neu zu bauen oder den Niedersachsen ihr Eigenheim zu enteignen. Im übrigen habe die DKP schon immer die Auflösung der Geheimdienste gefordert, so Christel Wegner. Dann sprach sie sich dafür aus, die Großkonzerne in Gemeineigentum zu überführen, und da ist ihr in vollem Umfang zuzustimmen! Dessen ungeachtet machten die niedersächsische Landtags-„Linke“ und die Berliner Parteispitze mit dem Rausschmiss von Christel Wegner überhaupt keine gute Figur. So etwas nützt nur den Herrschenden!

Am Ostblock-„Realsozialismus“ und der Haltung der DKP hierzu ist durchaus Kritik angebracht, und die ist auch absolut berechtigt. Doch es geht den Initiatoren der Diffamierungskampagne in erster Linie um die Abschottung alternativer und antikapitalistischer Ideen und um die Spaltung der gesamten Linken. Deshalb wollen sie keine politische Auseinandersetzung und demokratischen Meinungsstreit, sondern Ausgrenzung und Tabuisierung. Es geht um die Durchsetzung von Denkverboten im Sinne einer verordneten antikommunistischen Staatsdoktrin. Die Verhinderung einer solchen Doktrin ist noch möglich, wenn wir alle gemeinsam für einen grundlegenden Politikwechsel kämpfen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

SPD-Rechte Metzger bleibt standhaft: Königinnenmörderin wird noch gebraucht *(„Spiegel-Online“)*

Offener Brief an Willi Lemke: Fassungslos, dass ein deutscher Geheimdienst einen geachteten Menschenrechtler observiert *(„Georg-Elser-Initiative“)*

Sozialetat entlastet: Berlin vergibt Staatsaufträge nur noch an Mindestlohn-Firmen *(„Spiegel-Online“)*

Streikdrohung ist die richtige Antwort auf Trickserei

Am vergangenen Sonnabend, dem 8. März, war Internationaler Frauentag, der Tag der weltweiten Frauenpower! Ich selbst durfte in Bremerhaven an einer schön gestalteten Diskussionsveranstaltung von türkischen Freunden teilnehmen, mit anschließendem Essen selbst gekochter und gebackener Speisen. Leider konnte ich nicht viel verstehen, freute mich aber an der fast gleich großen Zahl von Frauen und Männern als Besucher. Auch die Beteiligung an der Diskussion bewies, dass die Frauen ihren Beitrag zur Analyse und politischen Position gleichberechtigt vortrugen. So etwas zu erleben, das tut gut!

Nach diesem Beispiel, wie es sein sollte und könnte, müssen wir wieder über die aktuelle Politik reden. „Bahnchef“ Mehdorn, wie er sich hochstapelnd nennt, hatte mal wieder versucht, den im Kampf errungenen Tarifvertrag der Lokführer mit einem „Trick 17“ außer Kraft zu setzen und die Lokführer zu kleinen Schoßhündchen hinter den zahnlosen SPD-gesteuerten anderen Bahngewerkschaften zu machen. Die Streikandrohung der GDL war die richtige Antwort! Den Arbeitgeberbossen wie Hundt und Kannegießer schwante schon Böses, und sie drohten von der anderen Seite. Endlich musste Mehdorn von seinen Tricksereien ablassen. Das ist der Erfolg einer solidarischen Kampfkraft! Den nächsten Streik haben Schäuble und seine Länder- und Gemeindearbeitgeber heraufbeschworen: Außer ihrer Mogelpackung einer Nullrunde bieten sie nichts an. Alle am öffentlichen Dienst beteiligten Gewerkschaften von der Polizei bis Verdi tun gut daran, weiter jeden für ihre Position der acht Prozent mehr Lohn zu gewinnen. Die Bereitschaft zu kämpfen ist riesengroß!

Die Schäuble und Konsorten, die sich die Taschen nach Belieben füllen, die uns nach Strich und Faden ausspionieren und in Afghanistan verfeuern wollen – denn für all das steht Schäuble, ein widerwärtiger Reaktionär! –, diese Leute sollten nicht versuchen, sich an Mehdorn ein Beispiel zu nehmen: Das geht schief! Unterstützen wir alle aktiven Gewerkschafter! Gemeinsamer Kampf gegen die ganze volksfeindliche Regierungspolitik wird auch Hartz IV und andere kriminelle Verhungerungsgesetze hinwegfegen! Dazu gehört auch die Verrechnung von Kindergeld mit dem Hartz-IV-Regelsatz. Auf über drei Millionen Arme hat es diese Regierung mit ihren kriminellen Gesetzen schon gebracht! Der Unterschied im

Bruttoverdienst zwischen Männern und Frauen beträgt 23 Prozent, und wenn frau älter als 55 ist, sogar 26,7 Prozent!

In Frankreich, wo über Sarkozy eine große Ernüchterung eingekehrt ist, haben in der letzten Woche in vielen Städten erste Rentner-Demonstrationen gegen die geplante „Rentenerhöhung“ von 1,1 Prozent stattgefunden, da die Inflation bereits 2,6 Prozent beträgt. Hierzulande sind wohl weniger als 0,5 Prozent geplant! Manch ein Rentner kann das vielleicht noch verknusen, aber die vielen, die es knapp haben, sollten mal nachdenken und ihr Vertrauen in die „kluge Regierung“ auf den Müll werfen! Jung und alt gemeinsam für eine andere Zukunft, das müssen wir schaffen!

Jobst Roselius

Denkfehler wird fünf Jahre alt: Hartz IV zeichnet ein falsches Bild vom Arbeitsmarkt, indem es suggeriert, jeder Mensch sei „vermittelbar“ *(„Spiegel-Online“)*

Unfähig zur Erwerbsarbeit: Einen Karl Marx würden die heutigen Sozialdemokraten erst zum Frisör und dann ins Jobcenter schicken *(„Spiegel-Online“)*

Träume vom „Sozialstaat“

/ a – / – e / d – / – a / d – a / – e / – d – e / – a /
Kalte Tage, mein Freund
Und nichts so recht zu wärmen da,
Kalter Wind pfeift auch durch Amtsstuben
Sag mir, waren sie jemals warm?
Dich und mich schmissen sie raus,
Wie Millionen schon vor uns,
Kalte Tage, mein Freund,
Sag mir, waren sie jemals warm?

War’s nicht früher mal, mein Freund,
Etwas wärmer hier im Land?
Ohne Arbeit, kein Problem,
Vater Staat bezahlt, das war bequem.
Aber verklärt uns nicht die Zeit den Blick aufs frühre „Netz“,
Nicht so kalt und doch System!
Kalte Tage, mein Freund,
Sag mir, waren sie jemals warm?

Zwischenstrophe: / A – / – E / – G – / – A / d – a /
Erinnere dich, Freund!
An Hattingen und Huckingen und Rheinhausen und an der Saar:
Wir flogen raus, die Hütten machten dicht,
Mit warmen Sprüchen und Gebet!
Sag mir, war das damals warm?

Könnt es nicht sein, mein Freund,
Dass wir uns nur einlullen ließen,
Von wegen, die SPD ist fürs Soziale da?
Die sind uns doch schon lang nicht mehr warm!
Kalte Tage, mein Freund, es ist Zeit, das Herz zu wärmen!
Montagabend bin ich wieder da,
Wo das Eis zu Feuer wird:
Nie wieder allein das begreifen,
Hier war es niemals warm!

Matthias Feilke

Goldkante ab: Ado will die hauseigene Garnproduktion mit 140 Arbeitsplätzen aufgeben *(„Tageszeitung“)*

Die Befreiung der Frau bleibt noch lange eine Aufgabe

Erneut gab es „Schmuddelwetter“: Wir mussten wieder unter die Rathausarkaden, um die 173. Montagsdemo am 10. März 2008 in Bremen durchzuführen. Es kamen auch nur etwa 20 Teilnehmer. Der Internationale Frauentag und die Lage der Frauen standen im Mittelpunkt der Beiträge.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Lehrer mit Hartz IV abgespeist: Das Einkommen von 180.000 Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, reicht nicht zum Leben *(„Spiegel-Online“)*

IWF warnt vor Weltwirtschaftskrise: Deshalb soll der Steuerzahler die Zockerschulden der Banker übernehmen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Es wird sich nicht mehr klären lassen: Starb Kevin, als seinem Ziehvater das ALG II gestrichen wurde? *(„Stern“)*

„Angeschlagenes Image korrigiert“: Hochdruck-Sarkotzy turtelt jetzt mit Michael Jackson *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

174. Bremer Montagsdemo am 17. 03. 2008

Absturz der SPD

Wie konnte das passieren? Nun, es ist ganz einfach zu erklären. Schon damals sagten meine Eltern zu uns Kindern: „Die SPD ist die Partei der Arbeitnehmer, die CDU die der Reichen und die FDP die der Wirtschaft.“ Sie sagten weiter zu uns: „Für euch gibt es bloß eines, wenn ihr für das Soziale seid, dann dürft ihr später nur die SPD wählen!“ Meine Mutter – und nicht nur sie – sagte es noch krasser: „Wählst du die CDU, wirst du Soldat im Nu!“ Ja, so einfach waren damals die Regeln! Und wie ist es jetzt? „Heute kannst du jeden wählen, die machen sowieso da oben, was sie wollen! Die sind nur für ihre eigenen Interessen da, nicht für die Bevölkerung!“ So einfach ist heutzutage die Erklärung.

Nun zurück zur SPD. Ist das noch die Partei der Arbeitnehmer? Seit es einen Kanzler wie unseren lieben Gerhard gab, gewiss nicht mehr! Wie war doch sein Spitzname? Genosse der Bosse! Und die sind bestimmt nicht für den Arbeitnehmer. Nach Schröder ist die SPD aber diesen Kurs gegen die Arbeitnehmer weitergefahren, und von da an ging es bergab. Ich hoffe, meine Damen und Herren von der SPD, Sie erkennen jetzt die Hilfe, die ich Ihnen gebe! Deutlicher kann man es nicht mehr sagen: Grenzen Sie sich nach allen Seiten von denen ab, die unseren Staat zum Nachteil der Bürger verändern wollen! Demokratie heißt: Das Volk entscheidet, nicht die Machtgelüste einzelner!

Auf keinen Fall vergessen dürfen Sie die 20 Millionen Rentner, die eben auch Wähler sind! Wenn ihr Politiker immer auf die Demoskopen hört, wisst ihr genau, wo dem Volk der Schuh drückt, aber wenn euch dann nichts anderes einfällt, als die Renten zu kürzen, solltet ihr schnell den Platz räumen! Ihr wisst, dass die fortschreitende Technik immer mehr Arbeitsplätze gefährdet und Menschen „freisetzt“. Warum bringt ihr es nicht fertig, der Wirtschaft plausibel zu machen, dass sie jetzt umdenken muss? Mein Vorschlag: Da die Automation so viele Arbeitsplätze überflüssig macht, müssen die zusätzlichen Metall- und Plastik-„Arbeitskräfte“ einen anteiligen Ersatz-„Rentenbeitrag“ zahlen. Warum nicht?

Oder wer fair bezahlte Arbeitsplätze zusätzlich schafft, bekommt dafür einen Steuernachlass. Unseren lieben Unternehmern rate ich freundlich dazu, dieses Angebot anzunehmen! Wenn ihr mit eurem jetzigen Verhalten so weitermacht, schadet ihr euch nur selber, denn dann wird der Ruf nach Verstaatlichung und Enteignung immer größer! Es gibt also Auswege, denkt darüber nach! Und ihr von der SPD, hakt euren lieben Gerhard ab und besinnt euch auf das, was ihr mal wart, die Partei der Arbeitnehmer, dann sind die anderen Parteien auch keine Gefahr mehr!

Udo Riedel (parteilos)

Dax abgerutscht: Schwarzer Montag für Europas Börsen *(„Spiegel-Online“)*

Keine Agenda ohne Karl Marx

Am 14. März war 5. Jahrestag von Schröders unsäglicher Agenda-2010-Rede, dem Auftakt des größten Angriffs auf die soziale Lage der breiten Bevölkerung in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. Zu Gast bei „Anne Will“ war gestern Wolfgang Clement – einer der Hauptdurchpeitscher der Agenda und der Hartz-Gesetze.

„Mit Hartz IV, Wohngeld und Kindergeld erhalten die Bezieher annähernd so viel wie eine Familie mit Arbeit“, wurde erneut erzählt. Welch Lüge, welch Zynismus: Bekanntlich wird das Kindergeld voll aufs ALG II angerechnet! Tatsächlich wurden durch die Hartz-Gesetze die Löhne zum Teil so weit gesenkt, dass heute schon sieben Millionen Menschen in Deutschland davon nicht mehr leben können!

Die Schaffung von Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs und massenhafter Leiharbeit, das war keine Panne bei den Hartz-Gesetzen, sondern die finstere Absicht! Diese Gesetze wurden auch nicht gemacht, weil kein Geld mehr in der Arbeitslosenversicherung drin war – nein, die Monopole forderten: „Wir müssen die Nummer eins in der Welt sein und deshalb die Löhne so weit drücken, um einen Vorteil vor der Konkurrenz zu haben!“

Die Hartz-Gesetze müssen weg, und zwar restlos! Das hätten sich Schröder, Clement und die ganze Bande nicht träumen lassen, dass ihnen noch fünf Jahre später eine stabile Bewegung, die Montagsdemo, Woche für Woche entgegentritt! Gregor Gysi – der heute für die Linkspartei sagt: „Wir unterstützen die SPD

ohne Wenn und Aber, Hauptsache, die Hartz-Gesetze werden so großzügig wie möglich ausgelegt!“ – fällt der Montagsdemo wie schon einmal in den Rücken. Soll er doch gleich in die SPD eintreten!

Am 14. März war auch ein anderer Jahrestag: Der 125.Todestag von Karl Marx. Und ich sage: Nie war Marx so lebendig wie heute! Wenn Rainer Mammen vom „Weser-Kurier“ auch zetert, Marx sei nur ein „harmloser Wuschelkopf“: Das „Gespenst des Kommunismus“ wird den Herrschenden noch mehr als schlaflose Nächte bereiten!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Wolf in Mönchskutte“: Tibetische Reiter stürmen chinesische Stadt *(„Spiegel“)*

Schönes neues Europa!

Dieser Tage drängt Kanzlerin Merkel verstärkt auf die Ratifizierung der „Lissabon-Verträge“, die vormals „ EU-Verfassung“ hießen und wegen der großen Ablehnung in Europa nach einer Schamfrist mit neuem Namen wieder auferstanden sind. Ein „schönes neues Europa“ sollte es werden, doch die EU tut nichts, aber auch gar nichts dafür, wie seinerzeit Helmut Kohl nichts für seine „blühenden Landschaften“ im Osten Deutschlands tat. Im Gegenteil, sie rüstet gewaltig auf und führt Krieg nach außen wie nach innen: Krieg gegen die Dritte Welt und die aus ihr flüchtenden Menschen und gegen die eigene, vorher eingelullte Bevölkerung. Ein großer Bluff also, hinter dem sich in Wahrheit der größte Wertekahlschlag seit den 1930er Jahren verbirgt. Auf einer Website las ich den prophetischen Satz: „Wer in der Demokratie einschläft, wird in der Diktatur aufwachen!“

Der Europäische Gewerkschaftsbund stellte kürzlich fest, dass in der EU 17 Millionen arbeitende Menschen bereits jetzt in Armut leben, und 31 Millionen arbeiten für Hungerlöhne („Neues Deutschland“ vom 13. März 2008). Der deutsche Niedriglohnsektor umfasst 22 Prozent aller Beschäftigten. Das ist ein Rekord auf dem Kontinent und liegt damit ähnlich hoch wie auf den Britischen Inseln und in den USA: Dort beträgt der Hungerlohnsektor 25 Prozent. Im Mai sollen auf der diesjährigen Frühjahrstagung des Europäischen Rates noch mehr Schweinereien ausgeheckt werden, um die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, wie es großkotzig in der „Lissabon-Strategie“ vom März 2000 heißt. Und Deutschland ist immer mit der Nase vorneweg! Mit Agenda 2010, Hartz IV, den Mini- und Ein-Euro-

Jobs, der Rente mit 67, der sogenannten Gesundheitsreform und der Abschaffung der Gewinnversteuerung aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen war und ist Berlin in Sachen neoliberaler Konzern-Hofierung Spitzenklasse!

Schier unglaublich ist, dass Verdi – und zwar die „Fachgruppe Bundeswehr" – die diesjährige Kommandeurstagung der Streitkräfte ausgerichtet hat! Ich weiß nicht, ob das vom Europäischen Gewerkschaftsbund so gedeckt ist. Wenn ja, wäre das eine weitere Ungeheuerlichkeit! Zurückhaltung in Sachen Kriegseinsätze war bei den 450 ranghohen Militärs erwartungsgemäß nicht angesagt. Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer betätigte sich zudem als „Stimme seines Herrn" aus dem Pentagon und forderte „noch mehr Engagement" in Afghanistan, womit er wohl vor allen Dingen den Einsatz im Süden meinte. Angela Merkel zierte sich zwar noch und wiederholte ihre altbekannte Ablehnungsrhetorik, doch kündigte sie schon nach der bereits erfolgten Rüstungshaushalts-Aufstockung um eine Milliarde Euro eine weitere Erhöhung an. Ganz im Sinne der „Lissabonner Verträge" übrigens, die genau das und eine Bereitschaft der EU zu noch mehr Krieg vorsehen. Welch ein schönes neues Europa! –

Zur Resolution der 172. Montagsdemo vom 3. März 2008 gegen den Nazi-Vandalismus im Februar dieses Jahres wäre nachzutragen, dass der „Staatsschutz" die Täter inzwischen dingfest gemacht haben will. Bei den neun Festgenommenen handelt es sich um zwei junge Frauen sowie um Jugendliche und Männer im Alter zwischen 15 und 23 Jahren (siehe „Weser-Kurier" vom 13. und „Tageszeitung Nord" vom 14. März 2008). Dies ist sicherlich auch ein Erfolg der zahlreichen Proteste! Andererseits besteht noch kein Grund zum Jubeln: Zu oft sind Nazi-Täter nur zu geringen Strafen oder überhaupt nicht verurteilt worden. Meistens kamen sie sehr bald wieder frei und konnten weiter ihr Unwesen treiben. Solange Polizei und Justiz solche Täter mit „Samthandschuhen" anfassen und ihre Verbrechen wie Kavaliersdelikte behandeln, werden auch wir uns mit ihnen beschäftigen müssen. Unsere Forderung bleibt auf der Tagesordnung: Verbot aller faschistischen Organisationen jetzt!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Professor Mohssen Massarrat, Politikwissenschaftler an der Universität Osnabrück, spricht am **Dienstag**, dem **18. März 2008**, zum Thema „**Der globale Krieg ums Öl**. Analysen neuer geopolitischer Strategien der EU und der USA am Beispiel der Kriege im Irak und in Afghanistan". Die Veranstaltung beginnt um **19:30 Uhr** im „**Konsul-Hackfeld-Haus**", Birkenstraße 34.

Auch aus Anlass der sich abzeichnenden Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr ruft das „Friedensforum" zur Teilnahme am **Ostermarsch** für Frieden und Gerechtigkeit auf. Er beginnt am **Samstag**, dem **22. März 2008**, um **11 Uhr** am **Ziegenmarkt**. Zur Abschlusskundgebung um **12 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz** wird ein charismatischer Redner erwartet:

der kirchenkritische Theologe und Psychoanalytiker **Eugen Drewermann**. – **Zu Ostern findet**, wie an Feiertagen üblich, **keine Montagsdemo statt**.

Auch Banken rechnen fest mit dem rettenden Griff in den Steuersäckel

1. „Die Notenbanken greifen weiterhin in die Schatzkiste“, meldet der „Weser-Kurier“ vom 12. März 2008. Die Europäische Zentralbank stellt 15 Milliarden Dollar, die US-Notenbank 200 Milliarden für den kurzfristigen **Finanzmarkt** zur Verfügung. Zusätzliche Mittel gibt es von der Bank of England, der Schweizer Notenbank sowie der Bank of Canada. Diese Meldung bedeutet, dass die Banken immer noch kein Vertrauen zueinander haben. Die Banken sind sich gegenseitig nicht kreditwürdig! Die bisherigen Wertberichtigungen sind zwar über Wochen immer wieder erhöht worden, stellen aber nach Einschätzung der Beteiligten (der Banken) scheinbar immer noch nicht die Bereinigung der Risiken dar. Und die Banken müssen dies eigentlich am besten beurteilen können!

Peer Steinbrück hat bereits kräftig in den Steuersäckel gegriffen und sich zuvor lauthals über die Verschleierungspolitik der Banken beklagt, hauptsächlich der (staatseigenen) Landesbanken. Er hat die Hoffnung, dass mit den Jahresabschlüssen die Banken alles offenlegen werden. Diese Hoffnung bleibt unerfüllt! Die beteiligten Banken haben nur zögerlich wertberichtigt, und weitere Wertberichtigungen werden hinausgezögert. Wird bewusst Bilanzbetrug begangen, um das eigene Institut zu erhalten?

Die von „Focus“ ermittelten Risikoanleihen sind immer noch „unter dem Tisch“! Wir sollten nicht vergessen, dass die Banken fest damit rechnen, Herr Steinbrück werde *jede* Bank vor der Insolvenz retten, mit dem Griff in den Steuersäckel! Die Banken sollten dafür ihren Risikostrukturfonds einsetzen und diesen entsprechend auffüllen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Das „liebe“ Geld ist bei vielen eine Lebensnotwendigkeit bis zum letzten Cent! Rentner werden nun eine stärkere **Rentenerhöhung** erhalten, weil der „Riester-Faktor“ in der Rentenformel für zwei Jahre ausgesetzt wird. „Stolze“ 1,1 Prozent Bruttozuwachs sollen so gesichert sein! Der „Riester-Faktor“ beträgt 0,5 Prozent. Er wurde 2004 neben dem „Nachhaltigkeitsfaktor“ zur Begrenzung der Rentenerhöhung eingeführt und unterstellt, dass jeder Arbeitnehmer 0,5 Prozent sei-

ner jährlichen Einkünfte in eine private Altersvorsorge einzahlt. Insofern ist dieser „Riester-Faktor“ unberechtigt und wird es auch im Jahr 2010 noch sein!

Ende 2004 wurden die Ein-Euro-Jobs geschaffen: Gegen eine „Mehraufwandsentschädigung“ von einem Euro je Stunde wurden ALG-II-Betroffene tätig. Es waren 2006 über 600.000 Menschen, in der Regel jeweils für sechs Monate. Obwohl Ein-Euro-Jobs laut Gesetz *keine* Arbeitsverhältnisse sind, werden die Entgelte dafür bei der Lohn- und Gehaltssumme mitgewertet, deren Entwicklung einen wesentlichen Faktor für die Rentenanpassungsformel darstellt. Die Mitrechnung der Ein-Euro-Jobs hätte in den Jahren 2005 und 2006 zu einer faktischen Rentenkürzung geführt, die durch ein Sondergesetz vermieden wurde. Stattdessen gab es jeweils eine Nullrunde: Die Rentenkürzungen wurden auf die Folgejahre verteilt.

Herr Müntefering lehnte eine Änderung der Erfassung zur Lohn- und Gehaltssumme ab: Man werde die Ein-Euro-Jobs wieder herausrechnen. Nun ist Münte weg, wer rechnet jetzt? Kurt Beck hat die Rentner vertröstet. ALG-II-Betroffene erhalten ihren Regelsatz nach der gleichen Formel angepasst. Und nicht vergessen: Diese Erhöhung ist eine Sonderaktion der Regierung, die Diätenerhöhung war dagegen ein „normaler Ablauf“! Warum wird für die Rente nicht die gleiche Formel wie für Diäten benutzt? Schämen sollte sich unser politisches Personal mit Regierungsverantwortung!

Das „Institut der Deutschen Wirtschaft“, ein Vertreter der „Ziege“ („Wovon sollte ich satt sein?“) hat diese Rentenerhöhung wie folgt kommentiert: „Dieses Vorhaben ist schädlich für Wachstum und Beschäftigung“ („Weser-Kurier vom 15. März 2008). Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sieht darin eine „Bürde für die folgenden Generationen“. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der erneuten Unternehmenssteuerreform, die den Konzernen Steuervorteile in Höhe der Mehrwertsteuererhöhung bringt: Die drei Prozent an der Ladenkasse sind eine direkte „Spende“ für die Konzerne!

Wenn Herr Hundt und das „Institut der Deutschen Wirtschaft“ sich so um das „liebe“ Geld sorgen, warum verzichten sie dann nicht einfach auf die Senkung der Unternehmenssteuern? Wenn dies geschieht, können alle Rentner die gleiche Erhöhung wie unser politisches Personal im Bundestag erhalten – in Euro, nicht in Prozent! Dies würde Wachstum und Beschäftigung nachhaltig fördern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die **Deutsche Bahn** will das Ausbesserungswerk in Bremen-Sebaldsbrück schließen. Dabei arbeitet es rentabel, die Auftragslage war noch nie so gut, die Auslastung beträgt über 100 Prozent! Warum also? Es handle sich um eine unternehmerische Entscheidung, verkündet Herr Mehdorn. Dies ist in Deutschland möglich: Kein Unternehmer kann gezwungen werden, einen Betrieb aufrechtzuerhalten. „Die Linke“ hat dazu einen Gesetzesentwurf eingebracht (Drucksache 16/8448), der in diesem speziellen Fall auch für die Änderungskündigung greift,

wenn den Beschäftigten die Weiterbeschäftigung in anderen Werken angeboten wird.

Davor hatte die Deutsche Bahn eine Niederlage eingesteckt: Nicht sie, sondern die Nordwestbahn erhielt den Zuschlag für die neue S-Bahn. Eine Unternehmensentscheidung als Druckmittel für weitere Aufträge? Die DB ist ein Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn die Bundesregierung auf alle Rechte als Eigentümer gegenüber der Bahn AG verzichtet hat! Ein sehr schlechter Zug!

Die Ausschreibung zur S-Bahn war hoffentlich an eine Sozialticket-Vereinbarung geknüpft, oder hat der Herr Senator gepennt? Warum ist es „im Grünen“ so ruhig um dieses Thema geworden? Hat wieder einmal jemand den Zug verpasst? Der Armutsbericht hat die Dringlichkeit deutlich unterstrichen! Warum nicht jetzt? Lebt die BSAG von „Bearbeitungsgebühren“ für Schwarzfahrer ähnlich komfortabel wie die SWB vom Energieabstellen? Dies wäre ein Grund mehr für das Sozialticket jetzt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Ich war am Mittwoch bei der Fraktion „Die Linke“. Herr Krämer hat ausführlich die leeren Kassen und die sich daraus ergebenden Sachzwänge beleuchtet. Die von Gerhard Schröder eingeleitete Reform der Körperschaftsteuer hat zu deren totalem Wegbrechen geführt. Es folgte die Einkommensteuerreform, von der auch alle Arbeitnehmer/innen profitieren. Aber wer ein zu versteuerndes Einkommen von einer Million hat, zahlt jetzt unnötigerweise 100.000 Euro *weniger* Einkommensteuer pro Jahr!

Das politische Personal ist den EU-Vorgaben aus Lissabon gefolgt, und die Ausgaben wurden den gesunkenen Einnahmen angepasst. Daraus resultierten Hartz I bis IV! Verdi hat Diagramme veröffentlicht, die das deutlich machen. „Die Linke“ in Bremen hat viele Änderungsanträge eingebracht, alle wurden abgelehnt. Nachdenklichkeit wurde trotzdem erzeugt, und einige Mittelansätze im Haushalt wurden von den Senatoren geändert. Links wirkt!

Die „Arbeitnehmerkammer“ war ebenfalls vertreten: Sparen verschärft die Spaltung der Bremer. Die Personalvertreter der öffentlichen Dienstes haben die Probleme des Personalrückbaus aufgezeigt, die Sachzwänge des Einzelnen! Die Mobilisierung der Menschen braucht ein Ventil, einfach montags ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz Kopf zeigen: „Ich bin nicht einverstanden!“ Über das Offene Mikrofon kann dies auch untermauert werden. Es gibt drei Minuten Redezeit für Lob oder Tadel, in jedem Fall für deine freie Meinung, aber nicht für Nazis! Wie sagte Herr Altvater anlässlich seines Vortrages in Bremen: Wenn du eine Revolution machen willst, schau nicht zu deinen Nachbarn, mach es selber!

Zu Ostern gibt es in Bremen keine Montagsdemo. Empfehlenswert ist aber der **Ostermarsch** am **Samstag** um **11 Uhr** ab **Ziegenmarkt**! An Gründen, Frieden zu wünschen, mangelt es nicht: Der Nato-Oberbefehlshaber, ein Ex-Kommandant von Guantánamo; die vielen Gesetze zur inneren Sicherheit; die „Not“-

Verpflichtung von jungen Menschen ohne berufliche Perspektive; das Veto von Bush gegen das Anti-Folter-Gesetz; die Sicherung der EU-Außengrenzen durch Maschinengewehre; die Einbindung der Mittelmeeranliegerstaaten zur Abwehr von Asylbewerbern; die Verpflichtung zu weiteren weltweiten Kriegseinsätzen und weiterer Aufrüstung gemäß Lissabonner Vertrag. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die Arbeitslosigkeit ist heute höher als vor 75 Jahren

1. Das ist der Hammer: Rund 3,2 Millionen Personen, die derzeit Arbeitslosengeld beziehen, tauchen in der **Arbeitslosenstatistik** nicht auf, gelten als nicht arbeitslos! Während die Bundesregierung stolz auf die „sinkende Erwerbslosigkeit“ verweist, schönt sie nur die Bilanz und betrügt sich selbst. Um als ALG-Empfänger auch in der Arbeitslosenstatistik erscheinen zu dürfen, sind bestimmte Kriterien zu erfüllen: Die Betroffenen müssen sich arbeitslos gemeldet haben, ohne Beschäftigung sein (oder weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten), Arbeit suchen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Mehr als drei Viertel der Empfänger von ALG I, nämlich 225.000 Personen, tauchten 2007 nicht in der Statistik auf, weil sie von der sogenannten „58er-Regelung“ profitierten, die Ende des Jahres in der alten Form ausgelaufen ist. Die anderen ALG-I-Bezieher, die in der Statistik fehlen, sind beispielsweise solche, die an Trainingsmaßnahmen der Bundesagentur teilnahmen, arbeitsunfähig erkrankt waren oder aber wegen verminderter Leistungsfähigkeit nicht arbeiten konnten und einen Antrag auf medizinische Rehabilitation gestellt hatten.

Beim ALG II klaffen Statistik und Wirklichkeit noch extremer auseinander: Von den 5,3 Millionen Personen, die 2007 als „erwerbsfähige Hilfesuchende“ registriert waren, seien 54 Prozent, gut drei Millionen, nicht als arbeitslos geführt worden. Die Bezieher von ALG II ließen sich in drei Gruppen aufteilen: Zum einen gebe es jene, deren Einkommen nicht ausreiche, um den Lebensunterhalt zu sichern („Aufstocker“), zum anderen Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsförderung sowie Hilfebedürftige, die aus anderen Gründen nicht arbeiten könnten, etwa weil sie die Schule besuchten oder Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuten.

Im Jahr 2007 seien unter den knapp drei Millionen Empfängern von ALG II rund 312.000 Personen, die die „58er-Regelung“ nutzten, ferner 484.000 unter 20 Jahren. Herrschaftszeiten, ich verlange Fakten, Realität und keine gezuckerte, rosa gefärbte Statistik! Wie wäre es, wenn die Bundesagentur für Arbeit die Statistik über freie Stellen aufsplitten würde? Ich plädiere für eine Aufteilung in: Mini- und Midijobs, echte Teilzeitjobs, echte Vollzeitjobs (nicht zu verwechseln mit einer Anstellung als Leiharbeiter), Ein-Euro-Jobs, Jobs von Zeitarbeitsfirmen und Personalvermittlern, a) mit der Notwendigkeit eines Vermittlungsgutscheins, b) ohne diese Notwendigkeit, c) bei denen es sich um Dubletten handelt, also um Kopien echter Vollzeitjobs, d) bei denen es sich nicht um solche handelt.

Wenn es diese Aufsplittung als Auswahlmöglichkeiten in der Suchmaske der Online-Stellenbörse der Bundesagentur gäbe, dann würde sich unter anderem herausstellen, dass echte Vollzeitjobs Mangelware sind, vermutlich 80 Prozent aller Zeitarbeitsjobs und Jobs von Personalvermittlern einen Vermittlungsgutschein erfordern und 50 Prozent Dubletten echter Vollzeitjobs darstellen. Dadurch würde ersichtlich, in welch großem Ausmaß ein Wirtschaftszweig subventioniert wird, der ohne diese Subventionen gar nicht existieren könnte, und der sogenannte „Aufschwung“ sähe verdammt blass aus! Die sonst mit größter Selbstverständlichkeit so sinnlos vergeudeten Subventionen könnte man stattdessen einsetzen, um echte Vollzeitstellen zu schaffen. Das wären dann zwar nicht so viele, aber es wäre ehrlicher, und ein paar Leute hätten wieder einen sicheren Arbeitsplatz!

2. Das Bundessozialgericht bestätigt die Kritik der „Linken“ am **Hartz-IV-Regelsatz für Kinder**. „Mehr als 2,5 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben und bei 208 Euro im Monat keine ausreichenden Mittel für Ernährung, Kleidung und Bildung haben, können nicht länger warten“, so die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Diana Golze. Der Vorsitzende Richter am Bundessozialgericht bestätigte, dass bei der Festlegung des Regelsatzes die speziellen Bedürfnisse von Kindern nicht analysiert wurden.

„Die Linke“ teilt die Bedenken, ob das Verfahren der pauschal reduzierten Erwachsenensätze haltbar ist. Kinder unter 14 Jahren erhalten danach 60 Prozent der Unterstützung, die einem alleinstehenden Erwachsenen zustehen. Man kann dem Vorsitzenden Richter am Bundessozialgericht ebenfalls nur zustimmen, wenn er es für höchst umstritten hält, ob die Entwicklung der Renten ein sachgerechtes Kriterium für die Kostenentwicklung bei den elementaren Lebensbedürfnissen sein kann. Nicht nur Juristen kritisieren seit Jahren, dass die Hartz-IV-Sätze nicht entsprechend der Inflationsrate steigen. Sie sind stattdessen an die Entwicklung der Renten gekoppelt, was trotz gestiegener Preise wiederholt zu Nullrunden führte.

Deshalb brauchen wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Kinder, die zumindest deren Existenzminimum von 420 Euro absichert. Eine deutliche Anhebung des Kinderregelsatzes, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags wären hierzu erste Schritte. Es wäre völlig ausreichend, wenn das Kindergeld *nicht* als

Einnahme angerechnet würde, ebenso wenig wie eventuelle Geschenke an die Kinder. Damit hätten alle Kinder 208 Euro *plus* Kindergeld *plus* alle Geschenke. Das ist für Heranwachsende immer noch sehr wenig, aber zunächst besser als die bisherige Regelung. Zudem profitierten die Kinder dann auch von einer eventuellen Kindergelderhöhung, wovon sie bisher nichts hatten, da diese bisher Cent für Cent vom Regelsatz abgezogen wurde.

Wenn ich bedenke, was Teenager alles wegfuttern, ohne auch nur den Hauch eines Speckröllchens anzusetzen, dann überlege ich schon, wie kinderverachtend manche Politiker sein müssen, um solcherlei mageren Regelsätze anzusetzen! Hinzu kommen der Bedarf für ständig neue Klamotten, weil die Schlingel ewig wachsen, und natürlich noch Fahrtkosten, Schulbedarf und so weiter! Außerdem können sich auch Erwachsene nur schwer damit abfinden, ihren Geburtstag nicht angemessen feiern zu dürfen und an Feiertagen „ohne alles“ dazusitzen. Besonders jedoch trifft es Kinder und Heranwachsende. Aus diesem Grund ist ein „Regelsatz“ von mindestens 300 Euro *plus* Kindergeld und Geschenke wohl das Mindeste, um Kinder und Jugendliche nicht völlig aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen, so wie bereits deren Eltern! Kinder haben den gleichen Schutz und dieselben Rechte aus dem Grundgesetz wie die Erwachsenen, nur ist davon bei der Betrachtung der „Regelsätze“ bisher nichts zu bemerken.

3. Wenige Tage vor Beginn des Angriffskrieges der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ auf den Irak gab der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Er kündigte darin unter dem Titel „**Agenda 2010**“ die schärfsten Kürzungen bei staatlichen Sozialleistungen in der Nachkriegszeit sowie die Fortsetzung des Steuersenkungsprogramms für Besserverdienende an. Die Attacke seiner SPD/Grünen-Regierung auf Wenigverdiener sollte durch eine sogenannte Gesundheitsreform, kürzere Auszahlung des Arbeitslosengeldes (ALG I) und Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum ALG II vonstatten gehen. Die dafür nötigen Gesetze wurden mit Zustimmung von bis zu 98 Prozent aller Abgeordneten verabschiedet.

Fünf Jahre danach feiert Kurt Beck das Verarmungsprogramm für Arme und Bereicherungsprogramm für Reiche als „Auftakt zu einem großen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfolg“. Auch im eigenen Lager stieß Beck mit seiner Betrachtungsweise auf Widerspruch. SPD-Mitglied Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sagte am Donnerstag, Millionen Beschäftigte hätten wegen Hartz IV Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Absturz, Hunderttausende lebten als Empfänger des Arbeitslosengeldes II bereits praktisch in Armut. Zudem verschlechtere die gewollte Zunahme prekärer Beschäftigung im Niedriglohnbereich und in der Leiharbeit die Lebenschancen der meisten Betroffenen.

Sommer erklärte: „Wenn die Befürworter der Agenda 2010 behaupten, jetzt würden die arbeitenden Menschen die Früchte der Agenda-Politik ernten, dann ist das weitgehend ein Märchen.“ Ähnlich bekräftigte SPD-Sozialexperte Ottmar

Schreiner, die „Agenda 2010“ habe „mehr Armut, nicht mehr Arbeit“ gebracht. Eben Armut per Gesetz! Die Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, machten die Agenda-Politik für die Spaltung der Gesellschaft und auch der SPD verantwortlich. Gysi nannte es einen „neoliberalen Irrglauben“, dass Abbau von Sozialleistungen und Entlastung der Unternehmen zu mehr Arbeitsplätzen führten.

4. Sonntag Abend habe ich es mir angetan, „Anne Will: Gestern Mittelschicht, heute Hartz IV – Die große **Angst vor dem Abstieg**“ anzugucken. Mir war klar, das sich über dieses Thema schwerlich ohne Bauchschmerzen würde reden lassen – bei *den* geladenen Gästen: Wolfgang Clement (SPD), Günther Oettinger (CDU), Heiner Geißler (CDU), Fritz Schösser (Vorsitzender des DGB Bayern), Ulrich Schneider (Paritätischer Wohlfahrtsverband).

Es war auch das Ehepaar Petra und Horst Merz eingeladen, die noch vor wenigen Jahren zur gut situierten Mittelschicht in Heidelberg gehörten: drei Kinder, ein Eigenheim, Urlaubsreise und ein kleines finanzielles Polster. Doch das hat sich inzwischen geändert: Frau Merz, über lange Zeit die Hauptverdienerin in der Familie, verliert krankheitsbedingt ihren Arbeitsplatz, und mit über 50 ist es für beide so gut wie unmöglich, eine neue Festanstellung zu finden.

Während der Sendung stellt sich heraus, dass Herr Clement keine Ahnung hat: Das Kindergeld kommt eben nicht dazu, sondern wird Cent für Cent angerechnet, vom ALG II abgezogen. Der glaubt tatsächlich den Mist, den die Scheißhauslektüre mit den vier Buchstaben verbreitet! Dass er nicht weiß, was er als Arbeitsminister selber verzapft hat, finde ich mehr als bedenklich, ja peinlich! Er hat halt vom „Dicken“ und vom Fischer gelernt.

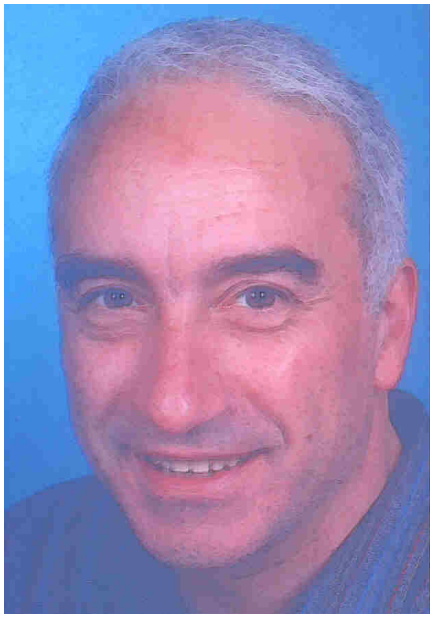
Aber Herr Oettinger war auch nicht besser, der hatte erst recht keine Ahnung. Was gab es da nicht alles zu hören: Erst waren „die Löhne zu hoch“, jetzt sind die Erwerbslosen zu „unqualifiziert“. Ach, wie toll! Wie könnte jemand auch „qualifiziert“ sein, der zwar einen Beruf erlernt hat, dafür aber nach SGB II jeden anderen Scheiß-Job machen muss? Wie sollte auf diesem Weg auch „qualifiziertes Personal“ gefunden werden, wenn so viele länger aus ihrem Beruf heraus sind? Diese Misere ist also politisch hausgemacht!

Soso, Herr Oettinger hat Jobs? Ist Kurt Beck mit diesem Optimismus – beziehungsweise dieser Verkennung der Realität – nicht schon mal kräftig auf die Nase gefallen? Ich hoffe, ich habe mich verhört! Klar hat Herr Oettinger Jobs, und zwar vor allem im Niedriglohnbereich, als Ein-Euro-Job, Zeitarbeit, selbstverständlich unter Tarif bezahlt, und in der ehrenamtlichen Tätigkeit, sodass dann wieder auf Kosten der Steuerzahler und zur Gewinnmaximierung der Unternehmer aufgestockt werden darf!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Königinnenmörderin klagt über Nötigung: Kommt Ypsi-Püppsi jetzt ins Kittchen? *(„Spiegel-Online“)*

Ein neuer Beweis: Ein-Euro-Jobs dienen der Lohndrückerei



Beim Lesen von Nachrichten im Internet bin ich auf eine interessante Sache gestoßen: „Rote Fahne News“ berichtet am 10. März 2008 von einem Bürgerantrag an die Stadt Bonn. Darin fordert das „Erwerbslosenforum Deutschland“ die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Es weist nach, dass dadurch keine Mehrkosten entstehen!

So zahlt die Arge an einen ALG-II-Bezieher zunächst 680 Euro Grundsicherung (Regelsatz plus Mietkosten) und 217,90 Euro an Sozialabgaben, also insgesamt 897,90 Euro. Pro Ein-Euro-Job fallen zusätzlich 126 Euro für den Arbeitslosen als „Mehraufwandsentschädigung“ für 126 Stunden und 300 Euro für den Maßnahmeträger an. Das macht insgesamt 1.323 Euro.

Gäbe man diesem Arbeitslosen für das gleiche Geld – also 1.323 Euro – eine versicherungspflichtige Arbeit, stellten sich verschiedene Vorteile ein: Erstens flössen 371,54 Euro in Form von Steuern und Sozialabgaben wieder in die Sozialkassen zurück. Zweitens hätte der Arbeitslose 145 Euro mehr im Monat und würde mit einem versicherungspflichtigen Job wieder zur Gesellschaft gehören und nicht ausgegrenzt werden.

Gegen eine solche Umwandlung laufen die Unternehmerverbände wie verrückt Sturm, weil sie die Ein-Euro-Jobs als Druckmittel auf die Arbeitenden brauchen, um damit das gesamte Lohnniveau zu senken!

Harald Braun

Neoliberalismus: Postdienstleister kauft Gewerkschaft, die gegen Mindestlöhne kämpft *(„Stern“)*

Öl und Gold billiger: Sinkende Rohstoffpreise deuten darauf hin, dass es mit der Wirtschaft bergab geht *(„Spiegel-Online“)*

Die Menschen haben sich lange schwergetan, diesen Krieg gegen das eigene Volk für wahr zu halten

1. Vor fünf Jahren verkündete Gerhard Schröder, der „Kanzler der Bosse“, was seine Herren befahlen: eine Regierungserklärung mit dem Namen **Agenda 2010**. Heute haben formal mehr Menschen Arbeit als Jahre zuvor, aber was für eine: immer mehr Leiharbeit und Minijobs, zu Billiglöhnen, von denen man nicht leben kann. So viele Arme hat es in Deutschland nach dem Kriege nicht gegeben! Währenddessen haben sich die Taschen derer gefüllt, die Gesetze *für sich* machen lassen: Subventionen, Steuergeschenke und reichlich Schlupflöcher zum Kapitalexport und zur Steuerhinterziehung, pardon: -vermeidung.

Die Menschen haben sich lange schwergetan, diesen Krieg gegen das eigene Volk für wahr zu halten. Trotzdem musste Schröder gehen, und seine SPD stürzt immer noch ins Bodenlose. Die Merkel-Regierung aus CDU und SPD steht öfters mal auf sehr wackeligen Beinen. Viele Menschen hoffen auf „Die Linke“, aber was für eine Politik betreibt sie denn? Gysi will Hartz IV gar nicht mehr weghaben, nur noch „großzügig auslegen“. Wetteifert jetzt Gysi mit Müntefering um den Preis der größten „Gerechtigkeitsliebe“? Dafür hätten die WASG-Mitglieder nicht aus der SPD austreten müssen! Von den Gewerkschaften war dank der SPD-gesteuerten Zusammenarbeitspolitik mit den Bossen gar nichts zu sehen.

Die Montagsdemo-Bewegung mit all ihren Beteiligten und Unterstützern hat sich mehr oder weniger als Einzige dagegengestellt. Sie hat seit Sommer 2004 die Tradition der Montagsdemos wieder aufgegriffen und eine demokratische Kultur der Kundgebung mit dem Offenen Mikrofon entwickelt. Was hat man nicht alles versucht, diese Opposition mund- und mausetot zu machen, vom Totschweigen bis zur Kriminalisierung, aber es hat ihnen alles nichts genützt!

Der Loslösungsprozess vom bürgerlichen Parlamentarismus schreitet voran: Nur noch knapp über 63 Prozent gingen in Hamburg zur Wahl. Wie viel machen die ausländischen Kollegen aus, die hier arbeiten, aber ihre Stimme nicht abgeben dürfen? Mittlerweile geht es vielen Menschen nicht mehr um die „Restaurierung“ dieses Staates, der ihnen nichts bietet, sondern um die Suche nach einer wirklichen Alternative zu diesem System!

Im Radio waren heute Mittag interessante Daten zur Börsenentwicklung zu hören: Die Kurse gehen weltweit runter, die Spekulationen platzen wie Blasen an der Sonne. Aber nicht die Reichen werden ihr Geld verlieren, wie man zuerst glauben könnte, sondern *wir* werden die Zeche zahlen müssen, wenn solche zerstörerischen Entwicklungen nicht ihr ganzes kapitalistisches System wegfegen! Die Menschen, die weltweit die Produktion tragen und praktisch alles organisieren und machen, sie brauchen keine Schmarotzer und speichelleckenden Antreiber. Vernetzen wir uns immer mehr weltweit, verbinden wir unsere Aktionen miteinander! Wer wird uns dann aufhalten?

2. Am 6. April finden in **Brandenburg Kommunalwahlen** statt. In der Uckermark, in Angermünde, kandidiert unsere Mitstreiterin Birgit Kühr für das Bürgermeisteramt. Sie ist von Anfang an bei der Montagsdemo dabei und setzt sich besonders für das Aktivwerden in Gebieten ein, aus denen junge Leute wegziehen müssen, weil die Politik für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nichts macht und die Neonazis gewähren lässt. Ihre Kandidatur ist sehr mutig und braucht unsere volle Unterstützung!

Ein Beitrag dazu wäre unsere Teilnahme an der **Brandenburg-Demo** am **29. März 2008** in **Potsdam**, eine Woche vor der Wahl. Wir wollen mit dem Wochenendticket hinfahren, unser Transparent zeigen und wenn möglich auch einen Redebeitrag halten. Das Treffen für den Zug ist um 6:30 Uhr an der Blindentafel im Hauptbahnhof. Wer mitfahren möchte, rufe mich bitte an unter 0421-705 687.

Zu Ostern findet wegen des Feiertags keine Montagsdemo statt. Am **31. März 2008** wollen wir bei der 175. Montagsdemo unsere **Kandidaten** für die **bundesweite Delegiertenkonferenz** vorstellen und in geheimer Abstimmung hier auf dem Marktplatz **wählen**. Dazu bitte ich euch um zahlreiches Erscheinen!

3. Am letzten, nasskalten Montag stand der Internationale **Frauentag** im Mittelpunkt der Redebeiträge. Ich möchte hier auf zwei Wortmeldungen von Peter Kubiak antworten, die Empörung und Widerspruch ausgelöst haben. Die Zusammenfassung seiner Positionen ist: Wenn die Frauen zu dumm sind, ihre Rechte durchzusetzen, dann sind sie „selber schuld“ an ihrer Lage. Er meinte dies noch mit einem Bibel-Zitat untermauern zu müssen. Ich weise diesen männerchauvinistischen Standpunkt entschieden zurück! Ich persönlich versuche meinen Beitrag zur Befreiung der Frau zu leisten und verstehe die allermeisten Mitstreiterinnen und Mitstreiter genauso.

Ich will auf die Geschichte der Kämpfe der Frauen und der Männer, die sich solidarisch mit ihnen verbunden haben, nicht näher eingehen. Trotz vielleicht vorhandener unterschiedlicher Positionen im Einzelnen ist sich die Montagsdemo-Bewegung einig im Zurückweisen und Bekämpfen reaktionärer, rassistischer, sexistischer, chauvinistischer und frauenfeindlicher Auffassungen und Verlautbarungen. Weiter lehnt die Bremer Montagsdemo in ihrer überwiegenden Mehrheit Redebeiträge ab, die mit Ausbrüchen in die Fäkaliensprache zu „glänzen“ versuchen

oder mit neu interpretierten Wörtern wie „Volksgenossen“ aus dem Vokabular der Nazis Sympathie zu erheischen suchen. So etwas lehnen wir entschieden ab!

Jobst Roselius

Ewiger Jasager: Doppel-Äff wird wieder
Albtraum-Schwiegersohn *(„Spiegel-Online“)*

Frauen sind nicht „selber schuld“ an ihrer Unterdrückung

Es ist frauenfeindlich zu sagen, Frauen seien „selbst daran schuld“, wenn sie ausgebeutet und unterdrückt werden! In einem jüdischen Gebet heißt es: „Lieber Gott, ich danke dir, dass ich keine Frau bin!“ Solche Äußerungen in der Öffentlichkeit tragen dazu bei, eine antisemitische und frauenfeindliche Stimmung zu verbreiten. Da könnte auch gesagt werden, die Juden seien selber schuld daran, dass sie im Faschismus ermordet wurden! Diese Antworten sind einfach nicht richtig. Im Jahre 1967 gab es noch keine neue Frauenbewegung, und es ist lobenswert, dass Peter Kubiak sich damals, wie er berichtet, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit eingesetzt hat. Für ihn war es natürlich eine schmerzliche und traurige Angelegenheit, dass die Frauen ihn dafür beschimpften und anfeindeten und Männer ihn milde belächelten.

Nach den Zweiten Weltkrieg wurde in der Adenauer-Zeit ein konservatives und frauenfeindliches Weltbild verbreitet, das Frauen als die Dienerinnen des Mannes sah. Sie waren dazu da, die Kinder zu gebären und den Haushalt zu führen. Berufstätig durften sie nur mit Zustimmung des Mannes sein, und nur als Zuverdienerin. Offiziell war es verboten, dass Frauen für gleiche Arbeit weniger Geld erhielten. Heute ist es erlaubt, Niedriglohngruppen einzuführen, die durch die Hintertür dafür sorgen, dass Frauen für gleiche Arbeit weniger Geld erhalten als Männer. Die Frauen, von deren Reaktion Peter berichtet, könnten Angst um ihre Arbeitsplätze gehabt haben, und sie waren wohl selbst in ihre patriarchalischen Rollenbilder eingeschnürt. Dies heißt noch lange nicht, dass die Frauen selber daran schuld seien, dass sie unterdrückt und ausgebeutet werden. Das gleiche gilt für die Juden und ihre Ermordung durch die Faschisten! – In dem Buch „Medienmacht und Widerspruchserfahrung“, erschienen im Pahl-Rugenstein-Verlag, schreibt Gisela Notz unter anderem:

Der Beginn der neuen Frauenbewegungen wird oft mit der Rede der späteren Filmemacherin Heike Sander gleichgesetzt, die sie am 13. September 1968 als Delegierte des West-Berliner „Aktionsrates zur Befreiung der Frau“ auf der 23. Delegiertenkonfernz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Frankfurt am Main gehalten hat. In dieser Rede warf sie den männlichen SDS-Mitgliedern vor, die spezifische Ausbeutung der Frauen im privaten Bereich zu tabuisieren. Sie bezeichnete den SDS als ein „Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse“, als eine Organisation, die bestimmte Bereiche des Lebens vom gesellschaftlichen abtrenne und tabuisiere, indem sie ihnen das Etikett „Privatleben“ gebe. Ihre Rede schloss sie mit den Worten: „Genossen, wenn ihr zu dieser Diskussion, die inhaltlich geführt werden muss, nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, dass der SDS nichts weiter ist als ein aufgeblasener, konterrevolutionärer Hefeteig. Die Genossinnen werden dann ihre Konsequenzen zu ziehen wissen!“

Da die männlichen Delegierten nicht bereit waren, ihre Thesen zu diskutieren, bewarf die hochschwangere Berliner Studentin Sigrid Rügwe den nächsten Redner mit Tomaten, von denen auch die am SDS-Vorstandstisch Sitzenden etwas abbekamen. Die Rede Heike Sanders und der durchaus nicht von allen – auch nicht von allen SDS-Frauen – gebilligte Tomatenwurf führten noch am gleichen Tag zur Gründung von „Weiberräten“ durch Frauen der verschiedenen Landesverbände. Sie verfassten Resolutionen, die am nächsten Vormittag verlesen wurden. Diesen Aktionen folgte die Gründung von Frauengruppen in vielen deutschen Universitätsstädten und später auch in anderen größeren und kleineren Orten der Bundesrepublik.

„Das Private ist politisch“ wurde zum Slogan der neuen Bewegungen. In Erweiterung des traditionell männlichen Politikbegriffs sollte damit die politische Dimension scheinbar privater Beziehungsstrukturen hervorgehoben werden. Es ging um eine zentrale Kritik der patriarchalen Abhängigkeit und Unterdrückung und damit um eine grundlegende Veränderung des linken Politikverständnisses. Diese Kritik beinhaltete die Artikulation des Zusammenhangs zwischen öffentlichen und privaten Bereichen, eine Verschiebung und Neudefinition der Grenzen zwischen beiden Bereichen und eine qualitative Veränderung auch des Privatlebens. Dazu gehörte die Thematisierung des Rechts auf Selbstbestimmung (§ 218), die Aufhebung der gewaltförmigen Geschlechterverhältnisse, die Überwindung der patriarchalen Strukturen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen sowie die Aufhebung der Machtverhältnisse zwischen Erwachsenen und Kindern.

In einem Artikel der „linksfeministischen Zeitung Courage“ ist zu lesen: „Staatliche Institutionen wie Parlamente oder Gerichte sollten einer radikalen Kritik unterzogen werden, wenn sie frauenfeindliche Politik be-

treiben. Mit Institutionen, die, wie Kirche oder Familie, die Frauen in Fesseln moralischer ‚Werte' halten, sollte man/frau ebenso verfahren. Schonungslos berichtet werden sollte über die Geschichte der Frauen, die Situation am Arbeitsplatz, über Weiterbildung, Psychologie, Sexualität, Medizin, Frauenbewegungen, Justiz und über Kultur." Fortan informierte die „Courage" „schonungslos" über Ereignisse, deckte Missstände auf, prangerte sie an und griff dabei bisher tabuisierte Themen auf, zum Beispiel Gewalt, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigungen im Kontext des Zweiten Weltkrieges, Frauenmedizin, § 218, Verhütung und Geburt, die Geschichte der Menstruation, Körperselbsterfahrung, Sexualität, Frauenkunst und -literatur, die Geschichte der Frauen im SDS, Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz, Frauenpositionen in Osteuropa, Klitorisbescheidung in Afrika, Ess- und Magersucht sowie Umweltprobleme. „Courage" wurde zur Tabubrecherin und als solche schnell bekannt.

Spätestens mit Erscheinen der „Emma" 1977 entzündeten sich erbitterte Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegungen, die in den Heften der „Courage" breiten Raum einnahmen. Immer wieder wurde Kritik an der Alleinherrschaft von Alice Schwarzer in der Redaktion geübt. „Emma" hatte von Anbeginn Strukturen, wie man sie aus der „normalen" Wirtschaftswelt kennt, und die waren in den Frauenbewegungen verpönt. Inhaltlich drehten sich die Auseinandersetzungen um die unterschiedlichen Auffassungen von Feminismus. Besonders deutlich wurde das an der Frage „Frauen in die Bundeswehr". Alice Schwarzer plädierte für die Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen, während das „Courage"-Kollektiv den Kriegsdienst generell hinterfragte und ablehnte. Jedenfalls war „Courage" nun Anfeindungen von zwei Seiten ausgesetzt: Von der „Männerpresse" und von „Emma". Die „Courage" musste 1984 Konkurs anmelden: Wegen der Konkurrenz auf dem Frauenblättermarkt – besonders durch „Emma", aber auch durch andere, neu hinzugekommene Blätter – war die Zeitung in einer wirtschaftlichen Krise. Seitdem fehlt den Frauenbewegungen ein wichtiges Sprachrohr. Anlässlich der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation wäre „Courage" wichtiger denn je! Schließlich mussten die Mitglieder der Kollektive feststellen: An Konkurrenz und Profitzwang ist nicht vorbeizukommen.

Das Fazit ist, dass die neuen Frauenbewegungen 1968 für die Abschaffung des Paragrafen § 218, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gegen Frauen in der Bundeswehr kämpften und auch dafür, dass Frauen vom Einkommen des Mannes unabhängig sind. „Privat" und „politisch" ist, dass es qualifizierte Kinderbetreuung und Ganztagsschulen gibt, außerdem Teilzeitarbeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich für Frauen und Männer, damit sie nicht in Armut leben müssen! Wichtig sind sexuelle Aufklärung und kostenlose Verhütungsmittel! Alle diese berechtigten Forderungen der Frauenbewegungen sind bis heute noch nicht erfüllt.

Dank der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 nehmen Frauen- und Kinderarmut sowie Abhängigkeitsverhältnisse vom Einkommen des Mannes rapide zu. Auf der anderen Seite wird von geschiedenen Frauen verlangt, dass sie einer Arbeit nachgehen. Sie werden in den Niedriglohnbereich abgedrängt, zu denen Ein-Euro-Jobs und die „Entgeltvariante“ gehören. Unter dem „neuen Feminismus“, der neoliberaler Bauart ist und den auch Alice Schwarzer vertritt, wird uns Frauen die Botschaft vermittelt, es sei Gleichberechtigung hergestellt, wenn Frauen in die Bundeswehr können. Das ist unwahr: Frauen verteidigen in der Bundeswehr als „bessere Männer“ nur patriarchale Strukturen im Kapitalismus, mehr nicht!

Frau von der Leyen fordert, dass die Kirchen moralischen Einfluss an den Schulen ausüben sollen, da sie sich ganz besonders „durch hohe moralische Werte hervorheben“. Das wird uns als „feministisch“ verkauft! Die Kirche, vor allem die katholische, ist von patriarchalen Strukturen geprägt. Sie ist sexualfeindlich und stellt lesbische Paare als „teuflisch“ und „sündig“ dar. Die Naturwissenschaften sollen ihrer Bibelinterpretation entsprechen. Dass die Kirche mehr Einfluss auf die Schulen ausüben soll, ist aus feministischer Sicht abzulehnen! Mit der sogenannten Eigenverantwortlichkeit ist gemeint, dass wir Frauen unentgeltlich gesellschaftliche notwendige Arbeit als „ehrenamtlich Tätige“ gering bezahlt leisten, damit sich die Profite des Kapitals vermehren! Eine vollständige Befreiung der Frauen und Männer von patriarchalen Strukturen kann es im kapitalistischen und neoliberalen System nicht geben. Wir brauchen eine neue, sozial gerechte und friedliche Gesellschaftsordnung!

Frieden für Afghanistan! Keine Bundeswehreinsätze „buten un binnen“! Konflikte friedlich lösen! Vollständige atomare Abrüstung auch in Deutschland! Abrüstung statt Sozialabbau! Bremer Rüstungsfirmen auf die Herstellung ziviler Güter umstellen! Grundrechte erhalten! Alle sind aufgerufen, den Ostermarsch des „Bremer Friedensforums“ und der „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner/innen“ zu unterstützen. Kommt um 11 Uhr zum Ziegenmarkt und zur Abschlusskundgebung um 12 Uhr auf dem Bremer Marktplatz!

Bettina Fenzel (parteilos)

Rückzugsdebatte angestoßen: 60.000 Ostermarschierer demonstrieren gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan *(„Spiegel-Online“)*

Adrenalin-Flatrate: Bürgerlicher Journalist hadert mit dem Kapitalismus *(„Spiegel-Online“)*

Schwebewahn gestoppt: Achtzig Prozent Kostensteigerung sind auch im subventionsfreudigen Bayern nicht vermittelbar *(„Spiegel-Online“)*

„Jobwunder“ trotz Massenentlassungen: Unternehmen nutzen Zeitarbeit, um ihre festangestellten Mitarbeiter auszutauschen *(„Spiegel-Online“)*

Standhaft bei Schneesturm und gegen Schröders Agenda 2010

In eiskaltem Wind und bei Schneeschauern harrten wir auf dem Marktplatz aus. Hauptthema war der fünfte Jahrestag der Schröder-Agenda 2010, die nichts als Elend für die Masse der Arbeitslosen und eine massive Verschlechterung für alle Arbeitsverhältnisse gebracht hat, während die Monopole Gewinne sondergleichen einfahren konnten. Voraussetzung für deren Ausbeutungsoffensive war die Schaffung eines durchgehenden Billiglohnsektors. Über die SPD, ihre Krise und Zukunft wurde gestritten. Schließlich gab es auch noch Antworten auf frauenfeindliche Wortbeiträge am letzten Montag, die wir so nicht stehen lassen wollten. Am Ende machten wir etwas früher Schluss. Wir waren bei der 174. Montagsdemo am 17. März 2008 in Bremen nur etwa 20 Teilnehmer, trotzdem hatten wir eine gute Stimmung.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Sackgasse : Das SPD-Konzept „Mindestlohn für wenige“
ist erwartungsgemäß gescheitert *(„Spiegel-Online“)*

Inkompetenz: CSU-Finanzminister und Bayern-LB-Verwaltungsrat Huber ist „überrascht“ von der Verdopplung der Ausfälle des Instituts *(„Spiegel-Online“)*

Kommunikationsdesaster: Nach dem Verschwinden des Archivs aus dreieinhalb Jahren Montagsdemo werden auf der Homepage der bundesweiten Koordinierungsgruppe kaum noch neue Berichte veröffentlicht, und es entsteht der absurde Eindruck, unsere Bewegung sei auf ein gutes Dutzend eher kleinerer Städte zusammengeschrumpft *(„Bundesweite Montagsdemo“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

175. Bremer Montagsdemo am 31. 03. 2008

Lässt man „Kunden“ verprügeln?

1. Die „**Generation Praktikum**“ gibt es tatsächlich, und Arbeitsminister Scholz will ein bisschen helfen! Perspektivlos, ausgebeutet, frustriert – seit über zwei Jahren beklagen die Betroffenen ihre Lage. Die Hälfte aller Praktikanten arbeitet unbezahlt. Das Bundesarbeitsministerium plant jetzt „smarte Eingriffe“, aber schon wieder keinen Mindestlohn. So existiert das Praktikanten-Prekariat auch wirklich – diese Erkenntnis hat sich jetzt auch das Bundesarbeitsministerium endlich durch eine Studie bescheinigen lassen.

Olaf Scholz will daher die angemessene Vergütung für Praktikanten im Bürgerlichen Gesetzbuch „klarer fassen“. Außerdem soll für Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Praktikant die Schriftform vorgeschrieben werden. Durch diese gesetzlichen Klarstellungen will Scholz erreichen, dass Praktikanten nach der Berufsausbildung nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Fast jedem Umfrageteilnehmer gelang erst nach mehreren „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“, wie Praktika und Zeitverträge in der Studie bezeichnet werden, der Sprung auf einen festen Arbeitsplatz. Bei über der Hälfte wurden „freiwillige Praktika“ gar nicht bezahlt. So liegen viele Praktikanten Mama und Papa ziemlich lange auf der Tasche: Bei 52 Prozent dauerte der Schnupper-Aufenthalt in der Arbeitswelt sechs Monate oder länger.

Vor dem Hintergrund, dass es sich bei den befragten Praktikantinnen und Praktikanten ausnahmslos um Personen handelt, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, liegt die Vermutung nahe, dass die entsprechenden Unternehmen auch Interesse an einer unbezahlten Arbeitskraft hatten. Mehr als 80 Prozent der „freiwilligen Praktikanten“ wurden nach eigener Einschätzung mindestens die Hälfte der Zeit als normale Arbeitskraft eingesetzt. Von allen jungen, qualifizierten Beschäftigten, die im Verlauf ihres beruflichen Einstiegs ein Praktikum absolviert haben, sind lediglich 22 Prozent vom selben Arbeitgeber übernommen worden; 13 Prozent fanden ebenfalls nahtlos eine Anschlusstätigkeit bei einem anderen Arbeitgeber. Der Rest schuftete weiter irgendwo zwischen Praktikum, Zeitvertrag oder Leiharbeit. Es ist höchste Zeit für ein Bundesgesetz zur

Regelung fairer Bedingungen in Praktika! Ein solches Gesetz muss Mindestvergütung und Maximaldauer eines Praktikums klar regeln!

2. Datenschützer sind über die **Stasi-Methoden bei Lidl** empört. Das Unternehmen hat sich jahrelang gegen die Einrichtung von Betriebsräten gewehrt. Kritiker werfen Lidl seit Jahren Ausbeutung ihrer Mitarbeiter vor. Aber jetzt hat Lidl es mit der Video-Überwachung seiner Mitarbeiter wirklich auf die Spitze getrieben! Auch die Gewerkschaft Verdi kündigt Widerstand an: Sie will Mitarbeiter bei Klagen gegen das Unternehmen unterstützen. Der Verdacht: ein gravierender Verstoß gegen das vom Grundgesetz geschützte Persönlichkeitsrecht. „Auf solche Unternehmer kann das Land verzichten!“

Die Spitzelaktion wirkt besonders bizarr, wenn man sich Lidls offizielle „Firmenphilosophie“ vor Augen führt. Darin heißt es: „Fairness ist ein Gebot gegenüber jedermann im Unternehmen“, „wir achten und fördern uns gegenseitig“, „Vereinbarungen werden in einem Klima des Vertrauens eingehalten“, „Lob, Anerkennung und Kritikfähigkeit sollen unser Betriebsklima bestimmen.“ Den überwachten Mitarbeitern muss dieser Katalog wie Zynismus vorkommen! Dabei steht Lidl nicht erst seit heute in der Kritik, denn die Angestellten müssten sich ständigen Taschenkontrollen unterziehen, weil der Konzern Diebstahl ausschließen möchte.

Für viele Kassiererinnen sei schon der Gang zum WC ein Luxus: „Wenn ich die Kasse verlassen hätte, dann hätte es eine Abmahnung gegeben“, sagte eine Mitarbeiterin, „manchmal kam ich nach Hause und hatte einen nassen Schlüpfer.“ Eine Kollegin sei in einem dreistündigen „Verhör“ fälschlich beschuldigt worden, Pfandgeld unterschlagen zu haben: „Ich war fix und fertig“, wird die Frau im „Schwarzbuch Lidl“ zitiert. Die Spätschichten, die offiziell um 20 Uhr enden, ziehen sich laut den Recherchen oft bis spät in den Abend hin. In einem Fall habe der Filialleiter die Türen des Geschäfts so lange verrammelt, bis die Arbeiten erledigt waren. Muss ich noch erwähnen, dass Lidl damals natürlich alle Anschuldigungen als „Diffamierungskampagne“ zurückwies?

3. Dem „Weser-Kurier“ lag vor circa zwei Wochen die „Bremer Kirchenzeitung“ bei. In ihr ist ein umgewandeltes **Monopoly-Spiel** zu finden, mit neuen „Ereigniskarten“. Zwei Kostproben: „Ein Kaffee unterwegs? 1,50 für einen ‚Coffee to go‘ sind in der Stadt bei 4,25 Euro für Lebensmittel am Tag nicht mehr drin. Der ‚Bremer Treff‘ hat noch zu, also gibt es unterwegs keinen Muntermacher!“ oder auch: „Einfach weggefahren? Deine alte Mutter in Osnabrück liegt im Sterben. Du fährst spontan dorthin, um an ihrer Seite zu sein, ohne dies mit deiner Fallmanagerin abzustimmen. Als dies im Nachhinein herauskommt, wird dir das Arbeitslosengeld II ab Reisebeginn bis zur erneuten Meldung wegen ‚nicht genehmigter Ortsabwesenheit‘ komplett gestrichen.“

Ich finde, dies ist eine gute Methode, anderen Menschen klar zu machen, was Hartz IV im Alltag, jeden Tag bedeutet. Nur ein Kärtchen fehlt mir sehr: „Sie sind sanktioniert worden. Es gibt nichts mehr! Sie haben verloren, das Spiel ist für

Sie vorbei, für immer!“ Den Inhalt dieses fehlenden Kärtchens kann sich niemand vorstellen, dass es nämlich diesen Zustand überhaupt geben könnte. Es weiß auch fast niemand, dass sich die Zahl der jungen Obdachlosen drastisch erhöht hat – dank Hartz IV, weil für Unterfünfundzwanzigjährige keine Unterkunft bezahlt wird. Ansonsten kann es jeden durch Kürzungen jederzeit treffen.

Selbst wenn Widerspruch eingelegt wird: Wovon leben und Miete bezahlen, bei einer hundertprozentigen Kürzung? Die wenigsten haben das Glück, dass Verwandte oder Freunde ihnen in einer solch schweren Zeit beistehen, sie auch finanziell unterstützen können. Nein, Sozialhilfe gibt es dann leider nicht mehr! So könnte im wirklichen Leben auch eine „Ereigniskarte“ in Form eines Bescheides von der Bagis mit folgendem Inhalt gezogen werden: „Ihre Unterkunftskosten sind unangemessen hoch. Ziehen Sie unter die Brücke, und gehen Sie nicht über Los!“

4. Am 22. März 2008 fand der Bremer **Ostermarsch** statt. Wir trafen uns um 11 Uhr auf dem Ziegenmarkt. Es enttäuschte mich, wie wenige Menschen überhaupt gekommen sind. Dafür darf nicht immer bloß das eisige Wetter herhalten!

Um 12 Uhr sprach Eugen Drewermann auf dem Marktplatz. Obligatorisch forderte er: Frieden für Afghanistan! Keine Bundeswehreinsätze „buten und binnen“! Konflikte friedlich lösen! Vollständige atomare Abrüstung, auch in Deutschland! Abrüstung statt Sozialabbau! Bremer Rüstungsfirmen auf die Herstellung ziviler Güter umstellen! Grundrechte erhalten!

Er sprach mir aus der Seele, als er von der Perversion des Krieges redete, die den Stillstand an Kultur beinhaltet, weil im Krieg plötzlich alles, was uns unser Gewissen sonst verbietet, nicht nur erlaubt, sondern sogar gefordert wird. Wie viel Geld könnte für soziale, medizinische und bildungspolitische Zwecke ausgegeben werden, wenn es aus dem Militärscheiß abgezogen würde!

Ja, es war schweinekalt, und wir waren alle ziemlich durchgefroren.

5. „Lea-Sophies Tod war vermeidbar“, schrieb die „Tageszeitung“ am vergangenen Sonnabend. Der Untersuchungsbericht der Schweriner Stadtverordneten zum Fall des verhungerten Mädchens rügt „eklatante Mängel“ beim Jugendamt. Jetzt will die Ratsmehrheit einen Bürgerentscheid über die Abwahl von Oberbürgermeister Norbert Claussen: Dem Christdemokraten wird unter anderem vorgeworfen, er habe im Fall der verwahrlosten Lea-Sophie falsch gehandelt. Die Fünfjährige war am 20. November 2007 mit Hungerödemen und offenen Wunden in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Dem Bericht zufolge hätte **Lea-Sophies Tod** vermieden werden können, wenn das Jugendamt den Hinweisen aus der Familie und der Nachbarschaft konsequent nachgegangen wäre.

Der Untersuchungsbericht rügt „eklatante Mängel“ beim Jugendamt: Akten wurden schlampig geführt, die Berater tauschten sich nicht genügend untereinander und mit ihren Vorgesetzten aus. Das Amt habe sich auf die Einschätzung der Großeltern verlassen, statt selbst nach dem Rechten zu sehen. „Individuelle, strukturelle und Leitungsprobleme“ seien sichtbar geworden. Ganz freisprechen

lässt sich Claussen von der politischen Verantwortung nicht: Der erste Untersuchungsbericht zu dem Fall weist nach, dass der Bürgermeister das Personal des Jugendamtes stark verringerte. Sozialarbeiter beklagten ihre Überlastung. Es gab keine Fortbildungen, keine Supervision – alles Dinge, die Claussen jetzt ändern will.

Ebenso wäre der Tod des bedauernswerten kleinen **Kevin** aus Bremen vermeidbar gewesen, wenn der jetzige Bürgermeister Böhrnsen der Bitte, sich um den Jungen zu kümmern, verantwortungsbewusst nachgekommen wäre. Die jetzige Berichterstattung hat den Bürgermeister komplett aus der Schusslinie gezogen und sucht in unteren Gefilden nach solchen, die als Schuldige in Frage kommen könnten. Ich würde da ganz anders ansetzen!

6. Laut Angaben mehrerer Zeugen ist es heute morgen in der Arge Bonn zu einem Zwischenfall gekommen: Der **Sicherheitsdienst habe einen „Kunden“ sehr rüde aus der Arge herausgeprügelt** und dabei keine Rücksicht auf Verletzungen und die Sicherheit der wartenden Besucher genommen. Während der Wartezeit sei es zu einer verbalen Eskalation zwischen einen „Kunden“ und einer Sachbearbeiterin der „Kundentheke“ gekommen. Der „Kunde“ hatte sich beschwert, weil jemand ohne Wartenummer vorgezogen wurde. Von der Sachbearbeiterin sei er daraufhin lautstark zurechtgewiesen worden, er solle „den Mund halten“.

Auf seinen weiteren Protest spitzte sich die Situation dahingehend zu, dass drei Wachleute ihn umringten und aufforderten zu gehen. Auf seine Weigerung hin gingen alle drei auf ihn los und prügelten ihn durch die Seitentür, ohne Rücksicht auf Verletzungen beziehungsweise auf die Sicherheit der anderen „Kunden“. „Wir haben uns durch die gesamte Situation sehr bedroht gefühlt. Zudem äußerte sich das Wachpersonal im Anschluss recht menschenverachtend zu dem Vorfall“, so eine Beteiligte, die sich während des Vorfalls mit ihrem kleinen Kind in der Arge aufhielt.

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ drückt Unverständnis für die Handlung des Wachdienstes aus: Selbst die Polizei dürfe nur im äußersten Notfall Gewalt anwenden und habe jederzeit darauf zu achten, dass keine anderen Personen in Gefahr kommen. „Die Arge Bonn und der eingesetzte Sicherheitsdienst setzten sich anscheinend darüber hinweg und suchen die für sie einfachste Lösung. Dass durch ein derartiges Verhalten Gewalt produziert wird, ist ihr anscheinend überhaupt nicht bewusst. Wir fordern die Arge Bonn auf, unverzüglich ein Konzept zur Deeskalation vorzulegen, damit derartiges in Zukunft ausgeschlossen ist. Zudem stellt sich tatsächlich die Frage, ob sich der eingesetzte Sicherheitsdienst durch ein derartiges Verhalten nicht selbst seine scheinbare Notwendigkeit schafft, die objektiv in der Arge nicht gegeben ist“, so Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Zum Kotzen, dieses alte Spiel!

Entschuldigung, aber da haben wir es mal wieder: Jung gegen Alt beim Thema Rentenerhöhung. Den Alten wird ein schlechtes Gewissen eingeredet, und den Jungen werden falsche Hoffnungen gemacht. Inzwischen habe ich mir Informationen besorgt. Demnach steht außer Frage, dass immer weniger junge Menschen immer mehr Älteren die Rente bezahlen müssen. Wieso eigentlich? Wer sagt das nun? Diejenigen, denen nichts anderes einfällt, haben jetzt ein gutes Mittel, Alt gegen Jung auszuspielen!

Wisst ihr eigentlich, liebe Rentner, dass wir mit jedem Jahr immer mehr dazu beitragen, dass die Steuerkasse gefüllt wird, mit Renten- und Abgeltungsteuer, von der nachgelagerten Versicherungssteuer ganz zu schweigen? Wisst ihr auch, warum ihr Jungen immer größere Lasten tragen müsst? Weil die eingezahlte Summe von euren mickrigen Löhnen, die ihr zum größten Teil jetzt schon bekommt, nicht ausreicht! In Zukunft werdet ihr die Rentenlast noch mehr zu spüren bekommen, weil eure Löhne nicht mehr steigen sollen, wenn es nach den Arbeitgebern geht.

Immer mehr Arbeitskräfte werden in Zukunft weniger verdienen und so mit immer weniger dazu beitragen können, die Verpflichtungen des Staates zu erfüllen. Durch die geringere Bezahlung wird die Summe des Eingezahlten immer kleiner, doch die Verpflichtung muss laut Gesetz erfüllt werden. Wenn man es ändern will, muss die Summe vergrößert werden, die dazu beiträgt, die Rente zu bezahlen. Tun wir das nicht schon längst? Doch, wir sind kräftig dabei! Angeblich werden jeden Tag tausend neue Stellen in Deutschland geschaffen. Ich kann das nicht widerlegen und muss es als Bürger vorläufig glauben. Nehmen wir an, es stimmt. Das würde bedeuten, dass es in Zukunft mit den Renten gar nicht so schlecht aussieht!

Wenn für die angeblich tausend Stellen pro Tag bessere Löhne gezahlt würden, wird auch die Beitragssumme der Bezahler größer. Warum dann die Aufregung? Habt ihr lieben Rentner darüber nachgedacht, dass wir mit jedem Jahr dazu beitragen, dass das Steuersäckel aufgefüllt wird? Hiermit haben wir doch das Rentenproblem längst gelöst und das Gleichgewicht der „Pyramide“ wieder hergestellt, vorausgesetzt, man würde das Geld richtig einsetzen. Also doch viel Lärm um nichts?

Ganz so ist es wohl nicht, denn die Löhne müssten erst wieder auf ein vernünftiges Niveau gebracht werden. Das wäre die Aufgabe der Tarifparteien. Und das Verteilen der Steuereinnahmen müsste in Zukunft gerechter werden. Das ist

Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren von der Politik! Doch da haben wir von der Bevölkerung so unsere berechtigten Zweifel. Was aber nicht ist, kann ja noch werden! Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Udo Riedel (parteilos)

Schuften für die Mönche: Straßen und Schulen verdanken die Tibeter erst den Chinesen *(„Spiegel-Online“)*

Die Konzerne beuten die Rentenbeitragszahler aus

„Bild“ hetzt mal wieder! Erst waren es Hartz-IV-Betroffene, und nun sind die Rentner dran. „Die Alten beuten die Jungen aus“, hieß es am 11. März 2008, und am 26. März schrieb Deutschlands größtes Lügenblatt: „Höhere Rente senkt den Netto-Lohn!“ Hier werden mit dubiosen Zahlen der Arbeitgeberverbände wilde Behauptungen aufgestellt, die nicht zu beweisen sind. Es wird Stimmung gemacht und ein Klima von Hass und Misstrauen geschaffen. Dieselben Quellen verschweigen, dass nicht die Rentner(innen) – die sich im Übrigen ihre Alterssicherung sauer genug verdient haben –, sondern die Konzerne in ihrer maßlosen Profitgier die Lohneinbußen der Arbeitnehmer(innen) herbeigeführt haben. Diverse Bundesregierungen haben durch ihre unsozialen Gesetze, wie Schröder mit Hartz IV und Agenda 2010, diese Situation erst möglich gemacht.

Dabei gehen die Rentenkürzungen unvermindert weiter. Die Durchschnittsrente liegt heute schon um zehn Prozent niedriger als in den 1990er Jahren. Die Summe, die den Rentnern durch drei Nullrunden, steigende Pflegeversicherungsbeiträge, Zuzahlungen für Medikamente und Praxisgebühren sowie durch die allgemeine Preissteigerung und Energiekostenexplosion genommen wurde, ist weit mehr als die lächerlichen 1,1 Prozent Erhöhung des Herrn Scholz. Fünf Prozent Erhöhung wären wohl das Mindeste! Erklärtes Regierungsziel bleibt es allerdings, bis 2030 das Rentenniveau so weit abzusenken, bis niemand mehr von seiner gesetzlichen Rente leben kann. Ziel ist auch hier die Privatisierung des gesamten Sicherungssystems. Schon heute rauschen die Renten ungebremst in Richtung Sozialhilfe. Die Altersarmut verschärft sich, und manch ein Rentner hat bereits kein Dach mehr über dem Kopf.

Noch einmal: Vor allem Kohl und Schröder haben die Rentenkassen geplündert, um woanders Haushaltslöcher zu stopfen und den „Aufbau Ost“, der ein Fass ohne Boden ist, zu finanzieren. Nicht die Alten beuten die Jungen aus, sondern Konzerne und Regierung drücken die Löhne, indem sie Arbeitnehmerrechte zerschlagen und unzählige Menschen in die Armut treiben. Lassen wir uns nicht länger auseinanderdividieren und gegeneinander aufhetzen, denn das nützt nur den Herrschenden. Hier hilft nur gemeinsamer und anhaltender Widerstand!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Staat der Konzerne: Unsere Gesetze werden
von Lobbyisten geschrieben *(„Stern“)*

Der Generationen-Beschiss

Eine „Rentenerhöhung“ von 1,1 Prozent ist angekündigt, doppelt so „viel“ wie im letzten Jahr. Davor gab es jahrelang gar nichts. Die Erhöhung beträgt in fünf Jahren noch nicht mal zwei Prozent, bei einer Preissteigerungsrate von über zwölf Prozent in diesem Zeitraum! Von den 1,1 Prozent in diesem Jahr gehen aber 0,25 sofort für die Pflegeversicherung ab. Es bleiben also 0,85 Prozent, bei einer derzeitigen Inflation von offiziell 3,1 Prozent. In Wirklichkeit ist die Erhöhung der Lebenshaltungskosten aber viel größer: Vor allem die Lebensmittelpreise und Energiekosten sind geradezu explodiert!

Und da hetzen Arbeitgeberverbände und „Bild“-Zeitung, die Alten würden auf Kosten der Jungen prassen! Dieter Hundt fordert, die Rentner sollten Kranken- und Pflegeversicherung voll bezahlen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Rentner werden aufs Brutalste betrogen! Wo sind denn die eingezahlten Beiträge geblieben? Der ganze sogenannte Generationenvertrag ist ein einziger Beschiss. Schon seine Einführung durch Adenauer sollte darüber hinwegtäuschen, dass die von Hitler zur Kriegsfinanzierung aus der Rentenkasse geklauten 500 Milliarden Mark nicht ersetzt wurden.

Ein Herr Ackermann von der Deutschen Bank kassiert im Jahr 14 Millionen Euro „Gehalt“, zahlt aber keinen Cent in die Rentenkasse. Die Abgeordneten genehmigen sich dieses Jahr eine Diätenerhöhung um 770 Euro. Das ist mehr, als die durchschnittliche Rente beträgt! Dass in ganz Europa die Altersarmut zu-

nimmt, ist nicht Folge der demografischen Entwicklung, sondern der Umverteilung von unten nach oben, wie es mit den Lissabonner Verträgen, der Grundlage der Agenda 2010, auch beabsichtigt war.

In Griechenland gab es vor Ostern einen Generalstreik gegen Rentenkürzung, allein in Athen demonstrierten über 100.000 Menschen. Es ist Zeit, auch hierzulande massenhaft auf die Straße zu gehen: Rentner, kommt zur Montagsdemo! Die Krise der SPD ist symptomatisch für das Scheitern der Lebenslüge von der „sozialen Marktwirtschaft“ und des „menschlichen Kapitalismus“ – dieser offenbart immer mehr sein wahres Gesicht einer Bestie! Ein System, das weder der Jugend eine Perspektive noch den Alten einen gesicherten Lebensabend bietet, gehört abgeschafft – weltweit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das Wurstbrot wird abgezogen: Jobcenter fordert Rückzahlung von 12 Cent für Krankenhausaufenthalt vor einem Jahr *(„Stern“)*

Die steuerfinanzierte Beschäftigung wird in die Wirtschaft getragen

1. Die (geplante) „**Rentenerhöhung**“ bringt es wieder an den Tag, welche Politik bei der Weitergabe von umfassenden Informationen betrieben wird. Bisher hieß es: „Die Rentenerhöhung von 1,1 Prozent erfolgt aufgrund einer Gesetzesinitiative von Frau Merkel, wodurch der Riester-Faktor für zwei Jahre ausgesetzt wird. Die Rentenkasse hat genug Liquidität.“ Jetzt erfahren wir: Die Kürzung des Riester-Faktors wurde nicht aufgehoben, sondern nur verschoben und 2012 und 2013 nachgeholt.

Die Mehrausgaben für den Bundeshaushalt betragen bis 2011 circa 2,9 Milliarden Euro. Dies bringt den Haushalt von Peer Steinbrück „durcheinander“! Der Arbeitsminister will die Schwankungsreserve der Rentenversicherung aufstocken; dadurch wird der Beitragssatz erst 2014 sinken. Dies sind alles keine kleinen Beträge! Aber was sind sie gegen die Lebensleistung unserer Rentner?

Auch eine Rentenerhöhung von 1,1 Prozent mit der Beitragserhöhung für die Pflegeversicherung im Nacken ist kein Ausgleich für den Kaufkraftverlust der Rentner. In den Informationen fehlt mir nach wie vor eine Aussage zu den Ein-Euro-Arbeitsverhältnissen. Wie wurden diese bei der Bruttolohnentwicklung be-

rücksichtigt? Was ist mit den Aufstockungsbeträgen zum ALG II – wie wurden sie dabei erfasst? Ich glaube, Frau Merkel wollte dem Zorn der Rentner vorbeugen. Ist ihr das gelungen? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Wie einfach Geld verbrannt wird, ergibt sich aus der **Finanzkrise**. Mit 90 Milliarden Euro sind die Deutschen Banken im Risiko, so die neueste Schätzung. Wenn Herr Steinbrück die nächsten Banken so wie die IKB „rettet“, sind dies 90 Milliarden Euro zulasten des Steuerzahlers. Täglich kommen in neuen Hochrechnungen oder Schätzungen weitere Details an die Öffentlichkeit, aber es gibt nach wie vor keine Offenheit. Die Notenpressen laufen auf Hochdruck, in allen führenden Industrieländern. Die Banken verleihen nach wie vor kein Geld an Banken.

Wir erfahren: Das Loch bei der Bayern-LB wird größer, es hat sich auf vier Milliarden Euro verdoppelt, und sie hat Risikopapiere im Wert von 32 Milliarden. Die IKB bekommt eine Eigenkapitalaufstockung. Die US-Notenbank kauft die Risikopapiere zum Nennwert, um die Banken zu stützen; sie hat den letzten Bankaufkauf mit einer Risikobürgschaft über 30 Milliarden Euro unterstützt und dadurch erst ermöglicht, trotz des Schnäppchenpreises. Die US-Notenbank hat somit den Willen, alles zu akzeptieren und mit Steuergeldern auszugleichen – Hauptsache, die Banken oder ihre Fassaden bleiben erhalten.

Peer Steinbrück und alle anderen EU-Staaten werden dies unterstützen. Inzwischen ist auch die „erste“ Bilanzfälschung aufgedeckt worden: Bei der betroffenen Bank haben die Mitarbeiter für 2007 eine Jahresabschlussprämie erhalten, doch jetzt ist klar, dass die Zahlen geschönt wurden. Die nun anstehende Wertberichtigung gefährdet die Existenz der Bank. Dazu gab es im „Weser-Kurier“ einen kleinen Artikel ohne Aussage über die Folgen für die Verantwortlichen. Wird Bilanzfälschung in diesen Kreisen zum Kavaliersdelikt?

Die Banken in den USA reagieren mit Personalabbau, die West-LB und andere ebenfalls. Von Prämienrückzahlung oder Regressansprüchen gegen die verantwortlichen Vorstände ist keine Rede! Die Politiker in den Aufsichtsräten haben nichts gesehen – es wurde nichts vorgelegt – und nichts gewusst! Stattdessen wird gemeinsam versucht, das Risiko kleinzureden. Zugegeben wurden bisher 300 Milliarden Euro.

Wenn mensch die Bayern-LB mit einer Wertberichtigung von vier Milliarden bei einem Risikobestand von 32 Milliarden zugrunde legt, so beträgt der mögliche Verlust das Achtfache! Erst dann wären die Papiere zu 100 Prozent wertberichtigt. Wenn die anderen Banken genauso vorgegangen sind, bedeutet dies 300 Milliarden Euro mal acht gleich 2,4 Billiarden Euro Wertberichtigung bei 100 Prozent weltweit. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2008 lautet über 283,2 Milliarden Euro! Dafür sollten die Banken ihren Risikostrukturfonds einsetzen und diesen entsprechend auffüllen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Wenn nächste Woche der Bremer Haushalt verabschiedet wird, dann wird klar: Sozial ist er nicht. Das Geld aus Berlin und von der EU war vorher normales Steueraufkommen. Doch einer aus Bremen wird um die Welt ziehen: **Willi Lemke** wurde von der Uno berufen. Unser Außenminister hat ihn persönlich in New York angepriesen und auf die Mitgift hingewiesen: Deutschland zahlt zusätzlich 450.000 Euro jährlich. Mit dem Geld sollen unter anderem Büros in Genf und New York bezahlt werden. Deutschland zahlt zusätzlich 90.000 Euro jährlich für einen Verbindungsmenschen in New York. Herr Lemke will aber in Bremen residieren. Er behält auch sein Bürgerschaftsmandat. Die Übergangsbezüge als Ex-Senator, die Abgeordneten-Bezüge und die Vergütung für die neue Tätigkeit werden eine größere „Brieftasche“ erfordern.

Wer wollte Willi loswerden? Und wie geht Herr Lemke mit dieser „alten“ Angelegenheit um? Ich hoffe, er macht einen „guten Job“. Der Wert einer verlässlichen Bildung wird ihm sicher bewusster werden! Aber Pelé wäre mir persönlich lieber gewesen, damit ein Mensch aus einem Entwicklungsland seine Erfahrung einbringen kann. So werden wir nie eine Welt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die „Georg-Elser-Initiative“, der ich angehöre, fühlt sich dem antifaschistischen Erbe des Widerstandskämpfers Georg Elser besonders verbunden. Wir haben im April 2007 die Veranstaltung „Gewalt auf Demonstrationen – Ursachen der Eskalation“ durchgeführt. Aktuell haben wir einen Offenen Brief an Frau Doktor Däubler-Gmelin als Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte des Deutschen Bundestages geschrieben und zugestellt.

Auf den Offenen Brief vom 9. März 2008 „Protest beim Senator für Inneres Willi Lemke gegen die Beobachtung des Menschenrechtlers Doktor Rolf Gössner durch den Verfassungsschutz“ haben wir bisher keine Antwort erhalten. Die Besorgnis über das Verhalten der Polizei auf Demonstrationen ist auch dem Offenen Brief der Lübecker Bürger zu entnehmen.

Der Dienstherr schuldet den anständigen Polizisten eine sichtbare Kennzeichnung an der Uniform! Als ich Jugendlicher war, hatten die Polizisten keine Namensschilder. Jetzt schaffen diese Schilder Vertrauen. Die Nichtkennzeichnung verantwortet das politische Personal, den Einsatzbefehl ebenfalls! Gibt es da eine Wechselwirkung?

Polizeiübergriffe werden registriert von „Amnesty International“, Sektionskogruppe Polizei, Wahmstraße 43-45, 23552 Lübeck, Telefon 0451-707 2043, E-Mail Info(at)Amnesty-Polizei.de.

Die Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet einen einwandfreien Dienst. Hat das politische Personal Befürchtungen, dass bei Identifizierung der Beamt(inn)en die Übergriffe bis zum Einsatzbefehl zurückverfolgt werden können und die Mauer des Schweigens sich in diese Richtung öffnet? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Vor fünf Jahren wurde die **Agenda 2010** ersonnen. Herr Beck steht immer noch dazu. Die sogenannten Reformen wurden im Lissabonner Vertrag vereinbart und von Peter Hartz an die Besonderheiten in Deutschland angepasst. Er gab seinen „guten Namen“ für die Hartz-Gesetze. Weil die Kassen leer waren, wurden die Leistungen an die Erwerbslosen zusammengestrichen. Aus Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurde das ALG II. Dank der Neuregelung hat Bremen allein im Jahr 2005 60 Millionen Euro eingespart.

Bei Verdi ist die Entwicklung genau nachzuverfolgen: Erst werden die Unternehmenssteuern gesenkt, dann die Beteiligungsverkäufe von jeglicher Steuer befreit, und schließlich sind die Kassen leer, weil die Einnahmen verringert wurden. So beginnt die Umsetzung des Lissabonner Vertrags, ohne dass die Bürger Deutschlands zugestimmt hätten!

Der Misserfolg der Agenda 2010 besteht in der gesunkenen Kaufkraft, der Entlassungswelle der Konzerne, der leeren Kassen dank der nicht erhobenen Steuern und der gefälschten Statistik, in der jetzt auch die geringfügigen Arbeitsverhältnisse mitgezählt werden, um die gesunkene Zahl von Vollzeitstellen zu überdecken. In dieser Statistik werden jetzt nur noch bestimmte Arbeitslose ausgewiesen und so die gestiegene Arbeitslosigkeit verschleiert. Durch immer mehr Weglassungen wird diese Statistik zur gewünschten Aussage geformt.

Der Regelsatz für das ALG II wurde unredlich, nämlich nach Kassenlage ermittelt. Das Gesetz Hartz IV wurde verabschiedet, bevor der Regelsatz festgelegt wurde. Die Rentner wurden mit der gleichen Formel von jeglicher Rentenerhöhung abgekoppelt; dazu tragen auch die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse bei. Mit voll geförderten Arbeitsverhältnissen wird ein guter Beschäftigungsmarkt für ältere Arbeitslose vorgetäuscht, mit 100 Prozent Steuergeld!

Mit voll geförderten Arbeitsverhältnissen für jeden Langzeitarbeitslosen ohne Bindung an die Gemeinnützigkeit wird die steuerfinanzierte Beschäftigung in die Wirtschaft getragen. Dadurch wird sich der Bestand an normaler Beschäftigung dynamisieren: abwärts! Außerdem werden alle Sozialversicherungssysteme langfristig auf Privatisierung getrimmt. Positives hat die Agenda 2010 nur für die Konzerne bewirkt. Sie haben ja auch die Vorlagen zu den Hartz-Gesetzen mitgestaltet.

Aber die SPD hat keine Krise, so ihr Bremer Fraktionsvorsitzender Carsten Sieling. Er hat recht: Die SPD *ist* die Krise! Da wollte einer nah am Bürger sein, es gab Einladungen aus Berlin, leere Stühle in Bremen. Nah am Bürger – wie wäre es mit einem Praktikum auf der Montagsdemo oder der Teilnahme an der **Großdemo in Berlin am 8. November 2008**?

Die Klimalaunen werden härter und unberechenbarer, haben die Wissenschaftler jetzt in Hamburg festgestellt. Die Demos werden größer, lauter und unberechenbarer, haben die Strategen in Lissabon festgestellt. Ihre Reaktion: Verbindungsdatenspeicherung, Abhören, Abbau weiterer Grundrechte. Krisenlagezentren werden der Bundeswehr unterstellt. Die Bundespolizei wird umstrukturiert und erhält eine andere Ausrüstung, ausdrücklich zum Einsatz bei Großdemos.

Wir bieten zum Üben des friedlichen Miteinanders am 8. 11. 2008 unsere Großdemo in Berlin. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Bei der Gesundheitsreform hat jetzt sogar der Wissenschaftliche Beirat die Nase voll und seine Mitarbeit eingestellt. Die Bundesregierung muss erhebliche Beitragssteigerungen für den **Krankenversicherungsschutz** verantworten! Bei der Pflegereform gibt es wieder einige positive Brocken für die privaten Pflegekassen und die Arbeitgeber. Demenzkranke erhalten jetzt 200 Euro monatlich aus der Pflegeversicherung, was völlig unzureichend ist. Der Gesetzgeber will damit Gerichtsentscheidungen zuvorkommen.

Seit 1. April 2007 besteht für alle Menschen die Verpflichtung, eine Versicherung gegen Krankheit abzuschließen. Die gesetzlichen Krankenkassen wurden verpflichtet, ausgetretene Versicherte wieder aufzunehmen. Dieses Gesetz ist parodox, denn es widerspricht der vielgepriesenen Eigenverantwortung des Bürgers. Nur konnten sich immer mehr Menschen keine Krankenversicherung mehr leisten, und wer sich wieder eine leisten konnte, durfte nur selten in die gesetzliche zurück. Die Sozialämter und Argen mussten vermehrt Beiträge zu den privaten Krankenversicherungen sowie Krankheitskosten für nicht versicherte Menschen übernehmen, daher diese Kehrtwendung des Gesetzgebers.

Viele Neu- und Wiedermitglieder sind den Krankenkassenbeitrag schuldig geblieben: Sie haben nicht bezahlt, sie haben kein Geld. Manche Forderung steht auch als unbezahlt in den Büchern, weil die Kasse sich weigert, kulant zu entscheiden. Eine Familienversicherung gibt es auf Antrag und kostenlos, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen verweigern manche Unternehmen die Familienversicherung, weil der Antrag nicht oder nicht rechtzeitig gestellt wurde!

Dagegen kann mensch sich wehren. Die Bezahlung akuter Behandlungen müssen die Kassen trotz Beitragsrückstandes übernehmen. Daher gilt es, von der Krankenkasse eine Mitgliedsbestätigung mit diesem Sachverhalt zu verlangen und notfalls zu erklagen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Eine Familienversicherung hilft auch, wenn die Arge eine vollständige Leistungssperre verhängt. Nur Eile ist geboten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Nein zum rot-grünen Kürzungshaushalt!

Ein lebenswertes Bremen braucht mehr Geld! Wir rufen auf zu Protesten gegen den Haushaltsentwurf der bremischen Landesregierung. Nach zwölf Jahren Großer Koalition erwarten die Beschäftigten und die sozialen Initiativen einen Politikwechsel im Land Bremen. Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung hat die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in den Stadtteilen, die Verbesserung der Stellung der Beschäftigten und eine zukunftsorientierte Bildungspolitik versprochen. Der Entwurf für den Haushalt 2008/2009, der am 8. bis 10. April beschlossen werden soll, schreibt jedoch in weiten Teilen die Haushaltspolitik der Großen Koalition fort: Der Personalabbau im öffentlichen Dienst geht weiter, die Mittel für Beschäftigungspolitik werden reduziert, die Kürzungspolitik im Schul- und Hochschulbereich wird fortgesetzt, Zwangsumzüge und Ein-Euro-Jobs werden *nicht* abgeschafft.

Armutsbekämpfung und Überwindung der sozialen Spaltung sowie aufgabengerechte Personalausstattung und Bezahlung im öffentlichen Dienst gehören zusammen! Die durch Agenda 2010 und Hartz IV hervorgerufene Verarmung der Menschen ganzer Stadtteile wird durch den vorliegenden Haushalt verfestigt. Soziale Dienste, Ämter, Kitas, Schulen und Polizei sind unterfinanziert und überlastet. Weiterhin werden die öffentlich Beschäftigten und die benachteiligten Stadtteile zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Durch die Verschiebung der Besoldungsanpassung werden den Beamten 20 Millionen Euro vorenthalten. Die Kürzungen bei „Wohnen in Nachbarschaften“ werden nur scheinbar zurückgenommen: In Wahrheit werden andere Stadtteilmittel stattdessen gekürzt.

Diese Politik wird den Anforderungen nicht gerecht. Wir fordern vom rot-grünen Senat einen Bruch mit der Kürzungspolitik der Großen Koalition: Keine weiteren Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst! Mehr Landesmittel für armutsfeste öffentliche Beschäftigung! Weg mit den Ein-Euro-Jobs! Rücknahme der Kürzungen bei Hochschulen (HGP V) und im gesamten Bildungsbereich! Angleichung der Beamtenbezüge an die Gehaltserhöhung der Angestellten zum 1. Januar 2008! Übernahme der tatsächlichen Miet- und Heizkosten der Hartz-IV-Haushalte! Keine Zwangsumzüge! Ausreichende Finanzierung von sozialen und kulturellen Initiativen und Einrichtungen! Entschlossene Schritte zur Bekämpfung von Armut und Perspektivlosigkeit in den sozial benachteiligten Stadtteilen!

Bremen braucht endlich eine zukunfts- und beschäftigungsorientierte Politik! Im Gegensatz zu den Reichen und Investoren, die sich über ein Jahrzehnt sprudelnder Subventionen und Gewinne freuen durften, wurde an den Beschäftigten und Arbeitslosen, Rentner(inne)n und Migrant(inn)en, sozialen und kulturellen Initiativen, Kindern und Jugendlichen, Schulen und Hochschulen systematisch gespart. Es wird Zeit, dieses Verhältnis umzukehren – bei uns ist nichts mehr zu ho-

len! Kommt zur **Kundgebung** am **9. April 2008** um **9:30 Uhr** vor der **Bürgerschaft**! Wir unterstützen die dort gleichzeitig stattfindenden Aktionen des Gesamtpersonalrats und laden ein zum Folgetreffen am 14. April um 19 Uhr im Paradox, Bernhardstraße 12.

Flugblatt von Wilfried Schartenberg („Die Linke“)

Wie wollen wir leben und arbeiten?

Am 28. Februar 2008 fand eine Veranstaltung der „Blauen Karawane“ im Speicher XI unter dem Titel „Trialog Publikum/Ein-Euro-Jobber/Politik“ statt. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde das Thema „Realität und Vision – Wie wollen wir leben und arbeiten?“ behandelt.

Viele wünschten sich Erwerbstätigkeit und Privatleben zu gleichen Teilen, genügend Einkommen, befriedigende Arbeit, die weitgehend selbstbestimmt ist, sinnlich, solidarisch, kreativ, menschlich, würdevoll, mit ausreichend „Knete“. Jede Arbeit soll so gewertet werden, dass man alt werden kann ohne Angst vor Hunger und der Bedrohung, ausgeschlossen zu sein. Dafür muss man die Steuern erhöhen und umverteilen, öffentliche Dienstleistungen finanzieren, mehr bezahlte Jobs in sozialem Frieden und in Freiheit schaffen, dazu ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, die es brauchen!

Gefordert wird: Kein Zwang von der Arge, kein Ärger mit Ämtern! Sinnvolle, gut bezahlte Arbeit! Einen Job mit Spaß möchte ich zum Leben, keine Ein-Euro-Beschäftigung, keine Ausgrenzung! Ein selbstbestimmtes Leben, ermöglicht durch ein bedingungsloses Grundgehalt, auch bei Behinderung, ein Minderleistungsausgleich, Unterstützung am Arbeitsplatz, regulär bezahlt, ein Leben ohne Lügen der Medien! Wir müssen Transparenz erkämpfen, damit nicht alles ein Selbstbetrug bleibt, Arbeit und Reichtum gerecht verteilen!

Wir wollen leben in sozialen Zusammenhängen und Nachbarschaften, selbstbestimmt sinnvoll arbeiten, ohne formale Hierarchie und sinnlose Tätigkeiten, miteinander arbeiten, voneinander lernen, unabhängig, aber gemeinsam, frei von der Notwendigkeit zur Lohnarbeit, schuldenfrei leben! Nicht von irgendwelchen Werkstätten wie dem „Martinshof“ abhängig sein, Kreativität und sozialpolitisches Engagement bezahlt bekommen, ausreichend! Nicht so schnell arbeiten müssen, damit es nicht so viel Stress gibt! Ökologisch, glücklich arbeiten in Lebensfreude, arbeiten und leben in einer Gemeinschaft, die sich nicht durch Profit und ausgrenzende Konkurrenz definiert! Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ein solida-

rischen Miteinander ohne Zwangsarbeit! Ich möchte menschenwürdig leben und mit meinem erlernten Beruf so viel Geld verdienen, dass ich mir das ermöglichen und vor allem am kulturellen Leben teilnehmen kann!

Aus all diesen Wünschen und Forderungen ist herauszuhören, dass die Menschen in einer Gesellschaft leben möchten, in der Arbeit und Reichtum gerecht verteilt sind. Die Arbeitswelt soll nicht fremdbestimmt sein, die Natur nicht ausgebeutet werden! Wir wollen durch die öffentlichen und privaten Medien nicht permanent belogen werden. Wir wünschen uns eine Welt, in der es keine Aufrüstung und Kriege gibt, nicht durch Konkurrenz Leistungsdruck erzeugt wird und Menschen ausgegrenzt werden.

Für uns alle stellt sich die Frage: Wie kann ein Kapitalismus überwunden werden, der zur Religion erklärt wird und durch „ökonomische Sachzwänge“ dafür sorgt, dass 50 Millionen Menschen jährlich verhungern und imperialistische Kriege um Rohstoffe geführt werden? In den Medien treten ehemalige „68er“ auf und behaupten, es gehöre kein Widerstand gegen das Unrecht organisiert, das dieses kapitalistische System verursacht. Da stellt sich die Frage, ob sie vergessen haben, dass die herrschende Klasse, die eine Minderheit darstellt, einen Klassenkampf von oben gegen uns führt, mit „Reformen“, die Reformlügen sind, und uns verarmen lassen? Einige ehemalige „68er“ wie Herr Schröder lassen sich gut bezahlen vom Kapital, um dessen Interessen zu vertreten. Das sind die „68er“, die ihre ursprünglichen Ziele verraten haben!

Bettina Fenzel (parteilos)

Wir praktizieren Demokratie, die Herrschenden Zynismus und Menschenverachtung

Endlich ist wieder Sommerzeit und die Montagsdemo in vollem Tageslicht! Die 175. fand zwischen einer Tibet-Kundgebung, Schulklassen und Stadtbesuchern statt. Mehrere Beiträge kamen zur Rentenerhöhung und dem jahrzehntealten Betrug aller Regierenden seit Adenauer. Außerdem wählten wir heute unsere Delegierten für die bundesweite Konferenz in Kassel am 19. April 2008, und wir gaben unsere Zustimmung für die Kandidatur zweier Aktivisten für Koordinierungsgruppe und Revisionskommission.

Die Zornesröte kommt einem immer wieder, wenn von Stromabschaltungen und Gasabschaltungen, hervorgerufen durch die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit der Bagis, berichtet wird. Wenn bei der Arbeitsvermittlung jetzt schon Fragebögen in Umlauf sind, auf denen gefragt wird, ob man Drogen nehme oder verschuldet

sei, dann ist man geladen für den ganzen Tag! Am Ende waren wir wieder über 50 Zuhörer. So kann es weitergehen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

176. Bremer Montagsdemo am 07. 04. 2008

Zukunftsangst im besten Alter

Da haben wir sie wieder, die Rentenfrage! In einer Diskussion lautete der allgemeine Tenor: „Wir wissen ja gar nicht, ob wir noch einmal Rente bekommen." – „So, und damit findet ihr euch ab?", fragte ich. – „Was bleibt uns denn anderes übrig?" – „Na zumindest, dass ihr euch wehrt und dass ihr selber vorsorgt." Da hatte ich den Nagel auf den Kopf getroffen! – „Wovon sollen wir denn vorsorgen?", fragten sie mich. Wohlgemerkt, das waren Leute um die 40! Ich fragte nur: „Wann geht ihr denn in Rente?" – „In 20 bis 25 Jahren", lautete die Antwort. – „Und dann wisst ihr heute schon, dass ihr keine Rente mehr bekommen werdet?" – „Ja, wenn das so weitergeht, kriegen wir nur eine ganz kleine Rente!" – „Soso, wie kommt ihr denn darauf?" – „Die Löhne sind doch viel zu niedrig, aber die Preise und die Steuern zu hoch! Wovon sollen wir da vorsorgen?"

Kommt euch das nicht bekannt vor? Das sagen wir Leute von der Montagsdemo doch jede Woche – und noch vieles mehr, was nicht in Ordnung ist! Aber was glaubt ihr wohl, was ich zu hören bekam? – „Die Montagsdemo kann doch sowieso nichts ausrichten und nichts ändern! Wer da hingeht, sollte lieber arbeiten, statt zu demonstrieren." – „Moment mal", rief ich, „habt ihr euch nicht gerade darüber beschwert, dass die Löhne nicht ausreichen und die Preise und Steuern zu hoch sind?" – Kleinlaut gaben sie zu: „Das stimmt auch wieder." – „Und wer wehrt sich denn dagegen, na?" – „Viel zu wenige", war die Antwort. – „Richtig, und das ist der Grund, warum ihr Angst habt, dass ihr nur eine kleine Rente bekommt, denn ihr schimpft auch noch auf diejenigen, die euch unterstützen und sich wehren! Wir demonstrieren aber nicht nur für uns, sondern auch für euch. Wir sind diejenigen, die mit Kritik dafür sorgen, dass auch eure Renten wieder steigen werden! Denn zu lange haben die anderen nur zugeschaut. Wenn ihr mir nicht glauben wollt, befasst euch doch mal mit der Geschichte: Nur der Widerstand hat uns zu unseren Rechten und Errungenschaften verholfen, und die Wirtschaft ist dabei gar nicht so schlecht gefahren! Wenn ihr aber so weitermacht mit

eurer passiven Einstellung, dann sehe ich wirklich schwarz für eure Rente und auch für die Demokratie! Na, hat es jetzt klick gemacht?“

Udo Riedel (parteilos)

Entrechtung: Sicherheitsdienst verweigert Begleitpersonen Zutritt zur Bonner Arge *(„Erwerbslosenforum“)*

So läuft das im Staat der Konzerne

Was wir schon immer geahnt haben, bestätigt und kritisiert jetzt der Bundesrechnungshof in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages: „Berater“ aus den Konzernen regieren kräftig mit! Sie bestimmen, was in den Gesetzen zu stehen hat und was nicht. Zum Mitschreiben an Gesetzen und Richtlinien entsenden sie eigens ihre Lobbyisten, die sich als ihre Beauftragten in den Ministerien einnisten und dafür auch noch üppig bezahlt werden. Die „Tageszeitung“ schrieb am 4. April 2008, dass ein Bundesministerium die Stellungnahme zur Einführung eines neuen EU-Kontrollsystems von einem „Mitarbeiter“ erstellen ließ, der angeblich auf der Gehaltsliste eines Großunternehmens der zu kontrollierenden Branche stand.

Etwa 100 „Berater“ aus der Industrie und deren Interessenverbänden sollen demnach von 2004 bis 2006 in den höchsten Bundesbehörden tätig gewesen sein. Andere Quellen wie „NDR-Info“ sprechen sogar von über 300 zeitweilig dort beschäftigten Personen. Für Einflussnahmen auf Gesetzesvorlagen und Regierungsentscheidungen werden also weder Kosten noch Mühen gescheut und viel Geld locker gemacht! Doch seit wann zahlt der Kapitalist dies aus eigener Tasche? Nein, dafür greift er lieber tief in die Taschen seiner abhängig Beschäftigen und der Bevölkerung, die dies alles mit Lohn- und Gehaltseinbußen, verlängerten Arbeitszeiten und unverschämter Preistreiberei zu bezahlen haben. Und natürlich mit massenhaften Entlassungen!

Dass Beraterfirmen wie McKinsey oder Roland Berger zum Beispiel an den Hartz-Gesetzen mitgeschneidert haben und dies alles von uns Steuerzahlern bezahlt wurde, haben wir den Herrn Schröder, Clement und Müntefering zu verdanken. Welche erlauchten Namen in der 15-köpfigen, gut sortierten und hoch dotieren Hartz-Kommission auftauchten, ist schon recht spannend: Jobst Fiedler von der Beraterfirma Roland Berger war ebenso dabei wie Peter Kraljic von McKinsey. Die bundesdeutschen Großkonzerne waren durch Norbert Bensel von Daimler-

Chrysler und der Deutschen Bahn AG, Eggert Voscherau von BASF sowie Heinz Fischer von der Deutschen Bank vertreten.

Als hochrangiger „Berater“ aus dem Dunstkreis der Unternehmer war auch Hans-Eberhard Schleyer vom „Zentralverband des deutschen Handwerks“ dabei. Ferner fanden sich auf der Teilnehmerliste die Namen von Werner Jann von der Universität Potsdam, Günter Schmid vom „Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung“, Harald Schartau vom Sozialministerium Nordrhein-Westfalen und Wilhelm Schicker vom Landesarbeitsamt Hessen. Besonders beschämend: Peter Gasse von der IG Metall und Isolde Kunkel-Weber von Verdi waren ebenfalls mit von der bösen Partie! Letztere übrigens als einzige weibliche Mittäterin in diesem kriminellen Männer-Komplott.

Die Gewerkschaften, Kirchen sowie die Wohlfahrts- und Sozialverbände, die jetzt so prächtig von den staatsfinanzierten Ein-Euro-Jobs profitieren, bleiben aufgefordert, mit uns gemeinsam gegen die fortgesetzte Entrechtung und Grundwertevernichtung zu kämpfen! Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, und dafür stehen wir bekanntlich jeden Montag hier: Die verbrecherischen Hartz-Gesetze müssen weg!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Willkür: Regierung bestimmt Existenzminimum nach Kassenlage *(„Die Zeit“)*

Zur „Tafel“ mit dem alten „Kassler“!

1. Das reiche Deutschland stellt sich mal wieder selbst ein Armutszeugnis aus: Die Zahl der „**Tafeln**“ steigt unaufhörlich an. Die erste „Tafel“ in Deutschland wurde 1993 in Berlin gegründet. Ab diesem Zeitpunkt ist ein wahrer Boom ausgebrochen: Bis 2004 wurden rund 400 derartige Einrichtungen geschaffen, die sich nach Einführung von Hartz IV – als staatlich verordneter Armut – beinahe verdoppelt haben. Im November 2007 erreichten sie ihren bisherigen Höchststand von 750.

Mittlerweile haben die 191 deutschen Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern zu fast 90 Prozent eigene „Tafeln“. Bis auf zwei sind alle 83 Großstädte „Tafel-Standorte“. Im Vergleich zur Umfrage 2005 fällt auf, dass besonders viele dieser Einrichtungen in kleineren Städten neu aus der Taufe gehoben wurden: Besaßen 2005 Städte mit 20 bis 50.000 Einwohnern zu rund 36 Prozent eine „Tafel“, sind es heute 50 Prozent. In den Städten mit 10 bis 20.000 Einwohnern stieg die „Tafel-Quote“ von 15 auf 22 Prozent an.

Versorgten die „Tafeln“ im Jahr 2005 noch rund 500.000 Menschen regelmäßig einmal pro Woche mit Lebensmitteln, so sind es inzwischen circa 700.000 bedürftige Personen. Das entspricht einem Zuwachs von 40 Prozent. Der tatsächliche Bedarf ist jedoch noch deutlich höher: Bekämen die „Tafeln“ der Nachfrage entsprechende Mengen an Lebensmitteln gespendet, könnten sie weitere 200.000 Menschen versorgen. Zahlreiche dieser Einrichtungen müssen wegen des großen Andrangs mangels Lebensmitteln einen Aufnahmestopp verhängen. Die Zahl der Bedürftigen, die sich über „Tafeln“ ergänzend versorgen könnten, beträgt mittlerweile etwa zwei Millionen Menschen.

Schleichende Prozesse entziehen sich in der Regel der Aufmerksamkeit des Bürgers. Aber einer Gruppe dürfte diese Entwicklung nicht entgangen sein: unseren Bundestagsabgeordneten. Die Politik in unserem Land hat maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen! Und ein Ende ist nicht abzusehen. Sollte der EU-Reformvertrag ratifiziert werden, wird das Tempo dieser Entwicklung rasanter werden und Bevölkerungsgruppen erreichen, die schon heute Ängste vor dem sozialen Abstieg in sich tragen.

2. Viele Patienten haben es geahnt – nun gibt es einen wissenschaftlichen Beleg: **Kassenpatienten** müssen im Durchschnitt dreimal so lange auf einen Termin beim Facharzt warten wie privat Versicherte. Das ermittelten Wissenschaftler der Uni Köln, die im Frühjahr 2006 zu insgesamt 189 niedergelassen Fachärzten im Raum Köln/Bonn/Leverkusen Kontakt aufnahmen. Die Tester gaben sich telefonisch entweder als Kassen- oder Privatpatienten zu erkennen. Sie baten um Termine für verschiedene Untersuchungen wie Allergietest, Magenspiegelung oder Magnetresonanztomographie des Knies. Egal um welche Untersuchung es sich handelte, die Privatpatienten wurden eindeutig bevorzugt.

Nicht nur der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach mutmaßt, dass Privatpatienten neben einem früheren Termin auch eine bessere ärztliche Versorgung erhielten als Kassenpatienten. Schließlich verdienen die Ärzte bei der Behandlung eines Privatpatienten deutlich mehr als bei der Behandlung gesetzlich Versicherter. Steigerungen sind da leider keine Grenzen gesetzt! Dies selbstverständlich immer nur auf Kosten der Kassenpatienten, zum Nachteil der Schwachen, der Ausgegrenzten, momentan oder dauerhaft nicht mehr Verwertbaren. Außerdem sind die Leistungen für Kassenpatienten budgetiert, aber für Privatversicherte nicht.

Schon im Wartezimmer zeigt sich, wie es läuft: Die „Privaten“ sind circa eine Stunde drinnen, die mit der Zusatzversicherung etwa 20 bis 30 Minuten. Für die Kassenpatienten – Kassler genannt – bleibt dann nur noch wenig Zeit für die ärztliche Zuwendung: Sie dürfen dafür bereits nach fünf Minuten das Sprechzimmer wieder verlassen. Geld regiert eben die Welt! Ich finde es ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass immerhin 90 Prozent der Bevölkerung Kassenpatienten sind,

die auf diese Weise gegenüber den nur zehn Prozent der Privatversicherten das Nachsehen haben!

3. Letzte Woche Donnerstag hat der Europäische Gerichtshof durch ein verheerendes Urteil das niedersächsische „Landesvergabegesetz“ mit einem Federstrich zunichte gemacht. Dort war eine Auftragsvergabe daran geknüpft, dass auftragnehmende Unternehmen übliche **Tariflöhne** zahlen. Die Bindung sei nicht gerechtfertigt und verstoße gegen europäisches Recht, erklärten die Richter. Der EuGH widerspricht damit nicht zuletzt der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses hatte 2006 am Beispiel des Berliner „Vergabegesetzes“ unter anderem festgestellt, dass gesetzliche Regelungen zur Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen „Gemeinwohlzielen von überragender Bedeutung“ dienten. Der Europäische Gerichtshof richtet sich damit auch gegen gesetzliche Tariftreueklauseln in Berlin, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein.

Auch die Verknüpfung von Auftragsvergabe und Frauenförderung ist in Frage gestellt. Gerade Berlin muss jetzt schnellstens eine Bundesratsinitiative starten, damit dieses Urteil nicht zur Liquidierung der über viele Jahre erkämpften Fortschritte führt, sonst werden sowohl das Streikrecht als auch soziale Rechte wie das Arbeitsrecht für nicht so wichtig erklärt wie die EU-Bestimmungen zur Freizügigkeit und zur Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit. Der Lissabonner Vertrag und der EU-Reformvertrag sind auf dem besten Wege dazu, das Grundgesetz mehr und mehr auszuhöhlen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich dem gefälligst zu beugen!

Nach diesem Urteil darf bei öffentlichen Aufträgen nicht mehr von den Unternehmen verlangt werden, das in den Tarifverträgen der Branche vereinbarte Arbeitsentgelt am Ort der Leistungserbringung zu zahlen. Durch die gleichzeitige Festlegung der Verpflichtung zu europaweiten Ausschreibungen öffentlicher Aufträge wird die Tarifflucht von Unternehmen gefördert. In Frage gestellt ist auch die regionale Wirtschaftsförderung – vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Es zeigt sich mal wieder eklatant, wie recht die Kritiker mit ihren Befürchtungen hatten, dass ein Zusammenwachsen Europas nach dem Lissabonner Vertrag ausschließlich der Gewinnmaximierung der Unternehmer dienen soll, wobei gleichzeitig jegliche Sozialstaatlichkeit an die Wand gefahren und ein Raubtierkapitalismus der schlimmsten Art eingeläutet wird!

Nach diesem Skandalurteil des Europäischen Gerichtshofs können die Arbeitnehmerrechte nur noch gerettet werden, wenn der Bundestag die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon sofort aussetzt! Sonst führt solch eine menschenverachtende Politik nur dazu, dass die in den letzten 150 Jahren erkämpften Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der Keule des neoliberalen, ach so freien Marktzugangs zerstört werden. Umso wichtiger wird jetzt der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem es sich anständig leben lässt! Vielleicht ist diese neoliberale Vorgabe zu umgehen, wenn in Ausschreibungen Er-

fahrung und Fachlichkeit verlangt wird. Im europaweiten Wettbewerb hätten heimische Firmen keine Chance, da sich ausländische Firmen künftig nicht mehr an Lohn-Untergrenzen halten müssen, wenn sie im Auftrag des Staates auf Baustellen tätig werden.

4. Im aktuellen „Stern-online“ ist über drei Seiten verteilt zu lesen, dass Hartz IV nichts vereinfacht und nur zu einer wahren **Klageflut** führt. Diese Information ist so weit in Ordnung. Aber muss das Ganze auch noch „Abgesoffen“ heißen? Die Assoziation liegt nahe, das Etikett betreffe eher die ALG-II-Empfänger als dieses menschenverachtende Gesetz. Die genannten Beispiele lassen einer die Haare zu Berge stehen! Laut Bericht ziehen Hartz-IV-Empfänger vor Gericht, weil ihnen 6,53 Euro zu wenig ausgezahlt würden. Menschenskind, als ob es um popelige 6,53 Euro ginge – es geht meist um Hunderte von Euros: wegen Nichtübernahme der Miete oder unberechtigter Kürzungen!

Nicht wegen ein paar lumpiger Euros wird geklagt, gar weil es nur ums Prinzip ginge oder jemand angeblich freiwillig käme, zur Kontaktaufnahme. Nein, niemand lässt sich freiwillig auf diese Verfolgungsbetreuung ein! Es geht, verdammt, allzu oft um die materielle Existenz: ob die Miete nicht bezahlt wird und jemand deswegen die Wohnung verliert, ob Strom oder Wasser abgestellt werden oder ob eine Mutter über 300 Euro für die Schulbücher ihrer drei Kinder selbst zahlen soll – bloß wovon denn? Diesem Artikel geht die Realität gewaltig verloren!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Fehlende Lehrer können nicht einfach später ausgeglichen werden

1. „Stadtgrün“ kann seine Mitarbeiter behalten! 1,7 Millionen Euro wurden jetzt bewilligt. Ein „unwissender“ leitender Mitarbeiter in der senatorischen Dienststelle hatte „angedacht“, die **Spielplatzpflege** mit Ein-Euro-Mitarbeitern durchzuführen: „Stadtgrün“ entlässt, und die „Bras“ übernimmt. Diese Pläne waren undurchführbar und sind auf Gegenwehr gestoßen. Die Nachbewilligung für „Stadtgrün“ ist der Schritt auf den richtigen Weg!

Nun zurück zum großen Geld – ohne Haushaltslimit! Herr Ackermann hat 14 Millionen Euro verdient, so der „Weser-Kurier“ vom 2. April 2008. Die Deut-

sche Bank will 8,4 Milliarden vor Steuern erwirtschaften, obwohl im ersten Quartal 2008 weitere 2,5 Milliarden auf den Wertpapierbestand abgeschrieben wurden. Die Deutsche Bank sieht dieses Ergebnis-Ziel jedoch wegen des weiteren Verfalls der US-Baukredite als stark gefährdet an. Sogar die besser besicherten Papiere werden Ladenhüter, auch hier geht der Marktpreis nach unten.

Der 3. April 2008 ist ein teurer Tag für den Steuerzahler in Deutschland: Das Land Nordrhein-Westfahlen nimmt der West-LB alle **US-Schrottanleihen** ab! 23 Milliarden werden in einer neu gegründeten Zweckgesellschaft mit Sitz in Irland geparkt. Darauf hatte die West-LB allein im ersten Quartal Wertberichtigungen von 1,5 Milliarden Euro vorgenommen. Die Haftung der Eigentümer wurde auf zwei Milliarden Euro begrenzt. Das Land haftet mit drei Milliarden Euro – bleiben 18,5 Milliarden Euro Risikopapiere für den Bundeshaushalt. Die Aussage der Deutschen Bank – siehe oben – hat jedoch bereits die nächste Runde eingeleitet. Welchen Nennwert haben die teilweise gesicherten US-Hypothekenpapiere bei der West-LB?

Die Bayern-LB will es der West-LB nachmachen: Sie erwartet die Ausgliederung von notleidenden US-Hypothekenpapieren mit Nennwert von 24 Milliarden Euro bei einer **Wertberichtigung** von sechs Milliarden Euro. In der letzten Woche hat die Bayern-LB noch Risikopapiere von 32 Milliarden Euro und eine Wertberichtigung von vier Milliarden Euro zugestanden. Allein dies zeigt, wie variabel die Milliarden genannt werden!

Eines ist inzwischen noch klarer: Nicht der Risikostrukturfonds der Banken wird diese Krise meistern, sondern der Steuerzahler! Das Volumen dieser Risikopapiere ist noch nicht absehbar. Es ist eine gigantische Rettungsaktion zugunsten der Reichen! Es gibt keine Planung des Bundesfinanzministers oder der Finanzminister in Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen, wie diese Milliarden-Verpflichtungen zu tilgen sind! So sind schon viele Haushaltslöcher gemacht worden. Anschließend heißt es: Wir können das nicht, weil kein Geld da ist!

So auch jetzt in Bremen bei den **Haushaltsberatungen**. „Wir werden mit dem engen Gürtel leben müssen“, sagt Matthias Güldner, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Die Kritik der „Linken“ kann man(n) relativ schnell abhaken: „Die wollen eine Viertelmilliarde neuer Schulden“, so der „Bremer Anzeiger“ vom 6. April 2008. Doch „Die Linke“ will eine weitere Dynamisierung der Armut verhindern und hat herausgearbeitet, dass zum Beispiel fehlende Lehrer oder fehlende Kinderbetreuung nicht einfach später wieder ausgeglichen werden können!

Es ist zu einfach, dies nur mit der Bemerkung „Wir haben kein Geld“ abzuschmettern. Allerdings sind zwischenzeitlich weitere Haushaltsansätze entsprechend der Vorstellungen der „Linken“ geändert worden, zum Beispiel bei „Stadtgrün“. Angesichts der vorstehenden Sachverhalte ist diese Bremer Sparanstrengung „für die Katz“ und absolut unangemessen! Dabei fällt mir auf: Hat Bremen seinen Anteil an der Finanzkrise schon ermittelt?

Herr Güldner hat ferner die Gehaltserhöhung für die Senatoren verteidigt. Wenn die Senatoren ausgeklammert werden, würde dies bedeuten, dass die Se-

natoren diese Erhöhung nicht verdient haben. Ist diese Feststellung auf die ausstehende Lohnerhöhung für die Polizisten übertragbar? Ein Grund mehr, am **Mittwoch** um **9:30 Uhr** vor der **Bürgerschaft** zu stehen und den Kopf zu zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Ich beuge mich nicht der gemachten oder gewollten Haushaltslage!

2. Beim Kampf gegen Rauschgift in Bremen ist ein Farbiger ums Leben gekommen. Ein Innensenator hat die Angelegenheit falsch dargestellt. Eine Anwältin hat 10.000 Euro Schadenersatz für die in Afrika lebende Mutter akzeptiert. Es gibt viele offene Fragen. Die Polizei hat nachträglich ermittelt, dass einzelne Rauschgiftfahnder „nicht sauber" gearbeitet haben; die Ermittlungen wurden jetzt von Niedersachsen nach Bremen geholt. Die aktuelle Fragestellung lautet: Hatten die jetzt verdächtigten Polizisten mit den getöteten Farbigen zu tun? Denn es sind sogar *zwei* Todesopfer zu beklagen!

Europaweit war dieses Verfahren bereits geächtet und verboten: Der **Brechmitteleinsatz** verstößt gegen das Folterverbot nach Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, trotzdem wurde er unter Innensenator Röwekamp angewendet. Offen ist auch die Frage, ob überhaupt Drogen im Besitz der getöteten Menschen waren! Der geäußerte Verdacht ist auch im Hinblick auf die „unsauberen" Fahnder zu prüfen. Die Toten und ihre Angehörigen haben ein Recht auf öffentliche Reinwaschung und eine angemessene Entschädigung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke") – siehe auch „Scharf links"

Treue Wähler betrogen: Die SPD hat mit der Agenda 2010 die Ideale und Ziele ihrer Gründungsväter verraten und verkauft *(Theodor Nußbaum)*

„Doktor Goebbels wundervolle Idee": Elite-Schläger eskortieren Propaganda-Fackel ins „kommunistische" China *(„Spiegel-Online")*

Warum sollten wir „Kröten schlucken?"

Im Mai letzten Jahres haben wir eine neue Bürgerschaft gewählt – viele in der Hoffnung, eine andere Politik zu bekommen. Es gab einen rot-grünen Senat. Finanzsenatorin Linnert hat zweimal zu uns gesprochen und begrenzte Hoffnungen geweckt. In dieser Woche soll nun der neue Haushalt für Bremen beschlossen werden, doch er setzt kaum etwas um von den Hoffnungen und Erwartun-

gen: In vielleicht etwas verschobener und minimal abgemilderter Form ist er die konsequente Fortsetzung der Haushaltspolitik der Großen Koalition. „Nein Danke“, kann man da nur sagen! Es gibt keinen Durchbruch zu einer anderen, sozialeren Politik. Zwangsumzüge und Ein-Euro-Jobs werden nicht abgeschafft, über ein Sozialticket wird höchstens weiter geredet. Am Mittwoch, dem 9. April 2008, macht der Gesamtpersonalrat dazu eine Aktion um 9:30 Uhr hier vor der Bürgerschaft auf dem Marktplatz. Ich schlage vor, dass wir uns mit der „Linken“ und einem breiteren Bündnis daran beteiligen!

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist mit einem faulen Kompromiss zu Ende gegangen. Verdi-Chef Bsirske sprach davon, man habe „Kröten schlucken“ müssen. Wer von den Gewerkschaftsmitgliedern hat ihn denn dazu aufgefordert? Die Kollegen haben mehr erwartet! Die Zustimmung der Bevölkerung zu den Forderungen der Lokführer von der GDL war deshalb so groß, weil sie richtig gekämpft haben und sich nicht verschaukeln ließen. Jetzt sind Telekom und Post dran. Kollegen, nehmt das Heft in die eigene Hand, geht in die Öffentlichkeit! Dort findet ihr Unterstützung. Die Schröder, Schäuble & Co. KG macht nur gemeinsame Sache mit den Zumwinkels, den Piechs und von Pierers. Davon haben wir die Schnauze voll!

Am letzten Montagabend war der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach in Bremen. Am Mittwoch brachte der „Weser-Kurier“ ein interessantes Interview mit ihm. Hengsbach ließ darin kein gutes Haar an Schröder und seiner Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen. Er hob die Rolle der Montagsdemos hervor, die wesentlich dazu beigetragen habe, dass die Merkel-Regierung den Schröder-Kurs nicht fortsetzen konnte. Erst langsam dämmere den Politikern, dass es dumm für sie gelaufen sei mit dieser Politik. Also lautet unsere Aufforderung immer wieder: weitermachen, Menschen aufklären und zum Selberaktivwerden aufmuntern!

Jobst Roselius

Weg mit den alten Petitionen: Ausschuss empfiehlt dringend eine Ablehnung *(Bremische Bürgerschaft)*

Arbeitslosenquote 21 Prozent: Montagsdemonstrantin bekommt bei Bürgermeisterwahl in Angermünde 19 Prozent der Stimmen *(„Rote Fahne News“)*

Sadismus: Hartz-IV-Empfänger müssen im Dunkeln sitzen, kalt duschen und Wasser trinken *(„Berliner Umschau“)*

Stärkt unsere Kinder!

Seit Beginn der Montagsdemonstrationen haben wir immer gesagt: Hartz IV geht jeden an! Die Montagsdemo ist nicht nur eine regelmäßige politische Manifestation der von der volksfeindlichen Agenda 2010 und ihrem Kernstück Hartz IV unmittelbar Betroffenen, sie ist nicht nur eine Arbeitslosendemonstration, sondern hier gehört jeder hin, der seiner Wut und Empörung über diese volksfeindlichen Gesetze mit anderen zusammen Stimme und Kraft verleihen will. Sind nicht viele Rechnungen offen?

Die Arbeitslosen gehören hierher, ganz klar, aber auch die Rentner, die man mit lächerlichen Almosen abspeisen will – nach einem Leben voller Arbeit und Entbehrungen. Die Arbeiter und Angestellten gehören hierher, denn auch ihre Arbeitsplätze sind durch dieses System und seine Krisenhaftigkeit betroffen. Habt ihr euch schon Gedanken gemacht, was bei der nächsten Weltwirtschaftskrise geschehen wird? Es werden Millionen ins Elend gestoßen, denn die sozialen Sicherungssysteme sind in den letzten Jahren immer mehr zerschlagen worden!

Das gilt auch für die Jugend, vor allem für die Kinder. Schon heute haben wir hier, in einem der reichsten Länder der Erde, eine erschreckend hohe Kinderarmut: 2,6 Millionen Kinder mussten im Jahr 2007 unter der Armutsgrenze leben. Aber nur darüber zu sprechen reicht nicht: Man muss was tun! Wir von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland wollen in zwei Wochen, am **Freitag**, den 18. April, eine **Initiativgruppe** für den Parteiaufbau der **MLPD** in der Bremer Neustadt gründen. Wir laden herzlich ein, dazu um **18 Uhr** in die Gaststätte „**Sahara Lounge**“, Kornstraße 88, zu kommen. Jeder kann mitmachen, der helfen möchte, eine Gruppe der Kinderorganisation „Rotfüchse“ und des Jugendverbands „Rebell“ aufzubauen und gleichzeitig das Programm der MLPD in Wort und Tat kennenzulernen.

Matthias Feilke (MLPD) – Werden bei den Marxisten-Leninisten Kinder „indoktriniert“? Hier ein Auszug aus dem aktuellen Spendenaufruf des Jugendverbandes „Rebell“:

Kinder sind schon früh konfrontiert mit den Belastungen für die Familie wie flexible Arbeitszeiten, Arbeitslosigkeit und Armut. Dadurch erhöhen sich die Anforderungen an die Kinder. Sie müssen deshalb auch lernen, für ihre Interessen einzutreten, um in dieser Welt zu bestehen und sich eine andere und neue zu erkämpfen! So etwas bekommt man von den staatlichen Institutionen wie der Schule nicht beigebracht.

Gleichzeitig erzeugen Medien wie „Viva“ und „Bravo“ einen Druck, wie Kinder und Jugendliche sein sollten. Danach braucht man die neuesten Markenklamotten, das beste Handy und jedes Jahr eine neue Spielkonsole. Als „cool“ gilt nur, wer dabei mithält, was meist gleichbedeutend ist mit einem ätzenden und unsolidarischen Stil untereinander. Das soll den Zusammenhalt von Jugendlichen, aber auch von Jung und Alt zerstören und somit unsere Kraft, die Welt zu verändern.

Wir, der Jugendverband „Rebell“, bauen deshalb die Kinderorganisation „Rotfüchse“ bundesweit auf. Hier sollen Kinder lernen, selbständig zu denken, zu fühlen und zu handeln: Gemeinsam sind wir stark! Die körperliche Arbeit und die arbeitenden Menschen achten! Mut, Ehrlichkeit und Hilfsbereitschaft einüben! Den eigenen Kopf gebrauchen! Fit sein! Solidarisch streiten und selbst Verantwortung übernehmen!

Propaganda: „Bild“ feiert „Jobwunder“ von „bald unter drei Millionen Arbeitslosen“, obwohl es über sechs Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld I und II gibt *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Von den Versprechungen ist nichts übrig geblieben

Die 176. Montagsdemo in Bremen fand wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt und lockte an die 35 Zuhörer und Redner an. In dieser Woche wollen die Parteien des rot-grünen Senats ihren Landeshaushalt durchsetzen. Von den versprochenen Änderungen hin zu einer sozialeren Politik und für Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen ist nichts übrig geblieben.

Das war natürlich Thema. Für Mittwoch, den 9. April 2008, um 9:30 Uhr haben daher der Personalrat und viele andere, die gegen diese Senatspolitik des Kürzens und Zu-Tode-Sparens sind, dazu aufgerufen, vor der Bürgerschaft unseren Protest vorzubringen und zahlreich zu kommen.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Gutscheine für den Wuchermarkt: Thüringen betreibt Konzentrationslager für Asylbewerber *(„Indymedia“)*

Sklaverei im Lithiumbergbau: Warum der Westen so geil auf Tibet ist *(„Stattnetz“)*

Top in Form: Merkela lässt tief blicken *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

177. Bremer Montagsdemo am 14. 04. 2008

Na, wer ist denn hier raffgierig und rücksichtslos ausbeuterisch?

Das habe ich gern: „Die Alten leben auf Kosten der Jungen“, behauptet diesmal der sehr verehrte Altbundespräsident Roman Herzog. Toll, sage ich, darf man so einen Mann kritisieren? Aber ja, denn schließlich leben wir in einer Demokratie! Mit einem hat Herr Herzog Recht: Es kommen immer mehr alte Menschen dazu. Aber dass diese auf Kosten der Jungen leben werden, halte ich, ehrlich gesagt, für eine nicht zurechtfertigende Aussage. Damit wird den Älteren unterstellt, dass sie raffgierig und rücksichtslos ausbeuterisch sind. Dagegen wehre ich mich aufs Schärfste, für die vielen Rentner, die auf jeden Euro angewiesen sind!

Dies alles hat Roman Herzog natürlich nicht behauptet, aber als Schlussfolgerung für bestimmte Ansichten stehen diese Aussagen außer Frage. So einen Schuh wollen wir Rentner uns erst gar nicht anziehen! Nun ist Herr Herzog nicht irgendjemand, darum wird sein Wort ein großes Gewicht in die Waagschale werfen. Schade ist nur, dass dies Zwist zwischen Alt und Jung erzeugt, obwohl wir eigentlich eine Allianz haben müssten! Dann gibt es noch einige Punkte, die bei solchen Aussagen vergessen werden. Erstens zahlen diese älteren Menschen durch die Rentensteuer dem Staat immer mehr zurück. Zweitens könnten wir, wenn es die Wirtschaft endlich begreifen würde, einen riesigen Markt bekommen, was natürlich Arbeitsplätze und für die Zukunft auch die Renten sichern würde. Drittens werden die Renten künftig sowieso niedriger ausfallen, denn im Grunde bekommt jeder, der die 100 Prozent Rentensteuer erreicht, einen Rentenstopp. Bis dahin allerdings dauert es noch ein Weilchen.

Wenn wir es aber weiter zulassen, dass nur geringe Löhne gezahlt werden, ist die Altersarmut vorprogrammiert, obwohl das Bruttosozialprodukt ständig weiter steigt. Das ist ungerecht, man müsste es besser verteilen! Was uns in Zukunft ernsthaft Schwierigkeiten machen wird, Herr Herzog, ist der tägliche Kampf ums

Essen! Bald wird es wirklich eine Generation geben, die sich das tägliche Brot nicht mehr leisten kann, weil die Energiepreise und Lebenshaltungskosten zu groß geworden sind. Das macht mir wirklich Sorgen! Eine Abhilfe in diesem Punkt sollte auch von Ihnen, Herr Herzog, oft genug angemahnt werden, denn das ist wichtig für uns alle! Alt und Jung werden Ihnen dankbar sein. Der Wirtschaft und der Politik mal ins Gewissen zu reden, täte uns allen gut.

Udo Riedel (parteilos)

Wehrt euch gegen rechtswidrige Ein-Euro-Jobs!

Diversen Internet-Foren oder Zeitungsartikeln ist immer wieder zu entnehmen, dass Ein-Euro-Jobs nicht die Kriterien der **Zusätzlichkeit** und **Allgemeinnützigkeit** erfüllen und somit reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängen. Der zeitliche Umfang von **maximal 15 bis 20 Wochenstunden**, der von den Sozialgerichten als zulässig angesehen wird, wird in der Praxis der Argen mit 30 bis 35 Wochenstunden vielfach überschritten. Auch das ist rechtswidrig. Was ist zu tun, wenn ein ALG-II-Betroffener einen solchen rechtswidrigen Ein-Euro-Job von der Arge zugewiesen bekommt?

Die Zuweisung ist nichts weiter als ein rechtsmittelfähiger Verwaltungsakt, gegen den man Widerspruch einlegen kann. Meistens ist einer solchen Zuweisung zu einem Ein-Euro-Job keine Rechtsbehelfsbelehrung beigefügt. Das bedeutet, dass die **Widerspruchsfrist ein Jahr** beträgt. Ist man mit dem Ein-Euro-Job nicht einverstanden, kann man gegen die Zuweisung Widerspruch einlegen. Dieser hat keine aufschiebende Wirkung, das heißt, man muss trotzdem zu der zugewiesenen Arbeitsstelle hingehen und dort arbeiten. Ein gutes Tipp ist es, dort ein Berichtsheft zu führen.

Irgendwann kommt von der Arge der Widerspruchsbescheid. Wenn er mehr als drei Monate auf sich warten lässt, kann man Untätigkeitsklage beim Sozialgericht erheben. Nun hat der ALG-II-betroffene Ein-Euro-Jobber also seinen Widerspruchsbescheid in der Hand. Nehmen wir an, er hat nicht recht bekommen. Dann gilt es, innerhalb einer Frist von einem Monat beim Sozialgericht **Klage** zu erheben. Beantragt wird die Feststellung, dass die **Zuweisung rechtswidrig** ist.

Justitias Mühlen mahlen langsam: Nach einem Jahr ist Verhandlung und der Ein-Euro-Job längst vorbei. Nun schaut der Sozialrichter auf die Zuweisung und sagt: „Stimmt, die Zuweisung ist rechtswidrig!“ Was hat unser ALG-II-betroffener Ein-Euro-Jobber jetzt noch davon? Ist die Zuweisung rechtswidrig, folgt die **Rückabwicklung** in Form des öffentlich-rechtlichen **Erstattungsanspruchs**. Des-

sen Höhe richtet sich nach dem ortsüblichen beziehungsweise **Tariflohn**. Das heißt also: Es gibt für die geleistete Arbeit reguläres Geld!

Bedingung ist aber, dass das Sozialgericht zuerst die Zuweisung als rechtswidrig erkennt. Das bedeutet für jeden Ein-Euro-Jobber: Die Zuweisung der Arge ist bares Geld wert. Wenn euer Ein-Euro-Job schon etwas länger zurückliegt, solltet ihr trotzdem die Zuweisung hervorkramen und rückwirkend anfechten. Gemäß § 44 SGB X kann jeder Verwaltungsakt im Sozialrecht vier Jahre rückwirkend per Antrag angefochten werden.

Hier noch mal die Vorgehensweise vereinfacht: 1. Zuweisung, 2. Widerspruch, 3. Widerspruchsbescheid von der Arge, 4. Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit, 5. Rückabwicklung als öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch.

Bei verfristeten Zuweisungen: 1. Antrag auf Überprüfung der Zuweisung gemäß § 44 SGB X, 2. Bescheid von der Arge, 3. Widerspruch, 4. Widerspruchsbescheid von der Arge, 5. Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit, 6. Rückabwicklung als öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch.

Eure Zuweisungen sind also bares Geld wert! Das ganze Prozedere ist nachzulesen in Münder: SGB II-Lehr- und Praxiskommentar, 2. Auflage 2007, § 16 ff. Der neue SGB-II-Kommentar von Eicher/Spellbrink, 2. Auflage 2008, ist schwieriger zu lesen, bestätigt dies aber.

Ein ALG-II-Betroffener (parteilos)

Lügen haben kurze Beine

Letzte Woche hat uns die Bundesregierung die „Vollbeschäftigung“ versprochen. Was ist davon zu halten?

1. Es ist schon zynisch, was Finanz- und Arbeitsminister darunter verstehen: Für sie gibt es „Vollbeschäftigung“ bei einer Arbeitslosenquote von drei bis vier Prozent. Sie gehen ernsthaft davon aus, dass alles in Ordnung ist, wenn fast zwei Millionen Menschen keine Arbeit haben und aus dem Erwerbsleben auf Dauer ausgemustert werden.
2. Mit Tricks wird die Statistik frisiert und das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit verschleiert. Zu den offiziell 3,5 Millionen Arbeitslosen gibt es 3,2 Millionen Menschen, die Arbeitslosengeld beziehen, aber in keiner Statistik auftauchen. Dazu gehören Kranke, Ein-Euro-Jobber und viele ältere Kollegen über 58, die arbeitslos geworden sind.
3. Während Vollzeitarbeitsplätze massiv abgebaut werden, boomen Leiharbeit und Teilzeitjobs. Unterbeschäftigung und Niedriglöhne haben Hochkonjunktur. Es gibt inzwischen 11,5 Millionen Menschen, die „geringfügiger Beschäftigung“ nachgehen und von ihrer Arbeit nicht leben können!

Auch dieser neue Versuch von Merkel und Beck, die Wirklichkeit schönzureden, wird Schiffbruch erleiden. Die Halbwertzeit solcher Lügen wird immer kürzer. Es ist ein wichtiger Fortschritt, dass viele Menschen darauf nicht mehr hereinfallen und dieser Regierung das Vertrauen entziehen!

Harald Braun

„Gammelhirn"-Skandal: Flächendeckend bespitzeln deutsche Discounter ihre frustrierten, mit Billigstlöhnen abgespeisten Mitarbeiter *(„Stern")*

Grundrechtseinschränkung: Neues Gesetz zur Online-Durchsuchung taugt nur zur Massenüberwachung, nicht zur Terrorabwehr *(„Spiegel-Online")*

Milbradt zurückgetreten: Sächsischer Ministerpräsident betreibt private Geldgeschäfte mit „seiner" Landesbank *(„Spiegel-Online")*

Keine Gesetzesänderungen zulasten sozialer Sicherungssysteme!

1. Am vergangenen Mittwoch haben wir vor der Bürgerschaft an das soziale Gewissen dieses Senats appelliert. Bei dieser Gelegenheit verriet mir ein „Stadtgrün"-Mitarbeiter seine Zukunftseinschätzung: „Die Sache mit den Ein-Euro-Mitarbeitern für die Spielplatzpflege kommt sowieso!" Ich habe dagegen gehalten und kann nur nochmals betonen: Wir können uns wehren!

Wie dies geht? Für den Arbeitssuchenden gilt: eine öffentliche Entschädigung in Höhe des Tariflohns beantragen; für den Personalrat von „Stadtgrün": die Organisationsänderung ablehnen; für den Mitarbeiter von „Stadtgrün": eine Kündigungsschutzklage erheben. Für alle ist öffentlicher Protest auf der Montagsdemo angebracht, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ansonsten gilt: Wir gehen mit!

Am Freitag stand im „Weser-Kurier": „Es ist Schluss mit der Party". Finanzsenatorin Karoline Linnert hat den **Haushalt** verteidigt. Leider steht das Sitzungsprotokoll noch nicht im Netz. Dieser Haushalt ist eine unwiderruflich vertane Chance! Die sozialen Kosten sind viel zu niedrig angesetzt. Sie werden sich mit den Auswirkungen der Streichungen noch erhöhen! Die „Party" der Vergangenheit waren

sicher das Weinfest oder auch die von Herrn Kastendieck gefundenen und verbratenen sieben Millionen Euro.

Als „Partyeffekt“ verstehe ich auch das unter Mittelkürzungen leidende Stadtamt. Es wurde von Herrn Röwekamp total vernachlässigt. Nun lässt Herr Röwekamp seinen Nachfolger im Senatorenamt durch andere CDU-Abgeordnete zielsicher nach der Lage im Stadtamt fragen. Willi Lemke dagegen ist extra gekommen, um zu sagen, dass er geht, aber es wollte keiner seine Abschiedsrede als Senator hören. Hoffentlich legt Herr Lemke sein Mandat nieder, wie von führenden Sozialdemokraten empfohlen!

Den Spiegel der Wirklichkeit hat ein ganz anderer dem Parlament vorgehalten: „Sie machen hier Politik mit zwei Dritteln der Parlamentarier gegen zwei Drittel der Bevölkerung! Wenn die Wähler mit Volksabstimmungen mitbestimmen könnten, gäbe es keine Verschleuderung der Bahn.“ Jost Beilken hat seine Rede zu Europa zwar schon am 13. Dezember 2007 gehalten, aber sie ist, mit den entsprechenden Randbemerkungen, immer noch lesenswert! Sie beginnt auf Seite 775, der Schluss steht auf Seite 784. Das Dokument ist aber auch insgesamt lesenswert: Es zeigt den Umgang unserer Volksvertreter miteinander und die Einstellung zur Sache.

Nun zurück zum vergangenen Mittwoch. Der „Weser-Kurier“ schreibt am 10. April 2008, Frau Linnert habe erklärt: „Dem Handwerk wird mit Steuergeld keine Konkurrenz gemacht.“ Frau Linnert, da sind Sie falsch informiert! Das Blatt berichtet am 11. April 2008 (Seite 15 unten) über einen Ein-Euro-Mitarbeiter, der im Finanzamt gemalert hat. Falls Sie in der „Handwerkskammer Bremen“ nachfragen, berücksichtigen Sie bitte auch, ob politischer Druck auf die Handwerksbetriebe über die Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe ausgeübt wird!

Die Prüfung der Ein-Euro-Jobs unterliegt in Bremen der „Bremer Arbeit GmbH“. Deren Geschäftsführerin hat bereits im Jahr 2007 zugestanden, dass die meisten Ein-Euro-Jobs *nicht* zusätzlich sind, also den Rahmenbedingungen nicht entsprechen. Herr Lange von der „Bras“ hat über die Diskussion mit den Innungsvertretern über seine Aufträge und die Zusätzlichkeit gestöhnt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Neues vom **Bankenskandal**: Der Internationale Währungsfonds sieht weitere Risiken in US-Immobilien-Hypotheken. Er fordert, dass alle Geldhäuser schnell offenlegen müssen, wer wie viele der fragwürdigen Wertpapiere besitzt! Diese Forderung nach acht Monaten ist der Beweis für die Unehrlichkeit der Geldhäuser. Es geht bei manchem Kreditinstitut um die Existenz – und um diese zu sichern, ist vielen Vorständen scheinbar alles recht! Dabei soll die Branche alle drei Monate die Quartalszahlen offenlegen. Wegen Nichtbeachtung dieser Pflicht sollte damals die Porsche AG vom Börsenhandel ausgeschlossen werden! Wer erinnert heute mit gleichen Mitteln die Banken an diese Verpflichtung?

Die IKB hat am 20. Juli 2007 in einer Pressemitteilung über das Quartalsergebnis berichtet und Spekulationen zu einer Beteiligung am US-Immobilienmarkt zurückgewiesen. Kleinanleger fühlen sich getäuscht und klagen auf Schadenersatz („Weser-Kurier“ vom 11. April 2008). Das Vergütungs- und Anreizsystem für Banker soll in Einklang mit den langfristigen Unternehmenszielen gebracht werden („Weser-Kurier“ vom 10. April 2008), so ein Vorschlag zur Selbstverpflichtung der Banken. Dies bedeutet im Umkehrschluss: Das Profitstreben und die Mitnahme von Prämien haben diese Krise verursacht! Die Banker haben schlicht gezockt!

Sachsen muss mit der Inanspruchnahme der Bürgschaft für die SachsenLB rechnen. 1,2 Milliarden Euro sind im Gespräch („Weser-Kurier“ vom 14. April 2008). Pläne, wie dies zu bezahlen ist, sind mir nicht bekannt. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat einen Verwaltungsrat von 37 Mitgliedern. Er soll jetzt „normalisiert“, sprich: um 50 Prozent verkleinert werden („Weser-Kurier“ vom selben Tag). KfW-Chefin Ingrid Matthäus-Maier wird zum September gehen, aus akuten gesundheitlichen Gründen; die Neubesetzung soll nicht mehr nach Parteibuch erfolgen („Weser-Kurier“ vom 8. und 9. April 2008). 400.000 Euro ist der Posten wert. Die KfW ist Mutter der IKB.

Die Weserbank wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geschlossen. Die US-Immobilien-Wertpapiere sollen nicht der Grund gewesen sein, aber nach Meinung des Vorstandes der „auslösende Faktor“ („Weser-Kurier“ vom 10. April 2008). Die HSH Nordbank ist aus der Fusion der Landesbanken von Kiel und Hamburg hervorgegangen. Auch diese Bank hat wegen der US-Hypothekenkrise Geld verloren: 2007 wurde ein Gewinn vor Zinsen und Steuern von 148 Millionen Euro ausgewiesen, im Vorjahr waren es 1,2 Milliarden. Weitere 180 Millionen auf US-Immobilien-Wertpapiere wurden im ersten Quartal 2008 abgeschrieben.

Weil davon ausgegangen werden kann, dass 2008 keine weiteren dieser Papiere eingekauft wurden, stellt sich die Frage: Musste diese Abschreibung nicht bereits 2007 erfolgen? Damit wäre 2008 ein Verlust entstanden! Auch hier wird die Forderung des IWF nicht erfüllt: Es bleibt unveröffentlicht, wie viele dieser US-Immobilien-Wertpapiere die HSH Nordbank besitzt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Finanzminister Steinbrück will seine Kollegen per Sparbefehl die Haushaltsrahmen vorgeben. Er sieht jetzt offenbar das große Loch, verursacht durch die Rettungsaktionen für die verzockten Banken. Die Rückzahlung dieser Milliarden durch die künftigen Überschüsse der Banken ist ein Jahrhundertplan! Was wir jetzt mitlesen, ist der erste Ausläufer des Gejammers „Dafür haben wir kein Geld!“ Es ist wie damals bei der Einführung von ALG II mit gleichzeitiger Enteignung der Betroffenen.

Ex-Bundespräsident Roman Herzog hat ein altes Thema neu aufgewärmt: „Die Alten rauben den Jungen die Zukunft!“ Damit führt er eine Debatte ge-

gen die Rentner. Aber dies sind alles nur Warnhinweise auf Befürchtungen und Möglichkeiten, denn die aktuelle Rentenerhöhung findet er in Ordnung. Wir werden uns nicht diesen gewollten Grabenkämpfen widmen! Gemeinsam ist die Zukunft machbar! Aufhören muss die Umverteilung zulasten der Menschen mit wenig Geld! Aufhören müssen die Gesetzesänderungen zulasten der sozialen Sicherungssysteme!

Zum Wohle der Jugend muss die genaue Kehrtwende vollbracht werden! Warum fordert Roman Herzog nicht diese Maßnahmen ein? Der Altbundespräsident leitete den ersten Europäischen Konvent, der zwischen Dezember 1999 und Oktober 2000 die Charta der Grundrechte der Europäischen Union erarbeitete! Aber damals wurden in Lissabon auch die Rahmenbedingungen zum ALG II erdacht.

Wie wenig diese Regierung für die gesetzliche **Rentenversicherung** übrig hat, ergibt sich aus der Regelung, dass die Deutsche Rentenversicherung für jeden ALG-II-Betroffenen Beiträge auf Basis von 205 Euro erhält. Strikt wird das Privatisierungsgebot umgesetzt!

Die OECD fordert in neuer Besetzung, die Bildung in Deutschland nicht zu vernachlässigen, so der „Weser-Kurier“ vom 10. April 2008. diesmal steht „Reform“ für eine positive Veränderung. Doch die Universität Bremen hat gerade zwei weitere Studiengänge begraben, Sport und Behindertenpädagogik, und weitere werden folgen: Bis 2010 sollen 30 Professuren eingespart werden. Dies sind Schandtaten an der Jugend: die Streichung von Bildung, von Ausbildungs und Arbeitsplätzen!

Der **Gesundheitsfonds** wird kommen, es ist der Wunsch von Frau Merkel. Ein weiterer Schritt, den Widerstand der Länder zu beseitigen, ist die Änderung des Insolvenzrechts: Wenn eine Krankenkasse Konkurs anmeldet, muss bisher das Land dafür einstehen. Dies wird geändert: Für eine Insolvenz sollen alle anderen Krankenkassen und die Versicherten einstehen. Die Länderhaftung ist damit beseitigt. Warum jedoch befürchten die Länder eine Krankenkasseninsolvenz? Weil die Beiträge künftig von der Bundesregierung festgesetzt werden („Weser-Kurier“ vom 14. April 2008).

Wie zielsicher Krankenhäuser in die Insolvenz getrieben werden, ist landesweit zu beobachten. Es ist nicht so, dass die Hospitäler nicht mit Geld umgehen könnten, nein: Krankenhäuser erhalten aufgrund der Fallpauschalen einfach zu wenig Geld. Die Vergütung ist nicht kostendeckend! Die staatlichen Krankenhäuser tragen die Notfallversorgung, die privaten machen Feierabend und sind auch nicht zur Notfallaufnahme verpflichtet. Verdi fordert, dieses Finanzierungssystem zu ändern („Weser-Kurier“ vom 9. April 2008).

Mehr als 70 Kliniken in Niedersachsen und Bremen stehen vor weiterem Arbeitsplatzabbau beziehungsweise Insolvenz. Die Ersatzkassenverbände sehen dies als einen Wettbewerb um Wirtschaftlichkeit mit Gewinnern und Verlierern! Zu letzteren zählen in jedem Fall die Arbeitnehmer und die Kranken. Pläne wie „Wir waschen die Patienten nur jeden zweiten Tag“ zeigen die Ausweglosigkeit bei der

Diktatur des Geldes! Das Gewissen von Krankenschwestern und -pflegern wird mit jedem Todesfall beschwert!

Das **Arbeitslosengeld II** wird entsprechend der Rentenerhöhung angepasst und um 1,1 Prozent von 347 auf voraussichtlich 351 Euro gerundet. Das Wohngeld wird um 60 Prozent erhöht („Weser-Kurier“ vom 9. April 2008), der Kinderzuschlag wird ausgeweitet. Dies sind drei positiv klingende Meldungen, aber ALG II sowie Wohngeld und Kinderzuschlag schließen sich gegeneinander aus.

Die Wohngelderhöhung und die erweiterten Möglichkeiten des Kinderzuschlags führen dazu, dass dies im Einzelfall günstiger als ALG II ist. Die Bundesregierung erreicht so insbesondere den Rückgang der Zahl von Kindern in der ALG-II-Statistik. Noch in der Planung ist die Erhöhung des Kindergeldes. Es wird voll auf das ALG II angerechnet. Bei Wohngeld und Kinderzuschlag erfolgt keine Anrechnung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Busenwunder: Keiner redet mehr von Rentenklau und Mehrwertsteuererhöhung *(„Stern“)*

Das Berater-Unwesen – Wem gehört die Bundeswehr?

In meinem letzten Beitrag habe ich dargestellt, welchen Einfluss Roland Berger und Konsorten auf Regierungsbeschlüsse und Gesetzesvorlagen nehmen und damit weitgehend die bundesdeutsche Exekutive unter ihre Kontrolle bringen. Die mittlerweile global agierende Berater-Mafia hat nicht nur die Hartz-Gesetze, die „Gesundheitsreform“ und andere üble Sachen mitgeschrieben und sich in den übrigen Ministerien ebenfalls ausgetobt; sie hat vor allem aktiv an der Umstrukturierung der Bundeswehr mitgewirkt. „Privatisierung“ heißt auch hier, „Ballast“ abzuwerfen, um noch effektiver und flexibler zu werden.

Der Politikwissenschaftler und Journalist Thomas Leif beschreibt in seinem Buch „Beraten und verkauft“ die mehr als dubiosen Praktiken der Firma Roland Berger im Umgang mit dem Rüstungsministerium und der Bundeswehr. Da heißt es unter anderem: „Seit 1998 hat das Verteidigungsministerium fast 850 Aufträge für Beratungsleistungen, Studien und Gutachten mit einem Vertragsvolumen

von mehr als 500 Millionen Euro vergeben. Das ist mit Abstand das größte Volumen an externen Beratungsleistungen im Bundeshaushalt. Besonders innovativ war die Unternehmensberatung Roland Berger bei der Preisgestaltung. Immer wieder wurden die Vertragssummen hochgeschraubt, zum Beispiel von 4,4 auf 7,5 Millionen Euro. Bergers Team verlangte bis zu 3.500 Euro pro Tag und pro Berater. Das ist mehr als doppelt so viel wie bei den meisten per Ausschreibung vergebenen Aufträgen anderer Behörden. Die Bundeswehrreform war für Berger eine Goldgrube."

Leif schreibt weiter, dass zwecks Privatisierung der Streitkräfte im Mai 2000 die „Bundeswehr-Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb" eigens mit dem Ziel gegründet wurde, „die Bundeswehr bei der Privatisierung der Fahrzeugflotte, der Bekleidungswirtschaft und dem Verkauf von Liegenschaften zu beraten und auch operativ tätig zu werden." Im Klartext: Beraterfirmen und Konzerne unterwandern und bestimmen unter dem Vorwand von „Einsparungen" mehr und mehr die Bundeswehr und den gesamten staatlichen Machtapparat.

Hat sich hier seit 1999 unter Rudolf Scharping bereits eine Art „paralleler Kommandostruktur" entwickelt? Die „Berliner Erklärung" aus dem Jahr 2000 zwischen dem Kriegsministerium und Teilen der deutschen Wirtschaft deutet darauf hin, weil in dem Papier unter anderem von regen Wechselbeziehungen in Sachen Ausbildung die Rede ist. Trotz widersprüchlicher Aussagen aus dem Jung-Ministerium scheint die Bundeswehr längst auf dem Weg in Richtung Privatarmee zu sein!

Im Irak und in Afghanistan wütet bereits jetzt eine konzerneigene, hoch motivierte und mit modernsten Waffen ausgerüstete Söldnertruppe aus den USA. Im Zeichen der Globalisierung ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis auch international agierende Großkonzerne aus der Bundesrepublik mit eigenen Killertruppen in Erscheinung treten. Türöffner für die Entstehung eines privaten Militärs waren und sind die Beratergesellschaften bei der Bundeswehr. Für uns vom „Bremer Friedensforum" gibt es daher nur eines: Die Militarisierung der Gesellschaft stoppen, private Armeen verhindern und die Bundeswehr abschaffen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Auch Unternehmer sind „Hartz-IV-Empfänger"

1. Wochenlang machten Wiesbadener Gewerkschafter spontane Besuche bei den unterschiedlichen Einsatzorten von Ein-Euro-Jobbern. Letzte Woche haben sich die unter öffentlichen Beschuss geratenen Akteure mit einer Pressekonferenz in der hessischen Landeshauptstadt selbst zu Wort gemeldet. Sie schilder-

ten Missstände, nannten Namen und zogen politische Schlussfolgerungen: Viel zu oft wird gegen Vorschriften gehandelt, obwohl diese umstrittenen Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sein sollten und außerdem die Chance auf eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt erhöhen müssten.

Die Wiesbadener Caritas beschäftigte in Großküchen neben wenigen Festangestellten ausschließlich **Ein-Euro-Jobber** bei der regulären Produktion von Mittagessen für Schüler und Senioren. Auch in einem Pflegewohnheim der Arbeiterwohlfahrt werden mehrere Ein-Euro-Jobber mit dauerhaft anfallenden und keinesfalls „zusätzlichen" hauswirtschaftlichen Tätigkeiten beschäftigt. Hier werden – wie so oft – die Zulässigkeitskriterien nicht eingehalten und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt. Selbstverständlich trägt diese Praxis zur Wettbewerbsverzerrung bei, denn bei dem von der Caritas vorgegebenen Herstellungspreis von 2,07 Euro und Verkaufspreis von 2,50 Euro pro Mittagessen können andere Anbieter nicht mithalten. Des Weiteren werden Ein-Euro-Jobber für 38,5 Stunden in der Woche eingesetzt, obwohl gesetzlich höchstens 30 Stunden zugelassen sind.

Sogar eine auf Biolandwirtschaft und gehobene Gastronomie spezialisierte Domäne setzt Scharen von Ein-Euro-Jobbern ein. Als einer von ihnen sich darüber beklagte, dass er eigentlich keine „zusätzliche" Arbeit verrichte, wurde er massiv unter Druck gesetzt. Hier wird reguläre, tarifvertraglich geregelte Beschäftigung verdrängt! Ein Gewerkschafter forderte die Stadt Wiesbaden auf, diese Missstände sofort abzuschaffen. In einem weiteren Fall war eine Ein-Euro-Jobberin von Wiesbadener Sozialeinrichtungen als Reinigungskraft eingesetzt worden. Diese Frau wurde zum Putzen sogar an andere Träger „verliehen".

Kritik an der Praxis der Kommune Wiesbaden übte am Dienstag auch der Stadtverordnete Jürgen Becker von der „Linken Liste". Während die amtliche Statistik für 2006 eine Erfolgsquote von 35,6 Prozent der „Hilfebedürftigen" verkünde, die „in den ersten Arbeitmarkt integriert" worden seien, sehe die Realität nüchterner aus: Von den knapp 6.000 „integrierten" Personen bezögen lediglich 1.161 ein existenzsicherndes Einkommen. Der Rest sei entweder für weniger als 400 Euro pro Monat geringfügig beschäftigt oder erziele nur Einkünfte unterhalb des Existenzminimums.

Es sind überall die gleichen verräterischen Spuren des ach so tollen „Aufschwungs"! Die Veränderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist wahrlich erschreckend, wenn die schändlichen Ein-Euro-Jobs derartig zur Arbeitsplatzvernichtung benutzt werden „dürfen"! Ob die Unternehmer wohl in Zukunft überhaupt noch Jobs anbieten, die nicht großflächig und überaus großzügig vom Staat subventioniert werden?

2. Die vermaledeite **Leiharbeit** breitet sich ebenfalls pestartig aus. Bezahlung, Urlaubsanspruch, Arbeitsplatzsicherheit, Weiterbildungsmöglichkeiten – in all diesen Fragen sind Leiharbeitskräfte schlechter gestellt als Stammbeschäftigte. Auch ist Leiharbeit praktisch eine mitbestimmungsfreie Zone: Trotz intensiver Suche

fand das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ 2006 kein einziges mittleres oder kleines kommerzielles Verleihunternehmen mit Betriebsrat. Damit bleibt Leiharbeit nach wie vor eine prekäre Form von Arbeit!

Dabei gäbe es zahlreiche Möglichkeiten, um faire Lösungen für Beschäftigte in Leiharbeit und Stammbelegschaften durchzusetzen: Es ließen sich Betriebsvereinbarungen abzuschließen, die den Grundsatz des „equal pay“ und „equal treatment“ umsetzen. Von den Politikern ist zu fordern, dass prekäre, ungeschützte Arbeit nicht zum Leitbild der Gesellschaft mutiert! Auch gegenüber den Leiharbeitskräften muss der Gesetzgeber Verantwortung tragen und eine wirksame Regulierung sicherstellen. Der Gleichbehandlungsgrundsatz darf nicht ständig zuungunsten der Beschäftigten weiter untergraben werden!

3. Aber müssen Hartz-IV-Empfänger im Dunkeln sitzen, kalt duschen und Wasser trinken? Eigentlich müsste das Bundessozialgericht in Kassel jetzt in Bundes*un*sozialgericht umbenannt werden, denn es segnete ab, was sich die Arbeitsagenturen als Quälereien für die Arbeitslosen ausgedacht haben. Im Gesetz steht eigentlich, dass neben der Miete auch die **Nebenkosten** ersetzt werden müssen. Sie umfassen zumindest Strom, Wasser, Heizung, Warmwasser (falls zentral), Gas (soweit vorhanden) und meist auch noch einiges andere. Ein Teil dieser Nebenkosten kommt nicht in die jährliche Nebenkostenabrechnung, sondern wird vom Mieter direkt mit dem Versorgungsunternehmen abgerechnet, aber es bleiben doch Nebenkosten.

Strom und Warmwasser gehören *nicht* zu den Nebenkosten. Anders ausgedrückt: ALG-II-Empfänger bekommen diese Kosten nicht erstattet. Entweder bringen sie diese aus den 347 Euro auf, oder sie müssen eben im Dunkeln sitzen und kalt duschen! Das grenzt bereits an leichte Formen von Folter. Jeder weiß, dass jene 347 Euro auch so schon hinten und vorne nicht ausreichen, um einen normalen Lebenswandel führen zu können. Der Berliner SPD-Wirtschaftssenator Sarrazin rechnete vor, von was für einem Fraß wir leben müssen, wenn wir arbeitslos sind. Von seiner Veröffentlichung, die nach hinten losging, haben wir speziell erfahren: Es sind keinerlei Getränke vorgesehen! Der Arbeitslose muss Wasser trinken!

4. Wie schon in den letzten Jahren zeigten auch in diesem Jahr wieder 29 Industrieländer mit dem Finger auf Deutschland und bemängeln erneut die frühe Aufteilung der Grundschüler nach der vierten Klasse als einen Irrweg. Und wie reagiert die deutsche Politik auf den Rüffel der OECD-Länder? Konservative Kultusminister verbitten sich die „Einmischung in deutsche Angelegenheiten“, und der „Deutsche Lehrerverband“ versteigt sich zu der aberwitzigen Aussage, aus-

gerechnet die wirtschaftsliberale OECD sei „Stichwortgeber einer linksideologischen Bildungspolitik“. Nach einer Berliner Studie würden leistungsstarke Schüler angeblich in einer auf sechs Jahre verlängerten Grundschule „nicht optimal gefördert“. Totaler Stuss!

In internationalen **Schulvergleichen** der letzten Jahre zeigt sich, dass die Länder, in denen starke wie schwache Kinder gefördert werden, ihre Schüler so lange wie möglich zusammen lernen lassen, wobei gleichzeitig stärker auf individuelle Bedürfnisse eingegangen wird. Auch in Deutschland erreichen die Grundschüler in Lesen und Mathe noch Spitzenleistungen, die in den weiterführenden Schulen aber verloren gehen – dafür öffnet sich die soziale Schere. All das verbietet ein Weiter-wie-bisher. Den Blockierern des längeren gemeinsamen Lernens jedoch geht es um Besitzstandswahrung und Abschottung. Und es geht um die Angst der Privilegierten vor den sogenannten bildungsfernen Schichten: Von „Schmuddelkindern“ wollen sie sich ihre Gymnasien nicht vermiesen lassen. Erinnert ihr euch noch an das Lied von Franz Joseph Degenhardt? – „Spiel nicht mit den Schmuddelkindern, sing nicht ihre Lieder, geh doch in die Oberstadt, mach’s wie deine Brüder!“

Heute wird mehr und mehr ausgegrenzt, denn nur die Besten sollen die Schule vollständig durchlaufen und eine Ausbildung absolvieren. Trotz der Lügen über den angeblichen Rückgang der Arbeitslosenzahl wissen Menschen, die selbständig denken können, dass wir in Deutschland nie wieder Vollbeschäftigung haben werden. Aber die Statistiken lassen sich ja so leicht fälschen, indem bestimmte Arbeitslose einfach nicht mehr mitgezählt werden, wenn sie krank sind, in einer Schulung stecken oder bereits ein Jahr kein Angebot erhalten haben! Auf jeden Fall werden später auch nicht mehr so viele gut ausgebildete junge Menschen gebraucht. Wozu sollte man sie dann überhaupt noch ausbilden? Mit der Verelendungsdrohung, ihnen die Lebensmittel und Unterstützung wegzunehmen, werden junge Menschen von den Arbeitsagenturen schließlich gefügig gemacht. Seit Hartz IV können Menschen unter 25 Jahren problemlos unter der Brücke entsorgt werden – Hauptsache, die Arbeitslosenzahlen gehen runter! Die davon betroffenen Menschen interessieren überhaupt nicht.

5. „Hartz IV-Empfänger“, das ist eigentlich ein problematischer Begriff. Seit der angeblichen Zusammenlegung und Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hat das „Jobcenter“ die Position des Sozialamts übernommen. Wer heute nach einem Jahr Erwerbslosigkeit keine Arbeit findet, fällt finanziell und auch sozial abrupt sehr tief in den ALG-II-Abgrund hinein. Als Hartz-IV-Empfänger werden heutzutage nicht nur Menschen bezeichnet, die sich im Jobcenter der Verfolgungsbetreuung aussetzen müssen, sondern auch all jene, deren Einkünfte nicht ausreichen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, außerdem erwerbstätige Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem Arbeitslosengeld-II-Empfänger leben sowie Arbeitslosengeld-I-Empfänger, deren Bezüge nicht ausreichen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und die also zusätzlich ALG II beziehen.

Die Rede ist von den sogenannten Aufstockern. Es lässt sich feststellen, dass als Hartz-IV-Empfänger eigentlich all jene Personen bezeichnet werden müssen, die in irgendeiner Form Arbeitslosengeld beziehen. Doch damit nicht genug: Hinzukommen müssen all jene Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem Arbeitslosengeld-II-Empfänger leben. Eigentlich müssten auch all jene Menschen noch mitgerechnet werden, die durch die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes betroffen sind und nun die Reform zu spüren bekommen, wie zum Beispiel die Ein-Euro-Jobber. Unzweifelhaft tragen sie dazu bei, dass reguläre Arbeitsplätze bedroht oder umgewandelt werden in solche, die durch Zeitarbeiter besetzt werden.

Verbessert hat sich lediglich die finanzielle Situation der Arbeitgeber: Ihre Risiken wurden gemindert. Derartige „Hartz-IV-Empfänger“ profitieren, denn sie werden staatlich *gefördert*, wohingegen perspektivlose Erwerbslose völlig sinnlos *gefordert* werden, sich auf nicht existente Arbeitsplätze zu bewerben! Diejenigen Hartz-IV-Empfänger, die dem Bild des „faulen Arbeitslosen“ entsprechen, stellen in der durchaus heterogenen Menge unterschiedlicher Leistungsbezieher, wenn überhaupt, nur einen sehr geringen Anteil. Von der sogenannten Reform profitieren nur die Unternehmer, aber unter staatlich verordneter Armut und gesellschaftlicher Diffamierung dürfen nun vielfältig und weitläufig immer mehr Betroffene leiden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Sanktion rechtswidrig: Einwurf eines Bewerbungsschreibens unter Zeugen reicht aus *(„Erwerbslosenforum“)*

Strafanzeige wegen Hochverrat: Merkela leugnet Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft *(Gert Flegelskamp)*

Auf der ganzen Welt nimmt der Hunger zu

Seit einigen Jahren werden die Lebensmittel künstlich verknappt durch Missbrauch großer Flächen für „Biosprit“-Gewinnnung und sogar direkte Verwendung von Nahrungsmitteln hierfür. Hinzu kommen Preistreiberei und Spekulationsgewinne der Monopole weltweit. Aber jetzt platzt immer mehr Menschen der Kragen: In zahlreichen Ländern kam es zu Hungerrevolten, Demonstrationen und Streiks!

In Ägypten, wo Brot um 26, Öl um 40 Prozent teurer geworden ist, streikten Zehntausenden von Industriearbeitern gegen diesen Wucher und für höhere

Löhne, und zwar trotz Verbot und massivem Polizeiterror, der zwei Tote forderte. Das Volk läst sich nicht einschüchtern! In Kroatien gab es am letzten Samstag mit 60.000 Teilnehmern die größte Demonstration seit Jahren, auch hier für höhere Löhne. In Tunesien wurde gegen Hunger demonstriert. Im westafrikanischen Burkina Faso begann am 9. April ein Generalstreik gegen Hunger und Elend. In Russland werden fünf Kohlegruben seit drei Wochen bestreikt, weil der Brotpreis von 10 auf 17 Rubel pro Laib gestiegen ist. Die heftigsten Kämpfe, die direkt den gewaltsamen Sturz der Regierung zum Ziel haben, finden gegenwärtig auf Haiti statt.

Wir sind also in Deutschland nicht allein, wenn wir feststellen, dass die Herrschaft der Monopole über die ganze Gesellschaft und die ihnen hörige Politik durch die Regierungen zu immer mehr Hunger und Not führt! Oskar Lafontaine fordert die Verstaatlichung wichtiger Konzerne wie der Stromversorger, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Aber was nützt das, wenn die Organe dieses Staates mit denen der Monopole verschmolzen und ihnen unterworfen sind? Der Bremer SPD-Landesvorsitzende Beckmeyer hat wortwörtlich denselben Brief geschrieben wie Bahnchef Mehdorn, um die Vergabe des S-Bahn-Netzes an die Deutsche Bahn AG zu erzwingen. Das wird sogar vom „Weser-Kurier“ als Lobbyismus gebrandmarkt. Es ist aber kein Ausrutscher, sondern der Normalfall!

Deswegen lautet der Schluss, dass dieses ganze System faul ist und endlich weg muss! Die weltweiten Revolten dagegen sind ein wichtiges Signal dafür, hier im Lande den Kampf aufzunehmen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Selbständige Streikaktion: Berliner Straßenbahnfahrer üben praktische Kritik an gewerkschaftlicher Klassenzusammenarbeitspolitik *(„Rote Fahne News“)*

Neuer Termin für den zweiten Sitzungstag im Berufungsverfahren gegen einen Teilnehmer der **Montagsdemo Hannover** wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ ist **Donnerstag**, der **17. April 2008**, um **9 Uhr** in Saal 2H2 des dortigen **Landgerichtes**.
Kommt zahlreich, unser Mitstreiter braucht Unterstützung!

Verfassungsfeinde unter sich: Schäuble hat kein Problem mit den Nazis *(„Spiegel-Online“)*

Wir haben unsere Ausstrahlung vervielfacht

Ein neuer Lautsprecher ist da! Obwohl das Wetter sich zwischen Schauer und Nichtschauer wieder nicht entscheiden konnte, gab es eine Premiere: Eine bei Ebay ersteigerte Lautsprecheranlage kam zum ersten Mal in Einsatz. Richtig mit Stativ kam der Schall aus angenehmer Höhe und erreichte gut verständlich jeden Winkel des Marktplatzes bei unserer 177. Montagsdemo in Bremen am 14. April 2008 um 17:30 Uhr. Obwohl der engere Kreis bei circa 30 Teilnehmern blieb, erreichten wir viel mehr Menschen, die auch in einiger Entfernung zuhörten.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Spontandemo: „Linke Clownsarmee“ blockiert Kölner Innenstadt *(„Spiegel-Online“)*

Wirtschaftswunder: Jede vierte Familie ist arm *(„Spiegel-Online“)*

Vattenfall fordert Schadenersatz: Der olle Beust schiebt Schwarzen Peter für Stopp des Kohlekraftwerks Moorburg den Grünen zu *(„Tageszeitung“)*

Lex Montagsdemo: Bayern will von „ungeeigneten Personen“ geleitete Versammlungen und selbständige Streiks verbieten *(„Rote Fahne News“)*

Post verkauft Arbeitszeitverlängerung als Lohnerhöhung: Am 2. Mai beginnen die Tage der Nichtarbeit *(„Spiegel-Online“)*

Verhör in Unterwäsche: Arge-Außendienstler lassen sich von James-Bond-Krimis inspirieren *(„Junge Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

178. Bremer Montagsdemo am 21. 04. 2008

Zwei Tage des Erfolges der Montagsdemo

Hört euch doch mal diese Zeilen an und urteilt dann: Jeder fünfte arbeitet in Billigjobs, jedes dritte Kind in Bremen ist arm, die Menschen haben zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben, es gibt ein Jobwunder nur im Niedriglohnbereich, Reichtümer für Arbeitnehmer sind nicht in Sicht, sie sind arm trotz Arbeit. Jetzt werden höhere Renten gefordert. Na, wie klingt das? Es ist wie Wasser auf die Mühlen derjenigen, die das schon lange so sagen! Jetzt noch diese Zeile: Seehofer attackiert Nahrungsmittel-Konzerne! Leute, ist das nicht schön? Richtig schön wäre es, wenn man jetzt endlich handeln würde!

Dazu gehört aber auch, dass diejenigen endlich alle protestieren, die betroffen sind und sein werden. Wir möchten keine Wahlgeschenke und keine Beruhigungsmaßnahmen, nein, wir möchten endlich, dass diese Missstände abgeschafft werden! Wir möchten endlich wieder Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven für alle Bürger und nicht nur für wenige. Das versteht sich von selbst! Nun noch eine Frage, die mich schon seit längerem beschäftigt: Kann mir endlich mal jemand erklären, was mit all dem eingesparten Geld gemacht wird? Wohin gehen die zusätzlichen Einnahmen? Es ist doch Aufgabe der Politiker, uns Bürgern auch Rechenschaft abzulegen, oder? Ich als Bürger möchte endlich wissen, wo meine Steuergelder hingehen! Sicher, ich erfahre bei den Haushaltsberatungen, wie unser Geld verplant wird. Dass weniger Schulden aufgenommen werden sollen, ist mir auch recht. Aber ist das wirklich alles?

Wieso müssen wir Bürger zwar Steuern zahlen, aber im einzelnen einer Steuererpressung tatenlos zusehen, wie zum Beispiel jetzt bei den Bankenskandalen? Der „Bund der Steuerzahler“ deckt immer neue Ungeheuerlichkeiten auf, aber der Bürger ist nur Zuschauer. Ich habe bis jetzt noch nicht festgestellt, dass hier jemand wirklich zur Verantwortung gezogen wird. Warum eigentlich nicht, ob-

wohl doch alle wissen, wo uns der Schuh drückt? Nun noch eine letzte Zeile: Immer mehr Rentner müssen nebenbei arbeiten, für Hungerlohn, versteht sich. Mal sehen, wann es mich erwischt und ich einem Jüngeren den Arbeitsplatz streitig machen muss! Altersarmut ist ein Skandal, der uns alle treffen kann, wenn wir uns dagegen nicht wehren! Die Montagsdemo tut das jede Woche um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz und wartet auf eure Solidarität!

Udo Riedel (parteilos)

Pfiffe gegen das „Langlebigkeitsproblem“: 800 Braunschweiger Rentner machen mobil zur Montagsdemo *(„Newsclick“)*

Preisabsprache: Discounter drücken mit massiver Marktmacht die Milchpreise auf Kosten der Bauern nach unten *(„Spiegel-Online“)*

Wenn ein Zwei-Mann-Streikposten zur verbotenen Versammlung wird

1. In diesem Monat hat die Bürgerschaft mit der Mehrheit von Rot-Grün den Haushalt Bremens beschlossen. Im Wesentlichen bleibt alles beim Alten. Ganz gleich, ob irgendeine Partei etwas ändern will: Es geht nicht, heißt es immer wieder, die finanzielle Lage lässt das nicht zu. Aber das ist nicht nur bei uns so, sondern auf der ganzen Welt: Die Profite der Weltkonzerne sprudeln zwar jeden Tag reichlicher, doch immer mehr Menschen haben keinen Anteil daran. Der Hunger auf der Welt nimmt zu!

Die Nahrungsmittelpreise steigen, weil die Nachfrage steige: So sei nun mal der Markt. Was für eine verkommene, zynische Logik! Immer mehr natürliche Landbauflächen werden der **Lebensmittelproduktion** entzogen, um Platz zu machen für sinnlose und schädliche Biospritproduktion oder anderen Raubbau. Alle Rohstoffe steigen im Preis, weil auf dem Markt unendliche Anarchie herrscht. Den Menschen in Afrika, Asien und Südamerika werden die Lebensgrundlagen entzogen, damit die Weltkonzerne noch mehr Profit machen können!

Was aber kommt dabei heraus? Noch mehr Armut und Ausplünderung der Arbeitenden und Arbeitslosen auf der Welt! In ihrem Wahn verspekulieren sich

die „großen“ Banker und rufen nach dem Staat, wenn es brenzlig wird für diese Herren, nicht zuletzt für Deutsche-Bank-Chef Ackermann mit seinen 14 Millionen Euro Jahresgehalt. Alle diese Banker sind bestens abgesichert, wenn es ihnen eigentlich richtig an den Kragen gehen müsste. Die Nokia-Kollegen fliegen einfach auf die Straße – die Banker und die Finanzleute in den Ländern, wie jetzt auch Ministerpräsident Milbradt in Sachsen, sie haben ausgesorgt. Da gibt es einen kleinen Deal wie bei Peter Hartz, und alles ist geritzt bei Gericht oder sonstwo.

Viele Menschen haben kein Vertrauen mehr in dieses System, sie beobachten und versuchen sich zu orientieren. Sie unterstützen das, was sie gut finden, so zum Beispiel die Streiks der Lokführer. Aber sie haben noch nicht den Mut, richtig selber einzustehen für eine neue Sache. Die **Montagsdemo** ist ein Ort, wo man das Selberaktivwerden ausprobieren kann. Wir werden von vielen beobachtet und auch bewundert, aber das reicht nicht. Wir wollen keine Stellvertreter sein, wir wollen, dass jeder seinen Beitrag bringen kann und bringt. Viele kleine Beiträge geben ein großes Ganzes! Professor Friedhelm Hengsbach hat der Montagsdemo bescheinigt, dass sie wesentlich mit dazu beigetragen hat, dass die Merkel-Regierung den Schröder-Kurs nicht fortsetzen konnte.

Auch punktuell haben wir einiges erreicht. Aber es geht auch immer wieder darum, nicht nachzulassen und die Kräfte einig zu halten. Am vergangenen Sonnabend tagte in Kassel die bundesweite Konferenz der Montagsdemos bereits zum fünften Mal. Angereist waren 130 Delegierte und Gäste aus 56 Städten. Eine neue Herbstdemonstration in Berlin im November ist ein Ziel, aber eben auch die Bündelung aller Kräfte. Dazu gehört auch die Verbesserung der bundesweiten Homepage, die im Moment einige Probleme hat: Beim Betreuerwechsel sind das Berichtsarchiv und die Kontaktliste verlorengegangen. Dass es hier in Bremen eine Montagsdemo gibt, ist dort seit einigen Wochen leider nicht mehr zu erfahren.

Aber auch in Bremen müssen wir in den nächsten Wochen „Hausputz“ machen. Wir haben schon begonnen, über neue Formen unserer Darbietung zu sprechen. Der neue Lautsprecher kann dazu ein Schritt sein. Wir brauchen ein breiteres Moderatorenteam, an einzelnen Mitstreitern hängt im Moment zu viel Arbeit. Unsere Homepage benötigt weiteren Speicherplatz. So wenig Teilnehmer wir hier auf dem Marktplatz sind, so viel Interesse wecken wir im Internet. In diesem Monat gibt es bisher im Tagesdurchschnitt rund 350 Besuche auf unserer Homepage, wobei gut 2.700 Dateizugriffe getätigt werden. Lasst uns daher darüber abstimmen, ob wir uns mehr Speicherplatz im Internet genehmigen wollen. Finanziell können wir uns das leisten. In der nächsten Zeit wollen wir auch hier und im Seemannsheim einen Finanzbericht geben.

2. Das Leipziger „Institut für Marktforschung“ hat jetzt eine Umfrage gemacht. Danach haben keine 48 Prozent der Befragten noch Vertrauen in die angeblich „soziale“ Marktwirtschaft, in den östlichen Bundesländern sind es kaum 33 Prozent. Das Vertrauen in das Funktionieren der „Demokratie“ ist fast genauso gering. Aber wie sieht denn auch die Lage der Menschen aus?

Der sogenannte Niedriglohnsektor ist innerhalb von zehn Jahren von 15 auf 22 Prozent gewachsen. Von den 6,5 Millionen Menschen, die darin beschäftigt sind, haben 75 Prozent eine Ausbildung, 68 Prozent sind Frauen, und 46 Prozent arbeiten in Vollzeit. Immer mehr Rentner müssen arbeiten, damit sie mit ihren Lebenshaltungskosten zurechtkommen. Damit nehmen sie Jüngeren auch wieder Arbeitsplätze weg. Das nutzen dann Reaktionäre wie Herr Herzog – ehemals schwärzester Kultusminister von Baden-Württemberg, oberster Richter in Karlsruhe und unangenehmer Bundespräsident – aus, um sich als Aufhetzer und Spalter zwischen Alt und Jung zu beweisen. Nein danke zu solchen Beiträgen!

Nach dem leider faulen Kompromiss im **Tarifstreit** im öffentlichen Dienst sind jetzt die Post-Kollegen dran: Ab 2. Mai 2008 drohen sie mit unbefristeten Streiks, wenn sich nichts bewegt bei den Kapitalisten. Wie auch sonst genießen die Post-Kollegen die Sympathie der meisten Bürger. Von den Regierungen Schröder und Merkel sind auch bei der Post nur Zumwinkels oder Arbeitsplatzvernichter gezüchtet worden. Für deren Zerstörungskurs gibt es keine Sympathie, nicht für Abbau von Postämtern und spekulative Börsengänge!

SPD und CDU haben sich auf eine angeblich entschärfte Online-Durchsuchung der Computer aller Bürger geeinigt. Mit Hochdruck wird an Überwachungs- und Ausforschungssoftware gearbeitet. Sandkorngroße Spionageelemente sind anvisiert, die jeder Mensch am Schuh oder in irgendeiner Tasche an sich ziehen kann, um dann vollständig in der Wohnung oder sonstwo auf Auskundschaftung zu gehen. Die SPD, die seinerzeit bei den Notstandsgesetzen noch zu Teilen dagegen opponierte, ist nun endgültig zur Vorbereitung einer präfaschistischen Ausspähung übergelaufen. Wenn es zu spät ist, wird man wieder schreien! Die Bundes- und Länderinnenminister lehnen weiter ein Verbot der NPD ab. Dem steht die Meinung der Bevölkerung gegenüber, die nach Befragung des „ZDF-Politbarometers“ zu 74 Prozent für ein NPD-Verbot stimmen.

Aber in Sachen **Faschisierung** des Lebens und des ganzen Staatsapparates geht Bayern ein Stück weiter. Noch im Sommer soll ein neues bayerisches Versammlungsrecht verabschiedet werden. Danach müssen alle Streiks 72 Stunden vorher bei der Polizei angezeigt werden, andernfalls droht ein Bußgeld von 3.000 Euro. Ein Zwei-Mann-Streikposten ist bereits eine „Versammlung“ und kann geahndet werden. Weiter ist die vollständige Aufnahme aller Personalien des jeweiligen Versammlungsleiters geplant. Das geht jeden an und soll seine einschüchternde Wirkung auf alle haben, die es wagen, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen! In München bildet sich gerade ein breites Bündnis gegen diese Verschärfung des Streik- und versammlungsrechtes heraus. Das verdient unsere volle Unterstützung!

War da doch noch etwas? Ach ja, der Herr von Pierer, Ex-Siemens-Boss und exzellenter Berater von Schröder und Merkel! Ein ehemaliger höherer Mitarbeiter hat kundgetan, dass von Pierer sie zu ihren Sondertaten für Siemens richtig aufgestachelt habe. Was? Nein, davon kann doch gar keine Rede sein! Was die Leute so reden! Immerhin ließ er sich bereit, mal ein wenig mit der Staatsanwaltschaft

zu plaudern. Ein ganz kleines Bisschen gibt man zu, und ansonsten wird es schon klappen, wie bei Herrn Hartz. Dessen Affäre ist doch längst vergessen! Jeder denkt bei dem Namen nur noch an die Hartz-Gesetze. Ist das schlimm?

Jobst Roselius

Versteckspiel: Nur jede fünfte der über 100 Montagsdemos ist auf der Homepage der „Koordinierungsgruppe“ verzeichnet *(„Bundesweite Montagsdemo“)*

Ein Festival der Intoleranz

Das „Antisexistische Bündnis“ ruft dazu auf, sich am **30. April 2008**, einen **Mittwoch**, um **20 Uhr** am Kulturzentrum **Schlachthof** zu versammeln, um auf dem Domshof gegen das „**Christval**“ zu demonstrieren, das vom selben Tag bis zum 4. Mai in Bremen stattfindet. Am **3. Mai 2008** soll um **14 Uhr** eine **Kundgebung** stattfinden.

Die Zeitzurückdreher des „Christivals“ wollen erreichen, dass Abtreibung und Sex vor der Ehe, Verweigerung von Sex in der Ehe, Scheidung, homosexuelle Beziehungen und Selbstbefriedigung nicht nur als „Sünde“ gelten, sondern auch verboten werden. Die Errungenschaften der Frauenbewegung werden somit zu Grabe getragen! Das ist nicht nur frauenverachtend, sondern menschenverachtend! Die patriarchalischen Verhältnisse sollen hier in Namen des „Christentums“ verherrlicht und verfestigt werden. Das ist grundsätzlich abzulehnen!

In ihrem Buch „Jesus von Nazaret“ schreiben Dorothee Sölle und Luise Schottroff in der Einführung: „Die wichtigsten Quellen für Jesus von Nazaret sind die Evangelien des Neuen Testamentes. Die Menschen, deren Stimmen in den Evangelien zu hören sind, sprechen von Jesus, weil er ihnen Kraft schenkte, obwohl er schon gestorben war. Sie waren nicht Geschichte der schreibenden Historiker, sondern sprachen die Sprache des Glaubens. So ist es im präzisen Sinne des Wortes nicht möglich, eine Biographie Jesu zu schreiben. Dennoch ergibt das Gemälde des Glaubens in den Evangelien ein Bild, aus dem sich historische Erkenntnisse herauslesen lassen, vor allem, wenn Jesus und seine Freundinnen und Freunde auch nach den Tode als Angehörige einer weitgehend homogenen Bewegung innerhalb des Judentums begriffen werden. Erst mit der grundlegenden Veränderung der sozialen Struktur der Jesusbewegung zu einer hierarchisch geordneten Institution seit der Mitte des zweiten Jahrhunders nach Christus verändert sich das Jesusbild: Es nimmt dogmatische und hierariche Züge an.“

Diese Worte zitiere ich hier, um eindringlich davor zu warnen, die Bibelzitate wortwörtlich zu nehmen und danach zu handeln, da ansonsten christlicher Fundamentalismus entsteht, wie er im „Christval“ Verbreitung finden soll. Der Sexismus predigt Frauen- und Menschenverachtung und ist als solcher abzulehnen! Wir müssen uns auch die Frage stellen, in welchem zeitlichen gesellschaftlichen Hintergrund die Bibel verfasst wurde, 200 Jahre nach Christi Geburt. Die Antwort lautet eindeutig, dass in der Bibel patriarchalische Positionen vertreten sind. Die Jüngerinnenbewegung, die es Frauen ermöglichte, sich aus patriarchalischen Rollenbildern zu befreien, wurde durch die päpstliche Kirche vernichtet, ihre Schriften verbrannt. Wer Schriften zensiert, sie den Flammen zu Opfer fallen lässt, verbrennt auch Menschen, wie die Ketzer- und Hexenverfolgung eindeutig vor Augen führte.

Familienministerin Ursula von der Leyen hat über das „Christival“ die Schirmherrschaft übernommen und erhofft sich „neue Impulse für die Jugend“. Dafür werden 250.000 Euro von unseren Steuergeldern zum Fenster hinausgeschmissen. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit! Alle, die gegen die alltägliche sexistische Gewalt in der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft eintreten, sind aufgerufen, am 30. April um 20 Uhr zum Schlachthof zur Demo zu kommen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Eine unqualifizierte Anfrage der Bremer CDU an den Senat

Mit der Drucksache 17/157 S vom 8. April 2008 stellt die Bremer CDU hinsichtlich der **Kosten der Unterkunft** für ALG-II-Betroffene unter dem Titel „Baustelle Bagis – Effektivität, Effizienz und Qualität sicherstellen“ eine Große Anfrage an den Bremer Senat, die die bundesweite Rechtsprechung völlig unberücksichtigt lässt und somit der Realität entbehrt. Um den Senat zu entlasten, damit er sich um wichtige, realitätsbezogene Anfragen kümmern kann, möchte ich die Anfrage der CDU an dieser Stelle beantworten.

Die CDU fragt zu den Anhebungen der Mietobergrenzen:

1. *Wie wird der Senat sicherstellen, dass durch die Einführung der neuen Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II, in der der Umgang mit der Anhebung der **Mietobergrenzen** geregelt ist, fehlerhafte Berechnungen, wie sie in der Vergangenheit durch den Rechnungshof aufgezeigt wurden, nicht erneut auftreten?*

   Antwort: Verwaltungsanweisungen sind keine Rechtsquellen, und die Festlegung fixer Mietobergrenzen ist unzulässig. Die Angemessenheitsüberprüfung der Kosten der Unterkunft ist von der Bagis einzelfallbezogen vorzuneh-

men. Dabei hat sich die Bagis einzelfall- und stadtteilbezogen an den üblichen Mieten des Wohnungsmarktes zu orientieren. Unterlässt die Bagis eine solche Einzelfallüberprüfung, ist die Miete in voller Höhe als angemessen zu übernehmen.

2. *Plant der Senat die Erstellung eines **Mietspiegel**s? Wenn ja, warum, und wie beurteilt der Senat die Auswirkungen eines solchen Mietspiegels auf die Mietlandschaft Bremens?*
   Antwort: Der häufigste „Google“-Suchbegriff, mit dem auf die Homepage von „so:leb – Sozialer Lebensbund e.V.“ zugegriffen wird, ist mit einem Anteil von 42 Prozent der Begriff „Mietspiegel Bremen“. Das heißt also, dass sehr viele Menschen in Bremen etwas über einen Mietspiegel in dieser Stadt in Erfahrung bringen wollen. Daraus kann man schließen, dass die Nachfrage nach einem Mietspiegel in Bremen sehr hoch ist, da ein solcher – wie jedes Kind weiß – zur Orientierung am Preis-Leistungs-Verhältnis der ortsüblichen Mieten dient.
3. *Alle **Leistungskürzungen** wegen zuvor unangemessener Mieten waren zum 1. November 2007 rückwirkend an die neuen Mietobergrenzen anzupassen. Wie viele Bedarfsgemeinschaften waren von diesen rückwirkenden Anpassungen betroffen?*
   Antwort: Alle Leistungskürzungen hinsichtlich der Mieten waren und sind rechtswidrig, da die Festlegung fixer Mietobergrenzen anhand von Verwaltungsanweisungen rechtswidrig ist und die Bagis bisher einzelfallbezogene Angemessenheitsüberprüfungen der Kosten der Unterkunft unterlassen hat.
4. *Wie viele **Bedarfsgemeinschaften** leben derzeit in Wohnungen mit Mieten, die die neuen Mietobergrenzen überschreiten?*
   Antwort: Diese Frage ist rein akademisch, da die Festlegung fixer Mietobergrenzen anhand von Verwaltungsanweisungen rechtswidrig ist und die Bagis bisher einzelfallbezogene Angemessenheitsüberprüfungen der Kosten der Unterkunft unterlassen hat.
5. *Laut Vorlage der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom Oktober 2007 sollen die Aufforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten stufenweise nach **Überschreitungsgrad** erfolgen. Wie weit sind Überprüfungen der Angemessenheit der Mieten nach den neuen Mietobergrenzen fortgeschritten, und für wie viele Bedarfsgemeinschaften werden derzeit Mieten oberhalb der Mietobergrenzen bezahlt?*
   Antwort: Auch diese Frage ist rein akademisch, da die Festlegung fixer Mietobergrenzen anhand von Verwaltungsanweisungen rechtswidrig ist und die Bagis bisher einzelfallbezogene Angemessenheitsüberprüfungen der Kosten der Unterkunft unterlassen hat.
6. *Wie lange dauert es im Durchschnitt, bis die Angemessenheit von Kosten der Unterkunft überprüft wird, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nach § 22 SGB II eine Übersteigerung vom angemessenen Umfang der Aufwendungen in der Regel **sechs Monate** nicht überschreiten soll?*

Antwort: Auch diese Frage ist rein akademisch, da die Festlegung fixer Mietobergrenzen anhand von Verwaltungsanweisungen rechtswidrig ist und die Bagis bisher einzelfallbezogene Angemessenheitsüberprüfungen der Kosten der Unterkunft unterlassen hat.

7. *Ist eine regelmäßige **Innenprüfung**, wie sie im Rechnungshofbericht 2007 erwähnt wurde, mittlerweile organisatorisch in der Bagis verankert? Wenn ja, wie oft findet eine Innenprüfung statt, und zu welchen Ergebnissen ist sie bisher gekommen?*
   Antwort: Auch diese Frage ist rein akademisch, da die Festlegung fixer Mietobergrenzen anhand Verwaltungsanweisungen rechtswidrig ist und die Bagis bisher einzelfallbezogene Angemessenheitsüberprüfungen der Kosten der Unterkunft unterlassen hat. Die Ergebnisse einer Innenprüfung können somit nur falsch sein.
8. *Teilt der Senat die Ansicht, dass man aufgrund der Mindereinnahmen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft durch den Bund und den zu erwartenden **Mehrkosten**, die durch die Anhebung der Mietobergrenzen anfallen werden, die Verwaltungseffizienz bei der Ausführung der angesprochenen Leistungen begleiten muss, um unberechenbaren Kostensteigerungen rechtzeitig entgegenzuwirken?*
   Antwort: Da sich diese Frage auch auf die rechtswidrige Festlegung fixer Mietobergrenzen anhand von Verwaltungsanweisungen bezieht, hätten diesbezügliche Kostensteigerungen keinen Bezug zur Realität.

Es lässt sich abschließend nur wiederholen, dass diese unqualifizierte Anfrage der CDU keinen Bezug zur Realität hat. Es verwundert doch sehr, dass die CDU die bundesweite Rechtslage hinsichtlich der Kosten der Unterkunft für ALG-II-Betroffene hier nicht berücksichtigt, zumal Herr Röwekamp als Jurist diese ja kennen sollte. Ich empfehle der Bremer CDU, sich vor ihren Anfragen an den Senat erst bei der Bremer Montagsdemo über die Rechtslage zu informieren. Herr Röwekamp, Sie treffen uns jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz!

Ein ALG-II-Betroffener und schwer enttäuschter
ehemaliger Wähler der Grünen (parteilos)

„Unter Brücken sollen sie schlafen“: CDU-Fraktionsvorsitzender Röwekamp verhöhnt Hartz-IV-Empfänger in der Haushaltsdebatte *(„Tageszeitung“)*

Unlogisch: Bedeutet es ein „Entheben von der eigenen Leistungsverantwortung“, wenn Geringverdiener, die lange Rentenbeiträge gezahlt haben, höhere Altersbezüge erhalten als die Grundsicherung für Hartz-IV-Empfänger? *(„Spiegel-Online“)*

„Konjunktur-Vollbremsung“: Der „Aufschwung“ ist schon wieder vorbei *(„Spiegel-Online“)*

Machtbesessenheit treibt oft höchst unschöne Blüten

Machtbesessen war der SPD-Politiker Uwe Beckmeyer schon immer. Das zeigt die steile politische Karriere des einstigen Lehrers und späteren Bremerhavener Abgeordneten, die ihn bis zum Fraktions- und Landesvorsitzenden seiner Partei führte. Unter dem SPD-Bürgermeister Klaus Wedemeier bekam er in den frühen 1990er Jahren zweimal als Senator für Wirtschaft, Häfen, Schifffahrt und Außenhandel eine riesige Machtfülle mit erstklassigen Verbindungen zur Handelskammer. Wedemeiers Nachfolger Henning Scherf machte ihn auch noch zum Arbeitssenator. Er dürfte mithin an sämtlichen Kürzungsorgien und Sozialabbauprogrammen jener Jahre maßgeblich mitgewirkt haben. Außerdem trieb er den konsequenten Ausbau Bremens zur Rüstungshochburg voran, indem er die „Bremer Lagerhausgesellschaft“ und die Hafenanlagen zum Hauptumschlagplatz für Kriegsgüter aller Art machte. Wir vom „Bremer Friedensforum“ protestierten damals mit zahlreichen Aktionen vor seinem Amtssitz, ersuchten ihn um Stellungnahmen und forderten von ihm den sofortigen Stopp der Rüstungsexporte über die Bremischen Häfen – leider vergeblich!

Jetzt gibt es eine große Kungelei und üble Kumpanei der Pöstcheninhaber Wedemeier und Beckmeyer an allen demokratischen Kontrollinstanzen vorbei zugunsten der Deutschen Bahn AG. Kein Wunder, wo doch der Große SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Zustimmung zu weiterer Teilprivatisierung befahl und ihm die Partei heute willig und gehorsamst gefolgt ist! Wedemeier steht bei der Bahn als „Berater“ auf der Gehaltsliste, und Beckmeyer schaufelt als Lobbyist und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag dem Mehdorn-Konzern den dicken Bremer S-Bahn-Auftrag zu! Und dies, obwohl der Mitbewerber „Osnabrücker Nordwestbahn“ zunächst den Zuschlag bekam, weil der das Betreiben des Nahverkehrsprojekts viel günstiger angeboten hatte. Das war selbst dem ansonsten neoliberalen „Weser-Kurier“ zu viel.

In einem kritischen Leitartikel vom 16. April 2008 heißt es: „Die Art und Weise, wie offensiv und kaltschnäuzig Uwe Beckmeyer hier vorgegangen ist, zeigt vor allem eins: Das Gefühl für politisch ehrenwertes Verhalten ist bei ihm nicht unbedingt ausgeprägt. Dass er Argumente dann noch wortwörtlich einem Schreiben der Bahn entnimmt, darf man wohl als politisch leichtfertig und verwegen bezeichnen. Ehrenhaft ist das nicht.“ So ist es! Während Armut und Elend im Lande Bremen immer größere Ausmaße annehmen, stopfen sich Beckmeyer & Co. völlig ungeniert und skrupellos die Taschen voll! Die vielen Hartz-IV-Betroffenen werden

sich bedanken, denn sie können die vermutlich überhöhten S-Bahn-Fahrpreise niemals aus dem Regelsatz bezahlen – und die anderen unterhalb des Existenzminimums lebenden Bevölkerungsgruppen ebenfalls nicht. Eine weitere Ausgrenzung also, und deshalb ist unsere Forderung umso dringender: Das weiträumig geltende Sozialticket muss endlich her! Es gibt viele gute Gründe, hier auf der Montagsdemo die menschenverachtenden Machenschaften hochrangiger Bremer Politiker öffentlich anzuprangern. So geht das nicht, Herr Beckmeyer!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am **Freitag**, dem **25. April 2008**, werden voraussichtlich die Gesetze zur **Ratifizierung des Lissabonner Vertrags** im Bundestag verabschiedet. Zu dieser Gelegenheit wird „**Attac**“ zwischen **16** und **17 Uhr** eine **Infoaktion** auf dem **Bahnhofsvorplatz** durchführen. Unterstützer sind willkommen!

Die gut versteckten Grausamkeiten im EU-Reformvertrag

Wir waren am Samstag in Kassel, beim bundesweiten Delegiertentreffen der Montagsdemo. Es kamen 130 Leute aus 56 Städten. Der Erfahrungsaustausch über die Argen war haarig, hat uns jedoch nicht demotiviert. Erfrischend war derjenige über die Demos und Aktionen. Am 8. November 2008 reisen wir wieder zur Großdemo in Berlin! Wer mitfahren will, kann sich bei uns melden. Außerdem rufen wir dazu auf, bei der Briefaktion von Attac zum **EU-Reformvertrag** mitzumachen. Auf der heutigen Bremer Montagsdemo sammeln wir Unterschriften gegen die Ratifizierung. Diese Briefe gehen per Fax an die Abgeordneten.

Europa stand für mich einmal für Vielfalt und Weite, gute Wirtschaftsbeziehungen, Toleranz und Gelassenheit, Quelle für viele Arbeitsplätze und eine vorbildliche Sozialcharta. Doch in Europa – genauer: in Lissabon – wurden im März 2000 unionsweite Rahmenbedingungen für „Arbeitsmarktreformen“ erdacht. Für Deutschland hat Peter Hartz die Umsetzung definiert („Hartz-Gesetze“). Die Umsetzung in Länderrecht oblag den einzelnen Staaten. Holland hatte die Umsetzung abgelehnt, aber teilweise wird sie nun nachgeholt. Vorreiter ist Großbritannien. Spanien hatte damals festgestellt, dass sich die Regierungen Europas zu Erfüllungsgehilfen haben degradieren lassen. Erstaunlich! Leider steht dieser Bei-

trag nicht mehr im Netz, auch nicht die damalige offizielle Erklärung. Nur einen Zeitungsartikel als Zeitzeugen habe ich noch gefunden, aus der deutschsprachigen Ausgabe von „Le monde diplomatique“, der französischen Monatszeitung für internationale Politik vom 16. Juni 2000.

Dieser Vertrag liest sich gut, die Grausamkeiten sind gut versteckt. Bereits vor dem Vertrag von 2000 wurden von der Arbeitsgruppe in Lissabon unter amerikanischer Führung und Mitwirkung von Bertelsmann „Denkanstöße“ für Europa erarbeitet. Der Vertrag von Lissabon soll in seiner aktuellen Fassung die Verfassung Europas werden. Damit der Name Bestand hat, sind die Unterzeichner zur Unterschrift nach Lissabon und anschließend zum Feiern nach Brüssel geflogen!

Frau Merkel hat ihren langjährigen Berater von Pierer aus seinen vertraglichen Pflichten entlassen – ganz offiziell, keinesfalls wegen der Schwarzen Kassen von Siemens. Frau Merkel ist nach Irland gereist, um den Lissabonner Vertrag zu verteidigen. Früher sei es so gewesen in Europa: Was die Politik zu Hause beim eigenen Volk nicht durchbekommen habe, wurde über Europa eingeführt! Frau Merkel hat zu Unrecht die Vergangenheitsform gewählt: Es ist heute so und mit diesem Vertrag erst recht. Das irische Volk darf als einziges in Europa über diesen Vertrag entscheiden. Alle anderen Regierungen haben Bammel vor dem eigenem Volk!

So wird Politikverdrossenheit erzeugt, ein Ohnmachtsgefühl, welches schnell in Wut umschlagen kann! Doch auch dafür wurde vorgesorgt: Die Bundespolizei wurde reformiert und für den Einsatz auf Großdemonstrationen ausgerichtet und ausgestattet! Europa bedeutet: Alles, was an Dienstleistungen erbracht wird, ist möglichst zu privatisieren. Geplant ist die Privatisierung der Bahn. Die Energieversorgung wurde bereits privatisiert. Die Auswirkungen spüren wir täglich!

Die Krankenhäuser werden privatisiert und mit Fallpauschale und Gesundheitsreform zur Insolvenz getrieben. Die gesetzliche soziale Absicherung, um die man uns weltweit beneidet, soll privatisiert werden. Krankenkassen werden über den Gesundheitsfonds zur Insolvenz getrieben. Die Arbeitslosenversicherung wurde vom Bundeshaushalt abgekoppelt. Die Beiträge müssen ausreichen, auch für die Pensionsansprüche der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Pflegeversicherung wird gerade einer „Reform“ unterzogen.

Die Rentenversicherung hat gravierende Änderungen in der Berechnungsformel für Leistungsansprüche erfahren. Allein durch die Fast-Halbierung des Rentenbeitrags für ALG-II-Betroffene muss sie erhebliche Einnahmeausfälle verkraften. Die Leistungsreduzierungen zwingen die Gutverdienenden wunschgemäß in private Zusatzversicherungen mit steigender Leistungsausweitung. Die bestehenden privaten Zusatzversicherungen wurden bei allen „Reformen“ der sozialen Sicherungssysteme verschont: Sie leisten *keinen* Beitrag für die Versorgungssubstanz!

Wir sind auch verpflichtet aufzurüsten, für eine weltweit einsetzbare Bundeswehr. Oberbefehlshaber der Nato ist der ehemalige Kommandeur von Guantánamo. Wer möchte dem seine Kinder anvertrauen!? Wie Krieg zu verurteilen ist,

hat beim Ostermarsch der Paderborner Theologe Eugen Drewermann auf dem Bremer Marktplatz eindrucksvoll geschildert.

Für den Einsatz im Inneren wurde die regionale Kommandostruktur geändert. Es erfolgen die Umstrukturierung des BKA, die Vorratsdatenspeicherung, Polizei- und Gerichtsreform, die Privatisierung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher, die Privatisierung der Schulen und Unis („Bologna-Prozess“), der Gefängnisse und sogar der „Irrenanstalten“ – eben die Privatisierung jeglicher öffentlicher Dienstleistung.

In Europa versickern viele Fördergelder, teilweise wird absichtlich nicht nachgefragt. Ein Buchprüfer, der die in großem Umfang grassierende Korruption öffentlich gemacht hat, verlor dafür seinen Arbeitsplatz! Für die öffentlichen Haushalte gilt ein Verschuldungsverbot, dadurch muss für jede größere Investition ein Privater gefunden werden. Dieser verlangt dann die garantierte Gewinnmaximierung, abgesichert durch Bürgschaften der öffentlichen Hand. Eine Wahlmöglichkeit der Politik besteht nicht mehr!

Europa verfügt auch neue Gebietsaufteilungen, etwa die Metropolregion Oldenburg-Bremen. Regiert wird unter gleichberechtigter Einbeziehung der Unternehmer, obwohl diese kein politisches Mandat haben. Die Außengrenzen werden gegenüber anliegenden Staaten mit sechs Meter hohem Maschendrahtzaun und Maschinengewehren gesichert. Überlebende „Grenzverletzer“ werden in der Wüste ausgesetzt.

Selbst die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent steht im Kontext mit Europa. Ziel ist ein unionsweit einheitlicher Mehrwertsteuersatz von 25 Prozent. Diesen Vertrag hat noch Helmut Kohl unterzeichnet. Das alles ist noch längst keine vollständige Übersicht. Europa unternimmt eine Vielzahl kleiner Schritte in die globale Richtung. Über alle vorstehenden Themen haben wir weitere Informationen auf den Seiten der Bremer Montagsdemo.

Europa sind auch solche Sachen: Die Doppeldeckerbusse müssen abgeschafft werden, weil sie nicht „behindertengerecht“ sind. Inzwischen dürfen in einem normalen Bus erst nach Umrüstung zwei Rollstuhlfahrer mitgenommen werden. Die passen auch in einen Doppeldecker! Oder, wie der „Weser-Kurier“ am 21. April 2008 meldet: „EU erlaubt gefährliche Dioxinwerte im Fisch“, der an sich sehr gesund ist, Dioxin hingegen krebserregend. Der neue Wert liegt 17 Mal so hoch wie der Grenzwert für Futtermittel.

Die Arbeitsgruppe in Lissabon arbeitet auch heute mit gleicher Zusammensetzung an der Fortschreibung und Umsetzung ihrer Ziele ohne jede parlamentarische Kontrolle! So ein Europa will ich nicht! Politiker, wacht auf – oder geht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Marieluise Beck

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Wahlkreis
Schlachte 19/20
28195 Bremen

☎ (0421) 3011-200
🖷 (0421) 165 53 53
✉ marieluise.beck@wk.bundestag.de

www.marieluisebeck.de

Marieluise Beck, MdB · Schlachte 19/20 · 28195 Bremen

Hans-Dieter Binder
Donaustr. 81
28199 Bremen

Bremen, 22. April 2008

Sehr geehrter Herr Binder,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Fax vom 21. April, in dem Sie mir Ihre Vorbehalte gegen den zur Abstimmung anstehenden „Vertrag von Lissabon" mitteilten. Entgegen Ihrer Einschätzung sind wir von Bündnis 90/Die Grünen der Meinung, dass in dem neuen Vertragswerk die positiven Aspekte bei weitem die negativen überwiegen. Natürlich hätte jedeR diesen Vertrag anders geschrieben. Aber als Vertrag, der im Wesentlichen auf den Bestimmungen des Verfassungsvertrages beruht und der von PolitikerInnen aus 28 Staaten und allen politischen Familien erarbeitet wurde, ist er ein wirklich ausgewogener Kompromiss zwischen den vielen unterschiedlichen Vorstellungen in allen Politikbereichen. Dieser neue Vertrag ist ein Meilenstein der europäischen Integrationsgeschichte und wird die Rechtsgrundlage der EU gegenüber dem derzeit geltenden Vertrag von Nizza in sehr vielen Bereichen verbessern. Deshalb unterstützen wir die Verabschiedung des Vertrages und werden uns dafür einsetzen, dass sobald wie möglich eine Einigung über die verbliebenen strittigen Punkte erreicht werden kann.

Europäische Verteidigungsagentur

Wir sehen die Bestimmung des Artikel 28a EUV (3), wonach sich die Mitgliedstaaten „verpflichten (...), ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" und eine „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten" einzurichten, aus mehreren Gründen ebenfalls kritisch. Zum einen ist es ärgerlich, dass zwar eine Agentur für den militärischen Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingerichtet wird, nicht aber ebenso eine für den zivilen Bereich. Zum anderen halten wir es grundsätzlich nicht für notwendig, die Einrichtung von Agenturen dieser Art explizit im Vertrag von Lissabon zu regeln. Allerdings bildet diese Bestimmung nur die Realität nach, denn die Agentur wurde bereits im Jahr 2004 auf der rechtlichen Grundlage des bestehenden EU-Vertrags eingerichtet und wird also nicht mit dem Vertrag von Lissabon neu geschaffen. Zudem ist sie die Nachfolgeorganisation der Beschaffungsagentur OCCAR, der Westeuropäischen Rüstungsorganisation WEAG und der Westeuropäischen Rüstungsgruppe WEAO.

Bundestagsanschrift: Deutscher Bundestag · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
☎ (030) 227-716 05, 🖷 (030) 227-762 62
✉ marieluise.beck@bundestag.de

..2

Keine Militarisierung der EU durch den Vertrag von Lissabon

Auch die „Durchführungsbestimmung", die „militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern", hat unseres Erachtens in einer Verfassung nichts zu suchen. Ganz abgesehen davon, dass wir es begrüßt hätten, wenn hier vor allem von einer substanziellen Verbesserung der zivilen Fähigkeiten die Rede gewesen wäre, sehen wir diese Bestimmung insgesamt jedoch eher gelassen. Von einer „Aufrüstungsverpflichtung" kann keine Rede sein. Umfang und Ausstattung der Streitkräfte sowie die Höhe der Militäretats werden weiterhin im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten bleiben. Außerdem wird jede Regierung für sich öffentlich in Anspruch nehmen, dass sie bereits in der Vergangenheit ihre militärischen Fähigkeiten „schrittweise" verbessert habe und dies auch in Zukunft „schrittweise" tun werde.

Die (west-)europäischen Staaten haben sich in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt und in unterschiedlichster Form für eine engere Zusammenarbeit im Rüstungsbereich ausgesprochen. Gemessen an den Ansprüchen sind die Fortschritte in diesem Bereich eher marginal. Jeder der inzwischen 27 Staaten unterhält nach wie vor seine eigenen Streitkräfte und eigene Rüstungskapazitäten. Arbeitsteilungen und das Zusammenlegen oder Poolen von Fähigkeiten sind selten. Vielfach sind diese Streitkräfte schon auf Grund unterschiedlicher technischer Standards nicht in der Lage, zusammen zu arbeiten. Das bedeutet konkret: Die europäischen Staaten geben mehr Geld für Verteidigung aus, als nötig. Mit der Europäischen Verteidigungsagentur wird ein erneuter Anlauf unternommen, diese Ineffizienz „schrittweise" zu beseitigen. Dies wird Jahrzehnte dauern. Nach Auffassung der Bündnisgrünen kann eine stärkere militärische Zusammenarbeit friedenspolitisch dann Sinn machen, wenn dadurch militärische Überkapazitäten abgebaut, Streitkräfte reduziert und Verteidigungsausgaben eingespart werden.

Gleichberechtigung von zivilen und militärischen Mitteln

Nicht unterschätzt werden sollte, dass der Vertrag von Lissabon gleichberechtigt von zivilen und militärischen Mitteln spricht. Weiterhin ist auf die wirklich hervorragenden außenpolitischen Zielbestimmungen hinzuweisen, wie sie in Artikel 2 (5) EUV festgeschrieben sind:

„In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen."

Damit werden nicht nur zivile und militärische Fähigkeiten auf eine Stufe gestellt, sondern auch die gesamte Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) an die Charta der Vereinten Nationen gebunden!

Ebenso erfreulich ist, dass die weitere Entwicklung der GSVP innerhalb des EU-Rahmens möglich wird, auch wenn nicht alle Mitgliedstaaten daran teilnehmen können oder wollen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Spielregeln der EU gelten, die nichtteilnehmenden Staaten angemessen konsultiert werden und das Europäische Parlament dies zumindest ansatzweise kontrollieren kann. Ein Voranschreiten außerhalb des EU-Rahmens, wie es sich

ohne den Vertrag von Lissabon abzeichnen würde, wäre für uns keine erstrebenswerte Alternative.

Allerdings kritisieren wir, dass das Europäische Parlament im gesamten Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterhin weitgehend machtlos bleibt. Es wird eines der wesentlichen grünen Ziele sein, bei der nächsten Vertragsänderung für mehr Beteiligungs- und Kontrollrechte für das Europäische Parlament zu streiten.

Auslandseinsätze werden vom Deutschen Bundestag entschieden

Auslandseinsätze werden nach wie vor vom Deutschen Bundestag entschieden. Denn die EU hat keine eigenen Streitkräfte. Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die übrigens vor allem ziviler Art sind, können nur durchgeführt werden, wenn einzelne Nationalstaaten bereit sind, nationale Streitkräfte oder Beamtinnen zur Verfügung zu stellen und alle Mitgliedstaaten der EU im Ministerrat der Mission zustimmen. Im Falle Deutschlands wäre es so, dass eine deutsche Beteiligung an einem EU-Einsatz nur stattfinden kann, wenn der Bundestag dem Antrag der Bundesregierung zustimmt. Kaum ein Parlament in der EU hat so weitgehende Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei Auslandseinsätzen, wie der Deutsche Bundestag.

Ich hoffe, dass ich Ihnen die grüne Position zum „Vertrag von Lissabon" verständlich machen konnte und deshalb dafür Verständnis haben, dass wir uns für die Verabschiedung des Vertrages einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

M. Beck

Die Protestbriefe gegen die Ratifizierung des EU-Reformvertrages wurden von zahlreichen Montagsdemonstranten unterzeichnet und noch am Abend an die Bremer Bundestagsabgeordneten Bernd Neumann (CDU), Volker Kröning (SPD), Uwe Beckmeyer (SPD) und Marieluise Beck (Grüne) gefaxt. Von Frau Beck erhielten wir die obige Antwort.

Kevins Ziehvater wurde von der Bremer Arge ausgehungert

1. Immer mehr Menschen in Deutschland arbeiten in **Billigjobs**. 2006 war bereits jeder fünfte Beschäftigte Geringverdiener. Von 1995 bis 2006 stieg der Niedriglohnanteil um gut 43 Prozent auf sage und schreibe 6,5 Millionen Beschäftigte an. Im Vergleich zu Dänemark, Frankreich und den Niederlanden hat Deutschland den höchsten Anteil von Billigjobbern unter den Erwerbstätigen. Somit könnte der Niedriglohnsektor bei uns bald größer sein als in den USA, wo etwa ein Viertel der Arbeitnehmer Geringverdiener sind. Die sogenannte Mittelschicht wird auch weiterhin fleißig angeknabbert, denn es haben längst nicht mehr nur gering qualifizierte Menschen Billigjobs: Der Anteil der Beschäftigten mit einer abgeschlos-

senen Ausbildung ist von 58,6 Prozent im Jahre 1995 auf 67,5 Prozent 2006 angestiegen. Rund drei Viertel aller Geringverdiener verfügen jedoch über eine abgeschlossene Berufsaubildung oder sogar über einen akademischen Abschluss.

Die Chancen, aus dem desaströsen Billiglohn wieder in angemessene Bezahlung aufzusteigen, die diesen Namen auch verdient, sind hierzulande besonders gering! Der Niedriglohnsektor bietet zwar Arbeit, sichert aber immer weniger ein menschenwürdiges Auskommen. Das penetrant und unerträglich laut gepriesene „Jobwunder“ hat sich offenkundig ausgerechnet im Niedriglohnbereich ereignet. Laut dem Bremer Professor Rudolf Hickel hat sich diese Entwicklung mit den Hartz-Gesetzen seit 2005 stark beschleunigt. Wenn Menschen unglaublich brutal in Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden, steckt eine hohe Zahl qualifizierter Leute im Niedriglohnsektor fest. Das ist eine dramatische Fehlentwicklung!

Wir sind wie immer auf dem besten Wege, den ganzen amerikanischen *Scheiß* bei uns einziehen zu lassen. So wird sich auch in deutschen Landen die Klasse der Working Poor ganz wunderbar mit drei Adjektiven beschreiben lassen, nämlich mit fleißig, hungrig und zahnlos. Die amerikanische Doktrin, dass harte Arbeit Armut heilt, gilt nicht mehr. Aber galt sie je wirklich? Armut ist wie eine blutende Wunde: Sie lockt Raubtiere an. Der Druck, der durch Hartz IV auf Arbeitslose ausgeübt wird, wird von einigen Unternehmern schamlos ausgenutzt. Sie bezahlen Dumpinglöhne und geben dann oft noch zynisch den „guten Rat“, sich das karge Gehalt mit ALG II aufstocken zu lassen. Damit machen sich die Unternehmer indirekt selbst zu Hartz-IV-Empfängern.

Während wir hören, lesen, erfahren müssen, dass beständig mehr Menschen trotz Arbeit zu wenig zum Leben und gerade eben zu viel zum Sterben verdienen, taucht gleichzeitig die scheinbar positive Botschaft in den Nachrichten auf, dass sich die Kinderarmut im letzten Jahr minimal verringert habe. Irgendwie fühle ich mich *verarscht!* Mir kann doch niemand erzählen, dass die Kinderarmut sinkt, wenn gleichzeitig die Zahl der Niedriglohnverdiener permanent steigt, so wie eben auch die Lebenshaltungskosten, besonders bei Energie und Lebensmitteln. Oder habe ich das alles ganz falsch verstanden, weil nämlich im Niedriglohnbereich ausschließlich kinderlose Menschen arbeiten? Es liegt auf der Hand, dass es sich bei dieser Nachricht nur um eine neue Statistik-Fälschung handeln kann!

2. Nach wie vor ist jedes dritte Kind in Bremen arm. Nirgendwo in Westdeutschland sind so viele Minderjährige auf Hartz IV angewiesen. Über 31 Prozent der Kinder unter 15 Jahren – die zwischen 15 und 17 werden gar nicht erst erfasst – sind von Sozialleistungen abhängig. Der angebliche Aufschwung macht sich eben nicht in der Form bemerkbar, dass die Menschen von Hartz IV unabhängig wür-

den, egal ob mit oder ohne Arbeit der Eltern. Im eigentlich reichen Deutschland sitzen viele Kinder hungrig im Klassenzimmer. Ihr Geld reicht nicht für eine warme Mahlzeit. Beim **Schulessen** ist eine unhaltbare Situation entstanden!

Es ist einfach nicht akzeptabel, dass Kinder von Hartz-IV-Empfängern nicht genug Geld haben, um in Ganztagsschulen das Mittagsessen zu bezahlen. Eigentlich sind die Länder für Bildung zuständig. Aber beim Essen handelt es sich ja nicht um eine Frage der Bildung, sondern um die Bestreitung des Existenzminimums. Es gibt da leider einen erheblichen Konstruktionsfehler im Sozialgesetzbuch für Hartz-IV-Empfänger: Für das Mittagessen wird lediglich ein einziger popeliger Euro einkalkuliert, obwohl eine Schulspeisung im wirklichen Leben regelmäßig im Durchschnitt 2,50 Euro kostet!

3. Am vergangenen Freitag wurden im sogenannten **Kevin**-Prozess **schwere Versäumnisse der Bagis** bekannt. Eine Mitarbeiterin der Behörde bestätigte vor dem Bremer Landgericht, dass der **Ziehvater** circa **zwei Monate lang keine Hartz-IV-Leistungen** bekam. Das ist ein **klarer Rechtsbruch**! Die Bagis hätte die Zahlung nicht einstellen dürfen, weil beim Ziehvater ein Kind unter drei Jahren lebte und beide weiterhin bedürftig im Sinne des Gesetzes waren. Eine Auseinandersetzung zwischen der Bagis und dem Ziehvater gab es auch um die Frage, ob er noch arbeitsfähig sei oder nicht. Die Behörde war der Ansicht, der Angeklagte könne nicht mehr arbeiten. Dieser sah das anders. Nach einigem Hin und Her landete der Fall vor der Einigungsstelle, und die Zahlungen an den Ziehvater wurden unberechtigt eingestellt. Ein entsprechender Beschluss wurde am Freitag vor Gericht verlesen.

Kevins Ziehvater hatte dagegen Widerspruch eingelegt, das Bremer Verwaltungsgericht gab ihm Recht und forderte die Bagis auf weiterzuzahlen. Nach dieser Entscheidung ging der Ziehvater umgehend in die Bagis und forderte sein Geld. Doch weil die Sprechzeit in der Behörde schon vorbei war, schickte man ihn wieder nach Hause. Die Mitarbeiterin der Bagis, die am Freitag vor Gericht aussagte, hat dies so bestätigt. Sie verwies aber auch darauf, dass die Bagis nur dann Geld auszahle, wenn der Gerichtsbeschluss schriftlich vorliegt. So bekam Kevins Ziehvater erst einen Tag später das ihm zustehende Geld. **Mehr als zwei Monate waren er und das Kind offenbar völlig mittellos**. Bloß scheint solch niederträchtige Unterlassung Plan der Verfolgungsbetreuung zu sein, mit dem Ziel, das Opfer oder auch den Klienten aus dem ALG-II-Bezug zu kicken, damit die Statistik wieder jubeln darf, weil durch den „Aufschwung“ so „viele in Arbeit vermittelt“ worden seien!

Die Bagis-Mitarbeiter wussten, was sie taten – und wenn sie es nicht wussten, dann bewiesen sie damit ihre Unfähigkeit oder Dummheit. Offenbar ist dies geschehen, um den Ziehvater dazu zu bewegen, vom Sozialamt Geld zu bekommen, also aus dem Hartz-IV-Bezug zu verschwinden. Dadurch sorgte die Bagis mit dafür, dass die „**tickende Zeitbombe**“, als die Kevins Ziehvater bereits bezeichnet wurde, leichter explodieren könnte. Das scheint ja nun auch geschehen

zu sein, denn **ungefähr in diesem Zeitraum** wurde der bedauernswerte kleine **Kevin zu Tode gequält**! Als ausführender Täter kommt vermutlich der Ziehvater in Frage. Doch kamen viele Versäumnisse zusammen, die Kevin zum Verhängnis wurden. Es gab Mitschuldige, wie zum Beispiel den amtierenden Bürgermeister Jens Böhrnsen, der persönlich darum gebeten wurde, sich um das Wohl des armen kleinen Jungen zu kümmern. Das scheint er ganz offensichtlich nicht getan zu haben! Auch hätte man den Ziehvater nicht mit Kevin alleinlassen dürfen!

Da fehlen nur noch die Namen aller Beteiligten – der Bürgermeister steht schon mal fest, die anderen fehlen noch. Ist die Würde eines jeden Menschen heutzutage noch unantastbar? Oder bleiben jene davon ausgenommen, die für die Gesellschaft noch nicht oder nicht mehr ökonomisch verwertbar sind? „Juchhu, den sind wir los“, steht in einem Aktenvermerk der Bagis. Für den Bremer „Weser-Kurier“ scheint auch schon festzustehen, dass es „von beiden Seiten aus etwas ruppig zugegangen“ sei. So also wird dann die niederträchtige Unterlassung umgedeutet! Schließlich geht es um Kostenfaktoren wie Prekariat gleich Abschaum und so weiter. Wer weiß, vielleicht bekommen die Bagis-Mitarbeiter noch eine Prämie, weil sie vermutlich gleich zwei Menschen, äh Prekarianer, aus der Statistik herausbefördert haben? Das Kind ist tot und der Ziehvater im Gefängnis.

4. Wenn ich mir Nachrichten anhöre, frage ich mich im Moment immer wieder, ob ich irgendwie im falschen Film bin. Eigentlich garantiert der Artikel 13 im Grundgesetz das Recht auf **Unverletzlichkeit der Wohnung**. Uneigentlich werden aber auch Ausnahmen definiert. So kann ein Richter die Durchsuchung einer Wohnung verfügen, um eine Straftat zu verhindern oder in einem Ermittlungsverfahren Beweise zu sichern.

Die Möglichkeiten des seit zehn Jahren bestehenden „Großen Lauschangriffs“ gehen den Anti-Terror-Ermittlern jedoch nicht weit genug, und so fordern sie, dass Privatwohnungen mit Kameras überwacht werden dürfen. Auch in den Räumen von völlig Unbeteiligten und Unverdächtigen sollen Videokameras versteckt angebracht werden dürfen, wenn die Wohnungen von „terrorverdächtigen Personen“ besucht werden! Wer soll das bitteschön sein? Da gibt es dann keine genaue Definition. Auf diese Weise werden doch einem totalitären Überwachungsstaat jegliche Türen und Pforten weit geöffnet, und er wird völlig unkontrollierbar! Mir kann auch niemand erzählen, dass nach einem Monat die Kameras wieder ausgebaut würden. Big brother, ick hör dir trapsen!

5. Am Samstag hörte ich, dass die **Praxisgebühr** nicht zu einem „Rückgang von Arztbesuchen“ führe. Was ist das denn, dass versucht wird, kranke Menschen vom Arztbesuch abzuhalten? Natürlich müssen sich die Kranken auch weiterhin behandeln lassen können! Im Schnitt geht jeder Bundesbürger zehn Mal im Jahr zum Arzt, der EU-Durchschnitt liegt bei 6,8 Arztbesuchen. Laut den Autoren der Studie ist die Praxisgebühr „zu niedrig, um vor dem Arztbesuch abzuschrecken“. Ich hoffe, alle wissen, dass Menschen mit einem sehr niedrigen Einkommen oder

chronisch Kranke bei ihrer Krankenkasse eine Freistellung von weiteren Zuzahlungen bei Medikamenten und der Praxisgebühr beantragen können, wenn sie zwei Prozent ihres Einkommens bereits dafür gezahlt haben! Bei chronisch Kranken ist es nur ein Prozent.

6. Offenbar will das Verteidigungsministerium den Abschlussbericht zu den Misshandlungsvorwürfen gegen deutsche KSK-Soldaten zensieren. Der Bericht geht den Vorwürfen des Bremers **Murat Kurnaz** nach, der von deutschen Soldaten in Afghanistan misshandelt worden sein will. Der „Spiegel“ berichtete, das Ministerium bestehe darauf, zentrale Befunde und Zeugenaussagen aus dem Berichtsentwurf des Untersuchungsausschusses der Öffentlichkeit zu verschweigen.

Gestrichen werden sollen demnach etwa Vorwürfe des Alkoholmissbrauchs gegen führende KSK-Offiziere. Auch Passagen, in denen schwere Anschuldigungen gegen US-Streitkräfte erhoben werden, möchte das Ministerium tilgen. Dabei geht es unter anderem um umstrittene Verhörmethoden der US-Kräfte. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Dieser geschönte Bericht ist doch das Papier nicht wert, auf dem er steht! Der Bremer Murat Kurnaz hatte zwei KSK-Soldaten vorgeworfen, ihn 2002 im US-Gefangenenlager Kandahar in Afghanistan geschlagen zu haben. Das muss gefälligst aufgeklärt und publik gemacht werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Martin de Wolf lädt ein zur Lesung seines Arbeitslosen-Thrillers „**Das Odessa-Experiment**“ am **Freitag**, dem **25. April 2008**, um **18:30 Uhr** im **Café 46**, Waller Heerstraße 46.

Pech gehabt: Schweriner Oberbürgermeister wegen Behördenversagen mit Folge eines Kindstodes abgewählt *(„Spiegel-Online“)*

Wer sich gegen Armut und Unterdrückung wehrt, lebt ehrenwert

Bei Sonne und Wind fand die 178. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Am Ende waren es circa 40 Teilnehmer und Zuhörer. Am Anfang standen ein kurzer Bericht von der bundesweiten Delegiertenkonferenz der Montagsdemonstrationen in Kassel und ihre Abschlussresolution. Aufgezeigt wurden die Zusammenhänge zwischen der Europapolitik und ihren Auswirkungen bis in unser Leben hinein. Geworben wurde für die Ablehnung und den Kampf gegen diese Politik. Wie immer gab es eine große Breite und Vielfalt der Beiträge.

Es kamen auch jene zu Wort, die eigentlich „von der Politik“ schon abgeschrieben und aus der Gesellschaft rausgefallen sind, indem sie nach langen Arbeitsjahren in den großen Konzernen mit 50 zukunftslos der Obdachlosigkeit überlassen werden.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Zehn Prozent Teuerung bei Lebensnotwendigem: Bundesweite Montagsdemo fordert 50 Euro „Hungerzuschlag“ auf Hartz IV *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

179. Bremer Montagsdemo am 28. 04. 2008

Es wirkt

So lautet eine Werbung für das Produkt X. Es wirkt aber auch das, was wir hier tun: Immer lauter werden die Stimmen derjenigen, die unsere Gesellschaftsordnung nicht mehr für gerecht halten, denn die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Das und vieles andere mehr sagen wir von der Montagsdemo nun schon seit über drei Jahren, und nun springen plötzlich alle auf den Zug auf: Die Gewerkschaften und sogar die Kirchen, auch immer mehr Politiker scheinen es zu begreifen und äußern sich lauter und lauter in den Massenmedien zu den Schlagwörtern Kinderarmut, Hungerlöhne, Belastung der Bürger und eben zu alledem, was wir Montag für Montag anprangern. Toll, sage ich, das müsste uns doch endlich mehr Anerkennung verschaffen!

Das tut es auch, sogar von Wissenschaftlern, nur sagen darf man es nicht zu laut, sonst müsste man ja zugeben, dass die Montagsdemonstranten im Recht sind, und wer tut das schon gern? Doch wir prangern nicht nur an, wir helfen auch, bilden Selbsthilfegruppen, gründen Vereine, aber nicht ein Wort davon steht in den Zeitungen, obwohl sie doch direkt vor Ort sind und sich schnell ein wahres Bild machen könnten. Denn hier auf dem Marktplatz wird wirklich Demokratie gemacht: Jeder hat bei uns das Recht, seine Meinung zu sagen. Hier stehen ganz normale Bürger, die seit Jahren auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machen, die sich für Demokratie und Frieden einsetzen und eines Tages sogar in die Geschichte eingehen werden!

Doch nun genug davon. Hier stehen auch Menschen, die sich immer mehr ausgegrenzt fühlen, Arbeitslose, die sogar zwei Berufe haben, Architekten, die wegrationalisiert worden sind, Lehrer und Ingenieure, die keinen Job mehr bekommen, Kaufleute, die weggemobbt worden sind, Buchhalter, Handwerker und Rentner, neuerdings auch schon Schüler, alles Menschen, die in unserer Gesellschaft nicht mehr gebraucht werden. Hier stehen also auch Menschen, die stu-

diert haben, die niemand mehr haben will. Was für eine Vergeudung von Potenzial, obwohl wir doch angeblich so großen Fachkräftemangel haben!

Ihr lieben Arbeitgeber, kommt her und macht euch selbst ein Bild, hier würdet ihr sie finden, die ihr braucht, aber auch das sage ich, nicht zu einem Hungerlohn! Jeder verkauft sich so gut er kann: Dieses Recht muss man auch uns zubilligen. Wenn unter euch Außenstehenden auch Menschen sind, die zu solchen Bedingungen arbeiten müssen, dann ist euer Platz hier an unsere Seite: Wir kämpfen auch dafür, dass endlich wieder faire Löhne gezahlt werden! Das gleiche gilt für die Senioren: Wir kämpfen auch für ausreichende Renten!

Udo Riedel (parteilos)

Bloß nicht so kritisch sein

Der Hunger in der Welt steigt, „das ist ja schrecklich!“ – die Energiepreise steigen, „das ist ja furchtbar!“ – die Börsenkurse steigen, „das ist ja wunderbar!“ – die Managergehälter steigen, „warum nur bei denen?“ – kreischt die Millionärsgattin. Die Armut steigt und mit ihr auch das Wegsehen. Natürlich steigen auch Unmut und Widerstand – wie zum Beispiel auf Haiti – bei denen, die gar nicht mehr anders können, wollen sie nicht an ihren selbstgebackenen Lehmkeksen vor Hungerschmerzen völlig krepieren. Aber hier?

Vor einer Woche wurden die Rentner in Braunschweig aktiv. Vielleicht geht eine neue Bewegung davon aus, vielleicht ist es auch nur eine kleine Prise Salz in der jetzigen Suppe. Fast jede Woche fragen wir uns hier und bei der Nachbesprechung: Warum kommen nicht mehr Menschen und werden aktiv? Unsere Werbemöglichkeiten sind zwar gering, aber die im Tagesdurchschnitt 355 Besuche und 2.662 Dateizugriffe auf der Homepage im April zeigen, dass viel, viel mehr Menschen Informationen und Hinweise wollen, als wir denken. Es steht nur leider zu vermuten, dass noch viel Wasser die Weser runterfließen muss, ehe mehr Menschen Mut haben und eine beständige Kraft aufbringen werden, hier zur Montagsdemo oder zu anderen Möglichkeiten des Aktivwerdens zu kommen. Wir wollen Mut machen, Anregungen geben und auch annehmen.

Die „Weser-Kurier-Sonntagszeitung“ feiert 25-jähriges Jubiläum: 450 geladene Gäste, vielleicht auch ein paar Leser unter den Gratulanten, feiern sich selbst bei Sekt und Schnittchen oder auch nur bei Selters. Letzte Woche noch hatte

es in der Druckerei gebrannt, jetzt kommen erlauchte Gäste, und es gibt eine dicke Zeitung – Gott sei Dank, sagen die Zeitungs-Herren. In dieser dicken Zeitung schreiben sie dann alle, von Böhrnsen bis Neumann, von Handelskammer bis zu Kultur und Arcelor, voller Dankbarkeit für die wohlwollende Berichterstattung und dass es mit Bremen aufwärts geht. Man will bloß nicht so kritisch sein und nicht so genau hinschauen, eben weggucken, verdrängen und alle Nörgler, die diese schöne Idylle stören, ins Leere laufen lassen! Wenn die „Bremer Tageszeitungen AG“ etwas hätten anstoßen wollen, um richtig in aller Munde zu sein, dann hätte sie eine ganz andere Aktion aufziehen müssen. Aber das darf ja nicht sein.

Wenn man an die „überhaupt nicht vorhandene“ Gleichschaltung der Medien denkt, an die geplanten Schäuble-Gesetze oder an die diversen Ausspionierungen hier durch BND, MAD und „Verfassungsschutz“, bei der Bagis und bis hin nach Afghanistan, dann muss man feststellen und fragen: Warum und vor wem haben die Herrschenden eigentlich so viel Angst? Es ist richtig: Immer mehr Menschen sind unzufrieden mit ihrer persönlichen und der allgemeinen Lage der Gesellschaft. Die Herrschenden haben Angst, dass diese Unzufriedenen mal ihre eigene Sache in die eigene Hand nehmen. Ob Leiharbeiter, Minijobber, Redakteur oder Lehrer: Keiner ist mehr zufrieden mit dem System. Noch wird mancher abgehalten, aus Angst vor der eigenen Courage, aber die Uhr geht weiter. Ein System, das nur mit Spaltung, Misstrauen und sanft gesteigertem Terror nach Innen und Außen seine „tolle Fassade“ halten kann, das wird anfällig und bietet keine Zukunft mehr. Die Menschen beobachten genau, was abgeht, wo sie vielleicht mitmachen werden und was sie ablehnen wollen. Dafür müssen wir offen und solidarisch bereit sein. In der kämpferischen Opposition seid ihr willkommen!

Jobst Roselius

Der Lissabon-Vertrag muss weg!

Letzte Woche wurde der sogenannte EU-Verfassungsvertrag von Lissabon durch den Bundestag gepeitscht, wobei nur „Die Linke“ geschlossen dagegen stimmte. Auf einer von der Presse bezeichnenderweise nicht beachteten Veranstaltung im „Konsul-Hackfeld-Haus“ erklärte die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht, dass „Die Linke“ den Vertrag rundweg ablehnt und dass sie sich bei künftigen parlamentarischen Abstimmungen den starken Rückhalt der außerparlamentarischen Bewegungen wünscht. Ich denke, dass hier die bundesweite Montagsdemo voll auf ihrer Seite steht!

Das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ hat ja bekanntlich mit einer breit angelegten E-Mail- und Unterschriftenaktion in diesem Sinne gehandelt. Einige EU-Abgeordnete haben auf den Protestbrief des Bündnisses geantwortet. Der Bremer Rüstungslobbyist Volker Kröning (SPD) redete das Vertragsungetüm in dem gleichen monströsen Bürokratenkauderwelsch schön, in dem das verlogene Machwerk auch verfasst ist. Hinter dem Ganzen steckt der zynische Vorwurf: „Was wollt ihr eigentlich? Alles wird gut! Europa ist frei, wunderschön sozial, demokratisch, menschlich und friedlich!“ Vom Kriegführen ist da ebenso wenig die Rede wie vom hemmungslosen Wettrüsten der Mitglieder, obwohl dies seit mehreren Jahren längst geschieht und im EU-Vertrag auch festgeschrieben ist. Die Krönung des Kröning-Briefes ist dann der oberdreiste Schlusssatz: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie ebenfalls einen Beitrag zu einem besseren und vorbehaltlosen Verständnis des Vertrages von Lissabon leisten würden.“

Marieluise Beck von den Grünen formulierte in ihrem inhaltlich ähnlichen Antwortbrief wenigstens einige vorsichtige Kritikpunkte. Schließlich soll es ja noch ein paar grüne Basis-Mitglieder geben, die zuweilen – wie beim hiesigen Ostermarsch – auch auf Friedensdemos zu sehen sind! Dann verbreitet auch Beck handfeste Lügen! Und sie widerspricht sich. Da wird ähnlich wie bei Kröning behauptet, es gebe keine Militarisierung der EU, und wenige Sätze weiter heißt es, die Fortschritte in der Rüstungszusammenarbeit seien „eher marginal“. Das ist ein schlechter Witz, Frau Beck! Ich erinnere Sie an multi-europäische Rüstungskonzerne wie EADS, Atlas-Elektronik und Airbus. Sie bauen seit vielen Jahren den Militär-Airbus A400M, den Eurofigter, basteln an der Neuentwicklung anderer fieser Waffensysteme und sogar an Spionagesatelliten im Weltraum. Viele dieser Betriebe sind in Bremen ansässig! Der Passus über die „Gleichberechtigung von zivilen und militärischen Mitteln“, die im Konfliktfall anzuwenden seien, und der angeblich sogar an die Charta der Vereinten Nationen gebunden sein soll, ist ebenso wie alles andere haarsträubend und verlogen!

Der europäische Kriegseinsatz hat längst begonnen. Es begann bereits mit Jugoslawien, und sogenannte Krisenreaktionskräfte, Battle Groups und Schnelle Eingreiftruppen operieren längst an den nationalen Parlamenten vorbei in vielen Teilen der Welt. Deutschland spielt hier wie in Sachen Sozialkahlschlag die Schlüsselrolle, und auch das EU-Parlament ist nur ein scheindemokratisches Feigenblatt für den allmächtigen Europäischen Ministerrat. Diese vollendeten Tatsachen sollen jetzt alle Verfassungsrang erhalten. Es bleibt dabei: Der Lissabon-Vertrag muss weg!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Allmähliches Aushungern der Unterschicht: Zur Bestandssicherung hätte der Hartz-IV-Regelsatz zum 1. Juli 2007 auf 364 statt 347 Euro angehoben werden müssen *(„Paritätischer Wohlfahrtsverband“)*

Warum Lidl so billig ist: Abmahnungen, Lohneinbehalt, Brandverletzungen, Sicherheitsmissachtung, Betriebsratsverhinderung *(„Spiegel-Online“)*

„Wir müssen mit Leib und Seele dem Volke dienen“

Von dem Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer (SPD) erhielt ich den Auftrag, der Bremer Montagsdemo seinen Brief zu überreichen. Daraus geht hervor, dass Europa für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung steht. So war ich auf der Veranstaltung der „Marxistischen Abendschule“ in Kooperation mit der Partei „Die Linke“. Es sprach Sahra Wagenknecht zum Thema „Die Zukunft Europas: Champagner für die Reichen und Wasser für den Rest?“

Sahra Wagenknecht klärte uns darüber auf, dass die Liberalisierung der Märkte und die Militarisierung im Lissabon-Vertrag festgeschrieben sind. Dass wir in Deutschland ein privates Geldvermögen von 4,7 Billionen Euro besitzen. Dass die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen, die aus anderen europäischen Ländern zu uns kommen, darauf beruht, dass sie Dumpinglöhne zahlen, wie der Europäische Gerichtshof feststellte. Dass erst eine SPD-Regierung gewählt werden musste, um die Hartz-Gesetze durchzusetzen. Die hohen Gewerkschaftsfunktionäre mit SPD-Parteibuch halfen Herrn Schröder dabei. Auch Herr Beckmeyer von der SPD lobt diese „Reformen“ namens Agenda 2010.

Unter „Vollbeschäftigung“ ist wohl zu verstehen, dass wir nach den Vorstellungen der Vollstrecker der Hartz-Gesetze zu flexiblen Maschinen werden. Nach der Verwertungslogik des Kapitals müssen wir allzeit bereit sein, uns ausbeuten zu lassen! Wir sind keine Menschen in der Logik des kapitalistischen System! Unter „ Vollbeschäftigung“ verstehen die neoliberalen Vertreter des Kapitals, dass Unternehmen ihre Niedriglöhne aus Steuergeldern subventioniert bekommen. Sahra Wagenknecht wies darauf hin, dass alle Parteien – ob SPD, Grüne, FDP oder CDU/CSU – sagen, wir müssten uns den Sparzwängen unterordnen. So gibt es drei neoliberale Lügen: Erstens die vom Sparzwang, zweitens dass Niedriglöhne Arbeitsplätze schaffen, und drittens: „Wir müssen dem Diktat der neoliberalen Gesetze gehorchen“.

Die Länder haben durchaus die Möglichkeit, den Kapitalverkehr zu kontrollieren. Mindestlöhne gibt es in den meisten anderen kapitalistischen Ländern, ohne

dass diese daran zugrunde gehen. Da es in Deutschland den Niedriglohnbereich gibt, konnte sehr viel Kapital angehäuft werden, um die osteuropäischen Märkte zu erobern. Die Discounter wie Aldi haben ihre Marktketten im Osten eröffnet und sorgen mit ihrem Warensortiment dafür, dass die regionalen Betriebe zerstört und die Menschen dort arbeitslos werden. Wird bei uns ein Mindestlohn von 8,40 Euro eingeführt, wird die Armut zwar noch nicht beseitigt, aber es findet eine Begrenzung der Armut statt.

In Frankreich und Belgien kam es zu Generalstreiks, auch ohne großen Organisationsgrad der Gewerkschaften. Die Menschen solidarisierten sich, um gemeinsam ihre Forderungen durchzusetzen. Im Kapitalismus benötigen wir eine starke außerparlamentarische Opposition, die im Parlament mit der „Linken“ zusammenarbeitet, damit man sich gegenseitig unterstützt. Das Problem bei den Gewerkschaftsführern, die ein SPD-Parteibuch in Händen halten, ist, dass sie Schröder mithalfen, die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze durchzusetzen, statt aktiven Widerstand dagegen zu organisieren.

Inzwischen hat sich aber das Verhältnis zu den Gewerkschaften verbessert, und „Die Linke“ findet auch von ihnen Unterstützung. Wir müssen das System Kapitalismus überwinden, wenn wir die Ausbeutung der Natur und des Menschen durch den Menschen überwinden wollen, statt in der Barbarei unterzugehen. Wir sind aufgerufen, für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt einzutreten, für einen demokratischen Sozialismus, der uns hilft, in Freiheit zu leben!

Die neoliberale Ideologie kommt uns daher im Gewand der Wölfe im Schafspelz. Sie verwendet Begriffe aus der Arbeiter- und Frauenbewegung, um uns besser ausbeuten zu können. Sie fordert von uns Bescheidenheit und Verzicht ein! „Wir müssen bescheiden und umsichtig sein, uns vor Überheblichkeit und Unbesonnenheit in Acht nehmen und mit Leib und Seele den Volke dienen“, schreibt – wer? Mao Tsetung im „Zweiten Schicksal Chinas“.

Die Vertreter der Regierung, die neoliberale Ziele vertreten und verwirklichen, meinen mit „Bescheidenheit“, dass wir mit Hartz IV und Agenda 2010 zu Maschinen werden, die in Armut leben. Wir sollen auf Auto, Eigenheim und schöne Wohnungsausstattung verzichten, sogar auf gute, gesunde Lebensmittel. Mit Verzicht und Bescheidenheit meinen sie, dass die Mehrheit der Bevölkerung verarmen und sich krankarbeiteten soll. Die Deutsche Bundesbank fordert im Sprachrohr des neoliberalen Zeitgeistes, der „Bild“-Zeitung, das Rentenalter auf 68,5 Jahre zu erhöhen. Dabei gibt es bis 2030 gar keinen „demografischen Faktor“. Die Produktivkräfte sind heute so weit entwickelt, dass sich die Wochen- und Lebensarbeitszeit verkürzen kann, sodass kein Mensch in Armut leben muss.

Die Wölfe im Schafspelz, die ihre neoliberalen Ziele verbreiten, verlangen von uns, dass wir uns ausbeuten lassen, bescheiden sind und verzichten! Sie selbst verzichten keineswegs auf Luxus in Form von Villen, großen Autos, Jachten. Sie wollen, dass *wir* verzichten, damit *sie* ihren Reichtum behalten und mehren können! Was die Reichen von uns verlangen, ist ein ungerechter Verzicht, eine einseitige Bescheidenheit! Was wir benötigen, sind Verzicht und Bescheidenheit, die

alle Menschen in der Gesellschaft mit einschließen und die Reichen davon nicht ausnehmen!

Die „Volksvertreter“ im Parlament lassen sich permanent die Diäten erhöhen und beschließen Gesetze im neoliberalen Gewand, die uns verarmen lassen. Sie selbst lassen sich mit Aufsichtsratsposten in den Konzernen gut dafür bezahlen, dass sie die Besitzstandswahrung der Reichen betreiben und die Vermehrung des Reichtums mit Steuerermäßigungen für Reiche. Sie dienen nicht den Volke, obwohl dies laut Verfassung ihr Auftrag ist, sondern einer kleinen Minderheit von Reichen! Sie nennen sich „Partei der Mitte“ und helfen, dass wir nur noch 50 Prozent Menschen mit mittleren Einkommen haben – 1984 waren es noch 64 Prozent. Dafür haben wir neun Prozent, die nicht wissen, wohin mit den Reichtum!

Was wir brauchen, sind Bescheidenheit und Verzicht für alle, in der Form, dass der Reichtum gerecht aufgeteilt wird und kein Mensch in Armut lebt. Wir brauchen eine ökologische, nachhaltige Wirtschaftsweise und den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Wir müssen auf Energieträger wie fossile Brennstoffe, Uran und Plutonium verzichten – und auf Wind-, Sonnen- und Biogasanlagen in der Landwirtschaft setzen, auf Dezentralisierung der Energien. Autos dürfen nur im äußersten Notfall benutzt werden, um davon wegzukommen, permanent mit dem Auto unterwegs zu sein. Das bedeutet für die Reichen Verzicht auf Luxusautos. Werden weniger Autos produziert, stellt sich hier die Frage, wie dies geschehen kann, ohne dass die Menschen arbeitslos werden. Wie können sie neu ausgebildet werden, um in anderen wichtigen Bereichen der Gesellschaft wie Bildung und Kultur zu arbeiten?

Es geht nicht an, dass die Reichen den Wein trinken und von uns verlangen, Wasser zu uns zu nehmen. Es ist gerecht, wenn alle Wasser trinken – in der Form, dass eine ökologische, nachhaltige Wirtschaftsweise entsteht, in der es keine Profite gibt, sondern Gebrauchsgüter hergestellt werden, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Bettina Fenzel (parteilos)

Aktion gegen Armut: Der Hartz-IV-Satz für Kinder, Erwachsene und Rentner muss um mindestens 20 Prozent angehoben werden *(„Sozialverband VdK“)*

Rentner, auf zur Montagsdemo!

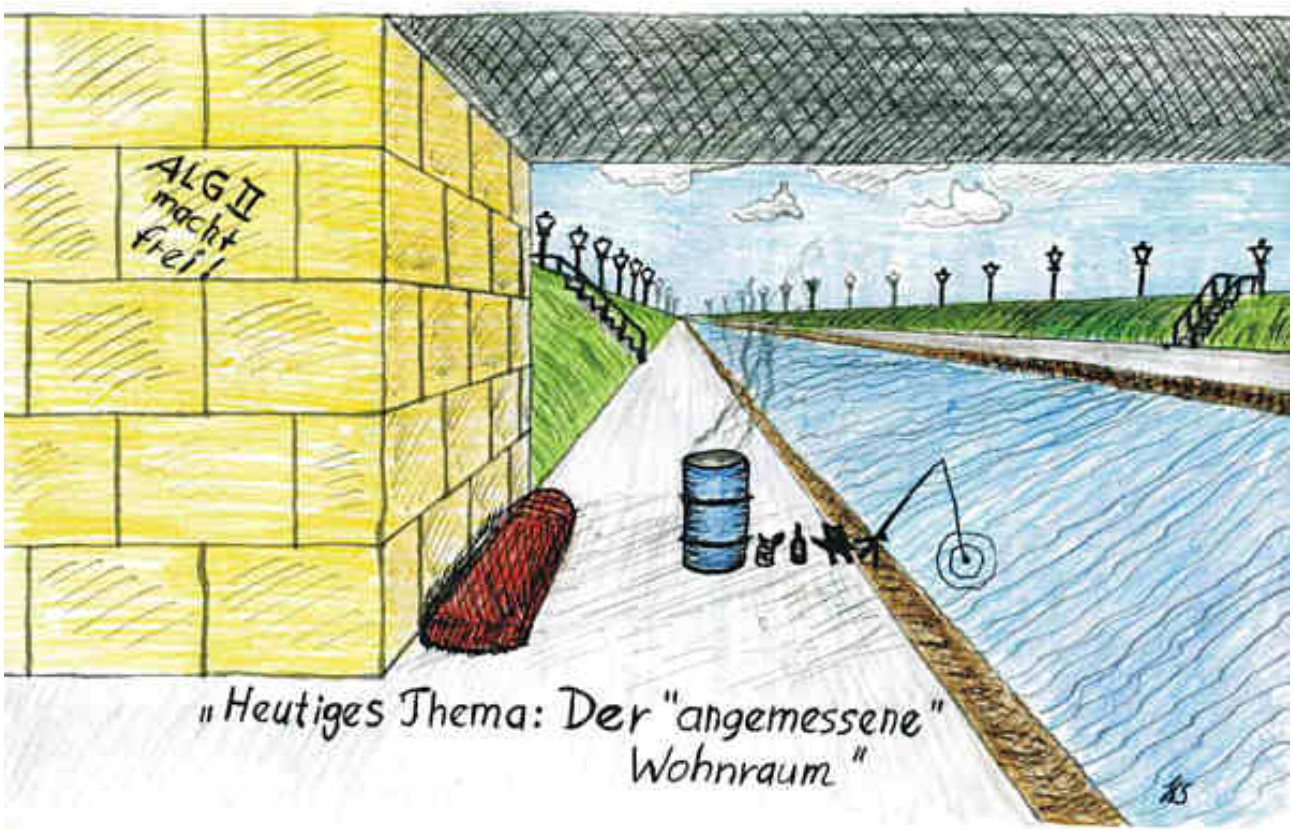
Laut Statistischem Bundesamt sind die Lebensmittelpreise in Deutschland im März um 10,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Nun wurde der Milchpreis von den großen Discountern wie Aldi, Lidl und Rewe gesenkt: Den Erzeugern soll es noch mehr an den Kragen gehen und der Milchpreis für die Bauern auf 35 Cent gedrückt werden! Dagegen gingen Tausende Bauern auf Straße.

Die Idee kam auf, jede Woche mit Treckern auf die Autobahn zu ziehen. Selbst Bauernpräsident Sonnleitner, bekennendes CSU-Mitglied, sagt: „Die Heuschrecken richten sich nun auch auf die Agrarrohstoffe!“ Doch es sind nicht nur die „Heuschrecken“ mit ihrer Abzockerei, sondern die „ganz normalen“ Monopole, die für den Anstieg der Armut verantwortlich sind. Milliarden Menschen auf der ganzen Welt leben in Armut und werden immer weiter ins Elend hineingetrieben!

Daimler machte im letzten Jahr 9,5 Milliarden Euro Gewinn, laut IG Metall zur Hälfte durch Senkung von Löhnen und Gehältern. Seit 2004 wurden 2.800 Arbeitsplätze bei Daimler in Bremen abgebaut, und jetzt kommt wieder die Erpressung nach altbewährtem Muster: Der neue SL wird in Sindelfingen gebaut, wenn nicht von der ausgehandelten Lohnerhöhung ein Prozent abgezogen wird, 16 Samstagsschichten ohne jegliche Zulage geleistet werden (das ist bald jeder Samstag) und außerdem eine zehnprozentige Rationalisierung (sprich: Personalabbau) durchgezogen wird. Und das ist noch nicht alles! Ich hoffe, dass bald auch hier mal wieder Kollegen von Daimler „live“ von diesen Zumutungen berichten. Die Montagsdemo ist nicht nur die Interessenvertretung der Arbeitslosen beziehungsweise der Hartz-IV-Betroffenen – sie ist auch das Forum für alle anderen, die nicht zu den Profiteuren dieses Systems zählen: für Arbeiter und Angestellte, für Jugendliche, denen man keine Zukunft lässt, für Rentner, die man mit Nullrunden abspeist.

Durch die mickrige Erhöhung von 1,1 Prozent und vor allem die damit verbundenen Angriffe von Roman Herzog bis zur „Bild“-Zeitung werden die Rentner als raffgierig und als Schuldige an der schlechten Lage der Jüngeren dargestellt. Doch nicht nur die Bauern, auch die Rentner beginnen sich zu wehren! Letzte Woche begann eine Montagsdemo der besonderen Art in Braunschweig: Über 2.000 Rentner demonstrierten dort – in bewusster Anlehnung an die „Ur-Montagsdemos“ in Leipzig zuerst mit Andacht im Dom, dann lautstark auf der Straße – für Rentenerhöhung und gegen Altersarmut. Das wollen sie jetzt jeden Montag tun! Der designierte CDU-Chef von Bremen, Thomas Röwekamp, will sicher nach allen Hartz-IV-Betroffenen auch die Altersrentner gleich mit unter die Brücken schicken. Der Zeitpunkt rückt näher, wo seinesgleichen aus ihren „Palästen“ vertrieben und dahin gebracht werden, wo Röwekamp heute die Hartz-IV-Empfänger haben will! Die Montagsdemo ist eine gute Einrichtung, um das schon mal einzuüben!

Wolfgang Lange (MLPD)



Zeichnung: Holger Schwengels („Maltricks“)

1.200 Euro Mietkaution sind zu viel: Da zahlt die Bagis lieber 4.200 Euro Hotelkosten *(„Weser-Kurier“)*

Unter Brücken sollen Sie schlafen, Herr Röwekamp!

„Unter Brücken sollen sie schlafen!“ – mit diesem Zwischenruf hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp in der Haushaltsdebatte am 10. April 2008 auf die Vorwürfe der sozialpolitischen Sprecherin der SPD reagiert, die CDU wolle mit der Absenkung der Mietobergrenzen „Tausende Menschen zum Verlassen ihrer Wohnungen und ihres sozialen Umfeldes zwingen“. Die SPD-Rednerin Karin Galing hatte den Zwischenruf gar nicht gehört, nun tauchte der Satz im Protokoll ihrer Rede als Zwischenruf auf. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Carsten Sieling forderte gestern seinen CDU-Kollegen auf, sich öffentlich zu entschuldigen („ Tageszeitung“).

Herr Röwekamp, Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen! Wir kannten Ihren Charakter ja schon immer. Mit Ihrer Impertinenz bedienen Sie lediglich einen Stammtisch, den es seit 20 Jahren nicht mehr gibt. Den Gefallen, unter Brücken zu schlafen, werden Ihnen weder Geringverdiener noch ALG-II-Betroffene tun,

und da Sie ohnehin bald von der politischen Bildfläche verschwinden, wäre eine Entschuldigung, die ohnehin nicht aufrichtig wäre, reine Zeitverschwendung!

Ein ALG-II-Betroffener und ehemaliger Wähler der Grünen (parteilos)

Sozialdumping schlimmer als bei Lidl oder Aldi: Kirchen-Mitarbeiter müssen Hartz IV beantragen *(„Spiegel-Online“)*

70-Stunden-Woche, drei Euro Stundenlohn: Jobcenter zwingt junge Arbeitslose in die Sklaverei auf einem rumänischen Kreuzfahrtschiff *(„Spiegel-Online“)*

„Jobwunder“ infolge Ersatzes regulär Beschäftigter durch Leiharbeiter

1. Als „erschütterndes Dokument sozialer Zerrissenheit“ bezeichnet der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ die jetzt bekannt gewordenen Zahlen aus dem dritten „**Armuts- und Reichtumsbericht**“. Der Verband fordert die Bundesregierung zur unverzüglichen Offenlegung des Berichtes auf, um eine sachliche Diskussion und sofortige Gegenmaßnahmen zu ermöglichen. Die Verbandsvorsitzende Heidi Merk bemängelte, es könne nicht sein, dass sich die Regierung verschweigt, während unsere Gesellschaft „förmlich auseinanderfliegt“.

Die Erhöhung der Armutsquote um mehr als 63 Prozent sei das Resultat einer seit mehreren Jahren verfehlten Sozial- und Steuerpolitik. Merk prangerte an, dass mit der Einführung von Hartz IV ein dramatischer Anstieg der Armut in Kauf genommen worden sei. „Wer milliardenschwere Steuergeschenke an Spitzenverdiener macht und es nicht wagt, größere Erbschaften und Vermögen gerecht zu besteuern, der darf jetzt über das Ergebnis nicht staunen oder gar lamentieren“, kritisiert die Verbandsvorsitzende. Der Verband fordere die Offenlegung aller vorliegenden Daten, um das Ruder noch herumreißen zu können. Merk klagte an, dass es nicht sein könne, dass Millionen Menschen unverschuldet an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden, während der andere Teil tatenlos zusehe.

2. Nun kommt es an den Tag, dass gut ein Drittel der mittleren und größeren Betriebe in Deutschland in den vergangenen beiden Jahren **Leiharbeiter** beschäftigt hat. Dabei haben in jedem vierten Entleihbetrieb Leiharbeiter ganz regulär Be-

schäftigte ersetzt! Gut 54 Prozent der Entleihbetriebe steigerten in diesem Zeitraum die Zahl der Zeitarbeiter. 40 Prozent der Betriebsräte meldeten, dass die temporären Kräfte in ihrem Betrieb im Durchschnitt länger bleiben. Mehr als ein Viertel der Betriebsräte von Entleihbetrieben geben an, in ihrem Betrieb hätten zwischen 2005 und 2007 Leiharbeiter regulär Beschäftigte ersetzt.

Hier wird die Funktion von Leiharbeit ganz massiv missbraucht, wenn immer mehr Unternehmen Leiharbeiter als flexible Quasi-Stammbelegschaft einsetzen! Die Zeitarbeit hat in Bremen binnen Jahresfrist um fast 40 Prozent zugenommen. Während die Arbeitsagentur von einem „Jobmotor" schwafelt, schimpfen die Gewerkschaften zu Recht. In meinen Augen mutet es sich geradezu verbrecherisch an, wie hier „ganz legal" immer mehr Menschen in die Armut getrieben werden, weil sie für die gleiche Arbeit oft nur die Hälfte des Gehaltes von Festangestellten bekommen. Den Rest kassiert die Zeitarbeitsfirma für ihre ach so aufwendige „Vermittlung". Staatlich geförderte Schmarotzer!

3. So ist es denn auch kein Wunder, dass Arbeit immer mehr Menschen krank macht. Inzwischen geht in Deutschland fast jede zehnte **Krankmeldung** auf psychische Beschwerden zurück. Das geht aus dem Bericht „Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz in Deutschland" hervor, den der „Berufsverband Deutscher Psychologen" am Dienstag in Berlin vorstellte. Die Tendenz sei steigend, hieß es weiter. Vor sieben Jahren sind es noch 6,6 Prozent gewesen. Es handelte sich dabei vorzugsweise um depressive Verstimmungen. Die Ursache wird dem Arbeitsplatz selbst zugeordnet.

Man muss nicht Psychologie studiert haben, um zu wissen, dass häufige Jobwechsel und prekäre Arbeitsverhältnisse psychische Belastungen sind. Für immer mehr Menschen ist die Unsicherheit zum ständigen unsichtbaren Begleiter geworden. Natürlich wirkt sich dabei die Angst vor Arbeitslosigkeit, dem rasanten Absturz in staatlich verordnete Armut, besonders negativ aus! Menschen, die permanent um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, geht es psychisch kaum noch besser als den Arbeitslosen selbst.

Schlimm ist es auch, dass Arbeitslosigkeit schon bald zu einer Allgemeinerfahrung von jungen Leuten avancieren wird. Insgesamt hat sich in der Bevölkerung eine Art von Vertrauensverlust vollzogen. Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, nehmen viele Menschen Umstände in Kauf, die ihr Privatleben erschweren. Denn jeder Umzug, jede Wochenendbeziehung kann eine kleine Lebenskrise bedeuten. Hartz IV als Angriff auf das Urvertrauen!

4. In ihrem Gastkommentar bei „Freitag", wohin die **Diffamierung von Erwerbslosen** führe, spricht Katja Kipping an, dass zum Geist der Agenda-Reformen eine Propaganda gehört, die Erwerbslose als Schmarotzer stigmatisiert. Um den Boden für Sozialabbau vorzubereiten, wird eine Anti-Faulenzer-Debatte angestoßen. Schon Ex-Kanzler Gerhard Schröder glänzte einst mit der Aussage, es dürfe kein „Recht auf Faulheit" geben. Katja Kipping spricht davon, dass sich

SPD-Abgeordnete dieser Argumentation inzwischen etwas geschickter bedienen. Aber Beschäftigte und Erwerbslose werden immer öfter subtil gegeneinander ausgespielt.

Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob die Sozialleistungsbeziehenden schuld seien an der schlechten materiellen Situation von Geringverdienenden. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Je prekärer die Situation von Erwerbslosen ist, um so eher sind die Beschäftigten zu Zugeständnissen bereit. So wird Erwerbslosen, die schon unter Armut leiden, noch die Last aufgebürdet, unter dem Generalverdacht des Schmarotzertums zu stehen.

So sehr ich Frau Kippings Kritik unterstütze, hatte ich Probleme mit ihrer Begriffswahl. Sie spricht von einem „neuen Rassismus“, dem „Nützlichkeitsrassismus“. Mit Rassismus habe ich bisher zum Beispiel die Einteilung von Menschen anhand biologischer Körpermerkmale gemeint. Während ich bei „Wikipedia“ nachschlug, wurde ich eines Besseren belehrt. Denn hier steht, dass Rassismus Menschen als einer Gruppe zugehörig behandelt und ihnen auf Grundlage dieser angenommenen Zugehörigkeit unveränderliche Merkmale und Charakterzüge unterstellt. Anhand dieser Einteilung bewertet der Rassismus die Menschen und hierarchisiert Gruppen von Menschen.

Das ist ja genau der Fall bei dem negativen Vorurteil über Erwerbslose, denen eine individuelle Schuld an ihrem Schicksal unterstellt wird, ohne etwa gesellschaftliche Umstände zu berücksichtigen. Von wegen Faulheit, Drogensucht, Arbeitsunwilligkeit & Co.! Dabei ist gerade das genaue Gegenteil der Fall: Das Problem liegt eben nicht in der Alimentierung von Armen durch das allgemeine Steueraufkommen, sondern darin, dass die Beschäftigten vor allem den Reichtum der Reichen und die Managerabfindungen erarbeiten müssen! Wer die Ausgrenzung von Erwerbslosen bedient, treibt ein Spiel mit dem Feuer.

Eine Studie des Soziologen Wilhelm Heitmeyer hat gezeigt, dass es eine wachsende Abscheu gegenüber Menschen gibt, die als „nutzlos“ beziehungsweise als „Versager“ gelten. Es existiert ein erhebliches Maß an Abwertung gegenüber Langzeiterwerbslosen und Obdachlosen. So entsteht ein neuer Rassismus – der Nützlichkeitsrassismus. Zunehmende Übergriffe auf Wohnungslose sind die erste Folge davon. Erreicht die feindselige Einstellung gegenüber einer Menschengruppe eine gewisse Intensität, dann wird es gefährlich. Vor allem in Verbindung mit Abstiegsängsten entsteht eine explosive Mischung. Jede abwertende Äußerung in Talkshows oder Bundestagsdebatten über Erwerbslose verfestigt diesen Nützlichkeitsrassismus.

5. Am 10. April 2008 reagierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp in der Haushaltsdebatte der Bremischen Bürgerschaft auf die Vorwürfe der sozialpolitischen Sprecherin der SPD, die CDU wolle mit der Absenkung der Mietobergrenzen Tausende Menschen zum Verlassen ihrer Wohnungen und ihres sozialen Umfeldes zwingen, mit dem unglaublichen Zwischenruf „Unter Brücken sollen sie schlafen!“ Thomas Röwekamp erklärte nun im Nachhinein, er bedauere es,

wenn der Eindruck entstanden sei, er habe die Empfänger von staatlicher Unterstützung verunglimpft. Dieser berüchtigte super-unsoziale Bremer CDU-Politiker machte bisher fast nur unangenehm von sich reden – es klang so überhaupt nie christlich. Sein offenkundig herzloses Menschenbild zeigte sich auch schon beim sogenannten Brechmitteleinsatz, bei dem ein junger Afrikaner sein Leben verlieren musste.

Mit derartigem Verhalten zeigt Thomas Röwekamp sein wahres Gesicht. Was solche Menschen wohl immer für eigene Schattenseiten, die sie an sich nicht wahrhaben wollen, auf finanziell schwache, gesellschaftlich ausgegrenzte Mitbürger projizieren müssen? Ich bin immer wieder nur empört! Dass ein Politiker so etwas ungestraft äußern darf, macht deutlich, wie weit wir gekommen sind. Dieser Herr scheint Thilo Sarrazins Bruder im Geiste zu sein – nur noch ein paar Nummern härter. Menschenverachtender geht es nimmer! Wie schnell würde anders herum von einer Verunglimpfung und Beleidigung die Rede sein? Unglaublich! Aber wahrscheinlich hat hier nur jemand etwas ausgesprochen, was ohnehin viele denken! Die Herabwürdigung all jener Menschen, die am Existenzminimum oder gar unterhalb desselben leben müssen, ist unerträglich. Sie zeugt von einem erschreckenden Ausmaß an menschlicher Kälte und ist eines Mitglieds des Parlaments unwürdig! Da muss ich ausnahmsweise dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Sieling zustimmen.

Ach Gottchen, nun tut es Röwekamp leid? Wer dies glaubt, ist selber schuld! Er nennt es „sarkastisch“ und hält dies für eine Erklärung, gar Entschuldigung! „ Sarkasmus“ an sich bedeutet bereits „beißende Verhöhnung“! Wie also kann es anders gemeint gewesen sein, als es rüberkam? Es ist wahrscheinlich auch nur sarkastisch gemeint, dass es so etwas wie Hartz IV überhaupt gibt und dass tatsächlich immer mehr Menschen unter Brücken schlafen müssen, um überhaupt eine Art von Dach über dem Kopf zu haben. Und es ist auch ganz sarkastisch, wenn dank Hartz IV immer mehr junge Menschen unter 25 Jahren obdachlos werden, weil ihnen mit einem Federstrich mal eben jegliche Bezüge gestrichen, bis auf Null gekürzt wurden, die ein Mensch bloß zum Vegetieren braucht. Ich schlage Thomas Röwekamp vor, mit viel Anlauf die Spannbreite seiner hübschen Ohren zu nutzen und das Weite aus seiner Skrupellosigkeit zu suchen, kurz: einen Abflug zu machen! Selbstverständlich ist dies nur sarkastisch gemeint und soll ihn lediglich als Metapher erreichen, niemals persönlich angedacht sein, gar als Kränkung ankommen. Ich möchte mit meinen Kindern nicht unter Brücken schlafen müssen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Unter dem Motto „**Gegen den alltäglichen Sexismus**“ findet am Mittwoch, dem 30. April 2008, um 20 Uhr eine Demonstration gegen das unter Schirmherrschaft von Bundessupermutti Ursula von der Leyen geplante reaktionär-fundamentalistische „**Christival**“ statt.

Treffpunkt ist das Kulturzentrum Schlachthof an der Bürgerweide. Eine weitere **Kundgebung** des Bündnisses „Freiheit für Vielfalt“ beginnt am **Samstag**, dem **3. Mai 2008**, um **14 Uhr** am **Domshof**.

Gewerkschaften, „Linke“, MLPD und andere rufen zur **Demonstration** für „**Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente**“ am **1. Mai 2008** auf. Treffpunkt ist um **10:30 Uhr** am **Osterdeich** (Ecke Sielwall). Um **12 Uhr** beginnt die **Kundgebung** auf dem **Domshof**. Es spricht unter anderem die DGB-Regionsvorsitzende Helga Ziegert.

Am 1. Mai fällt es auch der SPD wieder auf: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer *(„Stern“)*

„Politische Niederlage“: Kurt Beck lobt sich auf Mai-Kundgebung für „signifikante Senkung der Arbeitslosigkeit“ – und wird ausgepfiffen *(„Spiegel-Online“)*

Provokation: Mit Genehmigung und Schutz von Nazi-Aufmärschen sorgen Politik, Justiz und Polizei für schwere Krawalle am 1. Mai *(„Spiegel-Online“)*

Der Zyniker und Reaktionär Röwekamp soll abtreten!

Pünktlich zur 179. Montagsdemo am 28. April 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz in Bremen fing es an zu regnen. Also eilten wir unter die Rathausarkaden, wo wir uns neben die anderen Schirmlosen drängeln mussten. Über 30 Teilnehmer wurden gezählt.

Dass wir uns statt unter Rathausarkaden ständig „unter Brücken zur Nachtruhe betten“ sollen, wie der erlauchte Fraktionsvorsitzende und geplante Boss der Bremer CDU es sich mit einem Zwischenruf in der Bürgerschaftssitzung so „witzig“ denkt, war ein wichtiges Thema. Dieser Herr Röwekamp ist als Reaktionär und Politiker mit menschenverachtender Denkweise bekannt. Hatte er doch schon den Tod eines Afrikaners durch Ertrinken beim „Drogenspülen“ zynisch mit der Bemerkung, der sei ja selbst schuld, kommentiert und gerechtfertigt. Solche arroganten Typen passen zur CDU! Sie wird noch viel Freude daran haben.

Die Lissabonner Verträge mit der vom Volk abgelehnten „EU-Verfassung“ im versteckten Gepäck sind in Deutschland abgesegnet worden. Leider hat nur „Die Linke“ dagegen gestimmt. Für alle aufrechten Demokraten und Aktivisten für eine andere Welt kann das nur heißen, den Kampf zu verstärken gegen einen sich hinter immer dickeren bürokratischen Mauern mit völlig unkontrollierten Machtbereichen versteckenden deutschen und europäischen Imperialismus. Immer wieder Nein zu solchem Europa!

Die Rentner in Braunschweig haben es vorgemacht mit der Aufnahme des Kampfes gegen diese Regierung. Schon zeigen sich auch die Bremser, die ein Aufwachen der Menschen verhindern wollen. Ein „Christival“ soll es geben zur Vereinnahmung der perspektivlosen Jugend. Im „Himmel“ ist noch Platz! Aber mit reaktionären Familienideen wird man außer in einer kleinbürgerlich-wohlbetuchten Jugend keine Interessenten finden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung ist trotzdem geboten.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Ypsi-Püppsi im Pech: Statt rote Königin von Hessen zu werden, war sie mal schwarze Prinzessin von Griechenland *(„Stern“)*

SPD in Panik: Bei der nächsten Wahl fliegt jede(r) dritte Abgeordnete aus dem Bundestag *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

180. Bremer Montagsdemo am 05. 05. 2008

Ich bin einfach nur enttäuscht

Wovon ich rede? Na, vom 1. Mai und von den Erfahrungen, die ich wieder mal machen musste! Enttäuscht von unseren Gewerkschaften, die uns Arbeitnehmer vertreten sollen. Man stelle sich nur mal vor: Sie fordern allen Ernstes einen Mindestlohn von 7,50 Euro brutto! Das entspricht netto ungefähr 5,50 Euro. Eigentlich unverständlich, jedenfalls für mich, denn das liegt sogar noch unter Hartz IV, und da wundert man sich doch! Damit kein Irrtum aufkommt: Es ist nicht so, dass ich Hartz IV für zu hoch halte, nein, davon kann kein Mensch vernünftig leben und schon gar nicht am sozialen Leben teilnehmen – und so ist es auch mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro! Das scheint aber unseren Gewerkschaften nicht klar zu sein. Es ist nur noch traurig!

Rings um uns gibt es in der EU nur Lohnsteigerungen und Mindestlöhne in ausreichender Höhe, bloß nicht für uns! Warum eigentlich nicht? Nun, weil es die Wirtschaft so will, weil die Gewerkschaften es zulassen – und auch, weil wir Menschen offenbar Klassenunterschiede haben wollen! Das ist eine Unterstellung, werden Sie jetzt sagen. Na, dann hören Sie doch mal diese Worte: „Die Elite bleibt unter sich“, so wurde es gestern im Fernsehen ganz öffentlich gesagt. Oder: „Die Hartz-IV-Empfänger, das ist die Unterschicht.“ Solche Sätze sprechen klar aus: Wir wollen Unterschiede! Nur vergessen die Damen und Herren der sogenannten Elite, wie schnell man heute „in Hartz IV“ landen kann. Wie stand es doch neulich in der Zeitung, wenn man es denn glauben darf: Vier Prozent Arbeitslosigkeit gilt als Vollbeschäftigung!

Meine Frage ist nun: Was ist mit diesen übrig gebliebenen vier Prozent, die dann noch bleiben? Darauf will ich jetzt nicht antworten, auch nicht darüber spekulieren. Nur so viel sei gesagt: Mit einem Mindestlohn auf der Höhe des jetzigen Harz IV ist niemandem geholfen, schon gar nicht der Gemeinschaft der Menschen! Jetzt wird das Wohlergehen derjenigen aufs Spiel gesetzt, denen das nicht bewusst ist. Die Ereignisse in Hamburg und Berlin sind dafür eine Mahnung an al-

le! Werdet endlich wieder vernünftig und handelt gerecht, schafft Arbeitsplätze zu fairen Löhnen! Es klingt schon fast lachhaft, was am 1. Mai gefordert wurde: ein Mindestlohn von 7,5O Euro. Auf klar Deutsch: Wir brauchen einen Mindestlohn, von dem man ein menschenwürdiges Leben führen kann und nicht von der Willkür einer Behörde abhängig ist! Das schweißt eine Gesellschaft zusammen! Das gleiche gilt auch für die Hartz-IV-Empfänger, wenn es denn keine Arbeitsplätze mehr gibt: Her mit dem, was ein menschenwürdiges Leben möglich macht! Alles andere schafft nur Unruhepotential, und das kann doch niemandem recht sein, oder?

Udo Riedel (parteilos)

Ikea zurück im Frühkapitalismus: Von den Mitarbeitern wird absolute Flexibilität und körperlicher Einsatz bis zur Erschöpfung verlangt *(„ZDF“)*

Beck’s Bart ist käuflich: Der Rest auch, siehe Schröder, Clement, Müller *(„Bild“-Zeitung)*

Gewerkschaftsführer gekauft: Privatisierungsfreund und Transnet-Chef Hansen wird Personaldirektor der Deutschen Bahn AG *(„Spiegel-Online“)*

Der 1. Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus – die Gewerkschaften leider nicht!

1. Bei Kurt Beck ist es auch endlich angekommen, dass der Aufschwung die Arbeitnehmer nur unzulänglich erreicht. Obwohl er immerhin erkannt hat, dass die Managergehälter und Unternehmensgewinne in den letzten Jahren um jeweils rund 20 Prozent gestiegen sind, die Reallöhne jedoch um 0,4 Prozent sanken, forderte er nur ganz zahm die Firmen dazu auf, die Arbeitnehmer am Aufschwung zu beteiligen. Das hat ungefähr die gleiche Wirkung, wie wenn ich einen hungrigen Löwen darum ersuchen würde, in Zukunft doch bitte keine kleineren Tiere mehr zu reißen!

Wenn CDU und CSU vor fünf Jahren gemeinsam beschlossen haben, dass „ sozial ist, was Arbeit schafft“, darf heute noch hinzugefügt werden, dass es offen-

bar zweitrangig ist, was finanziell dabei herauskommt. Da weder Ein-Euro-Jobs noch unterbezahlte Tätigkeiten für drei oder fünf Euro die Stunde etwas mit „guter Arbeit“ zu tun haben, bekräftigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer vor rund 800 Menschen die Forderung nach einem tariflichen **Mindestlohn** von 7,50 Euro pro Stunde. Umso unverständlicher ist es für mich, dass die Gewerkschaften mit dieser Forderung nach solch einem lachhaften Mindestlohn vom zahnlosen Tiger zum Schoßhündchen der Unternehmer mutieren! Können sie denn nicht rechnen?

Mit 7,50 Euro die Stunde bekommen die Arbeitnehmer etwa fünf Euro netto die Stunde, also 40 Euro am Tag, 200 Euro pro Woche und circa 880 Euro im Monat. Davon kann angesichts der explodierenden Lebensmittel- und Energiepreise, der hohen Mieten und Nebenkosten noch nicht mal eine Einzelperson auskömmlich leben. Wie sollte davon eine ganze Familie ernährt werden können? Wenn die Niedriglöhner in ihrer knapp bemessenen Freizeit dann auch noch zur argen Arge laufen müssen, um das karge Gehalt aufzustocken, dann wurde bei der Mindestlohndebatte etwas gehörig missverstanden!

Erstaunlicherweise laufen CDU und CSU immer noch Sturm gegen Mindestlohn. Die CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer wirft dem DGB vor, man nehme dort „unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf“. Weiterhin bemängelt sie, dass die Gewerkschaften „ihr altes Klassendenken noch immer nicht überwunden“ hätten. Sie fordert ein „Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Auf welchem Planeten lebt diese Dame denn wohl?

2. Obwohl die Wirtschaft boomt, ist die **Kinderarmut** inzwischen beschämenderweise auf 2,2 Millionen Hartz IV beziehende Minderjährige herangewachsen. An diesen bedürftigen Kindern und Jugendlichen wird dann auch noch gespart: Bis zu 13 Jahren stehen ihnen 208 Euro monatlich zu, ab 14 Jahren sind es dann 278 Euro. Natürlich stehen diese Bezüge in keinem Verhältnis zu dem, was ein Kind tatsächlich zum Leben braucht! Diese weltfremden Sätze wurden einfach mit 60 oder 80 Prozent von jenen 347 Euro festgelegt, die ein alleinstehender und erwachsener Hartz-IV-Bezieher erhält. Ein Kind kann doch nicht einfach als eine Art von „anteiligem Erwachsenen“ betrachtet werden!

Bereits die „Berechnung“ des Satzes mit 347 Euro kam auf unlautere Art zustande, weil die Regierung eine abenteuerliche statistische Grundlage wählte, die sich danach bemisst, wofür die ärmsten 20 Prozent der Ein-Personen-Haushalte jeweils wie viel Geld ausgeben. Da in Ein-Personen-Haushalten naturgemäß keine Kinder leben können, fallen Kosten für Babywindeln oder Schuhe für schnell wachsende Kinderfüße gar nicht erst an! Bei Hartz IV werden spezifische Ausgaben für Kinder systematisch ausgeblendet. So erklären sich die völlig abstrusen und realitätsfernen Beträge eines aufgeschlüsselten Leistungssatzes: etwa die angesetzten 76 Cent monatlich für Spielsachen oder die 1,63 Euro für Stifte, Malblock, Hefte und Farbkasten.

Um die Kinderarmut einzudämmen, muss das menschenverachtende Hartz IV abgeschafft und durch ein realitätsnahes Bezugssystem ohne permanente Verfolgungsbetreuung ersetzt werden, denn von einer Vollbeschäftigung mit einträglichen Löhnen sind wir immer weiter entfernt! Nicht ohne Grund fordert der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ eine mindestens zwanzigprozentige Erhöhung des Regelsatzes. Allerdings reichen höhere Hartz-IV-Sätze alleine nicht aus. Leider müssen beständig mehr Geringverdienende mit Kindern immer häufiger die Erfahrung machen, dass am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig ist! Deswegen muss auch der bestehende Kinderzuschlag von maximal 140 Euro dringend erhöht werden. Als oberstes Ziel kann hier nicht mal wieder nur sein, die Statistik zu schönen, sondern es muss den Kindern mit ihren Familien wirklich unter die Arme gegriffen werden!

Kinderarmut hat viele Facetten: So fehlt den armen Kindern nicht nur Geld, sondern auch eine Teilhabe an der Gesellschaft in Form von Musik-, Sport- und Nachhilfeunterricht und der Möglichkeit, sich ebenfalls am warmen Essen in der Schule sattessen zu können. Bereitgestellte Sachmittel wie einheitliche Schulranzen für Kinder von Hartz-IV-Empfängern wirken sich auch nur diskriminierend und stigmatisierend aus, lassen sie ihre Ausgegrenztheit von der Gesellschaft nur noch deutlicher spüren. Kinderarmut wird von den politisch Verantwortlichen billigend in Kauf genommen, um Niedriglöhne durchzusetzen!

3. Vom 30. April bis zum 4. Mai 2008 fand in Bremen das unsägliche „**Christival**“ statt, als staatlich geförderter Gipfel der Intoleranz! Die evangelikale Veranstaltung kam wegen eines inzwischen abgesagten „Heilseminars“ für Homosexuelle in die Kritik. Ich war entsetzt über das, was sich hier in Bremen ereignen konnte! Wie der Wolf im Schafspelz kommt erzreaktionärer Inhalt – als moderner, jugendlicher Event verkleidet – ausgerechnet mit der Jugend Deutschlands nach Bremen! Die Fundamentalisten sind im Kommen, frei nach dem Motto: Homosexualität ist eine Krankheit, und die Erde ist eine Scheibe! Außerdem ist Sex vor der Ehe „Sünde“, und Frauen, die abtreiben, werden mit Mörderinnen gleichgesetzt. Die Ehe wird als einzig akzeptierte Lebensform propagiert, und alternative Lebensentwürfe werden somit diskreditiert.

Für solch einen indoktrinären Mist ist plötzlich Geld da, das sonst überall dort gestrichen wird, wo bei jungen Menschen Kreativität und Selbstbildungsprozesse gefördert werden sollen! Unter der Schirmherrschaft von Familienministerin Ursula von der Leyen wurden 250.000 Euro vergeudet. Glücklicherweise gab es Proteste von Antifa-Gruppen, der GEW und linken Basisgruppen gegen den missionarischen Kongress. Die Polizei ging nicht gerade zimperlich mit den größtenteils jugendlichen Demonstranten vom „Antisexistischen Bündnis No Christival“ um: Bei dem Versuch, einen der Eingänge zum umstrittenen Seminar „Sex ist Gottes Idee – Abtreibung auch?“ in der Stadthalle zu besetzen, wurden sie von der Polizei eingekesselt und festgenommen.

Selbst Bürgermeister Böhrnsen nahm Bezug zum Christival und findet, es sei „nicht akzeptabel, die Frauen zu kritisieren, die sich nach sorgfältiger Abwägung gegen das Kind“ entschieden. Gleichzeitig stellte er sich vor diejenigen, „die sich mit großem Engagement seit vielen Jahren für Frauen einsetzen, die oft mit großer Seelennot versuchen, mit den Folgen einer ungewollten Schwangerschaft umzugehen“.

Ich bin froh, dass die vielen jungen Menschen mit „Hundemarke“ um den Hals jetzt nicht mehr durch Bremen frömmeln. Sie trugen bunte Schlüsselbänder, an denen unten ihr Namensschild hing. Ich erlebte in der Straßenbahn mehrere Jugendliche dieser Spezies, als sie ein Flugblatt zerrissen und laut riefen, dass Homosexuelle „in die Hölle“ kommen würden. Dass in Zeiten von Zukunftsunsicherheit die Religion für viele wieder einen höheren Stellenwert bekommt, kann ich ja noch nachvollziehen. Wer dabei jedoch einfach nur auf Gott vertraut, hilft nicht gegen die Ursachen sozialer Unsicherheit, sondern stabilisiert sie noch. Die Verhältnisse, in denen wir leben, sind weder schicksalhaft noch gottgegeben. Wenn wir sie verändern wollen, müssen wir das selber tun! Wer möchte, kann sich selbst ja gerne strengen Dogmen unterwerfen, soll jedoch jeglichen Missionierungs- oder Unterwerfungsversuch gegenüber anderen unterlassen! „Religion ist heilbar“, stand auf den T-Shirts einiger Veranstaltungsgegner.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Verdi Bremen und andere laden ein zu einer **Podiumsdiskussion** über den **Ausverkauf sozialer Rechte durch EU und Lebensmittelkonzerne** am **Mittwoch**, dem **14. Mai 2008**, um **19 Uhr** im **Gewerkschaftshaus** am Bahnhofsplatz 22-28. Hintergrund ist der Vormarsch der Supermarkt-Ketten: Nur noch 30 von ihnen wickeln ein Drittel des gesamten Handels ab. Garant des Erfolgs sind in erster Linie Dauertiefstpreise, die ohne systematische Verletzung sozialer Rechte und ohne Zerstörung ökologischer Ressourcen nicht möglich wären.

Joachim „Bommel“ Fischer lädt ein zur **Lesung „Johann Gottfried Seume** – Denker, Dichter, Deserteur“ am **Donnerstag**, dem **15. Mai 2008**, um **20 Uhr** in der **Villa Ichon**, Goetheplatz 4. Anlass ist der an diesem Tag begangene „Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerer“.

Die „**Arbeitnehmerkammer Bremen**“ lädt ein zur **Diskussionsveranstaltung „Das Ende der Geschichte? Fünf Jahre Agenda 2010**“ am **Donnerstag**, dem **22. Mai 2008**, um **19:30 Uhr** im Kultursaal in der Bürgerstraße 1.

Grundgesetzwidrige Mischverwaltung: Jobcenter müssen neu organisiert werden *(„Spiegel-Online“)*

„Heuschrecke“ stellt Abriss-Ultimatum für Bremer Sendesaal

Dem „Weser-Kurier“ vom 10. Mai 2008 zufolge sind die Verhandlungen um den Erhalt des Sendesaals von Radio Bremen nun endgültig gescheitert. Danach hat der Vermittler im Moderationsverfahren, Rechtsanwalt Hans Ganten, das Handtuch geworfen. Jetzt haben die Käufer des Geländes, Heise und Klima, über ihren Anwalt dem Senat die Pistole auf die Brust gesetzt: Umweltsenator Loske soll ab 16. Mai endgültig den Abriss veranlassen! Sie hätten „die ‚Freunde des Sendesaals‘ nicht mehr ernst nehmen“ können, erklärte Herr Heise hochmütig gegenüber der Presse.

Diese plötzliche „Galgenfrist“ von nur knapp einer Woche ist ein unverschämtes Druckmittel gegenüber allen Beteiligten! Wir sind entsetzt und empört über die neue Zuspitzung und verurteilen die erpresserischen Methoden der ostfriesischen Immobilien-Kaufleute!

Wie der „Weser-Kurier“ weiter schreibt, gibt es laut Klaus Hübotter erste Ansätze für ein optimales Konzept, dessen nähere Einzelheiten er Ende Mai bekannt geben will. Wir sind gespannt auf dieses neue Konzept! Wie immer sein Plan aussehen mag: Wir wünschen dem Retter zahlreicher bremischer Kulturgüter auch hier eine glückliche Hand und vollen Erfolg! Aus diesem Grunde fordern wir, dass das Abriss-Verfahren um den Sendesaal weiterhin gestoppt bleibt und keinerlei Maßnahmen ergriffen werden, die den Bestand dieses überaus wertvollen Kulturgutes gefährden könnten. Wir appellieren dringend an die Herren Loske und Hübotter: Bitte retten Sie den Sendesaal!

Initiative Bremer Montagsdemo

Von Dr. Klaus Hübotter gibt es jetzt eine detaillierte und korrigierende Stellungnahme zum „Weser-Kurier“-Artikel „Sendesaal wird zum Abriss freigegeben“ vom 10. Mai 2008. Durch die häufig einseitige und verzerrende Berichterstattung dieser Zeitung in Sachen Sendesaal ist die Öffentlichkeit über Sachverhalt und Hintergründe falsch informiert und damit getäuscht worden. Daher waren auch die Redebeiträge auf der Montagsdemo sachlich nicht immer völlig richtig; diese stützten sich nämlich größtenteils auf entsprechende Artikel des „Weser-Kurier“. Nachstehend in Auszügen die wichtigsten Aussagen aus dem Hübotter-Papier.

> Es stimmt nicht, dass die Eigentümer des „Radio-Bremen“-Geländes für die Abrissgenehmigung eine Frist gesetzt haben. Eigentümer des Geländes und auch des Sendesaales sind nicht die beiden Käufergesellschaften aus der „Steueroase Norderfriedrichskoog“, sondern ist nach wie vor „Radio Bremen“. Grundstückskäufer sind noch lange nicht Eigentümer, schon gar nicht, solange sie den Kaufpreis nicht gezahlt ha-

ben! Der Kaufvertrag selbst ist bis heute nicht durchgeführt. Es stimmt auch nicht, dass „Radio Bremen“ den Abrissantrag ohne Weiteres unterstützt. Im Gegenteil: Intendant Prof. Dr. Heinz Glässgen hat klipp und klar erklärt, dass „Radio Bremen“ den Abriss des Sendesaals weder selbst durchführen noch auf seinem Gelände genehmigen wird, solange die Käufer nicht gezahlt und auf ihre Rücktrittsrechte verzichtet haben.

Es stimmt nicht, dass die Vorbehaltskäufer Heise und Klima nur noch die Genehmigung zum Abriss des Sendesaals wünschen, um dann „Radio Bremen“ den Kaufpreis zu bezahlen. Die unqualifizierte Äußerung von Herrn Heise gegen die „Freunde des Sendesaales“ (falls sie denn wirklich so wie im oben genannten Artikel zitiert gefallen sein sollte) zeigt nur eine ungewöhnlich hohe banausenhafte Gesinnung, denn der Freundeskreis des Sendesaals stützt sich bekanntlich bei seinem Bemühen, den Sendesaal zu erhalten, auf praktisch alle Kulturschaffenden, insbesondere Musikschaffenden Bremens, Deutschlands und darüber hinaus. Die rein demagogische Berufung von Herrn Heise auf das Recht des Eigentümers (laut „Weser-Kurier“) übersieht einen der wichtigsten Artikel unseres Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Artikel 14, Absatz 2). Allein der Spekulation dient das Eigentum nicht!

Es stimmt nicht, dass das Moderationsverfahren einfach gescheitert ist. Leider hat es bis heute gar nicht richtig stattgefunden. Stattgefunden hat lediglich ein Gespräch unter Teilnahme einiger Betroffener. Es waren weder Vertreter(innen) des Senats noch die „Freunde des Sendesaals“ dabei. Wenn die Vorbehaltskäufer Heise und Klima nicht ohne Abriss leben zu können glauben, dann mögen sie doch bitte zurücktreten und den Weg für eine vernünftige Lösung freimachen! Sie haben bis heute in diesen Kauf kaum nennenswerte Mittel investiert, und die, die sie nachweislich investiert haben, können sie zurückerhalten. Jens Böhrnsen, der Senator für Kultur, möge doch bitte den überfälligen Denkmalschutz beschließen und die kulturfeindliche Abrissdiskussion beenden. Der Bausenator hatte und hat Gründe genug, sich nicht von der angedrohten Untätigkeitsklage zu vorauseilendem Gehorsam für eine ausgesprochene Kulturbarbarei verleiten zu lassen – gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung und der Gemeinde aller Kulturschaffenden in Bremen und weit darüber hinaus, zumal der Denkmalschutz für den Sendesaal nicht mehr eines langwierigen Verfahrens bedarf, sondern nur noch eines Federstrichs.

Redaktionelle Bearbeitung: Wieland von Hodenberg

Nokia schließt die Pforten: Ohne Arbeitskampf
bleibt nur Depression *(„Spiegel-Online“)*

Es ist Frühjahr, wir wollen etwas verändern

Manches hat sich etwas eingeschliffen in den letzten Monaten – das zu verändern, wird uns guttun. Angefangen hat es mit der neuen Lautsprecheranlage. Nun soll unser akustischer Auftritt an die Reihe kommen. Nicht alles auf einmal, wir wollen niemanden verprellen. Bei der letzten Nachbesprechung haben wir wieder darüber gesprochen. So ist Anke heute zum ersten Mal als Moderatorin am Offenen Mikrofon dabei.

Passend dazu hat meine Diskette mit den Notizen für heute den Betrieb verweigert. Trotzdem konnte ich aus meinem Kopf noch einige Punkte rekonstruieren: Laut „Infratest-Dimap“ sagen 82 Prozent der Bürger, dass sich die „Situation bei der Arbeit“ massiv verschlechtert hat. 57 Prozent wollen stärkere Gewerkschaften. Die Warnstreiks im Öffentlichen Dienst und bei der Post haben die Kollegen so mobil gemacht, dass 40.000 neue Mitglieder bei Verdi eingetreten sind.

Das steht im Gegensatz zur einschläfernden Politik der Gewerkschaftsspitze in ihrer elenden SPD-Anbiederung. Heute haben wir von den aktiven Rentnern in Braunschweig gehört. Die Funktionäre der Sozialverbände, meist auch alte SPDler, bremsen schon wieder, was das Zeug hält und versuchen, aktive Rentner zu verhindern.

Merkels und Schröders „ehrenwerter“ Monopolberater, der Herr von Pierer, steckt jetzt vollends im Korruptionssumpf – abstreiten hilft nicht mehr. Aber der große Deal mit der Staatsanwaltschaft wird schon eingefädelt. Die Zeche sollen die Siemens-Mitarbeiter bezahlen, das hat der neue Chef namens Löscher schon gesagt. Nein, ganz anders muss die Karre laufen: Alle Siemens-Bosse, auch die ehemaligen und alle ihre Freunde in den Aufsichtsräten und in der Politik – wie Schröder, Merkel, aber auch „unser“ Scherf, unter dem der Sanierungsfall „Siemens-Hochhaus“ für teures Geld zwangserworben und dem Steuerzahler aufgebürdet wurde –, diese Verantwortlichen sollen die Suppe auslöffeln und müssen zur Zahlung aus ihrem Vermögen verpflichtet werden!

Jobst Roselius

Neoliberale Umerziehung für den Niedriglohnsektor: Bagis bearbeitet Anträge auf ALG II erst nach zweiwöchigem Zwangsseminar *(„Weser-Kurier“)*

Der Arge-Beschiss

Die Bagis in Bremen und die anderen Argen im Lande haben, wie zu hören ist, angeblich ihre „Kunden“ beschubst! Sie beschubsen natürlich nicht, sondern bescheißen wohlwissend. Ich habe am Freitag jemanden zur Arge in Syke begleitet. Dieser Mann hat nach einer inneren Krankheit kein Geld für April bekommen, und wir haben das Geld eingefordert. Uns wurde ein Computerausdruck in die Hand gedrückt, der uns bestätigen sollte – allerdings ohne Dienststempel, was eigentlich vorgeschrieben ist –, das Geld sei überwiesen worden.

Heute morgen waren wir wieder bei der Arge, weil sich der Beschiss durchgesetzt hatte und das Geld eben nicht da war. Wir wurden vertröstet, indem uns gesagt wurde, das Geld sei am 27. April 2008 angewiesen worden. Bereits am 21. April hatte der Betroffene nachgefragt, wo sein Geld bleibe und war vertröstet worden. Heute morgen sagte man, es dauere eine Woche. Vom 21. bis zum 27. ist für mich, großzügig gesagt, eine Woche. Die Betroffenen werden also nicht beschubst, sondern wissentlich beschissen! Wir sind dann zur Abteilungsleiterin gegangen, die uns angeblich nicht weiterhelfen konnte.

Danach wandten wir uns an den stellvertretenden Leiter der Arge. Der beriet sich 25 Minuten lang hinter verschlossenen Türen mit der Abteilungsleiterin. Nachdem wir wieder eintreten durften, bekamen wir „gut gemeint“ 30 Euro zugesprochen, weil das Geld angeblich überwiesen worden war. Wo es aber tatsächlich geblieben ist, konnte angeblich niemand sagen. Ich habe dann verhandelt und es geschafft, 50 Euro herauszuholen. Ich weiß nicht, was ich übermorgen machen werde, wenn das Geld immer noch nicht da ist. Vielleicht habe ich dann einen Baseballschläger dabei!

Roland Springborn (parteilos)

Hartz-IV-Empfänger wundern sich: Warum entschuldigt sich Thomas Röwekamp für den Zwischenruf „Unter Brücken sollen sie schlafen“ *bei seinen Parteifreunden? („Weser-Kurier“)*

„Integrationseffekt nahe Null“: Mit Ein-Euro-Jobs sollen zumeist reguläre Arbeitskräfte für Aufgaben der öffentlichen Hand eingespart werden *(„Frankfurter Rundschau“)*

„Unheimliche Aktualität“: „Die untergegangenen totalitären Staatssysteme brachten nicht die Marx’sche Vision von Sozialismus auf den Weg, sondern etwas ganz anderes, dieser Vision Gegenläufiges“ *(Oskar Negt im „Neuen Deutschland“)*

Es hilft uns kein Gott

Wenn wir in diesem Land etwas verändern wollen, müssen wir es selber tun – gegen den Kapitalismus. Es ist nicht so, dass wir die gebratenen Tauben von Jesus Christus bekommen. Wir müssen unsere eigenen Geschicke in die Hand nehmen. „Es hilft uns kein Kaiser, kein Gott und kein Tribun“ – wir müssen unsere Geschicke selber tun! Es ist ganz wichtig, dass wir in diesem Kapitalismus für Veränderungen sorgen, für unsere Interessen kämpfen und nicht auf ein „höheres Gremium“ wie Jesus Christus warten, sondern mit viel Mut und viel Spaß unsere eigenen politischen Vorstellungen umsetzen!

Jürgen Karbe (DKP)

Es hilft uns kein Verband

An diesem Wochenende war ich auf der „Frühjahrstagung“ der in Frankfurt ansässigen „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“, die dieses Jahr in Bad Hersfeld stattfand. Zu einem zusammenfassenden Bericht bin ich noch nicht gekommen. Jetzt nur so viel zum Thema „ Verfolgungsbetreuung der Argen“: Eine Betroffene aus Kassel berichtete uns, dass sie von der dortigen Arbeitsagentur über einen langen Zeitraum schikaniert wurde, bis sie seelisch völlig zusammengebrochen war!

Vor einigen Wochen gab es in Braunschweig die erste große Rentnerdemo. Vorher hatte eine Versammlung stattgefunden, auf der die Teilnehmer beschlossen, dass sie regelmäßig Rentnerdemos in Form von Montagsdemos mit sehr vielen Menschen veranstalten wollen. Das finden wir ganz toll, und wir haben überlegt, wie wir so etwas auch hier in Bremen hinkriegen könnten. Ich habe zu diesem Zweck mit dem „Sozialverband VdK“ in Oldenburg gesprochen und festgestellt, dass dies ein ausgesprochen schwerfälliger Apparat ist. Ich wurde von einem zum anderen verwiesen und landete schließlich bei einem jungen Pressereferenten. Der erklärte mir, das gehe nicht so schnell: Es müsse ein Beschluss herbeigeführt werden, es müssten Gremien zusammentreten, und der Vorstand müsse so etwas beschließen. Erst dann könne eventuell etwas daraus werden.

Im Übrigen wurde ich darauf verwiesen, dass der „Sozialverband“ vor einigen Jahren schon einmal hier in Bremen eine Demonstration organisiert hatte, auf der „nur etwa 250 bis 300 Menschen“ gewesen seien. Ich kann mich daran erinnern,

denn ich war selbst dabei: Es waren ein paar mehr! Die Stimmung war gut und auch kämpferisch an diesem Tag. Dennoch hat der „Sozialverband“ abgewiegelt und die Demonstration kleingeredet. Ich habe das Gefühl, dass dort erheblich gebremst wird! Im übrigen behauptete der Pressesprecher allen Ernstes, von Altersarmut seien „nur zwei Prozent aller Rentner betroffen“! Wo lebt der eigentlich?

Inzwischen habe ich im Internet Informationen über Walter Bromberger, den Initiator der Braunschweiger Demonstrationen, herausgefunden und mich mit ihm in Verbindung gesetzt. Am Dienstag telefonierte ich mit ihm, einem sehr energischen und zielbewussten Menschen. Von ihm erfuhr ich, dass die Erstkontakte anscheinend über kirchliche Stellen gelaufen sind und die Versammlungen ebenfalls „mit kirchlichem Segen“ stattgefunden haben. Er habe sich, wie er mir erklärte, ganz bewusst die Leipziger Montagsdemos in der DDR zum Vorbild genommen, die bekanntlich in der Nikolaikirche ihren Anfang nahmen. Diese Tradition möchte er mit den Braunschweiger Rentner-Montagsdemos wieder aufleben lassen. Im Übrigen machte er mich auf eine Talksendung am Dienstag Abend im ZDF aufmerksam, zu der er eingeladen war und auf der er seine Argumente überzeugend vertreten konnte. Ich werde mit ihm in Kontakt bleiben.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Wir Rentner machen mobil!

In **Braunschweig** wird aus aktuellem Anlass eine **parteiunabhängige Rentnerinitiative** gegründet. Ziel ist es, die verantwortlichen Politiker mit Nachdruck auf die in den vergangenen Jahren verfehlte Rentenpolitik hinzuweisen. Nach dem derzeitigen Berechnungsmodus machen sich die Rentner nicht nur erhebliche Sorgen um sich, sondern auch um die jüngeren Generationen. Der vorprogrammierte soziale Absturz muss unverzüglich gestoppt werden, ebenso die galoppierende Massenverarmung der Rentner! Eine unverzügliche Wende in der Sozialpolitik ist unabdingbar!

Der über zehnprozentigen Steigerung der Lebenshaltungskosten in den vergangenen vier Jahren steht eine „Rentenerhöhung“ von 0,54 Prozent im Jahr 2007 gegenüber. Die angekündigte Rentenerhöhung für 2008 in Höhe von 1,1 Prozent kann nur als Versuch eines Wahlgeschenks betrachtet werden. Wir wollen keine Almosen! Fast zeitgleich steigen die Kosten für die Pflegeversicherung und die Krankenkassenbeiträge. Das deckt bei weitem nicht die jährliche Inflationsrate! Es gibt sehr viele Rentenempfänger(innen), die nicht einmal 600 Euro monatlich zur Verfügung haben!

Wir laden daher herzlich ein, sich am **Montag**, dem **19. Mai 2008**, um **17 Uhr** zu einer Andacht im **Braunschweiger Dom** einzufinden. Anschließend treffen wir uns am Denkmal Heinrich des Löwen auf dem **Burgplatz**. Der Löwe steht seit

vielen Jahren fest und sicher – so sicher wie auch unsere Renten und die der kommenden Generationen sein müssen! Hier beginnt eine angemeldete und genehmigte **Großdemonstration** mit Umzug über den Bohlweg sowie durch Teile der Fußgängerzone. Jede(r) Gleichgesinnte ist aufgerufen, sich der Initiative anzuschließen und zahlreiche Bekannte mitzubringen!

Wir haben bewusst einen Montag gewählt, da der Montag ein geschichtsträchtiger Tag ist und an einem solchen Tag schon eine friedliche Revolution durch Gebete in der Leipziger Nikolaikirche begonnen hat. Zu einem späteren Zeitpunkt ist eine bundesweite Großdemonstration als Sternmarsch nach Berlin vorgesehen.

Aufruf von Walter Bromberger (Braunschweig)

Lafontaine ruft auf zur Arbeitslosen- und Rentnerdemo: Abgeordnete wollen sich ihre Bezüge um ein Sechstel erhöhen *(„Spiegel-Online“)*

Die Sozialisierung der Finanzmarktverluste muss verhindert werden!

1. Die Bremer Aufbaubank muss 1,5 Millionen Euro Wertberichtigung vornehmen: Sie hat 2004 der IKB 15 Millionen Euro geliehen. Zur Erklärung wurde veröffentlicht, 2004 seien diese Auswirkungen nicht absehbar gewesen. Oder so ähnlich. Na klar! Aber 2004 hatte die Freie Hansestadt Bremen Kreditbedarf, durchgängig, oder? Außerdem sind so, wie die IKB jetzt dasteht, 1,5 Millionen Euro eine zu geringe Wertberichtigung, denn sie hat im ersten Quartal 2008 tiefrote Zahlen veröffentlicht („Weser-Kurier“ vom 30. April 2008).

Die Bremer Landesbank hat ebenfalls keinen Euro verzockt, aber einen Abschreibungsbedarf von 177 Millionen Euro – als indirekte Folge der **Finanzmarktkrise** („Weser-Kurier“ vom 26. April 2008). Diese Krise weitet sich noch immer aus. Schuld daran ist auch die Verzögerungs- und Verschleierungstaktik einiger Banken.

Auf der Bremer Montagsdemo habe ich an die Banken appelliert, diese Finanzkrise nicht durch den Griff in die Tasche des Steuerzahlers zu lösen. Inzwischen haben mehrere Landespolitiker weitere Risiken zulasten der Steuerzahler umgeschichtet. „Die Linke“ hat einen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bun-

destag eingebracht, mit dem die Tasche des Steuerzahlers vor dem Zugriff der „Zocker“ geschützt wird!

Die Verbraucher müssen ebenfalls geschützt werden, so der „Weser-Kurier“ vom 27. April 2008. Die Hypovereinsbank hat 143.000 Kunden mit einem Kreditvolumen von 19,8 Milliarden Euro in eine Sanierungsabteilung ausgelagert. Diese Kunden haben überwiegend die Kredite einwandfrei bedient, sind aber als wenig gewinnträchtig eingestuft. ALG-II-Betroffene können ihre Kredite nicht einmal vereinbarungsgemäß bedienen, weil die Argen keine Tilgung übernehmen (Ausnahmen wurden per Urteil erzwungen).

Die Regierung hat – entsprechend der Vereinbarung auf EU-Ebene – einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die CDU Bremen überschreibt dieses Vorhaben unerklärlicherweise als „verbraucherfreundlich“.

Wessen Kredit verkauft wird, der hat ein Sonderkündigungsrecht! Doch woher den neuen Kredit nehmen? Es gibt keinen Schutz für ALG-II-Betroffene, keinen Schutz vor den Tücken der deutschen Grundschuld! Eine Rate im Rückstand, und der Hedgefonds fordert den Nennwert der Grundschuld, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Darlehnsstand! Wo bleibt da der Verbraucherschutz? „Die Linke“ wird die Anfrage der Bremer CDU entsprechend kommentieren. Außerdem hat „Die Linke“ den oben angeführten Gesetzesentwurf eingebracht.

Die Postbank ist zu kaufen. Die Deutsche Bank muss im ersten Quartal 2008 ebenfalls erneut 2,7 Milliarden Euro Sonder-Wertberichtigungen vornehmen. Die Citigroup hat erneut eine Kapitalstärkung auf jetzt insgesamt 26 Milliarden Euro eingeleitet – Hauptsache Bargeld! – und entlässt Tausende von Mitarbeiter(inne)n. Zugegebene Abschreibungen wegen der Finanzmarktkrise: 35 Milliarden Dollar! Davon (oder zusätzlich) wurden im ersten Quartal 2008 circa 10 Milliarden Euro abgeschrieben. Bei der UBS waren es 19 Milliarden Euro! Die LBBW rutscht in die roten Zahlen. Und dies ist alles nur Stückwerk!

Wie regieren die öffentliche Hand und unser politisches Personal? Die Notenbanken erhöhen das Geldangebot. Die Vorbereitung der Fusion der West-LB ist Aufgabe des neuen Chefs, dazu müssen 1.350 von 6.150 Mitarbeiter(inne)n weichen! „Die Linke“ hat einen Antrag eingebracht, um die Sozialisierung der Verluste zu verhindern, und die IG Metall hat die unendliche Geschichte der Finanzmarktkrise gut lesbar aufbereitet.

2. Die **Preissteigerung für Drogerieartikel** im Jahr 2006 um gut fünf Prozent war eine abgekartete Sache. Die Hersteller Henkel, Schwarzkopf, Sara Lee und Unilever müssen für diese Untat ein Bußgeld von 37 Millionen Euro zahlen („Test“, Mai 2008, Seite 18). Solche Strafen verhängt die EU. Der Verbraucher kann sich die Preise ansehen und eventuell zu einer anderen Kaufentscheidung kommen!

3. Die **Arbeitslosenzahlen** wurden wieder veröffentlicht, genauer: die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Das Wort „registriert“ wird nur bei ausführlicheren Berichten dazwischengeschoben. In der Statistik wird die Zahl der Arbeitslosen

nach den Regeln dieser Statistik aufbereitet und dieses Ergebnis dann als Zahl verkündet.

Ich habe die Arbeitslosen vor einiger Zeit auf zehn Millionen beziffert. Wir erhielten daraufhin mit Verzögerung eine E-Mail von Theodor Nussbaum: Zehn Millionen wären schrecklich, aber zum Glück unzutreffend. Auf seiner Homepage stehe ab sofort die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen zu lesen. Ich habe auf diesen Seiten aber keinen Hinweis auf die vor dem Arbeitslosengeld II in die Rente geflohenen Arbeitslosen gefunden, auch keinen Hinweis auf die Aussteiger, ob zwangsweise oder freiwillig!

Zu den Senioren wurde eine Umfrage gestartet: 24 Prozent der 60- bis 80-jährigen Rentner würden gerne arbeiten, so der „Weser-Kurier“ vom 26. April 2008. Dazu gehöre ich auch! Ich möchte wetten: Nicht einmal Herr Weise kennt die Zahl der registrierten Arbeitslosen! Die dem Arbeitsamt bekannten Erwerbslosen und die vor den Rahmenbedingungen geflüchteten Erwerbslosen, die jetzt Rentner, Kostgänger beim Partner oder Obdachlose sind, ergeben zumindest zehn Millionen Erwerbslose!

4. Im Internet gibt es eine Fundgrube für alle **Verwaltungsvorschriften** des Bundes. Was dort nicht aufgenommen wurde, ist erloschen! Ein Stöbern lohnt sich. Bremen wird durch eine Anfrage der FDP zur Informationsfreiheit auf Trab gebracht!

5. Europa tut gut, aber nicht zu den Lissabonner Bedingungen! Bettina Fenzel und Wieland von Hodenberg haben auf der letzten Montagsdemo auf die Antworten der angeschriebenen Politiker hingewiesen. Herr Neumann von der CDU hat als einziger nicht geantwortet. Er steht auch mit den wenigsten Kontaktmöglichkeiten im Netz.

Zurzeit ist „Europa-Woche“ in Bremen. Sie hat das Ziel aufzuzeigen, welche positiven Dinge mit Geld aus Europa in Bremen geschehen. Hoffentlich wird dabei nicht vergessen, dass Geld aus Europa auch Steuergeld aus Bremen ist! Zwischenzeitlich haben wir die Quelle für die Agenda 2010 wieder ausgegraben. Dies ist auch für Rentner lesenswert!

In dieser Woche läuft auf „Phoenix“ der Film „Rentenangst“, eine Dokumentation über die Renten, hier und anderswo. Dass Mindestlohn gegen Minirenten ein Schritt in die richtige Richtung sei, ist nur die halbe Wahrheit, denn auch mit 7,50 Euro Stundenlohn ist keine auskömmliche Rente zu erzielen. Auch die Änderungen der Rentenformel durch die Agenda 2010 müssen zurückgenommen werden, denn so werden die Neu-Rentner armgerechnet! Wer den Fernsehbeitrag verpasst hat, kann den Mitschnitt bei Gerd Witzorky, Funkhaus Halberg, 66121 Saarbrücken, Telefon 0681-602 1973, E-Mail mitschnitt(at)sr-online.de unter dem Stichwort „Rentenangst“ erhalten.

6. Der Bundesnachrichtendienst will in den Wohnungen filmen und abhören, diesmal wirklich alles! Dabei wurde gerade die Nummernschild-Registrierung in Karlsruhe kassiert. Sicher will der BND genauso gewissenhaft seine Arbeit verrichten wie bisher. Die Ausforschung des Ministers und der Journalisten schafft Vertrauen, oder? Da werden Erinnerungen an die „Spiegel“-Affäre wach!

Überhaupt kein Vertrauen habe ich zum BND und zu den politischen Auftraggebern! Die Schleierfahndung hat zu *einer* Festnahme geführt, diese ist zu begrüßen – doch die Schleierfahndung ermöglicht die grundlose Überprüfung *aller* Personen in Grenznähe! Diesmal geschah es im Zug von Nürnberg nach Dresden. Wo ist die Grenznähe? Ich glaube auch nicht, dass der BND eigenmächtig gehandelt hat – doch Frau Merkel konnte das Echo nicht verkraften und wurde geschützt! Frau Zypries will aber weiterhin den „**Spähangriff**“ aufforsten, so der „Weser-Kurier“ vom 20. April 2008.

7. Marieluise Beck hat die **Militarisierung im Inneren** als Utopie beschrieben – die Pläne dazu werden jetzt präsentiert, nach wenigen Tagen! Die Kosten der Umrüstung der Bundeswehr sind mir durch die Meldung, dass der Militärtransporter A400M verzögert an die Bundeswehr ausgeliefert wird, erneut bewusst geworden. Haben Sie diese Zahl wirklich nicht im Kopf?

Herzlichen Glückwunsch zur Preisverleihung, Frau Beck! Dabei wird Integration in Europa wirklich nicht groß geschrieben. Zu Beispiel hat sich Finnland geweigert, weiterhin Flüchtlinge nach Griechenland abzuschieben: Griechenland soll garantieren, dass diese Asylbewerber ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten. Mitten in Europa – der Name ist griechisch – steht dies in Frage („Weser-Kurier“ vom 24. April 2008)! Liefern wir weiterhin Asylbewerber nach Griechenland aus, Frau Beck? War diese vom UN-Flüchtlingshilfswerk festgestellte Beanstandung bereits vor einem Jahr feststellbar?

8. Die Bahn wird teilweise privatisiert, das Scheingefecht von SPD und CDU beendet. Als ob unser politisches Personal auch nur *eine* Chance nutzen würde, diese **Privatisierung der Bahn** *nicht* durchzuführen! Die Verweigerung der Privatisierung ist nur mit der Aufkündigung oder Nichteinhaltung des Lisabonner Vertrages möglich! In diesem Vertrag, der das Grundgesetz Europas werden soll, ist die Privatisierung verpflichtend geregelt. Die Regierungen der Mitgliedsländer können nur noch über den Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen entscheiden. Das Volk wird dazu nicht gebraucht und der Widerstand durch solche Spiegelfechtereien ausgetrickst!

70 Prozent aller Entscheidungen werden „in Europa“ getroffen. Unsere Regierung muss diese Vorgaben umsetzten, termin- und sachgetreu! Dem „Weser-Kurier“ war das Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag keine Detailinformation wert. „Dem Vertrag wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zugestimmt“ – mehr nicht! „Die Linke“ hat *gegen* diesen Lissaboner Vertrag gestimmt. Der niedersächsische Innenminister will „Die Linke“ *stärker* überwachen lassen,

so der „Weser-Kurier“ vom 24. April 2008. Damit wird auch die aktuelle Überwachung der „Linken“ zugegeben, in Niedersachsen und anderswo!

9. Der Mensch mit den „rotesten“ Ohren in Bremen müsste **Thomas Röwekamp** sein! Nicht wegen der „Brücken für Bedürftige“, dies scheitert schon allein an den Baukosten: Brücken sind viel teurer als Wohnungen!

Er hat auch den Brechmitteleinsatz total verdreht dargestellt. Er hat die Ermittlungen allein durch die erneute Beauftragung des Sachverständigen erschwert. Dieser war auch im Falle des vorherigen Brechmitteltoten herangezogen worden. Auf die Nachfrage „Wie kommen Sie zu den Feststellungen in Ihrem Gutachten?“ entgegnete der Gutachter: „Ich kann es nicht erklären!“ Somit war er scheinbar genau der richtige Mann für diese Aufgabe!

Hinzu kommen die unerklärlichen Aussagen Rövekamps zu Herrn Murat Kurnaz. Rövekamp ist es scheinbar gewohnt, dass er nicht für seine Worte zur Verantwortung gezogen wird! Seine Taten sind zu vernachlässigen, oder? Frau Linnert hat in der Haushaltsdebatte die Einwände von Herrn Röwekamp nicht verstanden: „Dies alles wissen Sie doch, wieso fragen Sie?“ Entweder ignoriert Herr Röwekamp sein Wissen, oder er weiß es wirklich nicht! Er sollte es wie der Bürgermeister von Schwerin halten und einfach alle Ämter niederlegen!

Augenblicklich nutzt Herr Röwekamp seine Erinnerung, um den Bremer Senat nach Schwachstellen zu fragen, die er selbst hätte beseitigen können, oder? Bei Herrn Murat Kurnaz hat Röwekamp weiterhin Deckungsschutz vom Bundesverteidigungsministerium: Der Untersuchungsbericht soll zensiert werden! Es geht um Alkohol für die führenden KSK-Offiziere und die Verhörmethoden der US-Kräfte: alles geheim! Wie muss dieser Mensch, Herr Murat Kurnaz, unseren Rechtsstaat empfinden?

10. Und warum stehe ich hier? Damit all dies noch mehr bewusst wird. Damit sich mehr Menschen dazu entschließen, mehr zu erfahren und am Montag ihren Kopf auf der Montagsdemo zu zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert machen! Ich bin es mir wert! Auch als Rentner habe ich eine Zukunft und Verantwortung für die nachfolgende Generation! Ich möchte diese Welt meinen Kindern und Enkelkindern so nicht übergeben!

Wir sind jeden Montag hier! Wir haben ein Offenes Mikrofon! Jede(r) kann, auf antifaschistischer Grundlage, seine oder ihre Meinung frei sagen und die Reden hinterfragen. Wir bieten auch gegenseitige Unterstützung und gehen mit zu den Ämtern!

Wie schon zu der Wohnungssache gesagt wurde, glänzen die Sachbearbeiter durch Unerreichbarkeit: Am Vormittag um 9:55 Uhr zieht der ALG-II-Betroffene eine Marke in der Bagis. Gemäß Anzeige sind 96 Menschen vorher dran! Eigentlich braucht er keine Marke, weil er einen (unbestätigten) Termin in der Leistungsabteilung hat, doch sein Sachbearbeiter hat Urlaub. Für die Vertretung fühlt sich

niemand zuständig: „Gehen Sie zur Anmeldung! Erst danach kann Ihr Anliegen angehört werden“, heißt es.

Wenn der Mensch nicht vorgelassen worden wäre – eine solidarische Leistung der anderen Betroffenen –, hätte dies eine Wartezeit von circa 90 Minuten bedeutet! Die Anmeldung wollte den Menschen nicht an die Leistungsabteilung vermitteln, weil deren Sachbearbeiter nur nach Termin arbeiten. Auf seinen Einwand „Ich war gerade in der Leistungsabteilung, und nur wenn Sie mich einbuchen, ist dort eine Bearbeitung möglich“, huschte über das Gesicht des Dame ein Anflug von Ungläubigkeit. Warum die Leistungsabteilung nicht ohne Einbuchung der Anmeldung tätig wird, konnte der Mensch der netten Mitarbeiterin an der Anmeldung auch nicht erklären! Die Dame hatte kein Namensschild – aus Vergesslichkeit? Die ausstehende Entscheidung mochte die Vertretung nicht treffen.

Wie nehmen eigentlich die Richter Kontakt mit der Bagis auf? Während meiner Berufstätigkeit in der Personalabteilung war das Arbeitsamt schlecht zu erreichen. Damit das Arbeitsamt bei der Besetzung offener Stellen berücksichtigt wurde, hatte ich eine besondere Telefonnummer und kein Problem mit der **Erreichbarkeit von Sachbearbeitern**. Außerdem besaß ich ein Telefon auf dem Schreibtisch. Wann soll aber ein wohnungsloser ALG-II-Betroffener auf Wohnungssuche seinen Sachbearbeiter erreichen, ohne Telefon? Mit Gesprächsguthaben? Die Richter sollten einen Selbstversuch starten und versuchen, die Bagis unter normalen Bedingungen zu erreichen und dabei bitte die eigene Rufnummer unterdrücken, also von einem neutralen Telefon anrufen und nach dem nächsten Termin fragen!

Die Bagis kann sich nicht so kundenunfreundlich verhalten und gleichzeitig die vorherige Zustimmung als Bedingung festklopfen! Außerdem gibt es auch in Bremen ein Urteil, welches besagt, dass die Zustimmung der Bagis nicht erforderlich ist. Gegen die Nichtgewährung des Deponats und gegen die zu niedrigen Mietobergrenzen kann der Mensch sich wehren! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Der Fortzahlungsantrag zum ALG II enthält viele unklare Fragen. Einfacher ist es, den alten Antrag aus dem Netz zu laden. Falls dieser Link auf ein neues Formular geändert wird, stehen auch die neuen Ausfüllhinweise zur Verfügung. – Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Finanzmarkt-Monster in die Schranken weisen“: Köhler kritisiert Landesbanken für das Fehlen tragfähiger Geschäftsmodelle *(„Spiegel-Online“)*

Gesine Schwan will gegen Köhler antreten: „Allerdings fällt sie im Frühjahr immer für ein paar Wochen aus, denn da nistet in ihrer Frisur ein Storchenpaar“ *(„Spiegel-Online“)*

Agenda 2010 von Lissabonner Verträgen abgeschrieben

1. Wer bisher glaubte, dass die Privatisierungen öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, die als „Aktivierung“ bezeichnete Drangsalierung Arbeitssuchender sowie die Abschaffung sozialer Sicherungssysteme eine Erfindung der Schröder- oder Merkel-Regierungen sei, der werfe einen Blick in die Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die „Umsetzung der **Grundzüge der Wirtschaftspolitik** 2003 bis 2005“ vom 21. Januar 2004. Dort werden Empfehlungen an die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zur neoliberalen Umsetzbarkeit der Wirtschaftspolitik aufgelistet, denen die deutschen Regierungen seit Gerhard Schröder willfährig folgen.

So hatte Deutschland der Leitlinie 4 zufolge die Abgaben- und Leistungssysteme weiter zu reformieren, um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu vergrößern und den (Sozial-)Leistungsbezug stärker von der „aktiven Arbeitssuche“ abhängig zu machen. Darauf wurden geringere Grenzsteuersätze am unteren Ende der Lohnskala durch sogenannte Mini/Midi-Jobs beschlossen. Ein weiterer Vorschlag der EU-Kommission war die Durchführung der Reform des Arbeitslosenversicherungssystems. Das Ergebnis haben wir alle heute vor Augen: Hartz IV. Damit wird deutlich, dass Peter Hartz dieser unsäglichen Arbeitsmarktreform lediglich den Namen gab. Erdacht wurde dieses System auf Europa-Ebene, die keine demokratische Legitimation besaß.

In der Leitlinie 6 dieses Dokumentes hatte Deutschland das Kündigungsschutzniveau zu verringern. Gemäß Leitlinie 8 sollten Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengefasst werden; so ist es durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe geschehen. Leitlinie 9 beschreibt, dass Deutschland Gesetze über „unfairen Wettbewerb“ zu lockern hat. Leitlinie 16 empfiehlt für Deutschland die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, die Anhebung der Rentenbeitragssätze und die Förderung kapitalgedeckter privater Rentenversicherungen; so geschehen durch Müntefering. Dies sind nur einige Beispiele! Wer möchte, kann sich das ganze Dokument von unserer Homepage herunterladen – und es mit dem Bericht der Hartz-Kommission über „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vergleichen.

2. Es ist immer noch das alte Lied mit den **rechtswidrigen Mietobergrenzen**! Der „Weser-Kurier“ vom 30. April 2008 beschreibt in seinem Artikel „Bagis zahlt kein Deponat für neue Wohnung“ eine dreiköpfige Familie, der die Bagis die Unterkunftskosten von 600 Euro Kaltmiete für eine neue Wohnung nicht anerkennt und stattdessen lieber 4.200 Euro monatlich an Hotelkosten zahlt. Eine Stellungnahme des Herrn Röwekamp (CDU) sei uns diesbezüglich erspart!

Jedoch hätte ich gerne die Finanzsenatorin und Bürgermeisterin Karoline Linnert (Bündnis 90/Grüne) dazu gehört, die im Juni vergangenen Jahres noch meinte, dass „Villen“ für ALG-II-Betroffene nicht finanziert werden können. Vielleicht könnte sich auch der sozialpolitische Sprecher der Grünen und Sozialrichter Horst Frehe zu einem solchen konkreten Fall äußern. Herr Frehe war während der Koalitionsverhandlungen darauf bedacht, einen imaginären „Appartement-Helmut“ zu verhindern.

Letztlich müssten beide Herrschaften wohl einsehen, dass die abstrakte Festlegung von Mietobergrenzen anhand von Verwaltungsanweisungen, die keine Rechtsquellen darstellen, rechtswidrig ist und die Bagis die Bemessung der Unterkunftskosten einzelfallbezogen anhand der ortsüblichen Mieten auf dem Wohnungsmarkt vorzunehmen hat. Diese Rechtsfrage ist durch das Bundessozialgericht schon seit November 2006 geklärt, sodass die Anhänger bremischer Verwaltungsanweisungen diesbezüglich nicht länger auf eine seit langem fällige oberverwaltungsgerichtliche Entscheidung im Lande Bremen zu warten brauchen, um endlich zu merken, dass sie rechtswidrig handeln!

Ein ALG-II-Betroffener und ehemaliger Wähler der Grünen (parteilos)

Sittenwidrig: Kik zahlt Verkäufer(inne)n nur zwei Drittel des Tariflohns *(„Spiegel-Online“)*

Sehr zögerlich, Herr Böhrnsen!

Bei schönem Frühlingswetter fand die 180. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Wir hatten uns vorgenommen, neue Elemente in die Montagsdemo einzubauen. So wurden einige der Redebeiträge freier gehalten, und wir versuchten, zu bestimmten Fragestellungen kleine Interviews mit den Anwesenden zu führen. Wir sind auch dabei, ein neues Moderatorenteam zu bilden.

In Bremen ist das „Christival“ vorbei. Einige kritische Stellungnahmen waren angebracht zu Positionen, die so gar nicht zu Bremen passen. Es ist immer wieder nur merkwürdig, wie versteckt und verzögert sich der Herr Bürgermeister Böhrnsen zeigt, wenn mal ein Wort zu reaktionären Standpunkten zu sagen wäre!

Wieder etwa 30 Teilnehmer kamen her und hörten zu oder sagten etwas. Zu Pfingsten findet, wie an Feiertagen üblich, keine Montagsdemo statt. Die nächste ist also erst am 19. Mai 2008, wieder um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

181. Bremer Montagsdemo am 19. 05. 2008

Die Einkommen im unteren Bereich müssen endlich steigen!

Ich begrüße euch heute zur 181. Montagsdemo! Wir sind eine parteiunabhängige Organisation und stehen jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz, um gegen die Hartz-Gesetze, gegen Ein-Euro-Jobs und für einen Mindestlohn zu kämpfen.

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet: Die Einkommen der Reichen steigen, die Einkommen im unteren Bereich sinken weiter. Wer monatlich weniger als 781 Euro zur Verfügung hat, gilt als arm! Das sind 13 Prozent der Bevölkerung!

Immer mehr Menschen können von dem, was sie verdienen, ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten und benötigen eine Aufstockung vom Amt. Wir brauchen einen Mindestlohn und Politiker, die endlich handeln! Wir werden hier so lange stehen und demonstrieren, bis wir unsere Ziele erreicht haben. Unser Mikrofon ist offen für jeden, der zu diesem Thema etwas sagen möchte!

Anke Meyer (parteilos)

Jeder Achte in Deutschland ist arm

So jedenfalls lautet die Aussage im neuen Armutsbericht. Das ist wieder eine Bestätigung für uns Montagsdemonstranten, denn wir haben hier an dieser Stelle schon lange darauf aufmerksam gemacht und davor gewarnt. Aber wir sind ja nur Querulanten, die immer noch mehr wollen! Dass ich nicht lache. Nein, zum Lachen ist es wirklich nicht, was sich da abspielt, ganz im Gegenteil: Immer weiter geht die Schere zwischen Arm und Reich auseinander, und das wird nun immer lauter gesagt, Gott sei Dank! Auch wenn es viele noch nicht wahrhaben wollen, aber das liegt wohl daran, dass allzu viele solch eine Tatsache einfach verdrängen möchten. Es nützt ihnen aber nichts, denn diese Wahrheit wird sie früher oder später einholen, und mit der nächsten Rezession werden auch sie begreifen: Nicht

wir sind für diese Ungerechtigkeiten verantwortlich, sondern diejenigen, die sich nicht rechtzeitig gewehrt haben.

Ein Unternehmer muss und soll etwas verdienen, schließlich trägt er ein Risiko, aber das spricht ihn nicht davon frei, dass er auch eine soziale Verantwortung trägt. Daran sollte die Regierung diesen Unternehmer eigentlich oft genug erinnern! Es kann und darf aber auch nicht zugelassen werden, dass sich immer mehr aus dieser Solidargemeinschaft verabschieden. Ebenfalls darf es nicht sein, dass die Regierung gegen den Willen des Volkes regiert und dann auch noch die eigene Bevölkerung mit ihren Gesetzen in die Armut treibt! Hartz IV und Agenda 2010 sind solche Gesetze, und deshalb gehören sie auf dem Müll. Wir Bürger wollen solche Gesetze nicht, begreift es endlich, also weg mit Hartz IV und Agenda 2010, denn sie sind unser aller Untergang, und darum stehen wir hier und protestieren! Was ist daran nun falsch? Also Leute, wir brauchen eure volle Unterstützung! Bleibt einfach nur stehen und zeigt den Regierenden: Ich bin nicht mit diesen Gesetzen einverstanden! Wenn nicht, dann müsst ihr eben die Folgen eines Tages tragen, so ist das nun mal, aber dann sagt auch nicht, uns hat niemand gewarnt!

Udo Riedel (parteilos)

Das Armutszeugnis

Die Regierung veröffentlicht ihren Armutsbericht. Nach ersten Angaben hat sich die Schere zwischen Arm und Reich massiv geöffnet. Das ist in erster Linie das Ergebnis der Politik Schröders und der SPD, die von den Grünen seinerzeit breit unterstützt wurde. Der Kreis der Nutznießer und Unterstützer reicht vom Kapital über CDU/CSU und FDP bis zu den Grünen. Nur „Die Linke“ als parlamentarische Oppositionspartei und die kämpferische Opposition, zu der auch die MLPD gehört, sind aktive Gegner dieser Politik. Es gibt keine Anzeichen, dass die Herrschenden und Regierenden ihre Politik ändern wollen. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, jeden aber

auch jeden zum Aktivwerden aufzufordern. Es gibt kein Zurück, aber ein Vorwärtsgehen in eine neue demokratische Gesellschaft, wo jeder gebraucht wird!

Auch wenn Professor von Arnim fast schon wieder in der Versenkung verschwunden worden ist, seine Analyse ist klar: Das Volk hat nichts mehr zu sagen. 82 Prozent haben laut „Stern“ die Demokratie im letzten Jahr als leere Floskel und Hülse charakterisiert. Wenn jetzt nach erst einem halben Jahr SPD und CDU gemeinsam schon wieder an der Diätenschraube drehen, bestätigt das doch gerade diese Einschätzung Da werden Redakteure – zum Beispiel im „Weser-Kurier“ – bemüht, Herrn von Arnim zu relativieren und die „guten alten Adenauer- und Strauß-Zeiten“ wieder wachzurufen, um letztlich alles so zu lassen, wie es ist – fürs Kapital, versteht sich.

Ich bin der Auffassung, die parlamentarische Demokratie ist keine Demokratie vom und für das Volk: Da könnte ja jeder mitbestimmen. Wir haben hier in Deutschland eine Diktatur des Kapitals mit pseudodemokratischen Spielchen und Ablenkungen. Und noch mehr in Europa: Die Lissabonner Verträge und Beschlüsse zementieren eine Herrschaft, die mit Demokratie nichts gemein hat. Man kann das irische Volk nur aufrufen, gegen diesen undemokratischen Grundlagenvertrag zu stimmen. Wenn das keinen Erfolg haben sollte, steht uns ein langer Kampf bevor.

Man muss dann vielleicht auch davon ausgehen, dass die Herrschenden eines Tages von der Methode des Betrugs zur Methode der Gewalt gegen das Volk übergehen werden. Die Notstandsgesetze sind schon lange da, und die neuen Einschränkungen durch die Schäuble-Gesetze werden Zug um Zug Realität. Aber wenn wir uns alle zusammenschließen, werden sie wie 1945 wieder eine Niederlage einstecken. Das Volk ist stärker!

Jobst Roselius

Der Sendesaal muss weiterleben!

Am 17. Mai 2008 meldeten „Weser-Kurier“ und „Tageszeitung Bremen“, dass eine weitere Fristverlängerung für den Sendesaal bis zum 30. Mai eingeräumt wurde. Bis Ende des Monats will Dr. Klaus Hübotter Einzelheiten seines Konzepts für den Weiterbetrieb vorstellen. Hier noch einmal eine Zusammenfassung der Fakten, die wohl letztlich zu diesem Aufschub beigetragen haben.

In einem Zehn-Punkte-Papier stellte Hübotter richtig, was der „Weser-Kurier“ in seinem Artikel „Sendesaal wird zum Abriss freigegeben“ vom 10. Mai fälschlicherweise geschrieben hatte: Es stimme nicht, dass die Eigentümer für die Abrissgenehmigung eine Frist gesetzt hätten. Eigentümer seien nicht die beiden Käufergesellschaften aus Norderfriedrichskoog, sondern sei nach wie vor „Radio Bremen“. Grundstückskäufer sind noch lange nicht Eigentümer, schon gar nicht,

solange sie nicht den Kaufpreis gezahlt haben. Der Kaufvertrag sei zwei Jahre alt, aber bis heute nicht durchgeführt.

Allerdings habe der Senat auf Druck der „Investoren“ Ende letzten Jahres das Denkmalschutzverfahren für den Sendesaal ausgesetzt. Der einzige Grund hierfür, so Hübotter, sei nicht etwa die mangelnde Denkmalwürdigkeit gewesen, sondern die Befürchtung „Radio Bremens“, den Restkaufpreis nicht zu erhalten. Dieser Grund entfiele sofort, wenn ein dritter Kaufinteressent den Erwerb des Funkhausgeländes nicht mehr vom Abriss abhängig machen würde. Dann könnten Heise und Klima ohne Weiteres vom Vertrag zurücktreten. „Radio Bremen“ erhielte dennoch sein Geld, die Gebäude würden gerettet, Bremen bliebe unblamiert, die wertvolle Gebäudesubstanz würde angemessen neu genutzt, und Millionenwerte blieben erhalten. Es lohne sich mehr denn je, an dieser Lösung zu arbeiten.

Der Verein „Freunde des Sendesaals“ forderte in einer Stellungnahme die gegenwärtigen Käufer Heise und Klima offen zum sofortigen und ersatzlosen Rücktritt vom ohnehin noch nicht vollzogenen Kaufvertrag auf. Der Verein schreibt: „Ihr laut ‚Weser-Kurier‘ vom 10. Mai 2008 bekräftigtes Abrissbegehren bedeutet die Vernichtung von öffentlich durch Gebühren finanziertem Eigentum.“ Dies trifft absolut zu! Es ist sehr zu hoffen, dass es bald zu einer positiven Lösung kommt. Der Sendesaal muss weiterleben!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Bremer Verhältnisse

Eine Bremer Posse ist die Vergabe des S-Bahn-Netzes durch den Senat. Der Streit fing an, als der neugewählte SPD-Chef Uwe Beckmeyer den Vertrag über die Auftragsvergabe bekanntgab – glich dieser doch genau dem Angebot der Deutschen Bahn. Herr Beckmeyer musste sich zu Recht als Lobbyist schelten lassen. Nun hat nicht die DB den Auftrag erhalten, sondern der regionale Konkurrent Nordwestbahn. Nachdem man glaubte, der Vertrag über die Nutzung des Schienennetzes außerhalb der

Bremer Grenzen sei abgeschlossen, wird man eines anderen belehrt: Die DB-Regio, eine Tochter der Deutschen Bahn, von der ebenfalls ein Angebot abgegeben wurde, hat mit Erfolg gegen die Entscheidung des Vergabeausschusses geklagt, als diese bekanntgegeben wurde, und eine neue Ausschreibung erwirkt. Das niedersächsische Oberlandesgericht in Celle hat die Auftragsvergabe für nichtig erklärt. Gegen diese Urteil klagt nun wiederum der Bremer Senat.

Das Oberlandesgericht in Celle kritisiert, dass bei der Auftragsvergabe nicht das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg berücksichtigt wurde, demzufolge Aufträge der Städte und Kommunen den Wettbewerb fördern müssen. Die Bedingung, der Auftrag solle nur an eine Firma gehen, die Tariftreue garantiert, schließe das aus. Genau dies hatte der Bremer Senat gefordert. Den Zuschlag bekam daher die Nordwestbahn, die in diesem Sinne ein besseres Konzept vorgelegt hatte, denn die Löhne der Beschäftigten waren laut Angebot höher. Eigentlich müsste man froh sein über diese Vergabe-Entscheidung. Leider entsprechen aber Entscheidungsfindung und Auftragvergabe nicht dem aktuellen Recht, denn in der Tat ist das Urteil aus Luxemburg bindend für alle 27 EU-Staaten. Die einzelnen Länder haben nun die Pflicht, diesen Rechtsstandard so schnell wie möglich in Landesrecht umzuwandeln. Eine Vergabe mit Verpflichtung zur Tariftreue ist somit nicht haltbar.

Der DGB und mehrere deutsche Politiker halten dagegen, das neue Vergaberecht fördere Dumpinglöhne. Diese Aussage ist aber nur die halbe Wahrheit. Gefördert und beschleunigt werden diese prekären Maßnahmen von der deutschen Regierung und den umsetzenden Bundesländern und Kommunen. Der Grundsatz „EU-Recht geht vor Bundesrecht“ ist auch im Lissabonner Vetrag festgeschrieben, der Ende April von der Bundesregierung unterzeichnet wurde und der die wirtschaftlichen und politischen Ziele der erweiterten EU regelt. Und wenn Herr Loske, der Bremer Senator für Verkehr und Europa, auch die Beschwerdeschrift gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Niedersachen geschrieben hat, so weiß er doch, dass er verlieren wird. Es ist daher verlogen, wenn der Bremer Senat die neue Vergabe kritisiert, aber nicht den Mut hat, das Luxemburger Urteil und den Lissabonner Vertrag zu kritisieren. Wenn der Auftrag an DB-Regio geht, bedeutet dies keinen Sieg für die Beschäftigten: Nach dem Zuschlag wird sicherlich ein Subunternehmen beauftragt. Leider geht es auch den Behörden nur ums Geld, und die Einhaltung der Tariftreue durch den Arbeitgeber wird durch sie nicht geprüft. Der Arbeiter ist nur das letzte Glied in der Firma und wird sich nicht beschweren, wenn man ihn ungerecht behandelt. Er ist das Opfer dieser Mogelei und Mauschelei.

Jens Schnitker (parteilos)

Erneut 2.000 Rentner bei Montagsdemonstration in Braunschweig: Kein „Konflikt alt gegen jung – wir sitzen alle in einem Boot!“ *(„Rote Fahne News“)*

Die Eltern brauchen sofort mehr Geld für ihre Kinder!

1. Es ist viel in Bewegung gekommen, um die **Kinderarmut** zu lindern: Sozialsenatorin Rosenköter hat Schulranzen verteilt, viele Einrichtungen bieten für Kinder teilweise kostenlose Mahlzeiten an, die Bremer Schulen werden ab Januar 2009 ein Schulessen einführen. Aber auch Kinder müssen jeden Tag essen! Aus meiner Sicht ist dies alles nur Flickwerk. Die Umsetzung solcher Pläne sondert die Kinder der von ALG II und Sozialgeld Betroffenen aus. Bei Schulessen für alle betragen die Verwaltungskosten bereits 30 Prozent, und bei Bedürftigkeitsprüfung steigt dieser Verwaltungsanteil rapide.

Die Eltern brauchen sofort mehr Geld für ihre Kinder! Am einfachsten ist es, die Anrechnung des Kindergeldes beim ALG II und Sozialgeld einzuschränken. Die vielen Einzelmaßnahmen können dann entfallen, die Ausgrenzung von Bedürftigen wird vermieden. Es ist keine weitere Bedürftigkeitsprüfung notwendig. Das ist sofort umsetzbar! Dies wäre keine neue Erfindung, denn auch beim Bafög wird das Kindergeld nicht angerechnet. Beides wird nebeneinander gewährt. Wenn die gleiche Regelung für den Kinderzuschlag eingeführt wird, erfolgt keine „Sogwirkung“ in das ALG II. Allein dieser Vorschlag zeigt, dass eine Kindergelderhöhung für die Ärmsten nichts bringt. Millionäre haben übrigens auch Anspruch auf Kindergeld für ihre Kinder!

Ein Beispiel für Langsamkeit ist der Inhalt folgender Pressemitteilung: „Am 8. Mai 2008 kamen die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages erneut zu einem Gespräch mit Bundespräsident Horst Köhler zusammen. Damit wurde der im letzten Sommer verabredete Dialog fortgesetzt. In diesem Gedankenaustausch ging es insbesondere um die Schaffung der Bedingungen für ein gerechtes Aufwachsen der Kinder. Beide Seiten bekräftigten, dass ein gerechtes Aufwachsen Bildung, Integration und Teilhabe voraussetzt. Es dürfe nicht sein, dass in Deutschland wie in keinem anderen Land Europas die soziale Herkunft der Eltern über den Bildungserfolg und damit über die Zukunftschancen der Kinder entscheidet. Die Kinderkommission hofft, den aufgenommenen Dialog im nächsten Jahr weiterzuführen zu können.“ Können wir dies als ernsthafte Bemühung um eine Änderung ansehen? Hoffentlich hat der Imbiss geschmeckt und das Sitzungsgeld gestimmt!

2. Horst Köhler rettet wieder einmal den **Lissabonner Vertrag**, diesmal durch Verschleppen. Der Bundespräsident ist Garant für die Umsetzung der Agenda

2010 in Deutschland! Die Verlängerung des ALG I hat er scharf verurteilt und das politische Personal zum Rapport bestellt. Nur der Hinweis auf anhängige Gerichtsverfahren dürfte ihn zum Einlenken bewegt haben. Ob Herr Köhler der Kinderkommission mitgeteilt hat, dass dies alles durch den Lissabonner Vertrag festgeklopft wird? Lesen Sie doch einfach Seite 71 in dem Dokument über die „ Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 bis 2005“ – relativ kurz, aber sehr erhellend!

Warum läuft die Agenda 2010 so reibungslos? Weil die wenigsten Menschen wissen, was dort geregelt ist. Die Agenda 2010 hat Gerhard Schröder vom damaligem Lissabonner Vertrag abgeschrieben. Zitat: „Alles in allem scheint Deutschland die aufgezeigten politischen Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Auf Grundlage der im Parlament verabschiedeten Maßnahmen scheinen die Aufgabenstellung und Empfehlungen zum Arbeitsmarkt weitgehend in Angriff genommen. Es wurden Maßnahmen ergriffen beziehungsweise vorgeschlagen, um das Abgaben- und Sozialleistungssystem zu reformieren; diese beinhalten eine Einschränkung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung und die Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor.“

Herr Schröder hatte aber ein Geldproblem: Die Kassen waren für soziale Grausamkeiten viel zu voll! Also nahm Schröder die Anleitung (das Papier aus Lissabon) zur Hand und brachte die Unternehmenssteuerreform auf den Weg (so oder ähnlich). Die Kapitalgesellschaften konnten ihre gezahlten Steuern bis zu zehn Jahren rückwirkend wiederholen! Darauf war die Kasse leer und der Grund für die Hartz-Gesetze geschaffen. Mit den plötzlich steuerfreien Gewinnen aus Unternehmensverkäufen wurden die Massenentlassungen der Großunternehmen ermöglicht.

Damit dieser massive Arbeitsplatzverlust nicht aus der **Arbeitsmarktstatistik** ersichtlich wird, wurden dann auch geringfügige Beschäftigungen als Arbeitsplatz mitgezählt. Diese Statistik ist jetzt ohne jegliche Aussagekraft, weil die Zahlen der Erwerbslosen, offenen Stellen und Arbeitsverhältnisse geschönt sind. Mitgezählt werden auch Arbeitsverhältnisse, die zu 100 Prozent aus Beitragsgeldern gefördert sind! Die Presse berichtet meist kritiklos über diese Zahlen. Dabei sagte Frank Weise dem „Stern“: „Die Bundesagentur würde gerne höhere Arbeitslosenzahlen melden“! Das war am 8. April 2005. Lesenswerte Details! Ich wette, inzwischen weiß nicht einmal Herr Weise, wie viele Erwerbslose bei der BA und den Argen registriert sind!

3. Dabei würden stimmende Zahlen die Mär von der nahenden Vollbeschäftigung beenden, auch für den in Bayern beginnenden Wahlkampf. Was dem Herrn Koch die Ausländer waren, sind dem Herrn Glos die Erwerbslosen! Der Wähler würde dies alles bei eine fairen Berichterstattung durchschauen. Besonders betroffen von dieser Arbeitsmarktlage sind die Jugendlichen. Die gemeinsame Pressemitteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handels-

kammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes der Freien Berufe, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit vom 19. Mai 2008 im BA-Presseinfo Nr. 23 lautet: „Fachkräftenachwuchs sichern und Zukunftschancen nutzen!“

Auszug: „Unser Appell richtet sich gleichzeitig an Jugendliche: Nutzen Sie Ihre Chancen auf dem **Ausbildungsmarkt**! Berücksichtigen Sie dabei immer das breite Berufespektrum mit auch vom ursprünglichen Wunschberuf abweichenden Ausbildungsangeboten. Auch hilft der Blick über den regionalen Tellerrand hinaus. Hierdurch eröffnen sich vielfach neue und interessante Perspektiven. Unterstützung bei der Ausbildungssuche erhalten Sie von den Arbeitsagenturen und Kammern! Zudem appellieren wir an Sie, nicht durch Mehrfachzusagen an Betriebe Ausbildungsplätze zu blockieren. Dies ist ein Gebot der Fairness den anderen Jugendlichen gegenüber, die noch eine Ausbildung suchen. Aber auch Arbeitgeber sollten sich möglichst frühzeitig entscheiden, damit Jugendliche Klarheit haben.“ So weit die Pressemeldung. Wieder geht der Schwarze Peter an die jungen Leute!

Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ schreibt am 16. Mai 2008: „Trotz aller Erfolgsmeldungen bleibt aus unserer Sicht die Situation auf dem Ausbildungsmarkt äußerst problematisch. Für realistische Prognosen hinsichtlich Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage ist es bei Weitem zu früh. Die Meldebewegungen sowohl der anbietenden Unternehmen als auch der Nachfrager(innen) nach Ausbildungsstellen sind nicht abschätzbar. Die Bildungsstatistiker des Bildungsministeriums rechnen bundesweit trotz Angebotszunahme mit etwa 200.000 unversorgten jungen Leuten in diesem Jahr, sodass weder die Arbeitsagentur noch die Politik so recht in den Jubel einstimmen wollen.“ Letztere Vermutung hat sich nun erledigt.

Und weiter: „Zudem ist der Nachholbedarf nach den enormen Reduktionen vor dem Aufschwung so groß, dass das entstandene Defizit über Jahre hinweg kaum ausgeglichen werden kann. Bremen hat auf diesem Gebiet besonders viel nachzuholen, denn die hiesigen Zuwächse der letzten zwei Jahre lagen deutlich unter dem Plus, das alle anderen westlichen Bundesländer zu verzeichnen hatten.“

Ich erinnere an die „Nacht der Jugend“ in Bremen 2006. Die Jugendlichen hatten die Ausbildungsstatistik zurechtgerückt: Nicht 95 Prozent der Jugendlichen hatten einen Ausbildungsplatz gefunden, wie die Handelskammer Bremen vermeldete, sondern nur 44 Prozent der Jugendlichen! Dies stand auch im Internet: „Schüler von fünf Schulen (Geamtschulen Mitte und West, Schulzentren Rübekamp, Walle und Walliser Straße) haben in einem Forschungsprojekt erstmalig untersucht, welche Chancen auf einen Berufsausbildungsplatz Bremer Schulabsolventen haben. Sie haben dazu den Verbleib von 2.796 Schüler(inne)n der zehnten Klassen und der Abgänger ohne Schulabschluss der siebten, achten und

neunten Klassen des Schuljahres 2002/2003 untersucht. Sie konnten dazu die Statistiken des Senators für Bildung auswerten. Aus diesen geht hervor, dass in den nächsten drei Jahren, also bis zum Schuljahr 2005/2006, nur 36 Prozent eine Lehrstelle erhalten, und 44 Prozent, wenn man die vollschulischen Berufsausbildungen hinzurechnet. Alle diese Schüler besuchen berufsbildende Schulen in Bremen.“ Heute führt der Link ins Nirgendwo. Die Unterlagen waren schnell gelöscht!

4. Was haben Erwerbslose und Rentner gemeinsam? Nicht nur, dass wir immer mehr werden! Es sind die Hartz-Gesetze, zuletzt Hartz IV, siehe „Umsetzung der Grundzüge“ Seite 71, fortgeschrieben im neuen Lissabonner Vertrag. Die Berechnungsgrundlagen für Rentenerhöhung und Erhöhung des Regelsatzes sind gleich. Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse vermindern diese Erhöhung, die Reduzierung der Ausgaben ist in beiden Fällen das Ziel. Die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme erfolgt, weil Privatisierung das Ziel der Lissabonner Verträge ist. Im Detail gibt es noch viel mehr, aber dies sollte eigentlich schon reichen, um zur Bremer Montagsdemo zu gehen, den Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Ich habe die Übereinstimmung der Betroffenheit zwischen Erwerbslosen und Rentnern unvollständig angeführt, denn in Lissabon wurden darüber hinaus die Rahmenbedingungen für ein kapitalgelenktes Europa geschaffen, mit einschneidenden Auswirkungen für jeden Menschen in Europa: Sicherheit für Einschränkung der Freiheit. Dies betrifft die geänderte Rentenformel mit Senkung der Ansprüche für Neurentner, die Gesundheitsreform mit Gesundheitsfonds und Fallbezahlung in den Krankenhäusern sowie den Bologna-Prozess für die Bildung. Unter Einwirkung von Bertelsmann wurde dies alles im Lissabonner Vertrag festgeklopft! Das sollte eigentlich reichen, um zur Bremer Montagsdemo zu gehen, den Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

5. Dass die jetzt nach Protesten gestoppte **Diätenerhöhung** unverschämt ist und auch die davor unverschämt sind, leuchtet selbst jedem Abgeordnetem ein. Dabei ist die Erhöhung der steuerfreien Pauschale für Aufwendungen der Abgeordneten in den Pressemeldungen überwiegend untergegangen. Unser politisches Personal beklagt sich oft über das geringe Ansehen, das Politiker genießen, doch *so* wird sich das nicht ändern, im Gegenteil!

Es gibt noch weitere Vorteile für Abgeordnete, darunter freiwillige wie die Parkplätze an Flughäfen (das war gerade Thema in der Presse), das Sterbegeld (abgeschafft für alle anderen) oder die Extra-Rentenkasse mit Super-Bedingungen. Auch Abgeordnete können Glaubwürdigkeit gewinnen: Einfach die Unterschiede auflisten und anfangen, sie zu beseitigen, nicht nur im Bundestag, sondern auch auf Landes- und erst recht auf EU-Ebene. Bitte zügig und prompt!

6. Vor der Wahl in Bremen mussten Abgeordnete im Aufsichtsrat der **Kliniken** vor der Berufung erklären, dass sie immer für die Meinung des Senats stimmen werden, siehe 103. und 154. Montagsdemo. Die neue rot-grüne Regierung hat vereinbart, dies sei unhaltbar und werde abgeschafft. Das wurde umgesetzt: Abgeordnete werden nicht mehr in das Aufsichtsgremiun berufen. Ersatzweise wurde ein neuer Ausschuss gebildet, ohne jedoch Aufgaben und Kompetenzen dafür zu definieren, auch kein Mitwirkungsrecht. Nicht einmal informiert wird dieser Ausschuss! Die jetzigen Personalentscheidungen sind ein weiterer Ausdruck der Hilflosigkeit des politischen Personals. Es hat sich jemand gefunden, allerdings mit Alleinvertretungsanspruch! Wer diesen gefährden könnte, muss sofort gehen, oder? So etwas gab es doch bereits! Wie wird dieser Neue auf Prüfungen und Kontrolle seiner Arbeit reagieren? Wie der Letzte? Der Umgang mit dem Betriebs- und Personalrat ist dilettantisch! So sieht keine vertrauensvolle Zusammenarbeit aus, wie sie das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt, ähnlich wie § 1 der Straßenverkehrsordnung!

In dieses Bild der Hilflosigkeit passt auch die Meldung, dass die Kündigungsfrist für den Fallmanager von Kevins Ziehvater verstrichen und eine Kündigung nicht mehr möglich ist. Schon wieder so eine Zeitungsente! Frau Ingelore Rosenkötter, ich habe Sie noch nie mit Hut gesehen – aber Sie sollten Ihren Hut nehmen und zurücktreten!

Aktuell fragt „Die Linke“ nach, wo eigentlich das **Sozialticket** bleibt: „Am 2. Oktober 2007 wurde durch die Fraktion „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft ein Antrag zur Einführung eines solchen Sozialtickets in den Landtag eingebracht (Drucksache 17/73). Dieser Antrag sollte zu Beginn des Jahres 2008 in den zuständigen Deputationen behandelt werden, was aber nicht erfolgt ist. Erst auf Nachfrage der Fraktion „Die Linke“ gab es am 24. April 2008 in der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration unter dem Tagesordnungspunkt 6b einen mündlichen Sachstandsbericht zum Thema. Dieser von der Verwaltung vorgetragene Bericht war aufgrund der Vielzahl unbeantworteter Fragen höchst lückenhaft.“

Armut ist relativ! Im Jahr 2005 lag die Armutsgefährdungsgrenze von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens bei 882 Euro. Jetzt sind 60 Prozent des mittleren Einkommen 781 Euro. Somit gelten viele Arme ohne Einkommensveränderung plötzlich nicht mehr als arm, trotz gestiegener und steigender Preise! Dies zeigt deutlich den Absturz der Löhne und Gehälter.

Den ausgewiesenen Rückgang der Wohnungslosigkeit von 530.000 auf 245.000 glaube auch ich nicht. In Bremen wurden die besonderen Hilfen für Wohnungslose zurückgefahren. Wurde dabei auch die Statistik eingespart? In der Bagis arbeiten jedenfalls über 700 Mitarbeiter(innen) an der Erhöhung der Wohnungslosen – natürlich nur als unbeabsichtigtem Nebeneffekt! Wird, wer in ein Not-Hotel einzieht, noch als Wohnungsloser gezählt? Zur Erinnerung: Jungen Erwachsenen können bei Sanktionen auch die Kosten der Unterkunft gestrichen werden! Wenn sich kein Unterstützer findet, bedeutet das Obdachlosigkeit,

„verordnet“ vom Amt! Diese Jugendlichen tauchen ab, sie entschwinden in eine andere Umgebung! Das alles ist unschön, aber alles bewusst gemacht, alles Gesetz, alles änderbar! Es geht anders! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die Reichen werden nicht mitgezählt: So bleibt mit dem Durchschnittseinkommen auch der Hartz-IV-Regelsatz niedrig *(„Tageszeitung“)*

Neues Schandurteil: „Der zurzeit gültige Regelsatz von 347 Euro übersteigt das physische Existenzminimum und enthält darüber hinaus einen soziokulturellen Leistungsanteil“ *(„Rote Fahne News“)*

Die Verdienste des Michael Glos um die Weiterentwicklung der Zwangsarbeit

1. Wie kann es sein, dass der einst für die Betreuung von **Kevin** zuständige Sachbearbeiter wieder im Amt für Soziale Dienste beschäftigt wird? Gegen diesen Mann wurde Anklage wegen fahrlässiger Tötung durch Unterlassen erhoben! Nachdem der zu Tode gequälte kleine Kevin im Kühlschrank seines Ziehvaters gefunden wurde, hatte sich der Sachbearbeiter über längere Zeit krank gemeldet. Eigentlich hätte er vom Amt längst seine Kündigung erhalten sollen. *Uneigentlich* hatte die Behörde die Fristen dafür jedoch verstreichen lassen. Soll dieser Umstand nach einem spitzen Aufschrei der Empörung ebenso unter den Tisch fallen wie die Mitschuld einiger Bagis-Mitarbeiter am Tode des Kindes, die die Zahlungen für den Lebensunterhalt wegen formaler Versäumnisse einstellten, obwohl sie über die Situation von Kevin und seinen Ziehvater informiert waren? Wer genau trägt hierfür die Verantwortung? Es betrifft leider genau den Zeitraum, in dem der kleine Kevin umkam!

Warum wurden von der Bagis die Warnungen eines Arztes ignoriert, der den Ziehvater als eine „tickende Zeitbombe“ bezeichnete und die Behörden um schnelle Erledigung der Geldangelegenheit bat? Was ist mit der Verantwortung von Bürgermeister Jens Böhrnsen, der persönlich darum gebeten wurde, sich des bedau-

ernswerten kleinen Jungen anzunehmen? Warum wird dem vorliegenden 389-seitigen Untersuchungsbericht zum Tode Kevins nicht die Bedeutung beigemessen, die ihm zusteht? Hauptangeklagt wird ein Süchtiger, ein Gewalttätiger und vermutlich psychisch Kranker, dem unverantwortlicherweise ein Kleinkind überlassen wurde! Ein Kranker ist krank und kann für seine Tat – so entsetzlich sie ist – nicht voll zur Verantwortung gezogen werden. Zunächst wird auf den vermeintlichen Täter geguckt, dann erst kommt der Staat. Aber die Frage sei erlaubt, was der Staat für Rahmenbedingungen schafft, die aus einem Vater einen bis zum Tode Misshandelnden machen können!

2. Thomas Röwekamp bittet um Entschuldigung. Der CDU-Fraktionschef rief in einer Haushaltsdebatte der Bürgerschaft: „Unter Brücken sollen sie schlafen“ und bezog sich dabei auf Hartz-IV-Empfänger. Dafür bekam er ordentlich Dresche, erntete massive öffentliche Kritik und Empörung. Ach Gottchen, nun entschuldigte er sich sogar in einem Brief an seine Parteifreunde! Dass er diesen Fehler zutiefst bedauert und sich im Nachhinein über seinen Zwischenruf ärgert, nehme ich ihm sogar ab. Dies allerdings nur unter der Prämisse, dass er sich beim Landesparteitag als neuer Landesvorsitzender zur Wahl stellen wollte, natürlich um gewählt zu werden. Das ist dem Hardliner ja bedauerlicherweise gelungen.

Entweder beabsichtigte er einfach nur die Form zu wahren, um den Eindruck von christlicher Wohlanständigkeit zu erwecken, oder ihm schwante, dass der Bau von so vielen neuen Brücken als Schlafplatz für Hartz-IV-Empfänger das Land Bremen beträchtlich teurer zu stehen käme, als die erheblich zu niedrigen Mietobergrenzen endlich an die Realität auf dem Wohnungsmarkt anzupassen. Die unzähligen taufrischen Flussüberquerungen hätten womöglich das Landschaftsbild von Bremen langfristig verschandeln können. Der Schlager „Über sieben Brücken musst du gehen, sieben dunkle Jahre überstehen“ kann nun wohl doch keine noch nie da gewesene Bedeutung erlangen. Oder hätten wir sonst singen sollen: „Unter sieben Brücken sollst du pennen, sieben dunkle Jahre nur nicht flennen“?

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass Thomas Röwekamp mit seinem Zwischenruf genau das rausgerutscht ist, was er und viele seiner Parteigenossen in tiefster Seele tatsächlich und eigentlich denken! Denn schon seine Verdrehungen beim grausamen Brechmitteleinsatz mit tödlichem Ausgang sprechen Bände. Das sollten wir nicht vergessen, auch wenn der „Weser-Kurier“ ihn bei seiner Entschuldigungsmeldung wie einen unschuldigen, braven Schuljungen ablichtete!

3. Ich vermute, wir sollen hier alle ganz gehörig verschaukelt werden, um den vermeintlichen Aufschwung zu lobpreisen! Mal wieder wird behauptet, die Aussichten für die Jugendlichen bei der **Lehrstellensuche** seien so gut wie lange schon nicht mehr. Da ist sogar von „glänzenden Aussichten“ für Schulabgänger die Rede! Angeblich könne die deutsche Wirtschaft dank der guten Konjunktur in diesem Jahr mehr Lehrstellen anbieten, als es Bewerber gebe. Dann hätten wir ja

zumindest bei den Azubis schon „Vollbeschäftigung“ erreicht. Wer dies glaubt, wird mehlig, äh selig!

Ich bin bei dieser Nachricht sehr misstrauisch geworden und fragte mich, ob das wohl wieder eine „neue“ Taktik ist. Wenn nun (massenhaft) Schüler keine Lehrstelle bekommen, wird es dann heißen, dass gerade *sie* sich nicht eigneten, weil sie in den naturwissenschaftlichen Fächern oder in Mathematik leider zu schlecht seien? Auf jeden Fall soll mal wieder verschleiert werden, dass leider seit etlichen Jahren nicht genügend Lehrstellen zur Verfügung gestellt werden. Gerade wenn klar ist, dass es nie wieder echte Vollbeschäftigung geben wird, ist es nur logisch, dass die Wirtschaft kein Geld in Menschen stecken will, die später sowieso keine Arbeit finden werden! Warum also überhaupt allen Jugendlichen zu einer Ausbildung verhelfen?

Es wird ja bedauerlicherweise alles nur noch durch den neoliberalen Filter der Ökonomisierung betrachtet! Und jetzt sollen die Lehrstellen angeblich im Übermaß vorhanden sein und nur die Schüler zu unqualifiziert? Aber damit nicht genug: Auch mittels offizieller Statistiken wird versucht, die Probleme der jungen Menschen kleinzureden. Da werden einfach viele junge Erwachsene aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit heraus„gezaubert“, obwohl sie überhaupt gar keine Lehrstelle gefunden haben! Zu ihnen gehören etwa die 24.000 Jugendlichen, die im vorigen Jahr eine sogenannte Einstiegsqualifizierung begonnen haben. Dabei handelt es sich um eine Art Praktikum, das in der Regel sechs Monate dauert. Andere absolvieren angeblich „berufsvorbereitende“ Kurse, wie dieses die Statistik verschönende Abstellgleis genannt wird. Gewerkschaftsvertreter kritisieren, dass zahllose dieser Lehrstellenanwärter solch eine „Weiterbildung“ eigentlich gar nicht brauchen. *Uneigentlich* könnten sie nämlich sofort eine Ausbildung beginnen – wenn es denn genügend Lehrstellen gäbe!

Wieder andere geben die Suche irgendwann entnervt auf und machen gar nichts oder nehmen einen ungelernten Job an. Auch sie gelten dann nicht mehr als „unversorgte Bewerber“. Und wer außer den Gewerkschaften redet noch von den 385.000 Altbewerbern, die jedes Jahr die sogenannte Bugwelle erhöhen? Im Berufsbildungsbericht schätzen die Statistiker des Bildungsministeriums, dass gut 200.000 Jugendliche bei der Jagd nach Ausbildungsplätzen leer ausgehen. Auch 2007 blieben 100.000 ohne Lehrstelle. Zudem steigen auch die Anforderungen der Unternehmen an die Schulabgänger enorm. *Oh my god!* Vielleicht sollte ich *Miss Sophie* zu Rate ziehen, denn die kennt sich aus bei *the same procedere as every year.* Mal wieder Volksverdummung für alle, bitte schön! Und jedes Jahr eine Nummer härter!

4. Das von Michael Glos geführte Bundeswirtschaftsministerium will Hartz IV mit einer verschärften Zwangsarbeitskomponente „weiterentwickeln“: Für arbeitsfähige Bezieher von Arbeitslosengeld II soll eine Arbeits- oder Ausbildungspflicht von 39 Wochenstunden *ohne Vergütung* eingeführt werden. Angeblich könnten durch das „Workfare“ genannte Programm die öffentlichen Haushalte jährlich um rund

25 Milliarden Euro entlastet werden. Durch dieses Modell würden sowohl Ein-Euro-Jobs als auch öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme überflüssig werden.

Unverschämterweise wird scheinbar die „Motivierung der Erwerbslosen“ als wichtigster Hebel für die künftige Arbeitsmarktpolitik betrachtet: Wer wisse, dass er seine Grundsicherung ohne Gegenleistung nicht mehr erhalten werde, sei auch bereit, für einen Lohn zu arbeiten, der sogar bei Vollzeittätigkeit netto nicht über den Hartz-IV-Regelsätzen liegt. Diese Forderung ist an Schamlosigkeit und an Unterstützung der Raffgier so vieler Unternehmer kaum zu überbieten! Im Gegenteil: Derart niedrig bezahlte Tätigkeiten müssen endlich als sittenwidrig gekennzeichnet und verboten werden!

Dabei scheint eine gezielte Verarmung der Bevölkerung im Fokus zu stehen. Hier sollen einem breiten Publikum die ideologischen Wurzeln eines riesigen Sozialabbauprogramms publizistisch nahegebracht und die Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben unter Dampf gehalten werden! Die unvermeidliche Folge einer solchen Arbeitsmarktpolitik ist der weitere Druck auf den Niedriglohnsektor und der Abbau von Zuverdienstmöglichkeiten für ALG-II-Bezieher. Erschreckend ist ein solches Menschenbild, das davon ausgeht, dass die Arbeitsverpflichtung dazu führen soll, dass Erwerbslose schlicht keine Zeit mehr hätten, ihr Budget durch regelmäßige Schwarzarbeit aufzubessern. Mal wieder wird so getan, als ob die Jobs, die eine auskömmliche Entlohnung gewährleisten, massenhaft auf der Straße lägen und wir bloß zu faul seien, um zuzugreifen!

Ich beanspruche für meine verrichtete Arbeit selbstverständlich eine finanzielle Gegenleistung, von der ich so leben kann wie alle anderen auch! Herr Glos betreibt hier gezielt populistische Stimmungsmache gegen Langzeitarbeitslose. Dabei ist das Bürgerarbeitskonzept in Ostdeutschland, wo es bereits praktisch erprobt wurde, längst komplett gescheitert. „Workfare“ ist ein totales Täuschungsmanöver! Vollbeschäftigung kann nur mit regulärer Arbeit erreicht werden, aber eben leider nicht mehr im Deutschland des 21. Jahrhunderts. Um **Zwangsarbeit** mit dem Grundgesetz vereinbaren zu können, muss zuvor die Erwerbslosigkeit zum Straftatbestand erklärt werden! Wenn es genügend Arbeitsplätze gäbe, bräuchten sie keine Zwangsarbeit, um Vollbeschäftigung zu erreichen.

Würden die Hirngespinste des Herrn Glos in die Tat umgesetzt, bedeutete dies, dass sich jeder eine Berufsausbildung schenken könnte. Schließlich müssten ja alle ohne Ausbildung Bürgerarbeit machen. Des Weiteren bräuchte niemand mehr einem Ingenieur Tariflohn zu bezahlen, denn man könnte ihn entlassen und dann zur Bürgerarbeit wieder einstellen. Wie das funktioniert, wird ja mit den Ein-Euro-Jobs noch immer ganz „wunderbar“ allerorten vorgeführt. Herr Glos muss wissen, dass er damit nicht durchkommt. Doch vor der Bayernwahl will der Löwe wohl noch kräftig brüllen!

Hurra, wir sind wieder so weit: In Deutschland wird erneut und ganz schamlos über Zwangsarbeit diskutiert! Nur wird das heute „Workfare“ genannt. Diese Studie stammt übrigens vom „Institut zur Zukunft der Arbeit“. Dessen Präsident

ist nebenbei bemerkt immer noch Klaus Zumwinkel, eben jener wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zurückgetretene Post-Chef.

5. Seit Anfang Mai bekannt wurde, dass der bisherige Vorsitzende der Bahngewerkschaft Transnet, **Norbert Hansen**, als Arbeitsdirektor ins Top-Management der Deutschen Bahn wechseln will, frage ich mich, ob er möglicherweise der Gattung der Wirbellosen angehört, also Lebewesen, die über kein Rückgrat verfügen. Oder wie ist solch ein Wechsel der Lager erklärbar? In meinen Augen ist das doch mit Verrat gleichzusetzen!

Hansen steht bei Gegnern des Börsengangs der Deutschen Bahn in der Kritik, da er den Privatisierungskurs von Bahn-Chef Hartmut Mehdorn seit langem unterstützt. Ob er seinen Gewerkschaftsposten nur als Sprungbrett nutzen wollte? Offenkundig haben nicht alle Menschen ethische Grundsätze in sich, denen sie sich verpflichtet fühlen. Ich schließe mich Fritz Kuhn an, der es im „Tagesspiegel“ peinlich nannte, wie der „brave Privatisierungs-Hurra-Gewerkschafter“ Hansen nun mit einem Vorstandsposten belohnt wird.

6. Nach dem **Armutsbericht** der Bundesregierung gelten 13 Prozent der Deutschen als arm. Die soziale Ungerechtigkeit wächst: Inzwischen ist jeder vierte Bundesbürger von Armut betroffen oder muss durch staatliche Leistungen davor bewahrt werden. Die Einkünfte der Reichen seien gewachsen, während die Einkommen im unteren Bereich leicht sänken und im mittleren Bereich stagnierten. Als reich gelte, wer als Alleinlebender im Monat netto mehr als 3.418 Euro zur Verfügung habe oder als Familie mit zwei Kindern mehr als 7.178 Euro netto im Monat. Arm ist, wer als Alleinlebender weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient, also 781 Euro netto. Alleinlebende ALG-II-Empfänger kommen keineswegs auf so „viel“ Geld mit ihren Bezügen.

Komisch, im Jahresbericht anno 2003 lag die Einkommensgrenze für Einpersonenhaushalte noch bei 938 Euro! Was ist inzwischen geschehen? Die Grenze hat sich um 160 Euro nach unten „verlagert“, obwohl die Preise für Energie und Lebenshaltungskosten nach oben explodiert sind? Müssen wir denn alles nachrechnen, weil wir andauernd belogen werden? Für wie blöde werden wir hier eigentlich gehalten? Da also das ALG II keineswegs vor Armut bewahrt, sondern ganze Familien in sie hineinfallen lässt, ist also mindestens jeder vierte Deutsche als arm zu bezeichnen!

Aber der Armutsbericht hat noch mehr Ungereimtheiten zu bieten. Es wird behauptet, dass sich seit 1998 die Wohnungslosigkeit halbiert habe, und zwar von 530.000 auf 254.000 Betroffene gesunken sei. Das halte ich angesichts der zunehmenden Kürzungen bei Hartz IV um hundert Prozent für eine bodenlose Frechheit, eine unverschämte Lüge, Statistikbeschönigung und Volksverblödung! Ein kurzer Aufschrei und *zisch!* weg, immer noch kein einträglicher Mindestlohn! Darum haben wir ja auch eine so hohe Kinderarmut! Erst so ein menschenverachtendes Unrechtsgesetz wie Hartz IV in die Welt setzen und sich dann über die

zunehmende Armut in diesem eigentlich reichen Deutschland brüskieren! Durch solch einen grotesken Zynismus komme ich mir vor wie in „Absurdistan“ und müsste über diesen Schildbürgerstreich lachen, wenn es nicht so traurig wäre!

7. Mit drastischen Folgen wird immer häufiger Langzeitarbeitslosen die Hilfe gestrichen. Die Zahl der von Hartz-IV-Behörden gegen Langzeitarbeitslose verhängten **Sanktionen** ist deutlich angestiegen. Während Erwerbslosen-Initiativen zunehmende Willkür in den Jobcentern beklagen, erdreistet sich die Bundesagentur für Arbeit, von einem „Ausdruck wachsender Professionalität“ zu sprechen. Unklar bleibt in jedem Fall, was aus den betroffenen Menschen wird. Muss ein Mann, der jahrelang als selbstständiger Lkw-Fahrer gearbeitet hat, eine Ein-Euro-Maßnahme besuchen mit dem Ziel, die „Strukturierung des Tages“ zu erlernen? Das ist doch nichts weiter als die bekannte Schikane der Verfolgungsbetreuung!

Eine Arge im Rhein-Sieg-Kreis hielt das für eine gute Idee und legte einem gelernten Industriekaufmann eine entsprechende „Eingliederungsvereinbarung“ vor. Als der Betroffene sich eine Woche Bedenkzeit ausbat, lehnte die Behörde das ab, und noch am gleichen Tag verdonnerte sie den Arbeitslosengeld-II-Empfänger dazu, an der Maßnahme teilzunehmen. Er legte Widerspruch ein, den die Arge zurückwies. Sechs Wochen später verhängte die Behörde gleich zwei Sanktionen auf einmal. Ergebnis: Der Regelsatz des Betroffenen wurde um 90 Prozent gekürzt. Der Hilfeempfänger legte erneut Widerspruch ein. Als das nichts half, klagte er vor dem Sozialgericht – und bekam recht: Die Behörde habe die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs ignoriert und müsse die Hilfe nachzahlen, so das Sozialgericht Köln im Januar. Diese Geschichte ist nur ein Beispiel von vielen. Aber leider wissen sich nicht alle so erfolgreich dagegen zu wehren! Eigentlich müssten die Sozialgerichte schon längst aus allen Nähten platzen und nicht mehr handlungsfähig sein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die „**Arbeitnehmerkammer Bremen**“ lädt ein zur **Diskussionsveranstaltung** „**Das Ende der Geschichte? Fünf Jahre Agenda 2010**“ am **Donnerstag**, dem **22. Mai 2008**, um **19:30 Uhr** im Kultursaal in der Bürgerstraße 1.

Im „**Concordia**“-Theater in der Schwachhauser Heerstraße beginnt am **Montag**, dem **26. Mai 2008**, um **20 Uhr** die Uraufführung der „**Flammen des Profits**“, einem Theaterstück von Rudolph Bauer in Erinnerung an die Bücherverbrennung von 1933 und zur Vergegenwärtigung der vermeintlichen Wohltätigkeit der Märkte.

Am **31. Mai 2008** findet in **Bremen-Nord** eine **Demonstration gegen rechte Gewalt, Strukturen und Parteien** statt, da es auch hier eine er-

schreckend schnell wachsende Nazi-Szene gibt. Die Demo startet um **15 Uhr** am **Bahnhof Blumenthal** und wird bis nach Lüssum verlaufen.

Mit ständiger Statistikfälschung wird das Elend noch beschönigt

Eine Nonne, die Trompete spielt, das war der Clou bei der 181. Montagsdemo am 19. Mai 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz in Bremen. Die Kaffeehausstühle waren wieder besetzt und allerlei Leute unterwegs. Da passte es gut, dass sich eine Mitstreiterin „in Schale“ warf und immer zum Beitrag passend ihr Blechwerk erstrahlen ließ, mal „Freude schöner Götterfunken“, mal „Danke, o Herr, für diesen guten Morgen“. Das lockte Neugierige an. Hauptthema war der Armutsbericht. Mit ständiger Statistikfälschung wird das Elend noch beschönigt. Michael Glos plant eine Verschärfung der Zwangsarbeit. Vieles kam zur Sprache. Mit über 35 Zuhörern und Zuschauern waren wir „richtig da“.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

CDU in Lübeck glatt halbiert: Aber auch die SPD unterbietet ihr Rekordtief noch einmal *(„Spiegel-Online“)*

Guido völlig närrisch: Horstel soll Neuwahlen ausschreiben, wenn er eine Gegenkandidatin bekommt *(„Spiegel-Online“)*

Wenn Beck eine Gesine Schwan hat: Warum tritt sie dann gegen Köhler an statt gegen Merkel? *(„Spiegel-Online“)*

Zu billig, Frau Schwan: Angesichts der Armutsberichte darf eine Politik-Professorin nicht über „demagogische Polemiker“ labern, die versuchten, „Schwierigkeiten in der Gesellschaft zu nutzen, um Protestpotenzial zu sammeln“ *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

182. Bremer Montagsdemo
am 26. 05. 2008

Nur 4.200 von 3,2 Millionen Hartz-IV-Empfängern konnte „Miss-brauch“ nachgewiesen werden

Ich freue mich auf die nächste Wahl in Bayern. Nicht aus Schadenfreude, im Gegenteil! Wenn in Bayern „Die Linke“ mit einzieht, ist das wohl endlich ein Zeichen für die übrigen Parteien: So können wir nicht weitermachen. Obwohl schon das Wahldebakel in Schleswig-Holstein das Gleiche aussagt. Die großen Parteien im Norden müssen schwere Verluste hinnehmen. Warum wohl? Das müssen sie jetzt erst mal analysieren. An sich wäre das gar nicht nötig, denn der gesunde Menschenverstand hat uns längst die Antwort gegeben: Wir wollen solche Politik nicht! In Bayern wäre das dann nur noch das i-Pünktchen: So dürfen wir nicht weitermachen! Was muss jetzt eigentlich noch geschehen, bis ihr Politiker endlich begreift?

Am Sonnabend habe ich den Parteitag der „Linken“ auf dem Kanal „Phönix“ gesehen. Zu 80 Prozent habe ich dort die alte Arbeitnehmerpartei SPD wiedererkannt, jedenfalls nach den Reden, die gehalten wurden. Am Sonntag habe ich noch die Sendung mit Anne Will gesehen. Ist doch klar, man muss sich von allen Seiten Informationen holen! CDU-Alt-Parteimitglied Heiner Geißler hat sich wieder mal dementsprechend zu Worte gemeldet. Seine Meinung ist bekannt: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Was mich aber erstaunte, ist die pauschale Verurteilung von Hartz-IV-Empfängern durch eine Journalistin, die ein Buch geschrieben hat. Solche Leute haben studiert und sind nicht in der Lage zu differenzierter Betrachtung! Im Gegenteil, sie besitzen die Dreistigkeit, andere Menschen anzuprangern. So schafft man Vorurteile! Könnte sie sonst ihr Buch nicht verkaufen? Das ist nämlich Wasser auf die Mühlen der Hartz-IV-Befürworter.

Auch wir von der Montagsdemo streiten nicht ab, dass es „schwarze Schafe“ gibt. Die gibt es leider überall, und sie müssen „sondiert“ werden, denn sie scha-

den der Allgemeinheit auf beiden Seiten. Aber Menschen durch Gesetze in Armut zu bringen und sie dann zu verurteilen, ist wohl die größte Frechheit, die man erleben kann. Na, die Quittung bekommt ihr jedenfalls, das ist mein Trost! Euch Politikern kann ich nur raten: Erkennt endlich die Zeichen und handelt danach! Schon lange ist uns Bürgern klar: Euch brauchen wir nicht, wir wählen uns andere! Meine hohe Anerkennung gilt der jungen alleinerziehenden Mutter, die in gleich drei Jobs arbeitet. Traurig ist nur, dass sie die alle braucht, um über die Runden zu kommen. Soll das in Zukunft jetzt jede(r) tun? Das würde nämlich bedeuten, es gibt nur noch schlecht bezahlte Arbeit – und das ist weder familienfreundlich noch ein Grund, stolz zu sein. Auch das prangern wir schon lange an.

Udo Riedel (parteilos)

Kommunalwahldebakel: Große Koalition in Schleswig-Holstein erleidet erdrutschartige Verluste *(„Rote Fahne News“)*

Denkmalschutz für den Sendesaal

Am 28. Mai 2008 hat Bürgermeister Jens Böhrnsen den Denkmalschutz für den Bremer Sendesaal wieder in Kraft treten lassen. Wir gratulieren Herrn Dr. Hübotter und dem Verein „Freunde des Sendesaals“ zu diesem Erfolg! Darüber freuen wir uns sehr, weil dieser wichtige Schritt den Verhandlungsweg für eine bestimmungsgerechte Weiternutzung des Saals freimachen kann. Jedenfalls scheint nun aufgrund der neuen Ausgangssituation ein Abriss endgültig vom Tisch.

Herrn Dr. Klaus Hübotter wünschen wir viel Glück und in diesem Sinne eine weitere erfolgreiche Tätigkeit. Wir sind überzeugt, dass er alle Beteiligten von seinem sicherlich unterstützenswerten Konzept überzeugen wird. „Radio Bremen“ könnte dann weiterhin sein „Großstudio F“ unter anderem für wertvolle Musikproduktionen und öffentliche Konzerte verwenden, und neue Nutzer könnten ebenfalls zum Zuge kommen. In diesem Zusammenhang appellieren wir an die bisherigen Investoren Heise und Klima, nunmehr von ihrem Kaufvertrag für das „Radio-Bremen“-Gelände bedingungslos zurückzutreten.

Initiative Bremer Montagsdemo

Hübotter macht Kaufangebot: Bremer Sendesaal wahrscheinlich gerettet *(Senatskanzlei)*

Alles gekauft

Wie kriminell wollen und sollen die Kapitalbosse eigentlich noch werden, ehe die Bevölkerung die eigene Initiative dagegen in die Hand nimmt? Alles ist gekauft? Ja!

- *Die Gerichte*, die dem Herrn Hartz den Ehrenweg bahnen – das bisschen Geld, das er zahlen muss, setzt er dann später wieder geschickt von der Steuer ab.
- *Die Staatsanwaltschaft* sieht bei Herrn von Pierer „keinen Anfangsverdacht“, also Schwamm drüber – und Frau Merkel kann ihn dann auch in ihrem illustren Beraterstab behalten. Sie braucht jeden, der genau weiß, wie man belügt und betrügt und unter Druck setzt und nicht dabei erwischt werden kann.
- *Die Politik selbst*: In Schleswig-Holstein gehen bei der Kommunalwahl keine 49 Prozent mehr hin. Die CDU erhält 38 Prozent, das sind umgerechnet 18,6 Prozent der Wahlberechtigten. Bei der SPD heißt der Wert dann 11,8 Prozent. Das zeigt doch, wie sehr die Menschen diesem Kartell aus Betrug und Heuchelei misstrauen!
- *Das Kapital*: Der Herr Galois von EADS und Airbus, der mit seiner Politik des Verkaufs von Werksteilen völlig gescheitert ist und damit schon Hunderttausende, wenn nicht Millionen auf Kosten der Werktätigen in den Sand gesetzt hat, will nun die Subventionen erhöht bekommen, weil sonst die Rendite nicht stimmt – an erster Stelle die Rendite seiner Kapitalmehrheiten und Vorstandskollegen.

Den Schaden, den die von Pierers und Zumwinkels anrichten, sollen die Kollegen ausbaden. Der Stellenabbau wegen des „Sparens“ sei „unumgänglich“, sagt Siemens-Boss Löffler.

Wenn Kapital und Politik so eng zusammenarbeiten, dann werden auch schon die Schäuble-Gesetze hervorgezogen. Die Telekom-Bosse hören einander gegenseitig ab.

Es ist wie im richtigen Leben: Wenn das Essen schlecht wird, ist die Geschwindigkeit bis zur Fäulnis nicht mehr aufzuhalten. An diesem System ist nichts mehr zu retten, es muss weg!

Aber da müssen noch viele, anstatt den Blick wegzudrehen, nach vorne schauen und aktiv werden. Jede Zeit hatte ihr Problem, dass die Menschen etwas Neues anfangen mussten. Selber mutig werden, den Mitstreitern vertrauen und konkrete Überlegungen treffen, wie man etwas anders macht und welche Schrit-

te zu gehen sind und gegangen werden müssen: Da sind wir jetzt. Ich rufe jeden auf, sich und seine Ideen einzubringen und die Kräfte zu sammeln!

Jobst Roselius

In Diepholz gibt es für uns keine Rechtsberatung mehr

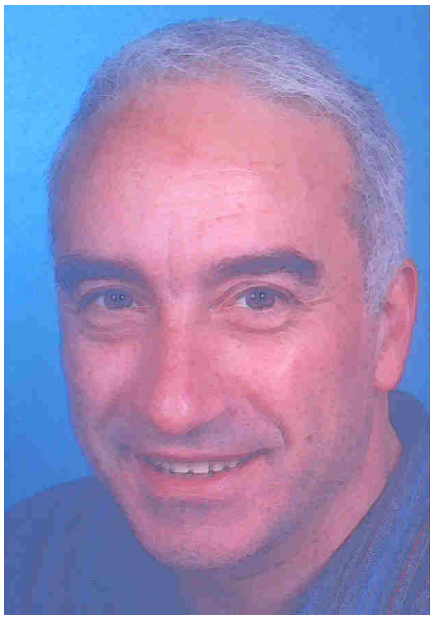
Heute ist ein besonderer Tag: Zum ersten Mal sind Vertreter aus dem Süd- und Nordteil des Landkreises Diepholz hier. Ich hatte heute Morgen eine „Begegnung der dritten Art“ nach Steven Spielberg. Wir haben ja schon gehört, dass es besondere Schwierigkeiten mit der Sozialgerichtsbarkeit gibt. Nun bin ich nach Aufforderung einer Rechtsanwaltskanzlei beim Amtsgericht gewesen, weil mir nahegelegt wurde, mir einen Beratungsschein zu holen. Ich habe meine Schreiben zusammengesucht, bin nach Syke gefahren und habe das Amtsgericht aufgesucht. Dann saß ich einer Diplom-Rechtspflegerin gegenüber, die mich ausgelacht hat. Danke für das Gespräch! Ich hätte keinerlei Anspruch auf Rechtsberatung. Wieso? Es geht darum, einen Antrag zu stellen und dessen Ablehnung abzuwarten. Es gibt also keine Beratungsscheine mehr im Landkreis Diepholz!

Die Diplom-Rechtspflegerin nahm Rücksprache mit ihrer Dienstvorgesetzten, einer Richterin, die sagte, ich hätte keinen Anspruch. Das zeigte mir, dass sie von total falschen Voraussetzungen ausging. Das störte sie aber nicht, nachdem ich das geradegerückt hatte. Die Rechtspflegerin ging noch mal zu ihrer Dienstvorgesetzten und besprach sich. Sie kam mit dem gleichen Ergebnis wieder heraus, nämlich, dass ich keinerlei Anspruch hätte. Dann kam der richtige Hammer: Es ist wichtig, dass sie sich unterschreiben lässt, mir den negativen Bescheid gegeben zu haben, denn sie muss gegenüber ihrer Vorgesetzten nachweisen, was sie in dieser Viertelstunde mit mir gemacht hat. Ich habe das unterschrieben und eine Kopie davon bekommen, was noch mal fünf Minuten dauerte, weil man quer durchs Haus musste. Aber eine Hilfe gibt es in Deutschland erst, wenn man vom Hochsitz gefallen ist!

Es gab einmal einen Präsidenten, der hieß Jimmy Carter und hatte einen Kasper, einen gewissen Zbigniew Brzezinski. Der hat sich Mitte der siebziger Jahre mit seinen Kollegen ausgedacht, was jetzt, seit 2003 und in Folge, umgesetzt wird. Demnach müssen in Zukunft 80 Prozent der dann arbeitslosen Weltbevölkerung durch „Tittytainment“, eine moderne Form von „Brot und Spielen“, bei Laune gehalten werden. Das bitte ich auch noch einmal zu bedenken!

Roland Springborn (parteilos)

Eine schwere Pleite für die Regierung



Die Große Koalition ist auf dem absteigenden Ast. Am Sonntag hat sie bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein die Quittung für ihre volksfeindliche Politik bekommen. CDU und SPD haben ein Debakel erlebt und gemeinsam über 15 Prozent ihrer Stimmen verloren. Einige Tage vorher mussten sie zum ersten Mal eine beschlossene Diätenerhöhung zurücknehmen. Um 16,4 Prozent sollten die Diäten erhöht werden, auf 8.159 Euro im Monat. Wenn man die Kostenpauschale von 3.782 Euro dazurechnet, genehmigen sich die Bundestagsabgeordneten ein Monatseinkommen, mit dem ein Hartz-IV-Empfänger 34 Monate auskommen muss!

Die Empörung über diese Unverschämtheit war so groß, dass es Proteste und Massenaustritte hagelte. Die Regierung musste die Reißleine ziehen, um nicht noch mehr Ansehen zu verlieren. Allerdings bleibt die für 2008 bereits vollzogene Erhöhung von neun Prozent in Kraft, und die weitere Diäten-Erhöhung wird nur aufgeschoben, bis ein „günstigerer Zeitpunkt“ gekommen ist. Das ist ein Erfolg der kämpferischen Opposition, die unbedingt weiter wachsen muss! Und da kann jeder mitmachen, der heute zum ersten Mal auf die Montagsdemonstration stößt.

Ohne mit der Wimper zu zucken, wird Millionen Menschen ein Leben in Armut zugemutet. Die Regierung besitzt auch noch die Frechheit, das wahre Ausmaß der Armut zu verschleiern. Im neuen Armutsbericht wird die Armutsgrenze einfach auf 781 Euro gesenkt, um dann beruhigt festzustellen, dass „die Armut auf dem Niveau von 2003 bei 13 Prozent stagniert“. Geht man von der Armutsgrenze der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ aus – sie liegt bei 938 Euro pro Monat – sind aber bereits 25 Prozent der Bevölkerung in Deutschland von Armut betroffen! In der zehnjährigen Regierungszeit der SPD hat sich die Zahl der Einkommensmillionäre verdoppelt und gleichzeitig der Hunger in einem der reichsten Länder der Erde ausgebreitet.

Die 6. Bundesdelegiertenkonferenz der Montagsdemo-Bewegung hat deshalb am 19. April 2008 beschlossen: „Wir erklären uns solidarisch mit den weltweit stattfindenden Hungerrevolten. Auch in Deutschland gibt es massive Lohnsenkungen und Preissteigerungen. Auch hier greift schon der Hunger um sich. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg! Die Inflationsrate für den Bedarf eines Hartz-IV-Betroffenen liegt bei mindestens zehn Prozent. Deshalb fordern wir einen Hungerzuschlag von mindestens 50 Euro pro Monat als Soforthilfe.“ Wir sollten auch

hier in Bremen gemeinsam beraten, welche Initiativen wir starten für die Durchsetzung der neuen Forderung nach dem dringend notwendigen Hungerzuschlag!

Harald Braun

Irische Freunde, sagt Nein für mich!

1. Der Bagis fehlen die Mitarbeiter! Von 713 Vollzeitstellen sind nur 679 besetzt. Es gibt somit 34 unbesetzte Stellen, und hinzu kommt die hohe Fluktuation. Auf den Krankenstand der **Bagis-Mitarbeiter** ist der Senat nicht eingegangen: Die Bagis hatte (und hat?) den höchsten Krankenstand. Beides, Fluktuation und Krankenstand, spiegeln die Unzufriedenheit des Personals wider. Dies nur als Ausdruck der Unsicherheit über den Fortbestand dieser Behörde zu sehen, ist sicherlich zu kurz gesprungen. Egal wie die Verwaltung künftig strukturiert ist – ohne Personal geht es nicht! Unbefriedigend für die Bagis-Mitarbeiter(innen) sind die unterschiedlichen Personalstrukturen, die wesentliche Schlechterbezahlung der neuen Mitarbeiter(innen), die unklaren Weisungs- und Unterstellungsregelungen sowie die Vertragsbefristungen!

Bei dieser Personallage wäre Klarheit angebracht! Durch Arbeitsvereinfachung lässt sich die Belastung reduzieren. Als Externer hätte ich folgende Vorschläge:

1. Bewerbungskosten werden jetzt überwiegend nach Aufwand abgerechnet. Sie können nach dem Willen des Gesetzgebers aber auch pauschal mit fünf Euro pro Bewerbung abgerechnet werden. Die Pauschale spart Verwaltungszeit und ist weniger mit Streit belastet.
2. Ortsabwesenheit muss vorher vom Ansprechpartner genehmigt werden. Dies ist aufwendig. Eine einfache schriftliche Information würde es auch tun. Es werden nur drei Wochen Ortsabwesenheit bewilligt. Die Rückmeldung muss persönlich erfolgen. Auch hier würde ein Anruf genügen.
3. Klare Bescheide reduzieren die Widersprüche. Inzwischen kann der Sachbearbeiter ausreichend Zusatztext für den Bescheid erfassen. Notfalls können die Aufstellungen und Übersichten separat abgeschickt werden.
4. Die Bescheide werden überwiegend für sechs Monate erteilt. Die Möglichkeit, den Bescheid für zwölf Monate zu erlassen, wird sehr selten genutzt.

5. Die neuen Verlängerungsanträge sind viel umfangreicher und erfordern wesentlich mehr Verwaltungsaufwand. Bisher stehen nicht einmal die neuen Ausfüllhinweise im Netz.
6. Von den Gerichten lernen! Obwohl bereits anderslautende Gerichtsentscheidungen vorliegen, wird weiter verweigert. Die Vorsitzende der Landessozialgerichte hat dazu sinngemäß gesagt: Jede erneute falsche Entscheidung und Wiederholung einer bereits gerichtlich kassierten Entscheidung der Argen ist nervig!

All dies würde Verwaltungszeit sparen und die Zufriedenheit bei den Mitarbeiter(inne)n erhöhen. Unter der Überschrift „Baustelle Bagis – Effektivität, Effizienz und Qualität sicherstellen“ hat der Senat eine Anfrage der CDU beantwortet. Diese Überschrift müsste lauten: „Die weisungsgebundenen Fehler der Bagis“!

2. Heute ist der „Tag der Ausbildung“! Die Bundesagentur und Olaf Scholz haben eine Aktion angestoßen: „Stifte sichern Zukunft“. Die Bundesagentur ruft zentral alle Arbeitgeber an, um **Ausbildungsplätze** zu gewinnen. Eine gute Aktion! Wunderlich nur: Hatten nicht gerade der DIHT und alle anderen arbeitgebernahen Organisatoren verkündet, es gebe mehr Ausbildungsstellen als Bewerber?

Die Jugendlichen in Bremen aus ALG-II-Bedarfsgemeinschaften werden bereits vor der Bewerbung aussortiert: Sie erhalten Unterstützung durch die Bagis, alle anderen durch das Arbeitsamt. Dies ist seit dem 1. Februar 2007 in Bremen so. Für den Arbeitgeber ist somit gleich erkennbar: Da kommt einer aus einer Bedarfsgemeinschaft! Die Warnungen der Arbeitgeberverbände stehen in der Presseerklärung zum Ausbildungsangebot: Dort wird vor dem Einstieg in ALG II gewarnt. Früher wurde auf die für Bewerbungen aussichtslose Adresse hingewiesen. Heute muss dies ergänzt werden. Allerdings kann jeder Ausbildungsplatz gefördert werden, wenn der Jugendliche nur „dumm genug“ dafür ist. Dies muss vorher von der Bagis bestätigt werden!

Es gibt immer noch keine verlässlichen Bestimmungen. Kein Arbeitgeber kann einstellen und die Förderung nachträglich erhalten! Wie viele Jugendliche durch eine andere Maßnahme versorgt werden und somit auch ohne Ausbildungsplatz aus der Statistik entschwinden, ist aus den Zielen der Bagis ersichtlich, unter anderem auf Seite 9. Die Schönfärberei der Vorjahre ist in der „Nacht der Jugend“ aufgeklärt worden!

3. Der „Ausschuss für Arbeit und Soziales“ macht am 16. Juni 2008 im Bundestag eine Anhörung zum **Regelsatz für ALG II**. Sie dauert von 12:30 bis 13:30 Uhr – eine Stunde für das Leid von Millionen! Der Regelsatz ist unstrittig zu niedrig! Die Anrechnung des Kindergeldes fällt sogar hinter die alte Regelung der Sozialhilfe zurück. Diese Anrechnung einzuschränken, geht auch in einer Stunde! Beim Bafög wird das Kindergeld ebenfalls nicht angerechnet. Außerdem ist Soforthilfe im Rahmen der Fürsorgepflicht geboten. Wir fordern 50 Euro Hungerzuschlag ab

sofort! Die Stunde der Wahrheit für die diätenverwöhnten Abgeordneten naht – am 16. Juni 2008 von 12:30 bis 13:30 Uhr!

Die Regelung, dass Geldgeschenke auf den Regelsatz angerechnet werden, trifft wieder einmal die Kinder. Obwohl die Kirchen eine Ausnahmeregelung für Konfirmations- und Kommunionsgeschenke ausgehandelt haben, versuchen Argen immer wieder, dieses Geld anzurechnen. In Kassel haben sich zwei Familien mit Hilfe des Pastors der Brüderkirche erfolgreich dagegen gewehrt. Eine Mutter war zusätzlich mit Sanktion belegt wurden, weil sie das Geldgeschenk nicht gemeldet hat. Auch diese Sanktion wurde aufgehoben. Für Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke reicht die schützende Hand der Kirche nicht. Daher sind, wenn das Geburtstagskind etwas davon haben soll, Sachgeschenke angebracht, denn diese werden nicht angerechnet. Geld wird zu 100 Prozent abgezogen, wenn der Betrag von 50 Euro pro Jahr überschritten wird. Im Lexikon der Bagis fehlt dieser Punkt.

Der Bremer Senat hat eine Anfrage der Partei „Die Linke“ zur Kinderarmut im Land Bremen beantwortet. Auch hier finden sich Stückwerksansätze und viele Worte, die nicht gehalten werden. So ist der Bremer Senat für den Mindestlohn (Antwort zu 6.2), aber dessen Höhe steht nicht dabei. Bremen hat die ABM-Stellen auf ein Entgelt von 1.000 Euro brutto bei 40 Stunden in der Woche reduziert. ABM wird zur Anleitung von Ein-Euro-Mitarbeiter(inne)n eingesetzt. Dies ergibt einen Stundenlohn von 5,78 Euro brutto.

Der letzte Punkt der Antwort zu Frage 6.3 auf Seite 7 lautet: „Maßnahmen zur Unterstützung von Familien und deren Kinder sind auch die Bestrebungen, eine soziale Segregation zu minimieren. Dies geschieht unter anderem durch die moderate Bewilligungspraxis bei den Kosten der Unterkunft, indem zum Beispiel die Besonderheiten des Einzelfalls ebenso berücksichtigt werden wie das Mietniveau in einzelnen Stadtteilen, sodass ein Verbleib im Stadtteil möglich sein kann.“ Das ist schön zu lesen. Aber gerade Familien mit Kindern wurden durch die letzte „Verwaltungsanweisung Wohnen“ ab 1. November 2007 schlechtergestellt (wobei diese Verwaltungsanweisung nicht gerichtsfest ist). Traurig, aber von ähnlicher Qualität sind auch die anderen Antworten. Die Partei „Die Linke“ veranstaltet am **7. Juni 2008** im **Waldau-Theater** in der Waller Heerstraße 165 von **10:30** bis **17:30 Uhr** eine **Armutskonferenz**.

Die Antwort auf eine Anfrage der FDP unter dem Titel „Wege für Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt“ zeigt, dass die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse immer noch eine wesentliche Rolle spielen! Arbeitsmarktförderung findet überwiegend mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds statt. Die Träger erhalten jetzt 277 beziehungsweise 182 Euro für die Regiekosten.

Zur Frage 12 steht: „Durch die Sondersitzung der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit am 28. Februar 2008 konnte sichergestellt werden, dass alle Projekte, die zum 1. März 2008 starten wollten, planmäßig die Arbeit aufnehmen konnten. Das betraf gut die Hälfte der Vorhaben; andere planten einen Maßnahmebeginn zu einem späteren Zeitpunkt. Alle Projekte im Rahmen von ‚Bre-

men integrativ‘ starten planmäßig erst zum 1. Juli 2008.“ Dies gilt für die Umstellung der „Bras“ unter Wegfall der Gemeinnützigkeit für solche Arbeitsverhältnisse. Das hilft nur für die Zukunft! Rückwirkend bleibt das Risiko des öffentlichen Erstattungsanspruchs der „Bras“ und damit der Freien Hansestadt Bremen erhalten: Jeder Ein-Euro-Mitarbeiter, der produktive Arbeit geleistet hat, kann dafür einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch in Höhe des Tariflohns oder des ortsüblichen Lohns geltend machen, rückwirkend ab Oktober 2004! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Außer der Bundesagentur für Arbeit und der Bagis hat nunmehr auch die „Bremer Arbeit GmbH“ Arbeitsstellen zu vergeben, und zwar richtige sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen, nicht nur Förderangebote! Voraussetzungen sind ein Alter über 50 Jahre und ALG-II-Bezug. Ansprechpartnerin ist Frau Mügge-Maly (Telefon 0421/9584-89536).

Die SPD fordert eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge. Dies soll das Kontrastprogramm zur Steuersenkungsaktion der CSU sein. Was die SPD nicht sagt: Jede Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge kommt die Arbeitnehmer teuer zu stehen! Gerade hat die SPD die Haushaltsleistungen für die Sozialversicherungen weiter zusammengestrichen und eine weitere Steuerfinanzierung ausgeschlossen! Gerade hat die SPD die Ankündigung von Leistungskürzungen der Sozialversicherungsträger unwidersprochen hingenommen und auch dem **Lissabonner Vertrag** zugestimmt, der unter anderem die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme zum Ziel hat!

Die Zerschlagung der Rentenversicherung und die geschürte Rentenangst wurden im Film „Rentenangst“ thematisiert. Die private Rente kam sehr schlecht dabei weg! Aber es wird vom politischem Personal unverändert die Zerschlagung der Sozialversicherung betrieben, und zwar europaweit! Der Lissabonner EU-Vertrag kann durch die Volksabstimmung in Irland am 12. Juni 2008 gestoppt werden. Den Iren wird erklärt, dass dieser Vertrag uneingeschränkte Zustimmung in Europa habe. Auf Anregung von Attac Österreich machen wir uns bemerkbar: Wir sind für Europa, aber gegen diesen Vertrag! Beteiligt euch bitte an der Aktion „Irische Freunde, sagt Nein für mich“ und gebt die Info weiter! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Mit „Verfasssungsschutz“ und Birthler-Behörde: Irgendwie muss der „Linken“ doch beizukommen sein *(„Spiegel-Online“)*

Beschäftigungsfetischismus: Förderprogramme der Bundesregierung bleiben erfolglos *(„Spiegel-Online“)*

Vom Wirtschaftswunder zurück zu Sippenhaftung und Dreiklassenwahlrecht

1. Gerade eben haben die Fraktionschefs widerstrebend und murrend die geplante Diätenerhöhung vorerst zurücknehmen müssen, da rollt schon die nächste Meldung der unmöglichen Art und Absurdität auf uns zu: Ein 25-jähriges Jüngelchen des – der CDU nahestehenden – Studierendenverbandes RCDS, namentlich Gottfried Ludewig, fordert in einer E-Mail an alle CDU-Vereinigungen, dass die Arbeitslosen und Rentner bei Bundestags- und Landtagswahlen weniger Stimmrechte haben sollen.

In seinem knappen Brief an die CDU-Verbände schrieb Ludewig, dass sich die Parteien „mehr an den Empfängern staatlicher Leistungen“ als an den 26 Millionen Arbeitnehmern orientierten. Als Zweites behauptet er, dass „allein mit Hartz-IV-Beziehern und Rentnern“ der „soziale Ausgleich“ nicht funktionieren könne. Drittens postuliert er, die Lösung könne ein „doppeltes Wahl- und Stimmrecht“ bei Bundes- und Landtagswahlen „für alle Leistungsträger“ in Deutschland sein. Wie das Grundgesetz dafür genau zu ändern wäre, beschrieb Ludewig hingegen nicht. Doch schloss er mit dem Wort „Leistungsträger“ wahrscheinlich nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Selbständige und Begüterte ein.

Wie weit sollen wir denn noch rückwärts schauen? Ich dachte eigentlich, das **Dreiklassenwahlrecht** wäre 1918 abgeschafft worden! Zwischen 1849 und 1918 war nur männlichen Preußen, die das 24. Lebensjahr vollendet und in einer preußischen Gemeinde seit mindestens sechs Monaten ihren Wohnsitz hatten und die nicht durch rechtskräftiges Urteil die bürgerlichen Rechte verloren hatten oder öffentliche Armenunterstützung erhielten, das Wahlrecht gestattet. Arbeitslose schmähen, das war schon immer en vogue! Sie lassen sich als Ausgegrenzte so hervorragend zu Sündenböcken verunglimpfen, die ja jede Saubermann-Aufschwungsgesellschaft braucht, um sich selbst zu rechtfertigen. Aber leider kann sie sich dabei auch ad absurdum führen, ohne dies zu bemerken. Fatalerweise werden nicht nur die Armen bekämpft, sondern alle Personen, die nicht mehr ökonomisch verwertbar sind, wie zum Beispiel auch die Rentner.

Was ist die CDU eigentlich für eine „christliche“ Partei? Ein Jungmann aus ihren Reihen fordert doppeltes Wahlrecht für Leistungsträger, ein anderer spricht Alten künstliche Hüftgelenke ab – beide steigen auf: Da mag die Frage erlaubt sein, ob Gegner von Rentnern in der Union bessere Chancen haben? Haben die-

se beiden möglicherweise verdrängt, dass sie auch einmal alt sein werden? Oder lassen sie sich von dieser Frage gar nicht tangieren, weil sie als Privatversicherte solch eine Operation aus der eigenen Tasche bezahlen könnten? Die Option, dass auch sie zum Beispiel durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit selbst von ihrer Karriereleiter geschmissen werden könnten, ziehen sie ebenfalls gar nicht erst in Betracht! Und nicht vergessen: wir haben Wahlkrampf! Blöderweise bekam Ludewig gestern Abend bei Anne Will die Gelegenheit, seinen Blödsinn übers Fernsehen weiter zu verbreiten. Angeblich wollte er nur einen „Denkanstoß“ geben.

2. Der Bundesrat hat das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes für die etwa 800.000 Rentner und Niedrigverdiener gestoppt. Zur Klärung einiger Streitfragen rief die Länderkammer den Vermittlungsausschuss an. Die Länder kritisieren die Pläne für eine Erhöhung der durchschnittlichen Wohnhilfen um 60 Prozent auf im Schnitt 142 Euro pro Monat als zu weit gehend.

Die Länder möchten das **Wohngeldgesetz** für andere Zwecke nutzen: Mit dem Aufschub wollen sie mehr Geld des Bundes für die Grundsicherung im Alter durchsetzen und damit Zusagen der Regierung einfordern. Nur wenn die Einigung im Vermittlungsausschuss zügig vonstatten geht, kann die Wohngelderhöhung wie geplant zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Der „Mieterbund“ kritisierte die Entscheidung als „unerträglich“, da der Bundesrat 800.000 Einkommensschwache „im Regen stehen“ lasse. Das betrifft insbesondere viele Rentnerhaushalte. Mal wieder wird das Geldgezerre – und wer dafür bitte nicht die Verantwortung übernehmen muss – auf dem Rücken der Bedürftigsten ausgetragen!

Trotz der explodierenden Heizkosten gibt es kein wirkliches Interesse daran, dass Menschen mit geringen Einkommen auch nur ansatzweise in den Genuss kommen, ihre Lage auch nur ein wenig verbessern zu können. Oder ist dies die Antwort darauf, dass wir der regierenden Kaste die erneute fulminante Diätenerhöhung nicht gönnen? Ein riesiger Kindergarten? Der Verteilungskampf wird immer härter und asozialer! So wie in Zukunft nicht mehr alle in diesem reichen Land die volle medizinische Versorgung bekommen „können“, die sie brauchen!

3. Zwischen 1999 und 2007 sind in den damals noch 13 Mitgliedsstaaten der Eurozone 13 Millionen neuer Jobs entstanden. Laut einer Studie des Verbunds europäischer Wirtschaftsforschungsinstitute kann hierbei leider keine Rede von besseren Jobs sein. Allein im Jahre 2006 gab es einen größeren Zuwachs an Arbeitsplätzen als in den vier Jahren zuvor. Inzwischen nähert sich Deutschland mit seinem überbordenden, boomenden **Niedriglohnsektor** den Verhältnissen in den Niederlanden, Großbritannien und Amerika an. Der Unterschied zwischen niedrigem und hohem Einkommen vergrößert sich hier ganz besonders stark. In Dänemark sind 8,5 Prozent der Beschäftigten in Niedriglohnjobs angeheuert, in Frankreich 11,1, doch in Deutschland bereits 22,7, womit Großbritannien (21,7) überholt ist und man sich den USA (25) nähert.

Nicht viel anders ist das Ergebnis des Armuts- und Reichtumsberichts: Mindestens ein Viertel der Deutschen ist arm, wenn nicht mehr. Die Kluft zwischen Armen und Reichen und zwischen Lohn- und Vermögensquote wächst und wächst ins schier Unermessliche hinein. Zwischen 2002 und 2005 gingen die realen Bruttolöhne um fast fünf Prozent zurück. Inzwischen müssen ein Drittel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten. Es ist Schluss mit dem Wirtschaftswunder – wir strömen dem ausufernden Prekariat entgegen!

Auch beim Vergleich im Hinblick auf die Qualität der Arbeit – gemessen an den Indikatoren Arbeitszeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder anderen sozialen Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit, Weiterbildung und Karrierechancen sowie kollektive Interessenvertretung – schneidet Deutschland schlecht ab und liegt unter dem Durchschnitt, wobei Italien, Griechenland, Portugal und Spanien in diesem Punkt noch schlechter dastehen, während Dänemark an der Spitze steht, gefolgt von Schweden, den Niederlanden und Großbritannien.

4. Das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ hat gemeinsam mit anderen Erwerbsloseninitiativen eine bundesweite Kampagne „**Begleitschutz**“ ins Leben gerufen: Kein Betroffener soll Termine bei den diversen Ämtern mehr allein durchstehen müssen. Der Begleitschutz wird in Leipzig mit aktiver Unterstützung der „Linken“ umgesetzt. Wir kennen es ja auch aus unseren Reihen, dass viele allein bei der bloßen Vorstellung einer „Einladung“ ihres Arbeitsvermittlers zum „persönlichen Gespräch“ Angstzustände, Schweißausbrüche und weiche Knie bekommen. Bei manchen reicht es allein, wenn sie vorzugsweise freitags eine „Einladung“ in ihrem Briefkasten vorfinden.

Einer normalen *Ein*ladung müsste gar nicht entsprochen werden – aber bei den Anschreiben der argen Argen lässt sich eher von einer *Vor*ladung sprechen, denn hier wimmelt es zumeist vor Androhungen der schlimmsten Sorte für den Fall, „wenn du nicht Folge leistest“, die eine(n) allein in heftige Existenzangst versetzen können. Auch die gezielten Provokationen, Einschüchterungen und Erniedrigungsversuche von so vielen der sogenannten Sachbearbeiter gegenüber ALG-II-Empfängern tragen nicht gerade zur Entspannung bei.

Das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ vermutet zwar, dass beide Seiten von einem Begleitschutz profitieren würden. Nach meiner Erfahrung geht es jedoch selten um Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem Sachbearbeiter und dem ALG-II-Empfänger. Wir haben auch bei Begleitungen zur Bagis die Erkenntnis gewonnen, dass Menschen, die sich dorthin begleiten lassen, weitaus besser behandelt werden und eher zu ihrem verdienten Recht kommen als solche, die noch immer allein dorthin gehen! Mir erzählte mal ein „Persönlicher Ansprechpartner“ bei der Bagis, dass die Abteilungen darum wetteiferten, welche das wenigste Geld für ALG-II-Empfänger ausgeben würde. Wie das geht? Natürlich mit „Einsparungen“: dem Nichtgewähren von zustehenden Leistungen, dem vorschnellen, oft ungerechtfertigten Kürzen aus der Leistungsabteilung!

Die Idee, Hilfeempfänger zu begleiten, ist unterstützungswürdig. Aber ähnlich wie bei den „Tafeln“ wird vielerorts viel Energie in die Symptombekämpfung gesteckt und nichts an den Ursachen geändert. Ich persönlich finde, dass wir zweigleisig fahren müssen: Zum einen sollten wir uns Linderung verschaffen, wo immer es möglich ist, ohne zum anderen dabei aus dem Auge zu verlieren, dass das menschenverachtende Hartz IV abzuschaffen ist, und zwar von uns! Das ist ja nun auch das erklärte Ziel der Linkspartei. Wie sagte Theodor W. Adorno so schön treffend: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen!“

5. Aus dem zigsten, aber mit Sicherheit wieder brandneuesten Unicef-Bericht zur **Lage der Kinder** geht mal wieder hervor, dass es im reichen Deutschland viel zu viele arme Kinder gibt! Natürlich sind Kinder häufiger arm als Erwachsene, weil sie sozusagen in Sippenhaftung mit arm sind, wenn ihre Eltern von Armut betroffen sind. Der Bericht ermittelt laut Zeitung hohe Armutsrisiken für einzelne Gruppen. So seien etwa 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden von Armut bedroht, 30 Prozent der Migrantenkinder sowie fast zwei Drittel der Kinder von Hartz-IV-Empfängern.

Was ist denn mit dem dritten Drittel der Kinder von Hartz-IV-Empfängern? Kann mir mal jemand erklären, warum die nicht unter die Armutsgrenze gefallen sind? Ob es sich dabei wohl um die Kinder handelt, die nicht (mehr) zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern zählen, weil sie mit Unterhalt, Ausbildungsgeld und Kindergeld ihren Lebensunterhalt selbst decken können? Auf jeden Fall sind sie durch die Anrechnung von überhängendem Kindergeld und anderem Einkommen noch immer genauso arm dran, als wären sie in der Bedarfgemeinschaft der Eltern verblieben!

Obwohl diese Kinder doch statistisch gar nicht erfasst werden, haben sie genauso wenig zum Leben wie Kinder, die Sozialgeld beziehen. Aber Hauptsache, die Statistik „stimmt“! Entfernen wir doch noch ein paar mehr daraus, anstatt endlich zu handeln, nämlich Hartz IV durch ein auskömmliches Sozialgeld zu ersetzen, das Kindergeld zu erhöhen und allen Kindern einen kostenlosen Zugang zur Bildung ohne Wenn und Aber, mit allem Drum und Dran zu gewähren!

6. Letzten Samstag brachte das Bremer Fernsehmagazin „Buten un binnen“ einen Beitrag unter dem harmlosen Titel „Mit dem Grafittimobil durch Oldenburg“. Da war die Rede davon, dass fast jeden Tag irgendwelche Menschen Hauswände oder Brückenpfeiler mit Grafittis zusprühen. „Im Auftrag der Maler- und Fahrradwerkstadt fährt ein sogenanntes Grafittimobil durch Oldenburg, um die Schmierereien wieder zu entfernen. An Bord sind Arbeitslosengeld-II-Bezieher, die sich auf diese Weise etwas dazuverdienen.“

Dieser Beitrag über das Ein-Euro-Reinigungskommando hat mich doch mehr als empört! Die Zeitung mit den vier Großbuchstaben hätte eine solch stupide Berichterstattung nicht besser hinkriegen können. Es ist unverantwortlich, für die menschenverachtenden **Ein-Euro-Jobs**, die sozialversicherungspflichtige Ar-

beitsplätze vernichten, die jahrzehntelang erkämpfte Arbeitnehmerrechte einfach mal so in die Tonne treten, eine derart volksverdummende Werbung zu betreiben!

Wenn Ein-Euro-Jobber krank sind, erhalten sie keinen fortlaufenden Lohn, und von einem bezahlten Urlaub können sie nur träumen! Warum erhalten nicht anständig bezahlte Maler einen solchen Auftrag, die Farbschmierereien von den Wänden zu entfernen? Weiß man bei „Radio Bremen“ tatsächlich nicht, dass die Trägergesellschaften, die Ein-Euro-Jobber „einstellen“, je Proband 500 Euro bekommen, wovon die Ein-Euro-Jobber lächerliche 120 bis 180 Euro mehr zu ihrem kargen ALG II empfangen?

Der filmische Rest ist auch frisch aus dem Märchenbuch! Nur für die Kamera gab es pädagogische Betreuung, einen anwesenden Malermeister. Außer vielleicht am ersten Tag ist diese Praxis keineswegs üblich! An solchen Projekten verdienen nur bestimmte Organisationen. Ach, und der brave, geläuterte Ex-Knacki war natürlich auch herzig-allerliebst, wie er beteuerte, dass er ja lieber hier arbeite als zu Hause rumzusitzen! Dass die Bezahlung schlecht ist, kümmerte ihn scheinbar gar nicht – Hauptsache in Arbeit, war seine Devise!

Und man müsse natürlich das restliche ALG II mitbedenken, das er von der Bagis erhalte, so erzählte er brav: Er komme damit auf einen Stundenlohn von etwa sieben Euro! Sieht er denn nicht, dass er sich damit kaum über Wasser halten kann, den Klauen der Bagis mit ihrer Verfolgungsbetreuung aber noch immer nicht entronnen ist? Wie viel bekam er für diesen Fake, oder musste er sich zuvor einer Gehirnwäsche unterziehen? Schade, früher hat sich dieses Fernsehteam einmal politisch engagiert und sich vor einem solchen „Aufschwungsbericht“ entsprechend informiert, ehe so etwas in die Bremer Wohnzimmer ausgestrahlt wurde!

Dies habe ich brühwarm an die Redakteure gemailt und ihnen den ernst gemeinten Rat gegeben, mal zu unserer Montagsdemo zu kommen. Hier können sie erfahren, wie es im wirklichen Hartz-IV-Leben zugeht, auch bei Ein-Euro-Jobbern! Ob sie das wohl machen werden?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Liebe Frau Graf, vielen Dank für Ihre Mail. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob Sie überhaupt an einer Antwort interessiert sind. Wenn Sie unsere Redaktion schon in den ersten Sätzen mit der „Bild“-Zeitung vergleichen, den Beitrag als „stupide“ und „volksverdummend“ und schlecht recherchiert abqualifizieren – dann haben Sie sich ja Ihr Urteil gebildet. Aber weil wir höfliche Menschen sind, antworten wir gerne, sogar denen, die uns unhöfliche Mails schicken.

Dass wir niemanden für irgendwelche Aussagen bezahlen, müsste ich eigentlich nicht betonen. Da Ihnen aber unsere Arbeitsmethoden so vollkommen fremd zu sein scheinen, fangen wir ganz von vorne an: Das war kein Fake, das war nicht bezahlt, das war nicht ausgesucht und gecastet, das war ein ganz normaler Hartz-IV-Empfänger. Es mag sein, dass seine Einstellung sich nicht mit Ihrer

deckt und nicht mit der Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger. Aber es ist sein gutes Recht, diese Meinung zu haben und zu vertreten. Was Sie dazu berechtigt, den jungen Mann deshalb abzuqualifizieren, ist mir nicht klar. Sie werden es hoffentlich wissen.

Und vielleicht ist Ihnen bei all Ihrer Empörung entgangen, dass sich dieser Beitrag vor allem um das Entfernen von Graffitis drehte und nicht um Hartz-IV-Empfänger. Über das Arbeitslosengeld II und die Folgen haben wir schon zigmal berichtet, das werden wir auch weiter tun. Und auch dann wird gelten: Wir kauen den Zuschauern nicht vor, was sie zu denken haben (ich vermute, das verstehen Sie unter „politischem Engagement"). Die können sich nämlich eine eigene Meinung bilden. Wir können das auch, deshalb kommen wir auch nicht zu Ihren Montagsdemos. Aber vielen Dank für die Einladung. Schöne Grüße.

Zuschrift von Silke Hellwig, Abteilungsleiterin Fernsehen aktuell („Radio Bremen") – siehe auch „Die Linke", *Kommentar von Gerolf D. Brettschneider sowie Artikel in der „Tageszeitung": „Radio Bremen ganz privat"*

Sehr geehrtes „Buten-un-binnen"-Team, als Moderatorin und Mitgestalterin der Bremer Montagsdemo kann ich alles, was Frau Graf geschrieben hat, bestätigen. Ich bin selber Hartz-IV-Empfängerin und habe sechs Monate für die „Bras" in einer Holzwerkstatt als Verwaltungsangestellte (mit Ausbildung und Berufserfahrung) gearbeitet. Die dort beschäftigten Ein-Euro-Jobber nehmen den ortsansässigen Tischlern die Aufträge weg, und denen droht permanent Arbeitslosigkeit. Eine normale Tischlerei mit sozialversicherungspflichtigen Angestellten ist und kann niemals konkurrenzfähig sein, wenn Holzwerkstätten mit Ein-Euro-Jobbern ihre Produkte zu Dumpingpreisen anbieten!

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubsgeld gibt es für Ein-Euro-Jobber nicht. Durch die Subventionierung der Ein-Euro-Jobber vernichtet der Staat alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, und die Träger verdienen sich eine „goldene Nase" mit jedem Teilnehmer, der nur für ein Taschengeld arbeitet und dessen Berufserfahrung und qualifiziertes Wissen ausgebeutet werden. Ich lade Sie daher herzlich zu einer unserer nächsten Montagsdemos auf dem Bremer Marktplatz um 17:30 Uhr ein. Dort haben Sie die Möglichkeit, sich ein Bild vom realen Leben der Hartz-IV-Empfänger zu machen. Mit freundlichen Grüßen.

Anke Meyer (parteilos)

Seit Kohl wird die Statistik gefälscht: Außer den 3.413.921 Menschen, die offiziell Arbeit suchen, werden 1,5 Millionen nicht mitgezählt, und 625.000 melden sich schon gar nicht mehr *(„Süddeutsche Zeitung")*

Am **31. Mai 2008** findet in **Bremen-Nord** eine **Demonstration gegen rechte Gewalt, Strukturen und Parteien** statt, da es auch hier eine er-

schreckend schnell wachsende Nazi-Szene gibt. Die Demo startet um **15 Uhr** am **Bahnhof Blumenthal** und wird bis nach Lüssum verlaufen.

Armut lässt sich nicht wegsingen

Das große Chorfest mit Köhler-Besuch war ein voller Erfolg – zumindest für die Veranstalter und die Medien. Wohlgemerkt: Ich will das „Schönwetter-Event“ hier keineswegs miesreden, und die Begeisterung der Gäste erst recht nicht. Aber die sozialen Probleme in der Stadt lassen sich nun mal nicht einfach „wegsingen“! 100.000 Menschen müssen laut Statistischem Landesamt von den Hartz-IV-Regelsätzen leben, und 22.000 Kinder sind von entsprechender Armut betroffen. Immer noch droht vielen Familien der Zwangsumzug, und Tausende sind prekär beschäftigt oder leben von Ein-Euro-Jobs. Sofern mensch dies überhaupt „leben“ nennen kann!

Im rot-grünen Koalitionsvertrag vom vorigen Jahr heißt es: „Ziel unserer Politik ist es, soziale Ausgrenzung zu verhindern und abzubauen. Der soziale Zusammenhalt in unseren Städten ist Grundlage und Bedingung für eine hohe Lebensqualität. Besondere Hilfe des Staates benötigen alle diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind. Dazu zählen unter anderem Kinder, alte Menschen, kranke Menschen, arbeitslose Menschen und behinderte Menschen. Die zunehmende Armut in vielen unserer Stadtteile bedroht das soziale Gefüge. Hier werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten.“

Schöne Worte, doch was ist seither geschehen? Nichts! Besonders schlecht ergeht es den meisten Asylsuchenden, denen nach der zumeist erfolglosen Antragstellung die todsichere Abschiebung droht. Heute berichtet die „Tageszeitung Bremen“ vom haarsträubenden Fall der türkischen Kurdin Yesmin T., die trotz schwerer Erkrankung infolge der Misshandlungen durch ihren Mann und dem tödlichen Unfall eines ihrer Kinder abgeschoben werden soll! Und dies, obwohl selbst Innensenator Lemke hier interveniert hatte. Also, wenn sich schon der Innensenator oder wie im Fall der Bagis die Sozialsenatorin nicht mehr gegen die eigene Behörde durchsetzen kann – wo leben wir denn dann?

Es gibt noch zahlreiche andere Skandale in der Stadt, zum Beispiel das Krankenhausdesaster, Röwekamps Brechmittel- und Brückenschlafskandal oder der unsägliche „Fall Kevin“. Auch dies lässt sich nicht einfach „wegsingen“! Doch schon die alten Römer glaubten: „Gebt dem Volk Brot und Spiele, und es wird sich ruhig verhalten.“ Das klappt aber nicht immer, und auf Dauer klappt es schon

gar nicht. Daher sind wir heute wieder auf dem Marktplatz und rufen den Verantwortlichen zu: Liebe Leute, mit uns nicht!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Horst Köhler begrüßt Bremer Montagsdemonstranten: „Auch hier wird gekämpft, ist nicht alles rosig. Deshalb müssen wir weiterarbeiten, und deshalb ist es gut, dass wir zur Kenntnis nehmen, was Sie sagen und was Sie beschwert!“ *(„Wikipedia“)*

Die Proteste haben gewirkt

Es lag an den Protesten gerade auch der Montagsdemos, dass die Vertreter der Abzocker-Parteien kalte Füße bekamen und die Diäten-Erhöhung fallenließen – allerdings nur die „Erhöhung der Erhöhung“, denn es bleibt bei der schon zuvor beschlossenen Diätenerhöhung von neun Prozent ab Januar auf dann 7.668 Euro. So belegt auch der „Armutsbericht“ trotz aller Verzerrungen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Die „Armen“ werden immer zahlreicher: Tatsächlich geht es um 40 Prozent der Bevölkerung, wenn richtig gerechnet wird!

Was dagegen tun? Viele Beratungsstellen empfehlen, vor dem Sozialgericht zu klagen. Damit haben viele von uns auch schon Erfahrungen gemacht. Das kann im Einzelfall auch richtig sein, aber das Allheilmittel sind die Klagen ganz sicher nicht! Nur jeder fünfte Hartz-IV-betroffene Kläger siegt – sonst ist es jeder dritte. Und die Gerichte werden immer dreister: Letzten Monat wies das Bundessozialgericht die Klage eines chronisch kranken Hartz-IV-Betroffenen ab, die Zuzahlung zu Medikamenten von seinen 347 Euro nicht bezahlen zu können – mit der Begründung, der Regelsatz von 347 Euro übersteige das physische Existenzminimum und enthalte darüber hinaus einen soziokulturellen Leistungsanteil! Ist damit vielleicht die Teilnahme am kostenlosen Gottesdienst gemeint?

Gerichtspräsident Masuch mit seinem Monatsgehalt von über 10.000 Euro erließ die Richtlinie an alle Sozialgerichte, dass die Armutsgrenze von 936 Euro, wie sie von der OECD beziffert worden ist, kein Beweggrund für die Gerichte sein darf. Was also dann tun? Das Entscheidende ist der Druck von unten: Hartz IV muss weg! Die Montagsdemos müssen größer werden! Auch die Braunschweiger

Rentnerdemo, die jetzt einmal im Monat montags stattfindet, geht in die richtige Richtung, denn die entscheidende Bewegung findet in den Betrieben und auf der Straße statt. Parlamente und Gerichte können das – wenn überhaupt – nur ergänzen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Milchboykott: Bauern prophezeien Versorgungskollaps *(„Stern“)*

Wir haben Hunger!

Am vergangenen Sonnabend haben Hans-Dieter Binder, Frank Kleinschmidt und ich als gewählte Bremer Vertreter an der ersten Sitzung der bundesweiten Montagsdemo-Koordinierungsgruppe in diesem Jahr teilgenommen.

Dabei haben wir erfahren, dass im nordrhein-westfälischen Hagen alle Fahrten zur Arge anstandslos bezahlt werden: Die Hagener können ein sogenanntes Mobilitäts-Ticket bekommen. Das entspricht dem Sozialticket, welches die Bremer schon seit Langem fordern, das aber bis heute immer noch abgelehnt wird. Ich bin der Meinung, auch dafür sollten wir uns weiterhin einsetzen! Außerdem

möchten wir erreichen, dass die Stromkosten zu den „Kosten der Unterkunft“ gezählt und von den Argen vollständig übernommen werden, genauso wie die Heiz- und Wasserkosten!

Die bundesweite Montagsdemo hat beschlossen, dass wir stärkere Kontakte mit ähnlichen Organisationen, wie wir es sind, im europäischen Ausland pflegen wollen. Der **7. Juli 2008** wird bundesweit zu einem **Mottotag**: Wir werden **mit Kochlöffeln und Töpfen** ganz viel Krach machen, um verstärkt für einen **Hungerzuschlag** von mindestens **50 Euro** zum ALG II zu demonstrieren. Ich hoffe, ihr erscheint zahlreich und mit Kochgeschirr „bewaffnet“!

Anke Meyer (parteilos)

Bizarr hohe Popularität: Horstel wird Bundestugendwart *(„Stern“)*

Den Menschen ist das Vertrauen in „die Politik“ verloren gegangen

Bei kräftiger Sommerbrise fand die 182. Montagsdemo in Bremen statt. Über 50 Teilnehmer und Zuhörer verfolgten die vielfältigen Wortmeldungen an unserem Offenen Mikrofon. Darunter waren immer wieder notwendige und wichtige Beiträge über den üblichen Ärger mit Hartz IV und die kaputtmachenden Verhältnissen bei der Bagis und den Argen. Aber auch die Tagespolitik wurde erwähnt.

So kamen in mehreren Beiträgen die Rücknahme der geplanten Diätenerhöhung nach starkem öffentlichem Druck – nicht zuletzt der Montagsdemos – zur Sprache, aber auch die großen Stimmeneinbrüche für CDU und SPD bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Das zeigt, wie sehr Engagement und Vertrauen in die Politik und das System bei den Menschen verloren gegangen sind. Viele hoffen noch, dass so etwas wie eine Wende zu einer sozialeren Politik möglich sein wird. Der Weg der Montagsdemos, alles offensiv anzugehen, gibt uns jedenfalls mehr Vertrauen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

183. Bremer Montagsdemo am 02. 06. 2008

Der Hundt droht mit Klage

Der Wahlkampf ist voll im Gange, die Parteien überbieten sich mit Wahlkampfgeschenken. Eigentlich nur gut für uns Bürger, aber wie wir ja schon lange wissen, wird nicht viel dabei herauskommen. Die Konkurrenz aus der Wirtschaft droht bereits mit einer Klage, nicht wahr, Herr Hundt? Doch Sie haben mit ihrer Klageandrohung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Politik keinen guten Gefallen getan!

Werden nun tatsächlich Ihre Forderungen, die Lohnnebenkosten zu senken, von der Politik sofort erfüllt, so ist das mal wieder ein Beweis dafür, dass hier die sogenannte Lobby das Sagen in unserem Lande haben will. Sie mögen vielleicht etwas von Unternehmensführung verstehen, aber was Demokratie bedeutet, da brauchen Sie wohl noch Nachhilfeunterricht! In einer Demokratie bestimmen die Vertreter der Masse des Volkes, nicht aber irgendwelche Wirtschaftsvertreter. Sie haben selbstverständlich ebenfalls das Recht, etwas zu kritisieren, mehr aber nicht!

Da Ihre Androhung einer Klage nun der Wirtschaft und der Politik schwer geschadet hat, sollten Sie sich mal überlegen, ob Sie sich noch auf den Boden der Demokratie bewegen, wenn Sie die Regierung und die Bevölkerung derart unter Druck setzen. Ich als Bürger fühle mich nur wieder mal bestätigt in meiner Annahme, wie weit sich die Wirtschaft aus der Solidargemeinschaft verabschiedet hat. Die Wirtschaft muss zwar konkurrenzfähig sein, doch Sie haben wohl leider vergessen, dass wir Bürger immer noch nichts vom Aufschwung merken. Wir haben auch heute immer noch ein Lohnminus gegenüber den anderen Ländern der Europäischen Union zu verzeichnen.

Nun kommen Sie daher und fordern schon wieder Lohnnebenkostensenkung, was natürlich weitere Abstriche für uns Bürger bedeutet. Das ist wirklich der Gipfel! Schaffen Sie erst einmal ausreichend fair bezahlte Arbeitsplätze, denn Menschen, die kein Geld mehr haben, können auch nicht kaufen, und das schadet wiederum der Wirtschaft. Sollten Sie das nicht wissen, muss ich wohl meine Aus-

sage von der Wirtschaftkompetenz zurücknehmen. Das tue ich hiermit! Sie haben mit Ihrer Klageandrohung uns kritischen Bürgern nur einen großen Gefallen getan! Sie wissen schon warum, und die Politiker hoffentlich auch.

Udo Riedel (parteilos)

Volksfeindliche Politik: Die Mehrheit der Deutschen hat den Glauben an das Märchen von der „sozialen Marktwirtschaft“ verloren *(„Spiegel-Online“)*

Nicht nur die Arge in Minden hat eine „Antragvermeidungsstelle“

Ein Mitarbeiter der Arge in Minden hat in der Sendung „Report Mainz“ vom 26. Mai 2008 Insiderwissen ausgeplaudert: 42 Prozent der Anträge sollen vermieden werden. Dafür hat die Arge eigens eine Abteilung eingerichtet, die „Antragvermeidungsstelle“! Und wie geht sie vor?

Die Arge verschleppt Anträge oder versieht sie mit verspätetem Eingangsstempel. Termine zur Vorstellung beim Amt werden mit Absicht so gelegt, dass die Bezieher von ALG II Probleme bekommen, ihn wahrzunehmen. Somit können sie „begründet“ sanktioniert werden. Es herrscht ein bewusstes Verschweigen von Ansprüchen, und es werden absichtlich Fehlinformationen gegeben.

So ist es doch kein Wunder, dass die allermeisten Niedriglöhner, Empfänger von Transferleistungen und Ein-Euro-Jobber – eingeschüchtert durch Existenzängste und den Repressionsapparat der Arbeitsämter – noch in Lethargie verharren und sich ihrem Schicksal fügen, den Rest ihres Lebens in staatlich verordneter Armut zu leben! Wer dem psychosozialen Druck nicht mehr gewachsen ist, neigt derweil zu Krankheitsbildern, die von Depressionen mit begleitenden Suizidgedanken über Angstpsychosen bis hin zu spontanen Aggressionsausbrüchen reichen.

Ich finde es erschreckend und furchtbar, wie die einzelnen Sachbearbeiter mit den hilfebedürftigen sogenannten Kunden umgehen und sie behandeln! Das dürfen wir nicht mehr hinnehmen, wir müssen uns dagegen wehren! Wir lassen uns das nicht mehr gefallen und werden so lange hier auf dem Marktplatz demonstrieren, bis die Politiker endlich handeln!

Anke Meyer (parteilos)

Links wirkt: SPD und Union haben 8,6 Millionen Wähler seit 2005 verloren *(„Spiegel-Online“)*

„Bauernaufstand“ erfolgreich wie der Lokführerstreik

Dank des „Wettbewerbs“ erfolgen Ruinierung und Vernichtung bäuerlicher Existenzen. Die europäische Landwirtschaftspolitik ist nur auf die Förderung der großen landwirtschaftlich-industriellen Konzerne ausgerichtet. In den fünfziger Jahren haben die reaktionären Politiker und Bauernvertreter ein großes Geheul angestimmt – „Untergang des Abendlandes“ und solcherlei Schmarrn –, als in den damals sozialistischen Ostblock-Ländern die Kollektivierung der Landwirtschaft propagiert und umgesetzt wurde.

Bei dieser Kollektivierung stand der Bauer als Mensch im Mittelpunkt. Durch die Schaffung geeigneter Produktionseinrichtungen konnte ein geregelter Arbeitstag erreicht und gleichzeitig die Belieferung der Bevölkerung mit preisgünstigen Nahrungsmitteln erhöht werden. Die weitsichtigen Bauern haben diese verbessernde Fortentwicklung voll mitgetragen. Das Vertrauen der Bauern ging in der DDR erst verloren, als von den losgelösten Bürokraten die LPGs festgelegt wurden, die ihre eigenen Wasserköpfe und eine SED-bezogene Vetternwirtschaft erzeugten.

Die Herren heute in den Ministerien und beim Kapital sind verwundert, dass die Bauern so hart reagieren. Ja, diese „satten Herren“ verstehen nicht, was bei den Bauern vorgeht! Die Polizei versuchte, eine Trecker-Blockade vor der Molkerei bei Rehburg-Lokkum aufzulösen. Die Bauern werden noch einiges lernen müssen im Kampf! Dazu gehört auch, sich mit den Arbeitern, den Kollegen in den Betrieben zu verbinden. Als Bauern alleine sind sie trotz kraftvoller Trecker zu schwach – sie brauchen die Unterstützung aller Werktätigen, also auch der Montagsdemo-Bewegung und der Kollegen in den Gewerkschaften. Lasst uns überall, wo wir einwirken können, diese neue wichtige Verbindung ziehen im Kampf gegen die volksfeindliche Politik aus Brüssel und Berlin!

Derweil werden die Stasimethoden bei der Telekom immer breiter offensichtlich. Auch vor Einblick in die Bankdaten wird nicht haltgemacht. Schäuble übt sich in Schadensbegrenzung. Die FDP fordert richtigerweise die Rücknahme der ganzen Vorratsdatenspeicherung, in erster Linie für ihre Klientel. Wir fordern sie aber für die Freiheit und ungestörte Organisierung der Menschen, damit sie ihren aktiven Widerstand entwickeln und erhöhen können!

Jobst Roselius

Symbolischer Protest – aber reale Repression

Dies ist ein Bericht von der Demo gegen Nazigewalt in Bremen-Nord am 31. Mai 2008 zwischen 15 und 20 Uhr. Auf dem Weg nach Blumenthal wurden die zahlreicher werdenden Demonstrant(inn)en beim Umsteigen in Vegesack bereits von Bereitschaftspolizei in Empfang genommen. Diese quetschte sich dann auch zu allem Überfluss in die Waggons. Auf lauten Protest gegen diese repressive Zugbegleitung folgten zumindest ein paar Rufe „Bullen raus, Bullen raus!“ An der Demo nahmen circa 500 bis 600 Leute teil. Das Spektrum entsprach der Ankündigung, also denen, die dazu aufgerufen hatten: autonome Antifa, „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“, „Solid.org“, linke Parteien, VVN und andere. Wie bei der sichtbaren Wohnbevölkerung gab es auch bei den Demonstrant(inn)en fast nur Jugendliche bis 20 Jahren und ältere, vor allem Rentner(innen), mit Ausnahme der türkischen Zuschauer.

Anlass waren die zahlreichen Angriffe und Aktivitäten von organisierten Nazis und ihren Mitläufern in der Region Bremen-Nord: ein Zeichen des Protests und der Aufklärung, eine Aufforderung zur Gegenwehr und eine Kritik an der schweigenden Zustimmung, die solche Naziumtriebe erst möglich machen. Gibt es eine rechte Kleinstadtkultur in Bremen-Nord? Sehr gut waren die beiden persönlichen Berichte an der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Blumenthal, die Erlebnisse als Gefangener des Nationalsozialismus und aus der Jugend schilderten. Andere Beiträge wie die der „Initiative Ladenschluss“ klärten über die rechtsradikalen Strukturen in Bremen auf – am Beispiel der Brüder Ostendorf: Gemischtwaren-Versand, Band und „Deutsche-Stimme“-Redakteur gehen so seit Jahren Hand in Hand. Weitere kurze Beiträge gab es von „Linksjugend“, Linkspartei, Jusos und „Solid.org“.

„Ausbaufähig“ an der Demo war im Vergleich zu früheren Antifa-Demos in Bremen, etwa in Tenever 1999, die Art des Gegenübertretens: Auf der langen Route durch Wohngebiete und Einkaufspassagen es gab fast nur Musik und lediglich zwei Durchsagen, welche Inhalte die Demo verfolge. Es wurden keine Flyer mit entsprechender Information verteilt. Aus dem Block der „schwarzen Kapuzen“ wurde Fensterzuschauern mit Fotoapparat der „Stinkefinger“ gezeigt. Die Staatsgewalt tat ein Übriges mit ihrem Spalier um die Transparente herum. Parolen wie „Wir kriegen euch alle“ oder „Stein für Stein geben wir euch die Straße zurück“ boten reiche Abwechslung zu dem Dauerbrenner „Alerta antifascista“.

Ärgerlich war, dass die Festnahme eines Demonstranten nach beendeter Demonstration am Bahnsteig durch Unaufmerksamkeit nicht verhindert wurde, wenngleich dies noch während der Demonstration durch Abwehr der „Bullenschläge“ auf den „schwarzen Block“ gelang. Anlass war unter anderem ein Knaller. Diese zu werfen, kann durchaus den Zweck haben, das „Bullenspalier“ auf Distanz

zu bringen, und Verhüllung der Gesichter ist als Selbstschutz kein Problem. Eine andere Frage ist, ob mit einer anderen Art der Demonstration, speziell mit mehr Kontakt und Aufforderung an die Blumenthaler, noch mehr erreicht werden könnte – mit dem Ziel, dass sie den Nazis kein Umfeld bieten sollen. Dies ist sicher eine Frage des Aufwands.

Nach dieser Festnahme durch den „Greiftrupp“ hielt die Repression im Anschluss an die Auflösung der Demo an: Im dunkelblauen Kampfanzug wurden die zugreisenden Demonstrant(inn)en bis zum Hauptbahnhof verfolgt, mit sechs bis acht Mann an jedem Waggoneinstieg. Das sollte der Erfahrung vom 1. Mai 2008 in Hamburg gegenübergestellt werden: Dort hatten auf dem Weg zu ihrem Aufmarsch 60 Nazis, überwiegend vermummt, eine Regionalbahn aus Pinneberg in ihre Gewalt gebracht, die Lautsprecheranlage an sich gerissen, die Fahrgäste mit rassistischen Drohungen und Auschwitzanspielungen terrorisiert und am Aus- oder Einsteigen an Zwischenhaltestellen gehindert: eine geschlossene Gesellschaft mit Geiseln als Drohung an die ausgebeutete Bevölkerung.

Die „bezahlten Schläger“ und ihre „Wannen“ ließen sich im Vergleich zu Blumenthal erst dann im Hamburger Hauptbahnhof blicken, als diese 60 Nazis bereits weg waren. Von An- bis Abreise gewalttätig gegen Passanten, Reisende, und Gegendemonstrant(inn)en wurde 800 Nazis der Weg freigeprügelt durch Hamburg-Barmbek, gegen Sitzblockaden von 10.000 Menschen. Dies gehört zum Allgemeinwissen in der Bevölkerung. Ein türkischer Radfahrer meinte in Blumenthal: „Als die Rechten letztes Jahr hier gelaufen sind, gab es aber kein solches Spalier!“ Um des Spaliers willen wurde auch die Dorfjugend weggeschubst. So weit dieser Bericht, bis zum nächsten Mal – gegen die breit gestreute Hetzrede vom „kriminellen Ausländer“!

Zuschrift von B. Krause

Neues deutsch-amerikanisches Abkommen : Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wird „Tätermerkmal für Terroristen“ *(GDP)*

Schlechter Tag für die Demokratie

1. Ich war am Samstag in Blumenthal, zusammen mit circa 500 bis 600 Bürger(inne)n ohne Uniform und circa 800 Bürger(inne)n in Uniform. Erstere haben gegen **Nazigewalt** demonstriert. Wie dies im Einzelnen aussah, hat B. Krause treffend beschrieben.

Ich empfand es als beklemmend, dass die Bürger(innen) in Uniform in voller Kampfausrüstung erschienen sind und zur Unterstützung vier Wasserwerfer und einen Schützenpanzer mitgebracht hatten. Diese Bürger(innen) in Uniform gingen auf Tuchfühlung neben dem „schwarzen Block“, zeitweise beidseitig in Drei-

erreihen! Außerdem gab es vor, hinter und neben dem Demozug noch jede Menge Uniformstoff. Wie gesagt, bei diesem Wetter in voller Kampfausrüstung! Nur den Helm hatten sie abgesetzt.

Die Polizei hat sehr intensiv gefilmt, ich habe über zehn verschiedene Kameraleute gezählt. Dabei war es eine friedliche Demo. Ich bezweifle, dass die Polizei überhaupt filmen durfte. Bei diesem Filmaufwand kann ich überhaupt nicht mehr verstehen, dass bei „aus dem Ruder gelaufenen“ Demos teilweise kein Filmmaterial zur Erkennung der beteiligten Polizisten verfügbar sein soll! Die Gruppenführer traten sehr harsch auf. Es war eine bedrohliche Stimmung durch die übermäßige Präsenz der Polizei. Es wurde zwischendurch ein „Zugriff“ erwogen, und es gab sehr viel „Säbelrasseln“.

Alle Nebenstraßen waren abgeriegelt. Teilnehmer konnten die Demo nicht seitwärts verlassen, nicht einmal zum Klo. Die ortsfremden Polizist(inn)en kamen aus Schleswig-Holstein und Hamburg, erstere hatten Tränengas dabei, sichtbar auf dem Rücken. Die Polizisten, die ich angesprochen habe, waren nicht zur Kritik bereit: „Das ist unsere Aufgabe“, hieß es. Warum ein Jugendlicher, der die Demo mit dem Fahrrad überholt hat, nicht in die Seitenstraße durfte, wo 100 Meter weiter sein Kumpel wartete, das war einfach unerklärlich, der Ton dazu hanebüchen! Der Kumpel durfte durch die Absperrung zur Demo, und beide sind von dannen gezogen.

Der „schwarze Block“ bestand aus netten, überwiegend jungen Leuten! Sie mochten nur nicht gefilmt werden. Ich kann inzwischen diese Abneigung besser verstehen. Um die Polizei auf Distanz zu halten, sind zwischen dem „schwarzen Block“ und den parallel laufenden Polizist(inn)en ältere Bürger(innen) gegangen. Die Polizist(inn)en mochten diese nicht anrempeln, und dadurch ergab sich ein Abstand zum „schwarzen Block“. Die Demo wurde am letzten Halt aufgelöst. Die meisten sind zum nahe gelegenen Bahnhof gegangen. Dort warteten Bürger(innen) in Uniform, die Ankommenden wurden gefilmt.

Auf dem Bremer Hauptbahnhof haben die Bürger(innen) in Uniform sofort nach dem Aussteigen den Helm aufgesetzt und das Visier runtergeklappt. Die Treppe war sehr voll. Es wurde reichlich gefilmt. Die Kameras waren teilweise auf Stöcken montiert. Aus für mich nicht ersichtlichen Gründen liefen Polizeitrupps durch den Bahnhof. Auf dem Vorplatz standen weitere Bürger(innen) in voller Kampfausrüstung mit aufgesetztem Helm. Außerdem kamen dort gerade acht Mannschaftswagen mit voller Besetzung an. Die Polizei jagte bestimmte Demo-Teilnehmer. Warum?

Es war eine friedliche Demo – nur die Polizei war augenscheinlich auf Krawall gebürstet. Sie hat bei dieser Demo viel Sympathie verloren! Die Lehrer haben in Staatsbürgerkunde mühevoll die politische Aktion eingeworben. Soll die

uniformierte Staatsmacht dies im Keim ersticken? Für die Nazis war der 31. Mai 2008 ein erfreulicher Tag! Die Bürger in Blumenthal vermissten die ortsnahe Beteiligung: „Ihr fahrt wieder ab, und wir sind mit den Nazis allein!“ Die Sicherheit durch ortsnahe Ansprechpartner hat Gröpelingen vorgemacht.

Die Polizei braucht dringend Namensschilder, damit nicht einige wenige „schwarzen Schafe“ die gesamte Polizei in Verruf bringen! Die „Georg-Elser-Initiative Bremen“ hat dies am 22. März 2008 in einem Offenen Brief an die Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin gefordert. Dabei wurden die Erkenntnisse aus der Veranstaltung „Gewalt auf Demonstrationen – Ursachen der Eskalation“ eingefordert.

Am Sonntag habe ich „Deutschlandfunk“ gehört. Der Historiker Götz Aly durfte die „Weitsichtigkeit“ und das „Geschick“ Adolf Hitlers loben: „Vollbeschäftigung ohne Inflation“! Der Volksgerichtshof habe die überwiegenden Todesurteile erst nach der Schlacht um Stalingrad gefällt. Hitler habe es verstanden, „den Druck richtig zu dosieren“. So oder ähnlich! Ich habe ausgestellt. Es reichte mir. Es war die Sendung „Essay und Diskurs, Sebastian Haffner und die Historisierung des Nationalsozialismus“. Dieser kurze „Hörgenuss“ hat mir nochmals verdeutlicht, wie wichtig die Bekämpfung der Nazis auf allen Ebenen ist! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Bürgerschaft tagt ab Dienstag. Die Tagesordnung ist prall gefüllt. Am Dienstag nach der Mittagspause steht die **Gehaltserhöhung** für die Bremer Senatoren auf der Tagesordnung. Herr Kleen hat bereits für die Mittwochausgabe des „Weser-Kuriers“ erklärt, dass die Senatoren auf nichts verzichten wollen und sicherheitshalber darauf hingewiesen, dass für den Verzicht eine Gesetzesänderung notwendig wäre. Doch Bremer Senatoren waren schon öfter Vermutungen ausgesetzt. Letztens wurde vermutet, dass die zugereisten Amtsträger nicht auf die ihnen zustehende Umzugsvergütung verzichten würden. Kaum wurden diese selber gefragt, war schon der Verzicht klar! Hoffentlich geht es diesmal auch so.

Ich bin sicher, auch Senatoren können der Personalabteilung mitteilen: Ich möchte diese Gehaltserhöhung nicht! Die Personalabteilung wird sich hüten, diesen Wunsch nicht zu erfüllen. Senatoren in Bremen dürfen dies frei entscheiden – wenn es sein muss, auch uneinheitlich! Rentner, ALG-II-, Grundsicherungs- und Sozialhilfe-Betroffene erhalten 1,1 Prozent Erhöhung. Das macht bei einem Regelsatz von 347 Euro eine Erhöhung um vier Euro aus! Senatoren erhalten bisher 10.250 Euro, der Erhöhungsbetrag zum 1. November 2008 beträgt 300 Euro, alles monatlich! Von den besonderen Vorteilen der Ruhegehälter für Senatoren will ich hier gar nicht reden.

Das Extragesetz, welches Herrn Kleen zufolge nötig sei, erinnert mich an die Raucherzone im Parlament. In allen öffentlichen Gebäuden wurde durch die Bremische Bürgerschaft das Rauchen verboten, aber sich selbst haben diese Politiker eine Raucherzone im Bürgerschaftsgebäude geschaffen! Eine Abschaffung wurde verweigert, weil gerade getroffene gesetzliche Regelungen so schnell nicht

zu revidieren seien – so oder ähnlich lautete die fadenscheinige Begründung. Diese Raucherzone wurde dennoch umgehend wieder abgeschafft. Was bleibt, ist der schale Nachgeschmack über das Verhalten unserer Volksvertreter!

Die Freie Hansestadt Bremen soll bei einer Neuausrichtung der **ALG-II-Betreuung** keine Steuerungsbefugnis einbüßen. Nun wird endlich einmal diese von Bremen ungenutzte Möglichkeit zum Thema. Meine Meinung zum Grundproblem: ALG-I- und -II-Betroffene aus einer Hand vermitteln! Nur dadurch wird Arbeitslosigkeit zweiter Klasse abgeschafft. Und die Abschaffung von Hartz IV wird aus dem Stand möglich! Außerdem stehen weitere ALG-II-Themen auf der Tagesordnung. Die Anfragen wurden vom Senat teilweise ausweichend und hart an der Grenze zur Unwahrheit beantwortet, denn auch das Weglassen ist eine Form der Unwahrheit. Links wirkt! Auch wenn diese Anfragen teils von den anderen Fraktionen gestellt wurden.

Am Samstag beginnt „Die Linke“ eine Armutskonferenz. Hartz IV ist Armut per Gesetz! Ich habe keinen Hunger erfahren, bin aber auch vor dem ALG II in die Rente geflohen. Die bundesweite Montagsdemo fordert einen Hungerzuschlag von 50 Euro ab sofort. Hunger schlägt sich in der Figur nieder, aber erst mittelfristig! Ich kenne durchaus füllige Menschen, die Hunger leiden – mitten in Bremen. Es reicht eine notwendige unaufschiebbare Geldausgabe, um dies zu erleiden. Armut bekämpfen heißt auch die Unwägbarkeiten des Lebens für ALG-II-, Alterssicherungs und Sozialhilfe-Betroffene abzufedern. Wenn nicht einmal die Mahlzeiten gesichert sind, zerbricht der Mensch!

Üble Nachrede macht auch sehr arm. Olaf Scholz hat sich über die Zahlen der Arbeitslosenstatistik gefreut. Eine grundlegende Reform und ein harter Weg hätten dies erwirkt, so oder ähnlich. Nein, Herr Scholz! Dies wurde erreicht durch eine rücksichtslose Bilanzfälschung! Die Bestimmungen für die Arbeitslosenstatistik wurden immer schamloser geändert. Nun weiß nicht einmal Herr Weise, wie viele erwerbslose Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit und den Argen gemeldet sind! Wetten?

Jobbörsen werden von immer mehr Anbietern betrieben. Die Addition dieser Stellenangeboten führt zwangsläufig zu einem falschen, nämlich überhöhten Ergebnis. Eine Stelle, die in verschieden Jobbörsen steht, bleibt trotzdem nur eine Stelle! Die Zahl der Arbeitsplätze wurde dadurch wesentlich erhöht, dass jede Tätigkeit als Arbeitsplatz gezählt wird. Vor 2005 wurden nur richtige Arbeitsstellen erfasst! Statistiken sollen den Politikern helfen, Entscheidungen zu treffen. Diese Arbeitsmarktstatistik ist zur Begründung von Lügen verkommen, die eine Ächtung der Erwerbslosen durch die Gesellschaft bewirken. Schließlich hat der Minister gesagt, und jeder kann es in der Statistik nachlesen: Es gibt keinen Grund für deine Erwerbslosigkeit! Diese böswillige Unterstellung hat teure Folgen für die Gesellschaft. Krankheit ist für viele der letzte Fluchtweg, denn sie wird von der Gesellschaft als Hinderungsgrund akzeptiert.

Bremen überlegt, ob der Grundstücksverkauf ohne Ausschreibung richtig war, so der „Weser-Kurier“ vom 28. Mai 2008. Es wurde an Zechbau verkauft. Eigent-

lich nur ein Wassergrundstück in der Verlängerung des Teerhofes, auf der anderen Straßenseite. Dieses „Grundstück“ soll massiv bebaut werden. Nun wurde festgestellt, dass die Bürgermeister-Smidt-Brücke davor starke Schwingungen hat. Sie soll jetzt saniert werden. Ich kann mich noch an die letzte, erfolgreich beendete Sanierung dieser Brücke erinnern. Welche Auswirkungen haben solche Schwingungen eigentlich auf das geplante Bauwerk zwischen den Brückenteilen? Ist dies eine für Bremen typische Form der vorbereitenden Sanierung? Die Zeit wird es klären. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die Bundesregierung will eine Selbstverpflichtung gegen **Überwachung**. Die Telekom wird am Gespräch teilnehmen. Die Telekom hat beim Börsengang umstrittene Bewertungen für das Immobilienvermögen vorgenommen. Rund um den Börsengang wurden Meldungen verkündet, die einerseits unschön für die neue Aktie waren, die aber andererseits die Telekom nicht dementieren mochte. Es hat „jemand“ versucht, diese Quelle zu finden. Die Abhöraktion war sehr aufwendig und umfassend und wurde unterstützt durch weitere Aktivitäten. Die Geschäftsleitung soll Auftraggeber gewesen sein, aber sie bestreitet dies. Jetzt tritt die Bundesregierung auf den Plan und will eine Selbstverpflichtung, die am eigentlichen Thema vorbeigeht.

Doch wenn die Geschäftsleitung der Telekom nicht den Auftrag erteilt hat und nicht einmal davon wusste, wer war dann der Auftraggeber? Hat Herr Sommer sich überhaupt nicht über diese Nachrichten geärgert? Es wäre doch normal zu überlegen: Wieso wissen die das? Diese Erklärung fehlt mir! Heute beschäftigen sich die Gerichte mit der Nachrichtenlage. Damals muss irgendjemand diese Rechnungen gegengezeichnet haben und damit zur Regulierung freigegeben haben. Wer hatte ein Motiv? Wer war damals Eigentümer der Telekom? Die KfW hatte die restlichen Telekom-Aktien als Treuhänder erworben und an die Börse gebracht. Wirtschaftlich hat die Talfahrt der Telekomaktie die bisherigen Käufer getroffen. Aber die Bundesregierung wird von dem laufenden Verfahren eingeholt.

Die Bundesregierung wusste wie die Telekom um die besonderen Möglichkeiten der neuen Telefonanlagen. Aufgrund eines „Vorsorgegesetzes“ mussten und müssen alle neuen Telefonanlagen mit durchwahlfähigen Nebenstellen eine Abhörvorrichtung haben. In jedem Betrieb mit einer neuen Telefonanlage kann somit abgehört werden. Die Abhörmöglichkeit ist bei Lieferung eingeschaltet und kann intern, aber auch von außen – ohne Mitwirkung des Betriebes – genutzt werden. Ich habe damals für meinen Arbeitgeber eine solche Telefonanlage bei der Telekom angefragt und bin über die Position Abhörvorrichtung gestolpert. Auch in den zwei Wettbewerbsangeboten war diese Position enthalten. Ich wollte keine Abhöreinrichtung und dieses Geld einsparen, doch es ging nicht. Der Gesetzgeber hat verfügt, und der Kunde muss es bezahlen. Alles „zur Sicherheit“! Wessen Sicherheit? Die Technik ist inzwischen weiterentwickelt. Herr Schäuble wird

schon wissen, warum er diese Ablenkung versucht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Linke“ bei 15, SPD bei 20 Prozent: Inzwischen werden schon die Nachrufe geschrieben *(„Spiegel-Online“)*

Antikommunistische Hetze: Gesine Schwan ist selber eine Demagogin *(„Spiegel-Online“)*

Das leere Geschwätz der SPD-Führung vom Mindestlohn

1. Mich verwundert es überhaupt nicht, dass die Deutschen keine hohen **Erwartungen an die Zukunft** haben. Nur neun Prozent können sich vorstellen, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen. Das ergab eine repräsentative „Infratest-Dimap“-Umfrage im Auftrag der „Stuttgarter Zeitung“. 62 Prozent befürchten hingegen, ihren Kindern werde es einmal schlechter gehen.

Die Deutschen bezweifeln, dass es bei ihnen persönlich aufwärtsgeht, und scheinen der wachsenden Wirtschaft, den angeblich sinkenden Arbeitslosenzahlen und der boomenden Beschäftigung im Niedriglohnsektor nicht zuzutrauen, dass sich die Glücksversprechungen des vermeintlichen Aufschwungs bewahrheiten könnten! 78 Prozent gaben an, die Politik müsse die Steuern senken, damit sich Leistung wieder lohne. Würden Erwerbslose zu dieser Thematik befragt, rutschten die Zahlen sicher noch viel tiefer in den Keller!

2. Durch statistische Schönrechnerei sind die **Arbeitslosenzahlen** so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr. Bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg dürften deswegen die Sektkorken knallen. Für die Langzeitarbeitslosen gibt es weiterhin nur eine Erfrischung aus dem Wasserhahn, denn sie haben wahrlich nicht den mindesten Anlass, irgendetwas zu feiern – schließlich ist ihr Anteil seit Jahren erschreckend hoch! Das passt natürlich gar nicht zu dem propagierten Hurrageschrei.

So kreißte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und gebar eine unheilvoll schwachsinnige Idee: Schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose sollen 39 Stun-

den Bürgerarbeit in der Woche leisten und dafür keinen Cent mehr sehen. Dabei gab es in den neuen Bundesländern bereits Modellversuche, die schlicht daran scheiterten, dass es all diese benötigten Arbeitsgelegenheiten nicht gibt. Die Teilnehmer werden mit Sicherheit nicht auf den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt: ALG-II-Bezieher sollen also mit einer Arbeitspflicht energisch zur Jobsuche im Hungerlohnbereich drangsaliert werden!

So geraten die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats des Finanzministeriums in gefährliche Nähe zu längst überwunden geglaubten Theorien. Wenn derartige Vorschläge ausgerechnet in einem von der SPD geführten Ministerium formuliert werden, dann wird es immer offenkundiger, welchen Interessen Teile der SPD-Führung inzwischen eigentlich dienen. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn entpuppt sich lediglich als leeres Geschwätz! Forderungen nach einem Arbeitszwang bedeuten nichts anderes, als Unternehmen billiges „Futter“ zur beliebigen Verwertung zuzuführen!

Niemand sollte dazu gezwungen werden, eine Arbeit anzunehmen, von der er nicht nur nicht auskömmlich leben kann, sondern trotzdem noch das karge Entgelt zusätzlich mit ALG II aufstocken müsste! Die eigentlichen Abzocker wären so die Arbeitgeber, die dann – gesetzlich gefördert – indirekt die staatlichen Sozialsysteme hemmungslos ausbeuten „dürften“. Es ist an der Zeit, steuerpolitisch umzuschwenken und endlich auch mal diejenigen Gruppen zur Kasse zu bitten, die sich in den letzten Jahren – auf Kosten der Arbeitnehmer und zulasten der Allgemeinheit – ihre Kassen kräftig gefüllt haben!

3. Dieser fulminante Wirtschaftsminister fordert nun auch noch eine grundlegende **Überarbeitung des Armutsberichtes**, den er für „voreingenommen“ hält. Glos behauptet indes, Bundesarbeitsminister Scholz interpretiere Daten falsch und stelle Armut und Reichtum in Deutschland an zahlreichen Stellen „tendenziös“ dar. Bei der Darstellung von Reichtum schüre der Bericht sogar eine „Neiddebatte“.

Klar, Arbeitslose und Hungerlöhner sollen gefälligst ohne jegliche Missgunst hinnehmen, dass Manager, höhere Angestellte und Politiker einfach ein Zigfaches ihres eigenen mickrigen Gehaltes beziehen, obwohl es dafür nicht die mindeste Rechtfertigung gibt! Aus dieser wohlmeinenden Großherzigkeit können sie dann ihre Lebenshaltungskosten begleichen und sich auch noch im Urlaub erholen.

Glos hielt dem Arbeitsminister vor, den Bericht in wesentlichen Teilen auf der Grundlage veralteter Daten aufgebaut zu haben. Die positiven Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt seit 2005 würden überhaupt nicht wiedergegeben. Er meint dabei vermutlich nicht, dass seit Jahrzehnten Politiker die Arbeitslosigkeit mit beachtlichem Einfallsreichtum und immer neuen Förderprogrammen kleinrechnen. Bisher hat sich noch jede Regierung die ihr entsprechenden Tricks ausgedacht, an der Schraube zu drehen, um die Statistik aufzubessern.

4. Auch wenn dies nicht in Herrn Glos’ Weltbild passt, ist die **soziale Spaltung** der Gesellschaft in Bremen und Bremerhaven besonders drastisch. Bei den Aus-

gaben für öffentliche soziale und kulturelle Einrichtungen ist Bremen zum bundesweiten Schlusslicht avanciert. Armut und soziale Ausgrenzung sind leider keine Randphänomene mehr, sondern gehören zum traurigen Alltag einer beständig wachsenden Gruppe von Menschen. Nach dem aktuellen Armutsbericht der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ gewinnen die sozialen und ökonomischen Kontraste zwischen verschiedenen Wohngebieten immer härtere Konturen. In einigen Stadtteilen spitzen sich soziale Probleme und wachsende Konfliktpotenziale unterschiedlichster Art zu.

Im langfristigen Vergleich von Daten der Einkommensteuerstatistik ergibt sich gesamtstädtisch in Bremen eine zwischen 1986 und 2001 wachsende Polarisierung der Einkommen. Auf Ortsteilebene reichte die Spanne der durchschnittlichen Jahreseinkünfte je Steuerpflichtigen zwischen 21.420 Euro im Ortsteil Steffensweg bis zum fünffachen Betrag, nämlich 101.750 Euro, in Horn (pro Jahr). Der Anteil der erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger zwischen 15 und 65 Jahren liegt in einer Spanne zwischen 1,9 Prozent in Borgfeld und 35,6 Prozent in Tenever.

2007 lebten 30,2 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft mit Hartz IV. In der Neuen Vahr Nord, in Gröpelingen, Kattenturm und Tenever war mehr als jedes zweite Kind betroffen (47,7 bis 60,0 Prozent), im Ortsteil Borgfeld nur rund jedes fünfzigste (zwei Prozent). 2005 galten in der Stadt Bremen 13,5 Prozent aller Personen als überschuldet. Die Spannweite der Werte reichte von 4,5 Prozent in Horn-Lehe bis 25,1 Prozent in Gröpelingen. Daraus folgend ist es nicht verwunderlich, dass zwischen den Stadtteilen der Stadt Bremen große Unterschiede in der Lebenserwartung bestehen.

Eine sozial verantwortliche Landesregierung muss sich auf Bundesebene für eine Sozial- und Arbeitsgesetzgebung einsetzen, die mit der neoliberalen Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte Schluss macht und die Grundrechte der abhängig Beschäftigten, der sozial Schwächeren und geringer Bezahlten sichert: die Abschaffung der Hartz-Gesetze, eine angemessene Erhöhung der Regelsätze für die unterschiedlichen Hilfen zum Lebensunterhalt, solange diese Gesetze nicht abgeschafft sind, die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen und eine angemessene Rentenerhöhung!

Auf der Ebene der Landespolitik sind die Kernpunkte: eine aktive Beschäftigungspolitik, das heißt die Schaffung von existenzsichernder Erwerbsarbeit durch öffentlich geförderte, getragene und finanzierte Beschäftigung und eine bedarfsgerechte Sozialpolitik, das heißt die Gewährleistung sozialer Hilfen und Unterstützungsleistungen im tatsächlich notwendigen Umfang und nicht nach Maßgabe haushaltspolitischer Sparvorgaben.

5. Wurden mit dem neuen Präventionsprojekt „Tipp Tapp – gesund ins Leben“ nach dem Fall Kevin wirklich die richtigen Lehren gezogen? Wer in den finanzschwachen Stadteilen Bremens wohnt und Nachwuchs bekommt, dem wird in Zukunft mit einem Flugblatt aus dem Gesundheitsamt ein Hausbesuch angekündigt.

Wer keine Beratung möchte, muss absagen, weil ansonsten Besuch vor der Tür stehen wird. Seit April erhielten 100 Familien eine solche Visite.

In zwölf Bremer Stadtteilen sind die Kinderkrankenschwestern der Stadtteilteams des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes unterwegs und suchen junge Familien zu Hause auf. Durch die „**aufsuchende Beratung**“ soll die Kompetenz der (werdenden) Eltern bestärkt werden. Bei ihren insgesamt drei Besuchen – kurz nach der Geburt, nach sechs sowie nach zwölf Monaten – sollen die Krankenschwestern zu allen Fragen beraten, die rund ums Neugeborene anfallen: von der Körperpflege über die Ernährung bis zur Gestaltung des Wohnumfelds.

Durch den „ganzheitlichen Blick“ des besuchenden Personals solle „Tipp und Tapp“ nicht nur zur Prävention, sondern auch als Frühwarnsystem dienen. Der leitende Kinderarzt beim Gesundheitsamt berichtete, dass die besuchten Familien häufig kein Deutsch sprächen und meist „bildungsfern“ seien. Eben wegen dieser diskriminierenden Aussagen würde ich einen solch stigmatisierenden Besuch verweigern. Denn meine Kinder und ich sind zwar finanziell arm, verfügen aber über eine hohe soziale Kompetenz!

Dieser Teil des Bremer Maßnahmenpakets zur Kindeswohlsicherung lässt leider völlig außer Acht, dass auch reiche Eltern ihre Kinder schlagen, vernachlässigen oder misshandeln können. Sie vermögen es meist nur besser, dies zu vertuschen oder sich Hilfe zu kaufen! Wohlstand ist kein Garant dafür, dass es den Kindern gut geht. Nur wenn *alle* Eltern besucht würden, könnte ich dieser Neuerung uneingeschränkt zustimmen!

6. Als ich gestern „Tagesschau“ sah, staunte ich nicht schlecht über den Versuch der FDP, im politischen Zeitgeschehen mit vereinfachenden Veränderungen zur Besteuerung zugunsten der Besserverdienenden mitreden zu wollen. Es soll „alles auf einen Bierdeckel“ passen! Die Partei durfte halt schon zehn Jahre nicht mehr mitregieren, das kratzt am Ego. So verwundert ein absolut unzureichendes Bürgergeld in „Höhe“ von 648 Euro auch nicht mehr. Diese Wolkenkuckucksheimer sollten mal realistische Selbstversuche machen, damit sie mitreden können! Solch ein mickriges Bürgergeld liegt noch weit unter Hartz IV.

Aber wer ist denn schon Herr Westerwelle? Die FDP unternimmt nicht den ersten eklatanten Versuch, das übrig gebliebene Skelett des früheren Sozialstaates auf ein „physisches Existenzminimum“ zusammenzustreichen. Mit einem derart niedrigen **Bürgereinkommen** werden die Menschen eben gezwungen, sich irgendeine Tätigkeit zu suchen. Damit sie über die Runden kommen, werden sie ohne Versicherungsschutz und ohne Arbeitnehmerechte arbeiten sollen. Im Falle der Krankheit bekämen sie ja dann immerhin noch das Bürgergeld, was weder zum Leben noch zum Sterben reichte. Die schändlichen Ein-Euro-Jobs sind ihre Vorläufer. Tolle Aussichten!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die Strategie von Lissabon, oder: Hartz IV in Frankreich

1. „Hartz IV macht in Frankreich Schule“, lautet eine Schlagzeile des „Weser-Kurier“ vom 31. Mai 2008. Damit wird deutlich, dass Agenda 2010 und Hartz IV kein deutsches Phänomen sind, sondern zur europaweiten Umsetzung der **Strategie von Lissabon** gehören, die ebenso von anderen europäischen Staaten getragen wird, wie das Beispiel des „Weser-Kurier“ nun aus Frankreich zeigt.

In seiner Ausgabe der Publikation „Sand im Getriebe“ vom 29. Juli 2003 hat Attac die deutsche Agenda 2010 und die Strategie von Lissabon bereits detailliert miteinander verglichen. Dort wird tabellarisch die Übereinstimmung der Empfehlungen der EU an Deutschland in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik mit Zitaten aus der Regierungserklärung Gerhard Schröders vom 14. März 2003 festgestellt. Die Schlussfolgerungen, die Attac im Jahre 2003 – also vor der Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 – daraus zog, erscheinen uns heute wie düstere Prophezeiungen, die sich bewahrheiteten:

> „Der von der deutschen Regierung durchgeführte Angriff auf den Sozialstaat ist eingebettet in eine europaweite Kampagne, die sich anschickt, die Gesellschaftssysteme unseres Kontinents nachhaltig zu verändern. Die EU ist dabei einer der Hauptantriebsmotoren, mit denen sich die angestrebten Veränderungen auch immer leichter in Deutschland durchsetzen lassen. Die Schuldigen dafür allein in Brüssel zu suchen, wäre aber bestimmt zu einfach. Gerade die deutsche Regierung, die die wirtschaftlich stärkste Volkswirtschaft in Europa vertritt, ist einer der Hauptantriebsmotoren dieser Politik.“
>
> „Für Kapital und Neoliberale hat sich der Umweg über Brüssel in den letzten Jahren immer mehr ausgezahlt.“
>
> „Die Bereitschaft, die neoliberalen Reformvorhaben als alternativlos anzusehen, hat sich in einem seit vielen Jahren andauernden Prozess in den Strukturen von staatlichen Bürokratien, Wissenschafts- und Medienzusammenhängen und nicht zuletzt den Köpfen vieler Menschen festgesetzt. Um diesen Prozess umzukehren, wird es eines langen Atems und großer Kraftanstrengungen bedürfen. Wichtig ist dabei vor allem, den an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten und von un-

terschiedlichen Menschen geleisteten Protest in eine kontinuierliche Bewegung zu integrieren und auf ein gemeinsames Ziel auszurichten. Das Kippen der Agenda von Lissabon ist dafür ein ideales Ziel. Über sie lässt sich der Widerstand verknüpfen. Wie ein roter Faden durchzieht sie alle wichtigen Politiken der EU der letzten Jahre." *(Attac: „Sand im Getriebe", Nummer 24 vom 29. Juli 2003)*

Abbau des Sozialstaates, Privatisierung öffentlichen Eigentums, Privatisierung der Rentensysteme, Verfolgung, Sanktionierung und Drangsalierung Erwerbsloser in einem Europa, das den Kapitalinteressen Weniger huldigt und die Interessen der Allgemeinheit und die Bürgerrechte der Mehrheit der Menschen missachtet: Dies ist ein Europa, das wir nicht wollen. Darum Kopf zeigen: Montagsdemo!

2. Fernsehen bildet ja manchmal, und so war am Sonntag in einer Wissenschaftssendung der ARD zu erfahren, dass wegen des weltweiten Bevölkerungswachstums bis zum Jahre 2050 zusätzliche Agrarflächen von der Größe Brasiliens zur Deckung des weltweiten Nahrungsmittelbedarfes benötigt werden. **Bevölkerungswachstum** – ein globales Problem?

Hierzulande haben wir Geburtenrückgang und somit eine sinkende Bevölkerung. Das klingt, berücksichtigt man die globalen Probleme, doch erfreulich. Jedoch wird uns von der Politik vorgegaukelt, dass unser Bevölkerungs*rückgang* ein Problem wäre, weil uns zu wenig künftige Einzahler in das Sozialleistungssystem geboren werden. Aber wie sollten bei einem Bevölkerungszuwachs und steigender Rationalisierung und damit verbundener höherer Arbeitslosigkeit mehr Menschen in ein Sozialleistungssystem einzahlen?

Steigende Rationalisierung bedeutet höhere Produktivität der Volkswirtschaft, aber weniger Arbeitsplätze. Ich denke, es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel. Es wird dringend notwendig, die Sozialleistungssysteme an die Produktivität der Volkswirtschaft zu ketten und nicht mehr an die Anzahl der einzahlenden Individuen, die, ob nun Bevölkerungszuwachs oder Bevölkerungsrückgang, zu wenig sein werden, um ein Sozialleistungssystem aufrecht erhalten zu können.

Als ich zu Beginn der achtziger Jahre die Schule verließ, herrschte Lehrstellenmangel. Ich gehöre jedoch einem geburtenstarken Jahrgang an. Es ist heute perfide zu sehen, dass bei den gegenwärtigen geburtenschwachen Jahrgängen zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden sind. Wenn wir an dem gesellschaftlichen Paradigma „Einkommen durch Arbeit" festhalten wollen, so ist es eine Verpflichtung der Gesellschaft, den Menschen ein Einkommen durch Arbeit zu ermöglichen. Zu tun gibt es genug: Im Gesundheitswesen, auf dem Bildungssektor und in der Infrastruktur könnten wir erstklassige Bedingungen herstellen, die uns als Wirtschaftsstandort zum Vorteil gereichen würden.

3. An „Radio Bremen", betrifft: Ihre Mail an Frau Graf. Sehr geehrte Frau Hellwig, es gibt sicherlich keine zwei Ansichten darüber, welche Meinung ein Hartz-IV-Betroffener zu seiner Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung ge-

mäß § 16 Absatz 3 Satz 2 SGB II (sogenannter **Ein-Euro-Job**) vertreten soll. Dies bleibt selbstverständlich ihm überlassen.

Dennoch sind im vorliegenden Fall des Beitrages aus dem Magazin „Buten un binnen“ erhebliche Zweifel gerechtfertigt, ob der Einsatz des Hartz-IV-Betroffenen zur Beseitigung von Graffiti die notwendigen Kriterien der Allgemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit erfüllt, die in der ständigen Rechtsprechung der Sozialgerichte anerkannte Zeitgrenze von 15 bis 20 Wochenstunden gemäß § 16 Absatz 3 Satz 2 SGB II einhält und somit zulässig ist.

Solche Arbeitsgelegenheiten dürfen keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verdrängen. So drängt sich dem Betrachter des Beitrages eben die Frage auf, ob der darin gezeigte Hartz IV-Betroffene diese Tätigkeit nicht als regulär Beschäftigter in einem regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis ausüben könnte und somit seine Arbeitslosigkeit beendet sein könnte. Ich möchte Sie dazu anregen, dieser Frage in einem anderen Beitrag nachzugehen. Herzliche Grüße.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Bremischer Qualitätsjournalismus

Warum „Radio Bremen“ kein Kamerateam zur Montagsdemo schickt, sondern den Anstaltsjustiziar

Nun habe ich zum ersten Mal, seit ich die Homepage der Bremer Montagsdemo betreue, einen „Drohbrief“ erhalten – ich schreibe das in Gänsefüßchen, weil er mir natürlich nicht anonym über die Türschwelle geschoben wurde, weil er im Ton durchaus höflich gehalten ist, weil er lediglich juristische Maßnahmen ankündigt und sogar mit „schönen Grüßen“ endigt. Aber in der Sache ist Absenderin Silke Hellwig von „Radio Bremen“ knallhart: Sie will mir, dem mittellosen Hartz-IV-Betroffenen ohne Rechtsschutzversicherung, den Justiziar ihrer Anstalt „an den Hals hetzen“, wenn nicht umgehend – und diese Forderung erfordert nun wirklich eine gebührende Kunstpause – wenn nicht umgehend der von ihr verfasste Antwortbrief an die Montagsdemonstrantin Elisabeth Graf von unserer Homepage entfernt wird!

Aber lassen wir Frau Hellwig selbst zu Wort kommen: „Hallo Herr Brettschneider, vielen Dank für Ihre Mail. Auch wenn ich heute nicht anders antworten würde – es ist ein gravierender Unterschied, ob ich einer Zuschauerin, also einer Privatperson, die sich bei uns beschwert, antworte – oder ob ich eine offizielle Stellungnahme abgebe, die veröffentlicht werden soll. Es kann nicht sein, dass Sie etwas online stellen, ohne das vorher anzukündigen. Deshalb fordere ich Sie auf, den Brief umgehend von der Homepage zu entfernen. Ich wüsste nicht, dass ich Ihnen erlaubt hätte, unsere Antwort an Elisabeth Graf zu veröffentlichen. Sollten Sie meiner Aufforderung kein Gehör schenken, wird sich unser Justiziar mit Ihnen in Verbindung setzen müssen. Schöne Grüße, Silke Hellwig.“

Ja, sapperlot! Da opfert eine erfolgsverwöhnte junge Fernsehjournalistin, die schon für die „Zeit“ und die „Frankfurter Allgemeine“ geschrieben hat, ein geschlagenes Viertelstündchen ihrer gebührenfinanzierten Arbeitszeit, um ein schmissiges Textlein aus ihrer talentierten Feder fließen zu lassen, das mindestens einen halben „Buten-un-binnen“-Beitrag gefüllt hätte – und dann will sie ihn nicht mal veröffentlicht sehen? Ja, was hat es denn mit diesem Brief auf sich?

Ganz einfach: Er liest sich unbedacht und durch und durch verzickt. Dabei ist Silke Hellwig als „Abteilungsleiterin Fernsehen aktuell“ eine öffentliche Person. Die Montagsdemo wiederum ist eine öffentliche Veranstaltung, zu der Frau Hellwigs „Buten-un-binnen“-Team von der regelmäßig auf dem Marktplatz auftretenden Rednerin Elisabeth Graf ausdrücklich und unter Verweis auf diese Homepage eingeladen wurde. Den erhaltenen Antwortbrief hat Frau Graf, die über ihren Posteingang selbstverständlich freies Verfügungsrecht hat, mir als Webmaster der Montagsdemo zur Veröffentlichung überlassen. Nun reuen Frau Hellwig, auch wenn sie das nicht zugeben mag, ihre ungewollt aufschlussreichen Äußerungen.

Kurz zu den Fakten: Am 24. Mai 2008 brachte das Bremer Fernsehmagazin „Buten un binnen“ einen Beitrag über das Oldenburger „Grafittimobil“, das mit Arbeitslosengeld-II-Beziehern umherfährt, die sich „etwas dazuverdienen“ sollen, indem sie Schmierereien von Hauswänden oder Brückenpfeilern entfernen. Elisabeth Graf empörte sich darüber, dass diese Arbeit nicht von regulär sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausgeführt wird – und man dem Fernsehpublikum stattdessen einen „geläuterten Ex-Knacki“ präsentiert, der beteuert, viel lieber beim „Grafittimobil“ zu arbeiten „als zu Hause rumzusitzen“. Frau Graf verband ihre Kritik mit der Aufforderung, zu unserer Montagsdemo zu kommen, denn hier können die Redakteure erfahren, wie es im wirklichen Hartz-IV-Leben zugeht – auch bei Ein-Euro-Jobbern.

Und was antwortet die „Chefin vom Dienst“? „Wir bilden uns unsere eigene Meinung, deshalb kommen wir auch nicht zu Ihren Montagsdemos“ – kann man Voreingenommenheit arroganter zum Ausdruck bringen? „Vielleicht ist Ihnen bei all Ihrer Empörung entgangen, dass sich dieser Beitrag vor allem um das Entfernen von Graffitis drehte und nicht um Hartz-IV-Empfänger“ – kann man klarer sagen, dass man nicht gewillt ist, den Zuschauer mit den nötigen Informationen zur

Vielschichtigkeit eines Problems zu versorgen, damit dieser sich tatsächlich eine Meinung bilden kann, statt nur seine Vorurteile zu pflegen?

Es liegt doch auf der Hand, dass mit Ein-Euro-Putzern Maler arbeitslos gemacht werden – und man könnte ja auch mal jugendliche „Straftäter“ interviewen, was sie dazu getrieben hat, ihre ehemalige Schule zu verwüsten oder ihren Stadtteil mit Graffitis zu verschandeln, „statt eine Ausbildung zu machen“. Auch ist der junge „Ex-Knacki“ natürlich ganz zufrieden mit der ihm zugewiesenen Arbeit, wenn er für sie zusätzlich zu Unterkunft und Verpflegung sogar einen ganzen Euro pro Stunde bekommt – statt nur zwölf Cent wie in der Oslebshauser Knastwerkstatt. Den Kollateralschaden derartiger Berichterstattung haben die übrigen Hartz-IV-Empfänger, deren „buten un binnen“ informierte Gesprächspartner sich nun – wenn es herauskommt, dass man schon mal einen Ein-Euro-Job gemacht hat – vielleicht unwillkürlich fragen, ob man etwa ein Ex-Knacki sei.

„Wir kauen den Zuschauern nicht vor, was sie zu denken haben – ich vermute, das verstehen Sie unter ‚politischem Engagement‘“, lautet ein weiterer Satz aus dem Brief, den die Besucher unserer Homepage jetzt doch lieber nicht mehr lesen sollen. Was Frau Hellwig – die sich aufgrund der Artikel aus ihrer Zeit beim „Weser-Kurier“ der unkritischen „Hofberichterstattung“ zeihen lassen muss – ihrerseits unter „politischem Engagement“ versteht, hat sie vor einiger Zeit auf einer Diskussionsveranstaltung durchblicken lassen. Ganz unangebracht oder sogar „unhöflich“ findet sie es demnach, einfach auf die Barrikaden zu steigen, wenn durch den eigenen Vorgarten eine Stadtautobahn betoniert wird. Vorbildlich sind dagegen jene Bürger, die dort „Stiefmütterchen im Dreieck“ pflanzen, wenn dem Land das Geld fehlt – wobei die Frage, wie es dazu kommen konnte, vermutlich den Rahmen ihrer Reportagen sprengen würde.

Ja, zu solch fleißigen Null-Euro-Gärtnern wird Silke Hellwig sofort mit ihrem „Buten-un-binnen“-Team anrauschen und ihre Techniker die zarten Pflänzchen dramatisch ausleuchten lassen! Und wenn die Sendezeit reicht, darf der Geschäftsführer der „Botanika“ dazu noch ein paar zungenbrecherische Fachtermini zur Artenvielfalt in hanseatischen Innenstädten einflechten. So schließe denn auch ich diese kleine Glosse mit einer „Drohung“: nämlich, alle fürderhin eintreffenden „Drohbriefe“ von „Radio Bremen“ ebenfalls „umgehend“ auf dieser Homepage zu veröffentlichen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) –
siehe auch „Die Linke“ sowie „Tageszeitung“

„Abschaffung“ und „Beibehaltung“ verwechselt: Ypsi-Püppsi verpatzt Gesetz über Studiengebühren *(„Spiegel-Online“)*

Der „Wettergott“ bellt, er beißt nicht

Pünktlich zur Montagsdemozeit, also um 17:30 Uhr, grollte der „Wettergott“ – er bellte nur, biss aber nicht. Trotzdem wollten wir uns dem leichten Tröpfeln nicht aussetzen und gingen wieder unter die Rathaus-Arkaden. Nachdem auch die meisten Kaffeetrinker vom Marktplatz geflohen waren, konnten wir nur die Schirmträger und uns selbst mit unseren Redebeiträgen aufmuntern. So waren wir dann etwa 25 Teilnehmer.

Im Mittelpunkt der Beiträge standen Bremer Themen. Angesprochen wurde die Bürgerschaftssitzung in dieser Woche, wo Hartz IV gleich in mehreren Anfragen auf der Tagesordnung steht, so zum Beispiel beim Thema der Sanktionen nach SGB II, um die Vorgaben der Bundesagentur zu erfüllen. Es gab einen Bericht von der Antifa-Demo der „Roten Dichter“ in Blumenthal, wo die Polizei den „Schwarzen Block“ auf dem Kieker hatte und zuschlug, als sie gar keinen Anlass dazu mehr hatten. Weiter ging es zu den Abhörvorrichtungen in Telefonanlagen, die mittlerweile für alle Unternehmen gesetzlich vorgeschrieben sind. Hartz IV soll jetzt in Frankreich eine Neuauflage erleben. Alles leitet sich aus den Lissabonner Verträgen und Strategien her.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

184. Bremer Montagsdemo am 09. 06. 2008

Solidarisch – mit der Fußball-Nationalmannschaft?

Da haben wir es wieder: Tausende stehen auf dem Domshof und jubeln der Millionärsliga zu! Nicht dass ich ihnen den Spaß nicht gönne, nein, den sollen sie ruhig haben, außerdem tut er zum Teil auch der Wirtschaft gut. Was mich aber immer wieder erstaunt, ist die Tatsache, dass die Menschen da zusammenhalten, um vielleicht auch mal sagen können: „Wir sind Europameister!“ Wie steht es denn sonst mit der Solidarität? Mal sehen, ob sie auch zu Tausenden auf die Straße gehen, um die Gaspreiserhöhung um 40 Prozent zu verhindern! Bei anderen Schweinereien wie Kinderarmut, Lohndumping oder Altersarmut haben sie das bis jetzt noch nicht getan haben, dabei gehen diese 40 Prozent mächtig ins Geld! Was ist eigentlich mit unserer Gesellschaft los? Es reden alle immer davon, dass unser Sozialsystem immer teurer wird, weil wir durch Passivität dazu beitrügen. Das gleiche gilt für unser Lohn- und Rentensystem, den Bildungsmangel, die Kinder- und Altersarmut.

Einen Trost haben wir jedenfalls: Wir zeigen uns mit der Nationalmannschaft solidarisch! Das weiß auch unsere Regierung, und so kann sie fröhlich weitermachen wie bisher, nämlich den Bürger kräftig zur Kasse bitten. Wir sind dann zum Dank so frei und enthalten uns der Wahlstimme, was natürlich das Falscheste überhaupt ist, weil wir durch Nichtteilnahme diejenigen stärken, die wir gar nicht haben wollen. Viel besser wäre es, alle abzuwählen, die uns das Leben schwermachen – so ist es doch in einer Demokratie vorgesehen! Gründe dafür liefern sie uns genug, die lieben Politiker von heute. Wie sagte doch Herr Steinbrück: „Wir dürfen unseren Kindern keine Schulden hinterlassen!“ Eigentlich ein guter Gedanke, aber wenn ich an die zunehmende Altersarmut denke, haben wir hier ein viel größeres Problem.

Was die Kinder betrifft, sah ich wieder einmal ein trauriges Beispiel: Drei Jungen machten den Aufnahmetest der Realschule. Als einer von ihnen leider durchfiel und dem Reporter antwortete, er wolle nicht auf der Hauptschule bleiben, weil er sonst später keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekäme, sprach dieser aus, was in unserer Gesellschaft nicht mehr stimmt. Und wir machen uns Sorgen, dass wir unseren Kindern zu viel Schulden hinterlassen! Kein Wunder, wenn man ihnen heute schon die Chancen nimmt, gutes Geld zu verdienen. Der Junge tat mir entsetzlich leid, wie die vielen anderen auch, die „nur auf die Hauptschule“ gehen. Vielleicht sollte auch die Wirtschaft hier mal ein wenig umdenken und ihre Ansprüche nicht ganz so hoch schrauben, schon gar nicht bei dieser schlechten Chancengleichheit und Bezahlung! Aber das ist wohl typisch für unsere Gesellschaft: kurzfristiges Denken und Spaßhaben!

Udo Riedel (parteilos)

Alle Räder stehen still: 5.000 Kolleg(inn)en des Bremer Mercedes-Werks treten in zweistündigen Warnstreik *(„Die Linke“)*

Medienleute mit einer zynischen, arroganten und frechen Weltsicht

„Bubigate“ – um unsere Homepage ist es zu einem kleinen medialen Geplänkel gekommen: Unsere Mitstreiterin Elisabeth hatte eine Kritik zu einem typischen, tendenziösen Beitrag in „Buten un binnen“ geschrieben. Diese Kritik wurde natürlich abgebürstet und beantwortet mit einer Erklärung der weiteren Nichtbeachtung der Montagsdemo. „Vielen Dank“, könnte man sagen, „solche Bekundungen gehören auf unsere Homepage!“ – und so geschah es auch.

Das nun wieder gefiel der leitenden Mitarbeiterin von „Radio Bremen“ gar nicht: Sie forderte die Entfernung ihrer Antwort von der Website, weil es ein Unterschied sei, ob man einem einzelnen Zuschauer oder einer Institution beziehungsweise Organisation antworte. Für den Fall, dass der Webmaster nicht folgsam sei, drohte sie mit dem Hausjustiziar. Diese Aussage zeigt, wie oberflächlich und arrogant einzelne Zuschauer behandelt werden, während man sich Organisationen gegenüber vorsichtiger verhält. Anstatt nun vielleicht etwas selbstkritischer die Sache zu

überdenken, bleibt die Dame bei ihrer arroganten „Drohung“. Noch ist nichts weiter passiert – allerdings haben „Die Linke“ und die „Tageszeitung Bremen“ über den Affront berichtet.

Aber ich möchte in euer aller Namen Elisabeth und Gerolf den Rücken stärken und weise alle solche Drohungen gegen die Montagsdemos – wo auch immer und durch wen auch immer – entschieden zurück! Wer nicht bereit ist, sich der Montagsdemo kritisch und selbstkritisch zu stellen und eine sachliche, auf Argumenten beruhende Auseinandersetzung zu führen, verliert seinen Anspruch, von uns und vielen anderen Menschen und Institutionen ernstgenommen zu werden. Wir bieten den Journalisten von „Buten un binnen“ nach wie vor eine sachliche Klärung an und laden sie hierher zu einer Diskussion ein, hierher auf den Marktplatz!

Zurück zur tendenziösen Berichterstattung und Kommentierung. Wir sprechen auch von einer „neuen Gleichschaltung“ der Medien, weil uns der Unterschied zur gleichgeschalteten Presse während der faschistischen Diktatur bewusst ist. Es ändert aber nichts daran, dass aufklärerische Arbeit nicht oder kaum getan wird, auch wenn die sogenannten „Spielräume“ einer kritischen journalistischen Arbeit äußerst eng geworden sind – besser: *gemacht werden* durch steuernde Lagezentren der herrschenden Regierungen oder die Macht bestimmter Kapitalgruppen.

Ich will den Journalisten ihre ehedem lauteren Absichten und Vorstellungen nicht absprechen, aber ihr Denken hat sich verändert: Wie bei manch anderem Intellektuellen haben sich Egoismus und Zynismus dazugesellt. Mit einer zynischen, arroganten und frechen Weltsicht meinen diese Menschen dann, die opportunistische Karriereleiter hinaufzukommen. Der Absturz ist vorprogrammiert! Hochmut kommt vor dem Fall. Die große Mehrheit der Menschen verabscheut solches Denken und Gebaren.

Jobst Roselius

„Radio Bremen“ ganz privat: Nachrichtenchefin will uns verklagen, weil wir einen Brief von ihr ins Netz gestellt haben, in dem steht, warum der Sender nicht über die Montagsdemos berichtet *(„Tageszeitung“)*

„Es scheint da wirklich etwas im Argen zu liegen!“

Auf meinen kritischen Leserbrief an die Bremer „Buten-und-binnen“-Redaktion habe ich bisher keine Antwort bekommen, wohl aber auf mein Lob der SWR-Sendung „Report Mainz“, über die ich letzte Woche sprach. Ich habe mich im Namen der Bremer Montagsdemo über den Beitrag lobend geäußert und bedankt, weil die Redaktion den Mut hatte, Insiderwissen über die Machenschaften und Vorgehensweisen der Argen oder „Jobcenter“ zu senden und die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie die Betroffenen ausgetrickst werden und wie daher ihr reales Leben aussieht.

Hier die Antwort: „Sehr geehrte Frau Meyer, haben Sie vielen Dank für Ihre Mail zu unserem Beitrag ‚Willkürliche Schikanen – wie Behörden Hartz-IV-Empfänger um ihre Ansprüche bringen‘, den wir am 26. Mai 2008 in unserem ARD-Politikmagazin ‚Report Mainz‘ gesendet haben. Die zahlreichen Mails wie Ihre und die Reaktionen zeigen uns, dass wir mit unserem Bericht ins Schwarze getroffen haben.

Ziel unserer Recherche war aufzudecken, welche Konsequenzen sich offenbar in mehr als Einzelfällen aus den Sparvorgaben des Bundesarbeitsministerium ergeben. Sicher wäre allen – dem Bundeshaushalt, dem Steuerzahler und vor allem den Erwerbslosen selbst – am meisten damit gedient, Leistungen durch Vermittlung in Arbeitsstellen zu sparen. Allerdings dürfen, so ist unsere Auffassung, das konjunkturelle Umfeld beziehungsweise die Schwierigkeiten in diesem Bereich nicht zu den von Insidern, Betroffenen und Beratungsstellen beschriebenen sehr zweifelhaften Praktiken führen.

Wie Sie sich vorstellen können, haben wir im Vorfeld in weiteren Orten recherchiert und mit viel mehr Betroffenen geredet als nun im Beitrag abgebildet. Und seit Ausstrahlung des Beitrages erreichten uns neben Ihrer bereits jetzt Dutzende Mails mit weiteren Fallbeschreibungen. Es scheint da also wirklich etwas im Argen zu liegen!

Wir hoffen darauf, dass unser Bericht auch von den politisch Verantwortlichen auf kommunaler, aber auch auf Bundesebene gesehen wurde. Ob sich etwas an den Methoden ändert, werden wir beobachten. Wir bleiben für Sie und alle Betroffenen am Thema dran! Ihnen weiter alles Gute, bleiben Sie ‚Report Mainz‘ gewogen! Mit freundlichen Grüßen an alle in der Bremer Montagsdemo Engagierten, Beate Klein, Redaktion ‚Report Mainz‘.“

Anke Meyer (parteilos)

Bremen will mit drei Millionen Euro Steuergeldern bloß Ein-Euro-Jobs statt regulärer Arbeit fördern

Die SPD hat einen Aktionsplan gegen **Kinderarmut** vorgelegt. Geplant wird unter anderem eine nationale „Kinderkonferenz“. Im „Weser-Kurier“-Artikel vom 8. Juni 2008 bekräftigt die CDU: Das höhere Kindergeld kommt ab 2009! Im nächsten Jahr sponsert auch die Kirche den Schulstart. Dies sind alles löbliche Absichten, doch warum hat sich die Lage der Schulkinder so nachhaltig verschlechtert? Weil die Regelsätze mit der Einführung von Hartz IV verringert wurden: Für Schulkinder von sieben bis 13 Jahren von 250 auf jetzt 208 Euro, für Schulkinder von 14 bis 17 Jahren von 312 auf jetzt 278 Euro! Außerdem wird bei Hartz IV das Kindergeld voll angerechnet. Auch dies war bei den vorherigen Regelungen anders, siehe Flugblatt „Hartz IV: vorsätzliche Kürzungen bei Schulkindern“. Noch aussagefähiger ist die Broschüre „Hartz IV: ‚Fördern‘ durch Kürzen“.

Zusammenfassend mein Appell an unser politisches Personal: Die vielen Aktionen sind überflüssig! Zahlt auskömmliche Regelsätze! Beseitigt die Anrechnung des Kindergeldes! Gebt den Betroffenen Rechtssicherheit! Jede „ Sonderbehandlung“ grenzt aus und ist eine Versuchung für den Rotstift! Hunger fördert die Aggressivität, so ein neues Forschungsergebnis. Altbekannte Forschungen belegen nachdrücklich: Hunger behindert auch die Lernfähigkeit. Diese Entwicklung ist von der SPD mithilfe der Grünen bewusst und absichtlich eingeleitet worden und wird nun von der CDU mithilfe der SPD verschärft. Diese SPD wird entweder mit der restlichen Macht sich dagegen wenden oder daran zerbrechen! Der jetzige Weg der Volksverdummung, des Tarnens und Täuschens ist eine Sackgasse: Am Ende des Weges steht die Fünf-Prozent-Grenze!

Die **Senator(inn)en** in Bremen wollen immer noch nicht auf die Lohnerhöhung ab 1. November 2008 verzichten, sagte der Bürgermeister. Ist dies wirklich die Meinung jeder Senatorin, jedes Senators von Bremen? Vergangene Woche habe ich aufgezeigt, dass dies jede Senatorin, jeder Senator selber entscheiden und regeln kann. Wir kommen im November darauf zurück, und rechtzeitig zur nächsten Wahl! Die Ruheständler(innen), die vorher als Arbeiter(innen) im öffentlichen Dienst Bremens tätig waren, standen bereits zu ihren aktiven Zeiten am unteren Ende der Lohn- und Gehaltsskala in Bremen. Die Rentner(innen) erhalten bereits ab 2007 kein Weihnachtsgeld mehr! Die Versorgungsbezüge werden

außerdem nur noch um ein Prozent jährlich erhöht, weil das Ruhelohngesetz am 30. Januar 2007 geändert würde. Das ist gültig für Arbeiter(innen), nicht für ehemalige Senator(inn)en! Der Präsident des Rechnungshofes bleibt ein Jahr länger im Amt, das Gesetz wurde geändert. Warum hat der Präsident keinen Nachfolger eingearbeitet? Wieder ist ein Arbeitsplatz mit gehobenem Einkommen blockiert!

Bremen hat kein Geld – aber 1,6 Millionen Euro für das „Schaufenster Bootsbau“. Wie beim Vorgänger-Projekt „Gläserne Werft“ „stimmen“ die Besucherzahlen augenscheinlich nicht, so der „Weser-Kurier“ vom 6. Juni 2008. In der Pressemitteilung des Senators Ralf Nagel steht: „Für die Umsetzung des Bauvorhabens ‚Schaufenster Bootsbau‘ werden Mittel in Höhe von 1,666 Millionen Euro aus dem EU-Ziel-2-Programm 2000 bis 2006 bereitgestellt. Zur Finanzierung des als Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vorgesehenen Betreibers werden im Rahmen des Programms ‚Bremen produktiv und integrativ‘ knapp 1,5 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 bereitstehen“, somit insgesamt über drei Millionen Euro für ein Nachfolgeprojekt mit gleichen Ansätzen wie die „Gläserne Werft“, die insolvente „Bootswerft Vegesack“. Die Expertise für die „Gläserne Werft“ ist sehenswert – und wurde nicht im Geringsten eingehalten! Dabei ist EU-Geld auch Steuergeld aus Deutschland. Mit dem „Schaufenster Vegesack“ wird aber ein großer Beschäftigungsträger für Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse wiederbelebt. Dies ist die falsche Weichenstellung! Wir möchten reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und keine **Ein-Euro-Jobs**! Vor der Wahl wurde diese Umsteuerung versprochen. Außerdem ist es so einfach: Die Aufwendungen für drei Ein-Euro-Jobs ergeben ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis!

Die **Finanzkrise** wird uns noch lange Zeit beschäftigen. Die Fachleute gehen davon aus, dass die Geldinstitute die Abschreibung scheibchenweise hinausschieben. Im „Weser-Kurier“ vom 5. Juni 2008 steht, dass die Sachsen-LB insgesamt 17 Milliarden Euro flüssige Mittel gebraucht hat. Das Institut ist zwar verkauft, aber Sachsen hängt mit der Bürgschaft von 2,75 Milliarden Euro weiterhin im aktuellen Risiko!

Ich habe mehrfach die Verunglimpfung der Jugendlichen angeprangert. Die Aussage lautet: „Jeder Jugendliche erhält einen **Ausbildungsplatz**“, aber weiter unten steht: „der ausbildungsfähig ist“! Nun hat die „Deutsche Presseagentur“ einen Bericht dazu vorliegen: Jeder zweite Hauptschüler hat auch 13 Monate nach Schulende keine berufliche Ausbildung gefunden! Dieser Bericht soll während der Kultusministerkonferenz vorgestellt werden, so der „Weser-Kurier“ vom 9. Juni 2008. Wieso erfolgen diese Erfolgsmeldungen von IHK, Arbeitgebern und Bundesagentur? Es wird die heile Welt vorgegaukelt! Im Referentenentwurf zur Änderung ab 1. Januar 2009 ist vorgesehen, dass ein Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss besteht, mit der Einschränkung, „wenn zu erwarten ist, dass das Ziel erreicht wird“. Wieder eine schlechte Regelung! Die Hauptschulen sollen geschlossen werden, um die Ausbildungschancen zu erhöhen, doch hier wird die Hauptschule als erstrebenswertes Ziel angeführt.

Dieses Ziel sollte wie folgt dargestellt werden: „Der Jugendliche erhält jegliche Unterstützung bis zum erfolgreichen Abschluss einer beruflichen Ausbildung als Rechtsanspruch!“ Die Bescheinigung für teilweises Erreichen eines Berufszieles finde ich gut, alles andere ist Vergeudung von Ressourcen. Wir haben nur die Köpfe und keine Bodenschätze! Doch der nächste Ausbildungs-GAU ist bereits eingeleitet: Durch die Verkürzung der Abizeit werden zwei Abiturientenjahrgänge gleichzeitig als Nachfrager für Studien- und Ausbildungsplätze aus der Schule entlassen. Dies ist seit langem bekannt, doch die Vorbereitung zur Abfederung sind mehr als dürftig! Diese jungen Menschen werden richtig verschaukelt: Jetzt der Stress für das schnellere Abitur und anschließend der Zeitverlust in der „Warteschleife“. Darüber hinaus wird das schnellere Abitur auch zu schlechteren Abschlusszensuren führen. Diese bleiben dem Menschen erhalten – das Wissen um die Rahmenbedingungen geht verloren.

Zurück zum Referentenentwurf des Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Stand 26. Mai 2008. Er beginnt mit einer Lüge: „Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren bis heute deutlich verbessert“. Dies wurde erreicht durch eine rücksichtslose Bilanzfälschung: Die Bestimmungen für die **Arbeitslosenstatistik** wurden immer schamloser geändert. Nun weiß nicht einmal mehr Herr Weise Bescheid. Gelogen wird auch, wenn es um die Bindung des Gaspreises an den **Ölpreis** geht. Dies ist eine deutsche Besonderheit aus dem Jahr 1965. In keinem anderen Land besteht solch eine Preiskopplung. Zum Beispiel hat am 7. September 2005 die ARD darüber berichtet. Die Politik sagt: Wir waren es nicht! Aber das politische Personal hatte genug Zeit, um die Weichen anders zu stellen. Wir werden sehen, die nächste Wahl kommt bestimmt!

Es ist hilfreich, auch solche Berichte mit einem größeren Zeitabstand im Netz zu finden. Dies soll aber bald vorbei sein: Die Recherchen und **Veröffentlichungen** von Monitor, Panorama und zahlreichen anderen Berichterstattungen sind nachhaltig recherchiert, passen allerdings vielen Leuten nicht. Getreu den Vorgaben des Lissabonner Vertrages wird privaten Anbietern ein Vorteil verschafft: Die Sendungen und Meldungen der öffentlich-rechtlichen Sender sollen nur noch sieben Tage im Netz stehen, danach werden sie in kostenpflichtige Archive überführt. Bertelsmann ist höchst interessiert. Dies wäre eine Gebührenverschwendung sondergleichen! Es geht auch die Glaubwürdigkeit unseres politischen Personals weiter verloren. Der Speicherplatz ist der geringste Kostenfaktor einer Präsentation im Netz. Diesen Preisverfall haben bestimmt auch die Politiker registriert! Das politische Personal wird sich wieder hinter den Rahmenbedingungen der Europäischen Union verstecken. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Lissabonner Vertrag gekippt: Iren sagen Nein zum neoliberalen Privatisierungskurs *(„Spiegel-Online“)*

Offener Brief an die Parteien der Bremischen Bürgerschaft

Die Wiedereinführung der Fünf-Prozent-Hürde für die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven ist ein undemokratischer Akt. 70.000 Bürgerinnen und Bürger haben 2006 in einem Volksbegehren ein Wahlrecht durchgesetzt, das mehr Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene durch die Beteiligung von Bürgerbündnissen und kleineren, demokratischen Parteien ermöglicht. Die etablierten Parteien fürchten um ihre Macht und wollen das erfolgreiche Volksbegehren rückgängig machen. Damit wird wieder einmal deutlich, was diese Politiker vom Willen der Bürger halten – gar nichts!

Besonders beschämend ist das Verhalten der Grünen: Vor zwei Jahren haben sie sich noch aktiv für das Volksbegehren eingesetzt – heute als Regierungspartei opfern sie aus machtpolitischen Gründen dieses demokratische Recht. Und die Argumentation der SPD ist fadenscheinig: Sie begründet den Abbau demokratischer Rechte mit der „Angleichung des Wahlrechts in Bremen und Bremerhaven“. Wenn die SPD eine Angleichung will, warum setzt sie sich dann nicht für die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde hier in Bremen ein? Genau das wäre nämlich im Sinne der Bürger!

Die Nazi-Parteien müssen nicht mittels Fünf-Prozent-Hürde, sondern durch ein gesetzliches Verbot aus den Parlamenten entfernt werden. Wir fordern den Bremer Senat auf, das Votum des Volksbegehrens nicht auszuhebeln und die Wiedereinführung der Fünf-Prozent-Hürde zu unterlassen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Schlechter Tag für die Demokratie: NPD zieht flächendeckend in sächsische Kreistage ein *(„Spiegel-Online“)*

Würdige und unwürdige Arme

1. Die Stadt Braunschweig macht mit einer bundesweit einmaligen Aktion Aufsehen gegen die fehlenden Bildungschancen von armen Kindern. Vertreter von Diakonie, Kirche und Stadt sowie Bundes- und Kommunalpolitiker wollen symbolisch leere Schulranzen an Bundesarbeitsminister Olaf Scholz verschicken: Per E-Mail sollen sie virtuell an das Ministerium gesandt werden. Die Diakonie begründet das Vorhaben mit dem Umstand, dass Eltern, die Sozialhilfe oder Hartz IV bekämen, kein Geld hätten, um ihre Kinder mit der nötigen Ausstattung zum Schuljahresbeginn versorgen zu können.

Bis 2005 gab es im Bundessozialhilfegesetz einmalige Leistungen für **Schulmaterialien**. Diese müssen unbedingt wieder eingeführt werden, da mit der Pauschalierung im Arbeitslosen- und Sozialhilferecht faktisch die Leistungen gesenkt worden sind – vor allem für Familien mit Kindern. Seit der Einführung des menschenverachtenden Hartz IV beschert jedes Jahr immer wieder die gleiche Quälerei und Diskriminierung für Schulkinder und ihre Eltern! Andererseits hörte ich, dass in derselben Stadt gerade der sogenannte Schulkostenfonds ganz groß aufgestellt wurde, aus dem bedürftige Kinder – also Schüler mit Hartz IV sowie Aufstocker- und Asylanten-, aber keine Bafögempfänger-Kinder – mit Schulsachen bis zu 100 Euro Materialwert versorgt werden sollen.

Initiator der Veranstaltung ist Friedrich Knapp, Boss der Bekleidungskette New Yorker, die zusammen auch gleich 600.000 Euro spendiert haben. Vor versammelter Klasse sollen die betroffenen Kinder namentlich aufgerufen werden und die Tüten mit dem Schulmaterial einzeln in die Hand gedrückt bekommen. Nicht nur die Eltern, sondern auch ihre Kinder, die irgendetwas vergünstigt bekommen, werden vorgeführt, wo es nur möglich ist! Ich fürchte, hier wird eine „Generation Hoffnungslos“ herangezüchtet. Über die Kurzsichtigkeit unserer Politiker lässt sich oft nur staunen!

Mich wird es jedenfalls nicht wundern, wenn die Probleme, die anzugehen uns heute zu teuer erscheint, uns in spätestens zehn Jahren teuer zu stehen kommen. Was könnte sich bei der negativen Sonderbehandlung aus einem Teil unserer Jugend entwickeln? Vielleicht kommt hier eine Großgruppe von schlecht qualifizierten, schlecht ernährten, krankheitsanfälligen, depressiven, eventuell kriminellen, ja sogar lebensmüden Jugendlichen auf uns zu! Hier scheint künstlich eine „No-Future-Generation“ herangezüchtet zu werden! Was wird man mit ihnen machen? Sollen sie dann etwa in Erziehungslager gesteckt werden? Auf jeden Fall sind diese Kinder die zusätzlichen Arbeitslosen von morgen. Na bravo!

2. Letzte Woche Donnerstag zeigte die ARD in „Panorama“ einen Beitrag mit dem Thema „Spitzelei oder notwendige Kontrolle? Staat observiert Hartz-IV-Empfänger“. Immer wieder kontrollieren Mitarbeiter der argen Argen Wohnungen von Hartz-IV-Empfängern, um unterstellte Fälle von Leistungsmissbrauch aufzudecken. Dabei gehen sie nicht eben zimperlich mit den Empfängern der Transferleistungen um. Oft wird mit drakonischen Strafen gedroht oder ein minderjähriges Kind eingeschüchtert, um sich Zutritt zur Wohnung zu verschaffen.

Mit solch überfallartigen Durchsuchungen sollen anonyme Hinweise und angebliche Verstöße überprüft werden, die von offensichtlich übereifrigen Nachbarn oder Bekannten gemeldet wurden. Als ob es kein Grundrecht auf Unverletzlich-

keit der Wohnung gäbe, werden hier Kleiderschränke durchwühlt, alle Winkel inspiziert und ohne jede Rücksicht auf die Intimsphäre durchleuchtet. Wenn die Kontrolleure nicht eingelassen werden, dann kürzen sie allzu oft die Bezüge oder stellen die Leistungen ganz ein. Das schürt Existenzangst und vernichtet sogar die Existenzgrundlage, wenn jemand dann gar kein Geld mehr bekommt, keine Miete und Lebenshaltungskosten mehr bezahlen kann.

Eine interviewte Sachbearbeiterin war ja auch dreist, als sie einerseits einlenkte und zugab, sie hätte durchaus auch anrufen können, andererseits partout darauf beharrte, ein **Hausbesuch** sei der „einfachste Weg“ gewesen, um die Unterstellungen zu überprüfen. Wie kann das möglich sein? Hat sie etwa kein Telefon? Muss sie zum Telefonieren erst in die nächste Großstadt fahren, weshalb ein Hausbesuch dann tatsächlich näher ist, ja quasi auf dem Weg liegt? Oder hat die Dame viele Telefonnummern gar nicht und muss sie erst anderweitig erspitzeln? Wie war das noch mit dem Subsidiaritätsprinzip?

Auch an die Redaktion von „Panorama“ habe ich einen Leserbrief geschrieben: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen für diese wunderbare Sendung bedanken. Arbeitslos – vogelfrei, genauso wird die Verfolgungsbetreuung oft gehandhabt! Diese Berichterstattung war ein Genuss, weil sie einmal nicht dem gewohnten Mainstream, der Hetze über die faulen, betrügerischen Arbeitslosen entsprach! Sonst bemühe ich mich darum, Hetzsendungen, die der Volksverdummung im ‚Blöd‘-Zeitungsjargon allzu sehr gleichen, gar nicht erst anzusehen. Ihre Sendung ist davon selbstverständlich ausgenommen.

Danke für diese Fairness - das sind wir Erwerbslosen leider nicht gewohnt, weder von der Berichterstattung der Medien noch von den Behörden. Uns wird beständig nur Betrug und Schmarotzertum unterstellt! Wenn das mal keine Projektion ist? Entgegen der geschönten Arbeitslosenstatistik hat der sogenannte Aufschwung nur bei den prekären Jobs im Niedriglohnsektor stattgefunden. Dabei bereichern sich viele Unternehmer an den staatlichen Subventionen, wenn sie Ein-Euro-Jobber ‚einstellen‘, von der Gesellschaft Ausgegrenzte zu Hungerlöhnen schuften lassen, die diese sich dann mit ALG II aufstocken lassen müssen, um eben so über die Runden zu kommen.

In diesem Lande stinkt etwas ganz gewaltig! Ihre anderen Beiträge haben mir auch sehr gefallen, doch der besprochene ging mir am meisten unter die Haut, tat mir gut. Erwerbslose „sind“ leider nur Menschen zweiter Klasse beziehungsweise werden als Sündenböcke der Gesellschaft mehr als nur stiefmütterlich behandelt. Ein anerkennender Gruß!“

3. Weil das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 geurteilt hat, dass eine gemeinsame Verwaltung durch Bund und Kommune nicht zulässig sei, muss sich die Hartz-IV-Verwaltung in ganz Deutschland umstrukturieren. So stand am letzten Mittwoch im „Weser-Kurier“, dass die Bagis bis 2010 aufgelöst sein muss und niemand derzeit weiß, wie es weitergehen wird. Sozialstaatsrat Joachim Schus-

ter würde am liebsten die Verfassung ändern, sieht dafür aber bundesweit wenig Chancen.

Bisher ist die Stadt für Miete, Heizung, Schuldnerberatung et cetera zuständig, für Arbeitslosengeld II und Hilfen zur Eingliederung in den Beruf jedoch die Bundesagentur für Arbeit. Neben Staatsrat Schuster erwartet auch Peter Prill aus der Sozialbehörde Probleme, wenn bei Eingliederungsvereinbarungen die Arbeitsverwaltung eventuell großen Wert auf Bewerbungstraining und einen Gabelstaplerschein legt, der städtische Sachbearbeiter hingegen dem Besuch bei der Drogenberatung oder beim **Zahnarzt** mehr Bedeutung beimessen würde.

Oh, bei dieser Beschreibung bekomme ich keine Schwierigkeiten, sondern dank der Herren Schuster und Prill erhalte ich hier gerade die Lösung meines Zahnbehandlungsproblems auf dem Tablett gereicht! Bereits seit einigen Jahren kann ich es mir nicht leisten, meine Schneidezähne überkronen zu lassen, obwohl dies dringend nötig wäre. Seit ein entzündeter Nerv gezogen wurde, hat sich mein Zahn grau verfärbt. Die weiße Füllung aus dem Zahn daneben fällt alle paar Monate heraus und hält zunehmend nur für immer kürzer werdende Zeitspannen. Ich darf gar nicht freundlich lächeln und meine Zähne zeigen! Das macht sich bei einem Bewerbungsgespräch natürlich überhaupt nicht gut.

Herr Schuster und Herr Prill, mein Dank gehört Ihnen, weil ich mir nun zur Beseitigung eines Vermittlungshemmnisses meine Zähne auf Kosten der Bagis machen lassen darf! Selbstverständlich kann ich dies nicht mehr aufschieben, weil ich ja lächelfähig sein muss, sobald das nächste Bewerbungsgespräch vor der Tür steht. Auf Schusters Rappen werde ich nun geschwind zur Bagis eilen, um mir von meiner Zahnärztin einen neuen Hut auf den alten Zahn zu zaubern lassen. Wunderbar, was die Bagis alles möglich machen kann! Deren Mitarbeiter werde ich bald nur noch mit einem strahlend weißen Gebiss anlächeln, ganz besonders natürlich die Herren Schuster und Prill. Darauf freue ich mich jetzt schon!

4. Vergangenen Samstag lud die Bremer Linkspartei im Waldau-Theater zur **Armutskonferenz** ein. „Armut Macht Reichtum“ war im Theatersaal an der Wand zu lesen und sollte doppeldeutig verstanden werden können. Die drei Wörter lagen praktisch wie auf einer Glaswand über einer großen Ein-Euro-Münze und machten klar, dass diese Problematik mit der Einführung des Euro eng verknüpft ist. Schätzungsweise 170 Personen aus Wissenschaft und Politik, aber auch von Gewerkschaften, Sozialeinrichtungen oder Betroffenenverbänden sowie engagierte ALG-II-Empfänger lauschten dem brillanten Vortrag von Prof. Dr. Christoph Butterwegge, der selbst viele Jahre in Bremen lebte, eigene Erfahrungen mit jahrelanger Arbeitslosigkeit machen musste und nun einen Lehrstuhl an der Universität Köln innehat. Er weiß selbst, dass sein Karriereverlauf die Ausnahme in einer Erwerbslosenbiografie bildet und vermag wahrscheinlich deswegen sein Wissen mit der Empathie zu verbinden, die so vielen Berichten und Vorträgen über Armut schlicht fehlt.

Darüber, wo Armut anfängt, wird sich hierzulande eifrig gestritten. Oft wird in Deutschland von einer „Armut auf hohem Niveau“ gesprochen, weil die Armut in Bremen ein ganz anderes Gesicht hat als in den Gettos und Slums der Drittweltländer. Der Professor erläuterte, dass es absolute, extreme Armut sehr wohl auch in Deutschland gibt, zum Beispiel bei den vielen Straßenkindern und Obdachlosen. Er meinte, dass es schlimmer sei, ausgegrenzt zu sein und im Gegensatz zu der Mehrheit der Klassenkameraden nicht an der Glitzerwelt des Konsums teilnehmen zu können als so wie alle anderen auch abends hungrig zu Bett gehen zu müssen. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft ist anders als die Armut in der sogenannten dritten Welt, wo sich die Betroffenen zur Wehr setzen und zum Beispiel Gewerkschaften gründen. Schlimm ist die Art, wie Armut in Deutschland ideologisch entsorgt wird. Da beschönigte Altbundeskanzler Helmut Schmidt letztens die „Höhe“ des ALG II damit, es wäre ja mehr als das Gehalt, das die Facharbeiter in seiner Jugend bekommen hätten. Bilden wirklich nur die Migranten Parallelgesellschaften, oder sind es nicht ebenso die Reichen, die sich hinter Mauern verschanzen, in bewachten Vierteln? Wie steht es mit den Armen-Kaufhäusern und den Suppenküchen für die Armen, die heute vornehm „Tafeln“ genannt werden?

Es scheint würdige und unwürdige Arme zu geben, soll heißen: schuldige und unschuldige Arme, wobei dann auf jeden Fall Kinder zu den würdigen Armen zahlen. Es wird auch so getan, als ob Bildung eine Art von Wunderwaffe gegen die Armut sei. Die Gesellschaft belügt sich selbst, wenn Bildung gleichzeitig kommerzialisiert, zur Ware gemacht wird, die leider nicht mehr jedem zur Verfügung steht. Außerdem ist es ja nicht so, dass ausreichende Bildung alle in Arbeit brächte, weil leider kaum jemand wahrhaben möchte, dass es in Deutschland keine Vollbeschäftigung mehr geben wird. Jeder jongliert mit anderen Zahlen, aber es ist bei Hinzurechnung der Dunkelziffer schon davon auszugehen, dass mit den Asylbewerberkindern etwa vier von 11,4 Millionen Kindern in Deutschland wirklich arm und ausgegrenzt sind. Außer in Amerika und Deutschland gibt es nirgendwo so viele Multimillionäre! Die Aushöhlung des normalen, also bisherigen Arbeitsverhältnisses führt zu Massenarbeitslosigkeit und Prekariat – dazu, dass Menschen frühmorgens Zeitungen austragen, nachmittags einen so genannten McJob ausüben und abends Pizza ausfahren müssen, um mit ihren Familien gerade eben mal finanziell über die Runden zu kommen. Der Veränderung der Familienstrukturen und Lebensformen, den vielen Alleinerziehenden, die meist mit einer Armut der Mütter gleichzusetzen sind, passt sich der Sozialstaat nicht an. Dieser wird in die falsche Richtung reformiert: Hartz IV schafft nach dem neoliberalen Konzept bewusst Gewinner und Verlierer. Wir fragen uns bei der Montagsdemo schon sehr lange, wo eigentlich der gesellschaftliche Aufschrei bleibt!

Nach dem Mittagessen teilten wir uns in neun verschiedene Arbeitsgruppen auf, zu den Themen Armut und jeweils Arbeit, Arbeitslosigkeit, Sozialraum, Bildung, Flüchtlinge, Alter, Gesundheit, Reichtum und Frauen. Die Zeit war leider zu kurz, um zu befriedigenden Ergebnissen kommen zu können. Beim Endtref-

fen wurden die Ergebnisse und Forderungen präsentiert, dass etwa Leiharbeiter nach vier Monaten den gleichen Lohn wie Festangestellte bekommen müssen, dass Hartz IV ein unsoziales Grundprinzip beim Fördern und Fordern begünstigt und Städte in Arm und Reich spaltet, dass es eine Gesamtschule für alle Kinder bis zur zehnten Klasse geben muss, dass die Widerrufsverfahren von 60.000 Asylbewerbern gestoppt werden, dass die Renten weiterhin das Alter sichern, dass Arme nicht acht Jahre früher als Wohlhabende sterben müssen, dass ein Grundeinkommen von mindestens 975 Euro pro Mensch eingeführt wird und dass Frauen endlich gleichberechtigt ebensoviel Gehalt wie Männer bekommen. Es wurden diverse Arbeitsgruppen gebildet, die sich noch weiter treffen wollen. In der Wirklichkeit streitet sich die Koalition um den „besten“ Weg, Familien mit Kindern besserzustellen. Sowohl von einem erhöhten Kindergeld oder -freibetrag hätten die betroffenen armen Familien mit ihren armen Kindern leider gar nichts, da ihnen das Kindergeld zu hundert Prozent vom Arbeitslosengeld abgezogen wird und sie ohne Arbeit nichts mit einem erhöhten Kinderfreibetrag anfangen können!

Am Samstagabend sah ich mir in „Buten un binnen“ einen Beitrag über die Armutskonferenz an und war darüber enttäuscht, wie das Thema angegangen wurde. Glücklicherweise war Professor Butterwegge eingeladen worden, der die wenig empathischen Statements des Redakteurs klug und einfühlsam differenziert zu beantworten wusste. Auf die Frage, ob die Gelder bei den Kindern nicht ankämen, weil sie zum Beispiel „versoffen“ oder in einen teuren Fernseher investiert würden, antwortete Christoph Butterwegge, dass mensch sich in die armen Menschen hineinversetzen müsste. Wer nur noch merkt, dass er nicht mehr gebraucht und anerkannt wird, der resigniert allzu oft und will sich lieber betäuben, mit Alkohol, Fernsehen oder technischem Schnickschnack. Dies geschieht jedoch immer nur in Reaktion auf die aussichtslos erscheinende Situation! Er wies aber noch darauf hin, dass es auch sehr viele Eltern gibt, die *alles* für ihre Kinder ausgeben, damit denen möglichst nicht ihre Ausgegrenztheit anzumerken ist; sie bekämen deshalb das bunteste Handy, wie alle anderen. Toll fand ich auch das Beispiel des Professors, was denn geschähe, wenn sich herausstellte, dass ein bestimmter Unternehmer Subventionen veruntreut hätte: Dann käme auch niemand auf die Idee, dass Unternehmer keine Subventionen mehr bekommen sollten! Aber bei den wenigen schwarzen Schafen unter den ALG-II-Empfängern wird genau dies praktiziert. „Der Staat sollte vorzüglich nur für die Ärmeren sorgen, die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst“, schrieb Johann Gottfried Seume (1763 bis 1810)!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“ sowie „Tageszeitung“

Die Bauern hatten Erfolg mit ihrem Milchlieferboykott

Die Europameisterschaft hat begonnen, zur Montagsdemo-Stunde spielt Frankreich gegen Rumänien. Ich freue mich, dass trotz Fußball so viele hier sind! Die bisherigen Begegnungen waren alle sehr friedlich: Es gab schöne Spiele, Begeisterung, Freundschaft, Völkerverständigung. Doch das passt natürlich nicht in den Plan der Herrschenden! In Polen erschien in der Zeitung „Super-Express“ eine widerliche Hetze: In Fotomontage wurden Ballacks und Löws abgeschlagene Köpfe gezeigt. Sofort begann wüste Gegenhetze in „Bild“. Gehören nicht beide Zeitungen – die polnische und die deutsche – demselben Verlag, nämlich Springer? Wurde da von langer Hand die Volksverhetzung geplant und inszeniert?

Die Bauern hatten Erfolg mit ihrem Milchlieferboykott. Auch das gelang nur, weil sich der Gedanke grenzübergreifender Solidarität durchsetzte: Aldi und Lidl hatten schon getönt, sie würden ihre Milch aus Holland und Dänemark beziehen, aber die dortigen Bauern solidarisierten sich mit den deutschen. Das Besondere ist, dass die Bauern bewusst gegen die Supermonopole wie Aldi und Lidl kämpfen, nicht gegen die Verbraucher. Haben wir nicht alle denselben Gegner? Genauso schlimm sind die Energiekonzerne: Für Herbst wurde eine Gaspreiserhöhung von über 40 Prozent angekündigt!

Die Nahrungs- und Agrarkonzerne haben den gesamten Weltmarkt unter sich aufgeteilt und sind Hauptverursacher des wachsenden Hungers. Letzte Woche war Welternähungsgipfel in Rom. 826 Millionen Menschen leiden Hunger oder sind chronisch unterernährt, hunderten Millionen droht der unmittelbare Tod durch Hunger. Aber im letzten Vierteljahr stiegen weltweit die Lebensmittelpreise um 53 Prozent. Den höheren Milchpreis schlagen diese Konzerne auch gleich im Laden drauf. Kein Wunder, dass die Aldi-Brüder die Reichsten in Deutschland sind!

Jetzt treibt die Herrschenden zu Recht die Angst vor Hungerrevolten um, denn weltweit findet das System der Monopolherrschaft immer weniger Zustimmung. Was bringen die heutigen Großkapitalisten, die Oberheuschrecken, denn noch an gesellschaftlichem Nutzen? Ein Gottlieb Daimler, der vor 150 Jahren das Auto erfunden hat, war noch produktiv, er brachte der Gesellschaft etwas. Aber heute? Das sind nur noch Parasiten, die sich am Tod und Elend der Massen bereichern und mit ihrem Reichtum nicht mal mehr wissen wohin! Die Erkenntnis, dass dieses

System wegmuss, reift daher immer rascher. Trotz der Arbeit auf ihren Höfen machten sich letzte Woche 7.000 Bauern auf den zum Teil sehr weiten Weg nach Berlin, wo sie zu lautstarkem Protest zusammenkamen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Stufen oberflächlicher oder kritischer Journalisten-Tätigkeit

Zwischen Touristen und der Außenübertragung eines EM-Spiels mussten wir uns einrichten, zur 184. Montagsdemo um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz in Bremen, zum Glück bei gutem Wetter. So kamen, erst zögerlich, dann doch 36 Leute zusammen, die uns zuhörten oder gar etwas sagten.

Ein Thema war die von SPD und CDU verabredete Wiedereinführung der Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen auf kommunaler Ebene in Bremerhaven. Die Grünen – vor zwei Jahren noch aktive Verfechter einer Wahlrechtsreform – tragen die Sache mit, um des reinen Machterhaltes willen. Dazu beschlossen wir einen Offenen Brief, den wir breit verschickt haben.

Die für den Herbst geplanten Gaspreiserhöhungen und verschiedene Fernsehbeiträge waren weitere Themen. In den Politik-Sendungen werden Fakten aufgedeckt im Zusammenhang mit den Argen und der ungebrochen üblen Politik mit Hartz IV gegen die Menschen – wie Betroffene um ihre Ansprüche gebracht werden oder wie man mit Spitzeldiensten den angeblichen Leistungsmissbrauch aufdeckt. Das war sehr interessant und unterscheidet die verschiedenen Stufen kritischer oder oberflächlicher Journalisten-Tätigkeit. Und wer es nachlesen will: Der sogenannte Referenten-Entwurf zum SGB II beginnt mit einer Lüge!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

185. Bremer Montagsdemo am 16. 06. 2008

Was EU-Politiker unter Demokratie verstehen

Also, kurz gesagt ist es dies: „Liebe Bevölkerung, ihr wählt uns, und das mit größtmöglicher Wahlbeteiligung, schließlich sollen ja alle sehen, dass wir zu Recht gewählt worden sind! Wir Politiker machen ohnehin, was wir wollen. Euch, das Volk, zu fragen, hat sowieso keinen Sinn!“ Sie glauben, ich hätte hier übertrieben? Dann bringe ich jetzt den Gegenbeweis!

Die Bevölkerung von Irland hat mit Nein gestimmt, und was sagen die Politiker dazu? „Das könnt ihr doch nicht machen, das geht aber nicht!“ – „Na gut“, sagt ein Politiker, „ist doch halb so schlimm, die Iren können ja vorübergehend austreten, schließlich haben wir eine Klausel dafür, und wenn die irische Bevölkerung es sich mal wieder anders überlegt hat, können sie ja wieder beitreten! Ihr solltet aber auch wissen: Der ganze Wahlkampf hat 130 Millionen gekostet, die sind natürlich für die Katz.“

Na toll, sage ich, das ist wohl, was die EU-Gegner noch brauchen! Ich bin nicht unbedingt gegen Europa, nein, ich bin nur für ein Europa, das für uns Menschen das Bestmögliche herausholt und nicht nur für die sogenannten Reichen! Demokratie heißt doch wohl: Das Volk entscheidet, und ihr Politiker habt das zu respektieren, nichts anderes! Hätten andere Länder die Möglichkeit gehabt, über diesen Vertrag abzustimmen, wäre mit Sicherheit auch ein Nein dabei herausgekommen.

Fragt euch doch mal, ihr Politiker, warum diese Verträge abgelehnt worden sind, und ändert sie zum Wohle aller! Wir Menschen wollen keine Hungerlöhne, kein übermäßiges Privatisieren, keine Privatisierung der Krankenkassen, keine Abhängigkeiten von privaten Versicherungen und keine Rentenarmut. Das alles will auch die irische Bevölkerung nicht. Danke, Irland! Euch Politikern sage ich nur: Macht keine Politik gegen den Willen der Menschen!

Das führt dann nur zu noch mehr Politikverdrossenheit. Für mich jedenfalls steht fest: Solche Politiker wie euch, die den demokratischen Willen der Menschen nicht achten, wähle ich bestimmt nicht wieder! Auf meine Stimme könnt ihr wahrscheinlich verzichten, aber andere Parteien werden sich freuen, und dass ich mit meiner Meinung nicht alleine stehe, zeigt wohl der Wählerschwund der Parteien, die einst unsere Demokratie repräsentiert haben!

Udo Riedel (parteilos)

Frühschoppen mit Bürgermeister

Ich war gestern in der Martin-Luther-Gemeinde in Findorff: Unser Bürgermeister Jens Böhrnsen hielt die Predigt. Ich habe aufmerksam zugehört, weil ich sehr neugierig war auf das, was er sagte, doch der Inhalt seiner Predigt war recht allgemein gehalten. Er sagte sinngemäß, dass wir in einem hoch industrialisierten Land leben, in dem es vielen Menschen sehr gut geht. Noch nie sei es so vielen Menschen so gut gegangen wie heute. Leider lebten in deren Schatten sehr viele arme Menschen und besonders viele arme Kinder, denen es zu helfen gelte. Wir müssten alles tun, den Armen ein menschenwürdiges Leben zu bieten!

Nach dem Gottesdienst fand ein Frühschoppen statt, bei dem ich die Gelegenheit nutzte, mit Herrn Böhrnsen ein Gespräch zu führen. Ich bestätigte ihm, dass ich das, was er gesagt hat, ganz gut finde – aber ich will nicht immer nur Reden und gute Absichtserklärungen hören, sondern endlich mal Taten sehen und spüren! Als Hartz-IV-Empfänger hat man kein menschenwürdiges Leben: Ich persönlich fühle mich von der Gesellschaft ausgegrenzt und diskriminiert!

Ich habe dem Bürgermeister erzählt, wie schwierig es in meinem Alter ist, trotz guter Ausbildung und Berufserfahrung Arbeit zu finden, und berichtete von den Erfahrungen aus meinen Vorstellungsgesprächen. Herr Böhrnsen ist sich der Problematik bezüglich der Arbeitslosigkeit Älterer bewusst und der Meinung, dass aufgrund der immer älter werdenden Gesellschaft, der längeren Arbeitszeit und eines Renteneintrittsalters von bis zu 67 Jahren die Wirtschaft nicht darauf verzichten kann, ältere Leute einzustellen. Die Wirtschaft müsse „umdenken“ und solle „die Berufserfahrung Älterer schätzen lernen“.

Herr Böhrnsen hat mir versprochen, seinen Versprechungen Taten folgen zu lassen; das gehe aber natürlich nicht „von heute auf morgen“. Dem Einfordern dieser Taten möchten wir Nachdruck verleihen, deshalb stehen wir hier auf dem Marktplatz so lange, bis Hartz IV weg ist und wir menschenwürdig leben können!

Anke Meyer (parteilos)

„Schaffet Recht den Armen“

Die evangelische Kirche kann es also doch: In der gut gefüllten Bremer Sankt-Stephani-Kirche fand am 8. Juni 2008 ein Gottesdienst unter dem Motto „Schaffet Recht den Armen“ (Psalm 82,3) unter der Leitung von Pastor Friedrich Scherrer statt. Im Anschluss gab es noch ein Zusammensein bei schönstem Frühsommerwetter auf dem baumbestandenen Platz vor der Kirche. Eigens für das Fest mit Straßenmusikanten, einer Tanzgruppe und einer Karatevorführung von Kindern aus Bremen-Nord waren lange Holztische und Bänke aufgestellt, an denen sich auch zahlreiche Menschen aus der Nachbarschaft eingefunden hatten. Sogar ein von Obdachlosigkeit Betroffener konnte seine Schwellenangst überwinden und sich dazugesellen. Zur „Mahl-Zeit“ um 12:30 Uhr gab es für alle ein kostenloses Essen. Die Veranstaltung bildete den Abschluss der Ausstellung „Kunst trotz(t) Armut“ in der Sankt-Stephani-Gemeinde.

Im Vorfeld hatte es mehrere Gespräche der Initiative „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“ mit Pastor Scherrer gegeben, die schließlich zur aktiven Teilnahme der Gruppe am Gottesdienst führten. Pastor Scherrer redete in seiner Kurzpredigt ungewohnten Klartext, was in der Kirche selten genug geschieht, und kritisierte scharf die neoliberale Politik der Konzerne und Regierungen in der EU. Nicht die Armen, wie es jetzt tagtäglich geschehe, sondern das rasant um sich greifende Elend seien zu bekämpfen. Er forderte eine Umkehr und die Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit. Neben dem Obdachlosenhel-

ferkreis Sankt Stephani konnte sich dann auch unsere Initiative vor der Kanzel mit dem folgendem Selbstdarstellungstext vorstellen.

In unserem Flugblatt heißt es: „Arbeitsplatzverlust, Wohnungsverlust, und raus bist du!“ Wir gehen davon aus, dass kaum jemand davor gefeit ist, in den sozialen Abstieg zu geraten. Eben noch fest angestellt in guter Position, kann man morgen schon arbeitslos und von Hartz IV betroffen sein. Daran sollte man denken, wenn man Obdachlose sieht. Die Profitgier der Großkonzerne, verbunden mit einer Politik, die den großen Firmen in die Hände spielt, zwingt immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit. Die Hartz-Gesetze verschärfen die Situation der Betroffenen.

Ein Drittel aller Kinder in Bremen lebt von Sozialhilfe, was ein großer Skandal ist! Jugendliche Hartz-IV-Anspruchsberechtigte werden aufgrund einer verschärften Gesetzeslage gezwungen, bis zum 25. Lebensjahr bei ihren Eltern zu wohnen. Tun sie es nicht, weil dies oft zu unerträglichen Spannungen führt, dann verlieren sie jeglichen Anspruch. Der Weg in die Obdachlosigkeit ist vorgezeichnet! Anstatt den ohnehin schon von der Gesellschaft ausgegrenzten Menschen zu helfen, verhängt die Politik Repressionen gegen sie. Von Mitmenschlichkeit, Toleranz und Verständnis keine Spur!

Der Gesundheitszustand vieler Obdachloser ist auch aufgrund ihrer schlechten Ernährungssituation oft katastrophal. Es gibt kaum eine medizinische Versorgung für die Betroffenen. Sie können sich in der Regel keinen Arztbesuch leisten, weil ihnen das Geld für die Praxisgebühr und die nötigen Medikamente fehlt und sie sich auch nicht krankenversichern können. Kaum ein Arzt findet sich bereit, erkrankte Obdachlose zu behandeln, weil der Mediziner gänzlich auf sein Honorar verzichten müsste. Dies gilt auch für eine oft bitter notwendige Zahnbehandlung! Eine psychosoziale Betreuung findet ebenfalls kaum statt.

Hier ist der Senat gefordert: Solange es noch kein bedingungsloses Grundeinkommen für alle gibt, muss ein für die Obdachlosen kostenloses gesundheitspolitisches Sofortprogramm her, das die medizinische Grundversorgung der Betroffenen dauerhaft regelt und sicherstellt! Mit unseren Aktionen fordern wir unter anderem menschlichen Umgang mit Obdachlosen, ein menschenwürdiges Grundeinkommen, das durch kostenfreie Gesundheitsvorsorge, Bildung und Kultur ergänzt ist, sowie die Rücknahme der Änderung des Ortsgesetzes.

Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit
(Bild: bei der „Gräfin-Emma-Aktion“ am 19. Oktober 2007)

Köhler macht teure Vorschläge: „Alle sollen eine anständige Grundabsicherung haben“ *(„Bild“-Zeitung)*

Stolperstein Irland auf dem Weg der EU zur größten Diktatur der Welt

1. Danke an Irland! Danke für das Nein! Eigentlich will jeder in Europa das vereinte Europa, aber nicht zu diesen Bedingungen. Es ist unfair, auf den Willen der Europäer zu setzen und gleichzeitig die Demokratie auszusperren! Es ist undemokratisch, die Mitbestimmung der Völker auszuschließen! Dieser Vertrag würde nirgendwo eine Zustimmung erfahren. Das wissen und befürchten die Regierungen der einzelnen Länder. Warum ist dies so?

Nicht, weil die Bürger sich nicht interessierten, denn insbesondere die Verpflichtung zu Um- und Aufrüstung stört jeden Bürger in Europa! Deren Ziel ist es, dass die Bundeswehr jederzeit an jedem Ort der Welt Kampfeinsätze durchführen kann, und zwar unter dem Oberkommando von General Bantz Craddock, vormals Oberbefehlshaber von Guantánamo. Einsatzbereit an jedem Ort der Welt bedeutet auch: in Paris oder London – natürlich nur, wenn ein Hilferuf bei der EU eingegangen ist. Militäreinsatz im Innern sei in Deutschland ausgeschlossen, sagt das politische Personal, doch ist der Bundesgrenzschutz kein Militär? Der neue Name Bundespolizei ändert nichts an der militärischen Ausrichtung. Die neue Aufgabe dieser Truppe ist unter anderem der Einsatz auf Großdemonstrationen. Auch dies ist Militäreinsatz! Die EU befürchtet Konflikte um Energie, Wasser und anderes, daher hat die EU das Recht, ihre Interessen überall militärisch durchzusetzen, in den Vertrag aufgenommen – ohne Vetorecht der Mitgliederstaaten.

Aus dem vorherigem Lissabonner Vertrag hat der damalige Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 abgeschrieben. In diesem Vertragswerk stehen die Aufkündigung des sozialen Friedens und die europaweite Reduzierung der sozialen Absicherung. In Deutschland sind es die Hartz-Gesetze. Dieser Prozess wird durch das Privatisierungsgebot verschärft. Europa bedeutet bis jetzt: 70 Prozent aller Entscheidungen werden in Europa getroffen. In den einzelnen Ländern kann nur noch das Wie bestimmt werden: die Umsetzung, die Durchführung. Die Vorratsdatenspeicherung, gegen die viele Bürger vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, gehört dazu: beschlossen in Europa, „nur umgesetzt“ in Deutschland.

Bremen plant eine „Umweltzone“ und stößt dabei auf die Besonderheiten der Bebauung. Bremen kann aber überhaupt nicht auf solch eine Zone verzichten, weil der EU-Beschluss gilt! Bremen baut das Klinikum Mitte mit eigener Finanzierung. Nach dem neuen **Lissabonner Vertrag** wäre dies nicht mehr möglich, denn das Verschuldungsverbot verlangt die Finanzierung über einen privaten In-

vestor! Die Schulden werden dadurch nicht weniger, sondern mehr, denn der Investor verlangt Gewinngarantien und will selbst auch daran verdienen. Daher hat Frau Linnert gesagt: „So nicht!“ und selbst finanziert. Wenn dieser Vertrag Gültigkeit erlangt, muss das politische Personal den Profitvorstellungen des Investors entsprechen – oder das Bauvorhaben nicht durchführen.

Die Fallpauschalen im Krankenhaus und die damit verbundene Unterfinanzierung sollen die Krankenhäuser in die Insolvenz treiben: ein Angebot weit unter Wert für jeden Investor. Das Klinikum Mitte (ent)lässt über 700 Mitarbeiter(innen) (gehen). Neueinstellungen erfolgen über eine andere Gesellschaft, zu Stundenlöhnen zwischen fünf und sieben Euro, somit unter dem Mindestlohn. – Ich esse keinen Fisch mehr, weil die EU die zulässige Schadstoffmenge drastisch erhöht hat, ohne besondere Kennzeichnungspflicht. – Das deutsche Verfassungsgericht wird durch diesen Vertrag entmachtet: Es verliert die Möglichkeit, in Europas mitzugestalten. – Fremdsprachenkenntnisse werden nach EU-Norm gemessen und vermittelt.

Der Freien Hansestadt Bremen wurden vor einiger Zeit alle Förderanträge abgelehnt: Europa hatte die Gebiete neu geordnet, Bremen war zur „Metropolregion Oldenburg-Bremen“ geworden. Die Förderanträge wurden angepasst, aber Bremen hatte diese Entwicklung verschlafen. Wir haben uns über einen Vorschlag aufgeregt, der sinngemäß besagte: Wer Arbeitsplätze bietet, hat das doppelte Stimmrecht. Einfach unvorstellbar! Doch die EU hat bestimmt, dass in der Regierung der Metropolregion (Deutschland wurde somit neu gestaltet) Vertreter der Wirtschaft mit vollem Stimmrecht vertreten sind: gleichberechtigt mit dem politischem Personal!

Der Bremer Senator für Europaangelegenheiten hat über die Zusammenarbeit mit Europa 35 Seiten verfasst. Eingangs stehen die schon zitierten 70 Prozent aller Entscheidungen, die in Europa gefällt werden – die wenigsten davon allerdings im Europäischen Parlament. Am Schluss beklagt es sich indirekt, dass die Informationsrunden in seinem Hause von den anderen Senatoren nicht entsprechend beschickt werden. Dabei wäre dies sehr wichtig, weil Europa sich auch nicht nach den Ressortgrenzen in Bremen richtet.

Die Private Krankenversicherung hat das Recht, einen Basis-Tarif und Zusatzabsicherungen anzubieten. Die Gesetzliche Krankenversicherung darf das nicht: Sie muss privaten Versicherern diese Verdienstmöglichkeit überlassen. Sie darf nur vermitteln. Nun möchte die PKV in den Kreis der GKV aufgenommen werden und den Basistarif für alle anbieten. Dies hört sich wertneutral an – aber unter dem Privatisierungsgebot der EU betrachtet, bedeutet dies eine weitere Aushöhlung der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Privatisiert wird auch die Bahn, entsprechend den Vorgaben des Lissabonner Vertrages. Ich habe viel an Europa auszusetzen! Die Politiker haben Europa als Umgehungsstraße benutzt. Die Eurokraten geben die dadurch erreichte Entscheidungsmacht nicht zurück! Dieser Vertrag wäre die Grundlage für die größte Diktatur der Welt, wenn ein Mensch diese Vollmachten tatsächlich einfordert!

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Junge Menschen wissen manchmal nicht um ihre Neigungen und Fähigkeiten in Verbindung mit den Ausbildungsberufen. Hier hilft die Ausbildungsberatung der Bundesagentur für Arbeit. Bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle trennen sich die Wege. Wer eine solche sucht und aus einem Elternhaus kommt, das auf ALG II angewiesen ist, wird von der Bagis betreut. Diese(r) Jugendliche hat schlechte Karten auf dem **Ausbildungsmarkt**: Er ist ein Bewerber zweiter Klasse, weil er über die Bagis vermittelt wird. Seine Klassenkamerad(inn)en bekommen ihre Bewerbungsvorschläge über die Bundesagentur für Arbeit.

Kaum ein Arbeitgeber gibt seine Ausbildungsangebote an die Bagis. Jeder Erwerbslose, der von der Bagis betreut wird, ist ein Bewerber zweiter Klasse! Für den Arbeitgeber ist die Betreuung über die Formulare ersichtlich. Die Erpressbarkeit des Bewerbers wird offenkundig! Das Verfassungsgerichtsurteil bietet die Chance, diese Arbeitslosigkeit zweiter Klasse zu beenden. Wenn die Vermittlung im Vordergrund steht, ist die gemeinsame Betreuung aller Erwerbslosen durch die Bundesagentur für Arbeit geboten, damit die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse in allen Punkten beseitigt wird!

Damit ist für die Kosten der Unterkunft auch die Bundesagentur zuständig. Jetzt erstattet der Bund den Gemeinden einen Teil der Kosten der Unterkunft. Diese Erstattung geht auch andersrum. Vieles weitere könnte bei einer Neuordnung vernünftiger und einfacher geregelt werden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ein Dank den „irischen Freunden“

In einer Volksabstimmung haben 54 Prozent der irischen Bevölkerung den neuen EU-Vertrag abgelehnt. Dafür auch von dieser Stelle herzlicher Beifall! Das „Neue Deutschland“ vom 14./15. Juni 2008 erfreut sich an dem „besonderen Nationalcharakter“ der Iren: „Sie wollen nicht für fremde Herren in deren Kriege ziehen. Sie verlangen, dass die Kirche in ihrem Dorf bleibt und keine Kriege auf fremden Kontinenten führt. Sie machen frauenfeindliche Witze gegen Angela Merkel. Mann, sind die rückständig! Mann, sind die sympathisch!“

Obwohl der Vertrag jetzt eigentlich mausetot sein müsste, wollen das Großkapital und seine politischen Vasallen nicht aufgeben und erheben erwartungsgemäß ihr großes Geschrei. Die Grünen Trittin und Steenblock (wer kennt den eigentlich?) fallen mit massiver Demokratieschelte über die Iren her und wollen das Land mit einer Art „Isolationshaft“ bestraft sehen. Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok, den auch keiner kennt, will gar das Referendum völlig ignorieren. Ähnlich äußerten sich auch Luxemburgs Ministerpräsident Juncker, der deutsche Außenminister Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel im trauten „Tête-à-Tête“ mit Frankreichs Super-Playboy Sarkozy.

In launigem Ton gibt jetzt das „Neue Deutschland“ den guten Rat, „dass die Gallier, die Germanen, die Wikinger, die Römer, die Hellenen und all die anderen, denen das Herz noch nicht in die Hose gerutscht ist, dem keltischen Beispiel folgen“. Im Klartext: Volksabstimmungen auch in allen anderen EU-Staaten! Solange der undemokratische, antisoziale und kriegerische „Verfassungs“-Vertrag der Großkonzerne nicht vom Tisch ist, müssen wir weiter für ein demokratisches und friedliches Europa ohne Armut kämpfen! Da kann unsere Forderung nur lauten: Lasst die Völker endlich selbst entscheiden!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die bürgerliche Gesetzgebung schützt das Recht der Kapitalisten

Ein Glückwunsch an die Iren, die mit 53 Prozent den **EU-Vertrag** abgelehnt haben! Ich bin ein Freund der Einigung und Zusammenarbeit der Völker – aber auf gleichberechtigter Stufe. Nachdem Franzosen und Niederländer die sogenannte EU-Verfassung abgelehnt hatten, machten die Herrschenden so lange rum, bis alle Parlamentarier zum undemokratischen Beschluss umgebogen waren. Nur mit Irland ging das nicht, weil die irische Verfassung davor stand. Am liebsten würden sie Irland jetzt ausschließen oder so etwas. Dann faseln sie vom Europa der zwei Geschwindigkeiten. Zu alledem sagen wir Nein! Dieser EU-Vertrag ist eine Konstruktion, um die aggressiven und imperialistischen Ziele des europäischen und vor allem des deutschen Großkapitals durchzusetzen.

Das Ausschalten der Entscheidung durch die Bevölkerung der einzelnen Länder ist der bewusste undemokratische Versuch des Kapitals, mittels der mit ihm verquickten Regierungen und Parlamente seine Interessen durchzusetzen. Ich spreche der Berliner Bundesregierung wie dem untergeordneten Bremer Senat das Recht ab, im Namen der Menschen der betreffenden Gebiete Entscheidungen über die Art und Weise, wie diese Menschen zusammen leben und arbeiten wollen, zu sprechen oder zu entscheiden! Wir lehnen diesen sogenannten Grundlagenvertrag ab und fordern eine demokratische Willensbildung und Entscheidung sowie das Entfernen aller aggressiven Ziele und Organisationsstrukturen, die in diesem Grundlagenvertrag und den sogenannten Lissabonner Ideen, Verträgen oder Beschlüssen enthalten sind! Wir wollen ein menschenwürdiges, freies, dem Zusammenleben der Menschen und ausdrücklich *nicht* den Interessen des Großkapitals dienendes Europa, besser noch eine ganze Welt! Hoch lebe die internationale Solidarität! –

Schon seit längerer Zeit ist eine Mitstreiterin von uns dem **Mobbing** ausgesetzt. Ich will und kann hier nicht auf Details eingehen, möchte aber jeder und jedem Mut machen, sich denen zu öffnen, die beraten und stärken können. Also kommt her! Entweder können wir zu einer anderen Zeit in Ruhe sprechen und geeignete Maßnahmen und den Schutz der Person und auch der Arbeitsplätze organisieren – oder wir sprechen hier, und jede(r) kann sich stärken. Wir wollen den Einzelnen stärken und uns solidarisch verbinden. Darum, wie Hans-Dieter immer so schön sagt: „Kopf zeigen, Montagsdemo!“ –

Nach unserem Geplänkel, wie ich es letzte Woche nannte, mit der leitenden Mitarbeiterin von „**Buten un binnen**“ läuft immer noch eine leise Auseinandersetzung über die Zusammenhänge mit dem Urheberrecht. Dieses ist grundsätzlich ein hohes Gut, gerade wenn, wie in der heutigen Medienwelt üblich, mit dem geistigen Eigentum von Künstlern und Denkern Schindluder getrieben wird. Seinen Sinn verfehlt das Urheberrecht aber in politischen Auseinandersetzungen, wo es um die Durchsetzung der eigenen politischem Macht geht. Darum „Tageszeitung“ und Jura-Professor hin oder her, es ist die bürgerliche Gesetzgebung, die überall das Recht der Kapitalisten und aller ihrer Helfershelfer schützt. Die Durchsetzung von Rechten Einzelner oder ganzer Schichten oder der Massen ist die absolute Ausnahme. Ich habe kein Vertrauen in die bürgerliche Gesetzgebung und Justiz! Zu allen Zeiten war die Durchsetzung von fortschrittlichem Recht eine Machtfrage und ein Kampf. In unserem Anliegen, die Hartz-Gesetze zu Fall zu bringen und nicht nachzulassen, sind wir gefordert, darauf sollten wir uns konzentrieren. Die andere Seite wird ja schon nervös, wenn das Telefon klingelt.

Jobst Roselius

Absturz aus den Charts: Ein „Wikipedia“-Artikel, der in den letzten zwei Jahren immer unter den ersten Suchergebnissen zum Stichwort „Montagsdemo“ aufgeführt wurde, fehlt neuerdings in der Trefferliste *(„Google“)*

„Bubigate“: Drohung spricht Bände

Schade, dass erst durch diesen Streit mal wieder über die Montagsdemo geschrieben wird! Nicht nur „Radio Bremen“ berichtet gar nicht über die Montagsdemo, auch der „Weser-Kurier“ nimmt diese nicht wahr. Und darüber hinaus ist ihr Protest gegenüber der Sendung berechtigt: Die sogenannten Ein-Euro-Jobs sind diskriminierend und machen die Leute kaputt. Dass die Montagsdemo weiter gegen die Meinung von „Radio Bremen“ anstinkt, zeigt Rückgrat. Sie ist das Sprachrohr der Unter-die-Räder-Gekommenen. Die Drohung mit einer gerichtlichen Klage gegen die Demo spricht Bände und ist nur Hohn.

Leserbrief von Jens Schnitker (parteilos) zum Artikel „‚Radio Bremen‘ ganz privat“ in der „Tageszeitung“

„Manchmal wundert man sich wirklich, wie manche Medien ihrer Informationspflicht nachkommen – oder eben auch nicht“ *(Zuschrift von Ulrun Stuhrmann)*

Der Prozess gegen die nicht ins „Erscheinungsbild“ Passenden

Am 5. Juni 2008 hatten wir einen weiteren Prozess-Termin wegen des Polizei-Einsatzes vom 5. Februar letzten Jahres. Es ging um die Berufung unseres Mitstreiters Lutz B. gegen das Urteil des Amtsgerichtes über 600 Euro Geldstrafe vor dem Landgericht Hannover. Wir konnten unser Anliegen zur ungehinderten Durchführung des Offenen Mikrofons berechtigt darlegen, während die aufgerufenen Polizisten als Zeugen doch sehr stark unter ihren Erinnerungslücken litten.

Angesichts ihrer Argumentationsnot in der Sache versuchten sie, teilnehmende Passanten vom „harten Kern“ der Montagsdemonstranten abzuspalten. Auf Befragen erklärten sie, Teilnehmer an der Montagsdemo seien an „verhärmtem Ausdruck“ und „Kleidung, die nicht so ins öffentliche Erscheinungsbild passt“, zu erkennen. Das rief unseren berechtigten Protest hervor.

Die ausführliche Befragung der Zeugen führte zu einer Vertagung der Verhandlung. Nach fünf Stunden erst wurde sie unterbrochen und auf Mittwoch, den 11. Juni 2008, um 9 Uhr am Landgericht, Volgersweg 65, Raum 2H2, neu festgesetzt. Circa 20 Besucher waren gekommen, um den Angeklagten zu unterstützen, davon allein vier von der Magdeburger Montagsdemo! Herzlichen Dank dafür, denn der Prozess ist nicht allein Sache der Montagsdemo in Hannover: Wer einen von uns angreift, greift alle an!

Zuschrift von Kurt Kleffel (Montagsdemo Hannover)

Warum eine Grundsicherung nur für Kinder, Herr Maas?

1. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, dem muss seit einigen Jahren die wachsende **Obdachlosigkeit** in der Stadt auffallen. Im Winter hocken auf Heizungsschächten oder Kartons in Decken gehüllte Obdachlose in Hauseingängen. Im Sommer sitzen oder stehen bettelnde Menschen in der Innenstadt, unter den Arkaden. Oft halten sie eine Flasche Alkohol in der Hand. Bis sie wieder aus der Stadt entfernt werden, wie lästige Insekten, um den Touristen das Stadtbild von Bremen als heile Welt zu präsentieren.

Rose Gerdts-Schiffler wies letzte Woche im „Weser-Kurier“ in einem einfühlsamen Artikel darauf hin, wie die Gesundheitsgesetzgebung die medizinische Versorgung von wohnungslosen Frauen und Männern erschwert. Sie schrieb, nur wenige Menschen wüssten, dass Alkohol oft eine Folge des Lebens auf der Straße ist, ebenso wie die Tatsache, dass die Betroffenen medizinisch kaum versorgt werden. Für viele ist der Alkohol eine Art von Medizin, die sie sich überall kaufen können. Damit müssen sie keine Stimmen mehr hören, keine marternde Depression oder die Erinnerung an traumatische Erlebnisse durchleben.

Denn die meisten der wohnungslosen Menschen kommen gar nicht oder erst viel zu spät in Kontakt mit einem Arzt, weil sie die Praxisgebühren und Zuzahlungen für Medikamente nicht aufbringen können. Seit ein paar Jahren bieten der Bremer Arzt Georg Kückelmann und seine Kollegen eine medizinische Notversorgung im Jakobustreff an. Hier wird Patienten mit unbehandelten Verletzungen, chronischen Erkrankungen der Haut oder der Atemwege, Kreislaufproblemen oder psychiatrischen Erkrankungen die Praxisgebühr erlassen. Die Zuzah-

lungen für Medikamenten werden durch Spenden finanziert. In anderen Städten müssen Obdachlose auch das Geld für die Praxisgebühr aufbringen.

Georg Kückelmann kritisiert, dass es bei einem Umsatz von 400 Milliarden Euro im Gesundheitswesen jährlich ein Skandal sei, wenn gleichzeitig derart bedürftigen Menschen solch hohe Hürden auferlegt werden! Außerdem bezahlen viele Krankenkassen die häusliche Pflege in Einrichtungen der „Wohnungshilfe“ nicht, wenn der Patient schon vor seinem Krankenhausaufhalt dort untergebracht gewesen und nicht allein zur Pflege dort aufgenommen sei. Dank des menschenverachtenden Hartz IV ist auch die Zahl derjenigen Menschen erheblich gestiegen, die zwar noch ein Dach über dem Kopf haben, jedoch für eine regelmäßige medizinische Versorgung zu arm sind.

Auch hier wird mal wieder nachgewiesen, dass Hartz IV eben keine Grundsicherung gewährleistet – denn mit 13,11 Euro kommt mensch bei einer chronischen Krankheit nicht weit. Leider wissen auch nur die wenigsten, dass chronisch Kranke „nur“ 41 Euro aufbringen und in jedem Quartal ihren Arzt aufsuchen müssen, um eine Befreiung von weiteren Kosten für ein Jahr erwirken zu können. Doch sicherlich kann kein Wohnungsloser so viel Geld auf einmal aufbringen und zusätzlich nachweisen, dass er in den letzten vier Quartalen beim Arzt war. So ist es nicht verwunderlich, aber sehr beschämend, dass Obdachlose eine deutlich geringere Lebenserwartung haben als die durchschnittliche Bevölkerung!

Das „sozialverträgliche Frühableben“ scheint politisch erwünscht zu sein, denn schon Arme mit Dach über dem Kopf sterben im Schnitt acht Jahre eher als Normalverdiener. Wie groß die Diskrepanz zu Obdachlosen ist, will ich lieber gar nicht wissen! Durch restriktiv angewandte Sanktionen wird Hartz-IV-Beziehern immer öfter die Transferleistung auf Null gekürzt, was Obdachlosigkeit zur Folge haben muss! Aber Hauptsache, die Arbeitslosenzahlen lassen sich mittels solcher Methoden weiter beschönigen!

2. Der „Spiegel“ veröffentlichte vergangene Woche, dass drei Millionen New Yorker nicht genug Geld fürs Essen haben. Das sind immerhin 40 Prozent aller Einwohner. Vor allem die **Preisexplosion** bei den Lebensmitteln hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Betroffenen seit 2003 um 52 Prozent gestiegen sei. Besonders die Einwanderer aus Lateinamerika und Bewohner des armen Stadtteils Bronx haben zunehmende Schwierigkeiten, ihre Lebensmittel zu finanzieren. Etwa jeweils die Hälfte von ihnen leidet unter akuter Geldnot. In den Jahren von 2003 bis 2007 haben sich die Preise für Nahrung in New York demnach verdoppelt, während sie etwa in den fünf vorangegangenen Jahren nur um sieben Prozent gestiegen seien. Zu den Kosten für Lebensmittel kämen noch die stark gestiegenen Benzinpreise und die hohen Mieten, heißt es in der Studie.

Die New York Food Bank betreibt seit 25 Jahren in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Suppenküchen und Programme für Armenspeisungen. An diesem erschreckenden Beispiel zeigt sich, dass der Umbau Deutschlands zu einer Art von Klein-Amerika bald als „erfolgreich abgeschlossen“ zu bezeichnen ist! Die

konsequent gesteuerte Verarmung der Bevölkerung wird auch bei uns sicher in nicht allzu ferner Zeit das hohe Niveau der USA erreichen. Wer noch über Kapital verfügt, sollte schleunigst zum Beispiel bei der Deutschen Bank in die entsprechenden Fonds einsteigen, die mit den hohen Lebensmittel- und Rohstoffpreisen wahnwitzig hohe Rendite erzielen. Wer das vermag, hat ausgesorgt und darf voller Verachtung auf die Armen herabblicken!

3. Experten aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Erwerbslosenbewegung diskutierten auf Einladung der „Linken“ am 13. Juni 2008 über die verfassungsrechtlichen Probleme der **Arbeitsmarktreform** im Bundestag. Als Referentinnen und Referenten waren Prof. Dr. Helga Spindler (Universität Essen-Duisburg), Dr. Sabine Berghahn (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin), Udo Geiger (Richter am Sozialgericht Berlin) und Volker Mundt (Rechtsanwalt, Berlin) geladen. Anders als die Öffentlichkeit sieht die herrschende Rechtsauffassung trotz bekannter Armutsgrenzen die Höhe der Regelleistung für Erwachsene offenbar als verfassungsgemäß an.

Allerdings erscheinen erstens die unzureichende Gewährung von Sonderbedarfen und zweitens die Kürzungen von Leistungen infolge von Sanktionen als verfassungsrechtlich bedenklich. Von einer Sicherung des Existenzminimums kann dann wohl auch aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht die Rede sein! Auch die momentane Höhe des Regelsatzes für Kinder und Jugendliche scheint verfassungsrechtlich sehr bedenklich und nicht nachvollziehbar. Eigentlich gehört das gesamte Sanktionsprogramm von Hartz IV zwingend auf den Prüfstand, weil auch die stufenweise Absenkung der Leistungen bei geringstem Fehlverhalten bis hin zur Arbeitserzwingung und totaler Streichung der Transferbezüge dem Menschenwürdegrundsatz und dem Sozialstaatsgebot völlig widersprechen!

Der angeblich vorhandene Sparzwang und die von der Politik inszenierten Missbrauchsdebatten öffnen hingegen der Willkür und dem Sanktionsmissbrauch von Seiten der Ämter Tür und Tor! Dies wird durch die hohe Zahl der Anfechtungen rechtswidriger Sanktionierungen belegt, deren Erfolgsquote bis zu 40 Prozent beträgt. Auch wird die grundgesetzlich geschützte Vertragsautonomie durch die sanktionsbewehrte Erzwingung von Eingliederungsvereinbarungen ausgehebelt. Die Ein-Euro-Jobs werden besonders zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft herangezogen, statt die im SGB II verlangte Integration in den Arbeitsmarkt und die Überwindung des Leistungsbezuges voranzutreiben, getreu der völlig überholten Idee, dass Vollbeschäftigung möglich sei. Im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft sind die Anrechnung von Einkommen und Vermögen und die Gewährung von Leistungen in vielen Einzelkonstellationen verfassungsrechtlich höchst bedenklich bis verfassungswidrig.

Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum“, der an der Diskussion teilgenommen hat, meinte, dass sich eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde unter den gegebenen Umständen derzeit nicht realisieren lässt. Bisher ist die Rechtsprechung dem gesetzgeberischen Willen gefolgt und hat einer Einsparung von Mit-

teln Vorrang vor den individuellen Bedarfen von Hartz-IV-Beziehern gegeben. Das Bundesverfassungsgericht stellte 2006 allen Ernstes den Regelsatz als verfassungskonform, transparent und nachvollziehbar dar! Seiner Meinung nach werden Veränderungen bei Hartz IV nur gesellschaftlich zu erreichen sein, indem Hartz IV von allen Beteiligten als ein Stück des neoliberalen Umbaus begriffen wird, der sich in der Erwerbsarbeit deutlich abzeichnet.

4. 40 Prozent der Hauptschüler konnten 30 Monate nach Schulende noch immer keinen **Ausbildungsplatz** finden. Ihre Zukunft ist nach wie vor nur erschreckend. Wenn auf der einen Seite Hauptschüler sehr schlechte Berufschancen haben und andererseits immer mehr junge Menschen diesen Schulabschluss schaffen, dann bleibt die berechtigte Frage im Raum stehen, warum sie sich für einen Abschluss anstrengen sollen, der sie nicht weiterbringt. Da hakt doch das System! Nach wie vor investiert Deutschland zu wenig Geld in Bildung. Jahr für Jahr verlassen sogar 80.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss, das sind fast acht Prozent eines Jahrgangs. Die anderen drehen „Warteschleifen“ oder machen Zusatzkurse, weil ja leider auch viel zu wenig Lehrstellen angeboten werden.

Schüler mit Migrationshintergrund sind in allen Stufen des Sozialsystems benachteiligt, Jungen stärker als Mädchen. Es wird darüber geklagt, dass Deutschland zu wenig Studenten hat. Trotz vieler Reformen und Reförmchen zeichnet der Bildungsbericht 2008 von Bund und Ländern erneut ein düsteres Bild über den Zustand von Schulen und Hochschulen in Deutschland. Allerdings sank der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 6,9 Prozent im Jahr 1995 auf 6,2 Prozent 2006 und liegt damit weiter unter dem OECD-Durchschnitt. Es gibt nicht nur zu geringe Bildungsausgaben zu beklagen, nein, sie werden auch noch an der falschen Stelle getätigt.

Wenn ich mir ansehe, dass allein an der Bremer Uni mehrere Studiengänge geschlossen wurden, nun aber durch die Hintertür Millionen in die private Jacobs-University gesteckt werden „müssen“, dann erkenne ich, dass die Elite offenbar unter sich bleiben will! Beim „grandiose“ Studiengebührenurteil des Hessischen Staatsgerichtshofs gelingt es der Mehrheit der Richter, offenbar mittels Wortverdrehungen und juristischer Haarspalterei den eindeutigen Wortlaut des Artikels 59 in sein Gegenteil zu modifizieren: Da verwandelt sich die Unentgeltlichkeit des Studiums gar in die Zulässigkeit des Bezahlstudiums für alle. Ein klassischer Fall von Oberschichten-Justiz!

Noch und nöcher wird beklagt, dass in Deutschland ein Schulabschluss von der sozialen Zugehörigkeit der Eltern abhängt. Die GEW tritt für ein gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen bis zur zehnten Klasse ein. Das von der Bremer SPD favorisierte Zwei-Säulen-Modell wird diesem Anspruch nicht gerecht und läuft darauf hinaus, dass die zweite Säule neben dem Gymnasium mittelfristig zur Restschule verkommt. Darum müssen alle Kinder einen kostenfreien Zugang zum Kindergarten haben, und die frühe Bildung in Kitas und Grundschulen muss gestärkt werden. Die Rahmenbedingungen schreien geradezu nach ei-

ner grundlegenden Veränderung, damit die Zusammenarbeit zwischen den Pädagogen aller Bildungsinstitutionen miteinander verzahnt wird!

5. Im Moment vergeht kaum eine Woche, ohne dass eine neue Studie über die erschreckende Armut von Kindern erstellt wird. Während es sonst immer um die Armut von Kindern unter 15 Jahren geht, ist am vergangenen Wochenende von der „Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe“ eine Untersuchung über die Armut von Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren veröffentlicht worden. Demnach lebt inzwischen jeder Vierte dieser Altersstufe entweder in materieller Not oder ist davon bedroht. Bundesweit handelt es sich dabei um 2,4 Millionen Jugendliche. Verdi prangert an, dass sich die Zahl der verarmten Kinder seit 1980 fast verzehnfacht habe!

2,64 Euro täglich für Essen und Trinken können nicht genügen. Als Ausweg schlug der saarländische SPD-Chef Heiko Maas vor, jedem Kind eine **Grundsicherung** von 400 Euro zu gewähren. Und den Erwachsenen? Die SPD lädt für heute in Berlin zu einer Konferenz zum Thema Kinderarmut ein. Natürlich geht es dabei nicht nur um materielle Armut, sondern vor allem auch um Bildungsarmut und schlechtere gesundheitliche Entwicklung. Es gibt auch eine Armut auch unter Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag: Bei einigen Berufen liegt die tarifliche Ausbildungsvergütung unter dem Hartz-IV-Satz!

In welchem Tiefschlaf mögen sich die SPD und die Gewerkschaften befunden haben, als das menschenverachtende Hartz IV vor fünf Jahren von Schröder und Konsorten aus dem Lissabonner Vertrag abgeschrieben wurde? Wieso verlangt die Gewerkschaft Verdi erst jetzt mehr Geld für Transfergeld-Empfänger? Wieso begreifen sie erst nach fünf Jahren, was Kritiker von Anfang an vorausgesagt haben? Wie viele Armutsberichte und -konferenzen sind eigentlich noch nötig, bevor endlich gehandelt wird und die Erkenntnisse umgesetzt werden – auch wenn sie Geld kosten?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“ sowie „Tageszeitung“

Die Toten lässt die Bagis von der Gerichtsmedizin verscharren

Es gab ein Gewitter vor- und Regen hinterher, wir aber hatten Glück und blieben trocken, auch wenn einige vielleicht zu Hause geblieben waren. In der Zeit vor dem Fußballspiel blieben einige mehr stehen und informierten sich, sodass zur 185. Montagsdemo in Bremen am 16. Juni 2008 um 17:30 Uhr wieder um die 40 Teilnehmer zu zählen waren.

Im Mittelpunkt der Beiträge stand die Entscheidung der Iren, mit Mehrheit den EU-Vertrag abzulehnen. Dazu wurde mehrmals unter Beifall gratuliert. Die undemokratischen und in erster Linie den Kapital- und Militärinteressen dienenden „Lissabonner Verträge“ müssen vom Tisch! Zu fordern sind Volksabstimmungen überall und Zurückweisung der bürokratisch-reaktionären Gesetzgebung und Strukturen! Wir müssen für jeden nachvollziehbar die Politikzusammenhänge zwischen EU und Hartz IV herstellen und die Einheit mit allen fortschrittlichen Widerstandskräften in den anderen Ländern suchen!

Bürgermeister Böhrnsen predigt in einer Kirche, aber was folgt aus seinen Allgemeinplätzen? Angesprochen wird die Ausgrenzung von Hauptschülern und immer wieder die Kinder- und Jugendarmut. Immer problematischer ist die Situation der Obdachlosen. Alle diese Probleme sind der Politik der Monopolparteien doch völlig egal, das wird täglich immer wieder bestätigt! Aber auch andernorts sieht es nicht besser aus: In den USA des George W. Bush haben viele New Yorker immer weniger Geld, um sich vernünftig ernähren zu können. Bei uns leiden viele am Mobbing, das bewusst von Vorgesetzten unter die Kollegen getragen wird. Alle, die bedrückt sind, sollen herkommen, damit wir zusammen beraten können!

Wie pervers die Bagis für den Bremer Haushalt „spart“, zeigt sich daran, dass Todesmeldungen von alleinstehenden Hartz-IV-Betroffenen von Amts wegen verschleppt werden. Innerhalb einer Frist müsste das Sozialamt für eine Beerdigung sorgen und aufkommen; ist diese aber durch Verschleppung verstrichen, wird kostengünstig gerichtsmedizinisch entsorgt und anonym verscharrt. Diese Verfahren sind aus dem Faschismus bekannt! Es zeigt sich, wie gut der Apparat bereits „neu“ ausgerichtet wird. Mitarbeiter, wehrt euch gegen solche unmenschliche Anordnungen, Verfügungen und Verhältnisse!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

186. Bremer Montagsdemo am 23. 06. 2008

Gedicht von der Demokratie

Demokratie hin, Demokratie her – an sie zu glauben, fällt mir im Moment sehr schwer! Was da so alles von Europa wird berichtet, hat bis jetzt nur ganz wenigen geholfen, und darum wird fleißig mit dem Unrecht weitergemacht, bis dass die Schwarte kracht!

Da wird der Wille des Volkes einfach nicht mehr akzeptiert: egal! Und über ein Nein ist man sogar pikiert. Dann wird weiter so getan, als wär alles, was sie sagen, recht, und ein Nein, das wäre natürlich für Europa schlecht!

Sehr schlecht würden *die* fahren, die nun solche Gesetze haben verbockt und weiter nur so tun, als wurde hier in einem großen Spiel gezockt. Dass die Menschen auf der Strecke bleiben, das haben sie längst vergessen, sie sind einfach nur noch von ihrer eigenen Macht besessen!

Auf die Meinung des Volkes, da wollen sie ja nicht hören, und zum Trost von uns allen werden sie sich dabei selbst zerstören. Denn eines Tages geht dann niemand mehr hin zu ihrer Wahl, und niemand wird ihnen trotz brillanter Reden je wieder glauben, denen, die uns der Demokratie einst wollten berauben.

Udo Riedel (parteilos)

Sozialgefasel, Abstiegsängste und reaktionäre Ideen

„Rechtsextremismus nimmt in der Mitte zu“, so stand es im „Weser-Kurier“. Ein Polit-Institut, ich glaube aus Leipzig, hatte eine Umfrage ausgewertet und dabei die Ergebnisse in den neuen Ländern mit der ganzen Bundesrepublik gleichgesetzt. Das ist schon wegen der Erfahrungen der Menschen nicht richtig, also ei-

ne tendenziöse Meldung. Mittelschichten waren und sind wegen der Angst vor persönlichem Abstieg und materiellem Verlusten offener für reaktionäre Ideen bis hin zu der, wieder einen „starken Führer“ zu brauchen. Um solche „Gefühle“ und unterschwelligen Ängste ausnutzen zu können, wird die NPD vom Kapital warm- und in der Hinterhand gehalten.

Das Kapital lebt nur nach egoistischen, unsolidarischen und undemokratischen Grundsätzen. Es lebt von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Solange seine Interessen nicht massiv bedroht werden, wendet das Kapital die Methode des Betrugs an und faselt etwa von der „sozialen Marktwirtschaft“. Wenn es sich bedroht fühlt, geht es zur Methode der Gewalt über. Sie reicht vom Putsch über die Militärdiktatur bis zum offenen Faschismus. Trotzdem ist eine Massenbasis zur Unterstützung erforderlich, und an der mangelt es in Deutschland zum Glück noch. Darum meinen Regierung und Kapital, dass ein Verbot aller faschistischen Organisationen „nicht möglich“ sei. Fürs Kapital ist die NPD unverzichtbar: als Unterdrücker aller arbeitenden Menschen.

Lassen wir uns durch solche tendenziösen „Analysen“ nicht bange machen. Unendlich viele Menschen suchen nach einer Alternative zu diesem System, in Deutschland, in Europa und in der Welt. Nur gemeinsam kommen wir voran! Wenn die Regierenden meinen, die Iren wären nur nicht genügend gebauchpinselt und gekauft worden, dann verstehen sie nicht des Volkes Meinung. Es ist ihre Angst vor den Massen, die sie dazu bringt, nur ihre beifälligen Parlamente zustimmen zu lassen. Wir treten beharrlich für demokratische Rechte ein und lassen uns weder von reaktionären Reden noch von reaktionären Staatsorganen einschüchtern!

Am letzten Sonntag haben über 5.000 Menschen in München gegen die Verschärfung des Versammlungsrechtes in Bayern und gerade der streikenden Kollegen vor den Toren demonstriert. Herzlichen Glückwunsch und unsere volle Unterstützung nach München! Zur Wiedereinführung der Fünf-Prozent-Hürde in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven haben wir einen Offenen Brief geschrieben und an Senat, Bürgerschaft, Parteien und Medien versandt. Einzig bei der FDP und der Aktion „Mehr Demokratie“ ist das auf positive Resonanz gestoßen. Verstärken wir unsere Zusammenarbeit hier und überall, dann werden wir weitere Ziele erreichen!

Jobst Roselius

Zweidrittel-Mehrheit für „Linken“-Landrätin: SPD scheitert auf Rügen quasi an der Fünfprozent-Sperrklausel *(„Spiegel-Online“)*

Die Mitwirkungsrechte der Bürger müssen ernst genommen werden

Sehr geehrte Damen und Herren, als zuständige Referentin bin ich gebeten worden, Ihnen zu antworten. Mit Interesse hat die FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft den Offenen Brief der Initiative Bremer Montagsdemo zur Fünf-Prozent-Hürde in Bremerhaven zur Kenntnis genommen. Auch wir sind der Auffassung, dass die Wiedereinführung dieser Sperrklausel das Votum der Wählerinnen und Wähler unserer Stadt für mehr Bürgerbeteiligung und damit auch mehr Transparenz ignoriert.

Wir werden uns im weiteren parlamentarischen Verfahren intensiv dafür einsetzen, dass die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger wieder ernst genommen werden, und gegen die Fünf-Prozent-Klausel stimmen. Derzeit wird in der Fraktion darüber nachgedacht, bei Wiedereinführung der Sperrklausel diese verfassungsrechtlich durch den Staatsgerichtshof überprüfen zu lassen. Zu Ihrer Information übersende ich Ihnen das Redemanuskript von Herrn Dr. Möllenstädt, MdBB, zur Plenardebatte in der vergangenen Woche. Mit freundlichen Grüßen, Sabine Gohlke.

Antwort der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft zum Offenen Brief der Montagsdemo

Über den Bremer Tellerrand

Am Montag, dem 23. Juni 2008, stellte **Murat Kurnaz** sein Buch über die Haft und Folter in Guantánamo vor. Der Saal der Bibliothek war überfüllt. Herr Kurnaz begann eine Lesereise durch ganz Deutschland in Bremen, da er hier geboren wurde. Sein Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt, auf Deutsch erschien es bereits im April 2007. Auch unternahm er schon viele Lesereisen und sprach vor brechend vollen Sälen in New York und London. Ende Mai 2008 redete er im amerikanischen Kongress, wo sich einige Politiker im Namen der USA bei ihm entschuldigten.

Seit seiner Freilassung aus dem Folterknast, in dem er fünf Jahre unschuldig inhaftiert war, setzt er sich für die Rechte der Gefangenen ein. Er wird tatkräftig von „Amnesty International“ unterstützt. Herr Kurnaz hat schon vor deutschen Gerichten geklagt, bisher jedoch ohne Erfolg. Bisher ist ihm keine Wiedergutmachung widerfahren; nicht einen einzigen Cent bekam er. Noch hat sich keiner der verantwortlichen Politiker bei ihm entschuldigt. Das hat Herrn Kurnaz aber nicht eingeschüchtert: Er macht energisch weiter und hält das Unrecht lebendig, das ihm und allen anderen noch widerfährt.

Letztendlich will er weitermachen, bis ihm Recht gesprochen wird. Ob ihm das gelingen wird, ist fraglich, denn es gilt, das System der Folterknäste, das System Guantánamo zu knacken. Das scheint aussichtslos, weil hinter dieser Tragödie die USA und deren weltweite Verbündete stehen. Die USA haben nun vor, 20 Häftlinge zu entlassen, zumal das oberste amerikanische Gericht, der Supreme Court, der Meinung ist, der rechtlose Zustand der Häftlinge sei keinen Tag länger zu dulden: Sie hätten das Recht auf einen fairen Prozess mit einem von ihnen gewählten Anwalt.

Bisher werden nur Militärtribunale abgehalten. „Amnesty International“ meint dazu, Deutschland habe die Pflicht, diese Gefangenen aufzunehmen. Hier garantiere man ihnen einen rechtsstaatlichen Prozess, während sie in ihren Heimatländern wie China zum Tode verurteilt würden. Warum sollte Bremen also nicht mindestens einen von ihnen aufnehmen? Nicht nur, weil es eine Schuld zu begleichen gilt, sondern vor allem aus humanitären Gründen!

Jens Schnitker (parteilos)

Lissabon-konforme Justiz: Will eine Lehramts-Referendarin Kopftuch tragen, darf sie später nur an Privatschulen unterrichten *(„Spiegel-Online“)*

Der Lissabonner Vertrag verpflichtet zur Förderung der Atomkraft

Wir sagen erleichtert: “Thank you very, very much, Ireland!”

Wir alle wundern uns, dass die Mineralölpreise ungebremst steigen und steigen. Das Kartellamt hat ein paarmal den Anlauf unternommen, den Verdacht von Preisabsprachen ins Gespräch zu bringen und wurde regierungsseitig schnell wieder mundtot gemacht. Das hat seinen schlechten Grund: Es ist Absicht, dass die Ölpreise explodieren! Im Lissabonner Vertrag gibt es einen zu erfüllenden Paragraphen, der besagt, es sollten „die notwendigen Bedingungen für das zügige Wachstum der Atomindustrie geschaffen“ und „die Investitionen für die Entwicklung von Atomenergie gefördert“ werden.

Dieser Passus ist in letzter Minute in einem bindenden Protokoll *ohne* Debatte dem Vertrag hinzugefügt worden! Was soll uns das sagen? Was bedeutet es für die Europäer? Es bedeutet den Bau neuer Kernkraftwerke! Nach Schätzung selbsternannter Experten handelt es sich dabei zur Zeit um circa 22 Atommeiler europaweit! Diese Zahl ist jederzeit veränderbar und nach oben offen.

Wie uns zur Genüge vorgeführt wird, setzt sich unsere Kanzlerin akribisch für den Schutz des Klimas und den Erhalt der Umwelt ein. Nach ihrer Meinung ist dieses hehre Ziel nur und endgültig erreichbar, indem „saubere“ Energie produziert wird. Aus ihrer Sicht ist das die Atomenergie! So schließt sich schnell und erschreckend der Kreis.

Mit ihrer Unterschrift unter den Lissabonner Vertrag verpflichten sich alle Mitgliedsstaaten, diese Vorgabe zu erfüllen – und das so schnell wie möglich! Als das französische und niederländische Volk sehr bewusst gegen die Unterschrift unter den Lissabonner Vertrag stimmte, wurde ihnen einfach das Stimmrecht entzogen, und die Regierungen votierten „im Namen des Volkes“. Die anderen „demokratischen“ Regierungen einschließlich Deutschland hatten diesem Vertrag bereits ohne Hemmungen ihre Zustimmung gegeben, die ihm ihre Bürgerinnen und Bürger verweigert hätten.

Da fragt frau sich, in welchem europäischen Land herrscht noch eine Demokratie? Dieses Machwerk Lissabon-Agenda ist eine Erfindung der Bertelsmann-Stiftung. Es wurde unter ihrer Federführung ausgearbeitet und erhielt hier den harmlosen Namen „Agenda 2010“, der uns inzwischen in Angst und Schrecken versetzt, denn eine ihrer „Erfindungen“ nennt sich in Deutschland „Hartz IV“.

Wo sind bei dem Debakel um die Atomenergie eigentlich die Grünen? Verschlafen sie ihren Einsatz? Kennen sie den Lissabonner Vertrag etwa gar nicht? Oder sind sie in der Zeit stehen geblieben, als sie sich dafür stark machten, dass ein Liter Kraftstoff fünf D-Mark kosten müsste? Vielleicht erleben sie es bald tatsächlich. Oder schauen sie dem Bau neuer Kernkraftwerke zu? Für deren Verhinderung gingen sie einst auf die Barrikaden und wurden festgenommen. Haben sie alle Ideale verraten?

Gudrun Binder (parteilos)

Ersatzbegeisterung: Das Jubelhupen und Fahnenschwenken gilt nicht der Bundeskanzlerin *(„Spiegel-Online“)*

Brot und Spiele: Im Schatten des Fußball-Thrillers Deutschland-Türkei beschließt das Bundeskabinett die Einkommens-Zentraldatei Elena *(„Heise“)*

Beck's beste Rede seit Langem: „Ich klebe nicht an meinem Stuhl“ *(„Stern“)*

Der Lissabonner Vertrag verpflichtet auch zum Verkauf der Häfen

1. Nochmals Dank den Iren! Liebe Freunde in Irland, jetzt zeigt Europa sein wahres Gesicht: Es kommt Druck aus allen Rohren auf die so undankbaren Iren! Es gibt sogar Politiker, die sich ein Europa *ohne* Irland vorstellen können und dennoch an ihre Wiederwahl glauben. Der erhöhte Druck wird aber nicht nur auf Irland ausgeübt, sondern auch auf alle anderen Staaten, die noch nicht zugestimmt haben. Auch dieser **Lissabonner Vertrag** wird so zum Reformvertrag. Reformen sind eigentlich etwas Gutes, aber die Reformen der Lissabon-Strategie haben vielen Leuten Nachteile gebracht.

Die Empfehlungen aus Lissabon sind lesenswert. Wer die Empfehlungen für alle Staaten liest, kann erahnen, welche Veränderungen Europas diese Strategie bereits bewirkt hat und was den einzelnen Völkern noch bevorsteht. Schon jetzt werden 70 Prozent aller Entscheidungen „in Europa“ getroffen! Wie weit diese Regelungen greifen, geht zum Beispiel aus der neuen Vereinbarung zur Umstellung von Glühbirnen auf Energiesparleuten hervor.

Der Bürgermeister der Freien Hansestadt sagt: „Wer die Häfen verkauft, verkauft Bremen!“ Früher hat er gesagt: „Die Häfen werden *nicht* verkauft.“ Der Lissabonner Vertrag verpflichtet aber zur Privatisierung *aller* Bereiche und damit letztendlich auch zum Verkauf der Häfen der Freien Hansestadt. Bremen hat schon alles vorbereitet: Es gibt über 250 Gesellschaften, die mit öffentlichen Aufgaben betreut sind, vorzugsweise in der Rechtsform einer GmbH und überwiegend im Eigentum der Freien Hansestadt.

Die Föderalismusreform ist eigentlich eine rein deutsche Angelegenheit, aber auch hier wirken die Rahmenbedingungen der EU. Die Verschuldungsgrenze ist so niedrig „angedacht“, dass Bremen keine größere Investition ohne privaten Investor mehr tätigen kann. Jeder Investor wird aber die Bürgschaft der Freien Hansestadt einfordern. Damit werden Gewinne privatisiert, und Verluste zahlt der Steuerzahler. Dies hat Frau Linnert beim Klinikbau vermieden!

Die öffentliche Hand führt die kaufmännische Buchführung ein. Damit soll der Haushalt übersichtlicher werden. Kaufleute haben in der Vergangenheit Maschi-

nen und Immobilien gelaest, um in der Bilanz den Ausweis von Krediten oder Verbindlichkeiten niedrig zu halten. Die Firmen haben dadurch die Kreditmöglichkeit erhöht. Inzwischen müssen in der Bilanz *alle* Verpflichtungen stehen; die Verbindlichkeit aus Laesing-Verträgen entsprechend der Laufzeit gehört dazu, ebenfalls jede übernommene Bürgschaft. Damit wird der Umgehungseffekt aufgehoben. Was soll somit das Versteckspiel der öffentlichen Haushalte? Zur Übernahme der kaufmännischen Buchführung gehört auch der wahre und vollständige Ausweis der vertraglichen Verpflichtungen!

Nun zurück zu Irland. Irland könnte in die Landesverfassung Sonderegelungen aufnehmen, um den Lissabonner Vertrag punktuell auszuhebeln oder abzumildern, so ein Politiker. Dazu ist anzumerken, dass das deutsche Verfassungsgericht mit diesem Lissabonner Vertrag entmachtet wird, der langfristig die Verfassung aller EU-Staaten werden soll und damit alle Landesverfassungen außer Kraft setzt beziehungsweise auf den regionalen Restregelungswert von derzeit 30 Prozent reduziert. Daher gilt: Europa ist ein schöne Sache, aber nicht zu diesen Bedingungen!

Wozu regionale Regierungen fähig sind, steht im Museum in Celle: das „ Celler Loch“. 1978 ließ Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht den Verfassungsschutz in die Mauer der JVA Celle ein Loch sprengen. Die Polizei wusste natürlich von nichts. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Armut an Finanzmitteln ist relativ. Nachdem die Armutsberichte durchgewunken wurden und die Politik Besserung gelobt hat, kommt nun Herr Professor Meinhard Miegel mit der Verkündung „Älteren und Familien geht es am besten“ und dem Kommentar „Neue Herausforderung“ im „Weser-Kurier“ vom 20. Juni 2008. Professor Meinhard Miegel hat sich nicht verrechnet: Die Ansätze sind in der Studie so gewählt, dass dieses Ergebnis vorhersehbar war.

Ein Beispiel: Zwei Erwachsene haben je 1.000 Euro Nettoeinkommen zur Verfügung. Dies ergibt auch ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1.000 Euro. Leben diese beiden Erwachsenen aber in einem Haushalt, beträgt das Durchschnittseinkommen 1.333 Euro (zwei Drittel von 2.000 Euro) pro Kopf. Die Erklärung steht in der **Einkommensstudie** des Bonner „Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft“ auf Seite 15.

Die aktuelle Lage geht dort bei einem Vergleich über 20 Jahre unter. Die Anmerkung dazu lautet: „Die real verfügbaren Haushaltseinkommen stiegen in Deutschland zwischen 1986 und 2006 um 19 Prozent. Allerdings hat sich der Anstieg deutlich verlangsamt.“ Das Zahlenmaterial bezieht sich auf die Jahre 1986, 1996 und 2006. Die aktuelle Lage wird entscheidend durch die Agenda 2010 beeinflusst: Hartz IV hat die rapiden Arbeitsplatzverluste, die rasante Reduzierung der Löhne- und Gehälter eingeleitet.

„Sozialpolitik darf sich nicht in der Frage der Sozialtransfers als staatlicher Unterstützungsleistungen für Menschen in prekären Verhältnissen allein erschöp-

fen, schon gar nicht an der Frage aufreiben, ab welcher Höhe die Stütze denn erst gerecht ist oder nicht.“ Miegels Studie fügt sich nahtlos ein in die Erkenntnis, dass reine Geldzahlungen nur Verhältnisse zementieren, nicht verändern können. „Wenn Migranten zwar genug Geld zum Überleben bekommen, nicht aber die Chance wirklicher Teilhabe am Wohlstand, dann zeigt sich da das Versagen unserer Integrations- und Bildungspolitik.“ So weit, so gut! Doch bis solch eine wirkliche Teilhabe realisiert ist, müssen diese Transferleistungen erhöht werden, sodass die Teilhabe am Gemeinschaftsleben möglich ist.

Der Armutsbericht 2007 der „Arbeitnehmerkammer“ ist wesentlich aussagefähiger über die aktuellen Verhältnisse. Die Einsparungen durch die Umstellung auf ALG II betrugen für die Freie Hansestadt Bremen 60 Millionen Euro allein im Jahr 2005. Die Veränderung der Einkommensentwicklung zulasten der Arbeitnehmer mit unterdurchschnittlichem Einkommen wird die soziale Spaltung weiter vorantreiben. Mit der Einführung von ALG II wurden nicht nur die Sonderbedarfe für Kinder gestrichen, sondern auch die Regelsätze für Schulkinder reduziert.

Zurück zu der Studie. Professor Meinhard Miegel hat bei den Älteren die durchgängigen Arbeitsverhältnisse hervorgehoben. Die Nutzung der eigenen Immobilie und die sonstigen Einnahmen haben das Ergebnis beeinflusst, sicher auch die bereits länger andauernde Rentenbezugszeit. 2005 wurde mit der Agenda 2010 nochmals massiv die Rentenformel zum Nachteil der Neurentner verändert, außerdem die Rechenformel für Rentenerhöhungen, auch durch die Einrechnung der Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse bei der Bruttolohn- und Gehaltsentwicklung.

Dies „freut“ Herrn Professor Miegel und sein Institut sicherlich. In dem Film „ Rentenangst“, der im öffentlich-rechtlichem Fernsehen gezeigt wurde, ist die Rolle dieses Instituts und der anderen Akteure gut herausgearbeitet. Auf Seite 71 der Studie des IWG steht der Appell zur privaten Altersvorsorge – entsprechend dem Anliegen der Hauptsponsoren dieses Instituts, oder?

Sie wollen es wissen? Den Armutsbericht der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ lesen! Das Jahr 2007 ist bereits von den ersten Auswirkungen der Agenda 2010 geprägt. Daher fordern wir die Wiederherstellung des sozialen Friedens durch die Rücknahme der Hartz-Gesetze! Bei der versprochenen Vollbeschäftigung ist dies eh nur noch Beiwerk – aber die Wirklichkeit und die Statistik haben sich hier auseinanderentwickelt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. „Preisexplosion im Großhandel“, meldet der „Weser-Kurier“ vom 11. Juni 2008. „Höchste **Preissteigerung** seit 26 Jahren, Verbraucher wohl nur zum Teil betroffen“. Die Daten stammen vom Statistischen Bundesamt, der Artikel ist von AFP. Er endet mit dem Satz: „Dennoch werden auf mittlere Sicht vermutlich auch die Endverbraucher von den hohen Großhandelspreisen betroffen sein.“ Dieser Mensch war sicher länger nicht mehr einkaufen!

Jeder Geringverdiener sollte zur Beratungsstelle gehen und sich erkundigen, ob ein Antrag auf ergänzendes ALG II (bei Bruttoeinkommen unter 1.200 Euro)

oder Wohngeld und Kinderzuschlag Aussicht auf Erfolg hat. Wer sich diese Beratung von einer Behörde holt, sollte dies schriftlich tun oder bestätigen lassen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Verdi verharmlost Ausrichtung einer Kommandeurstagung

Die Internetseite von Verdi am Beginn des Jahres machte einen Skandal offenbar: Die Dienstleistungsgewerkschaft hatte eine Kommandeurstagung der Bundeswehr ausgerichtet! Dies veranlasste Bettina Fenzel und mich zu einem offenen Brief an Frank Bsirske, der erst jetzt beantwortet wurde, mit einem Schreiben, das alles herunterspielt und verharmlost.

Wir erinnerten in unserem Brief an eine völlig andere Gewerkschaftshaltung in den 1980er Jahren und schrieben: „Es gab Zeiten, da hat der DGB, dem ja auch Ihre Gewerkschaft angehört, maßgeblich den alljährlichen Antikriegstag am 1. September mitgestaltet. Und es gab Zeiten, da hat die Partei ‚Die Grünen‘, der Sie als Mitglied angehören, in der Friedensbewegung eine bedeutende Rolle gespielt. Zu Zeiten von Petra Kelly gehörten wesentliche Teile der Grünen sogar zu den treibenden und fortschrittlichen Kräften innerhalb der bundesdeutschen Friedensbewegung. Auch die IG Metall betrieb mit ihren Vorschlägen und Vorstößen in Richtung Rüstungskonversion damals aktive Friedenspolitik, zumindest hier in Bremen. Warum unterstützt Verdi heute den Kriegskurs der Bundesregierung und eine imperialistische Bundeswehr, die Kriege um Rohstoffe führt und damit eine unökologische und global-kapitalistische Wirtschaftsweise aufrecht erhält? Wir appellieren an Sie, dafür zu sorgen, dass zukünftig die ‚Fachgruppe Bundeswehr‘ bei Verdi keine Kommandeurstagungen mehr ausrichtet! Außerdem wünschen wir uns, dass Verdi sich klar von den militärischen Zielen der Bundeswehrführung distanziert.“

Wir schlugen Frank Bsirske vor, dass er sich für die Einberufung einer großen Friedenskonferenz aller Einzelgewerkschaften unter dem gemeinsamen Dach des DGB stark macht. Verdi antwortete, dass die Tagung keine Konferenz der Streitkräfte, sondern eine gewerkschaftspolitische Fachtagung mit Offizieren der Bundeswehr gewesen sei, auf der keine militärischen Beschlüsse gefasst worden sei-

en. Da dem Brief keine Abschlusserklärung beilag, ist natürlich nichts nachprüfbar! Es sei im weitesten Sinne nur um gesellschaftliche und gewerkschaftliche Fragen gegangen, auch was die Interessen der Soldat(inn)en und Zivilangestellten angeht. Dann wurden wir belehrt, dass die Kommandeurstagung „kein offizielles Gremium der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, sondern eine Veranstaltungsreihe der Bundesfachgruppe Bundeswehr“ sei. Das hatten wir auch gar nicht behauptet! Ansonsten gab es nur allgemeine Absichtserklärungen, aber nichts Konkretes. Für mich bleibt es dabei: Dass Kommandeurstagungen bei Verdi stattfinden dürfen, ist ein Skandal!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Arme Kinder haben immer arme Mütter

1. In Deutschland sind im Moment 43 Prozent der Arbeitslosen als arm zu bezeichnen; es trifft also fast jeden zweiten. In dieser Situation ist es nicht nur schwierig, finanziell über die Runden zu kommen – auch die körperliche und psychische Gesundheit leidet. Die Erwerbsarbeit soll ja nicht nur zu auskömmlichem Leben und Teilhabe an der Gesellschaft führen, sondern außerdem das befriedigende Gefühl vermitteln, ein kleines, aber wichtiges Rädchen im Getriebe der Gemeinschaft zu sein. Zudem strukturiert Arbeit den Tag, ermöglicht Kontakt zu Kollegen und ist ein wichtiger Teil der eigenen Identität. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes kann daher auch ein wichtiger Quell für die emotionale **Gesundheit** und das Wohlbefinden verloren gehen.

Arbeitslosigkeit und eine Verschlechterung der Gesundheit können sich gegenseitig verstärken, denn wer krank ist, verliert schneller seine Arbeit, und wer arbeitslos ist, kann schneller krank werden! Laut der Studie des „Robert-Koch-Instituts“ geht es mit der Gesundheit deutlich bergab, wenn die Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr dauert. 5,6 Prozent der befragten erwerbstätigen Männer leiden an chronischer Bronchitis, wohingegen dieser Anteil bei Männern, die bis zu einem Jahr arbeitslos sind, bereits 9,2 Prozent beträgt. Bei den Langzeitarbeitslosen leiden bereits 17 Prozent an der Atemwegserkrankung, die vor allem durch das Rauchen verursacht wird. Also etwa jeder sechste Langzeitarbeitslose ist an dieser andauernden Entzündung der Bronchialschleimhaut erkrankt, die oft schwere Folgeerkrankungen nach sich zieht.

Ähnlich verhält es sich bei Arthrose. 11,3 Prozent der erwerbstätigen Männer leiden an dieser Gelenkkrankheit. Unter den Kurzzeitarbeitslosen sind 16 und bei denen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, 21 Prozent an Arthrose erkrankt. Jeder fünfte Langzeitarbeitslose hat schmerzende Gelenke und dadurch Probleme bei der Bewegung. Nun verwundert es auch nicht mehr, wenn etwa jeder zehnte männliche Arbeitnehmer unter Depressionen leidet, aber bereits jeder Fünfte, der seit weniger als einem Jahr arbeitslos ist. Bei den Langzeitarbeitslosen sind schon 25,3 Prozent depressiv. Von den Frauen, die länger als zwölf Monate arbeitslos sind, leiden 38,8 Prozent an Depressionen, mehr als jede dritte. Wer arm ist, ist also häufiger krank. Auch die Ernährung leidet durch das viel zu geringe zur Verfügung stehende Budget. Gerade ältere Menschen, die an Diabetes leiden, müssen mehr Geld in die richtige Ernährung investieren – wenn das nicht funktioniert, leidet die angeschlagene Gesundheit immer weiter.

2. Letzte Woche diskutierten über einhundert Teilnehmer(innen) der Fachtagung „**Programmierte Frauenarmut**“ in der Bremischen Bürgerschaft, warum Kinder in unserer Gesellschaft offensichtlich für ihre Mütter ein Armutsrisiko sind. Die von der Gleichstellungsbeauftragten organisierte Tagung wollte der Frage nachgehen, weshalb Frauen noch immer häufiger arm sind, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Die Sozialwissenschaftlerin Barbara Thiessen vom „Deutschen Jugendinstitut“ in München brachte es auf den Punkt: Sie schilderte, dass alleinerziehende Mütter oft in einer so prekären Lage sind, dass nur eine Kleinigkeit genügt, um „alles zusammenbrechen“ zu lassen. Nach einer Untersuchung der Bundesregierung waren im Jahr 2004 14,4 Prozent der Frauen arm, aber nur 12,6 Prozent der Männer.

Mütter seien besonders häufig dem Risiko ausgesetzt, von Hartz IV leben zu müssen. Margareta Steinrücke von der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ sieht die Gründe hierfür in der Langzeitarbeitskultur, die von Arbeitnehmern erwartet, 40 Stunden und noch darüber hinaus zu arbeiten. Die lange Wochenarbeitszeit lässt sich nur schwer mit dem Aufziehen von Kindern vereinbaren. Auch wird es Frauen schwer gemacht, nach einer Auszeit für die Kinder wieder in ihren Beruf einzusteigen. Leider befinden sich die typischen Frauenberufe automatisch im Niedriglohnbereich. Wegen des Zusammenhanges von Elternschaft und Ausschluss vom Arbeitsmarkt fordern die Tagungsteilnehmer(innen) die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine generelle Arbeitszeitverkürzung sowie den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Außerdem solle das Ehegattensplitting abgeschafft werden.

3. Die Chancen für Langzeiterwerbslose, wieder auf dem ersten **Arbeitsmarkt** Fuß zu fassen, stehen so miserabel wie nie zuvor. Nach einer am Mittwoch vergangener Woche von der Bundesagentur für Arbeit in Berlin vorgestellten Studie konnten im ersten Halbjahr 2007 nur mickrige drei bis vier Prozent der in diesem Zeitraum auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Menschen in einen sozialversi-

cherungspflichtigen Job vermittelt werden. BA-Chef Frank-Jürgen Weise sprach lapidar von einer „schlechten Nachricht“ und verlangte nichtssagend, dass alle ihre „Arbeit besser“ machen.

Weil in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres nur 3,4 Prozent der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen den Sprung in ein geregeltes Arbeitsverhältnis schafften, müsste die vorgelegte Broschüre mit dem hochtrabenden Titel „ Übergänge aus Grundsicherung in Beschäftigung“ eigentlich den weitaus zutreffenderen Namen „Ausschluss vom Arbeitsmarkt“ erhalten. Dieser Personenkreis umfasst nach den Angaben der Bundesagentur gegenwärtig 5,13 Millionen Betroffene, wovon aber nur knapp die Hälfte in der Arbeitslosenstatistik auftaucht. Die aus der Statistik Herausgeschönten setzen sich aus vorübergehend Arbeitsunfähigen, sogenannten Aufstockern, Alleinerziehenden sowie Teilnehmern von angeblichen Fördermaßnahmen zusammen.

Von den „echten“ erwerblosen ALG-II-Empfängern, die jederzeit vermittelbar seien, konnten durchschnittlich nur vier Prozent einen festen Job ergattern. Nach den Erhebungen der Bundesarbeitsagentur haben Langzeiterwerbslose in den Berliner Bezirken Spandau und Neukölln sowie in Essen dazu die schlechtesten Chancen. Wen kann es verwundern, dass die größten „Eingliederungserfolge“ in Regionen mit „guter Arbeitsmarktlage“ – wie Oldenburg mit 7,7 Prozent – erzielt wurden? Die ermittelten Diskrepanzen werden für Diskussionsstoff sorgen, denn die Untersuchung liefert erstmals auch Aufschluss über die Vermittlungsleistungen der unterschiedlichen Betreuungskonstrukte.

Die meisten der mir bekannten Leute, die wieder einen Arbeitsplatz haben, sind daran durch Eigeninitiative gekommen – das wird aber als Erfolg des Jobcenters gezählt und entsprechend statistisch verwertet. Die meisten Medien und die Politikerriege verkaufen dem eigenen Volk die menschenverachtende Hartz-IV-Gesetzgebung unbeirrt als Erfolgsstory. Warum schreibt niemand, dass selbst in der „Vermittlungshochburg“ Oldenburg, wo 7,7 Prozent der Erwerbslosen vermittelt wurden, dieser Erfolg aber einer (wenigstens) zahlenmäßig immens satten Mehrheit von 92,3 Prozent Erwerbsloser leider vorenthalten blieb? Nein, kein Wort ist davon irgendwo zu lesen!

Deswegen darf bedauerlicherweise niemand erwarten, das Scheitern der neoliberalen Reformen auf ganzer Linie führe nun zu einem Umdenken. Hartz IV hat sich gerade für die Langzeitarbeitslosen als Rohrkrepierer erwiesen. Nichtsdestotrotz wird in subtiler Unternehmerromantik von einem neuen Heilsversprechen geträumt: der Umwandlung von Hartz IV in „Workfare“, also eine Verschärfung der Zwangsarbeit. Welcher Arbeitgeber wird wohl noch bezahlte Arbeitskräfte einstellen, wenn Workfare Realität wird? Niemand erklärte bisher, wo dann eigentlich die Kaufkraft herkommen soll, um die Wirtschaft „anzukurbeln“!

4. Der „Weser-Kurier“ titelte am vergangenen Samstag: „Kinderärzte schlagen Alarm“. Sven Börchers beschreibt darin, dass Fehlernährung, Bewegungsmangel, fehlendes Selbstwertgefühl und Folgekrankheiten wie Kopf- und Bauchschmer-

zen oder auch psychosomatische und psychische Erkrankungen keine Seltenheit mehr in den Praxen der Kinder- und Jugendärzte seien. Depressionen und Selbstmordgedanken würden vor allem bei Kindern aus armen Familien vorherrschen. Nicht nur bei der Bildung entscheidet die Herkunft über die Zukunftsaussichten, weil Kinder mit finanziell schwächerem Hintergrund von vornherein benachteiligt seien und nicht nur Entwicklungsdefizite aufwiesen, sondern auch häufiger die Schule abbrächen.

Leider vergeht in der Tat kaum eine Woche, in der keine Horrormeldungen über Vernachlässigungen oder Misshandlungen von Kleinkindern und Säuglingen gemeldet würden. Berichte über liebevolle Eltern, die trotz finanzieller Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung ihr letztes Hemd für ihre Kinder ausziehen und sich in der Schule für sie einsetzen, lassen sich nun mal nicht so medienwirksam ausschlachten und bedienen nicht das Sündenbockprinzip! Fakt bleibt jedoch bedauerlicherweise, dass immer mehr Kinder und Jugendliche von den genannten Auffälligkeiten betroffen sind. Wenn derart junge Menschen verhaltensauffällig werden, ist Handlungsbedarf angezeigt!

Die Kinder- und Jugendärzte sähen die Ursache in sogenannten Bindungs- und Interaktionsstörungen, weil viele Kinder keine verlässliche Bindung zu einer Vertrauensperson wie Vater oder Mutter aufgebaut hätten. Solche frühen Störungen kommen allerdings auch in den „besten Familien“ vor! Der Präsident des „Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte“ sieht im deutschen Gesundheitssystem einen Grund dafür, dass Kinder aus sozialen Randgruppen unterversorgt seien. Er meint, dass die Zukunftsaufgabe der Ärzte nicht mehr nur darin bestehe, Krankheiten zu kurieren, sondern ihnen präventiv vorzubeugen. Doch ist es in meinen Augen nicht Aufgabe der Ärzte, sondern der Politiker, den hohlen, aufgeblähten Worthülsen endlich Taten folgen zu lassen, also menschenwürdige Lebensbedingungen für die ganze Familie zu schaffen. Arme Kinder haben immer arme Mütter!

Wozu hat denn Deutschland 1989 die Kinderkonvention der Vereinten Nationen ratifiziert? Im Artikel 27 ist doch ganz wunderbar festgelegt, wie die Sorge für die Angemessenheit der **Lebensbedingungen für Kinder** geregelt ist und wie diese umgesetzt werden soll. Wir brauchen keine neuen Gesetze für die Rechte von Kindern – die haben wir schon lange, in Hülle und Fülle! Wir benötigen vielmehr endlich die Umsetzung der Zusagen und all der hehren Ziele, die seit Ewigkeiten versprochen sind! Selbstverständlich brauchen wir einem Mindestlohn, dessen Höhe auch den Namen verdient, der also nicht unter zehn Euro netto liegen darf. Bisher wird das Kindeswohl diesem nicht vorhandenen Mindestlohn geopfert!

5. Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin hält offenbar einen noch geringeren **Mindestlohn** für akzeptabel, als ihn die rot-rote Koalition in Berlin fordert: Mit der Arroganz der Satten behauptet er, dass er „jederzeit für fünf Euro arbeiten gehen“ würde, weil das „40 Euro am Tag“ seien. Weiß er nicht, dass dies lediglich ein

Bruttolohn ist und dass sich gewöhnliche Arbeitnehmer nicht durch irgendwelche Posten in Aufsichtsräten ihr Einkommen, sagen wir mal, „aufrunden“ lassen können – in astronomische Höhen selbstverständlich?

Der Finanzsenator hat sich mit seinen provokanten Äußerungen in diesem Jahr schon mehrfach in den Mittelpunkt inszeniert. Mit seinem völlig wirklichkeitsfremden Speiseplan für Hartz-IV-Empfänger erntete er nicht nur berechtigte Empörung, sondern diskreditierte auch sich selbst. Wie sonst kann sich jemand getrauen, mit der Behauptung an die Öffentlichkeit zu gehen, dass mensch sich von den im Hartz-IV-Regelsatz für Lebensmittel vorgesehenen 4,25 Euro pro Tag ausgewogen ernähren könne?

Es liegt nahe, dass er selbst weder regelmäßig einkaufen geht noch Erfahrung mit Haushaltsführung hat! Auch mit Äußerungen zum Thema Schwarzarbeit sorgte der Senator schon für Unmut. Es wäre nur zu schön, wenn sich diese gezielt gestreuten Worte einmal überprüfen ließen und er wirklich mal von solch einem Mickerlohn vegetieren müsste. Keine Woche würde er das durchhalten!

6. Im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Zukunft des Lissabon-Vertrags sowie den „Wunsch der Menschen nach Sicherheit in der Freiheit“. Darüber hinaus lehnt sie eine Verlängerung der Altersteilzeit klar ab: Die Union halte sich an die Koalitionsvereinbarung mit der SPD, in der festgelegt wurde, dass die vom Staat geförderte Frühverrentung Ende 2009 ausläuft. Während sie das übliche Gefasel von den angeblichen Wohltaten des Lissabonner Vertrages zum Besten gibt und dass sie nichts von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ hält, geht sie mit Arroganz darüber hinweg, dass die Iren gewählt haben und zu einem Ergebnis gekommen sind! Zwischen Aufschwungsgeblubber äußert sie sich zu diesem und jenem, ohne dabei einen tatsächlich mit Inhalt gefüllten Standpunkt zu vertreten.

Bemerkenswert fand ich hingegen ihre Aussage, dass allen Arbeitslosengeld-II-Empfängern Heizkosten und Strom bezahlt werde, wir also nicht von den Preissteigerungen betroffen seien! Darüber hinaus könne der Staat angeblich nicht eingreifen, weil unser Sozialsystem auf der „individuellen Bedürftigkeit“ basiere. Frau Merkel ist nicht die Erste, die **Lügen über uns Hartz-IV-Bezieher** verbreitet! Erinnern sich noch alle an Herrn Clement und seine Aussage, dass wir angeblich das Kindergeld zusätzlich zum ALG II für unsere Kinder bekämen? Es könnte vielleicht eine Überlegung wert sein, einen Überprüfungsantrag nach § 44 zu stellen und dabei auf die Aussage der Bundeskanzlerin zu verweisen! Gilt ihr Wort nichts? Oder ging es mal wieder nur darum, den deutschen Michel mit dieser primitiven Lügerei noch weiter zu verdummen, um ihn weiter bei der Stange halten zu können und gegen uns einzunehmen?

7. Sogar im „Weser-Kurier am Sonntag“ wird in vielen Leserbriefen nicht nur ein Einverständnis mit dem Nein der Iren zum **Lissabonner Vertrag** deutlich, sondern auch Freude und Erleichterung. Wir können den Iren dankbar sein, dass sie

den EU-Reformvertrag zu Fall gebracht und somit Chancen für wirkliche demokratische Veränderungen in der Europäischen Union eröffnet haben. Allerdings sind die Iren auch das einzige Volk, das überhaupt abstimmen durfte! Leider haben die Medien bei ihren unerträglichen Belobigungen des EU-Vertrages immer wieder versäumt, zum Beispiel die verpflichtende Militarisierung, die weitere Privatisierung von Krankenhäusern oder den Ausbau der zerstörerischen Atomkraft zu beschreiben.

Alle Bürger Europas hätten zu den einzelnen Punkten dieses Vertrages befragt werden müssen, damit die Politiker, die doch Volksvertreter sein sollen, auch wissen, was das Volk möchte! Stattdessen wird nun laut das Nein der Iren beklagt und hin und her überlegt, mit welchen Tricksereien nicht doch noch die menschenverachtende, neoliberale Intention des Lissabonner Vertrages irgendwie durchgepeitscht werden könnte: Wie lassen sich die Iren dazu bringen, ihre Wahl zu revidieren? Wie lässt sich diese Wahl außen vor lassen, um ungehindert an den geplanten Schweinereien weiterarbeiten zu können? Was ist denn das für ein Demokratieverständnis: „Bitte, ihr dürft so lange und so oft wählen, bis ihr zur ‚richtigen' Entscheidung gekommen seid"? Hier wird mehr als deutlich, in welche Richtung der Lissabonner Vertrag geht: Sie wissen schon, warum sie uns nicht gefragt haben!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Trefferliste zensiert: Der „Wikipedia"-Artikel zum Stichwort „Montagsdemo" bleibt weiterhin vom angestammten Spitzenplatz verschwunden *(„Google")*

Die Presse lobt den Lissabon-Vertrag, über den das Volk nicht abstimmen darf, als demokratisch

Es gab einen Austritt von Radioaktivität in dem ehemaligen Salzbergwerk Asse im östlichen Niedersachsen. Zwischen 1967 und 1978 hat man dort rund 126.000 Blechfässer mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll eingelagert. Nun wurden die zulässigen Grenzwerte teilweise um das Neunfache überschritten. Es droht das Einstürzen der Stollen, Fässer wurden beschädigt. Das ungelöste Problem der Endlagerung zeigt, dass alle Atomanlagen auf Kosten der Betreiber stillgelegt werden müssen!

Einer der Hauptatompolitiker in Europa ist Nicolas Sarkozy. Weil ihm das irische Nein nicht gefällt, will er, wie letzte Woche die Mehrheit der EU-Gipfelteilnehmer, eine zweite Abstimmung. Soll so lange gewählt werden, bis das Er-

gebnis „passt“? DIe Rolle der Presse, auch des „Weser-Kuriers“, ist es, wie mit tibetanischen Gebetsmühlen zu verkünden, der Vertrag von Lissabon stehe für mehr Demokratie und mehr Effizienz. Über den eigentlichen Inhalt dieses EU-Vertrages ist nichts zu lesen. Dabei geht es darin um eine europäische Armee als schnelle, weltweit einsetzbare Eingreiftruppen und um das vereinfachte und beschleunigte Privatisieren sämtlicher öffentlichen Bereiche, etwa der Krankenhäuser oder der Energieversorgung.

In Sachen Milchboykott der Bauern ermittelt jetzt das Kartellamt. Es geht aber nicht den Discountern wie Aldi an den Kragen, die immer schön gleichzeitig die Verkaufspreise hochtreiben, nein: Die Behörde ermittelt gegen die Bauern, die mit ihrem Lieferboykott ein unerlaubtes Kartell gebildet hätten! Dabei kommen von den zehn Cent, die bei Aldi die Milch inzwischen mehr kostet, nur zwei Cent bei den Bauern an. Was darf man noch alles in Deutschland nicht? Streikrecht gibt es nur in Tariffragen, nur nach Ablauf der Friedensfrist und nur, wenn Gewerkschaften den Streik führen. Gar kein Streikrecht gibt es für politische Fragen, für Solidaritäts- und schon gar nicht für Generalstreiks!

Das sollen die 26 anderen europäischen Länder bei sich auch so machen. Straßenblockaden? Streng verboten! Demos mit Lautsprechereinsatz? Nur wenn angemeldet und von der örtlichen Behörde geduldet! Deshalb müssen wir uns angewöhnen, um unser Recht, um unsere sozialen und politischen Belange zu kämpfen und dabei auch Grenzen zu überschreiten. Wir müssen uns die Freiheit nehmen, über dieses System, diese Ordnung hinaus zu denken! Wenn wir Millionen sind, wer will uns dann aufhalten?

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Öffentlichkeit wird bewusst nicht aufgeklärt

Noch bevor die 186. Montagsdemo in Bremen am 23. Juni 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz losging, blieb eine sechste Schulklasse aus Bad Oeynhausen vor unserem Transparent stehen und verstand gleich, worum es ging. Einige Mädchen zückten ihre Portemonnaies und steckten ihr Kupfer bereitwillig in unsere Spendendose. Dann zogen sie weiter. Später kam noch ein schwarzer Frosch-

mann des Weges, der uns auch unterstützen wollte. Unser Flugblatt wurde ausnahmslos gut angenommen, und auch die Teilnahme mit nahen und entfernteren Zuhörern und Lesern unserer aufgehängten Texttafeln war mit 40 doch ganz gut.

In den Redebeiträgen war das Nein der Iren zum sogenannten EU-Vertrag immer wieder aufgegriffenes Hauptthema. Über das, was in diesem Grundlagenvertrag steht, wird die Öffentlichkeit bewusst nicht aufgeklärt. Immer nur „effizienter“ und „demokratischer“ ohne jeden Beleg, das reicht nicht! Wir wollen uns jedenfalls viel stärker informieren und gegebenenfalls auch Passagen aus dem EU-Vertrag auf dem Marktplatz vortragen und erörtern. Da gibt es Sachen wie die Verpflichtung zu militärischen Aktionen und zur Hochrüstung oder die Verpflichtung zum Bau neuer Atomkraftwerke für die Energiemonopole, die gar nicht bekannt sind und daher öffentlich gemacht werden müssen.

Der Herr Sarrazin, bekannt als Berliner Finanzsenator, hat nach seinen „Essenssparvorschlägen“ nun neue Ideen: fünf Euro Stundenlohn als Mindestlohn! Vielleicht schreibt er ja schon sonst was ab, bei Faschisten und Folterknechten, wie es in seiner Denkungsart weitergeht. Das Kartellamt, das meistens über alles wegsieht und nur die Kapitalinteressen im Auge hat, greift jetzt die Bauern an, statt die Lebensmittelkonzerne zu prüfen. Die Ost-Politinstitute fertigen zugunsten der Reaktionäre und Ausländerfeinde tendenziöse Analysen an und tun so, als würde „Rechts“ zulegen. Es sieht genau anders aus, und das können die Reaktionäre nicht leiden!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

187. Bremer Montagsdemo am 30. 06. 2008

Jeder Zweite hat ein unsicheres Arbeitsverhältnis

Eine neue Umfrage der Gewerkschaften ergibt: Nur 47 Prozent der Beschäftigten haben einen unbefristeten Vertrag, sind keine Leiharbeiter und verdienen monatlich mindestens 2.000 Euro brutto. Zudem ist jeder Dritte mit seinen Arbeitsbedingungen extrem unzufrieden. Jeder zweite Arbeitnehmer ist nach Darstellung des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter unsicheren Bedingungen beschäftigt. „Dies bezeichnet man als ‚prekäre Beschäftigung' und ist längst kein Randphänomen mehr", sagte DGB-Chef Michael Sommer am Donnerstag in Berlin.

53 Prozent der Arbeitnehmer sind ständig von Arbeitslosigkeit bedroht und können jederzeit zum Hartz-IV-Empfänger werden! Was das bedeutet, ist den meisten Menschen sicher bekannt. Und für diejenigen, die das nicht wissen, stehen wir als parteiunabhängige Organisation jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz, um *gegen* die Hartz-Gesetze und die prekären Beschäftigungsverhältnisse sowie *für* einen Mindestlohn zu kämpfen und die Unwissenden über deren Bedeutung zu informieren. Wir wollen und werden mit der Montagsdemo so lange Druck auf die Herrschenden ausüben, bis Hartz IV endlich gekippt ist und die ganz offensichtlich korrupten politischen Strukturen beseitigt werden!

Anke Meyer (parteilos)

Das laute Nein zur Demokratie aus Schmiere und Schleim

Weil sich die SPD gar nicht erklären kann, warum sie in der Wählergunst so abgestürzt ist, beauftragte man die parteinahe „Friedrich-Ebert-Stiftung" mit einer Analyse, und diese gab, weil man auch nicht wusste, wie so etwas auszuwerten sei, den Auftrag an ein Politikbefragungsinstitut weiter. Und was wurde nun herausgefunden? Jeder dritte Bundesbürger glaube nicht mehr daran, dass die Demokratie Probleme lösen kann; in Ostdeutschland sind es sogar über 50 Prozent. Jeder

zweite könne sich vorstellen, bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr nicht abzustimmen. 57 Prozent der Deutschen verlangten eine Pause bei den sogenannten Reformen oder gar deren Rücknahme (gemeint sind Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze).

Solche Ergebnisse habe man nicht erwartet, geben die Analysten an. Sie fürchten, dass sich ein Drittel des Volkes „von der Demokratie verabschiedet“ habe. Vier von zehn Deutschen zweifeln daran, dass die Demokratie noch funktioniere. Dies deute darauf hin, dass die Menschen befürchten, jetzt oder demnächst gewaltig abzurutschen, und dafür das System verantwortlich machen. Es wird auch genau die Aufgabe der sogenannten Volksparteien benannt, nämlich Loyalität und Vertrauen in dieses System zu organisieren. Wenn sie sich hierbei schwertun oder gar versagen, wachse die „Gefahr für die Demokratie“.

Aktuelle Zahlen sind immer gut zu hören, aber für wie dumm schätzen die Analysten, Parteibonzen und kapitalistischen Versteckspieler denn die Menschen ein? Die „bürgerlich-parlamentarische Demokratie“ ist die verschleierte und vernebelte Diktatur des Kapitals. Wenn die Leute zu diesem Betrugstheater Nein sagen, heißt es gleich, sie erteilten der Demokratie eine Absage. Das hätte das undemokratische und betrügerische kapitalistische System gerne, dass die Menschen wieder nach einem starken braunen „Führer“ rufen! Nein, die allermeisten Menschen haben klare Einschätzungen davon, wer im Faschismus die Nutznießer waren, nämlich immer wieder und überall das Kapital. Darum sagen so viele Nein zum kapitalistischen System.

Dieses Nein reicht mittlerweile weit in die sogenannten Mittelschichten hinein, und der Widerstand wächst. Ich kenne kaum noch einen Ort oder eine Situation, wo man eine Zustimmung zur Regierungspolitik oder zur EU-Politik hört. Ich nehme an, dass die Ablehnungsquote noch viel höher liegt. Aber eines schafft das alte und verkommene System mit seinem gewaltigen Medien- und Vernebelungsapparat noch: die Menschen vom Selberaktivwerden abzuhalten. Wenn Letzteres auch noch kontinuierlich geschieht wie bei der Montagsdemo, dann sind dies Feinde der „Demokratie“ – gemeint ist natürlich die Demokratie aus Schmiere und Schleim, aus Lobby und Beziehungen, die sich selber mästet auf Kosten anderer.

Wir liegen genau richtig, wenn wir überall und tagtäglich den Finger in die Wunde legen und sagen: Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir! Weg mit der geplanten undemokratischen Fünf-Prozent-Hürde bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven! Nicht nur keine Sperrklausel für die städtischen Beiräte, nein: Weg mit der Fünf-Prozent-Hürde bei Wahlen zu Bürgerschaft, Bundestag und Europa-Parlament! Rücknahme der Entscheidungen von Bundestag

und Bundesrat zum EU-Grundlagenvertrag und Abstimmung durch einen Volksentscheid! Solange all das nicht durchgesetzt ist und nicht ganz andere Ziele gesetzt werden, wird man von uns hören und mit uns zu rechnen haben. Wenn wir unsere Aufgabe der Aufklärung und Einbeziehung neuer Kräfte gut machen, werden unsere Möglichkeiten noch viel größer!

Am **7. Juli 2008** kämpfen wir wie alle Montagsdemos in Deutschland für einen **Hungerzuschlag von 50 Euro monatlich auf den Regelsatz**. Wir wollen mit viel Krach auf uns aufmerksam machen. Bringt also Freunde und Nachbarn mit und dazu **Kochtöpfe mit Deckel, Rührlöffel und was sonst noch Lärm macht**! Wir wollen mal sehen, ob Bürgermeister Böhrnsen und Bürgerschaftspräsident Weber dazu schweigen! Herr Weber lässt sich ja viel lieber fotografieren, als dass er mal an seinem Schreibtisch sitzt.

Jobst Roselius

Rekord-Inflation: Wer weniger als 900 Euro netto im Monat zur Verfügung hat, gibt 111 Prozent für Konsum aus *(„Spiegel-Online“)*

„Boom gefährdet Jobs bei Arbeitsagentur“: Die Politiker fallen auf ihre eigenen Lügen rein *(„WAZ“)*

Ir(r)e: Horstel sagt (vorerst) Nein zum Lissabonner Vertrag *(„Spiegel-Online“)*

Damit keine Anti-Atom-Protestwelle aufkommt, steigt der Energiepreis in ungeahnte Höhen

1. Europa bestimmt unser Leben, Tag für Tag: 70 Prozent aller Entscheidungen werden in Brüssel getroffen. So wirkte Europa in der letzten Woche:

- Europa hat die **Ein-Euro- und Ein-Personen-Gesellschaft** vorgegeben („Weser-Kurier“ vom 27. Juni 2008), und zwar haftungsbeschränkt! Die GmbH-Gesetze wurden mehrfach geändert, um die Gläubiger zu schützen: von einer Person auf zwei Personen für die Gründung, und das Mindestkapital wurde auf 25.000 Euro erhöht. Der Bundestag wird die Vorgaben aus Europa umsetzen. Für Erwerbslose ist dies die Möglichkeit, beim Schritt in die Selbständigkeit nicht alles zu riskieren und letztendlich hoch verschuldet in die Erwerbslosigkeit zurückzufallen. Wie dies geht? Wir gehen mit!
- Ein **Verbraucherschutzgesetz** sollte es werden, aber die Vorgabe aus Europa war zu erfüllen („Weser-Kurier“ vom 26. Juni 2008). Transparenzregeln

für Investoren wurden beraten und vorgeschlagen: Mehr Offenheit und Wahrheit wurden eingefordert. Von einer Strafverschärfung steht dort nichts. Angesichts der aktuellen Finanzkrise ist das unverständlich. Hier gehört die private Haftung des Vorstandsmitglieds her!

- Der Verkauf von **Hypothekendarlehn** wurde letzte Woche politisch bestätigt. Die Regelungen für den Häuslebauer und -käufer lauten: Bei Vertragsabschluss kann der Kreditnehmer erfahren, ob dieses Darlehn verkäuflich ist oder die Bank auf die Verkaufsmöglichkeit verzichtet. (Laut „Stiftung Warentest“ kostet der zugesagte Verzicht einen Aufpreis; hierauf sind die Politiker nicht eingegangen.) Gekündigt werden darf der Kredit nur, wenn der Kreditnehmer mit zwei aufeinanderfolgenden Raten in Verzug ist und der Rückstand mehr als 2,5 Prozent der ursprünglichen Darlehnssumme ausmacht. Der Verkauf von Hypotheken ist somit weiterhin jederzeit möglich, wenn die Bank nicht darauf verzichtet hat. Die Sparkassen hatten in ihren Geschäftsempfehlungen die Kreditverkäufe ausgeschlossen und trotzdem Hypothekendarlehn verkauft. Bei den Zahlungsrückständen wird die Bank das Darlehn kündigen und eine Vorfälligkeitsentschädigung berechnen („Weser-Kurier“ vom 26. Juni 2008). Darauf und auf die fehlende Tilgungsmöglichkeit von ALG-II-Betroffenen sind die Politiker nicht eingegangen.
- Das **Schornsteinfeger-Monopol** fällt. Gleichzeitig erhält der Schornsteinfeger mehr Aufgaben („Weser-Kurier“ vom 28. Juni 2008), außerdem werden Prüfungszeiträume verkürzt. Somit wird die Monopolstellung für dieses Gewerk *ausgebaut*. Lediglich den Kopf kann der Hausbesitzer alle sieben Jahre neu wählen. Verteidigt wird die Aufgabenerweiterung durch den Wirtschaftsminister Michael Glos. Der Schornsteinfeger nimmt hoheitliche Aufgaben wahr. Dies wird ausgebaut. Somit werden weitere hoheitliche Aufgaben an private Schornsteinfeger übertragen.
- Die **EU-Eingreiftruppe**, ein Gedanke des französischen Präsidenten Sarkozy, sollte ab 1. Juli 2008 verwirklicht werden. Dank der Iren ist dies nicht möglich („Weser-Kurier“ vom 30. Juni 2008)!
- Die „Agentur für Rüstung“ ist tätig. Beraten werden alle EU-Länder, um die **Umrüstung** aufeinander abzustimmen. Der erste Militär-AirbusA400M wurde vorgestellt: eine Entwicklung, um EU-Truppen mit eigenem Flugzeug an jeden Ort der Welt zu bringen („Weser-Kurier“ vom 27. Juni 2008).
- Frau Merkel hat der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Antworten gegeben. Elisabeth hat bereits letzte Woche darüber berichtet. Gudrun hat den „unabgestimmten“, aber verbindlichen Anhang des Lissabonner Vertrags thematisiert: Alle Völker der EU verpflichten sich damit, die **Atomenergie** zu fördern. Die Antwort von Frau Merkel erscheint so in einem völlig anderem Licht! Im Radio habe ich von Plänen der britischen Regierung gehört, die Atomkraft vorrangig auszubauen. Im „Weser-Kurier“ stand, Italien baue seine Atomkraft aus. Und damit keine Protestwelle „Atomkraft, nein danke“ aufkommt, steigt der Energiepreis in ungeahnte Höhen. Ich hoffe, dass dieser Protest trotz-

dem aufflammt! Nur auf die Grünen sollten wir dabei nicht warten („Weser-Kurier“ vom 24. Juni 2008).

- Frau Helga Trüpel ist grüne EU-Abgeordnete. Sie findet, Europa müsse „gemeinsam vorangehen“. Ein **Kern-Europa**, ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das will Frau Trüpel nicht. So weit, so gut („Weser-Kurier“ vom 24. Juni 2008). Doch muss Irland „selbst entscheiden, ob es zur EU gehören will“? Frau Trüpel, so geht es nicht: Irland gehört zur EU! Wer Irland ausschließen will, darf nicht wiedergewählt werden! Dazu kommt noch die Zustimmung zur Forderung „Atomkraft, ja bitte“. Frau Trüpel, Sie und Ihre Partei sind damit in der Sackgasse!
- Mit Russland wird über die **Energiesicherheit** für Deutschland verhandelt, durch die EU („Weser-Kurier“ vom 28. Juni 2008)!
- Der **Autobahnbau** geht voran („Weser-Kurier“ vom 27. Juni 2008), mit privaten Investoren. Bezahlt wird mit den Einnahmen der künftigen Maut. 370 Autobahnkilometer werden vorgezogen. Ich bin auf das Kleingedruckte gespannt. Auch damit wird die EU-Vorgabe der Privatisierung umgesetzt. Bremen macht mit („Weser-Kurier“ vom 28. Juni 2008): Für den Wesertunnel Seehausen wird der Zuschuss von sechs auf 16 Millionen Euro erhöht. Der Dortmund-Ems-Kanal („Weser-Kurier“ vom 27. Juni 2008) wird mit Spendengeldern ausgebaut. Ob diese Spender jetzt eine Vertragsänderung einfordern?
- **Handy-Gespräche** sollen billiger werden („Weser-Kurier“ vom 27. Juni 2008). Die Mobilfunkanbieter sollen ihre Preise senken, fordert die EU. Das würden deutsche Politiker auch gern machen, aber die Kompetenzen wurden an Europa abgegeben.
- Die italienische Bank Uni-Credit streicht 9.000 **Arbeitsstellen**, davon 2.500 in Deutschland (siehe auch Punkt 2). Neue Arbeitsstellen werden in Osteuropa geschaffen. Dort werden 1.300 neue Filialen eröffnet („Weser-Kurier“ vom 27. Juni 2008).
- MAN hat seine Mitarbeiter(innen) in Braunschweig erfreut: Dort wird die Logistik angesiedelt. Die Busfertigung wird wie geplant nach Polen **verlagert**.
- Die Handelskrankenkasse hat sich auf die von der EU definierte „**Metropolregion**“ Oldenburg-Bremen ausgerichtet und ist dort größte Ersatzkasse („Weser-Kurier“ vom 28. Juni 2008). Außerdem sieht die HKK sich bestens für den Gesundheitsfonds gewappnet.
- Wir sind weiterhin **Nettozahler der EU** („Weser-Kurier“ vom 28. Juni 2008): Im Jahr 2007 zahlt Deutschland 7,4 Milliarden Euro mehr in den EU-Haushalt, als es von der EU erhält. 2006 waren dies 1,1 Milliarden Euro weniger. Dabei ist Bremen so stolz auf die von der EU eingeworbenen Finanzmittel! Es handelt sich letztlich um deutsche Steuergelder.
- 80 Millionen Euro EU-Gelder gibt es für Uni-Campus und Überseepark („Weser-Kurier“ vom 26. Juni 2008). Überseepark ist ein neuer Name für die Überseestadt. Viel von diesem Geld wird für die Promenade und den Boulevard am Wasser vor den neuen Wohnhäusern ausgegeben. Hoffentlich for-

dert die Freie Hansestadt Bremen die Erschließungskosten einschließlich dieser Maßnahmen ein. **Europageld** hat schon die Schlachte verschönert, ohne Kosten für die Anlieger! Wohnungen für Erwerbslose werden hier sicher nicht geschaffen. Es wird nicht zwischen neuen und umgesiedelten Arbeitsstellen unterschieden. Aber auch bei „bis zu 900 Arbeitsplätzen“ ist der Aufwand unangemessen. Bestimmt würde die Uni bei einer Wahlmöglichkeit diesen Campus-Park für 886.000 Euro gegen etwas anderes tauschen! Sind die Folgekosten des Campus-Parks im Haushalt der Stadtgemeinde oder der Uni enthalten oder wie bei anderen Projekten „unbedacht“?

Ohne Irland gibt es kein vereintes Europa! Wir bedanken uns bei den Iren. Wir wollen Europa, die Iren auch („Weser-Kurier“ vom 25. Juni 2008) – aber nicht zu diesen Bedingungen! Der Vertrag ist gescheitert, nicht Europa! Bei einem neuen Anlauf müssen die Politiker den Mut zu Offenlegung und Diskussion bereits im Vorfeld haben, nur so lässt sich Europa gestalten! Ein Europa gegen den Willen der Völker wird scheitern!

2. Die **Demokratie** verliere an Rückhalt, meldet der „Weser-Kurier“ am 29. Juni 2008. Die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ hat eine Umfrage gemacht: Jeder Dritte zweifelt, jeder Zweite will nicht mehr wählen gehen! Frank Karl von der FES hat dazu folgende Anmerkung für Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger: „Aus persönlichem Misserfolg wird Staatsferne“. Ist es „persönlicher Misserfolg“, wenn eine Großbank 9.000 Mitarbeiter(innen) entlässt? Nein! Tausende verlieren so täglich die Möglichkeit, durch eigene Leistung den Lebensunterhalt zu sichern.

Die Arbeitsmarktstatistiken spiegeln dieses Leid nicht wider, weil das politische Personal die Rahmenbedingungen für die Zähler „Arbeitsplatz“ und „Arbeitslose“ so entscheidend geändert hat, dass diese Statistik nicht aussagefähig ist! Wetten, dass nicht einmal Herr Weise die Zahl der registrierten Erwerbslosen kennt? Wundert sich das politische Personal wirklich? Ich glaube, auch bei einer Wahlbeteiligung von zehn Prozent würden alle Gewählten das Mandat antreten! Tagtäglich wird politisch getrickst und verschleiert. Die Menschen durchschauen dies, haben aber leider resigniert.

3. Der zweite Staatsrat bei Finanzsenatorin Karoline Linnert wurde zusätzlich berufen. Frau Linnert hatte **Personalkostensenkung** versprochen, wo es den Bürger nicht belastet: Die Leitungsebenen sollten ausgedünnt werden. Herausgekommen ist eine *Verstärkung* der Leitungsebene im Finanzressort. Manche Zustimmung ist sicherlich auch erfolgt, weil der Neue kurz vor dem Renteneintritt mit 65 Jahren stand. Dies wurde nun beseitigt. Das Gesetz wurde geändert, und

dieser Mensch darf und will weiterhin arbeiten! Ein gut bezahlter Arbeitsplatz ist blockiert.

4. 1.000 deutsche Soldaten sollen zusätzlich nach **Afghanistan** („Weser-Kurier“ vom 25. Juni 2008), und zwar für den Kampfeinsatz. Diese vom US-Oberbefehlshaber gelobte Aufstockung wurde von Deutschland angeboten, der Einsatzbereich als Kampftruppe auch! Die Bundeswehr wird nunmehr in allen Bereichen Angriffziel der Taliban! Viele Aufbauprojekte waren bereits durch die Aufklärungsflüge gefährdet. Nunmehr wird jede Bewegung der Bundeswehr nur noch unter Kriegsbedingungen möglich sein. Aufbauhilfe ist so nur sehr eingeschränkt möglich!

5. Ein leitender Mitarbeiter der **Gewoba** mit circa 200.000 Euro Einkommen aus der Tätigkeit als Vorstandschef hat sich bei einer weiteren Gesellschaft eingebracht, die nun Aufträge von der Gewoba erhalten soll. Dieser Mitarbeiter sieht sich im Recht und glaubt nichts Ehrenrühriges zu tun. Er sollte ins Focke-Museum gehen und die Grundsätze eines ehrenwerten Kaufmanns zu Bremen lesen! Anschließend fällt Herrn Volker Riedel der Rücktritt leicht.

6. Die **Kosten der Unterkunft** werden in Bremen durch die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ geregelt. Diese basiert auf dem „Gewos“-Bericht und ist somit nicht gerichtsfest. Ein Wohnungswechsel ist schwierig, aber bei entsprechenden Gründen kann ein Nein der Bagis mit gerichtlicher Hilfe überwunden werden. Bei einer Entscheidung ging es um den Stichtag 1. November 2007 – ab diesem Tag wurden höhere Kosten der Unterkunft übernommen. Das Verwaltungsgericht sah keine Veränderung als Grund für diese Stichtagsregelung und hat eine höhere Miete auch für die Zeit davor zugesprochen. Die Angemessenheit der Mietobergrenzen als solches musste nicht geprüft werden, weil die geforderte Miete unterhalb der Höchstgrenze lag.

Um die Angemessenheit der **Heizkosten** geht es in einer anderen Entscheidung. Der tatsächliche Abschlag für Heizkosten ist angemessen und zu erstatten, solange keine Anzeichen für ein unwirtschaftliches Verhalten vorliegen.

Den Berlinern wünsche ich viel Erfolg! Wie der „Gewos“-Bericht zum Wohnungsmarkt in Bremen zu werten ist, haben wir letztes Jahr diskutiert und auf einem Flugblatt erläutert. Damit ist klar, warum die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ nicht gerichtsfest ist. Die Erhebung für Berlin wird wohl die gleiche Qualität haben. Wir haben uns gewehrt!

7. Jetzt kommen Kinder- und Wohngelderhöhung und Kinderzuschlag für mehr Kinder. Alles für die Armen? Aber nicht für Bezieher von ALG II, Sozialgeld und Grundsicherung! Diese erhalten zwar das **Kindergeld**, doch wird es zu 100 Prozent wieder angerechnet. Wohngeld und Kinderzuschlag können diese nicht be-

antragen, weil ALG II, Sozialgeld und Grundsicherung einerseits und Wohngeld oder Kinderzuschlag andererseits sich jeweils ausschließen.

Elisabeth hat bereits darauf hingewiesen, dass somit die Zahl der ALG-II-Aufstocker reduziert werden soll. Beim Kinderzuschlag wird es jetzt möglich, auf viel Geld zu verzichten. Die Behörden beachten hoffentlich, dass sie darauf hinweisen müssen – konkret und nicht nur mit einem vagen „es könnte sein“. Wir fordern daher für die Menschen, die auf ALG II, Sozialgeld oder Grundsicherung angewiesen sind, einen sofortigen **Hungerzuschlag** von 50 Euro monatlich! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Volk wurde sowieso nie gefragt

Das haben sie sich selbst zuzuschreiben, die „Volksparteien“, die beständig gegen das Volk regieren, jetzt bekommen sie es schwarz auf weiß: Nach einer Studie der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ glaubt jeder dritte Mensch nicht mehr an demokratische Problemlösungen. In Ostdeutschland ist es mit 57 Prozent sogar die Bevölkerungsmehrheit. Es ist leider zu befürchten, dass die SPD-Führung auch jetzt keinen Grund zur Umkehr sieht!

Bei den Erklärungsversuchen für den rasant um sich greifenden „Demokratie-Frust“ können sich die Forscher allerdings neoliberale Interpretationen nicht verkneifen. Von einem „*Gefühl* der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit“ ist die Rede und davon, dass fast sechzig Prozent dies so empfinden. Die Forscher erklären weiter, unter den „Demokratiefernen“ – das klingt wie das sattsam berüchtigte Unwort „Bildungsferne“ – seien Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger sogar „überrepräsentiert“. Das ist doch kein Wunder: Die gigantischen Betrügereien reichen ja weit bis in die Schröder-Ära zurück, und das Volk wurde sowieso nie gefragt!

Die Euro-Einführung, die großzügig der Merkel-Regierung überlassene Mehrwertsteuererhöhung, der aufgezwungene EU-Verfassungsvertrag, das ganze Verarmungs- und Versklavungsprogramm mit Hartz IV, die sogenannte Gesundheitsreform, Schäubles „Ermächtigungsgesetze“ und die Einsätze der Bundeswehr im Ausland wie im Innern: Von all dem hat die Mehrheit der Bevölkerung die Nase mehr als voll! Das ist zwar alles nicht ganz neu, aber es wird alles noch viel schlimmer kommen. Gerade deshalb stehen wir hier und versuchen, den Ver-

stummten und Resignierten eine Stimme zu geben. Die Montagsdemo ist dafür genau der richtige Ort!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Arge Saarbrücken verweigert Fahrkarte zum Jobantritt

Schon seit einiger Zeit bin ich begeisterter Besucher eurer Seite und lese mit Interesse alle eure Beiträge, zumal ich auch Empfänger von ALG II bin und ständig mit Willkür und Schikanen zu kämpfen habe. Das Problem ist, dass sich hier bei uns im Saarland kein Anwalt findet, der bereit dazu ist, sich mit einem Einzelfall wie mir zu beschäftigen und auf die Thematik umgehend einzugehen. Es wird im Vorfeld schon alles abgewiegelt und gar nicht erst versucht, Entscheidungen der Arge in Frage zu stellen und Fehler darin zu finden. Es scheint so, als ob die Arge heimliche Absprachen mit den hier ansässigen Anwälten getroffen hat, und auch sonst ist alles ziemlich fragwürdig.

Wenn einmal im Internet ein **Mietspiegel** auftaucht, der die Situation im Saarland wiedergibt, ist er genauso schnell wieder verschwunden, wie er auf einer Seite veröffentlicht wurde. Das beste Beispiel hierfür ist der Mietspiegel der Zeitschrift „Focus“, den ich vor circa einem Jahr gefunden hatte. Darin aufgeführt war auch das Saarland. Als ich vor etwa 14 Tagen noch einmal auf der Seite nachsehen wollte, um mich schlau zu machen, damit ich mich auch darauf berufen kann, war das Saarland nicht mehr in diesem „bundesdeutschen Mietenspiegel“ vertreten!

Ich schaue schon seit Monaten in der regionalen Presse bei den Mietanzeigen, ob Wohnungen zu dem von der Arge vorgegebenem Mietpreis und in dieser Größe überhaupt zu bekommen sind. Es ist zu dem vorgegebenen Preis absolut nichts zu kriegen, von der Größe ganz zu schweigen! Ab und zu findet sich mal eine in etwa hinkommende Wohnung, doch die liegt dann circa 20 Kilometer von meiner jetzigen entfernt.

Hier bei uns gibt es kaum Ein-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Bad, meist sind es zwei Zimmer, wobei der Mietpreis bei ein, zwei und drei Zimmern fast identisch ist. Auch auf „Immowelt“ beläuft sich die Durchschnittsmiete auf 5,69 Euro pro Quadratmeter. Auf „Studenten-WG“ wurde sie sogar sorgfältiger aufgeschlüsselt: 7,84 Euro pro Quadratmeter bei einem Zimmer mit Küche und Bad, 5,59 Euro bei zwei und 5,01 Euro bei drei Zimmern. Erschwerend kommt noch hinzu, dass Hartz-IV-Empfänger ungeliebte Mieter sind. Was kann ich denn tun?

Was gerichtliche Entscheidungen und Urteile des saarländischen Sozialgerichts betrifft, werden hier nur sehr wenige getroffen, weil das Amt solche anschei-

nend zu umgehen versucht. Warum, liegt wohl klar auf der Hand! Nun aber zu meinem eigentlichen Problem: Nach einem mündlich nicht genehmigten Umzug in eine Wohnung, den ich trotzdem vollzog, da ich hierdurch etwa 50 Euro Ersparnis hatte und diese auch zehn Quadratmeter (60 statt 70) kleiner war, wurden mir die bereits gekürzten **Kosten der Unterkunft** noch einmal gekürzt. Danach bekam ich von den 450 Euro (300 Euro Kaltmiete, 150 Euro Nebenkosten einschließlich Haushaltsstrom) nur noch 340 Euro anerkannt, was zum Ergebnis hatte, dass mir nur noch 237 Euro zum Leben verblieben.

Von diesen 237 Euro muss ich mich und meinen Hund ernähren, Versicherungen bezahlen und den sonstigen Lebensunterhalt bestreiten. Die Folgen bislang: Das Auto musste ich abschaffen, Kleidung kann ich mir schon lange nicht mehr kaufen, meine Welt besteht nur noch aus einem einzigen Scherbenhaufen. Angemahnt werden, schnorren, andere Leute anpumpen steht auf der Tagesordnung! Meine private Insolvenz, in der ich mich befinde, ist zum Scheitern verurteilt, da ich immer wieder neue Schulden machen muss, um mir und meinem Hund das Überleben zu sichern.

Nun hatte ich kurzfristig eine auf 14 Tage befristete **Arbeitsstelle** bekommen, bei der ich aber nicht übernommen wurde. Die Sache ist recht umfangreich und kompliziert. Weil ich den Arbeitslohn nicht erhielt, habe ich dies auch nicht gemeldet, zumal ich Auslagen hatte, die durch das ausstehende Geld erst einmal ausgeglichen werden sollten. Das Ende vom Lied: Nach einem Datenabgleich des Amtes erfolgte ohne Erbarmen eine Rückforderung in Höhe von circa 194 Euro von der Regionaldirektion Hessen. Ich versuchte, durch Überprüfungsantrag und Widerspruch etwaigen Ungereimtheiten und Fehlentscheidungen entgegenzuwirken. Das Resultat: Der Widerspruch wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Es sieht ganz danach aus, als wolle die Arge meine Leistungen in naher Zukunft noch weiter kürzen (dann besorge ich mir allerdings einen Strick), sodass ein Überleben für mich und meinen Hund gar nicht mehr möglich ist. Diesbezüglich wollte ich einen **Anwalt** aufsuchen, weil mir die Sache allmählich einfach über den Kopf wächst, doch dieser wurde mir von der Rechtspflegerin auf dem Amtsgericht Völklingen mit dem Hinweis verwehrt, dass es sich weiterhin um dieselbe Sache handelt, für die ich bereits einen erhalten habe. Mit offenem Mund und hilflos wie noch nie zuvor in meinem Leben habe ich diese sogenannte Rechtspflegerin dann sitzen lassen müssen.

Ein weiteres Problem: Ein Freund von mir (einer der wenigen, die sich noch mit mir abgeben) hat in seiner Firma für mich nachgefragt. Ich hätte vielleicht die Möglichkeit, Mitte dieser Woche dort anzufangen. Für diese Arbeit bräuchte ich aber erstens **Arbeitskleidung** und zweitens Geld, um überhaupt hinzukommen, also hab ich heute bei der Arge angefragt. Ich bekam die Auskunft, dafür wäre „nix vorgesehen“, was so viel heißt wie: „Schicksal! Dann schau eben, wie du das auf die Reihe kriegst, oder bleib zu Hause.“ Einmal mehr blieb mir die Spucke weg. Ich wusste es zwar besser, doch ein Einreden auf die Sachbearbeiterin endete

mit den Worten: „Melden Sie sich am Donnerstag noch mal, dann hab ich mich schlau gemacht.“ Aber Donnerstag ist es bereits zu spät!

Meine Zuschrift könnt ihr gerne auf eure Homepage setzen. Gerade das, was hier im Saarland zurzeit abgeht, gehört auch mal veröffentlicht. Ich könnte bald ein Buch darüber schreiben! Es sind aber nicht bloß Anwälte, die nur sehr zögerlich und ungern etwas gegen die Arge und ihre Fehlentscheidungen unternehmen beziehungsweise nicht entsprechend tätig werden, nein: Auch die hier ansässigen **Beratungsstellen**, etwa von der Diakonie, wagen es nicht, sich gemeinsam mit Betroffenen gegen diese Willkür und Schikanen zur Wehr zu setzen. Sie hinterfragen Entscheidungen nicht in dem Maße wie andernorts. Der Einzelfall wird eh von keinem berücksichtigt, sondern lediglich der „Normalfall“.

Wieso gibt es denn so wenige Entscheidungen und Urteile vom saarländischen Sozialgericht? Weil die Leute hier niemanden finden, der ihnen bei dieser Sache beratend zur Seite steht! Die wenigen Fälle, die es gibt, denke ich, sind solche, bei denen sich Leute selbst vertreten und schlau gemacht haben. Hoffentlich bekomme ich eine kluge Antwort bis spätestens morgen, da ich sonst mit meiner einzigen noch verbliebenen Hose zur Arbeit gehen muss, wenn ich mangels finanzieller Möglichkeiten dort überhaupt hinkomme. Bitte helft mir, sonst gibt es ein Opfer mehr, das die Arge auf dem Gewissen und zu verantworten hat!

Zuschrift von Ralph (Saarbrücken)

„Demokratie-Defizit“: Wer amtlich schikaniert wird und kein Geld zum Leben hat, weiß nicht, warum er diesen oder jenen „Volksvertreter“ wählen sollte *(„Spiegel-Online“)*

Ausbeutung im Namen des Herrn: Diakonie und Wohlfahrtsverbände „warnen“ vor Abbau von Ein-Euro-Jobs *(„Evangelischer Pressedienst“)*

Die Zahl der Hilfsbedürftigen im Umfeld der Jobcenter ist im „Aufschwung“ nicht gesunken

1. Letzte Woche Mittwoch entschied das Bundessozialgericht in Kassel, dass Kinder von Hartz-IV-Beziehern keinen Anspruch auf mehr Geld für ein **Schulessen** haben. Allerdings könnten möglicherweise behinderte Kinder ergänzende Leistungen vom Sozialamt bekommen. Damit zeigen die Richter des Sozialgerichtes erneut, dass sie den lachhaften Armutssatz beim Arbeitslosengeld II erstaunlicherweise als ausreichend empfinden.

Geklagt hatten die Eltern eines heute elfjährigen Jungen, der wegen eines Hörschadens eine verzögerte Sprachentwicklung aufweist. Deshalb besuchte er eine Schule für Sprachbehinderte im Landkreis Göppingen. 2,05 Euro musste er dort täglich für ein Mittagessen zahlen. Das dortige Jobcenter lehnte den Antrag der Eltern ab, dies als Mehrbedarf zu übernehmen.

Das Bundessozialgericht urteilte, dass es zur Kostenübernahme fürs Schulessen beim Arbeitslosengeld II keine Rechtsgrundlage gibt. Allerdings gebe es verschiedene Vorschriften im Sozialhilferecht, wonach möglicherweise die Sozialhilfe das Schulessen für behinderte Kinder übernehmen müsse. Dies hätte das Jobcenter auch erkennen und den Antrag an das Sozialamt weiterleiten müssen, betonte das Bundessozialgericht.

Alle Kinder gehen in die Kantine, außer Thomas und Line, die brauchen nix zu speisen! Ich finde, dass mit diesem Urteil nichtbehinderte Kinder benachteiligt werden. Dieses skandalöse Urteil schlittert voll an der Realität von ausgegrenzten Hartz-IV-Kindern vorbei!

2. Letzte Woche hörte ich im „Nordwestradio“ von einer Schülerin im Landkreis Leer, die wohl ihren Realschulabschluss nicht wird machen können. Weil sie im kommenden Schuljahr das 18. Lebensjahr vollendet, ist sie dann nicht mehr schulpflichtig, und infolgedessen will die dortige Arge ihr keine **Busfahrkarte** mehr im Wert von 51 Euro bezahlen. Die über 20 Kilometer pro Strecke kann sie schlecht mit dem Fahrrad zurücklegen. Ihre Eltern beziehen beide ALG II und können ihre Tochter deshalb nicht finanziell unterstützen.

Das ist beileibe kein Einzelfall: Immer mehr Schülern wird nach der zehnten Klasse das Fahrgeld für den Schulweg verweigert. Weil Bund und Länder sich darum streiten, wer nun für die Kosten aufkommen muss, bleibt ihr Schulabschluss gefährdet. Wer arm ist, der soll gefälligst arm bleiben! Ich hörte auch, dass eine private Stiftung gegründet wurde, die sich dieser Fälle annehmen soll, wo der Staat sich seiner Pflicht entzieht. Ich habe mir in den Tagen darauf die Finger wund gegoogelt, alle möglichen Begriffe eingegeben und bin doch nie auf eine gedruckte Version dieses Sachverhaltes gestoßen. Merkwürdig eigentlich!

Uneigentlich passt so eine Nachricht natürlich auch nicht zum Bild der „bildungsfernen“ Unterschicht, die dumpfbackig und Kartoffelchips kauend vor dem Flachbildschirm dahindämmert. In der üblichen Realitätsferne schwafelt Bundesarbeitsminister Olaf Scholz vollmundig davon, dass Hochschulen und Universitäten künftig auch Nicht-Abiturienten offenstehen sollen und dass jedes Talent gefördert werden müsse. Er will auch für mehr und bessere Bildungsabschlüsse sorgen. Wie soll das allerdings klappen, wenn sich Bund und Land jetzt schon nicht darüber einig werden können, wer die Busfahrkarte bezahlen muss? Wie sollen

dann bloß die restlichen bürokratischen Hürden überwunden werden können? Die hehren Ziele dürfen sicherlich nichts kosten – offenbar noch nicht einmal 51 Euro für eine Busfahrkarte monatlich.

3. Was nicht sein darf, das kann auch nicht sein, und so änderte Wirtschaftsminister Glos kurzerhand wichtige Passagen des Armuts- und Reichtumsberichts an den „störenden“ Stellen um. Der ursprüngliche Bericht, der unter Federführung von Arbeitsminister Olaf Scholz entstanden war, erklärte ihm zu wenig die „Errungenschaften des Sozialstaates“ und zeichnete ihm insgesamt ein zu düsteres Bild von der sozialen Realität. Wie verbreitet die Armut in Deutschland ist, das scheint eine Definitionsfrage zu sein oder eben auch eine Machtfrage. Die Bundesregierung bemüht sich nach Kräften darum, die soziale Lage in Deutschland noch irgendwie aufzuhübschen.

Noch perfider wirkt diese Strategie, wenn die Regierung ihre Aufschwungsbehauptungen gar nicht erst mit Zahlen untermauert. Eine falsche Statistik lässt sich meist noch entlarven, doch ohne jeden Anhaltspunkt wird es schwierig. So wird im **Armutsbericht** mehrfach triumphierend herausgestrichen, dass inzwischen 40,1 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig seien. Auch ganz viele Arbeitslose, Migranten und Frauen fänden nun zu neuen Jobs. Und natürlich sei dies, wie könnte es anders sein, direkt auf die Hartz-IV-Reformen zurückzuführen!

Dieses Ergebnis berauscht offenbar derart, dass die seltsame Kehrseite dieses Rekords komplett übergangen wird: Im Januar 2008 erhielten immer noch 5,135 Millionen erwerbsfähige Hilfsbedürftige Arbeitslosengeld II. Hinzu kamen 1,12 Millionen, die Arbeitslosengeld I bezogen. Weitere 538.000 Personen waren arbeitslos, ohne eine staatliche Unterstützung zu empfangen. Das macht knapp sieben Millionen Menschen, die sich irgendwie im Umfeld der Arbeitsagenturen aufhalten. Der Clou: Im Februar 2005 waren es etwa genauso viele! Damals betrug die Arbeitslosigkeit jedoch offiziell 14,1 Prozent.

Inzwischen ist sie auf märchenhafte 7,8 Prozent im Mai gesunken. Die Beschäftigungszunahme der vergangenen zweieinhalb Jahre resultiert im Wesentlichen aus Arbeitsstellen von schlechter Qualität: Ein-Euro-Jobs, Minijobs, Leiharbeit und Teilzeitarbeit. Eine IMK-Studie zeigt, dass sich die an die Arbeitnehmer ausgezahlte Summe der realen Löhne und Gehälter seit dem Jahr 2005 kaum erhöht hat. Das Fazit des IMK ist, dass der Zuwachs an Wirtschaftsleistung in diesem Aufschwung bisher allein den Beziehern von Gewinneinkommen und Vermögen zugute gekommen ist.

Bei den Vermögenden handelt es sich um eine relativ kleine Gruppe in der Bevölkerung: Zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung hat kein oder nur geringes Vermögen, während das reichste Zehntel knapp 60 Prozent besitzt. Logisch, Statistiken und Papier sind halt sehr geduldig! Klar ist nur, dass Arbeitslosigkeit in die Armut führt. Aber wer als arbeitslos zählt und wer als arm, das bleibt eine Frage der Macht. So werden Opfer ganz schnell zu Heulsusen gemacht: Wie können

wir bloß die fulminanten Wohltaten der Großen Koalition bei der Euphemisierung der Statistik verkennen?

4. Seit vielen Jahren sind die Löhne in Deutschland nicht bloß nicht gestiegen, sondern preisbereinigt sogar gesunken! Die drei Prozent, die wir durchschnittlich mehr in der Tasche haben, werden durch die explodierenden Preise zunichte gemacht. Die täglichen Ausgaben sind besonders teuer geworden, und für die meisten Menschen sind **Preissteigerungen** bei der Fahrt zur Arbeit, für Heizung und Lebensmittel besonders bitter. Ich weiß nicht, durch welche Rechentricks die Statistiken derart manipuliert werden können, dass nur von einer dreiprozentigen Preissteigerung die Rede ist. Im Mai 2008 mussten für Benzin und Diesel gut zwölf Prozent mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor, für Heizöl sogar fast 60 Prozent. Der hohe Ölpreis ist sicherlich als Spekulation in Richtung eines Ausbaus der Atomkraft zu betrachten!

Dann bekommen wir mit, dass die Arbeitnehmer(innen) in Frankreich ab 1. Juli 2008 einen Mindestlohn von 8,71 Euro erhalten. Oskar Lafontaine erklärte zu der Entscheidung der französischen Regierung, dass der Exportweltmeister Deutschland sich denselben Mindestlohn wie Frankreich leisten kann und muss. Der Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“ forderte zugleich Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf, ihre Mindestlohnforderung von 7,50 Euro anzuheben: „Die steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreise machen eine Korrektur der bisherigen Forderung dringend notwendig.“

Oskar Lafontaine bemängelte, dass es bei immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Unverständnis stößt, wenn Gewerkschaften und SPD einen Mindestlohn fordern, der noch um 1,21 Euro unter dem liegt, was selbst der konservative Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Frankreich den Beschäftigten zugesteht. Aber auch er erfüllt mir meine berechtigten Forderungen für ein auskömmliches Leben mit zehn Euro netto nicht! Schließlich wollen wir nicht leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben!

5. Auch die Kommunen kommen die Preissteigerungen bei Heizöl, Strom und Gas teuer zu stehen. Letzte Woche berichtete die Zeitung mit den vier Großbuchstaben, dass die Ausgaben für die rund 3,7 Millionen Bedarfsgemeinschaften in diesem Jahr um eine Milliarde Euro steigen würden. Nach Angaben des „Deutschen Städte- und Gemeindebunds“ betragen die Energiekosten der „Stützeempfänger“, die von den Kommunen übernommen werden, 2008 voraussichtlich 2,46 Milliarden Euro. Das seien 567 Millionen Euro oder 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Angesichts des Kostensprungs forderte der Städtebund die Bedarfsempfänger zum Energiesparen auf. Nach seinen Angaben übernehmen die Kommunen 70 Prozent der **Energiekosten** von Bedarfsempfängern. Den Rest teilen sich Bund und Länder. Als ob wir etwas für die unglaublich steigenden Preise können! Nicht gegen uns muss vorgegangen werden, sondern gegen die Strom- und Gaskonzerne! Die meisten ALG-II-Bezieher heizen im Winter sowieso nur sehr spär-

lich, kommen kaum über 15 Grad Raumtemperatur hinaus. Wie sollen Hartz-IV-Empfänger denn noch mehr Energie sparen, wenn nicht mal das Geld vorhanden ist, um Energiesparlampen zu kaufen?

6. Als Hilfe für Einkommensschwache wird der **Kinderzuschlag** neu geregelt. Künftig sollen deutlich mehr Familien von ihm Gebrauch machen können, um vor einem „Abgleiten in Hartz IV" bewahrt werden zu können. Bestimmt soll der Zuschlag auch vor einem Abgleiten in die Arbeitslosenstatistik bewahren, die auf diese Weise munter geschönt wird, weil diese Familien nicht zu Aufstockern werden müssen! Der Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, dass die Leistung von bis zu 140 Euro künftig bei niedrigeren Einkommen als bisher ausgezahlt wird. Dieser magere Zuschlag soll Eltern helfen, die zwar ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Künftig sollen Alleinerziehende ab einem Einkommen von 600 und Paare ab einem Einkommen von 900 Euro pro Monat von der Leistung profitieren.

Nach dem bisherigen Berechnungsverfahren mussten viele Anträge auf Kinderzuschlag abgelehnt werden, weil die betreffenden Familien knapp über der Einkommensgrenze lagen. Im Jahr 2005 wurden so zum Beispiel nur zehn Prozent der Anträge positiv beschieden. Nach Angaben der Bundesregierung erhalten nun 150.000 Kinder zusätzlich den Zuschlag. Dass sich die Große Koalition nicht schämt, diesen Tropfen auf den heißen Stein so groß rauszubringen! 140 Euro pro Kind sind ein trauriger Witz. Was ist mit dem großen „Rest" von über zwei Millionen armen Kindern, die natürlich komplett leer ausgehen werden? Statt mit komplizierten Einzelfallberechnungen herumzugeizen, sollten niedrige Einkommen gar nicht versteuert, das Kindergeld und die Regelsätze für Kinder erhöht werden!

7. Nach der neuesten DGB-Studie ist nur jeder achte Arbeitnehmer mit seinem Job zufrieden. Ein Drittel der Beschäftigten bewertet seinen Job sogar als schlecht. Dennoch soll sich die Arbeitsqualität in Deutschland leicht verbessert haben. Wie schon beim sagenumwobenen „Aufschwung" haben davon aber leider nicht alle etwas mitbekommen. Natürlich ist hier die Rede von den prekär Beschäftigten, die maximal 2.000 Euro brutto verdienen und sich mit Zeitverträgen und befristeten Vollzeitstellen herumquälen müssen. In dieser Gruppe bewerten 41 Prozent, also fast die Hälfte, ihre Arbeit als schlecht und lediglich neun Prozent als gut. Bemängelt werden fehlende Aufstiegsperspektiven, geringe berufliche Zukunftssicherheit und natürlich ein viel zu geringes Einkommen.

Erschreckenderweise stecken inzwischen 53 Prozent der Beschäftigten in einem **prekären Arbeitsverhältnis** fest, das ist mehr als jeder Zweite! Die Auswirkungen auf das abgehängte Prekariat reichen in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein. Wer setzt schon Kinder in die Welt, wenn der Arbeitsvertrag in ein paar Monaten ausläuft? Wer kann es sich erlauben, größere Anschaffungen zu machen, wenn nicht klar ist, wie lange noch regelmäßig Geld kommt? Wer schafft von nicht

vorhandenem Geld Rücklagen fürs Alter? Mit der Freifahrkarte von Hartz IV direkt in die Altersarmut hinein: Daran ändert auch ein lachhafter Mindestlohn von 7,50 Euro brutto, wie ihn der DGB vorschlägt, nicht das Mindeste!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

SPD nutzt Umfrage nach den Ursachen für ihr Akzeptanzdesaster zum Beschimpfen der Menschen

Es ist schönes Wetter, noch sind Kindergruppen unterwegs, die interessiert die Kundgebung beobachten, ehe sie weitergeführt werden. Wie immer an solchen Tagen gibt es auch weiter entfernt viele Zuhörer. Da macht es dann nichts, wenn Ignoranten wie CDU-Ex-Senator Kastendiek kein Flugblatt nehmen und an uns vorbeigehen, als wären wir Luft. Der engere Kreis ist heute klein, nur etwa 23 Leute, aber diejenigen, die nur kurz teilnehmen wollen, bringen die Zahl schnell auf 40 bis 50 bei unserer 187. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz.

Eingeleitet wurde mit den Zahlen der prekären Arbeitsverhältnisse. Selbst der DGB kommt um die 53 Prozent, die höchst unsicher leben müssen, nicht herum, aber er macht nichts, auf Geheiß von SPD und Monopolkapital. Dass die SPD ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um die Ursachen für ihr Akzeptanzdesaster aufzuklären, macht keinen Sinn, wenn man die Ergebnisse zur Beschimpfung der Menschen benutzt und weiter mit Schmiere und Schleim versucht, sich persönlich und bei der Machterhaltung Vorteile zu ergaunern.

Immer wieder angesprochen wurde der EU-Vertrag: Die Regierenden haben doch so viel Angst vor den Menschen, dass sie nur ihre gekauften Parlamentarier für sich abstimmen lassen. Die Menschen, die eine andere Welt wollen, fordern eine Abstimmung durch das Volk!

Dann die „Föderalismus-Reform“: Was wird da schon reformiert? Bremen wird weiter im Schwitzkasten gehalten, und man kann zuschauen, wie die Daumenschrauben den immer genervteren Bremern angezogen werden. So ein Probier- und Testfeld zu erhalten, ist der eigentliche Sinn der sogenannten Selbständigkeit Bremens. Berlin macht auch mal Bremen etwas nach, jetzt das Spiel mit der Mietobergrenze. Wir raten den Berlinern: Besucht kollektiv die Politiker in ihren

Ausschüssen! Mit direkter Konfrontation kann man schon etwas aufmischen. Der Bremer Senat meint, das Sozialticket aussitzen zu können. Jeder Betroffene sollte alle Fahrten zur Bagis oder zu Vorstellungsgesprächen haarklein einfordern, denn die Arge muss zahlen, so schreibt es das Gesetz vor. Da wird sich in Kürze das Sozialticket für den bremischen Haushalt lohnen.

Am kommenden **Montag**, dem **7. Juli 2008**, geht es um die **lautstarke Forderung nach einem sofortigen Hungerzuschlag von 50 Euro**. Die Inflation schlägt mit über vier Prozent neue Rekorde, die Politiker mästen sich mit Diätenerhöhungen, die Monopole fahren satte Supergewinne ein. Schluss damit: Wir fordern mehr!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Vollbeschäftigung im Herbst“: Spritpreis-Explosion bringt
50.000 deutsche Unternehmen ins Wanken *(„Stern“)*

Zivilcourage: Ein-Euro-Jobber macht Schluss
mit Hitler-Verkitschung *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

188. Bremer Montagsdemo am 07. 07. 2008

Schon wieder schwanger – Bremen schiebt neunfache Mutter ab

Es gibt einen neuerlichen Abschiebeskandal im Lande Bremen, der alles Bisherige in den Schatten stellt und über den bis jetzt nur die „Tageszeitung Bremen“ am 9. Juli 2008 berichtete. Da musste ich voller Entsetzen und Empörung lesen, dass die Bremerhavener Ausländerbehörde mit voller Rückendeckung des Bremer Innensenators beabsichtigt, in Kürze eine schwer erkrankte und hochschwangere Frau mit ihren neun Kindern in die Türkei abzuschieben!

Und dies, obwohl sie schon lange in der Bundesrepublik lebt und nach eigenen Angaben das Land, in das sie abgeschoben werden soll, seit 20 Jahren nicht mehr gesehen hat. Außerdem spricht sie nur arabisch und ist der türkischen Sprache nicht mächtig. Von ihrem Mann, der ebenfalls abgeschoben werden soll, will sie sich nach Angaben ihres Anwalts scheiden lassen. Das Gesundheitsamt habe ihr einen schlechten psychischen Zustand attestiert, schreibt die „Tageszeitung“ weiter, und eine Gefahr für Leib und Leben sei „nicht mehr auszuschließen.“ Danach ist die Frau also hochgradig suizidgefährdet, und allein dies wäre schon ein gravierendes Abschiebehindernis!

Mit unglaublicher Menschenverachtung teilt das Ausländeramt nun mit, dass es sie dennoch abschieben will – trotz aller ärztlichen Bedenken seitens des Gesundheitsamtes. Damit sie sich nicht selbst gefährde – so die Ausländerbehörde – solle sie „für den Flug beruhigende Medikamente bekommen und gegebenenfalls an Händen und Füßen gefesselt werden.“ Das verschlägt einem nun vollends die Sprache, obwohl mensch aus der brutalen hessischen Abschiebepraxis ja schon einiges gewohnt ist. Mit dem abgrundtief zynischen Satz „eine Schwangere kann ja auch in den Urlaub fliegen“, setzt der Sprecher des Innensenators noch in übelster Weise eins drauf! Der ganze Vorgang ist – ich muss es noch einmal sagen – an Menschenverachtung und Böswilligkeit kaum zu überbieten, und er ist darüber hinaus auch zutiefst frauenfeindlich!

Der Anwalt der Frau, Hans-Eberhard Schultz, hat nun beim Bremer Verwaltungsgericht einen Eilantrag auf Aussetzung der Abschiebung gestellt. Er hofft, dass die Kammer seinem Eilantrag zustimmt und die Abschiebung so lange aussetzt, bis das Kind auf der Welt ist, und die Ausländerbehörde mit dem Vollzug so lange wartet, bis das Verwaltungsgericht entschieden hat. Das löst jedoch die generellen Probleme nicht, die es seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Jahre 1994 gibt, die dann später durch die Abschottungspolitik der Bundesrepublik und der EU ständig zugenommen haben und sich im Falle des Inkrafttretens des Lissabonner Verfassungsvertrags weiter verschärfen werden.

Da liegt übrigens unser neuer Bremer Innensenator (wie heißt der eigentlich?) ganz auf der Linie der kürzlich stattgefundenen Innenministerkonferenz, die sich genau daran orientiert! Daher noch einmal: Dieser Vertrag muss weg, und die Chancen hierfür stehen seit der Verweigerungshaltung Irlands und Polens auch gar nicht mal so schlecht! Zunächst aber steht in dem aktuellen Fall die Forderung nach einem sofortigen Abschiebestopp und einem dauerhaften Aufenthaltsrecht für die Frau mit ihren Kindern ganz dringend auf der Tagesordnung! Handeln Sie jetzt, und handeln Sie in diesem Sinne, Herr Innensenator!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Abschiebung vorläufig gestoppt: Kinder wären in der Türkei mehr oder weniger auf sich allein gestellt *(„Tageszeitung“)*

Baden verboten: Französische Putzkolonne spült 360 Kilogramm Uran ins Abwasser *(„Stern“)*

Atomkraft? Nein, danke!

1. Europa bestimmt unser Leben, Tag für Tag: 70 Prozent aller Entscheidungen werden in Brüssel getroffen. Herr Dr. Reinhard Loske hat dies festgestellt. Er ist Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und – Europa. Diese Zuordnung dürfte somit der Bedeutung Europas nicht entsprechen. Es wird Zeit für Bremen, die Zeit nicht zu verschlafen!

Ob die Kassen Bremens gefüllt oder leer sind, entscheidet sich ebenfalls in Brüssel, nicht nur durch die Mittel aus dem „Europäischen Sozialfonds“. Die EU-Vorgaben bestimmen auch den Länderfinanzausgleich oder die Verschuldensgrenzen, siehe vorherige Montagsdemos.

Eine Änderung der Rahmenbedingungen, damit Steuervermeidung internationaler Konzerne erschwert oder unmöglich wird, kann weder Bremen noch Deutschland erwirken. Aber Europa hat scheinbar keine Ambitionen dazu!

Das „Netzwerk Steuergerechtigkeit“ schreibt in einem Appell „Für mehr Steuertransparenz transnationaler Konzerne“: „Das grundsätzliche Problem ist die Steuervermeidung durch Konzerne. Steuerflucht und **Steuervermeidung** sind Phänomene, die weltweit immer mehr um sich greifen. Durch missbräuchliche Nutzung von Steuerlücken und Schlupflöchern im in- und ausländischen Steuerrecht gelingt es insbesondere transnationalen Konzernen, ihre Gewinne von einem Land in ein anderes zu verschieben, vielfach in oder über Steueroasen. Die Absicht dabei ist, der heimischen Steuer auf den Konzerngewinn ganz oder in Teilen zu entgehen.

Selbst wenn sie dabei nicht zu illegalen Mitteln greifen, handeln sie damit doch gegen den erklärten Willen von Regierungen, denn Steuervermeidung heißt nichts anderes, als dass die von diesen geschaffenen Steuergesetze umgangen werden. Die Summe der von diesen Unternehmen vermiedenen Steuern beläuft sich Schätzungen zufolge weltweit auf Hunderte Milliarden Euro. Nach einer vor Kurzem in Großbritannien bekannt gewordenen Untersuchung zahlen heimische Unternehmen – wenn überhaupt – allenfalls 75 Prozent des von ihnen zu erwartenden Steueraufkommens. In Deutschland dürften es anderen Untersuchungen zufolge sogar nur etwa 60 Prozent sein.“

Hinsichtlich weiterer „Unterlassungen“ zur Vermeidung leerer Kassen siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Die Zahl der Millionäre hat weltweit um sechs Prozent auf 10,1 Millionen zugenommen („Weser-Kurier“ vom 25. Juni 2008). Aber eine Unterstützung der Menschen mit geringem Einkommen können wir uns nicht leisten? Wir fordern 50 Euro Zuschlag monatlich als Soforthilfe für jeden Menschen mit geringem Einkommen auf ALG-II-Niveau, denn leere Kassen entstehen auch durch unterlassene Einnahmen!

2. Wie schnell Geld „gefunden“ wird, habe ich auf den vorherigen Bremer Montagsdemos beim Thema **Hypothekenkrise** angeführt. Diese Krise ist noch lange nicht ausgestanden („Weser-Kurier“ vom 5. Juli 2008), doch die Banken wollen das Problem aussitzen und verbergen die Fakten! Die US-Investbank Goldmann-Sachs, die selbst betrofffen ist, hat nun 52 große europäische Banken unter die Lupe genommen und die Kursprognosen für 50 davon nach unten berichtigt. Dabei geht es um die Kurse von 2008 bis 2010. Den Bedarf an frischem Kapital dieser Banken schätzt der Goldmann-Sachs Analyst auf 60 bis 90 Milliarden Euro!

Dabei fällt mir auf: Es fehlen die Meldungen und Informationen rund um die ermittelten Steuervermeider! Wird der Datenkauf jetzt *ohne* Öffentlichkeit ausgewertet oder niedergeschlagen? Kann sich dann auch Herr Zumwinkel eine Steuernachzahlung ersparen?

Auch Österreich hat eine Bank, die sich in der Karibik verspekuliert hat, die Bawag („Weser-Kurier“ vom 5. Juli 2008). Die Angeklagten wurden für schuldig

befunden, nicht nur Milliardensummen veruntreut, sondern die Verluste durch Bilanzfälschung vertuscht zu haben, und zwar mit folgendem Ablauf: Der Vorstand Elsner hat Verluste von 1,72 Milliarden Euro zu verantworten, sein Nachfolger Zwettler 1,63 Milliarden Euro. Der ÖGB-Chef Verzetnitsch als späterer Aufsichtsratschef hat die Streikkasse der Gewerkschaft eingesetzt, um den Zusammenbruch der Bank zu verhindern! Das Gericht hat Gefängnisstrafen verhängt, die auch angetreten werden müssen. Außerdem haben neun Verurteilte zusammen über 75 Millionen Euro Schadenersatz zu zahlen.

Diese Vorgehensweise wäre auch für die deutschen Spekulanten in Aufsichtsräten und Vorständen empfehlenswert! Die bekannten betroffenen Banken waren überwiegend im öffentlichem Besitz und wurden mit viel Steuergeld aufgefangen. Die Milliardensummen sind auf den vorherigen Bremer Montagsdemos nachzulesen. Die IKB hat sich, gemessen am Eigenkapital, am nachhaltigsten verspekuliert. Die Grünen, FDP und „Die Linke“ können und wollten gemeinsam einen Untersuchungsausschuss für die Vorgänge in und um die IKB beantragen, doch die FDP wackelt. Die Banken sind dagegen: Sie mögen diese Fragen nicht – und spenden an fast alle großen Parteien erhebliche Summen.

Von den Freidemokraten hat die Regierung nunmehr einen moderaten Fragebogen erhalten. Sie hat großes Interesse an der Abwehr dieses Untersuchungsausschusses, denn die Steuergelder in Milliardenhöhe wurden *ohne* Zustimmung und Mitwirkung des Parlaments in die Banken gepumpt. Diese Regierung hat kein Interesse an der Aufklärung der Vorgänge! Das Finanzministerium und die Bundesbank haben ihren Aufsichtsbeamten die Genehmigung zur Aussage vor dem Dresdner Sachsen-LB-Untersuchungsausschuss verweigert.

Außerdem waren viele bekannte Namen in den Aufsichtsräten und Vorständen der betroffenen Banken anzutreffen – versorgte Politiker(innen)? Die Folgen sind ein hoher Verschleierungsbedarf und geleerte Kassen. Allerdings wird mit den Kassenständen der öffentlichen Hand ebenfalls getrickst. Die Risiken wurden in irische Tochtergesellschaften ausgelagert. Die Steuergelder sollen aus künftigen Gewinnen zurückgezahlt werden, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Ich wünschte mir, genauso prompt stünden die Mittel für den Hungerzuschlag parat! Die Preise für Lebensmittel und Energie steigen immer rasanter. Es gibt keinen Zweifel mehr: Die Preissteigerungen treffen unvermindert die Verbraucher. Krampfhaft verteidigt die Regierung die Schätzung für eine Steigerung des Bruttosozialprodukts im Jahr 2008. Institute, die „zur Stange halten“, können sicher mit dem Auftrag für das nächste Gutachten rechnen! Begründen muss keiner diese Einschätzungen. Sie schreiben einfach: „Wir erwarten erst für 2009 einen Rückgang des Bruttosozialprodukts“. So einfach, so folgenreich!

3. In Bremen gibt sich das politische Personal viel Mühe, interessierte Bürger für die Sitzungstermine und Inhalte zu begeistern, doch das Protokoll für die 22. Sitzung am 3. 6. 2008 liegt immer noch nicht vor. Inzwischen sind weitere fünf Sit-

zungstage gewesen. Herr Weber, wie kommt dies? So wird die Politikverdrossenheit von der Bürgerschaft gefördert!

Was Grüne und SPD bisher getan oder unterlassen haben, um das Sozialticket zu verwirklichen, steht in der Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008. Die Bagis will sich demnach nicht an den Kosten beteiligen. Dies könnt ihr ändern! Es ist euch sicherlich aufgefallen, dass die alte Lüge „Fahrtkosten unter sechs Euro können nicht erstattet werden“ mittlerweile auf den „Einladungen“ fehlt.

Wer zum Beispiel in Huchting wohnt und zur Bagis in der Neuenlander Straße „gebeten“ wird, benötigt zweimal 2,10 Euro an Fahrtkosten. Dies mündlich beim Absender der Einladung beantragen. Der Antrag wird schriftlich festgehalten, hiervon eine Kopie mitnehmen. Das Geld wird überwiesen. Es geht auch mit einer Kurzstrecke. Wenn der Sachbearbeiter meint, die Strecke hätte mensch auch laufen können, soll er die Fahrtkostenerstattung schriftlich ablehnen. Dann ist ein Widerspruch möglich. In den meisten Fällen gibt es eine Diskussion. Einfach ansprechen, und es läuft.

Wer möchte, kann die **Fahrtkosten** rückwirkend ab 1. Januar 2005 beziehungsweise dem Beginn des ALG-II-Bezugs einfordern, § 44 SGB X macht dies möglich: „Hiermit stelle ich einen Antrag auf Überprüfung der Fahrtkostenerstattung ab 1. Januar 2005 für alle Einladungen sowie die Einreichung von Unterlagen und für Nachfragen. Ich habe öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Ich bitte um Überweisung.“ Unterschrift und Datum nicht vergessen und gegen Stempel bei der Bagis abgeben. Wie dies geht? Wir gehen mit!

In der Antwort des Senats fehlt mir der Hinweis auf die soziale Spaltung der Stadt: Transferempfänger werden in die Randbezirke gedrückt, und mangels Fahrgeld verbleiben sie dort! Ist es Absicht, bloß nicht zu viele Transferempfänger in die Innenstadt zu lassen? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die Regierung kann im Grundgesetz nachlesen, dass Verstaatlichungen von Energieunternehmen geboten sind. Damit wäre der Preisschraube Einhalt zu gebieten. Die Energiereserven des Bundes ließen sich preisdämpfend einsetzen. Das Bundeskartellamt könnte mit Verfügungen und Sonderprüfungen agieren. Ein ähnliches Vorgehen wäre europaweit möglich, aber nichts davon geschieht!

Nun soll der Verbraucher die **Atomkraft** wieder akzeptieren: als Preisdämpfer und Klimaretter. Nein, dies wird nicht funktionieren! Das Klimacamp im August wird dies entlarven. Als Einstieg wird gefordert, dass die „sicheren“ Atomkraftwerke in Deutschland länger laufen sollen. Doch auch „sichere“ Atomkraftwerke werden von Menschen bedient. Bisher war der Mensch Ursache für die meisten Störfälle in Atomanlagen.

Auch die „Entsorgung“ erfolgt reichlich sorglos: Fässer mit „leicht“ radioaktiven Abfällen werden nicht gestapelt, sondern per Radlader in eine Kuhle gekippt, und dann kommt Beton drüber. Das Bild im „Weser-Kurier“ vom 5. Juni 2008 hat mich sehr beunruhigt, der Bericht am 2. Juli 2008 über die Missstände im Endlager

Asse auch. Endlagerung ist wohl ein Geschäft! Geldverdienen und nicht Sorgfalt steht scheinbar im Vordergrund.

Das Verhalten von Vattenfall besteht darin, einfach nur einen „Bauern“ zu opfern und so zu tun, als sei alles wieder in Ordnung. Bis zurück zur Katastrophe von Tschernobyl reicht meine Gänsehaut! Und was heißt eigentlich „zurück“? Die Auswirkungen dieses „auslegungsüberschreitenden Störfalls“ sind auch nach 20 Jahren sehr akut, und viele Menschen leiden jetzt unter den Auswirkungen!

Auch die nächsten Generationen werden unter den Folgen von „Tschernobyl“ leiden. Den neuen Betonmantel über den Reste des Atomkraftwerkes zahlt die Europäische Union, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Planung und Durchführung liegen ebenfalls bei der EU! Wie kann angesichts dieses Sachverhalts von „billiger“ und „sicherer“ Atomkraft die Rede sein? Der Satz „Atomkraft? Nein, danke!“ ist so gültig wie nie zuvor!

Preissteigerungen sind durch Anhebung der Löhne- und Gehälter auszugleichen. Ebenfalls wird die Anhebung der Transferleistungen eingefordert. Einfach nur Kopf zeigen! Wenn die Marktplätze voll sind wird, diese Forderung erfüllt, oder die Preise sinken aus ebenso schleierhaften Gründen, wie sie gestiegen sind! Preissteigerungen sind rücknehmbar, Verstrahlung nicht. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Am **17. Juli 2008** gibt es um **20 Uhr** eine **Veranstaltung** im Kommunikationszentrum **Paradox**, Bernhardstraße 12, zu den für August geplanten **Klima- und Antirassismus-Camps**. Es wird ein Überblick über Inhalte, Ziele und geplante Aktionen gegeben. Anknüpfend an den Mobilisierungserfolg des G8-Gipfels in Heiligendamm im Jahr 2007 soll eine Diskussion über die Perspektiven linker Zusammenarbeit geführt werden. Veranstalter ist das „Klimaplenum Bremen“.

Wir haben Hunger, Hunger, Hunger

Die Menschen der Welt haben Hunger. Hunger nach Brot, nach Wohnung und Gesundheit, Hunger nach Arbeit und Möglichkeiten der freien Entfaltung ihrer Ideen und Kräfte – nicht, wie Reaktionäre denken, nach Faulheit und Müßiggang. Nein, dieses Denken ist den Reaktionären selbst gemein, die sich mit Waffen und Mauern, mit Foltermilizen und dergleichen umgeben, um sicher ihren veralteten Gedanken frönen zu können, dass die Menschen, wenn man sie nicht antreibt, faul und nichtsnutzig seien.

Diese Leute, die anderen Wasser predigen und für sich selbst Wein und Delikatessen kalt gestellt haben, die für sich die sichersten Bedingungen haben „müssen“, deren Hauptsorge nicht die gesellschaftliche Fortentwicklung aller ist, son-

dern ihre Versicherung durch Machtmissbrauch, Erpressung und Kauffähigkeit einer opportunistischen Politikerkaste, diese Leute und alle ihre beifällig hofierenden Quacksalber kennen nur eins: Hunger nach noch höheren Profiten und klitzekleinen Anteilen daran für ihre Speichellecker. Sie reden von den „nicht veränderbaren Gesetzen der Globalisierung“ und nennen das dann Wettbewerb. Ihr Wettbewerb funktioniert nicht!

Es sollen immer andere die Zeche zahlen. Das wollen wir nicht länger tun! Ihre Globalisierung der Ausbeutung und Ausplünderung und Entrechtung funktioniert nur so lange, bis wir, die Betroffenen, immer mehr Stöcke in ihre Speichen stecken: durch Kampf der Konzernbelegschaften in enger Verbindung von Arbeitslosen und Arbeitenden, von Jung und Alt, Frauen und Männern. Wir wollen einen ganz anderen Wettbewerb: einen Wettbewerb für die Veränderung der Welt, an der jede und jeder praktisch und mutmachend Anteil haben kann!

Was letztes Jahr in Heiligendamm beim sogenannten G8-Gipfel passierte, an Geldvergeudung und Repression mit einem Ergebnis gleich Null, das wiederholt sich jetzt in Japan. Aber dank der von den fortschrittlichen Menschen immer breiter und offener entwickelten Informationswelt können sie ihre Hinhaltepolitik – „Nein, noch nicht, wir haben noch nicht alles gesichert, das geht an unsere Substanz“ und wie ihr Geschwätz auch immer lautet – nicht so fortsetzen. Immer lauter wird die Kritik!

Unsere Aufgabe ist es, die Kämpfe und die Kämpfenden gegen dieses System miteinander zu verbinden und die Kämpfe zu vereinheitlichen. Heute haben wir die 188. Montagsdemo. Wir haben eine neue Öffentlichkeit in der Stadt geschaffen. Das Offene Mikrofon, unsere Beschlüsse nach Aussprache und Beratung, unsere demokratischen Wahlen von Delegierten und Kandidaten nach einer Vorstellung: Das sind Markzeichen einer neuen Demokratie, einer richtigen Demokratie ohne Gemauschel, Strippenzieherei und Verbiegung der Persönlichkeit.

Da gibt es Politiker, wie sie uns jetzt wieder aufgetischt werden sollen, wenn Herr Kröning keine Lust mehr hat, für „so eine SPD“ weiter die Kohlen aus dem Feuer zu holen – also wie ein Herr Weber, bekannt als „Ich muss auf jedes noch so unbedarfte Foto drauf“ und „In-die-Scheiße-Treter“ (man denke nur an seine Hofiererei von Schröder bei seiner „Wilhelm-Kaisen-Bürgerstiftung“ oder der „Rehabilitierung“ von Frau Röpke), oder gar Herr Lemke, dem „ewigen Werder-Manager“, in dessen Ämtern es nicht mehr so gut mit dem Management lief, und bei der Uno kommt wohl zu wenig Kohle rein. Heuchelei, Schmalz und Filz: Ach, davon haben wir die Schnauze voll!

Ob CDU oder SPD: Bei den bürgerlichen Parteien sind diejenigen, die immer noch auf Selbstläuterung hoffen, gnadenlos verloren, verraten und verkauft. Und wenn jetzt das Stadtamt auf Geheiß des Herrn Weber und des Bürgerschaftsvorstandes uns nach 187 Malen Montagsdemo noch einmal wissen lässt, dass der obere Vorplatz vor dem Bürgerschaftseingang nicht benutzt werden darf und auch die seitliche Treppe nicht, dann zeugt das von der Armseligkeit ihrer politischen Kultur. Wir werden es machen, wie wir es brauchen und auch auf der Treppe stehen!

Jobst Roselius

Nachwahl-Posse: Nachfolger der Schill-Partei zieht in die Bremische Bürgerschaft ein *(„Financial Times“)*

Sexualisierung: Wie sich jedes Interesse an relevanten Themen unterdrücken lässt *(„Stern“)*

Der Hartz-IV-Speiseplan führt zu Mangel- und Unterernährung

Wir sind eine parteiunabhängige Organisation, die jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz steht, um gegen die Hartz-Gesetze und für einen Mindestlohn zu kämpfen! Wir wollen heute unter dem Motto „Tag des Hungerzuschlags“ demonstrieren. Darum haben wir unser Kochgeschirr mitgebracht: Damit werden wir ganz viel Krach machen, um besonders die Politiker hier in der Bürgerschaft und die Bremer auf unser Anliegen aufmerksam und sensibel zu machen!

> „Bei Finanzministern und Senatoren genießen die Landsleute, die nicht arbeiten, kein Kapital und keinen Job besitzen, wenig Achtung und sind deshalb für den Staat zur fiskalischen Belastung und zum reinen Kostenfaktor, den es zu minimieren gilt, geworden. Das herausragendste Exemplar dieser ‚nichtsnutzigen Gattung‘ ist in Deutschland der Hartz-IV-Empfänger. Der Finanzsenator der Berliner Koalition, der Sozialdemokrat Thilo Sarrazin, hat dementsprechend die Konsequenz gezogen und diesen miserablen Stadtbürgern einen Speiseplan erstellt, der zeigen soll, wie man als Arbeitsloser von 4,25 Euro am Tag leben kann – das ist der Regelsatz für die Ernährung. Sogar ‚schon für 3,76 Euro am Tag gibt es drei volle Mahlzeiten‘, meint der Senator, der 10.000 Euro Monatsgehalt bezieht. Davon kann er jeden Tag mühelos beim Italiener essen und abends einen halben Liter Rotwein trinken. Das ist auch nicht

zu beanstanden. Aber seine Tagesrationen für Arbeitslose sind eine beispiellose Frechheit.

Die Sarrazin'sche Tagesportion Nr. 1 (Frühstück: 2 Brötchen, 25 g Marmelade, 20 g Butter, 1 Scheibe Käse, 1 Apfel; Mittag: 100 g Hack, 125 g Spaghetti, 200 g Tomatensoße; Abendessen: 130 g Leberkäse, 200 g Kartoffelsalat) hat, großzügig berechnet nach dem klassischen GU-Klevers-Kalorienkompass, 1.710 Kalorien, 1.357 kcal hat das von Sarrazin empfohlene Tagesmenü Nr. 2 und 1.594 kcal die Nr. 3. Mit dieser vom Finanzsenator als ausreichend befundenen Kalorienmenge von durchschnittlich 1550 kcal täglich leiden selbst die untätigsten Arbeitslosen nach vier Wochen an Unterernährung! Nach den Referenzwerten der ‚Deutschen Gesellschaft für Ernährung' beträgt die notwendige Energiezufuhr für Männer zwischen 25 und 50 Jahren bei ausschließlich sitzender Tätigkeit schon 2400 kcal; läuft der betreffende Mensch noch herum, zum Beispiel zur Jobagentur, braucht er leicht über 3.000 kcal.

Im Übrigen verschweigt der Senator souverän, dass Kinder nur für 2,28 Euro etwas zum Essen bekommen dürfen. Das ‚Deutsche Forschungsinstitut für Kinderernährung' hat aber ausgerechnet, dass für einen Jugendlichen 4,70 Euro das Minimum sind. Die Fehler, Irreführungen und defizitären Argumente des Senators schreien zum Himmel und werfen ein schlechtes Licht auf die Berliner Finanzverwaltung. Man darf auch fragen, ob ein Berliner Regierungsmitglied mit ‚Geiz-ist-geil'-Parolen arme Leute folgenlos verhöhnen darf. Nach Angaben des Deutschen Landkreistages sind 7,4 Millionen Menschen von Hartz IV betroffen. Wenn Massenarmut in Wut und Aggression umschlägt, tragen auch politische Provokateure wie Sarrazin dafür die Verantwortung."

So deutlich beweist CDU-Politiker Heiner Geißler, von 1982 bis 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, dass Hartz IV nicht zum Leben reicht. Frau Gilljen Theisohn von der „Solidarischen Hilfe" sagte am 1. Juli 2008 in „Buten un binnen", sie kenne niemanden, der mit dem Regelsatz von bisher 347 Euro seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Bei einer Inflation von drei Prozent sei es nicht möglich, mit vier Euro mehr ab 1. Juli seine Situation zu verbessern. Ohne einen Zuverdienst von 100 Euro im Monat könne man kaum das Nötigste bestreiten. Der Speiseplan von Herrn Sarrazin sei nicht durchführbar. Um menschenwürdig leben zu können, wäre ein Bedarf von 460 Euro im Monat notwendig.

Ich meine: Man kann doch nicht jeden Tag nur Spaghetti mit Tomatensoße oder Bratwurst, Kartoffelbrei und Sauerkraut essen! Das möchte kein Mensch. Da Herr Sarrazin in seinem Speiseplan kein gesundes Obst und Gemüse vorsieht, wird dies über kurz oder lang zu einer Mangel- und Fehlernährung führen. Das wiederum führt zu ernährungsbedingten Krankheiten, die das Gesundheitssystem belasten und somit alle Beitragszahler. Wie sollen die Kinder gesund aufwachsen und „stark werden" mit einem Speiseplan à la Sarrazin? Deshalb fordern wir heute einen sofortigen Hungerzuschlag von mindestens 50 Euro für je-

den Hartz-IV-Betroffenen! Dafür machen wir mit unserem Kochgeschirr ganz viel Krach!

Anke Meyer (parteilos)

Warum Kinder fördern, die später eh keinen Arbeitsplatz bekommen?

1. Zum wievielten Male kommt dieses Thema nun kurz vor der Sommerpause wieder auf den Tisch? Angeblich soll Bremen „schon“ in diesem Herbst das dringend benötigte **Sozialticket** einführen – darauf hatten sich bereits vor über einem Jahr SPD und Grüne in ihrem Koalitionspapier verständigt –, sofern es bei diesem Anlauf nun endlich klappt, versteht sich, und eine Lösung gefunden wird, die die öffentlichen Kassen möglichst nicht belastet.

Deswegen prüfen die Verkehrsbetriebe derzeit eine Umschichtung in der Preisgestaltung. Verkehrs-Staatsrat Wolfgang Golasowski fürchtet, dass ganz ohne Zuschuss aus öffentlichen Kassen ein Ticket für 15 Euro monatlich kaum zu bezahlen sei. Die Bagis will die Tickets nicht austeilen, deswegen muss wohl ein eigener Betrieb sicherstellen, dass wirklich nur Bedürftige diese vergünstigten Fahrkarten erwerben können. Bisher scheint nur „Die Linke“ tatsächlich an einer baldigen Umsetzung Interesse zu haben. Hoffentlich sind bis zum Herbst alle Bedenken vom Tisch und ist die Bereitschaft erwacht, den Worten Taten folgen zu lassen!

2. Ein Grund mehr für die bundesweite Einführung von Sozialtickets ist, dass durch Haussanierungen und den Zuzug wohlhabender Mieter in den Großstädten finanziell Schwache an den Rand der Metropolen gedrängt werden. In der Bundeshauptstadt liegen die Gegensätze derart nah nebeneinander, dass zum Beispiel neben einem frisch sanierten Haus ein anderes steht, an dem die Fassade abblättert. Weil nach der Wende fast 80 Prozent der maroden Altbauten saniert wurden, liegen die Durchschnittspreise bei Neuvermietungen mit bis zu 7,77 Euro pro Quadratmeter weit über dem Berliner Mittel von 5,96 Euro. Die Alteingesessenen können die Mieten nicht mehr aufbringen und werden weggedrängt, rausgeschubst oder seit Hartz IV eben auch zu Zwangsumzügen genötigt!

Aber auch Städte wie Hamburg oder Düsseldorf, die eine erfolgreiche industrielle Umstrukturierung hinter sich haben, sind für Aufwertungsprozesse prädestiniert. Verstärkt wird dies noch durch die strengen und oft unrealistischen Höchst-

mieten der Hartz-IV-Gesetze. Wer sie überschreitet, muss in billigere Lagen umziehen. Durch diese Art von gesetzlich verordneter Schaffung von Brennpunkten werden die politischen Bemühungen der vergangenen 15 Jahre, Städte sozial besser zu durchmischen, in ihr Gegenteil verkehrt. So ein **Zwangsumzug** stellt für finanziell schwach gestellte Mensche oft ein besonderes Drama dar, weil er ihnen ihre Netzwerke zur Armutsbewältigung nimmt. Dabei kann es sich um scheinbar banale, aber essentielle Arrangements handeln wie das Wissen, wer auf die Kinder aufpasst oder wer einem mal Geld leiht.

3. Für Hartz IV-Empfänger werden täglich neue Schikanen erfunden, die den argen Argen beim „Sparen“ helfen und die Transferempfänger möglichst butterweich und gefügig in die Knie zwingen sollen. Die Arge Bochum hat eine besonders perfide Variante erfunden: Dort werden Zuschüsse zu **Heizkosten** willkürlich mit dem Hinweis gekürzt, dass „nur zwei Drittel der Wohnung“ beheizt werden müssten! Dadurch müssen die Betroffenen von ihrem Regelsatz von 351 Euro monatlich auch noch einen Teil der Heizkosten bestreiten.

Offenbar geht es bei Hartz IV tatsächlich darum, eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen in Obdachlosigkeit und in Hunger zu bringen. Denn nur dahin kann es kommen, eskalieren, wenn die Miete nicht mehr bezahlt werden kann oder mit den Nebenkosten so in Rückstand gekommen wurde und zu allem Überfluss auch noch die „Tafel“ überfüllt ist. Auch in Bremen machte Thomas Röwekamp in dieser Hinsicht von sich reden, als er Hartz-IV-Empfänger in aller Menschenverachtung „unter Brücken schlafen“ lassen wollte. Durch solche Drohszenarien sollen dann diejenigen, die noch Arbeit haben, in Angst und Schrecken versetzt werden, damit sie auch weiterhin klaglos jede Verschlechterung über sich ergehen lassen.

Eigentlich sollten den ALG-II-Empfängern die tatsächlichen Heizkosten in angemessener Höhe übernommen werden. Uneigentlich werden in der Praxis immer wieder neue Vorwände gefunden, um dies eben gerade nicht zu tun. Oft werden einfach willkürliche Grenzen gesetzt, um keine Nachzahlungen leisten zu müssen. Wer also das Pech hat, eine bezahlbare Mietwohnung nur in einem schlecht isolierten Gebäude mit schlecht schließenden Fenstern gefunden zu haben, muss einen Teil seiner Regelleistung von 351 Euro auch noch für die Heizkosten ausgeben. Oder sollte ein ALG-II-Empfänger von seinem Zuwenig auch noch etwas ansparen, um Isolation oder gar neue Fenster einbauen zu lassen?

Selbstverständlich lässt sich gegen diese Widrigkeiten Einspruch einlegen, aber der wird in allen Fällen pauschal zurückgewiesen. Dann bleibt zwangsläufig nur noch der Weg zum Gericht. Klug wäre es, sich vorher bei den Montagsdemos Unterstützung und Verstärkung zu holen. Die zuständigen Gerichte haben in der ersten Instanz diese Praktiken regelmäßig zurückgewiesen, aber die Arge Bochum geht immer in die nächste, was bekanntermaßen lange dauert. Auf diese Weise werden die Kosten der Gerichtsverfahren die im Einzelfall eingesparten Beträge weit übersteigen. Kein Wunder also, wenn Hartz IV heute die Kosten der

Arbeitslosenhilfe übersteigt, obwohl die betroffenen Leidtragenden vergleichsweise weniger im Portemonnaie haben als je zuvor!

4. Letzte Woche wurde in der Bürgerschaft über die **Kürzungen** debattiert, die in Bremen ungefähr 1.200 Hartz-IV-Familien monatlich hinnehmen müssen, weil ein Mitglied „Vereinbarungen“ mit der Bagis nicht nachgekommen ist. Inga Nitz warf als Abgeordnete der Linksfraktion ein, dass es solche Fälle eigentlich gar nicht geben darf, weil Hartz IV das Existenzminimum darstellt. Sie forderte den Verzicht auf Kürzungen, zumal sie oft zu Unrecht verhängt werden. So führt fast jeder dritte Widerspruch zum Erfolg.

Karin Garling von den Spezialdemokraten forderte, wer zumutbare Arbeit ablehne oder Termine versäume, müsse auch Strafen hinnehmen. Weiß die Dame, wovon sie spricht? Plädiert sie für Sippenhaftung, oder wie stellt sie sich vor, dass mit Kürzungen bei „Verfehlungen“ einzelner Familienmitglieder umgegangen wird? Soll dann darauf geachtet werden, dass der „Sanktionierte“ seinen Teller nicht oder nur um 30 Prozent weniger auffüllen darf? Welche Mutter bringt das übers Herz?

Einzelpersonen ohne Familie werden damit in die Obdachlosigkeit geschasst. Wenigstens auf dem geduldigen Papier scheint inzwischen bei allen Parteien angekommen zu sein, dass die Behörden nicht so viele Fehler machen dürften und das Personal geschulter sein müsste. Ich halte diesen Umstand für absichtlich herbeigeführt, weil ein gesellschaftliches Problem – dass es eben keine Arbeit mehr für alle gibt – individuell jedem Einzelnen schuldhaft angelastet werden soll.

Was bitte kann jemand dafür, wenn seine Arbeitsstelle nach Osteuropa ausgelagert wird? Befremdlich finde ich die Bemerkung des grünen Richters Horst Frehe, dass schon die erste Armenverordnung Bremens von 1658 ein „Arbeitsgebot“ enthalte und man nicht glauben dürfe, dass „Manna vom Himmel“ falle und man es nur verteilen müsse. Glaubt er möglicherweise daran, dass Arbeitsplätze und Vollzeitbeschäftigung vom Himmel fallen?

5. In der Diskussion um eine **Kindergelderhöhung** hat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück seine Bedenken gegen eine Entlastung von Familien bekräftigt und damit vielen Eltern indirekt unterstellt, sie würden das Geld für Genussmittel ausgeben. Er äußerte, dass eine Erhöhung um acht oder zehn Euro den „Gegenwert von zwei Schachteln Zigaretten oder zwei großen Pils“ hätten. So fürchte er, das Geld komme bei den Kindern in vielen Fällen nicht an. Er halte es für besser, das Geld in „Schulessen und Sprachkompetenz“ zu investieren. Steinbrück war bereits früher kritisiert worden, weil sein Sprecher gemutmaßt haben soll, manche Eltern würden ein höheres Kindergeld für „DVDs und Zigaretten“ statt für ihre Kinder verwenden.

Damit blies er in das gleiche Horn wie im vergangenen Jahr der Grüne Oswald Metzger, inzwischen CDU-Mitglied, der in einem Interview ALG-II-Empfängern menschenverachtend unterstellte, sie sähen „ihren Lebenssinn nur darin, Kohle-

hydrate und Alkohol in sich hineinzustopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das gleiche den eigenen Kindern angedeihen zu lassen“. Doch wo Peer Steinbrück Recht hat, hat er Recht: Eine Erhöhung des Kindergeldes käme tatsächlich nicht bei den armen Kindern an! Aber nicht, weil die Eltern es versaufen oder verrauchen würden, sondern weil das Kindergeld schlicht bis auf den letzten Cent beim ALG II angerechnet und aufgefressen wird! Ich finde es auch vernünftig, Geld in Betreuung, Schulessen und Sprachkompetenz zu stecken. Aber dies bitte nicht stattdessen, sondern zusätzlich!

6. In der „Professor-Hess-Kinderklinik“ soll eine ganze Station eingespart werden. Dies wird dazu führen, dass kranke Kinder auf Wartelisten kommen. Wenn sie dann aufgenommen werden, liegen sie in Zimmern mit mehr Betten als bisher, sodass ihre Eltern aus Platzgründen nicht mehr bei ihnen übernachten können. Kleine Patienten sollen wegen Personalmangels in ihren Betten angeschnallt liegen müssen! Hiermit sollen offenbar längst überholte Praktiken wieder eingeführt und die neoliberale Ökonomisierung über Menschlichkeit und Mitgefühl gestellt werden!

Natürlich ist es realitätsfern, davon auszugehen, es könne kräftig Pflegepersonal eingespart werden, ohne dass dann die Patientenzahlen und damit die Erlöse zurückgingen. Erfahrungsgemäß würden die geplanten Einsparungen die finanziell ärmsten Kinder am härtesten treffen. Der von politischer Seite immer wieder geforderte **Kinderschutz** scheint in der Tat nur ein Lippenbekenntnis zu sein! Überhaupt: Gibt es eine „bessere“ Möglichkeit, Kindern den totalen Horror vor Ärzten und Krankenhäusern zu verschaffen? Für mich kommt die Umsetzung solcher Pläne einer Kindesmisshandlung und -vernachlässigung gleich. Kranke Kinder müssen besonders darunter leiden, wenn die Krankenhäuser für den Lissabonner Vertrag kaputtgespart werden sollen!

7. Die Deutschen betrachten **arme Mitbürger** eher als eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ denn als Hilfsbedürftige. Das hat einen historischen Hintergrund, wenn mensch an die damalige Armenpolizei denkt. Arme hatten in Deutschland bis zur Verfassungsgebenden Versammlung der Weimarer Republik 1918 kein Wahlrecht, waren – und sind – also Menschen zweiter Klasse: Inzwischen beginnt es, dass sich Arme wieder an ihren schlechten Zähnen erkennen lassen.

Dank der Hartz-Gesetze, die nicht nur die Arbeitslosen betreffen, werden immer mehr Menschen einer Verelendung ausgesetzt, die voll in die sogenannte Gesundheitsreform hineingreift. Schon wegen der Praxisgebühr und der Zuzahlungen zu Medikamenten gehen viele nicht mehr oder nur im Notfall zum Arzt. Auch die Symptomtoleranz ist häufig größer, das heißt, in den unteren sozialen Schichten ignoriert man Anzeichen von Krankheiten eher als in den Mittel- und Oberschichten, wo sehr schnell ein Spezialist aufgesucht wird.

Ich habe mir heute bei meiner Krankenkasse für meine Kinder und mich eine „Befreiung von Zuzahlungen“ für das restliche Jahr geholt. Dafür musste ich

mit Quittungen aus der Apotheke oder für Praxisgebühr belegen, dass ich bereits über zwei Prozent meines ALG II (circa 84 Euro) für derartige Zuzahlungen ausgegeben habe. Ich werde das überzahlte Geld auf mein Konto überwiesen bekommen.

Obwohl das menschenverachtende Hartz IV erst Anfang 2005 in die Wege geleitet wurde, dauerte es keine acht Monate, bis der damalige Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement mit einer „Dokumentation“ sogenannter Missbrauchsfälle an die Öffentlichkeit getreten ist. Dies geschah also bereits zu einem Zeitpunkt, als noch nicht einmal die Arbeitsgemeinschaften zwischen den Agenturen für Arbeit und den Kommunen gebildet worden waren und zudem der schwierige Integrationsprozess zwischen den Agenturen und den Sozialämtern noch nicht ansatzweise geleistet worden war.

8. Die evangelische Landeskirche Hannover hat eine eigene Initiative gegen **Kinderarmut** gestartet und wird unter dem Motto „Allen Kindern eine Chance“ lokale Projekte zur Armutsbekämpfung mit insgesamt einer Million Euro unterstützen. Die niedersächsische Landesbischöfin Margot Käßmann findet es bedrückend und unhaltbar, dass Kinder mit hungrigen Mägen auf der Schulbank sitzen oder ohne Ranzen und Schultüte zur Einschulung kommen müssen. Die evangelische Landeskirche Hannover will mehr als 100 Initiativen unterstützen, die Kindern aus finanziell schwachen Familien helfen. Dazu gehören beispielsweise die Vergabe von Taschen zur Einschulung sowie die Organisation von Mittagessen oder Hausaufgabenhilfe.

Toll, dann werden die Kinder von Hartz-IV-Empfängern also schon von weitem an ihren genormten Schulranzen zu erkennen und noch besser zu diskriminieren sein! Ansonsten übernimmt hier die Kirche Aufgaben des Staates, dem Frau Käßmann Versagen vorwirft. Dabei ist es viel schlimmer: Es ist Berechnung! Die Landesbischöfin fordert die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit. Ja, die Kinderarmut ist politisch gewollt: Warum sollte „die Gesellschaft“ Geld in die Ausbildung von Kindern mit schwachen Schulleistungen stecken, wenn sie später eh keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen werden?

Wenn es keine Vollzeitbeschäftigung gibt, werden natürlich nur die Allerbesten genommen. Der Rest kann gucken, wo er bleibt! Das wachsende Heer der Überflüssigen braucht doch wohl keine Ausbildung? Solange wir keinen auskömmlichen Mindestlohn haben, wird es immer Kinderarmut geben. Schließlich dürfen Transferempfänger keine ausreichenden Bezüge erhalten, weil sie dann mehr Geld bekämen, als viele Hungerlöhner mit nach Hause nehmen können. Der Abstand muss ja gewahrt werden: So menschenverachtend läuft es!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hartz-IV-Empfänger bekommen im Juli kein Geld: Und für die geplatzten Lastschriften müssen sie auch noch Gebühren zahlen *(„Die Zeit“)*

„Die Übernahme des Differenzbetrages aus der Regelleistung ist in der Regel nicht möglich“

Die Wohnungsmieten werden im Hartz-IV-Sprachgebrauch als „**Kosten der Unterkunft**“ bezeichnet. Auf der 187. Montagsdemo habe ich daran erinnert, dass die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ der Freien Hansestadt Bremen nicht gerichtsfest ist, sowohl von den genannten Mietobergrenzen als auch vom Geltungsdatum her nicht. Der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“, der Zusammenschluss öffentlicher und freier Träger sozialer Arbeit, hat nun „Erste Empfehlungen zu den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II (§ 22 SGB II)“ erstellt.

Das Beste vorweg: „Aufgrund des Bedarfsdeckungsprinzips ist die Übernahme des Differenzbetrages aus der Regelleistung in der Regel nicht möglich.“ Dies steht auf Seite 19 oben. Das ist ein weiterer Grund, einen eventuellen Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft mit einem Antrag zu § 44 SGB X überprüfen zu lassen und den Differenzbetrag einzufordern.

Auf Seite 18 unten stehen die Lösungsvorschläge für einen eventuellen Eigenanteil: „Mit den Leistungsberechtigten sollte in einem Beratungsgespräch geklärt werden, inwieweit die verbleibenden ungedeckten Unterkunftskosten durch Schonvermögen oder nicht anrechenbares Einkommen (zum Beispiel zweckbestimmter Zuschuss Dritter, befristeter Zuschlag, Freibetrag bei Erwerbstätigkeit) finanziert werden können. Dabei ist sicherzustellen, dass der Lebensunterhalt der Leistungsberechtigten nicht gefährdet wird.“

Anzumerken ist, dass nur der zweckbestimmte Zuschuss für diese Mietdifferenz Bestand haben wird, denn Schonvermögen ist unantastbar. Die Verwendung des Freibetrages bei Erwerbstätigkeit widerspricht dem Zweck des Freibetrages. Der Zuschlag nach ALG-I-Bezug gemäß § 24 SGB II soll den Einkommensverlust abmindern und ist somit auch zweckgebunden. Übrig bleibt der zweckbestimmte Zuschuss Dritter. Dieser Dritte wäre die Arge, in Bremen die Bagis!

Übrig bleibt der Abzug der Mietdifferenz nach dem Abzug des Freibetrags und vor der Anrechnung als Einkommen. Dazu müsste die Verordnung über Arbeitslosengeld geändert werden. Der Zuschuss der Arge ist bereits jetzt umsetzbar und somit einforderbar, *ohne* Rechtsänderung! Ansonsten hat der „Deutsche Verein“ unsere Meinung zum Ablauf der Ermittlung der „angemessenen“ Kosten der Unterkunft voll bestätigt: Er hat kein neues Recht geschaffen, sondern das SGB II

und die dazu ergangenen Urteile, insbesondere des Bundessozialgerichts, in eine Anleitung umgesetzt und die Härtefälle umfassender herausgearbeitet.

Nur auf Seite 18 steht Wunschdenken: „Bei dieser Aufforderung zur Senkung der Kosten und der Mitteilung der maßgebenden, individuellen Angemessenheit handelt es sich lediglich um ein Informationsschreiben und nicht um einen Verwaltungsakt.“ *Natürlich* ist dieses Aufforderungsschreiben ein Verwaltungsakt: Der Empfänger wird dadurch beschwert, er macht sich Sorgen! Einstweiliger Rechtsschutz vor Ablauf der Frist ist somit geboten, und die Kosten der Wohnungssuche sind zu erstatten.

Insgesamt ist dies eine sehr lesenswerte Empfehlung! Es wird offensichtlich, dass der „Gewos“-Bericht und die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ der Freien Hansestadt Bremen geltendes Recht unberücksichtigt lassen, daher sind weder die Aussagen des Berichts noch die Verwaltungsanweisung gerichtsfest. Alle Anmerkungen und Anregungen auf den vorherigen Montagsdemos sind einzufordern – und darüber hinaus! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Falls ihr es einfach selbst regeln wollt, beantragt es bitte schriftlich. Eine Ablehnung ebenfalls schriftlich verlangen, gegen diesen Bescheid Widerspruch einlegen und notfalls Klage erheben. Es geht auch gleich mit Widerspruch, wenn der letzte Bescheid noch keine vier Wochen alt ist, wenn in einem zweiten Schreiben ein Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X gestellt wird. Aber kommt einfach vorbei, wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Übernachtung im Luftschutzbunker auf Holzpritsche ohne Frühstück:
Bagis vermittelt die allerletzten Drecksjobs *(„Weser-Kurier“)*

Sommerfest der Montagsdemo

An alle Verbände, Vereine, Initiativen, Parteien, Jugendgruppen, Gewerkschaften und natürlich Bürgerinnen und Bürger in Bremen, die mit den Hartz-Gesetzen nicht einverstanden sind! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Mitstreiter! Wir, die Initiative Bremer Montagsdemo, wollen am **Samstag**, dem **6. September 2008**, unser diesjähriges **Sommerfest** wieder in den **Neustadtswallanlagen** am Südbad durchführen, in der Zeit von **15 bis 21 Uhr**. Dazu laden wir Sie herzlich ein!

Seit dem 16. August 2004, also seit vier Jahren, findet Woche für Woche die Montagsdemo in Bremen auf dem Marktplatz statt, jeden Montag um 17:30 Uhr am Roland. Am **29. September 2008** ist die **200. Bremer Montagsdemo**! Wir haben uns niemals mit den Hartz-Gesetzen, insbesondere Hartz IV, abgefunden.

Wir waren und sind der Ansicht, dass damit ein Verarmungsprogramm gegen die Bevölkerung zugunsten der großen Konzerne durchgeführt wird. Wir werden den Kampf dagegen weiterführen, bis Hartz IV vom Tisch ist! Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt. Das wollen wir mit Ihnen feiern!

Alle, die mit uns der Meinung sind, dass Hartz IV weg muss, sind deswegen herzlich eingeladen, nicht nur als passive Besucher zu unserem Sommerfest zu kommen, sondern es aktiv mitzugestalten! Allen Initiativen, Vereinen und Parteien, die mit den Hartz-Gesetzen nicht einverstanden sind, wollen wir darüber hinaus die Möglichkeit geben, sich bei diesem Sommerfest zu präsentieren, mit maximal einem Tapeziertisch für Infomaterial: Was unternimmt Ihre Organisation gegen Hartz IV? Was sind Ihre Vorschläge?

Bitte teilen Sie uns bis zum 11. August 2008 mit, ob Sie am Sommerfest teilnehmen, und was Sie dabei übernehmen wollen und können – zum Beispiel einen Essensstand durchführen, kulturelle Darbietungen oder Aktivitäten für Kinder und Jugendliche anbieten, Preise für Tombola stiften beziehungsweise einwerben, beim Auf- oder Abbau mitmachen, einen Pavillon oder Biertischgarnituren zur Verfügung stellen –, und ob Sie von der Möglichkeit eines Infostandes Gebrauch machen wollen.

Mitteilungen bitte an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de. Darüber hinaus freuen wir uns natürlich immer über Ihre Teilnahme an den Montagsdemos und Ihre Beiträge am Offenen Mikrofon! Herzliche Grüße!

Initiative Bremer Montagsdemo

Städtebund fordert „Zentrum für Arbeit“: Dort wird dann das Denkmal der freigesetzten „Helden der Arbeit“ aufgestellt *(„PR-Inside“)*

Kochgeschirr und Topfdeckel – ein Hungerzuschlag von 50 Euro muss her!

Heute war mal wieder alles dabei. Leider versagte wegen eines Fehlers die Technik: Der Lautsprecher für das Offene Mikrofon fiel aus, und auch das Megafon gab nach langer Ruhezeit keinen Ton mehr her. Schließlich trieb uns kurz vor Ende noch ein ordentlicher Gewitterschauer unter die Rathausarkaden. Also musste bei unserer 188. Montagsdemo in Bremen am 7. Juli 2008 um 17:30 Uhr die menschliche Stimme ran.

Wir unterstützten uns gegenseitig beim Vortragen der Redebeiträge und machten mit unseren Trillerpfeifen und gezielt mitgebrachten Kochgeschirren, Topfdeckeln, Bratpfannen und Rührhölzern ordentlich Krach für den Hungerzuschlag. Das war gut und lockte wegen der besonderen Situation gleich einige Leute an. Es gab viele Gespräche. Mit einer Französin, die völlig begeistert war, wurden die Adressen ausgetauscht. So kommen wir weiter in Europa! Letztlich waren wir wieder über 35 Teilnehmer und Diskutanten auf dem Marktplatz.

Der Hungerzuschlag, der heute einheitlich in Deutschland bei den Montagsdemos das Thema war, gab den Takt vor. Einige Zahlen, persönliche Lebensbeschreibungen und die Darstellung der „Speisepläne“ des perversen SPD-Senators Sarrazin in Berlin machten den Anfang. Leute wie Sarrazin wollen mit Verelendung und Gewöhnung an ungesunde Ernährung, die Mangelerscheinungen trotz Fettleibigkeit bewirkt, die „Hartz-IV-Nicht-Elite“ zum Aussterben bringen! Da war die Forderung nach Ende der finanziellen Repression seitens der Staatsorgane gegen die Kinder und Jugendlichen und die Wiederherstellung des Status vor

Verhängung der Hartz-Gesetze, wie das „Erwerbslosen-Forum Deutschland“ es fordert, genau die richtige Antwort. Die einstimmige Zustimmung bei unserer Abstimmung war dann auch das Ergebnis.

Immer wieder ging es auch um Europa und den G8-Gipfel in Japan. Die Politik der Imperialisten, ob sie nun Bush, Sarkozy, Merkel oder Steinmeier heißen, gegen das Volk geht mit heuchlerischen Reden weiter; nur glauben die Menschen das immer weniger. Die Herrschenden haben Angst vor „Hungerrevolten, die ganze Staaten wegreißen können“, wie sie selber befürchten, und wollen sich noch mehr hinter Mauern und Foltermilizen verstecken. Es wird ihnen nicht gelingen, ihre Uhr läuft ab!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Merkel befremdet: Piesepampel hält Grundsatzrede
am Brandenburger Tor *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

189. Bremer Montagsdemo am 14. 07. 2008

DGB als Helfer für die Bayernwahl

Wer hätte das je gedacht! Hören Sie mal diese Schlagzeile: „DGB für die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale“. Und was fordert doch der Herr Huber von der CSU? Die alte Regelung muss wieder her! Genau das verlangt jetzt auch der DGB. Ja, es ist manchmal sehr komisch in der Politik! Oder ist es vielleicht doch ganz anders, als man denkt?

Wann setzen sich die Gewerkschaften wieder mal für vernünftige Löhne für alle ein? Warum haben sie nichts gesagt, als die Löhne immer mehr fielen? Es ist doch ihre Aufgabe, das zu verhindern! Was nützt uns eine Rückkehr zur alten Pendlerpauschale, wenn die Löhne nicht mehr angehoben werden? Das wäre dann wie ein Wassertropfen auf den heißen Stein. Es würde weiter bedeuten: „Wir von der Gewerkschaft fordern das ja auch, her mit der alten Pendlerpauschale, aber leider macht ‚die Politik‘ nicht mit!“

Bei Lohnforderungen sieht das ganz anders aus, diese Fragen können nämlich die Tarifparteien ohne ‚die Politik‘ lösen. Das ist auch besser so. Also, ihr lieben Gewerkschaften, konzentriert euch mehr auf den Mindestlohn, da habt ihr wesentlich größere Unterstützung, auch von euren Mitgliedern! Der Mindestlohn hilft, die Probleme besser in den Griff zu bekommen, als nur in das Horn der anderen zu blasen! Für die Wiedereinsetzung der alten Pendlerpauschale wird schon der Wähler sorgen, sonst bräuchte man ja nicht so ein Wahlkampfthema in die Waagschale zu werfen, nicht wahr, Herr Huber?

Wäre da nicht der Herr Steinbrück von der anderen Seite (SPD), benötigte man auch nicht solch ein Argument wie die Pendlerpauschale – die ich im Übrigen, so wie sie jetzt ist, für eine unfaire Sache halte, denn auf der einen Seite wird von den Menschen immer mehr Flexibilität verlangt, und auf der anderen wird der Arbeitnehmer genau dafür immer mehr bestraft. Nein danke, kümmert ihr Gewerkschaften euch lieber um faire Löhne! Von denen kann man nicht nur

die höheren Fahrtkosten tragen, sondern sie sind auch ein gutes Mittel gegen Altersarmut.

Udo Riedel (parteilos)

Schluss mit dem Gefasel von „Aufschwung“ und „Vollbeschäftigung“:
Deutsche Wirtschaft schrumpft um 0,5 Prozent *(„Spiegel-Online“)*

Keine Entlassungen und Lohnkürzungen wegen Managementfehlern!

Wir sind eine parteiunabhängige Organisation, die jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz steht, um gegen die Hartz-Gesetze und für einen Mindestlohn zu kämpfen! Wie wir bereits in der letzen Woche erfahren haben, will Siemens weltweit rund 17.000 Mitarbeiter entlassen und beabsichtigt, im Rahmen seines drastischen Sparprogramms neben umfangreichen Stellenstreichungen in Deutschland auch Gehaltskürzungen für rund 390 Vertriebsmitarbeiter durchzusetzen.

Die Vertriebsmitarbeiter der sogenannten European-Sales-Abteilung der Healthcare-Sparte in Erlangen sollen in die Gehaltsgruppe der Niederlassungsmitarbeiter „Regionale Dienste“ eingruppiert werden. Für sie gilt nicht der Metall-Flächentarifvertrag, sondern ein Ergänzungstarifvertrag, der etwa zehn Prozent schlechter dotiert ist. Der Betriebsrat und stellvertretende Vertrauenskörperleiter der IG Metall, Heinrich Urban, weist diese Pläne als „eine Unverschämtheit“ zurück. Überhaupt falle doch auf, so Urban, dass die Mitarbeiter für das bisherige Missmanagement bezahlen müssen. „Das Sparprogramm soll rund 1,2 Milliarden Euro bringen“, so der Betriebsrat, „fast so viel, wie die Aufklärung der Korruptionsaffäre bislang gekostet hat.“

Ich halte die Pläne des Managements, die Mitarbeiter in eine schlechtere Gehaltsgruppe einzustufen, für fatal. Nicht nur, weil die womöglich langjährige gute Arbeit der Arbeitnehmer nicht mehr honoriert wird, sondern auch, weil es erhebliche Einschränkungen des Lebensstandards für die Betroffenen bedeutet, besonders für alleinverdienende Familienväter. In Zeiten von immer weiter steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten darf es keine Gehaltskürzungen geben, nur weil das Management schwere Fehler macht!

Des Weiteren befürchte ich, dass die Idee der willkürlichen Gehaltskürzungen bei anderen Unternehmen Schule macht und diese das Vorgehen übernehmen – mit der Folge, das gesamte Lohn- und Gehaltsgefüge weiter nach unten zu drücken. Ich hoffe, die betroffen Mitarbeiter von Siemens wehren sich gegen ihre Gehaltskürzungen, in welcher Form auch immer! Und wir werden so lange hier

auf dem Marktplatz demonstrieren, bis Hartz IV weg ist und es einen Mindestlohn für alle gibt. Gute Arbeit muss honoriert und leistungsgerecht bezahlt werden!

Anke Meyer (parteilos)

Das war's: Ein Vierteljahrhundert nach Reagonomics und Thatcherism ist die neoliberale Idee gescheitert *(„Financial Times")*

Auch Sie da beim Kaffee, warten Sie nicht auf neue Bankencrashs!

Schöne Ferien, schönen Urlaub möchte man den allermeisten wünschen! Ob Bahn, Flugzeug, Auto oder Zuhause – kein Urlaub, keine freie Zeit war für die Familien und Einzelpersonen so teuer wie in diesem Jahr. Natürlich gibt es Leute, die sich fast alles leisten können und dafür um die halbe Welt jetten – aber für die große Masse der Menschen wird das Leben mit all seinen Kosten zur großen, übergroßen Belastung.

Vergangene Woche haben wir in ganz Deutschland auf den Montagsdemos einen sofortigen Hungerzuschlag von 50 Euro für jeden Hartz-IV-Betroffenen gefordert. Angeblich machen auch Frau Merkel die Energiepreise Sorgen. Wenn sie aber in „Blöd" auch noch Blödsinn sagt, dass nämlich „alle Heizkosten und Stromrechnungen bei jedem ALG-II-Bezieher voll ersetzt" würden, dann stimmt das einfach nicht. Die arroganten „Blöd"- und anderen Zeitungen plappern das einfach nach. So bleibt das Falsche einfach stehen, und das soll es ja auch.

Weiter bei den Preisen: Im Juni betrug die Steigerung bei den Großhandelspreisen schon 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das wird weitergehen. Nach den jetzt mitgeteilten Preissteigerungen bei Strom und Gas soll es im Spätherbst weitere „Anpassungen" geben. 800.000 Stromsperrungen hat es im letzten Jahr bereits gegeben. Die Mahnungen, die die Konzerne losgelassen haben, sind der blanke Hohn, wenn man nichts mehr zum Leben hat. Das wissen SWB, Vattenfall oder EON auch, und darum heucheln sie Korrektheit. Die Konzerne freuen sich: Solange man sie lässt, werden sie bis 2010 rund 11 Milliarden Dollar oder Euro Extraprofite einfahren.

Da haben Frau Merkel und ihre Freunde in Japan beim jährlichen G8-Gipfel wieder in einem japanischen „Strandkorb“ zusammen gesessen, nichts ist rausgekommen, und man hat nur beschlossen, alles zu lassen, wie es ist. Dann wird eben der sogenannte Wettbewerb die Gewinne schon schaukeln! Mal ehrlich: Bei keinem kapitalistischen Wettbewerb hat je ein Verbraucher eine wirkliche Verbilligung erfahren. Für die Massen haben sich die Lebenshaltungskosten nur immer mehr verschlimmert!

„Dann muss ich eben weniger essen“, sagte bei der letzten Montagsdemo in Duisburg eine 80-jährige Frau hoffnungslos. Nein, müssen wir sagen! Die Menschen, die dieses Land nach einem Krieg, den die deutschen Imperialisten und Kapitalisten entfesselt haben, mit ihrer Hand- und Kopfarbeit wieder aufgebaut und bis in diese Stunde weiterentwickelt haben, sie werden es nicht hinnehmen, dass das losgelöste Kapital, geführt von Managern, die ihre persönlichen Interessen und die ihrer Aktionäre über alles stellen, das Erreichte wieder kaputt machen!

Bei Opel in Bochum und Daimler in Bremen oder sonstwo werden Leiharbeiter gekündigt. Wer dagegen klagt, braucht Rückhalt. Bei Opel bildet sich neue Solidarität, während anderswo noch eine Mentalität des Zauderns herrscht, „solange wir nicht betroffen sind“. Man hört: „Die hatten ja noch viel Schlimmeres vor“. Solange da bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten immer noch SPD-konforme Verzichts- und Versagerpolitik betrieben wird, kann sich schwer etwas entwickeln. Helfen wir auch da mit, dass die Kollegen ihre eigene Rechnung aufmachen!

In den Betrieben oder hier bei der Montagsdemo ist der Ort, wo wir uns darüber austauschen und auch Kampfmaßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung beraten können. Auch Sie da beim Kaffee, warten Sie nicht auf neue Bankencrashs und Entlassungswellen wie bei Siemens! Nutzen wir die freie Zeit und den Urlaub auch zum Nachdenken! Da muss doch was anders werden, nicht wahr?

Jobst Roselius

Wir fordern einen Hungerzuschlag von 50 Euro zum Regelsatz!

Vergangene Woche war in ganz Deutschland Aktionstag der Montagsdemos für einen Hungerzuschlag, wie im April von der Bundesdelegiertenversammlung beschlossen. Wir fordern 50 Euro als Sofortmaßnahme – und ansonsten muss Hartz IV endlich weg, ohne Wenn und Aber, denn mit den Hartz-Gesetzen erfolgte der bisher umfassendste Angriff auf die Lebenslage breiter Teile der Bevölkerung!

Heute beziehen 7,4 Millionen Menschen ALG II. Diese Zahl, das Doppelte der offiziellen Arbeitslosenzahl, ist auch deshalb so hoch, weil über sieben Millionen Menschen inzwischen für Niedrig- und Hungerlöhne arbeiten. 4,5 Millionen davon

verdienen so wenig, dass sie zusätzlich ALG II beziehen können. Das machen laut DGB aber nur 1,3 Millionen!

Über die Hälfte dieser Jobs ist Leiharbeit. Großkonzerne wie Daimler gründen mittlerweile eigene Leiharbeitsfirmen. Sie entlassen Stammpersonal und stellen die Leute als Leiharbeiter wieder ein – aber nur noch für den halben Lohn! So erklärt sich auch die immer mal wieder vermeldete „händeringende“ Suche nach Fachkräften.

Eben das war und ist der Sinn der Hartz-Gesetze: massivste Lohnsenkung durch Leih- und Zwangsarbeit wie Ein-Euro-Jobs. Echte Vollbeschäftigung ist nie das Ziel gewesen – das ist alles nur Lüge! So geht es lustig weiter. Jetzt sollen schon Ein-Euro-Jobber an Leihfirmen vermittelt werden und die Konkurrenz um die Arbeitsplätze verschärfen!

Hinzu kommt die massive Preissteigerungswelle: Offiziell liegt die Inflation bei 3,4 Prozent, doch in Wirklichkeit ist sie viel höher. Die Güter des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Energie, Sprit, Fahrtkosten) verteuern sich weitaus mehr – nur ein paar andere, langlebige Güter wie Computer werden dafür billiger. Hartz IV stieg aber nur um lächerliche vier Euro, also gerade mal 1,1 Prozent!

Hinzu kommt auch noch die demütigende Behandlung durch die Ämter, die Bespitzelung und die generelle Unterverdachtstellung als „Schwarzarbeiter“, „Sozialschmarotzer“ oder „Arbeitsverweigerer“.

Wenn wir jetzt einen Hungerzuschlag von 50 Euro verlangen, geht es nicht darum, Hartz IV „erträglicher“ zu machen, sondern um eine Sofortmaßnahme. Viele Familien leben am oder unter dem Existenzminimum. Hunger ist auch in Deutschland kein unbekanntes Wort mehr! Mit der Forderung nach einem Hungerzuschlag reihen wir uns ganz bewusst ein in die Hungerrevolten auf der ganzen Welt.

Ich fordere alle Betroffenen auf, alle Frauen, Männer, Kinder und Jugendlichen, hier am Offenen Mikrofon zu berichten, was es heißt, von Hartz IV leben zu müssen – und natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, zu berichten, wie sie im Betrieb über Lohnnachschlag diskutieren und was dort unternommen wird!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Radio Bremen“ lehnt Hübotter-Kaufangebot ab: Sendesaal soll nicht unter Denkmalschutz gestellt werden *(„Weser-Kurier“)*

Die Bremer Anti-Asyl-Politik ist verbrecherisch, Herr Mäurer!

Am 9. Juli 2008 wurde durch die „Tageszeitung Bremen“ bekannt, dass die Ausländerbehörde in Bremerhaven mit voller Rückendeckung von Innensenator Ulrich Mäurer eine hochschwangere Frau mit neun Kindern in die Türkei abschieben will. In ein Land, dass sie kaum gesehen hat und dessen Sprache sie nicht spricht! Dieser ungeheuerliche Vorgang veranlasste mich am Mittwoch letzter Woche spontan zu einem Beitrag für die Montagsdemo, der jetzt auf unserer Homepage nachzulesen ist. Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Hayat C. – so heißt sie – sollte abgeschoben werden, obwohl ihr die Ärzte des Gesundheitsamtes und ihr behandelnder Gynäkologe einen extrem schlechten Gesundheitszustand und eine Risikoschwangerschaft attestiert hatten. Aufgrund ihres Zustandes sei von einer Abschiebung dringend abzuraten, so die Ärzte, da eine Gefahr für Leib und Leben „nicht auszuschließen“ sei. Im Klartext: Es bestand akute Suizidgefahr!

Die Behörde wollte sie dennoch, mit Beruhigungsmitteln vollgestopft und an Händen und Füßen gefesselt, abschieben. So viel verbrecherisches Denken und Handeln verschlägt einem nun vollends die Sprache! Ihr Anwalt Hans-Eberhard Schultz hatte beim Verwaltungsgericht Bremen sofort einen Eilantrag auf Aussetzung der Abschiebung eingereicht, der zwei Tage später überraschend schnell positiv beschieden wurde. Das Gericht stoppte die geplante Abschiebung („Tageszeitung Bremen“ vom 12./13. Juli 2008) und begründete dies unter anderem mit der Lebensgefahr für die Schwangere und ihr ungeborenes Kind. Außerdem seien in der Türkei „keine hinreichenden Vorkehrungen für die Unterbringung der Kinder getroffen worden“. Verwandtschaftliche Hilfe sei ebenfalls nicht in Sicht. Die Kammer erteilte die Auflage, in den ersten zwei Monaten nach der Geburt „von der Abschiebung abzusehen“. Über eine „Duldungsverlängerung“ müsse das Amt anschließend entscheiden.

Das kann es doch nicht sein: Da gibt es zwar eine Atempause, aber nach zwei Monaten ist der zutiefst menschenverachtende Skandal wieder da! Aktuell zu fordern ist ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Hayat und ihre dann zehn Kinder, damit sie hier eine Zukunft hat und ohne Angst vor Abschiebung gesichert leben kann. Darüber hinaus ist ein generelles Abschiebeverbot zu fordern! Es kann nicht sein, dass in solchen Fällen immer erst Gerichte bemüht werden müssen, um die schlimmsten Auswüchse einer verbrecherischen Anti-Asyl-Politik abzubremsen. Ulrich Mäurer und Konsorten sowie die Vertreter solch inhumaner Ämter müssen richtig ausgebremst werden, und im Wiederholungsfall sollen diese

Herrschaften gefälligst ihren Hut nehmen! Letztlich lassen sich die Probleme jedoch nur politisch lösen – durch die volle Wiederherstellung des uneingeschränkten Asylrechts! Die menschenverachtenden „Ausländergesetze“ müssen weg!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

Mord und Totschlag: Wohin es führen kann, wenn man Menschen in die Verzweiflung treibt *(„Bild“-Zeitung)*

Ein Innensenator, der Fakten einfach ausblendet

1. Bremen hat einen kuriosen Staatsrat verloren und dafür einen kuriosen Senator mehr bekommen: Innensenator Ulrich Mäurer. Herrn Mäurer ist das Talent gegeben, bestehende wichtige Fakten einfach auszublenden, wenn er sich mit einem Thema befasst.

Aus seiner Zeit als Staatsrat erinnern wir uns noch, wie er die grobe Fahrlässigkeit unseres Bürgermeisters Böhrnsen im Falle des kleinen **Kevin** einfach wegdokumentiert hat. Auf Herrn Böhrnsens gravierendes Fehlverhalten, das unter anderen – nicht zu verstehenden – Nachlässigkeiten zum Tode des kleinen Jungen führte, ging er in seinem Untersuchungsbericht nicht ein, und damit ist für ihn Herrn Böhrnsens Schuld nicht existent. Und schon ist er Innensenator!

Nun interessiert er sich für die Sicherheit der Freien Hansestadt. Es wurde eine schriftliche Befragung der Polizei bei 21.000 Bremerinnen und Bremern vorgenommen, in der sie sich zu ihrem Sicherheitsgefühl, der Zufriedenheit mit der Arbeit der Polizei und der Lebensqualität äußern sollten. Über 7.200 Bürgerinnen und Bürger beantworteten diese Fragen. Dabei kam heraus, dass sich in Huchting und Blumenthal nur 46 Prozent aller Anwohner sicher fühlen. In Schwachhausen und Peterswerder waren es zumindest 95 Prozent.

Herr Mordhorst, unser Polizeipräsident, war unverständlicherweise sehr zufrieden damit, dass sich im Durchschnitt 74 Prozent der Bremerinnen und Bremer in ihrer Wohngegend sicher fühlen. 26 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner sind für ihn uninteressant und nebensächlich! Auch für Herrn Mäurer ergibt sich ein vorzeigbares Ergebnis. Erstaunlich, wenn man bedenkt, dass in der

bundesweiten Statistik bei der Aufklärungsquote von Verbrechen Bremen immer noch an letzter Stelle steht.

Das kommt wahrscheinlich daher, dass die Polizei immer „in unserer Nähe“ ist, wie zum Beispiel am Bremer Flughafen, wo bis Büroschluss anscheinend richtig was los ist. Wir haben vier *große* Polizeireviere, an die sich die Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr wenden können. Aber um dahin bei dringendem Bedarf zu gelangen, hat frau einen meist langen und umständlichen Anfahrtsweg.

Alle anderen „kleineren Polizeireviere vor Ort“ schließen um 20 Uhr. Wenn frau bedenkt, dass diese Polizeireviere wochentags von 8 bis 20 Uhr, samstags von 8 bis 16 Uhr geöffnet und sonntags geschlossen sind, dann kann frau das fehlende Sicherheitsempfinden verstehen! Diese „Ladenöffnungszeiten“ haben wir noch dem umtriebigen Herrn Röwekamp mit seiner alle Seiten benachteiligenden „Polizeireform“ zu verdanken. Wir sind ja zur Zeit der Umsetzung dieser missglückten sogenannten Reform auf die berechtigten Bedenken der Polizisten eingegangen.

Wir bitten also alle, die eine Straftat planen, diese bis kurz vor 20 Uhr beendet zu haben, damit die Chance besteht, die Täter baldmöglichst zu fassen! Das gefühlte Unsicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger sowie die Unzufriedenheit der Polizei aber beunruhigen weder Herrn Mordhorst noch Herrn Mäurer.

Herr Mäurer wird sich jetzt intensiv um die Vertreibung der Dealer im Ostertorviertel kümmern. Diese Ankündigung macht sich gut in den Medien und geht vor allem am Sinn der Umfrage total vorbei. Sie nimmt die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner in Blumenthal und Huchting und anderswo in keiner Weise ernst. Bei der nächsten Umfrage werden wohl noch weniger Befragte mitmachen.

2. Die BSAG „rechnet“ endlich, nachdem das **Sozialticket** schon vor einem halben Jahr eingeführt werden sollte. Was rechnet die BSAG denn jetzt immer noch, wenn es um das Sozialticket geht? Will sie nicht freiwillig die in den ALG-II-Bezügen vorgesehenen lächerlichen circa 15 Euro monatlich kassieren? Worin bestehen die angeblichen zusätzlichen Kosten, die auf sie zukommen, wenn die Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger für dieses Geld endlich das überfällige Sozialticket kaufen können?

Dieser Betrag von 15 Euro könnte monatlich von 80.000 Bezieherinnen und Beziehern der menschenunwürdigen, unter der Armutsgrenze liegenden staatlichen Regelsätze an die BSAG gezahlt werden. Rechnen wir mal: 80.000 mal 15 Euro gleich 1.200.000 Euro *monatlich*, somit 1,2 Millionen Euro mal 12 gleich 14,4 Millionen Euro *pro Jahr* zusätzliche Einnahmen für die BSAG. Wo also liegt das Problem für die Zurverfügungstellung des Sozialtickets? Am Papier? Am Druck? BSAG – gar nix ist ok!

Gudrun Binder (parteilos)

Unstrittig ist, dass der Regelsatz nicht unterschritten werden darf

1. „Aufgrund des Bedarfsdeckungsprinzips ist die Übernahme des Differenzbetrages aus der Regelleistung in der Regel nicht möglich.“ Diese Feststellung des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“ zu Hartz IV und den **Kosten der Unterkunft** ist klar! Er hat positive Empfehlungen für die Betroffenen ja nur herausgegeben, um weitere Ansprüche zu verhindern. Vor diesem Hintergrund gewinnt seine Empfehlung umso mehr an Gewicht. Die Kürzungen der Kosten der Unterkunft sind so zu beseitigen! Das sollten alle auch umsetzen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Kürzungen des Regelsatzes sind unannehmbar, so auch der „Deutsche Verein“. Damit sind alle unvorhersehbaren Aufwendungen – ob defekte Brille oder Kühlschrank – von den Argen als Darlehn zu übernehmen, um die Unterdeckung aufzufangen! In der Kommentarliteratur zum ALG II steht, dass auch eine einmalige Unterdeckung von 20 Prozent unzumutbar ist, weil der Regelsatz die garantierte Untergrenze ist. Wenn wir einmal zurückblicken: Im Jahre 2005 wurden im einstweiligem Rechtschutz 20 Prozent der zugesprochenen Zahlung gekürzt, als Sicherheitsabschlag für das Hauptverfahren. Dieser Abschlag hat sich über zehn Prozent auf jetzt Null reduziert! Es ist inzwischen unstrittig, dass der Regelsatz nicht unterschritten werden darf!

Die Obergrenze für die Darlehnsrückzahlung beträgt zehn Prozent des Regelsatzes. Bestimmte Darlehnsgründe schließen eine Tilgung während das ALG-II-Bezugs aus, zum Beispiel für eine Mietsicherheit („Deponat“). Die zehn Prozent sind auch die Obergrenze, wenn mehrere **Darlehn** bestehen: insgesamt zehn Prozent für alles! Wer hierfür Tilgungen zahlt oder einen höheren Betrag zurückzahlt, kann dies beanstanden und Antrag auf Aussetzung beziehungsweise Reduzierung der Tilgungsleistung stellen. Es sind auch die Verpflichtungen gegenüber Dritten zu berücksichtigen. Wer über ein Jahr zur Rückzahlung benötigt, kann einen Antrag auf Niederschlagung der Forderung („Ausbuchung“) des Darlehns stellen.

Die Tatsache, dass die Bagis, die Bremer Arge, Forderungen über Hannover einfordert, ist unerheblich: Der Antrag auf Darlehn beziehungsweise Rückzahlung mit zehn Prozent geht an die Bagis, eine Kopie nach Hannover. Wenn bereits für anderes abgezahlt wird, kündigt mensch an, die Rückzahlung nach Regulierung des jetzigen Darlehns zu beginnen. Widersprüche gegen die Rückforderungen haben aufschiebende Wirkung.

Wir fordern einen **Hungerzuschlag** von 50 Euro. Wir haben auf die Kürzungen bei Schulkindern durch Hartz IV hingewiesen und die prompte Anhebung gefordert. Wir haben Klagen gegen die Regelsatzhöhe eingereicht. Die ersten Verfahren haben das Bundessozialgericht erreicht. Nun sagt Angela Merkel in der „Tagesschau“ am 13. Juli 2008, Heizkosten würden den ALG-II-Betroffenen in der tatsächlichen Höhe und Stromkosten über den im Regelsatz enthaltenen Anteil hinaus erstattet. Davor hat sie das Gleiche etwas pauschaler der „Frankfurter Allgemeinen“ erzählt.

„FAZ“: „Aus der SPD kommt auch die Forderung, Unternehmen sollten Sozialtarife beim Strom einführen. Eine gute Idee?“ – Merkel: „Allen Empfängern von Arbeitslosengeld II werden Heizkosten und Strom bezahlt, sie sind damit nicht von den Preissteigerungen betroffen. Darüber hinaus kann der Staat aber nicht eingreifen, denn unser Sozialsystem basiert auf der individuellen Bedürftigkeit. Generelle Subventionen des Strom- oder Gastarifs kann es nicht geben, weil sie nicht finanzierbar und zudem mit Mitnahmeeffekten verbunden wären“.

Die Kommunen haben höhere Gebühren angekündigt („Weser-Kurier“ vom 13. Juli 2008) und dabei darauf hingewiesen, dass sie 70 Prozent der für 3,6 Millionen Hartz-IV-Empfänger mit Familien entstehenden Heiz- und Energiekosten übernehmen müssen. 30 Prozent erstattet der Bund. Das ist alles etwas ungenau, aber auch Richter haben festgestellt, dass **Strom** zu den Kosten der Unterkunft gehört. Für Energie sind 20,74 Euro plus anteilige Steigerungsbeträge im Regelsatz enthalten. Alles, was darüber hinausgeht, ist zu erstatten, siehe vorherige Montagsdemos!

Wie sieht dies alles im Alltag aus? Der Monat geht zu Ende, und es ist kein Cent mehr verfügbar! Was tun? Die Bedarfsgemeinschaft gemeinsam hungern lassen? Dies ist eine schlechte Lösung! Die Sofortlösung sieht so aus: Die Bagis aufsuchen und, falls zusätzliche Ausgaben angefallen sind, hierfür ein Darlehn beantragen und/oder einen **Vorschuss** wegen Mittellosigkeit einfordern. Dieser wird bei der nächsten Zahlung einbehalten, nach dem 20. bei der übernächsten Zahlung. Letztendlich die Bagis nicht ohne Geld verlassen! Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Unser politisches Personal in Bremen hat gemeinsam für eine Erhöhung des Regelsatzes gestimmt. Berlin soll’s richten! Senatorin Ingelore Rosenkötter ist in Bremen zuständig für die Anleitung und **Dienstaufsicht** über die Bagis. Sie kann die Bagis anweisen, alle Zahlungsminderungen einzustellen und anschließend zu überprüfen! Die Menschen haben *jetzt* Hunger. Frau Rosenkötter kann die Heizkostenpauschale aufheben und den Betroffenen die Übernahme der angemessenen Heizkosten zusagen. Gerichtsfest ist diese Pauschale sowieso nicht! So können den Betroffenen ihre Sorgen verringert werden. Frau Rosenkötter kann die Bagis anweisen, die nicht im Regelsatz enthaltenen Energiekosten zu erstatten. So haben die Betroffenen etwas mehr Geld zur Verfügung, und die Freie Hansestadt Bremen spart die Gerichtskosten. Frau Rosenkötter, Sie sind verantwort-

lich – auch wenn Sie die Regelsatzhöhe nicht positiv verändern können! Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Der **Regelsatz** von jetzt 351 Euro wird nur Alleinstehenden gezahlt, Bedarfsgemeinschaften erhalten pro Erwachsenen 316 Euro. Begründung? Beim bürgerlichen Unterhaltsrecht wird entsprechende Ersparnis bei den Mieten unterstellt. Mieten sind jedoch im Regelsatz nicht enthalten. Auch gegen diese Ungerechtigkeit laufen Klagen, doch dies dauert länger. Daher Antrag auf je 351 Euro stellen! Zu Beginn der Hartz-IV-Reform haben die Argen dem Haushaltsvorstand den vollen und dem Partner den verminderten Regelsatz zugestanden. Dies soll „irrtümlich“ passiert sein. Also Antrag auf Überprüfung stellen und für jeden den vollen Regelsatz von jetzt 351 Euro einfordern. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Für Schulkinder den Regelsatz einfordern, der vor Einführung von ALG II Gültigkeit hatte. Auch dies dauert länger. Für die Zwischenzeit Vorschuss und/oder Darlehn beantragen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer kein ALG II erhält und arbeitet, kann bei Geldmangel ebenso verfahren. Wer kein ALG II erhält und Rentner ist, kann bei Geldmangel so verfahren und zum Amt für Grundsicherung gehen. Wer Sozialhilfe erhält, geht zum Sozialamt. Unterstützung gibt es hier, jeden Montag! Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Herr Ackermann von der Deutschen Bank hat bereits vor einiger Zeit verkündet: „Die **Hypothekenkrise** ist ausgestanden, es ist vorbei!“ Wenige haben Herrn Ackermann geglaubt. In den USA ist jetzt der Immobilienkreditgeber Indymac zusammengebrochen, aus den altbekannten Gründen. Die Bank wird durch die staatliche Einlagenversicherung aufgefangen, das kostet circa vier bis acht Milliarden Dollar („Weser-Kurier“ vom 13. Juli 2008). Unklar bleibt in dem Artikel, ob diese Bank die Risiken offengelegt hatte, und wenn ja, warum erst jetzt der Zusammenbruch erfolgte. Ich gehe davon aus, dass hier die Bilanz diese Risiken nicht zeigte. Verlierer sind wieder die Arbeitnehmer(innen): 7.200 Stellen hatte die Bank, die Hälfte wurde vor dem Zusammenbruch zur Sanierung gekündigt. Es werden weitere Bankpleiten erwartet, trotz des Stützungsprogramms für überschuldete Hausbesitzer. –

Der Umgang der EU mit Asylbewerber(innen) wurde mehrfach gerügt. Das Abschießen von Flüchtlingen mit Ziel EU am Maschendrahtzaun wurde aufs Deutlichste gerügt! Jetzt hat die EU Verträge mit den Anliegerstaaten des Mittelmeers geschlossen: Die **Flüchtlinge** werden bereits in diesen Staaten eingefangen und abgeschoben. Die EU muss nicht mehr selber schießen! Das Problem der Asylbewerber entsteht dadurch überhaupt nicht oder vermindert sich gravierend. Die neuen Partner erhalten Geld für die Verhinderung der Flüchtlingsströme auf das Gebiet der EU. Was mit den Menschen passiert, ist der EU egal! Diese Praxis funktioniert auch an der EU-Außengrenze auf dem Balkan. Schade, Völkerverständigung sieht anders aus. Ich schäme mich, ein Europäer zu sein! Eu-

ropa kann anders mit den Menschen umgehen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! –

Die Bundesregierung lügt! In der Antwort (Drucksache 16/9810) zur Großen Anfrage der Linksfraktion zu „Ursachen und Folgen der **Armut** bei Kindern und Jugendlichen“ heißt es auf Seite 3, „dass mit dem SGB II nunmehr auch die Kinder aus Familienhaushalten statistisch erfasst werden, die vorher Leistungen der Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Deren Einkommensniveau war stets mit dem von Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften vergleichbar.“ Na klar: vergleichbar, aber bis zu 1.000 Euro monatlich niedriger! Und weiter: „Die Arbeitsmarktreform hat die Bedürftigkeit dieser Familien und Kinder lediglich sichtbar gemacht und nicht neu geschaffen.“ Richtig ist: Die Regelsätze für Schulkinder wurden reduziert und die Sonderbedarfe gestrichen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos!

Es gibt auch Statistiken über die „Lohnentwicklung“ von der Arbeitslosenhilfe zum ALG II. Die Vorgaben für diese Statistik verhindern ein schlechtes Ergebnis! Die Lüge fängt mit der Statistikplanung an. Das Weitere habe ich mir erspart. Dass die **Kinder** nicht genug zum Leben haben, ist inzwischen unstrittig, selbst Politiker müssen dies eingestehen! Die Zahl der Kinder in Familien mit ALG II wird sich stark verringern, weil das Kindergeld, der Kinderzuschlag und das Wohngeld Familien besserstellen können als der ALG-II-Bezug. Dies solltet ihr in jedem Einzelfall nachrechnen lassen, vergesst aber die GEZ-Gebühr und die Sonderanträge nicht! Darüber reden wir zeitnah. Kommt einfach vorbei! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Ich wurde auf die Feststellung „Die Bundesregierung lügt!“ angesprochen: Dies sei meine „Lieblingsaussage“. Darüber habe ich noch gar nicht nachgedacht. Aber es stimmt: Erst werden die **Statistiken** so bearbeitet, dass die Aussagen positiv für diese Politik sind, und dann werden die Statistiken genutzt, um diese Politik zu begründen. Dies gilt für die Arbeitsmarktstatistik ebenso wie für den Armutsbericht, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Bei der OECD-Studie „ Benefits and Wages 2007“ kommt der Erwerbslose *ohne* Anspruch auf ALG gar nicht vor, weil die Rahmenbedingungen so gewählt wurden, dass dieser soziale Absturz sich nicht in der Studie nachlesen lässt.

Nicht alle nehmen die Nebenwirkungen schweigend hin, etwa der Landkreistag am 31. Juli 2007: „Die Arbeitslosigkeit erscheine als alleiniger Indikator für die sozialen Problemlagen nicht geeignet und verneble den Blick auf die Gesamtsituation. ‚Wenn die Arbeitslosenquote die Entwicklung bei Hartz IV nicht wiedergibt, sollten wir mehr auf die Zahl der Hilfeempfänger, deren Bedarfe und deren Struktur achten‘, schlug Duppré vor. Die Betrachtung der falschen Indikatoren verstelle den Blick auf die zugrunde liegenden sozialen Problemlagen und daran zu orientierende Lösungsansätze. ‚Es wird endlich Zeit, dass wir uns den vielschichtigen Problem offen stellen und uns eingestehen, dass die Zahl der Personen wächst, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind.‘“

Zur 154. Bremer Montagsdemo erschien Finanzsenatorin Karoline Linnert auf dem Marktplatz, obwohl sie „den ganzen Tag nur ein Würstchen gegessen“

hatte, und kündigte eine Bremer Initiative zur Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze an. Seither ist viel Wasser die Weser runtergeflossen, aber wenig von dem guten Vorsatz übrig geblieben!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Papier ist geduldig: Um einen mitternächtlichen Bierdeckelkompromiss zu retten, soll das Grundgesetz geändert werden *(„Spiegel-Online“)*

Der Öffentlichkeit wird ein falsches Bild über Hartz IV vorgegaukelt

1. Eigentlich sollte Bildung keine Frage der Herkunft sein. Uneigentlich ist sie dies jedoch in Deutschland so sehr wie in keinem anderen europäischen Industriestaat: Hier wird es gerade Kindern aus finanziell schwachen Familien ungemein erschwert, einen höheren **Schulabschluss** zu erwerben!

Als ob es nicht schon völlig ausreichte, dass Kinder von ALG-II-Empfängern durch die viel zu niedrigen Regelsätze von solchem „Luxus“ wie Musik- und Nachhilfeunterricht oder Sportvereinen ausgeschlossen sind und dass Lernmaterialien oder Ausflüge mit der Schule aus dem Regelsatz bestritten werden müssen, obwohl dort keine besonderen Leistungen für einen Schulbesuch vorgesehen sind – nein, die Sozialbehörden setzen unerträglicherweise noch eins drauf, was ausgerechnet die Chancen der Kinder von Hartz-IV-Empfängern auf einen höheren Bildungsabschluss noch weiter herunterschraubt!

Diesen Widrigkeiten zum Trotz haben es die Jobcenter der Arbeitsagenturen gerade auf die jungen Haupt- und Realschulabgänger abgesehen, deren Eltern ALG II beziehen. Das Ziel ist, die Jugendlichen möglichst schnell eine „Eingliederungsvereinbarung“ unterschreiben zu lassen, die sie dazu verpflichtet, eine Arbeitsstelle ausfindig zu machen, regelmäßig die argen Argen aufzusuchen und sich voll der Verfolgungsbetreuung zu unterwerfen. Bei Verstößen drohen den Eltern Kürzungen der Bezüge. Dabei scheint es die Behörden nicht weiter zu interessieren, dass diese Vorgaben den Bildungsabsichten der Schüler oft total widersprechen.

Da in Deutschland 15-Jährige als „erwerbsfähig“ gelten, ist eine Eingliederungsvereinbarung prinzipiell in Ordnung. Theoretisch ist sie eine Abmachung

zwischen Arge und ALG-II-Empfänger, die den Arbeitssuchenden verpflichtet, Schritte zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unternehmen. Das kann ein Bewerbungstraining wie auch eine Umschulung beinhalten, aber auch zur Aufnahme von schlecht bezahlten Jobs verpflichten. Wenn dies jedoch vermehrt Schüler oder Alleinerziehende trifft, die eine weitergehende Schule besuchen wollen, so ist dies nicht mehr akzeptabel.

Wenn von Seiten der argen Argen sinnlose „Eingliederungsvereinbarungen“ vorgeschlagen werden, so muss dies nach dem Experten für Sozialrecht vom „Sozialverband Deutschland“, Thomas Eberl, nicht automatisch zum Schulabbruch führen. Gegen derartige Bescheide lässt sich mithilfe der Sozialverbände und Arbeitslosenberatungsstellen Widerspruch einlegen. Leider werden das trotzdem zu viele nicht wissen und sich nicht wehren! Wird hier der Versuch gestartet, eine Art von indischem Kastensystem einzuführen, so wie „Schuster, bleib bei deinen Leisten“ oder „einmal ALG-II-Bezieher, immer ALG-II-Bezieher“ – und soll dies dann in Sippenhaftung an die nächste Generation zwangsweise weitergegeben werden? Wie gehabt: Wozu Geld für die Ausbildung von Kindern ausgeben, die später eh keinen Job gekommen werden?

2. Die folgende Meldung kann gar nicht oft genug wiederholt werden: Ministerpräsident Günther Beckstein fordert „mehr Hartz IV für arme Kinder“. Das wusste „Blöd“ letzte Woche dienstags zu berichten. Nach Angaben des Blattes soll der CSU-Politiker dies nach einem Gespräch mit den Spitzen der freien Wohlfahrtspflege in München geäußert haben. So schön es auch klingen mag, Kenner der bayerischen Sozialpolitik werden es kaum glauben können. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass in Bayern Wahlkampf ist, und dann ticken die Kuckucksuhren eben ein bisschen anders, wenn der Verlust der absoluten Mehrheit droht! Was das für Folgen für den Ministerpräsidenten hätte, darüber wollen wir lieber nicht spekulieren.

Die bei Hartz IV vorgesehenen **Pauschalen für Kinder** müssten neu berechnet und spezielle Anlässe wie Einschulungen dabei berücksichtigt werden. Zudem tritt er auch für ein kostenloses Schul-Mittagessen für Kinder aus armen Familien ein. Gleichzeitig kündigte er mehr Geld für Förderschulen an. Will Günther Beckstein vor der Wahl mit dieser Aussage der SPD deren zur Linkspartei abwandernde Wählerschaft abspenstig machen und im Anschluss daran sagen, dass man Politiker nicht an ihren Wahlaussagen messen dürfe? In einem in Franken häufig gehörten Witz wird danach gefragt, warum Veranstaltungen der CSU so oft in Bierzelten stattfinden. Die Antwort lautet: Weil sie nur betrunken zu ertragen sind. Das wird dann vermutlich nicht so weit von der Wahrheit entfernt sein.

3. Die gute Nachricht zuerst: Hurra, die Deutschen sind nur mittelarm! In Deutschland liegt das **Armutsrisiko** unter dem Durchschnittswert der Europäischen Union. Etwa jeder achte Einwohner gilt hierzulande als armutsgefährdet. In der gesamten EU betrifft das ansonsten jeden sechsten Bürger, wie in der letzten Wo-

che die vom Statistischen Bundesamt vorgestellten Zahlen aus dem Jahr 2005 „belegen“. Als von Armut bedroht gelten Menschen, die 60 Prozent oder weniger des mittleren Einkommens im jeweiligen Land zur Verfügung haben.

Dabei wird nicht der Mittelwert aller Einkommen herangezogen, sondern der deutlich niedriger liegende „Median“, der die gesamte Bevölkerung in zwei exakt gleich große Gruppen teilt. Nach einer europaweit einheitlichen Definition werden zudem die familiäre Situation der Menschen und „Einspareffekte“ beim Zusammenleben zum Beispiel von Familien berücksichtigt. Besonders gefährdet sind EU-weit Arbeitslose, auch Deutschland ist keine Ausnahme. Die Frage aber bleibt bestehen: mittelarm im Verhältnis zu wem?

Im Verhältnis zu den hochentwickelten Industriestaaten der Alt-EU schneidet Deutschland ziemlich mies ab. Auch fällt in Deutschland die Schwelle der Armutsgefährdung ungewöhnlich niedrig aus: 60 Prozent des „Medians“ liegen in Deutschland bei 9.370 Euro, wohingegen dieser Wert in Dänemark 13.598 Euro und in Irland 11.808 Euro für Alleinlebende beträgt. Wenn diese Zahlen auf Deutschland übertragen würden, fiele die Zahl der Armutsgefährdeten noch weit höher aus. Ich muss schon sagen, dass es um die Kunst der Statistik-Beschönigung in unserem Ländle gut bestellt ist! Aber ganz so blöd, wie die Regierung glauben machen will, ist die Bevölkerung nun doch nicht.

4. Nun die schlechte Nachricht: Schützt Karriere womöglich nicht vor Armut? **Arm trotz Arbeit**? Letzte Woche zeigte die „37-Grad“-Sendung „Schuften – und doch kein Geld“ den Alltag von Menschen im Niedriglohnbereich, wie sie trotz allem versuchen, ihre Würde und ihre positive Lebenseinstellung zu bewahren. Es wurde auch darüber berichtet, was die Betroffenen alles auf sich nehmen und wie sie unermüdlich neu versuchen, einen besseren Job zu finden. Ziel dieses täglichen Kampfes ist es, ohne staatliche Hilfe einen Platz in der Gesellschaft für sich und die eigene Familien finden zu können.

Innerhalb von zehn Jahren hat sich Melanie Specht vom Azubi bis zur Filialleiterin einer Friseurkette hochgearbeitet. Obwohl sie in wenigen Monaten die Meisterprüfung ablegen wird und für mehrere Gesellen und Azubis die Verantwortung trägt, arbeitet sie für einen Hungerlohn von 5,50 Euro die Stunde. Deswegen muss die 27-Jährige regelmäßig zur Arge gehen, um sich den kargen Lohn aufstocken zu lassen. Gerne würde sie Mutter werden, aber mit dem jetzigen Verdienst geht das nicht, weil sie ihrem Kind auch „etwas bieten“ möchte.

Weitere Protagonisten werden gezeigt, wie den Fahrradverkäufer mit 20-jähriger Berufserfahrung, dem die Arbeit zwar Spaß macht, den aber das knappe Geld belastet. Da ist die alleinerziehende Arzthelferin, die 13 Jahre in verschiedenen Arztpraxen gearbeitet hat und nun mit ihren beiden Kindern kaum über die Runden kommt. Sie kritisiert, dass in vielen Praxen nicht nach Tariflohn gezahlt wird.

Ich finde es beschämend für dieses reiche Land, wenn Melanie Specht sagt: „Es ist schon bitter, wenn man trotz Vollzeitarbeit beim Jobcenter noch die Hand

aufhalten muss!“ 2,5 Millionen Menschen sind arm trotz Arbeit. Früher waren Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiteten, meist gering oder gar nicht qualifiziert, doch das hat sich geändert. Drei Viertel der im Niedriglohnsektor Arbeitenden haben eine Berufsausbildung, manche sogar einen Hochschulabschluss. 22 Prozent der Berufstätigen in Deutschland arbeiten inzwischen für Niedriglöhne, fast so viele wie in den USA.

Während der Niedriglohnsektor schnell wächst, verringert sich auf der anderen Seite die Mittelschicht. Ein Mindestlohn, in vielen Nachbarländern selbstverständlich, ist in Deutschland mehr als überfällig! Er führt nicht zu vermehrter Arbeitslosigkeit, wie immer wieder von den Arbeitgebern behauptet wird, die vermutlich Einbußen bei ihrer Profitmaximierung fürchten, wenn sie nicht mehr durch Steuergelder subventioniert werden, denn ohne Aufstockung durch die Arbeitsagentur reichen diese niedrigen Löhne zum Leben nicht aus!

5. In Bremen haben gerade die Sommerferien begonnen. Wohin fahren Menschen, die Hartz IV bekommen? In der Regel begeben sie sich nach Balkonien, sofern sie denn einen Balkon haben. Die große Mehrheit muss zu Hause bleiben, weil der Regelsatz es nicht zulässt, dass sie sich einen Urlaub ansparen können. Manche besuchen Verwandte in der Nähe oder haben das Glück, dass diese ihre Kinder mit in den Urlaub nehmen können. Andere machen mit ihren Kindern Ausflüge an nahe gelegene Seen und veranstalten ein Picknick. Ich selbst habe mich früher oft mit einer Freundin am „Café Sand“ getroffen. Wir saßen direkt am Wasser, waren Selbstversorger, unterhielten uns, waren unter Leuten. Unsere Kinder planschten zufrieden im Wasser, bekamen manchmal noch ein kleines Eis spendiert.

Da Erwerbslose ja angeblich nichts tun, steht ihnen auch kein Urlaub zu, um sich mal erholen zu können, von der Verfolgungsbetreuung zum Beispiel. Grundsätzlich haben sie nur das Anrecht auf eine sogenannte **Ortsabwesenheit** von 21 Tagen im Jahr. Deren Bewilligung ist vom Ermessen des Sachbearbeiters abhängig, der das sehr willkürlich handhaben kann. Wenn ALG-II-Empfänger verreisen möchten, müssen sie sich Fragen gefallen lassen – wie, wohin und wie lange sie in Urlaub fahren wollen, welche Kosten entstehen und wer sie übernimmt. Selbst die Konten werden mit dem Mittel der Verfolgungsbetreuung eingesehen, um zu erfahren, wo die Gelder herkommen. Wenn etwa von Verwandten Bares für einen Urlaub spendiert wurde, dann rechnet die Behörde dieses Geld als Einkommen an. So bleibt fast nichts mehr übrig. Die Leute müssen das Geld erst verbrauchen.

Es ist in meinen Augen ein Verbrechen, dass den Ärmsten der Armen jede Erholungsmöglichkeit verwehrt werden soll, wohingegen die größten Steuersünder ungeschoren in die Schlupflöcher in der Schweiz entschwinden dürfen und den Staat um Milliarden prellen. Aber ererbtes Geld ist ja irgendwie reiner! Natürlich erhalten Erwerbslose kein Urlaubsgeld: Auch dies soll aus dem völlig unzureichenden ALG II angespart werden. Was sollen die Kinder von Hartz-IV-Empfängern bloß erzählen, wenn der Lehrer nach den Ferien nach einem schönen Feriener-

lebnis fragt und einen Aufsatz darüber schreiben lässt? Oft beteiligen sich die Kinder aus finanziell ärmeren Familien an solchen Gesprächen nicht. Vielleicht verdrängen sie die unbefriedigende Situation. Und wenn Kinder aus ärmeren Familien auf Freizeiten mitfahren und sich keine Pommes leisten können, behaupten sie lieber, dass die Butterbrote ihrer Mutter ohnehin besser schmecken.

6. Monatelang hat ein Bediensteter des Hochtaunuskreises eine Hartz-IV-Empfängerin bespitzelt – jetzt soll der Fall parlamentarisch untersucht werden. Die SPD-Kreistagsfraktion fordert den zuständigen Sozialdezernenten auf, im Ausschuss für Jugend und Soziales über den Vorfall zu berichten. In Fernsehbeiträgen und in der „Frankfurter Rundschau“ wurde über den Fall der jungen Mutter aus Oberursel berichtet, die im „Verdacht“ stand, als ALG-II-Bezieherin mit einem Mann zusammenzuleben und von ihm finanziert zu werden. Um diesen „Verdacht“ erhärten zu können, überwachte ein Ermittler des Amts die 25-Jährige drei Monate lang – auch in seiner Freizeit. Natürlich hat der „soziale“ Ermittlungsdienst hier seine Kompetenzen überschritten: „Wenn da jemand monatelang vor der Tür steht, kann das den Leumund der ganzen Familie in Verruf bringen.“

Die Grenzen bei der Ausforschung von Leistungsempfängern sind doch nicht beliebig bis hin zum **Stalking** ausdehnbar! Mir stellt sich nach solchen Meldungen immer wieder die Frage, was das für Menschen sein müssen, die sogar noch in ihrer Freizeit ALG-II-Empfänger bespitzeln: „deutsche Seelen“ mit Blockwartmentalität? Wie groß muss der Hass auf uns Transferempfänger sein, die Annahme, dass wir nur betrügen und faul und arbeitsunwillig schmarotzend abkassieren? Ob sich solch ein „Undercover-Agent“ der argen Argen, ein verhinderter James Bond, als Gutmensch fühlen darf, der mit dazu beiträgt, die Staatsverschuldung einzudämmen? Hoffentlich bekommt die verantwortliche Arge ordentlich eins drauf! Ihre Betrugsfantasien müssen sie nicht immer von sich auf andere projizieren!

7. Bereits am 20. Juni 2008 verkündete unsere Bundeskanzlerin in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“, dass allen Empfängern von Arbeitslosengeld-II-Beziehern „Heizkosten und Strom bezahlt“ würden, sodass wir nicht von den Preissteigerungen betroffen seien. Darüber hinaus behauptete sie, der Staat könne nicht eingreifen, weil unser Sozialsystem angeblich auf der „individuellen Bedürftigkeit“ basiere. Generelle Subventionen des Strom- oder Gastarifs könne es nicht geben, weil sie „nicht finanzierbar“ und zudem „mit Mitnahmeeffekten verbunden“ seien.

In ihrem neuerlichen Statement im Zeitungsinterview „Atomausstieg nicht ins Grundgesetz“ bei der Gazette mit den vier Großbuchstaben ließ sie am vergangenen Sonntag Ähnliches ab: Sie behauptete, wir hätten im Arbeitslosengeld II eine sogenannte Erstattung der Kosten der Unterkunft, wonach alle Heizkosten und **Stromrechnungen** voll ersetzt würden. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, stellt hierzu fest, dass die Bundeskanzlerin

Hartz-IV-Bezieher für ihre Atompolitik instrumentalisiert und ihnen das Recht auf einen Sozialtarif für Strom abspricht: „Wir wissen nicht, ob es ihre völlige Unkenntnis über die Zusammensetzung des Hartz-IV-Satzes ist, oder ob sie bewusst ein falsches Bild vorgaukelt, um deutlich zu machen, dass Atomstrom für Hartz-IV-Bezieher notwendig ist."

Im Regelsatz für einen alleinstehenden Hartz-IV-Bezieher ist lediglich ein monatlicher Betrag von 21,87 Euro vorgesehen. Anders als es Angela Merkel darstellt, gehören die Stromkosten nicht zu den Kosten der Unterkunft, sondern müssen aus dem Regelsatz von derzeit 351 Euro selbst getragen werden. Für die Zukunft wäre es hilfreich, wenn die Bundeskanzlerin bei der Beantwortung derartiger Fragen das „Erwerbslosenforum" oder andere Fachkundige vorher zu Rate zieht! So hat sie leider den Eindruck erzeugt, dass ALG-II-Bezieher sich keine Sorgen vor Energiepreissteigerungen machen müssten. Doch schon jetzt haben viele das Problem, dass sie die steigenden Stromkosten nicht mehr zahlen können. Das „Erwerbslosenforum" merkt auch an, dass die Heizkosten nur „im angemessenen Umfang" übernommen werden. Sehr viele Kommunen setzen allerdings ihre Kriterien für „Angemessenheit" völlig willkürlich.

Wie wäre es, wenn wir die Kanzlerin beim Wort nähmen und uns als hocherfreut darüber zeigen, dass nun endlich der Strom nicht mehr aus dem Regelsatz bezahlt werden muss? Wenn sich dann die argen Argen weigern, die Kosten wegen „fehlender" Rechtsgrundlage zu übernehmen, haben wir immerhin einen Ablehnungsbescheid in der Hand, mit dem Klage eingereicht werden kann. Dann müsste doch sogar das Gericht feststellen, dass die Kanzlerin gelogen hat, denn ein Falschinformiertsein kann sie sich in ihrer Position nicht leisten, schon gar nicht über mehrere Wochen hinweg. Als ob Frau Merkel keine Berater zur Seite stehen hätte, deren Rat sie einholen könnte – wenn sie denn wollte! Aber es macht sich natürlich besser, nach außen hin den Eindruck zu erwecken, dass Hartz-IV-Empfänger bestens versorgt seien und sogar im Gegensatz zu Geringverdienern sämtliche Kostenexplosionen der Energiekonzerne von der Sozialbehörde bezahlt bekämen. Das kann den Sozialneid doch ganz wunderbar schüren!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Phallussymbol: Piesepampel besteigt Goldelse *(„Spiegel-Online")*

Fordern statt Fördern: Hartz-IV-Schülern werden von einem 400-Euro-Ferienjob 240 Euro abgezogen *(„Spiegel-Online")*

Menschen zweiter Klasse: Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, hat das Recht auf neue Kleidung verwirkt *(„Berliner Umschau")*

Übergriffe auf Machtlose: Psycho-Strategien gegen die tägliche Demütigung *(„Reader's Edition")*

Wissentlich falsche Bescheide schonen den Staatssäckel

Bei gutem Sommerwetter trafen wir uns zur 189. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Unsere Leine mit Texten und Karikaturen flatterte im Wind und fand Beachtung. Heute konnte wir zwei Mikrofone zum Einsatz bringen, und es entstand fast so etwas wie eine Diskussion, weil einige auf ihre Vorredner antworteten, was sehr lebendig ist. Bis an die 60 Zuhörer und Zuschauer gab es.

Ein Kollege aus Schleswig-Holstein fand unser Engagement gut und wünschte uns weiter Erfolg. Themen waren die Bremer Asylpolitik und die Haltung des neuen Innensenators Mäurer zu verschiedenen Fragen und Problemen in Bremen, etwa der „Sicherheit der Bevölkerung“ oder der Situation bei der Polizei. Neuauflage und Weitermachen bei der reaktionären Asylpolitik gehören mit dazu.

Über ein Sozialticket wird beim Senat nur weiter nachgedacht, doch Denken allein bringt noch keine Geldausgabe. Das ist auch die Devise bei der Bagis: Falsche, wissentlich falsche Bescheide schonen den Staatssäckel der ach so armen Hansestadt und belasten die Betroffenen. Das ist der arrogante Umgang des veranlassenden Bremer Senats mit Rosenkötter, Mäurer, Böhrnsen. Für solche Leistungen haben sie weder ihren Urlaub noch ihre Bezahlung verdient!

Deutlich wurde wieder, welches Bild inzwischen von den ALG-II-Betroffenen gezeichnet wird, gefördert vom Kapital, den höheren staatstragenden Beamten und Politikern und der ganzen schleimleckenden „Medienwelt“. Das ist „Volksverhetzung“ von oben, die bewusste Faschisierung des Medienapparats auf ach so freiwilliger Grundlage!

Hungerzuschlag, Teuerungszuschlag und die sogenannte Altersteilzeit waren weitere Themen. Kollegen, macht euch frei von der Bindung an kapitalhörige Vertrauensleute und Betriebsräte! Wer Konsequenzen aus der selber aufgestellten Rechnung zieht, muss seine Kollegen gewinnen und selbständige Aktionen vorbereiten. Die Kollegen sind bereit für solche Gedanken!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

190. Bremer Montagsdemo am 21. 07. 2008

Der Arbeitsplatzabbau geht weiter

Ich lese hier nur einmal kurz diese Schlagzeilen vor: „Bosch schränkt Produktion ein“, „Ford will Produktion verlagern“, „Scheffler will mehr von Conti“, „500 Lastkraftfahrer in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen streiken gegen zu hohe Spritpreise“. Das alles steht auf einer einzigen Seite des „Weser-Kuriers“! Was aber fehlt, ist die Nachricht, wie viele Menschen nun in Armut getrieben werden. Um Gottes Willen, lieber nichts davon erzählen, es ist ja Wahlkampf in Bayern! Wie schon gesagt, kommt da die Forderung der CSU gerade richtig: Die alte Pendlerpauschale muss wieder her!

Doch was für ein Wahlgeschenk machen wir dem Wähler 2009? Also heißt es nun nachdenken. Wie wäre es denn mit Informationen, wie es für uns Bürger weitergehen soll, mit der Steuerreform für den Mittelstand oder auch der Entlastung aller Bürger? Nee, geht nicht, der Steinbrück macht nicht mit: „Dafür haben wir kein Geld.“ Wenn das so ist, werden wir in Zukunft noch weniger haben, denn ohne gegenzusteuern wird es für uns alle noch teurer werden. Der Einzelhandel klagt schon jetzt über den Umsatzrückgang. Und wann erfahre ich als Bürger und Steuerzahler endlich mal was von der Regierung, was sie denn gegen die hohen Spritpreise unternehmen will?

Wann wollen sie denn endlich handeln? Müssen erst immer mehr Menschen verarmen und sich Sorgen machen und vor Kummer und Ängsten krank werden? Ihr von der Regierung seid doch von uns gewählt worden, von euch erwarte ich als Bürger Lösungen, und zwar so schnell wie möglich! Seht ihr denn nicht die Gefahr, die da lauert? Dann macht es doch einmal wie Harun ar-Raschid, geht unter das Volk und erkennt, warum die Wählergunst immer mehr schwindet! Ach, was sage ich da: Ihr braucht doch eigentlich nur der Montagsdemo zuzuhören, denn wir sagen euch ja schon lange, was nicht mehr stimmt!

Hier noch einmal kurz zum Mitschreiben: Wir alle haben nicht mehr ausreichend Geld, um von diesen Hungerlöhnen ein menschenwürdiges Leben zu füh-

ren, und es kommen von Tag zu Tag immer mehr Menschen hinzu, die hungern und krank werden. Es werden immer mehr Menschen, die unzufrieden mit der Regierung sind! Na, dann macht man weiter so, ich sehe schon, wie andere sich die Hände reiben!

Udo Riedel (parteilos)

Herr Rische und die weggepickten Rosinen bei der Rente

1. Die Rentner sind mit der „**Rentenerhöhung**“ logischerweise nicht zufrieden. Daher wird versucht, dieses Thema positiv darzustellen, etwa im „Weser-Kurier“ vom 9. Juli 2008: „Altersarmut – für Ältere noch kein Thema“. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung, fordert den Gesetzgeber und die Tarifparteien zum „rechtzeitigen Gegensteuern“ auf. Die Weichen für die Armut sind gestellt – *ohne* Änderung werden die künftigen Renten selten armutsfest sein. Daher der Wunsch von Herrn Rische: Gegensteuern!

Bei der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe wurde als „großer Vorteil“ für die ehemaligen Sozialhilfeempfänger die Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen während des ALG-II-Bezugs herausgestellt. Die Schlechterstellung der Arbeitslosenhilfe-Betroffenen wurde nicht erwähnt. Bereits 2005 waren die Auswirkungen dieser Rentenversicherungsbeiträge armutsfördernd! Trotzdem wurden die Beitragszahlungen für ALG-II-Betroffene ab 1. Januar 2006 halbiert. Dadurch und durch weitere Maßnahmen wurde die Rentenkasse geleert oder jedenfalls geringer gefüllt, siehe vorherige Bremer Montagsdemos: Zwölf Monate ALG II erhöhen die Monatsrente um 2,17 Euro!

Herr Rische fordert deshalb für ALG-II-Empfänger wieder höhere Rentenversicherungsbeiträge einzuzahlen. Auch der Niedriglohnsektor schafft keine armutsfesten Renten. Wenn diese Entwicklung so weitergehe, könne man die beitragsbezogene Rente auf den Müll werfen, so Herr Rische – und er hat Recht. Er muss ja auch mit ansehen, dass die Deutsche Rentenversicherung für die zusätzliche Altersabsicherung wirbt und doch *nicht einen* Vertrag selbst anbieten darf. Dieser Profit ist den privaten Versicherungsunternehmen garantiert.

Herr Rische weiß aber sicherlich auch, dass die gesetzliche Rente ein Auslaufmodell ist: Die Lissabonner Strategie verlangt die Privatisierung auch der so-

zialen Sicherungssysteme. Herr Rische ist zumindest der Steigbügelhalter für die Totengräber der gesetzlichen Rentenversicherung! Beachtenswert ist der Appell vom 9. Juli 2008 schon. Nur die Thematik des Lissabonner Vertrags hätte Herr Rische anpacken müssen. Doch darf er die Regierung überhaupt kritisch fragen? In Bremen erhält so ein fragender Funktionsträger wahrscheinlich keine Vertragsverlängerung, zum Beispiel bei „Radio Bremen“.

Die Benachteiligung der Arbeitslosenhilfe-Bezieher wird noch heute bestritten. Damals wurde dargelegt: „Die Bundesregierung will im Rahmen ihres 30-Milliarden-Sparpaketes angeblich vor allem Leistungen für Langzeitarbeitslose kürzen. Laut ‚Spiegel‘ will Arbeitsminister Riester über sieben Milliarden DM bei Beiträgen zur Sozialversicherung sparen, die der Bund für Arbeitslosenhilfe-Empfänger bezahlt.“ Dies war nur durch den sozialen Abstieg der Arbeitslosenhilfe-Empfänger zu erreichen: bis zu 1.000 Euro monatlich weniger in der Tasche und noch geringere Beiträge zur Rentenversicherung!

Herr Rische als Präsident der Deutschen Rentenversicherung hat die Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung verteidigt, so der „Weser-Kurier“ am 12. Juli 2008: Die Renten wären um 30 Prozent niedriger, wenn die Inflationsrate zugrunde gelegt würde. Herr Rische hat aber nicht gesagt, wie hoch die Renten *ohne* die Gesetzesänderungen der Regierungen wären. Diese Änderungen waren und sind für den Neurenter rentenmindernd: Die neue Rente fällt einfach niedriger aus! „Rosinenpickerei geht nicht“, gibt Herr Rische den Rentnern zu bedenken. Zu den Aktionen der Bundesregierung steht hier nichts.

Auch nichts zur Veränderung der Rentenanpassungsformel für die Ermittlung der Rentenerhöhungen. Auch diese Formel wurde durch Hartz IV geändert, zum Nachteil aller Rentner. Die Abgeordneten haben die Formel zur Erhöhung *ihrer* Bezüge zum gleichen Termin geändert, aber so, dass die *Inflation* die Steigerungen bestimmt, losgelöst von der Rentenerhöhung, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Die Abgeordneten wussten, dass Hartz IV erhebliche Kürzungen bei Löhnen und Gehältern verursachen wird.

Gerhard Schröder hat auf dem Weltwirtschaftsgipfel ausgerufen: „Wir haben es geschafft, eine europaweite Niedriglohnzone einzurichten!“ Fakt ist: Noch nie wurden Lohn- und Gehaltskürzungen so schnell und mit so geringer Gegenwehr umgesetzt! Es gab Streichungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Pausenkürzungen oder Zulagen entfielen, und für weniger Geld wird länger gearbeitet! Die Belegschaften schotten sich ab, neue Mitarbeiter erhalten grundsätzlich weniger.

„Die Ausweitung der Familienleistungen wirkt“, meldet der „Weser-Kurier“ am 19. Juli 2008. In diesem Artikel wird dargestellt, dass die Bundesregierung Beiträge für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten an die Deutsche Rentenversicherung zahlt. Es werden die positiven Auswirkungen aufgezeigt. Herr Thiede, Leiter des Bereichs „Entwicklungsfragen Altersvorsorge“ bei der Deutschen Rentenversicherung gibt die Auskünfte. Diese Zahlungen und Regelungen sind seit Langem gesetzlich geregelt.

Neu ist der Streit mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Bundesregierung hat versucht, die Zahlungen für die Kindererziehungszeiten auf die Bundesagentur für Arbeit zu verlagern. Diese hat sich in der Pressemitteilung vom 4. Juli 2008 dagegen verwehrt: Allein für 2009 seien 290 Millionen Euro zu zahlen. Hoffentlich wird nicht wieder die Sozialkasse geplündert! Zur Erinnerung: Die Bundesagentur für Arbeit wurde vom Bundeshaushalt abgekoppelt. Alle möglichen Zuwendungen hieraus wurden aufgehoben, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Dies steht nicht in dem Beitrag. Es steht auch nichts vom Lissabonner Vertrag, nichts von der vereinbarten Abschmelzung der gesetzlichen Rentenversicherung in den Ausführungen von Herr Thiede.

Wie wirken sich die dauernden Rechtsänderungen bei der Rentenberechnung aus? Nagativ! Hierzu ein kleines Erlebnis, es ist circa 15 Jahre her. Damals erzählte eine Kollegin: „Ich habe mich bei der LVA erkundigt. Ich möchte eigentlich aufhören, aber meine Rente ist zu niedrig. Wenn ich noch fünf Jahre arbeite, erhalte ich circa 50 DM monatlich mehr Rente!“ Nach etwas über fünf Jahren ging die Kollegin in Rente. Sie war enttäuscht, ihr Rentenzahlbetrag war gesunken: „Vor fünf Jahren wäre meine Rente höher gewesen!“ Wir haben den Mitarbeiter bei der LVA angerufen und befragt. Er bedauerte, aber diese Änderungen waren damals nicht vorhersehbar. So viel, Herr Rische, zur „Rosinenpickerei“!

2. Letzten Montag habe ich die **Finanzkrise** angesprochen. Jobst wandte sich an die Touristen auf dem Marktplatz: „Auch Sie da beim Kaffee, warten Sie nicht auf neue Bankencrashs und Entlassungswellen wie bei Siemens! Nutzen wir die freie Zeit und den Urlaub auch zum Nachdenken! Da muss doch was anders werden, nicht wahr?“ Da musste leider keiner lange warten: Noch während wir auf dem Marktplatz waren, kamen diese Nachrichten. Es sind zwei weitere US-Immobilienbanken notleidend geworden! Außerdem hat die Citigroup die Citibank Deutschland für 4,9 Milliarden Euro verkauft. Insgesamt will die Citigroup Anteile und notleidende Wertpapiere für 400 Milliarden Dollar verkaufen! Alle drei Banken verkünden darüber hinaus einen massiven Personalabbau. Inzwischen leugnet auch kein „Wirtschaftsweiser“ mehr die negativen Auswirkungen auf Deutschland. Nur die Planzahlen werden nicht verändert, daher kann der Finanzminister den Haushaltsplan unverändert lassen. Ignoriert wird, dass jetzt auch die Erzeugerpreise „unerwartet stark“ gestiegen sind! –

Für eine Rückbesinnung der besonderen Art steht Carsten Sieling („Weser-Report“ vom 16. Juli 2008). Er gehört der Bremischen Bürgerschaft seit 1995 an, für die SPD! Nun stellt er für den jetzigen Senat fest: „**Nach Jahren des Stillstands**...“ Herr Sieling, *Sie* haben doch ebenfalls den sozialen Kahlschlag zu vertreten! *Sie* haben doch den Verkauf der Stadtwerke Bremen bis zum letzten Zipfel mitgestaltet! –

Bremerhaven hat im Haushalt getrickst? Wurden die Verpflichtungen, insbesondere die Schuldbeitritte, richtig ausgewiesen? Karoline Linnert lässt dies nicht durchgehen: Bremerhaven wird den Haushalt und die Projekte neu überarbeiten

müssen. Der Haushalt wird berücksichtigen müssen, dass auch in **Bremerhaven** die Sozialtransfers nochmals ansteigen werden – ganz anders als die Arbeitsmarktstatistik uns weismachen will. Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen dürfen nicht schlechter gestellt werden als im Rest der Republik! Leider gehen die Bremer Politiker mit den Bremerhavenern nicht fair um: Die starken Häfen liegen auf dem Stadtgebiet von Bremerhaven. Die Verträge sind nicht mehr zeitgemäß! Oder? Bremen möchte eine Neugestaltung mit der Bundesregierung und den anderen Ländern! Wieso legt Bremen nicht auch die Verträge mit Bremerhaven auf den Prüfstand? Wieso leitet Bremen Zahlungseingänge für Bremerhaven mit einer mehrmonatigen Verzögerung weiter? So ist es geschehen mit dem Bundesanteil für die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Betroffene. –

Die EU kostet aufgrund der Beitritte mehr Geld – so war vor Ablehnung des Lissabonner Vertrags zu lesen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Jetzt wird **Europa** *weniger* kosten: nur noch 22,6 Milliarden Euro soll Berlin für 2009 überweisen. Dies ist eine Milliarde weniger als für 2008 („Weser-Kurier“ vom 18. Juli 2008). Ja, es ist so eine Sache mit den Meldungen! Die Algerier haben eine *prall* gefüllte Staatskasse. Dort herrscht Kriegszustand. Das Land gehört zu den neuen Partnern der EU im Mittelmeerraum. Frau Merkel möchte Algerien Fregatten und allerhand andere Militärgüter verkaufen. Dazu gehören auch Grenzsicherungsanlagen! Schließlich will die EU nicht mehr selber die Flüchtlinge vom Zaun schießen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Neues aus dem Ferienland

Mitten in diese ach so „verdienten“ Ferien platzte der zufällige Fund zweier verwahrloster kleiner Mädchen in Gröpelingen. Die Öffentlichkeit ist nach dem Schicksal des kleinen Kevin sehr empfindlich und wach. Die Sozialverwaltung nimmt sofort notgedrungen Stellung und schiebt auf das Familiengericht ab. Dieses kontert natürlich. Aber die zuständige Sozialsenatorin und ihr Staatsrat tauchen ab. Sie sind vielleicht schon in Urlaub, wie der Herr Bürgermeister Böhrnsen. Auch Tage später ist nichts zu hören von der Frau Rosenkötter. Das missfällt inzwischen sogar dem ach so treuen SPD-Blatt „Weser-Kurier“.

Aber reicht es denn, solch ein „Sich-nicht-stellen“ oder Abtauchen nur auf die Personen zu beziehen? Der Rücktritt von Senatorin Karin Röpke im schwersten Fall von Amtsversagen wie beim Tod des kleinen Kevin war unausweichlich und konsequent. Der Versuch von Bürgerschaftspräsident Weber, Frau Röpke als Bürgerschaftsdirektorin wieder zu installieren, scheiterte kläglich und war von ausgesprochener Arroganz. Zu groß war der Protest in der Öffentlichkeit. Die Fähigkeit oder Unfähigkeit dieser Personen, ihre Verantwortung auch konsequent zu tragen, ist das eine. Das andere ist die Politik mit der Denkweise und dem Geist, die dahinter stecken. Zwar wird in Bayern, in Bremen oder in Nordrhein-Westfalen im Wesentlichen die gleiche Politik gemacht, aber hier in Bremen ist es die konkrete SPD-Politik, die dahinter steht.

Es sind ja nicht allein die beiden kleinen Mädchen oder der getötete Kevin, es geht um die ganze verlogene und pervertierte Sozialpolitik der SPD. Ausgehend vom Basta-Schröder vollzog die ganze SPD in ihren höheren Parteigliederungen den opportunistischen Umschwung auf die „Lissabonner Politik“, wie Kohl sie schon mit aus der Taufe gehoben hatte. Schröders „Fitmachen für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt“ war einmal mehr die sozialdemokratische Unterordnung unter die Interessen und das Diktat des Monopolkapitals. Die Aufgabe der SPD war und ist es, mit opportunistischem Spagat die Widersprüche zwischen den Interessen und Forderungen der großen Mehrheit der Bevölkerung und den Ansprüchen des Monopolkapitals zu versöhnen und zu verkleistern. Die jetzige SPD-Führung tut sich schwer, diese Aufgabe zu erfüllen. Ihre Sympathiewerte sinken in den Keller, es gibt bald weniger als 20 Prozent Zustimmung. Aber es heißt eben durchhalten bei der Politik gegen die Massen, „sonst würde man unglaubwürdig beim Wähler“.

Die Einsparpolitik und die Anleitung und Amtsführung der sogenannten Sozialdemokraten ist es, die täglich über die Ämter, die Bagis oder andere Stellen auf die Gefühle, Kräfte und Fähigkeiten der Menschen, der gegenwärtigen und zukünftigen Betroffenen, eindrischt. Darum ist es so wichtig, sich mit dem Geist und dem Opportunismus der SPD auseinanderzusetzen und Schlussfolgerungen für die persönliche Entscheidung zu ziehen, also die eigene Rechnung aufzumachen, sich aktiv an gemeinsamen Aktionen wie der Montagsdemo zu beteiligen und darüber nachzudenken, welche Aufgabe die bürgerlichen Parteien und ihr Parlament haben: Was für Lebenslügen sind die „soziale Marktwirtschaft“ und die „parlamentarische Demokratie“? „Nur dem Gewissen verantwortlich“ heißt in den allermeisten Fällen, nur die Interessen des Kapitals zu achten und durchzusetzen.

Wir werden weiter aufklären und die Verlogenheit und Pervertierung dieses bürgerlichen Systems aufzeigen und anprangern! Sichtbar wird solche Pervertierung etwa beim Wandel der Hilfe zur Strafe: Im Jahr 2007 kürzten die Arbeitsagenturen mehr als 100.000 ALG-II-Betroffenen die Leistung, das sind 3,5 Prozent der Bezieher, und zwar im Schnitt um 138 Euro. Proteste gegen dieses System bleiben da nicht aus: Über 250.000 Unterschriften wurden bereits gegen die „Gesund-

heitskarte“ geleistet, einem weiteren Baustein des Projekts „Gläserner Mensch“ des Monopolkapitals. Siemens-Kollegen blockierten eine Hauptverkehrsstraße in München. Allein dort sind 1.020 Entlassungen geplant, bei über 17.550 im Gesamtkonzern. Unterstützung kam von Delegationen anderer Betriebe.

Solidarität siegt: Die Kündigung von vier bei Opel Bochum eingesetzten Leiharbeitern wurde zurückgenommen. Wo die Solidarität richtig organisiert wurde, haben 80 Prozent der Kollegen für die Wiedereinstellung und für die Bezahlung nach Opel-Lohngruppe unterschrieben. Etwa jeder zweite Opel-Kollege spendete für den „Solidaritätskreis“. Während der Gütegerichtsverhandlung erklärte der Personalverleiher Adecco seine Rücknahme. Es bestehen weiterhin die Forderungen, alle gekündigten Leiharbeiter wieder einzustellen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen und keine Beschäftigung unterhalb von 13,79 Euro, der niedrigsten Lohngruppe bei Opel, vorzunehmen.

95 Prozent der Befragten sehen nach dem „ZDF-Politbarometer“ in gestiegenen Energiepreisen das größte Problem des Landes, es sei noch brisanter als das der Massenarbeitslosigkeit. 41 Prozent erwarten, dass es ihnen in einem Jahr massiv schlechter gehen werde. Altbundeskanzler Schmidt warnt derweil bei der Rekrutenvereidigung vor dem Reichstag vor obrigkeitsstaatlichem Denken.

Jobst Roselius

Gesundschrumpfung: SPD hat erstmals noch weniger Mitglieder als die CDU *(„Spiegel-Online“)*

Keine neuen Kohlekraftwerke!

Anfang dieses Monats war ich auf Kurzbesuch in meiner Heimatstadt Mannheim und nahm dort auch an der Montagsdemo teil. Ich soll euch alle herzlich grüßen! In Mannheim hat der Stadtrat beschlossen, ein neues Kohlekraftwerk bauen zu lassen, obwohl dies nicht erforderlich ist: Der überflüssige Strom soll exportiert werden. Trotz „modernster Filtertechnik“ wird die Luft mit hochgiftigem Quecksilber, mit Stick- und Schwefeloxiden sowie Chlorgas verpestet.

Da sich Strom auf dem Weltmarkt verteuert, verdoppelt sich der Gewinn je Aktie mit dem Bau des Blocks 9, doch Arbeitsplätze werden hierdurch nicht geschaffen. Über 80 Prozent der Billigkohle stammt aus Südafrika, Russland und Kolumbien. Die Bergarbeiter werden dort ausgebeutet

und die Bewohner der Abbaugebiete vertrieben! Schon heute arbeiten bei der Erzeugung erneuerbarer Energien 250.000 Menschen, das sind doppelt so viele wie in Kohle- und Atomkraftwerken zusammen. Auch in Industriebetrieben sind 100 Prozent erneuerbare Energien möglich.

In Mannheim werden Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt. Hoffen wir für die „Initiative Klima und Energie Mannheim“, dass sie genügend Unterstützung findet, um den Bau des Kohlekraftwerks zu verhindern! In Mannheim unterstützte ich Anfang der achtziger Jahre eine Gruppe, die sich dafür aussprach, dass die Stadt zum Belastungsgebiet erklärt wird, um zu verhindern, dass Luft und Natur durch weiteren Zuzug von Industrien und Gewerbebetrieben noch stärker verschmutzt wird. Leider konnten wir unser Ziel nicht erreichen, sonst stünde in Mannheim heute nicht der Bau des Kohlekraftwerks Block 9 zur politischen Debatte.

Aus Profitgier veranlassen die Betreiberkonzerne von Kernkraftwerken Politiker wie Herrn Eppler von der SPD, der ursprünglich für den Schutz der Natur und für Ökostrom aus erneuerbaren Energiequellen stand, jetzt für die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken zu plädieren. Ohne Atomindustrie gäbe es auch keine Atomwaffen. Darum geht es hier auch um die Militarisierung der Kernkraft, die einhergeht mit Vernichtung von sozialen und demokratischen Grundrechten. Dem können wir nicht zustimmen!

Für Menschen, die wie ich nicht mehr als die Grundsicherung erhalten, ist es auch nicht möglich, einen Urlaub zu finanzieren. Ohne die Hilfe von Freundinnen und Freunden in Anspruch zu nehmen, hätte ich nicht für eine Woche auf Kurzurlaub in Mannheim und Umgebung sein können. Bei ihnen möchte ich mich dafür bedanken!

Bettina Fenzel (parteilos)

Die SWB muss endlich die Zählerhoheit verlieren!

Die Energie wird teurer, der Zugriff auf die Geldbörse immer dreister! Bundesweit und insbesondere in Bremen ist die Privatisierung der Stadtwerke eine Erfolgsgeschichte – für die jeweiligen Eigentümer! Europaweit wird die Verpflichtung zu Privatisierung eingehalten – sie steht im Lissabonner Vertrag. Bei „Attac“ sind die Folgen nachzulesen; das Beispiel der Eisenbahnprivatisierung ist auf jegliche Dienstleistung übertragbar.

Die Grünen sind gegen Atomkraft! Unstrittig? Warum haben die Grünen dem Lissabonner Vertrag *trotz* der Verpflichtung zur Förderung der Atomenergie zugestimmt? Die Grünen stehen zu den sozialen Verpflichtungen? Trotzdem haben

die Grünen Hartz IV ermöglicht! Hartz IV kann zurückgenommen werden. Verstrahlung nicht!

Nun zurück zur SWB. Allein der Name ist Täuschung: Es sind nicht mehr die Stadtwerke Bremen. Es geht nicht um kundenfreundliche Geschäftsgestaltung, sondern um möglichst hohen Profit! Dazu gehört auch die Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis. Diese Regelung gilt nur in Deutschland, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Es ist eine freiwillige Verpflichtung, die kein Energieunternehmen einhalten *muss!*

Auch insofern sollte dieser **Preiserhöhung der SWB** widersprochen werden. Das sollte jeder machen! **Informationen** dazu gibt es am **Dienstag**, dem **26. August 2008** ab **18 Uhr** im „**Konsul-Hackfeld-Haus**“, Birkenstraße 34. Die „Verbraucherzentrale“ hat auch in der Vergangenheit die Sache der Energieverbraucher unterstützt. Wer vor dem 26. August 2008 die Jahresabrechnung erhält, sollte nicht auf diesen Informationstag warten. Auch in der aktuellen Rechnung sind Preiserhöhungen enthalten, gegen die sich ein Widerspruch lohnt.

Die „Bremer Bürgerinitiative gegen Gaspreiserhöhung“ ist in der „Sportklause“, Hamburger Straße 32, anzutreffen, und zwar jeden ersten und dritten Dienstag im Monat von 16 bis 18 Uhr, Telefon 5963 486. Die SWB kann einfach durch Erfüllung der Forderung der „Verbraucherzentrale“ nachweisen, ob diese Preiserhöhung berechtigt ist oder nicht. Solange die Fakten nicht vollständig auf dem Tisch liegen, ist Widerspruch angesagt.

Ergänzend geht es mir heute aber um den Umgang mit dem Kunden, dem Endverbraucher. Mit Großkunden geht die SWB sicherlich pfleglicher um! Die SWB und andere Energielieferanten rechnen normalerweise nach dem Zählerstand ab. Doch wie in jedem Geschäft schleichen sich Fehler ein, und die Zahl wird falsch übertragen. Es ist aber auch möglich, dass der Zählerstand von der SWB geschätzt wurde. Dies führt regelmäßig zu völlig überhöhten Forderungen. Daher sollte, wer eine ungewöhnlich hohe Rechnung erhält, den Zählerstand vergleichen. Sollte der Verbrauch geschätzt sein, den aktuellen Stand ablesen und mit der Zählernummer der SWB miteilen: „Ich bitte um Korrektur der Rechnung und der geforderten Abschlagszahlungen.“ Mensch ist ja höflich!

Wer feststellt, dass der Zählerstand in dieser Rechnung mit der Wirklichkeit übereinstimmt, sollte prüfen, ob die Leitungen angezapft wurden: Möglichst alle Verbraucher ausschalten und sehen, ob der Zähler trotzdem läuft. Wenn bestimmte Verbraucher nicht ausgeschaltet werden können, bewusst auf den Verbrauch achten. Natürlich auch den Preis ansehen. Fehler sind überall möglich! Es kann auch sein, dass die Rechnung so hoch ausfällt, weil die Vorauszahlungen oder Abschläge nicht richtig berücksichtigt wurden. Daher deren Summe überprüfen.

Wer Widerspruch eingelegt und eine vorherige Rechnung gekürzt hat, dem kürzt die SWB die geleisteten Vorauszahlungen um diesen Betrag – auch ab dem Jahr 2004 durchgängig! Natürlich ist dies unzulässig. Einfach bei der Korrektur der Rechnung richtigstellen und nur den selbst ermittelten Betrag zahlen.

Die SWB hat im Jahr 2007 über zehntausend Mal in Bremen die Energielieferung unterbrochen, also den Strom, das Gas, das Wasser abgestellt! In diesem Zusammenhang bekommen die Sonderkosten und „ergänzenden Bedingungen“ besonderes Gewicht. Bei dieser Preiserhöhung sind diese Positionen ebenfalls genannt. Welche Preise galten vorher? Verspricht sich die SWB von der Einbeziehung in der Preisinformation die Haltbarkeit dieser besonderen Preise? Sehen wir uns diese Preise im Detail an.

Die SWB fordert für einen nochmaligen Ausdruck einer Rechnung 7,90 Euro. Das muss mensch sacken lassen! 7,90 Euro für einen EDV-Ausdruck, auch wenn diese Rechnungskopie im „Kundencenter“ abgeholt wird. Die SWB fordert für die Erläuterung der Vorauszahlungen oder geleisteten Abschläge 44,63 Euro. Daher unbedingt die Zahlungsdaten notieren und bei einer Unstimmigkeit die selbst ermittelte Summe der SWB mitteilen und auch nur den Restbetrag bezahlen. Falls die Energiekosten durch die Arge (Bagis) überwiesen werden, so kann von ihr eine Aufstellung der geleisteten Zahlungen angefordert werden.

Die SWB fordert für „durch den Kunden verursachte Wegekosten“ 37,14 Euro, für Wegekosten im Rahmen eines Kassierwegs oder Sperrversuchs 40,56 Euro. Was ist das? Das ist der Preis für einen roten Zettel im Briefkasten! Auf diesem steht ein Forderungsbetrag (der nicht unbedingt mit der Wirklichkeit übereinstimmt) und die Androhung der Verbrauchsunterbrechung. Per Post wäre diese Zustellung wesentlich günstiger! Die SWB fordert für die Verbrauchsunterbrechung 85,76 Euro und für den Zählerausbau nochmals 47,46 Euro.

Nicht in dieser Preisliste stehen die weiteren Rahmenbedingungen. Für den Zählereinbau verlangt die SWB die Bescheinigung eines von ihr zugelassenen Elektrobetriebs. Dieser muss die Zählertafel untersuchen und bescheinigen, dass der Zählereinbau möglich ist. So wird sowieso notwendiger Reparaturaufwand von der SWB auf den Endverbraucher verlagert. Die Zählertafeln sind in den seltensten Fällen erneuert oder auch nur repariert worden. Die SWB hat die Herrschaft über den Zähler. Dies ändert auch ein Wechsel des Energieanbieters nicht.

Für den Zählereinbau verlangt die SWB nochmals 47,46 Euro. Außerdem spielt die Zeit eine Rolle: Die SWB lässt sich für den Zählereinbau gerne zwei bis drei Wochen Zeit, gerechnet ab Vorlage der Bescheinigung des Installationsbetriebes und nach bestätigtem Zahlungseingang. Die von der SWB ermittelte Summe ist nicht verhandelbar. Die SWB ist nicht zur Rechnungslegung bereit. Für die abweichende Rechnungslegung verlangt die SWB 14,88 Euro.

Jegliche Nachfrage oder Bitte um Erläuterung führt zu verlängerter Energiesperre. Wer eine überraschend hohe Energierechnung erhält, bekommt von der SWB *kein* Teilzahlungsangebot. Entsprechende Bitten werden abgelehnt beziehungsweise der Monatsbetrag so hoch angesetzt, dass dieser nicht bezahlbar ist.

Für ALG-II-Betroffene ist es ratsam, eine Nachzahlung oder einen Rückstand von der Bagis zu holen. Die Bagis verlangt im Einzelfall die Ablehnung der Ratenzahlung durch die SWB, allerdings kann dies nicht schriftlich verlangt werden.

Warum verlangt die Bagis dies im Einzelfall? Es verzögert, es zermürbt. Es kommen nicht alle wieder, um erneut diesen Antrag zu stellen. Die Bagis vereinbart auch gerne mit der SWB Ratenzahlung für den Betroffenen an die SWB. Allerdings werden dabei die erlaubten zehn Prozent des Regelsatzes für Darlehnsraten meistens überschritten. Daher das Darlehn von der Bagis und Rückzahlung an die Bagis beziehungsweise die Übernahme der Energiekosten beantragen. Dabei ist zu bedenken, dass auch die neuen Vorauszahlungen oder Abschläge höher sind. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wer mit der Höhe seiner Vorauszahlungen nicht einverstanden ist, kann diese von der SWB ändern lassen. Wer eine Reduzierung möchte, liest dazu seinen Zähler ab oder nennt den Grund. Es ist aber auch möglich, die SWB mit Nennung des Grundes über den erbetenen (mensch ist höflich!) Abschlagsbetrag zu informieren. Aber bei einer Reduzierung darauf achten, dass die SWB dies bestätigt beziehungsweise keinen Widerspruch erhebt oder eine Mahnung schickt. Zusätzlich ist anzumerken: Eine Zwischenabrechnung ist nicht erforderlich.

Die SWB erlebt täglich mindestens den Umzug *eines* Kunden. Was passiert beim Umzug eines SWB Kunden innerhalb des Liefergebiets? Aus Sicht der SWB eine Vertragsbeendigung und ein neuer Liefervertrag. Was ist, wenn dem alten Vertrag widersprochen wurde oder gegen die Rechnungen Widerspruch eingelegt wurde? Die SWB schreibt in dem neuen Vertrag neue Preise fest. Mit der Unterschrift werden diese akzeptiert. Möglich ist eine Unterschrift unter Hinweis auf die vorherigen Widersprüche. Aus Sicht des widersprechenden Kunden ist es einfach: nur ein Wechsel der Lieferanschrift, allerdings mit Abrechnung der bisherigen Lieferanschrift. Alle Vertragsbedingungen bleiben erhalten oder unverändert strittig!

Dies wird von der SWB genauso zähneknirschend behandelt wie ein Widerspruch. Wie all dies geht? Kommt vorbei! Wir besprechen vorher die aktuellen Rahmenbedingungen. Wir gehen mit! Bei einem kurzfristigem Umzug kann eventuell die Kündigungsfrist nicht eingehalten werden. Die SWB fordert möglicherweise noch die Zahlungen für Energielieferungen nach dem Auszug, obwohl die Annahme der Energieliefung unter der bisherigen Anschrift unmöglich ist, wie beide Seiten wissen.

Dies ist bereits mit dem Urteil zur Milchlieferung entschieden: Der Milchhändler stellte weiterhin jeden Tag eine Flasche Milch vor die Tür, obwohl er wusste, der Kunde wohnt hier nicht mehr! Die Klage auf Zahlung hat er schon damals verloren. Wenn beim Umzug von einer Änderung der Lieferanschrift ausgegangen wird, stellt sich die Frage der Kündigungsfrist gar nicht erst.

Die SWB hat keine wirklichen Wettbewerber. Spätestens über Liefermonopole und Kapitalbeteiligungen kommt alles in den gleichen Säckel! Ein Cent weniger und dafür kein Widerspruch, das ist der Traum eines jeden Unternehmers. Da-

her schaue der Mensch genau hin, zu welchem Unternehmer er wechselt. Wahrscheinlich ist der grundsätzliche Widerspruch und die Zahlungskürzung wirksamer, aber auch mit Restrisiko behaftet!

Die SWB wird ihre Handlungsweise ändern, wenn alle Widerspruch erheben und die Zahlungen kürzen. Die SWB will zu viel erhaltene Beträge nicht zurückzahlen. Wer Widerspruch erhoben und den ungekürzten Betrag reguliert hat, erhält den überzahlten Betrag nur mittels Klage zurück. Dies kostet Zeit, Nerven und eventuell auch Geld. Es ist wesentlich einfacher, nur den gekürzten Betrag zu überweisen. Nur so wird die SWB die Kalkulation offenlegen. Die vorgenommen Rechnungskürzungen werden von der SWB zulasten der Vorauszahlungen verbucht. Werden diese Rechnungskürzungen auch durch entsprechende Wertberichtigungen ertragsmindernd berücksichtigt?

Ach ja, die SWB ist ein großer Sponsor! Ein Teil der aus den Energieabstellungen erzielten Erlöse fließen in Bremer Veranstaltungen, und auf den Plakaten steht dann SWB als Sponsor. Erstrebenswerter wären vernünftige Preise und ein fairer Umgang mit dem Kunden! Außerdem muss die SWB die Zählerhoheit verlieren! Hier ist die Politik gefordert.

„Wer sich mit der SWB anlegt, riskiert die Liefersperre. Die stellen einfach den Strom, das Gas, das Wasser ab!“ Denkste! Wenn der Mensch gegen die Preiserhöhungen Widerspruch eingelegt hat, ist er durch die Bundesnetzagentur vor einer Liefersperre geschützt. Die SWB darf nicht einmal damit drohen. Bei einer eventuellen Mahnung oder Drohung daher die SWB auf den Widerspruch hinweisen und die Verbraucherzentrale einschalten. Die Kosten nicht akzeptieren und nicht bezahlen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Antikommunismus: Der beliebteste Vorwand, nicht
gegen Hartz IV zu demonstrieren *(„Erwerbslosenforum“)*

Sand ins Kriegsgetriebe werfen!

Der **1. September 2008** steht zwar schon als **Antikriegstag** des „Friedensforums“ im Terminkalender der Montagsdemo, aber hier sei es noch einmal wiederholt: Das „Bremer Friedensforum“ ruft zu einer **Kundgebung** an diesem Tag um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz** auf, und wir von der Montagsdemo wollen uns daran beteiligen. Unter anderem soll ein **Deserteursdenkmal** enthüllt und anschließend per Demo-Zug zur nahe gelegenen **Altmannshöhe** transportiert werden, wo es vor dem Eingang der Gefallenen-Gedenkstätte seinen endgültigen Platz finden soll.

Wir wollen aus gutem Grund an der Kundgebung teilnehmen, weil sich hier die Gelegenheit bietet, die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der EU und insbesondere den antisozialen und militaristischen Charakter des Lissabon-Vertrages erneut zu thematisieren und anzuprangern. Kanzlerin Angela Merkel und vor allem Frankreichs Regierungschef Nicolas Sarkozy lassen nichts unversucht, das eigentlich längst gescheiterte Vertrags-Machwerk doch noch zu „retten“ – letzterer mit besonderer Dreistigkeit und Druckausübung gegenüber der irischen Regierung. Doch wir stehen weiterhin fest auf der Seite der irischen Bevölkerung! Der Vertrag muss gestoppt werden, weil er neben seinem kriegerischen Charakter besonders auch den Sozialkahlschlag forciert, die Löhne senken will und die Atomkraft über alles stellt – also per se undemokratisch ist. Als Erwerbslosen- und Sozialprotestnetzwerk sind wir davor und wollen als Teil dieses Netzwerks am Antikriegstag gemeinsam mit dem „Friedensforum“ den EU-Feldherren schwungvoll die Rote Karte zeigen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Zoff um Klimacamp 2008: Grüne machen Grünen Stress *(„Tageszeitung“)*

Nur noch gebrauchte Unterwäsche für Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger?

1. Das Sozialgericht in Schleswig hat entschieden, dass Empfänger von Transferleistungen keinen Anspruch auf fabrikneue **Kleidung** haben. Wenn die staatlichen Zuschüsse nicht ausreichen, muss auch auf Flohmärkten, in Secondhandläden und im Internet nach gebrauchter Kleidung gesucht werden. Im zugrunde liegenden Fall wollte eine 46-jährige Frau zwei Spezial-Büstenhalter bezahlt bekommen. Sie leidet unter Fettleibigkeit und wollte sich für rund 170 Euro sogenannte Entlastungsbüstenhalter kaufen. Auch ich kaufe in Second-

handläden ein, aber beileibe keine Unterwäsche! Gerade, wenn es um so etwas Spezielles wie einen Entlastungs-BH geht, finde ich das Urteil skandalös!

Selbst wenn die Betroffene genau solch einen BH auf dem Flohmarkt finden sollte: Wo sollte sie ihn anprobieren können? Dann ist er bestimmt auch total ausgeleiert. Nee, also ich finde es unerhört! Unterwäsche ist doch sehr persönlich, ja intim. Ich würde daher eher von Diskriminierung als von einem Urteil sprechen! Ich frage mich, was nun als nächstes kommen wird. Zum Beispiel: Sozialhilfe-Empfänger ohne Anspruch auf frisches Essen oder eigene Wohnung? ALG-II-Bezieher ohne Anspruch auf Behandlung durch Humanmediziner – sie können sich auch vom Tierarzt behandeln lassen? Brauchen wir demnächst auch kein Essensgeld mehr, weil die Tafeln ja genug anbieten und sich notfalls auch Container oder Mülleimer durchwühlen lassen?

2. Als Folge der Kostenexplosion kann von einem richtigen **Energieschock** gesprochen werden! Je geringer das Einkommen, desto größer ist die Belastung durch Strom- und Heizkosten, denn sie fressen einen immer größeren Teil des Nettoeinkommens auf. Daher war die Behauptung unserer Bundeskanzlerin bei ihrem Sommerinterview, Beziehern von Arbeitslosengeld II würden im Rahmen der Erstattung der Unterkunftskosten alle Heizkosten und Stromrechnungen voll ersetzt werden, eine glatte Lüge. Regierungssprecher Thomas Steg stellte dann klar, Strom und Warmwasser müssten aus dem ALG-II-Regelsatz von 351 Euro monatlich beglichen werden. Bei den Aussagen der Kanzlerin habe sich „in der Interpretation eine gewisse Unschärfe eingeschlichen“. Künftig werde hinreichend differenziert.

Fakt ist jedoch, dass gerade Studenten, Hartz-IV-Bezieher, Rentner, alleinerziehende Mütter oder kinderreiche Familien von den explodierenden Energiepreisen besonders hart betroffen sind! Das Dilemma daran ist, dass Geringverdiener kaum eine Möglichkeit haben, auf andere Dinge zu verzichten, um die Energiekosten zu decken, denn sie verkneifen sich notgedrungen schon längst schicke Kleidung und teure Freizeitbeschäftigungen wie Kino oder Konzerte! Da müssen dann andere Lösungen gefunden werden, wie nur alle zwei Tage zu duschen und sich ansonsten nur mit dem Lappen am Waschbecken zu säubern oder im Winter nur einen Raum in der Wohnung zu beheizen und auch drinnen immer Wollpullover und dicke Socken zu tragen.

Der Verzicht auf das eigene Auto ist ja schon längst eingeübt. Wieder andere überlegen, ob sie den Kühlschrank abschaffen und mehrfach täglich den Gang vom vierten Stock in den Keller auf sich nehmen wollen, denn für den Erwerb eines modernen, stromsparenden Gerätes ist ebenfalls kein Geld übrig. Tüftlern bietet sich die Gelegenheit, das Regenwasser für Toilettenspülung, Wasch- und Spülmaschine zu nutzen. Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, dass die Haushaltsmaschinen immer erst bei vollständiger Füllung eingeschaltet werden. Sollen wir jetzt mit den Hühnern ins Bett gehen, wenn es zu dunkel wird zum Lesen, und morgens in aller Frühe wieder aufstehen, um das Tageslicht voll auszunut-

zen? Das wird nur im Winter problematisch, wenn es bereits um 16 Uhr dunkelt. Ja, so langsam frage ich mich wirklich, in welchem Jahr wir heute leben: 2008 oder 1945? Wenn es nur gälte, eine kurze Durststrecke zu überbrücken, ginge das ja noch. Doch wenn dieser Mangel an „Luxus“ heute zum Dauerzustand werden soll für die immer größer werdende Gruppe gesellschaftlich ausgegrenzter Menschen, dann ist das einfach inakzeptabel!

3. Auch im Bremer Sozialressort wird überlegt, welche Konsequenzen die Ankündigung des Energieversorgers SWB haben soll, den Preis für Erdgas um rund 20 Prozent zu erhöhen. Am Wochenende meldete die „Tageszeitung“, dass die **Heizkostenpauschale** für ALG-II-Empfänger(innen) zu Beginn der Heizperiode angehoben wird. Über die Höhe wird noch gesprochen. Die Heizkostenpauschale war zuletzt Ende 2005 angehoben worden – von einem Euro auf 1,10 Euro pro Quadratmeter. Diese Anhebung verursache Mehrkosten von einer halben bis einer Million Euro, hieß es seinerzeit. Der „Mieterbund“ hatte schon damals Sätze von 1,30 Euro pro Quadratmeter verlangt, Beratungsstellen und Sozialexpert(inn)en 1,40 Euro.

Aber ganz egal, wie das Sozialressort entscheiden wird, die *tatsächlichen* Heizkosten müssen von der Bagis übernommen werden! Es kann allerdings sein, dass dies dort nicht sofort eingesehen wird und erst vor Gericht erstritten werden muss. Schließlich sollen ja zu unseren Lasten sechs Prozent eingespart werden! Es ist ein Skandal, wenn in diesem eigentlich so reichen Land Menschen im Winter frieren, aus Angst, die nächste Rechnung nicht bezahlen zu können, weil sie eben nicht wissen, was ihnen zusteht. Eigentlich müsste der Grundbedarf für Strom und Gas kostenlos zur Verfügung gestellt werden, so wie in Belgien!

4. Nicht nur in Bremen kommen die Kinder von Hartz-IV-Empfängern in den Sommerferien aus finanziellen Gründen selten weiter als bis an die „Costa Werdersee“. Wenn sie dann auf die eigentlich sinnvolle Idee kommen, sich einen **Ferienjob** zu besorgen, dürfen sie von 400 Euro nur 160 behalten. Das gilt jedoch nicht nur für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern: Wer in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft lebt, muss einen großen Teil des verdienten Geldes an Vater Staat abgeben. Es dürfen lediglich 100 Euro monatlich behalten werden; wer mehr verdient, muss 80 Prozent dieses Geldes abgeben.

Angenommen, ein Jugendlicher füllt für 400 Euro die Regale eines Supermarktes auf, dann darf er die ersten 100 Euro behalten. Von den verbleibenden 300 Euro muss er 80 Prozent abgeben. So bleiben ihm nur 160 Euro. Das ist ein absolut falsches Signal an die Jugendlichen, dass sich nämlich Arbeit für sie nicht lohnt! Als ob es nicht schon völlig ausreichen würde, dass ein Kind von Hartz-IV-Eltern das ganze Jahr darben und dabei zusehen muss, wie die anderen Gleichaltrigen die „richtigen“ Klamotten tragen, ein trendy Handy besitzen, nebenbei für den Führerschein sparen und dafür auch Geldgeschenke bekommen – sie wer-

den auch noch bestraft, wenn sie sich auf ehrliche Weise etwas dazuverdienen möchten!

Für Jugendliche ist es sehr wichtig, beim Status ihrer „Peergroup“ mithalten zu können. Es ist längst überfällig, dass die Gesetze so verändert werden, dass Kinder nicht für die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern mitbestraft werden: Sowohl das Kindergeld als auch andere Geld- und Sachgeschenke, die den Wert von 50 Euro jährlich überschreiten, dürfen ebensowenig automatisch als Einkommen angerechnet werden wie Ferienjobverdienste über 100 Euro!

5. Jeden Sonntag wird im Gemeindesaal der Heilig-Geist-Kirche in der August-Bebel-Allee 276 der **Mittagstisch** für arme Kinder mit ihren Eltern gedeckt. Mit seinem Projekt „Mahlzeit“ will der Hotelier Marc Cantauw etwas gegen das Elend vor der eigenen Haustür unternehmen. Für ihn sind die Kinder die Leidtragenden, die absolut nichts für die Verhältnisse in den Familien können, in die sie hineingeboren wurden. Er erzählt, dass er im letzten Jahr – kurz vor Weihnachten – hörte, dass sich arme Kinder eine warme Mahlzeit wünschten. Vier Wochen nach dieser Reportage ist aus dem „Müsste“ ein „Muss“ geworden.

Zur ersten „Mahlzeit“ im Januar kamen gerade mal zwei Kinder, mittlerweile sind es sonntags bis zu 40 Kinder mit ihren Familien. Cantauw und 16 ehrenamtliche Helfer füllen die Teller mit „gutbürgerlichen“ Gerichten wie Gulasch, Rouladen, Zander und Lachs. Schweinefleisch gibt es nicht, allein schon wegen der muslimischen Gäste. Die Beilagen, vor allem Gemüse, Kartoffeln und Nudeln, seien bei den Kindern besonders beliebt, erzählt Cantauw, der selbst jeden Sonntag mit seiner Familie zur „Mahlzeit“ kommt. Zubereitet werden die sonntäglichen Köstlichkeiten in der Hotelküche; viele Zutaten werden mittlerweile von den Lieferanten des Hotels gespendet.

Doch als eine „Armenspeisung“ versteht der Hoteldirektor den Mittagstisch nicht: „Bei uns muss niemand seinen Hartz-IV-Bescheid vorlegen. Es ist eine Einladung zum Essen, zu dem alle herzlich willkommen sind“, betont er. Warum das Projekt letztendlich ein so toller Erfolg ist und ein so großes mediales Interesse hervorruft, kann sich der engagierte Hoteldirektor dennoch kaum erklären. Neben der Verköstigung gehören zur „Mahlzeit“ noch weitere Projektbausteine. So gibt es im Gemeindesaal eine Börse für Kleider und Spielsachen. Es werden auch Ausflüge mit den Kindern gemacht, etwa ins Bremer „Universum“ oder an die Nordsee.

Erstaunlich, dass der Hotelier nicht das Aufsehen seines Projektes versteht! Er agiert wider den Zeitgeist, ist von der Kinderarmut berührt und tut etwas dagegen. Auch wenn es nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist – und gleichzeitig beschämend, dass solche Aktivitäten in diesem reichen Land nötig sind: Hut ab! Meinen Respekt hat er. Nachdem ich diesen Bericht ins „Erwerbslosenforum“ setzte, war ich von der folgenden kontroversen Diskussion überrascht. Ob der Hotelier sein Engagement von der Steuer absetzen kann, interessiert mich nicht. Es

stünde ihm zu. Wenn sich jeder auf seine Weise ein wenig beteiligt, sieht es auf der Welt im Kleinen schon etwas rosiger aus! Und das ist doch etwas.

6. Behördenstrukturen wie in den Arbeitsagenturen der Bundesrepublik fördern täglich psychische Gewaltdelikte, begangen durch Sachbearbeiter an den Erwerbslosen. Schon 1971 stellte der berühmte Psychologe Phillip Zimbardo in seinem legendär gewordenen Gefängnis-Experiment fest, dass sich völlig normale Menschen zu sadistischen Handlungen hinreißen lassen, wenn ihnen zu experimentellen Zwecken die Rolle eines Gefängniswärters zugeordnet wird. Dabei entmenschlichten die Protagonisten ihr Gegenüber; sie sprachen ihnen ihre Privatsphäre und jede Möglichkeit zur Individualisierung durch Entkleidung und die Beraubung um hygienische Möglichkeiten ab, was psychologisch die Funktion hat, Übergriffe auf die Machtlosen vor sich selbst zu rechtfertigen („Es sind ja keine Menschen wie du und ich“). Zimbardo bewies mit diesem Experiment unter anderem, dass Personen, die eine legitimierende Ideologie und strukturelle Unterstützung erfahren, sich quasi zwangsläufig und strukturell bedingt zu Tätern entwickeln. Etwas abgeschwächt herrschen in den Arbeitsagenturen analoge Bedingungen wie beim „Stanford-Prison-Experiment“, wovon viele, die dort vorgesprochen haben, zu berichten wissen.

Zumeist handelt es sich hierbei um irgendwie beschämende, demütigende und sozial übergriffige Handlungen oder die ungerechtfertigte Ablehnung von Anträgen. Macht und psychologische Gewalt sind nämlich vor allem dort wahrscheinlich, wo die Klientel über wenig Einflussmöglichkeiten auf ihre Belange verfügt und in existentiellen Dingen stark vom Wohlwollen der Sachbearbeiter abhängig ist. Die Sachbearbeiter der Agenturen müssen auch Überwachungs- und Kontrollfunktionen wahrzunehmen und haben Bestrafungsmacht. Auch hochgezüchtete Vorurteile verführen das meist psychologisch völlig ungeschulte Personal noch zusätzlich zur Aufrechterhaltung von Dehumanisierung und zu sadistisch motivierten psychologischen Gewaltdelikten. Diese Dynamik kann durch das Verhalten der Klienten verstärkt werden, wenn diese in ihrer Verzweiflung tatsächlich gelegentlich unangemessen oder aggressiv reagieren. Natürlich zeigen nicht alle Sachbearbeiter der argen Argen eine Bereitschaft zu psychologischer Gewalt auf, doch sind es eindeutig zu viele!

Immerhin ist es möglich, sich ganz bewusst gegen diese Mechanismen zur Wehr zu setzen. Zur Aufhebung der **Entmenschlichung** sollte es gleich zu Anfang des Gespräches dem Sachbearbeiter erschwert werden, die eigene Person nur mit dem Aktenzeichen gleichzusetzen. Darum ist es wichtig, den eigenen Namen zu nennen und scheinbar intime, im Grunde aber nichtssagende Aussagen über sich persönlich – wie das Alter der Kinder – zu machen. Dabei sollte immer der Blickkontakt gewahrt werden. Es lassen sich auch die Besonderheiten der Büroeinrichtung oder der Arbeitsumstände widerspiegeln, also dass die Blumen schön sind oder der heutige Andrang sehr groß. Auch wenn solche Bemerkungen zumeist unbeantwortet bleiben, sind sie dazu geeignet, eine Beziehung

aufzubauen, einen Kontakt herzustellen, wodurch übergriffiges Verhalten unwahrscheinlicher wird. Sachbearbeiter mit hoher Entscheidungsgewalt zeigen häufig unbewusst vielfältige verinnerlichte Mechanismen der sozialen Ächtung, zum Beispiel das Unterlassen von Begrüßung und Blickkontakt oder das Nichtreagieren auf Fragen. Dann wird es wichtig, direkt anzusprechen, dass mensch *jetzt* die Frage beantwortet haben möchte. Damit wird eine klare Grenze gegen die Ignoranz gezogen. Wenn Klienten zu ihren Besuchen bei den Arbeitsagenturen begleitende Zeugen mitnehmen, können die Sachbearbeiter nicht mehr in sadistisches Verhalten zurückfallen, weil sie sich dafür unbeobachtet fühlen müssen.

Gut ist es auch, wenn bei den angesprochenen Themen Sachkenntnis gezeigt wird, um notfalls an entsprechenden Stellen des Gespräches auf Paragrafen und dort definierte Konsequenzen etwa für Nötigung, Beleidigung oder willkürliche Amtsausübung verweisen zu können. Je höher die Einfühlung in das Opfer ist, desto schwieriger sind diese Arten von Gewalt auszuführen, oder sie werden sogar verunmöglicht. Darum ist es wichtig, die eigenen Gefühle zum Ausdruck zu bringen, zum Beispiel dass mich die Ankündigung des Entzugs der Leistung richtig bedroht. Ich kann auch Fragen stellen, die eine Einfühlung in meine Situation erzwingen: Wie würde er oder sie sich denn in meiner Situation fühlen? Natürlich ist es auch möglich, sich mit anderen Betroffenen über die Medien zu wehren, sofern sie einem die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Im Prinzip werden hier Bestandteile der personenzentrierten Gesprächsführung angewendet, die gern in Gesprächstherapien benutzt wird, um das Vertrauen des Klienten zu gewinnen. So wie dabei das Misstrauen des Klienten gelindert werden soll, geht es hier wohl auch darum, so etwas wie den Hauch einer Beziehung aufzubauen, damit sich der Sachbearbeiter vielleicht hoffentlich auch mal mit der Person vor ihm beschäftigt und nicht nur mit dem Aktenzeichen. Eben dafür ist es zwingend notwendig, sein Gegenüber zu spiegeln.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Getragene Kleidung kann am Bremer Neptunbrunnen gereinigt werden:
Dieser wird regelmäßig mit Waschpulver eingeschäumt *(„Bremen for you“)*

„Manna fällt nicht vom Himmel“: Grünen-„Sozialexperte“ rechtfertigt
„Arbeitsgebot“ mit Verweis auf den Dreißigjährigen Krieg *(„Stattnetz“)*

Menschenversuch: Erwerbslose Zwangsarbeiter im Risiko-Einsatz
gegen hochallergenes Ambrosia-Unkraut *(„Die Welt“)*

Missbrauch: Jeder zweite Ein-Euro-Job erfüllt
die Fördervoraussetzungen nicht *(„Die Welt“)*

Niemals allein zur Bagis gehen!

Willkürliche Schikanen, unberechtigte Sanktionen, verschleppte Anträge und Quotendruck der Sachbearbeiter in den Argen gehören zum bitteren Hartz-IV-Alltag, der dem Sozialdarwinismus alle Ehre macht. Auf Kosten der Arbeitslosengeld-II-Betroffenen wird systematisch und widerrechtlich Geld eingespart. Hinzu kommen tägliche psychische Gewaltdelikte durch Sachbearbeiter, die sich teilweise geradezu als „Krieg gegen das Wohlbefinden“ des Kunden präsentieren. In dem Artikel „Hartz IV: Psychostrategien gegen die tägliche **Demütigung**“ aus „Reader’s Edition“ vom 18. Juli 2008 werden wertvolle Ratschläge gegeben, der Behördenwillkür wirksam entgegenzutreten. Vor allem ist es ratsam, nicht allein zur Bagis (Arge) zu gehen! Meist reicht die bloße Anwesenheit eines Beistandes, damit Aggressionen gar nicht erst hochkommen oder das Gespräch in die falsche Richtung läuft.

Es passiert nur allzu häufig: Mensch wird zur Bagis eingeladen, und der Fallmanager schiebt dem Betroffenen eine **Eingliederungsvereinbarung** über den Schreibtisch, mit der Aufforderung, sofort zu unterschreiben, sonst drohe Sanktion. Dabei werden die Betroffenen in den allerwenigsten Fällen darüber informiert, was es mit der Eingliederungsvereinbarung auf sich hat und um welches Rechtsverhältnis es sich dabei handelt. Die Eingliederungsvereinbarung wird in der Sozialrechtsprechung als Vertrag gesehen. In Artikel 2 des Grundgesetzes ist für jede(n) die Handlungsfreiheit und somit die Vertragsfreiheit garantiert. Das heißt, niemand kann zur Unterschrift gezwungen werden. Die Kommentarliteratur beschreibt, dass die Eingliederungsvereinbarung eine „faire“ Ausgestaltung von Inhalt und vorangehenden Verhandlungen voraussetzt und nach ihrer Eigenlogik nur bei freiwilligem Abschluss sinnvoll wirken kann. Als Vertrag erfordert die Eingliederungsvereinbarung die im Rechtssinne freiwillige Abgabe übereinstimmender Willenserklärungen (Münder: SGB II Lehr- und Praxiskommentar, 2. Auflage 2007, § 15).

Der Beschluss des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 22. November 2007 (Aktenzeichen L 13 AS 4160/06 ER-B) geht darüber hinaus deutlich auf die inhaltlichen Erfordernisse einer Eingliederungsvereinbarung ein: Die Leistungen, die der Hilfebedürftige vom Träger erhalten soll, sind verbindlich und konkret zu bezeichnen. Es soll ein konkreter und individueller Bezug zum Ziel der Eingliederung in Arbeit hergestellt werden. Die Rechtsprechung in Bremen geht in

dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Bremen vom 15. Juli 2008 (Aktenzeichen S3 V 1965/08) leider nicht so detailliert auf die verfassungsrechtlichen Grundsätze und die inhaltlichen Erfordernisse einer Eingliederungsvereinbarung ein wie das Landessozialgerichts Baden-Württemberg. Dabei wäre es meines Erachtens jedoch wichtig für die Betroffenen, unter anderem auch mit Hilfe der Rechtsprechung zu verstehen, dass – unter freier und freiwilliger Mitwirkung der Betroffenen – ein solcher Vertrag als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit wirksamer ist als sinnlose, standardisierte Textbausteine, die unter Sanktionsandrohung unterschrieben werden. Auch hier gilt: Nicht allein zur Bagis gehen!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Also, Karo: Wann war denn die letzte „fetzige Debatte“ in der Bürgerschaft? *(„Tageszeitung“)*

Minus 22 Prozent: Dax-Konzernen droht massiver Gewinneinbruch *(„Spiegel-Online“)*

Die Einheit zwischen Leiharbeitern und Stammbelegschaft wächst

Schon oft haben wir auf der Montagsdemo über die Leiharbeit als moderne Sklaverei berichtet. Mit den Hartz-Gesetzen wurde es für die Monopole erst möglich, die Leiharbeit massiv auszubauen. Hunderttausende Kollegen wurden inzwischen zu Billiglöhnen eingestellt. In den Fabriken stehen an demselben Arbeitsplatz Leiharbeiter mit zehn Euro weniger Stundenlohn neben den festangestellten Arbeitern. Wenn Arbeitsplätze abgebaut werden, sind die Leiharbeiter die Ersten, die auf die Straße geworfen werden.

In den letzen Wochen und Monaten gab es wichtige Schritte zum Aufbau des Zusammenhalts zwischen Leiharbeitern und Stammbelegschaft. Bei Opel in Bochum hatten Leiharbeiter die Erhöhung ihres Stundenlohns von 7,20 Euro gefordert und wurden darauf fristlos gekündigt. Kämpferische Kollegen aus der Stammbelegschaft ergriffen die Initiative und organisierten unter den Opel-Kollegen die Solidarität. Unterschriften wurden im Werk gesammelt, Transparente auf der Brücke über die Autobahn gehängt und eine Protestkundgebung für die Wiedereinstellung der Leiharbeiter vor dem

Werkstor organisiert. Am Offenen Mikrofon kamen viele Kollegen zu Wort: „Wir dürfen uns nicht spalten lassen, die Leiharbeiter brauchen die gleichen Löhne und die gleichen Rechte wie alle Kollegen!“ Die Geschäftsleitung von Opel musste inzwischen nachgeben und die ersten vier Kündigungen zurücknehmen.

Auch bei Daimler in Hamburg-Harburg sprachen sich Kollegen gegen die Kündigung von Leiharbeitern aus. Ein Kollege hatte zur Information einen Aushang verfasst und erhielt sofort eine Abmahnung. Diese Disziplinierung ist eine Unverschämtheit! Dem Kollegen gehört unsere Solidarität! Wir werden ein Protestschreiben an den Konzernvorstand von Daimler schicken, in dem auch die Montagsdemo Bremen die Rücknahme der Kündigungen der Leiharbeiter und die Rücknahme der Abmahnung des Kollegen fordert.

Harald Braun

An die Geschäftsleitung von Mercedes-Benz Hamburg! An den Solidaritätskreis Daimler-Harburg! Heute wurde bei der Montagsdemonstration in Bremen über einen skandalösen Vorgang bei Mercedes-Benz im Hamburg-Harburg berichtet. Kollegen der Stammbelegschaft hatten sich gegen die Entlassung von 30 Leiharbeitern solidarisch gezeigt. Dies ist ein wichtiger Fortschritt für den Zusammenhalt der Belegschaften und gegen die Spaltung und Lohndrückerei, wie sie von den Chefetagen betrieben wird.

Die Konzernspitze reagierte auf den Kampf gegen die Entlassung der Leiharbeiter mit Unterdrückung. Ein Kollege, der die anderen durch einen Aushang informieren wollte, wurde sofort mit einer Abmahnung wegen „Störung des Betriebsfriedens“ diszipliniert. Mit dieser Unterdrückungsmaßnahme soll die Belegschaft eingeschüchtert und die Solidarität mundtot gemacht werden.

Für uns endet die Demokratie nicht am Werkstor. Weg mit der Abmahnung gegen Jan Jäger! Keine Entlassung der Leiharbeiter bei Mercedes-Benz! Wir werden unsere Möglichkeiten nutzen, um den undemokratischen Vorfall in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Solidarität unter der Belegschaft bei Mercedes-Benz in Bremen zu unterstützen. Mit freundlichen Grüßen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Abschwungserwartung: Unternehmen streichen mehr Stellen als sie schaffen *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Argumentative „Unschärfe“: Wie können 60 Jahre alte Atomkraftwerke „die sichersten der Welt“ sein? *(„Spiegel-Online“)*

Change? What change?: Piesepampel fordert deutsche Truppen für Afghanistan *(„Spiegel-Online“)*

Wehren wir uns gegen die vielen kleinen Provokationen von Behörden, Konzernen und Gerichten!

Fast nur Regen an diesem Tag, und dann noch unsere Lautsprecheranlage, Transparente und Schilder unerreichbar im Lagerraum eingeschlossen: Das waren keine guten Voraussetzungen für einen kleinen runden Geburtstag der Montagsdemo in Bremen. Aber wir lassen uns ja nicht unterkriegen! So traten die Stimmgewaltigsten an und brachten ihre Beiträge vor oder lasen die Texte anderer vor. Ein schöner Kreis wurde gebildet, und Beachtung fanden wir ohnehin. So hatte die 190. Montagsdemo in Bremen am 21. Juli 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz einen fast normalen Rahmen mit über 30 Teilnehmern und Zuhörern.

Themen waren das Versagen der heuchlerischen sozialdemokratischen „Sozialpolitik“ und die vielen kleinen bewussten Provokationen der Gerichte und Behörden gegen Transfergeld-Bezieher, etwa dass Sozialhilfe-Empfängerinnen kein neuer BH zustehe und sich diese auch mit einem gebrauchten zufrieden geben müssten. Bei einer sogenannten Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht nahm die Leihfirma Adecco ihre Kündigung gegen vier Leiharbeiter bei Opel Bochum zurück. Belegschaft und Solidaritätskreis haben viel Druck gemacht. Was dort schon geklappt hat, steht andernorts noch bevor. Wir beauftragten einen Kollegen, für die Leiharbeiter und Kollegen bei Daimler in Hamburg-Harburg eine Grußadresse zu schreiben.

Es wurde auch wieder Mut gemacht, sich zu wehren, sei es gegen die maßlosen Gaspreiserhöhungen der gierigen Energiekonzerne (Anleitung und Unterstützung gibt es bei den Verbraucherzentralen) oder gegen die Bescheide der Bagis. Immer wieder wird betont: Nie allein dort erscheinen, immer Zeugen dabei haben, und wenn es möglich und nötig ist, in die Öffentlichkeit gehen! Kommt zur Montagsdemo und zeigt, dass ihr nicht einverstanden seid!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

191. Bremer Montagsdemo am 28. 07. 2008

Herr Loske und das Sommerloch

Selbst während der Sommerpause fallen wegweisende Entscheidungen! In Bremen versuchen Monopole, Einfluss auf die Politik auszuüben. Sieht man genauer hin, tun sie das sogar erfolgreich, über Jahre hinweg. Die Politik, die eigentlich verpflichtet wäre, solchem Spiel ein Ende zu bereiten, sieht von außen zu. Indessen steigt die Unzufriedenheit vieler Bremer wegen dieser Gleichgültigkeit ganz enorm.

Nun hat das Vergabeverfahren für das S-Bahn-Netz ein Ende gefunden. Die Entscheidung fällte das Landesgericht in Celle: Den Zuschlag bekam die Nordwestbahn. Im Sommer hatte der Vergabeausschuss in Bremen die Entscheidung getroffen, der Nordwestbahn den 500 Millionen Euro schweren Auftrag zu geben. Dagegen klagte die DB-Regio erfolgreich. Doch kurz vor der Bekanntgabe zog die DB-Regio die Klage zurück. Die Nordwestbahn wurde vom Bremer Senat wegen des günstigeren Angebotes hofiert. Herr Loske, Senator für Verkehr, aber auch seine Partei, die Grünen, bezeichnen das Ergebnis als das Beste überhaupt. So weit, so gut – doch die Geschichte hat ein Nachspiel.

Der Monopolist Deutsche Bahn gab nun bekannt, den Kündigungsschutz für das Ausbesserungswerk in Bremen lockern zu wollen: Es sollen bis 2010 um die 300 Arbeiter entlassen werden. Dies teilte die Bahn zeitgleich mit der Aufgabe der Klage vor dem Celler Landesgericht mit. Beides, sagt die Bahn, habe aber nichts miteinander zu tun. Damit holt die Bahn den großen Colt aus der Tasche und zielt scharf auf die Politik. Die nun bestätigte Wahl für das Angebot des kleineren Konkurrenten, einer Tochter des französischen Konzerns Veolia, erfolgte gemäß der Vorgabe der „Tariftreue“. Das heißt in Geld ausgedrückt: Die Kollegen bekommen 200 Euro weniger.

Wenn die Nordwestbahn also von „Tariftreue“ spricht, bedeutet das nicht etwa bessere Konditionen für die Kollegen: Gemeint ist die „Treue“ zum Haustarif. In Deutschland haben immer weniger Manteltarifverträge Gültigkeit, die autonome

Tariflandschaft gleicht einem Flickenteppich. Die Bahn hat ihren Arbeitern wohl einen alternativen Arbeitsplatz angeboten. Der liegt aber in Süddeutschland. Also müssen die Kollegen, die hierbleiben wollen, die Kröte schlucken und für 200 Euro weniger im Monat arbeiten. Das ganze Geschäft wird im Sommerloch unter dem Motto von Senator Loske abgewickelt, endlich sei klar, dass Bremen „ab 2010 ein leistungsfähiges S-Bahn-Netz“ habe. Es folgt ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen zugunsten des Lohndumpings auf der Schiene, und Pate war Herr Loske.

Die Deutsche Bahn zieht aus dem Verlust der S-Bahn-Strecke die Konsequenz, ihren Betrieb zu „deregulieren“, also weiter zu privatisieren. Sie hat schon mehrere Streckenausschreibungen verloren, und diese wird nicht die letzte gewesen sein. Zu befürchten ist, dass hier in Deutschland, wenn weiterhin der Privatisierungswahn grassiert, künftig Zustände wie in England herrschen. Dort ist die Bahn total privatisiert worden. Dies führte zu schweren Unfällen auf der Strecke, mit vielen Toten und erheblichem Sachschaden. Außerdem war der Service unter der Gürtellinie. Der Staat hat sich daher dazu entschlossen, die Privatisierung zurückzunehmen und kauft Stück für Stück Anteile am Bahnverkehr zurück.

Jens Schnitker (parteilos)

Schröder und Sarrazin bitte auch – und Münte: SPD will Clement (vielleicht) ausschließen *(„Spiegel-Online“)*

Die BAG-SHI ist pleite!

Was sich schon seit längerer Zeit abgezeichnet hatte, ist nun eingetreten: Die BAG-SHI ist pleite! Der Verein hatte stets – gemessen an den immensen Aufgaben als Frankfurter **Dachorganisation der bundesdeutschen Erwerbsloseninitiativen** – trotz einiger Fördertöpfe relativ geringe Finanzmittel zur Verfügung. Es gab natürlich auch kein Eigenkapital, und daher konnten für Krisenzeiten kaum Rücklagen gebildet werden.

Für neue Projekte wurden zum Beispiel stets Mittel beim Bundesministerium beantragt und meistens auch bewilligt. Der größte Batzen kam also ausgerechnet aus dem Haushalt der Bundesregierung und bewirkte bei der BAG-SHI ein schleichendes politisches Anpassungsverhalten. Hieß es beispielsweise während der Schröder-Ära noch, dass die Hartz-Gesetze wieder abgeschafft werden müssen, stand später unter anderem nur noch die „Milderung der schlimmsten Auswüchse“ auf der Tagesordnung.

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen e.V.“ wurde 1991 von Betroffenen, unabhängigen Initiativen, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen gegründet. Arbeitsschwerpunkte waren Rechtsdurchsetzung, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und politisch motivierte Selbstorganisierung. Die Mitglieder und Aktiven bildeten lokale Selbsthilfeinitiativen, leisteten Aufklärungsarbeit, engagierten sich mit Rat und Tat für Sozialleistungsbeziehende und gaben entsprechende Leitfäden heraus. So heißt es in der Selbstdarstellung des Vereins.

Wie sich jetzt herausstellt, ging die BAG-SHI jahrelang sehr leichtsinnig und leichtfertig mit den Finanzen um. Es waren Belege nicht mehr auffindbar, oder es wurden nicht unerhebliche Beträge innerhalb des Vereins dorthin verschoben, wo Löcher zu stopfen waren. Dann wurden auch Mittel für Projekte beantragt, die Vereinsangaben zufolge aus Zeitgründen oder Personalmangel nie stattfanden. Schließlich stand die BAG-SHI beim Bund mit einem Fehlbetrag von 43.000 Euro inklusive Zinsen in der Kreide.

Alles in allem hat der gemeinnützige Verein – das muss hier unbedingt gesagt werden – in den 17 Jahren seines Bestehens sehr gute politische Arbeit geleistet, und eine Betrugsabsicht darf den Vorstandsmitgliedern, die allesamt über große sozialpolitische und menschliche Kompetenz verfügen, auf gar keinen Fall vorgeworfen werden. Für die vielen in der BAG-SHI organisierten Initiativen ist die Insolvenz allerdings eine Katastrophe! Die „Junge Welt“ schrieb am 24. Juli 2008: „ Die Schwachen und Ausgegrenzten dieser Gesellschaft verlieren so ein wichtiges Instrument im Kampf um ihre Rechte. Und das nicht etwa durch staatliche Repression, sondern durch individuelles und kollektives Versagen einiger Akteure.“

Wenn auch nicht direkte Repression im Spiel war, so dürfte die BAG-SHI-Insolvenz der CDU in Nordrhein-Westfalen jetzt mehr als gelegen kommen, um sämtlichen unabhängigen Initiativen zur Beratung von Arbeitslosen in diesem Bundesland ab Oktober den Geldhahn zuzudrehen. Diese zutiefst unchristliche, schäbige und politisch wahnsinnige Handlungsweise wird völlig unabsehbare Folgen für die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft haben! Andererseits werden für neue Awacs-Einsätze und Truppenverstärkungen in Afghanistan Milliardensummen ausgegeben! Hiergegen ist breitester Widerstand angesagt, und den wird es ohne jeden Zweifel geben!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Hertie ist pleite: Kaufhauskette von Heuschrecke „massiv geschröpft“ *(„Financial Times“)*

Planlos in die Turbulenzen: Mit Fehlinformationen und Stimmungsmache versucht die Lufthansa über die bürgerlichen Medien, die Bevölkerung gegen die Streikenden aufzubringen *(„Rote Fahne News“)*

Das Riesengeschäft mit den Lebensmittelabfällen: Die „Tafeln“ sind Teil des Vernichtungskonzepts der Sozialstrukturen *(„Frankfurter Allgemeine)*

Wir brauchen einen Zuschlag zur Lebenshaltung um 50 Euro!

Die 191. Montagsdemo begrüßt alle Bremer, Urlauber und Feierabend-Sehnsüchtigen auf dem Marktplatz! Wir freuen uns, dass Sie hier sind, denn viele Menschen sind jetzt fort. Frau Merkel war erst bei Wagners „Parsifal“ in Bayreuth, dann ist sie ab in den Urlaub. Sie will mal ausschlafen und nachdenken. Das wäre ihr auch anzuraten. Hoffentlich – aber wahrscheinlich nicht – zieht sie die richtigen Schlüsse aus ihrer Politik gegen die Menschen im Land.

Die Preise steigen weiter und weiter. Die Montagsdemo fordert einen Zuschlag für die Lebenshaltung um 50 Euro. Unter Kollegen in den Betrieben wird beraten, was man gegen die Preistreiberei tun kann. Gerade wenn es so heiß ist, die Klima- oder Lüftungsanlagen nicht funktionieren und auch die Versorgung mit kaltem Wasser nicht organisiert wird, nimmt der Unmut zu. Viele Kollegen diskutieren da einen Teuerungszuschlag.

Das Warten auf die Tarifrunde bei der IG Metall ab Herbst und im nächsten Jahr löst die Inflationsprobleme jetzt nicht. Hinweise auf die „Friedenspflicht“, wie selbsternannte Berater den Kollegen warnend entgegenhalten, sind doch der falsche Schluss aus dem Krieg, den die Unternehmer mit ihrer jeweils sofortigen Erhöhung aller Preise gegen uns ziehen!

Wir werden hartnäckig für unsere Ziele beim Hungerzuschlag und beim Teuerungszuschlag kämpfen müssen, denn gerade jetzt, wenn in manchem Betrieb aufgrund vom Urlaub anderer Kollegen zusätzlich eine angespannte Situation herrscht, sind viele Kollegen auch aufgeschlossen, sich über die eigene Lage Gedanken zu machen.

Bei einem Münchner Gericht wurde heute der erste Siemens-Schmiergeldfall entschieden: Ein „mittleres Schaf“ aus der Konzernspitze ließ man laufen, bei zwei Jahren Haft auf Bewährung und rund 108.000 Euro Geldstrafe. Das Urteil war so sanft, weil der ehemalige Siemens-Direktor ein umfassendes Geständnis

abgelegt und vier Koffer mit Betriebsunterlagen bei der Verhaftung übergeben, also „mitgearbeitet“ hatte.

Der „Chefberater“ von Frau Merkel, unser „ehrenwerter Herr von Pierer“, und der Herr Kleinfeld, mittlerweile in die USA abgesetzt, hüllen sich in Schweigen. Der Siemens-Aufsichtsrat will die Herren auf Schadensersatz verklagen. Wenn das mal gut geht! Vielleicht ist Herr von Pierer dann schon sonstwohin getürmt, und man findet nur noch leere Schubladen vor? Aber vielleicht können ja die „CSU-Connections“ à la Strauß noch helfen.

Die Kollegen sollen die Zeche zahlen: erst die Leiharbeiter, deren Zahl sich im Jahr 2007 um 90.000 erhöht hat, dann die Stamm-Kollegen, die sich neuen Erpressungen gegenübersehen. Bei Opel in Bochum musste jetzt der Leih-Konzern Adecco den ersten Rückzieher machen, weil die Kollegen dagegen geklagt hatten – unterstützt von einer Welle der Solidarität. Auch bei Daimler in Hamburg-Harburg sollen Leiharbeiter rausfliegen. Ein Kollege, der das öffentlich machte, wurde abgemahnt wegen „Störung des Betriebsfriedens“. Letzte Wochen haben wir schon davon gehört. Heute schlage ich vor, dass wir auf einer Liste des Solidaritätskreises unterschreiben und sie dann nach Hamburg schicken!

Jobst Roselius

Lieber Thilo: Mit dicken Pullis und bei 15 Grad Raumtemperatur haben wir schon die letzten Winter durchzittert *(„Focus“)*

Gregor Gysi befürchtet Kältetote

1. Der DGB schlägt wegen der stark gestiegenen **Energiekosten** Alarm und befürchtet, nun stehe der erste Winter seit Langem bevor, in dem Zehntausende Deutsche frieren müssen. Wieso überhaupt nur Zehntausende? Da muss – wie in der Nachkriegszeit – wohl eher von den Millionen Armen gesprochen werden, die in diesem eigentlich so reichen Deutschland davon erheblich betroffen sind! Von Rechts wegen müssten Hartz-IV-Bezieher die *tatsächlichen* Heizkosten von der Behörde bezahlt bekommen. Doch halten sich viele der argen Argen nicht daran, und etliche Betroffene kennen ihr Recht nicht!

Gregor Gysi befürchtet sogar Kältetote. Bei den in Wirklichkeit steigenden Obdachlosenzahlen und der beängstigenden Zunahme finanziell schwacher Menschen und ihrer Familien ist dies leider zu erwarten! Sommer forderte die Große Koalition zu schnellem Handeln auf und bekundete, dass Frieren ebenso schlimm

sei wie Hungern. Er meinte, dies könne keine Regierung hinnehmen. Vernünftige Sozialtarife für den häuslichen Bedarf an Strom und Heizung seien längst überfällig geworden. Schon jetzt zeige sich, dass ein Großteil der in staatlich verordneter Armut gehaltenen Bürger ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen kann, denn in unserem reichen Land wird über einer Million Bundesbürgern pro Jahr zeitweilig Strom und Gas wegen Zahlungsrückständen gesperrt.

Der Wiederanschluss an die Energien ist dazu auch noch mit erheblichen Mehrkosten verbunden, die von den schmalen Haushaltskassen gar nicht mehr getragen werden können. Die Versorger müssten gerade wegen ihrer unersättlichen Profitmaximierung dazu verpflichtet werden, eine festgelegte Menge an Strom und Gas zu einem niedrigeren Preis an jeden Haushalt abzugeben. Selbst die SPD erinnert sich mal wieder daran, dass sie sich ja „Sozialdemokraten“ nennen, und das Vorstandsmitglied Hermann Scheer kündigte an, eine Initiative seiner Partei wolle erreichen, dass Bundestagsfraktion und Bundespartei ab September einen Gesetzentwurf für Sozialtarife bei Strom und Heizung ausarbeiten.

Wie wenig die meisten Politiker von ihrer Bevölkerung wissen, sich gar um deren Wohlergehen kümmern, das bewies ausgerechnet Bundeskanzlerin Angela Merkel, als sie mehrfach behauptete, Transferleistungengsbezieher seien von der Energiekostenexplosion nicht betroffen, da alle entstehenden Kosten für sie von der Behörde übernommen würden. Wie ich die Einsatzfreude unserer Bundesregierung kenne, wird es statt der dringend benötigten Sozialtarife in Zukunft sicher nicht nur „Tafeln“ geben, sondern auch „Wärmestuben“. Die Räume werden dort durch die ausgestrahlte Körperwärme von selbst und ganz kostenneutral beheizt. Na, dann „Gute Nacht, armes Deutschland!“

2. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ reagierte mit scharfer Kritik auf eine Erklärung des arbeits- und sozialpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Norbert Post. Dieser hatte die Streichung der Mittel für die **Arbeitslosenzentren** damit begründet, es könne nicht Aufgabe eines Bundeslandes sein, Arbeitslosenzentren zu fördern, die Bescheiden der staatlichen Argen widersprächen. Martin Behrsing, der Sprecher des Forums, warf Post vor, dass er mit der CDU in Nordrhein-Westfalen eine „lex specialis“ für Erwerbslose schaffen wolle. Er sagte, dass dann ebenso gut in Zukunft auf die Gehälter der Richter an den Sozialgerichten verzichten werden könne, da auch diese immer öfter gegen staatliche Argen entscheiden.

Hier zeige die CDU ihr wahres Gesicht, dass nämlich nicht die Bekämpfung von *Arbeitslosigkeit* Priorität habe, sondern die Bekämpfung der *Arbeitslosen* und deren faktische Ausgrenzung! Das „Erwerbslosenforum“ wies darauf hin, dass immer noch drei Viertel aller Bescheide bei Hartz IV falsch sind. Ebenso machten die zahlreichen erfolgreichen Widersprüche und gerichtlichen Auseinandersetzungen deutlich, dass die staatlichen Argen keineswegs im Sinne der Betroffenen arbeiten. Das „Erwerbslosenforum“ wird sein Informationsangebot auswei-

ten und so aufbereiten, dass Betroffene in der Lage sind, sich zur Wehr zu setzen und notfalls eine gerichtliche Auseinandersetzung selbst durchzuführen.

Viele Menschen sind durch die Arbeitslosigkeit und den perfiden Hartz-IV-Wahnsinn der Behörden psychisch kaputt gemacht worden. Es ist wahrlich sehr christlich, wenn die CDU diesen Druck, der oft mit nackter Existenzangst gepaart ist, nun auch noch verstärken will! Mit legalen Mitteln kann wohl nicht gefordert werden, dass quasi per blinder Auslieferung an die Verfolgungsbetreuung aus Erwerbslosen rechtlose Parias gemacht werden, die sich gegen erlittenes, bewusst herbeigeführtes Unrecht (um fünf Prozent Kosten einzusparen) nicht mehr zur Wehr setzen dürfen! Dies alles nur, um den Profit der grenzenlos raffgierigen Unternehmer durch immer mehr Niedriglöhner und faktische Zwangsarbeiter ins Unermessliche zu steigern? Das ist schon wieder ein Bruch des Grundgesetzes, eine Menschenrechtsverletzung! Ich kann mir die anvisierte „unabhängige“ Beratung für Erwerbslose in den Argen selbst leibhaftig vorstellen! Da laufen mir kalte Schauer den Rücken herunter.

3. Wegen der steigenden **Lebensmittelkosten** sinkt die Spendenbereitschaft, und so geht den „Tafeln“ das Essen aus! Die wachsende Armut in Deutschland bringt diese Einrichtungen zunehmend in Bedrängnis, denn während die Zahl der Hilfsbedürftigen zunimmt, stagniert die Menge der gespendeten Waren. Dabei werden immer mehr Menschen durch die Verteuerung der Lebensmittel zu den „Tafeln“ getrieben.

Da auch der Einzelhandel wegen des Kostendrucks inzwischen schärfer kalkulieren muss, wird es vor allem in ländlichen Regionen und strukturschwachen Gebieten zunehmend schwieriger, Spenden für die „Tafeln“ zu organisieren. Es liegt also nicht an weniger Hilfsbereitschaft, wenn nicht genügend gespendet wird, sondern weil wegen der explodierenden Energie- und Rohstoffpreise zunehmend schärfer gerechnet werden muss. Da auch längere Strecken abgefahren werden müssen, um die gleiche Menge wie vorher zu bekommen, werden zunehmend Kühlfahrzeuge gebraucht.

Der „Hauptverband des deutschen Einzelhandels“ sieht zwei Gründe für den Rückgang der Lebensmittelspenden: Zum einem habe die Einführung der elektronischen Warenwirtschaft dazu geführt, dass genauer geplant wird und weniger übrig bleibt. Zum anderen seien die Händler durch die zurückliegenden Gammelfleischskandale möglicherweise verunsichert und trauten sich nicht mehr, Lebensmittel mit fast abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum an die „Tafeln“ zu geben.

Wenn Erwerbslose ein menschenwürdiges Existenzgeld erhielten, müsste es so etwas wie die „Tafeln“ gar nicht geben! Wir wollen uns nicht immer weiter ausgrenzen lassen, in Sozialkaufhäusern einkaufen, unser Gemüse von den „Tafeln“ oder die Klamotten aus der Kleiderkammer holen müssen. Wir wollen so wie alle anderen auch für den täglichen Mindestbedarf sorgen können!

4. Diese Platte scheint auf ewig einen „Sprung“ zu haben: Es gebe „kein Recht auf ein Leben mit Sozialgeldern“. Im Moment will die britische Regierung den „Sozialstaat“ umkrempeln und droht den Opfern, also den Arbeitslosen, mit „ eskalierenden **Sanktionen**“! Nicht nur in Deutschland wird über „Aktivierungsstrategien für Erwerbslose“ nachgedacht, nein, auch in Großbritannien wird das gesellschaftliche Problem, dass es keine Vollbeschäftigung mehr gibt, den Erwerbslosen als deren Einzelschicksal aufgebürdet und vorgeworfen.

Wachsende Arbeitslosenzahlen sind der Grund für eine „Aktivierungsstrategie für Arbeitslose“, wonach Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfänger nach zwei Jahren ohne Arbeit nur noch Geld erhalten sollen, wenn sie dafür „soziale Dienste“, also Zwangsarbeit leisten. Nach Minister James Purnell soll der Sozialstaat damit tiefgreifend verändert werden. Was daran noch sozial ist, müsste zwingend neu definiert werden! So sollen etwa Personen, die aufgrund von Arbeitsunfähigkeit soziale Leistungen erhalten, ab 2013 noch einmal medizinisch untersucht werden, um diejenigen herauszufischen, die nur zeitweise arbeitsunfähig seien. Nur noch Schwerbehinderte müssen dann nicht mehr nach Arbeit suchen.

Ahnungslose wollen Drogenabhängige dazu verpflichten, an einer Drogenentwöhnungstherapie teilzunehmen, obwohl sich solch ein Verzicht nie erzwingen lässt und bei gesellschaftsfähigen Alkoholikern immer munter toleriert wird, weil Alkohol nicht als Droge gilt. Wer sein Drogenproblem nicht meldet, kann, wenn es später entdeckt wird, wegen Betrugs bestraft werden oder muss das erhaltene Geld zurückzahlen. Was soll es denn bewirken, wenn immer nur der Druck auf die Arbeitslosen erhöht wird und zum Beispiel Alleinerziehende mit Kindern über sieben Jahren zur Arbeit verpflichtet werden? Waohh, echt ein tolles Konzept – als ob dadurch auch nur ein einziger Arbeitsplatz entstünde! Durch Druck auf Erwerbslose entsteht nur eine zunehmende Gruppe von verarmten und existenzbedrohten Menschen, ob mit oder ohne Arbeit.

5. Auch gut einen Monat vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres ist die Situation auf dem **Lehrstellenmarkt** angespannt! Nach den Statistiken der Arbeitsämter sank die Zahl der offenen Stellen von 155.000 im vergangenen auf 146.000 im laufenden Jahr. Das sind 9.000 weniger! Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbock spricht von Hunderttausenden von Jugendlichen aus den vergangenen Jahren, die weiterhin auf einen Ausbildungsplatz warten.

Nele Hirsch, die bildungspolitische Sprecherin der Linkspartei, meint, dass einige Tausend freie Ausbildungsplätze nicht über die immer noch bestehende Ausbildungslücke hinwegtäuschen können. Selbst die SPD verwies auf bis zu 80.000 Schulabgänger ohne Abschluss, denen sie künftig den Rechtsanspruch auf einen kostenlos nachzuholenden Hauptschulabschluss zugestehen möchte. Schade, die SPD hat noch immer nicht begriffen, dass die Hauptschule abgeschafft werden muss!

6. Auch der Kriminologe Christian Pfeiffer forderte in der letzten Woche die Abschaffung der Hauptschulen. Er hält den Ausbau von **Ganztagsschulen** zur Eindämmung von Jugendgewalt für dringend notwendig. Je sinnvoller die Nachmittage von Schülern genutzt werden, desto besser gelinge die Integration von Migranten und sozialen Randgruppen. Der Kriminologe berichtete von einer neuen Studie des „Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen“, die gezeigt habe, dass die Hauptschule sich zu einem „eigenständigen Verstärkungsfaktor“ der Jugendgewalt entwickelt habe.

Dort ballten sich „hoch belastete“ Jugendliche immer stärker, und dies führe zu negativen „Ansteckungseffekten“. Damit Jugendliche ihre Nachmittage nicht sinnlos mit Computerspielen verplemperten, müsse es Alternativen geben, sagte Pfeiffer. Er plädierte für „Ganztagsschulen für alle“, die „Lust auf Leben wecken durch Sport, Musik, Theater und soziales Lernen“. Ferner sei die Zivilgesellschaft gefordert, mit Engagement von der Hausaufgabenhilfe bis zur Leseförderung Jugendliche zu unterstützen.

7. Immer mehr junge Leute verzichten auf ein **Studium**. Zwar gab es im vergangenen Jahr mehr Schulabgänger mit Abitur oder Fachhochschulreife, doch gegenüber dem gleichen Jahr sank die Zahl der Studienanfänger um fünf Prozent. Dieser Verzicht geschieht sicherlich nicht immer ganz freiwillig.

Als Gründe dafür gelten die erheblich ausgeweiteten Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen, die vermaledeiten Studiengebühren, die Unklarheit, wie das Studium finanziert werden kann, sowie ein bürokratischer Wirrwarr bei der Studieneinschreibung seit Inkrafttreten des neuen Studentenauswahlrechtes der Hochschulen.

Wenn dann in einer betrieblichen Ausbildung ganze 28 Prozent mehr Abiturienten registriert werden, lässt sich unschwer vorstellen, wie die Anforderungen an die begehrten Lehrstellen ansteigen und die Jugendlichen mit einem niederen Schulabschluss immer schlechtere Chancen bekommen, sich dort erfolgreich bewerben zu können.

8. Vom Richter des Mendener Amtsgerichtes wurde ein angeklagte Hilfsarbeiter vom Vorwurf des Sozialbetrugs freigesprochen. Der Familienvater verdient im Monat 800 bis 900 Euro netto und bekommt noch 1.000 Euro aufstockendes ALG II von der Arge bezahlt. Bisher hat er immer alles offen dargelegt. Weil seine 17-jährige Tochter den Führerschein machen will, hat sie sich in den Ferien etwas dazuverdient.

Was der Hilfsarbeiter nicht wusste, war, dass er der argen Arge diesen **Hinzuverdienst** seiner Tochter hätte mitteilen müssen, um es dann wieder abgezogen zu bekommen. Der Richter glaubte den Beteuerungen des Angeklagten, dass er es angegeben hätte, wenn ihm dies bekannt gewesen wäre, und sagte, „dass wir uns durch diesen Paragrafendschungel bei der Arge ein Volk von Vorbestraften heranzüchten“.

Die besondere Schweinerei liegt in meinen Augen darin, dass die Tochter sich selbst Geld verdienen wollte, um den Führerschein zu machen. Wie bitter ist das denn, und was wird sich wohl bei ihr einprägen? Dass sie doppelt ausgegrenzt ist und nun auch noch das sauer verdiente Geld wieder abgeben muss! Mal wieder werden Kinder von Hartz-IV-Beziehern bestraft, müssen leer ausgehen. Das scheint staatlich so gewollt zu sein. Die Freunde bekommen den Führerschein von ihren Eltern bezahlt, müssen meist nichts dafür tun. Das ist so hundsgemein! Ansonsten ist es ein ungewöhnlich gerechtes Urteil.

9. China wird Adidas zu teuer! Was gestern noch ein **Niedriglohnland** war, scheint nun für die armen Produzenten nicht mehr genügend Erträge zu erzielen, weil die von der Regierung festgelegten Löhne allmählich zu hoch werden. Der Konzernchef sagte der „Wirtschaftswoche“ in einem Interview, dass derzeit in China 50 Prozent der Schuhe gefertigt werden, dieser Anteil jedoch zurückgehen werde. Die Sportschuhproduktion will aus dem „Reich der Mitte“ möglicherweise nach Laos, Vietnam, Kambodscha oder Indien umziehen. Auch in europäische Schwellenländer, in die GUS-Staaten und Osteuropa, wird Produktion zurückkommen. Es sei nicht zu glauben, aber ein in Deutschland produzierter Sportschuh würde im Laden 500 Euro kosten!

Mir persönlich ist es auch völlig unverständlich, dass Adidas-Schuhe für viele – vorwiegend junge – Menschen ein Prestigeobjekt sind und sie sich damit zum unbezahlten Werbeträger machen. Oder soll die vielgereiste Bundeskanzlerin die Unternehmensleitung von Adidas beschwören, auch in Deutschland eine Produktion aufzubauen? Subventionen gäbe es ganz bestimmt. Außerdem wartet hier eine Armee von Tagelöhnern, die sonst niemals einen Adidas-Schuh aus der Nähe sehen könnten! Lohnkosten kämen auch nicht auf den Konzern zu, weil diese bereits von den argen Argen übernommen würden, auf Kosten der Steuerzahler. Für Adidas wie ein schlecht bezahlter Chinese arbeiten zu dürfen, muss dann als Lohn wohl reichen! Schließlich ist Adidas einer der größten Sponsoren der Olympischen Spiele in der Hauptstadt Peking im August. Na, das ist doch auch was!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Lieber Gregor: Wann ruft „Die Linke“ auf zur Montagsdemo – und zur Großdemo am 8. 11. in Berlin? *(„Rote Fahne News“)*

Zwei Drittel der Hartz-IV-Empfänger fehlen in der Arbeitslosenstatistik: Seit Ende 2005 sind durchgehend mehr als sieben Millionen Menschen von staatlicher Hilfe abhängig *(„Junge Welt“)*

Schluss mit Karriere auf Parteiticket: Clement betrieb stets nur Lobbyismus unter dem Deckmantel innerparteilicher Wahrheitsfindung *(„Tageszeitung“)*

Auch wenn der Anlass traurig ist: Münte hat wieder Zeit für die Politik *(„Bild“)*

Über den Tisch gezogen: Verdi-Spitze stimmt Abschluss zu, der nicht einmal die Hälfte der Forderungen erfüllt *(„Spiegel-Online“)*

Bsirske muss weg: Wie kann sich ein Gewerkschaftschef, wenn die Kollegen 9,8 Prozent mehr Lohn fordern, rechtzeitig vor Streikbeginn per Lufthansa gratis erster Klasse zu den Hula-Girls nach Hawaii ausfliegen lassen, um dann vom Palmenstrand eine SMS zu schicken: „4,2 Prozent sind eigentlich auch genug, die schmieren doch bloß Brötchen und Flügelklappen“? *(„Bild“)*

Der Kampf für *eine* Belegschaft in den Betrieben muss zunehmen!

Es war knallig heiß auf dem Marktplatz. Zum Glück warfen aber die alten Gemäuer des Schütting – der Handelskammer – so viel Schatten, dass sich die 191. Montagsdemo in Bremen am 28. Juli 2008 um 17:30 Uhr darin versammeln konnte. Wegen der Hitze war die Stadt nicht so besucht, und auch von unseren Mitstreitern waren einige in Urlaub oder auf schweißtreibender Arbeit. Trotzdem fanden sich 23 Teilnehmer und Zuhörer ein.

Es gab wieder einen bunten Strauß von Redebeiträgen, besonders zu den Preissteigerungen. Erhoben wurden Forderungen nach einem Hungerzuschlag für die ALG-II-Betroffenen, nach einem Teuerungszuschlag für die Arbeitenden und dass der Kampf für *eine* Belegschaft bei den Kämpfen in den Betrieben zunimmt. Diese Einheit ist im Vorfeld einer kommenden Überproduktionskrise von besonderer Bedeutung. 23 Kolleginnen und Kollegen gaben ihre Unterschrift für die Forderungen nach Rücknahme der Kündigungen von Leiharbeitern bei Daimler in Hamburg-Harburg und nach Rücknahme einer Abmahnung, weil ein Kollege diese Kündigungen öffentlich gemacht hatte.

Ein Kollege warb erneut für den Widerspruch gegen die Gaspreiserhöhungen und erklärte, wie das über die Verbraucherzentralen in die Wege geleitet werden kann. Auch wenn Frau Merkel behauptet, dass die Heizkosten der ALG-II-Betroffenen von den Argen übernommen würden, ist das in Bremen nicht so. Die „vielgeliebte“ Bagis weigert sich einfach, und nicht jede(r) hat den langen Atem,

den Kampf dagegen bis zum Ende durchzustehen. Alles in allem war es auch diesmal ein lebendiger Nachmittag.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Ypsi-Püppsi nimmt Rache: Fast-Königin von Hessen lässt Ex-König von Nordrhein-Westfalen beinahe ermeucheln *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Was für ein Mann: Piesepampel stemmt 32-Kilo-Hantel ohne zu schwitzen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

192. Bremer Montagsdemo
am 04. 08. 2008

Es gibt doch noch Zeichen und Wunder

Heute möchte ich gleich von *drei* positiven Ereignissen berichten! Es ist wieder einmal der Hamburger Reeder Peter Krämer, der von sich aus tätig wird. Hier nun die Schlagzeile: „Schulen für 800.000 afrikanische Kinder“. Herr Krämer hat ein Unicef-Bildungsprojekt ins Leben gerufen und selbst Millionen gespendet. Na, wenn das kein Vorbild ist! Solche Leute, die auch handeln, braucht das Land – und nicht welche, die nur reden. Ich muss sagen, der Mann ist Spitze! Auch wenn er selbst steinreich ist, lautet seine Kernaussage: Wir brauchen einen Ausgleich zwischen Arm und Reich. Danke, Herr Krämer!

Auch so etwas sollte man natürlich nicht unerwähnt lassen: Endlich hat sich die Bremer „Arbeitnehmerkammer“ laut geäußert und vor Altersarmut gewarnt. Grund sind die schlechten Löhne und die zunehmenden Billig- und Ein-Euro-Jobs. Na, dann warten wir mal ab, was in Zukunft geschieht! Vielleicht bekommen wir jetzt auch noch von dieser Seite mal richtige Unterstützung? Das wird höchste Zeit, denn wir von der Montagsdemo warnen ja schon sehr lange davor, dass die Billigjobs reguläre Arbeitsplätze vernichten!

Endlich scheinen auch immer mehr betroffene Herrschaften wach zu werden! Diesmal sogar die Rentner, die jetzt neue Parteien gründen wollen. Das lässt uns unparteiische Montagsdemonstranten doch hoffen, dass nun vielleicht auch in der Masse der Bevölkerung ein Umdenken stattfindet, die Probleme immer sichtbarer werden und dann auch eine Änderung eintritt. Wir von der Montagsdemo freuen uns jedenfalls auf euch! Wir zählen auf eure Unterstützung! Darum jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz deutlich sagen: Ich bin nicht einverstanden!

Udo Riedel (parteilos)

„Tobias probierte die Schutzweste“

„Das ist ganz gut und interessant“, meinte der 16-jährige Realschüler Tobias Kaiser, als er eine Soldaten-Schutzweste anprobierte. Gestern Morgen informierte das „Zentrum für Nachwuchsgewinnung“ der Wehrdienstberatung Oldenburg die Abschlussklassen der Twistringer Haupt- und Realschule über berufliche Chancen in der Bundeswehr.

Oberstabsfeldwebel Karl Albers, Leutnant zur See Holger Flick, Oberfeldwebel Bianca Philipp und weitere Soldaten waren gestern mit Informationsbus und Sanitätseinheit zum Twistringer Schulzentrum gereist. Schulleiter Theoder Engelmann: „Dies gehört für uns zum festen Bereich der Berufsorientierung. Auch heute können sich die zehnten Haupt- und Realschulklassen sowie die neunten Realschulklassen informieren.“

Die Bundeswehr lege sehr viel Wert auf Pünktlichkeit und Verlässlichkeit. Karl Albers sagte für die Bundeswehr, da werde nicht mehr jeder genommen. Die Bundeswehr betreibe heute Bestenauslese und erwarte mindestens die Mittlere Reife im Dreier-Zensuren-Bereich.

„Syker Kreiszeitung“ vom 21. Juni 2008

Sind wir schon wieder so weit? Mir als Kriegsdienstverweigerer ist nicht wohl beim Lesen Ihres Artikels. Ist es so, dass wieder Kinder aus der Schule heraus zur Bundeswehr dürfen oder müssen, weil es nicht genug Lehrstellen gibt und die Bundeswehr sich noch die besten Schüler und Schülerinnen heraussuchen kann? Sicher ist es attraktiv, sich von einer Oberfeldwebelin einkleiden zu lassen!

Schulleiter Engelmann möchte ich fragen, ob er auch die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung in den Klassen hat darstellen lassen und ob die Schüler wissen, was sie im Kongo oder in Afghanistan verteidigen. Traurig nur, dass auch hier viele wieder das Geld locken wird. Diese Form der Berufsberatung hat für mich in der Schule nichts zu suchen! Dieser Weg wird als „Fluchtmöglichkeit“ gesehen, von zu Hause wegziehen zu können, weil jeder sonst gegebenenfalls bis zum Alter von 25 Jahren bei den Eltern wohnen muss. Diese Art von Weiterbildung hat nur sehr eingeschränkt etwas mit Bildung zu tun!

Leserbrief von Roland Springborn (Neumitglied der „Linken“)

Beschäftigungsträger verstoßen gegen Gemeinnützigkeitsgebot:
Ein-Euro-Jobber als Billig-Hausmeister einsetzen, für die Begleitung alter Menschen zum Arzt abrechnen und dafür noch 500 Euro Regiekostenpauschale abzocken *(„Berliner Morgenpost“)*

Kofferträger find ich gut, das hat Zukunft!

1. Nach dem vernichtenden Urteil des Bundesrechnungshofs, wonach Erwerbslose nur völlig unzureichend betreut werden und es einen massiven Missbrauch von **Ein-Euro-Jobs** gibt, fordert das „Erwerbslosenforum Deutschland“ sofortige Konsequenzen. In acht von zehn Fällen waren die Arbeiten nicht zusätzlich, und dazu blieben für drei von vier Ein-Euro-Jobbern die Arbeitsgelegenheiten weitgehend wirkungslos. Es könne nicht sein, dass jährlich eine Milliarde Euro Steuergelder für sinnlose Arbeitsgelegenheiten verschwendet werden, während in den Job-Centern zu wenig Personal beschäftigt ist, das dazu auch viel zu häufig unqualifiziert sei.

Deswegen müssen Hartz-IV-Bezieher im Durchschnitt neun Wochen auf ein qualifiziertes Erstgespräch bei einer Vermittlungskraft warten. Oft werden Eingliederungsvereinbarungen geschlossen, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen. Sie vermitteln mitnichten auf den Arbeitsmarkt, sondern werden gerne als Instrument der Verfolgungsbetreuung benutzt, als Druckmittel oder Sanktion bis hin zum totalen Leistungsentzug missbraucht.

Statt diese eklatanten Missstände zu beseitigen, wird offenbar lieber eine Milliarde Euro für völlig sinnlose Ein-Euro-Jobs verschwendet, um etwa 500.000 Menschen aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden zu lassen, bevor sich die Bundesregierung eingestehen würde, dass Hartz IV ein Rohrkrepierer ist! In krassem Gegensatz zu dem bislang erfolgten Gequassel von „Aufschwung“ und „Erholung des Arbeitsmarktes“ gibt es weiterhin sieben Millionen Hartz-IV-Bezieher. Darauf bleibt die Große Koalition noch immer eine ernstzunehmende Antwort schuldig!

2. Die Berliner **Vermittlungsagentur** „Joblife“ verschickt im Auftrag von Erwerbslosen Bewerbungen. Diese wimmeln jedoch nur so vor haarsträubenden Fehlern, ihnen sind keine Anlagen beigeheftet, und sie werden an wahllose Adressen verschickt. Diese Erfahrung machte auch Walter G., der als Fahrer Arbeit suchte und sich an die Privatagentur wandte, die im Gegenzug fünf Euro pro Anschreiben dafür verlangte. Er wurde unverzüglich eingeladen, doch beim Gespräch stellte sich heraus, dass die Stelle, auf die er sich beworben hatte, leider schon vergeben war.

In den massenhaft versandten fehlerhaften und unvollständigen Bewerbungen befanden sich Sätze wie: „Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mir die Gelgenheit geben würden das ich mich Ihnen nääher vorstellen kann.“ „Joblife“ stellte

ihm für solch einen ihn in Misskredit stellenden Mist volle 170 Euro in Rechnung, wogegen der damalige Hartz-IV-Bezieher zunächst erfolglos protestierte.

Hilfesuchend wandte er sich schließlich an die Initiative „Erwerbslosenforum Deutschland“. Der war die Agentur schon lange bekannt: „Mit Arbeitslosen und Arbeitsagenturen ist leicht Geld zu verdienen“, sagt Forumssprecher Martin Behrsing. „Man nehme einen Text, vor dem es jedem Deutschlehrer und Personalmanager nur so grauen würde, verzichte auf weitere Anlagen wie Lebenslauf, Bild und Zeugnisse, setze die Adressen aus einer Datenbank in den Serienbrief ein, und schon ist in wenigen Minuten eine beachtliche Summe Geld zusammengekommen.“

Die Firma „Joblife“ zockt sogar doppelt ab: Die Mitarbeiter dort sind häufig Jugendliche und junge Erwachsene, die über Bildungsmaßnahmen oder überbetriebliche Ausbildungen unbezahlte Praktika absolvieren. Ebenso wie die dubiosen Stellenanzeigen finden sich in der Jobbörse der Agentur für Arbeit regelmäßig Praktika-Angebote für Bürokräfte. Die Praktikanten, die keine oder nur eine geringe Vorbildung mitbringen, können natürlich keine professionellen Bewerbungsunterlagen anfertigen. Die Anschreiben werden über Textbausteine zusammengesetzt.

Selbstverständlich weist der Inhaber jegliche Vorwürfe zurück, und sein Name ist wahrscheinlich Hase. Die Bundesagentur will der Sache nachgehen. Dieser Wahnsinn hat doch Methode! So werden Steuergelder verschwendet und windigen Unternehmern das Portemonnaie gefüllt, die offenbar genau die Abzocke im Kopf haben, die fälschlicherweise immer nur uns ALG-II-Beziehern unterstellt wird! Darum sind die Maßnahmen zur angeblichen Arbeitsbeschaffung so teuer!

3. Vom „Stern“ wird Arbeitsminister Olaf Scholz lapidar danach gefragt, ob unsere Gesellschaft gerecht sei, was er natürlich mit „Nein“ beantworten muss und es sogar tut. Er stimmt der Frage zu, ob auch mehr in der Tasche haben sollte, wer arbeitet, als jemand, der nicht arbeitet. Erstaunlicherweise lässt der Arbeitsminister sich nicht auf die wie üblich hetzerisch gefärbte Aussage der Redakteure ein, dass es sich für viele Hartz-IV-Bezieher finanziell nicht mehr lohnen würde, einen schlecht bezahlten Job anzunehmen und sie lieber „vor der Glotze abhängen“. Nein, er hasst sogar solch zynische Betrachtungen. Er findet, dass „die Neoliberalen und die Linksaußen“ gleichermaßen so tun, als würden die Menschen, wenn es um Arbeit geht, immer nur aufs Geld schauen. Seiner Meinung nach gingen sie jedoch arbeiten, weil sie das für selbstverständlich halten.

Daran sollte sich dringend etwas ändern! Denn wer erst auf dem Totenbett merkt, dass er sein ganzes Leben für andere gearbeitet hat, nur um auf niedrigem Niveau irgendwie vegetieren zu können, wird zwar von der sogenannten Elite hoch gelobt, aber eben nur solange er deren Wohlstand mehrt. Scholz bemängelt, dass Millionen Menschen in diesem Land viel zu wenig verdienen und trotzdem jeden Tag zur Arbeit gehen, ihr Leben lang. Für den Arbeitsminister sind das die wahren **Helden** unserer Zeit. Das klingt verdächtig nach Endsiegparo-

len, nach „ora et labora“! Das sind keine Helden, sondern Dummköpfe: Egal wie viel gearbeitet wird, die Leute werden immer weniger in der Tasche haben, dank der Inflation. Es wird eigentlich immer unglaublicher! Warum bitte soll es selbstverständlich sein, für andere zu arbeiten, wenn man dafür kein oder nicht ausreichend Geld erhält?

Seinen eigenen Job als Arbeitsminister hält er hingegen nicht für überflüssig, obwohl doch die Unternehmen die Arbeitsplätze schaffen und nicht er. Es sei wohl wahr, dass Politiker die Rahmenbedingungen festlegen, meint er. Natürlich bestreitet kaum einer, dass die „vielen neuen Arbeitsplätze“ ein Ergebnis der Politik seiner Regierung sind. Nachdem der Arbeitsmarkt seine Angebote radikal dezimiert und unglaublich verschlechtert hat, haben wir heute viel weniger Vollzeitjobs als noch vor zehn Jahren, dafür aber erheblich mehr Hungerlöhner, dreimal so viele Leiharbeiter! Selbst der „Stern“ erkennt, dass das Mantra der Arbeitslosenzahlminimierung nicht so recht funktioniert. Scholz jongliert ein wenig mit den geschönten Zahlen, die er mit Fakten und Erfolgen verwechselt. Er versteigt sich sogar zu der anmaßenden Lüge, dass die Schröder-Regierung „den Sozialstaat gerettet“ habe. Durch welche Brille guckt dieser Mensch bloß? Er sollte dringend den Optiker seines Vertrauens wechseln!

4. Letzte Woche brachte das Fernsehmagazin „Kontraste“ einen sehenswerten Beitrag über das Thema Hartz IV und Bildung. Gute Schulen nutzen heute alle Möglichkeiten, um den Bildungshorizont der Kinder zu erweitern: Ausflüge, Exkursionen, besondere Lernmittel. Für Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, ist das oft ein Problem, denn die dafür anfallenden Kosten kann der Regelsatz kaum abdecken. **Chancengleichheit** sieht anders aus!

Es wurde ein Vater mit drei kleinen Töchtern im Grundschulalter gezeigt, die entgegen dem Vorurteil gegenüber Hartz-IV-Beziehern gut in der Schule sind. Der Vater ist gerade arbeitslos geworden und kann nun die ganzen Extras, die seine Töchter für die Schule brauchen, nicht mehr finanzieren. Dafür „durften“ die Mädchen als einzige aus der Schule nicht an den Exkursionen teilnehmen und wurden separat unterrichtet.

Furchtbar, wie ein selbstgerechter, ahnungsloser und arroganter Nachbar den Vater mit Vorwürfen überschüttet, dass *er,* bevor er selbst Geld vom Staat annähme, sich erst mal anderswo einschränken würde. Er muss den ganzen Mist der Gazette mit den vier Großbuchstaben samt Druckerschwärze tief in sich aufgesogen haben und es dann „mit schwarzer Seele“ vollkommen unhinterfragt runterbeten beziehungsweise auskotzen. An Dummdreistigkeit war das kaum zu überbieten!

Die kleine Lisa-Marie war so bezeichnend wie anrührend, als sie sagt, sie wisse nicht, warum manche Kinder nicht mit ihr spielen dürften. Diese konnten es ihr auf ihre Nachfragen hin auch nicht beantworten. Dieses Kindergesicht sprach Bände! So entstehen blaue Flecken an der Kinderseele, wird Ausgren-

zung von Grund auf, ganz früh gelernt und fräst sich ein, in ein entsprechendes Selbstwertgefühl.

5. Laut „Handelskammer“ ist die Zahl der **Lehrstellen** in Hamburg deutlich gestiegen. Grund für unbesetzte Ausbildungsplätze sei anscheinend maßgeblich die „mangelnde Ausbildungsreife“ vieler Bewerber. Die „Tageszeitung“ berichtet vom „Azubi der Zukunft“ namens Christoph Gellendin. Er trägt Anzug, kann sich eloquent artikulieren und hat bereits ein paar Semester auf Lehramt studiert. Dann brach er ab, um sich einem Beruf zu widmen, der „vielfältig ist und mit Globalisierung zu tun hat“. Er wird jetzt Teehändler. Er verfügt über das gewisse Etwas, das laut der Hälfte der Hamburger Unternehmer sonst fehlt, nämlich Qualität. Den üblichen Bewerbern mangele es an Disziplin und Belastbarkeit, an Umgangsformen und Sozialkompetenz, aber auch an Rechenfertigkeit, Ausdrucksvermögen und Interesse. Dagegen haben normale 16jährige mit Mittlerer Reife natürlich keine Chance, weil sie noch nicht so ausgereift sein können!

Der Hauptgeschäftsführer der „Handelskammer“ ist dennoch zufrieden, weil 750 mehr Jugendliche als im Vorjahr eine Lehrstelle bekommen haben. Dem entgegen stehen allerdings immer noch 6.400 Arbeitslose unter 25 Jahren. Schuld an der Misere seien hauptsächlich die Schulen, sagt Schmidt-Trenz: „Gerade in einer Metropole wie Hamburg“ gebe es „soziale Verwerfungen“ und dadurch Handlungsbedarf zur Berufsvorbereitung „im Klassenzimmer“, abseits der „Strukturdebatten“. An der Ausbildung selbst liege es jedenfalls nicht. Der Migrantenanteil der Azubis von 2008 liegt bei 22,3 Prozent, was zeige, „dass es auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund kluge Köpfe gibt“, sagt Schmidt-Trenz. Die tägliche Teamarbeit und die Berufsschule fördere das besonders: „Besser kann Integration nicht gelingen.“

Der Vorzeige-Teehandelsausbilder Peter Andreas von Kruse hat trotzdem seine Probleme mit den Schulabgängern. Realschüler und Abiturienten seien häufig „zu kindlich“. Er wünsche sich außerdem solide Fremdsprachenkenntnisse. Gut also, dass es noch Studienabbrecher wie Gellendin gibt! Leute wie er würden auch auf die noch ausstehenden 300 Lehrstellen passen, hauptsächlich in Bürokommunikation, Fachinformatik, Gastronomie und großem Außenhandel. Können sich jetzt nur noch Studienabbrecher erfolgversprechend um eine Lehrstelle bewerben, weil der Rest noch „zu kindlich“ ist?

6. In mehreren Regionen Brandenburgs werden arbeitslose Angehörige der Freiwilligen **Feuerwehren** als Ein-Euro-Jobber im Brandschutz eingesetzt, statt sie zu anständigen Bedingungen einzustellen! Damit begonnen hat der Landkreis Uckermark. Klar, dass diese ausbeuterische Initiative von der dortigen Regierung begrüßt wird. Inzwischen gebe es Nachahmer. Dazu gehörten Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Spree-Neiße und Teltow-Fläming. Dahme-Spreewald habe zwei vergleichbare Maßnahmen durchgeführt, die inzwischen abgeschlossen sei-

en. Das Angebot in den genannten Kreisen umfasse gegenwärtig insgesamt 67 Ein-Euro-Jobs.

Auf Deutsch heißt das dann: Die Freiwillige Feuerwehr der Kommune oder des Ortes bekommt 500 Euro, weil sie einen Ein-Euro-Jobber beschäftigt. Ob mensch für die paar Euro mehr wohl das eigene Löschwasser mitbringen muss? Oder muss immer ein Liter Sprit zur Arbeitsbeschaffung mitgeführt werden? Hoffentlich brennt es bei keinem! Ob bei den Arbeitsmitteln genauso gespart wird? Also Gießkanne statt Wasserschlauch, Baseballkappe statt Helm? Wer regulär bei der freiwilligen Feuerwehr arbeitet, wird „angepiept“, wenn mal irgendwo ein Einsatz ist und fährt dann los. Als Ein-Euro-Jobber würde er dann wohl den ganzen Tag bei der Feuerwehr rumsitzen und darauf warten, dass etwas passiert, und bekommt dafür seinen Euro? Wie wahnsinnig gesellschaftseingliedernd!

7. In Soest müssen Hartz-IV-Empfänger Reisenden das Gepäck hinterhertragen: 94 Stufen rauf und wieder runter mit einem schweren Koffer in der Hand – und das bei den hochsommerlichen Temperaturen der letzten Tage. Da kommen die acht Ein-Euro-Jobber ganz schön ins Schwitzen! Im Rahmen von Umbauarbeiten wurde am Soester Hauptbahnhof Ende Juli eine Behelfsbrücke installiert, die Bahnreisende nutzen müssen, um zu den Gleisen zu kommen. Voraussichtlich bis Ende 2008 sollen die Ein-Euro-Jobber im Schichtwechsel von jeweils 7:30 bis 19:30 Uhr und samstags von 9 bis 14 Uhr Reisenden ihre Dienste anbieten. An ihren leuchtend roten Jacken sind sie schon von Weitem zu erkennen.

Für ihre Arbeit bekommen sie zusätzlich zum ALG II 180 Euro im Monat. Das ist ein Stundenlohn von 1,50 Euro, außerdem ureigenste Aufgabe der Bahn, also wahnsinnig zusätzlich! Wie üblich bekommen die **Kofferträger** keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder wenn sie Urlaub haben. Es gibt keinen Betriebsrat oder sonstige Arbeitnehmerrechte. Würde jemand auf die Idee kommen, einen Kofferträgerservice zu eröffnen und Leute einzustellen, wäre längst das Ordnungsamt in Erscheinung getreten, hätte fehlende Aufenthalts- und Sanitärräume und einen unzureichenden Regenschutz bemängelt. Angeblich werden die Erwerbslosen gefragt, ob sie diese Tätigkeit aufnehmen wollen und erhalten keine Kürzung der Bezüge, wenn sie ablehnen. Ammenmärchen! Das widerspräche dem Prinzip der Verfolgungsbetreuung. Kofferträger find ich gut, das hat Zukunft!

8. Sind finanziell Schwache zukünftig von **Krebstherapien** ausgeschlossen? Nach einer Meldung der „Deutschen Krankenhausgesellschaft“ können wegweisende Krebstherapien künftig nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden, wenn ihr Nutzen in einem ungünstigen Verhältnis zum Preis stehe. Bislang übernahmen die Kassen das, was den Patienten hilft. Bei der ab 2009 anstehenden Kosten-Nutzen-Analyse geht es aber in erster Linie um den objektiven Nutzen von Wirkstoffen. Steht also ein Krebsmedikament zur Verfügung, das eine ähnliche Wirkung hat wie ein anderes, aber teureres, das keinen signifikant höheren Nutzen bringt, wird die Kasse künftig nur noch einen Höchstbetrag erstat-

ten. Alles, was darüber liegt, muss von den Patienten selbst übernommen werden. Wenn mensch es sich denn leisten kann!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Faule Kompromise ablehnen!

Vor der Hessen-Wahl witterte die SPD Morgenluft und hoffte, aus dem Tief herauszukommen. Nachdem Andrea Ypsilanti aber nicht genügend Stimmen gewonnen hatte und nicht die neue Regierung stellen konnte, weil ein Teil der ehemaligen SPD-Wähler größeres Vertrauen in die Wahl der Linkspartei gesetzt hatte, wurde das alles dem „ehrenwerten Herrn Clement“ in die Schuhe geschoben. Jetzt hatte die Landesschiedskommission von Nordrhein-Westfalen wegen seiner Äußerungen zur Wählbarkeit von Frau Ypsilanti auf Forderung mancher SPD-Ortsvereine seinen Parteiausschluss entschieden. Über dieses Sommerwochenende ging nun das große Rumoren los, vom erzreaktionären „Seeheimer Kreis“ bis zu den jüngeren Karrieristen. Da wird von „Unterdrückung der Meinungsfreiheit“ und „dem Erbe Willy Brandts nicht würdig“ gefaselt, dass es verlogener nicht klingen kann. Die SPD ist in die Krise ihres Selbstverständnisses geraten. Die SPD, die bei den meisten Menschen für Filz, Missmanagement, Nichtworthalten und Scheinheiligkeit steht, ist am Nerv getroffen. Die der SPD vom Kapital verordnete Funktion ist nun mal, den Menschen Hoffnung auf morgen einzuträufeln und heute gleichzeitig einen Teil der Drecksarbeit für das Kapital in der Regierungsarbeit zu machen.

Das ist bei der CDU nicht anders. Beide sogenannten Volksparteien sind keine Parteien für das Wohl des Volkes, sondern Parteien, um das Volk zu betrügen und ruhig zu halten. Versprechungen und kleinste Brosamen hier – Pöstchenschieberei, Selbstbeweihräucherung und Verquickung der Kapitalinteressen mit der Regierungspolitik dort. Da die Mitgliederzahlen beider Parteien eine rasante Talfahrt angenommen haben und die Zustimmung der SPD in der Bevölkerung immer mehr gegen die 15 Prozent oder weniger geht, steht die grundsätzliche Funktion der SPD auf dem Spiel. Uns kann das politische Schicksal des Lobbyisten und Strippenziehers Clement egal sein, sofern er nicht „wiederauferstanden wird“ – seine wirtschaftliche Pensionslage sieht so millionenfach anders aus als die von vielen von uns. Und das kann uns nicht egal sein. Die Montagsdemo-Bewegung kann stolz darauf sein, diese ganze Bagage von Schröder, Fischer,

Clement, Müntefering, dem Edelreaktionär Schily und wie sie alle heißen, mit abserviert zu haben, und so wird es auch allen nachfolgenden Kapitalvasallen aus diesen Parteien ergehen! In 14 Tagen haben wir vier Jahre Kampf gegen die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 hinter uns, und wir bleiben dabei: Wir geben nicht nach, bis nicht alle Gesetze und Verordnungen gegen die Arbeitslosen und Arbeitenden ohne Wenn und Aber zurückgenommen sind!

Das Bodenpersonal der Lufthansa hatte mit über 90 Prozent für Streik gestimmt und ihn auch begonnen. Zuerst hatte die Lufthansa den Streik als lächerlich abqualifizieren wollen, dann wurde es plötzlich ernst: 178 abgesagte Flüge an mehreren Tagen, das geht ins Geld und vergrault Kunden. Und plötzlich, über Nacht, kam eine Einigung. Die Kollegen hatten gerade damit begonnen, ihre Kraft zu fühlen, da war Schluss. Es ist peinlich und bezeichnend, wenn nun herausgekommt, dass gerade jetzt der Verdi-Chef Bsirske auf Kosten der Lufthansa in die Südsee gejettet war. Bsirske, der sich dem Parteienproporz gemäß zu den Grünen zählt, ist genauso verfilzt und verschmiert wie früher Steinkühler oder andere Gewerkschaftsobere, die mal wortradikal rumtönen und sonst nur vor dem Kapital buckeln. Damit das Verhandlungsergebnis angenommen wird, müssen bis zum 12. August mindestens 25 Prozent der Verdi-Mitglieder dafür stimmen. Eine Ablehnung dieses faulen Kompromisses ist notwendig! Die Kollegen des Kabinenpersonals von der unabhängigen Gewerkschaft Ufo haben diesen Kompromiss schon mal abgelehnt. Wenn das „unabhängig“ bei Ufo auch heißt, unabhängig von den Kapitalinteressen zu sein, wollen wir ihren Kampf gerne unterstützen! Bsirske aber hat nichts mehr verdient, als dass er so schnell wie möglich ohne goldene Ketten und Brücken abtritt!

Jobst Roselius

Willkommen im Team!

1. „Der Haushaltsansatz für soziale Aufgaben der Stadt Bremerhaven ist um circa vier Millionen Euro zu niedrig“, meldet der „Weser-Kurier“ am 2. August 2008. „Im Grunde wusste jeder, dass die Werte im **Haushalt** zu niedrig angesetzt wurden“, so die Meinung eines Experten, der von einer „gezielten Realitätsferne“ der Haushaltsansätze spricht. Sollte so die Eishalle durchgewunken werden? Anzumerken ist aus meiner Sicht, dass auch eine Erhöhung des Ansatzes für Soziales die Lücke nicht schließen wird, denn diese ist *noch größer*. Hinzu kommen die anderen Luftblasen. Die Reserve von circa zehn10 Millionen Euro wurde bereits fast vollständig verbraucht.

Der Haushaltsansatz in Bremen ist ebenfalls zu niedrig. Die Berichte über die verwahrlosten Kinder haben dies klar gemacht. Die Personaldecke und der Arbeitsablauf im Sozialamt sind immer noch nicht stimmig. Nun ist die Verhängung einer Haushaltssperre geboten – im Land Bremen, nicht nur für Bremerhaven! Die Freie Hansestadt muss daher sicherstellen, dass die Menschen nicht benachteiligt werden, nur weil sie im Land Bremen leben! Genau diese Verletzung von Grundrechten wird aber für auf Sozialtransfers Angewiesene im Land Bremen praktiziert. „Willkommen im Team“ heißt die Begrüßungsmappe für neue Mitarbeiter(innen) der Bagis.

Frank hat gesagt, Kältetote werde es nicht geben, und dies begründet. Das klappt aber nur, wenn die Betroffenen ihre Ansprüche geltend machen. Die Bagis, das Sozialamt und das Amt für Grundsicherung berücksichtigen die Notwendigkeiten des Lebens in ihren Bescheiden nicht. Es ist durchaus möglich, dass die Leistungen *vollständig* gestrichen werden, zum Teil *ohne* Bescheid! Nach der Rechtslage gibt es keine Kältetote, und niemand muss frieren. Doch nach der Rechtslage muss jede(r) für sich selber die Ansprüche geltend machen. Nach der *Praxis* der zuständigen Ämter werden viele Menschen in Bremen frieren: Wer die Heizkostenpauschalen einhalten will, friert!

Nachzulesen sind die Details zu den Pauschalen in der „Verwaltungsanweisung Wohnung“; die Seite „Soziales Bremen“ hält allerdings nur eine abgemagerte Fassung bereit. Diese Pauschalen sind nicht einmal durch geltendes Recht gedeckt! Die Freie Hansestadt Bremen begeht Rechtsbeugung, die Ämter setzen dies um! Daher nicht allein zu den Ämtern gehen! Es kommt immer wieder zu mündlichen Antragsablehnungen. Sind dies Missverständnisse wie alle anderen Fehler auch? Den Antrag zu stellen, bewahrt vor der größten Not! Wie dies geht? Wir gehen mit! Unterfünfundzwanzigjährigen Erwerbslosen kann die Bagis oder Arge sogar *alle* Leistungen zu 100 Prozent kürzen, auch die Kosten der Unterkunft, Miete und Heizung! Dieser Mensch wird somit in die Obdachlosigkeit getrieben! Unverständlich? Dass der Gesetzgeber so etwas vorsieht! Aber auch Jugendliche können sich wehren! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wenn alle Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen das Existenzminimum erhielten, wäre der Haushaltsansatz um einiges zu niedrig. Liegt es an dieser Tatsache, dass Leistungen vorenthalten werden? Aber Frank hat Recht: Wenn die Ämter den Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen auslegen und diese unterstützen, gibt es keine Kältetoten in Deutschland! Und die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen steigt. Ein negatives Gegenbeispiel steht auf der 131. Bremer Montagsdemo: Das verleugnete Druckmittel der illegalen Zahlungseinstellung.

Damit bin ich wieder bei den Kindern und weiter beim Haushalt. Die Regelsätze für Schulkinder sind bei der Einführung des ALG II gesenkt wurden. Außerdem ist die Möglichkeit, zusätzliche Bedarfe zu beantragen, gestrichen worden. Eltern erhalten heute wesentlich weniger Geld für ihre Kinder als noch zu Sozialhilfezeiten! Davon redet kein Politiker. „Es wird am Essen gespart“, so der Familienhelfer Schönborn („Bremer Anzeiger“ vom 30. Juli 2007). Die bessere Lösung ist das Einfordern der notwendigen Gelder! Bei „Tacheles“ steht ein Musterantrag für Schulkosten. Unstrittig ist, dass der Regelsatz nicht unterschritten werden darf! Näheres über die gekürzten Regelsätze für Schulkinder steht unter den bisherigen Bremer Montagsdemos und auf der Seite „Kinderarmut durch Hartz IV“. Dort können auch Sie Unterzeichnen! Ansonsten: Wie dies geht? Wir gehen mit! Seid es euch und euren Kindern wert!

2. Roland hat gesagt, wir werden vorsätzlich belogen. Mit der **Arbeitsmarktstatistik** sind die Politiker einen Schritt weiter: Darin wird die Zahl der Erwerbslosen *verschleiert*. Nicht einmal Herr Weise weiß, wie viele Erwerbslose bei den Agenturen für Arbeit und den Argen gemeldet sind. Wetten? Aussagefähiger ist die Zahl der Leistungsempfänger, auch in der Arbeitsmarktstatistik, wobei hier noch die gesperrten und die ohne Leistungsberechtigung hinzuzurechnen sind, siehe vorherige Bremer Montagsdemos, insbesondere die 113. und die folgenden zu den Änderungen der Rahmenbedingungen für die Statistik.

Auf der Seite „Soziales Bremen“ stehen Zahlenreihen des SGB II (somit ohne Arbeitslose gemäß SGB III). Diese Zahlenreihen wurden seit Juli 2007 nicht mehr weitergeführt. Ein Grund ist dort nicht vermerkt! Die Zahlen von Juni 2007 lauten: 40.067 Bedarfsgemeinschaften, 76.529 Leistungsempfänger nach SGB II, somit ohne Arbeitslose gemäß SGB III.

Aktuell geht die für das SGB II zuständige Bagis von circa 50.000 „Kunden“ aus, so die Anzeige vom 27. Juli 2008. Hinzu kommen die ALG-I-Betroffenen und auch noch weitere! Herr Stern, Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit, sagt im „Weser-Kurier“ vom 1. August 2008, dass die Arbeitslosenzahl im Juli leicht gestiegen ist, und zwar in der Stadt Bremen auf 27.000. Das entspricht einer Quote 10,2 Prozent, so der „Bremer Anzeiger“ vom 3. August 2008. Herr Götz von Eigen, Geschäftsführer der Regionaldirektion Niedersachsen Bremen (und somit Vorgesetzter von Herrn Stern) sagt, es seien 36.822 Menschen in Bremen arbeitslos gemeldet, eine Quote von 11,4 Prozent. Beide Meldungen entsprechen der Statistik über den Arbeitsmarkt!

Doch hinzu kommen die nicht in der Statistik erfassten Erwerbslosen, siehe oben. Außerdem ist die Qualität der Statistik sehr fragwürdig. In der Arbeitsagentur-Broschüre „Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland Juli 2008“ stehen ab Seite 31 die Rahmenbedingungen dieser Auswertungen und die Unzulänglichkeiten der Statistik selbst. Auf Seite 34 steht unter „Definition der Arbeitslosigkeit“, welche Erwerbslosen durch die Strukturen der Statistik fallen. Allerdings ist die neue Regelung für Überachtundfünfzigjährige hier noch nicht aufge-

führt. Erwerbslose, denen die Arge oder die Bundesagentur für Arbeit in einem Jahr kein detailliertes Arbeitsangebot unterbreiten konnte, gelten nicht mehr als Erwerbslose im Sinne dieser Statistik!

3. Die gesetzliche **Rentenversicherung** findet immer weniger Akzeptanz, so der „Weser-Kurier". Das ist kein Wunder, siehe 190. Bremer Montagsdemo über Herrn Rische und die weggepickten Rosinen bei der Rente. Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Auslaufmodell, von der Regierung so gewollt und gesteuert! Herr Steffen von der „Arbeitnehmerkammer Bremen" hat erarbeitet, warum das Gegensteuern der Politik notwendig und wie es möglich ist. Sein Gutachten heißt „Rente und Altersarmut – Handlungsfelder zur Vermeidung finanzieller Armut im Alter". Eigentlich sollte jede(r) Politiker(in) in Europa davon eine Ausfertigung erhalten, denn Rentensicherung ist ein EU-Problem!

4. „Das Sozialamt zahlt sogar die Raten weiter", schreibt der „Weser-Kurier" vom 24. Juli 2008, „nicht einmal die eigene **Wohnung** muss verkauft werden!" Im Text geht es dann um ALG II. Dieses wird aber von der Bagis oder Arge gezahlt, nicht vom Sozialamt! So geht es weiter. Es wurde einfach mal schöngeschrieben! Warum nur? Die Wirklichkeit sieht anders aus! Es fallen Worte wie „Angemessenheit", „80 Quadratmeter Wohnungsgröße", „Grundstücksgröße", „Tilgung wird meist nicht übernommen" – aber die Probleme, die durch diese harmlosen Worte entstehen, fehlen ganz, zum Beispiel ob eine Reparatur notwendig ist. Wie sieht es mit der Wirtschaftlichkeit aus? Sind die Kosten angemessen? Erfolgt eine Finanzierung über die Lebensversicherung?

So komme ich wieder zu den Freibeträgen für Vermögen. Diese sind viel zu niedrig festgelegt. Die Regelungen wurden aus der Arbeitslosenhilfe unverändert übernommen, aber inzwischen vom Bundessozialgericht kassiert, sie müssen also neu „erfunden" werden! Damit sind auch diese Regelungen des SGB II angreifbar. Vorsorge ist zusätzlich möglich. Durch eine Vertragsänderung bei der Lebensversicherung wird diese zum Vermögen zur Alterssicherung. Weitere Argumente sind die damalige steuerliche Förderung, zum Beispiel bei Entgeltumwandlung. Die Wohnungsgröße richtet sich nach der damaligen höchsten Bewohnerzahl, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemos, zum Beispiel die 131. (Punkt 7) oder 124. (Punkt 2). Wie dies geht? Wir gehen mit!

4. Zum Thema „Arbeitsplätze und Sicherheit der Ersparnisse" erfahren wir aus dem „Weser-Kurier" vom 29. Juli 2008, der **Hypothekenschwindel** habe bisher 60.000 Arbeitsplätze vernichtet, und 400 Milliarden Dollar wurden abgeschrieben. Dies ist eigentlich nur ein Zwischenbericht, weil die Banken ihre Risiken noch immer nicht offengelegt haben. Die Wertberichtigung oder Abschreibung kann je nach Einschätzung vorgenommen werden. Da stecken noch erhebliche Risiken drin! Stabilisiert wurde der Markt weltweit durch die öffentliche Hand, also mit Steuermitteln. In Deutschland wurden Risiken der IKB und anderer Landesban-

ken ebenfalls auf den Steuerzahler übertragen und in Risikogesellschaften mit Sitz in Irland ausgelagert, damit bloß keiner dahinterkommt, siehe vorherige Redebeiträge. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Jahrhundertkrise“ droht: Deutsche Wirtschaft schrumpft im zweiten Quartal 2008 sogar um ein ganzes Prozent *(„Spiegel-Online“)*

„Ausländer nicht erwünscht“: Oldenburger Disko-Türsteher und Gerichtspförtner verweigern „Negern“ den Zutritt *(„Spiegel-Online“)*

Den Kältetod vermeiden

Einige Schlagzeilen der vergangenen Woche thematisierten die gestiegenen Energiepreise und ob das Heizen für Einkommensgruppen wie Geringverdiener, Rentner, Arbeitslosengeld-II- oder Sozialgeld-Bezieher im kommenden Winter überhaupt noch erschwinglich sein wird. Ein Artikel des „Weser-Kurier“ vom 28. Juli 2008 gibt sogar eine „Warnung vor Kältetoten“ aus. Doch schauen wir uns einmal die Rechtslage hinsichtlich dieser Problematik an.

Bezieher des Arbeitslosengeldes II bekommen von der Kommune Miete und Heizung bezahlt; Strom und Warmwasser müssen aus dem monatlichen Regelsatz von 351 Euro finanziert werden. Die ständige Rechtsprechung bestätigt dies. So heißt es in dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Bremen vom 26. April 2006 (Aktenzeichen S3 V 755/06) und des Oberverwaltungsgerichts Bremen vom 19. Juni 2006 (Aktenzeichen S1 B 182/06): „Heizkosten sind von der Bagis in voller Höhe zu übernehmen, es sei denn, die Bagis (Bremer Arge) kann unwirtschaftliches Heizen der Betroffenen nachweisen.“

Das heißt, die Verwaltungspraxis der Bagis, Heizkostenpauschalen festzulegen, ist unzulässig. Wenn also die Bagis die **Heizkosten** nicht in voller Höhe übernimmt: Widerspruch einlegen und, wenn nötig, beim Verwaltungsgericht einstweiligen Rechtsschutz beantragen. Dies gilt ebenso für Nachzahlungsforderungen aus der Jahresrechnung. Ab Januar 2009

ist auch in Bremen das Sozialgericht zuständig. Den Kältetod zu erleiden, ist also gar nicht nötig. Die Gesundheit braucht sich auch niemand zu ruinieren: Heizen Sie normal wirtschaftlich! Für Geringverdiener empfiehlt es sich, ergänzendes ALG II zu beantragen. Die Bagis hat dann ebenso die Heizkosten in voller Höhe zu tragen.

Kommen wir zu den **Warmwasserkosten**: Diese müssen nun wirklich aus der Regelleistung bezahlt werden. Wenn die tatsächlichen Warmwasserkosten nicht ermittelbar sind, dann sind 18 Prozent der Heizkosten aus der Regelleistung zulässig (Eicher/Spellbrink: SGB-II-Kommentar, zweite Auflage 2008). Auch **Stromkosten** sind aus der Regelleistung zu bezahlen.

Ich hielte die Forderung nach Übernahme der vollen Strom- und Warmwasserkosten für Bezieher des Arbeitslosengeldes II für illusorisch. Diese Beträge werden wohl immer aus den Regelleistungen bezahlt werden müssen, allein schon, um die Betroffenen zu einem sparsamen Verbrauchsverhalten zu motivieren. Sparsam haushalten müssen andere Einkommensgruppen ja auch. Der richtige Ansatz ist jedoch die Fragestellung, ob die Regelleistung von 351 Euro dafür ausreicht.

Sinnvoller als Sozialtarife für Betroffene einzuführen, wäre deshalb eine Anhebung der **Regelsätze**, vor allem wegen des Datenschutzes: Um an diesen Sozialtarif heranzukommen, müsste mensch sich sonst als Transferleistungsbezieher(in) oder Geringverdiener(in) gegenüber dem Stromversorger „outen“. Politisch sind natürlich Mindestlöhne einzufordern, die die gestiegenen Preise auffangen, dann wären keine Sozialtarife mehr nötig. Wenn – wie der DGB fordert – **Sozialtarife** aus gestiegenen Gewinnen der Energieversorger finanziert werden sollen, warum halten diese Unternehmen die Preise dann nicht *für alle* aus ihren Gewinnen in bezahlbarem Rahmen?

Meines Erachtens birgt die Diskussion um Sozialtarife die Gefahr in sich, die Privatisierung und Kapitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten oder weiter voranzutreiben und Einkommensgruppen gegeneinander auszuspielen. Besser wäre es, Energieversorger in die öffentliche Hand zurückzuführen und die Preise *für alle* bezahlbar zu halten – beziehungsweise Regelleistung und Mindestlöhne entsprechend anzupassen. Dann wären „Warnungen vor Kältetoten“ reichlich überzogen und – wenn überhaupt – eher in der Antarktis anzusiedeln.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“) – siehe auch „Die Linke“

Einschüchternde Einzelgespräche: Kaiser’s kündigt streikender Kassiererin unter dem Vorwand, sie hätte zwei Pfandbons unterschlagen *(„Indymedia“)*

Unsere Zukunft: atomwaffenfrei!

Das „Bremer Friedensforum“ und die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner(innen)“ rufen uns auf, an der **Mahnwache** am **Mittwoch**, dem **6. August 2008** um **12 Uhr** auf dem Bremer **Marktplatz** teilzunehmen. Bitte bringt Blumen mit, damit das Peace-Zeichen ausgelegt werden kann!

Sprechen werden Dr. med. Knut Bortfeld aus Worpswede, der den Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte mit sozialer Verantwortung“ vertritt, sowie Wieland von Hodenberg vom „Bremer Friedensforum“: Wie konnte es zum **Atombombenabwurf** am 6. und 9. August 1945 über **Hiroshima** und **Nagasaki** kommen? Was für Schlussfolgerungen können wir daraus ziehen?

Um **20 Uhr** beginnt eine **Lesung** des Künstlers Joachim „Bommel“ Fischer in der **Villa Ichon** aus dem Buch „Es begann in Hiroshima“ von Brigitte Drescher und Detlef Garbe: Wie und warum wurden die Atombomben abgeworfen? „Kriegsentscheidend waren sie nicht“, erläutert der Friedensaktivist, „die USA benutzten die Bomben, um sie zu testen und Macht zu demonstrieren.“

In der „Arte“-Sendung „Das Zeitalter der Bombe“, einem „Hiroshima-Doku-Drama“ von 1995, wurde das am Sonntagabend ganz anders dargestellt: Die USA hätten keine andere Möglichkeit gehabt, als die Bombe abzuwerfen. Dafür mussten Argumente herhalten wie „in 20 Jahren hätten die Russen die Atombombe gebaut, und den Japanern würde es unter Stalin viel schlechter gehen.“ Hier wird die Geschichte im Sinne der herrschenden Klasse verfälscht dargestellt und die Mehrheit der Bevölkerung manipuliert!

Es gibt keine Rechtfertigung für den Bau und Abwurf von Atombomben. Alle Atomwaffen gehören verschrottet! Das gleiche gilt für Kernkraftwerke. Da die Olympischen Spiele in China gerade *jetzt* anfangen, stellt sich die Frage: Soll das Gedenken an den Atombombenabwurf in Hiroshima und Nagasaki in Vergessenheit geraten und aus dem kollektiven Gedächtnis der Menschheit ausgelöscht werden?

Atomwaffeneinsatz zerstört im Vergleich zu früheren Kriegen nicht nur Menschenleben und Natur, sondern über Jahrhunderte und Jahrtausende müssen Pflanzen, Tiere und Menschen unter der radioaktiven Strahlung leiden. Es kommt zu Missbildungen, Atomwaffeneinsatz zerstört das Leben! Darum ist es umso wichtiger, für eine Welt zu kämpfen, in der es keine Atomwaffen und Kernkraftwerke gibt!

In Deutschland lagern 20 Atombomben in Büchel in der Eifel. Sie haben die 150-fache Sprengkraft der Hiroshima-Bomben. Für den **30. August 2008** ruft

das Aktionsbündnis „Unsere Zukunft: atomwaffenfrei!“ zu einer Demonstration im Landkreis Cochem-Zell in **Rheinland-Pfalz** auf.

Bettina Fenzel (parteilos)

Kassiererin droht Zwangsumzug: Kaiser’s weigert sich, die zur Arbeitslosengeldberechnung nötigen Unterlagen ans Jobcenter zu schicken *(„Labournet“)*

Uranwaffen ächten!

Urangeschosse bestehen zum großen Teil aus abgereichertem Uran 238 und sind die fiesen „kleinen Verwandten“ der Atombombe. Sie sind billig herzustellen, und ihr Einsatz liegt knapp unterhalb der Nuklearkriegsschwelle. Wo sie eingesetzt werden, verstrahlen sie weit größere Landstriche als damals die Bomben von Hiroshima und Nagasaki. Beabsichtigt ist eine mechanische, panzerbrechende Wirkung durch Druck- und Hitzewellen. Beim Aufprall wird die Bewegungsenergie in Hitze umgewandelt, und das Uran verbrennt.

Das Verbrennungsprodukt Uranoxid besteht aus unsichtbaren Teilchen, die sich in der Umwelt als hochgiftiger Staub verteilen. Die Angriffsziele – zum Beispiel Panzer – werden mitsamt ihrem Innenraum verbrannt. Dem Göttinger Chemie-Professor Rolf Bertram zufolge ist abgereichertes Uran – ein Abfallprodukt aus Atomreaktoren – viel gefährlicher als bisher angenommen. Beim Aufprall auf das Ziel verwandelt sich das Metall zu 75 Prozent in Feinstaub. Dabei steigt laut Bertram die Radioaktivität um den Faktor eine bis zehn Million(en) an.

Die chronische Uranvergiftung, der Soldaten wie Bevölkerung ausgesetzt sind, führt zu Aids-ähnlichen Immundefekten oder zu schwersten Krebserkrankungen, insbesondere zu Leukämie wie in der Nähe von Atomanlagen. Beim Hautkontakt mit abgereichertem Uran kommt es zu schlecht heilenden Wunden mit schmerzlosen Geschwüren, denn die schmerzempfindlichen und schmerzleitenden Sinnes- und Nervenzellen im Knochenmark werden durch die Strahlung zerstört. Schließlich verursacht das abgereicherte Uran ähnlich den Hiroshima-Folgen schwerste genetische Schäden, die unter anderem zu einer extremen Häufung von Fehl- oder Totgeburten und Geburten lebensunfähiger Kinder führen.

In Bosnien und im Kosovo hat die Nato in den 1990er Jahren insgesamt weit mehr als 40.000 Uran-Projektile verschossen. Eine Studie von Dr. med. Guzina vom Klinischen Zentrum Sarajewo berichtet von einem rapiden Anstieg aller Krebsarten um zum Teil mehr als 100 Prozent. Am meisten betroffen waren durch

das Eindringen der radioaktiven Stoffe in die Nahrungskette die Verdauungsorgane. All dies sind die schrecklichen Folgen von mehr als 10.000 Urangeschossen, die von der Nato mit deutscher „Tornado“-Unterstützung auf die serbische Bevölkerung rund um Sarajewo abgefeuert wurden.

Der Münchener Journalist Christoph Hörstel berichtete am 8. Oktober 2007 in der renommierten Züricher Wochenzeitung „Zeit-Fragen“ von einem beispiellosen Geheimhaltungsskandal: Danach wurde bei einem Irak-Einsatz im März 2003 nach Aussagen eines krebskranken Unteroffiziers ein ganzer Infanteriezug der Bundeswehr verstrahlt. Die Hälfte der Soldaten starb nach kurzer Zeit, und inzwischen dürften alle dem Krebstod zum Opfer gefallen sein! Der Trupp hatte mit Wissen und Duldung der damaligen Bundesregierung an der Seite von US-Einheiten an Uranwaffeneinsätzen teilgenommen. Zur Täuschung der Öffentlichkeit wurden die Soldaten für den Irak-Einsatz vorübergehend bei der Bundeswehr ausgemustert und an die US-Streitkräfte „ausgeliehen“.

Schon im ersten Golfkrieg 1991 setzten die USA – und 2006 die israelischen Militärs im Libanonkrieg – massenhaft Urangeschosse ein. In Afghanistan, so Hörstel, seien nach Schätzungen der Uni Zürich die Hälfte aller US-Bomben Uranbomben – was das Pentagon bestreitet. Den Kabuler Krankenhäusern wurde unter Androhung schwerster Strafen verboten, über Opferzahlen und Verletzungsschwere namentlich bei Frauen und Kindern zu berichten. Für sie ist die „Intensivstation“ schon ganz real!

Die Bundeswehr leistet den USA „Schützenhilfe“ durch „Tornado“-Aufklärung. In diesem Jahr werden wahrscheinlich auch deutsche Awacs-Flugzeuge in ganz Afghanistan eingesetzt, wenn wir das nicht verhindern! Zu fordern ist ein strenges Verbot der Herstellung und Lagerung sowie des Exports von Uranmunition. Es wird höchste Zeit für eine internationale Ächtung dieser Waffen! Zu fordern ist weiterhin der sofortige Rückzug der Bundeswehr!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)
*spricht bei der **Mahnwache** anlässlich des **Hiroshima**-Gedenktages*
*am **Mittwoch**, dem **6. August 2008**, um **12 Uhr** auf dem **Marktplatz***
(siehe auch „Die Linke“)

Politik in konkretem Eigennutz

Beim Sommertheater um Wolfgang Clement geht es in Wirklichkeit um den ganzen Kurs der SPD, denn er selbst war Hauptbetreiber der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, er selbst beschimpfte die Arbeitslosen als Schmarotzer. Er tat das nicht nur, weil er eben von dieser Politik überzeugt ist, sondern er handelt in konkretem Eigennutz!

Als RWE-Aufsichtsrat sorgt er sich um die Energiepolitik, denn RWE will Atomkraft und Strompreise in höchsten Höhen. Weswegen warnte er wohl davor, die SPD in Hessen zu wählen? Weil Andrea Ypsilanti die Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis fordert, und dessen Betreiber ist RWE!

Als Vorsitzender oder „Chairman“ von Adecco, dem inzwischen größten Arbeitsverleiher weltweit mit über 700.000 Beschäftigten, der dem Kaffeekönig Jacobs gehört, profitiert er von seiner „Lebensleistung“ als „Superminister“ der Regierung Schröder, denn durch die Agenda 2010 (konkret: Hartz I) wurde die Tür zur Leiharbeit ganz weit aufgestoßen. Vor den Hartz-Gesetzen gab es gut 200.000 Leiharbeiter in Deutschland, heute lautet die Schätzung auf über 700.000!

Der Mann weiß also, was er tut. Schon als der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge aus der SPD ausgeschlossen wurde, weil er mit der rechtslastigen Politik von Helmut Schmidt nicht einverstanden war, war Wolfgang Clement einer der Hauptbetreiber des Verfahrens. Heute weint er, dass die erzürnte Basis nun *ihn* ausschließen will – und behauptet dreist, *niemals* wäre er selbst so vorgegangen!

Ja, die Krise geht tief in der SPD. Es ist ein Verdienst auch der Montagsdemos, dass die Wut über die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze lebendig bleibt und die Bevölkerung sich nie damit abgefunden hat! Es gibt aber noch mehr Personalien, die Empörung hervorrufen. Thilo Sarrazin, Berliner SPD-Finansenator, sagt: „Zieht euch warme Pullover an, dann braucht ihr auch keine Heizung!“ Und Frank Bsirske, grüner Verdi-Vorsitzender, fliegt auf Kosten der Lufthansa mit Familie nach Los Angeles – just als der Streik beginnt! Deshalb: Nicht auf die gekauften Politiker vertrauen, sondern die Sache in die eigene Hand nehmen und selbst Politiker werden! Das ist eine Politik, die die MLPD vorbehaltlos unterstützt.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die streikenden Kollegen spüren ihre Kraft

Bei der 192. Montagsdemo in Bremen am 4. August 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz befanden wir uns trotz Behinderung durch den Aufbau einer Veranstaltung gut im Blickfeld der Passanten und konnten wieder um die 35 Teilnehmer

zählen. Zu Anfang standen der Hartz-Umsetzer Wolfgang Clement und die Krise der SPD im Mittelpunkt.

Der 63. Jahrestag des Atombomben-Abwurfs auf Hiroshima nähert sich am 6. August. Das Bremer Friedensforum ruft zu einer Mahnwache auf, und es geht um die Ächtung der ganzen Nuklearwaffen, den Druck, den die imperialistischen Kriegstreiber damit auszuüben suchen bis hin zur Frage, warum gerade jetzt wieder der Bau neuer Atomkraftwerke weltweit so massiv betrieben wird.

Immer wieder wird die Notlage der schwer betroffenen Familien angesprochen. Es gibt kein Geld für die Schulausstattung der Kinder, aber Transaktionen der Kapitalanleger erfolgen immer auf Kosten der Werktätigen. Beim Lufthansa-Streik spüren die Kollegen ihre Kraft, und Verdi-Boss Bsirske jettet auf Kosten der Lufthansa fröhlich in den Urlaub. Und vieles andere mehr war Thema. Die Homepage der Bremer Montagsdemo ist Lesebuch und Lexikon zugleich, wo gibt es das sonst?

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

193. Bremer Montagsdemo am 11. 08. 2008

Einen am Keks?

Am letzten Freitag habe ich endlich eine Nachricht im Radio gehört, die längst überfällig ist und auf die ich schon lange warte. Es ist die Meldung, dass den Mietern eines Mehrfamilienhauses in Bremerhaven von der SWB vor drei Wochen das **Wasser abgestellt** wurde und am Montag wieder angestellt würde. Leider hörte sich die Meldung recht harmlos an, und es fehlte der Hinweis, dass es sich beim Anstellen des Wassers lediglich um einen Hydranten handelt, von dem sich die Mieter das Wasser eimerweise holen können!

Diese Handhabung der SWB ist nicht einmalig, sondern sehr beliebt und an der Tagesordnung bei Menschen, die von ALG II leben sollen und müssen. Wenn die Nebenkosten höher sind als der zugestandene lächerliche Pauschalbetrag, der sich nicht im Geringsten am tatsächlichen Bedarf orientiert, dann bleibt den Menschen gar nichts anderes übrig, als Schulden zu machen. Aber nun wissen wir auch, warum die SWB einen so hohen Überschuss an Strom erwirtschaften und diesen lukrativ ins Ausland verkaufen kann!

Wenn die SWB im eigenen Land den Menschen die Energie vorenthält, kann sie sie anderweitig gut verhökern. Ich fand es also bemerkenswert, dass überhaupt einmal eine Nachricht über das unverschämte, rücksichtslose Vorgehen der SWB veröffentlicht wurde. Am Samstag, spätestens am Sonntag wollte ich mich darüber genauer und ausführlicher vom „Täglich-glücklich“-Blatt informieren lassen. Leider fand ich *nichts*. Unfassbar! Beschämend! Unbegreiflich!

Anstelle der Berichterstattung über ein brisantes, aktuelles soziales Thema war eine ganze Seite für den Artikel und das Interview mit Staatsrat Henning Lühr und seine Kekskenntnisse reserviert worden. Eine Posse aus dem Amt! Es interessiert natürlich die Masse der Leserinnen und Leser, welche Kekssorten Herr Lühr kennt, welche er bevorzugt und welche er ablehnt.

Herr Lühr hat als Staatsrat eine der höchstdotierten Stellen im Senat der Freien Hansestadt Bremen inne, und das nicht erst seit gestern, wie sein neu zum Staatsrat berufener Kollege Dieter Mützelburg von den Grünen. Ich habe mich sehr gewundert, dass es bei der katastrophalen finanziellen Lage in Bremen

überhaupt möglich ist, für das Finanzressort einen neuen zusätzlichen Staatsrat einzustellen! Aber nun ist alles klar: Der eine arbeitet, und der andere macht sich anscheinend schon lange Gedanken über die Qualität von Keksen.

Dieses Wissen wurde von Herrn Lühr jahrelang zusammengefuttert und ist nun der breiten Öffentlichkeit in Form einer „Studie“ zugänglich. Ich fasse es nicht, wozu Herr Lühr während – wie ich doch denke – wichtiger Sitzungen Zeit findet. Ich dachte, da wird ernsthaft gearbeitet! Lenken seine Beobachtungen ihn nicht vom Thema ab? Soll ich davon ausgehen, dass während der Diskussion genügend Zeit bleibt, sich mit der Beschaffenheit von Keksen zu befassen?

Da wollen wir nur hoffen, dass er seine „Keks-Studie“ nicht während der Sitzungen angefertigt hat! Nun habe ich mir auch ein paar Gedanken über Kekse gemacht. Warum gibt es immer noch bei 30 Prozent aller Sitzungen Kekse? Bremen hat für dafür gar kein Geld! Wenn jemand dringend Kekse während einer Sitzung benötigt, kann sie oder er sich welche von zu Hause mitbringen. Diese albernen Kekse werden mit Steuergeldern finanziert!

Empfängerinnen und Empfänger von ALG II können für sich und ihre Kinder keine Kekse kaufen. Egal, wie gut oder schlecht sie schmecken. Das ist finanziell einfach nicht drin! Herr Lühr sollte übrigens aufpassen, dass er nicht so viele Kekse „schaufelt“. Bei Übergewicht – und er scheint dazu zu neigen – bekommt er im Krankheitsfalle vielleicht Schwierigkeiten mit seiner Krankenkasse wegen ungesunder Ernährung.

Wurden die Mitarbeiter des „Weser-Kuriers“ **mit Keksen gefüttert**, und haben sie darüber ihren journalistischen Auftrag vergessen? Ich erwarte vom „Täglich-glücklich“-Blatt endlich korrekte und gut recherchierte Informationen über aktuelle soziale und politische Probleme und Situationen in der Freien Hansestadt Bremen. Mir wird auch ohne Kekse ganz schlecht!

Gudrun Binder (parteilos)

Vier Jahre anhaltenden Protestes

Noch fünf Tage, dann sind vier Jahre vorbei: vier Jahre anhaltenden Protestes gegen eine arbeiterfeindliche und volksfeindliche verlogene Politik. Wir lassen uns nicht davon abbringen, die vollständige Rücknahme der ganzen Gesetzespakete zu fordern, ob Hartz-Gesetze oder Agenda 2010. Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir!

Die Montagsdemo-Bewegung, die man von Seiten Schröders oder Merkels mit ihren teils schon abservierten Ministern Clement, Müntefering, Schily oder Schäuble – und wie sie alle heißen – zu verunglimpfen, totzuschweigen oder sogar zu kriminalisieren suchte, ist tatsächlich die am längsten bestehende politische Widerstandsbewegung in der Bundesrepublik. Natürlich sind wir kleiner ge-

worden, aber nicht schwächer oder ängstlicher! Unsere Form der Demokratie mit dem Offenen Mikrofon, mit den Wahlen, den Delegierten und der Meinungsbildung hier auf der Straße ist ohne Beispiel, nicht nur in Bremen, sondern in ganz Deutschland in rund 100 Orten.

Was hat Hartz IV gebracht: eine massive Senkung des ganzen Lebens- und Lohnniveaus durch einen Niedriglohnsektor und Billigjobs, durch Leih- und Zwangsarbeit, wir hören Woche für Woche davon. Laut DGB können 4,5 Millionen mit ihren Einkünften aus dem Arbeitsleben nicht mehr zurechtkommen und sind auf Zusatzleistungen angewiesen. Anstifter, Nutznießer und Gewinner dieser politischen Umverteilung sind die internationalen Übermonopole hier, mit den deutschen Großkonzernen an der Spitze.

Die Leidtragenden sind die Familien und besonders die Kinder. An ihnen wird weiter das Exempel statuiert. Wir hören von Hunger, Sparen an den Kindergarten- und Schuleinrichtungen und vom Ausbluten der Möglichkeiten für Kinder von armen Eltern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Ministerin von der Leyen legt nur Programme auf, die die betuchteren Familien, ihre Eliten – mit oder ohne reaktionären Glauben wie in Bayern – beschützt und warm hält. Die Masse lässt man am kalten Arm vertrocknen!

Noch hat der sogenannte Aufschwung die Masse der Arbeitslosen nicht erreicht, da wird schon wieder von der „Delle im Aufschwung“ geredet. Neben Arbeitsplatzvernichtung durch Übernahme oder Verlagerung kommen die ersten Insolvenzen dazu, zum Beispiel Filialen von Hertie (ehemals Karstadt) wie in Delmenhorst oder Sinn-Leffers aus dem Rheinland. Damit gehen wieder Arbeitsplätze und auch günstige Einkaufsmöglichkeiten für viele verloren.

Die geschlossen Häuser können nicht mehr vermietet werden, siehe etwa das Leffers-Kaufhaus am Brill, und veröden die Innenstädte. Nicht, dass diese Firmen keine Gewinne gemacht hätten, nein: Die Finanzinvestoren haben aufgekauft, das Mark ausgesogen und lassen jetzt den Kadaver mit den Insolvenzopfern vor die Hunde gehen. Die Arbeitsagentur darf den Opfern dann noch für drei Monate Insolvenzgeld zahlen. Die Gewinner sind schon über alle Berge!

Nun zu den nächsten Abzockern. Von CDU/CSU oder FDP wird immer wieder die Verlängerung der Laufzeiten beziehungsweise der Neubau von Atomanlagen gefordert. Ich will hier gar nicht auf den Schwachsinn mit der „Unweltfreundlichkeit“ eingehen. Nein, ganz andere Zahlen sind von Bedeutung. Für den Atommüll gibt es kein Endlager, das ist bekannt. Gorleben und Asse bei Salzgitter sind *Zwischenlager.* Und wer betreibt die? Der Staat! Dafür wendet er ungeheure Mittel auf: Gorleben verschlang in den letzten 30 Jahren 1,51 Milliarden Euro, Asse 257 Millionen. Das durften die Steuerzahler tragen. Die Kosten werden weiter

steigen. Wir fordern das sofortige Abschalten aller Atomanlagen und die Schaffung von sicheren Endlagern und aller dafür notwendigen Maßnahmen auf Kosten der Verursacher, an erster Stelle der großen Energiekonzerne EON, RWE, Vattenfall und ENBW aus ihren Gewinnen und ihrem Vermögen!

Der Kampf ums Öl ist auch die Triebkraft des Konflikts im Kaukasus. Die USA wollen mit dem Vasallen Saakaschwili und dem gewünschten Beitritt Georgiens in die Nato den Fuß an die Nordgrenze des Iran setzen, um das „Mullah-Regime" von zwei Seiten angreifen zu können. Darum auch die Radaranlagen in Tschechien. Russland will selber in der Gegend den Ton angeben. Also lässt man Stellvertreterkriege ins Kraut schießen oder beteiligt sich selbst. Die Bundesregierung will angeblich vermitteln, nein, richtiger muss es heißen: mit Frankreich zusammen den dritten Fuß in die Tür setzen. Wir kennen das schon: Die „Sicherheit" der Bundesrepublik wird am Hindukusch und nun auch bald am Kaukasus verteidigt.

Auch dagegen werden sich die Menschen, die eine ganz andere Welt wollen, zusammenschließen müssen. Damit gleich ein Hinweis: Am **Montag**, dem **1. September 2008**, dem **Antikriegstag**, beginnt die Montagsdemo zusammen mit einer **Kundgebung** des „Bremer Friedensforum" bereits um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Im Anschluss daran demonstrieren wir zusammen auf die Altmannshöhe hinter der Kunsthalle zur bekannten Gefallenengedenkstätte, um dort ein Deserteursdenkmal einzuweihen.

Jobst Roselius

Lottowerbung und Kaltakquise: Arbeitsagentur will auch weiterhin illegale Jobs vermitteln *(„Tageszeitung")*

Sozialdeputation mit abgespeckter Verwaltungsanweisung getäuscht

1. Wenn das SGB II so umgesetzt wird, dass die Bedürfnisse der Erwerbslosen im Vordergrund stehen, dann lässt sich viel erreichen, siehe Vorwoche: Der Krankenstand sinkt – bei den Erwerbslosen und bei den Mitarbeiter(inne)n. Die *neuen* Mitarbeiter(innen) der Bagis erhalten zum Arbeitsbeginn eine **Begrüßungsmappe**. Darin stehen viele allgemeine Informationen. Die *fachbezogenen* Infos zum ALG II finden sich unter verschiedenen Überschriften im Netz: Weisungen, fachliche

Hinweise zur Sozialversicherung, internationales Recht der Arbeitslosenversicherung (Rechtskreis SGB II), Handlungsempfehlungen, Geschäftsanweisungen und sonstige Weisungen.

Bei all diesen **Weisungen** handelt es sich um die *Meinung* der Bundesagentur für Arbeit. Es ist nicht die *Rechtsgrundlage* für Entscheidungen! Die Mitarbeiter(innen) der Bagis und der anderen Argen sind jedoch an diese Ausführungen gebunden. Die Bundesagentur hat den Weisungen folgende Eingangsbemerkung vorangestellt: „Bitte beachten Sie: Weisungen können teilweise durch Nachfolgeregelungen geändert sein. Bei Überschneidungen zwischen Gesetz und Weisung gilt im Zweifel das Gesetz.“ An diese Anmerkung sollten sich die Arge-Mitarbeiter(innen) bei der Umsetzung positiv erinnern!

Oftmals wird auch von diesen Anleitungen zum Nachteil der Erwerbslosen abgewichen: Es steht zwar dort, aber dies ist ja nicht Gesetz. Solche Entscheidungen, wie alle anderen Ablehnungen, sollte mensch sich schriftlich geben lassen. Diese Weisungen enthalten nur Gerichtsentscheidungen, die von der Bundesagentur für Arbeit akzeptiert wurden. Alle anderen Gerichtsentscheidungen, auch rechtskräftige, werden ignoriert. Es wird nicht auf schwebende Verfahren hingewiesen. Beispiel: In den Hinweisen zu § 12 (zu berücksichtigendes Vermögen) fehlt der Hinweis auf die Verfahren zur Vermögensanrechnung bei der Arbeitslosenhilfe, in denen diese Regelungen für ungültig erklärt wurden. Der § 12 des SGB II wurde von der alten Vorschrift wortwörtlich abgeschrieben, daher sind diese Regelungen angreifbar! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die **Rechtsgrundlagen** werden auch von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt. Redaktionsschluss dieser Textsammlung war der 11. April 2008. Später veröffentlichte Änderungen wurden nicht mehr eingearbeitet. Diese Unterlagen wurden in der Vergangenheit nur mit wesentlicher Verzögerung veröffentlicht oder geändert. Ein Ausdruck wäre sehr umfangreich und wesentlich schlechter zu handhaben! Im Lexikon der Bagis gibt es auch keinen Verweis zu diesen Unterlagen.

Die Bagis erhält auch Weisungen von der Senatorin für Soziales: „Nähere Informationen zu Leistungen für die Unterkunft und für Heizung können Sie auch der Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II entnehmen, die Sie auf den Internetseiten des Senators für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales der Freien Hansestadt Bremen finden.“ Wer diesen Link anklickt, erhält jedoch eine Fehlermeldung. Einen weiteren Link zur „Verwaltungsanweisung Wohnen“ hat die Bagis unter „Fragen zur Wohnung“ versteckt. Man gelangt zu einer Seite der Sozialsenatorin mit einem Verweis zu Publikationen und Verwaltungsanweisungen.

Dort steht aber nur die abgemagerte Fassung, wie sie in der Sozialdeputation „beraten“ wurde! Die (vollständige?) Arbeitsanweisung für die Bagis steht auf der Homepage des „Sozialen Lebensbundes“. Wir haben diese bisher unveröffentlichte Version gemäß Bremer Informationsfreiheitsgesetz von der senatorischen Dienststelle angefordert, derzufolge weitere Anweisungen oder Anleitun-

gen hierzu nicht erlassen wurden. Warum die ergänzenden Hinweise der Sozialdeputation nicht zur Genehmigung vorgelegt wurden, wird diese sicherlich aufgreifen und rügen! Damit sind Entscheidungen aufgrund der Verwaltungsanweisung noch zweifelhafter und noch weniger gerichtsfest, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Diese Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II ist das Musterbeispiel für die Nichtberücksichtigung von Gerichtsurteilen! Wer nicht seine vollen Kosten der Unterkunft erstattet bekommt, sollte einen Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X stellen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Das Lesen lohnt sich dennoch: Obwohl die entscheidenden Urteile nicht berücksichtigt wurden, gehen die Ausführungen dieser Verwaltungsanweisung in vielen Punkten weiter als die Praxis der Bagis bei der Bewilligung von Leistungen. Dabei gilt diese **vollständige Verwaltungsanweisung** bereits ab 1. November 2007 unverändert! Änderungen wurden nicht vorgenommen. Die Übernahme der Kosten für Wohnungssuche, Deponat, Makler ist möglich, aber versuchen Sie dies mal in der Bagis-Sachbearbeitung! Dabei hat die Bagis ebenfalls erklärt, weitere Anleitungen oder Hinweise zu dieser Verwaltungsanweisung gebe es nicht. Komisch!

Wer eine andere Wohnung sucht, bekommt verstärkt Probleme mit den **Mietobergrenzen**, weil der „Gewos“-Bericht nur von den Bestandsmieten und nicht von der aktuellen Miethöhe bei Neuvermietungen ausgegangen ist. Nicht erschrecken lassen! Wichtig ist es, den Antrag für alle Kosten *vor* der Suche nach einer neuen Wohnung zu stellen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Die Vorlage des Mietangebots bei der Bagis vor der Vertragsunterzeichnung ist nicht erforderlich, wer allerdings oberhalb der Mietobergrenzen mietet, geht ein Kostenrisiko ein.

Bremen hält sich nicht an die Empfehlungen des „Deutschen Vereins“ zu den Kosten der Unterkunft. Die vollständige Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft sieht auch nicht vor, dass ein Darlehn für Mietkautionen (Seite 33) getilgt werden muss. Dies entspricht der Rechtsprechung. Die Bagis verpflichtet jedoch zur Tilgung: „Freiwillig“ verzichtet der Erwerbslose auf diese Tilgungsfreiheit und will „freiwillig“ sofort mit der Rückzahlung per Einbehalt beginnen, „einfach so“! In der Verwaltungsanweisung steht dies nicht. Komisch!

Auf der Website der Bagis steht unter „Fragen zur Wohnung“, Wohnungsbeschaffungskosten oder Kosten der Wohnungssuche könnten gemäß Verwaltungsanweisung (Seite 31) übernommen werden. Unter „Welche Kosten werden übernommen, wenn ich umziehe?“ heißt es: „Entscheiden Sie sich für einen Umzug und wird dieser von Amts wegen im Vorfeld befürwortet, können die notwendigen Maklergebühren, Umzugskosten und die Mietkaution übernommen werden, wenn Sie vorher in einer nicht angemessenen Wohnung gewohnt haben. Hinsichtlich der Kostenübernahme sprechen Sie aber bitte vorher mit der zuständigen Bagis.“

Hier steht nichts von Wohnraumbeschaffungskosten! Vergessen Sie nicht, den Antrag formell zu stellen, entweder schriftlich oder zur Niederschrift, weil *vorher* beantragt werden muss! Das Gespräch wird im Nachhinein nicht als Antrag

gelten, da muss mensch sich wieder wehren! Wenn Sie den vom Sachbearbeiter formulierten Antrag unterschreiben, reklamieren Sie bitte sofort, wenn Ihnen der Text nicht gefällt. Der Sachbearbeiter wird diesen Text umformulieren. Nehmen Sie eine Ausfertigung mit! Vergleichen Sie zur Vorbereitung die Aufstellung der Verwaltungsanweisung mit den Empfehlungen des „Deutschen Vereins“. Sie werden feststellen, dass dieser die Einzelpositionen umfassender und deutlicher benennt!

2. Die Freie Hansestadt Bremen ist auch für die weiteren Leistungen zuständig. So gibt es eine Verwaltungsanweisung zu einmaligen Leistungen nach § 23 Absatz 3 SGB II. Auch hier sind die einschlägigen Gerichtsentscheidungen nicht eingearbeitet. Zur Erstausstattung und zu den Klassenfahrten gibt es auch in Bremen positive Gerichtsentscheidungen.

Es gibt noch mehr Sonderfälle für **zusätzliche Leistungen**: „(2) Über die in Absatz 1 genannten Leistungen hinaus können weitere Leistungen erbracht werden, die für die Eingliederung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind; die weiteren Leistungen dürfen die Leistungen nach Absatz 1 nicht aufstocken. Zu den weiteren Leistungen gehören insbesondere die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die psychosoziale Betreuung, die Suchtberatung, das Einstiegsgeld nach § 29, Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16a.“

Papier (und EDV) sind geduldig. Leider wird mit diesen Möglichkeiten besonders gegeizt. Geregelt sind hier Zuschüsse, um notwendige Anschaffungen für die Arbeitsaufnahme zu tätigen. Diese zu wünschen, geht per Eingliederungsvereinbarung. Dort kann der Sachbearbeiter alles regeln, um Vermittlungshemmnisse zu beseitigen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Wir reden darüber!

Heute werden oftmals die Zahlungen eingestellt, wenn Erwerbslose die Arbeit aufnehmen. Dadurch wird Mittellosigkeit verfestigt. Eventuell können nicht einmal die Fahrten zur Arbeit bezahlt werden. Die Zahlung wird hartnäckig verweigert und auf den Arbeitgeber verwiesen. Mit dem Vorschuss des Arbeitgebers geht der Anspruch gegen die Bagis unter! Oftmals wird auch das Arbeitsverhältnis durch diese Praxis der Bagis zerstört! Die Mittellosigkeit wird nicht durch die Arbeitsaufnahme beendet, erst ein Zahlungseingang mindert oder beendet sie!

Die Geldknappheit bleibt dem neuen Arbeitnehmer erhalten. Wenn der Arbeitgeber Vorschuss zahlt, wird sie in die Folgemonate mitgenommen. Es fehlt schließlich die Einnahme für einen ganzen Monat! Mensch wird erneut um Vorschuss bitten müssen, und der Arbeitgeber glaubt: Die oder der Neue kann nicht mit Geld umgehen! Auch so wird ein Arbeitsverhältnis belastet oder zerstört! Wenn das Arbeitsverhältnis endet und der Arbeitslohn erst später eingeht, berücksichtigt die Bagis die Zahlung als Einkommen im Monat des Einganges. Allein diese Ausführungen zeigen, dass die Bagis auf diese Weise viel Geld spart. Dagegen kann mensch sich wehren! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wer Arbeit gefunden hat, sollte unabhängig von den vorstehenden Zeilen prüfen, ob er Anspruch auf ergänzendes ALG II hat. Das kann mensch überschlägig herausfinden. Beispiel: Einkommen brutto 1.200 Euro, Steuerklasse I. Welcher Betrag ergibt sich aus den bisherigen ALG-II-Leistungen zuzüglich 280 Euro? Wenn dieser Betrag höher ist als das Nettogehalt, besteht Anspruch auf ergänzendes ALG II und damit auf GEZ-Befreiung. Aber den Antrag schriftlich stellen! Sind Fragen offen? Wir reden drüber! Bremer Montagsdemo zum Mitmachen, jede Woche um 17:30 auf dem **Marktplatz**! Am **Antikriegstag**, dem **1. September 2008**, beginnen wir schon um **17 Uhr** und machen eine Demo zu den Wallanlagen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Manchmal nerven mich Negativschlagzeilen wie diese: „Ein Job kostet 1.785 Euro“. Diesen Betrag soll ein Erwerbsloser, dem die Arbeitsagentur den **Vermittlungsgutschein** verweigert, an einen privaten Vermittler zahlen. Es wird der Eindruck erweckt, als ob es nicht möglich sei, sich zu wehren. Schade! Dabei ist es so einfach, den Vermittlungsgutschein oder die entsprechende Förderung zur Erlangung des angebotenen Arbeitsverhältnisses schriftlich zu beantragen. Die Bewerbung erfolgt bei der Vermittlungsfirma mit dem Hinweis, der Vermittlungsgutschein werde nachgereicht. Hierfür wird ein Termin vereinbart und dieser abzüglich von circa 14 Tagen als Frist an die Arge schriftlich weitergeben. Bei einem Ablehnungsbescheid oder wenn bis zum Termin keine Entscheidung erfolgt, einstweiligen Rechtschutz beim Sozialgericht suchen und die Leistung im Eilverfahren erstreiten.

Die Arge kann Vermittlungsgutscheine für ALG-II-Betroffene „nach Ermessen“ ausstellen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass bestimmte Erwerbslose ausgegrenzt werden können! Es gibt für andere Ermessensentscheidungen Urteile, die den Ermessensspielraum definieren! Also, auf geht’s und die grundsätzlichen Regeln beachten, also Schriftstücke persönlich abgeben und den Empfang auf einer weiteren Ausfertigung quittieren lassen! Niemals allein zum Amt gehen, nehmen Sie jemanden mit! Dieser Zeuge versachlicht das Gespräch. Er ist die moralische Unterstützung. Fachwissen gibt es bei den ALG-II-Beratungsstellen. Nichts in der Arge unterschreiben, sondern die Papiere mitnehmen und prüfen! Dies gilt im Umgang mit *jeder* Behörde.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Die Linke“ lädt für **Donnerstag**, den **14. August 2008**, zu einer **Diskussionsveranstaltung** mit dem Titel „**Hartz IV für alle, zum Leben zu wenig**“ um **19:30 Uhr** in den **Weserterrassen**, Osterdeich 70b, ein. Gäste sind Prof. Dr. Wolfram Elsner (Universität Bremen), Horst Frehe („Die Grünen“), Peter Erlanson („Die Linke“) sowie Vertreter von Bremer Erwerbslosenorganisationen.

Sachverständige Gutachter beauftragt: Hessisches Landessozialgericht lässt Hartz-IV-Regelsätze überprüfen *(„Erwerbslosenforum“)*

Vermögensteuer einführen: Mit einer Steuer- und Abgabenquote in europäischer Durchschnittshöhe stünden Mehreinahmen von rund 120 Milliarden Euro pro Jahr zur Rettung des Sozialstaats zur Verfügung *(„Stern“)*

Jetzt biegen sich schon die Stahlträger vor Lügen!

1. Weil nach dem Willen der Parlamentarier der Kinderkommission des Deutschen Bundestages jegliche Kombination aus Nahrungsmitteln und Spielzeug verboten werden soll, steht nun möglicherweise in Deutschland das Aus der Überraschungseier bevor. Das ist in einer Empfehlung über „Sicherheits- und Gesundheitsrisiken für Kinder im Alltag“ nachzulesen. Die Forderung stößt auf Unverständnis in der Süßwarenbranche.

Auf meins stößt sie allerdings auch, und ich stelle mir die Frage, ob diese Damen und Herren allen Ernstes keine sinnvolleren Themen wissen, über die sie sich auf Kosten der Steuerzahler die Köpfe zerbrechen können! Soll mit diesem Affentheater zum Beispiel von der seit Einführung von Hartz IV enorm gestiegenen **Kinderarmut** abgelenkt werden? Oder halten sie das Sommerloch für so klein, dass es sich mit einem Überraschungsei verschließen ließe?

2. In genau zehn Tagen sind die Sommerferien in Bremen zu Ende, und viele Eltern wissen nicht, wie sie von dem viel zu mageren Hartz-IV-Satz ihr Kind für das neue Schuljahr ausstatten sollen! Am teuersten sind die „i-Dötzchen“, für deren erstes Schulmaterial 150 bis 200 Euro ausgeben werden müssen. In den teuren Tornister gehören neue Stifte, die aufwendige Federmappe, Scheren, Kleber, Zeichenblock, Farbkasten und Schnellhefter sowie ein Beutel mit Turnschuhen und -hose für den Sport, außerdem Hausschuhe für den Klassenraum. Meist bekommen die Eltern vor Schulantritt eine lange Materialliste mit Posten, die einzeln nicht teuer sind, sich aber summieren. Beim ersten Elternabend wird dann sicher noch angesprochen, dass die Kinder unbedingt die Förderbüchlein in Mathematik und Deutsch anschaffen sollen, die so um die acht Euro pro Stück kosten.

Hartz-IV-Bezieher bekommen natürlich keinerlei Zuschüsse für die **Schulmaterialien**. Die Eltern erhalten je 316 Euro (zusätzlich zu den Unterkunftskosten) monatlich, das Kind zwischen 211 (bis 14 Jahre) und 281 Euro (ab 14 Jahren). Darin sind 1,60 Euro für Schreibwaren enthalten. Diese gezielte Ausgrenzung ist ein Skandal! Bundesweit werden über zwei Millionen Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Verhältnissen tagtäglich von adäquater Schulbildung und gesunder Ernährung ausgegrenzt. Hierum geht es – und nicht um ein popeliges Überraschungsei!

3. Geldverschwendung am laufenden Meter: Ein 24-Jähriger wurde vom Jobcenter Berlin zum **Weiterbildungskurs** verpflichtet, obwohl er im Oktober sein Studium beginnen wird. Arbeitsmarktsituation, Strukturwandel und neue Anforderungen, Trainieren von Vorstellungsgesprächen, Berufswegplanung und Orientierung, Technik der Selbstvermarktung, Einführung in die EDV – das alles sollte Stefan K. vier Wochen lang lernen. Es ist Quatsch, vor einem Studium jemanden in solch einen Kurs zu stecken! Wie viele Erwerbslose solche Übungen absolvieren, lässt sich nach Auskunft der Regionalagentur für Arbeit nicht sagen.

Laut Sprecher Olaf Möller sind in der aktuellen Statistik 3.015 Teilnehmer in „allgemeinen Trainingsmaßnahmen“ registriert. Eine spezielle Erfassung für die Eignungsfeststellung existiere nicht. Die Jobcenter schalten für die Fortbildung private Bildungsträger ein. Diese erhalten für jeden Schüler aus der Staatskasse zwischen 200 und 350 Euro. Arbeitslosen, die eine Teilnahme verweigern, wird laut Gesetz das Arbeitslosengeld mehrere Wochen lang gesperrt. Hier können sich Privatinstitute auf Kosten der Steuerzahler eine goldene Nase verdienen! Ohne zu hinterfragen, wird nur „weitergebildet“ – ob dies nun sinnvoll ist oder nicht. Hauptsache, die Zahlen „stimmen“, und die Arbeitslosen sind nicht mehr in der Statistik vorhanden!

4. Das Projekt „**Fahrgastbetreuer**“ in Bonn ist praktisch am Ende. Von den Stadtwerken werden Langzeitarbeitslose zu „Fahrgastbetreuern“ „ausgebildet“, geben Auskünfte, helfen Fahrgästen am Ticket-Automaten und sorgen für Sicherheit in den Bahnen. Beim Start des Projekts Anfang 2005 war sogar von einer „Rückkehr der Schaffner“ die Rede. Von den anfangs 170 „Fahrgastbetreuern“ sind nur noch 43 übrig geblieben. Weil die Stadtwerke nicht bereit sind, sie in feste Jobs mit einem festen Gehalt zu übernehmen, hat das Arbeitsamt das Projekt deshalb „zurückgefahren“ und vermittelt den Stadtwerken nicht mehr so viele Langzeitarbeitslose wie bisher.

Wie das bei Ein-Euro-Jobs so üblich ist, zahlen die Trägergesellschaften wie hier die Stadtwerke keinen Cent – das machen die Steuerzahler! Von insgesamt 390 Personen, die das in der Regel sechsmonatige „Fahrgastbetreuer“-Programm durchlaufen haben, wurden nur 18 übernommen – das entspricht einer Quote von knapp fünf Prozent. Dementsprechend groß ist der Frust dann auch geworden!

Die „Fahrgastbetreuer“, die noch da sind, stehen in vielen Fällen eher lustlos in den Bahnen herum und warten auf den Feierabend. Ist ihnen das zu verdenken?

5. Auch in Wiesbaden wird heftiger **Missbrauch** mit Ein-Euro-Jobbern betrieben! Sie werden in Sozialeinrichtungen eingesetzt, wodurch sie reguläre Arbeitsplätze vernichten. Aufgedeckt wurde der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern in einer Schulkantine, die von der Caritas betrieben wird. Dort waren bei anderthalb Vollzeitstellen für Köche täglich fünf bis acht Erwerbslose auf Ein-Euro-Basis eingespannt.

Ähnliches wurde in den Pferdeställen der städtischen Domäne Mechthildshausen und beim Wiesbadener Grünflächenamt festgestellt. Bei letzterem wurden 65 Stellen gestrichen und teilweise durch Ein-Euro-Jobs ersetzt. Anderswo, zum Beispiel in Frankfurt am Main, hat man erkannt, dass Ein-Euro-Jobs im Grünflächenamt weder zusätzlich noch gemeinnützig sind, sondern reguläre Stellen verdrängen. Dort werden sie „zurückgefahren“. Doch in Wiesbaden ist es bisher nur zu Flügelkämpfen innerhalb der SPD gekommen, und die Parteiführung versucht, Kritiker in den eigenen Reihen zu maßregeln.

6. Nach dem vernichtenden Urteil des Bundesrechnungshofs, wonach Erwerbslose nur völlig unzureichend betreut werden und es einen massiven Missbrauch von **Ein-Euro-Jobs** gibt, werden sie nun auch von der Bundesregierung als negativ eingeschätzt. Sie sind mit Abstand der größte Kostenfaktor unter den Programmen für Hartz-IV-Bezieher, obwohl sie überwiegend nicht den Weg in reguläre Beschäftigung ebnen. 2007 gab es im Jahresdurchschnitt 260.900 Ein-Euro-Jobs in Deutschland, die sowohl im vergangenen als auch im Jahr zuvor jeweils mehr als eine Milliarde Euro gekostet haben. Aber was heißt hier schon „Kostenfaktor“? Es sind mit die größten Jobkiller! Das bedeutet aber bestimmt nicht, dass diese Maßnahmen jetzt gestrichen würden, denn die Lücke zwischen Erkenntnis und Änderung ist gigantisch!

Es kostet auf jeden Fall eine Menge Geld, die Statistik zu schönen. Seit die Bundesregierung hektoliterweise von der rosa Farbe verbraucht, ist deren Preis ins Unermessliche gestiegen. Es wird wohl darauf hinauslaufen, dass nach der nächsten Bundestagswahl 2009 die Sozialausgaben drastisch gekürzt werden sollen. Vielleicht soll das ALG II dann nur noch zwei Jahre lang gezahlt werden, und dann gibt es gar nichts mehr, oder die Transferleistungen werden enorm gekürzt. Die Prognosen weisen in diese Richtung. Nicht umsonst wird permanent heruntergebetet, dass Vollbeschäftigung möglich sei und die Arbeitslosen immer weniger würden. Ob wir dann entweder zwangsweise im Reichsarbeitsdienst schuften oder zu unglaublich niedrigen Löhnen, die dann aufgestockt werden können oder Kombilohn genannt werden?

7. Der hochgelobte „**Köln-Pass**“ ist leider kein Erfolg! Aus den Zahlen der letzte Woche vorgelegten Bilanz geht eindeutig hervor, dass nur rund 40 Prozent aller ALG-II-Bezieher einen „Köln-Pass“ besitzen. Zum einen liegt das daran, dass er

nicht automatisch mit dem ALG-II-Bescheid der Arge mitgeschickt wird, sondern mit diesem Bescheid erst beim Sozialamt beantragt werden muss. Die Menschen haben nach dem 16-seitigen ALG-II-Antrag nicht mehr den Durchblick, werden in der Arge nach wie vor nur mangelhaft beraten, und das Porto für mehrseitige ALG-II-Bescheide plus Antrag will auch bezahlt werden. Die Vergünstigungen, die der „Köln-Pass“ dann bietet, sind bei Weitem nicht so spektakulär, wie die Sozialdezernentin glauben machen möchte.

So bietet der FC nur begrenzt Karten an, und das für relativ schlechte Plätze. Eine Monatskarte der Kölner Verkehrsbetriebe liegt mit 28 Euro rund doppelt so hoch wie der im ALG II vorgesehene Satz für den Nahverkehr. Vergünstigte Einzelfahrten werden gar nicht angeboten! Selbst die stadteigene Köln-Bäder-GmbH gewährt Menschen ab 17 Jahren lediglich 25 Prozent Nachlass. Auch wurde es versäumt, mit der GEZ eine Anerkennung des „Köln-Passes“ als Nachweis zur Befreiung von den Rundfunkgebühren zu vereinbaren. Ebenso gibt es keine Vereinbarung mit den Stadtwerken Bonn oder anderen umliegenden Verkehrsbetrieben, sodass Fahrten aus Köln hinaus völlig überteuert sind. Jedenfalls hat noch niemand laut über einen „Bremen-Pass“ nachgedacht, den ich mir auch nur so lange wünsche, bis es endlich menschenwürdige Transferleistungen gibt!

8. Stell dir vor, es gibt Arbeit, und das **Jobcenter** pennt! Da wollen Langzeitarbeitslose einen Job haben, es ist Geld für gemeinnützige Arbeiten vorhanden, und es gibt Jobcenter, die darüber zu wenig wissen – dann kommt so manches nicht zueinander. In den Medien war vermehrt über Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor berichtet worden. Dazu gehören „Mobilitätshelfer“, die zum Beispiel Senioren auf dem Weg zu Arzt oder Behörde begleiten. Der gelernte Kaufmann Jürgen M. setzte große Hoffnungen auf solch eine Arbeit. Doch das Jobcenter bügelte ihn ab und sagte, dass sich diese Stellen nicht für ihn, sondern für Alkoholiker und psychisch Kranke eignen würden.

Auch Joachim Sch., Vater von drei Kindern und seit 2001 ohne Job, würde gern einen der mit 1.300 Euro brutto dotierten Jobs haben, etwa in der Fahrgastbetreuung. Ihm wurde mitgeteilt, dass die Maßnahmen nicht „spruchreif“ seien oder die Zeitungsmeldungen „eine Ente“. Indes haben sich die Behörden diese Schwierigkeiten auch selbst gemacht, weil die Finanzierung der Kulturjobs über das Bundesverwaltungsamt läuft, nicht über die Jobcenter. Auch sind diese Jobs an den Bezirk gebunden, daher kann sich ein Spandauer nicht auf eine Stelle in Pankow bewerben. Es müssen gleichzeitig mehrere Vermittlungshemmnisse vorliegen, wie über 50 Jahre alt zu sein, lange keine Arbeit und keinen Schul- oder Berufsabschluss zu haben. Da verhindert ein starrsinniger, unbeweglicher Behördenwasserkopf, dass die Leute in Arbeit kommen! Die linke Hand weiß nicht, was die rechte tut, und gleichzeitig wird von den Arbeitslosen äußerste Flexibilität gefordert.

9. Als die Hartz-IV-Bezieher ihren Sturm auf die Sozialgerichte begannen, war die Rede von einer „**Klageflut**“. Der Begriff sei falsch, meint der Berliner Sozialrichter Michael Kanert, denn auf eine Flut müsse eine Ebbe folgen. Die aber kommt nicht. Im ersten Halbjahr 2008 klagten nach Informationen der „Frankfurter Rundschau“ Hartz-IV-Bezieher in 61.970 Fällen gegen ihre Bescheide. Das waren noch einmal 36,2 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor. Die Zahlen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund auf Basis von Statistiken der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Sie untertreiben die tatsächliche Dimension noch etwas, weil sie die Verfahren in den 69 Optionskommunen nicht berücksichtigen. Dort kümmern sich die Städte und Kreise eigenständig und ohne die Bundesagentur um die Langzeitarbeitslosen.

Hartz IV hat den (Abbau des) Sozialstaat(es) noch viel komplizierter gemacht, fast noch schwieriger durchschaubar als das Steuerrecht! In den Klagen geht es um Details, um kleine Summen, die aber für die Betroffenen existenziell sind. Angesichts der hohen Erfolgsrate der Klagen rät DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy allen Hartz-IV-Beziehern, jeden Bescheid genau zu prüfen und bei Zweifeln juristischen Rat zu suchen. Massenhafte Klagen gegen Verwaltungsgesetze sind in der Regel ein Zeichen, dass die Gesetze schlecht gemacht, also unbestimmt, nicht eindeutig, ja sogar widersprüchlich sind. Das kann man über die mit heißer Nadel genähten Hartz-Gesetze mit Sicherheit sagen. Statt nun die Gesetze zu verbessern, gibt es Pläne, die Klagemöglichkeiten zu beschränken, etwa indem man die Sozialgerichte durch finanzielle Hürden vor rechtsuchenden Hartz-IV-Opfern abzuschirmen versucht.

10. Überraschend hat die Bundesagentur für Arbeit Ergebnisse einer **Umfrage** vorgelegt, wonach die „Hartz-IV-Kunden“ die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften mit „befriedigend“ bewertet hätten. Dies sei das Ergebnis einer Befragung von 35.000 Arbeitslosengeld-II-Bezieher in fast allen 374 Jobcentern. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ meldete erhebliche Zweifel an den Ergebnissen an, weil sie jenen des Bundesrechnungshofes sowie eigenen Erhebungen widersprächen. Ebenso habe es die Bundesagentur für Arbeit unterlassen, ihre Untersuchung und Methoden offenzulegen. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums“, zeigte sich erstaunt darüber, wie sich die Bundesagentur für Arbeit nur wenige Tage nach dem vernichtenden Urteil des Bundesrechnungshofs selbst beweihräuchert und ihre Arbeit bei Hartz IV mit „befriedigend“ feiert. Er vermisst Erklärungen zu den Diskrepanzen zu anderen Untersuchungen.

Vermutlich wurde hier ein hilfloser Versuch gestartet, das ramponierte Image mit allen Mitteln aufzubessern. Wirklich unabhängige Untersuchungen wären meiner Meinung nach mit Sicherheit zu diametral entgegengesetzten Antworten gekommen. Ob den Erwerbslosen beim Ausfüllen des Fragebogens über die Schulter geguckt wurde und ein „falsches Ankreuzen“ mit Leistungskürzungen geahndet wurde? Die vielen erfolgreichen Klagen gegen die falschen Bescheide der ar-

gen Argen sprechen eine ganz andere Sprache. Da biegen sich wohl nicht nur die Balken vor Lügen, sondern sogar die Stahlträger!

11. Hartz IV muss weg! Alternativen müssen her! Hartz IV ist nicht nur Ausdruck für die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, sondern auch für die Zerschlagung des Sozialstaats. Hartz IV hat aus der Arbeitslosenversicherung eine Armutsfürsorge gemacht. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat für 60 Prozent der Betroffenen zu dramatischen Einkommenseinbußen geführt. Darüber hinaus steht Hartz IV für ein System der **Entrechtung** und Repression. Mit der Einführung von Hartz IV hatte die ehemalige rot-grüne Bundesregierung den seit Jahren von Wirtschaftskreisen und ihren abhängigen Medien erhobenen Forderungen entsprochen, wonach der Sozialstaat angeblich zu teuer sei und dem Abbau der Arbeitslosigkeit im Wege stehe. Doch das Versprechen, mit Hartz IV würde die Arbeitslosigkeit in zwei Jahren halbiert, hat sich inzwischen als Etikettenschwindel herausgestellt.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit hat mit etwa sechs Millionen Arbeitslosen bundesweit nach wie vor ein dramatisches Ausmaß, welches allerdings in der offiziellen Statistik nicht zum Ausdruck kommt, da aus dieser circa 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen im Hartz-IV-Bezug herausgerechnet werden. Das Scheitern von Hartz IV veranlasst die herrschenden neoliberalen Kräfte inzwischen zu Überlegungen, aus Gründen des Lohndumpings Arbeits- und Zwangsdienste zu Hartz-IV-Konditionen für die private Wirtschaft zu schaffen, wie neuere Studien aus Wirtschafts- und Finanzministerium in Berlin belegen. Das System des „Forderns und Förderns“ hat zwar mehr Repression, aber nicht mehr Beschäftigung gebracht. Am 12. September 2008 gibt es im Düsseldorfer Landtag ein Hearing, bei dem auch Betroffene zu Wort kommen sollen. Kann so etwas nicht auch in Bremen auf die Beine gestellt werden?

12. Maria H. bestand ihr Diplom 2005 als Ingenieurin für Innenarchitektur mit einem Durchschnitt von 1,0. Für den Einstieg ins Berufsleben wollte sie noch praktische Erfahrung sammeln und begann ein **Praktikum** bei der süddeutschen Eventmanagement-Tochter eines Innenarchitektur-Fachverlages, die vor allem die Präsenz des Verlages auf Messen und Ausstellungen organisiert. Von Anfang an fiel es ihr auf, dass die Firma einen sehr hohen Anteil an Praktikanten beschäftigt. Statt eine Einarbeitung oder einem Ansprechpartner zu bekommen, wurde sie schnell als Projektassistentin eingesetzt und leistete vollständig eigenverantwortliche Arbeit, teilweise bis zu 70 Stunden pro Woche. Der Unterschied zu Projektleitern bestand lediglich darin, dass sie nichts tun durfte, was mit Ausgaben zu tun hatte. Ein weiterer Unterschied: ihr Gehalt. Laut Praktikumsvertrag standen ihr 375 Euro monatlich für „allgemeine Aufgaben“ aus dem Unternehmensbereich zu.

Noch während des Praktikums entschied sie sich, vor Gericht zu ziehen, und dokumentierte alle ihre Tätigkeiten. Nach Beendigung ihres sechsmonatigen

Praktikums setzte sie ihr Vorhaben in die Tat um und klagte mit Unterstützung ihrer Eltern vor dem Amtsgericht. Sie siegte in erster Instanz, doch dann ging die Gegenseite in Berufung. Nach zweieinhalb Jahren siegte sie auch in zweiter Instanz. Die Richter begründeten ihre Entscheidung damit, dass Frau H. wie eine normale Arbeitnehmerin eingesetzt worden sei. 375 Euro Monatssalär seien Lohnwucher und damit sittenwidrig. So wurde ihr ehemaliger Arbeitgeber dazu verurteilt, knapp 8.500 Euro Gehalt nachzuzahlen. Maria H. hat nicht wegen des Geldes geklagt, sondern aus Idealismus. Sie darf stolz darauf sein, weil sie den ausbeuterischen Unternehmern gezeigt hat, dass sie die „Generation Praktikum“ nicht folgenlos ausbeuten darf. Hoffentlich wird sie noch vielen anderen Ausgenutzten eine vorbildliche Vorreiterin sein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Aufruhr in Hessen: Ypsi-Püppsi macht alle Kerle meschugge *(„Spiegel-Online“)*

„Minderbepimmelt“: Etablierte Journalisten versuchen, freie Internet-Autoren einzuschüchtern *(„Tageszeitung“)*

Außer Öl und Gas: Was will die Nato im Kaukasus? *(„Stattnetz“)*

Die Laster der Konzerne donnern durch die Umweltzonen

Die Umweltzone soll endlich auch in Bremen kommen. Zuerst war sie für September 2008 geplant, das wurde verschoben auf Januar 2009. Sie soll für bessere Luft sorgen, insbesondere sollen die Feinstaubwerte zurückgehen. Diese sind seit Jahren viel zu hoch und wirken sich nachweislich gefährlich für die Gesundheit des Menschen aus. Feinstaub stammt aus den Abgasen von Autos und LKWs, aber auch aus Öfen von Privathaushalten sowie Schloten von Fabriken. Jedes Jahr sterben 370.000 Menschen in der EU, weil die Städte verstauben. Der Feinstaub vom Verkehr birgt eine große Gefahr: Er gelangt unmittelbar von der Straße in die Lunge des Men-

schen. Dieser Staub ist deswegen gefährlich, weil er so feinstofflich ist, dass er in die Lungenbläschen gelangen kann. Man kann ihn weder riechen noch sehen.

In Bremen wird er durch mehrere Stationen gemessen. Eine befindet sich am Dobben, eine andere in der Westerstraße zwischen den Betrieben von Hachez und Beck's. Seit letztem Jahr gibt es schon in 13 deutschen Städten Umweltzonen, darunter Berlin, Stuttgart und Hannover. Das Schaffen der Umweltzonen folgt der EU-Luftqualitätsrichtlinie von 1999. Aber nicht nur die Schaffung dieser Zonen wurden ständig ausgesessen, auch die Grenzwerte wurden seit ihrer Festlegung nach oben „korrigiert". Weil nun dem Geschäftsführer der bayerischen Grünen, Dieter Janecek, die Umsetzung der Umweltzone in München zu zaghaft vor sich ging, klagte er als Anwohner der Landshuter Allee, einer achtspurigen Hauptverkehrsader. Dort wurden von Jahr zu Jahr die Grenzwerte für Feinstaub nicht gemindert, sondern gingen stark nach oben – trotz „Umweltzone". Seine Klage hatte Erfolg!

Das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass ein Bürger Verkehrsbeschränkungen auf einzelnen Straßen einklagen kann, wenn die Feinstaub-Belastung zu groß ist. Der Europäische Gerichtshof gibt sogar jeder unmittelbar betroffenen Einzelperson das Recht, einen Aktionsplan gegen Feinstaub zu verlangen. Somit steht der Weg gegen die mangelhafte Umsetzung der Umweltzone in Bremen jedem Anwohner frei, der in der geplanten Umweltzone wohnt. Auch in Bremen werden die Grenzwerte jedes Jahr deutlich überschritten. Die Messdaten der Stationen werden vom Umweltbundesamt veröffentlicht. Die Diskussion um die Umweltzone in Bremen spitzte sich zu, als Herr Loske, Senator für Umwelt, Europa und Verkehr, deren baldige Umsetzung bekanntgab. Dem BUND sind die Richtlinien zu bescheiden, er fordert auch eine größere Zone. Der Wirtschaft allerdings sind die Grenzwerte zu scharf.

Im Herzen der Umweltzone liegen vor allem die Schokoladenfabrik Hachez und die Brauerei Beck's. Diese beiden drohten Herrn Loske schon des Öfteren, die Umweltzone dürfe nicht zulasten der Wirtschaft entstehen. Hachez wollte seine ganze Produktion sogar nach Niedersachsen verlagern! Was blieb Herrn Loske anderes übrig, als weitere Ausnahmen für die Industrie zu machen? Die Schadstoffgruppen der Emissionen wurde aufgeweicht: Die sogenannten Dreckschleudern der Gruppe 2 mit roter Plakette dürfen bis 2010 in der Umweltzone fahren, und es ist durchaus möglich, dass diese Grenze weiter in die Zukunft verschoben wird! Solche bitteren Erfahrungen seit Einführung der Umweltzonen geben keinen Anlass zur Freude. Die Grenzwerte gingen nicht zurück, sondern wurden eher getoppt! Also muss die Sache ernsthafter angefasst werden. Hier in Bremen müssen die Firmen Hachez und Beck's mehr für Umweltschäden haften. Das Argument, dass Unternehmen geschädigt würden, ist allzu billig, denn beide Firmen haben eine prall gefüllte Kriegskasse.

Die Brauerei Beck's agiert international, ist also ein „Global Player": Ihr Mutterkonzern Inbev hat im Sommer 2008 die größte Brauerei der USA geschluckt, Anhäuser-Busch, und dafür mehrere Milliarden locker gemacht. Inbev ist dadurch

die größte Brauereigruppe der Welt. Wenn also die Grenzwerte ständig überschritten werden und weder Konzerne noch Politik Mittel aufzeigen, das zu bessern, muss man gegen diese klagen, wie ich schon letzte Woche sagte. Gerade die Menschen, die in der Umweltzone leben, sollten das ab sofort tun! Um Folgeschäden für sich und die Mitmenschen zu vermeiden, ist dieser Schritt sehr wichtig. Herr Loske muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er ein Strohmann der Industrie ist. Wie lässt es sich anders erklären? Tausende von Anwohnern in den Ballungsgebieten Neustadt, Altstadt und Steintor lässt man bei der steigenden Umweltbelastung sprichwörtlich im Smog stehen! Die großen Konzerne in der Umweltzone lassen sich nicht ohne Weiteres schließen, deswegen müssen sie zur Verantwortung gezogen werden. Wenn Herr Loske dabei nicht hart eingreift, sollte er seinen Posten räumen, damit die Umweltzone nicht unter den Hammer kommt!

Jens Schnitker (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

Prinzipiell bin ich der festen Überzeugung, dass eine Plattform wie die Bremer Montagsdemo dazu dient, dem Volke Gehör zu verschaffen, und dies soll auch so sein. Nachdem ich mir heute aber zum wiederholten Mal Beiträge angehört habe, wundert es mich nicht sonderlich, dass diese Veranstaltung auf so wenig Resonanz stößt. Besonders der grenzdebile Beitrag des Herrn Schnitker am 4. August bezüglich der Feinstaubregelung bei den Zufahrtswegen der Firmen Hachez und Beck’s sowie der von ihm geplanten Klage gegen eben diese Ausnahmeregelung! Wenn man sich schon so einseitig zu einem solchen Thema äußert, dann sollte man wenigstens die Fakten parat haben. Die bis dato bekannten Studien über die Fahrzeugreglementierung in „feinstaubgefährdeten“ Zonen haben bei Weitem nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht.

Andersherum, nehmen wir doch mal an, Herr Schnitker würde mit seiner Klage Recht bekommen, dann müssten die Firmen notgedrungen abwandern. Das wäre doch dann ganz prima: Mal abgesehen von den Steuerausfällen würden auch noch genügend Arbeitsplätze im Stadtstaat verloren gehen, was wiederum schön viel Kanonenfutter für die Montagsdemo gäbe. Es ist scheinbar doch eine deutsche Eigenschaft, prinzipiell erst mal zu klagen, wenn sich auch nur annähernd eine Möglichkeit bietet. Ob das nun Sinn macht oder nicht, sei dahingestellt. Was aber viel schlimmer war als die eigentlich unstrukturierte Rede, war der Fakt, dass quasi sämtliche Anwesenden munter drauflos klatschten wie die Lämminge. So was nennt man jonglieren mit gefährlichem Halbwissen! Wie gesagt, ich finde die Idee Ihrer Veranstaltung sehr gut, aber ein wenig mehr Fachwissen wäre dann doch angebracht. Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von David

Hallo David, natürlich dient die Bremer Montagsdemo dazu, dem Volk Gehör zu verschaffen. Unsere Beiträge transportieren oft Inhalte, die unbequem und oft der Zensur des sogenannten Mainstreams zum Opfer gefallen sind. Wir greifen Themen auf, mit denen manch eine(r) sich lieber nicht beschäftigen möchte, weil es die Angst um den eigenen Job schürt oder weil er/sie dann mal hinter die Fassade gucken müsste. Oder er/sie müsste vom hohen Sockel runterkommen und aufhören, auf die vermeintlich faulen Erwerbslosen zu schimpfen und sie zu Sündenböcken zu instrumentalisieren. Wir wünschen uns durchaus mehr Resonanz, aber es ist viel einfacher, sich über die Beiträge zu beklagen, als sich selbst die Mühe zu machen, sich ein Thema herauszusuchen und dies dann auch vorzutragen!

Es ist nicht allen Menschen gleichermaßen gegeben, sich für die Zuschauer fesselnd auszudrücken. Es ist nicht zu überlesen, dass Ihnen der Beitrag von Herrn Schnitker nicht gefallen hat. Das sei Ihnen unbenommen. Aber ihn als grenzdebil zu bezeichnen, das ist einfach nur unverschämt und unangemessen. Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, nur dann ein Thema vorzutragen, wenn wir uns darüber *allumfassend* informiert haben! Schließlich geht es hier um einen informativen Redebeitrag und nicht um eine Klausur oder Diplomarbeit. Darum dürfen wir subjektiv, einseitig und Partei ergreifend sprechen!

Selbstverständlich bemerke ich, dass Sie sich ausgerechnet über den Beitrag von Herrn Schnitker so aufregen, und frage mich nach dem Motiv. Möglicherweise haben die Beschränkungen für feinstaubgefährdete Zonen nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht. Warum sollen die Bürger sich dann nicht ihr Recht auf saubere Luft einklagen? Ich persönlich verspreche mir davon nicht wirklich etwas, aber das steht auf einem anderen Blatt. Doch diese Huldigung von „Arbeitsplätzen über alles“ geht mir ganz gewaltig auf den Senkel! Mit der Schaffung von Arbeitsplätzen scheint heute jede Schweinerei „erlaubt“ zu sein – egal, ob damit die Luft verpestet, das Wasser vergiftet, die Erde versucht oder das Klima zerstört wird. Nur leider kann man Geld nicht essen!

Aber mal im Ernst: Haben Sie persönlich Angst um Ihren Arbeitsplatz oder Ihre Firma, oder warum tangierte Sie die Rede von Herrn Schnitker so? Natürlich haben wir nach der Rede von Herrn Schnitker geklatscht, aber nicht, um dadurch mit „gefährlichem Halbwissen“ zu jonglieren (für wen gefährlich, für Sie?), und auch nicht, um es mit den „Lämmingen“ zu halten. Übrigens, von den Lemmingen, die sich mit „e“ schreiben, habe ich noch nie gehört, dass sie klatschen würden. Habe ich damit jetzt möglicherweise ein gefährliches Halbwissen aufgedeckt? Wir haben schlicht und ergreifend deswegen geklatscht, um Herrn Schnitker für seinen Beitrag zu danken, dass er sich die Mühe gemacht hat. Wenn Ihnen das nächste Mal etwas nicht gefällt, dann widersprechen Sie doch offen am Offenen Mikrofon! Mit freundlichem Gruß.

Antwort von Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Sehr geehrte Frau Graf, vielen Dank für Ihre schnelle Antwort. Ganz wichtig ist mir, dass etwas nicht in den falschen Hals kommt. Ich habe nicht Herrn Schnitker als „grenzdebil“ bezeichnet, sondern seinen Redebeitrag. Das ist für mich ein sehr großer Unterschied. Ich würde mich nicht in dieser Form über jemanden äußern, den ich nicht kenne. Dies liegt mir wirklich am Herzen. Ebenso habe ich Achtung vor jedermann, der sich in die Öffentlichkeit stellt und für seine Meinung einsteht, keine Frage. Was mich zu meiner Mail bewog, war der inhaltliche Faktor dieser Rede. Man muss kein Prophet sein, um sich die Konsequenzen einer Firmenverlagerung in der Größenordnung Hachez/Beck’s auszumalen. Dies darf jedoch kein Freibrief sein, sich über alles und jeden hinwegzusetzen.

Natürlich hat ein jeder das Recht, für saubere Luft zu klagen, und es geht mir auch bei Weitem nicht um die Huldigung von „Arbeitsplätzen über alles“. Ich versuche schon, alles sehr kritisch zu sehen, aber auch realistisch. Ganz besonders, da die Untersuchungen, was die Feinstaubregelung angeht, ja nun auch schon vorliegen und eindeutig Erfolge vermissen lassen. Aber egal, erst mal klagen! Wenn ich mal bedenke, was man mit all dem Geld in Deutschland bewirken könnte, dass für ähnliche Klageorgien ausgegeben wird, dann wird mir schummrig. Die Anmerkung mit den Lemmingen (da war tatsächlich ein „ä“ hineingerutscht) war metaphorisch gemeint, aber ich bin fest davon überzeugt, dass Sie das auch so aufgefasst haben. Viele Grüße.

Zuschrift von David

Grenzdebil: Langzeitarbeitslose sollen Demenzkranke betreuen, damit das Fachpersonal entlassen werden kann *(„Spiegel-Online“)*

Klassenkampf von oben: Wie 30 Jahre Neoliberalismus die britische Gesellschaft zerstört haben *(„Junge Welt“)*

Der rot-grüne Senat betreibt eine genauso heuchlerische Sparpolitik wie der rot-schwarze zuvor

Die 193. Montagsdemo zog mal wieder viele Menschen in ihren Bann, und so konnten wir am 11. August 2008 um 17:30 Uhr über 40 Teilnehmer und Zuhörer auf dem Marktplatz zählen. Trotz des Auf- und Abbaus von Veranstaltungen standen wir mit den Themen der Betroffenen, der Behandlung durch die Bagis, die Bremer Arbeitsgemeinschaft, im Mittelpunkt. Diese Lebendigkeit kam durch die

Betroffenen selbst, die direkt oder indirekt ihre Erlebnisse bei der Bagis zu Gehör brachten.

Der neue rot-grüne Senat betreibt eine genauso heuchlerische Sparpolitik wie der rot-schwarze zuvor. Dem „Ja, wir wollen...“ steht die tatsächliche Behördenpraxis mit der Anleitung von oben, also der SPD-Senatorin Rosenkötter und ihrem SPD-Staatsrat Schuster, gegenüber. Dieser Senat will nur sparen, sparen, sparen! Die Einsparungen sollen aus dem Sozialbereich und dabei den Hartz-IV-Betroffenen ausgepresst werden. Die sogenannten Betreuerteams sollen miteinander konkurrieren, wer am wenigsten an die Betroffenen auszahlt. Welche perversen „Blüten“ das treibt, kann man auf unserer Homepage nachlesen. Die Medien wie der „Weser-Kurier“ schweigen dazu.

Dessen Chefredaktion füllt lieber die Seiten mit belanglosen Nebensächlichkeiten, gehorsam im Sinne ihrer Parteioberen oder der SPD-leierten Verlagskapitalisten. Die Mitarbeiter in den Medien und in den Behörden sollten lieber den eigenen Kopf gebrauchen und nicht den schlaffen Arm solcher Art von Vorgesetzten und Politikern abgeben! Wie sagte doch kürzlich Altkanzler Schmidt: Er warne vor dem Obrigkeitsstaat. Menschen in der ganzen Stadt und im ganzen Land, lasst euch nicht gängeln! Die Politikverdrossenheit überwindet man am besten im Selbstaktivwerden und in der Teilhabe an neuen Formen des Zusammenlebens, der Meinungsbildung und in der Auseinandersetzung um neue Ziele. Ein Ziel bleibt: Weg mit Hartz IV und Agenda 2010 – ohne Wenn und Aber!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Imperialismus: Merkel will Georgien in die Nato holen und stattet Saakaschwilis Truppen mit deutschen Sturmgewehren aus *(„Spiegel-Online“)*

Wer hätte das geglaubt: Staatlich kontrollierte Heroin-Abgabe führt zu einem drastischen Rückgang der Beschaffungskriminalität *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

194. Bremer Montagsdemo am 18. 08. 2008

Die „Suppe“ gemeinsam kochen!

Es gibt wieder eine neue Rentnervereinigung und damit mehr Widerstand gegen Rentenkürzung und andere soziale Ungerechtigkeiten. Doch um es gleich zu sagen: Das ist auch wieder nur ein kleines Grüppchen, das von der Politik kaum wahrgenommen wird. Aber immerhin, so kann es weitergehen! Für uns alle kann es nur gut sein. Doch jetzt möchte ich noch einmal Stellung zu dem Treffen am Donnerstag im „Bürgerhaus Weserterrassen“ nehmen.

Ich war schon erstaunt, wie viele Menschen dort anwesend waren und der Politik ins Gewissen geredet haben. Auch ein Wirtschaftsprofessor von der Universität Bremen gab sich die Ehre und sprach uns allen voll aus dem Herzen. Aber um ehrlich zu sein: Für uns von der Montagsdemo war das eigentlich nichts Neues, nur dass es diesmal von einem Professor gesagt wurde. Er sprach von den Ungerechtigkeiten und der Altersarmut, und ein Professor ist ja wohl eine Kapazität, die dann doch von unseren Politikern besser wahrgenommen wird, oder? Wir werden sehen.

Was mich aber immer noch stört, ist die Tatsache, dass es hier in Bremen wohl sehr viele Organisationen und Vereine gibt, die aber leider alle ihr eigenes Süppchen kochen und somit ihren eigenen Zwängen ausgeliefert sind. Das kam besonders zum Vorschein, als es um eine gemeinsame Linie und bestimmte Vorstellungen von Aktionen ging. Alle waren sich zwar einig, dass gegen den Lohnverfall und die Ungerechtigkeiten wie Rentenkürzungen und zunehmende Altersarmut etwas getan werden muss – aber wie? Da wird man bei diesen 200 verschiedenen Organisationen und Vereinen wohl noch lange diskutieren müssen!

Das muss man eigentlich gar nicht, denn wo gibt es eine Organisation, die in der Öffentlichkeit steht, die keinen Fraktionszwängen unterliegt, die keine Partei ist, wo jede(r) jederzeit mitmachen und jeden Montag seine oder ihre Meinung offen sagen kann, bei der auch Politiker zu Wort kommen und die für jedermann ein Offenes Mikrofon stellt? Na, wenn das keine Dachorganisation ist, was dann?

Also Schluss mit den Diskussionen! Kommt hierher auf dem Marktplatz und zeigt endlich, dass ihr euch alle einig seit, zeigt es jeden Montag um 17:30 Uhr, zeigt unseren Politikern: Wir wollen eure Ungerechtigkeiten nicht!

Udo Riedel (parteilos)

Die Menschen wenden sich berechtigt von der SPD ab

Gestern war noch Sonnenschein bei „La Strada“, und es gab ein tolles Kulturangebot für die eine oder den anderen, ganz kostenlos. Das ist gut und muss auch so sein! Heute ist wieder Alltag, grau oder gar etwas regnerisch. Nun sind die ersten vier Jahre voll im aktiven Kampf gegen die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010. Wir lassen uns nicht unterkriegen und werden weitermachen, bis diese Politik und diese Gesetze vom Tisch sind!

Obwohl die SPD in Bremen von allen Medienseiten nur so hofiert wird, schwindet das Vertrauen in sie an allen Orten. Zwei Interviews braucht der „Bremer Anzeiger“ um den SPD-Bürgermeister Jens Böhrnsen rüberzubringen. Da war nicht viel drin, darum musste man ordentlich breitwalzen! Am letzten Mittwoch hieß es da: „Niemand braucht die Linkspartei“. Das zeigt den ganzen Hochmut dieses farblosen SPD-Mannes!

Ich selbst habe einiges an der Arbeit der Bürgerschaftsfraktion der „Linken“ auszusetzen – das klären wir an anderer Stelle –, aber die bewusste Wahl oder auch die des Protestes seitens der Wähler so zu missachten und abzuqualifizieren, das zeigt, dass Personen wie Böhrnsen oder andere, eigentlich *alle* Politik betreibenden SPD-Größen, überhaupt kein Interesse an den Nöten und Problemen der Menschen haben, ja die Massen gar verachten! Das genau spüren die Menschen und wenden sich berechtigt von der SPD ab. Und das ist auch gut so, möchte ich mal Herrn Wowereit zitieren!

Wenn nach der Clement-Affäre jetzt der knöcherne Müntefering wieder die SPD aus dem Dreck ziehen soll, zeigt das nur, dass die Partei nichts verstanden hat. Viele in der Montagsdemo-Bewegung haben andere Schlüsse gezogen. Sie versuchen, selber aktiv zu werden. Man wächst an sich selbst in der Auseinandersetzung und im Miteinander mit anderen. Wie lange es auch geht: weiter so,

liebe Mitstreiter in der Montagsdemo-Bewegung! Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!

Heute in 14 Tagen, am **1. September 2008**, ist **Antikriegstag**. Den wollen wir gemeinsam mit dem „Bremer Friedensforum“ begehen. Die Kundgebung beginnt bereits um **17 Uhr** hier auf dem **Marktplatz**. Im Anschluss daran demonstrieren wir gemeinsam zur Altmannshöhe hinter der Kunsthalle, um dort ein Deserteursdenkmal einzuweihen.

Am **6. September 2008** feiern wir unser diesjähriges **Sommerfest**. Ab **14 Uhr** soll es wieder in den **Neustadtswallanlagen** beim Südbad losgehen. Noch haben nicht viele Organisationen ihre Teilnahme zugesagt, aber der „Umsonstladen“, „Attac“, DKP, MLPD und „Die Linke“ wollen mit Infotischen teilnehmen. Wichtig ist, dass jede und jeder in ihrem und seinem persönlichen Umfeld dafür wirbt! Und werben möchte ich auch für den Aufbau und die Durchführung des Festes. Damit wollen wir um 11 Uhr anfangen. Überlegt euch, wie ihr helfen könnt! Bitte meldet euch bei mir: Jobst.Roselius(at)nord-com.net.

Jobst Roselius

Die Montagsdemo ist eine „Börse“ für Begleitschutz zum Ämterbesuch

1. Die Freie Hansestadt Bremen will die Gehälter ihrer **Geschäftsführer** veröffentlichen. Es werde nur geringe Lücken geben, glaubt Staatsrat Mützelburg, so der „Weser-Kurier“ vom 13. August 2008. In den neuen Verträgen ist diese Verpflichtung fixiert. Dies ist der dritte Anlauf, den ich wahrgenommen habe. Bisher haben sich viele Geschäftsführer der Freien Hansestadt erfolgreich geweigert, ihr Einkommen offenzulegen. Selbst der vom Senat geforderte Verzicht auf beziehungsweise die Offenlegung der geplanten Gehaltserhöhungen war nicht durchsetzbar: Die Geschäftsführer haben sich geweigert!

Wie viele Geschäftsführer hat Bremen eigentlich? Es sind hier die Geschäftsführer der Gesellschaften gemeint, die der Freien Hansestadt gehören. Dies sind circa 250 GmbHs. Es geht somit um circa 250 Geschäftsführer. Manche Gesellschaften haben mehr als einen Geschäftsführer, und manche Geschäftsführer haben die Hoheit über mehr als eine GmbH. Was ist das für ein Arbeitgeber, der sich von seinen Geschäftsführern vorführen lässt! Der Bremer Rechnungshof kann jederzeit mit Einzelfallprüfungen in den GmbHs beauftragt werden. Die

GmbHs müssen ihren Jahresabschluss testieren lassen. Die Wirtschaftsprüfer werden per Rahmenvertrag von der Freien Hansestadt Bremen eingekauft. Es ist also unerklärlich!

Die Frage nach dem Gehalt ist auch zu kurz gesprungen. Was ist mit den Nebenleistungen, den Versorgungszusagen, der Absicherung für die Rückkehr in den öffentlichen Dienst, wie bei Staatsrat Schuster praktiziert – diese GmbH wurde aufgelöst? Oder möchte der Senat diese Tatsachen gar nicht wissen? Es scheint so! Ich denke dabei auch an die Abschiedsparty der „Brepark“ für den scheidenden Geschäftsführer im „unternehmenseigenen“ Lokal. Da fehlte dem Senat auch jegliche Über- und Einsicht! Oder die über zehn Jahre unbemerkte Nichteinreichung der Jahresabschlussberichte des Bremer Theaters an den Senator für Finanzen und die „Bilanzierungsfehler“. Dies war aber alles vor dem Amtsantritt von Frau Linnert.

2. Gesundheit ist sehr kostbar! Uran ist ungesund! Uran im **Trinkwasser** war für mich undenkbar. Warum gibt es Uran im Trinkwasser? Es gibt wirkungsvolle Filteranlagen, die das Trinkwasser von Uran befreien. Warum wird diese Technik nicht genutzt? Weil es keine Grenzwerte für Uran im Trinkwasser gibt! Filtern kostet Geld. Dies wird eingespart. Trinkwasserkunden können eh nicht weglaufen! Am Wasserpreis liegt es nicht, weil dieser in Deutschland oberhalb des internationalen Durchschnitts liegt. Auch der Trinkwasserpreis innerhalb Deutschlands ist sehr unterschiedlich.

Wie wird die Lösung aussehen? Augenblicklich warnen erste Wasserwerke vor der Verwendung ihres Trinkwassers zur Zubereitung von Säuglingsnahrung. Es ist auch erschreckend, wie viele Wasserversorger um dieses Problem wussten und nichts zur Beseitigung unternommen haben! Warnungen wurden nicht vorgenommen! Das Atommülllager Asse hatte auch ein Problem mit Grenzwerten. Nur gelöst wurde dies bisher nicht! Bereits 1978 wurden erstmals Grenzwerte überschritten. Dieses Problem wurde gelöst: Der Grenzwert wurde entsprechend angepasst. Für das Trinkwasser ist eine solche Lösung unakzeptabel!

3. Grenzwertig ist auch der Umgang mit Personal in den Bremer **Kliniken**: Mit 1.000 Mitarbeitern weniger soll der Betrieb aufrecht erhalten werden, *ohne* Qualitätsverlust, *ohne* Plan! Es laufen einfach die befristeten Verträge aus. Die verbleibenden Mitarbeiter(innen) werden dies schon richten! Der neue Geschäftsführer sieht sich als Sanierer. Planbar ist dieses bewusst verursachte Chaos nicht. Scheinbar macht er auch gar nicht erst den Versuch. Weglaufen können die Patienten ja nicht! Und die Mitarbeiter(innen) haben einen Maulkorb verpasst bekommen. Wie war das noch mal? Es sollte hinsichtlich der Mitbestimmung in den Kliniken alles besser werden, Maulkörbe und Abstimmungsvorschriften für Abgeordnete in dem Aufsichtsrat sollte es nach der Wahl nicht mehr geben!

Im Aufsichtsrat gibt es nun keine Abgeordneten mehr. Das neu geschaffene Gremium hat aber keine Kompetenzen und Aufgaben. Nunmehr ist der Maulkorb

bei *jedem* Mitarbeiter angekommen! Somit ist klar: Die Versprechungen vor der Wahl werden *nicht* umgesetzt. So wird Politikverdrossenheit erzeugt! Die Leidtragenden sind die Mitarbeiter(innen) und – nicht zu vergessen – die Patient(inn)en. Fallpauschale und Deckelung machen die Krankenhäuser kaputt! Bewusst wird die Insolvenz angesteuert. Die Lissabon-Strategie verpflichtet zur Privatisierung der gesamten sozialen Sicherungssysteme und auch der Krankenhäuser.

Es wird sich bestimmt ein privater Investor für so erzeugte Schnäppchen finden! Geht nicht allein zum Amt – dies hat sich herumgesprochen! Geht aber auch nicht allein ins Krankenhaus! Kümmert euch um eure Nachbarin, euren Nachbarn! Besucht sie im Krankenhaus, wenn sie keine Angehörigen haben! Trefft Vorsorge durch eine „Vollmacht für die Ohmacht“. Sie können immer eine Person Ihres Vertrauens zu den Untersuchungen mitnehmen. Auch hier gilt § 13 Absatz 4 SGB X: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen.“

4. Als **Begleitung** zur Bagis und in andere Ämter gehen wir mit! Wir reden darüber! Im Geschäftsleben, zum Beispiel in der Automobilindustrie, verlangen potenzielle Kunden, dass ihr Lieferant sich zertifizieren lässt. Eine umfassende Zertifizierung regelt auch das Vorgehen bei wichtigen Vertragsabschlüssen. Dort ist vorgeschrieben, dass nicht *ein* Mitarbeiter allein diese Verhandlungen führt und unterschreibt! Selbst belanglose Briefe großer Firmen tragen daher zwei Unterschriften. Auch ansonsten gilt im Geschäftsleben: Zu wichtigen Verhandlungen geht keiner allein hin, sondern holt sich „Begleitschutz“.

Warum also allein zum Amt gehen? Das Gespräch im Amt ist für jede(n) Erwerbslose(n) ein wichtiges Gespräch. Darum Mut zeigen und Begleitschutz mitnehmen! Wer kann mitgehen? Eine(n) Freund(in), die oder den Nachbar(i)n kann mensch mitnehmen. Fachwissen bezüglich ALG II ist nicht erforderlich. Gut ist es auch, selbst mitzugehen! Ansonsten ist die Bremer Montagsdemo eine „Börse“ für den Begleitschutz. Dort kann der aktuelle Amtstermin besprochen werden. Der etwas unsichere Begleitschutz erhält die Möglichkeit, seine Bedenken zu zerstreuen.

Warum ist kein Fachwissen erforderlich? Weil alles, was der Sachbearbeiter will, mitgenommen werden kann! Mensch kann in Ruhe prüfen und eine ALG-II-Beratungsstelle aufsuchen. Dieser Ratschlag gilt sinngemäß auch für jede andere Behörde und ist bereits beim ersten Besuch des Amtes zu empfehlen. Viele Menschen werden bei der mündlichen Antragstellung übervorteilt: „Sie haben keinen Anspruch!“ Auch schriftliche Anträge werden mit dieser Begründung zurückgegeben. Bei einer Ablehnung daher eine schriftliche Ablehnung erbitten und diese überprüfen lassen!

Wer nicht erwerbslos oder nicht auf Transferleistungen angewiesen ist, kann sich den **Umgangston** der Behördenmitarbeiter(innen) nicht vorstellen. Mensch würde wohl nicht erwarten, angeschrien und beleidigt zu werden! Wobei mich, nebenbei bemerkt, nur Freund(inn)e(n) und Personen, die mir nahestehen, belei-

digen können. Fremde sind mir egal, eine solche Beleidigung erreicht mich nicht. Der Begleitschutz vermeidet diese Entgleisungen! Sie sind Methode: Dadurch sollen die Erwerbslosen „aktiviert“ werden. Damit ist jede Schikane gedeckt!

Mit Begleitschutz ist dies jedoch die absolute Ausnahme. Die meisten Begleitungen erfolgen ohne jegliche Besonderheiten. Viele Probleme werden so beseitigt, bevor sie entstehen! Dabei sind Differenzen eigentlich überhaupt nicht vorhanden. Die Erwerbslosen haben Probleme, schon allein durch die Erwerbslosigkeit. Die Sachbearbeiter können diese in den meisten Fällen beseitigen. Nur reguläre Arbeit können auch sie selten anbieten! Aber gemeinsam kann es gelingen, Zufriedenheit zu schaffen, als Voraussetzung für erfolgreiches Handeln!

Es geht bei dem gemeinsamen Termin in der Arge also *nicht* um die Einnordung des Mobiliars, nicht darum, jemanden über den Schreibtisch zu holen oder jemandem mal kräftig die Meinung zu geigen! Bei dem gemeinsamen Termin geht es um ein nüchternes, zielführendes Gespräch und Handeln. Vor dem Gespräch in der Behörde gilt es, den Grund und das Ziel des Besuchs zu besprechen: Warum muss oder will ich zur Behörde? Kann oder will ich den Wunsch der Behörde erfüllen? Wenn ich schon zur Behörde muss, was kann ich mir bei dieser Gelegenheit wünschen?

Ich war früher Buchhalter. Einmal im Jahr musste ich den Banken die Bilanzen vorlegen und eventuell erläutern. Zu diesem Gespräch habe ich meinen Chef mitgenommen und vorher überlegt: Was kann ich mir von der Bank wünschen? Mir ist jedes Jahr etwas eingefallen. Dadurch wurde ich von Kugelschreibern und ähnlichem verschont. Größere Wünsche habe ich umgehend terminiert. Die konnten nicht bis zum Jahresabschluss warten.

Daher positiv in das Gespräch gehen! Auch der oder die Sachbearbeiter(in) hat Sachzwänge. Auch er oder sie ist nicht immer gleich gut drauf. Auch wenn der vorherige Erwerbslose total niedergeschlagen aus dem Büro kommt! Mit dem Anklopfen geht es schon los: Energisch anklopfen, möglichst nicht so zaghaft! Freundlich dem oder der Sachbearbeiter(in) in die Pupille schauen. Die Hand zur Begrüßung ausstrecken und den oder die Sachbearbeiter(in) mit Namen anreden. Er oder sie merkt so: Das ist ein Mensch! Die Begleitung kommt einfach mit in das Büro. Blick in die Pupille, Hand zur Begrüßung und ein freundliche Hallo oder ähnlich. Dazu den eigenen Namen nennen: „Ich bin die Begleitung.“ Falls der oder die Sachbearbeiter(in) nicht einverstanden ist, nachfragen: „Sie kennen das nicht? Die Rechtsgrundlage steht in § 13 SGB X.“

Die Begleitperson ist nur Beistand, gesprächsführend ist die oder der Eingeladene – oder entsprechend der vorher ausgemachten Rollenverteilung. Sie wollen selbst begleiten? Den Begleitschutz nutzen? Einfach mitmachen, bei der Bremer Montagsdemo und **alle 14 Tage** (in geraden Kalenderwochen) anschließend um **19 Uhr** in der Landesarbeitsgemeinschaft „**Beistand und Beratung**“ im Bürgerbüro der „Linken“, Buntentorsteinweg 109! Über die Begleitung ist absolutes Stillschweigen angesagt. Bremen ist ein Dorf!

5. Am 28. August 2008 ist die nächste Sitzung der **Sozialdeputation** in Bremen. Ort und Uhrzeit sowie die Tagesordnung liegen noch nicht vor. Themen gibt es genug. Die Grünen scheinen auch hinsichtlich der Kosten der Unterkunft nicht Wort zu halten. Mal sehen, was diese Sitzung bringt! Ansonsten sind wir noch im Wort: Wir kommen wieder! Wir halten unser Wort!

6. Auch ich war am Donnerstag beim Offenem Plenum und der Veranstaltung „**Hartz IV für alle... zum Leben zu wenig!**“ Der Vortrag von Professor Dr. Wolfram Elsner war überzeugend. Politiker als Vollstrecker zu bezeichnen, trifft genau den Handlungskern der Regierungen, sowohl im Bund wie auch in den Bundesländern! 75 Prozent aller Entscheidungen werden in Brüssel getroffen, und in Deutschland geht es nur noch um die Vollstreckung oder Umsetzung. Dabei wird munter von unten nach oben verteilt: Die aktuelle Änderung der Körperschaftssteuer hat den vier größten Ölunternehmen in Deutschland eine erneute Ersparnis von 1,7 Milliarden Euro gebracht! Hinzu kommen die Erlössteigerungen aus den Preiserhöhungen. Die Kasse muss doch leer zu kriegen sein!

Herr Elsner hat die Dimension der Finanzkrise beziffert: Für 12.500 Milliarden Dollar wurden Hypothekenpapiere in Umlauf gebracht. Bisher wurden davon 500 Milliarden „wertberichtigt“ und 1.600 Milliarden abgeschrieben. Es ist also noch lange nicht ausgestanden!

Rechtzeitig zu dieser Veranstaltung kam die Meldung, dass das Landessozialgericht Hessen per Beschluss ein Gutachten über die Regelsatzhöhe in Auftrag gegeben hat. Es gab auch reichlich Zuspruch für die Bremer Montagsdemo. Es ist richtig, dass die wesentlichen Veränderungen nur politisch durchzusetzen sind, nicht auf dem Rechtsweg. Seit vier Jahren zeigen wir den Politikern jeden Montag, wo es langgeht! Selbst nachlesen können sie es auf unserer Homepage! Mitmachen kann jede(r), Platz haben wir genug, ein Offenes Mikrofon mit drei Minuten Redezeit auch! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

7. Die Bagis, also die Arge in Bremen, und die Bundesagentur für Arbeit sind nicht zertifizierungsfähig! Ich denke dabei nicht an die vielen unerklärlichen Bescheide. Es geht diesmal um die **Behördenspitze**. Das Bundesministerium und die Bundesagentur für Arbeit haben Zielvereinbarungen zum SGB II vereinbart. Dazu hat jede Arge ein Angebot abgegeben. Ein entsprechendes Schaubild gibt es auf der Homepage der Arbeitsagentur. Die Arge oder Bagis hängt darauf „unten rechts“, sie ist zu erreichen über die Trägergesellschaft. Zu den Zielvereinbarungen und dem Umgang damit gibt es weitere Ausführungen. Dort steht auch, wer für welchen Funktionsträger Beurteilungen schreiben muss.

Nun zurück zu Herrn Schneider, dem Geschäftsführer der Bagis, und Herrn Stern, dem Geschäftsführer der hiesigen Bundesagentur für Arbeit. Diese beiden haben die Zielvereinbarung für die Bagis allein besprochen und per Handschlag abgemacht! Darüber wurde kein Schriftstück und kein Protokoll erstellt. Keine

Zeugenaussage ist möglich. Dies ist das Wissen eines Mitglieds der Geschäftsleitung der Bundesagentur in Bremen. Wie soll da die Beurteilung dieser Geschäftsführer ausfallen? So sind beide Behörden nicht zertifizierungsfähig! Wichtige Verhandlungen *müssen* mit Begleitschutz durchgeführt werden! Der Vertrag, hier die Zielvereinbarung, ist zu unterzeichnen, um Rechtsgültigkeit zu erlangen!

Frau Rosenkötter scheint keine glückliche Hand für Personal zu haben! Der Geschäftsführer des Trägervereins der Bagis muss dies mitmachen oder dulden. Er ist Mitarbeiter der Bremer Senatorin für Soziales. Die Zielvereinbarungen bestimmen die Möglichkeiten der Bagis und damit der Freien Hansestadt Bremen. „Einfach so“ soll dies akzeptiert sein! Zu den Einzelheiten komme ich Montag. Die Ziele der Bagis stehen auf ihrer Homepage. Dort wurden die Zwänge und Möglichkeiten der Zielvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit eingearbeitet. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

So werden Sanktionen herbeigeführt: Einfach den „Kunden“ für denselben Tag zu zwei zeitgleichen Kursen an verschiedenen Orten einladen *(„EWK-Verlag“)*

Bis die Polizei kommt: Kölner Arge verweigert Eingangsstempel, um Anträge verschwinden lassen zu können *(„Erwerbslosenforum“)*

Grundlegende Änderungen können nur durch Proteste auf der Straße herbeigeführt werden

Am Samstag, dem 16. August 2008, traf sich erneut die **Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemobewegung** in Kassel. Hauptthema war die **Vorbereitung** der zentralen **Herbstdemonstration** am **8. November 2008** in **Berlin**. Hierzu werden wie in den vorangegangenen Jahren zwei Arbeitsgruppen jeweils in Gelsenkirchen und Berlin eingerichtet. Die Herbstdemonstration soll um 11 Uhr am Alexanderplatz mit einer Kundgebung beginnen, der anschließende Demonstrationszug führt zum Pariser Platz. Die Abschlusskundgebung wird dort voraussichtlich gegen 14:30 Uhr beginnen.

Es wurde das Layout der Plakate und Flugblätter sowie deren Anzahl diskutiert und beschlossen sowie über die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und damit zusammenhängend die Arbeit mit der Homepage beraten. Aufgrund der Sommerferien wurde die Frist für die **Erstunterzeichner** des Aufrufes zur Herbstdemo bis zum 30. August 2008 verlängert. Die Plakate sollen Ende August zur Verfügung stehen, die Flyer voraussichtlich eine Woche später. Redebeiträge und kulturelle Beiträge für die Herbstdemonstration können über die bekannten Kontaktmöglichkeiten auf der Homepage und über das Gelsenkirchener Koordinierungsbüro ab sofort angemeldet werden.

Die Koordinierungsgruppe ruft alle friedliebenden Menschen und die Montagsdemos der Städte zur Teilnahme an den am **20. September 2008** stattfindenden **Antikriegsdemonstrationen** in **Berlin** (12 Uhr Brandenburger Tor und Moritzplatz) und **Stuttgart** (12 Uhr Lautenschlagerstraße am Hauptbahnhof) auf und erklärt sich solidarisch mit dem Aufruf und gegen die Kriegstreiberei. Auch die Montagsdemonstrationsbewegung setzt sich für Frieden und Völkerfreundschaft ein und fordert: Raus mit der Bundeswehr aus Afghanistan!

Von den Teilnehmern wurde über die Schwerpunkte, Diskussionsthemen und Aktionen der Montagsdemos in den einzelnen Städten berichtet. Dies sind nach wie vor die Schikanen durch die Jobcenter infolge der grundgesetzwidrigen Hartz-IV-Gesetze und die damit zusammenhängenden Probleme, aber auch die Forderung nach einem Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf Kosten der Profite.

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung besteht nunmehr seit vier Jahren, das Berliner Montagsdemobündnis am 7. November 2008 bereits fünf Jahre. In den Städten wird dies entsprechend und mit Stolz gewürdigt. Die Montagsdemobewegung sieht sich als das soziale Gewissen und Sprachrohr der Bevölkerung und ist sich einig: Grundlegende Änderungen können nur durch Proteste und Demonstrationen auf der Straße, nicht aber durch das Parlament herbeigeführt werden. Die Forderung bleibt: Hartz IV muss weg!

Wer gegen die Politik der Agenda 2010 und den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte ist, kann sich der Teilnahme an der Herbstdemonstration nicht verschließen! Daher möchten wir alle auffordern, die *gegen* Hartz IV, Agenda 2010, Sozialraub und *für* einen demokratischen Rechtsstaat eintreten, an unserer Herbstdemonstration am 8. November 2008 in Berlin teilzunehmen!

Fred Schirrmacher (parteilos), Sprecher der bundesweiten Montagsdemo

„Nicht jeder Hartz-IV-Empfänger ist auch ein Betrüger“: Medien trommeln zur Hetzjagd auf sozial Schwache *(„Spiegel-Online“)*

Sollen doch Überflüssige andere Überflüssige betreuen!

1. Letzte Woche fand im „Bürgerhaus Weserterrassen“ das Offene Plenum der Linkspartei mit dem seltsam anmutenden Titel „**Hartz IV für alle... zum Leben zu wenig!**“ statt. Vollmundig, fulminant und endlos weit ausholend leitete der Bremer Professor *Dr. Wolfram Elsner* seinen Vortrag mit der Realitäts- und Handlungsverweigerung der Bundesregierung ein, die an der permanenten Umverteilung von unten nach oben durchaus am Rädchen drehen könnte und auch müsste, wenn sie es denn wollte. Aber bei der Bevölkerung sollen ganz bewusst auch die allerletzten Reste der Anspruchshaltung, der Wünsche und Träume, die noch vom „Rheinischen Kapitalismus“ gefüttert wurden, gebrochen werden.

Für Niedriglöhner mit einem Einkommen von bis zu 1.700 Euro netto erreicht die tatsächliche Inflationsrate sogar 5,7 Prozent. Zu verantworten haben das extremistische Koalitionsparteien und offenkundige Sozialhasser. Deshalb wird emsig am Fundament für einen Polizeistaat gearbeitet, der die potentielle Wut der Bevölkerung unterdrücken soll. Der Professor erläuterte die These seines Kollegen an der Columbia University, Joseph Stiglitz, „Das war’s, Neoliberalismus“, dass ein Vierteljahrhundert nach Reagonomics und Thatcherism die neoliberale Idee gescheitert sei und die Regierungen nun daraus ihre Lehren ziehen müssen.

Restriktionsfreie Märkte führten zum Beispiel in die Hypothekenkrise und zwangen Millionen von US-Familien dazu, ihre Häuser zu verlassen. Professor Elsner schilderte sehr ausdrucksstark, wie der „globale Staubsauger“ über die Welt rast und alle verwertbaren Fähigkeiten der Menschen ausbeutet. Es wird nicht mehr nur das Vermögen verteilt, sondern auch das Einkommen. Macht und Ansehen werden umgeschichtet. Der Begriff „Elite“ schützt vor Wettbewerb mit anderen und führt zu einem Klassenkampf von oben. Die Bevölkerung verliert das Vertrauen auf Marktregulierung, denn eigentlich bräuchten wir dringend Steuerungssysteme mit kollektiver Kontrolle: Wir steuern auf die schwerste Finanzkrise seit 1929 zu!

Da ist die Rede von Krisen um Zusammenbrüche, vom Ausgehen der Rohstoffe, vom Auseinanderbrechen der Sozialsysteme, von Wasserknappheit, die zu Wüstenbildung führt. Aktuelle Inflation und begrenzte Landnutzung bringen die Frage mit sich, ob Biokraftstoff oder Lebensmittel produziert werden sollen. Es kommt zu Nahrungspreisinflation, Lebensmittelverknappung, Preiserhöhung, Ernteausfällen und Drosselung der Nahrungsexporte, weil die Bauern Nahrung

zurückhalten. Kumulative Prozesse führen dazu, dass der Markt zusammenbricht und viele Menschen gar kein Essen mehr haben werden.

Dieses Bedrohungsszenario findet sich erstaunlicherweise in den skandinavischen Ländern nicht wieder, die sich ihr hohes Sozialstaatsniveau bewahrt haben. Vertrauen ist eng verbunden mit sozialem und ökonomischem Erfolg. Deswegen ist es nicht weiter verwunderlich, dass Deutschland bei Weitem keine so hohe Vertrauensrate aufweist. Auch die „Robin-Hood-Steuer“ wird bei uns noch nicht einmal ansatzweise diskutiert, sondern es wird so gehandelt, als ob es nur ein einziges Ziel geben könne: die Inflationsbekämpfung. Dies mündet in gewaltigen Lohndruck. Die Bundesregierung hat nirgends etwas präsent, um die Krise abzuwehren, verbunkert sich hinter autistischer Realitätsverweigerung.

Der aufhaltbare Abstieg wird bewusst ignoriert, und so hat die Umverteilung freie Bahn: Die Lohnquote ist zwischen 2000 und 2007 von 72 auf 64 Prozent gefallen. In Deutschland haben die Wohlhabenden die geringste Abgaben- und die niedrigste Vermögensbelastung, die Arbeitnehmer hingegen die höchsten Steuern zu tragen. Inzwischen wird die Arbeit zur Finanzierung des Staates herangezogen, und Verdi spricht von einer Verteilungskatastrophe. Dennoch ist es den Politikern nicht gelungen, Ansprüche aus den Köpfen an soziale Standards herauszubrechen. Hartz-IV-Bezieher glauben mehrheitlich, dass sie keine Chance mehr auf einen Job haben, der sie aus ihrer Misere herausbringt. Wut, Angst und Vereinzelung wachsen. Der Linkspartei ist es innerhalb von zwei Jahren gelungen, diese Wut aufzugreifen.

Der Fraktionsvorsitzende der „Linken“, *Peter Erlanson,* schwenkte auf die „Mikro-Sicht“ über und stellte fest, dass Hartz IV „Armut per Gesetz“ bedeutet und zu Verstärkung der Angst sowie Zwangsarbeit bei den Ein-Euro-Jobs führt. Hartz IV hat Disziplinierungsinstrumente für Menschen geschaffen, die nicht mehr profitabel ausgebeutet werden können. Er warf die zentrale Frage auf, wie wir uns organisieren, wie wir reagieren wollen, bei diesem Angriff auf uns!

Klaus Neumann vom „Verdi-Erwerbslosenausschuss“ erläuterte, dass durch das Programm der Hartz-Gesetze der Kündigungsschutz aufgeweicht, Zeitarbeit verlängert, eine „Job-Card“ eingeführt wurde. Für Jugendliche unter 25 Jahren hat sich der Druck enorm gesteigert: Sie werden militarisiert, die Bundeswehr ist jetzt regelmäßig bei den Argen, um sich dort ihr Kanonenfutter zu rekrutieren.

Professor Elsner vertiefte diesen Punkt noch, indem er beschrieb, wie Jugendliche „runtergeknechtet“ werden und lernen, „wo der Hammer hängt“, wenn sie zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr keinen Ausbildungsplatz finden, dafür zig unsinnige Trainingsmaßnahmen, drei Ein-Euro-Jobs und mehrere Kürzungen auf null Euro ertragen und sich mit Lebensmittelkarten durchschlagen müssen. Die werden dann froh sein, wenn sie einen McJob für 6,15 Euro brutto ergattern können! Im Klima der Angst wird genau das möglich, und das ist ja auch bezweckt. Dann funktionieren die Menschen nach neoliberalen Gesetzen, und der Anspruch weicht der Angst!

Herbert Thomsen von der „Solidarischen Hilfe“ fragte, ob der DGB wohl einen „kleinen Sarrazin“ in sich trage. Die Frage bleibt im Raum stehen: Wie lässt sich Hartz IV abschaffen? Es lässt sich nur durch politische Veränderung beseitigen! *Hans-Dieter Binder* von der Montagsdemo, dem „Sozialen Lebensbund“ und der Linkspartei warf noch ein, dass die Hartz-Gesetze nur ein Bestandteil des Lissabonner Vertrages sind.

Eine lebendige Diskussion entstand, und viele Hartz-IV-Betroffene meldeten sich zu Wort. Es ging um Entwürdigung als System, um die Frage, wie viel Menschen zugestanden werden soll, die gerade nicht gebraucht werden, und um unterstützende Begleitung zu den argen Argen. Leider konnte ich nicht ganz bis zum Schluss bleiben, sodass ich nicht weiß, ob die entscheidende Frage, wie wir uns konkret gegen die menschenverachtenden Hartz-Gesetze wehren und organisieren können, beantwortet wurde!

2. In Idar-Oberstein versteht ein dreijähriger Junge – nennen wir ihn Paul – die Welt nicht mehr: Während die anderen Kinder zum **Mittagessen** gehen, wird er neuerdings nach Hause geschickt. Geschehen ist dies in einem katholischen Kindergarten. Paul kommt aus einer einkommensschwachen Familie, die außer ihm noch ein zehnjähriges Kind zu versorgen hat. Die Familie steht mit 122,50 Euro im Rückstand und ist den Zahlungsaufforderungen bisher nicht nachgekommen. Pauls Familie bezieht Hartz IV und schickt ihren Jüngsten bereits seit anderthalb Jahren in diesen Kindergarten. Im Juli erhielt die Familie ein Schreiben der Kindergartenleitung mit der Aufforderung, die Außenstände bis zum nächsten Tag zu bezahlen. Außerdem folgt die Ankündigung, dass der Dreijährige bis zum Zahlungseingang nicht mehr am Mittagessen teilnehmen könne und daher bis spätestens 14 Uhr abgeholt werden müsse.

Der Dezernent für Jugend und Soziales bei der Kreisverwaltung erläutert, dass im vergangenen Jahr in keinem Fall der Ausschluss eines Kindes erfolgte. Dies werde immer nur als letzte Möglichkeit genommen, um säumige Eltern zur Zahlung zu bewegen. Inzwischen ist eine Lösung in Sicht: Das städtische Jugendamt, das über einen durch Spenden finanzierten Hilfsfonds für in Not geratene Kinder der Stadt verfügt, will aus diesem Topf schöpfen. Es wäre im Sinne aller betroffenen Kinder besser, wenn die Erwachsenen dieses Problem unter sich lösen würden, ohne ein kleines Kind durch Ausschluss zu verwirren und auszugrenzen! Wenn Kinder bedarfsgerechte Regelsätze bekämen oder der Kindergartenplatz inklusive Mittagessen umsonst wäre, dann würden solche Probleme kaum entstehen!

3. Mal wieder wirft ein UN-Bericht deutschen Schulen Diskriminierung vor. Bereits im Februar 2006 besuchte der UN-Vertreter Vernor Muñoz Deutschland. Vergangenen Mittwoch forderte er vor dem Uno-Menschenrechtsrat in Genf die deutsche Politik auf, die Aufteilung in Haupt-, Realschulen und Gymnasien zu überdenken, um Ungleichheit und Chancenungerechtigkeit zu beseitigen. Wohl nicht nur er

glaubt, dass das dreigliedrige System und die Art der Aufteilung der Schüler soziale Ungleichheit betont. Muñoz verweist auf die Ergebnisse der Pisa-Studie, wonach Deutschland unter den Industrienationen den deutlichsten Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und Leistungen der Schüler aufweist. Am stärksten seien Schüler betroffen, die in Armut leben, die Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen.

Für seine Analyse musste Muñoz zum Teil harsche Kritik von konservativer Seite einstecken. Offenbar hat der UN-Vertreter mit seiner Kritik den Finger in die größte Wunde des deutschen Bildungssystems gelegt, denn Vernor Muñoz bestätigt, was wir durch andere Tests wie Pisa schon wissen: Kinder von Migranten und sozial Schwachen werden in unserem **Schulsystem** benachteiligt. Laut Verfassung darf niemand wegen seiner Herkunft benachteiligt werden, aber unser Bildungssystem genügt diesem Anspruch leider nicht! Darum ist es mehr als überfällig, dass unsere Kinder bis zur zehnten Klasse eine gemeinsame Schule besuchen und dass parallel dazu frühkindliche Bildung und individuelle Förderung ausgebaut werden!

4. Die Arge Rhein-Sieg droht einem 50-jährigen Arbeitslosen mit Abschiebung in ein **Obdachlosenheim**, weil sie für den Mietanteil seines verstorbenen Mitbewohners H. G. nicht einmal übergangsweise aufkommen will. Da sogenannter angemessener Wohnraum für Hartz-IV-Empfänger im Rhein-Sieg-Kreis rar ist, war der gelernte Bürokaufmann Achim H. Ende Juli beim zuständigen Amt in Troisdorf nahe Köln mit der Bitte um eine vorübergehende Kostenübernahme für die Dauer der Wohnungssuche vorstellig geworden. Zunächst erhielt er dafür auch „grünes Licht“. Nach einer Auseinandersetzung mit der zuständigen Sachbearbeiterin im Verlauf des Antragsverfahrens erreichte ihn dieser Tage schließlich doch eine Absage. Doch nun wird er – in aller pietätlosen Herzlosigkeit – auf das Obdachlosenheim verwiesen, da er ja alleinstehend sei.

Wörtlich heißt es in dem abgelehnten Antrag: „Sie sind alleine lebend, und bei drohender Wohnungslosigkeit wäre eine Unterbringung jederzeit möglich und von Ihnen in Kauf zu nehmen“. Dabei hat Achim H. zwei kleine Töchter, die ihn regelmäßig besuchen und auch ihre Ferien bei ihm verbringen. In einem Obdachlosenheim könnte er sein Umgangsrecht nicht mehr wahrnehmen. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ wirft der Arge Rhein-Sieg menschenverachtenden Umgang in Zusammenhang mit einem Freitod des Hartz-IV-Beziehers H. G. und dem verbleibenden Mitbewohner Achim H. vor. H. G. wurde nach einer Vermisstenanzeige von Achim H. vor drei Wochen tot in seiner Garage aufgefunden, nachdem dieser seiner Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt dem erheblichen Druck der Arge Rhein-Sieg nicht mehr standhalten wollte.

Der Mitbewohner ist noch nicht beigesetzt, und schon fährt die Arge erneut Maßnahmen gegen Achim H. auf! „Es ist schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, dass man Achim H. mit Gewalt brechen will, da er sich gegen alle negativen Entscheidungen der Arge erfolgreich gerichtlich zur Wehr gesetzt hatte und

diese attestiert bekam, dass sie rechtswidrig gehandelt hat“, so Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“. Es ist gut, dass Achim H. der Beistand des „Erwerbslosenforums“ sicher ist und ihm dabei geholfen wird, dass die arge Arge ihm zumindest übergangsweise die tatsächlichen Kosten für seine Unterkunft bezahlen wird! Achim H. wird es auch auf eine Gerichtsverhandlung ankommen lassen!

5. Der Personalrat der Stadt Bochum kam in der Juni-Ausgabe seines Mitteilungsblattes zu einem niederschmetternden Ergebnis über die Situation der Beschäftigten bei der Arge. Die Rede ist sogar von einer „Überlastung ohne Ende“ weithin. In dem Bericht heißt es, dass immer mehr Arge-Beschäftigte der Behörde inzwischen den Rücken zukehrten und der **Krankenstand** immer weiter zuzunehmen scheine. Der Personalrat hatte bereits vor einem Jahr über eine Belastungsanalyse in der Arge berichtet, die feststellt, dass die dortigen Verhältnisse für die Beschäftigten unerträglich sind.

Die ALG-II-Bezieher bekommen es zu spüren: Terminvergabe zögerlich, Empfangsbestätigungen abgelehnt, notwendige pflichtgemäße Informationen vorenthalten, schlechte Kommunikationsstrukturen innerhalb der Arge und schlechter Ausbildungsstand der Sachbearbeitungen. Die Mitarbeiter(innen) der Arge unterliegen einem strengen Regiment von Statistiken, Controlling und Benchmarking seitens der Bundesagentur für Arbeit und dem Druck einer „Zielvereinbarung“ mit Vorgaben von Leistungskürzungen und Verringerung der Zahl der Unterstützungsberechtigten – egal, was aus ihnen wird. Qualität wird nicht anerkannt und nicht gemessen – es zählen nur Zahlen.

Die Beschäftigten leiden nicht nur unter zu hohen Fallzahlen, sondern auch am Unsinn ihrer Arbeit und an mangelnder Qualifikation angesichts einer komplizierten Gesetzeslage. Es kommt inzwischen nur noch darauf an, nicht schlechter zu sein als andere Argen. Im Leistungsbereich müssen Kolleg(inn)en, die von der „alten“ Sozialhilfe her gewohnt waren, individuelle Lösungen zu finden, begründete Hilfeersuchen entsprechend den starren Regelungen des Hartz-IV-Gesetzes ablehnen. Sie schießen dabei häufig über das Ziel hinaus, und die Leute stehen dann ohne das Nötigste da. Wer noch über Herz und Hirn verfügt, kann darüber verzweifeln. Das scheint sich offenbar nicht länger als drei Jahre aushalten zu lassen, wie von einem „Ehemaligen“ berichtet wurde, weil man sonst entweder „verrückt“ werde oder verrohe. Nervenzusammenbrüche von Arge-Mitarbeitenden kommen oft vor!

6. SPD und DGB planen in Bayern ein Volksbegehren für den **Mindestlohn** in Höhe von 7,50 Euro in der Stunde, um damit der zunehmenden Altersarmut zu begegnen. Wer 40 Stunden in der Woche für diesen Mindestlohn arbeitet, erhält ein monatliches Bruttoeinkommen von 1.300 Euro. Hiermit bekommt mensch nach 35 Beitragsjahren jedoch nur eine Rente, die weit unter der Grundsicherung liegt! Erst mit einem Bruttoeinkommen von 1.900 Euro kommt mensch nach 35

Beitragsjahren genau auf eine Rente in Höhe der Grundsicherung von circa 700 Euro.

Das heißt, wenn mensch im Rentenalter etwas *über* dem Grundsicherungssatz liegen möchte, muss das Einkommen mindestens 2.000 Euro brutto betragen. Erst mit einem Mindestlohn von 11,50 Euro käme mensch über die Grundsicherung! Die Unternehmer würden allesamt aus den Latschen kippen, wenn solche realitätsgerechten Lohnforderungen gestellt würden. Aber leider sind unsere Politiker dazu nicht in der Lage, weil sie entweder keine Ahnung von den tatsächlichen Lebenshaltungskosten haben oder bereits einen hoch dotierten Posten in irgendeinem Aufsichtsrat in Aussicht – und weil sie es sich mit der entsprechenden Firmenleitung nicht verscherzen wollen.

7. Die Bundesagentur für Arbeit will offenbar mehrere tausend Langzeitarbeitslose in Pflegeheime vermitteln. Sie sollen in der Versorgung von Demenzkranken eingesetzt werden. Teilnehmen könne, wer immer sich für die Arbeit in einem Heim interessiere und für eine „Weiterbildung“ in Frage komme. Pflegevertreter kritisieren die Pläne der Arbeitsagentur scharf, denn mensch kann nicht *jede(n)* in so einen Beruf schicken. Die Arbeitslosen sollen offenbar auch nur eine **Kurzausbildung** bekommen: Ein Entwurf des „Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung“ sieht 160 Stunden Unterricht und einige Praktika vor. Vergleichbare Lehrgänge in der Vergangenheit hätten 900 Stunden Schulung vorgesehen, kritisierte ein Sprecher der „Deutschen Alzheimergesellschaft“.

Der GKV-Spitzenverband soll laut „Süddeutscher Zeitung“ am Dienstag die Richtlinien beschließen. Für mich handelt es sich hierbei um einen Skandal, wie der immer weiter ausgebaute Pflegebereich zunehmend von Hilfskräften besetzt wird, die dafür nur sehr ungenügend „ausgebildet“ sind! Alte und Kranke sind wie Erwerbslose nicht mehr ausbeutbar und deswegen „darf“ mit ihnen dann so umgegangen werden. Sollen doch Überflüssige andere Überflüssige betreuen! Ein entsetzliches Menschenbild steckt dahinter, nämlich die Bestimmung des „ökonomischen Wertes“ der einzelnen Menschen. Jeder einzelne Mensch ist kostbar, egal wie alt oder krank!

Angeblich sollen keine Pflegetätigkeiten anfallen. Wenn nun der Langzeitarbeitslose immer, wenn Demente pflegerische Tätigkeiten in Anspruch nehmen wollen, nach den Altenpflegern rufen muss, werden diese wohl kaum entlastet, und es wird dazu führen, dass die Alten entweder ihrem Schicksal überlassen werden oder sich die vermutlichen Billiglohnkräfte aus Mitgefühl und Menschlichkeit zur Pflegedienstleistung benutzen lassen. Auch hierbei scheint es in erster Linie darum zu gehen, die Löhne in der Pflege zu drücken! Die Pfleger bekommen immer weniger, die Pflege wird beständig weiter reduziert, „automatisiert“, unmenschlicher gemacht – und die Verwandten sollen auch noch für unermesslich steigende Kosten aufkommen!

Wie wäre es, wenn demnächst Arbeitssuchende mit Kurzausbildung als Piloten in Regierungsflugzeuge gesetzt würden? Mal schauen, ob Frau Merkel oder

Frau Schavan dann immer noch so gerne in der Welt herumflögen! Ich habe noch nirgends über die Entlohnung gelesen, ob es sich dabei um Ein-Euro-Jobs, „Bürgerarbeit“ oder sonst etwas handeln soll, aber es erfolgt ganz bestimmt keine anständige Bezahlung dieser Schwerstarbeit, denn eine solche ist es, wenn angemessen mit den Pflegebedürftigen umgegangen wird!

Das einzig „Gute“ daran: Demenzkranke bekommen von diesem Elend nichts mit, sie vergessen schnell. So kann mensch sich leicht vorstellen, dass diese „zusätzlichen“ Hilfskräfte „gerne“ und „immer wieder mal“ mit anpacken und den Patienten füttern oder Medikamente verabreichen, weil sie das Elend ihres Schützlings nicht immerzu ertragen. Oder wer schafft es, streng nach Vorschrift beim Patienten zu sitzen, während dieser eingekotet nach Pflege und Nahrung verlangt? Aber nein: Diese Kräfte werden *ganz sicher* keine reguläre Arbeit verdrängen. Auf keinen Fall! Da wird „diesmal“ ganz streng darauf geachtet. Ganz bestimmt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Wir brauchen noch einen Neger, der den Rollstuhl schiebt“: Großkoalitionäre machen Exkursion in Obamaland *(„Spiegel-Online“)*

Interessierte treffen sich auf der Montagsdemo: „Die Linke“ bietet künftig „Beistand und Beratung“ bei Behördengängen *(„Tageszeitung“)*

Glaubt die SPD im Ernst, dass ihr die Agenda-Politik vergessen wird?

Die SPD ist im absolutem Umfragetief – da soll Franz Müntefering politisch „wiederbelebt“ werden. Ausgerechnet der, dem wir die Rente mit 67 „verdanken“, und der beim Durchsetzen der Agenda 2010 nicht viel besser war als Clement!

Heute sind 1,3 Millionen Werktätige in Deutschland Hartz-IV-Aufstocker, die Mehrzahl der neuen Jobs sind Billigjobs oder Leiharbeit. Die Ausbeutung durch Ein-Euro-Jobs wird in Bremen mit 76-Cent-Jobs verschärft. Nun, da sich ein weltweiter Abschwung abzeichnet, werden wieder Massenentlassungen geplant. Glaubt die SPD im Ernst, dass ihr die Agenda-Politik vergessen wird?

Den Linkstrend gibt es weltweit, zum Beispiel auch in Bolivien. Dort wurde Evo Morales, der gewählte Präsident, jetzt mit 62 Prozent im Amt bestätigt. Seit seine Regierung im Amt ist, wurde die Kindersterblichkeit halbiert, eine Mütterunterstützung eingeführt, und die Preise sind stabil geblieben, unter anderem wegen eines Exportverbots für wichtige Lebensmittel. Die privatisierten Energie- und Bergwerkskonzerne werden rückverstaatlicht. Es geht also! Aber es droht Gefahr: Die Reaktionäre, Großgrundbesitzer und Konzernherren, schreien nach einem Militärputsch!

Vor 35 Jahren, am 11. September 1973, endete eine ebenso hoffnungsvolle Bewegung in einem anderen lateinamerikanischen Land, in Chile, in einem faschistischen Militärputsch, unterstützt von den Agenten der CIA. So richtig die Reformen Morales' sind, so gefährlich ist seine Haltung, nur durch Abstimmungen oder Wahlen die Veränderungen absichern zu wollen und die Volksbewaffnung abzulehnen, im Gegensatz etwa zu Hugo Chavez in Venezuela.

Die marxistisch-leninistische Partei Boliviens (PCMLM) verteidigt die „Politik der Veränderung" von Evo Morales, erklärt aber: „Angesichts dessen, dass die Reaktion ihre ganze Anstrengung und Macht gegen die Prozesse der Veränderung einsetzt, gibt es nur *eine* vorwärtsweisende Politik: den Prozess der Veränderung in einen offen revolutionären Prozess umwandeln" (Erklärung vom 7. August 2008). Was hat das mit uns hier zu tun?

Auch in Deutschland werden die reaktionären Monopole und ihre Politiker nicht tatenlos zusehen, wenn ihnen die Felle davonschwimmen. Jetzt versuchen sie noch, den Linkstrend wieder in die angehalfterten Bahnen der SPD zu lenken. Sobald das nicht mehr gelingt, müssen wir auch hier mit allem rechnen. Deswegen ist es gut, sich schon beizeiten die Selbständigkeit zu erkämpfen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Aber der Hartz-IV-Regelsatz bleibt unten: Für 10,7 Milliarden Euro rettet der Staat eine private Kleinbank *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung")*

Bagis muss Darlehn gewähren: Eine Ansparung von 60 Euro für Schulbedarf ist aus dem Regelsatz nicht möglich *(„Kanzlei Beier")*

Ausgebildete Pflegekräfte durch Ein-Euro-Jobber ersetzt: Leiter des Recklinghausener Jobcenters soll sich vor Gericht verantworten, weil die von seiner Behörde bewilligten Jobs nicht „zusätzlich" waren *(„Tageszeitung")*

Ausweisen statt ausbilden: Auch in Berlin erlässt die SPD geheime Verwaltungsanweisungen *(„Junge Welt")*

Video of the week: Angie's new boyfriend eats his tie *(„BBC World News")*

Totgespart: Vor der Explosion eines Altjets feuerte Spanair ein Drittel der Mitarbeiter und setzte Piloten und Wartungstechniker unter Zeitdruck *(„Spiegel“)*

Hände weg vom Kaukasus!

Seit fast zwei Wochen herrscht am Schwarzen Meer Krieg. Und wer glaubt, dieser Krieg ginge uns nichts an, der irrt! In der Region befinden sich riesige Rohstofflager in Form von Öl und Gas, und es geht um Besitz und Ausbeutung derselben. Da sind die Begehrlichkeiten groß! Nicht zuletzt deshalb haben die USA die ehemalige Sowjet-Provinz Georgien mithilfe ihres korrupten Statthalters Saakaschwili zu einer waffenstarrenden Militärbastion gegen Russland ausgebaut und die Bevölkerungsgruppen nach jugoslawischem Muster gegeneinander aufgehetzt.

Es ist zu vermuten, dass US-Außenministerin Condoleezza Rice bei ihrem Besuch Anfang Juli in Tiflis den georgischen Diktator zu seinem archaischen Kriegszug gegen die Nachbarvölker regelrecht ermuntert oder sogar angestiftet hat. Als Drohpotenzial gegen Russland wurde das Land von 2004 bis 2007 massiv aufgerüstet und seine Streitkräfte mit 127 sogenannten Militärberatern und 3.000 Söldnern unterstützt. Und weil in der gesamten Region fette Pfründen winken, soll Georgien als geostrategischer Brückenkopf des Westens so schnell wie möglich in die Nato. Die russischen Gegenaktionen waren aus Moskauer Sicht daher notwendig, gleichwohl sind sie aber ebenso zu verurteilen!

Warum sich nun Kanzlerin Merkel und ihr französischer Amtskollege Sarkozy so intensiv für einen Waffenstillstand einsetzen, ist nicht schwer zu erraten: Die EU will Einfluss nehmen und ein Wörtchen mitreden, wenn es um die Verteilung der riesigen Rohstoffvorräte geht! Im „Lissabon-Vertrag“ steht auch klar und deutlich, wie eine solche „Einflussnahme“ aussehen könnte, auch wenn dies nicht klar gesagt wird: Es ist zu befürchten, dass in absehbarer Zeit EU-Truppen mit Bundeswehrbeteiligung dorthin geschickt werden, „um den Frieden zu sichern“, was Angela Merkel laut „Spiegel-Online“ vom 17. August 2008 sogar offiziell ankündigte.

Wir wollen aber weder militärische „Beobachter“ noch irgendwelche „Friedenstruppen“ und erst recht keine Bundeswehrsoldaten dort sehen! Es ist schon schlimm genug, dass laut „Report-Mainz“ deutsche Sturmgewehre der Firma Heckler & Koch in diesem Krieg eingesetzt werden. Die Menschen sollen frei von militärischem und/oder politischem Druck selbst bestimmen können, wie und von wem sie regiert werden wollen! Unsere Forderungen können daher nur lauten:

Sofortiger Abzug aller fremden Truppen aus der Region! Keine EU-Soldaten in den Kaukasus! Stopp aller Waffenlieferungen! Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Kaukasus! Bedingungsloses Asyl für Flüchtlinge und Deserteure! Deutschland kann nur Frieden schaffen *ohne* Waffen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Wer sich gegen Armut und Unterdrückung wehrt, lebt ehrenwert!

Da das Wetter nicht wusste, was es wollte, trauten sich leider etwas weniger Menschen in die Stadt und auf dem Marktplatz. 28 Teilnehmer und Zuhörer zählten wir am 18. August 2008 bei der 194. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr.

Was es alles zu hören gab – zur SPD, die ihre Agenda-Politik vergessen machen will, wie die Langzeitarbeitslosen die Demenzkranken betreuen sollen, was in Kassel alles zur **Demo** am **8. November 2008** in **Berlin** vorbereitet wurde – lest es hier nach, auf unserer Homepage! Ein kurzes Gedicht war auch dabei.

Jobst Roselius

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

195. Bremer Montagsdemo am 25. 08. 2008

Missbrauch mit geklauten Daten

Ich wundere mich schon, was für ein großer Aufschrei in der Politik stattfindet! Mir stellt sich aber die Frage: Wann wird sie wohl tätig? Oft hat doch der Datenschutzbeauftragte laut beklagt, dass etwas nicht stimmt mit der Sicherheit unserer Daten, und niemand aus der Politik hat reagiert. Wo leben denn eigentlich unsere sogenannten Volksvertreter? Frau Zypries hat Recht: Jeder Kunde muss ausdrücklich eine Genehmigung geben. Das schützt vor Missbrauch, hört sich gut an und ist auch machbar. Auch der Herr Schäuble hat recht: Wir alle sollten mit unseren Daten vorsichtiger umgehen. Also liegt es an uns selbst!

Moment mal, es ist doch wohl so: Wenn ich jemandem freiwillig etwas gebe, erwarte ich natürlich, dass er sorgsam und vertraulich damit umgeht! Wenn derjenige mein Vertrauen missbraucht und sogar noch mit meinen Daten Geschäfte macht, bin ich doch mit Recht sauer auf ihn und trenne mich von solchen Personen! Doch was ist, wenn andere ein Geschäft machen und uns sogar auf diese Weise berauben, wie wir letzte Woche gelesen haben? Dann muss wohl ein Verbot her und nicht lange geredet werden, und das kann nur lauten: Wir schützen unsere Bürger vor Missbrauch! In meiner Fernsehzeitschrift lese ich, jede Aufregung sei nur Augenwischerei, und noch schlimmer, der Datenschutz sei überflüssig, das Geld dafür könnten wir uns sparen, denn egal, was zum Datenschutz auch unternommen wird: Wir sind sowieso schon gläsern und können uns nicht wehren!

Dass eure Bewerbungen in Zukunft ins Leere laufen, darüber braucht ihr euch auch nicht mehr zu wundern. Da kann ich Herrn Schäuble nur beipflichten: Wir dürfen keine Daten von uns preisgegeben! Das klingt gut, geht aber leider nicht, denn dann bekäme ich keinen Kredit mehr, könnte mir nichts Größeres mehr anschaffen und dürfte mich auch nicht bewerben. Das ist eben das Dilemma der Politik: Einerseits soll die Wirtschaft florieren, andererseits sollen keine Daten freigegeben werden. Zumindest sollten unsere Politiker wissen, was Recht und

was Unrecht ist! Diebstahl ist Diebstahl, Missbrauch ist Missbrauch, und beides sind strafbare Handlungen!

Udo Riedel (parteilos)

Lohnwucher und Nötigung mit Ein-Euro-Jobs endlich vor Gericht!

1. In regelrechte Panik versetzte ein Schreiben der Euskirchener Hartz-IV-Behörde bei Bonn eine Mutter zweier **Kleinstkinder** im Alter von sieben Monaten und zweieinhalb Jahren. Die Behörde hatte die Mutter angeschrieben und sie zu einem persönlichen Gespräch am 18. August 2008 „eingeladen“, um mit ihr über die „Sicherstellung der Kinder“ zu sprechen. Dazu solle sie ihren Partner mitbringen, der vollschichtig arbeitet und ergänzende Hartz-IV-Leistungen benötigt. Aus Angst um eine eventuelle zwangsweise Fremdbetreuung ihrer kleinen Kinder, damit sie arbeiten gehen könnte, wandte sich die Mutter an das „Erwerbslosenforum Deutschland“.

Bereits vor der Geburt ihres zweiten Kindes wurde sie von der Euskirchener Arge trotz Mutterschutz aufs Amt zitiert, um über ihre „berufliche Situation“ zu sprechen. Zum neuen Termin wurde die junge Mutter von drei Mitstreitern des „Erwerbslosenforums“ begleitet. Sie musste ihre Kleinstkinder mitbringen, da ihr Mann sich nicht freinehmen konnte. Das Baby lag im Kinderwagen, die zweieinhalb Jahre alte Tochter ging an der Hand. Der Sachbearbeiter war anscheinend überhaupt nicht über die große Anzahl von Menschen erstaunt. Irgendwann wollte er nur wissen, wer „Herr Winter“ sei, den die junge Mutter mitbringen sollte. Dieser Anweisung konnte die Mutter der Kleinkinder nicht nachkommen, weil ihr kein „Herr Winter“ bekannt war. Auch dies schien den Sachbearbeiter nicht im Mindesten zu irritieren, und es entstand der Eindruck, es sei in Euskirchen normal, dass Menschen zur Arge geladen werden und gleichzeitig unbekannte Personen mitbringen sollen.

Der Sachbearbeiter betrachtete die beiden Kinder und sagte zur Mutter, dass ihr Kind „nun über drei Jahre alt“ sei und man sich deshalb über die Sicherstellung der Kinder unterhalten müsse, damit sie eine Arbeit aufnehmen könne. Nachdem der Sachbearbeiter darauf aufmerksam gemacht wurde, er könne doch sehen, dass das Baby noch weit von der Vollendung des dritten Lebensjahres entfernt sei, schob dieser postwendend die Schuld auf die Leistungsabteilung der Euskir-

chener Arge, die die junge Mutter wohl „falsch aktiviert“ habe. Damit meinte er, dass sie laut Computerprogramm für die Arbeitsvermittlung „aktiv“ sei. Er korrigierte seine Daten und wies darauf hin, dass die junge Mutter nun erst zum 12. Oktober 2010 erneut „aktiviert“ würde.

Von einer Entschuldigung keine Spur, und auch ein Gespräch über die entstandene Situation, was solch ein Schreiben mit derlei Formulierungen für emotionalen Aufruhr auslöst, schien nicht bis zu dem Körperteil durchzudringen, wo bei Menschen normalerweise das Herz sitzt. Ich frage mich, ob mensch wirklich so „dickfellig“ sein kann, oder ob dieses Gebaren nicht auch Bestandteil jener berüchtigten „Verfolgungsbetreuung“ ist, mittels derer viele Sachbearbeiter ihr Gegenüber zu enthumanisieren versuchen!

2. In Köln ist es bekannt, dass sich die Arge Kalk weigert, eine **Eingangsbestätigung** für persönlich abgegebene Unterlagen auszustellen. Alternativ bleiben den Betroffenen nur der Postkasten – wobei der jeweilige Sachbearbeiter dann dennoch behaupten kann, nichts empfangen zu haben –, ein kostenpflichtiges Einschreiben oder aber zwei bis drei Stunden Wartezeit im Eingangsbereich. Strategie und Schikane, erwerbslose Menschen zu erniedrigen! Dass es auch anders gehen kann, bewiesen letzten Freitag zehn Aktivisten aus dem Spektrum der „ Kölner Erwerbslosen in Aktion“ und der Kampagne „Zahltag“.

Kurz nach 10 Uhr wurde die Poststelle belagert. Wartende Erwerbslose und Arge-Mitarbeiter wurden per Flyer von Sinn und Zweck der Aktion informiert. Ein zum Teil heftiges Wortgefecht mit dem dortigen Angestellten und dem hinzugerufenen stellvertretenden Standortleiter brachte nur die Entschlossenheit auf beiden Seiten zum Ausdruck: auf der einen die Sturheit, an der Strategie der Gängelung und Entrechtung festzuhalten, auf der anderen sowohl Wut als auch genügend Gelassenheit, im Büro auf die Polizei zu warten. Die kam dann mit Martinshorn und zwei Beamten angefahren. Unterdessen telefonierte die Standortleitung mit der Geschäftsführung der Kölner Arge, um sich offenbar die Legitimation für das polizeiliche Vorgehen geben zu lassen.

Nach etwas über einer Stunde kam auch der Standortleiter aus dem unmittelbar benachbarten Büro heraus und wirkte dabei ebenso hilflos wie mit der Situation überfordert. Dabei hätte ein Sekundenakt per Stempel gereicht, um das Begehren der Aktivist(inn)en zunächst zu befriedigen. Weil offenbar Gesichtsverlust zu befürchten stand, wurden billigste Konstruktionen artikuliert, wie zum Beispiel die Befürchtung, dass tausende Kölner Erwerbslose fortan täglich in der Poststelle Schlange stehen würden. Die Polizei rief Verstärkung, und ein weiterer Streifenwagen mit zwei Polizisten fuhr ebenfalls mit Martinshorn vor. Das Interesse der im Erdgeschoss wartenden Menschen wurde immer größer. Ein „Kölner Erwerbsloser in Aktion“ befand sich in der Chefetage der Arge Mitte, um mit der Beschwerdestelle über den Vorfall zu reden und eine dauerhafte Lösung anzumahnen.

Die Geschäftsführung selbst zeigte sich informiert und sichtlich genervt, was sicher auch der Permanenz aktiver Widerständigkeit innerhalb der Arge in Köln geschuldet ist. Die Polizisten wissen von nix. Begriffe wie Hartz IV, Arge oder Eingliederungsvereinbarung sagen ihnen nichts, weshalb sie die Wut der Betroffenen nicht nachvollziehen können. Während darüber gestritten wurde, ob Polizisten fotografiert werden dürfen, wenn sie die Aktivisten raustragen, wendete sich plötzlich das Blatt: Die Standortleitung wies eine Mitarbeiterin der Eingangszone an, alle Betroffenen im Wartebereich aufzurufen, die nur etwas abgeben möchten, und diese Abgabe schnell und unkompliziert zu bestätigen. Na also, es geht doch! Ich finde, das war eine lehrreiche und nachahmenswerte Veranstaltung.

3. In Recklinghausen wird Anklage gegen Ulrich Lammers, den Leiter eines Jobcenters, erhoben. Er soll sich wegen Untreue und anderer Delikte vor Gericht verantworten, weil die von seiner Behörde bewilligten Jobs nicht „zusätzlich“ gewesen sein sollen. Konkret geht es um das Seniorenzentrum Grullbad in Recklinghausen. Das kommunale Altenheim beantragte Mitte 2005 auf einen Schlag 40 Ein-Euro-Jobber, die auch genehmigt wurden. Weitere Anklagepunkte sind Lohnwucher und Nötigung: Die Arbeitslosen hätten für ihre Tätigkeit zu geringe Löhne erhalten, außerdem sei ihre Notlage ausgenutzt worden. Mitangeklagt sind zwei Mitarbeiter des Jobcenters und der Heimleiter.

Die „Zusatzjobs“ sollten zugleich der „Qualifizierung“ der Arbeitslosen dienen. Nach Ansicht der Bochumer Staatsanwaltschaft hätten sie nicht bewilligt werden dürfen. Die Ein-Euro-Jobber seien als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt worden und hätten sogar Schichtdienst verrichtet. Ihre Tätigkeiten gehörten zu den Kernaufgaben eines Altenheims: Essensausgabe, Zimmer reinigen, Wäsche transportieren. Ein besonders qualifizierter Ein-Euro-Jobber wurde sogar Systemadministrator der heimeigenen EDV. Die „Qualifizierung“ der Arbeitslosen bestand im Wesentlichen in einem Erste-Hilfe-Kurs. Ansonsten galt das Prinzip „Learning by Doing“.

Das Pikante an der Sache ist jedoch, dass Ulrich Lammers nicht nur das Jobcenter in Recklinghausen führte, sondern im Nebenberuf auch Geschäftsführer des Altenheims war. Dieses Heim steckte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und musste Kosten sparen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Mitarbeiter des Jobcenters auch deshalb die **Ein-Euro-Jobs** im Seniorenzentrum ihres Chefs nicht näher prüften. Wenn er da mal nicht zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen hat? Er konnte die Statistik aufhübschen, indem er Erwerbslose „in Arbeit“ brachte, und gleichzeitig Betreuungskosten in „seinem“ Altenheim einsparen!

Bei Ein-Euro-Jobs läuft es ja noch viel perfider: Während normalerweise Arbeitgeber ihren Angestellten einen Lohn zahlen müssen, ist dies bei Ein-Euro-Jobbern niemals der Fall! Nicht der Arbeitgeber bezahlt die Arbeit des Ein-Euro-Jobbers, sondern der Steuerzahler. Zur Belohnung dafür, dass sich der Arbeitgeber derart entlasten lässt, bekommt er noch mal einige Hundert Euro vom Staat, also wieder vom Steuerzahler, als Bonbon obendrauf. Warum sollte ein Arbeitge-

ber jemals auf die Idee kommen, einem staatlich finanzierten Ein-Euro-Jobber eine feste Stelle anzubieten, die er selbst bezahlen müsste? Da bisse sich doch die Katze in den Schwanz!

Die Logik der Ein-Euro-Jobs kann nicht aufgehen. Ist der Streit auf der Ebene des Strafrechts nun die letzte Wendung dieser Misserfolgsstory? Wenn es zum Prozess kommt, könnte dies das Ende der ausbeuterischen, jobkillenden Ein-Euro-Jobs einläuten. Hoffentlich werden sich viele Betroffene den Fall zum Vorbild nehmen und sich wehren! Vielleicht würde dann endlich mal vorsichtiger über die Verteilung dieser Ein-Euro-Jobs nachgedacht. Was hier immer so wie ein einzelner Unfall oder Irrtum aussieht, hat in Wirklichkeit System, es trägt den Namen „Lissabonner Vertrag"! Herr Schulte, Redakteur der „Tageszeitung", umschreibt sehr schön, dass eine „Kannibalisierung regulärer Arbeit" durch Ein-Euro-Jobs die Regel ist.

4. Nach einem angeblichen Aufschwung stehe nun ein empfindlicher **Abschwung** bevor, so ist es zu hören. Obwohl Konzerne wie Siemens und BMW Tausende Jobs abbauen wollen, erwartet Agenturchef Frank-Jürgen Weise jedoch, dass die Arbeitslosigkeit weiter sinkt. Ich komme aus dem Staunen gar nicht mehr heraus, wenn ich lese, dass sich Herr Weise für einen „Anwalt der Arbeitslosen" hält. Handeln Advokaten nicht im Sinne ihrer Mandanten? Die Vermittlungsquote von lachhaften 3,4 Prozent sprechen nicht gerade davon, dass die argen Argen Erwerbslose in Arbeit brächten.

Überhaupt, was bedeutet denn heute noch die Bezeichnung „in Arbeit gebracht"? Früher beinhaltete dies, dass der Proband eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle ergattert hatte. Heute wird jener Zustand bereits behauptet, wenn nur ein Ein-Euro-Job aufgezwungen wird – oder wenn jemand befristet eingestellt wird und dabei das geringe Gehalt zu einem Großteil vom Steuerzahler bezahlt bekommt und nicht vom Arbeitgeber. Oder will er sich dafür loben, dass es in Hessen nun sogenannte Berufsbegleiter gibt, wo Ältere eine Gruppe von 15 Jugendlichen vom Aufstehen und „ordentlichen Anziehen" morgens bis hin zu einem Vorstellungstermin bei einem Handwerksmeister am Nachmittag begleiten?

Hurra, es werden auch Sommercamps für gefährdete Hauptschüler angeboten! Dort wird dann der „höfliche Umgang miteinander" ebenso wie Mathematik geübt. Toll, ganze 20 Prozent schaffen danach den Hauptschulabschluss! Dabei lässt sich ein solcher wohl kaum als Rettung bezeichnen, wenn Unternehmer fast nur noch Realschüler als Azubis einstellen. Mal wieder wird ausschließlich an den Probanden selbst ganz individuell herumgebastelt, als ob Vollbeschäftigung auch nur in den Bereich des Möglichen rücken könnte! So vermag Herr Weise dann mit der Arroganz der Satten die Forderung „lieber unsichere Jobs als Arbeitslosigkeit" in den Raum zu stellen. Das klingt beinahe so, als würde er mit Vehemenz „besser Pest als Cholera" propagieren. Ein voller Erfolg, fürwahr!

5. Es ist sehr gut, dass diese unsägliche Serie über Hartz-IV-Kontrolleure eine Welle der Empörung hergerufen hat! Doch was musste ich da in der „Welt“ lesen: „Wer Fürsorge will, muss Überwachung lieben“? Der Kommentator klagt an, es sei „naiv zu glauben“, dass, wer Hartz IV bekomme, immer Opfer sei und niemals Täter. Außer ihm hat niemand diese These in den Raum gestellt! Natürlich gibt es einen verschwindend geringen **Sozialmissbrauch** – von unter einem Prozent, zu dessen Bekämpfung nicht so ein Aufwand betrieben werden müsste. Da wird mal wieder mit Atombomben auf Spatzen geschossen!

Selbstredend soll dem Volk nahegebracht werden, dass, wer Hartz IV bezieht, fast automatisch auch ein Sozialschmarotzer ist – und den sagenumwobenen Hartz-IV-Kontrolleuren nun die scheinbar ehrenvolle Aufgabe zukommt, den Zuschauern zu beweisen, dass eben nicht *alle* Transferleistungsbezieher nur auf ihrer faulen Haut liegen und den Steuerzahler abzocken wollen. Nicht alle, denn es gibt unter den vielen schwarzen Schafen auch ein paar wenige weiße! Verhält sich dies im wirklichen Leben, also außerhalb der Springerpresse, nicht genau umgekehrt?

Nach einer solch perfiden Logik zwingt jede Wohltat, die der Staat vollbringt, zu kostenintensiver Kontrolle! Der Kommentator empört sich über die in seinen Augen mangelnde Solidarität mit den Fahndern, weil dies angeblich im Sinne der hilfsbedürftigen Menschen sei. Selbstverständlich bedient er die klassischen Klischees, leiert den blöden Spruch runter, Armut sei immer relativ und das soziale Netz trotz aller Dementis immer noch sehr eng geknüpft. Über die Hälfte der Hartz-IV-Bezieher gehörten zu den Menschen, bei denen nach einer Studie des DIW ein „Wertewandel“ stattgefunden habe, hin zum Postmaterialismus, dessen Ziel nun ausgerechnet etwas so Verwerfliches wie individuelle Selbstentfaltung und Emanzipation sei.

Jetzt wird empört zur neuerlichen Hetzjagd das Halali ins Horn geblasen: Für Menschen mit Transferleistungen gehöre nämlich Arbeit *nicht* notwendigerweise zur Selbstentfaltung. Bei Erwerbslosen habe sich eine selbstzerstörerische Lethargie ausgebreitet: Sie seien zu wenig „motiviert„, aus ihrem irgendwie lebenswerten Elend auszubrechen. In großen Städten gingen Sozialhilfekarrieren bereits in die vierte Generation, dort wüchsen Kinder auf, deren Eltern und Großeltern „niemals“ gearbeitet hätten. Genau, und weil diesen „Wildwuchs“ in Deutschland niemand mehr bezahlen will, wandern unsere Führungskräfte in andere Länder ab!

Und natürlich nicht zu vergessen: weil der Linksrutsch von SPD und Union nichts Gutes für die Zukunft verheißt. Welcher Linksrutsch denn bloß? Werden hier den Unternehmern zur goldenen Profitmaximierung immer noch nicht genügend Gelder und entrechtete Arbeitnehmer in den Allerwertesten geblasen? Ich glaube es nicht! Ich warte täglich auf die achtteilige Sendung über die sogenannten Leistungsträger unserer Gesellschaft, die einen Großteil ihrer Steuern lieber heimlich auf Schweizer Nummernkonten transportieren, immer schön am Fiskus vorbei! Hier würde sich der Aufwand mal lohnen, könnten exorbitante Summen

eingespart werden. Ach, es wäre schon viel getan, wenn die Reichen in Deutschland mal wieder Vermögen- oder Erbschaftsteuer zahlen müssten!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Ein richtiger Aufreger

Jetzt platzt mir aber wirklich der Kragen! Seit Wochen gibt es in Politik und Medien nur ein Thema: Russland! Wieder einmal wird eine unglaublich grobmaschige, plumpe und dreiste anti-russische Stimmungsmache losgetreten. Kein Tag vergeht, an dem nicht mindestens zehn Mal im Radio, in der Presse, im Fernsehen Russland und seine Führung als das absolute „Reich des Bösen“ dargestellt werden! Es ist schlimmer als zu Reagans Zeiten – und es erinnert schon fast an den hemmungslos wüsten Propagandafeldzug der Nazis vor und während des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Am Ende stand bekanntlich der „totale Krieg“ mit der fast völligen Vernichtung des europäischen Kontinents!

Kein einziger Fernsehkrimi kommt ohne die sattsam berüchtigten Russenmafia- und KGB-Klischees aus. Kein Politmagazin, in dem nicht mindestens ein diffamierender Bericht zu sehen ist. Keine Zeitung, in der nicht wenigstens ein überheblicher und verächtlicher Artikel zur gegenwärtigen russischen Politik steht. Und wo bleibt auch nur die leiseste Kritik an den USA und deren verbrecherischen Geheimdienstaktivitäten, am Afghanistan-Feldzug, am Irakkrieg und der Rolle der EU? Dieser Verdummungskrieg ist unerträglich! Es vergeht auch kein Tag, an dem nicht irgendwelche schwachköpfigen, dumpfbackigen Polit-Amateure in maßloser Arroganz und Selbstüberschätzung meinen, der russischen Regierung „Belehrungen“ erteilen und Drohungen gegen sie aussprechen zu müssen. Aber das militärische Einkreisen und das Aufstellen von atomaren Raketenbatterien direkt vor der russischen Nase – das geht in Ordnung! Diese Hasardeure wissen entweder nicht, was sie tun, oder schlimmer noch: Sie wissen es anscheinend ganz genau. Damit spielen sie ganz bewusst mit dem Feuer – dem Feuer eines alles vernichtenden Atomkrieges!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Abgetrennte Papphände“: Doppel-Äff hat Angst vor „Terrorismus“ *(„Spiegel-Online“)*

LAG „Beistand und Beratung“

Arbeitsgrundlage für die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft „Beistand und Beratung“ in und bei der Partei „Die Linke Bremen“

Wir sind der Auffassung, dass die Situation vieler Menschen, nicht nur im Lande Bremen (siehe neueste Berichte von Landes- und Bundesrechnungshof), eine Organisation dringend rechtfertigt, die ein Konzept hat, das die Beratung und die Begleitung der Betroffenen als sogenannten Beistand vertritt. Aus diesem Anlass gründet sich innerhalb des Landesverbandes Bremen der „Linken“ die Landesarbeitsgemeinschaft „Beistand und Beratung“. Folgende Aufgaben und Bedingungen halten wir für unverzichtbar:

- Die Vernetzung von Beratungs- und Beistandsvereinen oder -organisationen und ein daraus zu entwickelndes Konzept zur Herstellung einer wirksamen Gegenöffentlichkeit haben oberste Priorität.
- Die Beratung und der Beistand der LAG B&B erfolgen vertraulich und sind kostenlos. Die Berater geben Daten der Beratenen nicht weiter. Es ist keine Rechtsberatung!
- Die Beratung erfolgt nicht in Konkurrenz zu den weiteren Möglichkeiten, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Mitgliedsorganisationen des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“ oder der freien oder konfessionellen Beratungen bestehen.
- Die Beratung ist nicht feindselig gegenüber den Mitarbeitern der Bagis oder der Sozial- und Arbeitsämter. Wir wissen, wie schwierig die teilweise verfassungswidrigen, komplexen und unklaren Vorschriften des Sozialgesetzbuchs anzuwenden sind. Zusammen mit Betroffenen und Beschäftigten ist anzuerkennen, dass viele Bescheide falsch sind, weil sie es angesichts der handwerklich schlechten Gesetzeslage fast sein *müssen.*
- In unseren Beratungen bitten wir darum, stets einen sachlichen Ton zu pflegen. Allerdings fordern wir auch von den Mitarbeitern der Argen, die Existenzangst der Betroffenen zu verstehen und stets ernst zu nehmen. Wenn wir Menschlichkeit, guten Willen und echtes Bemühen vermissen, werden wir allerdings mit allen unseren Möglichkeiten die Interessen der Betroffenen auf Basis der rechtlichen Möglichkeiten vertreten.

Harald Gatermann (LAG „Beistand und Beratung“) – siehe auch „Die Linke“

Unverzichtbar: Dass die Beratungsstelle der „Solidarischen Hilfe“ ausgerechnet in Vegesack geschlossen werden muss, ist kaum zu verkraften *(„Die Linke“)*

Uns geht es gut.
Es geht uns *richtig* gut!

1. Die Bundesregierung konnte 12 Milliarden Euro aufwenden für die Rettung der Industriekreditbank! Die Begründung: Die Kunden der IKB sind Mittelständler. die Arbeitsplätze sind sonst gefährdet, so die offizelle Begründung. Doch die IKB ist keine Einlagebank. Sie hat keine normale Kontenführung, keine normalen Kontokorrentkredite für Mittelständler. Die IKB reicht die Förderprogramme an den Mittelstand weiter. Wenn die IKB Insolvenz anmelden würde, könnten diese Förderprogramme einfach von der KfW weitergeführt werden, ohne Beeinträchtigung des Mittelstandes!

Die offizielle Begründung zeigt: Es wird weiter gelogen, getäuscht und getrickst! Jetzt ist die IKB gerettet, überwiegend mit Steuergeldern, aber die Mittelständler sind in Gefahr: Den Heuschrecken wird die Möglichkeit eröffnet, über eventuell notleidende Kredite Mittelständler zu übernehmen und auszusaugen. Für die Mitarbeiter der IKB ist die nur teilweise erfolgte Rettung ihrer Arbeitsplätze leider nicht von langer Dauer! Dabei ist dies nur *eine* Rettungsaktion von mehreren, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Doch weil die Steuersäckel so gut gefüllt sind, ist all dies möglich!

Die Deutsche Bank ist von der **Finanzkrise** nicht betroffen. Dies hat Herr Ackermann zu Beginn verkündet. Inzwischen hat auch die Deutsche Bank Abschreibungen und Wertberichtigungen auf solche angeblich nicht vorhandenen Papiere vorgenommen und sich in New York verpflichtet, genau diese Papiere zurückzukaufen. In Deutschland war das kaum eine Nachricht wert. Uns geht es gut! Weil die Deutsche Bank so gut am normalen Geschäft verdient, ist all dies möglich.

Es geht uns richtig gut! „Wir haben die Grenze von 40 Millionen geknackt. Zum zweiten Mal gibt es über 40 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland.“ Diese Meldung ist ergänzungswürdig. Anfang 2005 wurden die Rahmenbedingungen für die Zählung der Arbeitsplätze geändert. In Wirklichkeit ist die normale Vollzeittätigkeit erheblich geschrumpft, doch Teilzeit wird jetzt uneingeschränkt mitgezählt. Damit wir weiterhin glauben, uns gehe es gut, wurde dies nicht an die große Glocke gehängt. Die Zeitungen hatten anderes zu berichten.

2. Es geht uns richtig gut! Die Revolution der Arbeitskosten hat begonnen: Die **Personalkostenentlastung** für Unternehmen kann 100 Prozent betragen! Ursa-

che sind die Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16a SGB II, von der Arbeitsagentur in einer Broschüre mit der Überschrift „Jobperspektive“ vorgestellt.

Darin heißt es auf Seite 2: „Leistungen zur Beschäftigungsförderung sind ausschließlich für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige mit mehreren Vermittlungshemmnissen vorgesehen, die nachweislich unter Einsatz aller bereits vorhandenen arbeitsmarktlichen Regelinstrumente oder anderen Unterstützungsleistungen auf absehbare Zeit nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden können. Im Rahmen der Leistungen zur Beschäftigungsförderung stellt insbesondere der Beschäftigungszuschuss keine alternative Leistung zu den übrigen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten dar, der bezüglich seiner Dauer und Höhe eine erweiterte Förderung zulässt, sondern er ist eine langfristige Hilfe für Menschen, die im bisherigen aktiven Förderungssystem häufig vernachlässigt werden, weil sie als nicht (mehr) arbeitsmarktlich integrierbar eingestuft werden.“

Seite 7, Punkt 2: „Die Höhe des Beschäftigungszuschusses richtet sich nach der Leistungsfähigkeit des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und kann bis zu 75 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts betragen.“ Punkt 4: „Die Förderdauer beträgt 1. für den Beschäftigungszuschuss bis zu 24 Monate. Der Beschäftigungszuschuss soll anschließend ohne zeitliche Unterbrechung unbefristet erbracht werden, wenn eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ohne die Förderung nach Absatz 1 Satz 1 voraussichtlich innerhalb der nächsten 24 Monate nicht möglich ist. 2. für die sonstigen Kosten nach Absatz 3 Nummer 1 bis zu zwölf Monate je Arbeitnehmer.“

25 Prozent Eigenanteil sind für Daimler-Benz ein Zuckerschlecken! Mit weiteren Anträgen auf Kostenübernahme können auch diese 25 Prozent noch reduziert werden. Die Aussicht, nach 24 Monaten sogar diese 25 Prozent zu sparen, für weitere fünf Jahre plus Verlängerungsmöglichkeit, sind einfach verlockend! Wovon ich rede? Von den verbleibenden Personalkosten bei Neueinstellungen! Damit wird *jeder* Arbeitsplatz subventioniert! Personaler können es sich sicher nicht leisten, dieses Angebot der Argen auszuschlagen!

Bremen hat Sonderregelungen, aber auch kleine Vereine fallen hindurch. Bei den alten Arbeitsförderungsprogrammen in Bremen gab es für kleine Vereine die Möglichkeit der 100-prozentigen Förderung. Auch 25 Prozent Eigenanteil können diese Vereine nicht stemmen! Die Aussage von Herrn Schuster anlässlich der Neuordnung der Bagis, damit wir etwas für die vielen Vereine bewegen könnten, müsse die Bagis so bleiben, klingen somit wie Hohn! Diese Möglichkeiten des SGB II werden jetzt mit Hochdruck genutzt, denn Langzeitarbeitslose *haben* mehrere Vermittlungshemmnisse, sonst wären sie nicht langzeitarbeitslos. Somit wird die Ausnahme zum Regelfall!

Zusammenfassung hat der Arbeitgeber folgende Vorteile: 75 Prozent Lohnkostenzuschuss für zwei Jahre für jeden Arbeitgeber ohne Einschränkung, anschließend 100 Prozent für fünf Jahre, anschließend unbefristet. Weitere Kosten können geltend gemacht werden. Nachteil: Dieses Verhältnis könnte jederzeit durch anderweitige Vermittlung beendet werden, und ein Abbau der Vermitt-

lungshemmnisse würde zur Zuschusssenkung führen. Diese Nachteile sind also nur fiktiv! Für den Arbeitnehmer mit ALG II bestehen die Vorteile im Tariflohn und im regulären Arbeitsverhältnis, die Nachteile in eventuell weiterbestehenden Bewerbungsauflagen.

Für alle anderen Arbeitnehmer sinken die Möglichkeiten, eine neue Arbeit aufzunehmen, erheblich, bis auch *sie* ALG II erhalten. Dazu muss aber erst das eventuell vorhandene Vermögen weitestgehend aufgezehrt werden, wobei jedoch Gegenwehr möglich ist! Wie dies geht? Wir gehen mit! Die Handlungsunfähigkeit des Staates ist so vorhersehbar. Dies lässt sich durch eine andere Einnahmepolitik abwenden. Es eilt, damit es uns auch künftig gut geht!

Daher ist Herr Weise also sehr zuversichtlich, die Zahl der Erwerbslosen laut Statistik langfristig zu senken. Wetten, dass nicht einmal Herr Weise weiß, wie viele Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit und den Argen erwerbslos gemeldet sind? Aber Herr Weise weiß die Auswirkung dieser Beschäftigungsförderung auf die Statistik. Sie steht auf Seite 27 unter Punkt C9 zum Status des Arbeitnehmers: „Ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, der im Rahmen eines mit einem Beschäftigungszuschuss geförderten Arbeitsverhältnisses tätig ist, ist nicht mehr arbeitslos."

Außerdem werden Überachtundfünfzigjährigen keine konkreten Stellenangebote mehr unterbreitet, damit gelten nach zwölf Monaten auch diese Menschen für die Statistik nicht mehr als arbeitslos. Unsere regierenden Vollstrecker haben kein Interesse an der Wirklichkeit, wichtig ist nur, dass die Schummelei nicht öffentlich wird! Wie sagte es doch Herr Weise im Jahre 2005? „Ich hatte nicht den Mut, an dem eingeübten Ritual etwas zu ändern und 6,5 Millionen zu nennen."

3. Ab 1. Oktober 2008 ist auch der **Kinderzuschlag** neu geregelt. Aufstocker mit Kindern werden so vom ALG-II-Bezug ferngehalten. Aufstocker werden aufgefordert, Kinderzuschlag zu beantragen. Im Ergebnis wird die Regierung die Verschiebung Hundertausender in den Kinderzuschlag als Erfolg bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit feiern, damit jeder nachlesen kann: Uns geht es gut. Beim Kinderzuschlag geht das Theater mit der angemessenen Miete weiter, ebenso bei der Rundfunkgebührenbefreiung, dem Sozialversicherungsschutz oder den einmaligen Bedarfen für Klassenfahrten. Wir kommen darauf zurück!

Für den Kinderzuschlag soll eine Verzichtserklärung beim Antrag auf ALG II unterschrieben werden. Bitte nicht unterschreiben! Allein das Wort Verzichtserklärung beinhaltet den Verzicht auf Leistungen. Dieser Verzicht kann widerrufen werden, doch der Widerruf wird erst im Folgemonat wirksam. Warum ist überhaupt der Verzicht notwendig? Wer unberechtigt ALG II beantragt, dem wird die Leistung eh versagt. Der Kinderzuschlag führt nicht zu Reichtum, es ist eine Umschichtung der Armut. Er verstärkt die Armut, weil zum Beispiel Sonderbedarfe auch darlehnsweise nicht mehr übernommen werden. Die nächste Nebenkostenabrechnung wird allein schon wegen der Heizkosten untragbar! Wer trotzdem beim Kinderzuschlag einen Vorteil sieht, sollte auf die nahtlose Anschlusszahlung ach-

ten: ALG II kann solange weitergezahlt werden, bis der Kinderzuschlag gezahlt wird! Meistens ist das Existenzminimum durch den Kinderzuschlag nicht gedeckt. Auch hier gilt: Geh nicht allein zum Amt! Sei mutig und nimm dir Begleitschutz!

Die Bagis Bremen hat sich per Zielvereinbarung verpflichtet, bei der Regelleistung im Jahr 2008 4,4 Prozent weniger auszuzahlen. Dies wurde verpflichtend vereinbart, ohne Anbindung an die Zahl der Hilfebedürftigen. Auf die weiteren Ziele komme ich zurück! Die Arbeitsagentur hält einen positiven Bericht über die Zielerreichung zum SGB II bereit. Wie sieht der Bericht für Bremen aus? Was macht eine Arge, wenn diese Vorgaben nicht durch eine sinkende Zahl der Leistungsempfänger einzuhalten sind? Bei der Regelleistung handelt es sich um eine gesetzliche Leistung, die Regelleistung darf nicht gekürzt werden! Sogar Hartz IV erlaubt das nur bei Sanktionen.

4. Die Agenda 2010 wurde abgeschrieben von der Lissabonner Strategie. Allen Menschen in Deutschland wurde etwas weggenommen, außer der Elite! Wer waren die Nutznießer? Die Firmen für **Zeitarbeit**! „Zuletzt überraschte Klaus Jacobs die Unternehmenswelt, als er im November 2005 die Macht in der angeschlagenen Zeitarbeitsfirma Adecco übernahm. Als Mehrheitsaktionär und CEO setzte er ein neues Geschäftsmodell durch und kaufte sich durch die Übernahme des deutschen Rivalen DIS eine neue Führungsmannschaft ein. Adecco ist seither im Aufwind.“ War Herr Jacobs in die Planspiele rund um die Hartz-Gesetze eingeweiht, die ursächlich zur heutigen Blüte der Zeitarbeitsfirmen beigetragen haben?

Ex-Arbeitsminister Clement hat einen weiteren Arbeitsplatz gefunden: Er wird Vorsitzender des neuen „Adecco Institute zur Erforschung der Arbeit“ Seit seinem Ausscheiden aus der Politik hat er mindestens sechs neue Arbeitsplätze gefunden: Aufsichtsratsposten bei der Berliner Dussmann-Gruppe (einem Dienstleistungsunternehmen), bei der Landau-Media AG (einem Anbieter von Medienbeobachtung und Resonanz-Analysen), bei der RWE-Power in Essen (einem der größten Stromproduzenten Europas) und bei der an Jabocs verkauften Zeitarbeitsfirma DIS. Er ist darüber hinaus „Senior Advisor“ beim Bankenriesen Citigroup, und er wurde in den Vorstand der Kölner Unternehmensgruppe Dumont-Schauberg berufen (Titel unter anderem: „Kölner Stadtanzeiger“, „Kölnische Rundschau“, „Express“, „Mitteldeutsche Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“ und die israelische Zeitung „Ha’aretz“). Politisch neu aktiv wurde er im konservativen „Bürgerkonvent“ von Roman Herzog. Soweit die „Nachdenkseiten“.

Das alles füllt Wolfgang Clement natürlich noch lange nicht aus. Warum sollte er die Agenda 2010 nicht verteidigen? Was wäre Wolfgang Clement ohne diese Weichenstellungen? „Reichen Ihnen die negativen Erfahrungen nicht aus, die Sie als Superminister auf dem glitschigen Terrain des Arbeitsmarktes – Stichwort Hartz – gesammelt haben?“, fragen die Reporter vom „Stern“. Er antwortet: „Gerade diese Erfahrungen, die ich nicht als negativ erlebt habe und die sich ja zunehmend als erfolgreich erweisen, ermutigen mich, auf diesem Terrain weiter zu arbeiten. Dabei war und ist für mich klar, dass der Faktor private Arbeitsvermitt-

lung in fast allen europäischen Ländern, aber nicht zuletzt bei uns in Deutschland, erheblich an Bedeutung gewinnen muss.“ Darum geht es dem richtig gut! Genau wissen wir es nicht.

Elisabeth hat hinterfragt, ob „Überflüssige andere Überflüssige betreuen“ sollen. Dazu habe ich folgendes gefunden: Im Jahre 1437 wurden in Frankfurt städtische Armenpfleger angestellt. 1522 erließen Augsburg und Nürnberg kommunale Armenordnungen. Armut wurde als „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ aufgefasst. Bedürftigen war es reichsweit verboten, den Heimatort zu verlassen. 1870 wurden Arme vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dies alles hat Herr Doktor Karl Bronke für sein Buch „Die Organisation der kommunalen sozialen Dienste“ zusammengestellt. Er hat viele Bücher und Aufsätze zu diesem Themenbereich geschrieben. Fachtagungen etwa mit Bertelsmann gaben die Bremer Richtung für die soziale Arbeit vor. Doktor Karl Bronke ist schon sehr lange Mitarbeiter im Sozialressort. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Im Krieg mit der Bagis

Ich möchte aus einer Festschrift, die noch nicht veröffentlicht wurde, einen Auszug vorlesen. Aus Anlass einer Veranstaltung des „Georg-Elser-Arbeitskreises“ bekamen Bremer Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, mit dem Schirmherrn dieser Initiative ein Interview zu führen: mit Ex-Bürgermeister Hans Koschnick. Eine ihrer Fragen lautete: „Ist Krieg so furchtbar, wie er im Fernsehen gezeigt wird?“

Hans Koschnick antwortete darauf: „Viel schlimmer! Der echte Krieg ist nicht nur, dass da jemand umkommt. Der echte Krieg ist deswegen viel schlimmer, weil da ganz schreckliche Zustände herrschen. Da wird jemand schwer verletzt und leidet lange. Er sieht, wie die Eltern von anderen schlecht behandelt werden. Er erlebt, dass er aus der Wohnung rausgeworfen wird und dass er fliehen muss. Dann möchte er nach seinem Brauch leben, aber darf er nicht so leben, wie er möchte.“

Als ich diesen Passus las, fielen mir spontan die Hartz-Gesetze und die Methoden der Umsetzung durch die Bagis ein. Die „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ befindet sich mit den ihr anvertrauten Menschen in einem erbitterten Krieg! Als nichts anderes kann frau bezeichnen, was sich in die-

ser Behörde in Bremen abspielt. Die ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher befinden sich in einem Kriegs- und Belagerungszustand mit diesem Amt!

- Auch für ALG-II-Bezieher(innen) herrschen ganz schreckliche Zustände und Bedingungen. Die Menschen sind noch nicht tot, aber praktisch entmündigt. Sie werden bespitzelt, kontrolliert und überwacht!
- Auch ALG-II-Bezieher(innen) werden schwer verletzt, aber diese Verletzungen sind nicht sichtbar. Wenn sie wahrgenommen werden, sind die Verletzungen schon so weit fortgeschritten, dass vielen Menschen nur schwer und aufwendig geholfen werden kann. Doch nicht immer erfolgt diese Hilfe rechtzeitig oder ist erfolgreich.
- Auch ALG-II-Bezieher(inne)n wird angedroht, dass sie ihre Wohnungen verlieren. Dass es in Bremen nicht in großem Umfang zu diesen Zwangsumzügen kam, ist der Öffentlichmachung dieser unmenschlichen und unnötigen Androhung zu verdanken, denn zwei Unsozialsenatorinnen wollten diese Durchführung ungesetzlich erzwingen. Wer sich nicht dagegen wehrt, zieht nach dem Willen der Bagis um. Aber die Menschen können und müssen sich auch dagegen wehren!
- Auch ALG-II-Bezieher(inne)n wird das Recht abgesprochen, nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben. Junge Menschen müssen bis zum 25. Lebensjahr in der Wohnung ihrer Eltern leben, ob sie wollen oder nicht – oder ob ihre Eltern es wollen oder nicht. Bei einer längeren Entfernung von ihrem Wohnort müssen sich die Menschen bei der Bagis ab- und wieder anmelden und deren Erlaubnis einholen.
- Auch ALG-II-Beziehrer(innen) können sich ihr Leben nicht einteilen, wie sie möchten, weil sie finanziell dazu nicht mehr in der Lage sind. Die Bagis entscheidet für sie, was sie benötigen und worauf sie verzichten müssen. Und das ist so gut wie alles!
- Junge Menschen müssen erleben, wie menschenverachtend mit ihren ehrlichen Eltern oder Geschwistern umgegangen wird, wie sie langsam, aber sicher mürbe gemacht werden sollen, ihr Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen demontiert wird und sie krank, verzweifelt und mutlos werden.

Auch Todesfälle hat es gegeben, was natürlich nicht bestätigt wird, nach dem Motto: Was es nicht geben darf, gibt es auch nicht. Es gab Suizidfälle, ausgelöst durch das Fehlverhalten der Bagis! Es werden Sanktionen und Strafmaßnahmen gegen Menschen willkürlich verhängt, von Bagis-Mitarbeitern, die wenig oder keine Ahnung von ihrer Arbeit haben, aber Anweisungen der schlimmsten Art erzwingen.

Die spärlichen Finanzmittel werden gekürzt oder gestrichen. Nicht alle betroffenen Menschen halten diesen Dauerdruck aus. Ein besonders tragischer Fall ist der Tod des kleinen Kevin. In diesem Falle hatte die Bagis dem Ziehvater das ihm und Kevin zustehende Geld wochenlang vorenthalten. Der Ziehvater wurde für seine Tat verurteilt. Wann wird die Bagis zur Rechenschaft gezogen?

Aber dieser Krieg kann von allen ALG-II-Bezieherinnen und -Beziehern zusammen gewonnen werden, wenn sie sich gemeinsam wehren! Sie werden nicht

vereinzelt schäbig behandelt, sondern das Ganze erfolgt nach einem staatlich angeordnetem System. Macht euch bemerkbar für die Allgemeinheit, redet laut über die Ungerechtigkeiten und Frechheiten der Bagis. Geht an die Öffentlichkeit! Eine Möglichkeit ist das Offene Mikrofon der Montagdemo. Übrigens war am 23. August der „Internationale Tag zur Erinnerung an den Sklavenhandel und an seine Abschaffung“ – von der Unesco beantragt.

Ganz kurz will ich noch auf eine Sendung im Fernsehen eingehen, die ich als gemeingefährlich für unwissende Bürgerinnen und Bürger erachte. Wer es sich am letzten Mittwoch angetan hat, auf SAT1 die erste Folge der vierteiligen Serie „Gnadenlos gerecht“ anzusehen, dem sei dringend empfohlen, sich die nächsten drei zu ersparen. Allen anderen ist vom Einschalten dieses Unsinns – milde ausgedrückt – ebenfalls abzuraten. Diese Doku-Soap war eine der schlimmsten Art!

Es wurden laufend Unwahrheiten und halbe Wahrheiten eingestreut, sodass dem unwissenden Zuschauer Glauben gemacht wurde, es handle sich um eine Jagd auf Verbrecher. Warum darf ein „Fahnder“, der angebliche Sozialhilfebetrüger entlarven will, mit einer Pistole im Gürtel frei durch die Gegend laufen? Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren, weil diese Sendung es nicht wert ist. Sie war „gnadenlos primitiv“, weil jedes dumme Klischee bedient wurde, und sie war weder objektiv noch ehrlich. Sie war „Laternenpfahl ganz unten“: beschissen!

Gudrun Binder (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

Indoktrination: Die gnadenlose Selbstgerechtigkeit in den Medien der herrschenden Schicht *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Mit Überraschungen zur Wiedereröffnung: Fest am Freitag, dem 29. August 2008, um 16 Uhr im Garagenhof Buntentorsteinweg 151 *(„Umsonstladen“)*

Die Arbeit der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen muss bundesweit koordiniert werden!

Als kürzlich die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“ Konkurs anmelden musste, hat uns das tief betroffen gemacht. Auch wir von der Bremer Montagsdemo haben die bundesweite Dachorganisation der verschiedenen Betroffenen-Organisationen immer als unverzichtbar für unsere politische Arbeit angesehen. Seit nunmehr vier Jahren streiten auch wir auf dem Bremer Marktplatz für die Interessen der Betroffenen. Wir werden nicht aufhören,

ihre Rechte hier am Offenen Mikrofon lautstark einzufordern und die Kahlschlagspolitik von Bundesregierung und Bremer Senat immer wieder anzuprangern!

Wir sind wie ihr davon überzeugt, dass es eine bundesweite, unabhängige Vertretung für Menschen, die von Armut, Ausgrenzung und Erwerbslosigkeit betroffen sind, weiterhin dringend geben muss. Dies ist vor dem Hintergrund steigender sozialer Ungerechtigkeit, rapide zunehmender Armut, der Verzweiflung der Betroffenen sowie der ständigen Verschärfung der Zwangsgesetze völlig unverzichtbar! Weil eure jahrzehntelangen Erfahrungen keinesfalls aufgegeben werden dürfen, unterstützen wir das Vorhaben der BAG-SHI, per Unterschriftenaktion für den Weiterbestand des Dachverbandes oder die Neugründung eines entsprechenden Verbandes zu kämpfen. Dazu wünschen wir uns allen vollen Erfolg!

Initiative Bremer Montagsdemo

Die nächste Montagsdemo beginnt eine halbe Stunde früher!
Das „Bremer Friedensforum“ ruft für **Montag**, den
1. September 2008, zur **Demo zum Antikriegstag** auf.
Treffpunkt ist um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Das Aufstacheln der Fallmanager zum Vorenthalten rechtlich zustehender Leistungen

Bei gutem sommerlichem Wetter fand die 195. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Um die 50 Teilnehmer und Zuhörer waren dabei. Wir konnten einen Montagsdemo-Urlauber aus Berlin begrüßen, der uns Mut machte weiterzukämpfen und aufforderte, am **8. November 2008** nach **Berlin** zur **Großdemonstration** zu kommen. Dem werden wir gerne folgen. An seinem Beitrag war besonders wichtig, dass in Berlin unter dem schon übel aufgefallenen Finanzsenator Sarrazin genau dieselbe menschenverachtende und verunglimpfende Betroffenenbehandlung seitens der sogenannten Argen stattfindet.

Es gab heute besonders viele konkrete Beiträge, die die gängige Praxis bei der Bagis und anderswo schilderten und Berichte über die unhaltbaren Zustände brachten. Es ist darum immer wieder so wichtig, darauf

hinzuweisen, nie allein zur Arge oder Bagis zu gehen, sondern nur in Begleitung von Fachkundigen aus dem Kreis der Montagsdemos oder von anderen Vertrauten. Nur so können die größten Unverschämtheiten abgewehrt werden. Es ändert aber nichts daran, dass die offenen und geheimen Anordnungen der Amtsleitungen – bis hinauf in Senatsbehörden oder Ministerien – in Sachen Geldeinsparen, die dem gegenseitigen Aufstacheln der Fallmanagerteams zum verstärkten Vorenthalten rechtlich zustehender Leistungen dienen sollen, aufhören und öffentlich zurückgenommen werden müssen!

Unser Kampf gegen die Hartz-Gesetze und die ganze Politik von CDU und SPD bis zu den Grünen wird weitergehen, bis diese Politik im Sinne der reaktionären Monopole vom Tisch ist! Stärken wir uns gegenseitig und arbeiten enger und breiter zusammen, dann „schaffen“ wir sie alle!

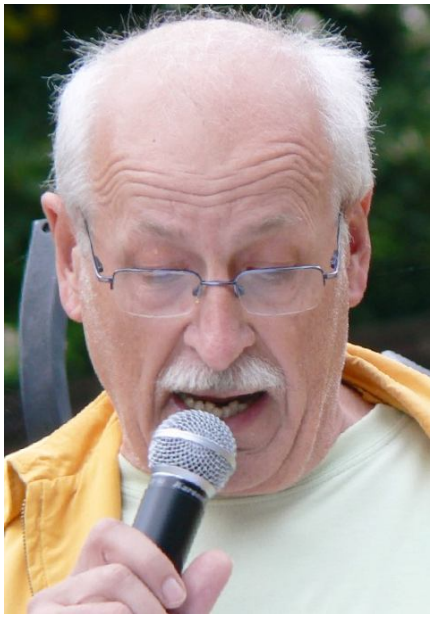
Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Bei Kuba: Erster Mirror auf den Turks- und Caicos-Inseln eingerichtet *(www.Bremer-Montagsdemo.de.tc)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

196. Bremer Montagsdemo am 01. 09. 2008

Zerrissen ist meine Seele



Die Gedanken zerfleischen mich! Ich bin voll Trauer um der vielen Menschenleben und fühle ihre Pein. Doch was immer ich auch sage, hier stellt sich nur eine Frage: Musste es denn wirklich sein? Wir stehen hier voll Andacht und Trauer, doch wenn ich an die Menschen, die im Kriege fallen, denke, werde ich sauer!

Nein, nicht auf jene, die im Kriege fallen, auch nicht auf solche, die angeblich nicht getan ihre Pflicht, sondern auf die, die Kriege anzetteln, nur ihre Macht verteidigen wollen, andere und deren Familien bluten lassen: Die sollte man im Stiche lassen! Die Not und Elend bringen, sie sind es, die uns zerstören, weil sie nie auf den Schlag ihres eigenen Herzens hören.

Udo Riedel (parteilos)

Einzelne werden für gesellschaftliche Probleme ganz individuell zur Verantwortung gezogen

1. Am heutigen **Antikriegstag** gedenken wir der Opfer des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939, der den schrecklichsten Krieg seit Menschengedenken mit 60 Millionen Toten einläutete. Die momentan stattfindenden Kriege im Irak, in Afghanistan, Israel/Palästina sowie Afrika und Südamerika führen uns den Tod und das Leid von Millionen durch Gewaltherrschaft, Hunger, Krankheit, Vergewaltigungen oder Vertreibung täglich vor Augen. Die Weltgemeinschaft darf hier nicht länger tatenlos zusehen und ungeniert mit den Oligarchen in Diktaturen Waffenhandel betreiben!

Am schlimmsten ist in jedem Krieg immer die Zivilbevölkerung betroffen, also Frauen, Kinder, Greise, Kranke. Wie die aktuellen Stationierungen von Soldaten im Irak und in Afghanistan zeigen, gereichen sie keineswegs zum probaten Mittel, um Konflikte zu befrieden, gar um zivile Infrastrukturen aufzubauen. Für Letzteres werden auch viel zu wenige Gelder bereitgestellt. Der Tod eines jungen deutschen Soldaten war genauso überflüssig und vermeidbar wie der einer afghanischen Frau und ihrer zwei Kinder, die durch Schüsse der Bundeswehr sterben mussten. Die Bundeswehr und die afghanische Bevölkerung werden immer mehr Befürchtungen, ja Panik voreinander bekommen! Mit der Angst steigt logischerweise auch die Gefahr neuer „Unglücke“. Es liegt in der Natur der Sache, dass Kriege immer völlig sinnlos Tote produzieren und absolut Unbeteiligte am stärksten davon betroffen sind!

Deutsche Soldaten, raus aus Afghanistan und allen anderen Kriegsherden! Deutschlands Interessen müssen ganz bestimmt nicht am Hindukusch militärisch vertreten werden. Natürlich wird die Forderung nach einem Abzug der Bundeswehr vom stellvertretenden Vorsitzenden der Unions-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden (CDU), abgelehnt – und sogar für „geschmacklos“ befunden, „wie jetzt die zivilen Opfer von der Linkspartei und Herrn Ströbele instrumentalisiert werden, um Stimmung zu machen gegen einen Einsatz, der dem Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung und unserer eigenen Sicherheit dient“. Die Frage möge gestattet sein, wer hier eigentlich wen für was instrumentalisiert, um dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten einen friedlichen Glorienschein um das behelmte Haupt anzudichten!

Auch die Praxis, nach der das Militär mit größter Selbstverständlichkeit ungeniert versucht, bei den argen Argen junge, perspektivlose Menschen aus der Arbeitslosigkeit zu den Streitkräften zu zwingen, muss unbedingt gestoppt werden! Sonst müssen auch bei uns mittellose, *nicht junge* Menschen ohne zivile Ausbildung ihr Leben als Kanonenfutter lassen, wie es in den Vereinigten Staaten längst gang und gäbe ist! Alle jungen Menschen brauchen den ungehinderten Zugang zu Bildung, vom kostenlosen Kindergarten bis zum gebührenfreien Studium, und ganz bestimmt nicht, dass sie ihr wertvolles Leben bei militärischen Einsätzen riskieren!

2. In der schottischen Großstadt Glasgow entscheiden 13 Kilometer über fast drei Jahrzehnte **Lebenserwartung**: Ein Kind aus dem Problemstadtteil Calton hat im Schnitt 28 Jahre weniger zu leben als ein Altersgenosse aus dem nahen Pendlerort Lenzie! Mit diesem drastischen Beispiel untermauert ein neuer Bericht für die Weltgesundheitsorganisation eine mahnende Botschaft. „Soziale Ungerechtigkeit tötet Menschen in großem Maßstab“, heißt es in dem am Donnerstag in Genf

veröffentlichten Report. Weltweit koste soziale Ungerechtigkeit ungezählte Menschenleben. Nach Ansicht der Autoren ließe sich die tödliche Gerechtigkeitslücke jedoch innerhalb einer Generation schließen. Es lässt sich unschwer vorstellen, dass die sogenannten Entwicklungsländer am schlimmsten betroffen sind.

25 Prozent aller nigerianischen Kinder sterben vor ihrem fünften Geburtstag, in den reichen Industrieländern dagegen stirbt nur jedes 150. Kind in diesem Zeitraum. Eine Frau in Schweden hat ein Risiko von eins zu 17.400, bei Schwangerschaft oder Geburt zu sterben, eine in Afghanistan von eins zu acht. Die Lebenserwartung eines Mädchens in Lesotho liegt 42 Jahre unter der eines Mädchens in Japan. „Die Biologie kann all dies nicht erklären“, betont die WHO. Die in Afrika so oft praktizierte pharaonische Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen muss diese Zahlen in noch unvorstellbarere Höhen treiben! Aber auch innerhalb einzelner Länder entscheidet soziale Ungerechtigkeit regelmäßig über Leben und Tod: In Australien leben Männer der Aborigines im Mittel 17 Jahre kürzer als andere Männer. Kinder einer bolivianischen Mutter ohne Schulbildung haben ein Sterberisiko von zehn Prozent; hat die Mutter einen Schulabschluss, reduziert sich dieses Risiko auf 0,4 Prozent.

In den USA hätten sich 900.000 Todesfälle in den 1990er Jahren vermeiden lassen, wenn schwarze Amerikaner dieselbe Lebenserwartung wie weiße besäßen. Der milliardenteure medizinische Fortschritt habe in derselben Zeit knapp 180.000 Leben in den USA gerettet, vergleicht die WHO. Der Bericht, für den eine Expertenkommission unter Leitung von Michael Marmot vom University College London drei Jahre lang Daten gesammelt hat, fordert unter anderem, Geld, Macht und Rohstoffe weltweit, national und lokal gerechter zu verteilen. So habe die Globalisierung der vergangenen 25 Jahre zwar zu einem enormen Zuwachs des Reichtums weltweit geführt – aber es kam immer nur bei wenigen Reichen an. Die Lücke zwischen den ärmsten und reichsten Ländern habe sich mehr als verdoppelt: 1980 habe das Bruttonationaleinkommen der Länder mit den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung 60 Mal so hoch gelegen wie jenes der Länder mit den ärmsten zehn Prozent. Nach 25 Jahren menschenverachtender Globalisierung sei diese Differenz auf das 122-Fache gewachsen.

Die skandinavischen Länder machen uns mit ihrer Politik der Gleichberechtigung, der Vollbeschäftigung, des gleichen Zuganges zu sozialen Leistungen und Diensten sowie einer Minimierung sozialer Ausgrenzung mit leuchtendem Beispiel vor, dass es auch ganz anders und viel besser funktionieren kann – sofern dies denn gewollt ist. Denn Menschen, die im Klima von Angst, Hunger und Unsicherheit aufwachsen, sind schlechter ausgebildet und werden so zu einer beliebigen Manövriermasse für die Profitmaximierung der Unternehmer. Anstatt die Interessen ihrer Wähler zu vertreten, scheint sich die Mehrheit unserer Politiker eben jener dargestellten Zielsetzung verschrieben zu haben. Dabei ist die Überwindung der Gerechtigkeitslücke mit entschlossenen globalen Anstrengungen möglich, wenn die Globalisierung für die Interessen der Weltbevölkerung und nicht bloß für die einiger weniger Reicher genutzt würde! Das Geld, das vom Mi-

litär aufgefressen wird, könnte viel sinnvoller für Bildung und Gesundheit für alle ausgegeben werden!

3. Immer mehr Bremer können Geldstrafen nicht bezahlen! Die Schuldenberaterin Bettina Harsleben berichtet, dass die Ersatzfreiheitsstrafen zunehmen. Die „ Bremische Straffälligenbetreuung“ beobachtet einen skurrilen Fall, bei dem eine Frau wegen mehrmaligen Schwarzfahrens allen Ernstes für 18 Monate im Frauenvollzug am Fuchsberg einsitzt. Die signifikante Zunahme von Ersatzfreiheitsstrafen ist ein Ausdruck der fortschreitenden Armut in unserer Gesellschaft! Armut kann zu Straffälligkeit führen und Straffälligkeit zu Armut. So sitzen zum Beispiel 70 Prozent der Inhaftierten deswegen im Knast, weil sie überschuldet sind und ihre Geldstrafe nicht bezahlen können. Da ein Hafttag die Stadt Bremen pro Inhaftierten über 80 Euro kostet, käme es günstiger, wenn die Mittel zur **Schuldnerberatung** weiter aufgestockt würden!

Es ist insgesamt eine restriktivere Haltung gegenüber den Gefangenen zu beobachten. Das kommt besonders beim Haftausgang zum Ausdruck, wobei manche Haftentlassene während ihrer Strafzeit nie Ausgang hatten. Strenge und Unnachgiebigkeit nehmen immer mehr zu, und in diesem Fall wird nicht alles nur durch die ökonomische Brille betrachtet, denn sonst müsste festgestellt werden, dass anderthalb Jahre Knast für ein paar Male Schwarzfahren doch in keinem Verhältnis stehen! Solange es kein Sozialticket gibt und der Fahrpreis so teuer ist, nicht alle über ein fahrtüchtiges Rad verfügen oder es nicht benutzen können, alt oder körperlich beeinträchtigt sind, so lange sind Mittellose doch geradezu zum Schwarzfahren gezwungen, wenn sie mobil sein sollen, wollen und müssen! Mobilität sollte ein Menschenrecht sein. Das betrifft natürlich genauso die schwachsinnige Auflage der Ortsanwesenheit für Asylsuchende oder Erwerbslose, obwohl dies außer im Rahmen einer Verfolgungsbetreuung keinen Sinn macht!

Ob schon daran gedacht wird, den Schuldturm bald wieder einzuführen? Im späten Mittelalter und zu Beginn der frühen Neuzeit wurde die öffentliche Schuldhaft in ganz Deutschland zur Regel. Sie diente als „Pressionshaft“ der Leistungserzwingung – und nicht, wie vielfach angenommen, der Sanktionierung, da Gefängnisstrafen noch nicht bekannt waren. Teilweise bestand auch die Möglichkeit, seine Schulden abzusitzen. Andererseits werden durch vermehrte Ersatzfreiheitsstrafen die Arbeitslosenstatistiken weiter geschönt. Dieser „Mitnahmeeffekt“ ist nicht von der Hand zu weisen, schließlich verschwindet dann eine Arbeitslose für 18 Monate aus der Statistik! Wäre der Schwarzfahrer ein Politiker, würde sich der Richter beim Begrüßungshandschlag vor ihm verbeugen und den Anzeigenerstatter wegen falscher Beschuldigung und übler Nachrede anklagen. So langsam frage ich mich, ob sich ein echter Demokrat bald nur noch durch einen Gefängnisaufenthalt auszeichnen wird! Hoffentlich bleibt dies nur ein sarkastisches Horrorszenario.

4. Zwangsvollstreckung gegen Jobcenter: Gericht ermöglicht Hartz-IV-Bezieher Pfändung des Behördenkontos! Bei hartnäckiger **Zahlungsverweigerung** können Hartz-IV-Bezieher notfalls auch ein Konto des Jobcenters pfänden lassen. Trotz eindeutigem Gerichtsbeschluss im Eilverfahren weigerte sich das Berliner Jobcenter Pankow, die durch das Sozialgericht Berlin festgesetzten Beträge an einen Berliner Hartz-IV-Bezieher auszuzahlen.

Das Jobcenter war der Ansicht, dass der Beschluss falsch sei, und ging deshalb mit Beschwerde in die zweite Instanz vor das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg. Da diese Beschwerde das Jobcenter jedoch nicht von der sofortigen Zahlungspflicht aus dem Beschluss befreit, beantragte es die Aussetzung der Vollziehung. Obwohl dieser Antrag durch das Gericht umgehend als unbegründet abgelehnt wurde, zahlte das Jobcenter die Hilfe zum Lebensunterhalt noch immer nicht an den Hartz-IV-Bezieher aus.

Deshalb beantragte eine unter anderem auf Hartz IV spezialisierte Rechtsanwaltskanzlei beim Amtsgericht Berlin-Mitte den Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses. Da das Jobcenter auf allen Geschäftspapieren allein eine Bankverbindung bei der Deutschen Bundesbank angibt, beantragten die Rechtsanwälte die Pfändung ebendieses Kontos. Nachdem das Gericht den Pfändungsbeschluss der Berliner Filiale der Bundesbank am vergangenen Freitag zugestellt hatte, wurde der Kanzlei aber überraschenderweise von der Bank mitgeteilt, das Jobcenter Pankow führe keinerlei Geschäftsbeziehung mit ihr.

Immerhin teilte dieses am Dienstag den Rechtsanwälten vorab telefonisch mit, die Hilfe zum Lebensunterhalt werde nun an den Hilfebedürftigen überwiesen. Es ist skandalös, wie mensch als Hartz-IV-Bezieher überproportional um sein Recht kämpfen muss, wenn sich die arge Arge gesetzwidrig verhält! Doch mit Inanspruchnahme von kundiger Hilfe und starken Nerven ist dies möglich.

5. Der Geschäftsführer der Arge Bad Honnef stellte einfach in den Raum, dass die Arbeit der Jobcenter in Zukunft „schwieriger“ würde. Als Grund dafür benennt er die angeblich gesunkenen **Arbeitslosenzahlen** und behauptet, „die übrig gebliebene Klientel“ sei „problematischer“. Die Menschen, die bereits einen neuen Job gefunden hätten, seien leichter zu vermitteln gewesen als diejenigen, die noch vermittelt werden müssten. Dazu zählten zum Beispiel Langzeitarbeitslose oder ältere Menschen, die auch durch lange Schulungen nicht mehr auf den aktuellen Stand des Arbeitsmarkts kommen könnten.

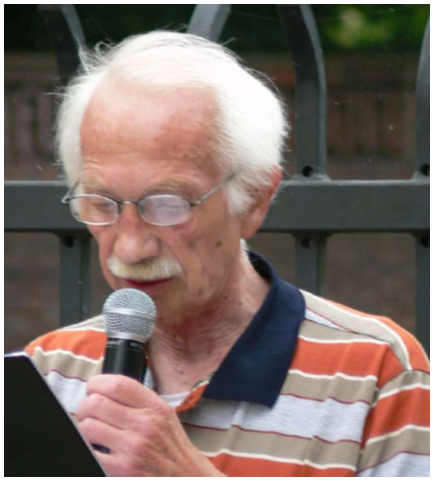
Aber darauf ist diese tolle Arge immens gut vorbereitet! Denn im Vergleich zu anderen Zweigstellen habe man hier genug Zeit, um auf den einzelnen einzugehen, erklärte er. Insgesamt 29 Mitarbeiter stehen hier den 1.217 Arbeitslosen zur Beratung und Vermittlung bereit. Ich denke nicht, dass die Klientel höchstselbst „schwieriger“ wird, sondern die gegebenen Umstände nun einmal so geworden sind, dass es nicht mehr genügend Arbeit für alle gibt! Egal, was unsere Bundeskanzlerin da – unqualifiziert oder absichtlich falsch instruiert – Gegenteiliges

von sich geben mag. An ihrem Alter können die Langzeiterwerbslosen auch nicht „drehen“ – egal wie qualifiziert sie sind, wenn darauf fast nicht mehr geguckt wird.

Das Alter ist verdammt nochmal nicht zwangsläufig ein Handicap, sondern fast immer auch eine Bereicherung wegen der erworbenen Fähigkeiten zu Langmut und Empathie und der Lebenserfahrung überhaupt. Nicht die Klientel wird also schwieriger, sondern ihre Vermittlung, was ihnen aber fast nie selbst anzulasten ist – wenn das „Verfallsdatum“ zur regulären Vermittlung auf den Arbeitsmarkt ab dem 35. Geburtstag abläuft! Es ist zum Kotzen, wie immer wieder neu versucht wird, Einzelne für gesellschaftliche Probleme ganz individuell zur Verantwortung ziehen zu wollen, obwohl sie selbst kein Mitspracherecht bei den Spielregeln bekamen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Soldaten sind Mörder“



Diese Aussage Kurt Tucholskys trifft auch auf die Bundeswehr zu. Im Auslandseinsatz ist sie zu einer Armee von Mördern geworden! Bei Kundus in Afghanistan mussten dieser Tage eine Frau und zwei ihrer Kinder im Kugelhagel deutscher Soldaten sterben. Hat die Familie aus ihrem Auto heraus die Truppe in irgendeiner Weise bedroht? Ganz sicherlich nicht! Da gab es panische Angst, Todesangst, vielleicht auf beiden Seiten. Ab Herbst sollen deutsche Awacs-Aufklärer die US-Streitkräfte beim Morden aus der Luft unterstützen. Berlin will die Truppen weiter verstärken, doch die **Bundeswehr muss raus aus Afghanistan** und aus allen Auslandseinsätzen! Dafür wird am **20. September 2008** in **Berlin** und **Stuttgart** demonstriert. Und jeder Soldat, der desertiert, ist ein Mörder weniger!

Im vorigen Jahr beschloss eine kleine Gruppe von Friedensaktivisten hier an dieser Stelle, Bürgermeister Jens Böhrnsen einen Brief zu schreiben. Darin baten wir ihn, die Aufstellung eines symbolischen Denkmals für Deserteure an der Gefallenen-Gedenkstätte Altmannshöhe zu unterstützen. Der Bürgermeister lehnte mit der Begründung ab, dass es bereits mehrere Deserteursdenkmale in der Stadt gebe. Als sich Böhrnsen im April dieses Jahres positiv in Sachen „ Bunker Valentin“ in Farge äußerte, nahmen wir dies zum Anlass, ihm folgenden Brief zu schreiben:

> „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, das ‚Bremer Friedensforum‘ begrüßt es sehr, dass Sie den U-Boot-Bunker ‚Valentin‘ als nationale Gedenkstätte erhalten wollen. Dabei können Sie mit unserer vollen Unterstüt-

zung rechnen. Wir betrachten diesen Bunker genau wie Sie als ein ständiges Mahnmal an den furchtbarsten aller Kriege in Europa.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir daran erinnern, dass wir nach wie vor an die Aufstellung eines Deserteursdenkmals auf der Altmannshöhe denken – sozusagen als spezifisch bremisches Mahnmal, das dann ebenfalls erhalten werden müsste.

Sie haben uns zwar in Ihrem seinerzeitigen Antwortbrief daran erinnert, dass es bereits mehrere Deserteursdenkmale in Bremen gibt und dabei speziell auf das damals heftig diskutierte Denkmal im Vegesacker Bürgerhaus verwiesen. Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass die bisher errichteten Denkmale doch mehr oder weniger ‚an der Peripherie' und nicht an zentraler Stelle der Stadt zu finden sind. Dies gilt wegen seiner versteckten Lage auch für das Seume-Denkmal am Ufer der ‚Kleinen Weser'.

In diesem Zusammenhang wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die Initiative ‚Bremische Freiheit für Deserteure', der auch Mitstreiter des ‚Friedensforums' angehören, mehrmals an Ihren Vorgänger Henning Scherf mit der Bitte herangetreten ist, die Stadt möge sich für die Aufnahme und Betreuung heutiger Deserteure einsetzen. Leider haben wir dazu damals nichts von ihm gehört. Schließlich waren und sind es die Deserteure, die Sand ins Getriebe aller Kriege werfen und damit zu deren Verkürzung beitragen können. Sie bedürfen unseres Erachtens des besonderen Schutzes und der Würdigung durch die heute Regierenden.

All dies mit der Aufstellung eines Deserteursdenkmals auf der Altmannshöhe und der Schaffung eines entsprechenden Gedenktages zu untermauern und zu bekräftigen, und damit ein deutliches Anti-Kriegs-Zeichen zu setzen, bleibt nach wie vor eines unserer wichtigsten Anliegen. Daher möchten wir Sie bitten, über unsere Ideen noch einmal nachzudenken, unsere Vorschläge wohlwollend zu prüfen und uns zu unterstützen."

Auch auf diesen Brief erhielten wir keine befürwortende Antwort. Wenn wir heute unser Friedensmahnmal trotzdem aufstellen, dann appellieren wir damit zugleich an Senat und Bürgermeister: Wirken Sie dem allgemeinen Kriegskurs besonders hier in Bremen – Stichwort Rüstungsbetriebe – entgegen! Schützen Sie Verweigerer und Deserteure!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe") – Foto: Ekkehard Lentz vom „Friedensforum" mit „Pace"-Fahne, dahinter „Lauter Blech"

„Todesstrafe gefordert": Presse missbraucht Fackelaufmarsch der Neonazis für Hetze gegen die Montagsdemo *(„Weser-Kurier")*

„Keiner hat das Recht zu gehorchen"

Hannah Arendt wurde am 14. Oktober 1906 in Linden bei Hannover in ein sozialdemokratisches, jüdisch assimiliertes Elternhaus geboren und verstarb am 4. Dezember 1975 in New York. Ihr Ausspruch „Keiner hat das Recht zu gehorchen" drängt sich auf, wenn wir an Krieg denken und uns mit Krieg beschäftigen. Ich meine Krieg in jeglicher Form.

Es ist nicht mutig, zu gehorchen. Aber es ist mutig, sich zu wehren! Es ist mutig, Zivilcourage zu zeigen und für Gerechtigkeit einzutreten! Wenn wir heute Deserteure, die Krieg als Mord ansehen, als mutige Menschen achten, dann ist das der richtige Weg, sich mit unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Wenn wir Georg Elser als Held ansehen und ihn rehabilitieren, dann ist das der richtige Weg, die Vergangenheit angemessen zu verarbeiten.

Es ist unsere Pflicht, uns zu wehren! Wenn wir uns bei erlittenen Ungerechtigkeiten durch den Staat gegen dieses Unrecht wehren und dazu gezwungen sind,

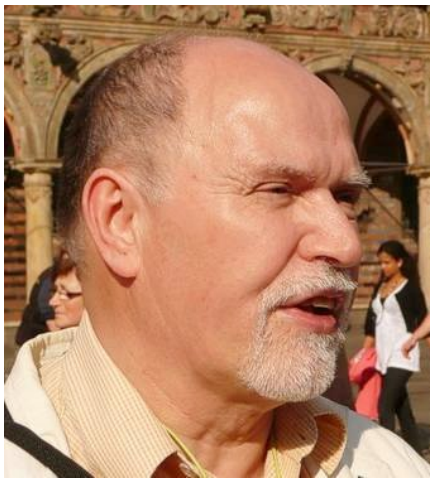
unsere Rechte gerichtlich einzufordern, dann verhalten wir uns richtig. Wenn wir uns nicht kleinmachen lassen, sondern unsere Rechte einfordern, werden wir diese auch erreichen. Zweifel daran und Verzweiflung helfen uns nicht weiter. Mut zur Solidarität ist es, was uns zusammen weiterbringt und uns hilft!

Deserteure sind Einzelkämpfer, Georg Elser war ein Einzelkämpfer. Wir können auch Einzelkämpfer(innen) bleiben, oder wir schließen uns zusammen, verbünden uns gegen die staatliche Ungerechtigkeit und fordern die uns zustehenden Rechte ein. Das wollen wir mit friedlichen Mitteln erreichen, und deshalb ist es unsere Pflicht, nicht zu gehorchen, bevor noch Schlimmeres passiert. Wir sollten uns alle daran orientieren, was Gandhi wusste: Es gibt keinen Weg zum Frieden. Frieden *ist* der Weg!

Gudrun Binder (parteilos)

Zehn Monate in der Todeszelle: Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann kämpft um Rehabilitation *(Ansprache zum Weltfriedenstag, MP3, 3.626 kB)*

Warum müssen Arbeitsplätze für Soldaten besetzt werden?



Am 1. September ist Antikriegstag. Wir sind hier, um dies deutlich zu machen und klarzustellen: Deserteure sind sehr tapfer! Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin! Dies ist lange bekannter Ausspruch. Stell dir vor, es ist Krieg, und alle gehen weg!

Warum haben wir einen so großen „Bedarf“ an Soldatinnen und Soldaten? Der Lissabonner Vertrag, basierend auf der Lissabon-Strategie, hat aus der Verteidigungsarmee Bundeswehr eine Eingreiftruppe für Einsätze in aller Welt gemacht, und nach EU-Planung wird weiter um- und aufgerüstet. Den Einsatzbefehl erteilt die EU. Nur noch bestätigt wird er vom Deutschen Bundestag. Oberbefehlshaber ist grundsätzlich ein Amerikaner. Der jetzige war vorher Kommandeur von Guantánamo!

Möchten Sie so einem Oberbefehlshaber Ihre Tochter, Ihren Sohn anvertrauen? Wie wird ein Mensch Soldat? Bei der Bundeswehr, ganz einfach. Mensch ist arbeitssuchend, hat soeben die 400. Bewerbung ins Nirgendwo geschickt. Oder mensch ist überzeugter Krieger, doch diese zweite Spezies stirbt aus. Also geht mensch zur Bagis, der Bremer Arge. „Ausbildungsstelle? Arbeitsplatz? Ja, gerne! Wo? Bei der Bundeswehr!“, „Studienplatz? Ja, gerne! Wo? Bei der Bundeswehr!“

Mensch zögert: endlich eine Ausbildungsstelle, endlich Arbeit! Nicht mehr hören müssen, wenn die Freundinnen und Freunde in die Disko gehen: „Was können wir dafür, dass du Hartz IV bist?“ Ende der Geldsorgen, Akzeptanz bei der Gesellschaft! Auszug von daheim, denn Ausnahmen von der Regel, bis 25 Jahre zu Hause wohnen zu bleiben, müssen erkämpft werden. Endlich eine Aufgabe! Es gibt viele Argumente, diese Möglichkeit zu ergreifen. Mit der Eingabe „Soldat“ in der „Jobbörse“ der Bundesagentur für Arbeit erscheinen auf vier Seiten überwiegend Angebote der Bundeswehr, für einfache ungelernte Tätigkeiten genauso wie etwa für Elektroniker.

Der Mensch zögert? Die Arge schiebt nach: „Dies ist ein reguläres Arbeitsangebot. Wenn Sie ablehnen, muss ich Sie sanktionieren!“ Es droht eine Kürzung um 30 Prozent von 278 Euro. Die Sanktion kann bis auf 100 Prozent der gesamten Leistung ausgedehnt werden, auch auf die Kosten der Unterkunft. Damit wird Obdachlosigkeit erzeugt! Wer bei seinen Eltern wohnt, kann die anteilige Miete nicht mehr bezahlen. Aber die Öffentlichkeit wird gescheut: „Dies war so nicht gemeint.“ Bei Herstellung von Öffentlichkeit sind solche Ankündigungen „falsch verstanden worden“. Der junge Mensch ist mürbe oder geladen und will akzeptiert werden. Sie oder er unterschreibt bei der Bundeswehr. Natürlich könnte mensch auch den Zivildienst wählen. Die Arge wird trotzdem die Bundeswehrstellen anbieten: Für Zivildienst gibt es bei der Arge kein Angebot!

Für Wehrpflichtige ist der Auslandseinsatz freiwillig. Nehmen wir mal an, es geht um eine Berufsausbildung, freiwillige(r) Zeitsoldat(in) für vier Jahre. Gehen wir davon aus, es läuft alles prima. Die Ausbildung ist umfassend, und die Prüfung zur Gesellin oder zum Gesellen beziehungsweise die Kaufmannsgehilfenprüfung ist bestanden. Der Kampfeinsatz war bisher nur in den Tagesbefehlen präsent. In der heimischen Kaserne wurde jeden Tag die körperliche Verletzung von Soldaten aus Deutschland thematisiert, so „Die Zeit“ vom 17. Mai 2007, also vor der Verschärfung der Situation in Afghanistan. Die Rückkehrer aus den Kampfeinsätzen haben viel zu erzählen. Manche sind sehr stumm. Ich halte die Einschätzung von Bundeswehr-Psychiater Karl-Heinz Biesold für zu bundeswehrfreundlich. Ein Arzt des Marinekommandos Wilhelmshaven hat es so geschildert: „Es gehen Menschen, zurück kommen lebende Leichen!“

Nun ist die Soldatin oder der Soldat reif für die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ oder anderswo, geködert mit einer Auslandszulage. Die Notbremse ziehen und kündigen? Dies ist nicht so einfach. Jetzt aufgrund der vielen Fakten den Wehrdienst verweigern? Das Verfahren dauert, der Marschbefehl droht. Nehmen wir mal an, der Mensch wird von der Bundeswehr „freigelassen“, also unehrenhaft oder aufgrund charakterlicher Nichteignung entlassen. Sie oder er muss sofort zur Arge und ALG II beantragen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Sie oder er hat jetzt die Ausbildung abgeschlossen und die Rechnung der Bundeswehr für deren Kosten (Regress) in der Tasche. Die Arge nimmt den Antrag an und gewährt gekürzte Leistungen: „Sie haben Ihre Arbeitslosigkeit selbst verschuldet!“

Was ist der unehrenhaften oder aufgrund charakterlicher Nichteignung erfolgten Entlassung vorangegangen? Eine Befehlsverweigerung? Eigenmächtige Abwesenheit? Fahnenflucht? Damit sind wir bei dem Deserteur oder der Deserteurin, geschätze 50 Mal pro Jahr! Hier zeigt sich: Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Das Weisungsrecht, hier Befehl genannt, ist nahezu uneingeschränkt. Desertieren, wohin? Ganz Europa liefert uneingeschränkt an Deutschland aus. Amerika? Nein, danke. Selbst Kanada liefert inzwischen die amerikanischen Deserteure ans Messer. Wie lange desertieren? Ein Ende des Kampfeinsatzes ist nicht abzusehen. Deutschland wird noch mehr Soldaten „in die Wüste“ schicken. Wer sich gegen die Einhaltung des Dienstvertrages mit der Bundeswehr entscheidet, ist sehr mutig. Nicht hinzugehen ist hier die Leistung! Wer trotzdem mitmacht, muss wissen: Keiner hat das Recht zu gehorchen! (Hannah Arendt).

Wohin geht die Fahrt mit der Lissabon-Stragie? Der Lissabonner Vertrag verpflichtet zur Erhöhung des Militärhaushalts und auch zu den Hartz-Gesetzen. So werden Arbeitsplätze geschaffen! Hartz IV liefert das Personal dazu. Das bereits jetzt fiktive Vetorecht der Landesparlamente wird aufgehoben. Der Lissabonner Vertrag ersetzt die Landesverfassungen. Die EU bestimmt Einsatzort und Ziel der Militäreinsätze, stets unter dem Oberbefehl eines Amerikaners, überall in der Welt, auch in London oder Paris! Dies ist nicht das Europa, von dem ich träume. Daher nochmals mein Dank nach Irland: Wir haben Zeit gewonnen, nutzen wir diese Zeit! Treten wir den Politikern auf die Füße! Diese Verpflichtung zum Kriegseinsatz wird verleugnet oder heruntergespielt. Wir haben die Bremer Bundestagsabgeordneten angeschrieben und um ein Nein zum EU-Vertrag gebeten. Es bedarf vieler mutiger Menschen und vieler Deserteure, um diese politische Zielsetzung zu vereiteln.

Was ist in Afghanistan los? Warum ist die Verteidigung Deutschlands dort geboten? Die Bundeswehr ist nach Afghanistan marschiert, zur Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte, und wollte den Wiederaufbau Afghanistans betreiben. Die Amerikaner, immer auf der Suche nach den Taliban, haben die weitere Zerstörung Afghanistans in Kauf genommen. Jede(r) Getötete war einfach ein Talib! Die USA haben keine Rücksicht auf die Zivilisten genommen, denn sie konnten keine Unterschiede erkennen.

Jeder Soldat hat Angst um das eigene Leben. Damit wird der Tod des anderen legitim. Oder? Nein! Die strafrechtliche Verfolgung hat die amerikanische Regierung durch einen Vertag mit den jeweiligen Landesregierungen ausgeschlossen, doch vor seinem Gewissen kann niemand davonlaufen! Die Bundeswehr ist jetzt im Kampfeinsatz in Afghanistan, die Luftaufklärung war der Einstieg. Deutsche Soldaten haben jetzt mit Recht Angst um ihr Leben. Selbst wenn die Soldaten körperlich unversehrt zurückkehren, haben sie eine schwere psychische Last zu ertragen.

Warum sind die Amerikaner in Afghanistan, im Irak? Warum unterwerfen wir uns dem Lissabonner Vertrag und der Lissabon-Strategie? Warum sind wir an

diesen Einsatzorten? Wessen Interessen werden gesichert? Warum waren die Amerikaner der Hauptwaffenlieferant für Bin Laden? Warum haben die Amerikaner die von der Bundeswehr „entliehenen“ Soldaten durch verstrahltes Gebiet geschickt? Warum werden Munitionsarten eingesetzt, die diese Gebiete unbewohnbar machen? Warum hängen amerikanische Soldaten Handgranaten an die Türklinken, wenn es um Hausdurchsuchungen geht? Warum beendet eine Behandlung beim Psychiater jede Laufbahnchance beim US-Militär? Warum rekrutiert die amerikanische Armee ihren Nachwuchs aus den Elendsgebieten Süd- und Mittelamerikas? Wer heil zurückkommt, erhält die Einbürgerung, Leichen gehen ans Herkunftsland! Warum unterstützt Deutschland die Diktatur in Usbekistan? Ist ein Nachschubdepot dies wert?

Warum Krieg? Krieg gehört verboten, überall, wo er droht, sagte Eugen Drewermann auf dem Ostermarsch 2008 in Bremen. Warum Krieg? Wer hat den Nutzen, den Vorteil davon? Warum wird die Arbeit gesellschaftlich so hoch angesehen, dass Arbeitsplätze für Soldatinnen oder Soldaten zu besetzen sind? Wir brauchen das gesellschaftliche Umdenken! Keiner hat das Recht zu gehorchen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Ich war freiwillig bei der Bundeswehr, für vier Jahre. Heute würde ich den Wehrdienst verweigern!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Belastung für den Steuerzahler“: Den Regelsatz auf 420 Euro zu erhöhen, würde jährlich zehn Milliarden kosten *(„Spiegel-Online“)*

Reichtum nutzen, Armut bekämpfen: SPD-Linke wollen Agenda 2010 kippen *(„Bild“-Zeitung)*

Ab ins Tierheim: „Wissenschaftler“ wollen Hartz-IV-Regelsatz auf den Bedarf eines Hundes absenken *(„Spiegel-Online“)*

Foren, Hilfe, Netzwerk: Links geprüft *(Bremer Montagsdemo)*

„Dem unbekannten Deserteur“

Am 69. Jahrestag der Beginns des Zweiten Weltkrieg durch das faschistische Hitler-Deutschland fand eine Kundgebung mit anschließender Demonstration zu einem bekannten Bremer „Kriegerdenkmal“ statt. Etwa um die 200 Personen nahmen daran teil. Auch die Initiative Bremer Montagsdemo hatte dazu aufgerufen und nahm teil. Hauptredner war Ludwig Baumann, ein bekannter und im hohen Alter noch engagierter Kämpfer für das Recht auf Desertion.

Von den Nazis noch in die Todeszelle gesperrt, blieb ihm die Hinrichtung erspart, und er konnte gleich nach 1945 mit dem Kampf für die Rehabilitierung für sich und seine Kameraden und Mitkämpfer gegen das Naziunrecht beginnen. Bis heute wird ihnen die Rehabilitierung verweigert: Der reaktionäre Staat hat Angst, dass ihr Beispiel Schule machen könnte. Die Naziverbrecher an allen Ecken und Enden und in der Mitte wurden schon unter Adenauer rehabilitiert. Sie erhielten Renten und Pensionen, während die Opfer bekanntlich weitgehend leer ausgingen. Der Kampf geht auch über den Tod hinaus weiter!

Aber nicht nur die Geschichte stand auf der Tagesordnung, sondern auch die aktuelle Kriegspolitik der Herrschenden. Nach dem Erschießen unschuldiger Zivilisten in Afghanistan durch Bundeswehr-Soldaten wird deutlich, dass sich die deutsche Politik immer mehr in Kampfeinsätze verstrickt. Es wird kein Aufbau im Land betrieben, sondern nur die Ausbildung von Soldaten und Polizisten, die Drecksarbeit für die Imperialisten im von ihnen besetzten Land leisten sollen. So wächst der Widerstand in der Bevölkerung. Das Karzai-Regime verliert aufgrund von Korruption immer mehr an Unterstützung und kann sich nur mittels der ausländischen Mächte über Wasser halten.

Im Kaukasus spielen die Weltmächte – neben den USA die EU und Russland – bereits ein Vorspiel für den nächsten globalen Konflikt um die Neuaufteilung der Welt. Die „Vermittlerrolle“ der EU und besonders Deutschlands ist zu durchsichtig, als dass sie akzeptiert würde. Georgien und der ganze Kaukasus liegen mittlerweile im Brennpunkt geostrategischer Planspiele über die Inbesitznahme der Ölreserven im Iran wie in den zentralasiatische Staaten.

Die deutsche Regierung missachtet Votum und Meinung der deutschen Bevölkerung. Fast 80 Prozent der Deutschen sind gegen jeden Auslandseinsatz. Die Regierung betreibt einerseits eine Verniedlichungspolitik, eine Verschleierung der wirklichen Verhältnisse, um Konflikte mit den USA und anderen Imperialisten zu vermeiden. Darum: Alle deutschen und ausländischen Truppen raus aus Afghanistan und anderswo und Auflösung des ganzen Nato-Systems!

Die Demonstration zur Altmannshöhe, wo in der Nazi-Zeit das „Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs“ errichtet wurde, bildete den Höhepunkt mit der öffentlichen Darstellung des Entwurfs für ein Gegendenkmal des unbekannten Deserteurs. Vom opportunistischen Bürgermeister Böhrnsen war jede Unterstützung mit dem Hinweis verweigert worden, das es in Bremen ja schon Deserteursdenkmäler gebe. Solche sind zwar in Räumen oder an der Peripherie

vorhanden, aber eben nicht genau an der Stelle, wo die reaktionäre Politik und ihre Gewaltstaatsideologie ihr Denkmal haben. Auch dieser Kampf wird weitergehen, bis das „Kriegerdenkmal“ im Sinne der breiten Massen, die immer Opfer werden bei den Gewaltspielen der Reaktionäre, abgerissen ist!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“ – Foto oben, von links: Joachim „Bommel“ Fischer, Otmar Leist (auch unten), Ludwig Baumann. Foto Mitte: Wieland von Hodenberg beim Redevortrag (Hartmut Drewes)

„Ehrenmal“ auf der Altmannshöhe

Am 6. Oktober 1933 beschloss der Bremer Senat, den Bildhauerprofessor Ernst Gorsemann mit der Anfertigung eines Entwurfs für ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen des Ersten Weltkriegs zu beauftragen. Am 25. März 1934 wurde die Bevölkerung zur Errichtung des Ehrenmals aufgerufen. In allen Polizeirevieren lagen vom 22. Mai bis zum 16. Juni Listen mit den Namen gefallener Bremer aus, damit sie gegebenenfalls ergänzt oder berichtigt werden konnten. Im Dezember legte Gorsemann mit dem Architekten Wiebking einen Entwurf vor.

Auf der Altmannshöhe in den Wallanlagen sollte eine Ringmauer aus über Zehntausend Klinkern mit den Namen der Gefallenen errichtet und durch die Aufstellung einer Skulptur ergänzt werden. Am 13. Oktober 1935 fand die Einweihung des Ehrenmals in Anwesenheit von General von Fritsch, Bürgermeister Heider und Landesbischof Weidemann statt. Es weist die Namen von über Zehntausend Gefallenen auf sowie eine Gedenktafel für die namenlosen Gefallenen. Das Bauwerk samt Plastik wurden im Zweiten Weltkrieg beschädigt, aber nach der Befreiung wiederhergestellt. Das Bremer Ehrenmal „Altmannshöhe“ dürfte das größte noch bestehende Namensdenkmal in Deutschland sein.

Aus der Rede von Joachim „Bommel“ Fischer

Führer fordert Ehrengräber: Kauder will Strafanzeige gegen „Deutsche Friedensgesellschaft“ stellen *(„Bild“-Zeitung)*

Putschversuch: Steinmeier will SPD-Spitze „darüber informieren“, dass er Kanzlerkandidat wird *(„Spiegel-Online“)*

Restauration: Münte rettet SPD vor Beck’s Schlingerkurs nach links *(„Spiegel-Online“)*

„Problembär“ abgeknallt: Die Presse der Wirtschaft installiert ihren Wunsch-Kanzlerkandidaten, und die Basis darf Ja sagen *(„Titanic“)*

Hetze verschärft: Fällt Bombenbau unter „Hartz-IV-Missbrauch“? *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

197. Bremer Montagsdemo

am 08. 09. 2008

Danke für das gelungene Fest!

Wieder einmal ist das Fest der Montagsdemo ein voller Erfolg gewesen, auch wenn der Himmel manchmal ein Paar Tränen vergossen hat. Aber was sind schon zwei kurze Schauer gegen eine schöne Feier? Darum bleibt mir auch nur noch eins übrig: Meinen Dank im Namen der Montagsdemo zu sagen. Wir danken allen, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben!

Danke auch dafür, dass man seitens der anwesenden Parteien, Vereine und anderen Gruppen anerkannt hat, dass die Montagsdemo eine überparteiliche Organisation ist – und dass auch niemand daraus politisches Kapital schlagen wollte. Danke dafür, das wieder alles fair und ruhig abgelaufen ist, dass ihr Anwesenden alle fair miteinander umgegangen seid!

Danke auch für die Besucher aus Hannover, die von dieser Veranstaltung begeistert waren. Besonders aber möchten wir uns bedanken für die Livemusik der Gruppe „Zartbitter“, bei Steffi mit ihrer Trompete und nicht zuletzt bei der jungen Dame Gesa. Wir bedanken uns auch besonderst bei unseren edlen Spendern und natürlich auch bei der hervorragenden Bedienung. Danke Elisabeth, Hannelore, Regina, Laila und Anke! Auch an Wolfgang und seine Vertretung danke!

Mein persönlicher Dank geht an Horst Frehe von den Grünen, der sein mir gegebenes Wort gehalten hat, gekommen ist und in seiner kurzen Rede anerkannt hat, dass noch vieles zu tun ist. Als letztes möchte ich mich beim Publikum bedanken, das uns trotz zweier Regenschauer treu geblieben ist und uns nicht verlassen hat. Danke für das gelungene Fest!

Udo Riedel (parteilos)

Bremen ist nicht das Paradies auf Erden

Manche Bremer werden neuerdings glauben, dass wir im Paradies der Sozialdemokratie leben! Nun, da die SPD am Ruder des Senates steht, passieren wunderbare Vorstöße, angefangen mit den neuen Strukturen in der Bildung. Hin zu einer Kita für alle! Aufstockung der Mietobergrenze und der Heizkosten für Hartz-IV-Empfänger! Zuletzt die Initiative für den Mindestlohn in der Zeitarbeit, die im Bundesrat eingebracht werden soll. Auch bekommen nach Forderung von Frau Linnert alle das Recht, ein Girokonto zu führen. Für die am Rande der Gesellschaft Stehenden sind das frohe Nachrichten. Wahrlich paradiesische Zustände

in Bremen! So mag es auf den ersten Blick sein, doch die andere Seite der Medaille sieht weniger schön aus.

Man muss bedenken, dass die SPD nicht die Mehrheit im Bundesrat hat. Also sind die ganzen Initiativen nichts weiter als ein Papiertiger. Es weht schon ein anderer Wind, verglichen mit der Großen Koalition vorher. Doch muss man bei allem Lob auch die ganze Wahrheit sagen: Die eigentlichen Probleme der Stadt schiebt man entweder vor sich her, oder man versucht, sie als Sachzwänge darzustellen. So kommt man bei den Altschulden, der jährlichen Zinsbelastung sowie dem ständig wachsenden Haushaltsdefizit nicht von der Stelle. Nein, diese Probleme wachsen jedes Jahr weiter! Die Grunddaten dürften jeden Bremer bitter bekannt sein: Die Altschulden belaufen sich mittlerweile auf 15 Milliarden Euro. Jeder Bremer ist von Geburt an mit 23.000 Euro verschuldet! Jährlich werden stolze 500 Millionen Euro an neuen Krediten aufgenommen. Das aktuelle Haushaltsdefizit hat eine Höhe von 700 Millionen erreicht, infolge der Zinsbedienung für die Altschulden. Einen Schritt in den Schuldenstaat bedeutete auch die Entscheidung, hier ansässige Firmen nicht mehr zu besteuern. Bremen holt sich die Steuern von den Einwohnern!

Diese drängenden Probleme wurden weder vom Vorgänger angepackt, noch bemüht sich der neue Senat ernsthaft um eine Lösung. Es geht nicht nur darum, eine saubere Bonität für Bremen zu erreichen. Anders als der Idealfall sieht die Realität aus. Durch das Verschleppen der Finanzprobleme werden die Schulden für die heranwachsende und die nächste Generation erdrückend, sie sind es schon jetzt. Am 3. September 2008 traf sich erneut die Föderalismuskommission. Sie ist der letzte Strohhalm für Bremen, damit es nicht in Finanzproblemen absäuft. Es geht dort um die Altlasten, also um Schulden der Länder, die sie alleine nicht begleichen können, sowie um die wachsende Zinsbelastung, die die Haushalte der Länder schwer in Mitleidenschaft zieht. Deren Infrastruktur wird brüchig. Betroffene Länder sind Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen und das Saarland.

Die Kommission traf sich 2008 schon mehrfach in Berlin. Bisher kam ein nur schlechtes Ergebnis heraus. Der Bund gibt 1,2 Milliarden Euro zum Zinstilgen. Das versprach Bundesfinanzminister Steinbrück den klammen Ländern. Er sagte, deutlich mehr sei „nicht drin“, und forderte zu „mehr Eigenanstrengung“ auf. Wenn also alle vier Länder in den Topf greifen – vor allem Berlin, das mit 40 Milliarden Euro noch höher verschuldet ist als Bremen –, bleiben für Bremen nur noch 40 Millionen Euro übrig. Frau Linnert kann diesen Ausgang nicht akzeptieren. Nach dem Treffen sagte sie: „Das Paradies gibt es nicht auf Erden“ – und redete den Status quo schön. Was bleibt ihr auch anderes übrig? Dem „Weser-Kurier“ sagte sie, die Stadt könne nicht Pleite gehen. Bayern müsse den Banken

von jedem Euro Steueraufkommen nur drei Cent geben, Bremen jedoch 17 Cent. Das verdeutlicht, wie groß die Abhängigkeit Bremens gegenüber den Banken ist.

Am gleichen Tag, zu Beginn der Föderalismusreform, tat die „Liberale Gesellschaft“ ihre Meinung kund: Bremen halte doch nur die Hand auf. Die Stadt kümmere sich nicht selbst darum, die Finanzprobleme zu lösen. Die Stadt müsse in dieser Notlage ihr letztes Eigentum verkaufen, also privatisieren. Gemeint sind der Hafen, der Flughafen und die „Gewoba“. Der Verkauf soll zehn Milliarden Euro bringen. Solchen Forderungen widersprach aber der Senat. Dieses Eigentum darf nicht veräußert werden, weil der Hafen eine Gelddruckmaschine ist. Die Stadt kann auf solche regelmäßigen Einnahmen nicht verzichten. So verhält es sich auch mit den Flughafen. Die „Gewoba“ darf ebenfalls nicht in die Händen von Privatinvestoren gelangen, der soziale Wohnungsbau käme sonst total unter die Räder. In einer verarmten Stadt wie Bremen wäre das Sprengstoff. Was also können Bremen und die anderen Länder tun? Ihre Autonomie in der Wirtschaft und im Sozialen verscherbeln? Ein neues Konjunkturprogramm auflegen? Noch mehr sparen?

In Berlin, das in der gleichen Verschuldungsfalle wie Bremen sitzt, wurden schon Wunden geschlagen: Es hat die Berliner Bank verjubelt sowie seine Wohnungsbaugesellschaft. Das brachte aber gar nichts, das Elend wuchs weiter. Berlin ist die Stadt in Deutschland mit der größter Hartz-IV-Rate: Sie beläuft sich auf über 20 Prozent. In dieser fatalen Situation lässt sich schnell erkennen, dass dies eine Rolltreppe abwärts ist, ein Abrutschen der Stadt und der Länder, wie in Bremen jeden Tag deutlich zu beobachten ist. Die Verschuldung der ärmeren Personen steigt enorm. Die meisten Insolvenzen sind private. Der Bremer Knast in Oslebshausen füllt sich immer mehr mit Menschen, die ihre Schulden nicht bezahlen können.

Aktuell steht die Frage des Weiterbestandes der Krankenhäuser auf der Tagesordnung, in Berlin geht es um die städtische Wasserversorgung. Ein weiteres Indiz sind die bundesweit niedrigen Löhne: Nach den USA hat Deutschland das geringste Lohnniveau aller 30 Industrieländer, obwohl es in den USA einen Mindestlohn gibt. Die deutschen und amerikanischen Verhältnisse lassen sich in vielen Punkten vergleichen, schaut man sich etwa das Wachstum der Callcenter an. Unser Bürgermeister Böhrnsen setzt sich für den Weiterbestand des Bremer Callcenters der Telekom ein, obwohl dort das „Hire and Fire“ gilt. Die Callcenter stehen nicht nur wegen ihrer Arbeitsverhältnisse in schlechtem Ruf, sondern auch wegen ihres mitunter kriminellen Umgangs mit persönlichen Daten, wie beim Telekom-Skandal.

Letztlich müssen die Länder wieder die Oberhand bekommen über den Haushalt. Da der Finanzrahmen immer enger wird, muss eine Altschuldenregelung her. Ein Moratorium ist die einzige Möglichkeit, um wieder die Kontrolle zu erlangen über den Kraken Privatwirtschaft und dessen Stütze, die Banken. Ein Schuldenfonds muss her, das ist der eigentliche Knackpunkt. Doch gilt es als aussichtslos, den Berg an Altschulden abzuzahlen. Diese hängen wie ein Damoklesschwert

über der Stadt. Man hat die Länder ganz bewusst in diese Falle laufen lassen, und die Politik war stillschweigend als Gehilfe dabei. Also muss der Senat weder mit den Ländern verhandeln noch mit dem Bund, das ist alles Augenwischerei! Aber Bremen und die anderen kleinen Länder haben nicht das Rückgrat, gegen die Finanzpaläste anzurennen. Es ist kein Geheimnis mehr, dass Bremen längst nicht mehr von der Bürgerschaft aus regiert wird. Die wahren Herren sind die Banken. Das ständige Verschieben einer Lösung der desolaten Finanzlage entschärft kein Problem, sondern verdeutlicht nur das Versagen unserer Politiker. Letztlich wird durch das Weiterrattern der Schuldenuhr für jeden Bremer klar: Die Probleme nehmen zu, und die Verantwortung tragen die Politiker.

Jens Schnitker (parteilos)

Niedriglöhne werden Tiefstlöhne: Die unteren Löhne sind im vergangenen Jahrzehnt um 14 Prozent gesunken *(„Tageszeitung“)*

Rente trotz Durchschnittsverdienst unterhalb der Grundsicherung

1. Am 1. September 2008 war Antikriegstag. Er ist wichtiger denn je: Die Bundeswehr ist weltweit einsatzbereit, und die Bundesregierung ist zur Umsetzung der EU-Anforderungen bereit. Notfalls wird die Bundeswehr angeboten. Kanzlerkandidat der SPD ist nun Herr Steinmeier. Er unterstützt Diktaturen! Für den Nachschub der Bundeswehr hat er die EU-Sanktionen gegen Usbekistan unterlaufen. Wer Herrn Steinmeier wählt, erhält einen Kanzler, der für eigene Interessen Leichen in Kauf nimmt. In Usbekistan kann mensch schnell zur Leiche werden!

Die Banken haben viel Steuergeld erhalten. Allein die Rettung der IKB hat zwölf Milliarden Euro gekostet. Die EU will jetzt von der West-LB zwölf Milliarden Subventionen zurückhaben. Die EZB hat 260 Milliarden Euro für Kredite zur Überwindung der **Finanzkrise** bereitgestellt. Diese werden gegen Sicherheit gewährt, doch dazu werden die faulen Hypothekenpapiere angenommen! 260 Milliarden Euro – dies entspricht dem Volumen des Bundeshaushalts! (Die Aufstockung von Hartz IV auf 420 Euro würde jährlich zehn Milliarden Euro kosten. Dabei weist das IAB auf die „positiven Auswirkungen“ des Kinderzuschlags und der Wohngelder-

höhung hin: Damit wird die Zahl der Kinder in ALG-II-Bezug „geschrumpft“, und dieser Effekt wäre bei einer Regelsatzerhöhung futsch!)

Dies zeigt nur die Spitze des Eisbergs bei der Bankenkrise. Grüne, FDP und „Die Linke“ waren sich über einen Untersuchungsausschuss einig, doch nun macht die FDP einen Rückzieher: Sie möchte an Frau Merkel erst einen Fragenkatalog schicken und nach der Beantwortung über den Untersuchungsausschuss entscheiden. Haben die Banken die FDP an ihr Spendenvolumen erinnert? Letztens war Herr Westerwelle in den Nachrichten zu sehen. Er kam von Frau Merkel. Die FDP fordere einen Untersuchungsausschuss über die Bankenkrise. Demnach waren die Antworten von Frau Merkel nicht ergiebig. Herr Westerwelle hat nicht gesagt, dass ohne seinen Fragenkatalog dieser Untersuchungsausschuss längst seine Arbeit aufgenommen hätte. Frau Merkel hat einige Stunden danach die FDP als Wunschkandidat für die weitere Regierungsbildung vorgestellt. Komisch! Ein Untersuchungsausschuss wird nur möglich, wenn Grüne, FDP und „Die Linke“ gemeinsam den Antrag stellen. Wie viel hat diese Regierung zu verstecken? Beamte erhalten keine Aussagegenehmigung, und die FDP wird „gekauft“!

2. Münte ist zurück! Gemeinsam mit dem Unterstützer der Diktatur in Usbekistan will er die SPD retten. Damit haben wir die blanke Hartz-IV/Agenda-2010-Besatzung beziehungsweise den Rest davon zurück an Deck. Die Agenda 2010 ist Armut per Gesetz, für Arbeiter, Angestellte und Kleinunternehmer! Die Agenda 2010 ist der Abstieg für immer weitere Schichten der Bevölkerung. Diese waren bisher treue Anhänger der SPD. Wenn es den in der SPD noch Verbliebenen nicht gelingt, die Führung zu überzeugen, wird die SPD nach der Bundestagswahl als U-Boot weiterfahren!

Ab 2022 erhalten Neurentner, die einen heutigen Durchschnittsverdienst haben, eine Rente unterhalb der Grundsicherung im Alter. Der sogenannte Eckrentner ist dann als Neurentner auf staatliche Leistungen angewiesen. Berechnungen des „Paritätischen Wohlfahrtverbandes“ zeigen: Schon in 14 Jahren, also 2022, wird, bei Berücksichtigung der Inflation, die Durchschnittsrente auf das Niveau der Grundsicherung absinken. Das würde bedeuten, dass gut zwei Millionen Rentner auf Sozialhilfe-Niveau leben. Der heutige Durchschittsverdienst liegt bei 30.000 Euro jährlich, also 2.500 Euro monatlich. Zehn Euro Mindestlohn ergeben bei einer 40-Stunden-Woche nur 1.732 Euro monatlich!

Wer den Durchschnittsverdienst erzielt hat, erhält für die **Rentenversicherung** einen Entgeltpunkt. Wer nur 75 Prozent verdient hat, erhält 0,75 Entgeltpunkte. Warum ist das so? Die Bundesregierungen haben die Rentenformeln geändert. Walter Riester hat erhebliche Kürzungen zu verantworten, und Ulla Schmidt hat nachgelegt, zum Nachteil der Rentner. Die Rentensteigerungen fallen aus dem gleichen Grund geringer aus. Auch hier wurde die Formel geändert, dadurch wirkt jedes Ein-Euro-Arbeitsverhältnis mindernd auf die Rentenanpassung. Die Regelsätze für ALG II, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und ihre Erhöhungsformeln sind identisch!

Wer heute als Arbeitnehmer seinen Rentenanspruch auf dem Niveau des Jahres 2000 halten will, muss sechs Prozent seines Bruttoeinkommens für eine private Rentenversicherung ausgeben. Auch dies sichert nur ungefähr die Rentenhöhe, ohne die in der gesetzlichen Rente enthaltenen Vorsorgen für die Besonderheiten des Lebens. Ratsam ist es, das Kleingedruckte genau zu lesen. Zeiten, in denen die vereinbarten Beiträge nicht gezahlt werden, vernichten Ansprüche und damit eingezahltes Kapital. Warum das Ganze? Im Lissabonner Vertrag ist die Reduzierung der gesetzlichen Rente auf eine Grundsicherung vereinbart. Die Arbeitgeber sollen so vor einer Steigerung der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung geschützt werden, und die Versicherungsunternehmen erhalten ungeahnte Verdienstmöglichkeiten: Der Monatsbeitrag der Rentenversicherung beträgt 17 Millionen Euro.

Was heißt das, im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein? Wie in der Sozialhilfe muss eventuell vorhandenes Vermögen aufgezehrt werden! Diese reale Grundsicherung hat nichts mit dem diskutierten Grundeinkommen zu tun. Nicht zum Vermögen zählen Beträge bis zu 2.301 Euro bei Alleinstehenden und bis zu 2.915 Euro bei nicht getrennt lebenden Ehegatten oder eheähnlichen Partnerschaften. Übersteigende Geldbeträge und sofort verwertbares Vermögen müssen erst aufgegessen werden, bevor die Grundsicherung zahlt. Selbst die Freibeträge des ALG II gelten hier nicht!

Auch die Eigentumswohnung oder das selbstbewohnte Haus, und sei es noch so klein, führt dazu, dass die Grundsicherung nur als Darlehn ausgezahlt wird. Damit wird sicher vielen Kapitalanlegern geholfen. Bereits auf der Veranstaltung des „Westend Bremen“ anlässlich der „Hartz-Reise“ wurde herausgefiltert: Es gibt mehr Geld als käufliche Gegenstände. Durch ALG II ist das Notverkaufsangebot von Eigenheimen erheblich angewachsen. Die Zahl dieser Notverkäufe wird noch weiter steigen. Die Schnäppchenjäger kann es freuen. Die Arbeiter und Angestellten werden ihrer Lebensleistung beraubt!

Ist diese Zukunft garantiert so? Wollen wir die Zukunft so? Nein! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Möglichkeiten zur Rettung der Renten nennt die „Arbeitnehmerkammer“. Sorgen wir dafür, dass das politische Personal dies liest, umsetzt und damit den Lissabonner Vertrag bricht! Ja zu Europa – aber nicht zu diesem Preis!

3. Der „Weser-Kurier“ berichtet auch über Behördenverhalten. Erst kommt die oder der Betroffene zu Wort, dann eine Beratungsstelle, und das letzte Wort hat die Behörde. Warum? Im „Weser-Kurier“ vom 4. September 2008 hat die AGAB öffentlich gemacht, dass Rentnern und Behinderten vom Amt für Grundsicherung beziehungsweise dem Amt für soziale Dienste zu wenig Geld für die Miete erstattet wird. Die **Mietobergrenzen** wurden zum 1. November 2007 angehoben. Das Amt für Grundsicherung hat dies in den Einzelfällen, die der AGAB vorliegen, nicht umgesetzt. Petra Kodré als Pressesprecherin der Sozialsenatorin sagt dazu, die Verwaltungsanweisung für das Amt für soziale Dienste und das Amt für

Grundsicherung solle im Oktober vorgelegt werden. Bis dahin sollen die Sachbearbeiter(innen) nach der Verwaltungsanweisung für die Bagis handeln. So sei es verpflichtend im Protokoll der Führungsrunde festgelegt. Nach Wahrnehmung der sozialsenatorischen Dienststelle werde dies auch umgesetzt.

Kapp 8.000 Betroffene erhalten Grundsicherung. Jeder Fall werde einmal jährlich „von Amts wegen geprüft“. Damit falle auch auf, wenn zu niedrige Mietobergrenzen anerkannt worden seien, so Frau Kodré. Na klar, diese Menschen können in Ruhe aushalten! Ich finde die Minderzahlung schon empörend, aber noch empörender ist die Vertröstung! Es ist sicherlich kurzfristig feststellbar, wessen Miete nicht voll erstattet wird. Dieser Mensch muss kurzfristig sein Geld erhalten! Grundsicherung ist wie ALG II und Sozialhilfe die unterste Schmerzgrenze! Wie geht Frau Kodré mit den mündlichen Absagen um, mit Menschen, die vorgesprochen haben und mit einer mündlichen Ablehnung wieder gegangen sind? Betroffene, denen nicht die vollen Kosten der Unterkunft, also Miete und Heizung, erstattet werden, kommen einfach zur Bremer Montagsdemo: Wir gehen mit!

Die Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft gemäß § 22 SGB II (also für die Bagis) steht unter „Soziales Bremen“. Dort findet sich kein Hinweis, dass diese Verwaltungsanweisung auch für Leistungen nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter) gültig ist. Auf der Seite „Existenzsicherung/Publikationen“ fehlt zu dem Punkt „Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft nach § 29 SGB XII“ die PDF-Datei. Außerdem ist hier nur eine abgemagerte Form der Verwaltungsanweisung von elf Seiten Umfang veröffentlicht. Die vollständige Verwaltungsanweisung mit 57 Seiten zu den Kosten der Unterkunft steht unter „ Sozialer Lebensbund“, siehe 193. Bremer Montagsdemo.

4. Die **Energiekosten** sind erheblich gestiegen, die Abschläge jedoch meistens unverändert. Daher eine Erhöhung der Abschläge entsprechend den Preiserhöhungen vereinbaren und den neuen Betrag bei der Bagis oder dem Amt für Grundsicherung beantragen. Dies schützt vor unliebsamen Überraschungen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Bergbaurecht kann „strahlend“ sein. Das Atommüllager Asse war dem Bergbaurecht untertan. Man hat gar nicht gemerkt, dass dies ungesetzlich ist: Jeder Rauch- oder Feuermelder, der in einer Fabrikhalle eingebaut wird, braucht für den Betrieb eine atomrechtliche Genehmigung. Asse ist eine Atommüllforschungsanstalt! Der Betreiber hat nicht gegen geltendes Recht verstoßen – nicht gegen geltendes Bergbaurecht! Die Verantwortlichen haben aber gegen jeden normalen Menschenverstand verstoßen. Die Folgen werden hoffentlich nicht weiter unter den Teppich gekehrt. Was bleibt, ist der fade Nachgeschmack!

Hier hat der Staat selbst strahlenden Abfall unsachgemäß behandelt. Wie will er die Sicherheit der Atomindustrie gewährleisten? Einfordern von den Betreibern der Anlagen? Mir kommt die Erinnerung an Atombunker in Hanau und die Pannen von Vattenfall. Jegliche Atomkraft ist abzulehnen! Auch wenn die Förderung der Atomkraft im Lissabonner Vertrag vereinbart ist: Atomkraft, nein danke! Verträge

können geändert werden. Verstrahlung nicht! Dank der irischen Bevölkerung ist dieser Lissabonner Vertrag nicht in Kraft getreten. Keiner hat das Recht zu gehorchen (Hannah Arendt)! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Montagsdemo für die Todesstrafe“

Ich habe eine Weile überlegt, ob ich auf einen am letzten Montag erschienenen Artikel des „Weser-Kuriers“ eingehe oder nicht. Denn auf eine gewollt irritierend und provokativ aufgemachte Meldung muss mensch nicht eingehen; sie wird dadurch nur interessanter und aufgewertet. Aber so geht es nicht! In diesem Fall mache ich eine Ausnahme, weil es sich um etwas Ungeheuerliches handelt. Was hat sich Herr Weise dabei gedacht?

Der „Weser-Kurier“ will mit der Montagsdemo seit vier Jahren absolut und konsequent nichts zu tun haben. Das angeblich „täglich glücklich“ machende Blatt meidet Meldungen und Kontakte der Demo wie der Teufel das Weihwasser. Jetzt war aber schon auf Seite 2 eine Schlagzeile abgedruckt, die das Wort „Montagsdemo“ dick und fett enthielt. Die gleiche Aufmachung fand sich auch in den Regionalausgaben wieder. Es war zu lesen: „Montagsdemo für die Todesstrafe“.

Ich dachte, ich traue meinen Augen nicht! Aber doch: Der „Weser Kurier“ spielt in übelster Bildzeitungsmanier bewusst mit der deutschen Sprache. Diese Schlagzeile war absichtlich so irreführend, diffamierend und sensationsheischend formuliert. Der Bericht hingegen hat nicht das Geringste mit den bundesweiten Montagsdemos zu tun, die jede Woche in vielen Städten Deutschlands stattfinden.

Es handelt sich um einen Artikel über den schrecklichen Tod der kleinen Michelle aus Leipzig. Wer den Artikel gelesen hat, stellt fest, dass der Verfasser sehr konstruiert die Montagsdemo in dieser Schlagzeile untergebracht hat und die Veranstaltung mit dieser Formulierung in einen schlechten, sprich: beängstigenden und radikalen Ruf bringt. Wer hat diese Überschrift eigentlich erfunden? Ist Herr Gärtner – der Berichterstatter – dafür verantwortlich, oder wächst so etwas auf dem Mist von Herrn Weise?

Wir wissen: Es gibt gute und schlechte Journalisten, gute und schlechte Presse, aber auf *dieses* Niveau sollte sich auch eine Regionalzeitung nicht herablassen. Dann landet sie schnell im Geruch eines „Revolverblattes“ und disqualifiziert sich selbst als seriöse Zeitung. Oder meint das „täglich glücklich“ machende

Blatt, dass es mit solchen „unglücklich“ formulierten Überschriften seinen Absatz steigern kann? Ich weiß ein Dauerthema, um das sich unser Lokalblatt gern ausführlich und beharrlich kümmern kann – und als verantwortungsbewusste Presse auch sollte: Das Sozialticket in Bremen und Bremerhaven ist überfällig!

Gudrun Binder (parteilos)

Zehn Monate in der Todeszelle: Auf der letzten Montagsdemo sprach Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann über seinen Kampf um Rehabilitation *(Rede zum Weltfriedenstag, MP3, 3.626 kB)*

SPD schasst Vorsitzenden Beck

Am Samstag, dem 6. September 2008, haben wir ein gelungenes Sommerfest der Bremer Montagsdemo gefeiert – mit einigen Besuchern: So waren auch Mitstreiter der Montagsdemo aus Hannover und ein Freund aus Bremerhaven angereist und trugen zum Erfolg bei. Trotz zweier Schauer wurden alle selbstgebackenen und gegrillten Speisen aufgegessen, und unsere Spendenkasse konnte sich füllen. Lieder von „Zartbitter“, Steffis Trompete sowie „Konservenmusik“ und Udos Moderation brachten den „guten Ton“.

Von den eingeladenen Initiativen und Parteien waren DKP, „Die Linke“ sowie MLPD und ihr Jugendverband „Rebell“ dabei, außerdem der „Umsonstladen Bremen“. Henks Karikaturen gaben den weiteren Rahmen. Horst Frehe von den Grünen war von Udo persönlich eingeladen worden. Sein kurzes Statement, es sei noch viel zu tun auf dem sozialen Sektor – „wir arbeiten dran“ – kann uns aber kaum trösten: Für viele Menschen wird die Situation immer bedrückender!

Am Sonntag kam dann der Hammer: Die SPD schasst ihren Vorsitzenden Beck! Der Basta-Mann und Oberstrippenzieher Schröder hat seine alten Chimären Müntefering und Steinmeier neu gesattelt. Der Blässling und Schröder-Nachmacher Steinmeier, der schon im Zusammenhang mit Murat Kurnaz unangenehm aufgefallen war und sich sonst, wie ein echter Bürokrat eben, immer bedeckt hält, um nicht anzuecken, soll den Kanzlerkandidaten abgeben. Müntefering, der Hartz-IV-Einpeitscher und Leuteschinder, soll als neuer Vorsitzender den Takt angeben. Fehlt nur noch, dass auch Rechtsaußen Clement wieder auf die Bühne geholt wird!

An der Spitze also das Reaktionärste vom Reaktionären, was die SPD zu bieten hat. Das kann keinen hinterm Ofen hervorlocken, wieder diese Partei zu wählen! Oskar Lafontaines „Linke“ hat die SPD im Saarland bereits hinter sich gelassen. Wann die Wahlen genau sind, weiß noch keiner. Ich denke, dass alle, die etwas verändern wollen, bereit sein müssen, baldmöglichst in die Offensive zu gehen! Die bundesweite **Montagsdemo-Bewegung** ruft auf zur **Großdemonstration** am **8. November 2008** in **Berlin**. In acht Wochen also fangen wir den Wahlkampf an: Nein zu allen Hartz-IV-Parteien! Mobilisiert alle, die was verändern wollen!

Jobst Roselius

Eine Medienkampagne zum Durchsetzen von Gesetzesänderungen

1. Der Gesetzgeber arbeitet an einer weiteren **Verschärfung der Hartz-IV-Gesetze**, die den nichts Gutes ahnen lassenden Titel „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ trägt. Der diesbezügliche Referentenentwurf befindet sich seit längerer Zeit im Gesetzgebungsverfahren. Es ist zu befürchten, dass neben den bereits zu Papier gebrachten Änderungsvorschlägen auch weitere Verschärfungen zulasten der Betroffenen vorbereitet werden. So beginnt kurz vor der Verabschiedung dieses Gesetzes eine Medienkampagne, die keine Hetz- oder Diffamierungsmöglichkeit ausspart. In vorderster Front kämpfen hier „Blöd“-Zeitung und Sat1 mit seiner Sendung für Gehirnamputierte „Gnadenlos gerecht – Sozialfahnder ermitteln“.

Sie machen sich Vorurteile und Feindbilder der Gesellschaft zunutze und vertiefen so ganz bewusst deren Spaltung noch weiter. Man versucht, den Zorn der Verängstigten und Verlierer auf diejenigen zu lenken, denen es noch schlechter geht, oder man sät Hass auf Minderheiten, die sich nicht wehren können. Bei den Rechtsextremisten und Neonazis sind das „die Ausländer“, bei „Blöd“ eben „die Hartz-IV-Abzocker“. Natürlich muss Betrug bekämpft werden. Aber „Blöd“ geht es nicht um Missbrauchsbekämpfung, sondern darum, vom ärmlichen und erbärmlichen Schicksal von Millionen ALG-II-Beziehern und ihrer Familien abzulenken. Es soll unter der Hand der Eindruck vermittelt werden, als würden massenhaft Arbeitslosengeldbezieher einem Luxusleben frönen und diejenigen, die zu niedrigsten Löhnen arbeiten müssen, verhöhnen.

Es verwundert mich immer wieder, dass die Bevölkerung noch nicht bemerkt hat, dass die Gesetzesänderung nicht etwa Folge von Missständen ist, die die Medien aufzeigen, sondern dass die Medienkampagnen der Durchsetzung von Gesetzesänderungen dienen und die Realität zu diesem Zweck vollkommen verzerrt dargestellt wird. Die Medien arbeiten dem Gesetzgeber intelligent zu, die Bevölkerung wird manipuliert, was das Zeug hält, und alles „nur“, um die Rechte von Hartz-IV-Beziehern weiter drastisch zu beschneiden und ihnen durch die Hintertür ihre gesetzlich verankerten Grundrechte auszuhöhlen! Dabei wird vergessen, dass diese Grundrechte geschaffen wurden, um den Bürger auch vor Missbrauch durch den Staat zu schützen, wie es ihn im Dritten Reich gegeben hat.

Dieser Schutz wird durch die weiteren Verschärfungen jetzt für alle Betroffenen weiter eingeschränkt werden. Dabei kann man bereits an der Anzahl der bei den Sozialgerichten anhängigen und zu einem hohen Prozentsatz für die Betroffenen erfolgreich abgeschlossenen Verfahren ersehen, dass die Betroffenen eines wirksamen Schutzes wirklich bedürfen. Es ist richtig, dass viele Verfahren gewonnen werden, weil die Behörde die Formalien nicht beachtet hat. Hierbei handelt es sich keineswegs um Kleinigkeiten, sondern fast immer um existenzielle Entscheidungen oder Bescheide. Oft wird erst durch das Urteil des Gerichtes durchgesetzt, dass das Gesetz auch für ALG-II-Bezieher anzuwenden ist, dass Leistungseinstellungen nicht einfach beliebig als Sanktionsmittel zu missbrauchen sind!

2. Es wird mal wieder mit Atombomben auf Spatzen geschossen, wenn Arbeitsminister Scholz noch härter gegen den angeblichen **Missbrauch** bei Hartz IV vorgehen will. Unter anderem beabsichtigt er, eine schärfere Kontrolle der Arbeitsfähigkeit von Hartz-IV-Beziehern durchzuführen. Hierbei sollen insbesondere die Krankmeldungen besser kontrolliert werden. Wie soll ein Sozialfahnder den gesundheitlichen Zustand eines ALG-II-Beziehers kontrollieren können? Werden hier neuerdings nur noch „Ärzte im Außendienst“ eingesetzt? Oder soll jetzt bei einer Arbeitsunfähigkeit ein zweiter Arzt diesen Tatbestand bestätigen müssen? Gehört das dann zur Kostendämmung im Gesundheitswesen? Oder wird Kranksein jetzt bereits als Missbrauch bewertet? Was in aller Welt ist denn dann erst Leben?

Es ist auch typisch, was damit suggeriert wird, dass nämlich Krankheiten bei Hartz-IV-Beziehern grundsätzlich als *Fakes* zu betrachten sind. Das kommt den Stammtischen wieder mal schwer entgegen. Auch der Zoll soll besser ausgestattet werden, um Schwarzarbeit noch besser aufdecken zu können. Im Vordergrund stünden für ihn dabei vorgeblich eine erstklassige Arbeitsvermittlung und eine bessere Qualifizierung Arbeitssuchender. Unglaublich, aber Scholz sagte, dass er für den Herbst „weitere Erfolge“ am Arbeitsmarkt erwartete. Mir ist nicht ganz klar, mit welchen neuerlichen Rechentricks er innerhalb einer Dekade Vollbeschäftigung erreichen können will. Aber die nächste Bundestagswahl kommt bestimmt...

3. Derweil geht auch die Debatte über die angemessene Höhe des Hartz-IV-Satzes weiter. Im Moment lässt sich wunderbar genau die perfide Manipulation bei der Stimmungsmache gegen die Erwerbslosen nachvollziehen. Erst wird in bestimmten Intervallen die enorm hohe Kinderarmut in Deutschland beklagt und von allen Seiten nachgerechnet, dass und warum das ALG II nicht existenzsichernd ist. Und wenn dann eigentlich die Umsetzung dieser Erkenntnis zu höheren Regelsätzen führen müsste, wird von zwei Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlern eine ultra-schwachsinnige, aber brandgefährliche „Studie“ auf den Markt geworfen, dass der Satz bei Hartz IV viel zu hoch sei und im Modellfall ein „gesundes, rational handelndes Individuum“, frei von Sucht- oder anderen Erkrankungen oder Behinderungen, neben den Kosten für die Wohnung mit 132 Euro monatlich auskommen, ja sogar leben könne.

Ob hier jetzt wohl eine neue arische Rasse gezüchtet werden soll? Sollen wir uns von nun an von frisch gepflückten Brennnesseln ernähren? Oder kann mir mal jemand verraten, in welchem Fantasialand es ein Bett mit Lattenrost für 99 Euro, Bettwäsche für 5,99 Euro, ein Unterhemd für einen Euro und ein Paar Socken gar für 33 Cent zu kaufen gibt? Bekommt mensch in dem Kino mit dem Eintrittspreis von 1,50 Euro einen ganzen Werbefilm gezeigt oder gleich ein kleines Büchlein als Daumenkino leihweise in die Hand gedrückt? Sollten jetzt etwa nahezu acht Millionen Menschen gezwungen werden, minderwertige Kleidung zu kaufen, die keine lange Haltbarkeit hat? Dem Menschen muss die Freiheit bewahrt bleiben, zumindest im Bekleidungsbereich nicht auf gebrauchte Artikel zurückgreifen zu müssen!

Davon abgesehen lasse ich mein Leben bestimmt nicht von einem Dippel-Kaufmann ökonomisch bewerten. Ich bin doch keine Ware! Diese Studie dient nur einem Zweck, nämlich den gewachsenen Druck für eine dringend nötige **Regelsatzerhöhung** wieder abzubauen! Jetzt heißt es außerdem noch, dass ein niedrigerer Regelsatz die Arbeitslosigkeit weiter senken würde! Wieso halten zwölf Millionen Betroffene eigentlich noch immer die Füße still? Der Direktor des „Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts“, Thomas Straubhaar, erdreistet sich zu der Behauptung, dass die Höhe der Sozialleistungen bestimme, ab welchem Lohn ein Mensch bereit sei zu arbeiten. Es ist eine Frechheit, unnachgiebig weiter zu behaupten, dass die Erwerbslosen sofort Arbeit fänden, wenn sie es denn nur wollten, sobald sie durch zu niedrige Transferleistungen zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden können. Wie soll man zur Annahme von etwas gezwungen werden, das es nicht gibt, nämlich ordentliche Arbeitsplätze?

Der Sozialforscher Meinhard Miegel bläst mit seiner Behauptung, höhere Sozialleistungen wären kontraproduktiv und würden nur die „Anreize“ erhöhen, nach Deutschland einzuwandern und keine Arbeit aufzunehmen, ins gleiche Horn. Außerdem „rät“ er zu einem „kritischen Blick“ auf die seiner Ansicht nach „weithin glorifizierte“ Lebensform der Alleinerziehenden. Diese stellten ebenfalls einen hohen Anteil der Einkommensschwachen. Er halte es für falsch, die Konsequenzen des Zerfalls dieser Familien auf den Staat abzuwälzen. Er verlangt, über die Kos-

ten dieser Alimentierung müsse offen gesprochen werden. Sollen jetzt vielleicht die Kinder von erwerbslosen Alleinerziehenden zur Adoption freigegeben werden, damit der Staat nicht für sie aufkommen muss? Leider gibt es im deutschen Strafrecht keinen Paragraphen, der den Tatbestand „Aufruf zu Sklaverei“ behandelt. Bevor „Fachleute“ und sogenannte Politiker irgendwelche wirren Vorschläge machen, sollten sie erst einmal nachsehen, ob diese überhaupt legal sind!

4. Mit einem „Energiesparbonus“ will Bundeswirtschaftsminister Michael Glos erreichen, dass Verbraucher ihre **Stromkosten** um bis zu bis 340 Euro jährlich senken können. Mit einem Zuschuss von 150 Euro sollen Verbraucher dazu bewegt werden, Stromfresser gegen moderne und sparsame Herde, Kühlschränke, Waschmaschinen oder Trockner auszutauschen. Dies habe nachhaltigere Wirkungen als Sozialtarife oder Steuersenkungen, erklärte Glos gestern in Berlin. Selten habe ich größeren Blödsinn gelesen. Denn von Sozialtarifen oder einer Begrenzung der Profitmaximierung der Stromerzeuger hätten auch diejenigen etwas, die am meisten unter den mörderisch hohen Stromrechnungen zu leiden hätten. Wenn die Regelsätze für ALG-II-Bezieher schon nicht zum Leben ausreichen, kommt es einer finanziellen Katastrophe gleich, wenn mal der Kühlschrank oder, noch schlimmer, die Waschmaschine kaputtgeht.

Weil die einmaligen Beihilfen durch das menschenverachtende Hartz IV abgeschafft wurden, muss dann „einfach nur“ ein neues Haushaltsgerät her, das selbstverständlich nicht viel kosten darf. So ist es also überhaupt nicht die Frage, ob Menschen dazu bewegt werden können, energiesparende Geräte anzuschaffen, sondern was sie sich momentan leisten können. Von Hartz IV lässt sich real nichts ansparen! Von daher ist es eine infame Lüge zu behaupten, dass dieser sogenannte „Energiesparbonus“ besser sei als ein Sozialtarif. Dennoch kann die Regierung nach außen hin so tun, als ob sie sich wirklich Gedanken darum mache, wie sie ihrer Bevölkerung helfen könne, die explodierenden Energiekosten zu bezahlen. Herausgekommen ist eine ebensolche Mogelpackung wie bei der geplanten Erhöhung des Kindergeldes und des Kindergeldzuschusses. Beide Maßnahmen werden an den ärmsten und bedürftigsten Kindern vollkommen vorbeigehen.

Den Kindern von Hartz-IV-Beziehern wird ihr Kindergeld zu 100 Prozent auf ihren ohnehin schon viel zu mageren Regelsatz angerechnet, sprich: davon abgezogen. Ein höheres Kindergeld würde ihnen also keinen einzigen Cent mehr bringen! Den Kindergeldzuschuss können auch nur die Eltern nutzen, die über ein geringes Einkommen in einer ganz bestimmten Höhe verfügen. Mittels dieses „Synergie-Effektes“ können davon einige wenige Eltern aus der Klasse der Working Poor profitieren. Gleichzeitig fallen sie nicht in Hartz IV, womit auch die Arbeitslosenstatistik aufgehübscht werden kann und wir der Vollbeschäftigung im Niedriglohnbereich immer näher kommen! Wer arbeitslos ist, der soll Freiwild bleiben, rechtloser Paria – das passt dann ganz wunderbar zu dem Ausspruch von

Franz Müntefering vor zehn Monaten, dass wer nicht arbeitet, auch nicht zu essen brauche!

5. Seit einer Woche gehöre ich selbst zu den in **Vollzeit** arbeitenden ALG-II-Beziehern. Ich mache mein Anerkennungsjahr als staatlich geprüfte Erzieherin in einem Kindertagesheim in der Neustadt. Ich finde, dass ich zu beneiden bin, weil ich in einer Einrichtung arbeiten darf, in der ein sehr angenehmes Betriebsklima herrscht, mit netten, offenen und wohlmeinenden Kolleg(inn)en und liebenswerten, manchmal aber auch anstrengenden kleinen Kindern. Ich komme bereitwillig in diese Einrichtung, weil ich mich auf meine Arbeit freue, gerne mit solch authentischen jungen Menschen zusammen bin und an ihren Einfällen, ihrer Entwicklung teilhaben kann. Ich schätze die Gespräche mit den Kolleg(inn)en, das Gefühl, angenommen und gebraucht zu werden. Das hat nicht jede(r)!

So freue ich mich, den vielen Horrorgeschichten über die Zwangsarbeit, in die viel zu viele Hartz-IV-Bezieher gesteckt werden, auch mal eine positive Geschichte entgegensetzen zu können. Zu bemängeln habe ich allerdings, dass in Deutschland, speziell in Bremen, Erzieher(innen) grottenschlecht bezahlt werden. Dabei übernehmen wir mit der Arbeit an sehr jungen Menschen eine enorm verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe, die finanziell nicht wertgeschätzt wird! Ich werde mein Bestes geben, wenn ich versuche, mein Wissen, meine Empathie und meine Lebenserfahrung, auch durch die Erziehung meiner eigenen Kinder, mit einfließen zu lassen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ein Satz, zwei Lügen: Putschmeier und Müntekahlschlag „haben die Sozialdemokratisierung Europas hinbekommen“ *(„Spiegel-Online“)*

„Adolf Nazi war ein charismatischer Redner“:
Schmidt-Schnauze ist das auch *(„Linkszeitung“)*

Verschaukelt, missbraucht und gedemütigt

Erst ein schönes Sommerfest, dann der Peitschenknall bei der SPD. Zur 197. Montagsdemo in Bremen am 8. September 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz kamen über 40 Personen. Höchst lebendig ging es zu. Viele teils sehr spontane Redebeiträge gaben ein Bild von der Gefühlslage vieler Menschen, die sich von diesem Staat, dieser Regierung und dieser Bürokratie verschaukelt, miss-

braucht und gedemütigt fühlen. Kommt alle her! Die Montagsdemo ist das Forum, um die Missstände anzuprangern und die Menschen wirklich aufzuklären!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

198. Bremer Montagsdemo am 15. 09. 2008

Brückensong

1. (Kata)Strophe:
Unter Bremer Brücken sollt ihr pennen
Eure Sozialverpflichtung kennen
Nicht dauernd zu den Ämtern rennen
Und ständig wegen Wohngeld flennen!

2. (Kata)Strophe:
Unter Bremer Brücken sollt ihr pennen
Euren sozialen Status kennen
Möglichst täglich euch einen brennen
Und euch von Aufstiegshoffnung trennen!

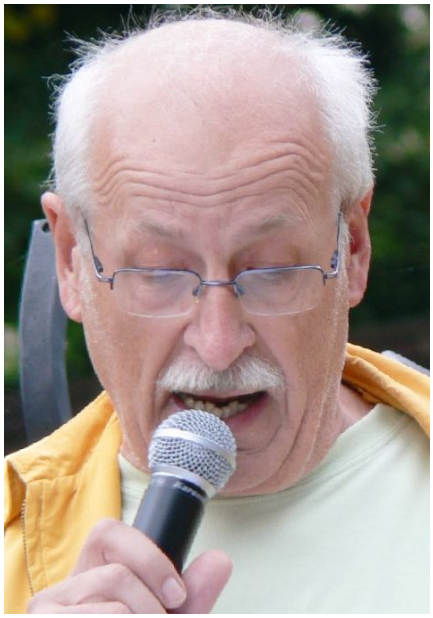
Postkarten von Henk „Skurrilio“ Dijkstra (parteilos) mit diversen absurden Hartz-IV-Motiven sind zum Preis von einem Euro auf der Montagsdemo erhältlich

Schwarzer Montag: US-Regierung lässt viertgrößte Investmentbank des Landes in die Pleite rasseln *(„Spiegel-Online“)*

Die Politik gegen das Volk abwählen

Die „Linken“ seien keine Demokraten, so die Aussage von Herrn Dr. Rösler, FDP, zitiert aus dem „Weser-Kurier“ vom 15. September 2008. Was Herrn Wulff betrifft, lesen Sie doch bitte selber nach, ich möchte so eine Aussage nicht kommentieren. Demokratie heißt: Das Volk entscheidet! Bei vielen Menschen hat sich ein falsches Demokratieverständnis breitgemacht. Wie heißt es doch so schön: Die sogenannten Volksvertreter machen sowieso das, was sie wollen. „Können sie auch“, ist die Meinung der meisten Bürger, „ich gehe nicht mehr zur Wahl!“ In meinen Augen ist das allerdings die falscheste aller Maßnahmen. Wir sollten im Ge-

genteil alle zur Wahl gehen und diese Herrschaften, die uns das Leben schwermachen, ein für alle mal ganz demokratisch abwählen!



Der Satz „Das Volk entscheidet“ stimmt leider nicht, denn die Mehrheit der Bevölkerung wollte keine Privatisierung von bestimmten Unternehmen, sie wollte solch eine Gesundheits- und Rentenreform nicht, auch keine Billiglöhne und vor allem nicht von den Politikern hinters Licht geführt werden! Wer eine Politik gegen den Willen des Volkes macht, sollte sich fragen lassen, ob er wirklich demokratisch handelt und nicht nur mit den Fingern auf andere zeigt. Wer gegen den Willen der Bevölkerung verstößt, handelt mit Vorsatz und muss abgewählt werden, ganz demokratisch! Es hilft auch nicht, die Spitzen der Parteien mit anderen Leuten zu besetzen, wie es jetzt bei der SPD geschah. Da sollte man auch eher auf den Rat der gegnerischen Partei hören! Wie sagte doch Herr Lafontaine: „Solange die Umstände beziehungsweise die Gesetze, die zur Armut führen, nicht geändert werden, so lange werden *wir* profitieren.“ Wenn das keine Hilfe „durch die Blume“ war, was dann? Aber von den „Linken“ nehmen wir natürlich keine Lehren an, wir bleiben lieber unserer Linie treu und hoffen auf Einigkeit durch den sogenannten Fraktionszwang!

Der Untergang der SPD begann mit der Entfernung vom Sozialstaat, und wenn „Willi“ noch da wäre, würde er euch schon die Leviten gelesen! Da er das aber nicht mehr kann, macht es nun der Bürger. Dann viel Erfolg zur Bayernwahl! Noch ein Tipp von einem Rentner: Das ganze Theater würde aufhören, wenn man die Koalition sofort verlässt. Dann gewinnt zwar die CDU die nächste Wahl, aber die SPD gewinnt wieder an Profil und ist wahrscheinlich auch eine gute Opposition. Dem Volk würde es auch zugute kommen. Die CDU wird die nächste Wahl sowieso gewinnen, denn wie sagt man doch so schön: Die Linken haben ein Talent, sich selbst zu zerfleischen. Ob der Wähler diesmal genau aufpasst, wen er wählt? Wie sagte doch ein Sprecher in der „Tagesschau“: „Zwei Millionen Arbeitsplätze sind neu entstanden, aber die meisten leider nur im Billigsektor.“

Udo Riedel (parteilos)

Links wirkt: Kurz vor den Landtagswahlen erhöht die Stadt München den Hartz-IV-Regelsatz auf 372 Euro *(„Erwerbslosenforum“)*

Volksvermögen wird geplündert: Bush will der Finanzwirtschaft Hunderte Milliarden Dollar an Steuergeld in den Rachen werfen *(„Focus“)*

Unvorstellbare Gräueltaten der Soldaten aus demokratischen Ländern

1. Am 1. September 2008 war Antikriegstag. Die Bundeswehr hat inzwischen weitere Verluste zu beklagen. Sieht der Dank des Vaterlandes *so* aus? Natürlich kann mensch sich darüber streiten, ob ein Badeunfall eine **Hinterbliebenenversorgung** auslöst. Nur im Einsatzgebiet ist selten eine Absicherung durch eine Lebens- oder Unfallversicherung möglich. Hier ist die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers Bundeswehr weiter zu fassen! In Jugoslawien war ein Schützenpanzer der Bundeswehr von der Straße abgekommen und eine Böschung heruntergefallen. Die Hinterbliebenen eines Soldaten haben erfolglos auf Hinterbliebenenversorgung geklagt.

Das Versorgungsamt lehnte ab, weil dies ein Unfall *ohne* Feindberührung war. Vor dem Einsatz hatte der Soldat versucht, eine Lebensversicherung abzuschließen. Aufgrund des bevorstehenden Auslandseinsatzes lehnte die Versicherungsgesellschaft diesen Antrag ab! Ein privater Arbeitgeber, der Kraftfahrer beschäftigt, muss für diese Fahrzeuge eine Vollkaskoversicherung abschließen, um seine Mitarbeiter vor Regressansprüchen zu schützen. Arbeitgeber, die diesen Versicherungsschutz nicht herstellen, müssen ihre Mitarbeiter so stellen, als ob dieser Versicherungsschutz gegeben sei. Die Arbeitsgerichte haben so entschieden, weil Autoführen eine gefahrgeneigte Tätigkeit ist. Daraus abgeleitet muss die Bundeswehr für umfassenden Schutz der Soldaten besonders in Einsatzgebieten sorgen. Da die Bundeswehr insgesamt keine Versicherungen abschließt, muss die Bundeswehr selber die Deckung gewährleisten!

Im „Weser-Kurier“ vom 13. September 2008 stand die Geschichte eines Rückkehrers aus dem Irak. Seine Frau sagt: „Er konnte wunderbar albern sein. Der verdammte Irak, er hat die Seele aus ihn herausgesagt und mir eine leere Hülle zurückgegeben, einen Alkoholiker noch dazu.“ Verschärft wird die Lage noch dadurch, dass das Versorgungsamt diese Arbeitsunfähigkeit nicht akzeptiert. 2.772 Dollar monatliche Rente würde Josh Runner erhalten. Jetzt leben sie von 1.000 Dollar Krankengeld des vorherigen Arbeitgebers. Dies reicht nicht, um die monatlichen Raten zu bedienen (650 Dollar für das Haus, 400 für das Auto). Diese Krankengeldzahlung wird demnächst eingestellt. Sie fürchten um ihr Haus. Sein Arzt sieht keine Hoffnung. Bei einer Fehlzündung nimmt er volle Deckung. Unter einem Karton auf der Straße vermutet er einen Sprengsatz. Jegliche Abweichung von der Norm erzeugt erheblichen Stress mit unkontrollierbaren Reaktionen. Auf

der Bowlingbahn setzt er sich nicht, solange andere stehen. Nie dreht er Menschen den Rücken zu.

Es gibt kein Schlüsselerlebnis für diese Belastung. Es war von ersten bis zum letzten Tag eine einzige Hölle. 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche konnten Geschosse einschlagen. Da waren die Kinder, die auf die Humvees der Amerikaner zuliefen, weil sie Süßes wollten – und überrollt wurden, wenn sie Pech hatten. Die Parole für diesen Einsatz als Vergeltung nach dem 11. September 2001 lautete: „Halunken in den Hintern treten“ Die Soldaten haben sich den falschen Hintern vorgenommen. Sie werden verheizt! Sie sind ebenso Opfer des „9/11“ wie die Menschen in den Türmen, im Irak oder in Afghanistan.

Über 80 Prozent aller Amerikaner sind der Meinung, dass der offizielle Untersuchungsbericht zu „9/11“ falsch ist. Schaut selber im Netz! Es ist erwiesen, dass der Kriegsgrund für den Irak-Krieg durch die Anfertigung von gefälschten Papieren und wunschgemäßen Berichten geliefert wurde. Trotzdem wird weitergemordet, im Irak, in Afghanistan und anderswo, zum privatem Vorteil der Clique um Bush. Herr Bush hat eine weitere Verschärfung der Lage befohlen! Die nette Umschreibung lautet: „Bush gibt grünes Licht für Bodeneinsätze in Pakistan“. Dieses Land hat verhalten auf Grenzüberschreitungen der US-geführten Truppen aus Afghanistan reagiert. Pakistan möchte Auskunft. Scheinbar ist der Einsatzbefehl von Bush dort noch nicht wahrgenommen worden! Wenn Pakistan sich wehrt, haben die US-geführten Truppen, zu denen auch die Bundeswehr gehört, ein erhebliches Problem. Ob Deutschland gefragt wurde? Wetten, dass nicht einmal auf der politischen Ebene informiert wurde? Die Bundeswehr ist im Kampfeinsatz! Wofür? Wo bleibt da der Frieden?

Die unvorstellbaren Gräueltaten der Soldaten aus den demokratischen Ländern und die Auswirkung der Uran-Munition werden viel Hass erzeugen! Nicht die Vermeidung von Terror wird erreicht, sondern die Bereitschaft zum Terror als Vergeltung. Mindestens 38 Menschen wurden inzwischen in Pakistan getötet, das macht circa 100 Erzfeinde für die US-geführten Truppen! In dieses den Soldaten befohlene Verhalten der demokratischen Staaten im Irak, in Afghanistan und anderswo passt auch der Umgang des Versorgungsamtes mit den Kriegsrückkehrern! Mit Herrn Steinmeier werden diese Kriege nicht zu beenden sein. Deutschland hat sich im EU-Vertrag zur Lieferung von Soldaten verpflichtet! Herr Steinmeier unterstützt Diktaturen, die Kriegsherde von morgen!

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur **Demonstration** in **Berlin** am **Samstag** unter dem Motto „**Bundeswehr raus aus Afghanistan!**“, das sicherlich um ein „und anderswo“ zu ergänzen wäre. **Busse** fahren ab Bremen um **6 Uhr** vom **ZOB**. Fahrkarten gibt es beim „Bremer Friedensforum für **20** und **15 Euro** (ermäßigt), erhältlich bei Margot Konetzka, Telefon 352 253, oder Ernst Busche, Telefon 355 816. – Eine „**Mahnwache zur Rüstungshochburg Bremen**“ veranstalten „Bremer Friedensforum“ und „Deutsche Friedensgesellschaft“ am **Freitag**, dem **19. September 2008**, von **13 bis 14 Uhr** vor dem „Kapitel 8“ an der **Domsheide**. Die Bundeswehr sitzt mit ihrer Wehrdienstberatung in der Großen Sortillienstra-

ße 60. Oberleutnant Grimm, abschließen und zurück in die Kaserne, marsch, marsch! Keiner hat das Recht zu gehorchen (Hannah Arendt)!

2. Herr Ackermann hat sich bei der Postbank eingekauft und hofft auf ein baldiges Ende der **Finanzkrise**, so der „Weser-Kurier“ vom 11. September 2008. EZB-Präsident Trichet glaubt im Gegensatz zu Deutsche-Bank-Chef Ackermann nicht an ein baldiges Ende der weltweiten Finanzkrise. Ohne die Rettungsaktion des US-Finanzministers für die beiden Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac würden wir uns in einer anderen Welt befinden; auch europäische Kreditgeber wären betroffen. Trichet mahnt zu Wachsamkeit. Auf der gleichen Seite ist die Schieflage von Lehmann Brothers beschrieben, der viertgrößten US-Investmentbank. Sie erlitt einen Rekordverlust von 2,8 Milliarden Euro im dritten Quartal 2008 und will Konzernteile verkaufen. „Es ist unklar, ob die amerikanische Regierung Lehman Brothers hilft. Viele Analysten an der Wall Street glauben, dass mit Rettungsaktionen Schluss sein müsse. Das Schatzamt hat schon so viele Belastungen für den Steuerzahler übernommen, dass es nicht mehr die Kapazität hat, die Lasten von Lehman zu übernehmen“, sagte ein Analyst.

Womit rechnet Herr Trichet? Mit der vorstehend genannten Überlastung des amerikanischen Schatzamtes? Nein, diese Notlage war in dem Artikel überhaupt noch nicht erwähnt. Wie wird Europa reagieren, wenn das amerikanische Schatzamt die Unterstützung versagt? Eine große Bankpleite reicht! Womit rechnet Herr Trichet? Mit der Ehrlichkeit der Banken? Wohl kaum! Erst ein Liquiditätsmangel bringt die Verluste an die Öffentlichkeit. Daher wachsam sein und den Kollegen auf die Schliche kommen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos, oder es einfach sein lassen! Diese Rettungsaktionen nutzen nur Menschen mit viel Geld. Die EU nutzt die Chance: Das deutsche Bankensystem mit drei Säulen soll schon lange gekippt werden. Private Banken sollen auch Sparkassen und Landesbanken kaufen können. Die raffsüchtigen Spekulationen der Landesbanken haben diese Flanke verwundbar gemacht. Die Kreditverkäufe der Sparkassen und die damit verbundenen Ungereimtheiten lassen an der Schutzwürdigkeit mancher Sparkassen zweifeln!

Wenn die West-LB nicht bald auf sicheren Beinen steht, hat die EU das deutsche Drei-Säulen-Modell gekippt. Der Steuerzahler hat bereits zwölf Milliarden Euro für diese Sicherheit gezahlt. Viele Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz verloren. Wenn die Sparkassen als Anteilseigner nicht nachlegen, wird die West-LB privatisiert, wahrscheinlich mit nochmals viel Steuergeld als Brautschmuck! Allerdings ist dies nicht der erste „Sündenfall“: Die IKB als Tochter der KfW ist ebenfalls eine staatliche Bank gewesen und wurde an einen Finanzinvestor verkauft. Die HSJ Nordbank ist ein Zusammenschluss der Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein. Der bisherige Abschreibungsbedarf beträgt 1,8 Milliarden Euro, so der „Weser-Kurier“ vom 9. September 2008. „Die Krise wird sich noch mindestens 18 Monate bis ins Jahr 2010 hinziehen“, meint Bankchef Hans

Berger. Er weiß bestimmt, was die Bank noch im Keller hat! Die HSH baut 150 Arbeitsplätze ab: Die Spielkasinos werden verkauft.

Soweit bis Sonntag, den 14. September 2008. Aktuell hat das US-Schatzamt entschieden, keinerlei Unterstützungsleistungen für Lehman Brothers zu übernehmen. Die Bank hat Schutz vor den Gläubigern beantragt und wird Insolvenz anmelden. Die Niederlassung in Deutschland wurde von der Bafin sozusagen beschlagnahmt, um die Vermögenswerte zu sichern. Die EZB hat weitere 30 Milliarden Euro für den Kapitalmarkt bereitgestellt, zusätzlich zu den bisherigen 260 Milliarden. Die Deutsche Bank hat mit neun anderen Banken einen Feuerwehrfonds aufgelegt, Volumen: 70 Milliarden Dollar. Die Beteiligten können sich kurzfristig bedienen. Die Bundesregierung räumt ein, dass diese Krise sich über das Wachstum auch im Bundeshaushalt niederschlagen könnte. Gesagt hat das ein Sprecher von Finanzminister Peer Steinbrück. Der Name wurde in der Nachricht nicht genannt. Verschwiegen wurde, dass Deutschland bereits circa 100 Milliarden Euro für die Rettung der Banken ausgegeben hat. Deutschland hat alle Register gezogen, damit nur ein Teil davon aus dem Haushalt ersichtlich ist. Hierzu gehören etwa Neugründungen und Auslagerungen nach Irland, Forderungsverzicht, reduzierte Gewinnausschüttung von Bundesbeteiligungen oder Aussageverbot für Beamte, siehe vorherige Bremer Montagsdemos!

3. Jetzt komme ich zum **Lissabonner Vertrag** – nein, auch bei den Punkten 1 und 2 liegen die Ursachen und Rahmenbedingungen schon in der Lissabonner Strategie! Viele sagen, Deutschland müsse es ja nicht so machen, wie es im Lissabonner Vertrag steht. Doch die EU droht Deutschland mit Klage und Strafgeld in Millionenhöhe, weil Deutschland es nicht so macht, wie die EU möchte! Das VW-Gesetz wurde nach Aufforderung der EU geändert, die Neufassung von der EU jedoch nicht akzeptiert. Deutschland wurde zur Korrektur aufgefordert, und jetzt wird mit Klage und Strafgeld gedroht. Das VW-Gesetz wird im Widerspruch zur Freiheit des Kapitalverkehrs gesehen, die im Lissabonner Vertrag garantiert ist! Kein Staat darf den Kapitalverkehr einschränken. Damit haben die Heuschrecken eine sichere Basis! Laut einem Statement zur Finanzkrise und zu demokratischen Alternativen vom Juni 2008 möchte „Attac“ diesen freien Kapitalverkehr einschränken. Dieser Lissabonner Vertrag muss geändert werden!

4. Für die Sanierung der **Kliniken** wurde Herr Diethelm Hansen eingekauft. Der hat einfach Personalabbau durch auslaufende Arbeitsverträge verordnet. Mitarbeiter und Betriebsrat haben verdeutlicht, dass dies nicht geht. Trotz Maulkorb für die Mitarbeiter(innen) hat sich gesunder Menschenverstand herumgesprochen! Herr Hansen will jetzt externe Unterstützung, ein Gutachten soll her. 700.000 Euro will Herr Hansen dafür bezahlen lassen, damit er nicht selber planen muss! Hat Herr Hansen keine Ahnung von Personalplanung und davon, wie interne Ressourcen genutzt werden?

Sozialsenatorin Rosenkötter hat mit dem Personal kein glückliches Händchen! Sie hat ein erhebliche Defizit im Haushalt ihres Ressorts. In der Vorlage für die Sitzung der Sozialdeputation waren circa 11,2 Millionen Euro als nicht erwartetes Minus genannt, das im senatorischen Haushalt nicht ausgeglichen werden kann. Die Überschreitung der Personalausgaben von 2,8 Millionen Euro wird mit anderen Haushaltsansätzen auf 1,5 Millionen reduziert. Soweit die Vorlage. Einige Stunden später heißt es, allein das Minus im **Sozialressort** betrage nach jetzigem Stand rund 38 Millionen Euro! Der Controllingbericht wurde veröffentlicht. Von 11,2 plus 1,5 gleich 12,7 auf 38 Millionen Euro, innerhalb weniger Stunden! Controlling dient eigentlich zur Kontrolle bereits feststehender Fakten. Fehlt es an einer aussagefähigen Buchhaltung? Ist Frau Rosenkötter eine unglückliche Personalentscheidung?

Frau Linnert, es wird Zeit für die **Haushaltssperre!** Die ausstehenden Änderungen zur Anpassung an das Bundesrecht für die ALG-II-, Sozialgeld- und Grundsicherung-Betroffenen wird noch erhebliche unabwendbare Ausgaben verursachen und das Haushaltsloch im Sozialressort vergrößern. Die Mietobergrenzen und die Deckelung der Heizkosten sind unakzeptabel und nicht gerichtsfest. Selbst bei diesen verminderten Ansprüchen werden die Betroffenen übervorteilt! Bei „Gewos“ wird die Kasse klingen: Frau Rosenkötter hat erneut ein Gutachten zu den Kosten der Unterkunft in Auftrag gegeben. Warum eigentlich? Hoffentlich wird nicht wieder nur ein nicht gerichtsfester Bericht daraus, so wie beim letzten, dem zweiten Mal, der aber 30.000 Euro kostete. Hat Bremen diese „Schlechtleistung“ voll bezahlt? Weil Bremen es so wollte?

Nicht einmal die Urteile des Bundessozialgerichts wurden richtig berücksichtigt. Der Auftragnehmer „Gewos“ ist offenbar auch nicht zertifiziert, jedenfalls steht kein Zertifikat auf der Internetseite mit der Kundenliste. Wie viel Steuergeld hat die Ratlosigkeit des politischen Personals schon verbrannt? Finanzsenatorin Linnert möchte auch zusätzliches Geld für die Gesundheit der Beschäftigten im „Siemenshochhaus“ ausgeben. Eine neue Arbeitsgruppe soll es richten, dabei hat doch erst die „Bauabteilung“ des Senats mit dem Eigentümer einen Vergleich über das Wohlbefinden der Mitarbeiter in diesem Gebäude getroffen. Bremen hat erheblich draufgelegt! Wieso muss erneut nachgebessert werden? Hat Bremen einen Regressanspruch, oder ist es der Vermieter, der diesmal die Kosten übernehmen muss? Die Arbeitsgruppe muss sich sputen, bevor die Haushaltssperre greift!

Bolivien ist weit weg. Dort droht eine Auseinandersetzung zwischen armen und reichen Provinzen zu eskalieren. Die Provinzen mit Bodenschätzen möchten den anderen weniger, möglichst nichts abgeben. Die Menschen aus den armen Provinzen wollen sich ihren Anteil holen. Es sollen gleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen möglich sein. Ist Bolivien wirklich so weit weg? Ja! Wir haben Hoffnung auf eine gütliche Einigung und die Einhaltung der „Spielregeln“ durch den Senat und die anderen Bundesländer. – Bürgermeister Böhrnsen setzt sich lobenswerterweise für die Arbeitsplätze bei der Telekom ein. Er erinnert den Kon-

zern an die regionalpolitische Verantwortung. Jens Schnitker hat bereits auf die Scheinheiligkeit hingewiesen, dass Herr Böhrnsen sich nicht zur Verantwortung der Freien Hansestadt Bremen für ihre Kliniken und die dort erforderlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekannt hat. Dies fehlt!

5. Auch die **Rente mit 67** steht in der Lissabonner Strategie und damit im Lissabonner Vertrag. In der „Mitteilung der Kommission über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 bis 2005“ heißt es auf Seite 53:

> „Die Reformen zielen auf die Zusammenhänge zwischen Rentensystemen und Arbeitsmarktentwicklung. Mehrere Mitgliedstaaten haben sich um mehr Transparenz und bessere Arbeitsanreize bemüht, um den Zusammenhang zwischen dem Rentensystem und der Arbeitsmarktentwicklung in mehrfacher Hinsicht zu verbessern. Im Zuge ihrer Bemühungen um eine engere Verknüpfung von Rentenbeiträgen und -ansprüchen will die österreichische Regierung alle Rentenversicherungssysteme harmonisieren und ein integriertes einheitliches Rentensystem einführen; dabei wird auch über die Einrichtung persönlicher Pensionskonten nachgedacht. In Italien will die Regierung den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung für neu eingestellte Arbeitskräfte absenken. Griechenland führt die Errichtung eines einheitlichen Sozialversicherungssystems mit einer einzigen Verwaltungsbehörde fort, wobei für alle Arbeitnehmer einheitliche Konditionen, Anspruchsvoraussetzungen und Rentenberechnungsmethoden eingeführt werden sollen.
>
> Um die Erwerbstätigenquoten bei älteren Arbeitnehmern zu heben, müssen Anreize für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt beseitigt und Anreize für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben geschaffen werden. In Österreich werden Vorruhestandsregelungen allmählich abgeschafft. Sowohl die französischen als auch die österreichischen Reformen haben die finanziellen Anreize für Arbeitnehmer, auch nach Erreichen des Rentenalters erwerbstätig zu bleiben, gestärkt. In Frankreich haben die Arbeitgeber Anreize erhalten, ältere Arbeitskräfte einzustellen beziehungsweise sie nicht zu entlassen oder zum Eintritt in den Ruhestand zu anzuhalten. Durch die französische Reform wurde der gleichzeitige Bezug einer Rente und eines zusätzlichen Erwerbseinkommens erleichtert. In Deutschland wurde eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters vorgeschlagen, während die italienische und die portugiesische Regierung eine Altersrentenberechnungsmethode einführen wollen, die bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gewisse Nachteile vorsieht.“ – Es lohnt sich, auch die Seiten davor und danach zu lesen!

Die Veröffentlichung der Bundesregierung erfolgte ohne jeglichen Hinweis auf die Verpflichtung im Lissabonner Vertrag, ebenso diejenige des DGB! Warum werden nicht Ross und Reiter genannt? 70 Prozent aller Entscheidungen werden „in Eu-

ropa“ getroffen. Unser politisches Personal muss diese Vorgaben umsetzen oder kündigen! Keiner hat das Recht zu gehorchen!

6. Das ehemalige Bergwerk Asse darf nicht mehr besichtigt werden. Die Anwohner protestieren gegen die Gefährdung durch das **Atommüllager** und die von dort ausgehenden Transporte. Die SPD möchte keinen Asse-Ausschuss: Es sei sowieso schon alles bekannt. Das Thema ist vom Tisch! Ich glaube, dies sind zwei Irrtümer. Den Wunsch der SPD kann ich verstehen: Fraktionschef Jüttner war Umweltminister in Niedersachen. Er ist persönlich für einen Teil dieser laienhaften Handhabung von Atommüll verantwortlich! Die Union will trotzdem nicht von der Atomkraft lassen: Die Atomkraftwerke sollen länger laufen. Der Vorteil für die Konzerne beträgt 50 Milliarden Euro. Davon sollen 40 Milliarden in einen Fonds zur Senkung der Stromkosten fließen. Kauder, vergiss es! Verstrahlung ist nicht rücknehmbar! Es geht anders! Die EU hat sich im Lissabonner Vertrag zur Förderung der Atomkraft verpflichtet, ohne vorherige Abstimmung. Keiner hat das Recht zu gehorchen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die Dachorganisation der Erwerbsloseninis wird wieder aufleben!

1. Die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“ rappelt sich wieder hoch! Am 12. und 13. September 2008 fand hier in Bremen – im „Linkstreff“ am Buntentorsteinweg – ein Bundestreffen der Koordinierungsgruppe statt, auf dem nach dem Insolvenzantrag erste Weichen für eine Neugründung gestellt wurden. Zu diesem Zweck wird vom 7. bis 9. November 2008 eine Fachkonferenz aller Erwerbsloseninitiativen in der Jugendherberge Meppen in Ostfriesland stattfinden. Bis dahin sollen der Entwurf einer neuen Satzung sowie Eckpunkte für eine neue Vereinsstruktur erarbeitet werden. Die bisherigen Betätigungsfelder werden zusätzlich auf die Bereiche „Prekär Beschäftigte“ und „Bezieherinnen und Bezieher des Kindergeldzuschlages“ ausgedehnt.

Es wurden bereits Hunderte von Unterschriften gesammelt, und es gab zahlreiche Solidaritätsbekundungen aus den Initiativen, aus Kreisen der Gewerkschaften und der Wohlfahrtsverbände. Um der Sache weiteren Schwung zu verleihen

und dabei mit Nachdruck auf die absolute Unverzichtbarkeit einer bundesweiten Dachorganisation verstärkt hinzuweisen, läuft die Unterschriftenkampagne noch bis Ende September weiter. Bis dahin bleibt die Geschäftsstelle in Frankfurt auf jeden Fall geöffnet. Wie es mit dem Insolvenzverfahren weitergeht und wie die späteren Rückzahlungsmodalitäten aussehen sollen, hängt zum großen Teil vom guten Willen der zuständigen Richterin ab. Nach Einschätzung des Vorstandes stehen die Chancen für einen Neuanfang recht gut, und soeben ist auf der Website des Vereins auch eine entsprechende Erklärung erschienen. Es gibt nach dem Bremer Treffen die einmütige Auffassung, dass die **BAG-SHI** auf jeden Fall – unter welchem künftigen Namen auch immer – wieder aufleben wird!

2. „Wie steht es derzeit um die **SPD**?“ lautet dagegen die „Frage der Woche“ in der „Kreiszeitung Syke“ vom 13. September 2008. Die SPD ist, so wie sie jetzt ist, ein „Auslaufmodell“. Es soll uns doch niemand weismachen wollen, dass diese Partei des Sozialkahlschlags, der maßlosen Begünstigung der Großkonzerne, der Aufrüstung und des Kriegskurses durch einen Personalwechsel an der Spitze wieder an allgemeiner Beliebtheit zunehmen würde. Mit Aufrüstung und einem hemmungslosen Kriegskurs ist sie zu Zeiten des Ersten Weltkrieges schon einmal auf den Bauch gefallen! Haben die älteren „Genossen“ das schon vergessen?

Die Herren Müntefering und Steinmeier stehen ja nicht gerade für einen Kurs der sozialen Gerechtigkeit und einer friedlichen Innen- und Außenpolitik, was beide unter der Kanzlerschaft Schröders zum Schrecken unzähliger Menschen hinreichend bewiesen haben. Es bleibt also bei „schlechtem Wein aus alten Schläuchen“! Die Mitglieder sowie die Wählerinnen und Wähler sind ihnen nicht ohne Grund in Scharen davongelaufen und werden dies auch weiterhin tun. Die SPD ist wie ein Vogel, der sich selbst entleibt: Der linke Flügel fehlt schon ganz. Eine Partei, die sich nur noch mit dem rechten Flügel fortzubewegen gedenkt, muss zwangläufig abstürzen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die SPD hebt ihre Agenda-Scharfmacher erneut auf den Schild

Merkel und Tiefensee brüsten sich, die angekündigte Fünf-Euro-Bahnpreiserhöhung in langen Gesprächen mit Mehdorn rückgängig gemacht zu haben. Die Fakten sind anders: Wochenend- und Ländertickets kosten nach wie vor am Schalter zwei Euro mehr, der „Dauerspezialtarif“ sogar fünf Euro. Vor allem jedoch bleibt es, trotz märchenhafter Gewinne, bei der Preiserhöhung ab 14. Dezember um 3,9 Prozent!

Jetzt kommt statt weiterer Bedienzuschläge am Schalter der „Rabatt“ für den Kauf am Automaten oder im Internet – bei gleichzeitiger Verteuerung. Insbesondere ältere Leute, die mit Automaten und Internet nicht klarkommen, werden weiterhin zusätzlich „abgezogen“! Derweil treiben Bahnchef und Regierung mit aller Macht die Privatisierung voran: 300.000 Arbeitsplätze sind so schon verschwunden. Alle neuen Lokführer werden von der neue „DB Bahnservice GmbH“ eingestellt und erhalten statt 17,10 Euro Stundenlohn nur noch 12,56 Euro inklusive aller Zuschläge – andere Jobs entsprechend noch viel weniger!

Die SPD hat jetzt die Agenda-Scharfmacher Müntefering und Steinmeier auf den Schild gehoben, und Alt-Kanzler Schmidt wettert, die Agenda sei noch nicht weit genug gegangen. Klar, worauf das zusteuert! Dabei scheint es an Geld nicht zu fehlen: Für eine amerikanische Pleite-Bank wird kurzfristig und nicht zum ersten Mal ein Fonds von 30 Milliarden aufgelegt. Wer bezahlt das wohl? Am **8. November 2008** ist eine gute Gelegenheit, bei der **Großdemo** gegen die Regierung in **Berlin** mit diesen Raubrittern abzurechnen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Strategie und Taktik der internationalen Revolution können nicht aus bürgerlicher Literatur abgeleitet werden: Die Sozialdemokratie scheut offene Auseinandersetzung und sucht mit Intrige und Verleumdung ihre Ziele durchzusetzen *(„Rote Fahne News“)*

Wozu höhere Bildung für die unteren Schichten?

1. So langsam lässt es sich nicht mehr „überschweigen“, dass **Zeit- und Teilzeitarbeit** auf dem Vormarsch sind, jeder Vierte keinen „normalen“ Job mehr hat und die regulären Jobs zunehmend verdrängt werden. Wie das Statistische Bundesamt letzte Woche in Wiesbaden mitteilte, nahm der Anteil von Arbeitsmarktexperten als „neu“ oder auch „atypisch“ (also prekär) bezeichneter Beschäftigungsformen um acht Prozentpunkte auf 25,5 Prozent zu. Von den insgesamt 7,7 Millionen sogenannten prekär Beschäftigten arbeiteten knapp fünf Millionen in Teilzeit.

Auch Zeitarbeit wird immer weiter ausgebaut: 610.000 Zeitarbeiter 2007 bedeuteten skandalöserweise eine Verdreifachung im Vergleich zu 1997. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben Frauen offenbar die schlechtesten Karten: 38,4 Prozent haben keine feste Vollzeitstelle. Auch der Anteil junger Menschen bis 24 Jahre unter den prekär Beschäftigten hat sich auf knapp 40 Prozent fast verdoppelt. Den Hartz-Gesetzen haben wir es zu verdanken, dass sich die staatlich verordnete Armut langsam, aber sicher überall ausbreitet, so wie damals die Pest. Sind die Deutschen zu „verBIL-Det“, um dies zu begreifen?

So wollen uns die Statistiker auch allen Ernstes weismachen, dass nicht jeder Job in einer Zeitarbeitsfirma, einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Beschäftigung zwangsläufig einen prekären Arbeitsplatz mit einem höheren Armutsrisiko bedeute. Angeblich solle es sich da auch um absichtlich gewählte Arbeitsverhältnisse handeln können, mit denen die Arbeitnehmer berufliche oder persönliche Interessen besser kombinieren können. Die Betonung liegt bei „freiwillig“! Wes Brot ich ess, des Lied ich sing – oder hab keine Ahnung von diesen Ding?

2. So ist es nur folgerichtig, dass Deutschland „immer weiter zurückfällt“, dass der „Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs kaum noch zu decken“ ist. Deswegen hat die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ sechs Wochen vor dem groß angekündigten Bildungsgipfel von Bund und Ländern dringenden Handlungsbedarf angemahnt. Danach fehlen besonders Jungakademiker in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen, aber auch Mediziner und Lehrer. Der Anteil junger Menschen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss am Altersjahrgang stieg in Deutschland zwischen 2000 und 2006 zwar von 18 auf 21 Prozent. Währenddessen war er in den OECD-Staaten aber auf 28 Prozent gestiegen. Zugleich sinken auch noch die **Bildungsausgaben** entgegen dem OECD-Trend. Während noch 2006 im OECD-Durchschnitt 56 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium aufnahm, waren es in Deutschland nur 35 Prozent. Kein Wunder bei den hier herrschenden Bedingungen!

Aber was erwarten die Politiker denn? Wenn von klein auf ausgesiebt, die Bevölkerung systematisch verarmt wird, jetzt sogar Studiengebühren erhoben werden, ja, wie sollen dann noch Kinder aus nicht begüterter Herkunft sich bilden und studieren können, ohne bereits am Berufsanfang für lange Zeit verschuldet zu sein, so sie denn einen Job ergattern können, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht? Genügend Akademiker kann es logischerweise nur geben, wenn die Bildung schon den Allerkleinsten ermöglicht wird, also durch kostenlosen Kindergarten, gemeinsame Ganztagsschule für alle bis zur zehnten Klasse, mit kostenlosem Mittagessen für die finanziell Schwachen, mit individueller Unterstützung

und Sprachförderung. Für die Ausbildung von Hochqualifizierten wird jedenfalls viel zu wenig getan, und von allein wachsen die klugen Köpfe nicht nach. Sie lassen sich auch nicht problemlos mal eben im Ausland unterweisen und von ferne rekrutieren, nur um die Wissensvermittlungskosten im eigenen Lande zu sparen. Solange unsere sogenannten Experten und unsere Politiker immer nur das gleiche Süppchen nach demselben Rezept kochen und ihnen dabei nur Gerichte von gestern einfallen, kann sich unmöglich etwas zum Positiven hin verändern.

Dann liegen die Gehälter von Frauen mit Hochschulabschluss im Schnitt 42 Prozent unter denen von Männern. Ja, gibt's das noch, im Jahre 2008? Das bedeutet ja, dass Männer mit akademischer Ausbildung fast doppelt so viel wie Frauen verdienen! Immer noch oder schon wieder, weil uns Frauen unsere Gebärfähigkeit bestraft wird beziehungsweise weil wir unsere Erziehungszeiten für die gemeinsamen Kinder nur negativ bewertet bekommen, statt dass sie ihrer gesellschaftlichen Bedeutung nach auch finanziell wertgeschätzt werden? Leider erfahren auch junge Frauen erst mit Eintritt in die Mutterschaft, dass die Emanzipation noch lange nicht da angekommen ist, wo sie sein sollte, nämlich bei der Gleichbehandlung der Geschlechter. Erst als Mütter, die nach der Erziehungszeit wieder in den Beruf zurückwollen, werden sie bemerken, was läuft, wie viele Stöcke ihnen zwischen die Beine geworfen und um wie viel schlechter sie entlohnt werden!

3. Am Ende der Grundschulzeit steht eine folgenschwere Entscheidung an, weil die Kinder irgendwie in das dreigliedrige deutsche **Schulsystem** hineingepresst werden müssen. Mit ihrer Beratungsfunktion spielen die Lehrer nicht zum letzten Mal Schicksal, wenn sie über die weitere Schullaufbahn nach bestem Wissen und Gewissen und streng nach Noten und Eignung des Kindes entscheiden. So weit die Theorie – die Praxis sieht da ganz anders aus. Eine Studie der Mainzer Gutenberg-Universität bestätigt nun, worauf Bildungsexperten seit Jahren hinweisen: Aufs Gymnasium schaffen es in erster Linie die Privilegierten, nämlich Kinder gut betuchter Akademiker. Schüler aus einer niedrigen sozialen Schicht haben weitaus schlechtere Karten beim Schulübergang, und zwar auch bei gleicher Leistung.

Unser Schulsystem produziert Verlierer, die sich dann vor allem an den Hauptschulen wiederfinden. Nach der Studie erhält fast die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse falsche Schulempfehlungen. Dass die Lehrer arme Kinder zu selten ans Gymnasium lassen, ist ein bildungspolitischer Skandal, weil hier glasklar eine soziale, besser: finanzielle Auslese stattfindet, ein perfides Schülerlotto! Bei gleich guter Schulnote (2,0) erhielten nur drei von vier Kindern aus der niedrigsten Einkommens- und Bildungsgruppe eine Empfehlung für die höchste Schulausbildung. Dagegen sollten von den Kindern mit wohlhabenden und gebildeten Eltern 97 Prozent aufs Gymnasium – so gut wie alle also. Ich brauche eigentlich gar nicht zu erwähnen, dass Oberschichtkinder fast nie auf die Hauptschule kommen und dass die Schulempfehlung – ob nun richtig oder falsch – fast immer Realität wird!

Was sollen finanziell arme Kinder auch an höheren Schulen? Die Klassenreisen können sie sowieso nicht bezahlen, und wenn sie noch mehr Wissen anhäufen, haben die Beamtenkollegen in der argen Arge beziehungsweise der Bundesagentur für Arbeit noch mehr Arbeit – also denken wir an die Zukunft und halten das ganze „Pack“ dumm! Die Selektion ist nicht wegzureden. Viele verlieren darüber die Lust am Lernen, und schon können sie mit dem Schulstoff nicht mehr mithalten. Unser Schulsystem ist total krank! Wie sagte der deutsche Pädagoge und Kinderrechtler Ekkehard von Braunmühl noch so treffend: „Kinder wollen nicht auf das Leben vorbereitet werden, sie wollen leben.“

4. Mit einem Service der besonderen Art macht die Barmer von sich reden: Auf ihrer Website bietet die Ersatzkasse Arbeitgebern vorformulierte Musterbriefe für **Abmahnungen** an. Bis vor kurzem konnten Interessierte dort sogar einen Kündigungsvordruck für Schwangere herunterladen. In der Liste finden sich allerdings auch Mustertexte, die über die alltägliche Kommunikation mit den Angestellten und der Regelung ihrer gesundheitlichen Anliegen hinausgehen, etwa Vordrucke zur Abmahnung bei „unentschuldigtem Fehlen“, „Nichtvorlage der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung“ oder „unerlaubter Nebentätigkeit“. Die Barmer leistet auch Hilfestellung, wenn es um außerordentliche Kündigungen geht.

Bis zum Dienstagmorgen konnten Interessierte dort sogar Vordrucke zur Kündigung werdender Mütter oder Schwerbehinderter herunterladen. Eigentlich sollte es sich bei den Ersatzkassen doch um Einrichtungen handeln, auf die sich die Versicherten in ihrer Not verlassen können! Uneigentlich scheinen diese jedoch die Not von werdenden Müttern erst zu verursachen. Das Letzte, was Arbeitnehmer gebrauchen könnten, ist ein Ratgeber, mit dessen Hilfe der Arbeitgeber sein Disziplinarsystem effektiv gestalten kann! In Deutschland Kinder zu bekommen, ist mit gewissen Risiken verbunden, ganz besonders für die werdenden Mütter – und auch für ihren Nachwuchs, wenn dieser nicht in eine begüterte Schicht hineingeboren wird, was ja bei der Mehrheit der Fall sein dürfte.

5. Die Fernsehzeitschrift „Hörzu“ berichtet, dass sich während der Olympischen Spiele in Peking der bekannte Moderator Waldemar Hartmann vor seiner Sendung „Waldi und Harry“ über Hartz-IV-Empfänger lustig gemacht habe, um „gute Stimmung“ im Publikum zu erzeugen. Demnach hat Hartmann die Fluchtwege aus dem Studio seinen Zuschauern so erklärt: „Die rettende Tür soll zuerst von den jungen Frauen, dann vom Rest und zuletzt von den Hartz-IV-Empfängern aufgesucht werden.“ Hahaha, wahnsinnig komisch und voll unter der Gürtellinie! Diese scheinbar harmlose Entgleisung zeigt, wie weit das Ansehen und die Würde von ALG-II-Beziehern schon verkommen sind.

Wir werden wie eine Art von „Untermenschen“, von Parasiten behandelt, die ihr Recht auf **menschenwürdige Behandlung** durch den Umstand der Arbeitslosigkeit verwirkt haben! Laut der Gazette mit den vier Großbuchstaben soll der älteste Sohn von Waldemar Hartmann selbst ALG-II-Bezieher sein und sich im

Augsburger „Abbe-Pierre-Zentrum“ befinden. Es bietet 13 Suchtkranken Platz, sie sollen ihr Problem wieder in den Griff bekommen. Wenn es sich tatsächlich so verhält, wüsste ich gerne, wie „Waldi“ seinen unsäglichen „Witz“ auch auf seinen eigenen Sohn anwenden würde. Schade, dass er dazu keine Stellung beziehen wollte!

6. Es verwundert mich überhaupt nicht, wenn beklagt wird, dass es um das **Arbeitsklima** in deutschen Unternehmen schlecht bestellt ist. Laut einer Umfrage sprechen nur 19 Prozent der befragten Arbeitnehmer von einem guten Arbeitsklima, das sich positiv auf ihre tägliche Motivation auswirke. 42 Prozent registrieren dagegen eine enttäuschende Arbeitsatmosphäre in ihrem Unternehmen, während 39 Prozent im Großen und Ganzen zwar zufrieden seien, bisweilen aber auch diesbezüglich schlechte Tage erlebten.

Für viele Fachkräfte sei ein gesundes Arbeitsklima neben interessanten Aufgabenfeldern der entscheidende Faktor bei der Wahl des Arbeitgebers, noch vor der Höhe des Gehalts – sofern diese Wahlmöglichkeit überhaupt besteht, denn wer kann heute noch zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen auswählen? Immer mehr Menschen befürchten, selbst von Hartz IV betroffen zu werden, und es geht ein Hauen und Stechen mit ausgefahrenen spitzen Ellenbogen um das Behalten des eigenen Jobs los. In einem Klima der Angst blüht und gedeiht Mobbing ganz wunderbar, und zumeist ist es ungleich schwerer geworden, Solidarität und Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung in der Gemeinschaft zu leben.

7. Die finanzielle Lage älterer Menschen wird immer schlechter. Viele Senioren müssen sich zu ihrer kargen **Rente** noch etwas dazuverdienen, weil diese zum Leben einfach nicht ausreicht. Während andere Senioren im Park spazieren gehen oder mit ihren Enkeln spielen, muss der 74-jährige Bonner Claus Köster Geld verdienen. Er war in leitender Funktion beim Bergwerksverein in Aachen tätig, brachte sein Organisationstalent im Olympia-Komitee in München ein, arbeitete für die Österreichische Bundesbahn und baute Pipelines im Oman. Claus Köster hat ein bewegtes Berufsleben hinter und wohl ein nicht minder aufreibendes Arbeitsleben noch vor sich. Seinen letzten Job als Erntehelfer bei einem Erdbeerbauern habe er an einen Polen verloren, erzählt der rüstige Vater von vier Töchtern. Dort bekam er fünf Euro Stundenlohn, doch sein Nachfolger pflückte eben billiger. Jetzt ist der Rentner wieder auf der Suche nach einer neuen Tätigkeit.

Nach einer Studie des Bundesarbeitsministeriums ist die Zahl der Minijobber über 65 Jahre um fast 40 Prozent auf mehr als 700.000 geklettert. Weitere 115.000 gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Ich halte es für ein Aufregung verursachendes Ärgernis, wie sich in Deutschland die amerikanischen Verhältnisse immer mehr breitmachen, sodass der 74-jährige Rentner und seine Ehefrau beide nicht krankenversichert sind und die Rente hinten und vorne nicht mehr ausreicht! Bezeichnenderweise sind beide zu stolz, Sozialhilfe zu beantragen. Auch dies zeigt überdeutlich, wie das Bild der Bezieher von

Transferleistungen aussieht: Zu dieser verschmähten, als Schmarotzer verschrienen Kategorie möchte natürlich niemand freiwillig dazugehören. Als ob dies ein Akt der Freiwilligkeit wäre, als ob hier wirklich von einer Wahlmöglichkeit die Rede sein könnte! Wer sein Auskommen im Alter sichern will, muss offenbar Politiker oder Beamter werden oder aber 45 Jahre ordentlich verdient haben, damit er sich ein Privatvermögen anhäufen konnte. Der dreckige Rest interessiert nicht!

8. Wie ihr wisst, habe ich seit dem 1. September 2008 einen Job mit 38,5 Stunden in einer Kita und mache dort mein Anerkennungsjahr als staatlich geprüfte Erzieherin. Deswegen bekam ich am 30. Juli 2008 einen Bescheid von der Bagis, dass ich ab September nur noch 322 Euro ergänzendes ALG II erhalten werde, da ich nun eigenes **Gehalt** in Höhe von circa 900 Euro bezöge. Ich legte Widerspruch ein und beantragte, dass die normale Zahlung weiter geleistet wird. Die Bagis weiß schon lange genau über alles Bescheid, etwa dass das Gehalt erst Ende September oder Anfang Oktober fließen wird! Schließlich kann ich meine laufenden Lebenshaltungskosten nicht einfach rückwirkend bezahlen, sondern ich habe Verpflichtungen wie alle anderen Menschen auch! Doch das interessiert die Bagis überhaupt nicht. Mein Widerspruch wurde bisher ignoriert und soll wohl nicht in meinem Sinne bearbeitet werden. Letzten Donnerstag musste ich mir deswegen in der Frühe freinehmen, um beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung erreichen zu können. Toll, in Arbeit und schon Finanzprobleme, die ich zuvor nicht hatte – das kann's ja wohl nicht sein!

Beim Verwaltungsgericht erklärte und belegte ich die Situation von meiner Tochter und mir. Daraufhin verfasste der Justizangestellte einen Eilantrag, dass meines Erachtens meine Tochter und ich bis zur Auszahlung des Praktikantengehaltes Ende September 2008 weiterhin einen Anspruch auf ALG II ohne Abzug eines fiktiven Nettogehaltes von 900 Euro haben. Der Erlass einer einstweiligen Anordnung ist dringend erforderlich, da wir sonst in den nächsten Tagen mittellos sein würden. Zur Begründung des Eilantrages wird auf mein Widerspruchsschreiben verwiesen, dass ich mein Gehalt erst rückwirkend Ende des Monats oder Anfang des folgenden erhalten werde und ich für uns nicht den Lebensunterhalt bestreiten kann. Ich weiß gar nicht, warum die Bagis solch einen Zirkus macht, zumal ich doch als Schülerin schon seit Jahren aus der Arbeitslosenstatistik gelöscht war, obwohl ich ALG II bezog. Mit ergänzendem ALG II kann das nicht viel anders aussehen! Schauen wir mal weiter, was die Bagis antwortet, wie der Richter befindet, wann mein Gehalt kommen wird, und wie ich mich dann verhalte.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Premium-Rente mit 90: Während mehrerer Urlaube auf Mallorca diktierte Schmidt-Schnauze sein neues Buch, worin er fordert, das ALG II dürfe jahrelang nicht steigen, bis ein „gehöriger Abstand" zu den geringsten Löhnen erreicht sei *(„Bild"-Zeitung)*

Die Börsenkurse brechen ein

Stützungsgelder ungeahnter Größenordnung fließen in die Banken, Autokonzerne blicken in eine ungewisse Zukunft, aber die Merkel-Regierung sagt: „Nein, eine Krise wird es nicht geben!“ 2009 soll Bundestagswahl sein. Da wird schon mal abgetastet, dass jeder mit jedem koalieren kann, denn so wie es aussieht, wird es weitergehen mit einer Regierung gegen das Volk. Von CDU/CSU und FDP über die Grünen bis zur SPD ist alles denkbar – und so groß wie bei der Hartz-IV-„Reform“ müssen sie wohl die Koalition machen, weil „Die Linke“ unbedingt außen vor bleiben soll.

Die FDP sagt, „Die Linke“ sei „undemokratisch“ – warum? Weil sie die parlamentarischen Spielchen nicht mitmacht und sich in die Gesetzesmaschinerie nicht einbinden lässt. Genau das ist richtig! Zu kritisieren ist, dass Politiker der Linkspartei auf Pöstchen in einer SPD-geführten Regierung hoffen und dann jeden Klops akzeptieren. Davon haben die Menschen genug! Illusionsmacherei wird der Linkspartei eher schaden als konsequente Oppositionspolitik. Auf eine Läuterung der SPD zu hoffen, kann jeder Mensch vergessen, der die SPD von Clement bis Ypsilanti in diesem Sommer beobachtet hat! Wo man hinkommt, ob in Bus oder Bahn, bei privaten oder beruflichen Zusammenkünften, es gibt keinen Ort mehr, wo die gegenwärtige Politik und Situation nicht kritisiert wird. Die breite Mehrheit will eine Veränderung, da sind konsequente Opposition und Aktivität gefragt!

Hier bei der Montagsdemo ist jede und jeder richtig und uns willkommen. Unsere bundesweite Bewegung ruft auf zur **Demonstration gegen die Politik der Merkel-Regierung** und der Parteien CDU/CSU und SPD in **Berlin** am **8. November 2008**. Wir fordern alle Kräfte auf mitzukommen, die gegen Hartz IV und die Agenda 2010 sind! Wir werden einen Bus chartern und nehmen ab sofort Anmeldungen an, montags auf dem Marktplatz oder per E-Mail an Jobst.Roselius(at)nord-com.net. Wir hoffen, dass wir wieder mit attraktiven Fahrpreisen von sieben Euro für Hartz-IV-Betroffene, 15 Euro für ALG-I-Bezieher und Rentner sowie 20 Euro für Verdiener zurechtkommen werden. Wir wollen auch Mittellosen die Mitfahrt ermöglichen. Also macht die Demo breit bekannt und werbt für die Fahrt!

Jobst Roselius

Unmoralisches Angebot abgelehnt: Ypsi-Püppsi lässt falschen Münte abblitzen *(„Spiegel-Online“)*

Drillinge auf der Entbindungsstation Politik

Jetzt ist es offensichtlich, CDU und CSU haben Zuwachs bekommen: die SPD beziehungsweise was davon noch übrig ist. Kurt Beck war ja nicht ganz mein Ding, so farblos, rein optisch fehlte es ihm an Ausstrahlung. Aber was letzten Sonntag über den Bildschirm lief, ließ mir nicht nur die Haare zu Berge stehen, sondern es lief mir auch der Schauer des Grauens über den Rücken, nun zu wissen, was auf uns Langzeitarbeitslose, besonders auf uns Überfünfzigjährige, zukommen wird. Pharisäer Steinmeier und Konsorten, die mit erschreckend eiskalten Masken ihren unüberhörbaren Leichenschmaus zelebrieren, um die Agenda 2010 gemeinsam mit der CDU/CSU knallhart durchzusetzen, sind ein wahrer Albtraum!

Deutschland hat die Diktatur nie richtig abgelegt, sie schlummerte im Geheimen und kommt nun aus ihrem stillen Kämmerlein hervorgekrochen, denn die Achillesferse dieser Agenda, die Frage menschenwürdiger sozialer Gerechtigkeit für alle, wurde systematisch aus dem Weg geräumt. Dass die Vernichtungsmaschinerie namens Hartz IV jetzt freie Bahn hat, ihre Gepeinigten als totes Kapital auszumerzen, ist ein beklemmendes Gefühl. Politiker benutzen die Medien als Waffe. Es wird mehr und mehr deutlich, welch eine Macht die Propaganda schon immer hatte, besonders in der Vergangenheit mit verheerenden Folgen. Allein wegen der Menschenjagd auf Hartz-IV-Gepeinigte müssten bei der Bevölkerung in Deutschland die Alarmglocken schellen. Bedauerlicheweiser ist das nicht der Fall, ganz im Gegenteil.

„Schwarze Schafe“ unter Hartz-IV-Empfängern gibt es zwar, aber jeder vernünftig denkende Mensch weiß sehr wohl, dass dies nur ein geringer Prozentsatz ist. Die meisten Menschen sind ehrlicher als die Politiker und auch als die Fabulierer, die Lügenschwätzer – die Medienbetreiber, die durch dauerhafte Werbesubventionen veranlasst werden, Schmutz- und Hetzkampagnen gegen Hartz-IV-Gepeinigte loszutreten. Sie tun ihr Bestzes, um weiterhin ein gefährliches Feuer immer wieder neu zu schüren. Durch den technischen Fortschritt verdrängt die Elite der Gesellschaft mit immer mehr Maschinen und Robotern den Menschen aus der Arbeitswelt und weckt zugleich recht aggressiv über die Medien Aversionen gegen Langzeitarbeitslose, zum Beispiel mit dieser geschmacklosen Doku-Soap da zwischen den vielen Dauer-Comedy-Shows und dem Daily Talk über Leben, Liebe, Freude und Eierkucken-Trallala.

Besonders uns ältere Arbeitssuchende über 50 trifft es nach jahrzehntelanger Arbeit hart. Um Kinder großzuziehen – ich bin examinierte Kinderpflegerin –, sind

wir nicht mehr gefragt. Mit verlogenen und geheuchelten Sprüchen, wer sich bemühe, finde auch Arbeit, sollen wir Ältern, die in Deutschland gar keiner mehr haben will, nach einem Phantom suchen. Auch Jüngere suchen da meist vergeblich! Millionen und Abermillionen Menschen werden wie die Lemminge auf einen fiktiven Arbeitsmarkt getrieben, wo die psychologische Hinrichtungsstätte für einen Massensuizid errichtet wurde. Über Zehntausend Opfer, mit steigender Tendenz, sind jährlich zu beklagen! Damit es noch mehr werden, wird das Hartz-IV-Gesetz ständig verschärft. Die Hartz-IV-Gepeinigten sind die Pioniere für ein Grauen unvorstellbaren Ausmaßes, das uns noch bevorsteht!

Illuminaten und Freimaurer, die sich aus alten Ritterorden aus dem tiefsten Mittelalter im Laufe der Jahrhunderte herauskristallisiert haben, sind bis in unsere Zeit hinein gegenwärtig. Oft sitzen sie, um nach außen hin den Schein zu wahren, in sozialen Einrichtungen. Natürlich wird sich ein Bankier oder Konzernboss nie dazu bekennen, aber diese Handvoll Menschen – und natürlich bestimmte Leute aus der elitären Gesellschaft, Lobbyisten sagen wir heute – haben schon immer (mit der kirchlichen Obrigkeit und anderen Konfessionen im Schlepptau, wenn sie nur reich waren) die Geschicke der Welt in der Hand gehalten und über den Weltfrieden bestimmt. Besonders in der jetzigen Zeit, da die Umwelt wegen der Überbevölkerung kurz vor dem Kollaps steht, wird die „Globalisierung“ zum Machtkampf unter den Konzerngiganten, und die Oberschicht träumt in Wahrheit von einer Weltbevölkerungszahl wie vor hundert Jahren. Das gesamte Weltbild soll nicht nur überdacht, sondern auch neu konstruiert und strukturiert werden!

In Deutschland sterben jährlich zwischen 11.000 und 12.000 Menschen durch Suizid, doppelt so viele wie im Verkehr, wobei zusätzlich von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist, Die Zahl ernsthafter Suizidversuche liegt bei circa 100.000 bis 150.000. Es ist beängstigend, wie wenig ein Menschenleben heutzutage nur noch wert ist, dank der Globalisierung. Die ständigen kontrovers betriebenen Machtkämpfe unter den Giganten in Wirtschaft und Politik lassen nur eine Schlussfolgerung zu: das Herbeisehnen der Apokalypse, deren Ouvertüre abzuschließen mittlerweile zur Zerreißprobe geworden ist. Es ist sehr beklemmend zu wissen, dass der Countdown schon längst läuft und die Oberschicht es Hand in Hand mit den Giganten kaum erwarten kann, ihren lang gehegten Traum zu verwirklichen.

Ein Neubeginn mittels totaler Zerstörung mag eben durchaus von Nutzen sein, damit der egomane, auf Gedeih und Verderb einer größenwahnsinnigen Ideologie ausgelieferte Mensch seine schöne neue Future-World aufbauen kann. Bedauerlicherweise werden beim „Super-GAU“ natürlich Milliarden Menschenopfer überwiegend in der Unterschicht zu beklagen sein, aber welche Konsequenzen das für unseren wertvollen Planeten Erde haben wird, ist bei solch einem kühnen Plan unerheblich. Macht und Habgier waren unter den Menschen schon immer Sieger über die Vernunft und legitime Instrumente der Zerstörung. Darum zeigt, was zurzeit mit der SPD geschieht, wieder einmal, wie grausam der Mensch wirklich ist.

Die Trabanten-SPD hat den Geist der Zeit entdeckt und macht jetzt mit Drillingsgeplärr und Babyrasselapplaus ein Techtelmechtel mit der friedhofsschwarzen CDU/CSU. Diese Fundamentalisten fühlten sich schon in der Vergangenheit ausschließlich mit den Kapitalisten verbunden. Die feste Umarmung von Lobbyisten war immer präsent. Heute ist Machtgier in der Politik allgegenwärtig, wenn die Medien von Politikern mit Charakterstärke und Durchsetzungsvermögen sprechen. Die haben in Wirklichkeit alle etwas gemeinsam: eine schmierige und schmutzige, habgierige Ausstrahlung, wobei das Rückgrat gänzlich fehlt. Ich kann nur hoffen, dass die Linkspartei weiterhin auf einer menschenwürdigen Politik beharrt und das Hartz-IV-Gesetz verdammt und abschaffen will! Die Würde des Menschen darf kein Privileg einer Elite der Gesellschaft sein, sondern muss für alle gelten. Alle Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben!

Christine Wegener („Die Linke“)

Lafontaine fordert Schaeffler-Enteignung: Private Milliardenvermögen können nur durch verfassungswidrige Ausbeutung angehäuft werden *(„Spiegel-Online“)*

Jugendliche klatschen Beifall für die Montagsdemo

Die 198. Montagsdemo in Bremen am 15. September 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz zeigte mal wieder, was für eine Ausstrahlung eine gut besuchte Montagsdemo hat: Fast 60 Personen waren diesmal dabei. Selbst die Anzugträger mit weißem Hemd und Krawatte, die in Gruppen aus der Handelskammer oder den Banken strömten, verlangsamten ihren Schritt und blickten uns ungläubig an. Leider versäumten wir es aber, sie zu begrüßen und auf unser Anliegen und unsere Forderungen richtig hinzuweisen. Aber es waren auch Jugendliche aus Berlin da, gerade auf Klassenreise in Bremen, die Beifall klatschten und für die Montagsdemo spendeten. Wir wiesen sie auf die Montagsdemo in Berlin hin, immer um 18 Uhr an der Weltzeituhr am Alex.

Themen gab es wieder genug, von der Bahnpreiserhöhung und dem Theater um den unsozialen „Bedienzuschlag“ über das stetige Ansteigen der Zahl prekärer Jobs mit dem damit verbundenen Elend der Betroffenen bis zur Frage, wie „Die Linke“ weitermachen soll: Auf die Menschen hören oder der SPD und dem

Kapital nach dem Munde reden? Dass die Kapitalistenpartei FDP die Politik der „Linken“ undemokratisch findet, kann nicht verwundern: Konsequente Opposition ist den Mauschlern alle Couleur verhasst!

„Die Linke“ ruft auf, in ihren Gremien mitzuarbeiten. Das mag jede(r) tun, sollte dabei aber nicht den Kern, die aktive Montagsdemo auf der Straße, vernachlässigen, denn hier ist die konsequente Opposition zu Hause. Weiter ging es mit einem Aufruf zur **Afghanistan-Demo** am **20. September 2008** in Berlin. Für **Sonnabend**, den **27. September 2008**, plant das „Bremer Friedensforum“ zusammen mit Kirchengemeinden und gegen Auslandseinsätze eingestellten Menschen eine **Kundgebung** um **12:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** für den **Frieden in Afghanistan**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

199. Bremer Montagsdemo
am 22. 09. 2008

700 Milliarden Dollar
für nichts und wieder nichts

Was wir da in den USA erleben, das verschlägt einem den Atem: Eine sieben mit elf Nullen in Dollar werden von der Bush-Regierung mal eben aufgewendet, um die „faulen Kredite“ der Banken aufzukaufen. Es ist ein Aufkauf für nichts und wieder nichts! Die Steuerzahler in den USA und auch in anderen, zum Beispiel europäischen Ländern, sollen dafür löhnen. Wieder werden die Übermonopole und die „Heuschrecken“ nichts bezahlen, weil sie sich immer aus allem rausgetrickst haben. Schlimmer noch: Die Gewinne aus dem „verbrannten“ Geld haben sich schon andere angeeignet und sind damit über alle Berge. Nun sollen schärfere Kontrollen her: Das Finanzkapital soll sich wie bei der freiwilligen Filmselbstkontrolle selbst beschneiden. Die Ergebnisse kennen wir. Es wird weitergehen wie bisher, bis zur nächsten Super-Luftblase mit Erstickungstod für viele Millionen!

So sind sich denn die Superanalysten und Kaffeesatzleser einig und uneinig: Die „Wall Street“ sei „gestorben“, und so, wie es war, werde es nicht wieder, jammern die einen. Oh doch, es geht alles so weiter wie bisher, sagen die anderen voraus. Europa scheint bisher „wenig betroffen“. Die Affäre um die 350 Millionen Euro, die scheinbar aus Schlafmützigkeit noch an den Pleitegänger Lehmann Brothers überwiesen wurden, entpuppt sich als wohlgezielter Akt. Der war hochriskant und ging leider daneben. Wer konnte schon damit rechnen, dass die Bush-Regierung gerade jetzt diese Investmentbank in die Pleite fallen lassen würde? Wenn nicht, hätte die KfW-Bank wie ein treuer Samariter dastehen können!

Doch nicht diese Banker und Jongleure sind dummdreist und kriminell und verpulvern Volksvermögen, nein: Die Unzahl kleiner Hartz-IV-Betroffener – oder sollte man sagen: „Hartz-IV-Betrüger“? – sind es, die man misstrauisch beobachten und kontrollieren muss! Das hat das Bundessozialgericht entschieden und zeigt so seine Regierungshörigkeit. Herr Schäuble wird sich über neue Schnüffel-

opfer freuen. Und die Menschen? Die Preise für Öl, Gas und Strom gehen rauf, die für Bahn und Bus folgen, auch Lebensmittel werden teurer, aber der Regelsatz, der noch nie gereicht hat, wird nicht erhöht. Die Rentner erhalten keinen Zuschlag, ebenso wenig wie die Werktätigen, die mehr denn je um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Bei Karmann in Osnabrück fallen 1.700 Arbeitsplätze in der Autoproduktion weg. Daimler in Bremen kürzt seine Produktion um über 40.000 Fahrzeuge in diesem Jahr. Es besteht Aussicht auf eine Überproduktionskrise mit Betriebsstilllegungen.

Aber Geld ist immer da: für neue Kriegseinsätze in Afghanistan, vielleicht auch bald in Georgien und Pakistan, oder natürlich für die Banken und das gebeutelte Finanzkapital. Man muss es deutlich sagen: Dieses kapitalistische System ist weltweit durch und durch verfault! Seine Nutznießer ruinieren die Lebensgrundlage aller Menschen und ganzer Völker. Dieses System heizt den Terrorismus an und ruft: „Haltet den Dieb!“ Seine herrschenden Kreise verlieren immer mehr den Maßstab und raffen an sich, was sie nur kriegen können. Karl Marx hat diese Sucht in seinem „Kommunistischen Manifest“ genau beschrieben.

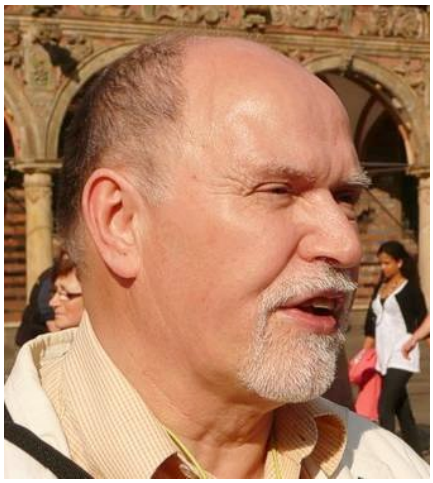
Man meint, die Menschen müssten aufstehen und Einhalt fordern oder gleich alles über den Haufen werfen. Aber so einfach ist es noch nicht. In den letzten 60 Jahren seit Kriegsende haben die Menschen so viele Hoffnungen an eine neue gute Ordnung gesetzt. Dann haben sie zwar gesehen, wie täglich mehr davon den Bach runtergegangen ist, aber sie können immer noch nicht glauben, dass sie jetzt wieder selber ranmüssen, weil es keinen gibt, der dieses Ranmüssen für sie erledigt. Wir von der Montagsdemo kämpfen um jeden, der aktiv werden will, und machen ihm Mut, mitzukämpfen und selber anzufangen. Gemeinsam lernen, gemeinsam kämpfen und gemeinsam neue Ziele setzen und erreichen, täglich neu darum kämpfen, das ist unser Weg!

Die bundesweite Montagsdemo-Bewegung ruft auf zur **Demonstration gegen die Politik der Merkel-Regierung** und der Parteien CDU/CSU und SPD in **Berlin** am **8. November 2008**. Wir fordern alle Kräfte auf mitzukommen, die gegen Hartz IV und die Agenda 2010 sind! Wir werden einen Bus chartern und nehmen ab sofort Anmeldungen an, montags auf dem Marktplatz oder per E-Mail an Jobst.Roselius(at)nord-com.net. Wir hoffen, dass wir wieder mit attraktiven Fahrpreisen von sieben Euro für Hartz-IV-Betroffene, 15 Euro für ALG-I-Bezieher und Rentner sowie 20 Euro für Verdiener zurechtkommen werden. Wir wollen auch Mittellosen die Mitfahrt ermöglichen. Also macht die Demo breit bekannt und werbt für die Fahrt!

Jobst Roselius

Kleptokratie: 600 Millionen Dollar „schwerer“ Finanzminister sichert sich unbegrenzten Zugriff auf das amerikanische Volksvermögen *(„Junge Welt“)*

Mehr Geld gibt es nur für die Banken, nicht für die Menschen



1. Wir brauchen ein höheres ALG II und Sozialgeld sowie eine höhere Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit! Darüber hinaus müssen die Transferleistungen für Kinder überproportional angehoben werden! Es gibt hierzu eine IAB-Veröffentlichung von Michael Feil und Jürgen Wiemers mit dem Titel „Höheres ALG II und Kindergrundsicherung – Teure Vorschläge mit erheblichen Nebenwirkungen“. Diese Studie steht im Netz, ansonsten kann sie bei Bertelsmann bestellt werden.

Zitat IAB, Seite 3: „Höheres Arbeitslosengeld II – simulierte Wirkungen. Der erste Vorschlag sieht eine Erhöhung der ALG-II-Regelleistung von 351 auf 420 Euro vor. Damit wird auch dem Ziel der Familienförderung und der angemessenen Versorgung von Minderjährigen Rechnung getragen. Denn zwischen der Höhe des ALG II und der sozialen Mindestsicherung von Kindern besteht ein unmittelbarer Zusammenhang: Das Sozialgeld, wie die Sozialleistungen an die nicht erwerbsfähigen Familienmitglieder heißen, beträgt 60 beziehungsweise 80 Prozent der ALG-II-Regelleistung.

Die derzeitige **Regelleistung** von 351 Euro (seit dem 1. Juli 2008) deckt nach Ansicht von Kritikern, zum Beispiel der ‚Nationalen Armutskonferenz‘, das soziokulturelle Existenzminimum in Deutschland nicht mehr ab. Kritisiert wird vor allem die unzureichende Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung. Aber auch die Methode zur Ermittlung des Existenzminimums ist umstritten. Eine Studie des ‚Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes‘ beziffert eine angemessene Regelleistung auf 420 Euro. Dieses Niveau, das unter anderem auch von ‚Bündnis 90/Die Grünen‘ und der Linkspartei gefordert wird, liegt den IAB-Simulationsrechnungen zugrunde.“

Eine angemessene Versorgung von Minderjährigen wird durch diese Erhöhung nicht erreicht: Minderjährige und Jugendliche von 18 bis 25 Jahren werden trotzdem schlechter gestellt als mit der alten Sozialhilfe! Die Einzelheiten stehen in der Broschüre „Fördern durch Kürzen“.

Die Erhöhung des ALG II auf 420 Euro würde zwei Millionen zusätzliche Menschen zusätzlich erreichen und zehn Milliarden Euro jährlich kosten, davon circa drei Milliarden Euro als Steuerausfall bei der Lohn- und Einkommensteuer (Tabelle 2b). Wieso? Bei dieser Lohnhöhe fallen gar keine Steuern an! Die Begründung lautet: „Zusätzlich belastend wirkt das niedrigere Einkommensteueraufkom-

men (minus drei Milliarden Euro), das aus der notwendigen Erhöhung des Grundfreibetrags im Zuge des gestiegenen Existenzminimums resultiert.“ Somit profitieren auch Millionäre von einer ALG-II-Erhöhung, doch zwingend ist dies nicht. Der Vorschlag, diese zehn Milliarden als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer zu erheben, hat sich wohl mit der aktuellen Rettung der Landesbanken erledigt. Dies wird den Steuerzahler über 100 Milliarden Euro kosten!

Untersucht wird auch die Auswirkung des Kinderzuschlags neuer Art ab 1. Oktober 2008 und des Wohngelds neuer Art, vorgezogen auf denselben Tag. Der Kinderzuschlag soll zusätzlich 340.000 Kinder erreichen und damit den ALG-II-Bezug beenden. Das Wohngeld soll 837.000 Menschen zusätzlich erreichen, mit dem gleichen Ziel. Beides kostet insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Die Arbeitsmarktstatistik sieht auch besser aus. Armut wird dadurch aber nur verschoben! Die Verringerung der Zahl der Kinder in ALG-II-Haushalten wird das politische Personal als Erfolg verkünden, dabei hat die Armut nur einen neuen Bezugspunkt er halten.

Beim Kinderzuschlag kann jetzt wirksam auf Leistungsansprüche verzichtet werden. Daher Vorsicht! Wer von der Bagis die Aufforderung erhält, einen Antrag auf Kinderzuschlag oder Wohngeld zu stellen, erhält auch gleich eine Verzichtserklärung auf ALG II zur Unterschrift. Dieses Angebot soll durch „Gesprächseinladungen“ (mit dem bisherigen Standardtext) und Gruppenveranstaltungen unterbreitet werden. Auch zu letzteren kann mensch mit Begleitung erscheinen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wichtig: Beträge genau ausrechnen lassen, an die GEZ denken, die Vorauszahlungen für Heizung der aktuellen Preisentwicklung anpassen lassen. Erst jetzt ist ein Vergleich aussagefähig. Zusätzlich an die eventuelle Klassenfahrt, an notwendige Darlehn und weitere sonstige Leistungen denken sowie den Freibetrag für Erwerbseinkommen berücksichtigen. Entsprechende Zusagen und Berechnungen schriftlich geben lassen und den Bezug von ALG II erst mit Zahlung des Kinderzuschlags oder des Wohngeldes beenden: „Wenn ich den Zahlungseingang habe, kann die Arge ihre Zahlungen einstellen.“ Die Ämter können eventuelle Überzahlungen miteinander verrechnen. Dies ist auch beim Übergang zu anderen Kostenträgern vorgeschrieben (zum Beispiel Sozialamt, Erwerbsunfähigkeitsrente). Erreicht wird dies sicher nur durch hartnäckige Verhandlung. Ansonsten geht mensch das Risiko der Zwischenfinanzierung bis zur Bewilligung und Zahlung ein.

> Zurück zum IAB-Kurzbericht, letzte Seite: „Fazit: In der Öffentlichkeit wird zurzeit intensiv über eine Zunahme der Einkommensungleichheit und über Armut, insbesondere von Kindern, debattiert. Wie die IAB-Simulationsrechnungen zeigen, würde eine Erhöhung der Regelleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach § 20 SGB II die Armutsrisikoquote voraussichtlich vermindern und zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung beitragen. Der Preis für diese Veränderungen wäre jedoch hoch. Zum einen, weil über Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen zehn Milliarden Euro jährlich aufzubringen wären. Zum anderen hät-

te die höhere Regelleistung auch deutliche negative Anreizeffekte und liefe somit dem Ziel der Aktivierung und der Hilfe zur Beendigung des Leistungsbezugs entgegen. Der schon heute kaum mehr vorhandene Abstand zu den niedrigsten Löhnen würde weiter schrumpfen."

Mit dem zweiten Satz stimme ich vollkommen überein. Erheblich abgemildert würden auch die Folgekosten durch falsche Ernährung, feuchte Wohnungen und andere unliebsame Begleiterscheinungen von Geldmangel. Doch Kindern und Jugendlichen wird auch diese Erhöhung nicht gerecht! Das könnte erreicht werden, wenn Millionäre vom Steuervorteil verschont blieben: Mit diesen drei Milliarden ließe sich den Kindern eine bessere Chance geben.

Frau Merkel hat laut über eine Kindergelderhöhung um zehn Euro monatlich nachgedacht. Diese wird die Kinder von Personen im ALG-II-Bezug nicht erreichen, weil das Kindergeld zu 100 Prozent angerechnet wird: Der Regelsatz wird um die Höhe des Kindergeldes gekürzt. Nur Überachtzehnjährige erhalten einen Freibetrag von 30 Euro für Versicherungen. Auch das ist eine Schlechterstellung gegenüber der vorherigen Sozialhilfe! Die Nichtanrechnung des Kindergeldes auf das ALG II oder das Sozialgeld wäre hier die Lösung und nicht mal eine neue Erfindung, denn beim Bafög wird das Kindergeld ebenfalls nicht angerechnet. Kinder sollen unsere Zukunft sein! Sie brauchen eine ausreichende finanzielle Basis und unsere Unterstützung!

Zurück zur IAB-Studie: „Der schon heute kaum mehr vorhandene Abstand zu den niedrigsten Löhnen würde weiter schrumpfen." Unter der Überschrift „Reallohnverlust allein in Deutschland" meldet der „Weser-Kurier" am 19. September 2008: „Die deutschen Arbeitnehmer haben einer WSI-Studie zufolge als einzige in der Europäischen Union einen Reallohnverlust hinnehmen müssen." Das Minus beträgt im Durchschnitt 0,8 Prozent! Dass der Lohnverlust für die untersten Einkommen aber wesentlich höher ist als für die Besserverdienenden, steht in den Reden der vorherigen Bremer Montagsdemos. Die Gehaltssteigerungen der Besserverdienenden wurden durch den hohen Reallohnverlust der unteren Einkommen insgesamt ins statistische Minus gekehrt. Dazu passt auch die Meldung vom Vortag: „Im Schnitt 904.000 Euro haben Manager der größten börsennotierten deutschen Unternehmen in 2007 verdient. Damit ist ihr Einkommen seit 2005 jährlich um acht Prozent gestiegen."

Laut der WSI-Studie hat Frankreich eine Reallohnsteigerung von 9,6, Großbritannien von 26,1 Prozent erzielt. Deutschland wird auch 2008 schlechter abschneiden. Den Grund sehen die Forscher des WSI in einer deutschen Besonderheit, der negativen Lohndrift: „Die Beschäftigten haben eine geringere Lohnerhöhung erhalten als in den Tarifverträgen vereinbart. Wesentliche Ursachen dafür sind die rückläufige Tarifbindung und Möglichkeiten, Tarifverträge zu unterschreiten." Ich habe mir Frankreich und Großbritannien rausgepickt: Großbritannien war Vorbild für Hartz IV, Frankreich steht am Beginn der „Armut per Gesetz". Großbritannien hat 1999 den Mindestlohn eingeführt und regelmäßig angehoben. Frank-

reich hat ihn schon seit 1950, 1968 wurde er an die Lohn- und Preisentwicklung gekoppelt.

Die Arbeitnehmer in Deutschland werden durch die Zumutbarkeitsregeln beim ALG II gezwungen, fast jeden Arbeitslohn zu akzeptieren. Der Status „ALG-II-Betroffener“ ist für den Arbeitgeber ersichtlich. Damit steht dem Lohndumping nichts mehr im Wege: Ein eventuell gültiger Tarifvertrag oder der ortsübliche Arbeitslohn darf um 30 Prozent unterschritten werden! Durch die Unterschreitung sinkt der ortsübliche Lohn noch mehr, und die Tarifbindung geht immer weiter zurück! Wie sagt doch das WSI: „Wesentliche Ursachen dafür sind die rückläufige Tarifbindung und Möglichkeiten, Tarifverträge zu unterschreiten.“

2. Die Bremische Evangelische Kirche hat ein unerwartetes Einnahmeplus von circa neun Millionen Euro, so der „Weser-Kurier“ vom 18. September 2008, im Zusammenhang mit der vorstehenden Meldung eine gute Leistung der Besserverdienenden. Den Kirchentagsbeitrag Bremens soll mit 7,5 Millionen Euro unverändert bleiben, ebenso der Anteil der Evangelischen Kirche von einer Million Euro, aber das Kostensenkungsprogramm der Gemeinden durch Personalabbau scheinbar auch: Die Oldenburger Kirchenverwaltung hat vier Millionen Euro bei Lehman Brothers angelegt – und damit eventuell verzockt!

Was hat Lehman Brothers falsch gemacht? Warum wurde diese Bank nicht aufgefangen und gerettet? Hat Lehman Brothers sich geweigert, den Irak-Krieg mitzufinanzieren oder auf andere Art Herrn Bush und seine Clique verärgert? Irgendwann werden wir dies erfahren. Im Radio waren die Kommentare der einzelnen Landesbanken zu hören. Sie lauteten sinngemäß etwa: „Wir haben Glück gehab, unser möglicher Verlust bewegt sich im unteren dreistelligen Millionenbereich.“ Insgesamt betragen die möglichen Verluste gerade mal eine Milliarde Euro, so ein weiterer Kommentar zu Lehman Brothers. Die USA hat bei der nächsten gestrauchelten Versicherung wieder beherzt eingegriffen und für die weiteren „Überraschungen“ 700 Milliarden Dollar bereitgestellt.

Die Europäische Zentralbank hatte 260 Milliarden Euro für den **Finanzmarkt** lockergemacht und ihm jetzt weitere 30 und 60 Milliarden zur Verfügung gestellt. Vor dem Wahl Lehman Brothers war der deutsche Steuerzahler bereits mit circa 100 Milliarden Euro belastet, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat ihre Tochter IKB verkauft, inzwischen kann mensch auch sagen: verschleudert. Gerade mal 115 Millionen Euro soll der neue Eigentümer bezahlt haben. Eventuell muss der Kaufpreis zurückgezahlt werden, weil erhebliche Risiken beim bisherigen Eigentümer KfW geblieben sind.

Frau Merkel kann den Verbleib dieser Gelder zwar verschleiern, aber nicht wegreden: Diese „Steuergroschen“ wurden versenkt! Die KfW wurde ebenfalls mit Steuergeld saniert und hat einen neuen Chef erhalten. Der hat sich teuer verkauft: Die Vergütung wurde von 400.000 auf 800.000 Euro verdoppelt! Der Neue hat seinen Laden nicht im Griff: An Lehman Brothers wurden noch 300

Millionen Euro überwiesen, als dort das Licht bereits aus war. Die vereinbarten Dollars sind bisher nicht bei der KfW eingegangen. Die EDV macht es möglich!

Frau Merkel hat eine Beteiligung Deutschlands an den Rettungsaktionen für private Banken abgelehnt. Sie hat dabei die bisherigen Transaktionen kleingeredet beziehungsweise verschwiegen. Die Kanzlerin hat bereits vor der Krise Maßnahmen für die Regulierung der Finanzmärkte gefordert. Sie hätte diese umsetzen können, weil die „irischen Freunde“ Nein zum EU-Vertrag gesagt haben. Darin sollten sich die Staaten verpflichten, nichts gegen den freien Kapitalverkehr zu unternehmen. Frau Merkel hat diesen EU-Vertrag zur Zustimmung in Bundestag und Bundesrat vorgelegt. Die USA und Großbritannien haben Leerverkäufe verboten. „Wir haben keinen Bedarf für ein solches Verbot“, klang es von der Regierungsbank. Stunden später haben sie ein ebensolches Verbot von Leerverkäufen erlassen.

3. Bremen kann sich freuen! Durch die Rettung der IKB ohne Gläubigerbeteiligung kann die Wertberichtigung der Bremer Aufbaubank aufgelöst werden. 110 Millionen Euro bleiben der Hansestadt erhalten. Ob die Aufbaubank weiterhin Guthaben woanders parkt, statt den **Bremer Haushalt** zinsgünstig zu stützen? Auch hier wäre ein Blick in die Vergütungsregelung für den Chef angebracht. Herr Ernst hat sich scheinbar mit seiner Buchhaltung gestritten. Wie sonst wären diese Details bekannt geworden? Ob Bremen diesmal alle GmbHs, alle Gesellschaften, alle Sondervermögen auf diese Schwachstellen hin untersucht? Finanzsenatorin Linnert hat sich nicht geäußert. Wirtschaftssenator Nagel ist Aufsichtsrat im Flughafen! Als solcher hat er den Geschäftsbericht 2007 abgesegnet (siehe Seite 29).

Genau diese Vorgänge werden von der jährlichen Wirtschaftsprüfung nicht aufgedeckt. Bremen hat eine Straßenbahn geplant und die Kosten berechnet: 2005 mit den Preisen von 2000, ohne Korrektur für die erheblichen Preiserhöhungen in der Zeit bis 2005 und auch ohne die folgende Preisentwicklung. Das ist ein Beitrag zur haushaltsgemäßen Investitionsplanung, oder? Bremen hat ein Stadtamt, Aufgaben wurden privatisiert, Personal ist seit Jahren Mangelware! Diese Behörde hat 21.000 ungeöffnete Briefe und einige Tausend unbearbeitete Anträge. Am meisten müssen unsere ausländischen Mitbürger darunter leiden! Untätigkeitsklagen helfen keinem, der um seinen Aufenthalt bangt. Insgesamt muss die Freie Hansestadt alle restriktiven Maßnahmen gegen diese Menschen sofort einstellen! Danach kann aufgeräumt werden.

Vor der Wahl in Bremen habe ich mir die Schlange der ausländischen Mitmenschen vor dem Ausländeramt angeschaut. Ich konnte es nicht glauben! „Radio Bremen“ war vertreten und hat von der Behördenleitung einen Rüffel erhalten, weil sich das Kamerateam nicht vorher angemeldet hat. Stark vertreten waren die Grünen. Sie waren genau „im Thema“ und kannten die Sorgen und Nöte. Wir waren uns einig: Dieses Amt ist eine sehr große Blamage für die Freie Hansestadt! Dabei hat Bremen weder einen Krieg noch eine Naturkatastrophe zu verkraften, nur die Amtszeit von Herrn Röwekamp. Nach der Wahl dachte ich, die Grünen

hätten das Thema auf der Liste, und es werde bestimmt Abhilfe für diese Menschen geschaffen. Leider nein! Die Probleme aus Sicht der Verwaltung wurden vom Senat in der Drucksache 17/225 S vom 16. September 2008 aufgezählt.

Der Haushaltsansatz für das Stadtamt müsste eigentlich erhebliche Reserven aufweisen, weil die langjährig bekannte Personalnot nicht beseitigt wurde. Oder hat der Senat dies gar nicht vorgehabt? Zum Umgang mit unseren ausländischen Mitbürgern passt auch die Panne im Amt für Grundsicherung. Diese Fehlentscheidungen über die Kosten der Unterkunft müssen vorrangig beseitigt werden: Es geht um Menschen am untersten Rand des Einkommens! Mit EDV-Unterstützung ist es möglich, alle an der Kappungsgrenze liegenden Bewilligungen zu selektieren und umgehend zu bearbeiten – wenn das politische Personal dies will. Bei der Bagis geht es umgekehrt doch auch, zum Nachteil der Betroffenen!

4. Die Bundeswehr ist wie die Zeitarbeit der größte Partner der Bundesagentur für Arbeit und der Argen. „Nicht zur Bundeswehr zu gehen, ist ganz einfach“, so stand es im „Weser-Kurier“, „Kriegsdienstverweigerung ist einfach“. Es stand aber nichts in dem Artikel über die Vermittlungen der Jobcenter zur Bundeswehr, auch nichts von der Schwierigkeit, hier die Vermittlung zur Bundeswehr zu verweigern. Die Bundesagentur für Arbeit hat etwas für Jugendliche getan: Wer dort in der „Berufsfindung“ als Soldat tauglich ist oder Soldat als Wunschberuf in den Computer eingibt, bekommt 14 Ausbildungs- und Studienberufe als „Soldat/in“ angezeigt, zum Beispiel Position 6 „Feldwebel – Militärmusikdienst“. Nach drei Jahren Ausbildung und erfolgreicher Prüfung erfolgt die Beförderung zum Feldwebel! Eine verlockende Aussicht, aber mit erheblichen Nebenwirkungen: Vorsicht, schlaflose Nächte, solange du lebst! Keiner hat das Recht zu gehorchen, sagt Hannah Arendt.

Es gibt andere Ausbildungsmöglichkeiten. Wer bereits über ein Jahr aus der Schule ist und immer noch keinen Ausbildungsvertrag hat, sollte die entsprechende Pressemeldung der Arbeitsagentur ausdrucken und sich vom Jobcenter die schriftliche Zusicherung holen, unter diese Förderung zu fallen. Handwerk und Industrie haben sich beklagt, dass Ausbildungsstellen nicht besetzt werden konnten. Mensch gehe zu den Arbeitgeberorganisation, zu Handwerks- und Handelskammer und frage nach! Konkrete Angebote sind gefragt: „Ich habe die Möglichkeit, gefördert zu werden! Kennen Sie ein Unternehmen, das eventuell noch Ausbildungsplätze einrichten kann?“ Wie dies geht? Zum Ausbildungsbetrieb zu gehen, ist hier nicht möglich, aber Unterstützung bei den Verbänden könnte es geben. Wer sich nicht wehrt, hat weniger vom Leben! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Mythos“ zertrümmert: CSU stürzt von 60 auf 43 Prozent *(„Spiegel-Online“)*

Gleichstellung beim Nulltarif

1. Unglaublich, aber wahr – zumindest, was die Tatsache der Meldung betrifft: Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ berichtete vergangene Woche in Berlin anhand von zwei neuen Studien, dass zum ersten Mal in den vergangenen zehn Jahren das **Armutsrisiko** in Deutschland zurückgehe. Ja, sogar die Ungleichheit bei der Verteilung der Markteinkommen habe sich 2006 verringert und die Spreizung zwischen hohen und niedrigen Einkommen angeblich nicht mehr vergrößert.

Mensch höre und staune mit offenem Mund, denn parallel zum Abbau der Arbeitslosigkeit habe seit 2006 auch die Art der Beschäftigung sich positiv entwickelt und der Niedriglohnsektor an Bedeutung nicht zugelegt. Die sogenannten Wirtschaftsforscher ziehen aus ihren Erhebungen den Schluss, dass weniger Armut und weniger Ungleichheit mit Reformen vereinbar seien. Die können doch unmöglich Deutschland meinen! Wurden zuvor wahrnehmungsverzerrende Rauschmittel eingenommen? Habe ich da möglicherweise etwas verpasst, hat mir mein Sachbearbeiter etwa die Erhöhung meines ergänzenden ALG II verheimlicht, gar in die eigene Tasche gesteckt?

Verbergen sich hinter dem „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ vielleicht die Gebrüder Grimm der neoliberalen Neuzeit? Das Armutsrisiko mag durchaus sinken – schließlich besteht die Armut ja bereits! Weil sich die Armutsgrenze mit steigender Armut weiter nach unten verschiebt, sind automatisch jene, die gestern noch arm waren, obwohl sie genauso arm sind wie gestern, heute nicht mehr „arm“! Mein Fazit: DIW-Studien haben den gleichen Qualitätsgehalt wie Studien von Professor (Un-)Sinn.

2. Die Aussage, dass Deutschland Schlusslicht bei der EU-**Lohnentwicklung** ist, mag so gar nicht zu dem euphemistischen Ergebnis der DIW-Studien passen. Wir können es alle täglich sinnlich erfahren oder schwarz auf weiß lesen, dass die Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel oder Energie explosionsartig steigen. Nur beim Gehalt tut sich leider rein gar nichts! Deswegen bleibt für immer mehr Menschen am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig. Kein Wunder, denn die Lohnerhöhungen können mit den Preissteigerungen in Deutschland kaum noch Schritt halten. Jahrelang forderten Arbeitgeberverbände und Bundesregierung von den Gewerkschaften Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen ein, weil sich angeblich nur so Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen ließen. Die Gewerkschaften schluckten die Kröte und mutierten zum zahnlosen, quäkigen Tiger.

Die Statistik beweist das: In keinem anderen Land der Europäischen Union sind die Löhne seit der Jahrtausendwende so dürftig gestiegen wie bei uns. Gerade einmal 15 Prozent haben deutsche Arbeitnehmer heute mehr in der Tasche als im Jahr 2000. Das liegt weit unter dem EU-Durchschnitt von 31,4 Prozent. In Frankreich gab es im selben Zeitraum mit 27,5 und in Großbritannien mit 41,5 Prozent deutlich höhere Gehaltssteigerungen als in Deutschland. Die größten Sprünge bei den Löhnen machten die ehemaligen Ostblockstaaten: Rumänien mit 422, Lettland mit 216 und Bulgarien mit 106,1 Prozent.

Zu den Gewinnern gehören Unternehmen, die in Deutschland produzieren. Wenn Löhne gar nicht oder nur mäßig steigen, können sie ihre Waren auf dem Weltmarkt günstiger anbieten. Es ist wirklich ganz wunderbar, wenn Deutschland in einer globalisierten Welt wettbewerbsfähiger wird! Weil aber die Unternehmer ihren Gierschlund gar nicht voll genug kriegen können, muss hierzulande schon jeder Vierte im Niedriglohnbereich arbeiten, kann von seiner Hände Arbeit nicht mehr leben und muss sich außerdem der drangsalierenden Verfolgungsbetreuung der argen Argen unterwerfen. Ein tolles Ergebnis, das sich wahrhaft sehen lassen kann!

3. Mensch kommt aus dem Staunen fürwahr kaum noch heraus bei einem Segeltörn durchs Internet. Jetzt leitet das Bundesarbeitsgericht sogar schon **Umsonstarbeit** ein! Wenn eine Gemeinde von der Möglichkeit Gebrauch macht, das Amt der Gleichstellungsbeauftragten in Zukunft einer ehrenamtlichen Kraft zu übertragen, so besteht für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit der bisher hauptberuflich beschäftigten Gleichstellungsbeauftragten ein „dringendes betriebliches Erfordernis“. So geschehen in Erfurt. Die Klägerin war seit 1999 mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von zehn Stunden bei der beklagten Gemeinde als Gleichstellungsbeauftragte angestellt.

Gemäß § 5a der Niedersächsischen Gemeindeordnung ist die Beklagte verpflichtet, eine Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. Die Aufgabe kann nach dem Gesetz auch ehrenamtlich erfüllt werden. Nach einem Anfang 2006 gefassten Ratsbeschluss sollte das Amt der Gleichstellungsbeauftragten in Zukunft nicht mehr hauptberuflich, sondern ehrenamtlich wahrgenommen werden. Mit Zustimmung des Personalrats kündigte die Beklagte daraufhin das Arbeitsverhältnis der Klägerin zum 30. Juni 2006. Die von der Klägerin erhobene Klage blieb vor dem Bundesarbeitsgericht – wie schon in den Vorinstanzen – ohne Erfolg. Die Beklagte sei berechtigt, die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten ehrenamtlich erledigen zu lassen. Sie dürfe unter den rechtlich zulässigen Gestaltungsmöglichkeiten die ihr am zweckmäßigsten erscheinende auswählen. Anhaltspunkte für einen Missbrauch dieses Rechts lägen nicht vor.

Dass eine ehrenamtliche Frauenbeauftragte zur Kündigung der Hauptamtlichen berechtigt, finde ich ungeheuerlich. Gleichstellung wird mal wieder nicht ernst genommen, das lässt sich offenbar mal eben aus dem Ärmel schütteln und ist dabei so dermaßen nebensächlich, dass dies sogar kein Entgelt erfordert. Hof-

fentlich macht dieses Beispiel nicht Schule! In meinen Augen ist es die „folgerichtige“ Weiterentwicklung der menschenverachtenden Ein-Euro-Jobs, mit denen die lang erkämpften Arbeitnehmerrechte in die Tonne getreten werden. Die derart Beschäftigten arbeiten auch bloß für ’nen Appel und ’n Ei und machen reguläre Handwerker arbeitslos. Leider macht es die Niedersächsische Gemeindeordnung möglich, sprich: Mindestens in diesem Bundesland kann jede Gemeinde jetzt genauso Gelder einsparen.

4. Bei „Neukölln aktiv“ schafften die „schwierigsten“ **Schulabbrecher** den Abschluss. Der eine oder andere hat hier die Kurve gekriegt. Nun wurde das Projekt eingestellt. Es passt offensichtlich nicht zur Behördenphilosophie. Da ist zum Beispiel der 21-jährige Simon, der mit 16 Jahren die Schule abgebrochen hat, nur noch auf der Straße „abhing“ und Drogen konsumierte. Nun hat er innerhalb eines halben Jahres seinen erweiterten Hauptschulabschluss nachgeholt, ist umgezogen, hat sich neue Freunde gesucht und bewirbt sich um einen Ausbildungsplatz. Dass er ein neues Leben begonnen hat, liegt an den Lehrern und Sozialarbeitern von „Neukölln aktiv“, die in den vergangenen eineinhalb Jahren erfolgreich jungen Männern, die von anderen Einrichtungen längst aufgegeben worden waren, zu Schulabschluss und Ausbildungsplatz verholfen haben.

Drei Viertel der jungen Männern zwischen 17 und 25 Jahren schafften binnen fünf Monaten den Hauptschulabschluss. Trotz des ungewöhnlichen Erfolges ist seit Juni Schluss mit diesem Projekt. Das Jobcenter hat die Förderung eingestellt, weil die Arbeit von „Neukölln aktiv“ – Erfolg hin oder her – nicht in die Strukturen der Bundesagentur für Arbeit und in die Philosophie des Bundesarbeitsministeriums passe. Die Lernatmosphäre war hier ganz anders als in der Schule, weil die Lehrer den Stoff tatsächlich so lange erklärten, bis er verstanden wurde, sodass auch noch Freude aufkam. Die Betreuung war intensiv, vier Lehrer und zwei Sozialarbeiter kümmerten sich um 23 Jugendliche; das Schulwissen wurde in kleinen Gruppen „gepaukt“. Der Zusammenhalt der Gruppe wurde durch gemeinsame Unternehmungen gestärkt.

Aber gerade diese Aktivitäten, die so wichtig sind, damit die Jugendlichen „am Ball“ bleiben, sind dem Projekt zum Verhängnis geworden. Bisher wurden sie unter „sonstige weitere Leistungen“ vom Jobcenter gefördert. Ausgerechnet diese sind Anfang des Jahres vom Bundesarbeitsministerium gestrichen worden. Entgegengesetzt zum Erfolg lautet die unglaubwürdige Begründung, es gebe „zu viel Missbrauch“. Klar: Mal ein Sozialarbeiter auf weiter Flur, das könnte noch hingenommen werden, nicht jedoch eine intensive Betreuung. Wo kämen wir denn hin, wenn noch mehr Jugendliche mit gestärktem Rückgrat und Schulabschluss in der Tasche solch eine Maßnahme durchliefen und sich dadurch nicht mehr menschenverachtender Gängelung aussetzen ließen, sondern sich mit eigenen Wünschen zur Wehr setzten? Außerdem leuchtet es natürlich ein, dass der Zwang zu zigfachen Bewerbungstraining sinnvoller ist als ein erfolgreicher Schulabschluss!

5. Ein Hoffnungsschimmer zeigt sich am Horizont: Das Bundesverfassungsgericht hat einer Klägerin Prozesskostenhilfe gewährt, die sich nach erfolgloser Klage gegen die Höhe der **Hartz-IV-Regelleistungen** nun vor dem Bundessozialgericht mittels einer Verfassungsbeschwerde dagegen zur Wehr setzen will. Dies teilte das „Erwerbslosenforum Deutschland“ in Bonn mit. Gleichzeitig haben die höchsten Richter dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung, allen Landesregierungen sowie der Bundesagentur für Arbeit als Beteiligte die eingereichte Verfassungsbeschwerde zugeleitet und bis zum 30. November 2008 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Dazu wurden neben dem Statistischen Bundesamt auch Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Sozialverbände als sachkundige Dritte um ihre Ansicht gebeten.

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“, das die Beschwerdeführerin kennt, bezeichnete den Beschluss als Schritt in die richtige Richtung, obgleich damit weiterhin alle Wege offen sind, auch die Entscheidung der Nichtzulassung. „Mit seinem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht aber diesmal eine Verfassungsbeschwerde nicht direkt abgebügelt, sondern hier Prozesskostenhilfe gewährt. So besteht zumindest ein Fünkchen Hoffnung, dass im nächsten Jahr eine Entscheidung über die Höhe und Verfassungsmäßigkeit der Regelleistungen bei Hartz IV fallen wird. Damit beschäftigen sich inzwischen *zwei* Gerichte mit den Regelleistungen“, so Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums“. Im August hatte das hessische Landessozialgericht eine Begutachtung über die Höhe der Regelleistungen in Auftrag gegeben.

Die ganzen anderen Verfassungsbeschwerden und -klagen, von denen zuvor immer mal die Rede war, sind nicht etwa im Papierkorb gelandet, sondern abgewiesen worden, weil sie nicht die „persönliche Betroffenheit“ darlegen konnten. So verhielt es sich auch bei der letzten, von der IG Metall mitgetragenen. Das A und O einer jeden Klage muss die „persönliche Betroffenheit“ sein. Erst im Anschluss daran darf die gesellschaftliche bekundet werden. Damit erfordert eine Verfassungsbeschwerde, dass der Beschwerdeführer begründet darlegt, inwieweit er selbst in seinem Existenzminimum gefährdet ist. Erschwerend kommt hinzu, dass der Tenor aller bisherigen Abweisungen lautete, doch bitte erst den Instanzenweg einzuhalten. Nunmehr ist der Weg zum Bundesverfassungsgericht nicht mehr verschlossen.

6. Mit der Entscheidung, dass ALG-II-Bezieher auf Verlangen der zuständigen Behörde auch bei Folgeanträgen ihre **Kontoauszüge** vorlegen müssen, werden Transferbezieher automatisch unter Generalverdacht gestellt. Die obersten Richter wissen anscheinend nicht, wie beschämend und demütigend das halbjährige Ritual der Vorlage von Kontoauszügen ist. Kontoauszüge sind eine spannende Lektüre: Man kann daraus erfahren, wo jemand Mitglied ist, ob er Bücher bei Amazon bestellt, bei Lidl oder Kaiser’s einkauft. Nun mag der mit Propaganda und übelster Nachrede über ALG-II-Bezieher verseuchte Normalbürger durchaus glauben, dass ein Antragsteller beweisen müsse, dass er nicht ohne Hartz IV le-

ben kann, weil es sich schließlich um Steuergelder handelt. Aber Otto und Ottilie Normalbürger wissen natürlich nicht, dass die Bedürftigkeit bereits nachgewiesen wurde.

Alle sechs Monate ist ein Antrag mit durchschnittlich sieben auszufüllenden Seiten abzugeben, Änderungen müssen umgehend angegeben werden. Zur Erinnerung: Wenn die kleine Tochter eines ALG-II-Empfängers von der Oma 50 Euro und ein Fahrrad zur Kommunion geschenkt bekommt, ist das schon eine anzugebende Änderung, die voll auf den Lebensunterhalt der Familie angerechnet wird – nix mit Schulbücher kaufen oder so! Zusätzlich muss noch das Konto offengelegt werden. Da klingelt es jetzt aber! Diese Entscheidung bleibt angesichts der äußerst geringen Missbrauchsquote bei Hartz IV vollkommen unverständlich. Die Kasseler Richter haben meiner Ansicht nach eine gefährliche Entwicklung beim Schutz der Privatsphäre eingeleitet. Menschen, die arm sind und Sozialleistungen beziehen müssen, genießen nur minimalen Datenschutz. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich – wenn sie sich ihr Recht kaufen können!

Der Entscheidung zufolge haben Erwerbslose jedoch die Möglichkeit, sensible Daten zu schwärzen. Dies seien beispielsweise Hinweise auf Gewerkschafts- oder Parteizugehörigkeiten, sexuelle Neigungen oder religiöse Anschauungen. Als eine Art von legaler Gegenwehr bietet es sich an, so wenig Geldbewegungen wie möglich über das Konto laufen zu lassen. Nachdem feste Kosten wie Miete, Energiekosten, Telefon überwiesen sind, darf mensch ja bis auf ein paar Euro alles abheben und zu Hause gut weglegen. Jeder sollte sich in Zukunft gut überlegen, wo er mit der EC-Karte bezahlt! Wenn sich das Ganze Monat für Monat wiederholt, dürften die neugierigen Sachbearbeiter in den argen Argen beim Betrachten der Kontoauszüge das große Gähnen bekommen.

7. Der Chef des UN-Kinderhilfswerks „Unicef“ in Deutschland hat sich gegen ein höheres **Kindergeld** ausgesprochen: Wo Familien auseinandergebrochen seien, solle man nicht glauben, es sei mit zehn oder fünf Euro mehr Kindergeld getan. Er verstieg sich zu der Behauptung, dass sich viele Eltern über die zehn Euro freuen würden, sie jedoch nicht für ihr Kind ausgäben, sondern das Geld in Alkohol oder einen neuen Fernseher stecken würden. Die neue, alte Diskriminierungsplatte hat einen gewaltigen Sprung! Ich verstehe langsam wirklich nicht mehr, dass es sich immer noch nicht bis zum Allerletzten mit der längsten Leitung herumgesprochen hat, dass das Kindergeld zum Finanzieren des Kindesunterhalts gebraucht wird und letztlich für Kinder bis 14 Jahre nur 211 Euro zur Verfügung stehen. Da das Kindergeld Einkommen ist, wird von der Arge quasi nur noch ein kleiner Betrag dazugezahlt. Wie es Eltern nun gelingen soll, 211 Euro zu verprassen, wenn das Kind Essen, Kleidung und mehr braucht, wird wohl auf ewig ein Geheimnis der Wohlsituierten bleiben.

Der Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, Martin Behrsing, sagte, nach dem Desaster um die Verschwendungsvorwürfe Anfang des Jahres sei eigentlich zu erwarten gewesen, dass die „Unicef Deutschland“ sich ihren eigent-

lichen Aufgabe widmen würde. Stattdessen entpuppe sich ihr Chef Jürgen Heraeus als Kopie von Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin. Behrsing wertete derartige Äußerungen als „geistigen Sondermüll“, der schnellstens mit der Personalie Heraeus entsorgt werden müsste. Das „Erwerbslosenforum“ erinnerte zum Weltkindertag daran, dass mit Einführung von Hartz IV bewusst der wachstumsbedingte erhöhte Ernährungsbedarf bei Schulkindern und Jugendlichen aberkannt wurde, indem die Altersgruppen der Schulkinder zwischen sieben und 14 Jahren und der Jugendlichen nicht mehr berücksichtigt wurden. Damit wäre die Agenda-Politik in die Zeiten des Faschismus zurückgefallen! Auch damals gab es nur zwei Altergruppen.

Bis zur Einführung von Hartz IV hatten Kinder von sieben bis 14 Jahren etwa 20 Prozent mehr für Ernährung zur Verfügung. 14- bis 17-Jährige bekamen 90 Prozent des Eckregelsatzes, weil ihr Ernährungsbedarf den von Erwachsenen übersteigt. Mit der Einführung von Hartz IV wurde der Bedarf eines heute 13-Jährigen auf das Niveau eines Säuglings reduziert. Jugendlichen gesteht man nur noch 2.500 kcal zu, obwohl sie täglich 3.000 kcal brauchen. Dabei haben alle Parteien, Gewerkschaften und großen Wohlfahrtsverbände zugeschaut, ohne diese vorsätzliche Kürzung zu beanstanden. Diese Kürzungen könnte man nach Ansicht der initiativenübergreifenden neuen Bündnisplattform „Kinderarmut durch Hartz IV“ sofort beheben, indem man Kindern zwischen sieben und 14 Jahren 253 statt 211 Euro und Jugendlichen 316 statt 281 Euro gewähren würde.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Dorf mit Straßenbahn

1. Die Sommerpause ist vorbei, auch in Parlament und Senat der Freien Hansestadt Bremen! Die nächste Runde für das **Sozialticket** ist eingeläutet. Wir wollen es endlich haben! Die Geduld der vom Staat finanziell abhängig gehaltenen Menschen in Bremen ist erschöpft. Es kommt die kalte Jahreszeit, und frau kann nicht mehr jeden Weg mit dem Rad bewältigen – so sie denn eines besitzt und es in einem verkehrstauglichen Zustand ist. Also: Es ist angesagt, das Sozialticket schnellstens unter das arme Volk zu bringen! Beraten werden muss auch nicht mehr, das hat wohl schon zur Genüge bei Kaffee und Keksen stattgefunden. Jetzt muss nur noch etwas Hübsches entworfen und gedruckt werden, dann kann die notleidende BSAG 14 Millionen Euro kas-

sieren – und ganz schnell schon mal einen kleinen Abtrag für den Schuldenberg in Höhe von 225 Millionen leisten.

Warum müssen eigentlich neue teure Schienennetze gebaut werden? Können diese Strecken nicht mit Bussen bedient werden? Straßen sind doch vorhanden, und bei jeder Schlechtwetterlage oder bei wetterbedingten ungünstigen Verhältnissen muss Schienenersatzverkehr – sprich: der gute Bus – her. Ich denke dabei an die vereisten Oberleitungen auf der Strecke nach Huchting oder an regelmäßig unter Wasser stehende Unterführungen wie zum Beispiel den Gustav-Deetjen-Tunnel. Warum also nicht gleich Busse einsetzen, die bei ungünstigen Wetterlagen sowieso die Bahnen ersetzen müssen? Mein Appell an Herrn Loske als zuständigen, verantwortlichen und verantwortungsvollen Politiker heißt: Stoppen Sie diese Bauvorhaben sofort, bevor Sie mit in diesen Schlamassel und die Trickserei hineingezogen werden, denn bis jetzt haben Sie diese verheerende Fehlkalkulation nicht zu verantworten! Tragen Sie dazu bei, dass die Bremer Politikerinnen und Politiker nicht in noch mehr Schulden versinken! Oder verlassen Sie Bremen nach vier Jahren wieder? Frau könnte es fast glauben.

2. Zweimal hatten wir in der letzten Woche den Tag des Kindes – einmal national und einmal weltweit. Da konnten wir mal wieder unser Gewissen beruhigen mit der kostenlosen Freigabe von Straßen zum Spielen und Toben für alle Kinder! Nun haben wir wieder ein Jahr Ruhe mit unserem Engagement.

Der **Regelsatz** des ALG II soll nach dem Alter des Kindes neu gestaffelt werden, weil ein älteres Kind mehr Geld benötige als ein jüngeres! Welchem Dummkopf ist das jetzt wieder eingefallen? Kinder kosten *immer* eine Menge Geld – egal, in welchem Alter! Warum bekommen nicht alle betroffenen Kinder wenigstens den erbärmlichen Betrag von 351 Euro wie ein Erwachsener? Besser wäre es für die Entwicklung natürlich, sie bekämen das, was sie tatsächlich zu einem lebenswerten Leben benötigen! Wie sollen sie sich in die Gesellschaft sozial integrieren, wenn ihnen das finanziell gar nicht gelingen kann, weil genau dieses Gesellschaftssystem es ihnen verweigert und unmöglich macht? Die Politikerinnen und Politiker müssen sich schämen, wie sie mit den Kindern und jungen Menschen in unserem Land umgehen! Und wir müssen uns schämen, dass wir es zulassen!

Die Regierenden in Bremen sind zufrieden mit der „Kindeswohl“-Entwicklung der Freien Hansestadt seit dem schrecklichen Tod des kleinen Kevin unter Leitung der Bagis. Und das ist ja auch das Wichtigste: Hauptsache, die Politikerinnen und Politiker sind zufrieden und lehnen sich entspannt zurück. Ist doch egal, wenn ihre Einschätzung an der Realität total vorbeigeht. Gegenseitiges Schulterklopfen ist angesagt! Wenn jedes dritte Kind unter der Armutsgrenze lebt, die beschämend niedrig ist und jenseits jeder vernünftigen und menschlichen Überlegung liegt, können wir ganz beruhigt sein: *Zwei* Kindern geht es doch noch gut! Mir scheint, nach diesem Prinzip wird in der Politik gedacht und gehandelt. Aber am 26. September haben wir schon wieder einen Tag, am dem wir den armen

Kindern in unserem wohlhabenden Land etwas Gutes antun können: Dann ist der Tag des Deutschen Butterbrots.

Noch ein Wort zu unserem **Bremer Nottelefon für Kinder**: Wo suchen wir diesen Anschluss, und wo finden wir ihn? Als Kind findet man ihn gar nicht! Ich war der Meinung, auch sie sollten diese Nummer wählen können. Habe ich das falsch verstanden? Sie steht in den Gelben Seiten unter „Behörden und Initiativen – Bürgerservice – Stadt Bremen – K“ (wie Katastrophe), nennt sich „Kinder- und Jugendnotdienst“ und hat die sperrige Nummer **699 1133**. Hätten Sie das gedacht? Ich nicht. Sinnvoll und angemessen ist der Eintrag in beiden Telefonbüchern auf der Seite mit den Notfallnummern, gleich unter Polizei und Feuerwehr, und bitte mit einer kindgerechten Nummer wie 123 123! Sonst haben Kinder und Jugendliche keine Chance, selbst um Hilfe zu bitten.

3. Die leidige Sache mit **Murat Kurnaz** und seinem engagierten Anwalt ist nun erst mal vom unsauberen Tisch. Der Untersuchungsausschuss hat seine stümperhafte Arbeit beendet und konnte sich zu keiner klaren Aussage durchringen, außer dass alles unklar geblieben ist. Wie widerwärtig und unglaubwürdig ist das in dieser menschlichen Tragödie! Aussage steht gegen Aussage – und entschieden wurde ganz demokratisch zugunsten der Staatsbediensteten. Aber mit Demokratie hatte diese Farce nichts und mit Aufklärung eines Falles von Folter schon gar nichts zu tun. Als es prekär wurde, hat man den Untersuchungsausschuss schnell in einen militärischen „verwandelt“, in dem alles rücksichtsvoll geheim gehalten wird. Herr Steinmeier und Herr Röwekamp mussten sich nicht verpflichten, „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit“ zu sagen.

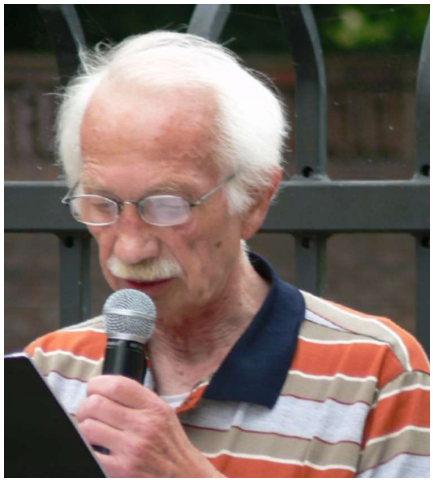
Murat Kurnaz’ Aussage wurde kritisch aufgenommen. Den beiden Beschuldigten wird vom Untersuchungsausschussvorsitzenden bescheinigt, dass sie sich garantiert und glaubwürdig in ihren Aussagen zur Folter nicht abgesprochen haben. Dürfen diese Politikerinnen und Politiker tatsächlich so dumm sein? Dann müssen sie schnellstens von ihren verantwortungsvollen, gut bezahlten Posten verschwinden und engagierten Personen Platz machen, die Murat Kurnaz zu seiner Gerechtigkeit verhelfen! Ich hoffe, Herrn Docke und Herrn Kurnaz gelingt es doch noch, diese beiden staatlich gedeckten Agenten, die ihren Auftrag erfüllten, ihrer Bestrafung zuzuführen, denn: Keiner hat das Recht zu gehorchen!

Gudrun Binder (parteilos)

Hartz IV macht krank: Bremer versendet Amoklauf-Ankündigung unter dem Namen seines Bagis-Sanktionsvollstreckers *(„Spiegel-Online“)*

Promi ohne Allüren: Damenwelt trauert um Eisbären-Idealpapa *(„Spiegel-Online“)*

Truppen raus aus Afghanistan!



Wir waren etwa dreißig noch nicht ganz wache Menschen, die sich am frühen Samstagmorgen um 6 Uhr in den engen Bus quälten. Als wir gegen 11:30 Uhr in Berlin ankamen, hatten sich zur Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor bereits etwa 2.000 Menschen versammelt. Leider funktionierte die Lautsprecheranlage nicht richtig. Die Veranstalter entschuldigten sich prompt für diese Misslichkeit mit glaubwürdigem Geldmangel, was uns zu spontanen Spenden in die herumgereichten Sammelbüchsen inspirierte.

Sabine Schiffer, eine in Erlangen lehrende Musikpädagogin, griff in einem der ersten Redebeiträge die gleichgeschalteten Medien scharf an. Diese stützten sich bei ihrer Kriegsberichterstattung fast ausschließlich auf gefälschtes Bildmaterial und gezielte Falschinformationen des Bertelsmann-Stiftungskonzerns, um in der Bevölkerung, die den Krieg zu über 60 Prozent ablehnt, doch noch eine Akzeptanz dafür zu erzwingen. Viel Applaus erntete die Tochter des argentinischen Revolutionärs „Che“ Guevara, Aleida Guevara March, die als Kinderärztin auf Kuba tätig ist. Sie beklagte „das sinnlose Verheizen unserer Kinder, Brüder und Schwestern“ und fragte zutiefst besorgt: „Wie lange werden wir es noch zulassen, dass unsere Familien in Kriege überall auf der Welt geschickt werden?“

Als wir nach der Auftaktkundgebung nach einer Stunde den Gendarmenmarkt erreichten, waren wir erheblich mehr geworden und füllten den Platz mit circa 8.000 Menschen. Der Politikwissenschaftler und gebürtige Afghane Martin Baraki, der kürzlich auch Gast des „Friedensforums“ war, skizzierte in seinem Redebeitrag die lange Geschichte der Kriege gegen sein Land. Schon in der Zeit des Kaiserreichs 1914/15 habe die Geburtsstunde der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ geschlagen. Später unter Hitler habe die faschistische Wehrmacht diesen „Verteidigungskrieg“ mit der „Operation Barbarossa“ fortgeführt, und der aktuelle Krieg der USA unterstreiche erneut die Großmachtambitionen auch der gegenwärtigen Bundesregierung. Auf zehn Jahre weiteren Krieg hätten sich die USA und ihre Verbündeten schon eingerichtet, hieß es.

Peter Strutynski, Sprecher des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ konstatierte, dass laut Minister Jung Deutschland keinen Krieg führe, sondern seine Soldaten „auf dem halben Erdball für Frieden und Stabilität“ stünden. Diese „Version vom Nicht-Krieg“ solle die Bundeswehr legitimieren, „weltweit mitzuschießen“. Den Tod von Tausenden Zivilisten scheine die Bundesregierung dabei „billigend in Kauf zu nehmen“. Was Strutynski mit professoraler Zurückhaltung formuliert, sage ich gern deutlicher: Den Regierenden ist es völlig gleichgültig, wie viele Menschen durch deutsche Waffen und Soldaten sterben müssen – Hauptsache,

die Rohstoffbilanz stimmt! Deutschland ist wieder Kriegsmacht, und so benimmt es sich auch!

Übrigens wurde nicht nur in Berlin und Stuttgart demonstriert. Wie „Die Linke Bremen“ im Internet schreibt, fanden Antikriegsdemonstrationen auch in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien und beim „Europäischen Sozialforum“ in Malmö statt. Hierzu noch eine Terminwiederholung: Zu einer **Ökumenischen Andacht für den Frieden in Afghanistan** laden Mitglieder Bremer Kirchengemeinden, das „Bremer Friedensforum“ und die DFG-VK für **Samstag**, den **27. September 2008**, um **12:30 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz** ein. Zum Frieden ist es leider noch ein langer Weg. Doch wir sind fest entschlossen, auf diesem Weg zu bleiben!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

Wie lange leben Sie von 132 Euro, Herr Professor?

1. Vom 15. bis 21. September 2008 war die „Aktionswoche zum bedingungslosen **Grundeinkommen**“. In dem betreffenden Arbeitskreis der „Linken“ arbeite ich mit, ohne Parteimitglied zu sein, da ich davon überzeugt bin, dass es richtig ist, dafür zu kämpfen. Ich fordere euch auf, uns dabei zu unterstützen! Am 20. September war in Berlin eine Demonstration gegen den Afghanistankrieg. Die Regierung versucht, mit Drangsalierung und Existenzversagung die jungen Erwerbslosen in die Armee zu zwingen. Das ist ein Grund unter vielen, „Die Linke“ beim Kampf für ein bedingungsloses Grundeinkommen von 950 Euro für Erwachsene und 475 Euro pro Kind im Monat zu unterstützen!

Die Herren Friedrich Thießen und Christan Fischer von der Technischen Universität in Chemnitz, die Interessen der neoliberalen Wirtschaft vertreten, fordern dagegen eine Absenkung des Regelsatzes auf 132 Euro. Oskar Lafontaine sagte dazu: „Keiner der Unternehmensleiter, die sich in Verbandsvorständen für den Abbau des Kündigungsschutzes stark machen, wäre selbst bereit, unter schlechten Bedingungen zu arbeiten. In der Regel sind die Verträge dieser Herren auf fünf Jahre angelegt und vorzeitige Kündigungen mit hohen Ablösesummen verbunden. Hier zeigt sich mal wieder der Satz ‚Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu‘. Ich habe in meinen Wahlkampfreden die-

ses Sprichwort immer wieder verwendet und fand damit große Zustimmung beim Publikum. Es traf genau das Empfinden der Bevölkerung“ (zitiert aus dem Buch „Das Herz schlägt links“). Den Professoren aus Chemnitz schlage ich vor, unter der Bewachung von Arbeitslosen mit ihren Familien bis zu ihrem Lebensende von 132 Euro und 75 Euro für die Kinder zu leben!

„Meines Erachtens ist nicht die Finanzierbarkeit des Werner’schen Grundeinkommens aus dem Staatshaushalt das Problem. Auf den Großteil der nötigen Produkte wird die Mehrwertsteuer aufgeschlagen (Wohnung, Strom, Gas, Nahrungsmittel, Kleidung). Die Kaufkraft des Grundeinkommens, der jetzigen Löhne, Gehälter und Renten würden sich um etwa 30 Prozent vermindern, der Konsum wahrscheinlich gesamtgesellschaftlich kaum steigen. Dies bescherte dem Staat weitere Steuermindereinnahmen, die steigenden Unternehmerprofiten gegenüberstehen. Unternehmerträume würden wahr“ (zitiert aus dem Buch „Existenzgeld Reloaded“ der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerblosen- und Sozialhilfeinitiativen“. Ich kann nur wärmstens empfehlen, sich das Buch zu besorgen und zu lesen!)

Zu Götz Werner möchte ich anmerken, dass er Recht hat, wenn er feststellt, dass Hartz IV einen „offenen Strafvollzug“ darstellt. Das ändert nichts daran, dass er Unternehmer ist und mit seinem Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens dafür sorgt, dass die Mehrheit der Menschen verarmt. So findet am **24. September 2008** hier in Bremen ein Treffen der Geschäftsführer der „Behindertenwerkstätten“ statt, und um **15 Uhr** hält **Götz Werner** einen **Vortrag** zum Thema im **AWD-Dome**. Der Konferenzbeitrag beträgt 160 Euro für die drei Tage! Menschen, die kein Geld haben, können daran nicht teilnehmen. Es wurde auch gesagt, dass dies „keine öffentliche Veranstaltung“ sei.

In der Öffentlichkeit wird immer so getan, als ob behinderten Menschen durch die Behindertenwerkstätten geholfen würde. Als umgeschulter Linkshänderin ist mir die Teilnehme verwehrt, da ich kein Geld für diese Veranstaltung habe, zu der übrigens auch Bundespräsident Horst Köhler und ein EU-Kommissar eingeladen sind. Sie haben alle eines gemeinsam: dass sie den Neoliberalismus vertreten, der die Interessen der Konzerne ausdrückt und hilft, die Privatisierung voranzubringen, etwa im Gesundheitsbereich mit den Zuzahlungen und dem Personalabbau. Darunter haben die chronisch Kranken und Behinderten ganz besonders zu leiden. Die „Behindertenwerkstätten“ laden also diejenigen ein, die für die neoliberale Politik verantwortlich sind. Das bedeutet, dass es behinderten Menschen in der Gesellschaft immer schlechter gehen wird!

„Die Arbeiter zahlen, die Kapitalisten verfügen darüber zur eigenen Bereicherung und Senkung des Lohnes der Arbeiterklasse. Dies ist der gegenwärtige Zustand der Arbeitslosenversicherung in Westdeutschland. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt das Gegenteil: Die Kapitalisten sollen zahlen, die Arbeiterklasse verfügt. Zu fordern sind die Selbstverwaltung der Versicherung und Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und die Verwaltung der Arbeitsämter durch die Lohnabhängigen“ (zitiert aus den

Heft „Kommunismus und Klassenkampf 12/1977“ mit der Artikelüberschrift „Bundesanstalt für Arbeit: Zwangsanstalt für Lohndrückerei und Lohnraub“, herausgegeben vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands, in dem ich von 1977 bis 1983 Mitglied war).

Der Kampf für das bedingungslose Grundeinkommen bedeutet, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und nicht in Konkurrenz zueinander treten, um ihre Löhne für die Kapitalisten drücken zu lassen. Nein zu den Hartz-Gesetzen und zur Agenda 2010! Ein wirkliches bedingungsloses Grundeinkommen kann es nur geben, wenn der Mensch nicht gezwungen wird, unter menschenverachtenden Bedingungen zu arbeiten.

Gregor Gysi und große Teile der „Linken“ sehen den Untergang der DDR als „großen emanzipatorischen Schritt nach vorn“ an. Dem kann ich nicht zustimmen, da irren sich viele in der „Partei der Linken“: Die USA, die europäischen Imperialisten und vor allem die BRD-Imperialisten haben den sogenannten „realen Sozialismus“, der nie ein wahrer Sozialismus war, besiegt! Das war für die Arbeiterklasse weltweit eine schwere Niederlage. Rosa Luxemburg sagte zu Recht: Sozialismus oder Untergang in Barbarei! Vor uns steht heute die Frage: Gehen wir im globalen neoliberalen Kapitalismus unter? Der Kampf für das bedingungslose Grundeinkommen ist damit verbunden, dass Menschen sich nicht in die Bundeswehr zwingen lassen müssen, um ihre Existenz abzusichern! Allen Menschen steht ein bedingungsloses Grundeinkommen zu, ohne Abhängigkeit vom Partner oder von der Familie und ohne Bedürftigkeitsprüfung!

2. Offener Brief an die Technische Universität Chemnitz, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Herrn Friedrich Thießen und Herrn Christian Fischer, 09107 Chemnitz, Betreff: Vorschlag einer **Kürzung des Regelsatzes** für Hartz IV-Empfänger auf 132 Euro und für Kinder auf 75 Euro. (Als ich das der Presse entnahm, glaubte ich, mich tritt ein Pferd!)

Sehr geehrte Herren Thießen und Fischer, wie lange haben Sie persönlich von 132 Euro in Monat gelebt, und gegebenenfalls Ihre Kinder von 75 Euro? Wie viel Gramm Obst und Gemüse nahmen Sie und Ihre Kinder zu sich? Haben Sie sich alle gesund ernähren können? Ich rauche nicht, aber ein Glas Rotwein am Tag soll ja für Herz und Kreislauf gesund sein. Wie kommen Sie darauf, dass mensch gar keinen Alkohol zu sich nehmen darf? Aus eigener Erfahrung kann ich nur sagen, dass 351 Euro viel zu wenig ist, um sich gesund zu ernähren. Wie haben Sie das mit 132 Euro hinbekommen?

Nach Ihren Vorstellungen sollen Menschen an Stadteilfesten teilnehmen können. Wie sieht es für Kinder und Erwachsene mit Geburtstagsfeiern aus? Findet Weihnachten in Ihrer Berechung noch statt, und gibt es Spielsachen, Schulmaterial? Wer an Feiern teilnimmt, benötigt auch mal Zutaten, um einen Kuchen oder Weihnachtsplätzchen zu backen. Wie kommen Sie darauf, dass überhaupt keine Butter benötigt wird? Bekommen Sie als Professoren nicht mindestens 10.000 Euro in Monat? Wenn Sie so begeistert davon sind, von 132 Euro im Monat zu le-

ben, könnten Sie ja versuchen, bis zu Ihrem dann wahrscheinlich wesentlich früher eintretenden Lebensende davon zu existieren! Das restliche Geld könnten Sie gemeinnützigen Vereinen spenden, was auch für Ihr gesamtes Vermögen gilt.

Für Kinder ist es gesundheitsschädlich, gebrauchte Schuhe zu tragen, weil sich ihre Füße verformen. Wenn Sie so begeistert von Kleiderkammern sind, dann spenden Sie doch einfach Ihre teure Markenkleidung und tragen selbst gebrauchte Klamotten! Angeblich ist es Ihre Absicht, „einen Beitrag zur Verbesserung der Situation vieler Menschen zu leisten“. Sind Sie sich ganz sicher, dass sich die Lebenssituation der Betroffenen mit 132 Euro und 75 Euro für Kinder verbessert? Für Internet, Telefon und Post zwei Euro im Monat anzusetzen, kann wohl auch nicht Ihr Ernst sein. Benötigen Sie keinen Regenschirm, keine Bademütze? Haben Sie alle Ihre Möbel verschenkt und sich Möbel nur aus sozialen Einrichtungen besorgt? Wie sieht es in Ihrer Berechnung mit der Nutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs aus? Fliegen Sie auf einem Teppich aus dem Möbellager zu Ihrer Finca auf Teneriffa?

Es werden statt drei Euro für die Freizeit jetzt 60 Euro gefordert! Der Gesamtbedarf nach Ihrer Berechnung liegt bei 278 Euro. Das bedeutet eine faktische Kürzung für Erwachsene. Die Wissenschaftler Dr. Rudolf Martens und Rainer Roth haben nachgewiesen, dass der Regelsatz von 351 Euro in Monat viel zu niedrig ist. Diese Festlegung durch die Bundesregierung ist fehlerhaft. Als erster Schritt gehört der Regelsatz auf 500 Euro angehoben! Der Regelsatz für Kinder müsste bis zum Alter von sechs Jahren 372 Euro, bis 12 Jahre 432 Euro und bei Jugendlichen bis 18 Jahren 483 Euro betragen. Kinder und Jugendliche befinden sich im Wachstum und benötigen besondere Zuwendungen. Haben Sie mit den Regelsätzen für Ernährung von 132 Euro im Monat für Erwachsene und von 75 Euro für Kinder nicht ein Todesurteil gesprochen? Wären Sie mit Ihren Familien zu einem Selbstversuch bereit? Mit freundlichen Grüßen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Den Kapitalismus auf Kosten der breiten Massen retten?

Es wird kühler, dämmert mittlerweile wieder früher, und die Zahl der den Marktplatz Kreuzenden nimmt ab. So waren wir bei der 199. Montagsdemo in Bremen am 22. September 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz nur 40 Teilnehmer, obwohl auch neue Leute dabei waren. Wieder hörten einige Schüler – diesmal aus dem Kreis Coesfeld, auf Klassenfahrt in Bremen – ein Weilchen zu, obwohl sie wegen ihres jugendlichen Alters von vielleicht 13, 14 Jahren mit dem Thema Hartz IV nicht viel anfangen konnten.

Die sogenannte Bankenkrise in den USA und die Versuche, den Kapitalismus auf Kosten der breiten Massen weltweit zu retten, standen im Mittelpunkt, außerdem die Forderung nach einem „Sozialticket“ in Bremen. Da gibt es ein Hinhalten des Senats, während an anderer Stelle die nicht kalkulierten Mehrkosten von 125 Millionen für die Straßenbahnerweiterung keine Rolle spielen. Themen waren auch die ständigen Verschönerungsrechnungen und Verwirrungen von Arbeitsminister Scholz und dass ganze WGs jetzt für das Wohngeld eines Mitbewohners haften sollen. Außerdem gab es einen kurzen Bericht von der Demo „Raus aus Afghanistan!“ in Berlin.

Am 29. September 2008 steigt die 200. Montagsdemo in Bremen. Mitstreiter und Freunde, kommt zahlreich, bringt Verkleidungen, Topfdeckel und andere „Lärmartikel“ sowie flotte Beiträge mit, auf dass wir immer wieder zeigen: Wir sind da und wir bleiben da, auch wenn Senat und Bürgerschaft in Bremen oder die Berliner Große Koalition schon nach Hause gegangen zu sein scheinen! Hartz IV muss vom Tisch, ohne Wenn und Aber, und es *kommt* vom Tisch!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Pervers: In nächtlicher Runde lässt sich Kanzlerin Merkel von Bankchef Ackermann überreden, der maroden Hypo Real Estate einen Betrag in Höhe der jährlichen Hartz-IV-Kosten in den Rachen zu werfen – und informiert die Öffentlichkeit erst kurz nach Schließung der Wahllokale darüber *(„Financial Times Deutschland“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

200. Bremer Montagsdemo am 29. 09. 2008

200. Bremer Montagsdemo im Fernsehen: Ein türkischer Alternativ-Sender bringt am **Samstag**, dem **4. Oktober 2008**, um **20:20 Uhr** einen Beitrag über uns *(„Hayat TV“, „Türksat“ Kanal 200)*

Davon können sich die anderen Sender eine Scheibe abschneiden

1. Wie ihr vielleicht schon bemerkt habt, ist heute ein Kamerateam hier auf dem Marktplatz. Ich begrüße ganz herzlich die Kollegen von „**Hayat TV**“! Das ist ein türkischer Sender, der Beiträge für die „kleinen Leute“ produziert. Heute ist ein „Hayat“-Team zu unserer 200. Montagsdemo gekommen – davon können sich die anderen Sender eine Scheibe abschneiden!

Ich zitiere aus der Selbstdarstellung auf der Homepage des Senders: „Hayat, das heißt auf Deutsch ‚Leben‘. Mit dem Anspruch, alle Farben und Facetten des Lebens auf den Bildschirm zu bringen, ging ‚Hayat TV‘ am 3. Dezember 2007 über ‚Türksat‘ auf Sendung. ‚Hayat TV‘ ist kein kommerzieller Sender. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf die Probleme und Bedürfnisse der breiten Bevölkerung einzugehen und denen eine Stimme zu geben, die bisher in den Massenmedien keine hatten. Hunderte Gewerkschafter, Wissenschaftler, Schriftsteller, Politiker, Künstler und Tausende weitere Menschen aus der Türkei und Europa haben beim Aufbau von ‚Hayat TV‘ mitgeholfen – mit Ideen, ihrer Arbeitskraft und Spenden. Unter dem Motto ‚Kanal von Millionen statt der Millionäre‘ konnte sich ‚Hayat TV‘ als unabhängiger und kritischer TV-Sender etablieren.“ Ein beispielhaftes Konzept, das wir uns auch in deutscher Sprache verwirklicht wünschen!

2. Nach den Chemnitzer Professoren ist jetzt auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, auf die Idee gekommen, dass **Hartz IV gekürzt** werden muss, zumindest für **Jugendliche**. „Um ihre Ausbildungsbereitschaft zu fördern“, dürfe das ALG II für Jugendliche nicht höher als die „niedrigste Ausbildungsvergütung“ sein. Ich habe mal versucht rauszufinden, wie hoch diese ist. Bei den Friseuren kam ich auf 206 Euro in Ost- und 326 Euro in Westdeutschland. Aber sicher hat Herr Weise einen noch niedrigeren Betrag gefunden. Es ist einfach eine Schweinerei, den Jugendlichen noch mehr Geld wegnehmen zu wollen – und das, obwohl die Bundesagentur Millionenüberschüsse gemacht hat. Es ist erst recht eine Schweinerei, wenn man sieht, wie den notleidenden Banken nicht nur Millionen, sondern Milliarden hinten reingeschoben werden! Und es ist nicht nur eine Schweinerei, sondern auch grenzenlos zynisch, wenn Herr Weise unterstellt, die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz hätten nur deswegen keinen, weil es sich mit Hartz IV so trefflich leben lasse. Tatsache ist: Es gibt viel zu wenig Lehrstellen, vor allem in der Großindustrie! Dieser Zynismus liegt auf einer Linie mit der seit Monaten betriebenen Hetzkampagne in der „Bild“-Zeitung gegen die arbeitslosen „Hartz-IV-Abzocker“.

Und noch etwas zu den Banken und den Milliarden, die sie kriegen sollen: **35 Milliarden Euro** soll jetzt die deutsche Immobilienbank **Hypo Real Estate** bekommen. Warum gehen die denn alle Pleite, eine nach der anderen? Die Leute vom Finanzkapital, also die richtig Reichen, haben so viele *Billionen* aus den Massen herausgequetscht, aus den Arbeitern, aus den Volksmassen auf der ganzen Welt, dass sie immer größere Schwierigkeiten haben, ihre gigantischen Profite gewinnbringend zu verwerten. Dann tut sich die Möglichkeit auf, mit spekulativen Immobiliengeschäften oder einfach mit „Wetten“ viel „Cash“ zu machen – und alle stürzen sich auf diese Anlagemöglichkeit, wie die Schmeißfliege auf den Haufen. Jetzt ist diese Spekulationsblase geplatzt, das Geschrei ist groß – und der Staat soll die Schulden übernehmen, indem er sie bei uns wieder eintreibt! Selbst großbürgerliche Zeitungen sprechen von „Raubtierkapitalismus“, den man zähmen muss. Aber diese Bestie lässt sich nicht zähmen, man kann sie nur totschlagen!

3. Letzte Woche demonstrierten über 130.000 Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen in Berlin gegen die Gesundheitspolitik der Regierung. Ein Drittel aller staatlichen **Krankenhäuser** steht vor der Insolvenz! 600.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst wurden in den letzten Jahren durch die Privatisierungspolitik abgebaut. Wir müssen zusammen mit diesen Krankenhausbeschäftigten den Kampf führen – nicht nur gegen die Gesundheitspolitik, sondern gegen die ganze unsoziale Umverteilungspolitik von unten nach oben! Am **8. November 2008** bei der zentralen **Demonstration** aller Montagsdemos in **Berlin** werden wir unseren Protest zu Gehör bringen! Es ist richtig, was meine Vorrednerin von der „Linken“ vorhin sagte: Es kommt vor allem auf den Kampf auf der Straße an, sonst bleibt die ganze parlamentarische Arbeit belanglos. Das hätte „Die Linke“ in Bayern auch etwas mehr beherzigen sollen – vielleicht wäre ihr Ergebnis dann besser

geworden als „nur“ 4,3 Prozent. Entscheidend ist der Kampf auf der Straße und in den Betrieben – dann sind auch die Parlamentarier zu Reaktionen gezwungen! Und nicht umgekehrt.

Wolfgang Lange (MLPD)

Armut macht Reichtum: 30 Prozent aller Bremer Kinder leben von Hartz IV, und Menschen im armen Gröpelingen sterben durchschnittlich acht Jahre früher als im reichen Oberneuland oder Schwachhausen *(„Tageszeitung“)*

Diffamiert, behindert, totgeschwiegen – aber lebendig!

Heute findet unsere 200. Montagdemo auf dem ehrwürdigen Bremer Rathausplatz statt. Wer hätte mit dieser „stolzen“ Zahl gerechnet? Zum 200. Mal demonstrieren wir gegen die Hartz-IV-Gesetze – und gegen die Erfüllung des Lissabonner Vertrages im vorauseilenden Gehorsam durch unsere Regierung. Wir wollen, dass die Unmenschlichkeit der Gesetze für Europa in Deutschland zurückgenommen wird und wieder eine soziale Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland herrscht!

Die Montagsdemos in Deutschland werden totgeschwiegen, in einigen Städten auf politische Anordnung massiv polizeilich behindert und von Politikern und den unkritischen, uninteressierten Medien diffamiert. Das alles geschieht, weil die politischen Zeitarbeiter mit diesen aktiven und aufmerksamen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nicht umgehen können und wollen.

Kaum jemand in der politischen Riege hat damit gerechnet, dass die Menschen, die die Montagsdemos in vielen Städten am Leben halten, einen so langen Atem haben und die Demos immer noch existieren. Wir sind der Stachel im Fleisch der politischen Versager. Wenn auch die Beteiligung an den Demos abgenommen hat, so sind wir lebendig und unbequem. Menschen, die meinen, dass ein paar Leute doch gar nichts ausrichten und verändern können, irren sich gewaltig. Wenn das allerdings ihre Meinung ist, dann können sie das ändern und sollten schleunigst dazukommen, denn zusammen sind wir stark!

Durch eine große Anzahl von Demonstranten wird der Druck auf eine Veränderung der Lebensbedingungen in diesem Lande immer größer. Es ist dringend nötig, dass wir alle zusammenhalten und zusammenkommen und uns nicht durch

Unwahrheiten von unfähigen Politikerinnen und Politikern in Klassen aufteilen lassen. Zusammen sind wir das Volk, vor dessen entschlossener Geschlossenheit die Regierung Angst hat! Bleiben wir zu Hause – deprimiert, zornig, allein mit unserer Enttäuschung – werden wir nichts Positives bewirken. Wer kämpft, kann verlieren, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Nächstes Jahr haben wir mal wieder die Chance, aktiv in die Politik der Zukunft einzugreifen. Wir haben wieder die Wahl! Wir sind gefordert, diese wertlose Garnitur von Politikerinnen und Politikern gnadenlos abwählen. Wir müssen unser Recht, unsere Pflicht und unsere Möglichkeit nutzen, für die Schaffung einer Zukunft zu sorgen, die für uns alle gut und sozial ist und bleibt – mit neuen Politikern! Wir können also alles ändern mit unserer Wählerstimme! Tun wir es zahlreich! Bis dahin demonstrieren wir gemeinsam weiter, denn: Keiner hat das Recht zu gehorchen!

Gudrun Binder (parteilos)

Im Kleinen wie im Politischen haben wir einiges erreicht

Die Montagsdemo ist immer noch da. Sie wird es bleiben und auch wieder stärker werden, da bin ich mir sicher. Im Kleinen haben wir einiges erreicht: Wir haben die Menschen aufgeklärt und aufgerufen, überall da, wo es notwendig ist, Widerspruch und Widerstand anzuzeigen. Wir haben die Beratung und die Solidarität weiterentwickelt, wo andere aufgehört haben.

Im Politischen haben wir erreicht, dass Schröder und Fischer gehen mussten. Frau Merkel wagt es nicht, den Kurs gegen das Volk wieder zu verschärfen. In Bremen wurde die Große Koalition abgewählt. „Die Linke“ wurde in mehrere Länderparlamente gewählt und steht unter kritischer Aufmunterung und Beobachtung der Montagsdemonstranten. Die Abstrafung der CSU am vergangenen Sonntag bei der Wahl in Bayern mit minus 17,3 Prozent ist die Quittung für die massenfeindliche reaktionäre Politik.

Wir haben noch nicht erreicht, dass die Hartz-Gesetze vollkommen zurückgenommen und die Gewerkschaften von ihrem Schmusekurs mit der SPD abgebracht werden konnten, um eine breite Widerstandslinie gegen die Herrschenden

zu entwickeln. Wie lange dieser Kampf noch gehen wird, muss die Zukunft zeigen. Während den Herrschenden aber immer mehr „die Hosen flattern“, können wir nach vorne schauen!

Die große Mehrheit der Menschen hat sich gelöst von diesen alten Begriffen wie „soziale Marktwirtschaft“ und „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“. Diese haben sich als wertlose hohle Phrasen erwiesen. Von den Herrschenden werden sie missachtet und mit Füßen getreten. Die große Mehrheit der Menschen wird zu dem Schluss kommen, dass das kapitalistische System nichts mehr taugt und dass sie selber aktiv werden müssen!

Ob voranschreitende Unweltkatastrophe, wachsende Weltkriegsgefahr oder kommende Weltwirtschaftskrise: Diese Entwicklungen stehen für eine allseitige Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus, die er auch nicht mehr lösen kann. Die Münchner Investmentbank Hypo Real Estate kann nur mit Staatseingriff von 35 Milliarden Euro vor dem Zusammenbruch gerettet werden kann. Die Bankenkrise hat Europa erreicht. Italien, die Niederlande und Großbritannien sind ebenfalls zu Stützungskäufen genötigt.

Diese Raff- und Profitgier der Anleger und Monopole auf unsere Kosten, das wollen die Menschen nicht mehr. Aber Betrugs- und Beruhigungsmanöver der Herrschenden und alle Gesundbeterei werden die Bankenkrise nicht lösen. Das ganze faulende kapitalistische System muss weltweit weg! Jeder muss sich überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, dabei mit anzupacken.

Wir, die Hartz-IV-Betroffenen, Arbeitslosen und Arbeitenden, Jugendlichen und Rentner, Frauen und Männer wollen nicht länger die Opfer bringen für diesen Kapitalismus! Macht mit bei den Montagsdemos im Land, kommt mit zur zentralen **Demonstration gegen die Merkel-Regierung** am **8. November 2008** in **Berlin**!

Jobst Roselius

Beckstein, Huber, Haderthauer: Nach der Wahlkatastrophe
köpft die CSU ihr Führungstrio *(„Spiegel-Online“)*

Wie Bedürftige um ihr Arbeitslosengeld II betrogen werden

1. In Wiesbaden endete ein Verfahren vor Gericht mit einem Vergleich und einer Niederlage für den Leiter des Amtes für soziale Arbeit, Franz Betz (SPD). Dieser darf Gegner von **Ein-Euro-Jobs** nun nicht mehr der Lüge bezichtigen. Grund für die innerparteiliche Auseinandersetzung in der Wiesbadener SPD war eine Aussage des Amtsleiters bei einem öffentlichen Gespräch am Runden Tisch Anfang Juni, zu dem Kritiker und Befürworter von Ein-Euro-Jobs eingeladen wurden.

Der SPD-Stadtverordnete Veit Wilhelmy bekräftigte seinen Vorwurf, dass durch solche Stellen beim städtischen Grünflächenamt wie auch in anderen kommunalen Einrichtungen feste, unbefristete und tarifgebundene Arbeitsplätze vernichtet würden. In der Hitze der Diskussion bezeichnete der Amtsleiter seinen Kontrahenten als Lügner. Das wollte dieser natürlich nicht auf sich sitzen lassen und erwirkte beim Wiesbadener Amtsgericht per Eilverfahren eine einstweilige Verfügung. Darin wurde Betz unter Androhung einer Geldstrafe von 250.000 Euro oder einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr untersagt, Wilhelmy wörtlich oder sinngemäß als Lügner zu bezeichnen. Betz legte seinerseits Widerspruch ein, über den Anfang September verhandelt wurde.

Was wie ein Machtkampf unter zwei Platzhirschen wirkt, ist im Ausgang als herbe Niederlage und schallende Ohrfeige für den Amtsleiter zu bewerten. Allerdings hat die SPD-Fraktion in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung am Montagabend daraufhin den profilierten Hartz-IV-Kritiker Veit Wilhelmy aus ihren Reihen ausgeschlossen. Ich hoffe, dass diese öffentliche Auseinandersetzung der Abschaffung der sittenwidrigen Ein-Euro-Jobs dienlich ist, die nicht nur die in Jahrzehnten erkämpften Arbeitnehmerrechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub in die Tonne treten, sondern auch dem sich beständig verbreitenden Lohndumping Vorschub leisten und Arbeitsplätze vernichten!

2. In den letzten Tagen hören wir in Radio und Fernsehen immer wieder Debatten über Rettungsaktionen zur Lösung einer **Finanzkrise**, die drohe, die Wirtschaft der am höchsten entwickelten Länder zu erschüttern und die Ernährer Abertausender Familien arbeitslos werden zu lassen. Heftig diskutiert wird im US-Parlament das 700 Milliarden Dollar teure Finanzrettungspaket der Bush-Regierung, die versucht, Verluste der amerikanischen Banken weltweit zu sozialisieren. Diese Beträge ungeheuren Ausmaßes übertreffen jene um ein Vielfaches, die für die gesamte internationale Hilfe zur Bekämpfung der weltweiten Armut bereitstehen. Wie kann es zur Aufstellung einer Rettungsaktion für ein marodes, neokapitalistisches Finanzsystem kommen, während es gleichzeitig fast aussichtslos zu sein scheint, einen weitaus geringeren Betrag für das Überleben der Ärmsten dieser Erde zu erhalten?

Wieso sind die Regierungsvertreter in der Lage, alle benötigten Mittel aufzubringen, um ein erschöpftes Finanzsystem zu retten, während es ihnen bisher nie in den Sinn kam, die benötigten Gelder für Investitionen in die Entwicklung der ärmsten Regionen der Welt zu stecken? Die für eine Soforthilfe in den bedürftigen Ländern nötige Summe steht in keinem Verhältnis zur ungeheuren Höhe der Beträge, die für Rüstung ausgegeben werden. Weniger als die Hälfte der weltweit hierfür bestimmten Summen würde ausreichen, um die Millionen Armen dau-

erhaft aus der Not herauszuholen. Offenkundig ist dies eine ganz bewusste und knallharte Prioritätensetzung, die jeder Menschenwürde spottet! Nach offiziellen Angaben leben heute in Afrika 535 Millionen Menschen ohne Stromversorgung. Diese Zahl wird bis 2030 voraussichtlich auf 586 Millionen ansteigen. Die Staatschefs der G8-Staaten verpflichteten sich 2000 selbst, die Armut bis 2015 zu „halbieren“. Daher sind sie jetzt gefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um extreme Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetismus zu bekämpfen!

Vor 60 Jahren erfolgte die weltweite Deklaration der Menschenrechte. Deshalb muss jetzt der gemeinsame Kampf gegen extreme Armut, Hunger, Analphabetismus und Krankheit verstärkt werden! Dies ist nicht bloß ein Akt der Großzügigkeit und Nächstenliebe. Wir leben in einer Welt, in der wir alle Verantwortung für die Ärmsten haben. Das Verhungernlassen von fast zehn Millionen Kindern pro Jahr ist eine Abscheulichkeit ersten Ranges und darf nicht länger toleriert werden! Ist das Menschenwürde? Haben die Politiker ihre Versprechungen zur Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015 schon vergessen? Für die Armen nur Geblubber und leere Worthülsen, doch für die Rettung von kaputten, toten Finanzsystemen sprudelt das Geld in Hülle und Fülle! Ein 700 Milliarden teures Finanzrettungspaket brauchen die Ärmsten und nicht die Banken, denn die Ärmsten zahlen die Zeche der Reichen!

In diesem Zusammenhang sind die 16 Milliarden US-Dollar, die die internationale Gemeinschaft zur Erreichung der „Millenniumsziele“ einsetzen will, nur ein lächerlicher Tropfen auf den heißen Stein, mit dem gleichzeitig die Armen und Hungernden verhöhnt werden. Bedürftige, arme Menschen sind den Regierungschefs bei weitem nicht so viel wert wie Finanzsysteme! Ich habe es noch nie verstanden, wieso das Recht auf unbegrenzten, völlig überflüssigen Reichtum einzelner über dem Lebens- und Existenzrecht von Milliarden hungernder, verelendeter Menschen steht. Warum wird dieses Geld nicht für humanitäre Zwecke enteignet? Nein, stattdessen wird allen Ernstes an einem „Rettungsplan für notleidende Banken“ gearbeitet! Was sind dagegen schon notleidende Menschen? Nichts, sie sind ja überflüssig, weil nicht ausbeutbar!

3. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ forderte der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, allen Ernstes eine Kürzung des Hartz-IV-Regelsatzes für Jugendliche, um den Druck auf junge Menschen zu erhöhen, eine Ausbildung zu beginnen. Damit macht Weise deutlich, dass er von den tatsächlichen sozialen Verhältnissen keine Ahnung hat und seine Arbeitsmarktpolitik ausschließlich an populistischen Wirtschaftskennzahlen einer rigorosen Einsparpolitik orientiert. Zudem ist es ein Skandal, dass seit Einführung von Hartz IV bei Jugendlichen der ernährungsbedingte Wachstumsbedarf aberkannt wurde. Die jüngsten Untersuchungen des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ und der im Frühjahr gegründeten Bündnisplattform gegen „Kinderarmut durch Hartz IV“ zeigen diesen Missstand deutlich auf.

Im Gespräch mit der „Wirtschaftswoche“ sagte Weise, dass in Städten in Ballungsgebieten viele junge Menschen arbeitslos seien, vor allem solche mit Migrationshintergrund. Seiner Meinung nach habe das verschiedene Gründe. Deswegen müsse man aber auch „kritisch hinterfragen“, ob der „Anreiz“, eine Arbeit oder Ausbildung anzunehmen, für diese jungen Menschen möglicherweise deshalb zu gering sei, weil die **Regelsätze** noch „zu hoch“ ausfielen. Wegen dieser Äußerungen hält das „Erwerbslosenforum Deutschland“ Weise für nicht mehr tragbar. Es scheine offensichtlich, dass die BA einen Mann an der Spitze habe, der von den Prinzipien der Sozialpolitik und den gesellschaftlichen Verhältnissen keine Ahnung hat oder haben will. Als Chef der größten Sozialbehörde ist er nicht mehr tragbar, weil er sich nicht für Menschen einsetzt, die besondere Hilfe und Schutz brauchen. Stattdessen bringt er ganz klar zum Ausdruck, dass es entweder „Arbeit“ oder „Ausbildung“ zu jedem Preis und jeder Bedingung gibt – oder Aushungern.

Weiß er denn wirklich nicht, dass ausgerechnet in den von ihm angesprochenen Ballungsgebieten nicht genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden und Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich schlechtere Startvoraussetzungen haben? Das ist aber nicht einfach pauschal und höchst individuell den Einzelnen anzulasten, sondern in erster Linie der völlig verfehlten Bildungs- und Sozialpolitik, an deren Ausgestaltung die Wirtschaft maßgeblich beteiligt ist. Die meisten Jugendlichen suchen händeringend eine Lehrstelle, nur sind etliche Lehrherren inzwischen so anspruchsvoll, dass selbst Anwärter auf einen handwerklichen Beruf ihr Abitur in der Tasche haben sollen. Dadurch hat ein Jugendlicher mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss doch so gut wie keine Chance! Wenn Herr Weise jetzt daherkommt und den Regelsatz noch weiter kürzt, bestraft er nicht nur die jungen Menschen, die Arbeit suchen und nicht finden, sondern bei anhaltender „Stallpflicht“ die Eltern und Geschwister gleich mit, denn mit wenigen Ausnahmen werden die Eltern ihre Kinder weiter ernähren und kleiden – und dafür selbst zurückstecken.

Augenscheinlich lässt sich gar nicht oft genug darauf hinweisen, es anprangern, dass mit Einführung von Hartz IV bewusst der wachstumsbedingte erhöhte Ernährungsbedarf bei Schulkindern und Jugendlichen aberkannt wurde, indem die Altersgruppen der Schulkinder zwischen sieben und 14 Jahren und der Jugendlichen nicht mehr berücksichtigt wurden. Bis zur Einführung von Hartz IV hatten Kinder von sieben bis 14 Jahren etwa 20 Prozent mehr für Ernährung zur Verfügung, und 14- bis 17-Jährige bekamen 90 Prozent des Eckregelsatzes, weil ihr Ernährungsbedarf den von Erwachsenen übersteigt. Mit der Einführung von Hartz IV wurde der Bedarf eines heute 13-Jährigen auf das Niveau eines Säuglings reduziert. Jugendlichen gesteht man nur noch 2.500 kcal zu, obwohl sie täglich 3.000 kcal brauchen. Dabei haben alle Parteien, Gewerkschaften und großen Wohlfahrtsverbände zugeschaut, ohne diese vorsätzliche Kürzung zu beanstanden!

4. Letzte Woche Dienstag wurde mir vom Verwaltungsgericht ein Antwortschreiben der Bagis an das Gericht zugesandt. Wie ihr euch erinnert, wehre ich mich dagegen, im Monat September nahezu ohne Geld dazustehen, weil mein **erstes „Gehalt“** erst am Monatsende oder zu Beginn des Monats Oktober fließen wird, ich aber wie jeder andere Mensch auch meine Lebenshaltungskosten für den Monat September bereits vorher tragen muss. Schon Anfang August legte ich Widerspruch gegen den Bescheid ein, worin mir die Bagis ankündigte, im September für meine Tochter und mich lediglich das ergänzende ALG II in Höhe von 322 Euro zu überweisen, weil ich dann ja über ein „Gehalt“ verfügen würde. Hahaha!

Weil mein Widerspruch vermutlich bei der Widerspruchsstelle vor sich hin modert, musste ich mir das erste Mal freinehmen, um beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung erreichen zu können. Natürlich befand die Bagis, dass eine Einkommensanrechnung im Zuflussmonat rechtlich nicht zu beanstanden sei. Unverschämterweise wurde in dem Schreiben behauptet, es dürfte möglich gewesen sein, mich „auch finanziell auf die Situation einzustellen“. Wie es möglich sein soll, von viel zu wenig noch etwas anzusparen, haben mir diese Scherzkekse allerdings verschwiegen. Wahrscheinlich gehört ein solcher Hinweis als gedankenloser Textbaustein in fast jeden Brief mit dieser Sachlage. Es muss immer wieder so getan werden, als ob mit dem ALG II eine Grundsicherung erfüllt würde! Gleichwohl erklärt sich das „Leistungsteam“ bereit, mir Gelder in Höhe des angerechneten Einkommens darlehnsweise zu gewähren. Na also, es geht doch!

Am Dienstagabend konnte ich natürlich nichts mehr unternehmen, und am Mittwoch hat die Behörde geschlossen. Ich organisierte mir einen netten Begleiter, weil es sich als unabdingbar erwiesen hat, niemals allein zur Bagis zu gehen. So musste ich mir leider ein zweites Mal freinehmen, um in meinem ersten Arbeitsmonat ausreichend Geld zu haben. Obwohl ich am Donnerstagmorgen bereits um 7:40 Uhr vor der verschlossenen Tür der Bagis stand, warteten schon vier Leute vor mir. Bis acht Uhr verfünffachte sich die Zahl der Wartenden.

Wir zogen eine Nummer und gerieten an einen freundlichen Ahnungslosen. Als der Angestellte nach meinem Anliegen fragte, sagte ich ihm, dass ich das mir vom Team der Bagis zugesagte Geld als Darlehn abholen wollte und legte ihm die Unterlagen vor. Er schien überfordert, verwirrt, guckte erst mal in seinen PC. Er fragte, ob ich denn kein „Übergangsgeld“ bekommen habe, was ich verneinte. Dann las er, dass ich Bekleidungsgeld beantragt hätte, was mir auch gewährt wurde. Also, mit diesem Anliegen müsse er mich wohl zu meinem Arbeitsberater weitervermitteln! Das hielt ich nicht für nötig, denn ich wollte lediglich das mir vom Bagis-Team zugesagte Geld als Darlehn abholen. Das Bekleidungsgeld ist ja auch zweckgebunden. Er musste mir zustimmen, meinte dann aber, mir sei doch schon im September „Übergangsgeld“ in Höhe von 322 Euro gezahlt und für den ersten Oktober erneut angewiesen worden.

Ich klärte ihn darüber auf, dass es sich bei dieser Summe um das ergänzende ALG II für meine Tochter und mich handelt. „Ich möchte das mir vom Bagis-Team zugesagte Geld als Darlehn abholen!“ Er schien mir das Geld nicht geben zu

wollen, wusste aber nicht weiter und schickte mich dann zu der Sachbearbeiterin, die in dieses Thema involviert ist, die ich bisher jedoch nicht kennengelernt hatte. Auch diese Dame schien im höchsten Maße irritiert. Ob ich denn nicht wisse, dass es ohne Termin eigentlich gar nicht gehe? Ob ich nicht morgen oder heute Abend wiederkommen könne? „Nein, ich kann doch wohl nicht noch mal fehlen müssen, bloß um an mein Geld zu kommen, nur weil ich jetzt Arbeit habe! Außerdem habe ich am Nachmittag einen zweistündigen Zahnärztinnentermin, den ich nicht mal eben verschieben kann!“

Mein Begleiter und ich warteten lange, bis die Sachbearbeiterin den Vorgang bearbeitet hatte. Ich konnte gar nicht verstehen, was daran noch so arbeitsintensiv sein mag, wenn doch bereits an das Gericht geschrieben wurde, dass sich das Team der Bagis bereit erklärt, dass ich das Geld als Darlehn bekommen könne. Die Dame wollte wissen, warum ich sie denn nicht angerufen hätte. „Ja, wann denn? Erst am Dienstagabend habe ich meine Post vom Gericht gesehen, und eher als jetzt kann ich mich nicht melden! Ich möchte meine Hilfsbedürftigkeit abwenden, indem ich das mir vom Bagis-Team zugesagte Geld als Darlehn abhole!“ Dann wollte sie wissen, ob ich meine Kontoauszüge mitgebracht hätte. „Nein, ich wollte schließlich nur das mir vom Bagis-Team zugesagte Geld als Darlehn abholen!“ Ob mir dann nicht vielleicht die Hälfte genügen würde? „Nein, ich möchte die mir vom Bagis-Team zugesagte Summe abholen!“

Aber ich hätte doch irgendwie gelebt, und das ginge doch vielleicht auch noch weiter so? Ich müsse ja auch die Rückzahlungsmodalitäten bedenken. Ja, ALG-II-Bezieherinnen müssen notgedrungen Überlebenskünstler werden! Als Erzieherin und Mutter bin ich es ja gewohnt, manchmal konsequent und penetrant darauf zu beharren, dass zum Beispiel Hausschuhe angezogen werden. So habe ich etwas Übung darin sammeln können, wie eine Platte mit einem Sprung immer wieder meine Forderung vorzutragen. Jedenfalls bekam ich mal wieder die Bestätigung dafür, dass „nervige Sturheit“ bei Behörden eine nützliche Charaktereigenschaft ist. Ich erhielt dann auch eine Chipkarte für den Bargeldautomaten im Haus.

Außerdem bekam ich ein Schreiben mit, in dem ich aufgefordert werde, per Kontoauszug zu belegen, dass ich mit dem Geld wirklich meine Miete und meine Energiekostenrechnung bezahlt habe. Letzteres finde ich empörend, weil es demütigen soll! Offenbar wird mal wieder auf „Blöd“-Zeitungs-Niveau pauschal davon ausgegangen, dass ALG-II-Bezieher ihr Geld versaufen, verrauchen oder in Elektroschrott umsetzen. Oder wollte ich davon am Wochenende etwa heimlich auf die Kanaren fliegen? Was herrscht hier eigentlich für ein Menschenbild vor? Offenkundig wird mir unterstellt, dass ich nicht verantwortungsfähig bin. Mir wird praktisch eine erwachsene Handlungsfähigkeit abgesprochen. Ich finde so eine Haltung unverschämt und menschenverachtend!

Um so bevormundend zu entscheiden, müssen alle Transferbezieher pauschal entweder kriminalisiert oder als geistig behindert oder psychisch krank abgestempelt werden, nur weil sie in die Lage gekommen sind, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Acht Millionen Menschen werden auf diese Weise

dem Prinzip der Dehumanisierung unterworfen. Wie sonst wäre es möglich, mit Erwachsenen so entmündigend und überkontrollierend umzugehen und immer nur den Missbrauch zu unterstellen? Verdammt, ich bin fast 51 Jahre alt, habe zwei Kinder allein großgezogen und soll mir diesen Schuh anziehen? Nichts da! Ich lasse mich nicht beschämen, sondern werde wütend und empöre mich laut und öffentlich!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Treten Sie zurück, wenn Sie die Unterlassungen nicht billigen, Frau Linnert!

1. Die 200. Bremer Montagsdemo wird uns gelingen! Es ist schön, euch zu sehen! Der „Weser-Kurier“ hat in der Beilage für die Neustadt über unser Demo-Fest berichtet und auf unsere 200. Bremer Montagsdemo hingewiesen: „Am Mittwoch“ solle sie stattfinden. Fehlerteufel sind überall!

Senatorin Linnert hat am 28. September 2008 im „Bremer Anzeiger“ ihren **Haushalt** verteidigt (Seite 2). „Wie sieht es mit zusätzlichen Stellen beim Stadtamt aus, um der dort liegen gebliebenen Aktenberge Herr zu werden?“, lautete die Frage – und die Antwort: „Bevor wir nicht genau wissen, warum es diese Probleme im Stadtamt gibt, finde ich nicht, dass man einfach so zusätzliche Stellen bewilligen sollte. Es gibt Hinweise darauf, dass wir dem Stadtamt helfen müssen, seine Arbeit effizienter und besser zu organisieren.“ Frau Linnert, einige Zeilen davor: „Wenn man beispielsweise für neue Stellen im Bereich Jugendhilfe mehr Geld ausgeben will, muss der Betrag an anderer Stelle eingespart werden.“

In der vergangenen Woche habe ich dargelegt, was die Grünen über die Probleme der ausländischen Mitbürger wissen! Die Antwort des Senats zur Situation im Stadtamt liegt vor! Die Schlussfolgerungen aus dem Tod von Kevin liegen dem Senat vor! All dies war zur Haushaltsaufstellung bekannt. Es bleibt nur eine Schlussfolgerung: Dieser Senat hat und hatte nicht vor, diese Missstände zu beseitigen! Frau Linnert, wenn Sie diese Unterlassungen nicht billigen, dann treten Sie zurück! Keiner hat das Recht zu gehorchen, auch nicht den Sachzwängen des Amtes! Ihr ausländischen Mitbürger, kommt zur Bremer Montagsdemo!

Es ist angebracht, wie damals bei den Zwangsumzügen das politische Personal zu besuchen!

Die Freie Hansestadt Bremen hat ihrer Stiftung „Wohnliche Stadt“ ab sofort die ersten 2,25 Millionen Euro per anno überlassen. Die Stiftung soll dadurch vor der Insolvenz bewahrt werden und in der Lage sein, ein Darlehn aus dem Jahre 2003 in Höhe von 7,7 Millionen Euro zu tilgen („Bremer Anzeiger“ vom 24. September 2008, Seite 5). Ist es dieser Stiftung wie der „Brepark“ gegangen: eine Verschuldung zugunsten der Haushaltsausgaben der Freien Hansestadt?

Wann kommt die Haushaltssperre? Im Oktober soll die Beurteilung der Haushaltslage vorgelegt werden. Die Reserve von 36 Millionen Euro wurde allein durch die Mehrausgaben bei Sozialsenatorin Rosenkötter aufgezehrt. Die Unterfinanzierung wird an vielen Stellen schmerzlich. Bremens Bürger werden schlechter gestellt als Bürger anderer Bundesländer! Dies ist nicht hinnehmbar! Nur ein Beispiel ist die drohende Schließung eines Jugendtreffs in der Neustadt: 85.000 Euro fehlen bis 2011. Außerdem: Wo bleibt das Sozialticket? Sollen die Armen in ihren Stadtteilen verbleiben?

Gilt noch die Auffassung aus dem Jahr 1522: Armut wird als Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgefasst? Doktor Karl Bronke hat dies in seinem Buch „Die Organisation der kommunalen sozialen Dienste“ zusammengestellt. Herr Bronke ist schon lange Leiter der Abteilung 5 für Soziales in der senatorischen Dienststelle für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Die „Gewoba“ hat Wohnungen in Osterholz-Tenever zu vermieten. Als Zugabe gibt es für jeden neuen Mieter ein Jahresticket für die Bremer Straßenbahn. „Ote“ ist eben am Rande der Stadt!

2. Die Zugangsvoraussetzungen für den **Kinderzuschlag** wurden erleichtert. Jetzt kann jeder Antragsteller wirksam auf Leistungen verzichten. Aber wie sieht es mit der Bearbeitungsdauer aus? Die Bundesagentur für Arbeit hat das Personal aufgestockt. Seit Februar wartet ein Bremer auf die Bewilligung des Kinderzuschlags, so der „Weser-Kurier“ vom 26. September 2008. Der Grund: Unterlagen sind nicht zur Akte gelangt, teilweise hat der Antragsteller diese drei Mal eingereicht! Die Sachbearbeitung ist nicht zu erreichen. Er gibt scheinbar die gleichen Schwierigkeiten wie bei der Bagis. Wer sich also für den Kinderzuschlag entscheidet, was unter Umständen mit Leistungsverzicht verbunden ist, kommt vom Regen in die Traufe. –

„Unterordnen ja, sich aufgeben nein“, titelt der „Weser-Kurier“ vom 28. September 2008 und malt ein poppiges Bild zum positiven Bericht über Musterung und Verwendungsmöglichkeiten bei der **Bundeswehr**: „Wenn der Vorgesetzte sagt, der Rasen sei rot, dann ist das auch mal so. Nach Dienstschluss kann der Rasen dann wieder grün sein.“ Diese zwei Sätze sagen genau, worauf sich der Soldat einlässt! Im Einsatz entscheiden Sekunden über lebenslanges Wohlbefinden. Wenn Vorgesetzte Rasen als „rot“ darstellen, wie vertrauenswürdig sind dann Einsatzbefehle? Keiner hat das Recht zu gehorchen! Keiner kann unter Androhung

einer Sanktion von der Arge zur Bewerbung bei der Bundeswehr gezwungen werden! Jegliche Sanktion ist unrechtmäßig und nicht gerichtsfest. Wie dies geht? Wir gehen mit! –

„**Weiterbildung** ist Trumpf“, meldet die Bundesagentur für Arbeit. Sie glaubt, das Bewusstsein dafür wecken zu müssen! Es ist die Bundesagentur, die Weiterbildungen zentral einkauft. Die Argen müssen für die Besetzung dieser Seminare sorgen. „Passt nicht“ gibt es nicht! Regionale Anbieter finden so keine Berücksichtigung, Einzelschicksale auch nicht. Die „Stiftung Warentest“ hat die Weiterbildungsberatung der Bundesagentur für Arbeit und anderer Beratungsstellen untersucht. „Ratlos nach der Beratung“, lautet das Fazit. Die Bundesagentur für Arbeit ist nicht gut dabei weggekommen!

Die Argen und auch die Bundesagentur für Arbeit können im Einzelfall mithilfe des Gerichts zur speziellen Weiterbildungsförderung „getragen“ werden. Mensch sollte selbst aussuchen, dabei zuerst in den Angeboten der Bundesagentur und der Arge nachsehen, dann in denen der anderen Anbieter, die Unterschiede aufzeigen, den Antrag stellen, eine eventuelle Ablehnung prüfen und gegebenenfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Deutlich wird durch diese Kampagne die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Nur die Statistik macht zufrieden. Trotzdem sollte mensch gerade unter Bezug auf diese Werbung zur Antragsstellung schreiten! Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. „Es stehen ausreichend Gelder zur Verfügung“, lesen wir im „Weser-Kurier“ vom 27. September 2008: Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind um 25 Milliarden Euro gesunken. Na also! Was spricht dann gegen eine Erhöhung des Regelsatzes auf 425 Euro monatlich? Der Aufwand beträgt nur 10 Milliarden Euro, laut IAB-Rechnung! Nötig ist außerdem die Anhebung der **Regelsätze** für Kinder!

Die USA wollen weitere 700 Milliarden Dollar zur Stützung der Banken ausgeben, allerdings mit erheblichen Nebenwirkungen für den Finanzmarkt. Abgesegnet wurde dies erst beim zweiten Anlauf, reichen wird es auch nicht. Der Entwurf ist bedenklich: Der US-Finanzminister soll in die Banken unter Ausschaltung aller Kontrollmöglichkeiten eingreifen können. Er braucht keine Rechenschaft gegenüber Gerichten, Parlamenten oder Regierungsstellen abzulegen! Dies ist ein Entwurf, der eines demokratischen Staates unwürdig ist: Er wird über das Kleingedruckte ausgetrickst!

Entgegen allen Zusicherungen hat die Bundesregierung für die Abwicklung des Münchner Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate gebürgt. 25 Millionen Euro wurden genannt. Erfahrungsgemäß gibt es aber noch weitere „Nebenwirkungen“. Warum wurde diese Bürgschaft nötig? Die Europäische Zentralbank hat dem **Finanzmarkt** 260 plus 30 plus 60 Milliarden zur Verfügung gestellt. Waren diese Milliarden vergriffen? Wie wird die Bundesregierung mit der nächsten drohenden Insolvenz umgehen?

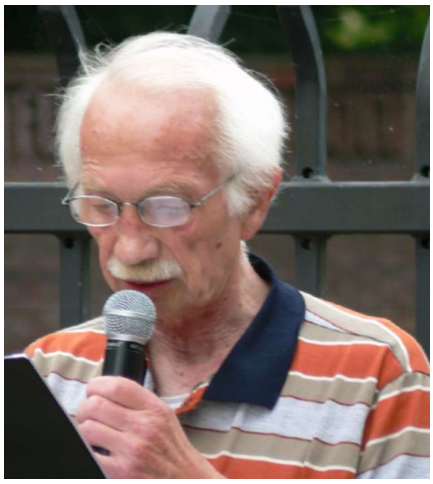
Die Fehlleistungen der IKB und der Mutter KfW sind immer noch nicht aufgearbeitet. Die nach dem Kauf weiterbestehenden Risiken der IKB für den öffentli-

chen Haushalt wurden bisher nicht beziffert. Die Einmischung der Chinesen wurde auch in den Medien nur von der „Zeit“ angesprochen. Die USA benötigen danach jeden Monat 20 Milliarden Dollar Kredit!

Nun zurück zu uns. Ich freue mich auf die 201. Bremer Montagsdemo und auch auf unsere gemeinsame Fahrt nach **Berlin**. Wir werden am **8. November 2008** auch das Andenken an Georg Elser wachhalten: An diesem Tag wird dort ein Denkmal für ihn eingeweiht. Die Anmeldung zur Fahrt ist unter Jobst.Roselius(at)nord-com.net möglich. Wer sich nicht wehrt, hat weniger vom Leben! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

In Bayern gähnt ein schwarzes Loch



Das Wort „Watschn“ ist ein schöner urbayerischer und bildkräftiger Begriff. Aber „abgewatscht“ wurde die bierzeltfeste CSU bei der **Landtagswahl** nicht allein deswegen, weil sie mit Huber, Beckstein und Konsorten zwar maßkrugschwingende, aber ansonsten recht farblose „Führungspersönlichkeiten“ hat. Bestraft wurde die Partei in erster Linie deswegen, weil diese trinkfesten Bayernzelt-Maulhelden solch eine verheerende Politik betreiben! Der „Freistaat“ ist keine Republik der Seligen mehr, vielleicht noch der wenigen „Starkbier-Seligen“ in einigen abgelegenen Hochtälern, doch ansonsten ist die Ludwig-II- und Franz-Josef-Strauß-Herrlichkeit längst vorbei. Schon Stoiber hatte es bekanntlich nicht mehr „gerissen“, und jetzt gähnt in Bayern nur noch ein schwarzes Loch!

Abgewatscht wurde aber nicht nur die CSU, sondern auch die „Vogel-Partei“ – oder vielleicht sollte ich besser sagen, der „Partei-Vogel“ SPD: Seines linken Flügels längst beraubt, musste er ebenfalls erheblich Federn lassen! Denn beide Parteien stehen auch im „Freistaat“ für gnadenlosen Sozialkahlschlag, Bildungsabbau, Umweltzerstörung und vor allem Hochrüstung in ihrer herzigen Landeshauptstadt. Auch wenn uns die Medien andere Gründe für die Wahlschlappe weismachen wollen: Neoliberale Großmäuligkeit anstelle einer menschengerechten Politik belohnen die Wähler(innen) eben längst nicht mehr!

Zum Thema „Rüstungshochburgen“ hier noch ein Terminhinweis: Am **Donnerstag**, dem **9. Oktober 2008**, gibt es um **20 Uhr** im „**Kapitel 8**“ an der Doms-

heide eine **Veranstaltung** mit Lühr Henken unter der Fragestellung „**Rüstungsproduktion in Bremen** – das Beste für die Stadt?“ Die Veranstaltung wird von der „Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“ gemeinsam mit dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche, Martin Warnecke, und dem „Bremer Friedensforum“ durchgeführt. Lühr Henken lebt in Hamburg und koordiniert dort das „Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung“. Außerdem gehört er dem Beirat der „Informationsstelle Militarisierung“ in Tübingen an und ist Sprecherratsmitglied des „Bundesausschusses Friedensratschlag“.

Im ansonsten rabenschwarzen September gab es in unserer Hansestadt wenigstens eine erfreuliche Nachricht: Der **Sendesaal** von „Radio Bremen“ wird uns höchstwahrscheinlich erhalten bleiben! Wie mehrere Zeitungen berichteten, erklärte sich Intendant Heinz Glässgen damit einverstanden, dass die Bauunternehmer Klaus Hübotter und Bernhard Kathmann den inzwischen wieder unter Denkmalschutz gestellten Saal und die dazugehörenden Funkhaus-Immobilien übernehmen. Hübotters Vorstellungen haben anscheinend den Sender überzeugt. Der Beirat Schwachhausen stimmte der Kaufabsicht bereits vorher zu. Die von den Bremer Bauunternehmern gegründete Firma „Sendesaal-Karree“ will den Weiterbetrieb ab dem kommenden Jahr auf Dauer sichern.

Voraussetzung ist allerdings, dass die bisherigen „Investoren“ Heise und Klima von ihrer Kaufabsicht bis Ende des Jahres zurücktreten. Hierzu schreibt „Radio Bremen“ in einer Erklärung: „Sollte mit der ‚Sendesaal-Karree‘ ein Kaufvertrag zustande kommen, würde ‚Radio Bremen‘ seinen Widerspruch gegen die denkmalpflegerische Unterschutzstellung des Sendesaals zurückziehen.“ Die „ Freunde des Sendesaales“ begrüßen die jüngste Entwicklung, kritisieren jedoch einige widersprüchliche Aussagen in der Erklärung des Senders. Eine „Klima“tisierung des Saals à la HvD scheint allerdings endgültig vom Tisch! Helga Kruse von den „Freunden des Sendesaales“ bedankte sich in ihrem Redebeitrag bei Herrn Dr. Hübotter für sein Rettungs-Engagement, und die Bremer Montagsdemo schließt sich diesem Dank in vollem Umfang an!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Arbeiterinnen sind entscheidendes Rückgrat für die Frauenbewegung

Ich fahre dieses Wochenende zum „8. Frauenpolitischen Ratschlag“. Dort gibt es nicht nur interessante Länderberichte von Frauen aus aller Welt und Foren zu verschiedenen Themen, sondern dort wird am Sonntag auch das erste nationale Vorbereitungstreffen für die „Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen“ in Venezuela

2011 stattfinden. Ich finde richtig, dass es auf diesem überparteilichen Ratschlag um die Interessen der Frauen im Besonderen geht. Dabei sind es nicht die Männer, gegen die wir uns wehren müssen, sondern die Regierungen!

Es ist einfach so, dass wir Frauen doppelt ausgebeutet werden, da wir bei gleicher Arbeit oft weniger bezahlt bekommen und zudem besonders unterdrückt werden, durch die ganze Moral und die Traditionen, Ansprüche und Erwartungen, die man an uns hat. Durch die Hartz-Gesetze wird doch richtiggehend verfolgt, ob man eine Beziehung hat und zusammenlebt. Da zeigt sich, wie der Staat sich das „Recht“ rausnimmt, sich in die Liebesbeziehungen der Massen einzumischen! Das hat er durch die Ehe und die Scheidungsregelungen eh schon immer getan hat, aber mit Hartz IV ist es noch mal besonders pervers geworden.

Es ist kein Zufall, dass wir hier auf der Montagsdemo einige selbstbewusste Frauen haben. Ohne sie würde es die Montagsdemo, wie ich finde, auch gar nicht geben, oder sie wäre auf jeden Fall nicht so reichhaltig und fruchtbar. Wir brauchen aber noch viel mehr Frauen!

Ich selber arbeite in einem sogenannten typischen Männerberuf: als Fluggerätmechanikerin – man darf auch Flugzeugbauerin sagen – bei Airbus. Wir arbeiten hier auf wirklich hohem technischen Niveau mit tausend Kollegen an einem einzigen Flugzeug. Die Arbeit bei Airbus bringt für meine Kolleginnen und mich auch ein gewachsenes Selbstvertrauen mit. Ich bin bei Auseinandersetzungen oder Kämpfen im Betrieb meist mit vorne dran, und meine männlichen Kollegen begrüßen das auch.

Ich finde, wir Arbeiter dürfen nicht weiter verzichten, sondern müssen uns einig werden und uns für unsere Interessen zusammenschließen. Ich merke aber, dass dieses Selbstvertrauen auch die Kehrseite haben kann, dass einige Kolleginnen das „Gefühl“ haben, sie seien gar nicht doppelt ausgebeutet und unterdrückt, und es sei eine Frage der Einstellung der einzelnen Frau, ob sie sich zu Hause zur Putzfrau machen lasse oder arbeiten gehen wolle. Von meinen Kollegen höre ich ab und zu mal, ich sei ja gar keine „richtige Frau“. Denen erzähl ich dann aber was anderes!

Ich finde, dass wir Arbeiterinnen mit unserem gewachsenen Selbstvertrauen und in der Einheit mit den Arbeitern ein entscheidendes Rückgrat für die Frauenbewegung sein müssen! Und weil ich wissen möchte, wie das international bei anderen Frauen, in anderen Ländern ist, und weil ich die „Weltfrauenkonferenz“ selber aktiv unterstützen möchte, fahre ich zum „Frauenpolitischen Ratschlag“ und freue mich über jede(n), der oder die noch mitfahren möchte!

Eine Kollegin von Airbus

Finanzmärkte durchleben gravierendste Krise seit 1929: Doch Bahnchef Mehdorn will öffentliches Eigentum für einen Spottpreis verscherbeln *(„Campact“)*

200. Bremer Montagsdemo unter „besonderer Beobachtung“

Später waren wir 40 Teilnehmer und Zuhörer, aber nur wenige hatten sich schon um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz versammelt, als ein Paar auf uns zutrat und darum bat, die **200. Montagsdemo** für den türkischen alternativen Fernsehsender „**Hayat TV**“ aufnehmen zu dürfen. Wir waren sehr angetan, als die beiden uns die Zielsetzung vorstellten, „für das Leben von Millionen statt für die Millionäre“ zu arbeiten. Und schon wurden die Ersten interviewt, zum Leben als Hartz-IV-Betroffene wie auch zu anderen Themen. Wir sind gespannt auf den Film, der an diesem **Samstag** um **20:20 Uhr** via „Türksat“ (Kanal 200) ausgestrahlt wird. Wer das nicht empfangen kann, soll die Möglichkeit haben, den Beitrag im Internet anzusehen.

Wir freuten uns weiter, dass „Die Linke“ mal wieder zu uns fand, uns gratulierte und auch die besondere Bedeutung des Kampfes auf der Straße gegen die reaktionäre Gesetzgebung betonte. Wir werden gerne vorwärtsweisende Initiativen und Anträge unterstützen – aber nicht nur die Bürgerschaftsabgeordneten, sondern auch die breite Mitgliedschaft der „Linken“ sollte die Bedeutung der Straße erkennen und die Auseinandersetzung mit den Menschen suchen.

Die Bankenkrise, die jetzt auch Europa erreicht hat, zeigt, dass der Kapitalismus uns nicht mehr zu bieten hat als Not und Elend für die breitesten Massen. Immer mehr Menschen sind fertig mit den hohlen Phrasen von „Sozialstaat“ und „sozialer Marktwirtschaft“. Die Raffkes und Profitgeier rufen nach dem Staat, wenn ihre Kartenhäuser einzustürzen drohen, und nur Geldnachschieben und Gesundbeterei ist das Tun bei den Regierenden. „Was sind schon Milliarden, wenn man seinen Sadismus bei den Hartz-IV-Betroffenen abreagieren kann?“, mag sich manch einer aus dem Hofstaat der Regierenden denken. Für dieses Quälen bieten die vielen Klagen und Berichte von Resignierten das tägliche Bild.

Helfen wir denen, die nicht mehr können, und schließen wir jene zusammen, die noch Kraft und neue Ziele haben! Setzen wir uns für eine andere Welt ein! Dazu ist die **Demonstration** am **8. November 2008** in **Berlin** ein wichtiger Schritt. Wir werden einen **Bus** chartern und nehmen bereits Anmeldungen entgegen, montags auf dem Marktplatz oder per E-Mail an Jobst.Roselius(at)nord-com.net.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Erpressung: Um die finanziellen Risiken der Rettung von Hypo Real Estate auf die Steuerzahler abzuwälzen, ziehen private Banken ihre Hilfszusagen zurück *(„Spiegel-Online“)*

Alle reden vom Finanzmarkt: Koalition ändert Grundgesetz für Bundeswehreinsatz im Innern *(„Financial Times“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

201. Bremer Montagsdemo
am 06. 10. 2008

Auch Mini-Renten führen in die Obdachlosigkeit

...und raus bis du! Kennen Sie diesen Abzählreim? Kinder benutzen ihn beim Spielen, doch für viele Erwachsene wird er zur bitteren Wahrheit! Arbeitsplatz- und Wohnungsverlust, Energiepreis-Steigerungen, Verschuldungen... und raus bist du! Die Profitgier der Großkonzerne, verbunden mit einer Politik, die den großen Firmen in die Hände spielt, zwingt immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit, in die Schuldenfalle und in die Obdachlosigkeit! Die Hartz-Gesetze verschärfen die Situation der Betroffenen. Ein Drittel aller Kinder in Bremen lebt von Sozialhilfe!

Die Armut in Deutschland ist schon lange sichtbar. Die soll so nicht sein, denken sich manche Saubermänner und -frauen. Aus diesem Grund dürfen Obdachlose sich zunehmend nicht mehr an „attraktiven“ Stellen aufhalten. Ein neues Polizei- und Ordnungsgesetz erleichtert den Platzverweis Obdachloser zum Beispiel vom Bremer Marktplatz. Anstatt den ohnehin schon von der Gesellschaft ausgegrenzten Menschen zu helfen, verhängt die Politik Repressionen gegen sie – von Mitmenschlichkeit, Toleranz und Verständnis keine Spur! Doch kaum jemand ist davor gefeit, in den sozialen Abstieg zu geraten: Eben noch fest eingestellt in guter Position, kann mensch morgen schon arbeitslos und von Hartz IV betroffen sein!

Der Energiekonzern SWB will in Bremen für Wasser, Strom und Gas die Preise erhöhen. Menschen, die eine Grundsicherung von 351 Euro erhalten, sollen nach dem Willen der Sozialbehörde davon 45 Euro als Pauschale zurücklegen, um hiervon zum Beispiel für ein Haushaltsgerät zu sparen. Von dem übrigen Geld sollen sie noch Strom, Wasser und Telefon bezahlen. Laut Gesetz ist die Behörde verpflichtet, die vollen Heizkosten zu übernehmen. Tut sie es nicht, kann dagegen Widerspruch und Klage eingereicht werden – ohne Garantie auf Erfolg. Wie viele Menschen werden sich verschulden, da sie die Preissteigerungen nicht mehr bezahlen können? Dann wird ihnen die Energiezufuhr abgestellt, weil sich die Behörden widerrechtlich verhalten! Wie viele Kältetote wird es in den Wohnungen und auf der Straße geben?

Von armen Menschen wird verlangt, dass sie „sauber und reinlich“ sind. Dank der Profigier der privaten Energiekonzerne und der allgemeinen Preissteigerun-

gen werden Hygiene und Körperpflege aber zum Luxus, den sich Arme nicht mehr leisten können. Individuelles bewusstes Energiesparen wird zunichte gemacht, indem die Behörden das eingesparte Geld zurückfordern. Auf der anderen Seite werden die realen, durch Preissteigerungen entstandenen Kosten nicht voll und ganz übernommen. Das gilt es zu ändern, denn zugleich werden wertvolle Ressourcen durch die Rüstungsindustrie und Kriegseinsätze verschleudert! Zum Beispiel brauchen wir den „Gelben Sack“ nicht, weil der Plastikmüll mit teurem Aufwand verbrannt statt umweltfreundlich recycelt wird, wobei viel Gift freigesetzt wird! Das dient nur dazu, die Profite einiger Weniger zu mehren. Doch es ist wissenschaftlich erwiesen, dass der Regelsatz von 351 Euro viel zu niedrig ist, darum gehört dieser erhöht und ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt!

Wir, eine Gruppe Bremer Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Obdachlosigkeit und die Diskriminierung der Betroffenen einsetzen, fordern: Kein Platzverweis für Obdachlose an öffentlichen Plätzen! Menschlicher Umgang mit Obdachlosen! Mehr und bessere Wohnprojekte für Obdachlose! Aktive soziale Hilfe für von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen! Kostenlose Toiletten und Waschgelegenheiten in der Innenstadt! Förderung des sozialen Wohnungsbaus! Rüstungskonversion, also Umwandlung von Rüstungsproduktion in ökologische Herstellung von Zivilgütern! Abrüstung statt Sozialabbau, Frieden statt Krieg! Umverteilung von oben nach unten! Wiedereinführung von Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Kapitalerstragsteuer! Abschaffung des „Gelben Sacks“! Senkung der Mieten, denn Wohnraum muss erschwinglich werden oder bleiben! Rücknahme der Erhöhung der Energiekosten und die volle Übernahme derselben, sodass diese nicht aus den Regelsätzen bezahlt werden müssen! Menschenwürdige Grundsiche-

rung ohne Repression durch Behörden! Weg mit den Hartz-Gesetzen, der Agenda 2010 und der Bedürftigkeitsprüfung! Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro! Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von 800 Euro plus Warmermiete! Staatliche Daseinsversorgung mit Grundgütern wie Strom und Wasser! Rücknahme aller Privatisierungen im Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsbereich! Verstaatlichung von Großkonzernen einschließlich der Banken und Versicherungen, wenn sie Menschen entlassen, obwohl Gewinne erwirtschaftet werden (nach Artikel 14 Absatz 2 und 3 sowie nach Artikel 15 Grundgesetz)! Ein Gerichtshof für „Kapital“-Verbrechen! Stopp der Privatisierung staatlicher Unternehmen!

Flugblatt der „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“
(Bild: bei der „Gräfin-Emma-Aktion“ am 19. Oktober 2007)

Der Bank das Rathaus, dem Bürgermeister die Prämie

1. Nach der 200. Bremer Montagsdemo habe ich Frau Annelie Buntenbach zugehört. In der Jugendherberge hat sie über drohende **Altersarmut** ungeahnten Ausmaßes referiert. Eingeladen hat ein Arbeitskreis der SPD. Beschrieben war die Veranstaltung im „Weser-Kurier“, unter den Veranstaltungen des DGB war sie nicht aufgeführt. Die Ausführungen von Frau Buntenbach waren fast deckungsgleich mit denen von Herrn Dr. Johannes Steffens unter dem Titel „Rente und Altersarmut, Handlungsfelder zur Vermeidung finanzieller Armut im Alter“ (Juli 2008).

Die Aussicht ist für Neurentner sehr bedrückend. Die Abschmelzung der Rentenansprüche ist nicht Zukunft, sondern Gegenwart. Die Gesetze wurden entsprechend den Vorgaben der Lissabonner Strategie verabschiedet, siehe 197. und 198. Bremer Montagsdemo. Es war ein anschaulicher, lebhafter Vortrag zu einem drögen Thema, über den ich nur leider nichts im Netz gefunden habe. Die anschließende Diskussion war lebhaft und zeugte von viel Sachverstand. Auf meine Nachfrage bestätigte Frau Buntenbach die Vorgaben der EU. Beim Ranking für die private Rentenvorsorge liegt Großbritannien vorne! Aber mit welchem Ergebnis für die Menschen? Hier wurde Frau Buntenbach von der Moderatorin gestoppt: Dies sei „ein ganz neues weites Feld“.

(Anmerkung: Aus dem Film „Rentenangst“ geht hervor, dass die gesetzliche Rente in Großbritannien nur noch eine Grundversorgung auf sehr niedrigem Ni-

veau bietet und die private Vorsorge dies nicht ausgleicht. Der Film steht nicht im Netz, kann aber bestellt werden, obwohl dieser Hinweis inzwischen fehlt. Einfach an den Sender schreiben!)

Alle Anwesenden waren sich einig: So kann es nicht bleiben! Der DGB hat Forderungen aufgestellt, zum Schutz der Rente! Es war klar, die SPD hat diese Rentenänderungen ausgearbeitet und mitgetragen. Der DGB wird seine Forderungen 2009 mit einer Aktion für die Rente in die Öffentlichkeit bringen. Die SPD wird 2009 die Rente zum Wahlkampfthema machen, „Die Linke“ ebenfalls. Es waren viele Gewerkschafter vertreten. Carsten Sieling (SPD) und Helga Ziegert (SPD) haben sich an der Diskussion nicht beteiligt. Staatsrat Schuster hat darauf hingewiesen, dass diese Forderungen „viel Geld kosten“ und daher „nochmals überdacht“ werden müssten. Solch ein Argument kam am Tag, nachdem die Hypo Real Estate in München eine Staatsbürgschaft über 26,5 Milliarden Euro erhalten hatte!

Herr Schuster ging auch auf die private Altersvorsorge ein und sagte: „Wenn ich dies privat tue, habe ich am Ende des Tages mehr in der Tasche.“ Herrn Schuster wurde in beiden Punkten nicht widersprochen, weil er den letzten Diskussionsbeitrag geliefert hat. Gerade diese Aussage zur privaten Altersvorsorge stimmt nicht! Herr Schuster hat aber lange gepflegte Klischees bestätigt. Wenn seine Meinung in der SPD gefestigt ist, wird diese Partei erheblich schrumpfen! Die SPD muss ihre Fehler eingestehen – dies war bis auf Herrn Schuster kein Problem –, und die SPD muss glaubhaft mit Änderungen beginnen. Die Änderung des EU-Vertrages gehört dazu!

2. Die Hypo Real Estate München sollte bereits letzten Montag gerettet sein – laut Finanzminister für eine geordnete Abwicklung, laut Bank für eine Fortsetzung des Geschäftsbetriebs. Die weiteren Aktionen sind jedem geläufig. Peer Steinbrück stand am Sonntag recht schulbubenhaft neben seiner Chefin. Die Bank hat bekommen, was sie brauchte: Über Bundesbank und Europäische Zentralbank wurde das Geld bereitgestellt, 15 Milliarden kamen zusätzlich über die Bundesregierung.

Im „Deutschlandfunk“ wurden am Freitag die Sparer über die **Finanzkrise** aufgeklärt. Ein Interessenvertreter der Banken hat die Abschreibungen erläutert. Sinngemäß sagte er, die Abschreibungen seien nur vorsorglich: „Wenn die Papiere fällig sind, wird ja der Gesamtbetrag gezahlt, und die Abschreibungen sind hinfällig.“ Nur der Bilanzierung wegen sei dies nötig. Dieser Beitrag ging unwidersprochen über den Sender – für mich ein Grund auszuschalten: Diese Wertberichtigungen und Abschreibungen sind eben wegen der Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Ausstellers am Fälligkeitstag nötig. Dieser Beitrag war des DLF unwürdig! Warum wird so viel Steuergeld für so wenig Gegenleistung versenkt? In den Berichten war mir aufgefallen, dass die HRE keine Privatkunden hat und ihr Geschäftsfeld nicht ersetzbar ist, weil es in der Finanzierung öffentlicher Haushalte und Investitionen besteht. Näheres wurde nicht genannt.

Die „Junge Welt“ hat es auf den Punkt gebracht: Es geht um „Zittern und Schachern hinter den Kulissen“, denn infolge des „Cross-Border-Leasings“ bringt die Finanzkrise den Städten und Staatsunternehmen „noch mehr Risiken“. Warum? Stellen Sie sich vor, Sie sind Hauseigentümer. Sie verkaufen Ihr Haus und nutzen es per Leasingvertrag weiter. So weit ist das noch vermittelbar! Doch der Kaufpreis wird nicht an Sie ausgezahlt, sondern geht an zwei Banken, die Eigentümer des Geldes werden. Nicht Sie bleiben Eigentümer des Gegenwertes! Die Banken verpflichten sich, die Leasingraten für Ihr ehemaliges Haus zu zahlen, und Sie selbst erhalten eine Prämie von vier bis fünf Prozent des Kaufpreises. Ist dies noch vermittelbar? Ja, wenn Sie Politiker sind und es sich bei Ihrem Haus um das Rathaus handelt!

Zu den weiteren Rahmenbedingungen gehört, dass der Vertrag von Nadelstreifenträgern überbracht und erläutert wird – auf Deutsch, wenn die Rechtsanwälte aus den USA deutsch konnten, sonst auf Englisch. Den Vertrag gibt es nur auf Englisch. Seine Bedeutung wird heruntergeredet: 1.000 Seiten, aber ohne Bedeutung. Die strafbewehrte Geheimhaltungsklausel ist wichtig: Keiner außer Bürgermeister und Stadtkämmerer darf es lesen, keiner darf wissen, mit welchem Investor, welcher Bank oder Versicherung dieses Geschäft getätigt wurde. Geht nun diese Bank pleite, so muss letztendlich die Stadt die Raten für das verkaufte Rathaus zahlen. Die beteiligten Banken sind mit den bisher gestützten Banken und Versicherungen identisch, und diese Politiker haben wir gewählt!

Dieses Verfahren drückt die Verschuldung der Gemeinde oder des Bundeslandes: Die Schulden sind nicht mehr „bilanziert“. Dieses Modell soll helfen, die Verschuldungsobergrenzen der öffentlichen Haushalte einzuhalten. Das Nachfolgemodell ist bereits im Angebot: Die EU-Bestimmung „privat statt öffentlich“ wird so umgesetzt! Dabei wird öffentliches Eigentum verschleudert und dem privaten Investor eine traumhafte Renditemöglichkeit eröffnet. Es ist wie im Schlaraffenland – für die Investoren, denn bluten müssen die Steuerzahler. Viele Gemeinden haben sich erhebliche Einschränkungen und Nebenkosten eingehandelt, auch ohne Bankenkrise! Diese Politiker werden wir nicht wiederwählen!

3. 465 Millionen Euro für Bremen, jährlich bis 2019, das scheint viel zu sein („Weser-Kurier“ vom 1. Oktober 2008). Es reicht aber nicht! Das steht in diesem Artikel nicht. Es wird mit folgender Bestimmung vorgesorgt: „Die finanzpolitischen Auswirkungen der jährlichen Millionenbeiträge in den bedachten Bundesländern soll genau beobachtet werden. Die Empfängerländer, so heißt es in dem Vierer-Vorschlag, verpflichten sich zur Festlegung eines Konsolidierungspfades. Auf diesem Weg müssten sie regelmäßig darstellen, wie sie finanzpolitisch wieder auf die Beine kommen und sich den Prüfungen eines Stabilitätsrats stellen.“ Den **Stabilitätsrat** muss mensch sich merken!

„Radio Bremen“ hat am selben Tag berichtet, dass die Haushaltsnotlagenländer für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen müssen: „Die Möglichkeiten sind mit dem Stabilitätsrat zu besprechen und werden von diesem überwacht. Um

einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, dürfen diese Länder von Bundesgesetzen abweichen und für ihren Bereich Steuern erhöhen oder Sozialleistungen verringern.“ Diese Vorlage von Peer Steinbrück hat „Radio Bremen“. Das Grundgesetz soll entsprechend geändert werden. Haushaltsnotlageländer sind bisher Bremen, Berlin, das Saarland und Schleswig-Holstein. Hinzu kommen die Bundesländer, deren Bürgschaften für die Landesbanken et cetera in Anspruch genommen werden! Ich glaube nicht, dass dies durchgesetzt werden kann. Politiker, begrabt diesen Plan unverzüglich! Bei den Sozialleistungsempfängern ist nichts zu holen, und bei den Steuern traut ihr euch sowieso nicht!

Die Bundesregierung droht den Bundesländern, die sich nicht an diese Vorgaben halten, mit Kürzung der Zahlungen, zum Beispiel bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft oder anderen Bundesaufgaben. Peer Steinbrück, das ist der Minister mit den Milliarden an Finanzhilfen für die verspekulierten Banken! Wir fahren am **8. November 2008** zur **Großdemo** nach **Berlin**! Macht diesen unglaublichen Plan bekannt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Übrigens hat die Bundesregierung die Weichen für den Einsatz der Bundeswehr gegen Demonstranten auch innerhalb Deutschlands bereits beschlossen. Die Bundespolizei wird als nicht schlagkräftig genug angesehen, und die EU verpflichtet!

4. Die **Krankenversicherung** soll künftig 15,5 Prozent des Einkommens kosten. Einer muss schließlich den Gesundheitsfonds bezahlen! Die Begründung für diesen ist die Stärkung des Wettbewerbs. Wie der mit einem einheitlichem Beitragssatz gefördert wird, hat die Bundesregierung nicht vermittelt. Die Rentner werden von der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung nicht entlastet, die Arbeitnehmer auch nur vordergründig. Die Bundesagentur für Arbeit hat im Jahr 2012 alle Rücklagen verbraucht, dabei muss diese Rechnung an die Auswirkungen der Finanzkrise noch angepasst werden, wie der gesamte Haushalt.

In einer Pressemitteilung der Bundesagentur steht: „Dem Vorstand ist der Hinweis wichtig, dass die Entscheidung zur Beitragshöhe das gute Recht der Bundesregierung ist. Aufgabe der BA ist es nun, im Rahmen dieser neuen, sehr engen Vorgabe ihre Leistungen auf dem Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten und guten Service zu bieten. Die BA kann den Beitragssatz von 2,8 Prozent für die zunächst vorgesehen eineinhalb Jahre aus ihren Rücklagen finanzieren. Es ist ein gutes Zeichen, dass Mitte 2010 neu bewertet werden soll, ob der Beitragssatz auf dieser Höhe gehalten werden kann oder erhöht werden muss. Aus der heutigen Sicht wären bei einem längerfristigen Beitragssatz von 2,8 Prozent im Jahr 2012 praktisch alle Reserven der BA – einschließlich der sogenannten Liquiditätsreserve – aufgebraucht. Diese Einschätzung beruht auf den derzeitigen Eckwerten der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung, die noch nicht an die aktuelle Entwicklung der Wirtschaft angepasst sind.“

Soweit die Bundesagentur für Arbeit. Vorangegangen ist eine Abkopplung der Bundesagentur für Arbeit vom Haushalt der Bundesrepublik Deutschland. Das

Handeln der Bundesregierung wird der Verpflichtung des EU-Vertrages, also der Lissabonner Strategie zur Schwächung der sozialen Sicherungssysteme und zur Förderung der privaten Wirtschaft, voll gerecht – zulasten der Allgemeinheit! In dieses Bild passt auch der Umgang mit den Krankenhäusern: Die tägliche Unterfinanzierung durch die Fallpauschalen wird nicht beseitigt. Die zugesagte Sonderzahlung ist ein Tropfen auf dem heißen Stein! Dies ist auch Herrn Diethelm Hansen aufgefallen. Vielleicht möchte er jetzt statt Personalkahlschlag die Änderung der Fallpauschalen? Diese führen zur Insolvenz vieler Kliniken. Manche Krankenkasse sieht darin eine Stärkung des Wettbewerbs, mancher Versicherte wird dies mit seinem Leben bezahlen! Das insolvente Klinikum ist dann für einen Spottpreis zu haben und kann durch Befreiung von den Vorhalteverpflichtungen ertragreich arbeiten, zum Nachteil der Kliniken mit Vollversorgung!

5. Bremen vermietet auch Werbeflächen. Damit dies besser läuft, soll ein Gutachten angefordert werden, für geplante 700.000 Euro. Wie hoch der Ertrag aus der Vermietung der Werbeflächen pro Jahr ist, war der Meldung nicht zu entnehmen. – Die Feuerwehr in Bremen kann die Mehrarbeit abfeiern. Die Arbeitszeit ist grundsätzlich den gesetzlichen Regelungen anzupassen. Diese Niederlage der Freien Hansestadt war absehbar. Wurden im Haushalt daher entsprechende Mittel bereitgestellt? –

Die Entwicklung der einzelnen Themen ist in unseren wöchentlichen Redebeiträgen nachzulesen. Die „Gesundheitsreform“ – eine mehr als falsche Bezeichnung! – hat uns bereits 2005 beschäftigt, ebenfalls viele andere Themen. Dies ist die 201. Bremer Montagsdemo! Ich habe nicht alle mitgemacht, aber langweilig war es montags nie! Lesen Sie selbst! Wer sich nicht wehrt, hat weniger vom Leben! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Neue Arbeitsamt-Studie: Hartz IV reicht nicht zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben *(„DCRS-Online“)*

Lafontaine das Wort im Mund umgedreht: Die Reichen zahlen keine *Vermögen*steuer – die wurde 1997 abgeschafft *(„Financial Times“)*

Und die Rente ist auch sicher: Merkela gibt Billionen-Garantie – aber nicht schriftlich *(„Bild“-Zeitung)*

Staatlich gewollte Lohndrückerei statt Eingliederung

1. Die Sat1-Serie „Gnadenlos gerecht“, die auf der Suche nach angeblichen Hartz-IV-Betrügern war, ist bei ihrer Vorgehensweise selber nicht „gnadenlos gerecht“ gewesen, weil dabei die Wahrheit gar zu sehr auf der Strecke bleiben musste! Ich finde es deswegen ganz wunderbar, dass sich zu Unrecht Denunzierte dagegen zur Wehr setzen. Vor allem im Kreis Offenbach hatte diese unsägliche Sendung für Diskussion gesorgt. Weil sie nicht nur von vollkommen ver-„Bild“-eten Gehirnamputierten gesehen wurde, musste sich Landrat Peter Walter (CDU) von der Opposition kritisieren lassen, dass er sich überhaupt auf die Anfrage von Sat1 eingelassen habe. Jetzt klagten mehrere im Fernsehen gezeigte Hilfeempfänger und deren Angehörige gegen Sat1 und die „Blöd“-Zeitung. Super! Sat1 musste bereits klein beigeben und hat offenbar eine Unterlassungserklärung unterschrieben. Doch würde nach der zivilrechtlichen Klage eine Strafanzeige gestellt, wäre sie nur gegen die **Sozialfahnder** selbst gerichtet: Diese stellten in der Folge vom 27. August 2008 Sachverhalte falsch dar.

Falsch sei etwa, dass die Familie, die in Langen eine Pizzeria betreibt, in einer „über 100 Quadratmeter großen Luxuswohnung“ lebe, wie von der „Ermittlerin“ behauptet. Die Familie verfüge nur über 80 Quadratmeter, was der Kreis leicht aus den Unterlagen hätte entnehmen können, sagt die Anwältin aus Neu-Isenburg. Falsch sei auch die Unterstellung, die Mutter des Mandanten kassiere Miete für eine Wohnung in Italien. Eine Dienstreise der Fahnder sollte den Beweis liefern. Das hätte man auch anders machen können. Angeblich sparen die Fahnder Steuergeld, aber in Wirklichkeit verursachen sie zusätzliche Kosten. Die Leistungen werden trotzdem weitergezahlt, weil sie nämlich gerechtfertigt sind. Es ist ein sozialer und ein wirtschaftlicher Schaden entstanden. So wurde auch gegen den Willen der Betroffenen gefilmt. Heimlich zu filmen, sei eigentlich Hausfriedensbruch! Ganz zu schweigen vom sozialen Schaden: Jeder, der in Langen wohne, erkenne, um wen es gehe. Hierbei wurden auch zwei Brüder betroffen, denen angedichtet wurde, dass ihre Eltern eine „Luxusvilla“ in der Türkei besäßen. Dabei handelt es sich aber nur um einen Rohbau, den ein Onkel im Jahr 2000 vererbte. Kein Cent Sozialhilfe ist dabei in die Türkei geflossen. Obwohl die beiden Brüder noch nie Hartz IV bezogen, wurden sie von Sat1 und „Blöd“ in den Vordergrund gesetzt.

Pfui, so intensiv habe ich mich mit diesem Kloschüsselgehetze noch nie inhaltlich befassen müssen! Eigentlich müsste es unbeachtet heruntergespült wer-

den. Doch um den Leumund der Beschuldigten wiederherzustellen, muss leider doch in den „medialen Fäkalien“ gerührt werden! Wenn sich noch mehr Betroffene zur Wehr setzen, wird es hoffentlich eng für Landrat Walter werden, der augenscheinlich seine Fürsorgepflicht vernachlässigt hat. Und was bedeutet das? Rückzug oder Entsorgung in die Frühpension, oder anders gesagt: ein Schmarotzer mehr? Vielleicht sollte man statt Sozialfahndern mal Pensionsfahnder losschicken! Diese Ruhegelder werden ja aus laufenden Steuereinnahmen bezahlt, und unter deren Beziehern findet man sicher ausreichend Typen, die voll arbeitsfähig, also für gemeinnützige Arbeit abrufbereit sind.

2. Für 355 Erwerbslose platzte der Traum vom neuen Job und damit die Hoffnung auf ein Leben außerhalb von Arbeitslosigkeit und Verfolgungsbetreuung am Tropf der argen Argen: „City-Letter“, ein neuer privater Postdienstleister, schickte seine bis zu 355 neuen Mitarbeiter gleich am ersten Arbeitstag wieder nach Hause. Sie wurden mit Ausflüchten über „Startschwierigkeiten“ und „Störmanöver von außen“ vertröstet. Verdi und die Arge wittern heftigen Betrug, denn das Berliner Unternehmen hat am 25. September 2008 einen allerdings fehlerhaften Insolvenzantrag gestellt. Das Verfahren wurde daher noch nicht eröffnet.

Bei privaten Arbeitsvermittlern liefen Bewerbungen nur über **Vermittlungsgutscheine** von Arbeitsagentur und Arge, eine direkte Bewerbung war nicht möglich. So mussten den Vermittlern Zweifel kommen. Die Verträge waren verlockend, völlig entgegen dem neoliberalen Mainstream, der beständig nach dem größtmöglichen Lohndumping kreischt: 1.900 Euro brutto, dreizehntes Monatsgehalt, 30 Tage Urlaub. Auf dem Papier waren das gute Jobs, vom Zusteller bis zum Niederlassungsleiter, weit entfernt von der Mindestlohndebatte. Kein Wunder, dass es bis zu 2.500 Euro pro Vermittlung gab. Das macht bei 355 ehemaligen und wieder neuen Erwerbslosen 887.500 Euro. Ob dieses Geld wohl in den Wind geschossen ist? Ja, wohin denn sonst?

3. Für einen Euro vogelfrei? Das „Netzwerk Hessischer Erwerbsloseninitiativen“ diskutierte in Frankfurt am Main die These, dass **Ein-Euro-Jobs** unmittelbar zum autoritären Staat führen. Ein wunderbar sarkastischer „Ein-Euro-Job-Blues“ über die Entwürdigung durch Arbeitsgelegenheiten für zusätzliche 150 Euro im Monat zum lachhaften ALG-II-Betrag von 351 Euro plus Miete ertönte: „Ich kratz für euch die Hundescheiße direkt vom Bürgersteig und pick euch die Rosinen aus dem großen Teig! Gebt mir ’nen Euro, gebt mir ’nen Euro, und ich tu’s! Verschickt mich auch nach Bayern oder in die Walachei, denn für einen Euro, da bin ich vogelfrei!“

Alle Kritik an Ein-Euro-Jobs, die Erwerbsloseninitiativen jemals geäußert hätten, sei mittlerweile amtlich bestätigt worden und bleibe dennoch folgenlos, konstatierte Harald Rein vom „Frankfurter Arbeitslosenzentrum“. Am massiven Einsatz von Ein-Euro-Jobs habe sich nichts geändert. Das Ausmaß schilderte der Aktivist am Mittwoch auf einer Veranstaltung im DGB-Haus in Frankfurt am Main: In der Bankenmetropole habe sich die promovierte Kunsthistorikerin als Museums-

aufsicht wiedergefunden, der Modedesigner als Lagerhelfer. Büro- und Küchenhilfen, Putz- und Aufsichtsarbeiten – das seien wichtige Tätigkeiten, die zwar gemacht werden müssten, aber kaum der beruflichen Perspektive dienten. „Schlüsselqualifikationen“ wie „mit alten Menschen spazieren gehen“ oder „angeregt unterhalten und zuhören“ seien für eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt nun mal nicht gefragt.

Wissenschaftliche Institute, Bundesrechnungshof und Behörden seien mittlerweile bei ihren Überprüfungen zu den gleichen Ergebnissen gekommen wie die Kritiker, führte Rein aus: Die Integrationsquote in den ersten Arbeitsmarkt nach Beendigung eines Ein-Euro-Jobs tendiere gegen Null, Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit der Jobs seien kaum gewahrt. Selbst die Bundesregierung habe auf Anfrage der FDP zum Nutzen der Arbeitsgelegenheiten knapp geantwortet: „negative Wirkung“. Die Bundesarbeitsagentur bestätigt, nur 3,4 Prozent aller arbeitslosen oder erwerbstätigen Hilfeempfänger hätten in sozialversicherungspflichtige Arbeit wechseln können. Folglich müsse anderes beabsichtigt sein als die oft beschworene „Eingliederung“ Hilfsbedürftiger. Laut Aussage des parlamentarischen Staatssekretärs Klaus Brandner im Bundesarbeitsministerium tauchten derzeit rund 3,2 Millionen Menschen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Zu besetzende Ein-Euro-Jobs würden bei Trägern fälschlicherweise als „offene Arbeitsstellen“ geführt. Somit werde der Anschein erweckt, von staatlicher Seite alles für Erwerbslose getan zu haben – im Zweifelsfall müsse es also an ihnen selbst liegen, wenn sie keine Arbeit fänden.

So wird zum trillionsten Mal der Versuch unternommen, das Schicksal Erwerbslosigkeit zu individualisieren und es aus dem gesellschaftlichen Rahmen zu nehmen, wo sich zweifellos sein Ursprung findet. Die Regierenden wollen auf das Instrument Ein-Euro-Job sicher auch deshalb nicht verzichten, weil sich damit so wunderbar die Statistiken fälschen, äh, aufhübschen lassen: Die Selbstbeweihräucherung über angeblich gelungene Arbeitsmarktreformen darf auf keinen Fall angezweifelt werden! Schließlich weiß doch jeder nachdenkende Mensch, dass es außerhalb der „Springer“-Presse gar keine echten, also sozialversicherungspflichtigen, anständig bezahlten und die Arbeitnehmerrechte wahrenden Arbeitsplätze gibt! Ein-Euro-Jobber füllen wunderbar Lücken aus, während durch sie klammheimlich eine Wiederbesetzungssperre im öffentlichen Dienst erlassen werden kann! Eine Ausweitung des Niedriglohnsektors von gigantischem Ausmaß ist schließlich politisch gewollt, um die Profitmaximierung einzelner Unternehmer zu sichern. Nicht selten dürfen sich Organisatoren von Einsatzstellen für Ein-Euro-Jobber eine goldene Nase an der Not der Betroffenen verdienen. Pro Monat und Nase gibt es 300 Euro für nicht gegebene Beratung, einfach so, ohne all die Kontrollinstrumente, denen etwa ALG-II-Bezieher unterworfen werden.

Auch lassen sich Ein-Euro-Jobs ganz allerliebst als Straf- und Disziplinierungsmittel einsetzen! Eben damit geht eine Verschärfung gesellschaftlicher Tendenzen zum autoritären Staat einher, der sich dem Workfare-Modell gefährlich annähert. Die Dimension des Zwangs ist immer noch viel zu vielen überhaupt

nicht bewusst! Wie die Sozialrechtlerin und Professorin Helga Spindler von der Universität Duisburg-Essen erläutert, kommt es bei Workfare, dem Arbeiten für die Grundsicherung, weder auf Eingliederung noch auf Zusätzlichkeit an, sondern auf die Pflicht, die staatliche Existenzsicherung als Gegenleistung sozusagen abzuarbeiten, für einen Hungerlohn. Es geht also um staatlich gewollte Lohndrückerei, Massenverelendung und -verarmung! Ich könnte es auch nur begrüßen, wenn ganz pragmatisch anstelle der amtlichen Sozialschnüffler Ein-Euro-Job-Detektive eingesetzt würden, um diesen massiven Missbrauch aufzudecken. Andersherum kann ja gar nicht genug Kontrolle aufgebracht werden! Wir müssen von Projektionen ausgehen. Manchmal kann bereits die Androhung einer Veröffentlichung der Missstände Abhilfe schaffen!

4. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von irgendeiner Seite vorgeschlagen wird, das ohnehin schon viel zu niedrige ALG II zu kürzen. Seit vergangenem Sonntag ist die Rede davon, 100.000 beispielsweise an Diabetes erkrankten ALG-II-Beziehern keine Zuschläge für erhöhte **Ernährungskosten** mehr zu gewähren. Laut „Focus“ kommt dieser missgünstige Vorschlag ausgerechnet von der Dachorganisation der Wohlfahrtsverbände, dem „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge“. Angeblich ist bei Diabetes, erhöhten Fettwerten und anderen Volkskrankheiten nach heutigem Stand selbsternannter „Wissenschaft“ keine Diät erforderlich und eine gesunde Ernährung ausreichend. Laut „Focus“ richten sich die Behörden im Allgemeinen nach den Empfehlungen dieses Vereins.

Im Bewusstsein darüber, dass mehr als die Grundversorgung mit dem materiell Notwendigsten für viele Hartz-IV-Bezieher nicht mehr „drin“ ist und eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben den meisten verwehrt bleibt, ist es geradezu zynisch und menschenverachtend, das ALG II überhaupt als Sicherung auch nur in Erwägung zu ziehen! An welchen Ecken soll denn noch weiter eingespart werden, um frisches, gesundes Essen zu kaufen? Der kulturelle Bereich beispielsweise kann es nicht mehr sein, da er ohnehin gar nicht abgedeckt wird. Dann eben bei Kleidung und Schuhen oder bei der Körperpflege! Leider sind hier fast alle Betroffenen so depressiv und resigniert, dass sie sich nicht zusammentun. Es sollte einen Aufstand geben! Nachdem in Deutschland die soziale Eiseskälte des Neoliberalismus eingezogen ist, wird nun damit begonnen, sich Gedanken über die gesundheitliche Auslese zu machen! Im Grunde entzieht mensch den Betroffenen nun das Recht auf Leben, denn viele Betroffene sind auf den Mehrbedarf angewiesen!

5. Am 1. Oktober 2008 fand im „Konsul-Hackfeld-Haus“ eine Veranstaltung zu der Frage statt, ob Bremen einen „Masterplan“ braucht. Dort sprach auch der von mir sehr geschätzte Bremer Wirtschaftsprofessor Wolfram Elsner und beeindruckte uns nachhaltig. Klaus-Rainer Rupp von der „Linken“ leitete die Veranstaltung ein. Dabei schilderte er die besondere soziale Spaltung in unserer Stadt und die sich selbst verstärkenden Armutsprozesse. Mit Armut ist hier nicht nur Geldmangel

gemeint, sondern die vollkommene Ausgegrenztheit von Kultur, Bildung, Gesundheit, ja auch von Demokratie, eben von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe. Wo also ist der ressortübergreifende Masterplan zur **Armutsbekämpfung**? Er kann nicht vom Sozialressort allein erarbeitet werden!

Wolfram Elsner holte weit aus und führte an, dass der Neoliberalismus letztlich nichts anderes als ein globaler Masterplan der Armuts*produktion* ist. Hierbei wurde Bremen als regionales Pilotprojekt benutzt. Der neoliberale Masterplan zur Armutsproduktion wurde schon vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren, doch bevor er richtig durchstarten konnte, mussten die Herrschenden die ihnen abträgliche Nachkriegsordnung mit „Staatssozialismus“ und „sozialer Marktwirtschaft“ als Nachteil für sich verbuchen. Mit immer höheren Lohnforderungen und steigenden Ansprüchen der Bevölkerung entwickelte sich der „soziale Kapitalismus“ für die Interessen der Unternehmer bedrohlich in die „falsche“ Richtung. Der Staat wurde ganz absichtlich verarmt, die sogenannte Dritte Welt kreditabhängig und gefügig gemacht. Ethnische und religiöse Konflikte wurden gezielt angezettelt. Der Masterplan des Neoliberalismus sieht eine Umverteilung von Ressourcen, Macht, Vermögen und Ansehen von unten nach oben vor. Nur kann sich dadurch nicht genügend Kaufkraft entwickeln, um die Massenproduktion zu unterstützen. Darum leistet sich Deutschland eine absurde Exportstrategie als Ersatzmaßnahme. So können wohl einzelne Länder eine Weile überleben, nicht jedoch auf Dauer.

Hier wurde ein wahres Horrorszenario gezeichnet, in dem der Neoliberalismus „nach unten“ explodiert ist, die Bankenkrise massenhaft hysterische Menschen produziert und Spekulationsblasen in Billionenhöhe platzen. Das öffentliche Vermögen wurde spottbillig verscherbelt, um private Profite zu unterstützen. Mit steigender Zahl der Arbeitslosen sinken die Massenarmutslöhne, werden richtige Verarmungsprozesse initiiert. So wächst in Bremen bereits jedes dritte Kind in Armut auf. Die Hoffnung auf kollektive Vernunft des Kapitalismus schrumpft. Es geschieht ein brutaler sozialer Ausschluss, eine Entwicklung von der Zweidrittel- zur 50-Prozent-Gesellschaft, worin die eine Seite in der Gesellschaft lebt und an ihr teilhat, während die andere Hälfte von allem ausgeschlossen ist. Die Mittelschicht wird fast komplett zerrieben. Als in Deutschland der „Rheinische Kapitalismus“ seine fein dekorierten Schaufenster gen Osten zeigte, mussten die sozialdemokratischen „Bomben auf die Hütten“ noch Jahre warten, bevor sie zum Einsatz kommen.

Helmut Kohl, der Kanzler der Bestechung, hat in vier Legislaturperioden nur halbherzigen Neoliberalismus geschaffen. Gerhard Schröder ist in sieben Jahren die soziale Zerstörung gelungen. Kanzler Schröder fuhr die Einkommen so dramatisch runter, bis sie das Niveau der Fünfzigerjahre erreichten. Deutschland hat sich zu einem der „ungleichsten“ Länder mit ungerechtester Staatsfinanzierung und geringster Belastung der Reichen entwickelt. Es ist vollbracht: Deutschland ist ein Billiglohnland geworden! Staatliche Handlungsverweigerung wurde das Politikmodell. Der Neoliberalismus prügelt den Menschen die „Anspruchshaltung“,

die Erinnerung an einen „sozialen Kapitalismus“ heraus. In diesem System der Angst werden Millionen von Familien mit Kindern in die Massenarmut getrieben. Die SPD wird nun an den „Linken“ kaputtgehen.

Im Stadtstaat Bremen konzentrieren sich die sozialen Probleme intensiv. Seit 1993 leidet Bremen unter einer extremen Haushaltsnotlage und bekommt Geld vom Bund dazu. Für 2008 rechnet der Finanzplan vor, wie die Große Koalition „vorgesorgt“ hat: Lediglich ein Prozent des Haushalts steht zur freien Verfügung, 99 Prozent sind durch endlose Mittelbildung, eine Strategie des Neoliberalismus, mit dem Festhalten an Eliteprojekten festgelegt. Die Sozialausgaben sind in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem Bundesverfassungsgericht ebenfalls festgelegt, fallen aber spärlicher aus, als sie müssten. Unter diesen Bedingungen werden keine Investitionen getätigt. Stillstand und Stillhalten sind angesagt! In den Schulen, Unis und Bildungseinrichtungen herrschen verheerende Zustände vor, die in die polarisierte Ungleichheitsgesellschaft und die Verteilungskatastrophe münden! Nun gilt es, aufzuwachen und gegenzusteuern, um der weiteren Zementierung von Armut etwas entgegenzusetzen. Dazu müssen alle Ressorts fachübergreifend zusammenarbeiten. Es wird wohl 20 bis 30 Jahre dauern, bis sich der beachtliche Schaden reparieren lässt, wenn denn endlich damit begonnen würde! Mit Geld allein kommt mensch da gar nicht weiter. – Claudia Bernhardt von der „Bremer Arbeit GmbH“ stellte ihre Sicht der Dinge dar. Daran schloss sich eine allgemeine Diskussion an.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Unzulässige Besitzabgabe“: Wer nicht von der Möglichkeit Gebrauch macht, über Internet Radio zu hören, braucht auch keine Rundfunkgebühr zu zahlen *(„Spiegel-Online“)*

Der „Sozialverband Deutschland“ ruft für **Mittwoch**, den **8. Oktober 2008**, zu einem **Protestmarsch** unter dem Motto „**Schluss mit dem Sozialabbau!**“ auf. Beginn ist um **10 Uhr** am **Bahnhofsvorplatz**. Um 12 Uhr gibt es eine Kundgebung auf dem Marktplatz.

Am **Donnerstag**, dem **9. Oktober 2008**, gibt es um **20 Uhr** im „**Kapitel 8**“ an der Domsheide eine **Veranstaltung** mit Lühr Henken unter der Fragestellung „**Rüstungsproduktion in Bremen** – das Beste für die Stadt?“

Das nächste **Bremer Sozialforum** findet von **Freitag**, dem **10.**, bis **Sonntag**, den **12. Oktober 2008** statt. Am Freitag geht es ab **18 Uhr** los, am Samstag und Sonntag ab **10 Uhr**.

Banken mästen, aber Diabetikern die Schonkost streichen

Immer öfter finden sie statt, immer länger dauern sie, die Krisensitzungen wegen des Börsen- und Finanzsystemcrashs. Der hat nach den USA auch Japan und die EU erfasst. Die Banken trauen sich gegenseitig nicht mehr. Nun will die Politik für Beruhigung sorgen: Der Staat soll die Sparer und Kleinanleger in Sicherheit wiegen, damit es bloß keinen „Dominoeffekt“ gibt. Aber die, denen sowieso schon immer alles genommen wird, sollen gleich wieder gleich zur Kasse gebeten werden.

Es gibt, versteht sich, einen Konsens zum Gutachten, dass Hartz-IV-Betroffenen, die Diabetiker sind, die Zulagen für Diätkost gestrichen werden soll, weil bei „geschicktem“ Einkauf auch vergleichbare „normale“ Lebensmittel eingekauft werden könnten. Darum sei die Diät-Zulage unnötig und könne eingespart werden. Dankeschön für solche Hinweise und Belehrungen, besonders von solchen Gutachtern, die willfährige Vorschläge machen und sich selber nach Strich und Faden aus der Staatskasse für ihre „Leistungen“ bedienen! Dahinter steckt doch eine durch und durch perverse Mentalität!

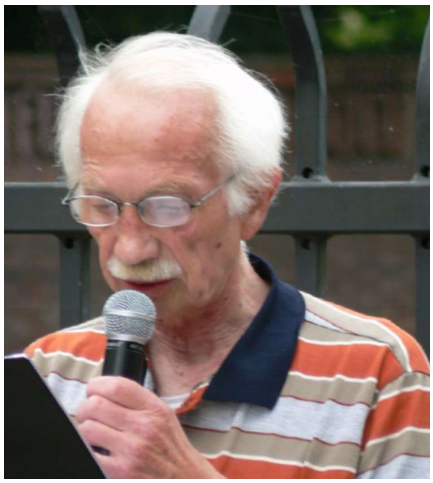
Ich wiederhole mich gerne, wenn ich immer wieder darauf hinweise, dass dieses ganze System, von den Banken bis zum weltweiten Staatsapparat, völlig faul und absolut entbehrlich geworden ist! Schauen wir auf unsere Interessen, sammeln wir unsere Kräfte und klären die Menschen auf, die immer noch alten Illusionen anhängen! Dann können wir auch etwas erreichen. Kommt mit am **8. November 2008** nach **Berlin** zur **Demonstration gegen die Regierung**!

Jobst Roselius

Am **Samstag**, dem **11. Oktober 2008**, gibt es ab **11 Uhr** auf dem **Domshof** eine **Aktion** für ein friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa. Nach dem Votum der irischen Bevölkerung zum EU-Reformvertrag lautet das Motto: „**No means no!**“

Rettungspakete wirkungslos: Rekordverluste an allen Börsen *(„Spiegel-Online“)*

Terrorismus als Buhmann für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren



Die Nato wird nächstes Jahr 60. Alt sieht sie aus, diese Nato! Da hilft auch keine „Verjüngungskur“, die sie sich mit einer neuen Doktrin verpassen will. Doch diese Doktrin hat es in sich: Sie bedeutet noch mehr Rüstung, bedeutet Krieg, Krieg und nochmals Krieg, und dies auf der ganzen Welt! Selbstverständlich hält sich die Nato dabei auch atomare Optionen offen. Im Rahmen der werdenden EU-Militärmacht, die mit der Nato eng zusammenarbeiten soll, ist Deutschland immer mittendrin. Das heißt, heruntergebrochen auf staatliches Handeln gegenüber der Bevölkerung: Ausbau des Überwachungsstaates, Verschärfung der Armut schaffenden Gesetze und damit letztlich noch mehr Schikanen bei Hartz IV!

Das extrem militärische Denken und Verhalten ist ein Rückfall in die Steinzeit. Zuzeiten des sogenannten Kalten Krieges beschränkte sich das Nato-Bündnis noch weitgehend auf die „Verteidigung“ seiner Außengrenzen, obwohl es auch da schon die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen gab. Hier sei nur an die Kubakrise und ähnliche Ereignisse erinnert. Das änderte sich schlagartig, als der Ostblock zusammengebrochen war, der Warschauer Pakt sich auflöste und uns eine gewisse Rhetorik weismachen wollte, dass jetzt der große Weltfriede ausbreche. Nix da! Es wurde und wird kräftig in sogenannten Bürgerkriegen mitgemischt. Die Gier der Mitgliedsstaaten nach Öl, anderen Rohstoffen und Einflussgebieten ist ins Unermessliche angewachsen. Daher die Kriege mit deutscher Beteiligung in und gegen Jugoslawien, dann die Kriege gegen Afghanistan und Irak, und demnächst vielleicht gegen den Iran. Die Vorbereitungen hierfür sind längst angelaufen!

Dann gibt es überall die „verdeckten“ Kriege zwecks Destabilisierung der betreffenden Region, auch mit deutscher Geheimdienst-Beteiligung, entsprechendem Personal und vor allem mit deutschen Waffen und Bremer Rüstungselektronik. Auch Kriegsschiffe der Vegesacker Lürssen-Werft sind schon lange dabei! Wobei sich die Nato den „Terrorismus“, den sie zu bekämpfen vorgibt, selbst heranzüchtet. Und diesen „Terrorismus“ braucht man in Berlin wiederum als Buhmann für den Einsatz der Streitkräfte im Innern. Schäubles Propagandamaschine läuft längst auf vollen Touren. Die Koalition will in Kürze entsprechend beschließen und sogar das Grundgesetz ändern. Toll, funktioniert alles prima!

Wer nun manche Texte über das „Selbstverständnis“ der Nato liest, könnte meinen, das Bündnis sei längst reif für den Friedensnobelpreis. Wie hervorragend die Indoktrinierung läuft, zeigt beispielsweise ein Schülerinnen-Referat aus der

Berufsschule Nürnberg – es liest sich fast wie eine Laudatio: „Aus der ursprünglichen Aufgabe der kollektiven Verteidigung ist das Prinzip der politischen Integration und der Wahrung des Weltfriedens geworden. Auf der Grundlage der gemeinsamen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit strebt das Bündnis seit seiner Gründung eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa an. Es trägt daher auch zu Frieden und Stabilität in der Welt bei.“

Am **21. und 22. Februar 2009** wird in **Bremen** eine **Konferenz** „**60 Jahre Nato**“ stattfinden, zu der ich beizeiten zurückkommen und Näheres sagen werde! Das „Friedensforum“ überlegt gerade, wie und in welcher Form es sich dazu verhalten wird.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

Erste „Winterdemo“ durch die Einkaufsmeile

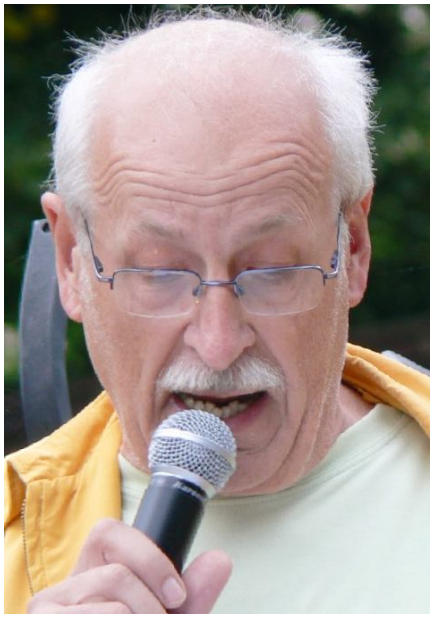
Wegen der „Polnischen Woche“ mussten wir bei der 201. Montagsdemo am 6. Oktober 2008 um 17:30 Uhr erstmals wieder zum Dom umziehen. Als die „ Treppenfeger“ kamen, brachen wir zur ersten „Winterdemo“ durch die Obernstraße zum Hanseatenhof auf. Das immer heißer werdende Thema der Banken- und Börsenkrise brachte uns viele Beiträge und über 40 Zuhörer und Teilnehmer.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

202. Bremer Montagsdemo am 13. 10. 2008

Krise und Chance



Schadenfreude ist nicht angebracht, weil wir alle unter der Finanzkrise leiden müssen, allerdings auch jene, die uns die Suppe eingebrockt haben. Doch endlich hat die Politik mal gezeigt, dass viel zu erreichen ist, wenn alle an einem Strang ziehen. Endlich hat die Politik begriffen, was wirklich Sache ist! Nicht nur, dass sich alle einig waren, nein: Jetzt werden auch alle gemeinsam handeln müssen. Sogar die Gewerkschaften wollen „Vernunft“ zeigen. Es geht also doch! Aber was sage ich da: Das Handeln haben wir ja schon so lange angemahnt, auch für Bremen! Ist das nun ein Grund, nach Hause zu gehen?

Nein, das wäre natürlich totaler Blödsinn. Erstens kämen die Probleme nicht mehr auf den Tisch. Zweitens würden bestimmte Herrschaften ohne gewisse Kontrollen einfach so weitermachen wie bisher. Gerade jetzt müssen wir wachsam sein! 2009 ist ja Bundestagswahl, außerdem die Europawahl, und ich kann euch nur alle auffordern hinzugehen! Diesmal hat sich Europa einen guten Dienst erwiesen, indem sich mal alle einig waren: So darf es nicht weitergehen. Wie denn? Na, so unsozial, so menschenverachtend, so raffgierig nach Rendite, so kinderfeindlich, so ungerecht!

Kommt euch das nicht bekannt vor? Das mahnen wir von der Montagsdemo schon seit vier Jahren an! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal unseren Politikern einen guten Rat geben: Die Krise ist auch eine gute Chance, alles wieder ins Lot zu bringen und den Menschen wieder als Menschen zu sehen statt als Kostenfaktor! Wir alle sind die Gemeinschaft, und nur wenn wir das alle begreifen, können wir auch Krisen meistern und als Menschheit überleben. Wer sich aber aus der Verantwortung stiehlt, ganz gleich wie, ist nicht für diese Gemeinschaft und soll ruhig die Konsequenzen tragen. Ohne Hass im Herzen sage ich hier: Der soll am eigenen Leibe erfahren, was Hartz IV bedeutet!

Udo Riedel (parteilos)

500 Milliarden Euro sind in aller Munde

Eine unvorstellbare Summe! 500 Milliarden Euro, davon 30 Prozent zulasten der Länder, sollen Vertrauen schaffen. Der Betrag ist trotzdem zu gering, um das Ziel zu erreichen, weil gleichzeitig die Bilanzierungsregeln geändert werden: Wertberichtigungen für im Wert gesunkene Vermögenswerte müssen *jetzt erst* mit der Realisierung des Verlustes bilanziert werden.

Wie gehen die Banken damit um? Der Geldhandel unter den Banken soll gefördert werden. Den Banken wird das Ausfallrisiko abgenommen, wenn sie Geld an eine andere Bank verleihen. Die Aktion ist befristet. Was ist, wenn dieser Schirm wieder zugeklappt wird? Das Risiko für Bankenpleiten nach dieser Aktion steigt, ebenso dasjenige für Banken bei der Kreditvergabe an andere Unternehmen, weil die Bilanzierungsregeln gelockert wurden. Die investitionswilligen Unternehmen werden es zu spüren bekommen.

Wie gehen die Banken damit um? Studenten zahlen für einen Studienkredit ab 1. Oktober 2008 sieben Prozent Zinsen bei der KfW. Der Kredit verteuert sich damit um rund 4.500 Euro. Die Banken Fortis und Dexia wurden mit Steuergeldern gerettet. In Monaco wurden fast zeitgleich mit betuchten Kunden Luxusfeten gefeiert. Und die Bundesregierung? Sie behindert weiter den Untersuchungsausschuss zur Sachsen-LB! Was ist aus den bisherigen Rettungsaktionen geworden? Wie hoch ist der Anteil Deutschlands an den Rettungsaktionen der EZB (siehe vorherige Bremer Montagsdemos)?

In Bremen wurden die Gelder für Jugendarbeit gekürzt und Freizeitheime geschlossen. Bremen kürzt weiterhin bei der Bildung. Dies führte bei der Uni zur Einstellung von Studiengängen. Die Förderstunden sind reduziert. Der Fahrdienst für Behinderte wurde stark eingeschränkt. In Bremen wurden die Lebensbedingungen für alle Bürger *unter* den Bundesschnitt gedrückt. Insbesondere die sozial Schwachen können dies nicht kompensieren. Die Kinder leiden am meisten! Dieses Bundesland Bremen soll sich verpflichten, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Verhandlungen sind am Donnerstag um 16 Uhr in Berlin. Die angebotenen Unterstützungsleistungen reichen bei Weitem nicht zur Schließung der Haushaltslücke. Wie sagt Bremen dies seinen Bürgern?

Will die Bundesregierung tatsächlich die Erstattungszahlungen für die Kosten der Unterkunft und das Wohngeld an die Länder mit einem unausgeglichenen Haushalt kürzen oder einstellen? Die Schlagzeilen von gestern und die vorste-

henden Gegenmaßnahmen klingen angesichts der 500 Milliarden Euro wie der blanke Hohn! Ein Hohn ist es auch, diese enorme Staatsverschuldung als Rettungsaktion für die kleinen Anleger darzustellen. Um die Euros der „Normalbürger“ zu sichern, ist diese Aktion ungeeignet. Solche „Spargroschen“ waren schon vorher über die Einlagengarantien abgesichert, und zwar sicherer als jetzt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Beratungsgebühr erhöht, damit wir Fehlbescheide hinnehmen

Die Banken- und Börsenkrise ist weltweit geworden. Noch ist es keine Weltwirtschaftskrise, aber die Anzeichen mehren sich für den Übergang dahin. Die Ersparnisse und die Lebensfähigkeit der Arbeitenden, Arbeitslosen und Rentner und ihrer Familien stehen auf dem Spiel. Die Einkommen und Boni der Banker und Politiker sind dagegen nicht in Gefahr: Bei ihnen sind die Einbußen, die andere in Resignation oder Obdachlosigkeit treiben können, „Peanuts“, auf die man mal verzichten kann.

Die perverse Bürokratie in den Ministerien in Bund und Ländern produziert derweil neue Gesetze und Verordnungen; jetzt die Erhöhung der Gebühren für Beratung in Sozialfragen bei den Argen. Da die Politik-Opfer sich zum Glück immer mehr wehren und dadurch die Kosten bei den Behörden über das veranschlagte Maß hinaus angestiegen sind, erhöht man jetzt einfach die Gebühren und will damit mutmaßliche Kläger und Anwärter auf Beratung verscheuchen. Klar ist doch, dass viele dann die falschen und ungerechtfertigten Bescheide und Urteile gegen sie hinnehmen müssen! Dem wollen und können wir widerstehen! Kommt zur Montagsdemo, klärt mit uns eure Fragen und wie verfahren werden kann! Werdet selbst Berater in diesen Fragen und helft anderen! Wir haben kein Vertrauen mehr in diesen Staat und seine Organe! Am **8. November 2008** geht es zur **Demo** nach **Berlin** gegen die Regierung!

Jobst Roselius

Was hat ein Hartz-IV-Kind von der Kindergelderhöhung?

1. Der deutsche „Caritas“-Verband verlangt, dass für die 1,9 Millionen Kinder von ALG-II-Beziehern eigenständige **Regelsätze** eingeführt werden, um die Kinderarmut besser bekämpfen zu können. Völlig zu Recht wird hier bemängelt, dass die bisherige Regelung total willkürlich sei und die besonderen Bedarfe von Kindern nicht berücksichtige. Die zur „Berechnung“ herangezogenen 20 Prozent der ärmsten Schicht der alleinstehenden Erwachsenen benötigen üblicherweise kein Geld für Bildung, Kinderbetreuung, Nachhilfe, Spielzeug oder Schuhe für wachsende Füße. Es kann einfach nicht ausreichen, von einem Zuwenig für Erwachsene lediglich 60 oder 80 Prozent als „Bedarf“ für Kinder anzusetzen!

Bisher werden für Kinder nach diesem Schlüssel bis zu einem Alter von 13 Jahren 211 Euro gezahlt; Kinder zwischen 14 und 17 Jahren erhalten 281 Euro im Monat. Nun legte die „Caritas“ für eine Neuberechnung die Konsumausgaben von Familien im unteren Einkommensbereich zugrunde. Bei der bisherigen „Berechnung“ für Kinder wurden weder Ausgaben für Bildung noch für einen Inflationsausgleich berücksichtigt. Die Neuberechnung der „Caritas“ kommt zu dem Ergebnis, dass Kleinkinder bis zum Alter von fünf Jahren eigentlich 250 Euro erhalten müssten (39 Euro mehr), Kinder von sechs bis 13 Jahren 265 Euro (plus 54 Euro) und Jugendliche von 14 bis 17 Jahren 302 Euro (Erhöhung um 21 Euro).

Die „Caritas“ fordert darüber hinaus eine Modifizierung des Kinderzuschlags, der 2005 für Familien eingeführt wurde, die trotz Arbeit arm sind. Dieser Zuschlag soll eigentlich ab einem Mindesteinkommen von 900 Euro gezahlt werden. Faktisch ist es aber nach Angaben der „Caritas“ meist so, dass er erst von einem deutlich höheren Einkommen an gezahlt wird, denn das verfügbare Familieneinkommen muss dafür mit dem Kinderzuschlag über dem theoretisch möglichen Arbeitslosengeld-II-Satz liegen. Um die Kinderarmut wirksam bekämpfen zu können, verlangt die „Caritas“ eine Reihe zusätzlicher Sachleistungen wie Lehrmittelfreiheit, einmalige Beihilfen zu Schulanfang und Schuljahresbeginn, vergünstigtes Essen in der Schule sowie kostenlose Teilnahme in Musik- und Sportvereinen.

Selbstverständlich gehört zu einem guten Aufwachsen nicht nur eine ausreichende Menge an gesundem Essen und Trinken, sondern auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben! Die Gesamtkosten werden mit 2,7 Milliarden Euro beziffert. Das sind Peanuts im Vergleich zu den 500 Milliarden Euro, die jetzt für die Rettung der notleidenden Banken mal eben ganz leicht rübergeschoben wer-

den können! So weit, so „gut“ – aber hat die „Caritas“ Angst, dass die von ihnen ausgebeuteten und ausgenutzten Ein-Euro-Jobber schlappmachen? Ist die „Caritas“ möglicherweise eine doppelzüngige Schlange, so wie viele andere dieser Organisationen auch?

2. Die Ankündigung von Bundeskanzlerin Merkel, armen Kindern mehr Unterstützung zukommen zu lassen, ist die reinste Mogelpackung! Merkel verwies am Samstag in ihrem Video-Podcast auf das geplante **Schulbedarfspaket** von 100 Euro, das Kinder aus Hartz-IV-Familien bis zur zehnten Klasse jeweils zu Schuljahresbeginn bekommen sollen. Die CDU-Chefin sagte, sie wolle nicht, dass Eltern aus wirtschaftlichen Gründen an der Bildung ihrer Kinder sparen müssen. Deswegen freue sie sich, dass die Leistungen für Familien ab dem 1. Januar 2009 verbessert würden. So wird das Kindergeld um zehn Euro für das erste und zweite Kind und um 16 Euro ab dem dritten Kind erhöht. Außerdem steigt der Kinderfreibetrag um knapp 200 auf 6.000 Euro pro Jahr.

Nur leider werden die Kinder aus armen Familien kein Stück weiter aus ihrer finanziellen Misere herausgebracht! Was hat denn ein Kind aus einem Hartz-IV-Haushalt von einer Kindergelderhöhung, wenn diese gleichzeitig wieder in voller Höhe vom Regelsatz abgezogen wird? Kinder und Eltern müssen sich regelrecht verschaukelt vorkommen, denn der Hungerregelsatz bleibt bei den Kindern gleich! Ebenso verhält es sich mit dem Schulbedarfspaket. Dieses und auch der entwicklungsbedingte erhöhte Wachstumsbedarf wurden mit Einführung von Hartz IV 2005 vorsätzlich gestrichen, und mensch behauptet frecherweise auch noch ganz verlogen, die Schulkosten seien im Regelsatz enthalten!

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ fordert die Bundeskanzlerin auf, wieder für alle Schüler aus Hartz-IV-Haushalten die vollen Schulkosten zu übernehmen. Ebenso muss die Kürzung des erhöhten entwicklungsbedingten Wachstumsbedarfs bei Schulkindern und bei Heranwachsenden noch vor der Bundestagswahl zurückgenommen werden! Berechnungen des „Erwerbslosenforums“ haben ergeben, dass im Regelsatz bei Kindern zwischen sieben und 14 Jahren allein bei Nahrung und Getränken eine monatliche Unterdeckung von 85,34 Euro, bei Heranwachsenden von 123,94 Euro vorliegt. Grund dafür ist der wachstumsbedingte erhöhte Ernährungsbedarf bei diesen Altersgruppen. In der Bundessozialhilfe vor 2005 wurde dies berücksichtigt. Ebenso gibt es keine Position für Bildung. 100 Euro würden bei weitem nicht ausreichen! Für den Besuch einer höheren Schule wäre das angekündigte Schulbedarfspaket völlig unzureichend!

3. Über eine Familienkasse des öffentlichen Dienstes und über die Bundesagentur für Arbeit sollen Hunderte Beamte doppelt Kindergeld bezogen haben. In rund 60 Fällen hat die Bundesagentur für Arbeit bereits eine **Doppelzahlung** in Höhe von insgesamt einer halben Million Euro nachgewiesen. Es wurde hierbei keine Durchschnittssumme ermittelt, da der jeweilige Zeitraum sehr unterschiedlich ist und von einem Monat bis hin zu mehreren Jahren variiert. Nun wird überprüft, ob

in den Fällen, in denen über Jahre hinweg Zahlungen eingingen, ein Steuerprüfungsverfahren eingeleitet werden muss. Es könnten aber auch Übermittlungsfehler infrage kommen. Die betroffenen Familien sind auf jeden Fall dazu aufgefordert worden, das zu viel gezahlte Geld zurückzuzahlen. Irgendwo muss das Kindergeld ja hingehen, was den Hartz-IV-Kindern abgezogen beziehungsweise angerechnet wird!

4. Anlässlich des „Welttages für menschenwürdige Arbeit“ forderte der Deutsche Gewerkschaftsbund letzte Woche einen Mindestlohn und die Gleichbehandlung von **Leiharbeit**. Helga Ziegert, Vorsitzende des DGB Bremen, erläuterte, dass zum ersten Mal weltweit Kundgebungen und Aktionen stattfänden. Sagenhaft, da lassen die Vertreter der Gewerkschaften doch tatsächlich 500 Luftballons mit ihren Forderungen gen Himmel aufsteigen! Ob sie dort wohl an die richtige Adresse gelangen? Sind die Arbeitgeber beim lieben Gott, oder sind sie es gar selbst?

Ja, es geht in der Tat um die richtige Gestaltung der Globalisierung, Frau Ziegert! Wie wäre es denn, dabei mit den Arbeitgebern und den Politikvertretern zu verhandeln, sie unter Druck zu setzen, sie zu fordern – und nicht einfach bloß kraftlose Luftballons nach oben ziehen zu lassen, als bloße Lippenbekenntnisse und leere Worthülsen? Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein – die würde ich aber auch gerne hienieden auf Erden genießen können, mit anständigen Löhnen, von denen es sich gut und sicher leben lässt! Kommunikation heißt das Zauberwort – und ganz bestimmt nicht Luftballon!

5. Nach dem Willen mehrerer Bundesländer soll die **Rechtsberatung** für Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger eingeschränkt werden. Der Bundesrat entschied am Freitag über einen Gesetzentwurf von fünf Bundesländern zur Reform des Beratungshilferechts. Der Bundesrat versucht auf diesem Weg, die häufig amtlich falschen und für die Betroffenen nachteiligen Entscheidungen der Hartz-IV-Behörden nahezu unanfechtbar zu machen. Damit wäre der Weg zu einer Zwei-Klassen-Justiz frei. Mit der Reform soll der Gang zum Rechtsanwalt für die Hartz-IV-Empfänger schwerer werden. Seit das ALG II eingeführt wurde, ist die Zahl der Klagen von Beziehern dieser Leistung stark gestiegen. Für die Länder wird das teuer, denn sie sind dazu verpflichtet, außergerichtliche Rechtsanwaltskosten für Menschen mit geringem Einkommen sowie Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosengeld-II-Bezieher zu übernehmen.

Nach Angaben aus Sachsen-Anhalt haben sich die Kosten für die Beratungshilfe zwischen 2000 und 2007 mehr als verdreifacht. Neben Sachsen-Anhalt unterstützen auch Sachsen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein den Gesetzesentwurf, nach dem die Eigenbeteiligung um bis zu 200 Prozent erhöht würde. Bislang müssen Ratsuchende beim Gang zum Rechtsanwalt pro Fall eine Gebühr von zehn Euro zahlen. Nach dem Gesetzentwurf soll nun eine weitere Gebühr in Höhe von 20 Euro fällig werden, wenn der Rechtsanwalt den Hilfesuchenden nicht nur mündlich berät, sondern für ihn außerdem Schriftsätze

verfasst. Sachbearbeiter sollen nun strikter prüfen, ob Anwaltskosten für Hartz-IV-Empfänger übernommen werden müssen. Bei der zusätzlichen Gebühr handelt es sich lediglich um ein Einsparprogramm. Dabei können Hartz-IV-Bezieher eine Eigenbeteiligung von insgesamt 30 Euro nur schwer aufbringen!

Die Bundesländer verweisen hingegen darauf, dass die Amtsgerichte, die über die Übernahme der Rechtsanwaltsgebühren entscheiden, die Einzelfälle nur ungenau prüften. Die Beratungshilfe werde häufig zu Unrecht in Anspruch genommen. Daher solle sie künftig auch nicht mehr nachträglich bewilligt werden können, sondern müsse stets vor einer Beratung oder Klage beantragt werden. Außerdem sollen die Amtsgerichte gesetzlich verpflichtet werden, Listen von Verbänden und Organisationen zu führen, die kostenlose Rechtsberatung anbieten. Die Amtsgerichte sollen die Bedürftige auf diese Adressen verweisen. Sind vielleicht die ALG-II- und Sozialgeld-Bezieher schuld daran, dass die Hartz-Gesetze mit heißer Nadel gestrickt wurden, oft vollkommen uneindeutig sind, teilweise ungeniert dem Grundgesetz widersprechen?

Ziemlich perfide, aber geschickt sollen Einsparungen auf diese Weise still und leise durch die Hintertür eingeschmuggelt werden. Es ist schon ein starkes Stück, was die Bundesländer hier fordern! Die jetzige Klageflut wäre nicht notwendig gewesen, wenn schon bei der Gesetzgebung zu Hartz IV auf die Betroffenenverbände gehört worden wäre. Hellseherischer Fähigkeiten bedurfte es 2003 und 2004 nicht, um abzusehen, was auf die Gerichte zukommt. Jetzt soll den Betroffenen mit einer 200-prozentigen Gebührensteigerung der Gang zum Anwalt verunmöglicht werden. Nach wie vor sind 70 bis 80 Prozent der Bescheide und Sanktionen falsch oder rechtswidrig, weil wir es mit unfähigen Behörden und äußerst schlecht geschulten Mitarbeitern zu tun haben. Es ist für mich unverständlich, warum nicht *dort* der Hebel angesetzt wird!

Das ist die Quittung dafür, dass die Bürger die Unverschämtheit besitzen, sich zu wehren, obwohl sie Transferleistungen beziehen. Schließlich gilt der Appell an die erste Bürgerpflicht, die da lautet: Klappe halten! Der Sachberater soll also prüfen? Demnächst werde ich auch den Straftäter fragen, ob ich als Opfer einen Anwalt nehmen darf! Nun eben mit Anwalt, dann gibt es hoffentlich noch mehr Klagen, die gewonnen werden! Letztlich bedeutet dies doch wohl, dass es den Anwälten noch schwerer gemacht wird, Erwerbslose zu vertreten. Zudem wird die Prüfung, ob eine Rechtsberatung erforderlich ist, den Amtsgerichten auferlegt. Die „Klageflut“ wird sich damit nur zeitlich und örtlich verlagern. Im Umkehrschluss sollte jeder, der meint, von der Arge rechtswidrig behandelt worden zu sein, dann ohne Anwalt (gegebenenfalls mit Unterstützung von Erwerbsloseninitiativen) klagen, solange das noch möglich ist. Nicht umsonst zeigt die Statistik, dass fast jede zweite Klage gewinnt! Immer wieder frage ich mich: Wo bleibt der kollektive Aufschrei?

6. Um anschaulich zu machen, wie ein erwachsener Hartz-IV-Empfänger mit einem Kind mit genau 15,50 Euro für den **Lebensmitteleinkauf** zum Wochenende

auskommt, standen am vergangenen Samstag einige Figuren an einer Straßenecke in Kassel. Sie trugen durchsichtige Tüten, in denen der materielle Gegenwert zu sehen war. Wer satt werden will, kann ausschließlich billige Lebensmittel einkaufen. Entsprechend eingeschränkt bleibt der Speiseplan – und leider auch alles andere als gesund.

Wenn der monatliche Hartz-IV-Regelsatz von 351 Euro auf die einzelnen Tage heruntergerechnet und dabei abgezogen wird, was für Kleidung, Körperpflege, Strom, Telefon oder Schreibmaterial nötig ist, dann bleiben einer erwachsenen Person mit einem Kind genau die erwähnten 15,50 Euro für den Lebensmitteleinkauf zum Wochenende.

Mit dieser Aktion möchte das Forum „Erwerbslos und arm in Kassel“ über die Lebenssituation von Menschen am Rande der Gesellschaft informieren und dadurch für Verständnis und Solidarität werben. In dem Forum haben sich schon seit einigen Monaten Vertreterinnen und Vertreter der beiden großen Kirchen, von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und freien Initiativen zusammengefunden.

7. Ein erfahrener Gastronom lehrt im „Hartz-IV-Kochkurs“, wie mensch ohne Tiefkühlpizza, Ein-Euro-Burger und Fertiggerichte überleben kann. Er will den neun Kursteilnehmern zeigen, wie sich mit wenig Materialaufwand ein gutes Essen zaubern lässt, sogar mit viel Geschmack für wenig Geld. Dem Starkoch Oliver Schneider ist aufgefallen, dass die Deutschen stetig zunehmen, vor allem die in der Unterschicht. Arme Menschen essen weniger Lebensmittel mit günstiger Nährstoffzusammensetzung, zum Beispiel Hülsenfrüchte, Obst und Fisch. Stattdessen wird eher zu Fast Food und Süßem gegriffen. Je reicher und gebildeter die Deutschen, desto schlanker, fitter, erfolgreicher sind sie. Die Unterschicht jedoch quillt auf: Hartz IV macht dick.

Weil Schneider dies nicht hinnehmen will, lädt er einmal im Monat Einkommensschwache in sein Restaurant und bietet für neun Euro inklusive Materialkosten seinen Kochkurs an. Der Gastronom gibt Tipps, wie sich zum Beispiel aus Gemüseschalen noch ein leckerer Sud aufkochen lässt, ganz ohne Glutamat oder ähnliche Stoffe. Aber vielleicht mit einer Extraportion Pestiziden? Oliver Schneiders Vorhaben mit seinem „Hartz-IV-Kochkurs“ in allen Ehren – es hat leider einen ganz entscheidenden Haken: Es ist zu teuer für Hartz-IV-Bezieher! Schneider hat ausgerechnet, dass acht Euro benötigt werden, um sich täglich vollwertig ernähren zu können. Bedauerlicherweise beträgt der Regelsatz von Hartz IV jedoch nur 351 Euro im Monat. Für Lebens- und Genussmittel sind fatalerweise lediglich schlappe 4,32 Euro pro Tag vorgesehen, also gerade mal die Hälfte!

Der Koch ist selbst einmal arbeitslos gewesen und sollte eigentlich wissen, wovon er redet. Aber wahrscheinlich erhielt er damals das noch etwas höher dotierte ALG I, das den meisten ein doch eher auskömmliches Dasein beschert. Jedenfalls zeigt sich, dass er – mit den besten Absichten – leider von Hartz IV keine Ahnung hat, und dass es selbst Kochprofis nicht möglich ist, vom **Hartz-IV-Ernährungsanteil** eine vollwertige Ernährung zustande zu bringen! Dennoch be-

haupten etliche Wissenschaftler und Politiker einfach völlig haltlos, dass mensch sich von 4,32 Euro prima ernähren könne. Das Berliner Finanzministerium etwa hat einen Speiseplan anfertigen lassen, der das nun genau belegen soll. Die aufgelisteten Mahlzeiten stammen vom Discounter. Es gibt Leberkäse, Instant-Kartoffelbrei und Sauerkraut aus der Dose. Hm, wie lecker! Und so gesund!

8. Unsere Bundesregierung beschließt ein **Rettungspaket** von 500 Milliarden Euro. Ja, jetzt zeigt sich, wie leicht das Geld, das sonst ganz einfach nicht da ist, mal eben locker gemacht werden kann! Für notleidende Menschen? Weit gefehlt, für die ist *kein* Geld vorhanden. Nein, für notleidende Banken natürlich, die uns, stellvertretend durch ihre viel zu hoch dotierten Manager, mit großen gierigen Augen anschauen, aus denen dicke Kullertränen des Selbstmitleids laufen. Wenn die Bundesregierung den Ausverkauf der Republik an das Kapital beschließt, dann begeht sie damit in meinen Augen Hochverrat am deutschen Staat! Mit der ungeheuren Summe von 500 Milliarden Euro schmeißt sie mehr, als für den gesamten Haushalt 2009 vorgesehen war, in den Gierschlund der Banker!

Ach, das ist ja auch nicht wirklich weiter wichtig. Die paar zehntausend Kindergärten, die Hunderte von Universitäten, die auf Jahre hinaus kostenlosen Zugang bieten können, die vielen sinnvollen Konjunkturprogramme für Millionen von Menschen, das ist doch nicht zum Verrücktwerden! „Sat1“ wird sicherlich keine Sondersendung über die erpresste Sozialhilfe für Bankrotteure in Höhe eines Staatshaushaltes für ein ganzes Jahr ausstrahlen. Alle werden das vollkommen normal finden, wenn sie abends flimmernd vor Glück vor der Glotze sitzen und sich regungslos von den durch anonyme Syndikate kontrollierten Fernsehsendern alles ganz plausibel erklären lassen und danach erstaunlicherweise immer noch glauben, in einer Demokratie zu leben. Geradezu pervers klingt es in meinen Ohren, wenn die Kanzlerin nachmittags lapidar behauptet, der Staat schütze nicht die Banken, sondern seine Bürger!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Ob die Politik zur Vernunft kommt?

An der 202. Montagsdemo in Bremen am 13. Oktober 2008 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz nahmen circa 30 Personen teil. Hauptthemen waren die vielen Aspekte der Banken- und Börsenkrise. Einige Kollegen haben noch Hoffnungen, dass die Politik nun zur Vernunft komme, während andere diese Zuversicht nicht teilen und zum Selberaktivwerden in größerem Rahmen aufrufen.

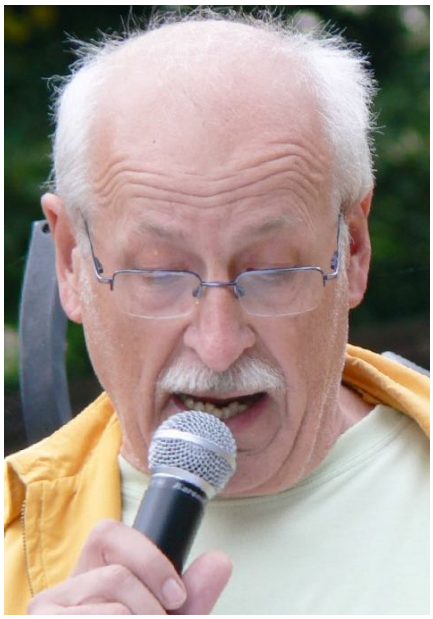
Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Finanzkrise frisst Hungerhilfe auf: Die Milliarden für die Rettung der Bankhäuser fehlen auch in der Entwicklungshilfe *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

203. Bremer Montagsdemo am 20. 10. 2008

Wo bleibt die Offenbarung der Vermögen?



Sind die Politiker jetzt endlich aufgewacht? Wenn man ihnen in den Talkshows glauben kann, dann schon. Wie lauten doch jetzt ihre Forderungen? „Wir müssen mehr gegen die ungerechten Ansprüche der Wirtschaft unternehmen, die Banken an die Kette legen, die Managergehälter begrenzen, die Ethik in der Wirtschaft wiederherstellen, mehr soziale Verantwortung verlangen!“

Wo bleibt nun die Bestrafung der Verantwortlichen, die uns alle fast in den Ruin gestürzt hätten? Die so viele Arbeitslose wie noch nie geschaffen haben, deren Auskommen die Allgemeinheit schultern muss? Die sich immer mehr um die Verantwortung drücken? Die dafür gesorgt haben, dass ein großer Teil unserer Mitmenschen unter den Hartz-Gesetzen leiden muss und höchstwahrscheinlich nie wieder richtig auf die Beine kommt? Die uns mit Absicht verarmen? Von wegen faire Löhne! Wo bleibt bei denen die Offenbarung der Vermögen? Auch das gehört zur Gerechtigkeit, ich als Bürger erwarte darauf eine Antwort!

Endlich wird auch von einem Teil der Politiker laut gesagt, dass der soziale Frieden gefährdet ist. Wir von der Montagsdemo sagen das schon seit Jahren! Hoffentlich sind das nun nicht nur Lippenbekenntnisse, nein, Handeln ist jetzt angesagt! Hier habt ihr auch gleich noch einen Grund dazu. Man stelle sich nur mal vor: Die Bayern-LB hat jetzt tatsächlich noch mehr Finanzbedarf als die bisher zugegebenen Schulden. Das bedeutet dann wohl auch, die Herrschaften haben uns wieder belogen!

Da gibt es doch nur eins, diese Leute dürfen nie wieder einen Posten haben, wo sie in Verantwortung für uns Bürger stehen! Sie gehören sofort auf Hartz IV gesetzt und müssen für ihr unverantwortliches Handeln die Konsequenzen tragen! Von wegen goldener Handschlag und schöner Ruhestand, nein, das wollen wir Bürger nicht! Wir wollen eine Gesellschaft, in der es gerecht zugeht. Da weisen

die aktuellen Forderungen der Politik endlich auch den richtigen Weg. Wie haben sie doch immer gesagt: fördern und fordern! Nun haltet Wort, ihr Politiker, und fordert auch! Falls nicht, werden wir von der Montagsdemo euch daran erinnern! Gerechtigkeit ist ein Ausdruck und ein Muss für die Demokratie!

Udo Riedel (parteilos)

„Die Geschichte wiederholt sich, und jedes Mal kostet es mehr“

Kurios, dass dieser Satz ausgerechnet von einem Isländer ausgesprochen wurde – von Halldór Laxness (1902 bis 1998), Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger –, als könne er in die Zukunft sehen. Bis heute hatte ich keine Ahnung, wie schnell und über alle Parteiquerelen hinweg das politische Personal arbeiten kann, wenn es will. Ich bin überwältigt und kann nur sagen: Na bitte, es geht doch! Zwar war ich schon immer der Meinung, dass bei der Höhe des Einkommens der Regierungsangestellten mehr geleistet werden muss, aber es kam leider nicht viel Brauchbares heraus, wenn das politische Personal aktiv wurde.

Nachdem nun klar ist, dass Frau Merkel und der hilflose Herr Steinbrück ihre Maßnahmen zum Wohle der Sparerinnen und Sparer getroffen haben, und zwar im Schweinsgalopp – obwohl doch gerade diese kleinen Spareinlagen nicht ernstlich in Not waren –, gehe ich nun ganz unbekümmert davon aus, dass sich von jetzt an das Arbeitstempo bei anderen dringenden Veränderungen erheblich beschleunigen lässt und auch wird. Oder?

Im Zeitraffer konnten wir erleben, wie eine Einigung erzielt wurde, zu der sonst Monate beziehungsweise Jahre benötigt werden. Es gab kein „zähes Ringen“ um Positionen; alle waren so sehr einer Meinung, dass es schon wehtat. Gesetzesänderungen sind innerhalb einer Woche möglich, frau glaubt es kaum! Doch die fälschlich als „notleidend“ titulierten Banken befinden sich in keiner Krise: Es handelt sich um eine selbst verursachte schlimme Situation, entstanden durch rücksichtsloses Verhalten von angeblichen Fachleuten, bedingt durch eine unbändige Gier nach Vermögen und Geld.

Das gesamte politische Personal ist sich also einig, dass diese Misswirtschaft, skrupellose Raffgier und Vernachlässigung der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit dringend unterstützt werden muss – mit Geld, das der Staat bis heute

nicht hat, denn sonst hätten doch alle wichtigen sozialen Aufgaben schon längst erfüllt sein können und müssen! Nun geht die freche Lügerei weiter, dass es sich um „Garantien“ handelt, die nicht benötigt werden. Ich denke, das glaubt inzwischen niemand mehr! Früher waren Banken seriöse Unternehmen, zu denen die Kunden Vertrauen hatten. Sogenannte Manager haben diesen Ruf schon lange ruiniert – und dann lebt es sich bekanntlich ungeniert! Danach wurde in diesem einmaligen Fall auch rücksichtslos vorgegangen.

Nur ist die augenblickliche Situation im Lissabonner Vertrag nicht vorgesehen und nicht durchgespielt worden. Deshalb die Hektik, die penetrante Lügerei. Darum das verkrampfte und unnatürlich schnelle Handeln des derzeitigen politischen Personals, bei dem darauf geachtet wird, dass die Millionäre und Milliardäre ihr Geld unbedingt behalten, weil sich sonst die festgelegten europäischen Verarmungs- und Militärstrategien nicht so einfach durchziehen lassen! Die Regierungen benötigen die europaweit immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, um den Vertrag vereinbarungsgemäß rücksichtslos durchdrücken zu können.

Ich will nun eine absolute Transparenz der Höhe der abgerufenen „Garantieleistungen“ beziehungsweise „Bürgschaften“ haben, die laut Meinung des uninformierten Herrn Steinbrück gar nicht in Anspruch genommen werden müssen! Wenn die Banken mit meinem Geld „gerettet“ werden müssen, will ich wissen, welches Bankinstitut noch mein Vertrauen verdient. Unsere Aufgabe und die der Bevölkerungen der anderen europäischen Länder ist es, uns dagegen zu wehren und nicht aufzuhören, dem politischen Personal kräftig auf die schmutzigen Finger zu gucken, und auch in Massen gegen diese stümperhafte Politik zu demonstrieren! Dem Druck der Straße sind die Regierungen nicht gewachsen, wenn wir uns alle einig sind in unseren Forderungen. Keiner hat das Recht zu gehorchen!

Gudrun Binder (parteilos)

Hoffentlich sind keine Unruhen nötig

1. „Ausbildungsplätze sind im Überfluss vorhanden“, so steht es in der Zeitung („Weser Kurier vom 14. Oktober 2008). So wird es von der Bundesagentur für Arbeit, den Handelskammern und Industrieverbänden verbreitet. Warum hat die Bundesagentur für Arbeit dann ein zusätzliches Ausbildungsplatzbeschaffungsprogramm aufgelegt? Wer jetzt Ausbildungsplätze mit Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen besetzt, bekommt dafür eine Prämie, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Am Samstag bin ich mit der Bahn gefahren. Es war eine Gruppe von vier jungen Männern unterwegs: ein „frischer“ Bundeswehrsoldat, zwei Platzwarte und einer „auf der Suche“. Sie haben sich über ihren Alltag unterhalten. Ausbildungsstellen? Fehlanzeige! Bundeswehr oder Platzwart war die Alternative. Die GEW hat es auf den Punkt gebracht: Es gibt *keinen* Grund zum Jubeln! Circa 400.000 junge Menschen befinden sich in „**Warteschleifen**“ oder „Übergangsmaßnahmen“. Die „Zwischengeparkten“ empfinden eine solche Meldung als persönliche Beleidigung.

Alle Jahre wieder werden solche „Wunschgedanken“ als Erfolgsmeldungen über die Medien verbreitet. Bei der „Nacht der Jugend“ haben Schüler vor einiger Zeit nachgewiesen, dass diese Meldungen falsch sind. Wer unter „GEW“ und „Warteschleifen“ im Netz sucht, findet das gesamte Dilemma über mehrere Jahre! Nur so ist die Aktion der Bundesagentur zu verstehen.

2. 500 Milliarden Euro können verteilt werden. Die Banken möchten nicht erkannt werden: Gemeinsam, über den Bankenverband abgeschirmt, sollen diese Milliarden aufgeteilt werden. Ist der Steuerzahler nur der Goldesel? Diese Rechnung wird nicht aufgehen! Die Einflusswünsche der Bundesregierung werden abgeblockt. Wie will das auch ein Finanzminister durchsetzen, der selbst die Vergütung von 400.000 auf 800.000 Euro erhöht hat, so beim Personalwechsel der KfW? Der an einem Freitag sinngemäß sagt, die Politik müsse handeln, auch wenn sie nicht alle Einzelheiten kennt, am folgenden Sonntag dann aber, die Politik könne erst handeln, wenn *alle* Einzelheiten bekannt sind?

Das Versteckspiel der Banken wird durch die Änderung der Bilanzierungsvorschriften ermöglicht. Die 500 Milliarden Euro sind für *deutsche* Banken, allerdings sind Töchter ausländischer Institute ebenfalls deutsche Banken. Ist das eine Abgrenzung oder ein Fass ohne Boden? Lehman-Papiere waren ein Verkaufsschlager von der Citibank bis zur Frankfurter Sparkasse. Arno Gottschalk von der „Verbraucherzentrale Bremen“ ist da voll im Thema: Er hat herausgearbeitet, dass die Bewertungen für das Bankhaus Lehman im Risikobarometer bereits im Januar 2008 gesunken waren. Falls der Sparerschutz nicht für diese Anlagen greift, so besteht die Überlegung, Schadenersatz einzufordern, so der „Weser-Kurier“ vom 16. Oktober 2008.

Die Schweiz stützt die UBS mit sechs Milliarden Franken (3,9 Milliarden Euro) frischem Geld und hat für 62 Milliarden Franken faule Wertpapiere von ihr übernommen. Die EZB verleiht weiterhin Geld unter vereinfachten Bedingungen und folglich mit erhöhtem Risiko. Das Anfangslimit von 260 Milliarden Euro wird bei Weitem überschritten. Ab sofort hält die EZB Dollars ohne Limit bereit. 600 Banken nutzen dieses Angebot. Die Steuerzahler der EU haften für das Ausfallrisiko.

Diese Finanzierungsmöglichkeit läuft laut „Weser-Kurier“ vom Vortag *neben* den 500 Milliarden, zusätzlich!

Wie fühlen sich die Banker? Weltweit wird das Verlustrisiko auf die Steuerzahler verlagert. Was machen die Banker? Herr Ackermann verzichtet auf seinen Jahresbonus. Ein Wettbewerber kommentierte: Verzichten kann man nur, wenn ein Anspruch besteht. Zu seinem eigenen Boniansprüch mochte dieser Mensch nichts sagen. Ich finde, Herr Ackermann hat einen Schritt in die richtige Richtung getan. Die anderen sollten folgen, freiwillig oder zwangsweise!

Und anderswo? „Manager streichen 70 Milliarden Euro ein“, meldet der „Weser-Kurier“ am 19. Oktober 2008. Trotz des Finanzchaos an der Wall Street streichen die Banker milliardenschwere Bonibezüge ein. Allein die Bezüge der Mitarbeiter der sechs größten Banken summieren sich für in diesem Jahr geleistete Arbeit auf 70 Milliarden Dollar (50 Milliarden Euro). Inzwischen ist das auch bei der „Frankfurter Rundschau“ nachlesbar. Wer wissen will, wie ziellos die EZB reagiert, kann die Tagesmeldungen im Netz miteinander vergleichen. Diese „Fachleute“ sollen es nun richten!

3. Frankreichs Präsident fördert ein Unterstützungsprogramm für die Autoindustrie: Die Autos sollen umweltfreundlicher werden. Ein guter Vorsatz seit über 20 Jahren! Doch der Grund scheint mir die Schieflage der Peugeot-Autobauer zu sein. Deutschland ist nicht abgeneigt. Dabei haben die Konzerne in Deutschland gerade die Mehrwertsteuererhöhung von drei Prozent „verfrühstückt“. Diese „**Unternehmenssteuerreform**“, sprich: Steuersenkung für Konzerne wird den Haushalt noch darüber hinaus belasten. Die nachgeschobene Forderung „Mehr netto fürs Brutto“ zielt auf die Handlungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Die Personalkosten der Unternehmen werden „nebenbei“ auch gesenkt, ebenso wie die Bruttolohnforderungen. –

Der Anteil der Länder beträgt 7,7 Milliarden Euro, nur auf die 500 Milliarden gerechnet. Hinzu kommt das Risiko aus dem Geschäftsgebaren der EZB. Was ist mit den Kosten der bisherigen Rettungsaktionen? Ein wesentlicher Teil der Verluste wurde verschleiert beziehungsweise hinausgezögert. Wie wird sich dieses zusätzliche Risiko auf die Kreditwürdigkeit Bremens auswirken? Werden die Banken die Zinsen für die Kredite an die Hansestadt erhöhen, wie bereits angekündigt? Bremen hat bisher, vor dieser Neuverschuldung, 15 Milliarden und 80 Millionen zugegebene Schulden. Einen Zuschuss von 465 Millionen Euro jährlich von 2009 bis 2019, somit für zehn Jahre, haben die bisherigen Verhandlungen ergeben. Dies reicht nicht! –

Bremen hat die Leistungen in allen Bereichen zurückgefahren? Nein, die Gehaltserhöhung für Senatoren ab 1. November 2008 bleibt unangetastet! Das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber von großer Symbolkraft. Bremen soll von Bundesgesetzen abweichend Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen für die Bremer Bürger vornehmen. Der Bund will dies notfalls durch Zahlungsverweigerung erzwingen. Die Gespräche zu diesen Vorschlägen sind vertagt wor-

den. Dies kann nicht ohne Unruhen durchgesetzt werden! Dies ist jedem klar. Daher der Einsatz der Bundeswehr im Inneren? Gerade die Bankenkrise zeigt, dass es anders geht! Der Vorschlag von Attac muss auf die Überschuldung der Länder ausgeweitet werden. Das Grundgesetz, das annähernd gleiche Lebens- oder Rahmenbedingungen in Deutschland garantiert, soll zulasten der Bürger(innen) in Haushaltsnotlageländern abgeändert und aufgeweicht werden! Hoffentlich sind *keine* Unruhen nötig, um das politische Personal zur Vernunft zu bringen! Es geht auch anders zu regeln. Wir fahren am **8. 11.2008** zur **Großdemonstration** nach Berlin! Leider fällt der nächste Castortransport auf den gleichen Tag. –

4. Ex-Staatsrat Hoffmann kann eventuell mit einem Bußgeld davonkommen, so der „Weser-Kurier“ vom 15. Oktober 2008. Bremen zahlt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen keine auskömmlichen Löhne und Gehälter: Über 50 Prozent aller Beschäftigten haben Anträge auf ergänzendes ALG II gestellt. Ein weiterer großer Anteil sollte dies umgehend nachholen. Ein Hinweis der Bagis erfolgt nicht, obwohl der Sachverhalt bekannt ist. Bei 1.200 Euro Bruttoeinkommen hat fast jede(r) Alleinstehende Anspruch auf ergänzendes ALG II. Bremen hat den Bruttoverdienst jedoch auf 1.000 Euro gesenkt. –

Die Weichen sind gestellt: Ab 2010 können Krankenkassen pleitegehen. Der Gesundheitsfonds wirkt entsprechend. Die Reduzierung der Krankenkassenbeiträge für ALG-II-Bezieher wirkt nach. Das Klinikum Mitte will oder soll den Vertrag des Geschäftsführers aufheben. Dies hört sich erneut nach viel Geld an. Aber wer einen Herrn Hansen holt, muss eigentlich wissen, dass so einer keinen qualifizierten Mitarbeiter duldet: Der könnte ihm ja die Führung streitig machen. Frau Rosenkötter hat kein glückliches Händchen für Personal! Haben wir zu viele Kliniken? Besteht ein Überangebot bei der Versorgung? Auf der Demo des SoVD sagte Herr Bothe, dass er mit seiner Frau zur Notaufnahme ins Krankenhaus gefahren ist. Sie hatte eine Platzwunde am Kopf. Es dauerte fünf Stunden, bis sie dran waren, plus Anfahrt, für eine Erstversorgung! „Die Linke“ lädt am **Mittwoch**, dem 21. Oktober 2008, um **13 Uhr** in die **Bremer Bürgerschaft**. Das Thema lautet: „Sind die **Krankenhäuser** noch zu retten?“ Ergänzend könnte es heißen: Ist Frau Rosenkötter noch zu retten? –

Die SPD ist wieder rückfällig geworden: Schröder durfte auferstehen, und seine Lehrlinge sollen es nun richten. Ob sie Schröder damals beim Abschreiben geholfen haben? Auch darüber steht viel auf unserer Homepage. Herrn Müntefering wird eventuell noch etwas einfallen, das die SPD fordern kann, aber nicht vorher selbst abgeschafft hat. Bis Montag! –

Im Schatten der Finanzkrise werden die Grenzen der EU noch weiter abgeschottet. „Frontex“ erhält noch mehr Befugnisse, die Asylbewerber haben es noch schwerer bei uns. Lebensmittel sind durch die EU-weite Schadstoffanpassung zum Vergiften geeignet. Vor einiger Zeit wurden die Belastungsgrenzen für Fisch EU-weit angepasst, mit der Folge, dass der Genuss von Fisch gesundheitliche Schäden hinterlassen kann. Jetzt wurden die Belastungsgrenzen für Obst

EU-weit angepasst. Wieder sind die Verbraucher in Deutschland die Verlierer. Gleichzeitig läuft EU-weit eine Werbekampagne, um Schulkinder für Obst zu begeistern. Doch jetzt kann der zweite Apfel oder die sechste Weintraube bereits schädlich sein! Die EU erwägt, die Rechte der Verbraucher EU-weit anzupassen. Frau Zypries befürchtet, dass wir wieder verlieren. Europa habe ich mir anders gewünscht! Europa kann anders sein! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Binnen einer Woche Geld für die Hungernden!

1. Während die Regierungschefs vollmundig die notleidenden Banken mit überaus großzügigen Rettungspaketen sanieren, leidet etwa eine Milliarde Menschen still, leise und nahezu unbeachtet vor sich hin. Vergangenen Dienstag stellten die „ Deutsche Welthungerhilfe“ und das „Internationale Forschungsinstitut für Ernährungspolitik“ den sogenannten Welthungerindex 2008 vor, mit dem die Situation in derzeit 88 Ländern veranschaulicht wird und die Entwicklung der letzten Jahre nachgezeichnet werden kann. Diametral entgegengesetzt zu den „Milleniumszielen“ wuchs allein im Jahre 2007 die **Zahl der Hungernden** weltweit um 75 Millionen auf 923 Millionen an. Im Jahr 2008 kommen nach Einschätzung des Institutsdirektors Joachim von Braun „noch einmal mindestens 75 Millionen Menschen hinzu“, denen es am Nötigsten fehlt. Das ist ein ungeheurer Skandal, weil im Gegensatz zu den Bankern die Hungernden nicht selbst schuld sind an ihrem Leid!

Seit Mitte 2007 hat vor allem die Explosion der Nahrungsmittelpreise zur dramatischen Verschlechterung beigetragen. Am schlimmsten vom permanenten Hunger betroffen sind die afrikanischen Staaten südlich der Sahara. Über Länder wie Afghanistan oder Somalia liegen keine konkreten Zahlen vor. Dennoch ist unzweifelhaft davon auszugehen, dass eine Million afghanische Kinder im kommenden Winter wegen unvorstellbarer Nahrungsmittelknappheit akut vom Hungertod bedroht sind! Anstatt die Monopoly spielenden Banker weiter auf Rosen zu betten, zu hofieren und als „Gegenleistung“ nur zu verlangen, dass sich die Manager dort gefälligst mit einem mageren Jahresgehalt von „nur“ 500.000 Euro zufrieden geben, was immerhin dem 500-Fachen eines einzigen durchschnittlichen

Jahresgehalts entspricht, ist es mehr als überfällig, für die hungernde Menschheit die gleichen Maßstäbe bei der Hilfe gegen den Hunger anzuwenden: Da soll dann auch mal eben innerhalb von einer Woche eine halbe Billion locker gemacht werden!

2. Sahra Wagenknecht prangert in ihrem Gastkommentar in der „Jungen Welt“ an, dass der **Rettungsplan** der Bundesregierung vorsieht, 500 Milliarden Euro zur Sanierung des angeschlagenen Bankensystems verwenden zu können, während für die soziale Sicherung nur etwa 141 oder für die Leistungen für Hartz-IV-Bezieher circa 23 Milliarden Euro ausgegeben werden. Da hat sich in der Tat die neoliberale Behauptung, für Bildung, Gesundheit und andere soziale Leistungen sei einfach „kein Geld da“, schlechterdings selbst als abgrundtiefe Lüge entlarvt! Peinlich ist die Rettungsaktion aber auch für die Ideologen des „freien Marktes“, der anscheinend nur dann funktioniert, wenn die Gewinne sprudeln. Sobald die Spekulationen schiefgehen, ist plötzlich doch der starke Staat gefragt, der mit Steuergeldern mal eben das Vertrauen in den Kapitalismus wieder herstellen soll. Wahrscheinlich wird an einer Verstaatlichung von bankrotten Banken kein Weg vorbeiführen. Doch sollen leider keine Vermögenswerte verstaatlicht werden, sondern faule Kredite beziehungsweise Schulden, die sicher noch viele Jahre auf den Schultern der Steuerzahler lasten.

Für Frau Wagenknecht kommen die aktuellen Rettungspakete einer zweiten Enteignung gleich. Die erste habe stattgefunden, als mit billigen Krediten reihenweise Unternehmen aufgekauft und Objekte in öffentlichem Eigentum privatisiert wurden. Jetzt, da die Kreditblase geplatzt sei, sollen die Kosten für die beispiellose Fusions- und Privatisierungswelle nachträglich der öffentlichen Hand aufgedrückt werden. Da bleibt natürlich noch die Frage im Raum stehen, auf wen sich die exorbitanten Kosten abwälzen ließen. Eigentlich kann es darauf nur eine Antwort geben: Es sollen gefälligst diejenigen bezahlen, die über viele Jahre hinweg unglaubliche Gewinne eingesackt haben! Auch ich finde, dass eine Millionärssteuer in Höhe von wenigstens zehn Prozent auf Vermögen sowie die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen mehr als überfällig ist! Weil die aktuelle Finanzkrise nichts anderes als das Resultat neoliberaler Umverteilung ist, muss nun endlich eine Verteilung zugunsten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Arbeitslosen stattfinden!

3. Die Große Koalition will angeblich die Familien mit einem höheren Kinderfreibetrag und mehr **Kindergeld** entlasten. Selbst wenn die Kindergelderhöhung bei den Kindern von Hartz-IV-Beziehern ankäme, wäre sie noch nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein. Was sollten 30 Cent mehr am Tag denn auch großartig an Veränderung bewirken? Aber noch nicht mal dieses bisschen Geldgeklecker kommt bei den ärmsten Kindern an. Auch Bernd Siggelkow, Pastor und Gründer des Kinderprojektes „Arche“, bezweifelt, dass sich die Situation von wirklich bedürftigen Kindern auf diese Art verbessern ließe. Er plädiert dafür, das Geld in

Bildung zu investieren, damit die Kinder davon auch profitieren können! Der Pastor empfindet es nicht als sinnvoll, wenn die wohlhabenden Eltern mit dem Kindergeld den Unterricht ihrer Sprösslinge an Privatschulen finanzieren, während die weniger betuchten ihren Kindern noch nicht mal die notwendigen Lernmittel anschaffen können. Siggelkow wünscht sich ein System, von dem die ganze Familie profitieren kann, weil ansonsten Eltern oder Kinder auf die Straße gingen, eben weil sie früher oder später einfach nicht mehr die Mittel haben, die sie zum Überleben brauchen. Kindern kann es nur dann gutgehen, wenn sich auch ihre Eltern wohlfühlen. Finanzielle Armut macht oft dauergereizt, aus dem berechtigten Grundgefühl heraus, immer zu kurz zu kommen, nie mithalten zu können, gesellschaftlich ausgeschlossen zu sein.

Das „Schulstarterpaket“ der Bundesregierung ist selbstverständlich auch nur ein trauriger Witz, mittels dessen lediglich Schulbücher finanziert werden, keineswegs jedoch teurere Arbeitsmaterialien oder Schülerfahrkarten, die Kinder übers Jahr verteilt benötigen. Lernmittel und Schulessen sollten nicht nur subventioniert werden, sondern das ganze Schulwesen muss kostenlos sein – wie beispielsweise in Skandinavien –, damit es alle erreicht und nicht immer wieder Einzelne bloßgestellt werden. So vernünftig Siggelkows Forderungen sind, so sollte er doch auf die Art seiner Formulierungen achtgeben, denn viele rechtspopulistische Politiker sind ebenfalls der Ansicht, dass kein Geld in die Familien gegeben werden soll – nur dass diese sich dann meist für ein demütigendes System mit Gutscheinen oder Ähnlichem aussprechen. Auch sind diese zehn Euro mehr für bedürftige Kinder absolut kein Tropfen auf den heißen Stein, weil sie eben nicht teilweise, sondern zu 100 Prozent auf das ALG II angerechnet, also davon komplett abgezogen werden!

Wenn die Kinder, die seine „Arche“ besuchen, tatsächlich eine Vorstellung davon hätten, welche Berufsvielfalt es gibt, wie viel mehr finanziellen und insgesamt befriedigenderen Spielraum jeder Einzelne dadurch bekommt, dann kann ich es mir nicht vorstellen, dass Kinder sich freiwillig zu Transferbeziehern herabsetzen lassen und sagen würden, dass sie später einmal Hartz-IV-Bezieher werden wollten! Aber andererseits kennen sie wahrscheinlich keine anderen Lebensarten, wenn sie aus den finanzschwachen Gettos kommen. Selbst wenn sie andere Lebensweisen kennen, wissen sie vermutlich, dass diese Welt ihnen zumeist verschlossen bleiben wird. Auch weigere ich mich zu glauben, dass Eltern ihre Kinder nicht fördern wollen! Viele können es einfach nicht, weil sie es nie gelernt haben und gar nicht wissen, wie so etwas geht. Alle Menschen brauchen eine lebenswerte Perspektive! Bei allem Guten, was Pfarrer Siggelkow mit der „Arche“ erreichen kann, sollte er nicht vergessen, dass die Kinder dort nicht die Mehrzahl der Hartz-IV-Bezieher darstellen, und dass viele ihre Kinder aus demselben Grund dort essen lassen, aus dem viele zu den Tafeln gehen, damit nämlich Geld für Schulsachen und anderes da ist, wofür der Regelsatz nicht reicht. Ich spreche jetzt nicht vom ewigen Getöne mit dem Flachbildschirm!

4. Auch das „Erwerbslosenforum“ prangert an, dass das Schulbedarfspaket völlig an den tatsächliche Kosten und Bedürfnissen der Schüler(innen) vorbeigeht. Es sieht vor, dass ab 2009 zu Schuljahresbeginn an jedes bedürftige Kind bis zur zehnten Jahrgangsstufe 100 Euro für **Schulkosten** zusätzlich ausgezahlt werden sollen. Ankündigungen dazu gab es bereits seit Ende 2007, doch zog es die Große Koalition vor, so lange mit diesem Beschluss zu warten, bis der Schulbeginn 2008 vorüber war. Wieder 150 Millionen Euro gespart! Vor den Sommerferien hatte dieselbe Regierung allen Ernstes unverdrossen behauptet, die Schulkosten seien im gekürzten Regelsatz enthalten. Steter Tropfen höhlt den Stein! Nun aber muss auch von Regierungsseite aus zugegeben werden, dass die Schulkosten eben doch nicht im Regelsatz enthalten sind. Hundert Euro als Pauschale sind nur dann zu akzeptieren, wenn gleichzeitig notwendige Schulausgaben, die diesen Betrag überschreiten, gesondert beantragt werden können. Auch die Begrenzung des Pakets bis zur zehnten Jahrgangsstufe, also nur bis zum Real- beziehungsweise Hauptschulabschluss, zeigt, wie „viel“ Interesse die Bundesregierung daran hat, das Bildungspotential von Kindern aus Armutsfamilien zu nutzen: Abitur zu machen wird nicht gefördert, Abitur ist Privatsache!

5. Eine 20-jährige Hartz-IV-Bezieherin war im fünften Monat schwanger und erlebte den absoluten Albtraum aller werdenden Mütter: Ihr Gynäkologe eröffnete ihr, dass er keine Herztöne mehr höre und ihr Kindchen wohl tot sei. Dabei hatte sie sich so auf ihr Baby gefreut. Auch wenn der Vater nichts mit dem Kind zu tun haben wollte, erschien der Frau die **Schwangerschaft** wie ein Lichtblick, als eine neue Perspektive. Als nicht mehr zu übersehen war, wie der Bauch sich immer mehr rundete, ging sie zur Arge. Dort bekam sie eine Beihilfe für Umstandskleidung im Wert von 190 Euro. Nach der Diagnose wurden im Krankenhaus künstliche Wehen eingeleitet, und die junge Frau gebar einen toten kleinen Jungen. Als sie dieses Unglück an die Arge meldete, sagte ihr ein Mitarbeiter, dass sie die Schwangerschaftskleidung jetzt ja nicht mehr brauche und deshalb die 190 Euro schnell zurückzahlen solle. Kann mensch sich eine noch unmenschlichere Reaktion vorstellen?

Nur wenn ein Mensch zur Ware degradiert und für „überflüssig“, also wertlos befunden wird, lassen sich die Tränen und die Hilflosigkeit einer verwaisten werdenden jungen Mutter so brachial wie mit einer Dampfwalze überrollen, jegliches Mitgefühl einebnend! Nach einem Anruf des „Express“ ruderte die Arge zurück und ließ durch ihren Pressesprecher verlauten, dass die junge Frau, nach allem, was sie durchgemacht habe, wohl „unter Schock“ gestanden und deswegen den Mitarbeiter „falsch verstanden“ habe. Ihr Schwangerschaftsmehrbedarf von 120 Euro im Monat werde eingestellt, die 190 Euro müsse sie aber nicht zurückzahlen. Daraufhin antwortete die junge Frau: „Warum sollte er das gesagt haben? Ich habe doch nie Schwangerschaftsmehrbedarf bekommen!“

6. Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin erhält wegen seiner umstrittenen Äußerungen über finanziell Schwache den „1. Berliner Diskriminierungspreis“. Darüber dürfte er sich vermutlich nicht gefreut haben. Andererseits lässt sich auch nicht gerade behaupten, dass Sarrazin auch nur ein Quäntchen **Mitgefühl** oder gar eine realistische Beurteilung über die Situation von ALG-II-Beziehern mit einfließen ließ, als er sich über angeblich aberwitzig niedrige Lebensmittelpreise ausließ, gar behauptete, für nur fünf Euro Stundenlohn arbeiten gehen zu wollen, oder indirekt zum Frieren bei nur 16 Grad Zimmertemperatur aufrief. Er meinte, das habe ihm früher ja auch nicht geschadet. Wenn ich ihn so mit der Arroganz der Satten hetzen höre, bin ich mir dabei aber nicht ganz sicher! Es lässt sich eine Menge an Unsinn oder vermeintlichen Heldentaten behaupten, wenn diese niemals einer Beweisführung standhalten müssen, daher finde ich die Auswahl des Herrn Sarrazin vom Arbeitskreis „Marginalisierte gestern und heute“ für den „Diskriminierungspreis“ mehr als gelungen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“

Heute sah ich an der Westerstraße ein großes Plakat: „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ Darauf zu sehen ein fein gekleideter Herr vor rotem Hintergrund. Ich weiß nicht mehr, wofür geworben werden sollte, aber es ist bezeichnend, dass die Gedanken und Gefühle der breiten Bevölkerung in der Werbung thematisiert werden. Wie soll es weitergehen, in welche Zukunft drängen wir, wie wollen *wir* leben, das sind die Fragen von immer mehr Menschen. Frau Merkel und die EU-Spitzen haben das „Sicherheitspaket“ unter Dach und Fach gebracht, verkündet man uns: Das ist der Part der Politik.

Aber die Politiker schenken uns keinen reinen Wein ein. Zum einen wissen sie selbst nichts oder zu wenig von allen Details, weder Merkel noch Sarkozy noch Bush. Zum anderen sind sie nur die Ausführungsorgane des versteckt agierenden Finanzkapitals. Das Kapital hat sich in allen bedeutenden imperialistischen Ländern die Gesellschaft völlig untergeordnet und eine Diktatur errichtet. Es ist die Diktatur des Betrugs, die mit der bürgerlichen Demokratie eine große Nebel-

wand errichtet hat, die für Hoffnungen und Illusionen sorgen soll, während gegenüber den Werktätigen Erpressung, Ausbeutung und Degradierung durchgesetzt werden.

Hört man im Radio die kurzen Kommentare zur Börsensituation und den vermuteten Aktionen der Banken, könnte man in allergrößte Panik geraten. Die Analysten und Börsenmakler halten gar nichts mehr für sicher und malen Schreckensszenarien an die Wand, die einen um den letzten Groschen bringen könnten. Nun wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Aber es wird nicht so weitergehen wie bisher, zumindest nicht für uns. Die weltweiten „Rettungspakete" sind nicht für die Menschen gemacht, sondern einzig und allein für das Finanzkapital, denn der Kapitalismus von Banken, Industrie und Weltmonopolen darf nicht vor die Hunde gehen.

Dass die Menschen ein anderes System, womöglich den Sozialismus, erkämpfen wollen, muss mit allen Mitteln verhindert werden – und wenn es den Staatsbankrott und die vollständige Abwälzung der Lasten auf die breite Bevölkerung bedeuten würde. Genau für so eine zugespitzte Situation haben die USA eine hochgerüstete Brigade der Streitkräfte im Landesinnern aufgestellt. Auch die Bundesregierung mit ihrem Vorreiter, dem Minister Schäuble, will schnellstmöglich den Bundeswehreinsatz im Innern beschließen und umsetzen. Die angeblich terroristische Gefahr ist die aufgewühlte eigene Bevölkerung!

Dem Aufgewühltsein müssen wir mit klarem Kopf begegnen. Die Zeiten werden härter, aber wir lassen uns nicht provozieren! Unsere Forderungen sind bekannt: Weg mit Hartz IV und der ganzen Agenda 2010! Kampf gegen die verlogene Umweltpolitik der EU und der Merkel-Regierung! Beseitigung der Umweltsünden auf Kosten der Verursacher! Deutsche Truppen raus aus Afghanistan und allen anderen Ländern! Natürlich werden wir mit unseren Forderungen auch noch breitere Bündnisse schließen. Wir werden uns einrichten auf die Verteidigung und Weiterentwicklung der demokratischen Rechte. In den letzten vier Jahren haben wir uns eine andere Form von Demokratie erkämpft und erarbeitet. Wir lernten, offen zu diskutieren und unsere Forderungen laut vorzutragen. Das ist auch notwendig, um zu neuen Einheiten und neuen Zielen zu kommen.

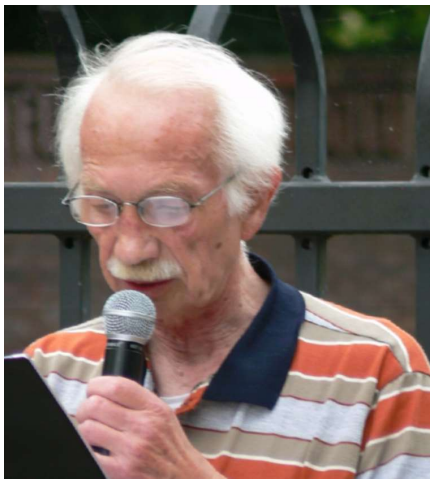
Jobst Roselius

Rettungspakete statt Finanzausgleich: Bundesmilliarden
strömen ins reiche Bayern *(„Bild"-Zeitung)*

Ab November wird demonstriert: Auch in Bremen
gibt es jetzt eine Rentnerpartei *(„Tageszeitung")*

Zwergstaaten-Komödie: Was wird aus der Lustknabenpartei,
wenn der Führer tot ist? *(„Tageszeitung")*

Wiedereinführung der Vermögensteuer jetzt!



„Der Zusammenbruch des kapitalistischen Finanzsystems hätte die Welt tiefgreifend verändert.“ Solche Sätze sind nicht nur von linken Wirtschaftsfachleuten zu hören, sondern so tönt es auch aus der neoliberalen Propagandamaschinerie. Um noch Schlimmeres zu verhindern, seien die „Rettungspakete“ unumgänglich, heißt es weiter. Ich will hier nicht in den Chor derjenigen einstimmen, die das richtig und „ alternativlos“ finden. Denn eine Vollbremsung nur zur Bankenrettung ohne nennenswerte Auflagen und vor allem ohne ein Konjunkturprogramm, das diesen Namen auch verdient – das kann es wohl nicht sein!

Ich klage vielmehr die Regierungen von Schröder und Merkel an, das Desaster nicht verhindert zu haben, was sie hätten tun können, wenn sie nur gewollt hätten! Einige wenige Gesetzesbremsen als Folge des Bankencrashs von 1929 gab es schließlich. Aber schon Schröder und Konsorten hatten diesen hochkriminellen Herrschaften durch Aufhebung der wenigen Bestimmungen den Weg freigeschaufelt. Ich klage auch den Bremer Senat an, in Sachen Armutsbekämpfung den Koalitionsvertrag gebrochen zu haben! Sollen jetzt unter dem Druck der Ereignisse Hartz-IV-Betroffene, Kinder, Rentner, prekär Beschäftigte und letztlich wir alle noch mehr bluten müssen?

Die Suppe auslöffeln werden jedenfalls nicht die Banker. Für uns umso mehr ein Grund, hier jeden Montag für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf höhere Löhne und demokratische Mitbestimmung in den Betrieben, für höhere Renten, für die Abschaffung von Agenda 2010, Hartz IV und der ungesunden „Gesundheitsreform“ sowie gegen weitere Aufrüstung, Krieg und Demokratiezerstörung zu kämpfen! Bestraft gehören die Wirtschaftsverbrecher und nicht die Erwerbslosen! Große Vermögen gehören für das Gesundheitswesen, für Bildung, für Umwelt- und Klimaschutz herangezogen und nicht nach Liechtenstein!

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer, der Erbschaftsteuer und eine saftige Steuer für Spekulationsprofite müssen sofort her! Sie wären ein erster Schritt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Wir brauchen ein wirkungsvolles Konjunkturprogramm, das die Massenarbeitslosigkeit senkt und damit die Kaufkraft stärkt. In Bremen muss endlich das längst überfällige Sozialticket eingeführt werden, die Mietobergrenzen für Hartz-IV-Betroffene müssen endgültig weg! Deshalb muss es immer wieder heißen: Auf zur Montagsdemo!

Zum Thema noch eine Glosse aus dem „Neuen Deutschland“: „Jetzt beginnt das große Schlottern und Zähneklappern in den Chefetagen der Banken: Die fet-

ten Jahre sind vorbei. Fordern und fördern – dieses bewährte Prinzip wird auf den Finanzsektor übertragen. Wobei die Manager wegen der staatlichen Hilfsleistungen den Gürtel ein paar Löcher enger schnallen müssen. Der Regelsatz von 500.000 Euro im Jahr ist eine wahre Zumutung, zumal es – schlimmer als bei Hartz IV – Wohn- und Heizkosten nicht mal extra gibt. Schade, dass Wolfgang Clement das nicht mehr als Minister erleben darf; er hätte schon ein paar Ideen, wie man leistungsunwilligen Leistungsbeziehern auf die Sprünge hilft. Von seiner Hartz-IV-Bibel ‚Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat' soll eine Manager-Neuauflage in Arbeit sein. Kein Wunder, dass sich schon eine Banker-Selbsthilfegruppe ‚Finanzmarktstabilisierung ist Armut per Gesetz' gebildet hat. Demnächst soll es erste Montagsdemos geben."

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Mumias Leben hängt am seidenen Faden: Für die Mordthese ist bislang kein wirklicher Beweis erbracht worden *(„Neues Deutschland")*

Professor Unsinn verharmlost Antisemitismus: „In der Weltwirtschaftskrise 1929 hat es die Juden getroffen, heute sind es die Manager" *(„Spiegel-Online")*

Die Börsenkrise hat gewaltige Auswirkungen für die Menschen

Zum letzten Mal im hellen Tageslicht, aber schon umgeben vom Freimarkt fand die 203. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr vor dem Dom beim Bismarck-Denkmal statt. Um 18 Uhr begann unsere kleine Demo zum Hanseatenhof durch die Obernstraße zum zweiten Teil der Kundgebung. Um die 40 Teilnehmer und Zuhörer hatten wir. Extra aus Oldenburg war ein Mitstreiter gekommen, um wieder Kraft zu tanken für neue Aktivitäten dort. Die Banken- und Börsenkrise mit ihren gewaltigen Auswirkungen für die Menschen stand im Mittelpunkt der Beiträge. Schließlich wurden die ersten Busfahrkarten nach Berlin zur Demonstration am 8. November 2008 verkauft.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

204. Bremer Montagsdemo am 27. 10. 2008

Heute ist Weltspartag

„Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, sagt das Sprichwort. Was geht mich das an? Ich habe doch nichts zum Sparen... Denkste! Auch im Hartz-IV-Regelsatz sollen 50 Euro zum Sparen enthalten sein: für Fahrrad, Waschmaschine oder Kühlschrank. Übrigens – in diesem Land sparen eigentlich fast alle!

Die Unternehmer sparen besonders viel: an Arbeitsplätzen – auf deutsch: mehr Arbeitslose –, an Löhnen – auf deutsch: mehr Armutslöhne –, an Sozialversicherung – auf deutsch: schlechtere Sozialleistungen.

Die Arbeitsagentur hat Milliarden-Überschüsse erspart, weil sie den Erwerbslosen Milliarden an Leistungen und Weiterbildung vorenthalten hat. Der Bund spart an den Arbeitslosen und die Länder an der Bildung. Die Kommunen sparen an allen Ecken und Enden: an der Jugend, den Alten oder den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger und Rentner.

Nur unsere Banker und Zocker – oder wie sie alle heißen, die lustig im Finanz-Kasino Milliarden verspielen –, die sparen nix! Brauchen sie auch nicht, die Regierung sorgt schon dafür, dass die sparsame Bevölkerung ihnen die ärgsten Schäden wieder ersetzt: Die Arbeitnehmer(innen) mit ihren Steuern – und sie und alle anderen, weil Bund, Länder und Gemeinden noch mehr bei Schulen und Schwimmbädern, Radwegen und anderen öffentlichen Leistungen sparen müssen.

Schließlich wollen die großen Unternehmer und Finanzjongleure auf ihre Hobbys nicht verzichten: Kreuzfahrten, Segeln, Firmen kaufen und verkaufen und andere schöne Sachen. Irgendwie bleibt das verlorene Geld ja doch unter ihnen und ihren Kumpels. Zu uns kommt es nämlich nicht! Deshalb können wir uns darüber auch nicht freuen.

Für uns gibt es nur zwei Möglichkeiten: Gürtel enger schnallen, bis wir keine Luft mehr kriegen, oder das 500-Milliarden-Spiel nicht mehr mitspielen! Warum sollen wir für die Gier derer aufkommen, die unsere Armut verschuldet haben? Reichtum ist die Fähigkeit abzuschöpfen – und die um ihren Verdienst Betrogenen als Schuldige und Verlierer darzustellen. Wir verlangen unser Recht auf ein gutes Leben auch als Erwerbslose!

Die globale Überlegenheit des Kapitalismus sieht so aus: 385 Milliardäre besitzen mehr als die halbe Menschheit! 2007 gab es 1.125 Milliardäre. Wie viel be-

sitzen sie? Woher haben sie ihr Geld? Was besitzt der größte Teil der Menschheit? Wie ändern wir das? Nicht, indem wir alles schlucken, was man uns vorsetzt!

Flugblatt des „Bremer Erwerbslosenverbandes“

Soziale Grund- und Förderrechte Bedürftiger zielgerichtet verletzt

1. Aha, was teilt uns die „576.“ Armutsstudie mal wieder mit? Natürlich dass die soziale Ungleichheit hierzulande rasant wächst und die Kluft zwischen Arm und Reich Deutschland immer weiter aufreißt! Schneller als in den meisten anderen Industrieländern der Welt haben sich die Einkommensunterschiede und die **Armutsquote** bei uns drastisch verschlimmert. Nach dieser neuesten OECD-Studie hat der Anstieg zwischen 2000 und 2005 die Zunahme in den vorherigen 15 Jahren übertroffen. Während die Armutsquote in Deutschland Anfang der Neunzigerjahre noch rund ein Viertel geringer war als im OECD-Mittel, liegt der Anteil der Menschen, die in relativer Armut leben, der Studie zufolge mittlerweile knapp *über* dem OECD-Schnitt. Kein Wunder, denn seit Mitte der Neunzigerjahre bewegten sich die Löhne und Gehälter drastisch auseinander!

Auch ist der Anteil der Menschen, die in Haushalten ohne jegliches Erwerbseinkommen leben, auf 19,4 Prozent gestiegen – der höchste Wert innerhalb der 30 OECD-Mitgliedsstaaten. Ebenso hat sich der Anteil der Single-Haushalte und Alleinerziehenden deutlich erhöht – und kleinere Haushalte benötigten ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als größere, um denselben Lebensstandard zu erreichen. Wachsende Armut ist auch immer wieder „weiblich mit Kind“! Und warum wächst die Kluft zwischen Armen und Reichen nun? Weil die Löhne der ohnehin gut Verdienenden überdurchschnittlich stark gewachsen sind und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit niederem Bildungsstand gestiegen sei.

Das klingt in meinen Ohren aber wie selbstgestrickt, staatlich gesteuert, denn dies sind ja keine unausweichlichen Naturkatastrophen, gegen die Politiker machtlos wären! Ich befürchte, dass die Zahlen drastisch ansteigen, wenn die Auswirkungen des menschenverachtenden Hartz IV hinzugenommen und die aus der Statistik herausgemogelten ALG-II-Bezieher wieder mitgezählt werden. Wenn nicht endlich mehr Geld für Frühförderung und Bildung bereitgestellt wird, dann steht zu befürchten, dass in Ländern mit einem hohen Einkommensgefälle – wie eben Deutschland – die Chancen für Kinder schlechter stehen, das Bildungsni-

veau ihrer Eltern zu übertreffen. So wird die soziale Mobilität deutlich niedriger ausfallen. Willkommen in der Ständegesellschaft, Deutschland! Auf, auf zum fröhlichen Rückschritt ins Mittelalter! Es muss doch wieder hinzukriegen sein, dass der dritte Stand aus 90 Prozent der Bevölkerung besteht!

Bei der Gesundheitsversorgung ist dies fast schon gelungen, wenn 80 Prozent der Kassenpatienten eine weitaus schlechtere medizinische Betreuung erhalten als die 20 Prozent Privatpatienten. Jedenfalls ist Deutschland inzwischen zum Negativbeispiel geworden, wenn es um die Geschwindigkeit geht, mit der Armut und Einkommensungleichheit zugelegt haben. Wie viele Berichte und Erhebungen „brauchen“ wir eigentlich noch, um der galoppierenden Armut entgegenzuwirken? Üblicherweise sollte nach der zigsten Erkenntnis doch mal eine Handlungsoffensive beginnen, eine staatliche Notbremse gezogen werden! Oder müssen wir uns vorstellen, dass die Umsetzung von Erkenntnis bei Politikern analog zur Verdauung bei Rindviechern verläuft, deren Nahrung erst fünf Mägen durchlaufen muss, bevor sie weiterverarbeitet werden kann? Bloß stellte ich mir dabei als Ergebnis eigentlich nicht gerade Kuhfladen vor!

2. Der Ludwigsluster Arge-Chef Bernd Hentrich und seine Stellvertreterin Sigrid Müller sind „entsetzt“ über ein neues Internetforum, in dem interessierte und aufmerksame Nachbarn sogenannte „**Hartz-IV-Betrüger**“ anschwärzen können: Die Etikettierung als „Hartz-IV-Betrüger“ sei eine unerträgliche Verunglimpfung und Kriminalisierung – wenn jetzt alle Hartz-IV-Bezieher unter Generalverdacht gestellt würden, könnten sie leicht zum Freiwild für Diffamierungssüchtige und Sozialneider gemacht werden. Für Joachim Rosseburg, den Vorsitzenden des „Vereins für soziale Aufgaben in Brandenburg“, der dieses allerliebste Hetzforum ins Leben gerufen hat, ist die ganze Aufregung unverständlich, weil es ja „Sozialschmarotzer“ gebe, unter denen die Allgemeinheit leiden müsse.

Ich finde solch ein Forum natürlich auch unerträglich, doch regen sich hier die Falschen darüber auf! Die ganze Hartz-IV-Politik, diese Verfolgungsbetreuung, macht doch überhaupt nicht anderes, als alle Erwerbslosen unter den Generalverdacht des pausenlosen Betruges zu stellen – oder warum müssen ALG-II-Bezieher ihre Kontoauszüge vorzeigen, haben wir Stallpflicht, müssen jeden Mückenpups belegen? Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ hingegen empört sich zu Recht und fordert die brandenburgische Landesregierung auf, alle Schritte zu unternehmen, dass dem „Verein für soziale Aufgaben in Brandenburg“ sofort die Gemeinnützigkeit aberkannt wird.

Der Verein fordert ganz offen dazu auf, vermeintliche Sozialleistungsbetrüger in einem öffentlichen Internetforum zu benennen. Für jede erfolgreiche Verurteilung würde der Verein 1.000 Euro Belohnung bezahlen. Der eigentliche Vereinszweck ist aber laut Satzung die häusliche Betreuung und Krankenpflege. Diese übelste Denunziation von bestimmten Bevölkerungsgruppen ist weder gemeinnützig noch mit irgendeinem Demokratieverständnis vereinbar! Das Prinzip der be-

wussten Dehumanisierung löst bei mir grauenhafte Verknüpfungen zu den Schrecken des Nationalsozialismus aus!

3. Schon wieder fließt eine „Neuigkeit“ durch den Äther: Arbeitslose Hartz-IV-Bezieher seien nicht „arbeitsunwilliger“ als andere Erwerbslose, aber „schlechter qualifiziert“ und hätten deswegen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Gruppe der ALG II beziehenden Arbeitslosen beträgt inzwischen bundesweit satte 70 Prozent, hat es also zu einer traurigen Mehrheit gebracht. In den Stadtstaaten liegt dieser Anteil oft noch weit darüber. Angeblich sei ein Drittel aller Arbeitslosen als „arbeitsmarktfern“ zu bezeichnen, weil sie entweder einen angebotenen Job nicht annehmen würden, oder weil sie sich selbst nicht um eine Stelle bemühten. Ältere Arbeitslose seien vielfach nicht mehr bereit, am Arbeitsmarkt „teilzunehmen“.

Ich könnte es ihnen nicht verdenken, wenn sie irgendwann einfach keine Lust mehr auf diese sinnlosen Bewerbungen haben, weil sie das derzeit bei 35 Jahren liegende „Verfallsdatum“ schon lange überschritten haben und ohnehin nicht mehr vermittelt werden können! Meiner Meinung nach müsste es korrekter heißen, dass erwerbslose ALG-II-Bezieher weder fauler noch fleißiger sind als Erwerbstätige. In der Meldung wurde da sicherlich etwas unklar bis falsch ausgedrückt, um bloß nicht zu günstig für **Langzeiterwerbslose** zu klingen! Schließlich dürfen Sündenböcke niemals irgendwie positiv, nicht einmal eine kleine Prise weniger negativ dargestellt werden. Am Ende bröckelte gar das Feindbild!

4. Seit einiger Zeit verfolge ich im „Erwerbslosenforum“ mit wachsendem Entsetzen die Ereignisse im Leben des Bruno S. Dieser stellte wiederholt unbequeme Fragen an den CDU-Ortsvorsteher X eines Vorortes von Freiburg und Mitarbeiter der Arge Hochschwarzwald. Per einstweiliger Verfügung wehrte sich der und sorgte damit vor zehn Tagen für die Verhaftung des schwer kranken S. Wegen eines Formfehlers kam es jedoch nicht zur Inhaftierung. Polizei und Gerichtsvollzieher überließen S., der dringend Medikament benötigt und kein Geld dabei hatte, sich selbst. Mit Müh und Not schleppte sich S. über zwölf Kilometer nach Hause.

Verhaftet wurde S. wegen der Frage „Wieso haben Sie nicht einmal die Familie informiert, als Sie meinen Vater ins Krankenhaus brachten und er dann drei Wochen später starb?“ Das Amtsgericht Freiburg hatte ihm verboten, diese Frage an den CDU-Ortsvorsteher und Beamten der Arbeitsagentur zu stellen. Damit sollte wohl ein Exempel statuiert werden: Hartz-IV-Bezieher Bruno S. soll sich damit zufrieden geben, dass der Beamte einer Hartz-IV-Behörde die Aussage zu seinen Aktivitäten um den Tod des Vaters verweigert und sich ausdrücklich auf sein Schweigerecht beruft.

Das Drama begann mit dem Todesfall im September 2002 und findet den vorläufigen Höhepunkt am Morgen des 18. Oktobers 2008, als Bruno S. in die Freiburger JVA verbracht wurde. Das Ziel, S. zum Schweigen zu bringen, wurde über einem juristischen Trick erreicht: Der ALG-II-Bezieher wurde zu einem uto-

pischen Ordnungsgeld von 20 Tagessätzen zu 100 Euro und 5.000 Euro Sicherheitsleistung oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In der JVA stellte sich jedoch heraus, dass der Gerichtsvollzieher keinen ordentlichen Haftbefehl beantragt hatte. S. musste daher sofort wieder freigelassen werden. Weder Polizei noch Gerichtsvollzieher sorgten für die Rückreise des schwer kranken S. und überließen ihn sich selbst, obwohl bekannt war, dass er keine Medikamente gegen seinen Diabetes eingenommen hatte und seit Ende August krankgeschrieben war.

Die Polizei behauptete, dass sie ihn nicht mehr mitnehmen dürfe. Obwohl S. auf seine Krankheit hinwies und keine Möglichkeit hatte, nach Hause zu fahren, stellte die Polizei selbst die einfache „Diagnose“, dass er auf sie einen „normalen Eindruck“ mache, und ließ den Diabetiker einfach stehen, obwohl S. während der Fahrt mehrere Erstickungsanfälle in unmittelbarer Nähe eines Polizisten gehabt hatte. Der Feierabend schien wichtiger zu sein! S. wurde in einem schlimmen Zustand von einem Bekannten zu Hause angetroffen, der ihn erst mal versorgte und Hilfe organisierte.

Für das Gericht muss es völlig klar gewesen sein, dass S. die verhängte Strafe zu einem **Tagessatz** zu 100 Euro nicht aufbringen konnte. Weil kein Sozialleistungsbezieher jemals einen so hohen Satz bezahlen kann, bleibt die Frage nach der Rechtswidrigkeit dieser Festsetzung im Raume stehen. So soll wohl versucht werden, unbequeme Frager loszuwerden! Es entsteht der Eindruck, dass auf Beamtenkollegen untereinander „Verlass“ ist. Dabei ist S. auf dem Weg zur Wahrheit sehr weit vorangekommen. Er konnte beweisen, dass sowohl der Anwalt und Schwiegersohn des CDU-Politikers X sowie der Finanzbetreuer des Vaters von S. die Hinterbliebenen jahrelang belogen hatten. Der Finanzbetreuer hatte zunächst das Landgericht belogen, wurde jedoch mit seinen eigenen Unterlagen überführt. Lügen haben kurze Beine!

Der Vater von S. war gar nicht so plötzlich verstorben, wie der Politiker dies verbreitet hatte, sondern kämpfte mindestens sechs lange Tage gegen den Krebstod. Der Politiker und Arbeitsagenturmitarbeiter X. hatte jedoch angeblich keine Zeit, die Familie zu informieren. Er gab vor, von alledem nichts gewusst zu haben. Neue Unterlagen beweisen jedoch, dass er als Betreuer aktiv war, bereits vor dem Patienten über die tödliche Diagnose informiert war, sogar dem Pflegeheim zustimmte und seinen Aufgaben nur zum eigenen Nutzen nachging. Die Arbeit als Betreuer hatte er auch zunächst dem Gericht verschwiegen.

Darüber hinaus hatte er aber sehr wohl die Zeit, vom Konto des Sterbenden über 33.000 Euro bar abzuheben und ihm, angeblich ein paar Tage vor dem Tod, im Krankenhaus zu übergeben. Wie sich später herausstellte, war der Sterbende da schon nicht mehr klar ansprechbar: Er lag bereits im Todeskampf. Der CDU-Politiker attestierte in der anschließenden Notariatsaufstellung, also an Eides statt: „Bargeld 0,00 Euro“. Kein Cent für Telefonate oder Getränke? Nicht einmal pro forma wurde dies überprüft. All das wirkt sehr dubios! X. hat den Verstorbenen dann einfach gegen den Willen der Familie verbrennen lassen, wofür

er fotokopierte Vollmachten aus der Vergangenheit zusammenstückelte und die Friedhofsverwaltung täuschte.

S. kam der Wahrheit um die Umstände des Tods seines Vaters täglich näher, doch es schien so, als ob er mit allen Mitteln bekämpft wurde, je mehr er zusammentrug. Der arbeitslose S. hatte sich zum Beispiel selbst um Stellen bemüht, die einen Umzug erforderlich gemacht hätten, doch seine zuständige Arge verschleppte etwaige Kostenzusagen so lange, bis die Stelle hinfällig war. In anderen Fällen wurden Anträge von ihm verschleppt beziehungsweise nicht bearbeitet oder völlig rechtswidrig abgelehnt. Auch für den laufenden Monat Oktober bekam S. seine Leistungen erst am 24. ausgezahlt, obwohl diese Anfang des Monats auf seinem Konto hätten gutgeschrieben werden müssen. Hier muss endlich Licht ins Dunkel kommen, um S.' berechtigte Fragen zu klären. So darf einfach nicht mit Menschen, mit Erwerbslosen, mit Fragestellern umgegangen werden!

In meinen Augen herrscht hier ganz viel Amtsmissbrauch und Kungelei unter hochherrschaftlichen CDU-Mitgliedern, filzig verklebt mit Argen-Bossen vor! Das gehört ans Tageslicht, unters Mikroskop, vergrößert, öffentlich angeprangert, damit endlich die Wahrheit ans Licht kommt und Politiker und Machthaber nicht immer bloß vornehm zurücktreten, sondern ausnahmsweise für ihre Unrechtstaten Rechenschaft ablegen, ja sogar dafür büßen müssen! Nicht immer nur mit zweierlei Maß messen! Dem „Erwerbslosenforum Deutschland" liegen umfangreiche Dokumente als Beweise vor. Ebenso sind der Initiative die Namen der Beteiligten bekannt.

5. Auch ein streitbarer Jurist aus Oldenburg soll mundtot gemacht werden. Dies scheint offenbar eine Moderichtung unseres repressiven neuen Zeitgeistes zu werden, obwohl wir dringend Menschen mit Rückgrat brauchen! Alfred Kroll ist Fachanwalt für Sozialrecht und setzt sich engagiert für seine Mandanten ein, die oft behindert oder finanziell bedürftig sind. Er spricht auch unbequeme Wahrheiten aus, wie jene, dass es ein „Werk der **Rechtsvereitelung** gibt, mit dem wichtige soziale Grund- und Förderrechte von Bedürftigen zielgerichtet verletzt werden."

Weil die Verantwortlichen auf den Sozial- und Jugendämtern das nicht auf sich sitzen lassen wollen, muss sich Kroll als Beklagter vor dem Anwaltsgericht Oldenburg verantworten. Die Landeskreisverwaltung hat das Standesverfahren wegen eines unterstellten „schwerwiegenden Verstoßes gegen das Sachlichkeitsgebot" angestoßen. Kroll hatte bei der Vertretung zweier autistischer Kinder gravierende Grundrechtsverletzungen und willkürliche Verwaltungspraktiken der Behörden angeprangert und damit gedroht, dies öffentlich zu machen.

Ich persönlich finde seinen Einsatz sehr löblich! Tatsächlich geht es wohl um mehr als nur ein paar deutliche Worte. Laut Kroll setzen die Behörden vorsätzlich und rechtwidrig hohe Hürden vor die Bewilligung von Sozialleistungen, um Geld einzusparen. Offenbar missfällt den Behörden der Erfolg des Anwaltes. Vielleicht stellt er ihr verkörpertes schlechtes Gewissen dar, das ihnen mitzuteilen versucht, um wie viel einfühlender sie sich selbst in ihren Entscheidungen verhalten müss-

ten? Das Gute: Durch seine Tätigkeit erreicht er viele Grundsatzurteile, die bundesweit veröffentlicht und anderswo bei ähnlichen Fällen herangezogen werden.

Aber weil Therapien für behinderte Kinder teuer sind und im Zeitalter des eiskalten Neoliberalismus alles zur Ware degradiert wird, scheinen diese Bedürftigen nicht den richtigen „Gegenwert“ zu besitzen, sprich: Sie sind das Geld wohl nicht wert! Es ist doch ein Skandal, wenn in der Regel die Betroffenen am Ende in einer Behindertenwerkstatt landen, obwohl sie als Hochbegabte auf die Uni gehen könnten! Kroll rechnet fest mit einem Freispruch vor dem Standesgericht, will aber, wenn nötig, bis vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. Möge ihm der Erfolg gewiss sein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hartz IV kommt vors Bundesverfassungsgericht: „Die Regelsätze reichen nicht aus, um das soziokulturelle Existenzminimum der Arbeitslosen zu sichern“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

„Wenn ihr den Kroll plattmacht, dann macht ihr uns platt!“

1. Wir waren in Oldenburg. Verhandelt werden sollte gegen Alfred Kroll, wie Elisabeth berichtet hat. Auf dem Flur vor dem Sitzungssaal standen circa 100 Menschen. Der Saal war verschlossen, die Menschen ungeduldig. Durch Klatschen angeregt, kam der Verteidiger von Herrn Kroll vor die Tür des Sitzungssaals. „Es steht gut, seid ruhig!“, war seine Botschaft. Es hat wenig genützt. Ein Mensch war besonders aufgebracht. Die Justizangestellten vor der Saaltür fühlten sich bedrängt. Sie drohten und ruderten sofort zurück. Der Mensch brachte es auf den Punkt: „Wenn ihr den Kroll plattmacht, dann macht ihr uns platt!“ Beifall und Entspannung folgten.

Herr Kroll hat auch nach gewonnen Verfahren die Verantwortlichen scharf angegriffen. Dies wird ihm angekreidet. Er macht geltend, dass diese einzelnen Verfahren zwar gewonnen wurden, es aber insgesamt einen Handlungsstrang gibt, der nicht ausgehebelt wurde. Recht hat er! Nur bewiesen werden muss dies. Wer also Angaben machen oder Unterlagen für Entscheidungen nach **Haushaltsvorgabe** beibringen kann, ist hoch willkommen! Alfred hat es verdient,

ganz bestimmt! Es waren viele ihm vertraute Gesichter anwesend. Er hat volle Unterstützung und Zustimmung. Presse und Fernsehen waren zahlreich vertreten. Somit einfach mal nachlesen!

2. Während die Milliarden alles überschatten, wird unser **Trinkwasser** gefährdet. Die Freie Hansestadt gewinnt 20 Prozent ihres Trinkwassers in Bremen-Nord. Die SWB betreibt diese Brunnen. Für das Sammelgebiet gibt es noch einen alten Bebauungsplan, der eine gewerbliche Bebauung zulässt: Auf gutem Sandfilter soll nun ein Autohaus errichtet werden. Die Voraussetzungen wurden mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan geschaffen. Der BUND kommentiert: „Das letzte aktive Wasserwerk Bremens beliefert Bremen-Nord mit wertvollem Trinkwasser. Gutes Wasser kann man nur an wenigen Orten gewinnen."

Inzwischen ist dieser Bebauungsplan der Deputation vorgelegt worden und soll in die Stadtbürgerschaft. Der Text des Bebauungsplans – die Auflagen, Einschränkungen und Nutzungsmöglichkeiten – stehen nicht in der veröffentlichten Version. Außerdem wird auf einen Vertrag mit dem Bauherrn verwiesen. Dieser ist aber nicht beigefügt. Er wurde auch den Deputierten nicht vorgelegt, sondern nur im Bauamt Nord zur Einsicht vorgehalten. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die politischen Spielregeln! Warum gehen die Beamten so mit den notwendigen Informationen um? Was sind das für Deputierte, die das mit sich machen lassen?

Auf Nachfrage erfährt mensch im Bauamt Bremen-Nord, der Vertrag werde noch geändert und der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Deputation erneut vorgelegt. Ist das eine Tatsache oder ein Abwimmeln? Egal – dieses Autohaus darf dort nicht gebaut werden! Der alte Bebauungsplan ist aufzuheben und die Wassereinzugszone umfassend zu schützen! Dort gibt es feinsten Sandboden. Nur ein Gramm Öl kann zehn Kubikmeter Trinkwasser unbrauchbar machen, von anderen Schadstoffen wie Kaltreiniger ganz zu schweigen. Es gibt keinen Grund, dieses Risiko einzugehen! Stoppt diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan 45 und betreibt die Ausweitung des Wasserschutzgebietes, sofort! Sind die Grünen gegen sicheres Trinkwasser? Gegen den Erhalt der Versorgungssicherheit? In der Deputation waren die Grünen *für* diesen Plan! Wie wäre er sonst durchgegangen?

Das „Bremer Forum für Wohn- und Lebensqualität" lädt für **Mittwoch**, den **19. November 2008**, um **20 Uhr** zur öffentliche **Diskussionsveranstaltung** „**Umweltschutz statt Autoschmutz**" im Kapitelsaal der Domgemeinde an der Domsheide ein. Geladene Gäste sind unter anderem Prof. Heiner Monheim (Verkehrsexperte Uni Trier), Dr. Reinhard Loske (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr) und Klaus-Rainer Rupp (stellvertretender Fraktionsvorsitzender „Die Linke").

3. Nun zu den **500 Milliarden Euro** plus den anteiligen Risiken aus den Aktionen der EZB plus den Risiken aus der Garantie für die Spareinlagen! Gesamtrisiko? Unbezahlbar! Europaweit soll der Schutz der Spareinlagen auf 50.000 Euro erhöht werden, im zweiten Schritt auf 100.000. Dies ist sehr wichtig: Einer

von 16 Trägern der Rentenversicherung hat circa 44 Millionen Euro bei der Lehman Brothers AG als Festgeld angelegt. Auch andere Versicherungsträger haben dort Geld angelegt. Ein Staatssekretär aus dem Finanzministerium sieht diese Termingelder als Spareinlagen an, die durch den Einlagensicherungsfonds abgesichert sind. Sosehr ich dies den Sozialversicherungsträgern gönne – hier war der Wunsch Vater des Gedanken! Allerdings wurde das Vermögen der Lehman Brothers AG Deutschland von der Bafin beschlagnahmt. Insofern besteht Hoffnung.

Angenommen, trotz der Riesensummen reichen die 500 Milliarden Euro zur Abwendung der Krise. Wie geht es weiter? Der Staat zahlt dieses Geld an die Banken. Er *leiht* sich dieses Geld dazu von ihnen. Die Zinsen gehen ebenfalls zulasten des Steuerzahlers. Nein, danke! Am Dienstag gab es hier in Bremen eine Veranstaltung in der Handelskammer. Die Banken sehen keinen Kreditengpass für die Unternehmen. Es werde nur teurer: Die Zinsen müssten angehoben werden. Warum? Zur Bezahlung der jetzigen Aufwendungen müssen die großen Vermögen herangezogen werden, wie von Attac vorgeschlagen! Herr Sinn hat mit sehr unangebrachten Worten eine „Hatz auf die Bankmanager“ angeprangert. Wollte er ablenken von den falschen Prognosen auch seines Instituts? Wie sagte doch Herr Huber als Finanzminister: „Wenn mir einer Bescheid gesagt hätte, dann hätte ich sofort gehandelt“ – oder so ähnlich! Bescheid gesagt hat keiner, genommen haben alle gern.

4. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Faxen dicke: Im ALG-II-Bereich sind 60 Prozent aller **Widersprüche** erfolgreich, und die Hälfte aller Klagen wird von den ALG-II-Betroffenen gewonnen. In einer E-Mail-Info vom 29. September 2008 nennt die BA auf Seite 3 unter „Ziel 2“ die „unzureichende Qualifikation von Beschäftigten“ und „unklare Bescheide“ als Gründe. Auf Seite 2 bezeichnet sie im Absatz hinter Punkt 4 die Durchführung von Widerspruchsverfahren ohne Erfolgsaussichten, die von den Grundsicherungsstellen initiiert wurden, als „Verstoß gegen den Grundsatz der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung von Haushaltsmitteln“. Dies sind klare Worte, die hoffentlich zu einer Verbesserung der Behördenhandlung führen.

Lesbare Bescheide, wie wäre das schön! Einfache Abhilfebescheide, wenn es bereits ein Urteil zur Sache gibt, wie wäre das schön! Die Arge soll Widerspruchsführer einladen und von der Richtigkeit des Bescheides überzeugen, um so eine Rücknahme des Widerspruchs zu erreichen. Der Bescheid soll dazu erläutert und erklärt werden. Auch dies ist eine Chance zur Besserung: Die Arge kann so zu Abhilfebescheiden bewegt werden. Wie dies geht? Wir gehen mit! Insgesamt soll so die Zahl der Widersprüche gesenkt und die Bearbeitungsdauer verringert werden. Damit diese Absicht Wirklichkeit wird, sollten erst einmal die Bescheide lesbar gemacht werden! Zum Glück entdecken immer mehr Sachbearbeiter die Möglichkeiten des Textes. Ein Grund mehr, gegen unverständliche Bescheide Widerspruch einzulegen und um Erklärung zu bitten!

5. Die **Rentenversicherung** und die Argen verstehen sich nicht: Sie spielen Stille Post, und leiden muss der zukünftige Rentner. Wer ALG II erhält, muss die Eintragung in seinem Versicherungsverlauf möglichst bald prüfen. Wenn dort aufgrund eines Übermittlungsfehlers „ALG-II-Leistungen ohne Arbeitslosigkeit“ steht, führt dies dazu, dass die Beiträge nicht berücksichtigt werden. Dann einfach einen Brief an die Rentenversicherung schreiben: „Ich habe ALG II bezogen und war arbeitslos.“ Dies gilt auch, wenn eine Nebentätigkeit ausgeführt wurde. In Bremen kann mensch auch einfach zur Rentenversicherung gehen und die Eintragung beanstanden. Versicherungsverlauf, Ausweis und einen ALG-II-Bescheid aus dem Zeitraum mitnehmen! Wie dies geht? Wir gehen mit!

6. Die Bahn hat die **Fahrpreise** erhöht, nur der Bedienungszuschlag wurde zurückgenommen. Herr Mehdorn hat gewusst, dass *eine* Ausgabe erheblich zu Buche schlagen wird: Die Prämien für ihn und seine Führungsriege! Bereits im Sommer wurden diese Millionenbeträge beschlossen und sollen nun auch ausgezahlt werden. Belohnt werden soll die Teilprivatisierung. Jetzt soll gezahlt werden, obwohl der Börsengang auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Herr Tiefensee war nicht informiert. Warum auch? Der Bund hat schriftlich auf alle Rechte als Eigentümer der Bahn verzichtet, Hartmut Mehdorn ist Herr im Haus und auch über die Fülle in der eigenen Brieftasche. Dies hat er bereits mehrfach bewiesen. Die Bundesregierung fordert Zurückhaltung von Managern, und im eigenen Haus tanzt die Maus auf dem Tisch! Die Bundesregierung schaut zu, wie Mitarbeiter(innen) der Bahn mit Kündigung bedroht werden, weil der Chef eine Erhöhung seiner Bezüge anpeilt!

7. Kinderzuschlag und **Wohngeld** gehören zu den vorrangigen Sozialleistungen, das ALG II ist nachrangig. Dies regelt § 12a SGB II. Die Argen heben jetzt Bewilligungsbescheide auf und fordern die Betroffenen auf, Wohngeld beziehungsweise Kinderzuschlag zu beantragen. Diese Leistungen und ALG II können nicht gleichzeitig bezogen werden. Die Bundesagentur hat eine überarbeitete Handlungsanweisung zu § 12a veröffentlicht. Das Ziel ist klar: Die Kinder sollen aus dem ALG-II-Bezug verschwinden. Mehr Geld gibt es dafür nicht. Es kann sogar auf Leistungsansprüche verzichtet werden.

Die Entscheidung ist schwierig. Wer von der Arge aufgefordert wird, Wohngeld beziehungsweise Kinderzuschlag zu beantragen, sollte sich diese Ansprüche ausrechnen lassen und die Berechnung schriftlich mitnehmen. Er sollte erfragen, welche Leistungen aus dem SGB II weiterhin gezahlt werden. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die höhere Sozialleistung, niemand darf zum Verzicht auf Sozialleistungen gezwungen werden! Auch wenn nur ein Euro Anspruch auf SGB-II-Leistungen besteht, bedeutet dies die GEZ-Befreiung und den Anspruch auf alle Fördermöglichkeiten der Sozialgesetzbücher II und III.

Diese vorrangigen Leistungen bedingen Anträge bei zwei weiteren Ämtern mit unterschiedlichen Formularen und Anforderungen. Den Kinderzuschlag gibt

es, wenn der Antrag vollständig (mit allen Unterlagen) gestellt wurde, erst für den Folgemonat. Das Wohngeldgesetz berechnet anteilige Wohnflächen anders als das SGB II. Auf Seite 2 steht Folgendes:

> „(1a) Wohngeld bei sogenannten Mischhaushalten. Selbst wenn in einer Bedarfsgemeinschaft ausschließlich der Bedarf der Kinder durch deren Einnahmen und die Inanspruchnahme von Wohngeld gedeckt werden kann, sind die Eltern auf die Beantragung von Wohngeld für ihre Kinder zu verweisen. Die Eltern sind in diesen Fällen nach § 12a Satz 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 SGB II verpflichtet, einen entsprechenden Antrag für ihre Kinder zu stellen, um dadurch die Hilfebedürftigkeit ihrer Kinder zu beseitigen und gegebenenfalls den Umfang der eigenen Hilfebedürftigkeit zu verringern.
>
> Zwar sind die Eltern als Empfänger von ALG II von einem Anspruch auf Wohngeld ausgeschlossen (§ 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 WoGG). Eine ausgeschlossene Person kann jedoch Wohngeld für Familienmitglieder im Haushalt beantragen, die nicht ausgeschlossen sind. Für die Berechnung des Wohngeldes wird nur der Mietanteil berücksichtigt, der kopfteilig auf das anspruchsberechtigte Familienmitglied (Kind) entfällt.“

Diese Familie hat es jetzt mit vier Behörden zu tun: Wie bisher die Arge fürs ALG II und die Kindergeldkasse fürs Kindergeld. Neu das Wohngeldamt fürs Wohngeld und die Kindergeldkasse für den Kinderzuschlag. Alles mit unterschiedlichen Fristen zur Erreichung *eines* Ziels! Wie lautete noch mal die Begründung für die Grundgesetzänderung zum Erhalt der Argen? „Anträge und Versorgung aus einer Hand!“ Wenn diese Familie noch ergänzende Leistungen nach dem SGB XII benötigt, ist auch noch das Sozialamt eingebunden. Teilweise muss eine Unterlage mehrfach, aber gleichzeitig und im Original vorgelegt werden. Berufstätige werden die Hauptbetroffenen sein. Damit ist jeder Donnerstagabend Behördenabend!

Die zweite Zielgruppe sind Alleinerziehende. Am Ende der Seite 2 steht: „(1c) Eine darlehnsweise Gewährung von Leistungen nach § 23 Absatz 4 SGB II ist ohne Auswirkungen auf den Wohngeldanspruch möglich.“ Dadurch wird eine Umstellung ohne Lücke möglich. Die Arge zahlt einfach weiter, bis die Zahlung der vorrangigen Leistung erfolgt. Zu regeln ist dies in einer Eingliederungsvereinbarung. Aber bitte nicht gleich unterschreiben, sondern mitnehmen, in Ruhe anschauen und eine Beratungsstelle aufsuchen. Es gilt, einen Vorbehalt einzubauen, falls die vorrangige Leistung niedriger ausfällt.

Um die Kinder umgehend aus dem ALG-II-Bezug zu entfernen, sind viele Klimmzüge und Besonderheiten definiert: Die Zuschläge für Alleinerziehende, für kostenaufwendige Ernährung sowie der nach § 24 SGB I gelten nicht als ALG II. Wer keinen Anspruch auf ALG II hat, besitzt auch keine Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Wer nicht anderweitig versichert ist und durch die Beitragszahlung zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder hilfebedürftig würde, erhält von der Arge auf Antrag einen Zuschuss in der Höhe eines Beitrages zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung. Auch diese Leistung gilt nicht als

ALG-II-Bezug. Recht kompliziert? Kompliziert ja! Aber rechtens? Dies wird sich zeigen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Aktienindex manipuliert: Durch willkürlich stärkere Gewichtung der grotesk überbewerteten VW-Aktie wird der Absturz des DAX scheinbar gebremst *(„Spiegel-Online“)*

Warum gibt es immer noch kein Sozialticket in der Freien Hansestadt?

1. Die BSAG rechnet und rechnet und weiß anscheinend nicht, wie und wo sie die Zusatzeinnahmen unterbringen soll: Wenn jeder in Bremen lebende arme Mensch sich das **Sozialticket** leisten würde, kämen jährlich 14 Millionen Euro zusätzlich in die Kasse der BSAG! Der Preis dieser Monatskarte darf nicht höher als 18,11 Euro ausfallen, weil das der Betrag ist, den das ALG II für „Verkehrsdienstleistungen“ enthält. Eine absolute Lachnummer, wäre es nicht so traurig für die Menschen, die damit überleben müssen!

Nun will die BSAG schon seit fast zwei Jahren eine „kostenneutrale“ Monatskarte entwickeln. Ich denke, das geht nicht, denn die erheblichen zusätzlichen Einnahmen sind nun mal da! Die BSAG wird sie sicher nicht dafür anlegen, die Fahrpläne zu ändern oder polnische Zusatzbahnen und -busse zu leasen. Das will uns doch wohl keiner weismachen!

Die BSAG muss auch gar nichts ändern, weil die 70.000 sozialticketberechtigten Menschen bestimmt nicht alle auf einmal zur selben Zeit an einer einzigen Haltestelle stehen werden. Die Gesamtzahl der Personen verteilt sich über den ganzen Tag und die Nacht. Apropos Nacht: Nicht vergessen, dass der Nachtzuschlag natürlich auch im Sozialticket enthalten sein muss!

Wer nun noch mal erzählt, dass eine billige Monatskarte für die sozial schwache Bevölkerung nicht möglich und machbar ist, sagt die Unwahrheit. Außerdem könnte der Druck auf die Bagis für eine Erhöhung der „Verkehrsdienstleistungen“ erhöht werden, würde jede und jeder die eigenen Fahrtkosten für die Bagis mit der Behörde abrechnen!

2. Was ist eigentlich mit den **Ratingagenturen** inzwischen geschehen? Werden sie noch von irgendwelchen kaufmännischen Einrichtungen in Anspruch genommen? Gibt es sie noch? Ich hoffe doch sehr, dass das nicht der Fall ist: Diese Agenturen gehören schleunigst aufgelöst! So lange so falsch beraten zu werden, kann sich das solventeste Unternehmen nicht leisten, wie wir ja erlebt haben. Rating bedeutet Einschätzung, und ich schätze mal, hier wurde wirklich geschätzt, und zwar Pi mal Daumen!

Ich schätze auch, die Agenten hatten entweder null Ahnung oder ihre Gründe; beides ist gleich schlimm. Anders kann und will ich mir diese wiederholten Fehlprognosen von Experten nicht erklären. Oder handelt es sich vielleicht um selbsternannte Fachleute? Auch diese angeblichen Experten haben für ihre miese Arbeit sehr gut abkassiert. Wenn sich Verdienst nach Leistung richtet, dann müssen nicht nur die betrügerischen Bankmanager, sondern auch diese fahrlässig arbeitenden Agenten zur Kasse gebeten und zur Verantwortung gezogen werden. Und das alles bitte global!

Ratingagenturen bestimmen durch die Eigenkapitalvereinbarungen Basel I und Basel II das ganz normale Kreditgeschäft jedes mittelständischen Unternehmens: Ein schlechtes Rating, und der Kredit wird teuer. Rating soll die Einschätzung der Hausbank ergänzen und ist gut zum „Verstecken“. Basel II gehört somit ebenfalls auf dem Prüfstand. Zwangsrating ist abzuschaffen!

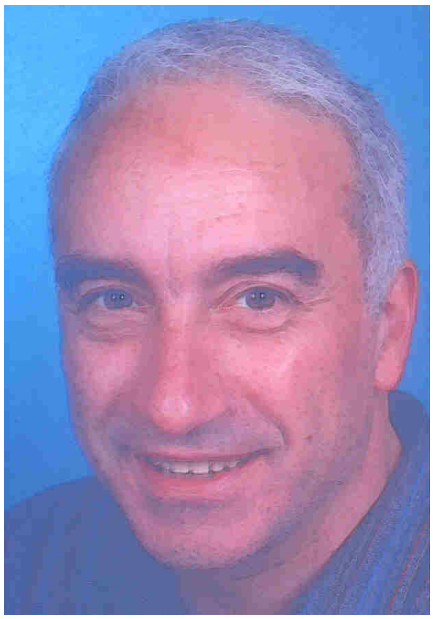
3. Die Koordinierungsgruppe der Montagsdemonstrationen ruft für den **8. November 2008** zur nunmehr **5. bundesweiten Herbstdemonstration** unserer Bewegung in **Berlin** auf. Hier in Bremen wollen wir einen **Bus** chartern und nehmen Anmeldungen zur Mitfahrt per E-Mail an Jobst.Roselius(at)nord-com.net, telefonisch unter 0421-705 687 oder montags auf dem Marktplatz entgegen. Wir hoffen, dass wir wieder mit attraktiven Fahrpreisen von sieben Euro für Hartz-IV-Betroffene, 15 Euro für ALG-I-Bezieher und Rentner sowie 25 Euro für Verdiener zurechtkommen werden und auch Mittellosen die Mitfahrt ermöglichen können. Der Bus fährt um 6 Uhr ab ZOB Breitenweg. Kommt alle mit und demonstriert mit uns gegen diese Regierung und ihre unsoziale Politik!

Gudrun Binder (parteilos) – siehe auch „Die Linke“

„Konjunkturprogramm“: Im Jahr 2009 zahlt die Bundesregierung 30.000 Euro Ausbeutungssubvention pro Beschäftigten *(„Die Welt“)*

Fingerabdrücke abgenommen: Demonstranten betasten Anzeigetafel mit Kurseinbrüchen *(„Spiegel-Online“)*

„Was ist der Überfall auf eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“



Diese Feststellung von Bertolt Brecht ist heute aktueller denn je. Überall auf der Welt bekommen die Banken Milliardengeschenke, die wir – das Volk – über kurz oder lang bezahlen sollen. Jahrelang hat uns die Regierung weismachen wollen, es sei kein Geld da. Innerhalb einer Woche konnte sich nun die Große Koalition auf Steuergeschenke an die Spekulanten einigen – aber eine Anhebung des Regelsatzes für Hartz-IV-Empfänger dauert Jahre und muss durch den Protest der Bevölkerung erst erkämpft werden!

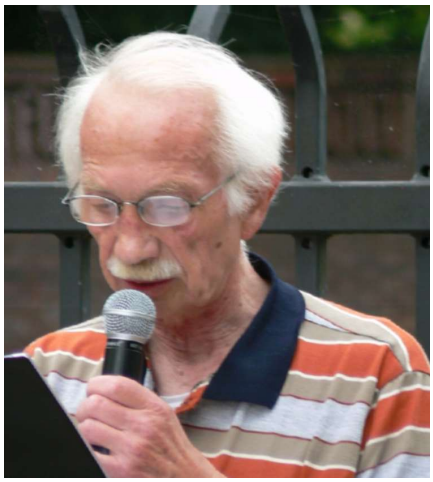
Wer als Arbeitsloser leben muss, weiß nicht, wie er die Klassenfahrt seiner Kinder bezahlen soll. Und die Bankmanager jaulen auf, wenn ihr Jahreseinkommen auf eine halbe Million gekürzt werden soll! Ich finde, die Spekulanten sollten keinen Cent bekommen. Die Banken sollen ihr Finanzdesaster mit ihren Gewinnen bezahlen! Wir sind nicht für ihre Krise verantwortlich. Die verantwortlichen Spitzenmanager, die die Milliarden verzockt haben, gehören strafrechtlich verfolgt und müssen mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht werden!

Aber wir müssen noch weitergehen und den ganzen kapitalistischen Irrsinn beenden. Mit den Milliardengeschenken an die internationalen Banken könnten der Hunger und die Armut auf der ganzen Welt sofort beendet werden. Es ist kein Wunder, wenn kaum eine Talkshow im Fernsehen mehr um die Frage herumkommt, ob dieses Wirtschaftssystem überhaupt noch funktioniert. Der Kapitalismus ist überholt, und es ist eine Illusion, dass man ihn durch staatliche Regulierung und Gesetze zähmen kann. Dieses volksfeindliche System muss gestürzt und eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden! Erst dann steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht der Profit. Wir brauchen solche Milliardäre nicht – die Porsches, Piechs, Abramowitschs und Ackermanns dieser Welt, die sich auf unsere Kosten in Saus und Braus durchs Leben schlagen!

Harald Braun

Wetten, dass: Ypsi-Püppsi bei der Königswahl in Hessen scheitert – und Jürgen Walter einen Posten in Berlin kriegt? *(„Spiegel-Online“)*

Billionenhilfe – umsonst



Der Zusammenbruch der internationalen Geldsysteme, von den Meinungsmachern auch gern „Finanzkrise“ genannt, beschleunigt sich inzwischen wie ein Porsche mit durchschnittenen Bremsleitungen. In einem haben die Meinungsmacher recht, weil sie nicht länger um die Wahrheit herumreden können: Die Katastrophe greift auf die warenproduzierende Wirtschaft über – siehe Autoindustrie. Die „Rettungspakete“ der Bundesregierung scheinen nicht zu greifen, denn an ihnen bereichern sich bisher nur die Bankrotteure.

Noch schlechter sieht es in den USA aus, wo Bush Stützungspakete von über einer Billion Dollar aus Steuergeldern geschnürt hat, und das bei einem laufenden Kriegsetat von mehreren hundert Milliarden Dollar. Sie dienten auch nur zur Bereicherung kriegsgeiler Wirtschaftsgangster. Zum Vergleich: Der Etat des deutschen Rüstungsministers Jung beträgt circa 25 Milliarden Euro jährlich. Ich wiederhole es hier noch mal: Die Bundeswehr muss raus aus allen Auslandseinsätzen – der Rüstungshaushalt gehört aufgelöst!

Die USA sind eigentlich längst pleite. Der Dow Jones landete kürzlich mit 8.579 Punkten auf einem Fünfjahrestief. Rund um den Erdball kam es erwartungsgemäß zu weiteren Kursstürzen – Globalisierung mal ganz anders, so wie sich das die Protagonisten wohl nicht gedacht hatten! Der Pleitegeier ist international auf dem Vormarsch, denn er steht offensichtlich unter Artenschutz. Das US-Beispiel zeigt, warum die Billionenhilfe letztlich umsonst war: Die Banken benutzen die Staatsknete, um ihre eigenen Bilanzlöcher zu stopfen, anstatt damit der sogenannten Realwirtschaft zu helfen.

In Deutschland zeichnet sich eine ganz ähnliche Vorgehensweise ab, und Verlierer der bisher schwersten Kapitalismuskrise seit dem Zweiten Weltkrieg wird der Großteil der Bevölkerung sein! Wem sage ich das? Schon kündigen Betriebe wie VW und Daimler neue Massenentlassungen an, weil kein Mensch mehr ihre Autos kaufen kann oder will. Wer zuerst fliegt, sind die Leiharbeiter! Das geben sogar die Konzerne schon unumwunden zu. Am Niedergang der Fahrzeugindustrie wird besonders deutlich, wie sehr sich mehrere Krisenfaktoren gegenseitig hochschaukeln: Überproduktion, Energiekrise, Verarmungspolitik und nicht zuletzt die beginnenden Niederlagen des Imperialismus in Afghanistan und Irak.

Was ist zu tun? Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhöhungen sind heftigst zu unterstützen! Ein flächendeckender Mindestlohn von wenigstens 10 Euro pro Stunde muss her! Die Renten und die Regelsätze bei Hartz IV gehören kräftig angehoben! Die Festsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre muss wie-

der weg! Ein bedingungsloses, repressionsfreies Grundeinkommen für alle müsste endlich eingeführt werden – und das schon sehr bald, was unter anderem aus Reichensteuern und Spekulationsprofiten zu finanzieren wäre. Gerade jetzt am Beginn der Rezession ist die Zeit hierfür reif!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die Schnauze voll von erlogenen „Erfolgen“

Der massive Absatzeinbruch bei den europäischen Automobilkonzernen zeigt, dass wir einer neuen Wirtschaftskrise näher kommen: Daimler will die Produktion in Bremen und Sindelfingen ab 11. Dezember 2008 vier oder fünf Wochen stilllegen, Volkswagen will weltweit 25.000 Leiharbeiter entlassen, General Motors und Opel sowie Ford haben schon mit Betriebsstillstand angefangen. „Feiern“ die einen unfreiwillig, so knüppeln die anderen bis zum Umfallen.

Die Konzerne wollen vom Profit retten, was zu retten ist. Daimler hat heute den Startschuss für ein neues Autowerk in Ungarn gegeben. Natürlich wird es wieder aufwärts gehen, das tat es doch immer, verkünden die Konzernherren. Ihnen ist es wurscht, ob die Krise kürzer oder länger dauert. Ihre in den letzten Jahren kräftig gescheffelten Gewinne sind die pralle Kasse für ganz neue Investitionen auf Kosten der Menschen: Die ach so „lieben Mitarbeiter“ in den „alten“ Werken sollen die Zeche zahlen.

Bundespräsident Köhler hat gerade die Richtung vorgegeben: neue Produktivität im Umweltbereich und bei der ökologischen Produktpalette und natürlich mit viel weniger Arbeitern. Wir, die Arbeitslosen und noch Arbeitenden, wollen aber nicht diejenigen sein, die immer die Zeche zahlen: Nein, gerade jetzt muss die 30-Stunden-Woche her, bei vollem Lohnausgleich! Alle Leiharbeiter müssen feste Verträge erhalten, und außerdem müssen wir darum kämpfen, dass die Lohnforderungen von IG Metall und Verdi voll durchgesetzt werden! Die Montagsdemo wird alle diese Forderungen aktiv unterstützen.

Von der SPD und den Gewerkschaftsführern hört man nur, wir müssten uns „flexibel anpassen“ oder „auf besseres Wetter warten“. Sie haben in ihrem leutseligen Kuschen vor den Konzernherren die Werktätigen erst so richtig in die Defen-

sive und in die Hartz-IV-Scheiße gebracht. Aber da wollen die Kollegen nicht rein und nicht bleiben! Von den erlogenen „Erfolgen“ der heuchlerischen und verräterischen SPD-Politik von Schröder bis Steinmeier haben die Kollegen die Schnauze voll!

Jobst Roselius

Finanzkrise beginnt Industrieproduktion zu erreichen

Vor allem Zeit- und Leiharbeiter werden als Erste entlassen, bei Volkswagen sind weltweit bis zu 25.000 Stellenstreichungen geplant! In anderen Ländern beschäftigen die internationalen Übermonopole zum Teil über 60 Prozent Leiharbeiter, etwa in Indien, wo der Mischkonzern Tata Massenentlassungen plant.

Leih- und Zeitarbeit sind hierzulande in großem Umfang erst durch die Hartz-Gesetze möglich geworden. Der Hauptzweck ist dabei die Spaltung in Stammbelegschaften und Leiharbeiter. Es ist widerwärtig, wenn von Gewerkschaftsführern und rechten Betriebsräten – meist mit SPD-Parteibuch – nun frohlockt wird, dass Leiharbeit als „Puffer“ diene und daher die Stammbelegschaften „schütze“. So „dienen“ immer mehr Menschen in diesem Land als „Puffer“! Wenn wir fordern „Weg mit Hartz IV“, werden wir daher Hartz I bis III nicht vergessen! Alle Hartz-Gesetze müssen fallen!

Den Banken und Spekulanten werden Milliarden in den Rachen geworfen – aber für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Löhne soll nichts da sein? 500 Milliarden Euro sind mit einem Federstrich beschlossene Sache – aber wenn das Sozialticket pro Stadt ein paar Hunderttausend kostet, sind plötzlich die Kassen leer! Der „Weser-Kurier“ titelt heute: „Köhler fordert neue industrielle Revolution“. Das Beiwort „industriell“ kann er getrost weglassen, dann stimme ich ihm aus vollem Herzen zu! Ein System, dessen Zweck die Vermehrung von Kapital im Interesse der Kapitalbesitzer ist, muss immer wieder Krisen hervorbringen und ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Vor 90 Jahren war die letzte Revolution in Deutschland. Sie beendete den Ersten Weltkrieg und die Monarchie; ein Ergebnis war auch die Einführung des Frauenwahlrechts. Ich möchte aus diesem Anlass alle herzlich einladen, am

kommenden Samstag, dem 1. November 2008, zur Veranstaltung „90 Jahre Novemberrevolution“ mit uns nach Hamburg zu fahren. Dort geht es auch um die Ergebnisse des jüngsten Parteitags der MLPD. Beginn ist um 17 Uhr. Wir treffen uns am 14:15 Uhr in der Eingangshalle des Bremer Hauptbahnhofs und wollen günstig mit dem Wochenendticket fahren.

Wolfgang Lange (MLPD)

Dreckschleuder-Konzerne schützen, damit die Krise nicht „übergreift“?

Trotz dunkler Jahreszeit kamen 40 Teilnehmer und Zuhörer zur 204. Montagsdemo in Bremen am 27. Oktober 2008 um 17:30 Uhr vor dem Dom beim Bismarck-Denkmal. Dort startete um 18 Uhr unsere kleine Demo zum Hanseatenhof durch die Obernstraße zum zweiten Teil der Kundgebung. Gleich zu Anfang konnten wir Zuhörer aus Duisburg begrüßen, die zu einem Geburtstagsbesuch hier waren, und als Redner auch das Montagsdemo-„Urgestein“ Jörg, der heute bei Saarbrücken lebt und uns Mut machte, den Kampf weiter fortzusetzen.

Einmal mehr stand die Banken- und Börsenkrise im Mittelpunkt der Beiträge und wurde unterschiedlich beleuchtet. Jetzt schon geht es ans „Umsteuern“, denn die alten Dreckschleuder-Autokonzerne müssen „geschützt“ werden, damit die Krise nicht „übergreift“. Außerdem wurde immer wieder die Bedeutung der bundesweiten Demonstration am 8. November 2008 gegen die Regierung hervorgehoben.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

205. Bremer Montagsdemo am 03. 11. 2008

Nach getaner Arbeit noch Schlange stehen bei der Arge

1. Vor einer Woche tarnten sich „Attac“-Aktivisten als Besucher und stürmten die Frankfurter Börse. Dazu nutzten die Globalisierungsgegner den Handelssaal für ihren Protest und demonstrierten mit einem Transparent für die Neuordnung des Finanzmarktes. Auf dem entrollten Transparent stand: „Finanzmärkte entwaffnen! Mensch und Umwelt *vor* Shareholder Value!“ Leider wurde der Handel von der Aktion nicht beeinträchtigt. Es dauerte nur wenige Minuten, bevor die Gruppe von Sicherheitskräften der Börse aus dem Gebäude gebracht werden konnte. Danach lösten sich die 25 Aktivisten „in Luft“ auf.

Die Polizei halbierte flugs numerisch die Personenanzahl, und weil sie keine Personalien mehr feststellen konnten, nahmen die Polizisten allen Ernstes die **Fingerabdrücke** von der Anzeigentafel. Statt sich um die wirklichen Verbrecher und Betrüger zu kümmern, die von den Regierungschefs nun mit 500 Milliarden Euro für ihr Monopoly-Spiel aus der Staatskasse belohnt werden, ermittelt die Polizei wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung gegen die „Attac“-Akteure: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen!

„Attac“ wollte mit der Aktion ein Zeichen gegen die Dominanz der Finanzmärkte setzen und der Wut der Menschen über das Versagen von Banken und Politikern Ausdruck verleihen. In einer „Attac“-Mitteilung hieß es zusätzlich, die Politik der Bundesregierung ziele allein darauf ab, die Finanzmärkte auf Kosten der Steuerzahler so zu beruhigen, „dass der Casinobetrieb anschließend weitergehen“ könne.

2. Der SPD-Politiker Karl Lauterbach verteidigt die **Agenda 2010** und versteigt sich zu der Behauptung, dass die Hartz-Reformen „links“ seien! Er postuliert sogar, dass Deutschland ohne sie vor einer „Arbeitsmarktkatastrophe“ mit einer Million Arbeitslosen *mehr* stünde. Als ob wir nicht weitaus mehr Erwerbslose hätten, als uns die von der Bundesregierung vorgelegte Statistik glauben machen will!

Mit der Arroganz der Satten sondert er markige Sprüche ab wie den, dass Arbeit „nicht würdelos“ sei, nur weil sie schlecht bezahlt wird. Der hat ja von Tuten und Blasen, von Menschenwürde keine Ahnung!

Sonst wüsste er, wie es sich anfühlt im abgehängten Prekariat, in der Klasse der „Working Poor“, wie es ist, sich am einzigen offenen Nachmittag in der Woche – nach getaner Arbeit – bei der argen Arge in einer endlos langen Schlange einreihen zu müssen, wo dann nur ein Schalter bedient wird, um zusätzliche Gelder oder die Bescheinigung für Befreiung von der GEZ-Gebühr (warum wird die eigentlich nicht automatisch mit jedem Bescheid mitgeschickt?) extra beantragen zu müssen. Arbeiten und immer noch am Tropf der Transferleistungen hängen, immer noch ausgegrenzt sein, wegen *verbrecherischer* Armutslöhne: Wenn das nicht würdelos ist, dann weiß ich auch nicht!

Den besten Beweis seiner völligen Ahnungslosigkeit liefert er meiner Meinung nach mit seiner Aussage, dass die Leute für weniger arbeiten, weil sie von Hartz IV nicht leben können. Selbstverständlich ist es auch wahr, dass dadurch anständig bezahlte Jobs in Sklavenjobs umgewandelt wurden. Lauterbach: „So sind Niedriglohnjobs entstanden, die es vorher nicht gab.“ Wie jetzt? Soll nun die Vermehrung von menschenverachtender Lohnsklaverei als Wohltat und Jobwunder verkauft werden? Da muss doch jeder, für den das Beschriebene zur allgegenwärtigen Lebensrealität gehört, erst mal nach Luft schnappen und sich fragen, ob Lauterbach noch alle Tassen im Schrank hat, oder von welchem Wirtschaftsboss er möglicherweise gekauft wurde!

Leider blendet dieser Spezialdemokrat völlig aus, dass wir ohne Gerhard Schröders Agenda 2010 keine so hohe Armutsrate hätten, keine wegen der Klageflut aus allen Nähten platzenden Sozialgerichte, überhaupt weniger Widerspruchs-, Klage-, Gerichts-, und Anwaltskosten, geringere Personal- und Verwaltungskosten, dafür eine bessere Konjunktur und mehr Steuereinnahmen. Ohne diese in meinen Augen grundgesetzwidrige „Reform“ wäre es nicht zur Verarmung der eigentlich konsumstarken Unterschicht gekommen, zum Ausbluten der Mittelschicht und umgekehrt zur absolut unbegründeten Explosion der Managergehälter! Diejenigen, die das Geld der Steuerzahler an den Börsen verzocken, haben erst die hohe Armut geschaffen!

3. Ich wüsste gerne mal, mit welcher Berechtigung Bahnchef Mehdorn eigentlich 750.000 Euro im Jahr verdient! Aber damit nicht genug, denn zum Jahresende gibt er sich und seinen Vorstandsmitgliedern noch mal 150.000 dazu – und obendrauf, nicht zu vergessen, kommen die „**Erfolgsprämien**“. Wofür die überhaupt auch noch? Welche Erfolge hat er denn vorzuweisen? Wenn hier nach Adam Riese alles zusammengezählt wird, bekommt er schnell eine ganze Million im Jahr! Damit er und die Seinen solch eine unanständig hohe Entlohnung kassieren, dürfen die Bahnkunden die Zeche dafür bezahlen und müssen wieder erhöhte Fahrtkosten in Kauf nehmen!

Kann mir mal jemand erklären, was dieser Herr Mehdorn oder seine Managerkollegen da so Bedeutungsschwangeres treiben, das ihnen solch ein enormes Entgelt verschafft? In meinen Augen leisten die Krankenschwestern, die Erzieherinnen, die Lehrerinnen viel wertvollere Arbeit am Menschen! Aber das Soziale ist ja „out“, seit es, zur bloßen Ware degradiert, durch die ökonomisierende Brille des eiskalten Neoliberalismus betrachtet wird. Jetzt möchte ich aber wenigstens wissen, weshalb Herr Mehdorn das Vierfache des Jahresgehaltes unserer Kanzlerin bekommt!

Die Wirtschaft hat das Sagen in unserem Land übernommen. Bedeutet Demokratie also heutzutage, dass sich das Wahlvolk durch seine Stimmabgabe an der Urne die von der Wirtschaft gekauften Marionetten selbst aussuchen kann? So wie Alkohol ab einer bestimmten Menge betrunken macht, so wirkt sich zu viel Macht bei zu vielen Politikern offenbar in Form von Korruptionsbereitschaft aus!

4. Der „Weser-Kurier“ schrieb am Wochenende, dass das erhöhte **Kindergeld** den Ärmsten nicht helfen wird und ALG-II-Bezieher sowie Alleinerziehende mal wieder leer ausgehen. Es wird von einer alleinerziehenden Verdenerin berichtet, die sich schon über die 20 Euro mehr für ihre beiden Kinder freute, dann aber realisieren musste, dass sie als Bezieherin von ALG II alles angerechnet bekommen wird. Wie jubilierte doch lovely Ursula von der Leyen Mitte Oktober in einer Pressemitteilung, dass mit dem Familienleistungsgesetz „alle Familien ab dem 1. Januar 2009 mehr Geld in der Tasche“ hätten! Tja, alle außer denen, die es am dringendsten gebrauchen würden!

Das Problem der hohen Kinderarmut wird damit noch nicht mal angekratzt. Die Hartz-IV-Bezieher komplett auszuschließen, ist politisch gewollt. Da erdreistet sich der Verdener CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Grindel zu sagen, dies sei ja gerade der Sinn der Sache, faselt vom „Lohnabstandsgebot“ und dass es nicht sein könne, dass Familien mit einem geringen Einkommen aus Erwerbstätigkeit weniger Geld zur Verfügung hätten als Leute, die keiner bezahlten Arbeit nachgingen. Diese Ungerechtigkeit müsse beseitigt werden. Es gehe außerdem darum, die Bezieher von Sozialleistungen zu „motivieren“, selbst zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen.

In meinen Augen ist solches Gehetze gegen ALG-II-Bezieher und die totale Volksverdummung einfach nicht zu ertragen! Dieses unsägliche Lohndumping, das durch das menschenverachtende Hartz IV erst möglich gemacht wurde, bringt immer mehr Menschen mit ihren Familien in Armut. Natürlich muss, wer arbeitet, mehr in der Tasche haben als jemand, der leider noch immer keine neue Stelle finden konnte. Aber auch diejenigen, die versuchen, sich mittels Transferleistungen über Wasser zu halten, müssen genug Geld bekommen!

Wie recht hat die zitierte junge Mutter mit ihrer Aussage, dass Politiker manchmal gar nicht wissen, was sie anrichten. Es wird davon gesprochen, wie wichtig Kinder für diese Gesellschaft sind, und dann wird *nichts* gegen die Kinderarmut unternommen oder gar für gleiche Bildungschancen getan! Der Präsident

des „Deutschen Kinderschutzbundes“ mokierte sich über die soziale Schieflage und prangerte an, dass der Staat am meisten die Kinder in reichen Familien, am wenigsten die in armen Familien fördert.

5. Tagesmütter leisten gesellschaftlich und pädagogisch wertvolle Arbeit und werden dafür grottenschlecht bezahlt! In Bremen kommt dieses magere Gehalt dazu oft erst Wochen, ja *Monate* später bei den Tagesmüttern an. Es hat sich eingebürgert, dass die Behörde, solange die Eltern ihre Unterlagen nicht vollständig eingereicht haben, kein Geld an die Tagesmütter bezahlt. Doch was haben diese damit zu tun, können sie gar etwas dafür? Der Sachverhalt wird von Sozialsenatorin Rosenkötter bestritten, die solche „Behauptungen“ für „CDU-Stil“ hält. Die Tagesmütter sind gegen diese Malaise zuletzt 2007 auf die Barrikaden gegangen, aber geändert hat sich seitdem nichts.

Ab 1. Januar 2009 sollen die spärlichen Honorare auch noch steuer- und sozialversicherungspflichtig werden. Wenn von etwa 400 Euro, die im Monat übrig bleiben, auch noch 300 Euro für Steuern und Sozialversicherung gezahlt werden müssen, dann lohnt sich die ganze Arbeit überhaupt nicht mehr! Vier Stunden nach einer Protest-Pressekonferenz der CDU teilte die Sozialbehörde überraschend mit, dass die Entlohnung der Bremer Tagesmütter ab 2009 auf „vollkommen neue Beine“ gestellt werde. Tagesmütter bekamen bisher für zwei bis fünf Stunden Betreuung am Tag zehn Euro und sollen in Zukunft auf 58 Prozent eines durchschnittlichen Kinderpflegerinnengehaltes „hochgestuft“ werden. Ob das wirklich mehr sein wird? Kinderpflegerinnen werden noch schlechter entlohnt als Erzieherinnen! Die Arbeit mit kleinen Kindern wird offenbar nicht ernst genommen, so mickrig und schlampig, wie für sie bezahlt wird!

6. Auf dem Parteitag der „Linken“ in Bremen sind schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhoben worden. Der parlamentarische Geschäftsführer der „Linken“-Bundestagsfraktion, Ulrich Maurer, sagte am Samstagmittag, die Große Koalition in Berlin begehe „Untreue im Amt“. Er warf der Regierung vor, die **Finanzkrise** lediglich auszusitzen und nichts verändern zu wollen. Die Ursache der Krise verglich er mit einem klassischen Kettenbrief, befand es als „Masche“ von Politik und Wirtschaft, das Thema als kompliziert darzustellen, um es bloß nicht angehen zu müssen.

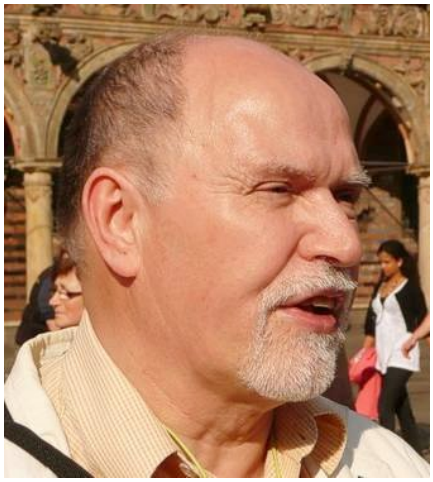
Ebenso wurde der geplante Börsengang kritisiert, und Maurer verlangte, dass der gesamte Bahnvorstand zurücktritt. Der Börsengang hätte von der Regierung gestoppt werden müssen. Maurer sprach sich außerdem für eine Abgabe auf große Vermögen von fünf Prozent aus. Das Finanzsystem habe ein „blutiges Gesicht“ und bedeute Tod und Elend für Millionen Menschen. Maurer betonte, er sei stolz, der „einzigen antikapitalistischen Partei“ in Deutschland anzugehören.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Kein Geld für Regelsatzerhöhung: Die von „notleidenden“ Banken in Anspruch genommenen Milliardensummen aus dem „Rettungspaket“ übersteigen schon jetzt die jährlichen Kosten von Hartz IV *(„Spiegel-Online“)*

Wette verloren: Ypsi-Püppsi bereits *vor* Königswahl gemeuchelt *(„Spiegel-Online“)*

Genehmigt Rot-Grün ein Autohaus im Trinkwassersammelgebiet?



1. Trinkwasser von guter Qualität ist auch in Deutschland nicht der Regelfall. Wenn nächste Woche Dienstag, am 11. November 2008, die Stadtbürgerschaft tagt, wahrscheinlich ab 11 Uhr, steht der vorhabenbezogene **Bebauungsplan 45** auf der Tagesordnung. Kommt alle dorthin, um zu sehen, wie Rot-Grün die Sache handhabt! Das Bauamt Bremen-Nord hat somit eine falsche Auskunft erteilt – um abzuwimmeln?

Wie geht der Autohändler damit um, der im Trinkwassersammelgebiet bauen will? Es ist mutig, in der heutigen aktuellen Lage ein Autohaus in einen Neubau zu verlagern. Dass dieses Grundstück an einer stark befahrenen Straße liegt, ist sicherlich ein Werbevorteil. Doch was ist, wenn etwas passiert und das Trinkwasser auch nur gefährdet wird? Wird diese Firma dann noch Autos oder Dienstleistungen verkaufen können? Warum will dieser Unternehmer solch ein großes Risiko eingehen? Hat er es schon seiner Bank gesagt? Auch für die Bank ist das ein Faktor, der sich sicherlich im Zinssatz widerspiegeln wird. Was sagt die Versicherung dazu? Die normale Gewässerhaftpflichtversicherung deckt dieses erhöhte Risiko nicht!

Der Unternehmer sollte noch mal darüber nachdenken. Die Stadtbürgerschaft wird ihm hoffentlich die Entscheidung abnehmen und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 45 ablehnen – vorher aber genau prüfen, was in dem Vertrag steht, den das Bauamt Bremen-Nord nicht rausgeben mochte! Was sagt das Gewerbeaufsichtsamt zu den bisher im Unternehmen vorkommenden Schadstoffen? Ein Schwachpunkt bei Betrieben, die Fette und Öle einsetzen, sind etwa die Putzlappen mit Rückständen. Seid etwas früher da! Wir wollen mit einem Flugblatt unsere Sicht der Dinge darlegen. Trinkwasser gefährden, das geht nicht!

2. In **Irland** gingen bei einer Demonstration die Rentner auf die Straße. Ihr Motto lautete sinngemäß: Bankern an den Kragen und nicht Rentner plagen! Sie ha-

ben so die kostenlose ärztliche Versorgung für Übersiebzigjährige verteidigt, wie ich einer Meldung vom 21. Oktober 2008 entnehme. Eine Woche später wurde die „angedachte“ Streichung des „Weihnachtsgeldes“ dementiert. Diese Idee mit doppelten Bezügen im Dezember für Rentner und Sozialleistungsempfänger kann ganz einfach in Deutschland nachgemacht werden! Das Geld würde auch hier bestimmt sofort die Ladenkassen erreichen.

„Irelandman“ meldet die Nachricht etwas anders, ohne die Demo zu erwähnen. Am Dienstag, dem 21. Oktober 2008, heißt es dort: „Nach Gesprächen mit dem Gewerkschaftsdachverband ICTU rudert die Regierung etwas zurück. Von der Sonderabgabe auf die Lohnsteuer will man jetzt alle Arbeitnehmer ausnehmen, die im Jahr nicht mehr als den für eine Vollzeitkraft festgesetzten jährlichen Mindestlohn von 17.500 Euro verdienen. Dies bedeutet gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz des Finanzministers Mindereinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro. Bei Bürgern über 70 Jahren mit einem Jahreseinkommen unter 36.500 Euro (bei Paaren verdoppelt sich der Betrag) kommt der Staat weiterhin, ohne dass sie sich selbst versichern müssen, für alle Arzt- und Krankenhauskosten auf.“

In der Folgewoche heißt es: „Trotz der Einschnitte im Staatshaushalt, ließ gestern Sozial- und Familienministerin Mary Hanafin verlauten, bleibt es beim ‚Weihnachtsgeld‘ für die 1,3 Millionen Rentner und Empfänger von Sozialleistungen. So bekommen diese Anfang Dezember als ‚Christmas Benefit Bonus‘ eine Doppelzahlung ihrer Bezüge – natürlich in der Hoffnung, dass sie diese in die Wirtschaft investieren und das Weihnachtsgeschäft beleben.“

3. Der Chef eines Geldtransportunternehmens muss ins Gefängnis: Er hat Geld seiner Kunden veruntreut. Dies ist gerecht und nachahmenswert! Die Überschrift im „Weser-Kurier“ vom 1. November 2008 dazu lautet: „Selbstbedienungsladen für Chefs“

4. Die Personalie Mehdorn hat eine Vorgeschichte. Der Manager wurde eingekauft, um die Bahn zu verkaufen! Er hat gleich richtig zugelangt: Seit Amtsantritt von Bahn-Chef Hartmut Mehdorn sind die Bezüge für die acht Vorstandsmitglieder um 300 Prozent gestiegen, wie die „Bild am Sonntag“ berichtet. Laut Geschäftsbericht haben sie sich in den Jahren 1999 bis 2005 von 3,679 auf 14,693 Millionen Euro erhöht! Das Unternehmen Bahn hat nun den Minister getadelt: Vergütungsfragen gehörten nicht in die Öffentlichkeit. Ein Mehdorn schreckt eben vor nichts zurück! Diese Vorgabe wurde wohl ab 2006 beherzigt. Insofern kenne ich die aktuelle Vergütung nicht.

Auf die Prämienzahlungen für den Börsengang bin ich letzten Montag eingegangen. Hinzu kommt die Vergütungserhöhung von 20 Prozent ab 2009. Herr Mehdorn hat gerne die Schulden der Bahn an den Bund übertragen, ohne Gegenleistung. So von den Schulden befreit, hat er neue Kredite aufgenommen und

sich und den Seinen eine üppige Vergütung gezahlt. Herr Mehdorn hat seine Taschen gut gefüllt! Er hat dies legal getan, nur war es mal Kunden- und Steuergeld.

Wie fühlen sich jetzt die Lokführer(innen) der Bahn und die „ausgelagerten“ Mitarbeiter(innen)? Ich als Bahnkunde weiß jetzt jedenfalls, warum die **Fahrpreiserhöhung** unbedingt nötig war! Die SPD hat auf dem Parteitag nochmals bestätigt: Wir halten am Börsengang der Bahn fest! So wird Volksvermögen verschleudert, so kommt es: SPD ade! Mit den Energieversorgungsunternehmen, früher einfach Stadtwerke genannt, hat das politische Personal vor einigen Jahren genauso gehandelt. Dies muss jetzt jeder Bürger teuer bezahlen.

5. So ignorant wie die Forderung der Lokführer(innen) wird jetzt die **Tarifforderung** der IG Metall von den Arbeitgebern behandelt. Auch bei der Bahn hatten die Vorstände Vorfahrt. Die Forderung der IG Metall ist unverzichtbar! Die Finanzblase bestand aus „überflüssigem“ Geld: Die Unternehmen haben einfach nicht gewusst, wohin mit den Erträgen. Dieses Geld sind die nicht gezahlten Renten-, Lohn und Gehaltserhöhungen! Es war einfach über. Nun ist es wichtig, die richtigen Taschen zu füllen!

6. Doppelte Bezüge gibt es auch bei der Postbank. Ein zusätzliches **Jahresgehalt** für jede(n) Mitarbeiter(in)? Nein, nicht für jeden: für die Mitglieder des Aufsichtsrates, weil die so wenig verdienen und sonst womöglich kündigen würden! Dieses zusätzliche Jahresgehalt wurde im September ausgezahlt. Übrigens: 2007 haben die acht Köpfe zusammen sieben Millionen Euro erhalten. Ende Oktober wurde das Quartalsergebnis vorgestellt. Es war tiefrot, und zwar „unvorhersehbar“ oder „überraschend“ tiefrot: minus circa 450 Millionen Euro, davon circa 360 Millionen für Immobilienpapiere.

Was war daran überraschend? Zahlen der Buchhaltung werden doch täglich fortgeschrieben! Die notleidenden Papiere lagen auch schon länger im Keller, bereits im ersten Quartal war dies der Grund für den Gewinnrückgang. Insofern kann es im Mai keine positive Ergebniserwartung für die Konzernführung gegeben haben. Auch hier wäre eine Rückforderung angebracht! Die Postbank wird sicherlich die Möglichkeiten der geänderten Bilanzvorschriften nutzen. Erst die Zukunft zeigt, welche Risiken im Keller liegen: Die Deutsche Bank wird es an den Tag bringen.

7. Die geänderten Bilanzierungsregeln für **Banken** verstärken das Versteckspiel: Nur wenn der Liquiditätsbedarf nicht gedeckt ist, werden die Verluste zugegeben. Daher kleben die Banken an diesem Geld. Ausbaden müssen es die Unternehmen mit Kreditbedarf. Die Werften haben dies jetzt beklagt: Die Schiffsfinanzierung ist nicht mehr gewährleistet. Wenn diese geänderte Bilanzierungsregel zurückgenommen wird, fallen die Banken wie Kartenhäuser! So dauert es einfach länger. –

Der Chef der „verkauften“ beziehungsweise verschenkten IKB wurde abgelöst: Der neue Eigentümer hat ihn von seinen Pflichten entbunden, und er ist zur KfW-Bankengruppe zurückgekehrt. –

Die Sozialversicherungsträger haben insgesamt rund 800 Millionen Euro bei Lehman Brothers AG Deutschland angelegt. Dieses Geld sei nicht verloren, hat die Bafin verkündet. Die von Citibank, Frankfurter und Hamburger Sparkasse sowie anderen verkauften Lehman-Zertifikate fallen nicht unter die Garantie. Dies wird mit der Abwicklung in der USA entschieden. Warum gerade Lehman Brothers AG von der US-Regierung jegliche Unterstützung versagt wurde, ist noch immer unklar.

8. Die Grünen haben 25 Jahre Parlamentsarbeit in **Bremen** gefeiert – und ausgerechnet jetzt geraten sie in „Filzverdacht“! Die Vertretung Bremens in Berlin muss neu besetzt werden. Die Ausschreibung wurde geändert, weil die Freie Hansestadt nicht das Gehalt aus der der ersten Ausschreibung aufbringen konnte. Dies hat Bremen aber erst im laufenden Bewerbungsverfahren gemerkt. Was hat denn der Vorgänger im Amt verdient? Es handelt sich doch um eine Ersatzanstellung und nicht um eine neu geschaffene Stelle! Die reduzierte Vergütung hat das Feld der Mitbewerber gelichtet. Verantwortlich für den finanziellen Teil der Ausschreibung ist Senatorin Linnert – oder etwa grüner Filz? –

Die „Brepark“, eine GmbH im Eigentum der Freien Hansestadt, braucht eine neue Führungskraft. Warum wurde jemand erstmals angesprochen, als das Bewerbungsverfahren bereits in Vorstellungsgespräche eingetreten war? Welche Folgen hat das eröffnete zweite Verfahren? Eventuell wie bei der Stellenausschreibung für die Abteilung von Herrn Weber? Die Klinik „Links der Weser“ hat einen neuen Chef. Ob Sozialsenatorin Rosenkötter Herrn Hansen bereits gesagt hat: „Der bleibt!“? –

Die Tagesmütter erhalten bereits seit Jahren ihr Geld zögerlich und oftmals verspätet. Die vorgesehene, durch Bundesrecht verursachte Erhöhung der Bezüge ist eine gute Sache. Nur umso pünktlicher muss künftig die Auszahlung erfolgen! Die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuer müssen termingetreu überwiesen werden, sonst sind Säumniszuschläge fällig!

9. Atomkraft? Nein, danke! Atommüll ist selbst unter staatlicher Aufsicht nicht sicher. Die Castor-Transporte gefährden unstrittig die Gesundheit der begleitenden Polizist(inn)en! Die Lauge im Zwischenlager Asse wurde vermischt und umgelagert. Die dortigen Fässer werden noch viele Überraschungen bieten! Die Bevölkerung und auch Mitarbeiter(innen) wurden nicht über die Gefahren aufgeklärt und auch nicht entsprechend geschützt.

Die Lagerung von Atommüll in Afrika ist ein barbarischer Akt! Wo kommen die Atommüllfässer her, die bei der Tsunami-Katastrophe an Land gespült wurden? Die Auflösung steht im Buch von Roberto Saviano über die Camorra! Wo bleiben diese Fässer? Was liegt wo im Meer?

Nicht zu vergessen: die bekannten Unglücke mit Atomkraft. Die Uranmunition ist ein Abfallprodukt, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemos. Dieses Wochenende gibt es nun wieder eine Demonstration gegen den Castor. Wir gehen allerdings, wie seit Monaten geplant, an diesem Samstag in Berlin auf die Straße: gegen diese Regierung und auch gegen die Verpflichtung zur Förderung der Atomkraft im Lissabonner Vertrag!

10. Die **Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg** arbeitet eng mit Rechtsanwalt Alfred Kroll zusammen. Das Standesverfahren gegen Herrn Kroll wurde unter anderem von der Stadt Oldenburg betrieben. Die Also gibt die Arbeitslosenzeitung „Quer“ heraus und ist auch ansonsten sehr aktiv.

Die Stadt will nun die Förderung einstellen: „Die Verwaltung der Stadt Oldenburg hat in ihrem Haushaltsentwurf für 2009 die Finanzierung der Also auf Null gesetzt. Der ‚Nordwestzeitung‘ konnten wir entnehmen: wegen des ‚Reizklimas‘. Im ‚Hunte-Report‘ vom 5. Oktober 2008 wird Oberbürgermeister Dr. Schwandner mit den Worten zitiert: ‚Wir haben Probleme damit, eine Einrichtung zu unterstützen, die gegen die Stadt in Form der Arge arbeitet. Die Politik soll darüber entscheiden.‘“

Diese Rechnung wird nicht aufgehen! Wenn alle Ratsuchenden mit ihren Anliegen eine Anwaltspraxis aufsuchen, wird dies für die Stadt Oldenburg wesentlich teurer!

11. Der **Regelsatz** des ALG II ist insbesondere für Familien mit Kind nicht ausreichend. Das Hessische Landessozialgericht hat mit Beschluss vom 8. August 2008 zwei Gutachten zur Regelsatzhöhe in Auftrag gegeben. Inzwischen liegen dem Gericht sogar vier Gutachten vor, und es gibt die Frage der Regelsatzhöhe, insbesondere für Kinder, an das Bundesverfassungsgericht weiter. Es hat erhebliche Zweifel an der Angemessenheit dieser Regelsätze und entsprechende Fragen formuliert. Die Regelsätze für Kinder widersprechen jeglicher Vernunft!

Vor lauter Freude sollten wir nicht vergessen, jetzt umgehend einen Antrag auf Überprüfung für rechtskräftige Bescheide und einen Widerspruch für noch nicht rechtskräftige Bescheide zu verfassen. Dadurch ist es möglich, die Ansprüche ab 1. Januar 2005 abzusichern. Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

12. Die Koordinierungsgruppe der Montagsdemonstrationen ruft für den **8. November 2008** zur nunmehr **5. bundesweiten Herbstdemonstration** unserer Bewegung in **Berlin** auf. Hier in Bremen haben wir einen **Bus** organisiert und nehmen Anmeldungen zur Mitfahrt per E-Mail an Jobst.Roselius(at)nord-com.net, telefonisch unter 0421-705 687 oder montags auf dem Marktplatz entgegen. Wir hoffen, dass wir wieder mit attraktiven Fahrpreisen von sieben Euro für Hartz-IV-Betroffene, 15 Euro für ALG-I-Bezieher und Rentner sowie 25 Euro für Verdiener zurechtkommen werden und auch Mittellosen die Mitfahrt ermöglichen können.

Der Bus fährt um **6 Uhr** ab **ZOB Breitenweg**. Kommt alle mit und demonstriert mit uns gegen diese Regierung und ihre unsoziale Politik!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die SPD ist eine rechte Partei: Um linke Politik zu verhindern, verzichtet sie notfalls auch auf Teilhabe an der Macht *(„Junge Welt“)*

Alle gewinnen auf Kosten der SPD: Führt Ypsi-Püppsi ihre Getreuen in die Neuwahl-Katastrophe? *(„Focus“)*

Wieder eine Illusionsblase geplatzt

Am **Samstag** dieser Woche, am **8. November 2008**, fahren wir nach **Berlin** zur bundesweiten **Demonstration gegen die Regierung**. Jeder, aber auch jeder Angestellte, Arbeiter oder auch Beamte ist von der Politik der Schröder/Fischer- und jetzt Merkel/Steinmeier-Regierung betroffen. Die ganze Latte der Hartz-Gesetze hat die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten werktätigen Bevölkerung massiv verschlechtert. Eine massenhafte Verarmung und Verelendung ist eingetreten und wird noch weiter steigen im Zuge der Umverteilung zugunsten der Reichen und der Übermonopole.

Gerhard Schröder wollte Deutschland „fitmachen für den Weltmarkt“. Mit Füßen hat dieser zynische und typische Sozialdemokrat die erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung getreten und damit die SPD bis auf den heutigen Tag als den unehrlichsten und heuchlerischsten Handlanger des Monopolkapitals erwiesen. Jeder ehrliche Mensch, der bisher noch auf die SPD gesetzt hat, kann bei ernstem Bedenken nur noch Schluss machen mit dieser Partei!

Jetzt ist wieder eine Illusionsblase geplatzt: Frau Ypsilanti wollte eine rotgrüne Regierung mit Duldung der „Linken“ zimmern. Nein, den karrieristischen und reaktionären Mitgliedern ging das schon zu weit, also wird nichts draus. Das sollte der „Linken“ eine Lehre sein! Ihr Platz sollte bei der kämpferischen Opposition sein, die wird etwas bewegen. Das Anhängen an die SPD ist der falsche Weg! Wer also der Regierung etwas zu sagen hat, soll mitkommen nach Berlin.

Am 8. November gibt es auch eine Demo in Gorleben gegen die Kernkraftwerke und die Atompolitik der Regierung. Auch das ist ein wichtiger Protest, aber an

beiden Demos auf einmal kann man sich nicht beteiligen. Ein Großteil der Montagsdemonstrantinnen und -demonstranten hat sich deshalb für den Protest direkt gegen die Berliner Regierung entschieden, und wir fahren hin. Den Gorleben-Demonstranten wünschen wir gleichwohl einen aktiven und kämpferischen Protest! Die Umweltfrage und damit auch die nicht gelöste Atommüll-Endlagerfrage ist seit Jahrzehnten von allen Regierungen unter den Teppich gekehrt worden und wird immer brennender. Wir sind für die Abschaltung aller AKWs sofort, für die Beseitigung des Atommülls und die Lösung aller offenen Fragen auf Kosten der Betreiber und Verursacher!

Es ist aber notwendig, sich in Zukunft nicht aufteilen zu lassen nach den Positionen „Gorleben ist am wichtigsten“ oder „Weg mit Hartz IV ist am wichtigsten“. Wir müssen gemeinsam gegen die gesamte Regierungspolitik vorgehen, an möglichst *einem* Termin. Denken wir an die 500.000, die wir vor etwa zehn Jahren in Berlin hatten! Da gab es trotz Spaltung einiges, was in Bewegung gebracht werden konnte.

Jobst Roselius

Unglaublich: Piesepampel wird Präsident *(„Spiegel-Online“)*

Kein „Wechsel“ mit mehr Truppen

Das „Bremer Friedensforum“ begrüßt die durch die Wahl Barack Obamas erfolgte Ablösung der politischen Kräfte in den USA, die im Nahen und Mittleren Osten zwei blutige Kriege begonnen haben, die sie bis heute weiterführen. Das „Friedensforum“ erwartet von Barack Obama, dass der angekündigte Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak schnellstmöglich realisiert wird.

Obama hat einen umfassenden Wechsel für seine gesamte Politik angekündigt. Dazu passt allerdings nicht, dass er den militärischen Einsatz in Afghanistan verstärken will. Das ist kein Wechsel, sondern eine Verschärfung der bisherigen Situation! Das „Bremer Friedensforum“ ist sich einig mit der internationalen Friedensbewegung, einschließlich der US-amerikanischen, dass es für Afghanistan keine militärische Lösung geben kann.

Auch in Bezug auf die Iran-Politik wird sich zeigen, ob Obama hier tatsächlich Neues durchsetzen wird. Skeptisch macht uns, dass sein führender Nahostberater Dennis Ross zu den US-amerikanischen Kräften gehört, die verschärften Druck und notfalls Krieg gegen die Teheraner Regierung fordern.

Millionen Menschen in aller Welt freuen sich über den Wahlsieg Obamas. Sie erwarten von seiner Politik eine Abkehr von der Bush’schen Kriegspolitik. Das „Bremer Friedensforum“ fordert die Bundesregierung auf, den Wahlsieg Obamas als Chance zu nutzen und Initiativen zu ergreifen, die auf Uno-Ebene Wege für

friedliche Konfliktlösungen suchen und Vorschläge für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten erarbeiten!

Presseerklärung des „Bremer Friedensforums“

Vom **7.** bis zum **9. November 2008** findet in **Meppen** ein **Bundestreffen** zur **Neuformierung eines Zusammenschlusses von Erwerbslosen**, Sozialhilfebezieher(inne)n, Jobber(inne)n und aus der Armenstatistik Herausgetricksten für eine unabhängige und parteiische Interessenvertretung als Nachfolger der BAG-SHI statt.

SPD gibt Hessen verloren: In den leidigen Wahlkampf zieht nun ein völlig unbekannter Zählkandidat *(„Spiegel-Online“)*

„Pogromstimmung gegen Manager“: Doppel-Äff redet schon wie Professor Unsinn *(„Spiegel-Online“)*

Hintergründe der Banken- und Börsenkrise werden verheimlicht

Wieder auf dem dunklen Marktplatz fand die 205. Montagsdemo in Bremen am 3. November 2008 um 17:30 Uhr statt. Zuerst waren wir sehr wenige, dann aber zählten wir doch über 30 Teilnehmer und Zuhörer. Wir verzichteten diesmal auf die kleine Demo und hielten die ganze Kundgebung auf dem Marktplatz ab. Wir hatten auch Besuch von drei Freunden der Montagsdemo aus Hannover.

Die Hintergründe und Verheimlichungen in der Banken- und Börsenkrise standen im Mittelpunkt der Beiträge, dazu der „Rohrkrepierer“ mit der geplatzten Wahl der Frau Ypsilanti zur Ministerpräsidentin in Hessen. Wir freuten uns, dass ein Lehrer an die „Quelle“ kam, um Betroffene für die Darstellung der Probleme der auf Hartz IV angewiesenen Menschen im Schulunterricht zu gewinnen. Ein erster Kontakt ist hergestellt. Erneut warben wir für die bundesweite Demonstration gegen die Regierung am Samstag dieser Woche in Berlin.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

5.000 Demonstranten gegen die Regierung: Hartz IV reicht nicht einmal für eine vernünftige Ernährung *(„Rote Fahne News“, „Youtube“)*

An die Gleise gekettet: AKW-Gegner stoppen Castor-Transport *(„Spiegel-Online“)*

Zivilcourage: Werder-Bremen-Fans brüllen Nazis aus dem Stadion *(„Spiegel-Online“)*

Klassenjustiz: Steuerhinterzieher Zumwinkel kann sich freikaufen *(„Financial Times“)*

„Wortbruch“, „machtgeil“, „dilettantisch“: Alle hetzen gegen Ypsi-Püppsi *(„Nachdenkseiten“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

206. Bremer Montagsdemo am 10. 11. 2008

Die Volkstreter müssen weg!

Es war die Reaktion, die wir schon seit 2004 kennen, seit es die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 gibt: Die bundesweite Montagsdemonstration in Berlin am Samstag, dem 8. November 2008, wurde totgeschwiegen! In den letzten Jahren kam noch ein ganz kleiner Beitrag in den Nachrichten von ARD und ZDF – dieses Mal: nichts! Dabei sind die Montagsdemos keineswegs tot, ganz im Gegenteil!

Es waren wieder fast 10.000 Menschen aus ganz Deutschland angereist, die bei den Montagsdemonstrationen in circa 100 Klein- und Großstädten aktiv mitwirken. Die Demos bestehen aus einem bunt zusammengewürfelten Personenkreis: Menschen, die sich aktiv und öffentlich für die Abschaffung der Hartz-Gesetze und alle damit verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten einsetzen. Sie kommen aus allen Schichten und beruflichen Bereichen.

Die bundesweite Montagsdemo ist kein Verein. Die Demos sind auch keine Veranstaltungen der MLPD, wie immer wieder gern aus bestimmten politischen Kreisen behauptet wird, um eventuell Menschen zu verschrecken, die zu dieser Partei keinen Bezug haben. Es sind Mitglieder verschiedener Parteien darunter. Der weitaus größte Teil der Montagsdemonstrantinnen und -demonstranten ist parteilos, aber politisch stark interessiert.

Sie alle wollen die Sozialpolitik wieder ins Gleichgewicht bringen und setzen sich dafür mit ihrer Anwesenheit und Stimme ein. Wer befürchtet, dass sich die Demos einseitig zugunsten einer Partei entwickelt haben, kann den Ausgleich durch eigene Anwesenheit beeinflussen. Auch die Mitglieder der „Linken“ könnten sich sehr viel zahlreicher auf den Demos sehen lassen.

Die Montagsdemos sind ein Stachel im Fleisch und schlecht einzuschätzen für das politische Personal, verunsichern es also in einem nicht geringen Maße. Weil die soziale Schieflage von der Regierung geplant und durchgesetzt wurde, wird getan, als gebe es die Montagsdemos nicht, und die Medien sind dem politischen Personal dabei mit ihrem Unterlassen einer neutralen Berichterstattung außerordentlich behilflich.

In Berlin waren knapp 10.000 Menschen auf der Straße; in Gorleben haben ungefähr 30.000 Menschen gegen Atommüll und die Castor-Transporte demonstriert. Das sind rein rechnerisch schon 40.000 Menschen an einem Tag, die sich gegen die Politik unserer unfähigen Regierung stellen – gar nicht gerechnet, wie viele Initiativen, Gruppen und Vereine sich gegen das unsoziale System mit ihrer „Kleinarbeit“ wehren.

Aber es müssen sich noch sehr viel mehr Bürgerinnen und Bürger bewegen und ihren Protest lautstark und gemeinsam zum Ausdruck bringen, um die Politik endlich wieder in die richtige Richtung zu lenken. Die vielen Unzufriedenen, die unsozial und menschenverachtend behandelten Menschen müssen sich zusammenschließen und gegen das ihnen angetane Unrecht demonstrieren! Fordern wir also alle in Deutschland lebenden Menschen auf – jung und alt, arbeitslos und arbeitend –, laut und öffentlich und gemeinsam ihre Wut zu äußern und sich nicht hilflos zu ergeben!

Die Montagsdemonstrationen haben eine gute, kurze Tradition, und die müssen wir gemeinsam fortführen, solange dieses politische Personal eine Politik macht, die das Volk vorsätzlich veramt! Wir sind das Volk, und wir haben Volksvertreter, die sich einen Dreck um das Volk kümmern, das sie vertreten. Im Gegenteil: Sie *treten* es! Darum müssen sie weg!

Gudrun Binder (parteilos)

Zivilcourage: Atomkraftgegner riskieren Abtrennung der Arme, um den Castor-Transport aufzuhalten *(„Tageszeitung“)*

Deutschland verstrahlt Polizisten: Wer neben dem Castor Überstunden schiebt, kriegt schnell die doppelte Jahresdosis ab *(„Spiegel-Online“)*

Kein Gedicht von Tucholsky: „Wenn die Börsenkurse fallen, regt sich Kummer fast bei allen“ *(„Der Standard“)*

Galoppierender Wahnsinn: Opel fordert Verschrottungsprämie gegen die Überproduktionskrise *(„Spiegel-Online“)*

Die MLPD lädt für **Freitag**, den **14. November 2008**, um **19 Uhr** zur Gründung der **Wählerinitiative MLPD/Offene Liste** in die Gaststätte „Stella“, Erlenstraße 66 (Ecke Donaustraße). Eingeladen sind also ausdrücklich auch parteilose politisch Interessierte. Die MLPD/Offene Liste wird sich in allen Bundesländern an der Bundestagswahl 2009 beteiligen, um die sozialistische Perspektive und die kämpferische Opposition gegen die volksfeindliche Politik der Berliner Regierungskoalition zu stärken. Als Bremer Direktkandidat bewerben möchte sich Wolfgang Lange, Montagsdemonstrant der ersten Stunde.

„Ein Attentäter als Vorbild“

1. Um 6 Uhr früh sind wir abgefahren mit Ziel Berlin. Um kurz nach 11 Uhr waren wir am Alexanderplatz. Die Auftaktkundgebung hatte bereits begonnen. Wir haben die Har(t)zer-Käse-Kostüme ausgepackt und dekoriert. Die gute Stimmung war schon aus der Distanz wahrnehmbar. Die Lautsprecher waren auf einem LKW angebracht. Nach kurzer Wartezeit konnte ich reden. „Hans-Dieter Binder von der Bremer Montagsdemo und der ‚Georg-Elser-Initiative Bremen‘“, so wurde ich angekündigt – mit einem Versprecher, den ich aufgreifen konnte. Ich blickte in die fragenden Gesichter einiger Zuhörer: Georg Elser, den kennen viele noch nicht.

Georg Elser ist der Mensch, der am 8. November 1939 Adolf Hitler in die Luft sprengen wollte! Der 8. November 2008 bot einen guten Anlass, etwas dazu zu sagen. Wir hatten am Tag der Demonstration Glück mit dem Wetter! Am 8. November 1939 ist das Wetter wesentlich schlechter gewesen. Daher ist Hitler früher gegangen als geplant und die Bombe 13 Minuten zu spät explodiert.

Georg Elser war Schreinergeselle und stolz auf seine Fähigkeiten. Ein Jahr hat er diese Explosion vorbereitet. Er löste die Holzverkleidung einer Säule, ohne dass es ersichtlich war. In 35 Nächten hat er Platz für den Sprengstoff geschaffen. Den Schutt hat er in der Aktentasche weggebracht. Davor hat er sich Wissen und Material angeeignet. Der Zünder war drei Tage im Voraus einstellbar. Georg Elser wurde beim Übertritt in die Schweiz gefasst. Die „Grüne Grenze“ war erst eine Woche vorher durch Stacheldraht und Bewachung gesichert worden.

Warum hat Georg Elser dies getan? „Ich habe den Krieg verhindern wollen“, lautet der bekannteste Grund. Im Verhörprotokoll der Gestapo steht: „Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte.“ Ist so ein Attentat heute wünschenswert? Nein! Gewalt und Attentate sind keine Lösung! Es gilt, aus der Geschichte zu lernen.

In dem Essayband „Ein Attentäter als Vorbild“ schreibt Achim Rogoss: „Georg Elsers Zeit war geprägt durch Verbrechen, Rechtsunsicherheit und Willkür. Wir werden heute zwar auch mit Problemen, Skandalen und Verbrechen konfrontiert, aber in einem Rechtsstaat besteht die Möglichkeit, erlittenes Unrecht zu korrigieren und berechtigte Ansprüche durchzusetzen. Der beste Schutz gegen eine Wiederholung der politischen Katastrophe besteht darin, uns in unserem Alltag menschlich und solidarisch zu verhalten, soziale Normen durchzusetzen, die allen Menschen ein Leben ohne Angst und in Würde erlauben.“ Genau dafür stehen wir hier! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Die letzten Worte meiner Rede gingen im Krach unter, und ich war nicht mehr zu verstehen. Die anderen waren einfach lauter! Es hat Spaß gemacht, diese Rede zu halten. Kurz danach sind wir zur Demo gestartet. Sie war sehr lautstark, alles bunt gewürfelt, ein langer Zug mit schätzungsweise 10.000 Menschen. Auf den Transparenten waren ihre Herkunftsstädte erkennbar. Die Teilnehmer aus Ulm, Saarbrücken, Stuttgart und München hatten wohl die weitesten Anfahrtswege. Trotz der Lautstärke haben wir uns unterhalten und Erfahrungen ausgetauscht. Unsere „Har(t)zer Käse“ wurden oft fotografiert.

Die Abschlusskundgebung habe ich nicht richtig mitbekommen – die gelungenen Kulturbeiträge brachten uns zum Pausieren. Wir haben diskutiert, ich bot Buttons an. Es war ein gutes Gefühl. Danach ging es mit dem Bus zurück nach Bremen. Die Fahrt verlief reibungslos. Eines bedrückt mich noch: Ich habe vergessen, aus welchen Städten ich Grüße bestellen soll! Wir waren als Bremer gut zu erkennen, auf den Kostümen stand „Bremer Montagsdemo“. Grüße aus etlichen Städten waren die Folge. Woher, habe ich leider vergessen. Es waren zu viele!

Am 28. Februar 2009 findet das nächste Treffen aller gewählten Delegierten der Montagsdemos und anderer Gruppen in Kassel statt. In Kassel wird die neue Koordinierungsgruppe gewählt und der Termin für die Herbstdemo 2009 festgelegt. Ich freue mich darauf!

2. In den letzten sieben Jahren wurden 85 Prozent aller Entscheidungen „in Europa“ getroffen. 85 Prozent aller Gesetze haben den Ursprung in Brüssel. Herr Stoiber hat sich darüber beklagt, dass weder Politik noch Wirtschaft sich darauf eingestellt haben. „Europa bestimmt, Deutschland jammert anschließend“, so der „Weser-Kurier“ vom 10. November 2008.

In derselben Ausgabe erfahren wir, dass die **Rentenversicherung** 2009 ein Drittel ihrer Rücklagen aufzehren wird: Den Ausgaben von 40,5 Milliarden Euro stehen Einnahmen von 34,8 Milliarden gegenüber. Der letzte Griff in die Rentenkasse war die Halbierung der Beiträge für ALG-II-Betroffene. Die Lissabonner Strategie sieht die Reduzierung der sozialen Sicherungssysteme auf ein Minimum vor. Die Absicherung soll durch private Versicherungen erfolgen. Die gesetzlichen Sozialversicherungsträger sind verpflichtet, diese privaten Versicherungen zu unterstützen.

Die Deutsche Rentenversicherung muss Seminare über die zusätzliche Altersabsicherung abhalten, darf aber selbst keine Zusatzverträge anbieten. Die Beträge, die in eine Riester-Rente eingezahlt werden, wandern zum Geldverdienen auf den Kapitalmarkt. Sie sind Teil der geplatzten Finanzträume! So finanzieren Arbeitnehmer die Casinospiele! Eine Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Zusatzversicherungen ist der richtige Weg. Das gleiche gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung.

Es sind aber keine Zeichen einer Änderung sichtbar! „Finanztest“ macht Vorschläge für „mehr Sicherheit im Alter“: privat vorsorgen! Die Finanzkrise wird dar-

in nicht ausreichend berücksichtigt. Eigentlich steht dort: Wir machen einfach weiter so! Altersarmut kommt nur, wenn die Politik nichts ändert. Die Weichen zur Altersarmut sind bereits Gesetz! Die Lissabonner Strategie ist umgesetzt! Wie die Politik gegensteuern kann, steht unter den vorherigen Bremer Montagsdemos.

Rente wird 2009 zentrales Wahlkampfthema. Jung und Alt sind gleichermaßen von der veränderten Rentenformel betroffen. Am 6. November 2008 hat der „Weser-Kurier“ die Formel zur Rentenberechnung als „ganz einfach dargestellt“: „Kein Buch mit sieben Siegeln!“ Nur die Formeln zur Ermittlung der einzelnen Faktoren wurden weggelassen. Bis jetzt beträgt die Anspruchsreduzierung für Neurentner circa 25 Prozent!

3. Der Lissabonner Vertrag verpflichtet auch zur Förderung der **Atomkraft**. Die aktuellen Proteste zeigen, dass Kernenergie bei uns keine Zustimmung findet. In England und Italien hat diese Vereinbarung zu umfangreichen Neuplanungen und Verwirklichungen von Atommeilern geführt. Kernkraftwerke sind auch der Verkaufsschlager in Afrika. Verstrahlung hört an keiner Landesgrenze auf!

Die Bundeswehr hat einen neuen Einsatzbefehl: Diesmal geht es gegen Piraten vor Somalia. Hat die Bundeswehr diesmal die richtige Ausrüstung? Sind die Soldaten auf das Zusammentreffen mit Atommüll vorbereitet und geschützt? „Somalia ist eines von vielen unterentwickelten Ländern, das seit den achtziger Jahren unzählige Schiffsladungen von Atommüll und anderen schädlichen Abfällen bekam und sie entlang der Küste lagerte. Aufgezählt wurden unter anderem Uran und Cadmium“, erfahren wir aus den Schweizer „Zeit-Fragen“.

4. Am Dienstag dieser Woche tagte um 14 Uhr die Stadtbürgerschaft. Auf der Tagesordnung stand der vorhabenbezogene Bebauungsplan 45. Es geht um die Errichtung eines Autohauses in Bremen-Blumenthal. „Die Linke“ lehnt das Vorhaben ab, da das zur Bebauung vorgesehen Grundstück inmitten eines Trinkwasserschutzgebietes liegt. Es gibt ausreichend voll versiegelte Flächen in Bremen-Blumenthal und Industriebrachen in Bremen-Nord, die alternativ genutzt werden könnten. Inga Nitz hat in der Sitzung diese Argumente vorgetragen, doch die Stadtbürgerschaft stimmte dem Bebauungsplan 45 zu. Ob wir künftig unser **Trinkwasser** bei Aldi kaufen müssen? Iris kümmert sich um eine Demo in Bremen-Nord!

5. Immer mehr Banken haben Liquiditätsprobleme. Sie wollen zum 500-Milliarden-Kuchen! Die Nord-LB, Mutter der Bremer Landesbank, ist auch dabei. Nur von Regressforderungen oder freiwilligen Rückzahlungen der Sondervergütungen der Bankvorstände und Aufsichtsräte ist keine Zeile zu lesen. Den Weg *aus* der Krise sollen diejenigen zeigen, die den Weg *in* die Krise gefunden haben! Der Lissabonner Vertrag verbietet bisher jegliche Reglementierung des Finanzverkehrs. Das ist ein weiterer Grund, diesen Vertrag zu ändern! –

Eine kleinere Belastungssumme – 16 Millionen Euro an Regressforderungen – befürchtet Bremen, wenn die Freie Hansestadt die Verträge mit dem Rennverein kündigt. Diese Zahl hat Bremen selbst ausrechnen lassen! Ein solches Gutachten muss die äußerste Forderungshöhe aufzeigen, damit der Gutachter nicht tiefgestapelt hat. Von Schadensansprüchen oder **Regressforderungen** der Freien Hansestadt Bremen gegen die damals handelnden Personen ist nicht die Rede. Wie selbstherrlich der Rennverein Verträge abschließt, war erst im letzten Jahr nachzulesen: Im neuen Hotel wurden Zimmer für 30 Jahre angemietet, jeweils zu den Renntagen. Alles in dem Bewusstsein, dass Bremen den Verlust übernehmen muss? Zur Geschichte dieser Geldvernichtung siehe Bremer Montagsdemo! –

Die Besetzungsklagen um die offenen Stellen bei Bürgerschaftspräsident Weber gehen in die nächste Runde. Nicht einmal Personalausschreibungen und Besetzungsverfahren bekommt Bremen hin! Das Martinskrankenhaus in Lilienthal hat Insolvenz angemeldet. Warum die Küche im Krankenhaus Mitte so teuer geworden ist, hat Staatsrat Schulte-Sasse dem „Weser-Kurier“ am 6. November 2008 verraten: Es gab keine angemessene Kontrolle! Wo bleibt die Regressforderung an das politische Personal? Wo bleibt der Rücktritt? –

Übrigens haben alle Senatoren ab 1. November 2008 eine Gehaltserhöhung erhalten: Sie bekommen 300 Euro brutto mehr in die Tasche. Zum Vergleich: Um vier Euro auf 351 Euro wurde die Regelleistung für von Sozialtransfers abhängigen Menschen „erhöht“. Die Rentner wurden ebenfalls um den Inflationsausgleich gebracht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Unbildung: 13-Jährige demolieren jüdische Ausstellung *(„Spiegel-Online“)*

Gute Bildung, kostenlos: In 40 Städten demonstrieren insgesamt 100.000 Schüler gegen Bildungsblockaden *(„Rote Fahne News“)*

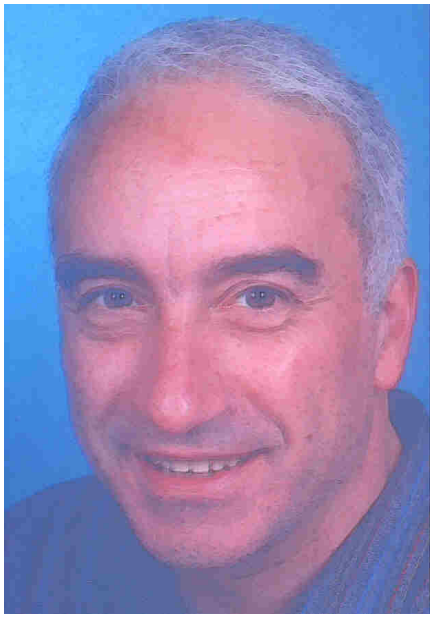
Hauptschüler aus „Pisa“-Vergleich entfernt: Statt Probleme zu lösen, wird die Statistik manipuliert *(„Spiegel-Online“)*

Opel-Management hat „einen Knall“: Eine Milliarde an deutschem Steuergeld soll bei General Motors verbrannt werden *(„Spiegel-Online“)*

Automonteure in Detroit bangen um ihre Jobs: Mit ihren Steuergeldern werden die Finanzjongleure der Wall Street gerettet *(„Spiegel-Online“)*

Jetzt ist es amtlich: Eurozone steckt in der Rezession *(„Spiegel-Online“)*

Geschäftemacherei mit den „Tafeln“



Jeden Tag entsteht eine neue „Tafel“ irgendwo in Deutschland. Immer mehr arme und hungrige Menschen müssen diese „Tafeln“ aufsuchen, um sich Lebensmittel zu besorgen. Was für ein Armutszeugnis in diesem reichen Land!

Am Wochenende bin ich auf eine „Hilfs“-Aktion der Handelskette Rewe gestoßen. Dort gibt es Produkte mit einem Aufpreis zu kaufen, deren Erlös den „Tafeln“ zugute kommen soll. Was als „mildtätige Unterstützung“ daherkommt, ist in Wirklichkeit ein skandalöser Betrug: Die „Tafeln“ erhalten nicht den Geldbetrag, den die Kunden quasi als Spende über Rewe entrichten – sie bekommen nur Lebensmittel geliefert, deren Haltbarkeitsdatum bereits abgelaufen ist!

So macht Rewe Geschäfte mit minderwertigen Waren und setzt das dann auch noch von der Steuer ab! Rewe *verdient* an der ganzen Aktion und versucht, als „sozialer“ Großhändler zu glänzen. In Wirklichkeit findet seit Monaten eine gigantische Preistreiberei statt – durch alle Handelsmonopole wie Lidl oder Aldi. Die Preise gerade für die dringend notwendigen Lebensmittel sind 2008 um zehn bis 15 Prozent gestiegen und haben die Not von Hartz-IV-Betroffenen und Niedriglöhnern stark erhöht. Wir brauchen keine Almosen und keine Betrüger! Wir brauchen sofort einen Hungerzuschlag von 50 Euro pro Monat!

Harald Braun

Lidl vergiftet Obdachlose: „Abgelaufene“ Lebensmittel gezielt mit ätzendem Chlorit verunreinigt *(„Weser-Kurier“)*

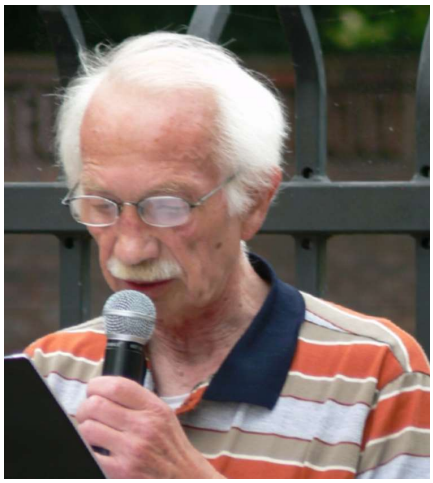
Kniefall der IG Metall: Eine Lohnerhöhung von 2,8 Prozent im Jahr deckt bei Weitem nicht die Preissteigerung *(„Rote Fahne News“)*

Rapider Anstieg der Kurzarbeit: Um die Arbeitslosenstatistik zu schönen, wird Kurzarbeitergeld künftig 18 Monate lang gezahlt *(„Spiegel-Online“)*

„‚Pennergame‘ entwürdigt Obdachlose“: Hamburger SPD-Abgeordnete fordert Verbot von satirisch-sozialkritischem Online-Spiel *(„Spiegel-Online“)*

„Niemals mit Altkommunisten“: Schiefer Humpel „weiß, was starke Frauen wünschen“ *(„Bild“-Zeitung)*

Gegen Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung!



Die Aktiven der BAG-SHI lassen sich nicht unterkriegen! Im September beschloss eine Koordinierungsgruppe des Vereins hier in Bremen die Gründung eines neuen bundesweiten Dachverbandes. An diesem Wochenende kamen etwa 50 Delegierte und Einzelkämpfer(innen) in der Jugendherberge Meppen zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zusammen und gründeten die „BAG Prekäre Lebenslagen e.V. – gegen Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung“ (Plesa). Die alte, in Insolvenz gehende „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“ existiert hinfort nicht mehr.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen eine Aufarbeitung der Vergangenheit und eine völlige Neustrukturierung, um gravierende Versäumnisse und Nachlässigkeiten im Umgang mit den Finanzen, die zum Zusammenbruch der alten BAG-SHI geführt hatten, von vornherein auszuschließen. Das Bundestreffen fand in einer solidarischen und freundschaftlichen Atmosphäre statt, und es wurde vermieden, „schmutzige Wäsche zu waschen“, das heißt Beteiligte anzuklagen, zu sanktionieren oder sonst wie zu diffamieren. Schließlich wurde offensichtlich, dass niemand aus dem Kreis der Verantwortlichen zum Zweck der persönlichen Bereicherung betrügerisch gehandelt hat.

Der neue Verein wird seine Arbeit so schnell wie möglich aufnehmen. Ganz oben auf der „Prioritätenliste“ wird der Kampf um eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze stehen. Ein jetzt gewählter vorläufiger Vorstand wird die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines regulären Vorstandes auf der konstituierenden Mitgliederversammlung im Sommer kommenden Jahres führen. Weitere Arbeitsschwerpunkte werden sein: Hilfe bei der Selbstorganisation von Initiativen, Hilfe bei der Vernetzung von Initiativen untereinander, Unterstützung bei der Selbstorganisation, zentrale und regionale Informations- und Bildungsveranstaltungen, solidarische Bündnispolitik, Information der Öffentlichkeit über die Lebensbedingungen der Betroffenen und Unterstützung der Initiativen vor Ort.

Der Verein erstellt und veröffentlicht wie bisher Informationen und Fachliteratur zum Sozialrecht, zur Gewährungspraxis von Behörden sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen und Stellungnahmen zu aktuellen sozialpolitischen Themen. Er gibt außerdem einen periodisch erscheinenden Rundbrief heraus. Fast alle Beteiligten auf der Versammlung waren sich einig, und deshalb kam es auch zu der schnellen Neugründung: Ein bundesweiter Dachverband aller Er-

werbsloseninitiativen, besonders auch unter Einschluss aller prekär Beschäftigten, ist heute notwendiger denn je!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Dietrich Kittner, „Inhaber des anerkannt schlimmsten Schandmauls“ („Münchner Merkur“), kommt am **Dienstag**, dem **18. November 2008**, um **20 Uhr** anlässlich des 25-jährigen Bestehens des „Bremer Friedensforums“ in die Evangelische Zionsgemeinde, Kornstraße 31. Karten im Voraus gibt es bei Ernst Busche (Telefon 355 816) oder in der „Villa Ichon“, Goetheplatz 4. Sie kosten neun Euro für „Prekär-Verdiender(innen)“ und 18 Euro für diejenigen, „die es sich leisten können“.

Senioren in den Regen, Jugendliche in die Wildnis

Heute möchte ich auch in euer aller Namen unserem Mitstreiter Jürgen Karbe zum 50. Geburtstag gratulieren. Er ist heute nicht da, weil er diesen Geburtstag begeht. Jürgen ist mit seiner Blindheit sehr gehandicapt, aber das Gegenteil von resigniert. Er ist offen für den aktiven Kampf für eine andere Welt und begeistert sich immer wieder mit und für die Jugend. Darum alles Gute, Gesundheit, und behalte deine kämpferische Sicht!

Der letzte Sonnabend war mit den Protesten in Gorleben und der Demonstration der bundesweiten Montagsdemo-Bewegung in Berlin sehr aktiv. Dies zeigt, dass die Menschen im ganzen Land nicht einverstanden sind mit der Regierungspolitik. Was wollen sie uns nicht alles glauben machen: Die Bürger seien „so zufrieden mit der schnellen Entscheidung“ in Sachen Finanzkrise! Ja, was denken diese Politiker denn eigentlich? Nur dem maroden Bankensystem weiteres Geld zu dessen Sanierung und späteren Gewinnprivatisierung zuzuschanzen, das reicht doch nicht!

Das jetzige politische System braucht schließlich nicht die Zeche zu zahlen, das werden die Zukünftigen tun müssen, oder sie werden, was ich denke und auch hoffe, den Spieß umdrehen und diesem ganzen Verwirrungsdickicht, den verfaulten „Sachzwängen“ und dem ganzen System den Garaus machen! In Ber-

lin haben über 5.000 Menschen demonstriert. Mir schienen es weit mehr zu sein. Wenn man die Begeisterung bewertet, waren es zehnmal so viel!

Als bei der Demo nach dem ältesten Teilnehmer gefragt wurde, meldete sich einer mit 81 Jahren. Unser Karl-Heinz, vor kurzem 85 Jahre alt geworden, hatte es gar nicht gehört, weil er so aktiv mit dem Verkauf von Montagsdemo-Postkarten beschäftigt war: 38 Stück hat er verkauft, eine tolle Leistung! Solch stetige Aktivität gibt uns die Kraft und Möglichkeit, Demos und Aktionen wo auch immer anzupacken. Unser Bus kostete 900 Euro, wir waren aber nur 26 Reisende, denn es gab Absagen, etwa aus Krankheitsgründen, bis zur letzten Minute. Da war ein Defizit vorprogrammiert. Aber Sonderspenden, der Verkauf von Postkarten oder Buttons und nicht zuletzt der Überschuss aus unserem Sommerfest haben dafür gesorgt, dass wir letztlich nur etwa 100 Euro aus unserer „eisernen Reserve“ nehmen mussten.

Mit dem Transparent und den „Har(t)zer-Käse“-Kostümen standen wir wieder im Mittelpunkt der fotografierenden Demonstranten. Die Busfahrt war schnell, sauber und gut, sodass alle Teilnehmer zwar müde, aber doch gestärkt nach Hause kamen. „Nach Berlin“ gehen nun alle Kämpfe weiter, ob gegen Hartz IV, die Atom-Politik, die Abhör- und Kriminalisierungspläne und -praktiken oder den Kriegskurs in Afghanistan.

Dazu kommen die Bremer „Kleinigkeiten“ wie der Bau eines Autohauses im Wasserschutzgebiet in Blumenthal oder die Schließung des „Wehrschlosses“, die mit der „Umnutzung“ eines Jugendheims an der Drebberstraße einhergeht. Dorthin fährt kein Nachtbus, und die Jugendlichen werden in die Wildnis geschickt. Auch die Senioren, die im „Wehrschloss“ ihre Nachmittage verbracht haben, lässt man einfach im Regen stehen. Haus und Grundstück sollen verkauft werden, sicher für Eigentumswohnungen und Reihenhäuschen mit bester Südlage zur nahen Weser. Der Masse der Bevölkerung bleibt wieder nur die Arschkarte! Vielen Dank den Damen und Herren im Senat, wir haben mehr als genug davon!

Jobst Roselius

Aus der Arbeitslosigkeit in die „Nichterwerbstätigkeit“

1. Mindestens einmal wöchentlich steht in irgendeiner Zeitung, dass immer mehr Hartz-IV-Bezieher gegen die Bescheide der Jobcenter klagen. Überall ist dann zu lesen, dass im ersten Halbjahr 2008 an den deutschen Sozialgerichten knapp 62.000 entsprechende Verfahren verhandelt wurden. Für die armen Richter bedeutet das einen immer höher werdenden Aktenberg und dass sie, seit sie nicht

mehr drübergucken können, inzwischen gar nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht.

Die **Streitfälle** beziehen sich oft auf die Frage nach angemessenem Wohnraum, einer Erstausstattung, einem Sozialticket und noch viel mehr an Existenziellem. Die Gesetze, die Hartz-IV-Leistungen regeln, sind oft schwammig ausgedrückt, sodass immer wieder unklar bleibt, wonach sich die Kriterien eigentlich genau richten. Offenbar im Zweifel nach dem für Transferleistungen immer zu leeren Staatssäckel! Weil die Politiker die Anti-Sozialgesetze mit glühendheißer Nadel strickten, muss jetzt in Zehntausenden Gerichtsverfahren mühsam herauskristallisiert werden, was eigentlich „angemessen“ genau heißt. Es gibt doch zu denken, wenn jede zweite Klage erfolgreich ist!

Umgekehrt lässt sich daraus unzweifelhaft schließen, dass etwa die Hälfte der von der Arge erstellten Bescheide fehlerhaft ist. Fast vier Jahre nach Inkrafttreten der menschenverachtenden Hartz-Gesetze lässt sich nur die ernüchternde Bilanz ziehen, dass die praktische Umsetzung nicht wie gedacht funktioniert und dass der Verwaltungsaufwand größer geworden ist statt kleiner! Und statt dafür zu sorgen, dass die Gesetze erst überdacht werden, bevor man sie ungelesen verabschiedet, soll Hartz-IV-Beziehern, die sich gegen definitiv falsche Bescheide wehren wollen, der Rechtsweg erschwert bis verunmöglicht werden.

2. Ulrike Herrmann schrieb in der „Tageszeitung“ einen Artikel über die Trickserein mit Langzeitarbeitslosen. Die SPD jubiliert mit den anderen neoliberalen Parteien darüber, dass die Agenda 2010 „wirke“ und zumindest offiziell die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt. In Wirklichkeit haben die jedoch gar keinen Job, sondern fallen durch besagte Raffinesse aus der **Statistik** heraus! Es muss unbedingt wie ein Erfolg aussehen, also „darf“ sie aufgehübscht werden, was das Zeug hält! Wer arbeitslos ist, das ist keine Frage von Fakten mehr, also ob erwerbstätig oder nicht, sondern inzwischen nur noch eine Frage der Interpretation!

Uns wird als Erfolg vorgegaukelt, die offizielle Zahl der Langzeitarbeitslosen sinke sogar schneller als die „einfache Arbeitslosigkeit“. Wie sich dies erklären lässt? Die *Spezialdemokraten* behaupten naiv, die Agenda „wirke“. Dabei sind die offiziellen Statistiken eigentlich kaum zu benutzen, weil hier nur getrickst wird, um auf Teufel komm raus zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Nicht alle Ex-Arbeitslosen verschwinden in den Beruf, wie die monatliche Abgangsstatistik der Bundesagentur „belegt“. Wenn zum Beispiel ein Hartz-IV-Bezieher für drei Monate in einen Ein-Euro-Job gezwungen wird, ist er hinterher zwar arbeitslos, jedoch nicht mehr langzeitarbeitslos. Gleiches gilt auch für Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie für Krankheiten, die länger als sechs Wochen dauern. So wird aus einem echten Langzeitarbeitslosen ein statistischer Kurzzeitarbeitsloser.

Dabei fallen drei Phänomene an der Statistik besonders auf. Erstens: Im Oktober fanden 272.117 Arbeitslose eine neue Stelle. Aber fast genauso viele, nämlich 237.543 Menschen, haben die Arbeitslosenstatistik verlassen, *ohne* hinterher einen Job zu haben: Sie wurden in die „Nichterwerbstätigkeit“ entlassen. Darunter gelten 145.541 als arbeitsunfähig. Das ist ein Plus von 11,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Aber eine Epidemie ist nicht ausgebrochen! Manchmal wird aus der Arbeitsunfähigkeit ein permanenter Zustand. 2007 stieg auch die Zahl der Erwerbsunfähigen, die Grundsicherung bekommen. Sie fallen aus der Arbeitslosenstatistik heraus und werden in die Grundsicherung umgebucht. Wer etwa Angehörige pflegen muss, erhält zwar weiter Hartz IV, gilt aber nicht als arbeitslos. Offenbar sind die Jobcenter in Hamburg großzügig, wenn es gilt, Hartz-IV-Empfänger aus der Arbeitslosenstatistik zu entfernen.

Beim IAB hält man es für „etwas kurzschlüssig“ zu glauben, dass „weniger Langzeitarbeitslose“ bedeute, die meisten von ihnen hätten einen Job gefunden. Zur Erinnerung: Die erklärte Absicht im August 2002 von Peter Hartz war doch, die registrierte Arbeitslosigkeit von über vier Millionen innerhalb von drei Jahren zu halbieren. Inzwischen sind sechs Jahre vergangen, und es wurde trotz aller statistischer Korrekturen, trotz der explosionsartigen Ausweitung des Niedriglohnsektors und trotz verschärften Drucks auf die Arbeitslosen durch Verfolgungsbetreuung das Versprechen nicht annähernd erreicht. Dennoch wird permanent und unaufhaltsam vom Pseudo-Erfolg geblubbert! Vielleicht wird die anstehende Rezession endlich darüber belehren, dass die Nachfrage nach Arbeit vor allem von der Konjunktur abhängt – und auch die Erkenntnis bringen, dass Autos keine Autos kaufen können.

3. Einem Verein in Frankfurt am Main soll vom Finanzamt die **Gemeinnützigkeit** aberkannt werden, weil er Hartz-IV-Bezieher unterstützt! Der Verein „Höchster Leuchtfeuer“ organisiert gemeinsame Mahlzeiten, Feiern und Bootsfahrten für ALG-II-Bezieher und andere finanziell Schwache. Es wird behauptet, diese Unternehmungen für Hartz-IV-Bezieher, die nicht unter die Jugend- und Altenhilfe fallen, seien „problematisch“. Der Vorwurf lautet allen Ernstes, dass „die Unterstützung wirtschaftlich Hilfsbedürftiger vielmehr auf die menschlichen Grundbedürfnisse abzielt: Ernährung, Kleider, Körperpflege und Hausrat.“ Dann sind also Geselligkeit, Freizeitkultur und unbeschwerte Stunden aus amtlicher Sicht für diese Personengruppe nicht vorgesehen?

Vom Verein wird verlangt, dass Hartz-IV-Bezieher nicht mehr mit aus Spenden finanzierten Mahlzeiten verköstigt werden dürfen, auch nicht zu Nikolaus und Weihnachten. Solche gesetzlichen Grundlagen sind doch absolut menschenunwürdig und müssen zwingend geändert werden! Es können doch zuvor keine Einkommensermittlungen durchgeführt werden – von Spendengeld, das für bedürftige Kinder und Erwachsene gedacht ist und nicht für völlig absurde Amtsvorgänge! Offenbar hat hier der Gesetzgeber jegliches Augenmaß für Gerechtigkeit und Menschlichkeit verloren.

Dann soll die Behörde doch einer blinden und alleinerziehenden Mutter erklären, warum sie mit ihren drei Kindern nicht an einer Bootsfahrt auf dem Main teilnehmen darf! Auch könnte das Amt die vielen Bedürftigen, die zu Weihnachten kommen, mit einem mobilen Kopiergerät empfangen und ihnen Einkommensbescheide und Kontoauszüge abverlangen. Das wird sicher ein ganz besonders beschauliches Weihnachten werden, ein Fest der Liebe! Als die Hartz-IV-Bezieher hörten, dass sie selbst von diesem Verein ausgegrenzt und ausgesperrt werden sollen, haben manche von ihnen geweint oder fühlten sich zutiefst gedemütigt.

Ich halte die Überlegung für gut, dem Finanzminister in Wiesbaden einen Besuch abzustatten, damit er persönlich den Betroffenen erklären kann, warum sie Weihnachten allein und frierend zu Hause in ihrer kalten Wohnung sitzen sollen. Ich frage mich ohnehin immer wieder, warum und von wem eigentlich Hartz-IV-Bezieher, also die Ärmsten der Armen, zum Sündenbock der Gesellschaft degradiert werden, an denen dann die ganzen heimlichen sadistischen Neigungen und Bestrafungsfantasien ausgelassen werden „dürfen“. Hauptsache, die eigene Weste bleibt so weiß wie der Schnee, der hoffentlich ganz romantisch weiße Weihnachten bescheren möge! Auf dass diesen Projizierern jeder Bissen ihrer fetten Weihnachtsgans einzeln im Halse stecken bleiben möge!

4. Vor über einer Woche mussten wir das Statement des streitbaren Professor (Un-)Sinn ertragen. Nun konfrontierte uns auch der niedersächsische Ministerpräsident damit: **Holocaust-Verharmlosung**, die zweite! In einer Talkshow postulierte Christian Wulff, wenn jemand Zehntausende Jobs „sichere“ und Millionen an Steuern zahle, dann dürfe gegen ihn keine „Pogromstimmung“ verbreitet werden. Obwohl ihm sogleich entgegengehalten wurde, dies sei wohl nicht der passende Vergleich, korrigierte er seinen Fauxpas nicht, sondern schob – ohne das Wort zu wiederholen – nach, hier werde „sehr stark gegen Leute geredet, die das nicht verdient“ hätten.

Ach Gottchen, den bedauernswerten Managern wird im Moment aber auch zugesetzt! Was dagegen mit den Hartz-IV-Beziehern so alles veranstaltet wird, ist sicherlich nur als konstruktive Kritik zu verstehen, oder? Wulff entschuldigte sich später für seine Äußerungen zum Umgang mit Managern in der Finanzkrise, dennoch legte ihm der Zentralrat der Juden einen Rücktritt nahe. Ich persönlich halte es für völlig ausgeschlossen, dass der Ministerpräsident nichts von den Entgleisungen seines Bruders im Geiste, Professor (Un-)Sinn, mitbekommen hat. Ob Wulff davon ausging, sich mit seinem Pogromvergleich interessant zu machen?

Die Frage bleibt indes unbeantwortet, ob er sich aus den vermuteten Reihen der Zustimmenden neue Wähler rekrutieren wollte. Ausgerechnet kurz vor dem 70. Jahrestag der Reichspogromnacht wird uns der Mann doch wohl kaum erzählen wollen, er wisse nicht, dass unter einem Pogrom eine gewaltsame, auch organisierte Massenausschreitung gegen Mitglieder einer religiösen, nationalen, ethnischen oder andersartig definierten Minderheit oder Gruppe der Bevölkerung,

verbunden mit Plünderungen und Misshandlungen sowie Mord oder Genozid, verstanden wird!

5. In Lübeck prüft die Arge derzeit bei mehr als 3.000 Familien, ob sie aus dem Leistungsbezug ausgesteuert werden können. Die Familien, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt selbständig zu sichern, werden beauftragt, Wohngeld und den seit Oktober erhöhten Kinderzuschlag zu beantragen. Im April verfügte der Gesetzgeber, dass andere **Sozialleistungen** Vorrang vor Hartz IV haben. Weil der Kinderzuschlag und das Wohngeld gerade erhöht wurden, setzt die Lübecker Arge prompt die Vorgabe um. Das sorgt selbst bei konservativen Sozialpolitikern für Unverständnis angesichts dieser Taschenspielertricks, weil die Kinder de facto keinen Cent mehr in der Tasche haben: Wenn die Familien dadurch ihren Anspruch auf Sondervergünstigungen wie Schulranzen oder die GEZ-Befreiung verlieren, werden sie in eine noch tiefere Armut getrieben!

Es muss jetzt nicht mehr verwundern, wenn der DGB die neue Politik der Behörde sogar begrüßt: Die „vorgeschalteten Sicherungssysteme“ müssten ausgebaut werden, weil Hartz IV das demütigendste Hilfesystem sei. Ist Hartz IV vielleicht nicht hausgemacht, kann dort nicht das Prinzip der Dehumanisierung außer Kraft gesetzt werden? Eigentlich sollte jeder zufrieden sein, der aus der Verfolgungsbetreuung herauskommt. Uneigentlich dürfen sich daraus aber keinerlei andere Nachteile entwickeln. Auch wird der Kinderzuschlag im Gegensatz zu anderen Transferleistungen erst gewährt, wenn alle Unterlagen vollständig da sind. So geht den Eltern bestimmt der eine oder andere Monat flöten! Was soll daraus bloß für ein Gerenne entstehen?

Mich nervt es ohnehin, wenn ich mich am einzig offenen Nachmittagstermin der Arge – nun nach getaner Arbeit – dort in die Schlange einreihen und eine Stunde warten muss, bis ich ein Formular für die GEZ-Befreiung ausgefüllt habe und abgestempelt wieder mitnehmen kann. Dabei sind meine Kinder groß; ich muss sie nicht mehr mitnehmen oder unterbringen. Wie mag es den Müttern und Vätern ergehen, die am einzig freien Nachmittag – mit den sich gelangweilt streitenden Kindern an der Hand – erst bei der Behörde für den Kinderzuschlag anstehen müssen, dann beim Wohngeldamt, bei der Kindergeldkasse und schließlich noch bei der Arbeitsagentur, um den Rentenanspruch zu sichern? Wie mag das erst bei monatlich unterschiedlichem Gehalt sein? Alles nur, weil ALG II nachrangig ist und auf diese Weise die Statistik aufgehübscht wird, damit die Bundesregierung fein raus ist und sich vorm Ausland anerkennend auf die Schulter klopfen lassen kann, weil sie ja scheinbar etwas gegen die Kinderarmut unternommen hat! Als ob für die Kinder bei diesem Statistikgehopse etwas herauskäme!

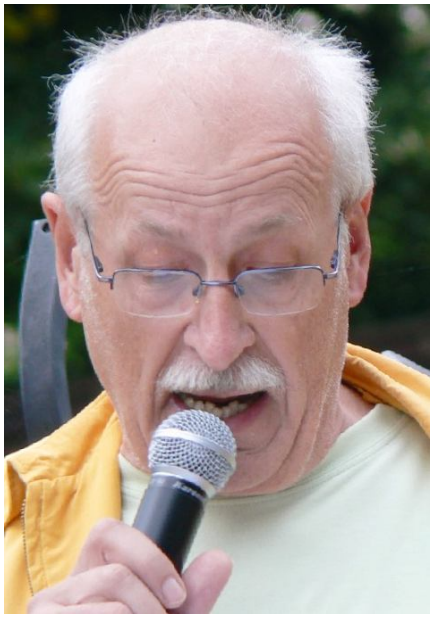
6. Was bei den Ärmsten der Armen eingespart wird, darf ganz munter von unten nach oben verteilt werden. Das geschah letzten Donnerstag bei der sogenannten reformierten **Erbschaftsteuer**. Die Spitzen der Großen Koalition einigten sich auf Eckpunkte zur Neuregelung des Erbschaftsteuergesetzes. Die Fristen verkürzen

sich, innerhalb derer ein Unternehmen weitergeführt werden muss, um von Steuern befreit zu sein. Außerdem soll sowohl eine weitgehende Befreiung von selbstgenutztem Wohneigentum von der Erbschaftsteuer eingeführt werden wie eine gravierende Erhöhung der Freibeträge bei geerbtem Geld- und Sachvermögen. Die Neuregelungen treten bereits zum 1. Januar 2009 in Kraft. Nach dem Koalitionsbeschluss können Familienunternehmen komplett steuerfrei bleiben, wenn der Betrieb zehn Jahre mit nicht wesentlich sinkendem Lohnkostenvolumen weitergeführt wird.

SPD-Fraktionschef Peter Struck zeigt sich zufrieden mit der Einigung, während Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Grünen, bemängelte, die Bundesregierung mache sich zur „Koalition der Millionärsschützer“. Oskar Lafontaine beklagte, dass der jährliche Reichtumszuwachs der Volkswirtschaft allein den Empfängern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugute kommt, während die Reallöhne, Renten und Sozialleistungen seit vielen Jahren sinken oder stagnieren. Ähnliche Kritik hagelt es auch von „Attac“, weil diejenigen, die von den liberalisierten Finanzmärkten profitiert haben, nun noch beschenkt werden, statt dass sie für die Kosten der von ihnen verursachten Krise aufkommen müssen! „Attac“ forderte eine Sonderabgabe auf Vermögen zur sozial gerechten Finanzierung des Bankenrettungspakets der Bundesregierung, denn das Beschlossene kommt einem Klassenkampf von oben gleich!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Dafür haben wir kein Geld“



Vor zwei Wochen war ich mit meiner Frau bei einer Musikveranstaltung im „Wehrschloss“ und wurde Zeuge von den Ungerechtigkeiten, die nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen stattfinden. Ich unterhielt mich mit mehreren älteren Menschen, die mir mitteilten, dies sei wohl eine der letzten Veranstaltungen, da sie im Dezember hier rausmüssten: Der Träger ziehe sich zurück. Ohne Schleichwerbung machen zu wollen: Dieser Träger ist die „Arbeiterwohlfahrt“! Ihr sei die Betreuung der älteren Menschen durch eine Fachkraft zu teuer.

Von einem anderen Träger werden Jugendliche betreut. Auch diese Nutzung sei zu teuer. Ich kann verstehen, dass man wirtschaftlich handeln muss, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Doch hier wird vergessen, dass für den Steuerzahler demnächst viel höhere Kosten entstehen! Das „Wehrschloss“

soll nun verkauft werden, was aber nicht so einfach ist, weil es unter Denkmalschutz steht. Alle Parteien waren sich darüber einig, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, wonach das Wehrschloss unbedingt erhalten werden soll. Das hätte aber eine beschränkte Nutzung zur Folge.

Mich entsetzt die Tatsache, dass hier circa 65 bis 75 ältere Personen auseinandergerissen und auf verschiedene Stellen verteilt werden sollen. Ihre Gemeinschaft wird zerstört, und sie werden in Isolation gedrängt. Was das für die Zukunft bedeutet, kann wohl jeder ahnen: Mehrkosten für die Allgemeinheit, denn Isolation bedeutet auch vorzeitige Krankheitsanfälligkeit!

Von den Sparmaßnahmen sind auch die jüngeren Menschen betroffen. Für sie entsteht eine „Alternative“ in Hemelingen, ein Neubau. Vergessen wird dabei, dass es keine Nachtverbindung gibt: Die Jugendlichen müssen entweder früher nach Hause oder abgeholt werden oder, was noch schlimmer wäre, zu Fuß heimgehen. Ich könnte mir daher vorstellen, dass diese „Alternative“ gar nicht richtig genutzt wird. Meine Frage an die Politiker ist nun: Wie können Sie so etwas zulassen? Wieso kann der Staat nicht unterstützen, was dem Gemeinwohl dient?

„Dafür haben wir kein Geld“, heißt es. Ist uns denn unsere Gemeinschaft nichts mehr wert, liegt jetzt alles nur noch am Geld? Als guter Demokrat möchte ich euch an eines erinnern: Das „Wehrschloss“ gehört zwar dem Staat, doch der Staat sind alle Bürger, und ihr Politiker seid nur Vertreter und Verwalter auf begrenzte Zeit, daran solltet ihr jetzt endlich mal denken! Wer in der Politik zu kurzfristig denkt, bekommt bei der nächsten Wahl die Antwort!

Udo Riedel (parteilos)

Beihilfe zur Insolvenzverschleppung: Welche GmbH bekommt eine Staatsbürgschaft, wenn der Geschäftsführer darum bettelt? *(„Frankfurter Allgemeine“)*

„Bundestrojaner“ durchgewunken: Polizei wird Geheimdienst *(„Spiegel-Online“)*

Typisch grün: Auch Koteletten-Özi kann sich Neubau von Kohlekraftwerken „vorstellen“ *(„Stern“)*

Denk ich an „Wikipedia“ in der Nacht: Dann bin ich um den Schlaf gebracht *(„Stern“)*

Ein-Euro-Job statt 400-Euro-Job: Hartz IV wird weiter verschärft *(„Rote Fahne News“)*

Die nächste **Montagsdemo** findet noch auf dem Marktplatz statt.
Am **24. November 2008** ist erstmals Treffen vor der „Glocke“ an der **Domsheide**, immer um **17:30 Uhr**

Der Novemberrevolution soll nicht gedacht werden

Teils noch erschöpft, aber gestärkt trafen wir uns zur 206. Montagsdemo in Bremen am 10. November 2008 um 17:30 Uhr. In den nächsten Minuten kamen etwa 35 Teilnehmer zusammen. Im Bremer Rathaus war zu dieser Stunde die „Nacht der Jugend“ angesagt. Mit den Jugendlichen versuchten wir ins Gespräch zu kommen, was aber nur zum Teil gelang. Die „Nacht der Jugend“ findet aus Anlass des Gedenkens an die Pogromnacht der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung statt und ist im Prinzip eine gute Sache. Viele antifaschistische Jugendliche kommen aus diesem Anlass in die Stadt. Nur für die Zukunft dieser lebendigen Jugend tut der Staat fast nichts! Und die Geschichte wird zu großen Teilen ausgeblendet: Dass gleichzeitig auch des 90. Jahrestages der Novemberrevolution in Deutschland zu gedenken ist, soll nicht vorkommen. Wir brachten es aber zur Sprache!

Eine kleine Nachlese zur Großdemonstration in Berlin war natürlich richtig und wichtig. Wie sehr unsere Veranstaltung hinter der Gorleben-Demo und herunterspielender „Berichterstattung“ versteckt wurde, zeigte die Teilnehmerzahl: Ein ruhiger Bremer Zähler hatte um die 8.000 ermittelt, die „Berliner Morgenpost“ verkleinerte auf 1.400. Die Herren sollten mal die Brille putzen!

Es gibt neue Erwerbsloseninitiativen und Forderungen an Obama, auch den Afghanistankrieg zu beenden. Die unendlich widerwärtigen Versuche der Argen, die Hartz IV-Betroffenen auszugrenzen, wo es nur geht, indem karitativen Organisationen verboten werden soll, ALG-II-Bezieher an Kaffeetafeln teilnehmen zu lassen, waren weitere Themen. Sehr viele spontane Beiträge zu der ganzen aktuellen Schweinerei zeigten die Wachheit und Empörung der Menschen. Wir müssen besonders die vorwärtsschreitende Faschisierung des Staatsapparates und die Verhetzung der Bevölkerung durch die selbstherrliche, auf tönernen Füßen stehende Staatsmacht weiter offenlegen und angreifen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Opel vor dem Crash: Steinmeier trimmt Betriebsräte
auf Lohnverzichtskurs *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

207. Bremer Montagsdemo am 17. 11. 2008

Hartz IV wird erneut verschärft

Die Finanzkrise verhilft nun wohl der Wirtschaftskrise zum Ausbruch. Im Sommer gab es erste statistische Werte für eine Rezession. Jetzt im vierten Quartal ist nicht nur die Autoindustrie – alle Produzenten, auch VW, melden Rückgänge – mit ihren Zulieferern dran, nein: Auf breiter Front gibt es Auftragsrückgänge. Die großen Konzern holen sich die nach außen vergebenen Produktionsteile zurück, die Leiharbeiter werden entlassen, und die kleinen Unternehmen gehen zum Teil der Schließung oder massiver Kurzarbeit entgegen. Das ist die eine Seite.

Die andere lautet, dass noch nie so viele und so hohe Gewinne gemacht wurden wie in den letzten Jahren. Das war und ist auch die Grundlage für die Acht-Prozent-Forderung bei der IG Metall, für die sich die Kollegen sehr eingesetzt haben. Und nun, mitten in der Vorbereitung eines Streiks, weil die Arbeitgeber ihr Angebot nicht aufbessern wollten, schließen die von der SPD-Denkweise gesteuerten Gewerkschaftsoberen mit Herrn Huber an der Spitze einen sogenannten „Tarifkompromiss“, vielmehr einen „Kniefallabschluss“ von, wenn es hoch kommt, 2,6 Prozent im Jahr ab, während die Gehälter und Vergünstigungen der Vorstände, Aufsichtsräte und leitenden Angestellten um 42 Prozent und mehr gewachsen sind! Die Kollegen fühlen sich massiv verarscht!

Nun will Opel eine Bürgschaft über bis zu zwei Milliarden Euro vom Staat. Erst die Banken, jetzt die sowieso schon subventionierten Superkonzerne! Welcher von diesen neuen „Bettlern“ kommt als nächster? Gleich zu Beginn dieser Woche sind die Herren von Opel schon mal bei Frau Merkel zu Gast, und die Betriebsräte der Autokonzerne üben das Niederknien bei Steinmeier.

Dann war die G20-Runde in Washington. Alle sind happy. Herausgekommen ist nichts, aber man arbeite dran, sagt Herr Ackermann devot, damit es für die Banker nicht zu schlimm kommen möge und alles beim Alten bleibe. Für die Großkotzigen nicht so sehr, für die breite Masse der Menschen umso schlimmer werden die Folgen der Wirtschaftskrise sein. Es ist darum ein völlig falscher Weg,

jetzt zum Beispiel aus der Gewerkschaft auszutreten. Nein, unter den Kollegen muss man intensiv diskutieren: Wie wehren wir uns richtig, wie entwickeln wir in den großen Konzernen und Betrieben einen selbständigen Kampf? Denn es ist nach wie vor so, dass die Kollegen den aktiven Kampf wollen und bereit sind, sich einzusetzen. Wir von der Montagsdemo können die Kollegen und Belegschaften unterstützen, und wir bieten ihnen hier ein Forum an, von ihrer Lage und Stimmung zu berichten.

Während Frau Merkel für die Großkonzerne und Banken warme Sofakissen häkelt, suchen die sadistischen Bürokraten in den oberen ministerialen Amtsstuben nach Einsparpotential zugunsten der Konzernspitzen. Von der unter den Teppich gekehrten Realität berichtet „Rote Fahne News“: Am 13. November 2008 hat ein vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Olaf Scholz (SPD) eingebrachtes „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ die erste Lesung im Bundestag passiert. Es soll bereits am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Darin werden die Zumutbarkeitskriterien für die Übernahme jedweder Arbeit weiter verschärft. Menschen, die von ALG II leben müssen, können gezwungen werden, einen „Minijob“, der beispielsweise mit 400 Euro entlohnt wird, aufzugeben und einen Ein-Euro-Job anzunehmen – wenn dieser nach Auffassung der Arge eine bessere „Vermittlungschance“ in eine unbefristete Arbeit darstelle! Diese „Vermittlungschancen“ erwiesen sich schon bisher als blanke Illusion. Viele gemeinnützige Projekte werden mit dem neuen Gesetz für das Ein-Euro-Job-Unwesen geöffnet.

Die sogenannten Eingliederungsvereinbarungen, die ALG-II-Bezieher bei den Argen unterschreiben müssen, werden künftig vielfach die verschärften Regelungen enthalten. Lehnt der Betroffene eine solche aufgezwungene „Vereinbarung“ ab, hat ein Widerspruch gegen den dann folgenden Verwaltungsakt keine aufschiebende Wirkung mehr: ALG II oder Wohngeld werden gestrichen! Kein Wunder, dass auch die Prozesskostenhilfe gekürzt wird. Mit den neuen Regelungen wird jedoch vor allem auch das Arbeitslosengeld I ins Visier genommen. Vorgesehen sind verschärfte Sperrfrist-Regelungen, Kürzungen bei Fortbildungsmaßnahmen und die Zusammenfassung von Beförderungs-, Bewerbungs- und Mobilitätskosten in ein sogenanntes „Vermittlungsbudget“, das dann unterm Strich vermutlich deutlich weniger ausmacht. Wohlgemerkt: Für diese Ansprüche haben Arbeiter und Angestellte jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt!

Ebenfalls am 13. November 2008 hat das Bundessozialgericht mehrere skandalöse Urteile zu Hartz IV gefasst. Kinder von unverheirateten ALG-II-Beziehern haben keinen eigenen Anspruch auf Leistungen, wenn sie mit einem Elternteil und dessen Partner leben. Auch Asylbewerbern sprach das BSG diesen Anspruch ab – mit der zynischen Begründung, sie stünden für den ersten Arbeitsmarkt ja gar nicht zur Verfügung, weil sie nur eine befristete Aufenthalterlaubnis haben. Und Ein-Euro-Jobber haben keinen Anspruch auf Erstattung von Fahrtkosten zur Arbeit. In bemerkenswerter Offenheit erklärten die Richter, die „Mehraufwands-

entschädigung“ für einen Ein-Euro-Job sei kein Lohn im eigentlichen Sinne und müsse auch gar nicht unbedingt einen Anreiz für die Tätigkeit darstellen. Diese Vorstellung des Betroffenen verkenne den „Zweck des Ein-Euro-Jobs“!

Die Gesetzesvorlage zur „Neuausrichtung der arbeitspolitischen Instrumente“ müsste im Klartext „Gesetz zur Verschärfung der Daumenschrauben gegen Arbeitslose und ihre Familien und zur Ausdehnung der Lohndrückerei“ heißen. Hartz IV muss weg, ohne Wenn und Aber! Wir brauchen eine vernünftige Verteilung der vorhandenen Arbeit, die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf Kosten der Monopolprofite, die Erhöhung des Arbeitslosengelds I und seine Zahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Aber auch die Jugend ist wach. Schüler in fast allen großen Städten in Deutschland, allein in Bremen über 7.000, waren letzte Woche im Streik. Es bewegt sich also etwas im Land! Gehen wir auf alle zu, die etwas verändern wollen, zusammen sind wir mehr! – Heute waren wir zum letzten Mal für dieses Jahr hier auf dem Marktplatz. Ab kommendem **Montag** treffen wir uns um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir machen dann jedes Mal nach kurzer Kundgebung unsere **Demo** zum Hanseatenhof, wo wir etwa ab 18 Uhr anzutreffen sind.

Jobst Roselius

Die Grünen sagen Ja zu Kernkraft, Kohlekraft, Trinkwassergefährdung

1. Heute beginne ich mit dem Wichtigsten: **Trinkwasser**! Ohne gutes Trinkwasser geht nichts. Die Stadtbürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen hat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 45 abgesegnet: Das Autohaus darf gebaut werden, inmitten eines Trinkwasserschutzgebietes! „Die Linke“ hat für die Trinkwassersicherheit gestimmt. Die Grünen haben dagegen der Planung zugestimmt. Begründung: In der Nähe ist ohnehin die Autobahn, daher kann auch das Autohaus dort gebaut werden. Bedeutet dies: Wenn Bremen eine neue Ampelanlage braucht, wird die Ampel an der meistbefahrenen Kreuzung abgebaut, weil dort die Gefahr eh schon vorhanden ist?

Die Nordbremer wollen Umweltsenator Loske am **Mittwoch** dieser Woche befragen, um **20 Uhr** im **Domkapitelsaal** an der Domsheide. Das Thema lautet: „Umweltschutz statt Autoschmutz“, und es stimmt! Das „Bremer Forum für

Wohn- und Lebensqualität“ lädt zu dieser öffentlichen Diskussionsveranstaltung ein. Geladene Gäste sind unter anderem Prof. Heiner Monheim (Verkehrsexperte Uni Trier) und Klaus-Rainer Rupp (stellvertretender Fraktionsvorsitzender „Die Linke“). Natürlich steigt der Vorrat an Trinkwasser in privaten Wohnungen, wenn das Leitungswasser eine schlechte Qualität hat.

2. Die Grünen haben auf ihrem Parteitag einen guten Beschluss gefasst: Strom soll ab 2040 nur noch aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Ein guter Vorsatz! Der neue Vorsitzende lobte am Ende des Parteitages jedoch uneingeschränkt den Lissabonner Vertrag. Dieser verpflichtet zur Förderung der Atomkraft. Wird Cem Özdemir also eines Tages sagen: „Wir sind gegen **Atomkraft**, aber sie war rechtlich nicht zu verhindern, ich konnte somit die Parteitagsbeschlüsse nicht umsetzen“ – so wie es seine Kollegin in Hamburg gemacht hat, die den Bau eines Kohlekraftwerks genehmigte?

Cem Özdemir ist Europa-Abgeordneter. Er müsste eigentlich wissen, wie wenig der Lissabonner Vertrag die Ziele der Grünen berücksichtigt, ob Atomkraft, Asylrecht, Aufrüstung oder Vorratsdatenspeicherung. Es wäre besser, dem klaren „Ja zu Europa“ ein „nicht zu diesen Bedingungen“ anzufügen! Der Vertrag darf nicht Wirklichkeit werden!

3. Finanzsenatorin Karoline Linnert hat die Klarheit des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen verteidigt: Schulden werden im **Haushalt** ausgewiesen, wenn denn welche gemacht werden! So hat sie ihren Parteifreund Ralf Nagel abblitzen lassen: Die Häfen werden eben nicht verkauft, auch nicht als Kreditbeschaffungsaktion! („Weser-Kurier“ vom 15. November 2008). –

Die Kliniken haben 70 Millionen Euro erhalten. Ein „Geburtsfehler“ wurde beseitigt. Wurde er nicht mehr gebraucht? Haben der Betriebsrat und die Beschäftigten unter dem Druckmittel der Insolvenz den Personaleinsatzplan akzeptiert? –

Carsten Sieling soll die Wähler entlang der A281 wieder einfangen. Er ist unverbraucht in dieser Diskussion. Bis er seine Versprechungen einhalten muss, ist die Wahl längst gelaufen. Die Wähler sollten mal schauen, was Herr Sieling sonst noch gesagt hat: Was war vorher, was wurde nachher daraus? Herr Sieling steht für eine Rückbesinnung der besonderen Art („Weser-Report“ vom 16. Juli 2008). Er gehört der Bremischen Bürgerschaft seit 1995 an, für die SPD! Nun stellt er für den jetzigen Senat fest: „Nach Jahren des Stillstands...“ Herr Sieling, Sie haben doch ebenfalls den sozialen Kahlschlag zu vertreten! Sie haben doch den Verkauf der Stadtwerke Bremen bis zum letzten Zipfel mitgestaltet! –

Bremen hat die Rennbahnverträge gekündigt. Der für die Vertragspflege zuständige Mitarbeiter der Freien Hansestadt sieht die Sachlage anders, will aber gehorchen. –

Die Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe rät zum Logo „Weiber an die Macht!“ Recht hat sie. Bremen hat aber eine entscheidende Bremse gegen die Machtübergabe an „Weiber“ in der bremischen Wirtschaft: das Schaffermahl! Die-

ses ist unbestritten ein starker Marketingfaktor. Bremer Unternehmenslenker nutzen es, um Geschäftspartner einzuladen und über dieses Erlebnis den Kontakt zu festigen. Unternehmenslenker*innen* ist dies nicht möglich. Das sollte geändert werden! Auch Frauen, die fit sind, haben somit in der Unternehmensnachfolge in Bremen keine Chance!

4. Amerika hat beschlossen, die „faulen“ **Wertpapiere** aufzukaufen. Dafür wurden 300 Milliarden Dollar bewilligt. Der Finanzminister hat jedoch Banken, Firmen und Beteiligungen *nach* dem Insolvenzverfahren gekauft, keine „faulen“ Papiere. Er lobte die Vorzüge einer Beteiligung *nach* der Pleite. Deutschland hat sich an die Verabredungen gehalten und viele „faule“ Papiere gekauft! –

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat mit politischer Lenkung kein Fettnäpfchen ausgelassen. Ob der Chef jetzt auch nur 500.000 Euro verdient? Er hatte eine Gehaltserhöhung von 400.000 auf 800.000 Euro ausgehandelt. Die bekannteste Panne der KfW ist die Überweisung an Lehman. Dabei gab es eine zweite Chance für die KfW: Die Landeszentralbank hat diese Überweisung an Lehman nicht ausgeführt, weil das Konto der KfW bei ihr keine ausreichende Deckung hatte. Die LZB führte die Überweisung an Lehman erst aus, nachdem die KfW ihr Konto bei der LZB entsprechend aufgefüllt hat. Wer hat bloß diese Auffüllung genehmigt? Der Sachverhalt ist nachlesbar bei der Bremer Montagsdemo, allerdings ist nicht überliefert, wer die Genehmigung erteilt hat. Soweit zu dieser Bank, voll in staatlicher Hand! –

Die HSH Nordbank, Landesbank für Hamburg und Schleswig-Holstein, braucht 30 Milliarden Euro. Der Chef geht, es gibt sogar Lob. Einige Tage später folgen Strafanzeigen. Der bereits gegangene Chef soll nun eventuell eine fristlose Kündigung erhalten. Damit wäre sein Anspruch auf 500.000 Euro Rest-Gehalt gefährdet. Hier hilft nur Knast! Jeder, der seine Taschen gefüllt hat, muss zurückzahlen und zusätzlich in den Knast! Absitzen schreckt ab!

5. Die **Steuerreform** 2000 wurde auswertbar. Dr. Wolfgang Kühn hat gerechnet. Zusammenfassend: Wer *unter* 10.000 Euro Jahreseinkommen hat, zahlt 31 Euro *mehr* Steuern. Wer eine Million Euro Jahreseinkommen hat, zahlt 127.000 Euro *weniger* Steuern. Ein Durchschnittsverdiener zwischen 50.000 und 125.000 Euro Jahreskommen spart nur 341 Euro Steuern. Die Umverteilung geht mit der noch nicht auswertbaren Steuerreform 2008 weiter. Die drei Prozent Mehrwertsteuererhöhung plus X wird an die Unternehmen verteilt. –

Das IAB muss neu rechnen, siehe 199. Bemer Montagsdemo. Es ging um eine Modellrechnung zur Erhöhung von ALG II. Dabei hat sich das IAB um die Steuergerechtigkeit für Millionäre gesorgt. Völlig unbegründet, wie die vorstehende Auswertung zeigt! Wieso kennt ein wissenschaftliches Institut diese Auswirkung nicht? Zusätzliche Vorteile erhalten Gutverdienende aus der vollen Abzugsfähigkeit der Krankenkassenbeiträge, siehe Bericht von Elisabeth. –

Das viele Geld war über! Es waren die Riester-Verträge, die nicht gezahlten Löhne- und Gehälter, die fehlenden Lohn und Rentenerhöhungen. Die Unternehmen wussten einfach nicht, wohin mit dem Geld! Hinzu kommen die „Rathausverkäufe“. Die Werbung für Riester-Verträge läuft wieder. Die private Altersabsicherung sammelt Kapital. Damit werden die Hedgefonds weiterhin Unternehmen aufkaufen und ausschlachten, Arbeitsplätze vernichten mit Arbeitnehmerbeiträgen! Diese Hedgefonds waren in Deutschland nicht zugelassen. Gerhard Schröder hat die Rahmenbedingungen der Lissabonner Strategie umgesetzt und somit die Heuschrecken ins Land geholt, ohne Risikovorsorge und Absicherung – auch eine Facette der Agenda 2010.

Ein sofort möglicher Schritt in die richtige Richtung wäre die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für zusätzliche Altersvorsorge und die Änderung der Rahmenbedingungen der Rentenversicherung. Wie dies geht, steht unter Bremer Montagsdemo. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Arge zahlt Stromrechnung nicht, Jugendamt spendet Taschenlampe

1. Nach einer Studie der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ kann „nicht bestätigt oder widerlegt“ werden, dass das sogenannte Fördern und Fordern zu einer überdurchschnittlichen „Integration“ von Hartz-IV-Beziehern in Beschäftigungen mit *geringer Entlohnung* erfolge. Unübersehbar ist jedoch die Tatsache, dass sich der **Niedriglohnsektor** in den letzten Jahren so stark ausgeweitet hat, dass inzwischen 22 Prozent aller Beschäftigten ihr Auskommen mit einem Entgelt unter 1.802 Euro brutto fristen müssen. Dieser unglaublich hohe Anteil wird nur noch von den USA oder Polen übertroffen. Willkommen in Deutschland, im Niedriglohnland!

Unverschämterweise wird in dieser Studie behauptet, die bestehenden Hinzuverdienstmöglichkeiten für Minijobber im Rahmen des SGB II böten „wenig Anreiz, in eine Vollzeitstelle zu wechseln“. Ja, wo ist sie denn, diese Vollzeitstelle? Als ob die Leute freiwillig am Tropf der argen Argen hingen und sich nicht sofort aus der demütigenden Verfolgungsbetreuung verabschieden würden, wenn dies

in Form einer anständig bezahlten Vollzeitstelle möglich wäre! Inzwischen reicht bei der Suche keine Lupe mehr aus: Ein Mikroskop ist vonnöten!

Wer nach diesen empirischen Befunden allerdings noch zu der Meinung gelangen kann, der „aktivierenden Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme“ komme „eine besondere Bedeutung bei der Vermeidung sozialer Ausgrenzung“ zu, hat etwas ganz Entscheidendes gar nicht begriffen: dass die Hartz-Gesetze genau zum Abbau des Sozialstaates, zur sozialen Ausgrenzung und zur Ausweitung von Niedriglohnarbeit angelegt wurden – zwecks Profitmaximierung der Unternehmer, versteht sich!

2. Wiederum eine andere Studie, und zwar von der „Evangelischen Akademie Bad Boll“, zeigt auf, dass fast alle Hartz-IV-Bezieher in Baden-Württemberg finanzielle Not empfinden und dass sich zwei Drittel gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen. Diese Studie für die „Hans-Böckler-Stiftung“ lässt erstaunlicherweise auch mal die Betroffenen selbst zu Wort kommen. Demnach sehen Erwerbslose ihre Situation zunehmend perspektivlos. 90 Prozent von ihnen sehen sich in einer dauerhaften finanziellen **Notlage**, die sich auch belastend auf familiäre und soziale Beziehungen auswirkt. So gaben 67 Prozent der Umfrageteilnehmer an, ihre Partnerschaft werde durch die Arbeitslosigkeit „ziemlich oder stark belastet“. Mehr als die Hälfte klagte über den Verlust der Lebensfreude.

Die Auftraggeber der Studie ziehen daraus den Schluss, dass das Grundrecht auf ein würdiges Leben (Verfassungsartikel 1), in dem die physische und psychische Existenz materiell gesichert ist, verletzt wird! Es besteht ein Zusammenhang zwischen Armut und erhöhten Krankheitsraten, und so nimmt natürlich auch die frühe Sterblichkeit bei armen Menschen zu: 31 Prozent der von Einkommensarmut betroffenen Männer erreichen das 65. Lebensjahr gar nicht erst. Durch psychosozialen Stress und Ausgrenzung nehmen seelische Erkrankungen wie zum Beispiel Angstzustände, Depressionen und Psychosen durch Armut und Arbeitslosigkeit deutlich zu. Im Vergleich zu Erwerbstätigen ist die Suizidquote bei Arbeitslosen 20-fach höher! Weil arme Menschen sich die Praxisgebühr nicht leisten können, bleiben viele Krankheiten immer länger unbehandelt. Auch eine ausgewogene Ernährung ist von ALG II schlicht nicht möglich!

Neben den Langzeitarbeitslosen sind immer mehr alte Menschen derart von Armut betroffen, dass sie ihre Strom- und Heizkosten nicht mehr bezahlen können und somit beispielsweise im Winter in kalten Zimmern sitzen müssen. Eben weil durch die Hartz-Gesetze eine Armut ungeheuren Ausmaßes geschaffen wurde, wird das Grundrecht auf ein würdiges Leben immens verletzt! Bis eine Alternative zu dieser menschenverachtenden Politik gefunden wird, müssen die Regelsätze deutlich erhöht werden! Wenn verantwortliche Politiker und Richter trotz dieser bekannten Studie immer noch behaupten, mit dem Regelsatz sei ein auskömmliches Leben möglich, dann kommt das in meinen Augen einem versuchten *Mord* an gesellschaftlich ausgegrenzten, ökonomisch überflüssigen, armen Menschen gleich!

3. In Wolfsburg sitzt eine Mutter mit vier kleinen Kindern im Alter zwischen zwei und neun Jahren plötzlich im Dunkeln, weil ihr die Stadtwerke den Strom abgestellt haben. Nein, die junge Frau trifft dabei gar keine Schuld, denn offenbar hat die Arge „vergessen“, die **Stromrechnung** zu begleichen. Die Frau verbirgt ihre Situation glücklicherweise nicht verschämt, sondern wendet sich offensiv an die WAZ. Dort erzählt sie, dass sie Hartz-IV-Bezieherin ist und ihre Stromkosten jeden Monat von ihrem Arbeitslosengeld abgezogen und von der Arge bezahlt werden.

Verständlich, dass sie geschockt darüber war, als ihr letzte Woche – mit der Begründung, sie sei mit der Rechnung im Rückstand – der Strom abgestellt wurde. Die kleinen Kinder waren verängstigt und die vierfache Mutter mit ihren Nerven am Ende! Drei Stunden verbrachte sie am Vortag bei der Arge, und dort konnte man ihr nur sagen, dass man „nichts sagen“ könne. Beim Jugendamt bekam sie immerhin Taschenlampen zur Verfügung gestellt. War das „nur“ Schlamperei, oder soll auch so Geld an den Ärmsten der Armen eingespart werden? Die Arge war für eine Stellungnahme nicht mehr erreichbar. Wie praktisch!

4. Mein übliches Staunen wandelt sich in Entsetzen um, wenn ich lesen muss, was die „Fünf (angeblich) Weisen“ da ungestraft für einen gefährlichen Bockmist absondern dürfen! Nach Ansicht des „Sachverständigenrates“ hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren mit den Arbeitsmarktreformen einen „zielführenden Weg eingeschlagen“; deswegen dürfe das Rad nicht zurückgedreht, sondern müsse der Kurs beherzt fortgesetzt werden. Die vorgeschlagene „Kombi-Strategie“ hat allerdings so gar nichts mit dem zu tun, was normalerweise mit dem Symbol des Herzens verbunden wird!

Schon wieder werden Mindestlöhne abgelehnt, weil sie angeblich Arbeitsplätze vernichteten. Stattdessen soll der **Kündigungsschutz** „reformiert“ werden. Was dies wahrscheinlich an Aufweichung desselben bedeutet, vermag ich mir gut vorzustellen! Das Arbeitslosengeld soll bei einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit nach und nach reduziert werden, wobei es allerdings im Gegenzug für die ersten Monate erhöht werden kann. Im Rahmen eines „Kombilohnmodells“ soll für erwerbsfähige Bezieher des Arbeitslosengelds II der Regelsatz um 30 Prozent gesenkt werden, allerdings bei verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten. Die 2008 wieder eingeführte Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds für ältere Arbeitnehmer soll zurückgenommen werden.

Menschenverachtender und realitätsferner für Arbeitnehmer geht es kaum noch, aber Hauptsache, die freie Hand für den Arbeitgeber wird einseitig – und gesetzlich untermauert – ausgebaut! Diesen Herren gehört mal eine „Kombi-Aufklärung“ verpasst, die ihnen die Augen für die Realität öffnet, indem sie am eigenen Leibe spüren müssen, was es heißt, mit 351 Euro eben nicht nur eine Woche, sondern einen ganzen ausgedehnten Monat lang auskommen zu müssen!

5. Das **Familienleistungsgesetz** kommt nur berufstätigen Eltern zugute, während finanziell Bedürftige mal wieder leer ausgehen: Erwerbslose Hartz-IV-Bezieher können eine Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes nicht für sich nutzen, weil ihnen sofort alles wieder abgezogen wird! Selbst wenn sie es behalten dürften, wäre die Erhöhung des Kindergeldes eine Mogelpackung, weil sie nicht einmal den Kaufkraftverlust seit der letzten Erhöhung von 2002 wettmacht: Die Lebenshaltungskosten sind in den vergangenen Jahren schließlich um zwölf Prozent gestiegen!

Martin Behring vom „Erwerbslosenforum“ bringt es auf den Punkt, wenn er sagt, dass Frau von der Leyen betroffene Kinder und Eltern aus Hartz-IV-Haushalten verhöhnt und der Öffentlichkeit gute Taten vorgaukelt. Anstatt den skandalösen Zustand der massiven Unterversorgung zu beenden und die Hungerregelsätze zu erhöhen, lässt man die Betroffenen jetzt auch noch beim Kindergeld leer ausgehen. Das sogenannte Schulstarterpaket im Wert von 100 Euro, das den Kindern aus Hartz-IV-Haushalten bis zur zehnten Klasse jährlich zur Verfügung gestellt werden soll, ist in keiner Weise ausreichend und zeigt auch sehr deutlich auf, dass höhere Bildung für das abgehängte Prekariat offenkundig nicht erwünscht ist! Warum auch einen Teil der Jugend ausbilden, der später eh keine Arbeit bekommt? So wird doch die viel beklagte Bildungsferne geradezu herangezüchtet und genau das gefördert, was angeblich abgebaut werden soll: dass nämlich Familien bereits in zweiter oder dritter Generation am Tropf von Transferleistungen darben müssen und drangsaliert werden!

Diese Heuchelei, wie von der Regierung vermeintlich „die Familien“ gefördert werden und etwas „gegen“ die Kinderarmut unternommen wird, das widert mich an! Deswegen haben ja Götz Werner, Thomas Straubhaar und Dieter Althaus solch ein brennendes Interesse am bedingungslosen Grundeinkommen: Diese Herren wissen ganz genau, dass viele nicht gebraucht werden. Das Abitur sollen die Ausgegrenzten dann aber auch nicht machen dürfen. Leider werden solche Aspekte bei der Diskussion über das BGE immer wieder vergessen. Ich will nicht behaupten dass nur Menschen mit Abitur selbständig denken und sich wehren können, aber mit besserer Schulbildung gelingt dies gewöhnlich leichter. Ein Volk von Bürgern, die eigenständig denken können, ist schlicht nicht erwünscht! Klar sind wir ein „Volk der Dichter und Denker“, aber dafür müssen doch nicht *alle* denken können: Es reicht ja völlig, wenn diese intellektuelle Fähigkeit den Kindern aus den besser verdienenden Elternhäusern im dreigliedrigen Schul- und Klassensystem vorbehalten wird!

Wie soll außerdem aus dem wohlhabenden Kind ein knallharter Neoliberaler werden, wenn es in der Schule feststellen kann, dass die finanziell armen Kinder auch Menschen mit ebenso menschlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten sind? Die Uni für die Reichen, die Dorfschule für die Armen, dann hat alles seine Ordnung! So oder ähnlich muss die Bundesregierung gedacht haben, als sie das Familienleistungsgesetz einbrachte und dabei den Weg für eine *klammheimliche Senkung der Kinder- und Jugendlichenregelsätze* bei Hartz IV freimachte: Das

„Schulstarterpaket“ für Bedürftige in Höhe von 100 Euro würde umgerechnet einen monatlichen Betrag von 8,33 Euro ergeben, aber natürlich nur bis zur zehnten Klasse. Wenn die Kindergelderhöhung von mindestens zehn Euro dagegengerechnet wird, ergibt sich bei Kindern- und Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien eine tatsächliche Kürzung von mindestens 1,67 Euro monatlich!

6. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass die Kommunen Kosten der **Schulfahrten** für Kinder aus Hartz-IV-Familien künftig voll übernehmen müssen: Die bei den meisten Arbeitsgemeinschaften aus Agenturen und Kommunen übliche Begrenzung der Erstattung für Klassenfahrten ist vom Gesetz nicht gedeckt! Das BSG gab mit diesem Grundsatzurteil (Aktenzeichen: B14 AS 36/07 R) einer Familie Recht. Die Klassen der beiden Söhne hatten eine 719 Euro teure Fahrt nach Florenz beziehungsweise eine Fahrt ins brandenburgische Rüdnitz mit Kosten von 285 Euro unternommen. Die bisher üblichen Deckelungen sind jedoch nicht erlaubt. Auch dürfen die Arbeitsgemeinschaften nicht überprüfen, ob die Fahrten „angemessen“ seien.

Als Motiv für dieses Urteil wird angegeben, eine soziale Ausgrenzung solle verhindert werden. Angesichts der Lebenswirklichkeit mit den viel zu niedrigen Regelsätzen – gerade für die dauerhaft ausgegrenzten Kinder aus Hartz-IV-Familien – klingt die Begründung für das hehre Urteil geradezu zynisch!

7. Ach, wie schön: Die Bundesregierung rügt die arge Arge in Köln! Warum? Diese Arge hatte sich mit der strategischen Neuausrichtung im Sinne der Unternehmensberatung Roland Berger allerhand Schweinkram einfallen lassen, um hilfsbedürftige Kunden zu verprellen oder die Bedürftigen zum Unterschreiben einer „**Eingliederungsvereinbarung**“ zu drängen. Da konnten schon mal drei oder vier Termine „notwendig“ werden, bis Betroffene endlich den Antrag zur Berechnung ihrer Leistungen abgeben durften. Selbstverständlich verzögerte sich damit auch automatisch die erste Auszahlung.

Damit nicht genug: Der sogenannte Orientierungsservice, der für die Antragsannahme zuständig ist, legte den Betroffenen nicht selten eine – angeblich dazugehörende – „Eingliederungsvereinbarung“ zur Unterschrift vor. Dabei hat diese im „Orientierungsservice“ gar nichts zu suchen. Auch wurde neuerdings den Antragsstellern eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, in der sie sich verpflichten, Rücklagen aus ihrer Regelleistung anzusparen und die Androhung zu akzeptieren, andernfalls finanziell sanktioniert zu werden. Wie sich von viel zu wenig noch etwas ansparen lassen soll, wird jedoch nicht vermittelt! In der Beraterpraxis der „ Kölner Erwerbslosen in Aktion“ tauchten solche Fälle immer wieder auf und konnten nur durch Intervention erfolgreich abgewehrt werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Vertreibung von Obdachlosen

Die „Tageszeitung“ berichtete kürzlich, dass es laut Senatsantwort auf eine CDU-Anfrage zwischen November 2007 und Oktober 2008 1.629 **Platzverweise** gegeben habe. Halten wir fest: Nicht nur gegen Randalierer im Discomilieu, worauf sich die Anfrage bezog, sondern besonders auch gegen Obdachlose wird auf diese Weise vorgegangen! Menschen ohne Dach über dem Kopf haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung, sie dürfen nicht mit Polizeigewalt von den öffentlichen Straßen und Plätzen vertrieben werden. Auch für sie hat Artikel 1 des Grundgesetzes zu gelten!

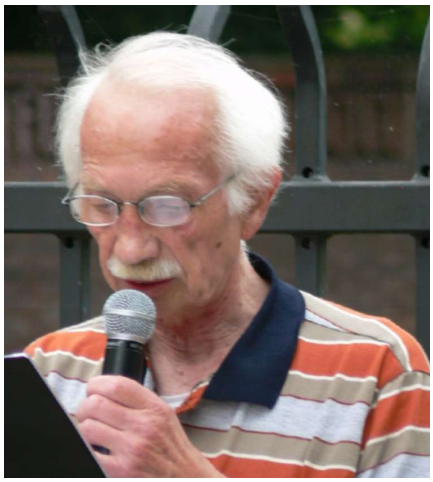
Seit ihrem Bestehen setzt sich unsere Initiative „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“ (Bild: bei der „Gräfin-Emma-Aktion“ am 19. Oktober 2007) für einen menschlichen Umgang mit den Obdachlosen ein, die zumeist ohne eigenes Verschulden in diese Situation geraten sind. Hartz IV, Wohnungsverlust und die damit verbundene Zerstörung sozialer Strukturen führen oft zur Zerrüttung der Familien. Dies ist eine der Hauptursachen für Obdachlosigkeit.

Die Initiative verurteilt die Praktiken der Vertreibung im Verantwortungsbereich des Senats. Wir fordern Innensenator Ulrich Mäurer auf, einen sofortigen Stopp der Platzverweise zu verfügen sowie die Streichung des entsprechenden Polizeiparagrafen zu veranlassen. Das Problem von Randale und Gewalt in der „Disco-Meile“ lässt sich auch anders angehen! Doch wenn überall im Jugend- und Bildungsbereich gekürzt und gestrichen wird, wenn es keine Begegnungsstätten

mehr gibt und die Schulen im Chaos versinken, dann darf sich niemand über die Folgen wundern!

Absturz und letztendliche Obdachlosigkeit sind dann vorprogrammiert, und ich behaupte, dies wird im Sinne einer gezielten unsozialen Auslese auch billigend in Kauf genommen. Vollmundig ist im rot-grünen Koalitionsvertrag von einer zu schaffenden „sozialen Stadt Bremen“ die Rede. Welch eine Heuchelei! Solch eine Politik, die in Platzverweisen gegen obdachlose Menschen und deren vorherige justizbehördliche Vertreibung aus der Wohnung gipfelt, ist das genaue Gegenteil, sie ist ein Gipfel der Menschenverachtung!

Wir erwarten vom Senat unter anderem, dass er für obdachlose Menschen mehr und bessere Wohnprojekte schafft, dass in der Innenstadt kostenlose Toiletten und Waschgelegenheiten installiert werden und dass es soziale Hilfen für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen gibt. Damit sie in ihren Wohnungen bleiben können, fordern wir: Weg mit den Mietobergrenzen und weg mit Hartz IV!



2. Der **Sendesaal** ist noch nicht ganz aus der Gefahrenzone! Er steht zwar seit Ende Mai wieder unter Denkmalschutz, aber die butenbremischen sogenannten Investoren Klima und Heise haben wieder einmal Widerspruch eingelegt. Es bleibt also spannend! Offenbar will das nordfriesische Duo Zeit schinden und ihr Rücktrittsrecht hinauszögern, bis das städtische Bebauungsplanverfahren abgeschlossen ist. Bis zum Jahresende haben Klima und Heise noch Zeit, vom Vertrag mit „Radio Bremen“ zurückzutreten.

Angeblich wollen auch sie den Sendesaal erhalten. Aber was passiert, wenn sie ihn haben? Es ist gut möglich, dass sie ihn am Rande ihrer Einkaufsmeile „verhungern“ lassen werden, um ihn später doch noch abzureißen! Der Beirat Schwachhausen hatte sich kürzlich geschlossen für den Verkauf des Funkhaus-Geländes an Klaus Hübotters „Sendesaal-Karree“ ausgesprochen, die den Saal auf jeden Fall erhalten und weiterbetreiben will.

Die Bewohner(innen) Schwachhausens wollen kein neues Shoppingcenter mit Wohnbebauung in ihrem Stadtteil – sie wollen den Sendesaal! Eine profane Einkaufsmeile statt eines Zentrums lebendiger Konzertkultur ist nun wirklich das Letzte, was die selbsternannte „Musikstadt Bremen“ gebrauchen kann. Auch „Radio Bremen“ ist dafür, weil der Sender ohne sein bisheriges Großstudio nicht auskommt. Im neuen Gebäude funktioniert nämlich *nichts,* deshalb werden alle Hörspiele und anderes nach wie vor im alten Hause produziert. Daher auch von dieser Stelle noch einmal der Appell an die Herren Heise und Klima: Treten Sie vom Kaufvertrag zurück!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Ladenschluss“: 600 Menschen demonstrieren gegen die Geschäftsstrukturen der Bremer Nazi-Szene *(„Tageszeitung“)*

Nazi-Ehrenmal pink angemalt: Dagegen war unsere dortige Veranstaltung zum Antikriegstag der Presse keine Meldung wert *(„Tageszeitung“)*

„Verstoß gegen demokratische Mindestanforderungen“: Sofortausschluss von Ypsi-Püppis Meuchlern macht Hessen-Neuwahl anfechtbar *(„Spiegel-Online“)*

Bis Weihnachten warten auf eine p-opelige Milliardenbürgschaft: Aber die Banken werden binnen Tagen mit dem 500-Fachen überschüttet *(„Junge Welt“)*

Aber nur mit Staatsbürgschaft: Sonnenkönig will sich Opel schenken lassen *(„Spiegel-Online“)*

Um Gottes Willen: Saulus Ackermann lässt sich umtaufen *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Bagis-Wachmann niedergeschlagen: Hartz IV macht aggressiv *(„Presseportal“)*

Dieser Staat gehört abgeschafft!

Zum letzten Mal in diesem Jahr traf sich die 207. Montagsdemo in Bremen am 17. November 2008 um 17:30 auf dem Marktplatz, denn dort wird nun der Weihnachtsmarkt aufgebaut. Zur Dunkelheit kam noch ein kalter Wind, so schrumpfte die Teilnehmerzahl auf etwa 25 Teilnehmer und Zuhörer. Zu sagen und zu pfeifen gab es trotzdem viel: Opel und die Krise der Autobauer standen im Mittelpunkt. Die Kredite und Bürgschaften werden in Zukunft für weitere Rationalisierungen und Massenentlassungen bei den Werktätigen und für Gewinnmaximierung bei den Vorständen und Aktionären sorgen. Das nimmt die Montagsdemobewegung nicht hin! Wir unterstützen die Kollegen und Gewerkschafter, die den Kniefall-Kurs von Berthold Huber und anderen reformistischen Gewerkschaftsoberen nicht mittragen wollen. Kommt her zur Montagsdemo! Hier ist ein breites offenes Forum für alle Aktiven.

Die geplanten Verschärfungen der Hartz-Gesetze stießen auf breite Empörung. Wichtig ist immer wieder die Offenlegung der diskriminierenden, drangsalierenden und einschüchternden Maßnahmen der Argen und der anderen reaktionären Staatsverwaltungen. Wieder einer Familie den Strom abzuschalten, weil die Arge die bisher übernommene Überweisung einfach einstellt, und dann, statt die Rückstände auszugleichen und sich zu entschuldigen, nur zynisch Taschenlampen an die Betroffenen zu verteilen: Dies zeigt immer wieder, dass dieser Staat abgeschafft gehört!

Die kommende Krise wird noch mehr Menschen die Augen für die Lügen und leeren Versprechungen der Herrschenden öffnen. Versuchen wir sie für einen gemeinsamen aktiven Kampf für eine andere Zukunft zu gewinnen! – Die **208. Montagsdemo** trifft sich am **24. November 2008** um **17:30 Uhr** erstmals vor dem Konzerthaus „Glocke“ an der **Domsheide**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Schäuble will Demokratie abschaffen: Um BKA-Gesetz durchzusetzen, sollen Enthaltungen im Bundesrat nicht mitgezählt werden *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Schäuble erklärt Terror-Wahrheit zum Staatsgeheimnis: Die Hälfte der RAF-Leute waren vom Verfassungsschutz angeheuert *(„Rote Fahne News“)*

Alibi-Aktionismus: Um die Nazis auszubremsen, muss man das Grundgesetz nicht ändern, sondern anwenden *(„Rote Fahne News“)*

Piratenalarm: Wie man die Öffentlichkeit daran gewöhnt, dass Polizeiaufgaben dem Befehl von Kriegsministern unterstellt werden *(„Stattnetz“)*

Mischverwaltung unzulässig: Argen sollen bis Ende 2010 in Bundesbehörde umgewandelt werden *(„Tacheles Sozialhilfe“)*

Von Engpässen kann keine Rede sein: Einen Ingenieursmangel hat es nie gegeben *(„Spiegel-Online“)*

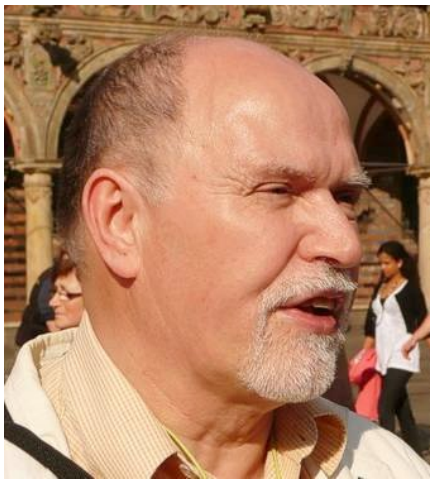
Vorerst sechs Monate Kurzarbeit in Bremer Stahlwerk: Es gibt keine Anzeichen, dass sich die Nachfrage wieder belebt *(„Weser-Kurier“)*

Schnatterinchen in Panik: Wird 2009 ein Jahr voller schlechter Nachrichten? *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

208. Bremer Montagsdemo am 24. 11. 2008

Schuld an der Klageflut sind die Vorschriften des Sozialsenats



1. Die Renten steigen wieder stärker, meldet der „Weser-Kurier“ vom 20. November. Es geht um die Renten- und Alterssicherungsberichte 2008, also um eine Vergangenheitsbewältigung. Es stand eigentlich schon alles in dieser Zeitung.

Neu sind die Begleitworte von Arbeitsminister Olaf Scholz insbesondere zur Schwankungsreserve der Deutschen **Rentenversicherung**: „Der Rentenversicherungsbericht 2008 zeigt: Die gesetzliche Rentenversicherung steht auf einer soliden finanziellen Basis. Die Bürgerinnen und Bürger können auf die gesetzliche Rente vertrauen. Für Ende des laufenden Jahres wird eine Nachhaltigkeitsrücklage von 15,7 Milliarden Euro geschätzt. Dies entspricht knapp einer Monatsausgabe. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 4,2 Milliarden Euro. Von der positiven Finanzlage in der Rentenversicherung werden auch die Rentnerinnen und Rentner auf Dauer deutlich profitieren können.“

Wieso eigentlich? Die Rentenhöhe ist nicht von der Kassenlage abhängig. Der *Bundeszuschuss* ist an die Kassenlage gebunden. Außerdem wurde vor einigen Tagen gemeldet, dass die Rentenversicherung ein Drittel der Rücklagen im Jahr 2009 verbrauchen wird. Ein entsprechender Hinweis fehlt hier. –

Herr Scholz hat auch die **Arbeitsmarktzahlen** kommentiert. Er glaubt, in einigen Jahren gebe es keine Arbeitslosen mehr. Leider hat Herr Scholz nicht gesagt: In einigen Jahren haben wir Vollbeschäftigung. Wo der Unterschied ist? In der Statistik! Die Rahmenbedingungen für die Erfassung zur Statistik über den Arbeitsmarkt sind so, dass viele Arbeitssuchende dort nicht erscheinen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Wetten, dass nicht einmal Herr Weise weiß, wie viele Arbeitssuchende bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet sind?

2. Die Bagis, die Bremer Arge, zahlt nicht alles für die **Klassenfahrt**, so der „Weser-Kurier“ vom 24. November 2008. Stattdessen lässt sie sich verklagen und zahlt nach dem verlorenen Rechtsstreit nicht nur die Differenz, sondern auch die

Verfahrenskosten. Nicht in diesem Artikel steht die Verweigerung durch Liegenlassen: Der Antrag wurde gestellt, die Eltern haben nachgefragt und wurden vertröstet. Es wird knapp, aber das Geld kommt rechtzeitig.

Dann ist die Klassenfahrt vorbei, und das Telefon klingelt. Der Mitarbeiter der Bagis erkundigt sich, wie die Klassenfahrt war. Er sei leider doch nicht dazu gekommen, den Antrag rechtzeitig zu bearbeiten. Wer zu Hause bleiben musste, hat somit den Anspruch verloren, weil er nicht teilgenommen hat. Wer das Geld geschenkt bekam, hat seinen Anspruch verloren, weil andere gezahlt haben. Nur wer sich das Geld leihen konnte und zurückzahlen muss, hat weiterhin Anspruch auf die Zahlung der Bagis.

Klassenfahrten sind in der Verwaltungsanweisung unter Punkt 2.4 behandelt. Allerdings hat bereits 2006 das Verwaltungsgericht Bremen festgestellt, dass solche Anweisungen keine Rechtsgrundlage sind. Somit sind alle in Verwaltungsanweisungen getroffenen Regelungen für eine gerichtliche Überprüfung unerheblich.

Am 13. November 2008 hat sich auch das Bundessozialgericht mit Klassenfahrten beschäftigt (Revision 4). Ein Jobcenter ist verurteilt worden, die vollen Kosten der mehrtägigen Klassenfahrten zu übernehmen. In der entsprechenden Pressemitteilung steht das Ergebnis: Wenn die Klassenfahrt die Rahmenbedingungen des Schulrechts erfüllt, sind die tatsächlichen Kosten zu übernehmen.

In dem Artikel des „Weser-Kuriers“ haben verschiedene Schulleiter betont, dass es wichtig ist, keinen zu Hause zu lassen: Alle sollen mitfahren. Ein guter Vorsatz! Wie wird die künftige Regelung aussehen? Die Schlagzeile der Zukunft lautet: Die Zahl der Kinder in ALG-II-Bedarfsgemeinschaften ist stark gesunken! Der Grund steht in der 204. Bremer Montagsdemo unter Punkt 7: Mit dem Antrag auf Kinderzuschlag oder Wohngeld geht der Anspruch auf ALG II verloren, somit auch der Anspruch auf die Zahlung für Klassenfahrten. Ein Widerruf ist möglich, wird allerdings erst zum nächsten Monat gültig. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Ich nehme an, Sozialsenatorin Rosenkötter muss dazu am Donnerstag auf der Sitzung der Sozialdeputation – bei der Zuschauer erwünscht beziehungsweise zugelassen sind – Farbe bekennen: Sie und nicht die weisungsgebundene Bagis hat diese Entscheidungen zu verantworten. Unrechtmäßige Kürzungen führen zu Mittellosigkeit. So sieht Fördern nicht aus! Fordern geht auch anders! Gegenwehr ist möglich! Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Die **Klageflut** ist auch bei den Zwangsumzügen mit allen Nebengebieten zu bedauern. Renovierungskosten werden allerdings bereits bei Klageerhebung per Abhilfebescheid übernommen. Bei Klassenfahrten, Kosten der Unterkunft und den anderen in Verwaltungsanweisungen des Sozialsenats geregelten Leistungen hat Frau Rosenkötter den vollen Gestaltungsspielraum, auch über die Handhabung von Widersprüchen und Klagen. Die Bagis wird von Frau Rosenkötter entsprechend angewiesen.

Diese Handhabung passt in das Gesamtbild der Argen: Es sind immer wieder Klagen mit gleichem Streitgegenstand anhängig, weil die Argen Gerichtsurteile nicht auf andere Antragsteller übertragen. Die Kosten für die Steuerzahler sind enorm: nicht nur die Gerichtskostenpauschalen, sondern auch die Anwaltskosten der Antragsteller und – nicht unerheblich – die internen Kosten der Widerspruchsabteilungen! Hinzu kommt, dass die Pauschalen für die Gerichtskosten nicht deckend sind.

Frau Rosenkötter ist für den Gesamtbetrieb der Bagis dienstaufsichtsverpflichtet. Sie trägt also auch die Verantwortung für die unsinnigen Entscheidungen in den anderen Leistungsgebieten: Wer der Bagis mitteilt, dass er Arbeit gefunden hat, bekommt ab Arbeitsaufnahme keine Zahlungen mehr und hat ab sofort Geldprobleme. Auf der 193. Bremer Montagsdemo konnte ich noch „oftmals“ sagen, jetzt muss es „immer“ heißen! Auch Verdienste für Nebeneinkommen werden zu hoch eingeschätzt. Die unrechtmäßigen Kürzungen führen zu Mittellosigkeit. So sieht Fördern nicht aus! Fordern geht auch anders!

Die Deputationssitzung für Soziales hat noch die Auswirkung einer weiteren Änderung ab 1. Januar 2009 zu debattieren: Die Änderung der Erstattung der **Kosten der Unterkunft** durch den Bund. Bisher wurden die tatsächlichen Aufwendungen anteilig übernommen. Künftig will der Bund Pauschalbeträge je Bedarfsgemeinschaft zahlen. In welcher Höhe? Wie und wann wird darüber verhandelt? Ist das Musterverfahren über die Anrechnung von Einkommen auf die Regelleistung und die damit verbundene Benachteiligung der Kommunen erledigt, oder wurde die Klage zurückgenommen? Hat Staatsekretär Detlef Scheele bei seinem Besuch in Bremen darüber berichtet?

2009 sollen circa 700 Millionen Euro weniger für Kosten der Unterkunft als Bundeszuschuss an die Kommunen gezahlt werden. Der Bundesanteil verringert sich damit für die meisten Bundesländer von 28,6 auf 25,4 Prozent. Die Auswirkungen des „Referentenentwurfs“ zum ALG II sind noch in der Schwebe (ab Seite 19981; ab Seite 19965 steht die Beratung zum Familienleistungsgesetz, einer Mogelpackung.) Wenn die Änderungen wie geplant Gesetz werden, können sich Betroffene nur per Eilverfahren wehren. Wie dies geht? Wir gehen mit!

4. Kaum wird ein Fass ohne Boden geschlossen, schon wird das nächste erweitert! Die zugereisten Senatoren haben kein glückliches Händchen: Die Rennbahn wird von der Subventionsliste gestrichen – die Botanika soll *mehr* Geld erhalten, auf Jahre hinaus! Die Botanika kann anders gestaltet werden. Sie eignet sich nicht als Denkmal für Senatoren mit großem Beutel! Insbesondere muss der bisherige Geschäftsverlauf geprüft werden: das Nebeneinander von zwei Stiftungen mit zwei Geschäftsführern plus dem der Botanika selbst oder die vorhandenen, aber blockierten Spenden. Wichtig ist der **Rhododendronpark** für alle! Er darf nicht verspielt werden, und er darf keinen Eintritt kosten. Kassenhaus und Maschendrahtzaun sind unvorstellbar! –

An der Finanzmarktkrise sollen Oma und Opa schuld sein, die wollten einfach 25 Prozent Eigenkapitalrendite: So ähnlich hat Ex-Innensenator Röwekamp die Ursachen der Krise beschrieben. Ich habe während der Rede abgeschaltet, denn diesen Spagat mochte ich nicht anhören. Leider liegt das **Sitzungsprotokoll** noch nicht vor. Wäre die Angelegenheit nicht so ernst, wäre dies zum Schmunzeln! Einfach mal nachlesen, die Protokolle von November 2008, denn verdrehter geht es kaum.

Wie Röwekamps Partei, die CDU, sich Deutschland vorstellt, was der „Nationale Sicherheitsrat“ machen soll, wie viel Freiheit und Demokratie übrig bleiben, all das lässt sich nur vermuten. Auch von Mai 2008 bis heute ist bereits viel verloren gegangen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Banken und Konzerne gemästet auf Kosten der Werktätigen

Wir haben am 16. August 2004 begonnen, vier Winter und Sommer durchgehalten und werden nicht aufgeben, ehe die ganze Hartz-IV-Gesetzgebung mit allen Verordnungen, die die Menschen drangsalieren und klein und wehrlos machen sollen, vom Tisch sind! Jetzt, wenn wieder der Weihnachtsmarkt kommt, beginnen wir unsere **Kundgebung** jeden **Montag** um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ an der **Domsheide** und demonstrieren dann noch vor 18 Uhr über die Obernstraße zum Hanseatenhof. Kommen Sie her, hören Sie zu, nehmen Sie teil!

Nun, da die nahende Wirtschaftskrise immer mehr Menschen die Augen öffnet über diesen menschenverachtenden Kapitalismus, ist es gut, dass wir schon aktiv sind. Die Montagsdemo ist in ganz Deutschland vertreten, in über 100 Orten und großen Städten. Die Montagsdemo ist der Kern der neuen sozialen Bewegung. Werden Sie nicht erst aktiv, wenn es fast zu spät ist, nein: Schon jetzt ist der richtige Zeitpunkt! Die Merkel-Regierung, die den Banken und Großkonzernen Hunderte von Milliarden in den Rachen schiebt, kürzt bei den werktätigen Menschen, bei den Arbeitslosen und Hilfebedürftigen. Das wollen und müssen wir uns nicht bieten lassen!

Die Ursache der Finanzkrise ist die ungezügelte Profitgier der Aktionäre von Großkonzernen, der sich selbst bedienenden Vorstände und der Spekulanten. Das Kapital hat sich den Staat und die ganze Gesellschaft völlig untergeordnet und ist mit ihm verschmolzen. Die Gesetze werden in den Konzernzentralen und Lobbyverbänden gemacht und im Parlament nur noch von den sogenannten Abgeordneten, den von der Lobby für sich gekauften Interessenvertretern, abgenickt. Immer mehr Menschen haben kein Vertrauen mehr in dieses System. Ich sage: Dieser Kapitalismus kann nicht mehr reformiert und gezügelt werden! Dieser Kapitalismus gehört abgeschafft!

Das geht nicht durch Wahlen, nein: Dafür muss man aktiv werden, Forderungen aufstellen, andere Menschen zu Mitstreitern gewinnen, streiken, demonstrieren und schließlich den bürgerlichen Staat unter Druck setzen. Diesen aktiven Weg muss man lernen, wie die Montagsdemo es seit über vier Jahren lernt. Das gilt für die soziale Fragen ebenso wie für die sich zuspitzende Klimakatastrophe, die wachsende Kriegsgefahr und die damit verbundene Einschränkung der demokratischen Rechte. Wir sagen zu alledem Nein! Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Jobst Roselius

General Motors plant Insolvenzantrag: Opel kann Milliardenforderung für Entwicklungsarbeit abschreiben *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Ein-Euro-Jobber ohne Schutzkleidung zur Asbestsanierung verheizt

1. Laut Bundesarbeitsministerium soll mit einem neuen Gesetz angeblich nur der Dschungel an **Fördermaßnahmen** in den Jobcentern gelichtet und der „Wildwuchs“ beschnitten werden. Gemeinden, die Arbeitslose in Eigenregie betreuen, protestieren jedoch dagegen – denn das „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ bedeutet mehr zentrale Steuerung der Jobcenter durch die Bundesarbeitsagentur und damit letztlich für viele Maßnahmen den Todesstoß.

Bisher gibt es im SGB II den großzügigen § 16 Absatz 2, der den Jobcentern noch die Möglichkeit einräumt, Geld für „sonstige weitere Leistungen“ ausgeben

zu dürfen, ohne dass diese Maßnahmen von der Bundesagentur für Arbeit standardisiert und überwacht werden. 30 Prozent aller Maßnahmen im SGB II erfolgten über derartige „sonstige Leistungen“. In der bestehenden Form wird der Paragraph gestrichen. Stattdessen soll es künftig nur noch einen „Experimentiertopf“ von zwei Prozent des Eingliederungsbudgets für die sogenannte freie Förderung geben. Angeblich geht es hierbei nicht um Einsparungen. Es sei auch weiterhin eine „nicht standardisierte Förderung“ möglich, bloß eben aus anderen Töpfen, wie eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums verlauten ließ.

Widerstand gegen das neue Gesetz formiert sich nicht nur bei den sogenannten Optionskommunen. Auch die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ rügt, die geplanten Neuregelungen gingen an den dringlichsten Problemen völlig vorbei. Danach müssten die Ein-Euro-Jobs in ihrer heutigen Form abgeschafft und in reguläre Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Mit diesem neuen Gesetz werden die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Personalserviceagenturen abgeschafft. Toll, wieder noch weniger Möglichkeiten für Langzeiterwerbslose, an einen Job zu kommen!

2. Es ist einfach unglaublich, wie Langzeitarbeitslose nicht nur total ausgebeutet werden, indem sie alles andere als gemeinnützige und zusätzliche Arbeit verrichten müssen – es wird auch noch mit ihrem Leben gespielt! Sechs Ein-Euro-Jobber haben in einer alten Sporthalle in Elze 390 Kilogramm krebserregenden Materials abgetragen, ohne dass sie dabei Schutzkleidung getragen hätten! Laut Gewerbeaufsichtsamt dürfen solche Arbeiten nur von Fachfirmen ausgeführt werden! Erst durch einen anonymen Brief wurde die Behörde auf die skandalösen Vorgänge aufmerksam gemacht. Ein-Euro-Jobber haben in meinen Augen rein gar nichts auf einer Baustelle verloren – und auf einer, wo nur Fachfirmen die Arbeiten mit asbestverseuchtem Bauschutt ausführen dürfen, haben sie schon dreimal nichts zu suchen!

Auch wenn die jungen Männer Vorsorgeuntersuchungen über sich ergehen lassen werden, ist nicht abzusehen, ob sie nicht in 30 Jahren an **Asbestose** verrecken werden! Im „Erwerbslosenforum“ meldete sich einer der betroffenen Ein-Euro-Jobber zu Wort und berichtete, dass sie ausdrücklich danach gefragt hatten, ob sich Asbest im Schutt befinde. Vom zuständigen Hausmeister ist ihnen gesagt worden, dass ein Gutachter sich das Gebäude angeguckt hat und dieses Material als „nicht asbesthaltig“ befunden wurde. Sie sind bewusst belogen worden! Nun will das Jobcenter tatsächlich prüfen lassen, ob „Verstöße“ vorlägen. Ich glaub’s ja nicht! Das liegt doch wohl eindeutig auf der Hand – und eigentlich muss der Staatsanwalt auch ohne Anzeige tätig werden! Aus meiner Sicht liegt hier vorsätzliche gefährliche Körperverletzung und mangelnde Fürsorgepflicht vor!

Ich persönlich glaube absolut nicht, dass nichts von dem asbesthaltigen Material gewusst wurde. Warum müsste sonst wie zur Beschwichtigung ein Sachverständiger erfunden werden? Vermutlich wollte die Behörde nicht bloß Tausende von Euros für eine fachgerechte Entsorgung einsparen, sondern sich über die von

ihnen nicht zu bezahlende Arbeit der ausgebeuteten und gesundheitsgefährdeten Ein-Euro-Jobber eine goldene Nase verdienen. Oder sind es „bloß“ Hartz-IV-Empfänger, die auf diese Weise „sozialverträglich entsorgt“ werden? Verdammt noch mal, vor fast zwei Jahren habe ich einen Mitstreiter der Bremer Montagsdemo im Hospiz an Asbestose sterben sehen! Ratet doch mal, womit der wohl über Jahre hin gearbeitet hat! So lange waren die bedauernswerten Ein-Euro-Jobber nicht dabei – aber wissen wir, ob nicht vielleicht bereits *eine* Faser ausreichen kann, um schwerwiegende Krankheiten auslösen zu können?

3. Das Kieler „Institut für Weltwirtschaft“ ist immer wieder für einen Brüller gut! Da wird dann allen Ernstes das Fazit gezogen, dass die **Sozialpolitik** seit Beginn der Siebzigerjahre „mitverantwortlich für den Anstieg der Arbeitslosigkeit“ in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Während die Nachkriegszeit bis 1960 eine Phase spontanen Wachstums gewesen sei, in der die Arbeitslosigkeit drastisch sank, habe es dann in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre einen Schwenk in der Wirtschaftspolitik gegeben. Infolge dieser Neuausrichtung der Politik sei es zu Regulierungen des Arbeitsmarkts und zu Änderungen in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik gekommen, die den Lohnfindungsprozess veränderten. Außerdem setzte die Politik darauf, die Verteilung der Einkommen und Vermögen zu korrigieren. Den Tarifparteien wurde die Verantwortung für die Lohnfindung weitgehend genommen – entsprechend üppig seien die Tarifabschlüsse ausgefallen. Mit der Vollbeschäftigungsgarantie von Willy Brandt habe die Politik die Verantwortung für die Arbeitsmarktentwicklung faktisch übernommen.

Erst mit der Umsetzung der Agenda 2010 sei dieser Kurs nennenswert „korrigiert“ worden. Weil die rot-grüne Bundesregierung die Arbeitslosenhilfe abschaffte und das Arbeitslosengeld II einführte, seien die „Arbeitsanreize“ wieder etwas gestärkt worden, wie die Entwicklung der Lohnersatzraten belege. So stieg das Arbeitslosengeld eines Singles von 1950 bis 1974 im Schnitt von 45 auf 65 Prozent des Nettolohns. Seit 1975 ist das Arbeitslosengeld ein festgelegter Prozentsatz des Nettolohns. Ach, und nun wird die Arbeitslosigkeit wieder steigen, *obwohl* die Lohnersatzleistungen auf niedrigem Niveau verharren? Das erinnert an die berühmte scheinbare Wechselbeziehung zwischen der Bevölkerungszahl der Störche und der Geburtenrate der Menschen!

4. Als „traurigen Rekord“ bezeichnet das „Erwerbslosenforum Deutschland“ die letzte Woche bekannt gegebenen Zahlen zur Situation von Hartz IV in der „Boomtown“ Bonn. Demnach beziehen von 11.984 Bedarfsgemeinschaften 4.500 Menschen aufstockendes ALG II, weil sie trotz ihrer Arbeit nicht über genügend Lohn zum Leben verfügen. 25.800 Menschen sind dort auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Im blühenden Wirtschaftsstandort Bonn ist das ein trauriger Rekord und zeigt, dass Hartz IV allenfalls die Kassen von Unternehmen füllt und zunehmend Menschen zurücklässt, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Bonn belegt in den

meisten Städterankings zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung mindestens einen Platz im oberen Drittel, doch Arbeitnehmer werden lieber Hartz IV überlassen. Überdies leistet sich Bonn eine überdurchschnittlich hohe **Kinderarmut** und lässt die Kleinen – entgegen anderen Verlautbarungen – nicht in der ersten Reihe sitzen. Diese Zahlen sind nur durch einen anständigen Mindestlohn zu stoppen, der bei über elf Euro liegen muss, um spätere Altersarmut zu vermeiden!

5. Im „Stern TV“ – das ich mir nicht ansehe, ich lese nur darüber – wird nun eine neue alte Idee vom Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin wieder aufgekocht, nämlich: „So gesund kann das Leben mit Hartz IV sein“. Angeblich reichen 4,40 Euro dazu aus, sich „gesund“ zu ernähren. Angeblich hat der Senator nun Rückendeckung von zwei echten Hartz-IV-Empfängern bekommen, die ein Kochbuch für Arme geschrieben haben.

Klar, hier wird so getan, als ob die Regelsätze vollkommen ausreichten und es nur an den faulen Arbeitslosen selbst läge, die entweder alle nicht kochen können oder bloß zu faul dazu sind, weil sie sich lieber Tiefkühlpizza aufwärmen und dadurch natürlich mit dem Regelsatz nicht auskommen. Es wird behauptet, dass mensch lediglich regelmäßig die Angebote der Discounter studieren und bereit sein müsse, sich selber an den Herd zu stellen. Dann liest sich der eigene **Speiseplan** plötzlich wie eine nostalgische Reminiszenz an Omas Küche. Es ist eine Frechheit zu behaupten, dass es nicht ausreiche, Hartz-IV-Beziehern zu zeigen, wie sie günstige Gerichte kochen können – mensch müsse sie auch an die Hand nehmen und ihnen vormachen, dass Backöfen nicht vorrangig zum Auftauen von Tiefkühlgerichten gedacht sind, sondern zum Beispiel für das Garen eines Auflaufs!

Der Frankfurter Koch Oliver Schneider, auf den hier verwiesen wird, bietet selbst Kochkurse für Hartz-IV-Empfänger an, bei denen allerdings der doppelte Hartz-IV-Satz fürs Essen benötigt wird, sodass der Regelsatz nicht ausreicht. Dieser Fakt wird natürlich nicht erwähnt! Außerdem bleibt oft einiges von den Zutaten übrig. Das verstärkt sich bei Alleinlebenden. Kleine Packungen sind meist pro 100 Gramm deutlich teuerer. Damit steigt das Risiko, öfter Verdorbenes wegwerfen zu müssen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der volle Ernährungsanteil tatsächlich zur Verfügung steht und davon nicht noch Strom oder Kleidung mitbezahlt werden müssen. Viele haben regelmäßige Arzttermine für sich oder die Kinder. Das verursacht Fahrtkosten, die nicht im Regelsatz enthalten sind. Gleiches gilt, wenn Betroffene keine günstigen Supermärkte in ihrem nahen Umfeld haben, kein Fahrrad vorhanden ist oder noch eine gesundheitliche Beeinträchtigung dazukommt.

Was die Rezepte angeht: Es schmeckt nicht alles jedem, und jeder sollte das Selbstbestimmungsrecht haben, allein zu entscheiden, worauf er Appetit hat. Etliche Gerichte mit Schweineleber sind gar nichts für Vegetarier(innen) wie mich und sollten auch für Fleischesser tabu sein, wegen der hohen Anreicherung von Schadstoffen! Außerdem schwanken die Sonderangebote ständig. Auch wüsste

ich gerne, woher die vielen Aufstocker die Zeit nehmen sollen, neben ihrem Vollzeitjob all die vielen Sonderangebote zu studieren und im Anschluss daran, vielleicht auch noch mit Kindern an der Hand, auf dem Rad oder im Bus die Geschäfte abzuklappern. Also, mein Tag hat nur 24 Stunden!

Die ganze Zeit frage ich mich, wer diese Autoren – „selbst Hartz-IV-Empfänger“ – wohl sein mögen. Ob sie ihren Namen und ihre Person hergaben und im Gegenzug irgendeinen Vorzug bekamen, der natürlich nicht öffentlich bekannt wird? Oder haben sie ihre Mutter nach den Rezepten befragt? Der Schwerpunkt lag wohl darauf, einfach Preise einzuholen und dann wie bei einer Diät alles grammweise pro Tag auszurechnen. Nur so kann man auf Kosten unter vier Euro am Tag kommen! Aber das hat rein gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Jedenfalls würde ich diese Zyniker gerne dazu verpflichten, selbst einmal mindestens ein halbes Jahr nach diesen Rezepten zu leben und auch sonst keinerlei Geld für Alternativen zur Verfügung zu haben!

Wer nicht davon ausgeht, dass alle bei uns in Armut Geratenen faul, doof oder beides sind, braucht eine andere plausible Erklärung für den längst unübersehbaren Notstand in unserer Gesellschaft. Denn inzwischen kann in der Nähe städtischer Mülleimer der Eindruck entstehen, dass deutlich mehr Menschen nach leeren statt nach vollen Bierdosen greifen. Wie beruhigend ist es da, wenn wir selbst noch kein Pfandgut sammeln müssen und uns zudem gemeinschaftlich einreden können, dass es ja nun *soooo* schlimm auch noch nicht ist, hierzulande! Sehen Sie mal, was man mit ein paar Kröten noch Leckeres zaubern kann – und dann denken Sie mal an den Kongo!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

So schnell wie in keinem anderen westlichen Staat: Lohngefälle in Deutschland wächst im Rekordtempo *(„Spiegel-Online“)*

Beschäftigte sollen Anteil von 25 Millionen einbringen: 3.500 Kollegen von H. C. Starck demonstrierten in Goslar gegen Arbeitsplatzvernichtung *(„RF-News“)*

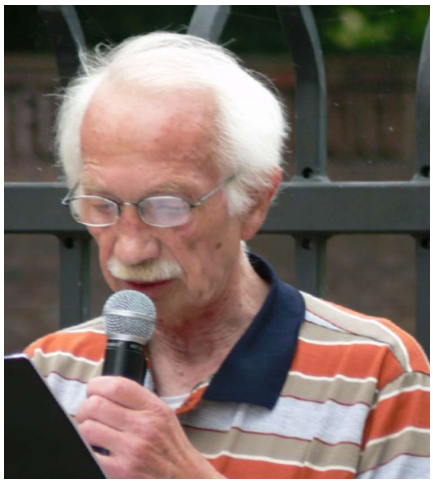
Wirtschaft schrumpft nächstes Jahr um 0,9 Prozent: Das bedeutet 700.000 Arbeitslose mehr bis 2010 *(„Spiegel-Online“)*

Regierung frisiert Statistik: Wer sich privat vermitteln lässt, ist doch nicht arbeitslos! *(„Spiegel-Online“)*

Stellenangebote mehrfach gezählt: Tatsächlich ist die Nachfrage nach Arbeitskräften seit Frühjahr 2007 beständig gesunken *(„Focus“)*

Minus 40 Prozent: Deutsche Bahn erwartet „Wintereinbruch“ im Schienengüterverkehr *(„Finanznachrichten“)*

Sind nur spektakuläre Aktionen berichtenswert?



1. Bei all dem Getöse um die vielen „Rettungspakete“ hat sich klammheimlich noch etwas ganz Anderes durch den Bundestag geschlichen: Die neueste **Hartz-IV-Verschärfung**! Olaf Scholz (SPD), seines Zeichens Bundesminister für Arbeitszwang und Asoziales, schob in Windeseile sein „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ durch das „Hohe Haus“. Den Herrschaften kann auch dies offenbar gar nicht schnell genug gehen, denn das Gesetz soll bereits am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Eigentlich müsste dieses „Hohe Haus“ mit all seinen Jasagern vor Scham im Berliner Erdboden versinken! Banken und Konzernen werden Hunderte von Milliarden Euro Steuergelder hinterhergeworfen, damit sich die Top-Manager weiter die Taschen vollstopfen und – ganz nebenbei – per Massenentlassung noch einmal Zigtausende Menschen in Hartz IV treiben können. Für das „Prekariat“ hält man derweil schon mal die neuen Folterwerkzeuge bereit! Und was erwartet die Opfer nach dem dann ebenfalls verschärften ALG-I-Bezug?

Die Zumutbarkeitskriterien für die Annahme mieser Jobs werden immer perfider. Mini-Jobber(innen), zum Beispiel auf 400-Euro-Basis, können in Ein-Euro-Jobs gezwungen werden. In den „Eingliederungsvereinbarungen“ mit den Argen sind bereits die neuen Verschärfungen enthalten. Widersprüche dagegen haben keine aufschiebende Wirkung mehr. ALG II und Wohngeld werden bei sogenannten Verstößen gestrichen, und die Prozesskostenhilfe wird gekürzt. Bei ALG-I-Berechtigten sind verschärfte Sperrfristen geplant. Bei Fortbildungsmaßnahmen und Ähnlichem wird gekürzt, was das Zeug hält. Die Kosten für Bewerbungen werden zu einem Minimum pauschaliert und in einem „Vermittlungsbudget“ zusammengepresst.

Alles andere als zusammengepresst wird der Berliner Kriegshaushalt: 33,5 Milliarden Euro werden für die Rüstung rausgeschmissen! Doch immer mehr Menschen gehen gegen diese Politik bundesweit auf die Straße. Die Montagsdemos machen weiter, obwohl sie von den Medien totgeschwiegen werden, und trotz des Winterwetters findet heute unsere 208. Montagsdemo statt. Wir sind das Volk, und hoffentlich wird es für die Hartz-IV-Parteien bei den nächsten Wahlen einen deftigen Denkzettel geben!

2. Am 18. November 2008 berichtete die „Tageszeitung Bremen“, dass Unbekannte in der Nacht auf den Volkstrauertag das große **Kriegerdenkmal** auf der Alt-

mannshöhe, das die Gefallenen zweier Weltkriege und die Zerstörer der Bremer Räterepublik „ehrt“, innenseitig vollständig pinkfarben angestrichen hatten. Laut einem Schreiben an die Zeitung wollten sie mit ihrer nächtlichen Malaktion darauf aufmerksam machen, dass heute wieder Soldat(inn)en für deutsche Interessen sterben müssten. Deshalb hätten sie „dem Heldengedenken einen anderen Anstrich geben“ wollen. Weiter schreiben sie, dass bei all diesem Heldengedenken und seinem soldatischen Männerbild die Kriegsgründe nicht mehr reflektiert werden.

Dass die „Taz“ nur spektakuläre Aktionen berichtenswert findet und unsere Aktionen meistens geflissentlich „übersieht“, veranlasste mich zu folgendem Leserbrief, der am 23. November leicht gekürzt veröffentlicht wurde:

> Es gab auch im „Bremer Friedensforum“ Ideen und Aktionen gegen die monströse „Heldenverehrung“ auf der Altmannshöhe, und es wird sie weiterhin geben. Am diesjährigen Antikriegstag wurde vor dem Kriegerdenkmal mit der Aufstellung des Gegendenkmals „Dem unbekannten Deserteur“, geschaffen vom Aktionskünstler Joachim Fischer, der ermordeten Kriegsverweigerer gedacht. Zuvor hatte der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann auf dem Marktplatz vor etwa 350 Menschen seine Leidensstationen im Zweiten Weltkrieg und danach geschildert und dazu aufgerufen, Deserteure zu unterstützen und Kriege zu ächten.
>
> In einem auf der Altmannshöhe verlesenen Brief an Bürgermeister Jens Böhrnsen, in dem wir ihn um Unterstützung baten, machten wir darauf aufmerksam, dass mit der dauerhaften Aufstellung eines Deserteurdenkmals und der Schaffung eines entsprechenden Gedenktages ein deutliches Antikriegszeichen gesetzt werden könne. Dies sei eines der wichtigsten Anliegen des „Bremer Friedensforums“, denn es seien die Deserteure, die Sand ins Getriebe aller Kriege werfen und damit zu deren Verkürzung beitragen könnten. In einem Antwortbrief schrieb Böhrnsen, dass er sich leider außerstande sehe, unser Vorhaben zu unterstützen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

Plus 21 Prozent: Strom wird für Millionen Verbraucher zum Jahresbeginn teurer *(„Spiegel-Online“)*

Missbrauch von Herrschaftswissen: Hat Mehdorn die ihm vorliegenden Zahlen über abbestellte Güterzüge verzehnfacht, um Lohnforderungen zu mäßigen – unter Inkaufnahme einer Schockreaktion an den Börsen? *(„Financial Times“)*

Denkmalschutz kein Handelsobjekt

Schon wieder gibt es einen Widerspruch gegen die Unterschutzstellung des Sendesaals – den wievielten eigentlich? Denkmalschutz ist doch kein Handelsobjekt oder irgendein Stück Papier, mit dem nach Belieben verfahren werden darf! Nach einer langen Zeit des Zitterns und Wartens wollen wir Konzertbesucher(innen) endlich die Gewissheit haben, dass uns der **Sendesaal** auch wirklich erhalten bleibt und bald wieder mit Leben erfüllt wird. Ohne Edeka & Co.!

Bei ihrem neuen Poker geht es den „Investoren“ Klima und Heise, denen das Gelände noch nicht einmal gehört, nicht um Musikkultur, sondern einzig und allein um Zeitgewinn und maximalen Profit. Da ist es erfreulich, dass sich die Noch-Eigentümerin „Radio Bremen“ und Bürgermeister Jens Böhrnsen klar zu unseren Gunsten positioniert haben. Wir alle wollen, dass die „Sendesaal-Karree GmbH“ zum Zuge kommt und die Herren Heise und Klima pünktlich zum Jahresende zurücktreten!

Leserbrief von Detlef W. Hoyenheim an die „Tageszeitung“

Münte geschockt: Clement noch immer
ohne Altersweisheit *(„Spiegel-Online“)*

Die reaktionäre Inkompetenz der SPD-geführten Sozialbehörde

Die Wintersaison hat begonnen: Es war kalt und dunkel. Die 208. Montagsdemo traf sich um 17:30 Uhr erstmals vor dem Konzerthaus Glocke. Nach kurzem Auftakt ging es dann zur Demo über die Obernstraße zum Hanseatenhof. Mit Kurzreden und Pfeifkonzert erregten wir Beachtung. Ein Weihnachtsmarkt-Aufbauer wünschte uns zurück in die ehemalige DDR. Missmutig wird er seinen Umsatz beargwöhnen, nachdem schon andere vor ihm haben feststellen müssen, dass den Menschen das Geld fehlt, das sein Geschäft blühen lassen könnte. Auf dem Hanseatenhof war wieder relativ viel los. Allerlei Gespräche konnten von unseren Flugblattverteilern geführt werden. Es kommen immer wieder Fragen: Was ist das, die Montagsdemo? Was, euch gibt es noch? Auch wenn wir wegen der Käl-

te nur etwa 20 Teilnehmer waren, zeigte gerade die heutige Demo, wie wichtig unser Auftreten ist. Es kommen auch neue Mitstreiter hinzu, die aktiv werden und lernen wollen, wie wir es machen. Also kommt alle her!

Zu berichten und zu kommentieren gab es wieder viel, vom Schönen und Fälschen der Arbeitsmarktzahlen bis zur Bremer Finanzpolitik mit seinen über 200 „Gesellschaften“, die außerplanmäßig und ohne nennenswerte Kontrolle, speziell der Geschäftsführer-Gehälter, durch Senat und Bürgerschaft so laufen gelassen werden. Immer wieder geht es auch um die Bagis, die Bremer Arge, die nach rechtswidrigen Behördenanweisungen arbeitet und Gerichtsurteile ständig in den Wind schlägt, zum Beispiel durch Nichtübernahme der vollen Kosten der Mieten oder Klassenfahrten von Hartz-IV-betroffenen Kindern. Die Senatsbehörde sitzt einfach diesen Widerspruch aus – ein Zeichen reaktionärer Inkompetenz der SPD-geführten Sozialbehörde.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Clements Rache: Arbeitsmarktflexibilisierung beschleunigt Stellenabbau in der Krise *(„Frankfurter Rundschau“)*

Zeitarbeitgeber verweigern Zeugnis

Ich habe höchsten Respekt vor Leuten, die sich nicht aufgeben und auch unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Demgegenüber scheint es hier viele Sozialschmarotzer zu geben, die auf Münte sauer sind, weil er Schuld an der Kürzung ihrer Stütze haben soll.

„Stern“-Troll „Vegefranz“

Je schwieriger die Bedingungen, unter denen die Leute arbeiten, desto größer muss demnach Ihr Respekt sein. Dafür kann sich niemand etwas kaufen. Zum Zweiten: Es gibt seit jeher die ganz großen Sozialschmarotzer, die im Bedarfsfall auf die kleinen mit dem Finger zeigen.

Antwort von „Benkku“

Ich habe mich als Informationstechniker vor vier Jahren auf einen Zeitarbeitsvertrag eingelassen. Angeblich war die Stelle als langfristig fest geplant, was sich, wie soll’s auch anders sein, nach drei Jahren zerschlagen hat. Die Stelle gibt es nach wie vor, allerdings mit einem neuen Kandidaten – ich bin raus.

Man denkt: Ist ja nicht schlimm, ich kann mich ja woanders bewerben. Hehe, denkste! Der Arbeitgeber, bei dem ich eingesetzt war, muss mir von Gesetz wegen

(Danke, Herr Profilo-Clement und Gas-Schröder!) kein Zeugnis ausstellen. Der Sklavenhändler weiß nach drei Jahren immer noch nicht, was ich eigentlich in der Firma gemacht habe, stellt sich dumm und meint, ich kann ihn ja verklagen. Frage nur: wovon?

Ich habe ja für die Hälfte dessen gearbeitet, was mir von meiner Ausbildung her zugestanden hätte. Nun, wie reagieren Personalchefs, wenn man sich als IT-ler mit einer Dreijahreslücke in den Zeugnissen vorstellt? Genau! Das ist Stand *meiner* Agenda! In ein paar Monaten läuft mein Arbeitslosengeld aus, das ist im Übrigen weniger als Hartz IV. Falls ich dann immer noch keinen Job habe, mach ich 'ne Fliege, wenn das noch möglich ist.

Leserbrief von „Tagora Sagittara" an den „Stern"

Da hilft wirklich nur die Klage vor dem Arbeitsgericht. Die Zeitarbeitsfirma wird dann wach. Die Kosten sind gering, die Stundung der Prozesskostenhilfe einfach mit der Rechtsantragsstelle besprechen. Die Klage vor dem Arbeitsgericht hilft hundertprozentig! Zusätzlich die Zeitarbeitsfirma davon in Kenntnis setzen, dass mensch sich überlegt, ob nicht die Bundesagentur für Arbeit davon erfahren müsste. Das ist nämlich die Genehmigungsstelle für die Lizenz der Zeitarbeitsfirma.

Zur Zeugnisfindung der Zeitarbeitsfirma die Aufgaben skizzieren und auflisten, was einem wichtig. Die Beurteilung dazu kann *nur* positiv sein, weil gerade Zeitarbeitnehmer immer wieder kritisch betrachtet werden. Nichts ist einfacher, als einen Zeitarbeitnehmer „nach Hause" zu schicken. Insofern sind diese drei Jahre für sich betrachtet bereits eine hervorragende Beurteilung.

Wenn das ALG I unterhalb von Hartz IV liegt, kann ergänzendes ALG II beantragt werden. Deutschland wird oft wegen der Zeugnisse und Nachweise verspottet, aber in vielen anderen Ländern ist dies genauso – insbesondere wenn der Mensch aus Deutschland kommt. Sich zu wehren ist einfacher!

Antwort von Hans-Dieter Binder

„Frisiersalon": Derzeit werden mehr als 1,3 Millionen Arbeitslose nicht in der Statistik mitgezählt *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung")*

Kampf um Arbeit: Warum eine sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einstellen, wenn es auch ehrenamtlich geht? *(„Junge Welt")*

Gericht verwirft Sanktionen: Vergabepraxis von Ein-Euro-Jobs durch die Bagis ist wiederholt als rechtswidrig aufgefallen *(„Tageszeitung")*

Geißler fordert Regelsatzerhöhung: Sie geht direkt in den Konsum, für dringende Anschaffungen, die bisher nicht bezahlen werden konnten *(„Tageszeitung")*

Schnatterinchen schaltet auf stur: Der ewige Ruf nach Steuersenkungen ist jämmerlich *(„Spiegel-Online“)*

Typisch Agenda 2010: SPD verwechselt Einladung und Vorladung *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

209. Bremer Montagsdemo am 01. 12. 2008

Die Finanzkrise hat eine neue Dimension erreicht

1. Mehr als **300 Milliarden Dollar** kostet die Rettung der **Citigroup New York**, so der „Weser-Kurier“ vom 25. November 2008). Gerade noch rechtzeitig zur Börseneröffnung wurde die Rettungsaktion perfekt. Dies ist nicht die erste für die Citigroup. Angefangen hat es mit einer Lockerung der Beteiligungsbeschränkungen für Ausländer in den USA. Dadurch konnte sich die chinesische Staatsbank an der Citigroup beteiligen. So wurde aus deutscher Entwicklungshilfe für China chinesisches Eigenkapital bei der Citigroup, siehe 166. Montagsdemo, Punkt 6.

Warum wurde diese Rettungsaktion notwendig? Dazu steht im „Weser-Kurier“: „Spekulanten bekommen erneut Oberwasser. Sie prügelten den Kurs nach Ansicht von Citigroup-Chef Vikram Pandit zuletzt nach unten und trieben den Konzern damit in die Enge. Ähnlich war es bei Lehmann Brothers und anderen gefallenen Banken-Ikonen. Viele fragen daher: Wer ist das nächste Opfer der Spekulanten?“

Von Spekulanten war bisher nur als Inhaber der Hypo-Papiere et cetera die Rede – und von Banken, die sich verzockt haben. Wenn das Wort vom Kursprügeln der Spekulanten wahr ist, hat das politische Personal total versagt. Wann und wie kommt die Gegenwehr? So werden nur die Spekulanten reich! Dieser Reichtum muss zur Deckung der Staatsverschuldung herangezogen werden!

Wie sieht der Alltag am Bankschalter aus? Der Mitarbeiter wartet auf Kundschaft. Es ist unverändert viel Geld im Umlauf. Er erhält ein Festgehalt und Provision für den Verkauf von Produkten. Es ist also nicht egal für die Geldbörse des Bankmitarbeiters, ob und wie der Kunde sein Geld anlegt. Inzwischen laufen auch die Werbungen für die Riesterrente und andere Anlageformen wieder auf Hochtouren, als ob nichts gewesen sei, zumindest am Beratungstisch der Bank oder Sparkasse.

„Bankberater haben nicht viel dazugelernt“, so der „Weser-Kurier“ vom 18. November 2008. 20 Banken in Krefeld und Dortmund waren getestet worden. „Dabei empfahlen nur drei der 20 Berater den Testpaaren für ihre angeblich geerbten 30.000 Euro wie gewünscht eine völlig risikolose Anlage. Das Gros der Berater wollte das Geld in großen Teilen oder komplett in Fonds oder Zertifikaten anlegen. Hier sind aber Verluste, für die im Ernstfall niemand einsteht, nicht ausgeschlossen.“

Ein Grund mehr, *alle* Provisionen und Prämien, die für solche Anlagen gezahlt wurden, zurückzufordern und zur Deckung des entstandenen Schadens einzusetzen! Die Anleger verlieren ihr Geld, die Bankmitarbeiter behalten ihre Provisionen, Boni und Prämien: Vergütungen, die ohne diese Produkte nicht erzielt worden wären! Nicht nur der Ansprechpartner am Tresen hat sich bereichert, eventuell damals noch unwissend und im Vertrauen auf die Geschäftsführung. Diese Unwissenheit ist vorbei! Darum geh nicht allein zu einer Bank, sei mutig und nimm Begleitschutz!

2. Wie werde ich **ALG-II-Bezieher**? Was schert mich Hartz IV, ich habe Arbeit! Doch Hartz IV kommt bereits nach zwölf, längstens 24 Monaten plus Kündigungsfrist – für viele unerwartet früh. Arbeitslosigkeit, der Verlust des Arbeitsplatzes lähmt. Wer vor dem Sturz in ALG II eine neue Arbeit findet, aber zu wenig verdient, kann ergänzendes ALG II beantragen. Ein Alleinstehender hat bei einem Brutto von 1.200 Euro in der Regel Anspruch auf ergänzendes ALG II. Sein Freibetrag für das Erwerbseinkommen beträgt circa 280 Euro. Daher haben fast alle mit einem Bruttoeinkommen von 1.000 Euro garantiert Anspruch auf ergänzendes ALG II.

Es gibt eine weitere Möglichkeit, in ALG II zu fallen: Wer selbständig ist, muss sich seine Krankenversicherung ansehen. Die GKV darf ab 2009 kein Krankengeld an freiwillig versicherte Selbständige mehr zahlen. Diese müssen eine Extra-Krankentagegeldversicherung abschließen, freiwillig: eine Nebenwirkung des Gesundheitsfonds. Wer dies nicht tut, verliert im Krankheitsfall sein Einkommen. Es trifft besonders die kleinen (scheinbar) Selbständigen. Ohne Rücklagen ist der sofortige Antrag auf ALG II geboten. Daher sofort das entsprechende Formular von der Arge – in Bremen: der Bagis – holen und abstempeln lassen. ALG II gibt es erst ab Antragsdatum laut Stempel. Die Unterlagen können ausgefüllt und nachgereicht werden. Krankheit ist kein Hindernisgrund, wenn sie voraussichtlich keine sechs Monate dauert.

Die Arge ist eine Behörde mit ungeahnten Möglichkeiten. Nur leider werden diese Möglichkeiten oft nicht im Interesse der Antragsteller eingesetzt. Die Bagis hat wie jede Arge eine Arbeitsgruppe zur Antragsvermeidung. Daher gilt: Anträge nur schriftlich! Absagen oder Verweigerungen ebenfalls schriftlich geben lassen! Wie dies geht? Wir gehen mit! Es ist hilfreich, sich rechtzeitig zu informieren, möglichst bereits bei Erhalt der Kündigung. Eine Abfindung, die beim Antrag auf

ALG II noch vorhanden ist oder falsch angelegt wurde, kann zur Zahlungsverweigerung der Arge führen!

An jedem dritten Dienstag im Monat findet um **19 Uhr** der Gesprächskreis „Vorbereitung auf ALG II“ des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „Hibiduri“ in der Thedinghauser Straße 2 statt. Was ist zu veranlassen, wenn ALG II droht? Wie gehe ich damit um? Sicherheit gegenüber dem unbekannten Wesen ALG II ist durch Wissen zu erlangen! Wie bereite ich meinen Besuch bei der Bagis vor, einer Behörde der besonderen Art?

Circa 50 Prozent aller ALG II Klagen werden von den Betroffenen gewonnen. Davor wird bereits vielen Widersprüchen stattgegeben. Dies zeigt die „Qualität“ der Bescheide. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

30 Milliarden für Bayern-LB: Plant Transrapid-Seehofer neue Prestigeprojekte mit Landesmitteln aus Steuergeld? *(„Spiegel-Online“)*

Die Verwahrlosung beginnt auf dem Schulklo

1. Für junge Erwachsene birgt Hartz IV ein hohes Risiko, lebenslänglich darin verhaftet zu bleiben. Laut einer IAB-Studie hingen rund 40 Prozent der Personen zwischen 18 und 29 Jahren, die im Januar 2005 Arbeitslosengeld II bezogen, bis Ende 2006 durchgehend am Tropf dieser Transferleistung. Etwa 60 Prozent der jungen ALG-II-Bezieher konnten innerhalb des Beobachtungszeitraums von zwei Jahren ihre **Hilfebedürftigkeit** überwinden. Allerdings hat fast die Hälfte dieser Gruppe im selben Zeitraum zumindest vorübergehend erneut das ALG II in Anspruch nehmen müssen. Lediglich rund ein Drittel der jungen Erwachsenen hat in den zwei Jahren den Ausstieg aus der Hilfebedürftigkeit „dauerhaft“ geschafft – sofern bei zwei Jahren von Dauerhaftigkeit die Rede sein kann!

In der Sozialforschung werden Armutserfahrungen in dieser Lebensphase als besonders gravierend angesehen. Vor allem längerfristige finanzielle Notlagen können die Entwicklungsmöglichkeiten von jungen Menschen nachhaltig einschränken und zu weiteren Schwierigkeiten im späteren Alter führen. Vor allem

Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte sind hier wieder einmal besonders gefährdet. 2007 bezogen im Jahresdurchschnitt 1,35 Millionen junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren das ALG II. Diese vorübergehende Bedürftigkeit kann zum Beispiel auftreten, wenn die Ausbildung noch andauert oder junge Erwachsene eine Familie gründen und ihr Einkommen noch nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.

Deswegen werden oft ganz tolle „Förderungen“ für die Unterfünfundzwanzig- und Überfünfzigjährigen angeboten. Der Rest muss halt seine Zeit in der Warteschleife absitzen, sich in einer der viel gepriesenen Maßnahmen parken oder zu einem Ein-Euro-Job verdonnern lassen. Du bist Deutschland, und dein neuer Lebensweg könnte so aussehen, dass du unter 25 zu jung bist, weder über eine Ausbildung noch über Berufserfahrung verfügst, also keinen Job bekommst. Dafür kannst du dann zwischen 25 und 40 Jahren auf prekäre Beschäftigung hoffen, bis du mit über 40 Jahren das Verfallsdatum überschritten hast und selbstredend zu alt für den Beruf bist. Also leider wieder kein Job! Bist du erst über 50, erwartet dich meistens das Abstellgleis, bis du mit 67 endlich ein Anrecht auf die Grundsicherung hast. Gruselig? Na, wen das nicht motiviert!

2. In Berliner Innenstadtbezirken wird mit einer Verdoppelung der **Mieten** gerechnet, was unweigerlich dazu führen muss, dass die Armen den Reichen weichen müssen. In den traditionellen Berliner Arbeiterbezirken wie Kreuzberg und Neukölln vollzieht sich ein sogenannter Bevölkerungsaustausch, der zur zunehmenden Segregation der Hauptstadt beitragen wird. Die Häuser werden in großem Stil aufgekauft, per Sanierung aufgewertet und für viel Geld an solvente Kunden vermietet. Für Kreuzberg rechnet die Branche mittelfristig mit einer Verdopplung der Mieten.

Gerade auch wegen der rasant gestiegenen Nebenkosten müssen in Berlin viele Haushalte bis zu 40 Prozent ihrer Bezüge fürs Wohnen aufbringen. Wohnen wird so für immer mehr Menschen unerschwinglich, allen voran für die Bezieher von Sozialleistungen und Niedriglöhner oder Rentner. So sind in Kreuzberg etwa ein Drittel der ALG-II-Haushalte vom Zwangsumzug bedroht. Die Politik trägt mit ihrer „Liberalisierung“ des Wohnungsmarktes, der Veräußerung von städtischem Wohneigentum, der Aufhebung der Mietpreisgrenze und dem Wegfall des sozialen Wohnungsbaus einen Großteil der Verantwortung für die zunehmende soziale Entmischung der Stadt.

Doch formiert sich langsam Widerstand: Letzten Samstag fand eine Demonstration gegen die Mieterhöhungen statt. Es können sich Mieter zusammenschließen und einen Mietboykott organisieren. Was geschieht wohl, wenn sämtliche Mieter der 50.000 Wohnungen der privatisierten Wohnungsbaugesellschaft die Zahlung der angekündigten Mieterhöhungen von bis zu 20 Prozent verweigern würden? Aber auch die Aneignung von Wohnraum durch Hausbesetzungen ist eine denkbare Form des Widerstands.

3. In einer Essener Gesamtschule gibt es nur deswegen eine saubere und ordentliche Toilettenanlage, weil sie abgeschlossen ist und nicht benutzt werden kann. Was wie ein Schildbürgerstreich anmutet, ist der Versuch des Schulleiters, sich gegen den zunehmenden Vandalismus auf Toiletten zu wehren. Schüler zogen mit ihren Eltern ins Schulverwaltungsamt, um ihrem Bedürfnis nach Toilettenbenutzung Ausdruck zu verleihen. Dieses betrachtet sich jedoch als nicht zuständig und verweist auf die Lösungsmöglichkeiten anderer Schulen, wo entweder Eltern eine Kloaufsicht finanzieren oder ein „Toilettendienst" von den Schülern organisiert wird.

Der Gipfel besteht darin, dass eine andere Gesamtschule sich aus eigenem Antrieb eine „Ein-Euro-Kraft" fürs **Schulklo** sucht, die über einen Förderverein finanziert wird. Auch an einem Gymnasium wird bereits eine Ein-Euro-Jobberin eingesetzt. Laut der Agentur für Arbeit sei das eine „Tätigkeit von öffentlichem Interesse", die „zusätzliche Stellen" schafft. Dabei darf eine Ein-Euro-Kraft gar nicht putzen! Wenn schon nicht Putzdienst, so wäre die Vermeidung von Vandalismus eigentlich Aufgabe eines Wachdienstes. Doch das ist ebenfalls ein wenn auch grottenschlecht bezahltes Gewerbe und deswegen auch keinesfalls zusätzlich. Mich würde dabei auch noch die Zukunftsperspektive für den ersten Arbeitsmarkt interessieren, auf den die Ein-Euro-Jobber ja vorbereitet werden sollen! Vielleicht als Klofrau oder Klomann? Tolle Aussichten, und so zukunftsträchtig, so ungemein attraktiv!

Oder ist ein Klo an einer gut frequentierten Stelle gar keine so schlechte Sache, wenn das Eimerchen Kleingeld, das täglich anfällt, auch vollständig behalten werden darf? Jedoch nicht, wenn für einen Generalunternehmer gearbeitet wird, der schlappe fünf Euro pro Stunde bezahlt und den Rest selbst einsteckt. Tut mir leid, in meinen Augen ist das im wahrsten Sinne des Wortes nur ein *Scheißjob* und als Perspektive eine einzige stinkende Katastrophe! Das bisschen Geld und dann null Befriedigung bei der Arbeit? Der Missbrauch von Ein-Euro-Jobs kennt anscheinend keine Grenzen mehr! Oder muss man anders formulieren: Wo werden Ein-Euro-Jobber eigentlich nicht missbraucht?

Woher kommt so viel Vandalismus an den Schulen und anderswo? Nährt er sich aus dem Frust vieler Schüler? Liegt es daran, dass die Ausgaben für längst outgesourcte Hausmeister und Reinigungskräfte so gekürzt wurden, dass – wenn überhaupt – nur noch schlampig geputzt wird? Dass dort, wo bereits viel Dreck liegt, wie von Geisterhand noch viel schneller noch mehr Müll hingelangt, weiß eigentlich jeder. Wurde das Geld für die Wartung der Schulen derart zusammengestrichen, dass selbst Hausmeister keine Handwerker mehr für notwendige Reparaturen bestellen dürfen, bis alles zur Bruchbude mutiert ist, die nur noch abgerissen werden kann?

4. Bei den **Arbeitslosenzahlen** versucht die Bundesregierung, uns permanent zu verarschen. Inzwischen reicht es offenbar nicht mehr aus, dass Erwerbslose, die krank sind, in Maßnahmen stecken, eine Umschulung machen oder ihr mickri-

ges Gehalt durch ALG II aufstocken müssen, gar nicht erst in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, sondern es wird immer tiefer in die Trickkiste gegriffen. Im Superwahljahr will die Bundesregierung die Zahl der Erwerbslosen per Gesetz herunterrechnen: Künftig sollen alle, die durch private Vermittler betreut werden, einfach mal eben so nicht mehr als arbeitslos gelten. Im Oktober fielen darunter rund 149.000 Arbeitslose. Insgesamt waren es in diesem Jahr rund 300.000 Menschen. Da kann natürlich nicht mehr von sauberer Erfassung von Arbeitslosen die Rede sein, aber es geht ja auch nur darum, eine lupenreine weiße Weste zu tragen und sich mit dem vermeintlichen Erfolg angeblicher Arbeitsbeschaffung schmücken zu „dürfen“.

Die Zahlenjongliereien reichen offenbar auch nicht mehr aus, und so wird optisch noch eins draufgelegt. Die meisten Grafiken gaukeln uns vor, dass die Arbeitslosigkeit enorm gesunken sei. Bei der Darstellung wird zumeist dort begonnen, wo die höchste Arbeitslosenzahl zu sehen ist, sodass jegliches Sinken natürlich angenehm auffällt. Diese Wirkung wird erzielt, weil ein Bild meist nur flüchtig angeguckt wird und sich der erste Eindruck einprägt. Wenn die Grafik beispielsweise nach der Einverleibung der DDR beginnen würde, dann ließe sich erkennen, dass die Arbeitslosigkeit zwar leicht gesunken, aber immer noch höher als vor 1989 ist! Von den prekären Arbeitsverhältnissen, in denen die meisten Arbeitslosen gelandet sind, die uns diese Fata Morgana vorenthält, einmal ganz zu schweigen. Tatsächlich haben wir sieben Millionen Hartz-IV-Bezieher, auch wenn beständig so getan wird, als ob es „nur“ zwei bis drei Millionen seien, und mit knapp 500.000 noch eine „Handvoll“ ALG-I-Bezieher.

5. Obwohl eine Reha sinnvoll wäre, strebten viele Langzeitarbeitslose nach der Frührente, prangert die „Ärztezeitung“ an. Dabei könne rechtzeitige **Rehabilitation** Patienten beim Bewältigen von Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit helfen und ihr Leistungsvermögen stabilisieren. Aus Sorge vor sozialem Abstieg stellten Langzeitarbeitslose in Ostdeutschland trotzdem eher Renten- als Reha-Anträge. Erwerbsminderungsrentner fühlten sich in der Regel gesellschaftlich eher akzeptiert als Hartz-IV-Bezieher. Viele Antragsteller seien jedoch für die Frührente „noch nicht krank genug“.

Leider steht in dem Artikel nicht, dass ältere Erwerbslose, und das sind immer sogenannte Langzeitarbeitslose, eben nicht nach Frührente „streben“, sondern vielmehr von den argen Argen unverblümt dazu gedrängt und aufgefordert werden, und dies beileibe nicht nur im Osten. Es soll sogar schon die Androhung ausgesprochen worden sein, dass der Nicht-Antragsteller andernfalls in einen Ein-Euro-Job oder eine kommunale Maßnahme gesteckt würde. Auch den Rentenversicherungen ist bereits aufgefallen, dass sich diese Art von Neuanträgen neuerdings auffällig häuft. Mich wundert, dass die Studie diesen offensichtlichen Zusammenhang nicht erkannt hat oder nicht erkennen will. Dieser Artikel ist in meine Augen eine Frechheit, weil mal wieder die angeblichen Sozialschnorrer vorgeführt werden.

6. Ein italienischer Architekt gewinnt den Wettbewerb um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Es soll zwischen 2010 und 2013 gebaut werden, und die Kosten dafür werden mit 552 Millionen Euro veranschlagt. Obwohl das Bundesland Berlin hoch verschuldet ist, gönnt es sich ein neues Schloss! Natürlich handelt es sich um ein Projekt des Bundes, doch zeigt sich hierbei, wes Geistes Kind unsere Regierung ist und für welche **Prestigeprojekte** Monopoly spielender Unternehmer das Geld im Überfluss da zu sein scheint, das bei den gesellschaftlich ausgegrenzten Erwerbslosen und ihren Familien, den Rentnern und Niedriglöhnern im abgehängten „Prekariat“ immer zu fehlen hat! Wäre es nicht wichtiger, das Geld dafür zu nutzen, das Land und die Bürger für die Zukunft zu stärken und besonders in die Bildung zu investieren statt in der Vergangenheit zu schwelgen? Offenbar will die Bundesregierung lieber zurück ins Mittelalter, wo die Herrscher auf Kosten der geknechteten Menschen die prunkvollsten Paläste gebaut haben!

7. Der Jesuit und Sozialethiker Friedhelm Hengsbach kritisiert, dass bei den Hartz-Reformen gravierende Fehler gemacht worden sind, die das soziale **Sicherungssystem** der Republik „ausgehöhlt“ und den Sozialstaat abgebaut haben! Er beschreibt Hartz IV als ein „Monster“ und sagt, dass angesichts der Verarmung und Entrechtung der auf staatliche Zahlungen Angewiesenen kein beteiligter Politiker sein Gesicht wahren könne. Die Reform sei eine Deformation der solidarischen Sicherungen, eine Bankrotterklärung, zu deren Komplizen sich die beiden großen Kirchen gemacht hätten. Der Sozialethiker spricht von „kirchlicher Kollaboration in einer verwundeten Gesellschaft“, ja von „unterlassener Hilfeleistung“.

Anstatt lautstark zu protestieren, habe die Kirche christliches Denken, Solidarität und Nächstenliebe durch den doktrinären Überbau eines „bürgerlichen Feldzugs gegen den Sozialstaat“ ersetzt. Hengsbach prangert an, es sei ein Fehler gewesen, diese Gesetze positiv zu bewerten und dann sogar selbst noch Ein-Euro-Jobs anzubieten. Er bemängelt, dass Arbeitslosigkeit nicht mehr als strukturelles, sondern als individuelles Problem angesehen werde. Demnach seien eben nicht sinkende Nachfrage oder Überproduktion die Verursacher von Arbeitslosigkeit, sondern die Erwerbslosen selbst. Aus seiner Sicht sind die Auswirkungen von Hartz IV eine Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit, ein höheres Armutsrisiko, prekäre Arbeit, eine Schieflage der Verteilung des gemeinschaftlich erwirtschafteten Vermögens und eine gesellschaftliche Ausgrenzung von Hartz-IV-Beziehern.

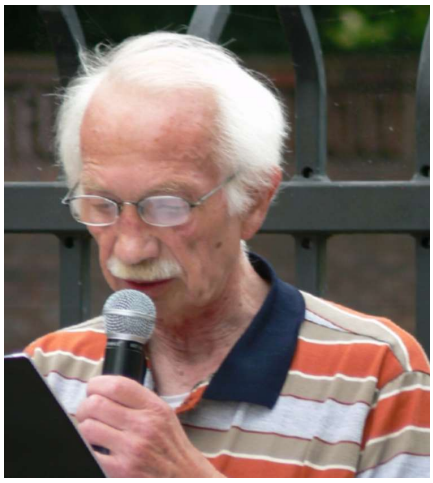
Oder auf den Punkt gebracht: „Gesellschaftliche Risiken wurden individualisiert, solidarische Sicherungen privatisiert und Grundrechte kommerzialisiert“. Hartz IV hat für viele Menschen in eine Situation ohne Ausweg geführt. Hengsbach verlangt von Kirche, Einrichtungen und Gläubigen, dass sie aktiv werden und ihre Stimme erheben müssen, um diese Zustände anzuprangern! Statt Konsumgutscheine zu verteilen und Neuwagen steuerlich zu begünstigen, fordert Hengsbach Investitionen in die „Arbeit an den Menschen“: mehr Erzieher, Lehrer, Ärzte, ernsthaft mehr Geld für Bildung und Gesundheit! Nur so seien weitere Risse in

der Gesellschaft zu verhindern. – Nie hätte ich vermutet, dass wir mal mit Jesuiten an einem Strang ziehen könnten! Wir sagen auf der Montagsdemo doch auch nichts anderes als er den „Aachener Nachrichten“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Rückfall auf den Stand von 1990: Autoverkäufe sind im November um mehr als 17 Prozent zurückgegangen *(„Spiegel-Online“)*

Rüstungsboom und Wirtschaftskrise gehen Hand in Hand



1. Eine internationale Finanz- und Wirtschaftsmafia verbrennt unser aller Geld, und die Regierungen helfen ihr nach Kräften dabei. Weniger bekannt – weil weitgehend totgeschwiegen – ist die Tatsache, dass für Rüstung und Krieg ebensolche gigantischen Geldmengen „verbrannt“ werden. Offensichtlich haben die Herrschenden aus der Geschichte nichts gelernt: Knapp 80 Jahre nach der ersten Weltwirtschaftskrise und der damaligen Hochrüstung zum Zweiten Weltkrieg vollziehen sich in der heutigen offenen Krise genau wie damals beschleunigt Entdemokratisierung, Bildungsabbau und Sozialkahlschlag. Es gibt europaweit und weltweit eine neue Rüstungs- und Gewaltspirale, die zu immer neuen sogenannten Anti-Terror-Kriegen um die Rohstoffe für die kapitalistischen Großmächte führt.

Die Summe der Bankenrettungsprogramme entspricht auch denen der Rüstungsausgaben. 2007 wurden laut dem schwedischen Forschungsinstitut Sipri weltweit 1.340 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben. Allein in Nordamerika und Europa werden aktuell rund 1.500 Milliarden US-Dollar zur „Rettung der Banken“ investiert, und das ist ein einmaliger Riesenbetrag. Aber 800 Milliarden US-Dollar fließen in die Rüstung – und dies Jahr für Jahr!

In der Krise wird die Verlogenheit der Herrschenden besonders offenbar, die uns jahrzehntelang weismachen wollten: „Für dies und das, für all den ‚Sozialklimbim‘ fehlt leider das Geld“. All dieses Geld ist plötzlich in Hülle und Fülle und scheinbar unbegrenzt für diejenigen vorhanden, die vor ihrem selbst verschuldeten Absturz gerettet werden sollen – und natürlich für die Rüstung. Es wird ganz einfach „verbrannt“! Mitten in den Debatten über die Eindämmung der neuen Finanz- und Weltwirtschaftskrise ließ die Bundesregierung die Ausweitung des

deutschen Kriegseinsatzes am Hindukusch beschließen, obwohl mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gegen diesen Einsatz sind!

Bis 2010 will Berlin einen in diesem Ausmaß nie da gewesenen Umbau der Bundeswehr abgeschlossen haben. Sie wird in drei völlig neue Kategorien gegliedert. Der Zweck ist eine verstärkte Kriegsfähigkeit. Die Bundeswehr wird unterteilt in sogenannte Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte, die jeweils aus Verbänden aller drei Teilstreitkräfte gebildet werden: 35.000 Mann „Eingreifkräfte“ mit spezieller High-Tech-Ausrüstung für die „Schnellen Eingreiftruppen“ von EU und Nato, 70.000 Mann „Stabilisierungskräfte“ für KFOR, Isaf, Unifil und so weiter. 210.000 Soldatinnen und Soldaten sowie ziviles Personal sind als „Unterstützungskräfte“ vorgesehen.

Die EU will sich bis 2010 eine „Schnelle Eingreiftruppe“ zulegen, die unter anderem rund 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe umfassen und spätestens nach 60 Tagen vor Ort sein soll. Von den insgesamt 80.000 EU-Soldaten stellt Deutschland das größte Kontingent: 18.000 Frauen und Männer – das ist die höchste Anzahl aller EU-Staaten! Die undemokratische, antisoziale und militaristische EU-Verfassung schreibt für die Gemeinschaft zwingend ständig neue Aufrüstung vor, und Deutschland hat immer die Nase vorneweg! Auch die Nato hat sich eine „Schnelle Eingreiftruppe“ angeschafft, die 25.000 Mann umfasst und an der die Bundeswehr mit bis zu 6.200 Mann beteiligt ist. Im kommenden Jahr soll der Rüstungshaushalt um 5,6 Prozent angehoben werden. Das ist der höchste prozentuale Anstieg nach dem Ende des „Kalten Krieges“. Nach Nato-Kriterien wird Deutschland dann 33,5 Milliarden Euro für das Militär ausgeben.

Bremen ist als Rüstungshochburg mit den Firmen Atlas Elektronic, Rheinmetall Defense Elektronics, EADS, Airbus, OHB und Lürssen maßgeblich daran beteiligt. Ich will hier nur kurz auf die Friedrich-Lürssen-Werft eingehen. Sie hat eine unheilvolle Tradition: Schon zu Kaiserzeiten und später für die faschistische Wehrmacht baute sie Kriegsschiffe. Jetzt rüstet sie die Bundeswehr mit Korvetten und Fregatten auf. 70 Prozent ihres Kriegsschiffbaus gehen in den Export. Nachdem sie die Bundeswehr bereits nach ihrer Gründung 1957 mit Schnellbooten ausgerüstet hatte, baut sie jetzt die großen Kriegsschiffe – Korvetten und Fregatten – für die Auslandseinsätze. Fünf Korvetten vom Typ K130, noch unter der Schröder-Regierung in Auftrag gegeben, sind fertig und werden zusammen mit sieben Fregatten und vier U-Booten (nicht von Lürssen) den „Eingreifkräften“ von EU und Nato zugeordnet. Im aktuellen Bundeswehrplan taucht bereits eine Korvette K131 für die Zeit nach 2016 auf, für die zurzeit eine Milliarde Euro angesetzt ist.

Die Korvetten sind schon verheerend in der Wirkung, die Fregatten sind es noch mehr, weil all diese Schiffe in Bauart und Bewaffnung auf dem letzten waffentechnischen Stand sind. Die deutsche Marine verfügt derzeit über 15 Fregatten. Das Besondere an den neuesten drei Fregatten des Typs F124, die Lürssen baut, ist ihr Preis: Mit 733 Millionen Euro pro Stück ist sie um 100 Millionen teurer als das Kreuzfahrtschiff „Queen Mary 2“. Die Werft ist maßgeblich am Bau

der drei Fregatten beteiligt. Neu im Fertigungsprogramm sind vier Fregatten des Typs F125, die von 2014 bis 2017 beschafft und in Dienst gestellt werden sollen. Die F125 wird von der Arbeitsgemeinschaft Thyssen-Krupp Marine Systems und Lürssen gebaut, wobei TKMS die Federführung hat. Kostenpunkt: insgesamt 2,7 Milliarden Euro – das heißt 675 Millionen Euro pro Stück.

Es droht der Einsatz von noch mehr Kriegsschiffen. Angesichts der aktuellen „Piratenlage“ am Horn von Afrika ruft bereits ein Bremer Reeder nach verstärktem Einsatz der Seestreitkräfte. Seltsam, dass gerade jetzt, mitten in der Diskussion um die Auslandseinsätze, die „Piraten-Aktivität“ so stark zunimmt. Eine Steilvorlage für Lürssen! Was können wir tun? Wir müssen wieder mehr für Rüstungskonversion kämpfen, denn Lürssen zum Beispiel könnte durchaus auch andere Schiffe bauen. Wir könnten den „Friedensbürgermeister“ Böhrnsen drängen, nicht bei jeder Gelegenheit Bundeswehr und Kriegsschiffkapitäne zu hofieren!

Rüstungsboom und Wirtschaftskrise gehen Hand in Hand. Die Bundeswehr muss raus aus allen Auslandseinsätzen und darf auch nicht im Innern eingesetzt werden! Banken, Versicherungen, Energie- Auto- und Rüstungskonzerne gehören in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gebracht! Verbrecherische Finanzjongleure und andere verantwortungslose Wirtschaftsbosse gehören nicht nur „kontrolliert“, sondern sie müssen für die Schäden, die sie anrichten, auch haftbar gemacht und bestraft werden können! Steueroasen sind trockenzulegen! Das sind jetzt nur einige Punkte. Den Kapitalismus können wir damit nicht überwinden, obwohl der eigentlich längst abgeschafft gehört! Zu einem Frieden in sozialer Gerechtigkeit ist es noch ein langer und mühevoller Weg – doch wir werden ihn gemeinsam weitergehen!

Quellen: „Zivilcourage“ Nummer 5, November 2008, Artikel „Weltwirtschaftskrise und weltweite Rüstung“ von Winfried Wolf, sowie Referat „Rüstungsproduktion – das Beste für die Stadt?“ von Lühr Henken am 9. Oktober 2008

2. Das klassische Piratenszenario stelle ich mir so vor, wie es sich alle vorstellen: Ein vollbärtiger „Häuptling“ mit Holzbein und schwarzer Augenklappe entert säbelschwingend und mit Gebrüll ein anderes Schiff, und alle anderen springen ebenso lautstark hinterher. Die modernen Oberhäuptlinge jedoch tragen Maßanzüge und blütenweiße Westen, haben feine Manieren und sitzen in Regierungsstellen, Geheimdienstzentralen, Militärstäben und als Lobbyisten in der Rüstungsindustrie. Das somalische „Fußvolk“ ist angeheuert und wird mit entsprechenden Beuteversprechen zu seinem Tun angestiftet. Vor nicht allzu langer Zeit waren die mehr oder weniger freiwilligen Seeräuber noch selbständige Fischer, bis ihnen ausgerechnet die europäischen Fisch-Freibeuter mit ihren Trawlern die Existenzgrundlage raubten und sie in bitterste Armut stürzten.

Ist die Vorstellung vom modernen Piratenchef in Schlips und Kragen völlig abwegig? Wäre das eine neue Verschwörungstheorie? Fest steht: Die ach so seeschlachterfahrene Bundeswehr behauptet, es seien 500 statt der bisher 15 Kriegsschiffe zur Bekämpfung der Piraterie notwendig. Die Bundesregierung will

so bald wie möglich 1.400 Soldaten und die Fregatte „Karlsruhe“, gebaut von der Kieler Howaldtswerke Deutsche Werft GmbH, in die somalischen Hoheitsgewässer entsenden. Die Entscheidung hierüber soll in den nächsten Tagen fallen. Bereits Anfang nächsten Jahres will Berlin mit der Entsendung beginnen. Es sollen auch auf Handelsschiffen Soldaten stationiert werden, was in Reederkreisen bereits heftigsten Beifall findet. Ein entsprechend „robustes Mandat“ für die Militäreinsätze, die auch die Verfolgung im somalischen Binnenland vorsieht, soll noch in diesem Monat im Bundestag beschlossen werden. Ich finde diese Militarisierung der zivilen Seefahrt unerträglich!

Der von imperialistischen Mächten beherrschte UN-Sicherheitsrat beschloss bereits in mehreren Resolutionen eine Verschärfung der Piratenbekämpfung. Die letzte Resolution vom Oktober fordert alle Staaten der Region auf, mit Kriegsschiffen die EU-Militärmission zu unterstützen. Der Bundestag wird genötigt, der Instrumentalisierung für fremde Interessen zuzustimmen, auch unter Umgehung deutscher Gesetze. Resolutionen dieser Art und entsprechende Beschlüsse der Bundesregierung bedeuten letztlich eine kühne Entmachtung unseres Parlaments! All dies verstärkt meinen Verdacht, dass hinter alldem eine länderübergreifende Geheimdienstmafia stecken könnte, die für die gigantische Aufrüstung zur See die nötige Stimmung machen soll. Rosige Aussichten für die Bremer Lürssen-Werft!

Für die toten Bundeswehrsoldaten wird natürlich eine protzige Gedenkstätte gebraucht! Ausgerechnet im berühmt-berüchtigten Berliner Bendlerblock, wo einst die Faschisten ihre Spionagezentrale für die Oberkommandos der Wehrmacht und der Kriegsmarine unterhielten, legte Rüstungsminister Franz Josef Jung „feierlich“ den Grundstein hierfür. Zynischer geht es nicht! Eine neue „Heldengedenkstätte“ ausgerechnet an dieser Stelle ist eine ungeheuere Provokation für alle Antifaschist(inn)en und Friedensbewegten! Schon das kürzlich stattgefundene Bundeswehrgelöbnis im Hof des Bendlerblocks war eine Herausforderung an die Friedensbewegung.

Deutlicher lässt sich die ungebrochene Kontinuität in den Köpfen der Regierungspolitiker nicht zeigen. Hier offenbart sich beispielhaft, wie sehr die Kriegsmacht Deutschland bemüht ist, sich endgültig ihrer Vergangenheit zu entledigen. Selbst Bundespräsident Köhler rief zur „Solidarität mit den Bundeswehrsoldaten“ auf und leistet damit einer neuen und verstärkten Militarisierung der Gesellschaft Vorschub. Wir wollen im Bendlerblock kein neues monströses Kriegerdenkmal! Gegen das „Vergessensollen“ wollen wir ein deutlich sichtbares Mahnmal gegen Faschismus und Krieg!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

170 Kilometer Abstellgleise angemietet: Krisen-Mehdorn hat bereits acht Prozent seiner Güterwaggons ausgemustert *(„Spiegel-Online“)*

Lohnwucher: Verdi erstattet Strafanzeige gegen Leicharbeitsfirma wegen 2,71 Euro Stundenlohn *(„Spiegel-Online“)*

Lauterbach-Plan greift zu kurz: Um den Konsum *dauerhaft* anzuheizen, muss *jeden Monat* ein Scheck kommen *(„Spiegel-Online“)*

Banken kriegen 400 Milliarden: Damit könnte man 82 Millionen Bürgern ein Jahr lang monatlich 400 Euro Konsumgeld zahlen *(„Wikipedia“)*

Bagis lässt Strom-Überweisung platzen: Bis zu 9.000 Bremer Hartz-IV-Betroffene sitzen Weihnachten im Dunkeln *(„Weser-Kurier“)*

„Schwerstkriminelle müssen körperliche Nachteile hinnehmen“: Kasachischer Brechmittel-„Polizeiarzt“ vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung eines Afrikaners freigesprochen *(„Tageszeitung“)*

„Obrigkeitsstaatliche Sozialisation in Kasachstan“: „Polizeiarzt“ setzte Brechmittelvergabe so lange fort, bis Condé ins Koma fiel *(„Tageszeitung“)*

„Weit entfernt von dem Leitbild eines erfahrenen Facharztes“: Es war ein „organisatorischer Mangel“, dass Bremen die Durchführung des Brechmitteleinsatzes „einem schlecht ausgebildeten und unerfahren Mediziner übertragen“ hat *(„Spiegel-Online“)*

Lieber Roland Kotz: Schnatterinchen verschnattert sich beim CDU-Schnattertag *(„Frankfurter Rundschau“)*

Klare Sicht auf Ypsi-Püppsi: Schiefer Humpel hat endlich eine neue Brille *(„Spiegel-Online“))*

Ohrensausen, Farbfehlerdepression, Umweltschwindel: Sind Energiesparlampen schuld an allen möglichen Krankheiten? *(„PR-Center“)*

„Wir wollen schlank und profitabel werden“: US-Autobosse fordern Staatsknete zur Senkung der Arbeitskosten *(„Spiegel-Online“)*

34 Milliarden gefordert: Damit könnte man zwei Millionen Arbeitslosen ein Jahr lang monatlich 1.400 Dollar zahlen *(„Financial Times“)*

17 Milliarden für Konkursverschleppung: US-Autoindustrie soll erst zu Amtsantritt des neuen Präsidenten kollabieren *(„Financial Times“)*

Voll peinlich: Piesepampel mit Scherzbold verwechselt *(„Spiegel-Online“)*

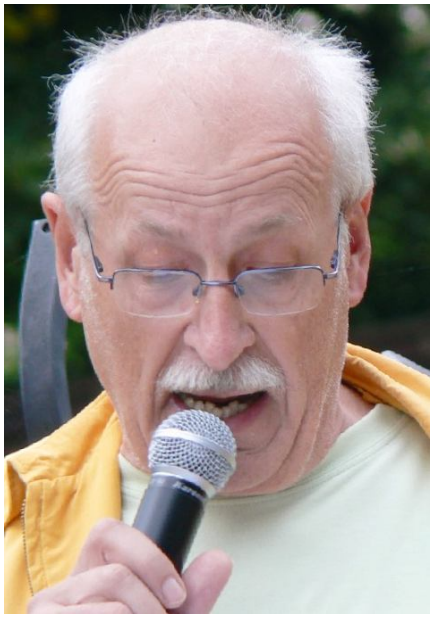
Sendesaal gerettet: Abriss-Investoren treten zurück *(„Weser-Kurier“)*

Geisterparkplatz mit Weihnachtsmarktbuden vollgestellt: Die „Waterfront“ ist menschenleer wie der „Spacepark“ *(„Bremer Anzeiger“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

210. Bremer Montagsdemo am 08. 12. 2008

Die von selbst erfüllte Prophezeiung



Da haben wir es, was wir so lange „erwartet“ haben! Die Menschen haben immer weniger Geld zur Verfügung, die Weihnachtsgeschenke fallen dieses Jahr nicht mehr so üppig aus. Die Politiker sehen zunehmend schwarz, alles sieht düster aus. Wenn das immer mehr glauben, gute Nacht, Deutschland! Doch dann kommt die erquickende Aussage unserer lieben Frau Merkel, das Jahr 2009 werde „ein Jahr schlechter Nachrichten“.

Was heißt hier eigentlich „schlechte Nachrichten“? Ich zitiere nur mal kurz: Massenarbeitsplatzvernichtung, Kinderarmut in großem Rahmen, Lohndumping, Hunger und Elend, hausgemachte Armut per Gesetz, nämlich durch Hartz VI, Rentenkürzungen, schlechte Gesundheitsreform, Steuerungerechtigkeiten, Vergiftung der Lebensmittel, Datenschutzverletzungen, Bildungsnotstand. Für all das tragt ihr lieben Politiker und Unternehmer die Hauptverantwortung! Also, was heißt hier schlechte Nachrichten? Jetzt hat sich bloß all das erfüllt, was ihr euch ersehnt habt, mit einem Unterschied: Dazu brauchte man kein Prophet zu sein, nur ein kritischer Bürger, der rechnen kann und sich auch für andere interessiert!

Nun möchte ich mal vom Schwarzsehen ein wenig ablenken und ein Beispiel von Till Eulenspiegel in Erinnerung bringen. Im Harz fing der Arme immer an zu weinen, wenn er ins Tal hinablief, und umgekehrt freute er sich, wenn es bergauf ging. Als er gefragt wurde, warum er dies so mache, sagte er: „Wenn ich ins Tal hinablaufe, muss ich immer an die Anstrengung denken, die mich erwartet, wenn ich wieder bergauf muss, und beim Berg ist es umgekehrt.“ Na, dann denke ich jetzt mal wie unser Till und freue mich auf das, was da kommt, denn von schlechten Nachrichten habe ich ja genug erfahren!

Nun noch ein guter Tipp von mir. Was heißt hier eigentlich Bankenkrise? Bis jetzt hat kaum eine Bank vom „Rettungsschirm“ Gebrauch gemacht. Daher dürfte es auch nicht gar so schlimm aussehen, oder? Wenn wir uns allerdings verhalten wie die Lemminge, dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn wir ins Meer fallen. Ich jedenfalls mache es wie unser Till und freue mich, dafür brauche ich kein Pro-

phet zu sein, sondern nur ein guten Beobachter. So schaue ich voller Zuversicht auf das nächste Jahr: das Jahr der vielen Wahlen. Da kann man bestimmt keine schlechten Nachrichten gebrauchen, nicht wahr, meine Damen und Herren von der Politik?

Udo Riedel (parteilos)

Montag gehört den Unbeirrbaren: Seit über vier Jahren zieht allwöchentlich ein Haufen von Hartz-IV-Gegnern durch die Citys *(„Spiegel-Online“)*

Arbeitende und Arbeitslose sollen die Zeche bezahlen

Die SWB senkt den Gaspreis um elf Prozent – nachdem sie ihn in den letzten vier Jahren um fast 100 Prozent erhöht hat, allein letztes Jahr um 19 Prozent. Die Energiekonzerne haben unendliche Profite gemacht! Die jetzige Preissenkung ist ein Erfolg des Kampfes, der Klagen, Preisboykotte und öffentlichen Debatten, auch hier auf der Montagsdemo. Die SWB verhält sich nach wie vor extrem unsozial!

Jetzt ist wieder infolge einer angeblichen Computerprogrammpanne bundesweit bei den Argen und auch bei der Bagis auf den Überweisungen der Stromrechnung der Kundenname nicht genannt worden. Dies führt voraussichtlich bei circa 9.000 Bremer Haushalten an Weihnachten zum Abstellen des Stroms! Die SWB weigert sich, in diesem Zeitraum generell auf Stromabstellen zu verzichten. Sie wolle lediglich „unbürokratisch“ wieder anstellen! Wenn die Ersten erfroren sind oder sich verzweifelt vor den Zug geworfen haben?

Immer deutlicher wird, wie die Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen die Zeche bezahlen sollen für die Milliarden, die die Hedgefonds, aber auch die multinationalen Konzerne in den letzten Jahren sich angeeignet und zum Teil verzockt haben: In der Autobranche werden Massenentlassungen angedroht. US-Konzerne wollen Bürgschaften zwischen 34 und 125 Milliarden Dollar. Arcelor-Mittal, extrem profitabel in den letzten Jahren, will in Bremen 900 Stellen streichen. Die Bremer Wollkämmerei wird geschlossen – 250 Arbeitsplätze sind futsch. Viel Geld wird mit Giftmüllverbrennung gemacht. Thyssen-Krupp will 2.100 seiner 3.700 Leiharbeiter entlassen.

Durch die Hartz-Gesetze wurden Niedrigstlöhne eingeführt, die Beschränkung der Leiharbeit und das Verbot von Mehrfachbefristung aufgehoben, die

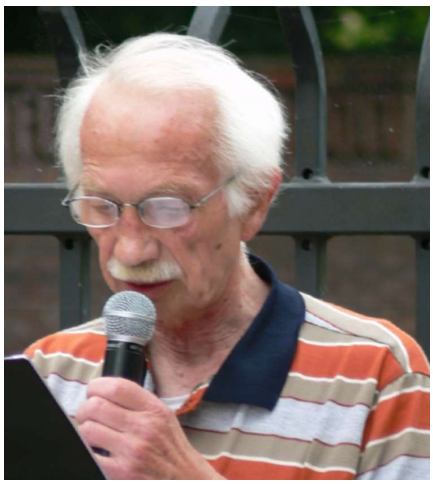
Höchstdauer abgeschafft. Heute gibt es in Deutschland 800.000 Leiharbeiter und sieben Millionen „arbeitende Arme“. Wir fordern: Weg mit den Hartz-Gesetzen! Gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde! Schaffung von Arbeitsplätzen auf Kosten der Profite durch Dreißig-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich statt Entlassungen und Kurzarbeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die „MLPD/Offene Liste“ lädt ein zum Treffen der „**Wählerinitiative** Wolfgang Lange“ am **Freitag**, dem **12. Dezember 2008**, um **19 Uhr** in der Gaststätte „**Stella**“, Ecke Erlenstraße/Donaustraße

Nicht schlecht, Berthold, aber: Das Zauberwort heißt Vermögensteuer, nicht „Zukunftsfonds“ *(„Spiegel-Online“)*

Der Sendesaal ist endgültig gerettet!



1. Bei all den bösen Ereignissen der letzten Tage wie der drohenden Stromabschaltung bei 9.000 Bremer Hartz IV-Betroffenen und dem skandalösen Freispruch des Brechmittel-Arztes ist eine Nachricht umso höher zu bewerten: Der Sendesaal ist endgültig gerettet!

Durch den vorzeitigen Rücktritt der Abbruch-Investoren Heise und Klima ist der Weg für den Weiterbetrieb jetzt frei. Hübotters „Sendesaal-Karree“ wird den Kaufpreis von 3,43 Millionen Euro an „Radio Bremen“ zahlen. „Kreative Vernunft hat sich gegen die Dumpfheit der Abrissbirne durchgesetzt“, schreibt der „Verein der Freunde des Sendesaales“ in einer Pressemitteilung. Weiter heißt es: „Die Käufer Klaus Hübotter und Bernhard Kathmann werden gemeinsam mit dem Verein die Nutzung des Saales unverzüglich angehen“. Nun gehe es darum, rasch Verträge mit Konzertveranstaltern und Interessenten für Aufnahmen abzuschließen. Auch „Radio Bremen“, das den Sendesaal nach längerer Pause bereits wieder nutzt, wird mit im Boot sein. Es soll in Kürze eine gemeinnützige „Sendesaal-GmbH“ gegründet werden.

Klaus Hübotter geht davon aus, dass trotz der jährlichen Betriebskosten von 200.000 Euro die künftigen Nutzer zunächst keine Miete zahlen müssen. Die „Freunde des Sendesaales“ bedankten sich in ihrer Mitteilung für die große Un-

terstützung aus der Bevölkerung. Sie dankten unter anderem besonders auch Bürgermeister Böhrnsen, Denkmalpfleger Skalecki und Bausenator Loske dafür, dass sie den Abriss des Saals verhindert haben. Vielleicht hat ja die Bremer Montagsdemo, deren Beiträge auch regelmäßig auf der Sendesaal-Homepage zu lesen waren, ein ganz klein wenig dazu beigetragen!

2. Eine mehr als verdiente **Standpauke** musste Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann bei eisiger Kälte über sich ergehen lassen. In einem Rollenspiel der Initiative „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit und die Diskriminierung der Betroffenen“, das am 10. Dezember 2008 vor der Bremer Innenstadtfiliale der Deutschen Bank stattfand, geißelte ein vorweihnachtlicher „Friedensengel“ scharf die maßlose Profitgier des Bankchefs.

Auch ein äußerst freigiebiger „Vater Staat“, der hinterhältig lächelnd nur die Banken und Konzerne mit Milliardenbeträgen beglückt und Arme und Obdachlose leer ausgehen lässt, bekam sein gehöriges Stück Fett ab. „Herr Ackermann“ solle, so der „Friedensengel“, von seiner Arroganz und Selbstherrlichkeit ablassen, seine Untaten bereuen, Buße tun und sich auf den „Weg zur Umkehr“ begeben.

Die Aktion hatten viele Umstehende mit Zustimmung und Beifall bedacht. Nach einer kurzen Demo durch die Innenstadt wurde auf der Abschlusskundgebung vor dem Rathaus folgender Appell an Bürgermeister Böhrnsen verlesen, der unter Anderem die konkreten sozialpolitischen Forderungen der Initiative sowie

die Forderung nach Rücknahme des Platzverweisungsgesetzes gegen Obdachlose enthält.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – Foto: Joachim Fischer

Forderungen an den Senat der Freien Hansestadt Bremen und an Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen

Wir sind eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen Obdachlosigkeit und die Diskriminierung der Betroffenen einsetzt.

Wir fordern vom Senat und von Ihnen, Herr Bürgermeister Böhrnsen, dass Sie für die Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle eintreten – nach Grundgesetz Artikel 14, der besagt, dass Eigentum verpflichtet, und Artikel 15, der die Vergesellschaftung vorsieht!

Außerdem fordern wir:

- Verhinderung beziehungsweise Zurücknahme der Privatisierung von Sparkassen, öffentlichen Banken und anderer gesellschaftlicher Einrichtungen! Sofortige Belastung der 8000 Millionäre durch eine 1,5-prozentige Millionärssteuer! Das bringt schon allein 30 Milliarden Euro für ein Beschäftigungsprogramm.
- In allen Finanzinstitutionen und Versicherungen sollen Vertreter der Belegschaften, Gewerkschaften, demokratischer Vereine, von Verbänden und Initiativen, sowie demokratische Persönlichkeiten zur Kontrolle und Beaufsichtigung der Geschäfte mit eingesetzt werden!
- Verbot von Spekulationen und von Hedgefonds. Kriminelle Delikte sind aufzudecken und zu verfolgen. Täter aus dem Management sind zu bestrafen. Diese berechtigten Forderungen aus dem Linken- und Erwerbslosenspektrum können wir als Gruppe nur unterstützen, und wir fordern von der rotgrünen Landesregierung, sich ebenfalls dafür einzusetzen. Besonders fordern wir das auch von Ihnen, Herr Bürgermeister Böhrnsen!
- Wir lehnen das 470-Milliarden-Programm für die Banken ab! Anstatt das Geld den Profiteuren zu geben, wäre es richtig, diese mit der Enteignung ihres pri-

vaten Spekulationsvermögens zu bestrafen. Die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, sollen sie auch auslöffeln!

- Wir sind wie die Mehrheit der Bevölkerung für eine Antikriegspolitik und fordern den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und allen anderen Einsatzgebieten. Die Kriegssteuer-Einnahmen müssen für eine sinnvolle soziale Infrastruktur verwendet werden, statt sie sinnlos fürs Militär zu verpulvern. Steuergerechtigkeit führt dazu, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, finanziell geholfen werden kann: Mit dem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus zu erschwinglichen Mieten. Weg mit Hartz IV, der Agenda 2010 und der Bedürftigkeitsprüfung!
- Wir fordern menschenwürdige Arbeitsplätze mit gesellschaftlich sinnvoller Tätigkeit sowie Streichung aller Ein-Euro-Jobs und Zwangsarbeit. Wir fordern Löhne über 1.800 Euro, damit niemand in Altersarmut gerät. Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro! Weg mit dem Platzverweisgesetz bei Obdachlosen! Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von 800 Euro plus warmer Miete!

Streichen bei den Reichen und nicht bei den Armen! Nur wer den Reichen nimmt, kann den Armen geben! Wir fordern die Landesregierung und Herrn Bürgermeister Böhrnsen auf, sich im Bundesrat für die Rücknahme der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 und der anderen Armut schaffenden Bundesgesetze einzusetzen! Sorgen Sie dafür, dass unsere Forderungen umgesetzt und durchgesetzt werden!

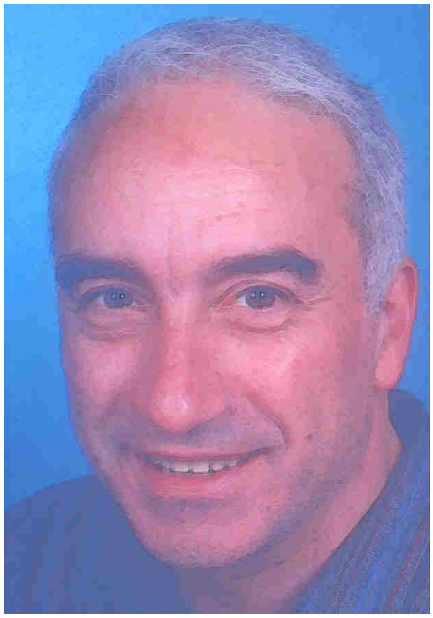
Bettina Fenzel (parteilos)

Eine Klimakatastrophe bedroht die Menschheit!

Am diesem Montag ist Weltklimatag. In über 90 Ländern finden Aktionen statt, um die Erde vor dem drohenden Kollaps zu retten. Für unsere Umwelt und unser Klima ist es fünf vor zwölf – obwohl es noch nie so hoch entwickelte technische Möglichkeiten gab. Aber erneuerbare Energien und eine Kreislaufwirtschaft werden von den großen Energiekonzernen boykottiert, weil sie an der Verbrennung von Erdöl, Erdgas und Kohle Milliarden verdienen. Daran ändert auch ihr „grünes Mäntelchen“ nichts, mit dem sie sich in teuren Image-Kampagnen als Klimaschützer tarnen.

Bei dem derzeit stattfindenden UN-Klimatreffen in Polen droht der notwendige Klimaschutz der internationalen Finanzkrise zum Opfer zu fallen. Interessierte Industriekreise und Bundeswirtschaftsminister Glos behaupten, dass Klimaschutz der Wirtschaft schade. Es ist genau umgekehrt: Die weltweite Umstel-

lung der Energiebasis auf erneuerbare Energien könnte Millionen von neuen Arbeitsplätzen schaffen und eine technologische Revolution einleiten!



Der Chef des UN-Klimasekretariats legte zu Beginn der Konferenz eine Untersuchung vor, wonach in den 40 Industriestaaten, die 1997 das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben, der Ausstoß von Treibhausgasen zwischen 2000 und 2006 im Schnitt um 2,3 Prozent sogar weiter angestiegen ist. Von den Regierungen sind keine wirksamen Schutzmaßnahmen zu erwarten. Der Kniefall der Bundesregierung, die in Brüssel dafür sorgte, dass die Automobilindustrie noch auf Jahre hin straflos Autos mit viel zu hohem Treibhausgasausstoß bauen darf, zeigt wieder einmal, dass all ihre frommen Versprechen nur Lug und Trug sind!

Sofortmaßnahmen sind dringend notwendig, um den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 70 bis 90 Prozent zu senken. Dazu gehören der massive Ausbau erneuerbarer Energie mit Windkraft, Sonnenthermik und Bioabfallverwertung, das internationale Verbot der Müllverbrennung, der sofortige Stopp des Baus neuer Kohlekraftwerke, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und seine kostenlose Nutzung, die Umstellung der Autoproduktion auf Brennstoffzellen-Antrieb und die Wende hin zu einer Kreislaufwirtschaft zur Rückgewinnung aller Stoffe.

Die Rettung der Umwelt kann nur auf Kosten der Profite erkämpft werden. Das geht nicht im Vertrauen auf Konferenzen und auf die „Einsicht“ der Herrschenden. Deshalb muss eine weltweite Bewegung des aktiven Widerstands gegen die Klimaverbrecher entwickelt werden. Anders wird unser Globus für künftige Generationen nicht zu retten sein. Die Proteste am Weltklimatag sind ein Schritt zum Aufbau einer dauerhaften Zusammenarbeit und zu einer internationalen Vernetzung. Die Bürgerbewegung für Klimaschutz, Kryo-Recycling und Kreislaufwirtschaft ist dabei ein Aktivposten. Wer sich dafür interessiert, kann bei mir nähere Informationen bekommen.

Harald Braun

Kürzung der Pendlerpauschale gekippt: Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sind keine Privatsache *(„Spiegel-Online“)*

500 Geschäfte, Banken, Autohäuser und öffentliche Gebäude verwüstet: Nach Plünderung der Staatskasse durch die Reichen droht Bürgerkrieg *(„Spiegel“)*

Repression: **Demo** gegen Freispruch im **Brechmittel-Mordprozess** am **Samstag**, dem **13. Dezember 2008**, um **14 Uhr** am **Schlachthof** verboten *(„Taz“)*

Röwekamp-Reform: Polizeiarzt eingespart, Afrikaner tot

1. Alleinerziehende Mütter haben es nach einer Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am Arbeitsmarkt besonders schwer. 42 Prozent, also fast jede zweite, muss sich mit dem mickrigen ALG II über Wasser halten, so viele wie in keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Wenn alleinerziehende Mütter Arbeit finden, dann wird sie meist zudem grottenschlecht bezahlt. Der DGB spricht von „Ausschluss vom regulären Arbeitsmarkt“ und fordert Gegenmaßnahmen wie etwa Integrationsprogramme. Obwohl die Zahl der Erwerbslosen angeblich noch immer im Sinken begriffen sei, ging die Zahl der erwerbslosen Alleinerziehenden kaum zurück.

DGB-Vorstandmitglied Annelie Buntenbach forderte spezielle Integrationsprogramme mit intensiver Beratung der Arbeitsagenturen für Alleinerziehende. Sie fordert, dass Kinder nicht länger ein Armutsrisiko sein und den Ausschluss vom Arbeitsmarkt zur Folge haben dürfen. Der DGB setzt sich für eine garantierte Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr und für Qualifizierungsangebote für Alleinerziehende ein. Alleinerziehende werden außerdem oft in prekäre mini- und Teilzeitjobs abgedrängt. Dadurch verfügt jede(r) zweite Alleinerziehende nur über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro. 95 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen und verfügen über eine schlechtere Ausbildung als die durchschnittliche Bevölkerung. 25 Prozent der alleinerziehenden Mütter hat keinen Beruf erlernt, und jede zwanzigste besitzt keinen Schulabschluss.

2. Ausgerechnet in so reichen Bundesländern wie in Bayern oder Baden-Württemberg ist der **Wohlstandschauvinismus** mit seinem rechtsextremen Denken am meisten ausgeprägt. Dabei ist die Arbeitslosenquote in diesen Regionen mit etwa vier Prozent eher als gering zu bezeichnen. Obwohl im Süden der Republik die Beschäftigten überdurchschnittlich gut verdienen, die Bevölkerung (noch) über einen hohen Lebensstandard verfügt, sind rechtsextreme Einstellungen, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus hier nicht weniger präsent als in ostdeutschen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt. Dies wird von einer Studie der Leipziger Universität ebenso belegt wie dass rund ein Viertel der Deutschen als ausländerfeindlich zu charakterisieren ist!

Nach Ansicht der Autoren wächst der Wohlstandschauvinismus nicht trotz, sondern gerade wegen des wirtschaftlichen Erfolges, vergleichbar mit der paradoxen Situation in vielen ostdeutschen Regionen, wo Ausländerfeindlichkeit vor

allem dort weit verbreitet ist, wo es kaum Ausländer gibt. Im Westen Deutschlands kommen rechtradikale Ansichten dann zum Vorschein, wenn die Angst um den eigenen Besitz steigt. Schließlich wurde Wohlstand nach dem Krieg in Deutschland ein Ersatz für die verlorene Rassen- und Herrenideologie. Mich erschreckt, wie deutlich und wie leicht sich der unverarbeitete deutsche Faschismus die Herrenmenschenmentalität wieder aufleben lässt, wie sehr er noch in den Köpfen drinsteckt!

Dass sich gerade die Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg fürchtet, zeigten bereits andere Untersuchungen. So kam der DGB 2001 zu dem Ergebnis, dass unter Gewerkschaftsmitgliedern rassistische Einstellungen weit verbreitet seien, und stellte bei westdeutschen Jugendlichen einen Wohlstandschauvinismus infolge einer Überidentifikation mit den deutschen Wirtschaftsinteressen fest. Besonders anfällig waren demnach auch Facharbeiter und Angestellte in unteren Leitungspositionen, Menschen mit meist niedrigen Bildungsabschlüssen und einem verhältnismäßig hohem Einkommen. Anlass zur Sorge haben diese Angehörigen der Mittelschicht im deutschen Speckgürtel allemal. In keiner anderen Industrienation muss seit Jahren – trotz des sagenumwobenen „Aufschwungs“ – ein derartiger Reallohnverlust hingenommen werden, während die Spitzenverdiener weiter kräftig zulegen.

Doch statt gegen die wirklich Verantwortlichen im eigenen Land zu protestieren, scheint sich die ganze Wut der vom Abstieg bedrohten Mittelständler gegen diejenigen zu wenden, die sich am unteren Rand der Gesellschaft befinden und bei einem verengten Stellenangebot als potenzielle Konkurrenten betrachtet werden. Da hat die „Springer“-Presse offenbar ganze Arbeit geleistet! Wenn ich mir überlege, dass die Umfrage in einer relativ entspannten Zeit erfolgte, dann will ich mir lieber gar nicht vorstellen, wie sich die Einstellungen der relativ ungebildeten, dann vielleicht nicht mehr so gut verdienenden Mittelschicht angesichts der Wirtschaftskrise noch entwickeln werden!

3. Letzten Donnerstag wurde im sogenannten **Brechmittelprozess** meiner Meinung nach ein Skandal-Urteil gefällt. Der Polizeiarzt Igor V. wurde vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung des 35-jährigen Laye Condé aus Sierra Leone freigesprochen. Dabei scheint seine mangelhafte Ausbildung den Pathologen Igor V. vor der Verurteilung bewahrt zu haben. Eigentlich sollte im medizinischen Bereich doch klar sein, dass jemand, wenn er etwas nicht kann, das auch nicht machen darf!

Das Urteil löste Empörung aus, weil Laye Condés Tod anscheinend strafrechtlich ungesühnt bleiben soll. „Wenn ich mit dem Auto jemanden überfahre, bin ich dann nicht schuld, nur weil ich ein ungeübter Autofahrer bin?“, kommentierten Zuhörer die Argumentation des Richters Bernd Asbrock. Igor V. habe sich zwar Versäumnisse und Fehler zuschulden kommen lassen, aber der in Kasachstan ausgebildete Arzt habe weder über klinische Erfahrung verfügt, noch sei er für zwangsweise Brechmittelvergabe qualifiziert gewesen. Dass ein so mangelhaft

ausgebildeter Arzt eine Brechmittelvergabe an einem des Drogendealens verdächtigten Afrikaner durchführt, offenbart in meinen Augen die „Wertschätzung“, die diesem Personenkreis zugebilligt wird.

Das Gericht urteilte, dass es ein „organisatorischer Mangel“ gewesen sei, dass Bremen die Durchführung des Brechmitteleinsatzes „diesem schlecht ausgebildeten und unerfahren Mediziner übertragen“ hat. Die Innendeputation stellte jedoch im Sommer 2004 fest, Thomas Röwekamps Reform zur „Effizienzsteigerung bei der Polizei“ trage „der Haushaltsnotlage Bremens Rechnung“. Ohne sie „müssten mehr Beamte eingestellt werden, um die heutige Qualität der Polizeiarbeit sicherzustellen“. Das ist doch bemerkenswert und wirft unbeantwortete Fragen auf!

4. Eine ALG-II-Bezieherin ist wegen eines Schlaganfalls auf unbestimmte Zeit krank geschrieben. Die für sie zuständige arge Arge verlangt jedoch, dass sie eine „Wiedereingliederung“ unterschreibt, in der sie sich zu drei schriftlichen **Bewerbungen** um ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis pro Woche bewirbt! Wie soll denn das vonstatten gehen? Soll die betroffene Frau vielleicht schreiben, dass sie zwar an dem Stellenangebot interessiert und auch dafür qualifiziert sei, jedoch auf nicht absehbare Zeit krankgeschrieben, sodass sie die Stelle vorerst leider nicht antreten könne? Sie würde ja gerne, kann aber nicht? Soll sie dann eventuell noch ganz freundlich darum bitten, ihr den Arbeitsplatz aber bitte vorerst bis zum 30. Juni 2009 zu reservieren?

Davon abgesehen kann eh nicht verlangt werden, dass mehr als eine Bewerbung pro Woche geschrieben wird, weil die Arge innerhalb von zwölf Monaten nur maximal 260 Euro für Bewerbungskosten zahlt. Da jede Bewerbung mit pauschal fünf Euro abgegolten wird, kann sie in 52 Wochen nur 52 Bewerbungen schreiben. Wer hat hier eigentlich den Schlaganfall gehabt, die ALG-II-Bezieherin oder die Sachbearbeiterin? Eine weitere Frechheit ist, dass so oft die Rede von einer Vereinbarung ist, obwohl es sich zumeist nur um eine einseitige Verpflichtung handelt. Leider wissen die meisten ALG-II-Bezieher nicht, dass sie das Recht haben, selber eigene Wünsche mit einzubringen. Überdies entspricht das so ganz und gar der dehumanisierenden Verfolgungsbetreuung, wie sie leider gang und gäbe ist und nur dazu dienen soll, die Menschen mit völlig sinnlosen Blindbewerbungen auf nicht vorhandene Stellen zu schikanieren, zu knechten, am besten ganz aus dem Leistungsbezug zu stoßen – damit für die aufgehübschte Statistik wieder einer als „in Arbeit vermittelt“ gelten kann!

5. Berlins Arbeitssenatorin Heidi Knake-Werner („Die Linke“) hat angesichts der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse erneut Gesetzesinitiativen auf Bundesebene angemahnt. Auf der Fachtagung „Arbeiten in Europa: Prekäre Jobs, längere Arbeitszeit und weniger Lohn?“ der Senatsarbeitsverwaltung und des DGB Berlin-Brandenburg forderte sie letzte Woche Mittwoch Neuregelungen bei **Leiharbeit** und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowie einen gesetzlichen Mindestlohn. Untersuchungen zufolge müssen in Deutschland inzwischen

6,5 Millionen Menschen auf schlecht bezahlten Arbeitsplätzen arbeiten. Das sind immerhin schon 22 Prozent aller Beschäftigten, also fast ein Viertel! Allein in Berlin leben demnach fast 363.000 Beschäftigte von unter 900 Euro netto monatlich!

110.000 Menschen müssen den kargen Lohn mit ALG II aufstocken. Die Senatorin betonte, dass die Zunahme von schlecht bezahlter Arbeit „dramatisch" sei und inzwischen auch die gut Ausgebildeten auf Arbeit im Niedriglohn angewiesen seien. Bereits drei Viertel dieser Beschäftigten seien Menschen mit Berufsausbildung oder Studienabschluss! Prekäre Beschäftigung darf nicht zur Normalität werden! Weiterhin forderte die Senatorin, dass es bei der Leiharbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben müsse und dass Minijobs endlich normalen Jobs gleichgestellt und voll sozialversichert werden müssen! Die Abwärtsspirale lässt sich nur mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aufhalten. Die drohende Krise auf dem Arbeitsmarkt dürfe nicht dazu genutzt werden, soziale Standards weiter auszuhöhlen.

6. Was geistert da durch die Medien? Die Regierung will den Konsum ankurbeln und deswegen weitere neoliberale Steuergeschenke an die Reichen machen, „sozialrevolutionäre" **Konsumschecks** im Wert von bis zu 500 Euro verteilen, um die Kauflust der Bürger zu steigern? Wie jetzt? Erst mit dem menschenverachtenden Hartz IV immer mehr Menschen mitsamt ihren Familien in das abgehängte Prekariat einschweißen, mit Niedriglöhnen dafür sorgen, dass bereits fast ein Viertel der runtergeknechteten Beschäftigten von seiner Arbeit nicht mehr leben kann, und sich dann einen Dreck um die Kinderarmut kümmern – lässt sich noch deutlicher zeigen, dass die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen einfach überflüssig sind, zu Deutsch: scheißegal? Erst den Transferleistungsbeziehern die Berechnung nach einem realen Warenkorb vorenthalten, ihnen das Weihnachtsgeld streichen und jetzt auf einmal Konsumschecks verschenken wollen? Da ist doch etwas oberfaul!

Weil die Menschen der Bundesregierung schnurzegal sind, geht es natürlich nicht um das Wohlbefinden der Bürger – dass sie gesund leben können, ein Auskommen haben –, nein, es geht um etwas viel Wichtigeres: dass die *Wirtschaft* floriert, die Konjunktur angeworfen wird! Deutlicher lässt sich doch kaum noch zeigen, dass unsere Regierung nicht das Volk vertritt, das sie zu diesem Zweck gewählt hat, sondern die Wirtschaft! Was für ein Wahnsinn! Die Binnenkonjunktur stärkt man weder mit Steuergeschenken noch mit Subventionen für Autokonzerne noch mit einmaligen Almosen. Angebracht wären stattdessen eine armutsfeste Grundsicherung sowie gesetzliche Mindestlöhne und eine angemessene Besteuerung hoher Einkünfte und Vermögen, um beispielsweise die Investitionsquote der öffentlichen Haushalte zu erhöhen und den Ausbau der sozialen Infrastruktur zu finanzieren!

7. Nach Überzeugung der Präsidentin des „Deutschen Sozialgerichtstages", Paulat, müssten die **Hartz-Gesetze** „eindeutiger" formuliert werden. Eine der Ursa-

chen der Klagewelle gegen die Hartz-IV-Bescheide sei die „nicht ganz einfache Rechtslage“. Deshalb führten die Regelungen oft zu Einzelentscheidungen in existentiellen Fragen. Der Gesetzgeber müsse eindeutige Vorgaben machen! Nach ihrer Ansicht wäre es hilfreich, wenn zu den Unterkunftskosten beim Arbeitslosengeld II eine Verordnung erlassen würde. Das ist die falsche Forderung, weil Hartz IV *ganz verschwinden* muss, da es sich so gar nicht mit unserem wunderbaren Grundgesetz verträgt!

8. Britische Sozialhilfeempfänger müssen sich in Zukunft routinemäßig **Lügendetektortests** unterziehen – wer beim „Schwindeln“ erwischt wird, erhält einen Monat lang kein Geld mehr. Mit dieser neuen Initiative will die Labour-Regierung dem angeblich weit verbreiteten „Sozialbetrug“ einen Riegel vorschieben. Ich mutmaße, dass der Sozialgeldbetrug in Großbritannien bestimmt ebenso „weit“ verbreitet ist wie in Deutschland! Das Feindbild muss noch weiter bedient werden, und so sind dann alle Sozialgeldbezieher wohl automatisch gleich Lügner. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass dieser Artikel aus der Feder der „Welt“ kommt!

Ich frage mich außerdem, warum die Briten noch Millionen für so etwas Überflüssiges wie die Queen und ihre Sippschaft ausgeben. Warum wird dieser Lügendetektortest nicht bei denjenigen unter den Steuerzahlern angewendet, die ihre Kröten sonst lieber nach Luxemburg verschieben? Sie müssten ihnen dann auch noch die Zahlenfolge ihres Schweizer Nummernkontos einfallen lassen. Da könnte der Staat dann richtig den Reibach machen, da würde es sich lohnen! Leider passen die sogenannten Leistungsträger nicht zum gängigen Feindbild. Wann werden endlich monopolyspielende Manager diesem Test unterworfen und zur Verantwortung gezogen?

9. Die Professorin für Sozialrecht an der Hochschule Darmstadt hält die **Familienförderung** der Bundesregierung für verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat schon vor zehn Jahren entschieden, dass alle Kinder über ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung und Unterkunft hinaus einen Bedarf auf Betreuung und Erziehung haben. Jedoch erhält die Mehrheit der Kinder ihn überhaupt nicht. Nur im Einkommensteuerrecht wird seitdem ein Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung berücksichtigt. Davon können aber nur Höchstverdiener ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro im Jahr profitieren. Diese bekommen für ihre Kinder statt Kindergeld monatlich 210 Euro Steuerfreibetrag ab 2009. Alle übrigen Eltern beziehen das Kindergeld in Höhe von demnächst 164 Euro. Hartz-IV-Empfänger erhalten nicht einmal das Kindergeld, weil dieses voll auf die Regelleistung angerechnet wird.

Die Zahl der Eltern, die die Bildungskosten ihrer Kinder nicht mehr bezahlen können, steigt. Das betrifft nicht nur die ganz Armen, sondern auch Familien mit einem niedrigen Einkommen. Deren Kinder dürfen weder einen Sportverein besuchen, noch können sie Musik- oder Nachhilfeunterricht erhalten. In Deutschland lebt knapp die Hälfte aller Kinder in Familien, die mit bis zu 75 Prozent des

durchschnittlichen Einkommens auskommen müssen. Absurderweise enthält der Staat also gerade denjenigen Kindern den Ausbildungs- und Erziehungsbetrag vor, die ihn besonders nötig haben! Weil Kinder also für ihre Eltern haften, muss arm bleiben, wer arm ist?

Seit Mitte der Neunzigerjahre gilt, dass Sozialleistungen „nicht mehr so hoch“ sein dürften, damit eine „Motivation“ bestehe, sich Arbeit zu suchen – selbst wenn die gar nicht vorhanden ist! Da Kinder nicht in das Grundsicherungssystem für Arbeitssuchende gehören, muss der Regelsatz für Kinder neu danach bestimmt werden, was sie wirklich an Kleidung, Nahrung, Wohnen und Bildung brauchen! Diese menschenverachtende Umkehrung von „Eltern haften für ihre Kinder“, wie es auf jedem Baustellenschild zu lesen ist, zieht sich durch die gesamte Jugend der Kinder von Hartz-IV-Eltern. Wenn diese Kinder Geschenke erhalten, selber in den Ferien jobben wollen, um sich einen Wunsch zu erfüllen, den die Eltern vom kärglichen ALG II nicht bezahlen können, dann wird ihnen das von den argen Argen wieder weggenommen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Größe 44: Hund kriegt Abschiedskuss *(„Spiegel-Online“)*

Zum Thema „**Bankenkrise**: Zusammenhänge zwischen Reichtum und Obdachlosigkeit“ findet am **Mittwoch**, dem **10. Dezember 2008**, um **11 Uhr** vor der Deutschen Bank am **Domshof** ein kleines **Theaterstück** statt. Anschließend gibt es eine kurze **Demonstration** durch die Innenstadt und um 12 Uhr eine Abschlusskundgebung am Rathaus. Veranstalter ist die Initiative „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit und die Diskriminierung der Betroffenen“. – Vorher, um **9:30 Uhr**, wird im **Saal 4** des **Oberverwaltungsgerichts Bremen** (neues Justizzentrum Am Wall 198, Erdgeschoss) über die **Unzulässigkeit von Mietobergrenzen und Zwangsumzügen** geurteilt. Es hat bereits im November 2006 eine Verhandlung gegeben. Die Sitzung ist öffentlich. Wer Interesse hat, kann gerne zuschauen, zumal wir in dieser Sache eine Menge gemeinsam bei der Sozialsenatorin unternommen haben!

Die „Historische Gesellschaft“ lädt ein zum Vortrag „**90 Jahre Revolution und Räterepublik in Bremen**“ von Peter Kuckuk am **Donnerstag**, dem **11. Dezember 2008** um **18 Uhr** im „Haus der Wissenschaft“ in der Sandstraße.

In der Vorweihnachtszeit treffen wir uns **montags** um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir machen dann nach kurzer Kundgebung unsere **Demo** zum Hanseatenhof, wo wir etwa ab 18 Uhr anzutreffen sind. Am **22. Dezember 2008** beenden wir das Demojahr mit einer **Abschlussfeier** nach der Demo. Am **5. Januar 2009** sind wir wieder um 17:30 Uhr auf dem **Marktplatz**.

Hier sprichter Dichter: Sie reden nicht, sie munkeln, und gehen ungern aus dem Haus *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

211. Bremer Montagsdemo am 15. 12. 2008

Kritische Gedanken zur Weihnachtszeit

Zum wiederholten Male wird uns, den Kauflustigen, gesagt, das Weihnachtsgeschäft laufe rund: Der Einzelhandel verkaufe gut, die Leute gönnten sich manchen auch größeren Kauf. Dementsprechend passten sich die Geschäftszeiten den großen Käufermassen an. Deutschland sei also in bester Kauflaune! Das klingt erst mal alles hervorragend. Wer weiß schon, wie es im nächsten Jahr aussehen wird! Die Finanzkrise bricht wahrscheinlich erst dann voll ins Kontor. Somit muss jetzt gekauft und konsumiert werden, bis man kurz vorm Umfallen ist!

Das Krisengeschrei verunsichert, und es dient nur denjenigen, die schon immer am großen Geld verdient haben oder darauf sitzen. Das sogenannte Fußvolk soll jedoch in die Kaufhäuser rennen und sich konsumfreudig zeigen. Und genauso passiert es auch! Kaum jemand hinterfragt den Weihnachtstaumel. Der Wirtschaft geht es immer am besten, wenn viel gekauft wird: Dann kann wieder solide gewachsen werden. Aber gerade der Wachstumswahn erzeugt die Krisen, besser gesagt: ein einseitiges Wachstum, das nichts mit Nachhaltigkeit zu tun hat. In der Volkswirtschaft Deutschland ist der Export in gefährlicher Schieflage. Das Gleichgewicht der Volkwirtschaft ist dadurch zertrümmert worden. Dies ist ein Ergebnis des aggressiven Lobbyismus der Großindustrie.

Zieht man ein Ergebnis aus der jetzigen Finanzkrise, trifft es zu: Die Gier nach großen Gewinnen in möglichst kurzer Zeit führte zum Desaster. Letztlich sind die Verantwortlichen in der Politik und der Wirtschaft zu finden. Diese beiden elitären Gruppen machten erst die Freiheit des Marktes möglich: Die Politik schaffte den Rahmen, die Wirtschaft das Geld heran. Das Scheitern des grenzenlosen Wachstums in die Höhe brach zusammen. Die Frechheit der Finanzelite muss der Staat ausgleichen. Das Mantra lautet: Gewinne privatisieren und Verluste der Gesellschaft aufbürden.

Nun ist man wieder so klug wie zuvor, und das Spiel geht von vorne los. Da fragt man sich: Was ist hängen geblieben, bei der Elite wie beim sogenannten Normalverbraucher? Sieht man sich den Ameisenhaufen an, stellt man erschreckt fest: Alles geht seinen normalen Gang. Es ist gerade jetzt wichtig, eine Analyse vorzunehmen! Das Fragwürdige an dem ganzen Treiben ist der Fetisch Wachstum: Das Wachstumsversprechen verspricht Gewinne und lockt Investitionen. Irgendwann kommt der Motor aber ins Stottern, da man nicht bis in die Ewigkeit Wachstum generieren kann. Da man sich aber nicht mit kleinen Profitraten zufrieden gibt, müssen Profitmargen bis zu 20 Prozent her. Und dann ist der Zeitpunkt gekommen, der purer Spekulation keine Grenzen mehr setzt: Letztlich überflügelt diese Finanzwirtschaft die Realwirtschaft.

Einige Jahre geht das mehr oder weniger gut, bis die Blase platzt. Die Leidtragenden sind die Normalverbraucher und, nicht zu vergessen, die Länder in der Dritten Welt. Das lässt sich auch diesmal anhand der Hungeraufstände in den 50 ärmsten Ländern beobachten. Nicht nur in den Entwicklungsländern wird derbe ausgeteilt: Sieht man genauer hin, entdeckt und versteht man die fatalen Mechanismen, die das Karussell weiterlaufen lassen, auch in Deutschland. Unverschämt und falsch ist die Reaktion nicht nur der deutschen Regierung gegenüber der selbst gemachten, von der Elite angezettelten Krise. Wenn die Regierung eine Bürgschaft für alle deutschen Sparvermögen übernimmt, kann man dies nur Populismus nennen.

Zur Weihnachtszeit verdeutlicht ein Beispiel aus der Arbeitswelt die krisenhafte Entwicklung der Realwirtschaft: Die Verkäufer im Einzelhandel haben letztes Jahr zu Weihnachten gestreikt. Sie wollten zur verkaufsstarken Zeit Druck auf die Unternehmer ausüben und einen besseren Tarif erstreiken. Nur wussten die Unternehmer schon lange vom Kampfeswillen ihrer Verkäufer und stellten für die Zeit, in der die Verkäufer auf Streikposten standen, massenhaft Kräfte aus Leiharbeitsfirmen ein. Diese arbeiteten in der Weihnachtszeit und machten die Kollegen mürbe. Mit Erfolg: Nach der Saison kamen die Kollegen wieder in die Geschäfte, und zwar ohne neuen Tarif. Erst nach einen 18 Monate dauernden Stillstand schloss man einen gültigen neuen Tarifvertrag. Die Unternehmer wollten keine Wiederholung derselben prekären Verhältnisse wie 2007, denn der Betriebsfrieden droht schnell zu kippen. Aktuell steht der Betriebsrat von Ikea vor seiner Entlassung, weil er während des Streiks ein Interview an „ZDF frontal“ gegeben hat.

Aber der neue Vertrag holt die Verkäufer nicht aus der Armut. Er sieht eine Spanne von 1.400 bis 1.900 Euro brutto vor. Unterschieden wird nach Branchen. Die meisten Verkäufer arbeiten in einer Branche, die nicht viel mehr hergibt als 1.400 Euro. Runtergerechnet sind das 900 Euro netto. Das ist die europäische Armutsgrenze! Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Was also nicht hilft, sind Konjunkturprogramme für Unternehmen! An der Schere zwischen Arm und Reich lässt sich besonders gut sehen, wie eng die USA durch die Globalisierung mit Deutschland verzahnt sind. In diesen beiden Ländern ist die Anzahl der Millionäre weltweit die größte: In den USA gibt es 3.028.000 Millionäre, in Deutsch-

land 826.000. Doch 40 Prozent aller deutschen Haushalte zahlen keine Steuern mehr, weil deren Einkommen zu gering ist, um Sozialabgaben zu leisten. Auch Konsumschecks verbessern daher nichts, nur höhere Löhne und eine Umverteilung des Reichtums zugunsten der ganzen Gesellschaft! Alles andere ist Augenwischerei und ein schiefes Lügengebälk!

Jens Schnitker (parteilos)

Zwei Bündnisse mit fast identischer Zielrichtung

Wir waren auf Reisen! Am 6. Dezember 2008 fuhren wir zum Treffen der Koordinierungsgruppe der bundesweiten **Montagsdemo** in Kassel. Wir haben die erfolgreiche Demo am 8. November in Berlin besprochen und über die **Delegiertenkonferenz** am **28. Februar 2009** in **Kassel** beraten. Einzelheiten für die Anmeldung, den Delegiertenschlüssel und die Konferenzregeln stehen auf der Homepage der bundesweiten Montagsdemo. Diese Delegiertenkonferenz wird auch das Datum der **Berlin-Demo 2009** festlegen. Vorschlagen werden wir einen Termin circa 14 Tage vor der Bundestagswahl, also **Mitte September**.

Am 13. Dezember 2008 waren wir beim bundesweitem Treffen des „Aktionsbündnisses Sozialproteste“ in Nordhausen. Auch das ABSP plant für 2009 eine Großdemontration. Diese soll vor dem 1. Mai 2009 stattfinden. Das ABSP hat circa alle zwei Monate eine bundesweite Versammlung, die Montagsdemo-Bewegung nur einmal jährlich. Dort wird die Koordinierungsgruppe gewählt und die Großdemo beraten. Die Koordinierungsgruppe wählt den Sprecherrat und tagt ungefähr viermal.

Beide Bündnisplattformen haben die fast identische Zielrichtung. 2009 gäbe es die Möglichkeit, dass jede eine Großdemo veranstaltet und die jeweils andere Bündnisplattform mit dazu aufruft und daran teilnimmt! Dies ist mein Anliegen. Dazu kommen die vielen anderen Organisationen und Bündnisse rund um die Agenda 2010 – gegen die Lissabonner Strategie! Meldet euch daher für den 28. Februar 2008 in Kassel an und gestaltet mit! Wer teilnehmen will und Hilfestellung bei den Rahmenbedingungen benötigt oder weitere Informationen möchte, kann sich auch an mich wenden, montags auf der Demo, telefonisch unter 0421-501 501 oder per E-Mail an Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de. –

Bremen wird erhebliche Mittel zur Arbeitsförderung zurückgeben, wenn ALG-II-Betroffene von den Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ausgeschlossen werden. Das entsprechende Gesetz wird beraten. Bis zum 31. Dezember 2008 ist die Förderung noch möglich. Mensch kann auch eine Zuweisung über mehrere Jahre erhalten. Der Bruttolohn von 1.200 Euro beendet aber selten den ALG-II-Bezug; daher ergänzendes ALG II beantragen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Keine Gewalt seitens der Eingekesselten“: Bremer Polizei geht willkürlich gegen friedliche Antirepressionsdemo vor *(„Junge Welt“)*

„Nicht unrealistisch“: Trauer-Glos erwartet Konjunktureinbruch um drei Prozent im kommenden Jahr *(„Spiegel-Online“)*

Das wärmende Feuer in der sozialen Kälte

Klasse! Liebe Leute von der Montagsdemo in Bremen, ich bin als Mitmacher der Montagsdemo Hannover begeistert von eurer Arbeit, wie sie auf eurer Homepage dokumentiert ist – egal, ob es die Lieder (interessieren mich besonders) oder die Texte sind! Bei uns ist es fast besser, dass wir die Texte *nicht* dokumentieren. Na ja, meckern ist zu leicht, selber machen ist die Devise – jedenfalls gefällt mir euer Aufwand und eure Transparenz, echt!

Hans-Dieter und einige weitere Freunde von euch waren ja in Nordhausen, das war für mich eine interessante Begegnung. Mit Hans-Dieter habt ihr ja ein Goldstück von „Know-How“! Ich habe ihn „ausgesaugt“, dass es schon fast unanständig war. Er ist eine Fundgrube und ein hervorrragender Werbeträger. Er hat mich gebeten, euch eine Idee mitzuteilen, die gerade bei uns gut ankommt.

Wir bringen ein **offenes Feuergestell** mit und heizen uns ein! Nachdem wir ja seit über zwei Jahren das Gerichtsverfahren wegen Kurt Kniffel haben (wisst

ihr ja alles) – beziehungsweise wegen der „netten Blauen“ – haben wir uns gewundert, dass Herr Grune, der zuständige städtische Beamte, uns sechs Abende mitten in der Stadt das offene Feuer genehmigt hat, zwar mit der Auflage eines Feuerlöschers, aber das haben wir jetzt schon dreimal hingekriegt, was beim Publikum und bei uns sehr gut ankommt und ein gutes Bild gibt: das wärmende Feuer in der sozialen Kälte!

„Die Linke“ hat uns die Spritkosten ersetzt (20 Euro), Mitglieder des „Arbeitskreises Arbeitslose Hannover“ haben das Holz bezahlt (13,35 Euro) – da bleibt fast noch was für’n Bratapfel über! Vielleicht verlängern wir dieses wärmende Bild bis März oder Frühlingsanfang. (Köstlich amüsiert habe ich mich über die gepatchworkten Grafiken von „Skurrilio“ – auch da habt ihr einen würdigen „Alten“ mit Esprit und Herz! Kompliment und Glückwunsch!)

Jedenfalls haben wir dann noch mit Akkordeon-Begleitung das eine oder andere Lied neu aufgelegt, und schon ist die „Stimmung“ versöhnlicher am Stand. Jetzt brauchten wir noch ein paar bessere Gedanken (Texte) – das ist bei uns noch zu spontan –, aber uns macht es wieder Spaß, und die Freunde, die nun über vier Jahre durchgehalten haben, freuen sich, dass wieder Leben dazu gekommen ist! Hoffentlich hält das ein bisschen an, und wir sind dankbar für das Durchhaltevermögen! Da hat uns die MLPD in Hannover einen guten Dienst erwiesen. Vielleicht werden wir ja doch wieder kräftiger und durchschlagender? Auf geht’s! Schön, dass es euch (!) und gut, dass es uns gibt, oder?

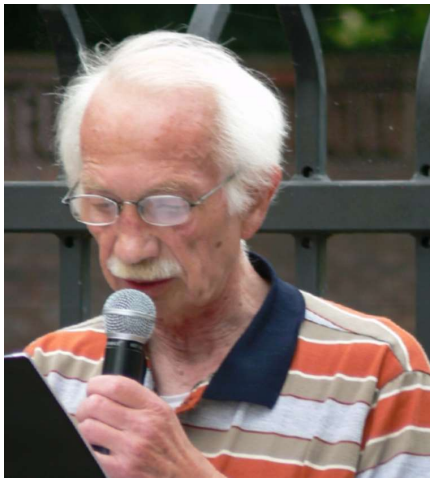
Habt ihr schon gehört, dass wir unter dem Thema „**Nicht auf unsere Kosten – mit würdiger Wut gegen den sozialen Kahlschlag**“ in den Frühling bis in den Wahlherbst gehen wollen? Habt ihr vielleicht Interesse, mit uns zusammen in **Hannover** oder **Bremen** am Wochenende vom **21.** bis zum **23. August 2009** (vielleicht reicht ein Tag) zusammen dieses **Fest** zu begehen? Wir sammeln gerade Ideen und Lust, zumal sich das ABSP eventuell für den **21. März** oder den **24. April 2009** an einer **zentralen Demonstration** in **Berlin** beteiligen will (mit Verdi und Attac et cetera).

Wir würden gern zum gleichen Thema vor der Wahl unser soziales Gesicht zeigen! Wir könnten doch gemeinsam beim Treffen in Frankfurt am 6. Januar den Finanzantrag stellen oder so eine Parole beim bundesweiten Montagsdemotreffen in Kassel am 28. Februar 2009 initiieren, wie wär’s? Wir hätten Lust und Power und Ideen! Herzliche Grüße in Solidarität von der Montagsdemo in Hannover und vom „Sozialbündis Hannover“! (Bei uns geht’s um die Wurst, ich meine: ums Sozialticket. Die Uhr tickt bis zum 24. März, politisch.) Also: Frohe Weih..., guten Ru... und bis gleich!

Zuschrift von Jochen aus Hannover

„Ingenieure händeringend gesucht“: Schult man als Ein-Euro-Baumstamm-Bewicklungstechniker seine räumliche Vorstellungskraft? *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Es muss endgültig Schluss sein mit neoliberaler Umverteilungspolitik!



Mein Umgang mit der Krise ist, darüber zu schreiben, zu reden und Zusammenhänge aufzuzeigen – in der Hoffnung, möglichst viel Öffentlichkeit zu erreichen. Wir haben es hier schließlich mit weit mehr als nur mit einer „Konjunkturkrise“ zu tun. Es ist anzunehmen, dass sich der konjunkturelle Einbruch und die Krise der internationalen Finanzmärkte zur schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit 1929 auswachsen werden.

Hintergrund ist der gewaltige Überschuss an durch pure Ausbeutung angehäuftem Kapital, der zur Entwicklung riesiger Spekulationsblasen führte. Karl Marx hatte es vorausgeahnt, als er folgende top-aktuellen Sätze schrieb: „Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent und es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Nicht mit der Todesstrafe, jedoch mit einer Millionärssteuer von mindestens fünf Prozent, einer Steuer auf Börsenumsätze und alle anderen Finanztransaktionen, einer höheren Besteuerung von Unternehmensgewinnen und einem Spitzensteuersatz von mindestens 50 Prozent sollten die Profiteure und reichen Kapitalbesitzer bezahlen müssen! Widerstand ist angesagt!

Nach den polizeistaatlichen Repressalien gegen die Antirepressionsdemo fordern wir jetzt erst recht: Es muss endgültig Schluss sein mit den Übergriffen der Staatsorgane und mit der neoliberalen Umverteilungspolitik! Wir fordern die volle Wiederherstellung aller demokratischen Grundrechte! Wir fordern die Rücknahme der Rentenkürzungen, der Teilprivatisierung des Rentensystems und der Rente mit 67! Weiterhin fordern wir den Ausbau des gesetzlichen Rentensystems und eine deutliche Erhöhung der gesetzlichen Mindestsicherung!

Wir fordern die Stärkung des öffentlichen Sektors und die Wiederherstellung des Sozialstaats! Weg mit Hartz IV und eine sofortige Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 500 Euro! Regelmäßige Anpassung an die Lebenshaltungskosten und Wiederherstellung des Zumutbarkeitsschutzes! Wir fordern den soforti-

gen Wegfall der menschenverachtenden Sanktionen – dies insbesondere an Frau Ingelore Rosenkötter als zuständiger Senatorin und an die Adresse der Bagis hier in Bremen! Auch die Gewerkschaften dürfen sich nicht länger verstecken. An die Bremer DGB-Vorsitzende Helga Ziegert ist der Appell zu richten: Fordern Sie von DGB-Chef Sommer, dass dieser sich für die Aufhebung des Generalstreik-Verbots einsetzt!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Montag gehört den Unbeirrbaren“

1. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) will seine Behörde besser vernetzen, um beim angeblichen **Missbrauch** von Sozialleistungen schneller reagieren zu können. Gleichzeitig erteilt er dem Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) eine Absage, der von einem sogenannten Frühwarnsystem schwafelt, mit dem sich „etwas (?) verbessern“ lasse. Diesem schwanen so sagenhafte Maßnahmen vor wie etwa Familien von Schulschwänzern die Leistungen zu kürzen. Genau: „ Sippenhaft konnte Adolf auch schon gut“. Dadurch entstehen außerdem massenhaft Arbeitsplätze!

Der Herr Buschkowsky hatte während seiner Auslandsreisen nach London und Rotterdam schlechte Vorbilder für den inhumanen Umgang mit Bedürftigen kennengelernt. Dort haben die Behörden viel umfassendere Eingriffsrechte als in Deutschland; auch können sie ohne ständige Rücksichtnahme auf Datenschutzbestimmungen enger zusammenarbeiten. „Wer sich dort den Regeln entzieht, muss mit Leistungskürzungen rechnen. Das sind keine leeren Drohungen.“ Da werden neue Feindbilder geschaffen und so abstruse Behauptungen aufgestellt wie dass zwar „nicht jeder Schulschwänzer ein Intensivtäter“ werde, wohl aber „jeder Intensivtäter ein Schulschwänzer gewesen“ sei, um neue Forderungen nach einer noch restriktiveren Verfolgungsbetreuung scheinbar zu untermauern.

2. Bei vielen Mitarbeitern der Arge Kreis Segeberg ist die Arbeitsfreude nicht sehr groß. Wegen der befristeten Verträge sitzen viele wie auf einem Pulverfass, weil ihre Zukunft vollkommen ungewiss ist, ob ihr Arbeitsvertrag verlängert werden wird oder nicht. So könnte es den Vermittlern von Langzeitarbeitslosen bald ebenso ergehen wie ihrer jetzigen Klientel. Leicht verständlich, dass diese Situation den Unfrieden in den Leistungszentren schürt. Kein Wunder, dass den Argen die Mitarbeiter davonlaufen, wenn sie können!

Der Hintergrund der Misere besteht darin, dass die Arge 2005 für einen Zeitraum von fünf Jahren gegründet worden war und die Politik bis Ende 2010 eine **Neuorganisation** auf den Weg bringen muss. In diesem Artikel wird gar nicht der Druck erwähnt, der auf die Mitarbeiter auch von Seiten der Argen selbst ausgeübt wird – der Quote zu genügen, möglichst wenig Gelder zu gewähren, es auszuhalten, wissentlich Menschen um die ihnen zustehenden Leistungen zu bringen und gegen die bestehenden Gesetze zu verstoßen, kurz: das Prinzip der Dehumanisierung umsetzen zu sollen!

3. Nach der scharfen Kritik an der Arge in Mindelheim soll das „Vertrauen“ zwischen Mitarbeitern und Hartz-IV-Empfängern wieder hergestellt werden. Arbeitslose und eine Hartz-IV-Beraterin hatten die Behörde als unmenschlich und radikal bezeichnet. Die Betroffenen würden diskriminiert und erhielten so wenig Geld wie möglich. Beim ersten Vergehen sprächen die Mitarbeiter **Sanktionen** aus und kürzten rigoros.

Ich brauche es wohl nicht zu erwähnen, dass Arge-Leiter Hermann Zwinger die Vorwürfe entschieden zurückwies. Er behauptete natürlich, dass seine Mitarbeiter gut ausgebildet seien und die Kunden optimal betreuten. Bei Auszahlungen und Kürzungen würden die rechtlichen Vorgaben eingehalten. Selbstredend könnten die qualifizierten Mitarbeiter mit Konflikten umgehen. Aber Arbeitslose sollen wieder Vertrauen in die Arge fassen! Ich finde so viel Geheuchel der argen Argen kaum auszuhalten. Angesichts der menschenverachtenden Hartz-Gesetze, der Verfolgungsbetreuung und des Lissabonner Vertrags ist immer Obermisstrauen angesagt! Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser: Niemals allein zur Arge, das sollte doch klar sein, egal wie viel Süßholz noch geraspelt wird!

Ich fühle mich ganz stark an das Märchen „Der Wolf und die sieben Geißlein“ erinnert, wo sich der Wolf, um sie endlich fressen zu können, mit Mehl die Pfote weißt und mit Kreide die Stimme erhöht, um von den sieben jungen Geißlein für die Mutter gehalten und eingelassen zu werden. Ja, diese Nachricht könnte zum Witz des Tages avancieren! Zerstörtes Vertrauen setzt in so einen Fall nun mal eine Bringschuld voraus. Dennoch ist die ganze Aussage völlig verkehrt: Seit wann gibt es Vertrauen zur Arge? Dazu sage ich bloß: Die dümmsten Kälber wählen ihren Schlachter selber! Alle Hartz-IV-Bezieher sollten ihrem misstrauenden „Bauchgefühl“ und ihrem wissenden Hirn vertrauen und sich von solchem Schmalz nicht beeinflussen lassen!

4. Menschenrechtsverletzungen beschränken sich nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Michael Windfuhr nicht nur auf Länder außerhalb Europas. Es gebe sie auch in Deutschland und in anderen europäischen Staaten, sagte der Leiter des Referats **Menschenrechte** der evangelischen Hilfsorganisation „Brot für die Welt“ in Stuttgart der Nachrichtenagentur DDP anlässlich des „Internationalen Tages der Menschenrechte“ am 10. Dezember 2008. Dies geschieht zwar in erheblich geringerem Maße als etwa in den afrikanischen Ländern, doch wer-

den auch bei uns täglich wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von Randgruppen verletzt.

Beispielsweise wird die Wohnungssuche für Arbeitslose immer schwieriger. Auch das Recht auf Gesundheit wird nicht immer gewährt, wenn etwa aufgrund finanzieller Probleme im Gesundheitswesen die Menschen in Pflegeheimen nur unzureichend versorgt werden oder gar nicht zum Arzt gehen, weil sie sich die Praxisgebühr nicht leisten können. Ihnen erzählt niemand, dass sie bei ihrer Krankenkasse eine Befreiung erwirken können, wenn sie bisher 84 Euro für Zuzahlungen ausgegeben haben – oder, bei einer belegten chronischen Krankheit, die Hälfte davon.

Ich persönlich finde, dass Hartz IV voll und ganz gegen die Menschenrechte und auch laufend gegen das Grundgesetz verstößt und komme zur entgegengesetzten Ansicht des Artikels, denn ich bezweifle, dass die Bundesregierung wirksame Ansätze zur tatsächlichen Bekämpfung der Armut macht. Hartz IV ist nichts anderes als staatlich geförderte Armut. Das Geld, was für die Finanzbranche in Hülle und Fülle mit vollen Händen aus dem Fenster geschmissen wird, stand für Bildung, Gesundheit und Soziales nie zur Verfügung! Mit Blick auf die derzeitigen Krawalle in Griechenland sage ich nur: Was uns heute unbezahlbar erscheint, wird uns morgen teuer zu stehen kommen!

5. Ja, jede Woche **Montagsdemo** – und keineswegs, wie vom „Spiegel“ behauptet, nur in ein paar Städten wie Hamburg, Bremen, Köln oder Bochum, die sich praktisch an einer Hand abzählen ließen! Nein, wir sind in über fünfzig Städten vertreten, in denen sich noch nach über vier Jahren eine beständige Gruppierung trifft, die demonstriert, sich gegenseitig unterstützt und zu den argen Argen begleitet. Außerdem lässt sich diese beständige, standhafte Bewegung nicht auf das Niveau degradieren, nur „Therapie gegen den Frust“ zu sein! Es tut allerdings wirklich gut, gegen den gleichgeschalteten Mainstream der Massenmedien, der kaum je eine andere Meinung veröffentlicht, mal mit einer wohltuend kritischen Haltung, andere Verhaltensmöglichkeiten darstellend, an die Öffentlichkeit zu gehen!

In Bremen hoffen wir auch darauf, dass den Deutschen endlich mal die Augen und Ohren aufgehen mögen, dass sie anfangen, unabhängig und eigenständig zu denken und zu merken, was hier in Deutschland und weltweit im Zuge der Globalisierung geschieht, dass wir tatsächlich neue Politiker brauchen, die ihren Wählerauftrag ausnahmsweise auch erfüllen, statt sich von den Konzernchefs durch alle möglichen Ämter, in Aufsichtsräten oder Ähnlichem, kaufen zu lassen und zu Marionetten der globalisierten Wirtschaft zu werden!

Unsere Forderungen, dass endlich wieder damit aufgehört werden muss, von unten nach oben zu verteilen – und dass dies sehr wohl möglich ist, indem alte Prinzipien des Sozialstaats wie dass Wohlstand, Reichtum und Besitz eben verpflichtet, erneut ins wirkliche Leben zurückgeholt werden –, das muss wieder als Option in das Vorstellungsvermögen der Menschen gelangen, um der Läh-

mung der Fantasie und Aktivität durch totale Resignation etwas Buntes, Menschenfreundliches, Soziales entgegenzusetzen!

Nein, was sollte daran „utopisch“ sein, dass Betuchte endlich wieder eine Vermögensteuer bezahlen – und die absahnenden Konzerne überhaupt mal Steuern abführen, von denen sie zu Unrecht geradezu befreit worden sind, statt dieses Geld in die Bildung, die Gesundheit und das Soziale zu stecken, wo es hingehört?

Immerhin wurde nur ein Mitinitiator der MLPD benannt und nicht so getan, als ob die Montagsdemos ein Bestandteil der MLPD wären. Ja, bei uns gibt es Mitglieder dieser Partei wie auch von der „Linken“ – aber die weitaus meisten Teilnehmer sind parteilos, und die Bremer Montagsdemo ist überparteilich! Es tut wirklich gut, endlich mal nicht mehr nur ausgegrenzt, sondern einer von vielen anderen bunten Hunden zu sein, die sich in ihrer Vielseitigkeit achten und fördern, so wie es in dieser auf Konsum und Verwertbarkeit orientierten Gesellschaft leider – wie zwingend alternativlos – en vogue geworden ist!

6. In einem aktuellen Beschluss des „Caritas“-Vorstands heißt es, dass die Ausgabe von Lebensmitteln allein nicht geeignet ist, die individuellen oder strukturellen Ursachen von Armut zu bekämpfen. Dass „**Tafeln**“ als gemeinnützige Organisationen, die qualitativ einwandfreie Lebensmittel, die von Händlern und Läden nicht mehr verwendet werden, sammeln und in Ausgabestellen an Bedürftige verteilen, helfe zwar eine Notsituation zu überbrücken, führe aber nicht aus der Not heraus.

Im Laufe der letzten Monate habe ich persönlich auch meine Meinung in diese Richtung verändert, weil ich verstanden habe, dass es nicht mehr einfach nur darum gehen kann, unmittelbare Not zu lindern, sondern dass die Politik nicht aus der Verantwortung genommen werden darf, die Grundsicherung dahingehend zu verändern, dass die Hilfebedürftigen keine Bittsteller in Schlangen und mit Bezugsscheinen werden, sondern die notwendigen Mittel dazu erhalten müssen, um ebenso normal einkaufen zu können wie andere Bürger auch! Es muss endlich aufhören, dass Erwerbslose wegen ihrer Situation individuell an den Pranger gestellt werden, statt das gesellschaftliche Problem zu realisieren, dass es nun mal nicht mehr Arbeit für alle geben kann und wird!

Leider versuchen die „Tafeln“, die Armut scheinbar zu lindern, nicht aber ihre Ursachen zu bekämpfen. Die Problematik geht noch weiter: Man kann das ALG II sogar kürzen und stattdessen Bezugsscheine ausgeben, nicht nur für Lebensmittel. Sobald Deutschland flächendeckend mit „Tafeln“ bestückt ist, kann man dies machen und noch mehr Geld sparen.

7. Ich weiß nicht, warum manche Politiker bei der Frage, wie sich Erwerbslose ein Zubrot verdienen könnten, solche an Menschenverachtung kaum zu überbietende Ideen haben! Ist es eine Profilneurose, die einige von ihnen immer wieder dazu treibt, dummes Zeug herumzusödern? Der Berliner FDP-Abgeordnete Henner Schmidt will, dass finanziell schwache Berliner jetzt **Ratten** jagen sol-

len! Für ein Kopfgeld von einem Euro pro getötetem Tier. Ist das nicht widerlich? Welches Menschenbild hinter diesem Polit-Vorstoß steht, verschlägt einem den Atem: „Wenn diese Leute sowieso nur den ganzen Tag nach Pfandflaschen suchen, können sie dabei gleich auch die Ratten erledigen.“ Köder und Fallen holen sie sich beim Gesundheitsamt, und nach getaner Arbeit gibt es für jedes abgemurkste Tier einen Euro!

Die FDP will ihren Antrag am Donnerstag in die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte einbringen. Bleibt abzuwarten, ob „Rattenfänger“ Schmidt genug Unterstützer versammeln kann. Müssen zwangsläufig alle Menschen, die mal für die berüchtigten Firmen-Sanierer von McKinsey gearbeitet haben, auf solche abstrusen Ideen kommen? Frei nach dem Motto: „Lieber Ratten jagen als nach Stütze fragen“? Wenn die FDP tatsächlich ihren absurden und menschenverachtenden Vorschlag in die Versammlung einbringt, sollten sich Berliner Hartz-IV-Bezieher dazu bemüßigt fühlen, besser Jagd auf Berliner FDP-Politiker machen. Mir fällt inzwischen wie Schuppen die Frage von den Augen, welche Art von Ratten tatsächlich gejagt werden sollte!

8. Wie in der Vergangenheit macht die Bremer Montagsdemo im Anschluss an die letzte Kundgebung im Jahr eine **Weihnachtsfeier** mit Musik, selbstgemachten Speisen, Glühwein und natürlich auch Antialkoholischem. Außerdem gibt es kulturelle Beiträge und reichlich Gedankenaustausch. Ihr seid herzlich dazu eingeladen. Vielleicht hat der eine oder andere auch einen passenden Beitrag, ein Lied oder Gedicht? Termin ist **Montag**, der **22. Dezember 2008**, ab circa 19 Uhr im „Naturfreunde-Jugendhaus“ in der Buchtstraße. Die Montagsdemo selbst beginnt wegen des Weihnachtsmarktes um **17:30 Uhr** vor der „Glocke“ an der **Domsheide** und endet am Hanseatenhof, wie immer mit Offenem Mikrofon. Wir würden uns freuen, wenn ihr zur Demo und zur Feier zahlreich erscheint!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Vom Klimawandel zur -katastrophe: Schon fünf der sieben wärmsten Jahre seit 1901 entfallen auf das neue Jahrtausend *(„Spiegel-Online“)*

Anspruch auf angemessenen Lagerraum: Sozialamt muss Juristen eine Scheune bezahlen *(„Focus“)*

24 Schädel aufgebohrt: Bremer Sozialressort entscheidet über Affenversuche *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

212. Bremer Montagsdemo am 22. 12. 2008

Krankengeldanspruch erlischt bei kurzen befristeten Arbeitsverträgen

Der Gesundheitsfonds verändert nicht nur den Beitragssatz: Wer einen befristeten Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von weniger als zehn Wochen abschließt oder auch bereits abgeschlossen hat, verliert seinen Anspruch auf Krankengeld – außer er bezieht bereits Krankengeld. Die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers endet unverändert mit dem Befristungsablauf. Bisher hat ab diesem Termin oder dem Beschäftigungsende die Krankenversicherung Krankengeld gezahlt.

Ab dem 1. Januar 2009 erhält der Arbeitnehmer nur Krankengeld, wenn dafür eine Extraversicherung abgeschlossen wurde. Dies bedeutet zusätzliche Ausgaben, da diese Zusatzversicherung wahrscheinlich nicht aus dem ermäßigten Beitragssatz zu bezahlen ist. Erkundigt euch bei eurer Krankenkasse! Bisher versprechen die meisten ein faires preisgünstiges Angebot – nur ohne Zahlen. Den erhöhten Beitrag hat der Arbeitgeber zu 50 Prozent mitgetragen. Er spart durch den ermäßigten Beitragssatz auch die Hälfte des Unterschieds. An den Kosten der Zusatzversicherung ist der Arbeitgeber nicht beteiligt. Dies geht aber freiwillig! –

Wer als Selbständiger freiwillig bei der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, hat diesen Schreck bereits verdaut. Auch hier entfällt das versicherte Krankengeld. Die angebotene Zusatzversicherung werden sich die wenigsten Selbständigen leisten, für beide ist im Notfall das ALG II die einzige Einnahmequelle. Es ist aber Gegenwehr bei der Antragsstellung möglich. ALG I gibt es nicht wegen der aktuellen Arbeitsunfähigkeit. Bei ALG II besteht trotzdem „Arbeitsfähigkeit“, wenn die Arbeitsunfähigkeit voraussichtlich keine sechs Monate dauert. Allerdings sind auch die anderen Stolpersteine zu berücksichtigen. Wer sich entschließt, mit dieser Lücke zu leben, sollte sich rechtzeitig informieren! –

Der Überschuss der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von ALG-II-Betroffenen wird beseitigt: Der vorgesetzten Dienststelle wird der nicht verwendete Betrag gemeldet, und diese wird entsprechende Mittel zurückrufen. Damit wird

die Mittelrückgabe vermieden; sie werden einfach (rückwirkend) gekürzt. Schade um die verpatzten Möglichkeiten! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Mindeste, was wir erreichen müssen: Dass Hartz-IV-Eltern die zehn Euro Kindergelderhöhung nicht gleich wieder abgezogen werden *(„Linksfraktion“)*

Eine Förderrente für „notleidende“ Banken

Sehr geehrter Herr Ackermann, hiermit widerrufe ich mit sofortiger Wirkung die Abbuchungsgenehmigung für mein Konto bei der Deutschen Bank AG Bremen und beauftrage Sie, meine bei Ihnen abgeschlossene „Riester-Rente“ ruhen zu lassen. Der Grund hierfür ist, dass ich als Hartz-IV-Betroffener angesichts der Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln diese Zusatzbelastung einfach nicht mehr tragen kann.

Nicht von ungefähr wird von Betroffenenverbänden, Gewerkschaften, Grünen, „Linken“ und beispielsweise dem „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ eine Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes von 351 auf 435 Euro monatlich gefordert, um die Lebenshaltungskosten decken zu können. Weiterhin bin ich aber auch zu der Überzeugung gelangt, dass eine „Riester-Rente“ für mich ein reines Verlustgeschäft darstellt. Ich fühle mich von Ihrer Bremer Mitarbeiterin getäuscht, die mir das Produkt „Deutsche-Bank-Förderrente“ vor zwei Jahren mit dem Hinweis aufgeschwatzt hat, es sei „Hartz-IV-sicher“.

Tatsächlich würde ich in den Genuss dieser „Riester-Rente“ überhaupt nur dann kommen, wenn ich erstens gleich morgen erstmals einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz fände, dieser zweitens auch mindestens durchschnittlich bezahlt würde und ich ihn drittens noch bis zu meinem 88. Lebensjahr ausüben könnte, damit ich meine 45 Beitragsjahre für die gesetzliche Rente zusammenbekomme. Andernfalls würden mir die Erträge der „Deutsche-Bank-

Förderrente“ nämlich zu 100 Prozent von der Grundsicherung abgezogen – und der alleinige Geförderte wäre Ihr Institut! Womit sich der Name Ihres Produktes als vollauf gerechtfertigt erweist.

Ich verhalte mich selbstschädigend, wenn ich Ihnen monatlich 7,6 Prozent meines kargen Regelsatzes überweise, statt in der Gegenwart auf eine gesunde Ernährung zu achten, damit ich das Rentenalter überhaupt erreiche. Bitte informieren Sie mich über die Konditionen für eine Kündigung der „Deutsche-Bank-Förderrente“ und die Höhe des Rückzahlungsbetrages. Mit freundlichem Gruß

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Warum der Steuersäckel nicht gefüllt wird: Die Deutsche Bank hatte noch nie eine Großbetriebsprüfung *(„Stern“)*

Wie der Sekt, um es zu feiern: Wieder wird eine erfolgreiche Ermittlerin vorsätzlich kaltgestellt *(„Junge Welt“)*

Der Generalstreik muss her!

1. Seit viereinhalb Jahren kämpfen wir gegen die Hartz-Gesetze: Die Montagsdemobewegung ist die größte und am längsten anhaltende soziale Massenbewegung in Deutschland! Auch wenn die Teilnehmerzahlen nicht mehr so sind wie am Anfang: Es gibt keine Bewegung, die sich immer geradlinig nach oben entwickelt – da gibt es immer Knicks und Wendungen! Viele brauchen auch einfach ihre Zeit, bis sie auf die Straße gehen, bis sie merken, dass es so nicht weitergeht. Aber was wir nicht unterschätzen dürfen: Wir stehen in den Startlöchern! Wenn jetzt die Weltwirtschaftskrise ausbricht und Massenentlassungen mit weiterem Sozialabbau kommen, müssen wir nicht erst bei Null anfangen. Es sind schon Strukturen da!

Wir haben immer auch den Bremer Politikern mit eingeheizt. Wir sind das soziale Gewissen auch in dieser Stadt! Wir haben uns die Überparteilichkeit erkämpft und verteidigt – was selbstverständlich die Teilnahme von Parteien und Parteimitgliedern (außer Faschisten) einschließt! Deswegen geht die Bedeutung unserer Bewegung weit über den Kampf gegen Hartz IV hinaus: Bei uns wird gelernt, die Sache in die eigene Hand zu nehmen, nicht auf Lügen von bürgerlichen Politikern zu vertrauen, den Mund aufzumachen und den Kopf zu zeigen, wie Hans-Dieter immer sagt. Wir haben gelernt, *solidarisch* zu streiten – das ist

nicht zu unterschätzen! Widersprüche gibt es immer. Werden sie mit der richtigen Methode, in einer solidarischen Streitkultur gelöst, macht uns das stark!

In diesem Frühjahr haben wir Bremer ein Treffen der norddeutschen Montagsdemos organisiert, mit Besuch des Hafenmuseums sowie Kohl- und Pinkelessen. Das hat allen Beteiligten sehr gefallen, und wir haben einen Beitrag für die weitere Vernetzung unserer Bewegung in Norddeutschland geleistet. Wir haben an einigen bundesweiten Treffen teilgenommen, immer mit großer Beteiligung. Wir sind mit dem Bus, auch wenn er nicht ganz voll war, zur Berliner Großdemo gefahren. Nicht zuletzt sind wir wir mit unserer vorbildlichen Homepage im Internet präsent. Wir können deswegen ein bisschen stolz auf uns sein und haben allen Grund, heute zu feiern!

Uns allen ein schönes Fest heute! Allen erholsame und schöne Festtage und einen guten Rutsch ins Jahr 2009, ein Jahr, in dem hoffentlich unsere Bewegung neuen Zulauf bekommen wird, in dem wir sicherlich neuen Aufgaben gegenüberstehen, die wir aber immer besser meistern werden! Die Zukunft gehört eben nicht den Spekulanten und Bankrotteuren, die jetzt mit Milliarden gefüttert werden. Die Zukunft gehört den Menschen aus dem Volk, den Arbeitslosen, Arbeiterinnen und Arbeitern, den Frauen, Kindern, Jugendlichen – allen, die ihr Leben nicht auf der Ausbeutung anderer Menschen führen!

2. Das Bundessozialgericht hat letzte Woche entschieden: Eine 30-Stunden-Woche ist bei Ein-Euro-Jobs zulässig. Jegliche Arbeit muss angenommen werden, ansonsten gibt es Kürzung und Sperre! Der DGB fordert deshalb jetzt die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs, „weil massenhaft reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden und der Billiglohnsektor ausgedehnt wird“. Dieser Erkenntnis sollte der DGB jetzt Taten folgen lassen! In anderen Ländern gibt es ein viel weitergehendes Streikrecht als in Deutschland. Das müssen wir uns auch erkämpfen: Der Generalstreik muss her!

Nicht nur die Ein-Euro-Jobs gehören abgeschafft, sondern die ganzen Hartz-Gesetze! Erst durch sie wurde Leih- und Zeitarbeit in fast unbegrenztem Maß möglich – und diese Kollegen verlieren jetzt weltweit als erste ihre Jobs, schon zu Hunderttausenden! Wenn die Krise, die jetzt die Autoindustrie und ihre Zulieferer erfasst hat, erst mal die gesamte Wirtschaft erfasst hat, geht das hier richtig los: Familien können durch Billigjobs nicht mehr ernährt werden, und vom Arbeitslosengeld beziehungsweise Hartz IV schon gar nicht!

Dann gibt es auch noch die Politiker mit „kreativen Ideen“ gegen die Arbeitslosigkeit: Henner Schmidt, Fraktionsvorsitzender der Berliner FDP, fordert „Rattenjagd“ als Ein-Euro-Job: „Leute die sonst Flaschen sammeln, könnten für jede tote Ratte einen Euro bekommen“. Was für ein Zynismus!

Der Aufstand in Griechenland zeigt, was auf die Herrschenden wartet. Übrigens hat nun das ballistische Gutachten erwiesen, dass der 15-Jährige, wie schon die Augenzeugen berichtet haben, gezielt von der Polizei erschossen wurde – das war kein Querschläger! Unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ wird ge-

gen alle vorgegangen, die sich mit der extremen Arbeitslosigkeit, den ausweitenden Niedrigstlöhnen oder den Bespitzelungen durch den Staatsapparat nicht abfinden wollen, allen voran die Jugend. Sie alle werden bekämpft, nicht irgendwelche „Terroristen“! In den USA wurde letzte Woche wieder ein Mensch von der Polizei mit dem „Taser“, einem Elektroschocker, getötet – es waren 334 in den letzten sieben Jahren! Die Bundesregierung mit ihrem Polizeiminister Schäuble will das nun auch bei der deutschen Polizei einführen.

Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier, als damaliger Kanzleramtminister dafür verantwortlich, dass Murrat Kurnaz jahrelang in Guantá festgehalten und gefoltert wurde, konnte sich wie Ex-Außenminister Fischer, mit dem zusammen er für den Einsatz der BND-Spione im Irak verantwortlich war, zuerst gar nicht mehr an das zurückliegende Geschehen „erinnern“. Dann hieß es letzte Woche im Untersuchungsausschuss, die Spione hätten nur Ziele übermittelt, die *nicht* bombardiert werden dürften. Jetzt aber gab es ein großes Lob der US-Militärs: Ohne die Unterstützung deutscher Spione wäre die Bombardierung und Einnahme Bagdads gar nicht so gut gelaufen!

Die Schröder-Regierung hatte Überflugrechte gewährt, Tausende von Bundeswehrsoldaten übernahmen den Schutz der US-Kasernen. Die Ablehnung des Krieges war nur geheuchelt: In Wahrheit stand Deutschland voll auf Seiten der US-Aggressoren! Auch in den USA wird nach wie vor gelogen. Es ist jetzt schon beschlossene Sache, die Truppen in Afghanistan um 30.000 Mann aufzustocken. Lassen wir uns nicht von Obama täuschen, auch er macht nur die Arbeit für die US-Monopole und deren internationalen Interessen! Wir dürfen uns nicht auf die bürgerlichen Politiker verlassen, auch wenn sie der „Opposition“ angehören. Wir müssen unsere Sache in die eigene Hand nehmen und selbst aktiv werden, selbst neue Politiker werden!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Richterstellen günstig zu besetzen: Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 16. Dezember 2008 (Aktenzeichen: B4 AS 60/07 R), das 30 Wochenstunden für den Ein-Euro-Job als zulässig erachtet, verschafft der öffentlichen Hand nun endlich die Möglichkeit, Richterstellen mit sogenannten Ein-Euro-Jobbern zu besetzen. Das Kriterium der „Allgemeinnützigkeit“ eines Richteramtes dürfte ja unbestritten zutreffen, und auf die übliche (lange) Dauer der Gerichtsverfahren bezogen, sind Richterstellen auch als „zusätzlich“ anzusehen! *(Anonymus)*

„Sozialethische Maßstäbe aufgelöst“: Wirtschaftssystem stellt nicht Menschenwürde, sondern Profitmaximierung in den Mittelpunkt *(„Spiegel-Online“)*

„Schwachsinn für geistig Minderbemittelte“: Vor der Bundestagswahl 2009 werden Arbeitslose in „Maßnahmen“ gesteckt *(„MV Regio“)*

O Tannenbaum

O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Wie schön warst du am Waldsaum!
Als ich dich drüben hab gesehn,
Da war es schon um mich geschehn.
Ich hab mich seitlich hingelegt
Und dich unten abgesägt!

O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Liegst bei mir im Kofferraum.
Ich fahr nach Haus zu meinem Schatz,
Wo du bekommst den schönsten Platz.
O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Ich hab Schuldgefühle kaum!

O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Du bist vorbei, schöner Traum!
Der Förster hat was ausprobiert,
Das Bäumchen wurde strichcodiert.
Ich habe Schuldgefühle kaum,
Doch sitze jetzt im Zellraum!

O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Was mach ich bloß im Zellraum?
Statt Karpfen blau und Schokoschaum,
Lutsche ich jetzt an meinem Daum'.
O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Das ist gar kein schöner Traum!

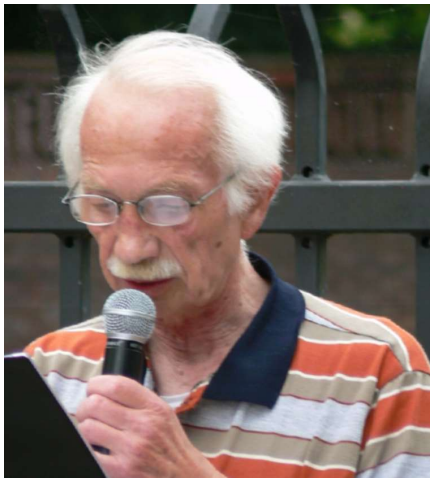
Und die Moral von der Geschicht:
Bäumchen klauen lohnt sich nicht!
Und für die Zukunft wünsch ich mir
Ein schönes Bäumchen von Hartz IV.
O Tannenbaum, o Tannenbaum,
Du bist vorbei, schöner Traum!

Postkarten von Henk „Skurrilio" Dijkstra mit diversen absurden Hartz-IV-Motiven sind zum Preis von einem Euro auf der Montagsdemo erhältlich

Dämmernde Rezession: Viele Kommunen und Einzelhändler sparen bei der Weihnachtsbeleuchtung *(„Neue Presse")*

Schiefer Humpel verwechselt Zinsen und Steuern: Große Vermögen müssen nicht staatlich gefördert, sondern belastet werden *(„Spiegel-Online“)*

Der Bankrott des neoliberalen Raubzugskapitalismus



Auch wenn viele Menschen jetzt lieber an Spekulatius statt an Spekulanten denken, möchte ich trotzdem noch einmal das Thema Wirtschaftskrise aufgreifen. Vieles ist dazu schon gesagt worden, aber ich denke, dass einiges hier gar nicht oft genug gesagt werden kann. Offensichtlich haben sämtliche Akteure aus der Geschichte nichts gelernt und wollen es auch nicht! Dabei ist mit der Doppelkrise der ideologische und politische Bankrott des neoliberalen Raubzugskapitalismus längst offenbar geworden. Aber in Berlin gilt trotzig die Devise „Weiter so!“ Banken und Konzerne werden weiterhin mit riesigen Steuergeldern „beschirmt“, die Kriegskassen ebenfalls, nur die Bevölkerungsmehrheit soll den Gürtel noch enger schnallen. Darüber kann auch das dickste Weihnachtsgeschäft nicht hinwegtäuschen!

Zu befürchten ist wie 1929 ein Rückfall in autoritäre „Krisenbewältigung“. Mit Sätzen wie „2009 wird ein Jahr der schlechten Nachrichten“ wird psychologisch vorbereitet, was uns allen zugedacht ist: Weitere Verschärfungen der Hartz-Gesetze, noch mehr prekäre Jobs zu Dumping- und Billigstlöhnen, weitere Verschlechterungen im Gesundheitswesen und so weiter und so fort. Eine gerechte Antikrisen-Politik erfordert einen völlig anderen Ansatz, der mit einer radikalen Umkehr der bisherigen Umverteilungsprozesse einhergehen muss!

Die Profiteure der sogenannten Finanzmarktgeschäfte müssen für das Unheil, das sie mit Duldung und Förderung der Regierenden angerichtet haben, voll zur Kasse gebeten werden! Erforderlich wären die sofortige Einführung einer Millionärssteuer von mindestens fünf Prozent sowie einer Steuer auf Börsenumsätze und alle anderen Finanztransaktionen. Dubiose „Fonds“ und diverse Großgaunereien sind strikt zu verbieten! Der Spitzensteuersatz sollte auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Damit würde der Geldzustrom auf die Finanzmärkte spürbar gedrosselt und durch eine öffentliche Verwendung der Gelder die binnenwirtschaftliche Nachfrage gestärkt.

Eine demokratische Kontrolle der Großbanken und eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte wären ebenso unumgänglich wie die totale Vergesellschaftung der Geldinstitute. Alle Devisengeschäfte müssen versteuert und ein Transfer zu Steueroasen unterbunden werden. Vor allem muss ein anständiges

„Rettungspaket“ für alle Bezieher geringer Einkommen und prekär Beschäftigten her, was ebenfalls dem öffentlichen Sektor, der Binnenwirtschaft und dem Mittelstand zugute kommen würde. Auch dies hätten die milliardenschweren Spekulanten zu bezahlen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Hamburger verweigern Ein-Euro-Jobs: Nur jeder vierte ALG-II-Bezieher durchläuft Zwangsmaßnahmen bis zum Ende *(„Junge Welt“)*

Soylent Green: Die böse Zukunft von Hartz IV und „Tafel“-Essen *(„Classic Cinema Online“)*

Keine Kohle zum Konsumieren

1. Während der zweitägigen Haushaltsklausur wurde letzte Woche unter anderem auch über das **Sozialticket** gesprochen. Dabei sollen Mitte Januar die Eckwerte feststehen, der endgültige Beschluss jedoch erst im Dezember 2009 gefasst werden. Von der SPD-Fraktion liegt hierfür ein Vorschlag vor, sich an dem Jobticket für den öffentlichen Dienst zu orientieren, was rund 29 Euro kostet. Ja, geht’s denn noch? Das ist ja doppelt so viel Geld, wie im ohnehin viel zu mageren ALG II für Fahrtgeld monatlich vorgesehen ist! Wo soll diese Summe von den Hartz-IV-Beziehern denn noch eingespart werden, wenn ohnehin das Geld der angeblichen Grundsicherung hinten und vorne nicht reichen kann? Haben sich die *Spezialdemokraten* darüber einmal realistische Gedanken gemacht? Für solch ein völlig unzureichendes Ergebnis brauchten die Damen und Herren Politiker so lange? Wofür bekommen sie eigentlich ihre Diäten?

2. Es tut gut zu lesen, dass ALG-II-Bezieher nicht mal eben so sanktioniert werden dürfen, wenn sie sich weigern, einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben. Im vorliegenden Fall wurde ein ALG-II-Bezieher von seiner zuständigen Arge aufgefordert, sich als Sportassistent bei einem Verein zu bewerben. Während des Vorstellungsgespräches weigerte sich der ALG-II-Bezieher, vorab einen Personalbogen auszufüllen. Dennoch darf die Arge dem Hilfebedürftigen nicht einfach die Leistung dafür kürzen, dass kein Arbeitsvertrag zustande gekommen war. Wenn der Erwerbslose zuvor von seiner Arge nicht darüber informiert wurde, welche

Rechtsfolgen ihm präzise drohten, wenn er gegen seine Pflichten verstoße, so darf sie später nicht das ALG II kürzen (hier hatte die Arge drei Monate lang 30 Prozent weniger überwiesen)! Eine **Rechtsfolgenbelehrung**, in der eine Vielzahl von Sanktionsmöglichkeiten aufgelistet ist, reiche nicht aus, wenn sie dem Arbeitslosen nicht deutlich mache, welche Sanktion ihn tatsächlich treffen werde (Sozialgericht Dresden, Aktenzeichen S6 AS 2026/06).

3. Nachdem sich der Fraktionsvize der Berliner FDP, Henner Schmidt, vergangene Woche solch eine unerhörte Entgleisung mit dem Vorschlag geleistet hatte, finanziell Schwache könnten sich mit dem Töten von **Ratten** – „für einen Euro die Nase“ – ein Zubrot verdienen, da sie ja ohnehin den lieben, langen Tag damit beschäftigt seien, Pfandflaschen aus den Abfallkörben zu sammeln, hagelt es Rücktrittsforderungen. Selbst FDP-Chef Guido Westerwelle zeigte sich entsetzt und bezeichnete die Vorstellungen seines Parteikollegen als „völlig abwegig“. Der Sprecher des „Erwerbslosenforums“, Martin Behrsing, betonte, dass die Grenze des Unerträglichen inzwischen erreicht sei. Es scheine salonfähig zu sein, dass Menschen in hohen Ämtern solch diffamierenden „Unsinn“ von sich geben dürfen. “Damit nimmt man Menschen, die auf Hartz IV oder andere Sozialleistungen angewiesen sind, nicht mehr ernst. Dann muss man sich auch nicht wundern, dass man sie zum Mond jagen will! Herr Schmidt und andere scheinen völlig vergessen zu haben, dass es unter anderem auch die FDP war, die durch die Zustimmung zu Hartz IV die Zunahme von Flaschensammlern verursacht haben“, so Martin Behrsing in Bonn.

4. Am 16.12.2008 entschied das Bundessozialgericht in Kassel, dass ein **Ein-Euro-Job** auch bei 30 Stunden Dauer in der Woche zumutbar sei. Der Kläger, ein Ingenieur für Kunststoffe, bezieht wegen seiner Erwerbslosigkeit seit 2001 Transferleistungen vom Staat. Im August 2005 bot ihm die beklagte Arge einen Ein-Euro-Job mit einer Mehraufwandsentschädigung von 1,50 Euro die Stunde als Gemeindearbeiter im Umfang von wöchentlich 30 Stunden an. Der Kläger trat die Arbeitsgelegenheit nicht an, woraufhin die beklagte Arge seine Regelsatzleistung um 30 Prozent kürzte. Hiergegen wandte sich der Kläger mit der Begründung, die angebotene Tätigkeit überschreite mit 30 Stunden das Maß des Zulässigen. Nun hat der 4. Senat des Bundessozialgerichtes entschieden, dass die beklagte Arge dem Kläger eine Arbeitsgelegenheit angeboten hat, die den gesetzlichen Anforderungen genügt. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Arbeitsgelegenheiten keine Gegenleistung für die dem Hilfebedürftigen gewährte Grundsicherung seien, sondern zum Katalog der Eingliederungsmaßnahmen gehörten, die ein Instrument der Grundsicherungsträger zur Umsetzung des Grundsatzes des „Förderns“ seien.

Demnach dient Hartz IV dem Zweck, reguläre Arbeitsplätze zu vernichten und den Niedriglohnsektor auszuweiten, oder besteht noch eine Möglichkeit, dieses Skandalurteil anders zu interpretieren? Die Entscheidung verdeutlicht ferner,

dass es bei den „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ eben *nicht* darum geht, Erwerbslose in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Wie der Betroffene aus Augsburg sollen sie offenbar dauerhaft für 1,50 Euro in der Stunde arbeiten und am besten gar keine Zeit haben, sich eine angemessen entlohnte Stelle zu suchen. Es scheint so, als ob die fast 300.000 Ein-Euro-Jobber tariflich gesicherte – und für die Konzerne und die öffentliche Hand damit teurere – Arbeit dauerhaft ersetzen sollten. Das Kasseler Urteil entspricht voll dem neoliberalen Trend, dem Lissabonner Vertrag, wonach als oberstes Ziel die Profitmaximierung der Unternehmen steht. Wenn Menschen dazu gezwungen werden können, Arbeit zu den erbärmlichsten Bedingungen praktisch umsonst auszuführen, dann haben es Gewerkschaften schwer, auch nur Mindeststandards zu verteidigen.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach meint: „Ein-Euro-Jobs gehören auf den Prüfstand.“ Wenn Arbeitslose unter Androhung von existenzgefährdenden Sanktionen gezwungen werden, Ein-Euro-Jobs anzunehmen, steht dies zudem im Widerspruch zu den Arbeitsnormen der „Internationalen Arbeitsorganisation“. Ansonsten mutet der bisherige Umgang der DGB-Spitze mit der Hartz-IV-Problematik geradezu kriminell an. Wir Montagsdemonstranten haben nicht vergessen, wie mit uns von dieser Spezies umgegangen wurde – von Ignoranz zu sprechen, wäre hierbei noch die zahmste Umschreibung! Wir sind nicht dazu bereit, jede Kröte zu schlucken, damit sich andere an unserer Arbeit unrechtmäßig bereichern können, wodurch gleichzeitig sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet und Arbeitnehmerrechte in die Tonne getreten werden, wobei noch nicht mal der Hauch einer Möglichkeit besteht, mittels dieses Instrumentes auf den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen!

5. In Frankfurt haben die Stadtverordneten eine **Bekleidungshilfe** für Kinder in Hartz-IV-Haushalten abgelehnt. Weder die „Jamaika“-Regierungskoalition noch die SPD-„Opposition“ wollte einen jährlichen zweckgebundenen Zuschuss für Kinder bis 14 Jahren von 250 Euro gewähren, die von der Fraktion der „Linken Liste“ beantragt worden war. Deren Stadtverordneter Jürgen Becker empörte sich darüber, dass vor allem Kinder und Jugendliche die Leidtragenden der unsozialen Gesetzgebung sind. Im Hartz-IV-Regelsatz seien für Kinder bis 13 Jahren lediglich 20,70 Euro vorgesehen, ab 14 Jahren 27,60 Euro. Wer sich mit den realen Preisen auseinandersetzt, weiß ganz genau, dass für diese Beträge weder vernünftige Kleidung noch gesundes Schuhwerk zu haben sind. Herr Becker hat recht: Es ist absolut beschämend, dass die Stadt nicht den durch Hartz IV angerichteten Schaden abzumildern bereit ist!

6. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ hat dem Vermittlungsausschuss vorgeworfen, nun endgültig die Weichen für ein „abgehängtes Prekariat“ gestellt zu haben. Es sei nicht nachvollziehbar, dass das sogenannte **Schulbedarfspaket** von jährlich 100 Euro bei Hartz IV Kindern und Jugendlichen nur bis zur zehnten Klasse gewährt wird. „Dem abgehängten Prekariat soll der Weg zu Abitur und

Studium offensichtlich verwehrt werden, nachdem man Kindern und Heranwachsenden schon mit Einführung von Hartz IV vorsätzlich den Regelsatz um den ernährungsbedingten Wachstumsbedarf aberkannt hatte“, sagte Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums“. Kindern von Hartz-IV-Beziehern wird das Kindergeld immer zu hundert Prozent vom Regelsatz abgezogen, während Eltern mit üppigen Gehältern Kindergeld bekommen, ohne es zu benötigten. Mit Einführung des menschenverachtenden Hartz IV wurde bewusst der wachstumsbedingte erhöhte Ernährungsbedarf bei Schulkindern und Jugendlichen aberkannt, indem die Altersgruppen zwischen sieben und 14 Jahren und der Heranwachsenden nicht mehr berücksichtigt wurden.

7. Nicht mit Geschenken, sondern mit einem Sack voller Sorgen beladen, kam der Weihnachtsmann in die Wittenberger Zeitungsredaktion. Er sagte, er könne seinen vier Kindern in diesem Jahr nicht einmal kleine Geschenke machen, weil die Arge seine Leistungen für Dezember gesperrt habe. Weil es ihm nun einmal so große Freude bereite, Kinderaugen leuchten zu sehen, ziehe er alljährlich in der Weihnachtszeit los, um die Kleinen auf Weihnachtsmärkten mit Süßigkeiten und Werbeartikeln von Firmen zu beschenken. Dafür nimmt er kein Geld. Wenn er an Weihnachten zu den Familien in die Häuser bestellt wird, dann lässt er sich schon entlohnen, obgleich wegen des Aufwands für die Fahrtkosten kaum etwas dabei herausspringe. Seit allerdings die Arge von seiner freiberuflichen Tätigkeit Wind bekommen hat, wurde er aufgefordert, zur Feststellung des weiteren Bedarfs bestimmte Unterlagen beizubringen. Obwohl er dieser Aufforderung nachkam, was er sich natürlich quittieren ließ, habe ihm die arge Arge die Zahlung des Arbeitslosengelds II für Dezember zunächst gesperrt, weil er seiner **Mitwirkungspflicht** nicht nachgekommen sei. „Knackpunkt“ sei die „Erträgnisaufstellung“ gewesen, obwohl er doch erst *nach* Weihnachten sagen könne, was er nun dabei verdient habe. Nun lenkte die Arge ein und nahm den Ablehnungsbescheid teilweise wieder zurück.

8. Zwar sei der Leistungsmissbrauch bei Hartz IV noch immer die Ausnahme, doch die Zahl der aufgedeckten und geahndeten Fälle nehme zu, sagt Stefan Graaf der Geschäftsführer der Arge im Kreis Aachen. Dabei seien die Fälle „so bunt wie das Leben“. Letztens wurde ein Mann wegen gewerbsmäßigen Betruges zu einer Gesamtfreiheitsstrafe in Höhe von 18 Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er als sogenannter Powerseller bei einem Internetauktionshaus bis zu 3.500 Euro monatlich durch den Verkauf von Waren hinzuverdiente. Dabei bezog der Verurteilte seit fünf Jahren Transferleistungen. Natürlich ist es verwerflich, den Staat zu betrügen, aber weshalb dies am unteren Einkommensrand immer um so viel verabscheuungswürdiger sein soll als bei der Steuerflucht in den Chef- und Manageretagen, das will mir einfach nicht einleuchten! Leistungsmissbrauch scheint ein schlimmeres Delikt als Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zu sein!

Wie diese Meldung eigentlich zu einer anderen passt, in der die Bundesagentur für Arbeit verkündet, die Zahl der „**Missbrauchsfälle**“ bei Hartz-IV-Leistungen sei deutlich zurückgegangen, das wird leider nicht erklärt. Wer weiß, vielleicht wird hier mal wieder „aus dem Bauch heraus“ vorverurteilt? Gerade zum Jahresende, wenn häufig moniert wird, dass Hartz-IV-Bezieher keine Weihnachtshilfe mehr erhalten und die Regelsätze viel zu niedrig sind, kann eine Hetzkampagne die Mitleidswelle verhindern. Ja, so ist das wahrscheinlich zu verstehen! Die Ermittler beziffern den aufgedeckten Leistungsmissbrauch für das vergangene Jahr auf rund 746.000 Euro – Tendenz steigend. Die lügen von oben nach unten, damit man endlich den Regelsatz auf 132 Euro senken kann!

9. Die Zukunftsaussichten sind erschreckend: Immer mehr Menschen können ihre **Miete** und die Nebenkosten nicht mehr bezahlen. Seit dem Jahr 2003 haben sich die Fälle verdoppelt, in denen Menschen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Sozialstandards in den Teufelskreis von Zahlungsverzug, Wohnungskündigung und anschließender Kündigungsklage samt Rausschmiss aus der vertrauten Umgebung kommen. Das geht aus dem neuen Mietspiegel der Stadt Köln hervor. Die Gründe sind vielfältig, doch zwei stechen hervor: das sogenannte Hartz-IV-Gesetz und die durch steigende Energiekosten aufgezwungene steigende Armut unter den Betroffenen. Allein im Jahr 2008 musste die Stadt in rund 2.500 Fällen einspringen und die Mietrückstände ausgleichen. Das sichert den Menschen zumindest ihre angestammte Bleibe und bewahrt sie vor der Zwangsräumung durch den Wohnungs- oder Hauseigentümer.

10. Klammheimlich, von der Öffentlichkeit unbemerkt, passierten am 19. Dezember 2008 die neuen, verschärften **Hartz-IV-Gesetze** unverändert den Bundesrat. Sie werden die Situation der Hartz-IV-Betroffenen erheblich verschlimmern und schon am 1. Januar 2009 in Kraft treten! So können nun Aufstocker von ihren argen Argen dazu gezwungen werden, ihre bisherige Tätigkeit aufzugeben, um auf eine andere Tätigkeit zu verweisen, die dann angeblich mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Vermeidung der Hilfebedürftigkeit führe. Nicht mehr ersetzt werden Ansprüche auf Leistungen beziehungsweise Kostenerstattung für und bei Maßnahmen der Eignungsfeststellung, Trainings- oder Fördermaßnahmen „zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ ersetzt, welche bislang nicht näher bezeichnet sind. Der Anspruch auf Erstattung von Bewerbungs- und Reisekosten im SGB III wird ersatzlos gestrichen. Ob hier stattdessen eine Förderung aus dem Vermittlungsbudget greift – und in welchem Umfang –, ist bislang unklar. Es besteht kein Anspruch mehr auf eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Wenn ein ALG-II-Bezieher ohne Genehmigung des Leistungsträgers aus einer „unangemessenen“ (zu teuren) Wohnung auszieht und die neue Wohnung ebenfalls „unangemessen“ ist, muss der Leistungsträger nicht wie dem bisherigen Gesetzeswortlaut entsprechend die „unangemessenen“ Kosten der vorherigen Wohnung unter Umständen für maximal sechs Monate weiterzahlen, sondern

darf sie sofort auf die „angemessenen“ Kosten absenken. Dazu kommen lauter schauderhafte, menschenverachtende Änderungen mehr: Bei der Anzeige- und Meldepflicht bei Arbeitsunfähigkeit wird ein Zusatz aufgenommen, der es jedem Sachbearbeiter pauschal erlaubt, einem ALG-II-Empfänger zu unterstellen, er sei gar nicht arbeitsunfähig, und ihn zur Überprüfung seiner Arbeitsunfähigkeit zum „Medizinischen Dienst der Krankenkassen“ zu schicken. Pauschal deshalb, weil für diesen Verdacht laut Gesetzestext keine Begründung erforderlich ist. Es wird also kein begründeter Verdacht gefordert, sondern nur einfacher Zweifel, Zitat: „Zweifelt die Agentur für Arbeit an der Arbeitsunfähigkeit des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen...“ Hier ist der Willkür und Schikane Tür und Tor geöffnet, da dieser „Zweifel“ auf der rein subjektiven Einschätzung eines Sachbearbeiters beruht, der im Regelfall keinerlei medizinische Kenntnisse und somit auch keine Kompetenz besitzt, um so etwas beurteilen zu können. Das Prinzip der Dehumanisierung wird immer stärker etabliert!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Die Linke“ schockt mit „Hartz IV light“: Fraktionsvize Klaus Ernst verteidigt Sanktionen gegen „Arbeitsunwillige“ *(„Junge Welt“)*

„Sozialliberales Vakuum“: „Stalking“ Clement ruft zur Spaltung der SPD *(„Bild“-Zeitung)*

Teufelsaustreibung mit dem Beelzebub: Um die Spekulationskrise zu dämpfen, wird die Spekulation erneut angeheizt *(„Rote Fahne News“)*

Bürger spielen Krieg auf der Feinstaub-Party: Giftbelastung in den ersten Stunden des neuen Jahres ist exorbitant hoch *(„Stern“)*

Frau totgebrettert: Ist Workfare-Althaus eine Pistensau? *(„Spiegel-Online“)*

„Jobgarantie“: 100.000 Leiharbeiter wurden bereits gefeuert *(„Bild“-Zeitung)*

Das „Arbeiterbildungszentrum“ lädt ein zum **Tagesseminar** „**Dialektik**, was ist das?“ am **Freitag**, dem **2. Januar 2009**, von **10** bis **18 Uhr** in der Aula der Theodor-Haubach-Schule, Haubachstraße 55 (zehn Minuten vom Bahnhof Altona) in **Hamburg**. Die Leitung hat der MLPD-Vorsitzende **Stefan Engel**. Die Teilnahmegebühr beträgt zehn Euro (ermäßigt: acht Euro). Wir treffen uns um 7:15 Uhr im Eingang des Bremer Hauptbahnhofs an der Blindentafel und fahren mit dem Nahverkehrszug. Anmeldung bei Jobst Roselius, Telefon 705 687, Jobst.Roselius(at)nord-com.net

Verordneter Kaufrausch macht die Leute kirre

Die Weihnachtshektik lässt keinem mehr Ruhe, und so fand die 212. Montagsdemo in Bremen am 22. Dezember 2008 mit Treffpunkt um 17:30 Uhr vor der Glocke und anschließender Demo durch den Weihnachtsmarkt und die Obernstraße zum Hanseatenhof mit dortiger Hauptkundgebung nicht mehr das Echo, das ihr eigentlich hätte zukommen sollen. Der verordnete Kaufrausch macht die Leute kirre, aber es wächst der Anteil der Menschen, die kein Geld für Weihnachten haben und keine Gönner, Tantiemen und Gewinnausschüttungen herzaubern können. Es nahmen dennoch etwa 35 Mitstreiter und Zuhörer teil.

Für uns war einmal mehr der ersehnte Schlusspunkt für dieses Jahr die gemeinsame Winter- oder Weihnachtsfeier ab 19 Uhr im Saal des Hauses der „Naturfreundejugend Bremen“. Bei Würstchen, Brot, Glühwein und selbstgebacken Keksen hatten wir eine gute Stimmung und Teilnahme von vielen, die nicht immer zur Montagsdemo kommen oder kommen können. Der allgemeine Tenor der über 50 Teilnehmer lautete: Nächstes Jahr geht es aktiv weiter! Das Spendenergebnis des Festes hat das des letzten Jahres noch übertroffen.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Das „Bremer Friedensforum“, die palästinensischen Organisationen hier in der Stadt und die Bremer Montagsdemo rufen für **Samstag**, den **3. Januar 2009**, zur **Demonstration gegen den Krieg im Gazastreifen** auf. Die Eröffnungskundgebung findet um **14 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz** statt, die Abschlusskundgebung eine Stunde später auf dem Marktplatz.

Die nächste **Montagsdemo** am **5. Januar 2009**
beginnt um **17:30 Uhr** wieder auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Statistik

Teilnehmerzahlen

Gezählte Teilnehmer an der Bremer Montagsdemo im Jahr **2008**

Januar	164.)	30	165.)	40	166.)	25	167.)	42		
Februar	168.)	34	169.)	48	170.)	42	171.)	40		
März	172.)	28	173.)	20	174.)	20	175.)	50		
April	176.)	35	177.)	30	178.)	40	179.)	32		
Mai	180.)	30	181.)	35	182.)	50				
Juni	183.)	25	184.)	36	185.)	40	186.)	40		
Juli	187.)	45	188.)	35	189.)	60	190.)	30	191.)	23
August	192.)	35	193.)	40	194.)	28	195.)	50		
September	196.)	200	197.)	40	198.)	58	199.)	40	200.)	40
Oktober	201.)	42	202.)	30	203.)	40	204.)	40		
November	205.)	32	206.)	35	207.)	25	208.)	20		
Dezember	209.)	20	210.)	36	211.)	25	212.)	35		

Durchschnitt: **35**

(ohne die am Antikriegstag abgehaltene 196. Montagsdemo)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

Sind Sie zufrieden mit der Bagis?

Leider kann das nicht jede(r) von sich behaupten. Die meisten ALG-II-Empfänger sind von der Bagis maßlos enttäuscht: Statt eines tollen Arbeitsplatzes, einer interessanten Weiterbildung oder wenigstens einer ABM-Stelle gibt es „seit Hartz IV“ meist nur noch Ein-Euro-Jobs oder „Qualifizierungsmaßnahmen“, also unentgeltliches Arbeiten. Zusätzlich droht ein Zwangsumzug. Die Schwierigkeiten, die schon beim Beantragen von Arbeitslosengeld II auftreten, möchten wir an dieser Stelle nur kurz erwähnen: Ein Großteil der Anträge wird glatt abgelehnt!

Möchten Sie jobben für einen Euro?

Ein solch unmoralisches Angebot wird für immer mehr Hartz-IV-Betroffene bittere Realität. In Bremen gibt es bereits 5.000 Beschäftigungsmaßnahmen, das ist der höchste Anteil in Deutschland, und wer diesen Zwangsdienst ablehnt, wird sanktioniert. Jeder zweite Ein-Euro-Jobber verdrängt eine reguläre Arbeitskraft, so eine IAB-Studie, aber nur jeder 50. wird dauerhaft eingestellt. Dass ein fester Arbeitsvertrag unbezahlbar wird, wenn die kommunale Konkurrenz Ein-Euro-Kräfte einsetzen darf, beklagt der Handwerksverband schon lange. Jetzt bestätigen selbst die Geschäftsführer von „bras“ und „bag“, den beiden Großen beim Gewinnspiel mit Ein-Euro-Beschäftigten, dass sie damit echte Arbeitsplätze verdrängen!

Reichen Ihnen 351 Euro zum Leben?

Mit diesem Betrag wird auch der Sparsamste nicht auskommen. Obwohl die Sozialverbände in Deutschland der Meinung sind, dass 351 Euro völlig unzureichend sind, wollen die Politiker den Regelsatz nicht erhöhen. Aus Reihen von CDU, FDP oder SPD hört man sogar skurrile Forderungen nach pauschaler Absenkung um 100 Euro oder Ausgabe von Essensgutscheinen statt Bargeld wie bei Asylbewerbern. Schon heute können Hartz-IV-Betroffene kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die Neuanschaffung beschädigter Haushaltsgegenstände ist praktisch nicht möglich, und wichtige Arztbesuche werden aufgeschoben!

Wohnen Sie billig genug? Nein?

In Bremen wird rechtswidrig versucht, Mietobergrenzen vorzuschreiben. Sollte Ihre Wohnung „zu teuer“ sein, wird man Ihnen eine der vielen Tausend Umzugsaufforderungen zustellen. Weil es nachweislich nicht genügend günstige Wohnungen gibt und viele Eigentümer nicht an „Hartz-IV-Leute“ vermieten, da Zahlungen der Bagis oft willkürlich eingestellt werden, ist es für die meisten Betroffenen unmöglich, eine entsprechende Unterkunft zu finden. Wer einer Obdachlosigkeit entgehen will, muss am Essen sparen; wer irgendwie Geld auftreibt, macht sich des „Sozialbetrugs“ schuldig. Doch der einzige Sozialbetrug besteht im Festlegen illusorisch niedriger Mietobergrenzen und Regelsätze!

Dann kommen Sie zur Montagsdemo!

Sollten Sie eine Umzugsaufforderung der Bagis erhalten haben, zögern Sie nicht, sich umfassend beraten zu lassen:

- „ALZ Arbeitslosenzentrum Tenever“, Wormser Straße 9, montags und dienstags 9 bis 13 Uhr
- „Arbeitslosenberatung“, Grenzstraße 122, montags und donnerstags 9 bis 13 Uhr
- „Solidarische Hilfe“, Doventorsteinweg 45, montags bis mittwochs 9 bis 13 Uhr
- „Sozialer Lebensbund“, Thedinghauser Straße 2, dienstags 16 bis 19 Uhr
- „Verdi-Erwerbslosen-Ausschuss“ im DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22, jeden ersten und dritten Dienstag im Monat 14 bis 16 Uhr

Jede(r) Betroffene sollte die Möglichkeiten von Widerspruch und Gerichtsverfahren erwägen – bundesweit liegen mehr als 100.000 Klagen an –, sich aber auch grundsätzlich gegen Hartz IV wehren, denn eine ausreichende Grundsicherung hat diese Reform nicht geschaffen, und wegen mangelnder Proteste konnte sie im Fußballsommer 2006 sogar noch verschärft werden! Damit es nicht so weitergeht, reden wir jede Woche auf der Montagsdemo am Offenen Mikrofon lautstark über die aktuelle (Un-)Sozialpolitik. Oder glauben Sie etwa, die etablierten Parteien seien ernsthaft gewillt, die bedrohliche Situation vieler Hartz-IV-Betroffener zu erkennen, um sie umgehend und nachhaltig zu bessern? Darauf darf selbst der größte Optimist nicht mehr hoffen!

Die Bremer Montagsdemo ist unabhängig, überparteilich und lässt sich von keiner politischen Richtung instrumentalisieren. Bitte unterstützen Sie uns! Wir organisieren jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz eine Kundgebung gegen Hartz IV, um auf die schlimme Lage der Betroffenen aufmerksam zu machen und ihnen endlich ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Wir haben genug von Ein-Euro-Pflichtjobs, Zwangsumzügen und täglichem Kampf mit der Bagis um die nackte Existenz! Wir hoffen nicht mehr darauf, dass andere diese politischen Probleme für uns richten werden. Setzen auch Sie sich daher persönlich für Ihre Interessen ein, denn jede(r) ist von Hartz IV betroffen, ob mittelbar oder unmittelbar: der Angestellte, der morgen arbeitslos werden kann, genauso wie die noch Selbständige, deren Kunden im Inland immer weniger kaufen, weil sie sich auch das Notwendige nicht mehr leisten können!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

17:30 Uhr auf dem Marktplatz

www.Bremer-Montagsdemo.de